



Klaus Gietinger

DER KONTER REVOLUTIONÄR

Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere

Nautilus



»Es gelang dem Autor nicht nur, die Lebensgeschichte Pabsts umfassend auszuloten, sondern auch die wichtigsten Netzwerke der Konterrevolution und des europäischen Faschismus zu rekonstruieren. Seiner unbefangenen Neugier und seinem unbändigen Erkenntnisinteresse haben wir ein Forschungsergebnis zu verdanken, das überholte Denkmodelle hinter sich lässt, mit Tabus bricht und neue Maßstäbe setzt.«

Karl Heinz Roth



9 783894 015923

Waldemar Pabst, Offizier und Rüstungsfabrikant, geboren 1880, gestorben 1970, war über Jahrzehnte hinweg die Verkörperung der Gegenrevolution. Er bezeichnete sich selbst stolz als »Faschisten«, war aber stets bestrebt, im Hintergrund zu bleiben – und wurde nie dafür verurteilt, dass er »mit Billigung höheren Ortes«, so Pabst selbst, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermorden ließ. Klaus Gietinger hat zahlreiche bisher unveröffentlichte Dokumente über Pabst aufgespürt, u.a. in Moskauer Archiven, in Archiven der Staatssicherheit sowie in Pabsts Nachlass. Er belegt Pabsts umfangreiche Zusammenarbeit mit der Führungsriege der SPD, sein Bündnis mit dem sozialdemokratischen Oberbefehlshaber Noske und dessen Billigung des Mordes an Luxemburg und Liebknecht. Gietinger weist außerdem nach, dass Pabst Staatsstreichpläne hegte und am Kapp-Putsch beteiligt war. Pabst hatte schon 1920 bis 1923 konspirative Kontakte zur bayerischen Rechten, zu Mussolini und zu den faschistischen



Pfeilkreuzlern in Ungarn. Er wurde unter Hitler Wehrwirtschaftsführer und koordinierte die Rüstungsindustrie. 1943–55 lebte er in der Schweiz. Zurück in Deutschland setzte er seine Karriere als Rüstungslobbyist und Händler von Tretminen, Billigraketen und Napalmbomben fort. Waldemar Pabst ist eine Schlüsselfigur der deutschen Konterrevolution.

Klaus Gietinger, geb. 1955. Sozialwissenschaftler, Drehbuchautor und Regisseur. Er war Mitbegründer der Westallgäuer Filmproduktion und ist Produzent bei Igerfilm GmbH, zudem Autor und Regisseur zahlreicher Kinoproduktionen [Daheim sterben die Leut (1984), Schön war die Zeit (1988), Heinrich der Säger (2001) und Fernsehspiele. Er schrieb und inszenierte diverse Tatorte. Zuletzt erschienen von ihm als Co-Autor die Bücher Wozu muss einer der Bluthund sein. Zum 50. Todestag von Gustav Noske (1997), Inselkrimi Bahnhof Landau sowie Die Zukunft der Bahn (2004).





Klaus Gietinger, geb. 1955. Sozialwissenschaftler, Drehbuchautor und Regisseur. Er war Mitbegründer der Westallgäuer Filmproduktion und ist Produzent bei Igerfilm GmbH, zudem Autor und Regisseur zahlreicher Kinoproduktionen (Daheim sterben die Leut (1984), Schön war die Zeit (1988), Heinrich der Säger (2001) und Fernsehspiele. Er schrieb und inszenierte diverse Tatorte. Zuletzt erschienen von ihm als Co-Autor die Bücher Wozu muss einer der Bluthund sein. Zum 50. Todestag von Gustav Noske (1997), Inselkrimi Bahnhof Landau sowie Die Zukunft der Bahn (2004). In der Edition Nautilus ist ausserdem erschienen Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs (2009).

Klaus Gietinger

DER KONTER REVOLUTIONÄR

Waldemar Pabst –
eine deutsche Karriere

Nautilus

Edition Nautilus

Verlag Lutz Schulenburg Schützenstrasse 49 a

D-22761 Hamburg www.edition-nautilus.de Alle Rechte vorbehalten

© Lutz Schulenburg 2008 Umschlaggestaltung: Maja Bechert, Hamburg,

www.majabechert.de Titelmotiv Schutzumschlag: Spartakusaufstand,

Gardekavalleriedivision unter General Hoffmann beim Einmarsch in Berlin,

14. Januar 1919.

Rückseite Schutzumschlag: Spartakusaufstand,

Regierungstruppen am Potsdamer Platz, Berlin.

© Fotos: Landesarchiv Berlin Originalveröffentlichung Erstausgabe Januar 2009

Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt 1. Auflage ISBN 978-3-89401-592-3

Eingelesen mit [ABBY Fine Reader](#)

Vorwort

1.

Die Konterrevolution der Jahre 1918 bis 1922/23 hat die politische Sozialgeschichte Zentraleuropas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entscheidend geprägt. Sie erstickte die Massenbewegungen und Sozialrevolten der Arbeiter und Arbeiterinnen, einfachen Soldaten und Kleinbauern, die seit 1917 gegen die Massaker und Entbehrungen des Ersten Weltkriegs aufbegehrten, und schlug ihre Umsturzversuche nacheinander nieder. Als Hauptakteure profilierten sich dabei seit dem Waffenstillstand die Stabsoffiziere und Restkader der Fronttruppen. Ihnen gegenüber hatten die Aufstandsversuche der revolutionären Linken und die Gegenmacht der Arbeiter- und Soldatenräte keine Chance, weil der Terror der konterrevolutionären Truppen im zentraleuropäischen Krisenzentrum Deutschland durch ein Bündnis mit den Arbeiterbürokratien des «Burgfriedens» legitimiert wurde. Das Scheitern des sozialistisch-rätedemokratischen Umbruchs in Deutschland isolierte nicht nur das postrevolutionäre Russland, sondern auch die ungarische Räterepublik und die norditalienische Rätebewegung.

Die Niederlage hatte weit reichende Konsequenzen. Die triumphierenden Militärs begannen umgehend, ihren Bündnispartnern die Rechnungen zu präsentieren: Sie forderten die Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse und die Annullierung der im Frühjahr 1919 geschlossenen Pariser Vorort Verträge, weil sie ihre beruflichen Karrieren bedrohten oder ihnen im Fall Italien die versprochenen Früchte des Siegs vorenthielten. In Ungarn und Italien gelang ihnen die Durchsetzung ihrer Interessen im folgenreichen Bündnis mit dem Grossgrundbesitz, den übrigen traditionellen Eliten und einer antisozialistischen Massenbewegung, aus dem in Italien erstmalig das «totalitäre» Herrschaftssystem des Faschismus hervorging. In Ungarn etablierte sich die Militärdiktatur eines «Reichsverwesers». Österreich steuerte auf einen zeitweiligen sozialstaatlichen Kompromiss zu, der wesentlich durch die intakt gebliebene Arbeiterbewegung getragen wurde. Dagegen blieb in Deutschland zunächst alles in der Schwebe. Als sich die Mehrheitssozialdemokratie zu Beginn des Jahres 1920 weigerte, einen Staatsstreich der Militärkaste gegen die Demobilisierungs- und Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags mitzutragen, zerbrach das strategische Bündnis, und den Akteuren des Kapp-Lüttwitz-Putschs wurden durch einen Generalstreik die Grenzen ihrer Handlungsspielräume aufgezeigt. Aber sie wurden keineswegs entmachtet. Die konterrevolu-

tionären Truppen wurden weiterhin zur Niederschlagung regionaler Arbeiteraufstände eingesetzt, und ihre Offiziere überwinterten in den sicherheitspolizeilichen und paramilitärischen Strukturen, die sie im Verlauf des Jahrs 1919 aufgebaut hatten. Zusätzlich vernetzten sie sich mit der verbliebenen Berufsarmee des 100'000-Mann-Heeres und warteten als «Schwarze Reichswehr» auf ihre nächste Chance.

2.

Im Verlauf der 1920er Jahre avancierte der unsaturierte «Schwarze Block» der Militärs zum Kern der nun auch in Deutschland und Österreich aufkommenden faschistischen Massenbewegung. Er nahm dabei von Anfang an eine Schlüsselstellung ein, denn er verband die extreme Gewalttätigkeit der konterrevolutionären Nachkriegsjahre mit Programmen zur Wiederherstellung imperialer Reichsräume, in denen der Armee eine dominierende Rolle zugedacht war. Darüber hinaus verfügte er im Gegensatz zu den anderen Fraktionen der faschistischen Irredenta über einen soliden materiellen Rückhalt, weil er nicht nur als «schwarzes» Anhängsel der verkleinerten Berufsarmeen alimentiert wurde, sondern auch in der Rüstungsindustrie verankert war und ihre internationalen Waffengeschäfte organisierte. Vor allem aber betätigten sich die Militärkader als Organisatoren der faschistischen Kampfbünde, die sie generalstabsmässig strukturierten und homogenisierten. Dadurch halfen sie den rivalisierenden Strömungen des europäischen Faschismus über ihre strategischen Differenzen und nationalen Begrenzungen hinweg und proklamierten schon in der «Bewegungsphase» eine «Weisse Internationale». Obwohl seit der Weltwirtschaftskrise die politischen Massenorganisationen und Propagandainstrumente des Faschismus immer stärker in den Vordergrund traten, waren die Offiziere ihrer Milizen und Nachrichtendienste entscheidend beim Kampf gegen die parlamentarische Demokratie und die Arbeiterbewegung. Und da sie das gesamte rivalisierende Spektrum dieser Kampfbünde – SA, SS, Heimwehr und Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten) – kontrollierten, vermochten sie auch zwischen den verschiedenen strategisch-politischen Optionen zu vermitteln und ihre Machtkämpfe zu begrenzen. Ohne die «ordnende Hand» des Schwarzen Blocks der Offiziere wäre es kaum möglich gewesen, den Klerikalfaschismus, den völkischen Rassismus und Antisemitismus, den ständischen Korporatismus, den «preussischen Sozialismus» der Jungkonservativen und die monarchistische Reichsidee in eine Koalition der «nationalen Erhebung» zu transformieren, die dann nach der Eroberung der politischen Macht ihre Dispute hinter den Fassaden der faschistischen Einheitsparteien und der «Vaterländischen Front» fortsetzte. Und deshalb waren die Militärs auch in der Lage, ihren Koalitionspartnern nach der endgültigen Zerstörung der Arbeiterbewegung und des parlamentarisch-sozialstaatlichen Gesellschaftskompromisses ein zweites Mal ihre Rechnung zu präsentieren –

und zwar diesmal erfolgreich. Schon wenige Wochen nach der Etablierung des Kabinetts Hitler wurde die «wehrhafte Volksgemeinschaft» als entscheidende strategische Option festgeschrieben, die sich der forcierten Hochrüstung und der Vorbereitung eines «totalen» Revisionskriegs zu unterwerfen hatte.

3.

So weit – im allergrößten Umriss – der historische Rahmen. Wie war es aber um die Binnenstrukturen und die Mentalitäten der militärischen Akteure der Konterrevolution bestellt? Welche politischen Konzepte entwickelten sie bei der terroristischen Niederschlagung des revolutionären Aufbruchs der Unterklassen? Wie verknüpften sie die konterrevolutionären Hauptaktionen miteinander? Und wie gelang es ihnen, nach der Blockade der sozialen Massenkämpfe auf eine mittelfristige Strategie umzuschalten, die ihre militärisch-industriellen Restaurationsbestrebungen so in den Faschismus integrierte, dass er die «Wehrhaftmachung der Volksgemeinschaft» und den grossen Revanchekrieg zu seinem Hauptanliegen machte?

Auf alle diese Fragen hat die historische Forschung bislang keine hinreichenden Antworten gefunden. Die Zahl ihrer Detailstudien über die militärischen Avantgarden der Konterrevolution und des Faschismus ist kaum mehr übersehbar. Aber ihnen allen fehlt der rote Faden, der die Hauptaktionen der zentraleuropäischen Konterrevolution mit ihren terroristischen Nebenschauplätzen verbindet und auch ihre grenzüberschreitenden Netzwerke in den Blick nimmt.

Wie aber kann dieser rote Faden geknüpft werden, um in das Dunkel vorzudringen? Die Antwort erscheint nach einigem Nachdenken einfach: Man könnte sich solche Institutionen und Persönlichkeiten herausuchen, die vom Beginn der Konterrevolution bis zur politischen Machteroberung des Faschismus und der dann in Gang gekommenen Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitung zu den Planungs- und Aktionszentren des «Schwarzen Blocks» gehörten. Die militärischen Formationen selbst kommen dafür kaum in Frage, denn die deutsche Garde-Kavallerie-Schützen-Division oder die österreichische Heimwehr überdauerten nicht die über 25-jährige Bewegungs-, System- und Kriegsphase des europäischen Faschismus. Dasselbe gilt auch für die meisten grossindustriellen Partner des «Schwarzen Blocks» und ihre Unternehmen, so etwa Hugo Stinnes, Friedrich Minoux, Ottmar Strauss, Hans Eltze oder Alfred Hugenberg. Auch bei den militärischen Akteuren verhielt es sich ähnlich, denn Max Bauer, Erich Ludendorff, Hermann Ehrhardt oder Walther von Lüttwitz spielten nach dem Übergang zur faschistischen Systemphase keine Rolle mehr. Dessen ungeachtet gab es aber einige Akteure, die – wenn auch in unterschiedlicher Nähe zu den Schaltzentren – den «Dreissigjährigen Krieg» des kurzen 20. Jahrhunderts in allen Etappen mitgestalteten und sogar beim Übergang der faschistischen Mentalitäten und Strukturen in den Kalten Krieg noch eine

gewisse Rolle spielten. Zu ihnen gehörten in Deutschland vor allem der Rüstungsgrosshändler Otto Wolff, der zum Berufspolitiker avancierte Generalstabsoffizier Franz von Papen, der Freikorpsführer und Geheimdienstler Friedrich Wilhelm Heinz – und der 1880 geborene Generalstabsoffizier Waldemar Pabst.

Auf die Idee, Waldemar Pabst als personifizierte Schnittstelle des «Schwarzen Blocks» der Konterrevolution und des Faschismus in Augenschein zu nehmen, kam die Historikerin Doris Kachulle zu Beginn der 1990er Jahre. Parallel zu ihr wurde auch der Sozialwissenschaftler und Regisseur Klaus Gietinger im Rahmen einer Studie über die Hintergründe der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf Pabst aufmerksam. Zwischen beiden entwickelte sich ein sporadischer Forschungsdialog, und allmählich wurden die vielfältigen «Gemengelagen» sichtbar, die dieser umtriebige, ausserordentlich organisationsfähige und extrem gewaltbereite Offizier auf sich gezogen hatte.

4.

Waldemar Pabst avancierte zur Schlüsselfigur der deutschen Konterrevolution, nachdem er sich als Stabsoffizier einer Elitedivision auf den westeuropäischen Kriegsschauplätzen profiliert hatte. Im Zusammenspiel mit der Mehrheitssozialdemokratie war er nicht nur an der blutigen Niederschlagung der Berliner Aufstandsversuche vom Januar und März 1919 beteiligt, sondern plante auch die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Offiziere seines Stabs am 15. Januar 1919 ausführten. Nach dem Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Putschs wirkte er als transnationaler Drahtzieher der faschistischen Milizen und avancierte 1925 zum Bundesstabsleiter des österreichischen Heimwehrverbands. Seit 1928/29 engagierte er sich für einen Staatenbund des europäischen Faschismus, wobei Österreich als Brücke zwischen Italien und Ungarn fungieren sollte. 1931 kehrte er nach Deutschland zurück. Ein Angebot Hitlers, als Organisationschef der NSDAP tätig zu werden, lehnte er ab, weil er dessen «gesamtdeutschen» Führungsanspruch über die konkurrierenden Strömungen des Faschismus nicht teilte. Stattdessen trat er als Verkaufschef in den Rüstungskonzern Rheinmetall-Borsig ein und organisierte dessen ausländische Waffengeschäfte. Parallel dazu betätigte er sich als Geschäftsführer einer «Gesellschaft zum Studium des Faschismus», die sich mit den Möglichkeiten einer Übertragung des italienischen Modells auf die deutschen Verhältnisse auseinandersetzte. Den Mordaktionen der Röhm-Affäre entging er nur durch einen Zufall, er konnte jedoch danach seine uneingeschränkte Rehabilitation durchsetzen und agierte seither als loyaler Anhänger der NS-Diktatur. 1938 reüssierte er als Wehrwirtschaftsführer und wurde kurz vor dem Überfall auf Polen als Verbindungsoffizier der Rüstungszentrale des Oberkommandos der Wehrmacht zum Oberkommando des Heeres reaktiviert. Ein Jahr später übernahm er eine Tarnfirma zur Beschaffung von Eng-

pass-Materialien der deutschen Kriegs- und RüstungsWirtschaft aus den neutralen Ländern Europas. Vor der deutschen Niederlage setzte er sich in die Schweiz ab, wo er bis zu Beginn der 1950er Jahre überwinterte. 1955 liess er sich in Düsseldorf nieder und verbrachte dort seine letzten Lebensjahrzehnte als Rüstungslobbyist und Händler von Tretminen, Billigraketen, Napalmbomben und Infanteriemunition.

5.

Die Rekonstruktion dieser Fakten und Zusammenhänge war ausserordentlich schwierig, aber als noch komplizierter erwies sich das Unterfangen, sie in ihre weitgehend unerforschten Kontexte einzuordnen. Doris Kachulle setzte sich fast eineinhalb Jahrzehnte lang mit diesen Problemen auseinander, und sie scheiterte beim ersten Anlauf. Seit Beginn des neuen Millenniums wurde sie von der Stiftung für Sozialgeschichte beraten, zusätzlich erhielt sie von der schweizerischen Stiftung Omina Freundeshilfe ein Forschungsstipendium. Sie erstellte ein umfangreiches Exzerptbuch, jedoch verhinderte eine schwere Erkrankung, an der sie im Juni 2005 starb, die Niederschrift des Manuskripts. In ihrem Testament stellte sie einen Teil ihres schmalen Vermögens für die Fortsetzung des Pabst-Projekts zur Verfügung, und Klaus Gietinger, ihr langjähriger Korrespondenzpartner, übernahm diese schwierige Aufgabe. Zwar konnte er auf die Vorarbeiten Kachulles zurückgreifen, aber entscheidende Fragestellungen und Forschungshypothesen waren noch ungeklärt und machten eine weitere aufwändige Phase der archivischen Recherche erforderlich, zumal auch Kachulles Exzerptbuch die konsultierten Quellen nicht reproduzierbar auswies. Gietinger widmete sich diesen Problemen mit Elan, Umsicht und Ausdauer. Es ist ihm nicht nur gelungen, die Lebensgeschichte Pabsts umfassend auszuloten, sondern davon ausgehend auch die wichtigsten Netzwerke der Konterrevolution und des europäischen Faschismus zu rekonstruieren. Seiner unbefangenen Neugier und seinem unbändigen Erkenntnisinteresse haben wir ein Forschungsergebnis zu verdanken, das überholte Denkmodelle hinter sich lässt, mit Tabus bricht und auch für die Expertinnen und Experten des Fachs neue Massstäbe setzt.

6.

Wer sich in dieses Buch hineinliest, bemerkt dies sehr schnell. In ihm werden viele offene Fragen der Ereignisgeschichte geklärt: Die Mitverantwortung der mehrheitssozialdemokratischen Führung an der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht, die sie insgeheim billigte und dauerhaft deckte; die verhängnisvollen Folgen des von Pabst vorformulierten Exekutionsbefehls des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske, der Tausende von Aufständischen wie Unbeteiligten das Leben kostete; die

Militarisierung der Nachkriegsordnung, die beispielsweise der neu gegründeten Sicherheitspolizei den Weg zu den Polizei-Reservebataillonen der NS-Diktatur ebnete; die sich fast Überschlagende Abfolge der militärischen Staatsstreichpläne in Deutschland und Österreich; die Mobilmachung der Tiroler Heimatwehr am Tag des Münchener Hitler-Ludendorff-Putschs, um im Fall des Erfolgs ebenfalls losschlagen zu können; die Bedeutung der österreichisch-italienisch-ungarischen Süd-Achse in der Frühphase des europäischen Faschismus; die erpresserischen Kontakte Pabsts mit Aussenminister Stresemann; die gegen die «gesamtdeutschen» Optionen der NS-Bewegung gerichteten Konzepte eines faschistischen Staatenbunds der «Weissen Internationale»; und last but not least die langfristige Verankerung der faschistischen Irredenta im internationalen Waffenhandel und in der Rüstungsindustrie, die Akteure wie Pabst bis in die 1960er Jahre ein auskömmliches Dasein sicherte.

Der biografische Blick auf Waldemar Pabst als exemplarischen Exponenten des «Schwarzen Blocks» der Offiziere bereichert neben der Ereignisgeschichte aber auch einige besonders umstrittene Problemfelder der historischen Faschismusanalyse. Er bestätigt erstens die These, dass der Faschismus eine seiner heterogenen sozialen Zusammensetzung entsprechende multipolare politische Strategie verfolgte, die auch in der System- und Kriegsphase fortwirkte und ihn nicht etwa «polykratisch» chaotisierte, sondern ihm im Gegenteil eine erstaunliche Flexibilität und Effizienz verlieh. Gietingers Untersuchung schärft zweitens unseren Blick auf die europäischen Netzwerke des Faschismus, die nicht nur die Genese der «Achse» Berlin-Rom-Budapest-Bukarest in neuem Licht erscheinen lassen, sondern auch die breite soziale, wirtschaftliche und politische Basis des unter deutsche Hegemonie geratenen europäischen Faschismus der Kriegsjahre erklären. Das Buch liefert drittens überzeugende Zusatzargumente zur Untermauerung des Befunds, dass den grossbürgerlichen Komponenten des faschistischen Herrschaftssystems – an erster Stelle dem Militär und der Rüstungsindustrie – eine weit aus bedeutendere Rolle zukam als bislang mehrheitlich angenommen.

7.

Von besonderer Bedeutung ist jedoch der von Gietinger auf mehreren Ebenen erarbeitete Nachweis des strategischen Bündnisses zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und der Militärkaste in den Jahren des «Burgfriedens» und der Konterrevolution. Dabei war die gemeinsame Frontstellung gegen die ausser Kontrolle geratenen Unterklassen, denen die Militärs und die Führer und Funktionsschichten der Arbeiterbürokratien mit einem entschiedenen Vernichtungswillen entgegentraten, die entscheidende Klammer. Dies war nur möglich, weil es zwischen dem völkisch-nationalistischen Flügel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und den Berufsoffizieren des kaiserlichen Heers

gemeinsame mentale Strukturen und Verhaltensweisen gab: einen bedingungslosen Führungs- und Gehorsamsanspruch gegenüber der Masse der Arbeiter und Soldaten; einen ausgeprägten Antisemitismus; ein entschiedenes Eintreten für die Überwindung des Klassenkonflikts und den Aufbau einer «Volksgemeinschaft»; die Ablehnung aller Ansätze zur internationalen Verständigung und zu nicht-militärischen Konfliktlösungen; und ihr kompromissloses Vorgehen gegen Oppositionelle und Dissidenten. Zwar gab es auch unbezweifelbare Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten, so etwa hinsichtlich der Nachkriegsordnung, wo die Arbeiterführer und ihre Funktionsträger einen autoritär-sozialstaatlichen Parlamentarismus ansteuerten, nachdem sich ihr Festhalten an der Monarchie als illusorisch erwiesen hatte. Das alles lehnte die Militärkaste entschieden ab, das Ziel ihrer konterrevolutionären Aktivitäten war die Restauration des imperialen monarchischen Machtstaats. Deshalb gingen die Wege seit 1921 auch wieder ein Stück weit auseinander, aber der gemeinsam unterdrückte Demokratisierungsimpuls der sozialen Massenbewegung bekam erst nach der Befreiung des deutschen Faschismus durch die Truppen der Antihitlerkoalition wieder eine – wie stark auch immer deformierte – zweite Chance.

Für diese Einschätzung liefert das vorliegende Buch überzeugende Beweise. Die Historiker der Sozialdemokratie werden nicht mehr umhin können, die rechtsextremistische Phase ihrer politischen Heimat in der Etappe des «Burgfriedens» und der Konterrevolution selbstkritisch aufzuarbeiten, die Umbenennung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu fordern und sich für die Wiedererrichtung des von den Nazis geschleiften Berliner Luxemburg-Denkmal einzusetzen. Aber auch für den linken Flügel der Historiker der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung wird es nun ernst. Sie werden sich mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie es dazu kommen konnte, dass die hegemonialen Institutionen der Arbeiterklasse, also ihre «politische Klassenzusammensetzung», terroristisch gegen ihre eigene Basis, die «soziale Klassenzusammensetzung», vorgingen und ihre massenhaft artikulierten Bedürfnisse nach Demokratie, Gleichheit und Abrüstung vernichteten. Können derartige Konfrontationen zwischen Bürokratie und Klasse etwa wiederkehren, und blockieren sie vielleicht bis heute – wenn auch in abgeschwächter Form – das gesellschaftliche Leben und die egalitären Bedürfnisse der Unterschichten?

Karl Heinz Roth

Einleitung – «Wenn ich das Maul auf tun würde!»

Gut ein Jahr vor dem Ende seines Lebens rückte Waldemar Pabst noch einmal kurz in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Es war der 15. Januar 1969. Vor seinem Haus in der Windscheidstrasse 19 in Düsseldorf fand eine aufgeregte Demonstration statt. Die 150 wütenden Demonstranten schwenkten Rote Fahnen und hielten Transparente hoch: «Gestern Pabst – heute Kurras» – womit sie auf den Polizisten anspielten, der Benno Ohnesorg auf einer Demonstration eineinhalb Jahre zuvor in Berlin mit einem Kopfschuss getötet hatte¹. Ja, sie führten Plakate mit dem Steckbrief von Pabst mit sich. Vor seinem Haus sangen sie die Internationale.²

Eine Nacht zuvor waren sogar mit Kartoffelbrei gefüllte Plastik-Sparschweine durch Fenster der Pabst'sehen Wohnung geflogen.³

Ursache des Ganzen: Ein Fernsehspiel von Dieter Ertel und Theo Metzger, das in zwei Teilen, am 14. und 15. Januar um 20 Uhr 15 im Ersten Programm des Deutschen Fernsehens gezeigt wurde und einem Millionenpublikum vorführte, wie fein Pabst die Sache damals gedeichselt hatte: der Major a.D., oder war er nur Hauptmann a.D.? – Keiner wusste es so genau. Was hatte er denn gedeichselt? Nichts Geringeres als die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts genau 50 Jahre vorher. Pabst war der Organisator dieses folgenreichsten politischen Doppelmordes der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Aber an jenem Abend im Jahr 1969 musste Pabst sich nicht fürchten. Seine Wohnung war leer. Er und seine zweite Frau Franziska (genannt Fränze) hatten sich in ein «reizendes Waldhotel» begeben und waren damit den «Ovationen»⁴ entflohen. Pabst hätte sich diesen «Aufmärschen» sicherlich auch noch im hohen Alter gestellt. Denn als er sich drei Jahre vorher durch Walter Jens' inzwischen vergessenes Theaterstück «Die Rote Rosa» angegriffen fühlte, konnten ihn auch seine Kameraden kaum bremsen.

«Am Freitag sprach ich vor Kadetten über den ‚Jens-Skandal‘, die sehr gut mitgingen, mich am Schluss baten, im Interesse meiner Gesundheit etc. vom weiteren Kampf mit der Gruppe 47 abzusehen, was ich selbstverständlich ablehnte.»⁵

An Warnungen, doch tunlichst nicht darzulegen, «was im deutschen Bürgerkrieg von uns geleistet worden ist und was die deutsche Nation uns zu verdanken»⁶ hat, war schon früher kein Mangel. So bemerkte sein ehemaliger Leiter der Propagandaabteilung Dr. jur. Fritz Grabowsky, ein «Jude (...) aus einer hoch angesehenen und national gesinnten Berliner Familie»⁷, der groteskerweise den Holocaust nur deswegen überlebte,

weil er zu Pabsts Mördertruppe gehört hatte und also von ihr geschützt worden war, schon 1953 in einem Brief an seinen Ex-Chef: «Es besteht die Gefahr, dass man uns als Vorläufer und Schrittmacher der Nazis hinstellt, wie es schon geschehen ist.»⁸ Womit Grabowsky der Wahrheit für einen Moment ins Auge gesehen hatte.⁹

An jenem 15. Januar 1969 folgte Pabst schliesslich der Aufforderung, sich dem Feind nicht zu stellen, diesmal auf dringendes Anraten der Düsseldorfer Polizei. Die trug nämlich – im Gegensatz zu den Demonstranten – keinen Steckbrief von ihm mit sich herum, so wie es in der Bundesrepublik Deutschland auch nie einen Haftbefehl gegen ihn gegeben hatte.

Das Grossstadtrevier dachte nicht daran, Pabst zu verhaften, im Gegenteil, es verhielt sich «tadellos»¹⁰, arbeitete ihm zu, wie ihm ein halbes Jahrhundert lang Staatsorgane hinten herum (und manchmal auch vorne herum) zugearbeitet hatten. Über seinen Freund Regierungsdirektor Körner von der Aachener Polizei bekam Pabst Einsicht in Unterlagen der politischen Abteilung, der Staatsschutzabteilung « 14. K.» der Düsseldorfer Polizei. Was heisst Einsicht: Man schickte ihm in toto die Namen und Adressen von 19 «Rädelsführern» dieser Demonstration.¹¹

Leider besass Pabst zu dieser Zeit selbst keine bewaffnete Macht mehr, wie er sie mehrfach in seinem langen Leben besessen hat, sonst hätte er diesen 19 Demonstranten vielleicht mal gehörig die Leviten gelesen. Obwohl also schon militärisch schwach, bewies der 88-jährige Mann, dass seine Netzwerke und Seilschaften, die er seit seiner Kadettenzeit in ganz Europa in geradezu genialer Weise aufgebaut und gepflegt hatte, immer noch funktionierten. Netzwerke mit teilweise lebenslangen Freunden und nur wenigen «Rohrkrepierern» – wie Adolf Hitler, mit dem er sich nicht vertragen hat.

Um nur die bekanntesten Kameraden zu nennen: Franz von Papen, Wilhelm Canaris, Hugo Stinnes, Walter Lüttwitz, Erich Ludendorff, Friedrich Wilhelm Heinz, Hermann Ehrhardt, Gustav Noske, Eugen Schiffer, Gustav Stresemann, Richard Steidle, Walter Pfrimer, Ernst Rüdiger Starhemberg, Eugen Bircher, Georg Thomas, Benito Mussolini und Hermann Göring. Kanzler, Minister, Generäle, Generaldirektoren, Freikorpsführer, Putschisten, Faschisten, Massenmörder und Nazis, aber auch Sozialdemokraten, ja sogar einige wenige Juden waren darunter. Er kam mit ihnen dann aus, wenn sie seinem Ziel dienten, dem der Nationalen Erhebung. In diesem Sinne war er Revolutionär. Oder besser Konterrevolutionär.

Die einzigen, die er wirklich hasste, hasste wie die Pest, waren Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten, von ihm unter einem Begriff subsumiert: Bolschewisten. Für sie hatte er in der Regel nur eines übrig: eine Kugel, am besten von hinten.

Dieser Mann im Hintergrund wusste immer gut Bescheid, und er wurde immer gut beschützt, ob in Deutschland, Österreich, der Schweiz oder Italien. Immer war einer da,

der ihm Unterschupf gewährte, ihn deckte und viel Geld für ihn übrig hatte, Geld, das in der Regel vom Grosskapital oder staatlichen Organisationen kam, hinten herum natürlich. Ob Konservative, Nazis oder Sozialdemokraten, Pabst wurde von ihnen gedeckt und war daher ohne Furcht.

So auch 50 Jahre nach seinem grössten Coup, der Ermordung der Deutschen Revolution. Die paar harmlosen Demonstranten und das «journalistische Trommelfeuer» konnten ihm also auch 1969 nichts anhaben. Aber Pabst war sauer und drohte, dass ihm doch noch der Papierkragen platzen könnte: «Wenn ich das Maul auf tun würde, nachdem ich 50 Jahre geschwiegen habe.» Dann was? Dann «gäbe es einen tollen Stunk. Vielleicht vernichtend für die SPD im Wahljahr.»¹²

Was sollte vernichtend sein für die SPD in dem Jahr, in dem sie es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schaffen sollte, einen Kanzler zu stellen, einen Kanzler, der Willy Brandt heissen und versprechen würde, ganz neue Saiten aufzuziehen, wie sich Pabst ausgedrückt hätte? Wie sollte ein alter Putschist dieser SPD schaden, wo die doch «nie einen Finger breit von der Demokratie abgewichen» war (Erhard Eppler)? Und wo doch Pabst nie etwas mit der Demokratie am Hut oder, besser ausgedrückt, am Stahlhelm hatte? Dies ist nur ein Rätsel von vielen, das dieser Drahtzieher hinterliess, der immer darauf achtete, seine Spuren zu verwischen, «wie ein alter Fuchs es tut»¹³. Und genau deswegen auch nie die Popularität seiner politischen Freunde erreichte – auch nicht erreichen wollte. Wer sich anschickt, diese rudimentären Spuren trotzdem zu lesen, hat grosse Mühe. Gleich wohl wird in diesem Buch versucht, die zahlreichen Rätsel – eines nach dem andern – zu lösen. «Investigative Geschichtsforschung» eben, wie dies Helga Grebing, die Mutter aller SPD-Historiker, in einer Mischung aus Anerkennung und Ärger über die Tätigkeit des Autors bemerkt hat.¹⁴

1. Kindheit

1. Der Hang zur Eigenwilligkeit

Ernst Julius Waldemar Pabst¹ wurde an Heiligabend, am 24.12.1880, in Berlin Charlottenburg geboren.

«Schon durch die Wahl dieses Tages, womit ich das erste Weihnachtsfest der elterlichen Ehe störte, zeigte ich, dass ich von Geburt an einen Hang zur Eigenwilligkeit mit auf die Welt gebracht hatte, welcher mir dann mein ganzes Leben treu geblieben ist.»²

Waldemars Eltern hatten am 22.1.1880 geheiratet.

Der Vater, Dr. Phil Arthur Pabst, war zu der Zeit 28 Jahre alt und beim königlichen Antiquarium in Berlin angestellt. Im Jahr 1881 stieg er zum Direktoralassistenten am neugegründeten Königlichen Kunstgewerbemuseum in Berlin auf. Er stammte aus einer «alten Hallenser Patrizierfamilie»³. Waldemar Pabsts Grossvater, Julius Pabst, kam aus Krötzschenbroda, wurde 1820 geboren, war Stadtapotheker in Halle/Saale und starb 1913 93-jährig. Mit diesem Original hat sich der Enkel offenbar gut verstanden.⁴

Des kleinen Waldemars Mutter war die Tochter eines Rittergutbesitzers aus der Mark Brandenburg. Mehr wird von Pabst über ihre Familie nicht erzählt, nicht einmal den Namen seiner Frau Mama nennt er. Sie hiess Adelheid Agnes Margarete⁵ und wurde 1860 in Hohenbruch geboren, ihr Mädchennamen lautete Lemonius, und sie starb 1938. Ihre Eltern waren Friedrich Wilhelm Ludwig Lemonius und Marianne Lemonius, geborene Liebmann.⁶

Das Kunstgewerbliche Museum war nach Waldemar Pabsts Angaben hauptsächlich auf Betreiben des damaligen Kronprinzenpaares gegründet worden. Die Kronprinzessin Victoria und spätere Kaiserin, Frau Friedrichs III., eine Tochter der Queen Victoria, verlieh dem Hause Pabst die Weihen der Hohenzollem. Angeblich hatte die «Tante Kronprinzessin» an dem temperamentvollen Waldemar «stets ihr Interesse bezeugt» und den Lausub – wie kann es anders sein – auch vor dem «gestrengen Vater» in Schutz genommen. Patenonkel sollen der Leiter des Museums, Geheimrat Dr. Julius Lessing⁷, und der «berühmte Historiker Ernst Curtius» gewesen sein.⁸

Noch bevor Waldemar das schulpflichtige Alter erreichte, zogen die Pabsts nach Köln, wo sein Vater 1888 die Leitung des dortigen Kunstgewerbemuseums wie auch des historischen Museums übernahm.

Er machte beide Museen «aus dem Nichts zu Sammlungen von europäischer Berühmtheit»⁹ und begründete auch die Wochenschrift für Kunst und Kunstgewerbe *Kunstchronik*.

Waldemar besuchte auf Wunsch des Vaters, um «mit allen Volkskreisen in Berührung» zu kommen, bis zu seinem 10. Lebensjahr die Volksschule in Köln. Dann kam er aufs Apostelgymnasium, wo er zwei Jahre blieb.

Pabst hatte noch einen jüngeren Bruder, Heinz, der Besitzer und Direktor des Komödienhauses in Dresden wurde, und eine 7 Jahre jüngere Schwester, Charlotte.¹⁰

«Da sich leider das eheliche Verhältnis meiner Eltern wenig glücklich entwickelt hatte, so strebten sowohl ich wie mein um zwei Jahre jüngerer Bruder mit allen Mitteln von [zu] Hause fort, um peinlichen Situationen zu entgehen.»¹¹

Beide flüchteten ins königlich preussische Kadettenkorps. Im Jahr 1893, Waldemar Pabst war 12 und wechselte für ein halbes Jahr in die Kadettenanstalt Bensberg bei Köln¹², wurde sein Vater frühzeitig in den Ruhestand versetzt. Schon ein Jahr zuvor war die totale Unordnung seines Büros dem erstaunten Oberbürgermeister Becker aufgefallen. Man attestierte Arthur Pabst eine Geisteskrankheit, und er kam in die Nervenheilanstalt zu Grafenberg bei Düsseldorf. Dort starb er 1896 wenige Tage vor seinem 44. Geburtstag an einem «unheilbaren (...) schweren Nervenleiden».¹³ Zum Schicksal seines Vaters sind keine Äusserungen von Pabst bekannt.¹⁴ Als der starb, war Waldemar vermutlich bereits Kadett in Berlin Lichterfelde. Seine Mutter hatte sich von ihrem Mann scheiden lassen und heiratete im Februar 1896, wenige Tage vor Arthur Pabsts Tod, den Geheimen Sanitätsrat und Spezialarzt für Nervenkrankheiten, Prof. Dr. Julius Steiner.¹⁵ Ob er ihren Exmann behandelt hatte, ist nicht bekannt. Auch über das weitere Leben seiner Mutter schwieg sich Pabst aus. Es darf angenommen werden, dass er durch die unglückliche Ehe seiner Eltern, die Trennung, die Geisteskrankheit und den frühen Tod seines Vaters, nicht zuletzt durch die Wiederheirat seiner Mutter mit einem (jüdischen) Nervenarzt, nicht «die nötige Nestwärme fand»¹⁶, wie seine zweite Frau Franziska Pabst später schrieb.

Die Beziehung zur «schönen attraktiven Mutter» war fortan gestört. Mit ihr «verband den jungen Waldemar wenig Liebe – wie es nicht anders sein konnte. Er ging selten in das Haus in Köln, wo sie und ihr Gatte Geheimrat Dr. Steiner seine Praxis hatte (sic!), nur um gelegentlich seine Schwester Lotte zu sehen.»¹⁷

Es blieb nicht aus, «dass es in seiner an sich weichen jungen Seele schwere Tage der Krisis und Einsamkeit gab». Er sei bei den reichen Verwandten herumgereicht worden, so beim Onkel Eisenschmidt, einem Kommerzienrat in Schlachtensee¹⁸, der dort eine Villa hatte und die Geschwister Pabst wohl auch an Weihnachten beherbergte, um «ihm und seinem Bruder das Elternhaus nach dem Tode des Vaters zu ersetzen. Ist es

da ein Wunder, dass er aus jenen Tagen lernte, einsame und schwere Entschlüsse selber zu fassen und hart gegen sich selbst zu sein?»¹⁹

2. Kadett

Pabst dürfte in der Kadettenanstalt Halt gesucht haben. Seine Frau meinte sogar, sie sei ihm «eine zweite Heimat» gewesen.²⁰

Hier begegnete dem jungen Mann – auf eigenen Wunsch – die volle Wucht des preussischen Militarismus. Pabst versuchte später, diese Zuchtanstalten in Schutz zu nehmen, indem er betonte, dass es eine hervorragende wissenschaftliche Ausbildung gegeben habe und die meisten Lehrer keine Offiziere gewesen seien. Doch dann gab er zu, dass die «körperliche Ausbildung» eine grosse Rolle spielte.²¹

Manfred Messerschmidt belegt, dass das Bildungsniveau der Kadetten, überhaupt der Offiziere, in Deutschland ziemlich schlecht war, allenfalls einer Fachschule zur Ehre gereicht hätte, und mit zur Isolierung der Militärelite vom sich rasch wandelnden kapitalistischen System der aufstrebenden nervösen Grossmacht Deutschland beitrug.²²

Selbst Pabst brachte vorsichtig Kritik an, monierte, dass in den Kadetten «ein übertriebenes Standesgefühl herangezogen wurde, welches sich auch manchmal bis zum Dünkel steigerte, sowie ein ungeheurer scharfer militärischer Ehrbegriff». Mancher Offizier habe dies später nicht mit der Umwelt in Einklang bringen können. Und dann fügte Pabst einen Abschnitt hinzu, den der amerikanische AewweMournalist Franz Robert Ingram – nach Lektüre der Erinnerungen – gern gestrichen sehen wollte²³: «Da ein grosser Teil der Erziehung in der Weise vor sich ging, dass die älteren Kadetten als Vorgesetzte der jüngeren auftraten, konnte es nicht ausbleiben, dass auch häufig Rohheiten vorkamen. Dies steigerte sich sogar zu systematischen Quälereien, wenn ein jüngerer Kadett besonders unbelehrbar (schmutzig, unkameradschaftlich usw.) war.»²⁴

Kniebeuge und Klopfpeitsche seien die wichtigsten Erziehungsmittel gewesen, schreibt ein anonymes Staboffizier 1920 über die Schule der Kadetten.²⁵ «Was einzig geachtet wurde, war die physische Kraft», und wer körperlich zart war, litt bitter unter dem «Geist» der Anstalt.²⁶ Der kleine schwächliche Pabst bekam das zu spüren. Ein Ausweg waren Flucht oder Selbstmord oder eben noch härter zu werden als die andern.

Der Soziologe Leopold von Wiese schilderte seine Kindheit in der Kadettenanstalt, in die er gegen seinen Willen von der Mutter geschleppt wurde. Als erstes erhielt er von

einem Kameraden eine Backpfeife, weil er etwas nicht wusste, was er gar nicht wissen konnte, und schnell erfuhr er, dass er sich im Land der Dichter und Denker befand. Denn es zeigte sich, dass Tinte und Feder «zu körperlichen Quälereien vielfach verwendbar waren»²⁷. Er floh mehrfach, kehrte aber immer zurück oder wurde erwischt. So geriet er nicht nur in «Korpsverschiss» (völlige Ignorierung durch die anderen Kadetten), sondern erhielt auch «eine glatte Lage» verabreicht. Eine glatte Lage aber waren Prügel von den eigenen Kameraden. «Der Delinquent wird über einen Querbaum gezogen; jedes Mitglied der Kompanie ist berechtigt und moralisch verpflichtet, mit einem beliebigen Instrument den Körper des Verbrechers aus Leibeskräften zu bearbeiten.» Am schmerzhaftesten waren dabei Hiebe mit dem Holzgriff der Klopffeitsche «auf den vorletzten Wirbelknochen des Rückgrats»²⁸. Ein besonders empfindlicher Nerv wurde getroffen. Wiese fiel in Ohnmacht und träumte vom Stemtalerkind. «Aber leider fielen die Dukaten des Himmels auf meinen Rücken.»²⁹

«Die glatte Lage ist das Ideal aller guten Nationalisten. (...) Am schlimmsten sind nicht einmal die Vorgesetzten, am schlimmsten sind die kleinen Vorgesetzten: die Kameraden», schrieb Kurt Tucholsky in einer Rezension des Buches.³⁰

Ein anderer berühmter Kadett und Freikorpskämpfer, Ernst von Salomon, plauderte noch detaillierter über das, was sie in diesen Anstalten lernten. Ein Offizier hielt gleich zu Anfang eine Ansprache und bestätigte ihnen, dass sie den schönsten Beruf der Welt erwählt hätten, mit einem wichtigen Ziel. «Sie sind hier, um sterben zu lernen.»³¹ Und – dies sagte der Offizier nicht – um töten zu können. Auf beides war die ganze Ausbildung ausgerichtet, dazu diente die körperliche Qual der Kadetten: «Wenn ich mich vergeblich mühte, die Nase über die Reckstange hochzuziehen (...) half der Stubenälteste wohl wollend nach, indem er mit der geballten Faust auf die angespannten Muskeln des Oberarmes schlug.»³²

Und von Beginn an Kameraden-Terror: Der Kadett Glöcklen II musste wegen eines nichtigen Vergehens «ein Tablett mit Nippesfiguren auf ausgestreckten Händen balancieren (wehe, ein Stück fiel herunter), dabei in der Kniebeuge hocken, während zwischen Ferse und Gesäss ein Zirkel so aufgespannt ist, dass er stechen bzw. herausfallen würde bei der geringsten Bewegung des Gesässes nach oben oder unten. Die gelöste Aufgabe bedeutet ein sofortiges Heraufrücken in der Hierarchie. Der Kadett ist nicht mehr der letzte Sack – Säcke heissen alle Neuen, und so werden sie behandelt. Ausgeleert, ausgeklopft, neu gefüllt.»³³

Das Bett war kalt – was auch schon mal zu Lungenentzündung und Tod führte³⁴ –, die Decken und das Waschwasser auch. Scheu davor führte zum Hineintauchen. Wer zuerst nach der Schrippe griff, bekam nichts. Mutproben, Drill, und wenn man die Wahl hatte bei der Strafe, wurde immer die körperliche gewählt: Prügel. «Der Körper schluckt Angriff auf Angriff, bis er süchtig wird.»³⁵ Ergebnis:

«Allmählich hatte ich mich eingelebt. Der Dienst war mir nicht mehr eine geheimnisvoll sausende Maschine mit unmotivierten Überraschungen, immer mehr traten aus dem Gewirre von Gestalten die wenigen, mit denen ich eine Beziehung hatte irgendwelcher Art, klar und plastisch hervor (...) und ich begann langsam, die Nase zu heben.»³⁶

Heinrich Heine beschrieb diesen Zustand anschaulich: «Sie stelzen noch immer so steif herum, so kerzengrade geschniegelt, als hätten sie verschluckt den Stock, womit man sie einst geprügelt. Ja ganz verschwand die Fuchtel nie, sie tragen sie jetzt im Innern.»³⁷ Die Erniedrigungen, das Schleifen, hatten einen Stachel in sie eingepflanzt, der sie ihr Leben lang quälte und antrieb, sie zu starren Kampfmaschinen mit hoher Stromstärke formte.

«Erst heute ist mir klar, dass die Menschen so, wie sie es hier getan haben, überall handeln und reagieren müssen, wo die gleichen Voraussetzungen der Gemeinschaft bestehen. Deshalb kann sich das, was sich damals ereignet hat, auch immer wieder ereignen, wenn man die Jugend so vereinigt und behandelt, wie es geschehen ist.» So analysierte Wiese 1924³⁸ und beschrieb damit die Schule des Faschismus.

Der deutsche Nato-Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler bezeichnet in seiner «Ludendorff-Neubewertung» die Kadettenerziehung dagegen insgesamt als eine «gute Erziehung»³⁹. Diese gute Erziehung hielt allerdings nicht jeder aus.⁴⁰

Pabsts Bruder Heinz war aus «weicherem Holz und verliess die Kadettenanstalt, er wurde Künstler und Schauspieler»⁴¹. Die weiche, aber dann doch etwas härtere Seele Waldemars wollte bei allen Mängeln das Positive nicht missen im damaligen Kadettenkorps. Es war «eine Pflanzschule des höchsten Pflichtgefühls, der unbedingten Treue zum Herrscherhaus, der Eingebung bis zum Tode für die Idee der Verteidigung des Vaterlandes, sowie einer eisernen Disziplin»⁴².

Schon in Bensberg traf Pabst auf eine jener Gestalten, die sich aus dem Gewirre plastisch hervorhoben: Franz von Papen, ein Jahr älter als Pabst, Kadett von 1891-1895 in Bensberg und 1895-1898 in Lichterfelde⁴³, ähnlich wie Pabst. Den späteren Reichskanzler, Faschisten⁴⁴ und Kameraden Hitlers verband eine lebenslange Freundschaft mit Pabst. 77 Jahre, wie Pabsts zweite Frau stolz an das Militärarchiv in Freiburg berichtete.⁴⁵

Waldemar Pabsts Sozialisierung durch den imperialistischen wilhelminischen Militärapparat war typisch für dieses Zweite Reich mit Weltmachtplänen. Fand im westlichen Nachbarn als Folge der Französischen Revolution ein «Prozess der Republikanisierung» statt, «charakterisierte die Entwicklung in Preussen-Deutschland eine ‚Feudalisierung‘ des Bürgertums.» Die Militärelite stellte «geradezu die Verkörperung der Existenz und des Wertesystems dieses Staates dar»⁴⁶. Das angeblich «Demokratische» der allgemeinen Wehrpflicht wirkte sich in diesem zwanghaften System nicht aus. Die Armee blieb «Königsarmee». Versuche zur Anhebung des schlechten Bildungsni-

veaus⁴⁷ der Offiziere scheiterten schon Mitte des 19. Jahrhunderts. Erbitterter Gegner war der spätere Kaiser Wilhelm I.⁴⁸, der in der Revolution 1848 den berüchtigten Spitznamen «Kartätschenprinz» erhalten hatte. Der Kartätschenprinz befürchtete das Eindringen liberalen Gedankenguts qua besserer Bildung. Und wo die Liberalen waren, war auch schnell die Revolution, wovon «der mit dem Bart» sich seit den Tagen der gescheiterten Bürgerlichen kräftig fürchtete. Hatte er, der Berlin niederkartätschen wollte, doch unter dem schnöden Namen Lehmann nach London fliehen müssen. Diese Revolutionsfurcht teilte ein anderer deutscher Staatsmann aus der vermeintlich Linken später mit ihm, aber dazu kommen wir noch.

Elite wurde also im preussischen Militarismus nicht über Bildung definiert. Man liess sich vom Parlamentarismus – der rudimentär nach 1848 eingeführt wurde – auch nicht in die Kommandogewalt hineinreden, die lag beim König. In Militärangelegenheiten hatten die Volksvertreter nicht mitzureden. Das blieb in Deutschland faktisch so bis zur Novemberrevolution 1918. Und während Frankreich bis zum Ersten Weltkrieg den Weg der Erneuerung zur Republikanisierung des Militärs ging,⁴⁹ militarisierte Preussen seine ganze Gesellschaft und die des Deutschen Reiches nach 1871.

«Wichtigste Pflanzstätte des Offizierskorps bildete das Kadettenkorps»⁵⁰ – das alle Umgestaltungsversuche der kurzen Revolution von 1848 überstand. Der wachsende Anteil von Akademikersöhnen im preussischen Militarismus des zweiten Kaiserreiches – Waldemar Pabst ist ein Beispiel dafür – sorgte nun aber nicht dafür, dass sich das Militär verbürgerlichte oder akademisierte, sondern war Zeichen der «Feudalisierung» des Bürgertums durch den friderizianisch tradierten Militärstaat. «Das nationalliberale Bürgertum stand nun voll auf dem Boden der Militärmonarchie (...), ohne eine Gefahr für die Homogenität der militärischen Elite darzustellen.»⁵¹

Geradezu selbstverständlich ausgeschlossen waren Linksliberale, Sozialdemokraten und Juden.⁵² Doch die in der Mitte sollten sich schon noch ihren Platz in der Mitte des Militarismus erkämpfen.

Während sich aber das Bürgertum von oben her «feudalisierte», entwickelte sich der Kapitalismus, die Basis der bürgerlichen Gesellschaft in der zu spät gekommenen Grossmacht Deutschland – nach einer ersten grossen Krise 1873⁵³ –, geradezu atemberaubend und entfaltete eine ungeheure Dynamik. Das imperialistische Deutschland strebte nach aussen, wollte expandieren, und die starren Eliten wurden davon mitgerissen. Man kann sagen, dass die dem Kapital innewohnende masslose Bewegung, die aus der Verwertung des Werts, aus dem Profitprinzip resultiert⁵⁴, sich dieser starren Elite bemächtigte und zusammen mit ihrem totalen Militarismus enorme Sprengkraft nach aussen entwickelte.

Onkel Eisenschmidt und ein zweiter Onkel namens Richard Schütte scheinen ab

1894 die Kadettenausbildung ihres Neffen Waldemar bezahlt zu haben.⁵⁵ Der war von 1894-1899 in der Paradeanstalt Berlin Lichterfelde und bestand am 14. April 1899 laut eigenen Angaben sein Fähnrichsexamen mit «sehr gut».⁵⁶ Im Zeugnis steht «gut».⁵⁷ Er trat als Fahnenjunker in das Infanterieregiment Winterfeld Nr. 23 in Neisse (Schlesien) ein.⁵⁸

Im Juni 1900 schloss er sein Offiziersexamen auf der Kriegsschule in Metz (Elsass) laut eigenen Angaben mit «sehr gut» ab. Das erhaltene Zeugnis bestätigt dies nicht ganz, sondern belegt vielmehr schon früh seinen unbändigen Ehrgeiz: «Truppendienst: Gut; Exerzieren: Ziemlich gut. Turnen: Ziemlich gut; Schiessen: Ziemlich gut; Fechten: Genügend. Reiten: Ziemlich gut, Führung: Vorzüglich. Eifer: Vorzüglich. Von grosser geistiger Regsamkeit, sehr gutem Verstand und guter praktischer Veranlagung. Er ist nicht nur sehr fleissig und eifrig, sondern entschieden ehrgeizig, dabei gewissenhaft, charakterfest und energisch, bescheiden und von recht guten dienstlichen und ausserdienstlichen Formen.

Auf seine nicht starke Körperkonstitution wird noch einige Rücksicht zu nehmen sein. Er verspricht ein vortrefflicher Offizier zu werden.»⁵⁹



Der junge Leutnant

Pabst wurde am 18. August des gleichen Jahres Leutnant.⁶⁰ 1907 bis 1909 schaffte er es auf die Eliteschule des deutschen Militarismus schlechthin, auf die Kriegsakademie in Berlin. Die Abschlussprüfung bestand er angeblich mit «vorzüglich». 1909 meisterte er das französische Dolmetscherexamen mit «sehr gut». Am 27. Januar 1910 erhielt er seine Beförderung zum Oberleutnant. 1911 verlangte seine «Körperkonstitution» die erste «Rücksicht». Er erkrankte an Ischias. Dann wurde er bis 1913 beim Grossen Generalstab in der topografischen Abteilung als Fotogrammeter ausgebildet. Schon am 1. Juli 1913 erhielt er seinen ersten Orden, den Königlichen Kronenorden 4. Klasse. Im April 1914 beförderte man ihn 33-jährig zum Hauptmann.⁶¹

Wie Franziska Pabst berichtete, ergaben sich in dieser Zeit die üblichen Offiziers-

geschichten: Geldprobleme, die der Onkel Eisenschmidt löste, sowie «junge Mädchen und schöne Frauen», die er nicht «verachtete», aber «er liess die Pflicht allem vorangehen». Einem Etablissement in Metz, in das ihn seine Kameraden geschleppt hätten, sei er allerdings, die «Versuchung verabscheuend», entflohen. Dafür betätigte er sich als seines Obersts Geisha, dem er in dieser Maskerade – natürlich nur im Karneval – «den Kopf verdrehte»⁶². Männer in Frauenkleidem, der Gipfel deutschen Humors.

Der Schwüle dieses lustigen Treibens liess der Erste Weltkrieg dann «Stahlgewitter» folgen, in denen so mancher junge Offizier den «Kampf als inneres Erlebnis» entdeckte. Der Militarismus war bei dem angelangt, was er immer wollte: beim Krieg. Ein Krieg allerdings, der auch den wilhelminischen Staat umpflügen und den Widerspruch zwischen starrer Elite und dynamischer kapitalistischer Produktivkraft sprengen sollte. Dass dieser Antagonismus auch proletarische Massen auf die Strasse bringen, ja eine soziale Revolution werden würde, würden die Eliten, denen damit eine Welt unterging, den Massen nie verzeihen.

11. Der Erste Weltkrieg und Pabsts künftige Partner (1914-1918)

1. Not kennt kein Gebot

In der Nacht zum 4. August 1914 überfielen deutsche Truppen das neutrale Belgien. Schon in den ersten Tagen kam es zu schwersten Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung.¹ Die Deutschen waren von einer kollektiven Autosuggestion befallen, belgische Zivilisten könnten einen Volkskrieg, einen Freischärlerkrieg gegen sie führen. Vor nichts schien man sich mehr zu fürchten als vor Franktireurs². Horrorgeschichten von belgischen Gräueln machten die Runde, überall währte man sich von Franktireurs aus dem Hinterhalt beschossen. Tatsächlich aber handelte es sich dabei fast immer um sich zurückziehende belgische bzw. französische Truppen oder Schiessereien, die von den hypemervösen Deutschen selbst ausgelöst wurden und zu Panikreaktionen führten.

In der Folge wurden schlimmste Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung begangen: Zivilisten wurden als Geiseln genommen, massenhaft als Schutzschilde benutzt und, darunter auch Frauen und Kinder, ermordet, Dörfer und Städte wurden geplündert und eingeäschert, Menschen in ihren Häusern verbrannt und, wenn sie fliehen wollten, erschossen, Zehntausende nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Alles Kriegsverbrechen, die nach der auch von Deutschland unterschriebenen Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907 geächtet waren.³

Tatsache ist jedoch auch, dass das deutsche Militär nie bereit war, den Artikel 2 der Haager Landkriegsordnung zu akzeptieren, der ausdrücklich einen Volkskrieg erlaubte: «Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antriebe zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich nach Artikel 1 zu organisieren [Befehlshaber, erkennbares Abzeichen tragen], wird als kriegführend betrachtet, wenn sie die Waffen offen führt.»⁴

Die berühmt-berüchtigte Schrift des deutschen Generalstabes von 1902, *Kriegsbrauch im Landkriege*, deren Grundthese lautete: «Humanitäre Ansprüche, d.h. Schonung von Menschen und Gütern, kommen nur insoweit in Frage, als es die Natur und der Zweck des Krieges gestatten»⁵ – diese Schrift, die davon sprach, «dass der Krieg



Eingebildeter Hinterhalt

gewisser Härten nicht entbehren kann, dass vielmehr in ihrer rücksichtslosen Anwendung häufig die einzig wahre Humanität liegt»⁶, wurde schon damals in England als eklatanter Widerspruch zum Artikel 2 HLKO verstanden.

Die 1908 (nach der zweiten Haager Konferenz) herausgegebene deutsche Felddienstordnung, in der Geiselnahmen und Strafandrohung an Einwohner ausdrücklich gefordert wurden⁷, «bewies schlüssig, dass das deutsche Heer nicht die Absicht hatte, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung zu akzeptieren.»⁸

In der Kriegsakademie, der Eliteschule der Offiziere, der auch Pabst von 1907 bis 1909 angehörte⁹, wurde ausdrücklich gelehrt, dass der Artikel 2 HLKO «nicht der deutschen Auffassung entspreche, da hier dem Frantireurkrieg Tür und Tor geöffnet»¹⁰ werde. Eine 1911 herausgegebene Verordnung erlaubte ausserdem – die HLKO brechend –, fremde Staatsbürger, die Handlungen gegen deutsche Truppen begingen, an Ort und Stelle zu töten.¹¹ Gleich wohl sahen auch die deutschen Vorschriften wenigstens Feldgerichte aus Offizieren vor, mit dem Recht des Angeklagten auf Verteidigung durch Dritte.¹² Aber auch dies missachteten die deutschen Truppen seit den ersten Stunden ihres Einmarsches.

Wahllos wurden in wenigen Tagen 5521 belgische und 906 französische Zivilisten vorsätzlich erschossen.¹³

Drei Beispiele:

In Andenne und Seiles, belgischen Städtchen, die sich an der Maas in der Provinz Namur gegenüberliegen, kam es am 20. August 1914 zu einer vermutlich durch Alko-

holkonsum ausgelösten panikartigen Schiesserei, bei der einige Deutsche dem eigenen Feuer zum Opfer fielen. Daraufhin wurde der Bürgermeister von Andenne von deutschen Soldaten mit dem Beil erschlagen, Frauen, junge Mädchen und ein Baby erschossen bzw. mit dem Bajonett aufgespießt, ein 14-Jähriger im Bett getötet, weil er sich weigerte aufzustehen, eine in den Keller geflüchtete Familie füsiliert, ein Mädchen vergewaltigt und verstümmelt, ein Priester gefesselt, gefoltert, getötet und 800 Menschen auf dem zentralen Platz zusammengetrieben. Drei wurden sodann vor aller Augen erschossen, 25 zum Flussufer geführt und dort ermordet. Andere Verdächtige wurden mit einem weissen Kreuz markiert und ebenfalls am Fluss umgebracht. Zusätzlich wurden Männer vor den Augen ihrer Frauen mit dem Bajonett erstochen. Der Wut der Deutschen fielen insgesamt 262 Bewohner zum Opfer.¹⁴

Am 21. August wurden, nachdem die sich zurückziehenden französischen Truppen die Deutschen beschossen hatten, Zivilisten als Schutzschilde benutzt, schliesslich die Bevölkerung von Tamines in der Kirche zusammengetrieben. Am Abend mussten die Männer die Kirche verlassen, wurden unter Schlägen und Schmähungen ans Ufer der Sambre getrieben, gezwungen, «Vive l'Allemagne» zu schreien und schliesslich mit Maschinengewehren, Gewehren und Bajonetten ermordet. Insgesamt 383 Opfer.¹⁵

In Löwen wurden 248 Zivilisten getötet und 2'000 Gebäude, darunter die Bibliothek, niedergebrannt. General Lüttwitz, von dem wir noch hören werden, bedauerte dies, war aber auch überzeugt, Franktireurs hätten auf deutsche Soldaten geschossen.

Die Stadt Dinant geriet am 23. August zum Schauplatz des grössten Massakers. Den ganzen Tag über wurden Zivilisten als Schutzschilde benutzt, Männer, Alte, Frauen, Kinder, ja Babys wegen der Behauptung, man habe auf deutsche Truppen geschossen, reihenweise ermordet, der Ort nahezu komplett zerstört.¹⁶ «674 Menschen (fast ein Zehntel der Einwohner)»¹⁷ mussten ihr Leben lassen.

«Geschändet, entehrt, im Blute watend, von Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie», schrieb Rosa Luxemburg 1915 über den Ersten Weltkrieg in ihrer berühmten Schrift *Die Krise der Sozialdemokratie*¹⁸.

Hauptmann Pabst marschierte Anfang August 1914 als Generalstabsoffizier mit der 12. Division (der 4. Armee) in Belgien ein. Die deutsche 4. Armee traf dabei auf starken Widerstand der 4. Armee der Franzosen. Pabst berichtet über die Nervosität der Deutschen: «Ein Truppenteil der rechts von uns durch den grossen Wald vordringenden deutschen Divisionen hatte aus nicht aufgeklärten Gründen unsere zurückgelassenen Feldküchen für französische Bagagefahrzeuge gehalten [und] auf sie geschossen.»¹⁹

Bei der Besetzung von Rossignol (in den belgischen Ardennen) am 22. August 1914 war Pabsts Einheit auch mit dabei.²⁰

Pabst bekam hier seine Feuertaufe:



Der Hauptmann

«Am 22.8. erlebte ich dann bei Rossignol (südlich der belgischen Stadt Neufchateau) meine erste Schlacht. Nach schwerstem blutigem Kampfe endete dieselbe nach fast 14-stündiger Dauer. (...) Niemals werde ich die Eindrücke diesen (sic!) ersten Schlachttages vergessen. (...) Die ersten Toten, der Anblick einer fast restlos zusammengeschossenen französischen Artillerie-Abteilung mit prachtvollem Pferdmaterial, die Tausende von Gefangenen (darunter zwei französische Generäle), das brennende Dorf Rossignol, die flüchtende Zivilbevölkerung, das Jammern und Stöhnen der Verwundeten, alles das machte einen unauslöschlichen Eindruck auf mich.»²¹

Home und Kramer schildern (ohne Pabsts Memoiren zu kennen) das gleiche Ereignis und vor allem sein Ende

so: «Als die 12. Division am Abend des 22. August Rossignol schliesslich eingenommen und 2'600 französische Soldaten und drei Generäle gefangenengenommen hatte, trieben die Deutschen die Einwohner zusammen und hielten sie bis zum Morgen des 24. August in der Kirche gefangen. Am 23. August suchten die Deutschen einen Anlass, um Zivilisten misshandeln zu können; sie inszenierten Zwischenfälle, um danach die Gefangenen beschuldigen zu können, auf sie geschossen zu haben. Zahlreiche Häuser wurden in Brand gesteckt und mehrere Dorfbewohner getötet.»²²

Bei Pabst klingt das etwas harmloser: «Überhaupt waren die ersten Tage in Feindesland (sic!) reich an gegenseitigen Beschiessungen und Paniken mannigfacher Art. Ich habe mehrfach versucht, solchen (sic!) zu steuern und besonders Zivileinwohner (sic!) zu schützen, wenn angeblich aus ihren Häusern heraus auf unsere durchmarschierenden Truppen geschossen worden war, was aber in sehr seltenen Fällen tatsächlich zutraf.»²³

Der Jurist Gerd Hankel dagegen gerät noch im Jahr 2003 in die Freischärlerfalle, weil er sich – im Gegensatz zu Home und Kramer – allein auf fragwürdige deutsche Quellen stützt.²⁴ Er behauptet trotz gegenteiliger Hinweise und in wilhelminischer Auslegung des Artikels 2, HLKO, «dass es einen kriegsrechtlich unzulässigen bewaffneten Widerstand seitens der belgischen Bevölkerung gegeben hat»²⁵. Das heisst, Hankel

glaubt nicht nur die unbelegten Gerüchte vom belgischen Volkskrieg, er erklärt ihn auch noch entgegen der HLKO für illegal.

Deutlich wird aus Pabsts Text jedoch, dass es bei Kriegsbeginn 1914 zu zahlreichen Paniken kam und es sich beim «Franktireur-Krieg» der Belgier tatsächlich um eine Autosuggestion der Deutschen gehandelt hatte.²⁶ Dass sein «Versuch», Zivilisten zu schützen, von Erfolg gekrönt war, ist nach Lage der Dinge zu bezweifeln, wie auch schon seine Aussage, dass er es überhaupt in Angriff nahm.

Denn am 25. August wurden 108 Zivilisten aus Rossignol und 14 aus anderen Ortschaften dem Landsturmbataillon Gotha übergeben unter dem Befehl des Majors Hedemann. Der Kommandeur Oberst Tessmar befahl schliesslich, auf der Terrasse eines Cafés sitzend, mit den Worten «Was machen Sie so viele Geschichten?», alle Zivilisten zu erschiessen. Die 122 Gefangenen, darunter eine Frau, wurden «in Gruppen zu jeweils zehn von einem Hinrichtungskommando erschossen. Die letzten mussten auf den Leichenhaufen der vorherigen Opfer klettern, bevor auch sie erschossen wurden.»²⁷ Hier dämmert schon der Vernichtungskrieg, wie er ein Vierteljahrhundert später von den Deutschen praktiziert wurde.

2. Die Erfindung des Freischärlers

Bevor wir Hauptmann Pabst weiter auf seinem Weg durch die «Massenschlächtereie»²⁸, den «Hexensabbat» und die «Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie»²⁹ begleiten, müssen wir uns in diesem Kapitel noch mit der Genese des deutschen Militarismus beschäftigen und in einem weiteren mit der Stellung der SPD dazu. Dies erscheint umso wichtiger, als die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, die Grenzüberschreitung in ihm – Zustimmung der SPD zum Krieg einerseits und deutsche Gräueltaten an Zivilisten in Belgien andererseits – und die ihm nachfolgende Novemberrevolution sowie deren massakerhafte Zerschlagung, an der sowohl Pabst als auch die SPD wesentlich beteiligt waren, in direktem Zusammenhang stehen.

Die Französische Revolution 1789 schockierte das absolutistische Europa wie das absolutistische Preussen. Dass die Franzosen es gewagt hatten, die Verhältnisse auf den Kopf zu stellen und ihren Herrscher um selbigen kürzer zu machen, sorgte für lähmendes Entsetzen bei den Monarchen. Die Revolution änderte aber auch die Art der Kriegführung. Der Volkskrieg, die *levée en masse*, «der Freiwillige – der aus eigenem Antrieb handelnde Bürger, der Nation und Revolution verteidigte»³⁰, tauchte zum ersten Mal auf. Aus dieser Zeit stammt auch der Begriff des *franc-tireurs*, unter denen die Irregulären, die Freiwilligen zu verstehen sind, die 1792 die neue republikanische französische Armee in den Revolutionskriegen gegen die Armeen des Absolutismus verstärkten.³¹

Der Volkskrieg war daher für die preussischen Militärs immer mit der Möglichkeit der Revolution verknüpft. Mehr noch, der Volkskrieg verkörperte die Revolution. Freischärler und Revolution verschmolzen zur gefährlichen molekularen Volksmasse.

Die *levée en masse* trug den Keim des Umsturzes in sich.

Besiegt durch Napoleon 1806, kam gleichwohl in Preussen bei den Reformern nicht nur der Versuch auf, eine allgemeine Wehrpflicht einzuführen, sondern man spielte tatsächlich in den sogenannten Freiheitskriegen 1813 mit dem Gedanken einer *levée en masse*. Kein Geringerer als Clausewitz selbst regte dies an.³² Aber auch Gneisenau stellte schon 1811 solche Überlegungen an. Es sollte eine Art Miliz mit Mütze und Schärpe gebildet werden. «Kommt der Feind sehr stark, so ... versteckt sie ihre Waffen, Mützen und Schärpen und erscheint so als Bewohner des Landes.»³³

Das war tatsächlich ein Versuch, preussische Freischärler zu installieren. Es wurde dann ein sogenannter Landsturm gebildet, der allerdings im Wesentlichen nur auf dem Papier existierte.³⁴ Denn die Furcht vor der Revolution war wohl grösser und liess diese Variante der Kriegsführung für die Preussen als sozial viel zu gefährlich erscheinen.

«Der König war über sein eigenes Werk erschrocken. Dem Volk zu erlauben, für sich selbst zu kämpfen – ohne des Königs Kommando –, das war zu antipreussisch. So wurde der Landsturm ausgesetzt, bis ihn der König aufrufen würde, was er niemals tat. Gneisenau tobte, aber schliesslich musste er ohne den Landsturm auskommen.»³⁵

Gar nicht antipreussisch waren die sogenannten Freikorps³⁶. Freikorps, die unter preussischem Oberbefehl, mit selbst gebastelten (schwarz-rot-goldenen) Uniformen, aber mit Guerilla-Taktik im Rücken des Feindes für die nationale Selbstständigkeit kämpfen wollten. Sie «legen Hinterhalte, überfallen Transporte, rauben Kriegskassen und entziehen sich in den dichten, dunklen Wäldern jeder Verfolgung»³⁷.

Allerdings war auch diese Form des Partisanenkrieges – Reemtsma nennt diese Freikorps «irreguläre deutsche Banden»³⁸ – wohl nicht ganz geheuer, denn die Freikorps, in denen auch zwei Frauen in Männerkleidem Dienst taten, wurden schon einhalb Jahre später in das preussische Heer eingegliedert.³⁹

Keine Frage, dass die bürgerlichen Revolutionäre in der Revolution 1848/49 die Ideen der Volksbewaffnung wieder aufgriffen. Doch mit dem Scheitern der Revolution traute sich kein Militär mehr daran. Im Gegenteil, die Konterrevolution in Form des sich immer stärker entwickelnden preussischen Militarismus sah in der *levée en masse* mehr denn je das Gift der Revolution und der Republik. Man führte die allgemeine Wehrpflicht zwar ein, stellte sie aber unter die Kontrolle der absolutistischen Berufsoffiziere und betrachtete das Heer als Schule der Nation, als starren, autoritär nach strengem Befehl und Gehorsam regierten molaren Block.

Die Einigung mit Blut und Eisen 1870/71 durch den Krieg mit Frankreich brachte

zwar vorerst den Triumph dieses Militärsystems, versetzte den deutschen Militärapparat aber wieder in Angst und Schrecken. Denn die Franzosen bedienten sich nach der verlorenen Schlacht von Sedan neben einer republikanischen Armee erneut der Freiwilligenverbände: Franktireurs, die keine vollständigen Uniformen trugen. Dies erinnerte die Deutschen jedoch nicht an ihre eigenen Franktireurversuche, sondern – verstärkt noch durch die Ereignisse um die Pariser Kommune – an die Barrikadenkämpfe von 1848. Man sah sich heimtückischer Kriegsführung ausgesetzt. Das negative Bild des aufständischen Zivilisten, der Freischärler, war geboren, und selbst Bismarck verlor die Contenance und empfahl, man solle die Dörfer, in denen so etwas geschehe, «sofort ausbrennen und die männlichen Bewohner hängen»⁴⁰. Bismarck befahl auch Geiselnahmen.⁴¹ Angesehene Bürger wurden als Schutzschilde auf Lokomotiven gesetzt, aber in der Regel bei «Geiselferfall» noch nicht fusiliert.⁴²

Die gefürchtete Kriegsführung durch die *levée en masse* regte im absolutistischen, aufstrebenden, nervösen neuen Deutschen Reich zugleich die Theoretiker des Krieges zu einer extremen Radikalisierung an. Julius von Hartmann nutzte den Volkskrieg als Begründung, um den «Vernichtungsgedanken» zum «Dogma der militärischen deutschen Führung»⁴³ zu machen. Denn zum wirksamsten Mittel des «militärischen Realismus» zählte er einen «richtig angewandten und zweckmässig geregelten Terrorismus».⁴⁴ Dieser militärische Realismus sieht den Krieg als «Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfaltet sich die edelsten Tugenden des Menschen.»⁴⁵ Der Krieg wurde den Deutschen zum Selbstzweck: «das militärische Kriegsziel beruht in dem, was der Gewaltakt des Krieges selbst und unmittelbar zuwege bringen will.»⁴⁶ Diese Auffassung floss dann in die Kriegsvölkerrechtsdienstschrift des Generalstabes von 1902 ein.⁴⁷

Artikel 2 der HLKO wurde nicht akzeptiert, obwohl unterschrieben. Das Recht der Zivilisten auf Widerstand wurde geleugnet. Ja, mehr noch, man rechnete fest mit einem solchen Widerstand in einem nächsten Krieg. Zivilisten waren damit faktisch schutzlos der «Natur des Krieges»⁴⁸, der Willkür der zukünftigen deutschen Krieg führenden Partei ausgesetzt. Der Verdacht eines Volkskrieges allein genügte.

«Wenn es eine ‚deutsche Art der Kriegsführung‘ gab, bestand sie in dieser Bereitschaft, rücksichtslos gegen Zivilisten vorzugehen.»⁴⁹

Zum Angelpunkt wurde die Formel «Kriegsräson geht vor Kriegsmanier» oder noch einfacher «Not kennt kein Gebot». Das Recht des Stärkeren setzte sich nicht erst nach dem Sieg, sondern schon im Kampf durch. Damit waren die schwersten Kriegsverbrechen vom behaupteten Zwang der Kriegsräson gedeckt.

Die Kriegsräson stand für die deutschen Militärs über dem Völkerrecht. «Kein auswendig gelernter Paragraph» würde den Soldaten überzeugen, in einer unorganisierten Bevölkerung, welche die Waffen ergreife, «einen regelrechten Feind zu erblicken»⁵⁰, schrieb Moltke schon 1880.

Bewaffnete Zivilisten hatten gar keine Rechte, sie wurden sofort getötet.

Als Bindeglied zwischen 1870 und 1914 wirkte ausserdem der Kolonialkrieg. Die Vernichtung der Hereros 1904-1907, dieser bewusst geplante Ausrottungskrieg, heizte den Dampfkessel der Todesproduktion des deutschen Militarismus an. Man hatte an «rassisch Minderwertigen» in einem Stellvertreterkrieg experimentiert, und dies blieb nicht ohne Wirkung auf den eigenen Kriegsbrauch in Europa. So sagte Oberst a.D. Richard von Keiser 1920 vor dem Leipziger Reichsgericht aus, von ihm in Frankreich durchgeführte Geiselausschüsse seien durch die berüchtigte Hunnenrede Kaiser Wilhelms II. («Pardon wird nicht gegeben»⁵¹) und einen von seiner Kompanie ausgeführten Befehl zur Geiselausschüsse in China 1900 (beim sogenannten Boxeraufstand) inspiriert worden.⁵² Interessant ist, dass hier auch die Angst vor dem inneren Feind auf den äusseren projiziert wird (und später wieder zurück).⁵³

Mit der sprunghaften Entwicklung des Kapitalismus im Deutschen Reich wuchsen auch die Arbeitermassen, die als potenziell revolutionär angesehen wurden. 1907 führte man in den geheimen Weisungen des Generalstabes bei einem angenommenen proletarischen Aufstand in der «Vorschrift für den Kampf in insurgenten Städten» aus: Wenn eine Menschenmenge sich nicht zerstreue, sollten die Soldaten nach einer Warnung direkt in diese hineinschiessen. Es sei jeder Rädelsführer und jeder zu erschiessen – und hier begegnen wir zum ersten Mal einer Formulierung, die uns noch öfter beschäftigen wird –, «der mit der Waffe in der Hand angetroffen würde»⁵⁴. Im August 1914 erliess das XII. Armeekorps einen ähnlichen Befehl gegen die belgische Bevölkerung.⁵⁵ Nicht einmal fünf Jahre später sollte ein Sozialdemokrat auf Pabsts Initiative hin diesen Befehl gegen die Einwohner Berlins umsetzen.

Der erste Befehl hatte den Freischärler als Fiktion. Der zweite den Freischärler als Autosuggestion. Der letzte Befehl aber hatte mit wirklichen Revolutionären zu tun, die allerdings nun schon als bolschewistische Freischärler angesehen wurden. Interessant ist, dass es diese Befehle schon gab, bevor irgendwelche Bolschewisten an der Macht waren, und interessant ist auch, dass einer aus der Partei, die von den Militärs als revolutionär angesehen wurde, diesen Befehl gab.

3. Die Geburt der völkischen SPD

Bevor wir uns Pabsts weiterem Wirken im Ersten Weltkrieg widmen, soll die Entwicklung seiner späteren Bündnispartner noch erwähnt werden. Dazu ist ein kurzer geschichtlicher Abriss sozialdemokratischer Militärpolitik unumgänglich.

«Der Krieg ist unausrottbar in der Gesellschaft der Warenproduktion, welche nicht

bloss Klassengegensätze, sondern auch nationale Gegensätze erzeugt. (...) Den Krieg zu beseitigen gibt es nur ein Mittel, die Gegensätze zu beseitigen, die ihn erzeugen. Das können nur die Arbeiter, das kann nur die Sozialdemokratie.»⁵⁶

Das heisst auf Deutsch, Frieden kann nur im Sozialismus dauerhaft Wirklichkeit werden. Sozialismus ist die Grundvoraussetzung des Friedens.

Seit ihrer Gründung forderte die SPD gleichzeitig die Volkswehr und das Milizsystem, also eine Demokratisierung des Militärwesens und damit – so hoffte man – die Verhinderung imperialistischer Kriege. Ihre Politik entsprach somit der vom preussisch-deutschen Militarismus verhassten *levée en masse*, ja verkörperte geradezu den Volkskrieg, die Revolution. Preussischer Militarismus und Sozialdemokratie schienen so unüberwindliche Gegensätze. Von Parteitag zu Parteitag wurde die Formel von der Volkswehr als Gegensatz zum stehenden Heer zwar mitgeführt, aber nie wirklich mit Inhalt gefüllt. Keiner – auch nicht Rosa Luxemburg – wusste so genau, was gemeint war, und es war fraglich, wie eine solche Milizarmee in der Realität aussehen sollte, ob etwa die Soldaten ihre Offiziere selbst wählen sollten, was den Unterschied zur allgemeinen Wehrpflicht ausmachte und wie man Kadavergehorsam und imperialistische Kriegsgefahr wirklich beseitigen konnte.

Von Anfang an war diese Formel jedoch nicht pazifistisch und schloss – obwohl der Proletarier laut Bebel kein Vaterland hatte – Verteidigungskriege nicht aus.

Mit den Jahren machte die Partei eine Wandlung durch.

Zwar wurden immer noch die Militärvorlagen im Parlament abgelehnt, aber der Wind drehte sich. Man wollte nicht länger vaterlandsloser Geselle sein. Und als die SPD 1907 in den sogenannten Hottentottenwahlen trotz Stimmengewinns aber wegen rassistischer Hetze der Rechtsparteien und einem ungerechten Wahlsystem massiv Mandate verlor, überlegte man es sich zweimal, ob man sich noch einmal für die Schwarzen in Afrika und gegen den deutschen Imperialismus einsetzen sollte. Verstecktem Rassismus und weniger verstecktem Kolonialismus und Nationalismus wurde das Tor geöffnet.⁵⁷ Einer, der schon früh das Tor sehr weit aufmachte, war Gustav Noske.

1909 warnte er vor der «Vermischung der Rassen», die die Weissen barbarisieren würde, sieben Jahre später verglich er die hochstehenden Deutschen mit den niedrig stehenden afrikanischen Truppen Englands und Frankreichs, die Abkömmlinge derer seien, «die sich von Menschenfleisch ernähren»⁵⁸. Aber auch Rosa Luxemburg griff er antisemitisch als «ostjüdische Marxistin» an, die eigentlich gar keine Deutsche sei.⁵⁹

Gleichzeitig tat sich spätestens damals die Schwachstelle der sozialdemokratischen Militärpolitik auf: die «VaterlandsVerteidigung».

Bebel, wie die meisten Sozialdemokraten vom Schreckgespenst des russischen Zarismus und seiner angeblichen Angriffslust getrieben, hatte den berühmten Aus-

spruch getan, «dass selbstverständlich die Sozialdemokraten die Flinte auf den Buckel nehmen würden, wenn es sich darum handelte, Deutschland vor wirklichen Gefahren zu bewahren.»⁶⁰ Als Burgfriedenspolitik oder Interessensgemeinschaft mit den Herrschenden war das aber noch nicht gemeint, sondern als Verteidigung «nicht für, sondern gegen Euch»⁶¹.

Doch die SPD wollte teilhaben am wirtschaftlichen und nationalen Aufstieg des Zweiten Reiches. Schon 1903 verkündete Severing das völkische Credo der SPD neuen Typs: «Vaterland ist der Ackerboden, der uns alle ernähren soll, ist der Wirtschaftsboden, auf dem wir schaffen, ist der Kulturboden, auf dem Sprachen und Sitten unserer Vorfahren uns miteinander verbinden. Und das Vaterland ist auch unser, der Arbeiter, Vaterland, das wir lieben und verteidigen werden, wenn es angegriffen werden sollte.»⁶²

Einem sollte es vergönnt sein, das Vaterland des Militarismus mit dem Vaterland des angeblich vaterlandslosen Arbeiters zu verbinden: Noske. 1907 hielt er seine Jungferrede im Reichstag.

«Unsere Stellung zum Militärwesen ist gegeben durch unsere Auffassung des Nationalitätenprinzips. (...) Wir sind selbstverständlich der Meinung, dass es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, dafür zu sorgen, dass das deutsche Volk nicht von irgendjemand anderem an die Wand gedrückt wird (...) Wenn ein solcher Versuch gemacht werden sollte, dann würden wir uns selbstverständlich mit ebenso grosser Entschiedenheit wehren, wie das nur irgendeiner der Herren auf der rechten Seite des Hauses tun kann.»⁶³

Der tosende Beifall der Bürgerlichen und der Reaktion war ihm sicher. Vergessen das Erfurter Programm und seine Erklärung des Krieges als dem Kapitalismus immanent. Das «deutsche Volk», nicht der Proletarier, der kein Vaterland hat, war plötzlich wichtiger und musste verteidigt werden, auch wenn das Kaiserreich angeblich nicht die Nation der Arbeiter und der SPD war. Kein Klassenkampf mehr, sondern Burgfrieden. Gleichzeitig wurde hier schon das Bündnis mit der Reaktion, den «Herren auf der rechten Seite», angekündigt, wie es ja dann während des Krieges und erneut bei Beginn der Novemberrevolution geschlossen wurde.

Dass aber mit dem Begriff Verteidigung alles erlaubt war, insbesondere der imperialistische Angriffskrieg, hatte Rosa Luxemburg richtig gesehen. Daher die Milizforderung, die Noske in seiner Rede mit keinem Wort erwähnte und somit aufgab. Nicht umsonst bezeichnete Noskes Freund Ebert die Rede später als «Programmrede der deutschen Sozialdemokratie für den Weltkrieg»⁶⁴.

Liebknecht plädierte dafür, die Jugend antimilitaristisch zu agitieren: «Wer die Jugend hat, hat die Armee»⁶⁵, wovor sich aber die SPD fürchtete. Man könnte sie ja wieder verbieten. Noske machte deswegen in seinen Memoiren schon beim Liebknecht des Jahres 1907 «anarchisch-bolschewistischen Antimilitarismus»⁶⁶ aus. Hier wird der Bolschewismus rückblickend sehr früh erfunden.

Rosa Luxemburg setzte gegen die Argumentation Noskes, die dem Nationalismus und Militarismus vollständig auf den Leim ging, ja die Sozialdemokratie zu ihrem Bestandteil machte, den Internationalismus: «Verweigerung der Rüstung zu Lande und zu Wasser ... die militärische Organisation ... demokratisieren ... Jugenderziehung ... Propaganda des Milizsystems, Massenversammlungen, Strassendemonstrationen» und Massenstreik. «Ja, der Massenstreik!»⁶⁷

Nur so, mit einer sich immer mehr steigernden Massenaktion, die «in eine entscheidende revolutionäre Massenaktion» münden sollte, sei der Krieg in imperialistischen Zeiten zu verhindern.⁶⁸

Doch einige Arbeiterführer waren längst abgerückt von der Revolution. So schrieb etwa der Parteirechte Wolfgang Heine schon 1902 an den Parteirechten Paul Löbe, in Reaktion auf einen Artikel von Rosa Luxemburg: Man müsse gegen ihre «revolutionäre Phraseologie» ankämpfen, dabei dürfe man aber die Gefühle der Menge nicht verletzen. So habe das Wort Revolution für die Massen einen Gefühlswert, der respektiert werden müsste. Solche «Schlagworte» könne man nur «allmählich ausser Kurs setzen»⁶⁹.

Und so verkündete Gustav Bauer im November 1913: «Die Kriegsfrage ist kein prinzipielles, sondern ein taktisches Problem. Es gilt für das Proletariat der einzelnen Länder abzuwägen, ob der Krieg Vorteile bringen könne oder nicht und danach ist ihr Verhalten einzurichten.»

Es war hier keine Rede mehr vom Verteidigungskrieg, sondern es gab nur noch zwei Formen von Kriegen: nützliche und unnütze. Und Bauer steigerte sich sogar noch: «Diejenigen sozialistischen Parteien, die versuchen wollten, gegen den Strom zu schwimmen, würden nicht nur nichts erreichen, sondern wahrscheinlich auch bedeutend an Kraft verlieren (...) Ganz abgesehen davon, dass niemand uns wird sagen können, wie das geschehen soll, wird es auch ganz nutzlos sein, jemals den Friedensstörer ausfindig zu machen.»

Krieg musste also vom Proletariat auf jeden Fall akzeptiert werden, eben weil man nicht unterscheiden konnte, wer Angreifer und Verteidiger war. Bauer kündigte hier den Herrschenden – er wusste, dass Spitzel im Publikum sassen – an, radikaler noch als Noske, dass man sich auf ihn und andere führende SPDler würde zukünftig verlassen können.

Die Forderung des Erfurter Programms, mittels Sozialismus Kriege zu verhindern, wurde also von diesen Männern ebenso aufgegeben wie der Versuch, mit einer Volkswehr die Armee zu demokratisieren, ja zu revolutionieren. Die *levée en masse* war längst passé.⁷⁰

Die SPD war endgültig bei den herrschenden Militärs, beim preussischen Militarismus und beim völkischen Nationalismus angekommen. Die «schiefe Ebene», die Rosa Luxemburg wenige Monate vorher auf dem Parteitag in Jena entdeckt hatte, eine Bahn, «auf der es keinen Halt mehr gibt»⁷¹, war für die SPD längst zur Talfahrt ins Massen-

grab geworden. Man brauchte nur noch die Mehrheit, und auch das liess sich inszenieren.

Mit dem Tod Bebels wenige Wochen vor Bauers Rede und der Übernahme der Macht in der Partei durch den neuen Parteivorsitzenden Friedrich Ebert – der erst als Mann des Ausgleichs wie sein Vorgänger erschien, sich aber in Wirklichkeit längst positioniert hatte – war der rechte Flügel um Scheidemann, David, Legien, Heine, Severing, Bauer, Keil und, nicht zu vergessen, Noske in der Überzahl. Denn Haase, der zweite Vorsitzende, war schwach. So schob man die Volkswehr auf die lange Bank. Nationale Töne, die Liebe zum Preussentum, zum Vaterland und immer grössere Aggression gegen die Ausländer und ostjüdischen Marxisten⁷² in der Partei mehrten sich dagegen. Die völkische SPD war geboren.

Sommer 1914. Die Zeichen standen auf Krieg, bzw. es sah ganz nach dem berühmten Verteidigungsfall aus. Deutschland fühlte sich von Russland bedroht. Das glaubten auch die führenden Sozialdemokraten. Und sie glaubten es, weil sie sich mehr denn je «in vollster Übereinstimmung mit dem Denken und Fühlen der Massen» wähnten, wie Konrad Haenisch später behauptete.

Doch die Proletarier-Massen gingen am 31. Juli gegen den Krieg auf die Strassen, zu einer Zeit, als die Führung der SPD schon mit der Reichsleitung verhandelte. Und nach dem 1. August, als das Gespenst des russischen Überfalls an die Wand gemalt wurde, «forderten» da die Massen die Sozialdemokratie auf, dem Ausnahmefall Verteidigungskrieg zuzustimmen? «Wollten» sie sich da der allgemeinen Kriegsbegeisterung anschliessen und wie weiland Bebel mit dem Gewehr in der Hand das Vaterland verteidigen?

Auch Manfred Scharrer zeigte sich 1976, wie Jahrzehnte zuvor der Historiker Rosenberg, überzeugt, die Arbeitermassen seien zu diesem Zeitpunkt für den Krieg gewesen und hätten die Führung zum Opportunismus getrieben.⁷³

Aber waren die proletarischen Massen tatsächlich plötzlich so kriegslüsternd, wie behauptet? Neuere Forschungen stellen dies erheblich in Zweifel.⁷⁴ Weder eine grosse Kriegsbegeisterung noch eine totale Gegnerschaft zum Krieg ist im August 1914 feststellbar.

Erstere ist also von der Parteipresse durch Kriegshetze herbeigewünscht und später von führenden Parteigenossen einfach herbeifantasiert worden. Aber mehrheitlich herrschte nach dem 1. August bei den Arbeitern eher Niedergeschlagenheit statt Kriegsbegeisterung. Man war enttäuscht von der Parteiführung.⁷⁵

Und wer von den Arbeitern einrückte, tat das ohne Begeisterung. «Alle haben das Gefühl, es geht direkt zur Schlachtbank.»⁷⁶

Wenn aber mehr Niedergeschlagenheit bei den Proletariern vorherrschte, hätte eine konsequente Kriegsgegnerschaft der Führung wie der Parteipresse auch die Masse der Arbeiter gegen den Kriegstaukel immun gemacht, ja für Gegenaktionen geöffnet.

«Aber die Massen, Unorganisierte und besonders Organisierte, hätten Mut bekommen, hätten den Krieg besser durchschaut und hätten das getan, was man ihnen heute in Deutschland vorwirft, und was sie leider nicht getan haben: sie hätten die Front erdolcht.»⁷⁷

Aber das wollte man schlicht und einfach nicht mehr. Denn vielleicht war das ja ein nützlicher Krieg für die SPD.

Gleichzeitig liess man sich ohne den geringsten Widerstand von des Kaisers Kanzler täuschen. Bethmann-Hollweg gab sich wie sein Dienstherr friedliebend, und die SPD-Führung glaubte ihm. Er tat so, als beziehe er sie in seine angeblichen Bemühungen, den serbisch-österreichischen Konflikt zu beschränken, ein, während er tatsächlich die Österreicher zum Krieg drängte. Er gönnte es sich auch, die SPD-Führung an ihrer schwächsten Stelle zu packen: der Angst vor dem russischen Bären. «Wenn Russland eingreife, müsse auch Deutschland eingreifen.» Das erschien der SPD-Führung plausibel.

Bethmann-Hollweg mahnte dann noch zur Mässigung. Man solle den Kriegsgegner nicht provozieren. Und die Sozialdemokraten glaubten ihm, versicherten «gerade aus dem Wunsch heraus, dem Frieden zu dienen», dass keine Streikaktionen oder Ähnliches geplant sei.⁷⁸ So liessen sich die Führer der ehemals revolutionären Partei vom kriegstreiberischen Kanzler des Deutschen Reiches nur zu gerne hinters Licht führen.

Schliesslich stimmte man am 4. August 1914 den Kriegskrediten zu und schaffte es sogar, die widerstrebenden Linken (darunter Karl Liebknecht) per Fraktionsdisziplin zur Zustimmung zu zwingen.

4. Zwei Geistesverwandte im Feindesland

Zunächst soll Pabsts Weg durch Belgien und Frankreich weiterverfolgt werden, wo Deutschland, wie der Sozialdemokrat Gustav Noske in der von ihm «massgebend»⁷⁹ bestimmten *Chemnitzer Volksstimme* zwei Tage vor Kriegsbeginn prophezeite, «alles, was es an deutscher Kultur und deutscher Freiheit gibt, gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind»⁸⁰ verteidigte.

Nach der «Schlacht von Rossignol» drangen die deutschen Truppen trotz eines «sich mutig und tapfer wehrenden Feindes»⁸¹ rasch vorwärts und erreichten Anfang September den Rhein-Mame-Kanal, uingingen Verdun, mussten sich dann aber zurückziehen. Schon bald erwies sich der als Vernichtungsplan gedachte Schlieffenplan als Makulatur. Während die Massaker an der Zivilbevölkerung nachliessen, ging – aufgrund von Produktivkraftgleichstand und fehlender motorisierter Verbände – der Be-

wegungskrieg in einen blutigen Stellungskrieg über. Im Winter 1914/1915 hatten sich die Armeen festgefressen. In der folgenden «Winterschlacht in der Champagne», einer der vielen Materialschlachten an der sogenannten Westfront, kam es nicht nur in Pabsts Division zu höchsten Verlusten.⁸²

«Die Szene hat gründlich gewechselt. Der Marsch in sechs Wochen nach Paris hat sich zu einem Weltdrama ausgewachsen; die Massenschlächtereie ist zu einem ermüdend eintönigen Tagesgeschäft geworden, ohne die Lösung vorwärts oder rückwärts zu bringen. (...) Vorbei ist der Rausch.»⁸³

Pabst wurde in dieser Zeit als 1. Generalstabsoffizier zu einer sächsischen Landwehrdivision abkommandiert als Teil des VI. (schlesischen) Armeekommandos. «Hier traf ich zum ersten Mal auf Soldaten, welche in überwiegender Zahl sozialdemokratisch eingestellt waren und auch jetzt im Kriege diese Gesinnung offen bekundeten. Es waren fast ausschliesslich Landwehrleute aus dem sächsischen Industrie-Bezirk. Diese Sozialdemokraten waren aber in ihrem Siegeswillen und ihrem Pflichtgefühl gegenüber dem Vaterland *damals* (Frühjahr 1915) durchaus ebenbürtig den jungen aktiven Soldaten der schlesischen Regimenter, mit denen ich bisher im Krieg zusammengewesen war.

Mit Vorliebe wurde allseits ‚Die Chemnitzer Volksstimme‘, deren Chefredakteur Herr Noske war⁸⁴, gelesen; auch ich las häufig diese Zeitung, ohne zu ahnen, dass mich wenige Jahre später gemeinsame Arbeit mit Herrn Noske verbinden würde.»⁸⁵

Und was las da Pabst in Noskes Zeitung? Zum Beispiel einen Artikel über die Preszensur des Militärs, die in Deutschland vernünftiger und anständiger sei als in England oder Frankreich. «Das Geschrei über die Zensur, hinter der sich vielfach der Mangel an fester Stellungnahme zum Kriegsproblem verbirgt, hilft nur Deutschlands Feinden, die Lüge zu verbreiten, als sei Deutschland ein zweites Russland.»⁸⁶

Noskes Blatt spendete hier dem Belagerungszustand «Beifall», wie Rosa Luxemburg es ausdrückte. Hätte Pabst aber schon am 1. August 1914 in Noskes Sozialistenblatt geschaut, hätte er von seinem späteren Kampfgenossen lesen können: «Uns alle beherrscht jetzt nur die eine Frage: Wollen wir siegen? Und unsere Antwort lautet Ja!»⁸⁷

Nicht nur der Sozialdemokrat an der Front überzeugte also den aufmerksamen Leser Pabst mit seinem sozialdemokratischen Siegeswillen und Pflichtgefühl gegenüber Feldmarschall und Vaterland, sondern auch der Sozialdemokrat an der Heimatfront.

Und am 30. Juli 1915 klang die *Volksstimme* schon wie später der Volksempfänger: «So zerschmetternd müssen die Feinde geschlagen werden, dass ihr Ring zerbricht. (...) In diesem Kampfe bestimmt nur Deutschlands Interesse die Mittel. Zu besonderer Schonung sind wir gegen niemand mehr verpflichtet.»⁸⁸ Der Genosse, der hier seinen mehr nationalen als sozialistischen Fantasien freien Lauf liess, Noskes Redaktionskol-

lege Ernst Heilmann, meldete sich später freiwillig und erhielt einen Kopfschuss, der ihm ein Auge kostete.

Die Sozialdemokraten an der Basis und im Schützengraben waren jedoch durchaus nicht alle begeistert. So schrieb einer aus Flandern an den kriegsbegeisterten Parteirechten Wolfgang Heine und schlug vor, ihn mal in den Schützengraben zu schicken: «So'n Blödsinn, so'n Wahnsinn, so ein Hundepack.»⁸⁹

Doch die SPD-Führung wollte «in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich» lassen.⁹⁰ Noske fügte später hinzu: «Von dieser Linie ist die Partei bis zum letzten furchtbaren Ende nicht abgewichen.»⁹¹

Aber nicht genug damit, Noske höchstpersönlich reiste, als Journalist in Militäruniform⁹², da im Gegensatz zu Heilmann eine «andere militärische Verwendung»⁹³ nicht in Frage kam, in die Orte, die Pabst mitgeholfen hatte zu verwüsten und von Franktireurs in Form von Frauen, Kindern und Babys zu befreien. Und was sah er da? Nun, eine ganze Menge verbrannte Erde, deren Existenz er allerdings nur seinem privaten Tagebuch anvertraute.⁹⁴ Im Drucktext schwärmte er dagegen vom «Uhrwerk der Schlacht» und dem «Krieg, wie er immer war»⁹⁵. Die Frage, warum der deutsche Imperialismus sich im Angriffskrieg auf Belgien gegen den russischen Bären verteidigte, stellte sich Noske erst gar nicht. Seine Rede von 1907 war in dem Punkt also schon Makulatur für ihn. Verteidigung hin oder her, der Sieg war wichtig. Ohne Wenn und Aber befürwortete er daher die Besetzung Belgiens. Mehr noch: Er störte sich nicht daran, dass Geiseln als lebendige Schutzschilder benutzt wurden⁹⁶, schwärmte von der «Unerschöpflichkeit des Menschenmaterials» Deutschlands und ward ergriffen vom «grandiosen Schauspiel» des nächtlichen Einmarsches in Antwerpen: «Trommeln rasselten, Lieder erklangen, hoch ragten die seidenen Fahnen der Regimenter und brausende Hurrarufe erfüllten die Luft.»⁹⁷

«Schandtaten» begingen jedoch nur die Belgier, z.B. als sie den deutschen Dampfer Gneisenau in «saustallmässiger Unordnung» zurückliessen. Kein Zweifel, dass Menschen, die in «Vernichtungswut» als «Horde von Zerstörungstollen» blitzblanke deutsche Schiffe in «Unsauberkeit»⁹⁸ versetzten, auch schuld am Krieg waren: «Wahrhaftig, die belgische Regierung wusste nicht, was sie ihrem Lande mit diesem Krieg antat.»⁹⁹



Gustav Noske

Was aber weder er noch sein Biograf Wette erwähnen, ist die Tatsache, dass die auch beim Besuch im Brüsseler Gewerkschaftshaus Militäruniform tragenden Sozialdemokraten Noske und Koester ebendort – während sie vorschlugen, die belgische Arbeiterklasse solle mit der deutschen Besatzung kollaborieren – von den belgischen Sozialisten auf die von Deutschen begangenen Kriegsgräueltaten aufmerksam gemacht wurden.¹⁰⁰

Noske leugnete die Gräueltaten. Sein und Koesters Kommentar, der im Buch nicht erscheint, sondern nur den belgischen Genossen – die offensichtlich längst keine mehr waren – übermittelt wurde: Gräueltaten könne das deutsche Heer gar nicht begangen haben, da es «die Elite des deutschen Volkes vereinige». Im Übrigen verschossen er und sein Mitreisender das damals übliche sozialdemokratische Sperrfeuer¹⁰¹: Gräueltaten wären – und das sei «noch wichtiger» – schon deswegen nicht möglich, weil «die Hälfte der Truppen» der Sozialdemokratie angehörten.¹⁰²

Im Buch wurde dagegen schlagend argumentiert: «Es ist eine anerkannte, auch von unseren Brüsseler Freunden anerkannte Tatsache, dass das Verhältnis unserer Truppen zu den Zivilpersonen in Brüssel wie in der Umgegend sehr gut ist. Warum sollen unsere Truppen in Löwen sich wie Hunnen benehmen und in Brüssel wie gute Europäer.»¹⁰³

Der deutsche Nato-Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler benutzt 1995 interessanterweise Noskes Ausspruch, um zu belegen, dass es keine deutschen Gräueltaten gegeben habe.¹⁰⁴ Er stellt ausserdem die über 6'000 ermordeten Zivilisten in Abrede und schliesst sich mit folgendem Satz der Legion deutscher Offiziere an, die von der Haager Landkriegsordnung noch nichts gehört haben: «Grundlegend ist die Tatsache, dass, anders als im Zweiten Weltkrieg, 1914 allen beteiligten Staaten die Teilnahme der Zivilbevölkerung am Kampf (,Freischärler') auch offiziell noch als unstatthaft galt. Man hielt sich an das Kriegsvölkerrecht.»¹⁰⁵

Eben nicht. Aber zurück zu Noske. Der Zivilist in Uniform gab in seinem Kriegsbuch – im Gegensatz zu seinem späteren Helfer Pabst – die üblichen Franktireuregeschichten zum Besten. In ungezügelter Wiederholungszwang behauptet er, «unsere Soldaten» seien von Zivilisten beschossen worden.¹⁰⁶ Und zwar immer dann, wenn er verbrannte Häuser sah. Waren sie einmal nicht verbrannt, dann waren es «offenbar Häuser, aus denen nicht geschossen wurde»¹⁰⁷.

Sozialdemokratische Dialektik à la Noske. Nur ein einziges Mal gaben Koester und Noske in ihrem Kriegsbericht indirekt zu, dass belgische Zivilisten vorsätzlich getötet wurden. Es hiess hierzu kurz: «Im Übrigen leugnen weder Soldaten noch Offiziere, dass nach dem bitteren Recht des Krieges in Löwen wie in Dinant Unschuldige mit den Schuldigen gelitten haben.»¹⁰⁸ Noske sprach von «gelitten», nicht von Tötungen, und von «Schuldigen» – also Franktireurs, die es nicht gegeben hatte – sowie von «Unschuldigen». Selbstverständlich war die Liquidierung beider Sorten Mensch für ihn kein Kriegsverbrechen.

Im Gegenteil, schon hier wurde eigenmächtig das «Recht des Krieges» als «bitte-

res» Recht (als existiere das Völkerrecht, die HLKO gar nicht) definiert, in dem man auch Unschuldige umbringen durfte, also der völligen Rechtlosigkeit das Wort geredet.

Es wundert nicht, dass sich Pabst einige Jahre später «prächtig» mit diesem Sozialdemokraten verstand, dessen prächtige *Volksstimme* er schon gelesen hatte und deren prächtige sozialdemokratische Leser ihm ihren Siegeswillen und ihre Vaterlandsliebe demonstriert hatten. Was störte es da, dass Noske bei der Beurteilung des belgischen Frantireurwesens noch über Pabst hinausfeuerte.¹⁰⁹ Einen solchen Mann, dem schon 1907¹¹⁰ ein Spottgedicht prophezeite «Lasst's euch nicht verdriessen (...) Noske, der wird schiessen!»¹¹¹, konnte man es verzeihen.

Noch vor Noske hatte übrigens Karl Liebknecht Belgien und dortige Genossen besucht.¹¹² Er verwies die Frantireurgeschichten in den Bereich der Fabel, war aber von den Gräuelpberichten über deutsche Kriegsverbrechen deutlich verwirrt.¹¹³ Seine Erlebnisse in Belgien trugen massgeblich dazu bei, dass er im Dezember 1914 als Einziger gegen die Kriegskredite stimmte.¹¹⁴ Wegen des Belgienbesuches wurde Liebknecht (im Gegensatz zu Noske und Koester) im Parteivorstand heftig angegriffen.¹¹⁵ Vielleicht lag es daran, dass er keine Uniform angehabt hatte wie seine Nochgenossen. 1915 wurde Liebknecht ja dann auch als Armierungssoldat eingezogen.¹¹⁶

5. Befehlsrebell in schönster Zeit

Im Juni 1915 verliess das VI. Armeekommando die Champagne¹¹⁷ und erhielt ihren Einsatz in der Gegend um die sogenannte Loretto-Höhe, die mehrfach zwischen Deutschen und Franzosen umkämpft war. Pabst übernahm nach eigenen Angaben zeitweise die Führung eines Kampfataillons. Im Juli/August wurde es dort «noch ungemütlicher», «ohne Rücksicht auf Blutopfer» kämpfte man «um die Überreste des Dorfes Souchez»¹¹⁸. Pabst berichtete von «hohen Anforderungen» für Physis und Psyche der Soldaten. Im September 1915 sei es noch schlimmer geworden, nachdem der Grossangriff der Engländer und Franzosen auf ihre Stellungen begonnen hatte. Durch die Offensive im Osten seien die deutschen Truppen im Westen geschwächt gewesen. Der zermürbende, aber für viele Offiziere und Unteroffiziere offensichtlich auch als «inneres Erlebnis» (Jünger), als lustvoll¹¹⁹ empfundene Kampf um «jeden Fussbreit» Boden wurde prägend und verstärkte die militaristische Zurichtung dieser Männer. Pabst sprach 1934 vom «im Stahl- und Eisenregen in Not und Tod gehärtete(n) und geläuterte(n) Frontsoldaten»¹²⁰. Menschliche Kampfmaschinen wurden geformt, die Todesproduktion entwickelte sich zur Normalität.

Pabst erhielt sodann seine Versetzung als Generalstabsoffizier in das V. Reservekorps und kam vor Verdun. Vorerst herrschte dort trügerische Ruhe.

Generaloberst Moltke, dessen Onkel den Krieg als die Entfaltung der «edelsten Tugenden des Menschen» beschrieben hatte, schied zwischenzeitlich aus dem Grossen Generalstab aus¹²¹ und wurde durch den vormaligen preussischen Kriegsminister und General der Infanterie Erich von Falkenhayn abgelöst.¹²² Dieser beschloss, laut Pabst, die Nordfront der Festung Verdun anzugreifen.

Pabst erinnerte sich an eine Besprechung zu dieser Zeit mit dem Chef des Generalstabes der V. Armee, Generalleutnant Schmidt von Knobelsdorf, und Pabsts Chef, Oberstleutnant Hasse. Letzterer habe angeblich wegen Kräftermängeln erhebliche Einwände gegen einen solchen Angriff vorgebracht.

Es sei aber im Februar 1916 schliesslich doch der Befehl zum Angriff gegeben worden. Das stark umkämpfte Fort Douaumont fiel in deutsche Hände. Aber die deutsche Offensive blieb stecken, und es kam zu verlustreichen Kämpfen, in die wochenlang «immer neue Divisionen hineingeschickt wurden»¹²³. Über eine halbe Million Soldaten starben vor Verdun. Das industrielle Töten hatte einen ersten Höhepunkt erreicht.

Allerdings muss man hinzufügen, dass Pabst Glück hatte und an «Grosskampftagen» in Verdun und anderswo in der Regel als Generalstabsoffizier nicht an vorderster Front eingesetzt war, sondern von «einer rückwärtigen Zentralstelle aus» die Kampfhandlungen mitleitete, wo sämtliche Telefondrähte, Funksprüche und Meldungen zusammenliefen.¹²⁴

«Und dahinter das Land. Da lag dieses ungeheure Heerlager, dieser Jahrmarkt der Eitelkeiten, diese Konzentration von Rohheit, Stumpfsinn, Amts verbrechen, falsch verstandener Heldenhaftigkeit; da fuhren, marschierten, rollten, telefonierten, schufteten und schossen die als Soldaten verkleideten Uhrmacher, Telegrafensekretäre, Gewerkschaftler, Oberlehrer, Bankbeamten, geführt und führend, betragend und betrogen, mordend, ohne den Feind zu sehen, in der Kollektivität tötend, die Verantwortung immer auf den nächsten abschiebend. Es war eine Fabrik der Schlacht, eine Mechanisierung der Schlacht, überpersönlich, unpersönlich. ‚Die Division‘ wurde eingesetzt, hineingeworfen – die Werfer blieben draussen –, sie wurde wieder herausgezogen.»¹²⁵

Als dann Ende April 1916 ein neuer Angriff erfolgen sollte, habe dies der General der Infanterie von Gündell (vormals Direktor der Kriegsakademie¹²⁶) abgelehnt. Pabst, 36 Jahre alt, zeigte sich schwer beeindruckt und führt in seinen Memoiren diesen Widerstand als Beleg an, dass es den Kadavergehorsam in der deutschen Armee nicht gegeben habe. Nun erscheint eine solche Logik vergleichsweise absurd, weil ja wider besseren Wissens von diesen Generalstäblern – darunter auch Pabst – die Angriffe bislang ausgeführt worden waren, mit Hunderttausenden Opfern. Erst nach monatelangen ver-

lustreichsten Kämpfen kam offensichtlich einem ehemaligen Kriegsakademiedirektor der «gesunde kriegerische Realismus» in den Sinn.

Pabst jedoch führte Ende der 40er Jahre in der Schweiz solcherlei «Befehlsverweigerung» kurz vor der völligen Erschöpfung aller Mittel und Menschen auch noch als Argument gegen die Generäle des Zweiten Weltkrieges an. Diese hätten nämlich Kadavergehorsam gegenüber Hitler gepflegt und sich zu Unrecht auf die «traditionelle preussische Gehorsamspflicht berufen»¹²⁷.

Pabst spielte hier auf die Denkschrift der Wehrmachts-Generäle für den Nürnberger Gerichtshof¹²⁸ an, geisselte gar deren Gehorsam «gegenüber verbrecherischen Befehlen»¹²⁹ und versuchte, einen Gegensatz zwischen den Generälen des Ersten und Zweiten Weltkrieges aufzubauen, was aber nicht gelang, da er weitere «Befehlsverweigerungen» im Ersten Weltkrieg nicht anführen konnte. Im Gegenteil: Der jahrelange Stellungskrieg wurde von allen Offizieren, auch ihm, mitgetragen und half, die Lüge vom «Dolchstoß» 1918 zu konstruieren, der Pabst übrigens – ähnlich dem Franktireurmärchen – keinen Glauben schenkte.¹³⁰

Die von ihm hier beschworene Art der «Befehlsverweigerung» diente Pabst nur als Vorwand, als Rechtfertigung für seine spätere Putschtätigkeit, bei der er Befehle von oben – auch militärische – mehrfach missachtete.

Über eine solche Missachtung fast drei Jahre später, kurz nach dem Waffenstillstand im November 1918, wusste er ebenfalls zu berichten. Sie hatte nichts mit Widerstand gegen verbrecherische Befehle zu tun oder dem § 47 des Militärstrafgesetzbuchs, der das Verweigern eines ungesetzlichen Befehles erlaubte¹³¹, sondern andere, weniger humane Ursachen.

Sein Chef zu dieser Zeit, Generalleutnant von Hofmann, ignorierte nämlich – auf Pabsts «Vortrag hin» – die befohlene Einrichtung von «Vertrauensräten»¹³², einer harmlosen Form der Soldatenräte, welche sich im Lauf der Revolution des Novembers 1918 spontan gebildet hatten. Pabst fürchtete durch diese «Räte» Schwierigkeiten hinsichtlich «der Aufrechterhaltung der Disziplin und der Autorität der Offiziere». Eine Befürchtung, die sich sowohl bei den Vertrauensleuten als auch bei den «radikaleren» Soldatenräten als völlig unbegründet herausstellen sollte. Ursache war aber bei Pabst die bekannte, im Innersten arbeitende Angst vor der Revolution, die hier schon als Bolschewismus bezeichnet wurde. Eine Angst, die ihn und andere Offiziere auch für die eigenen Landsleute hochgradig gefährlich machte. Pabst et al. fürchteten den Umsturz all ihrer kriegerischen Werte, ihrer Privilegien und ihrer elitären ökonomischen Verhältnisse. Sie fürchteten aber auch, dass ihnen der Stachel gezogen würde, der Stock, mit dem man sie doch so trefflich geschlagen hatte. Die Räte – so die neue Autosuggestion des deutschen Militärs – wollten ihnen den Kampf als innerstes Erlebnis, den gelebten Sozialdarwinismus und die Zelebrierung des Krieges nehmen.¹³³ Das machte Offiziere von der Art Pabsts zu den schärfsten Konterrevolutionären.

Folglich übten sie auch dann Befehlsverweigerung, wenn ein vermeintlich revolu-

tionärer Befehl «die eigenhändige Unterschrift des Feldmarschalls trug»¹³⁴, womit Hindenburg gemeint war.

Bei der Bekämpfung des Bolschewismus liess sich Pabst von niemandem dreinreden, auch nicht von Oberbefehlshabern, die schon zu Lebzeiten Denkmalsstatus hatten.

Zurück zum Jahr 1916. Nach Pabsts Angaben sei der Angriff auf Fort Vaux, den der Kriegsakademiedirektor a.D. General von Gündell verweigert hatte, zwar dann verschoben, sein Generalkommando jedoch abgezogen und ins Elsass geschickt worden. Danach fand der Angriff statt.

«Um diesen Kohlenkeller haben sich zwei Nationen vier Jahre lang geschlagen. Da war der tote Punkt, wo es nicht weiterging, auf der einen Seite nicht und auf der andern auch nicht. Hier hat es haltgemacht. Ausgemauerte Galerien, mit Beton ausgelegt, die Wände sind feucht und nassen. In diesem Holzgang lagen einst die Deutschen; gegen-



Helma Cornell

über, einen Meter von ihnen, die Franzosen. Hier mordeten sie, Mann gegen Mann, Handgranate gegen Handgranate. Im Dunkeln, bei Tag und bei Nacht. Da ist die Telefonkabine. Da ist ein kleiner Raum, in dem wurde wegen der Übergabe parliert. Am 8. Juni 1916 fiel das Fort. Fiel? Die Leute mussten truppweise herausgehackt werden, mit den Bajonetten, mit Flammenwerfern, mit Handgranaten und mit Gas.»¹³⁵

Und Pabst zeigte Schwäche: «Ich persönlich hatte mir in Folge der ständigen Aufregungen und Anstrengungen, sowie in Folge des zu einem Minimum zusammengeschrumpften Schlafes während der letzten 4 Monate und in Folge der elenden Witterung bei den vielen Besuchen in der vordersten Linie einen schweren Rheumatismus und eine Nervenentzündung zugezogen.»¹³⁶

Auf Pabsts «nicht starke Körperkonstitution», wie es einst in seinem Fähnrichzeugnis stand, musste nun «einige Rücksicht genommen werden». Er kam ins Lazarett nach Wiesbaden und blieb dort mehrere Wochen.¹³⁷ Hier lernte er seine künftige Frau kennen, welche er in seinen Erinnerungen – wie seine Mutter – nicht beim Namen nennt.¹³⁸ Sie entstammte wohl einer alten französischen Adelsfamilie, deren Vorfahren – wie war es anders zu erwarten – 1790 «ihrer royalistischen Überzeugung wegen» die Heimat

verlassen mussten und vom revolutionären Frankreich ins absolutistisch beherrschte Rheinland zogen.

Pabsts Frau, so erfahren wir noch von ihm, ist im niederrheinischen Kleve geboren. Die Namenlose wird von ihm folgendermassen charakterisiert: «Mein tapferer und getreuester Kamerad, mein ungewöhnlich kluger und selbstloser Berater, mein besseres Ich. Sie umgab mich mit einer beispiellosen Liebe und Fürsorge. In allen den schwierigen Situationen, an welchen mein Leben so reich werden sollte, hat sie bis zur Selbstaufopferung treu zu mir gehalten und für mich gekämpft; und durch eigenartige Fügungen Gottes hat sie mir – wie ich später noch ausführen werde¹³⁹ – mehrfach das Leben gerettet. Wenn jemals eine Frau ihr Letztes hergab für den Mann ihrer Wahl, so war es diese meine Frau.»¹⁴⁰

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass Pabst später (1920 und 1930¹⁴¹), in seinem fast schlaflosen Kampf für das Reich, immer noch Zeit fand, diesen selbstlosen Berater nachweislich mehrfach zu betrügen. Offensichtlich waren hier «Treue» und «beispiellose Liebe» einseitig verteilt.

Pabsts «getreuester Kamerad» hiess Maria Margarethe Franziska Wilhelmina (Helma) Comeli.¹⁴² Sie wurde 1890 geboren, war katholisch und die Tochter von Emil Hubert Comeli, dem Bürgermeister von Kleve am Niederrhein¹⁴³. Ihre Mutter war eine geborene Esser und stammte aus Wiesbaden. Wie Fräulein Comeli, ob als Krankenschwester oder sonst wie, in Pabsts Lazarett kam, oder wie sie ihn ausserhalb des Lazarettts in der Kurstadt der Upperclass kennenlernte, ist nicht überliefert.

Im Verhör der Schweizer Bundesanwaltschaft 1944 ergänzte Pabst noch, dass seine erste Frau zwei Brüder und zwei Schwestern hatte.¹⁴⁴ Einer dieser Schwager Pabsts war Landrat des Kreises Stendal, gehörte in der Weimarer Republik der Deutschen Volkspartei (DVP) an und sei ein guter Bekannter des damaligen Reichsaussenministers Stresemann gewesen.

Ende Juni 1916, Pabst war verlobt und wieder genesen, wurde er zum 1. Generalstabsoffizier der 7. Reservedivision aus Halle befördert.¹⁴⁵ Obwohl aus Industriearbeitern bestehend und «etwas weicher» als seine Schlesier, wie sich Pabst ausdrückte, gab er an, diese Truppe wäre eine Elitedivision gewesen und Spezialistin für Westfrontkämpfe.

«Die Sturmreihen sind in die Erde versunken, die armen Jungen, die man hier vortrieben hat, wenn sie hinten als Munitionsdreher ausgedient hatten. Hier vom arbeiteten sie für die Fabrikherren viel besser und wirkungsvoller. Die Rüstungsindustrie war ihnen Vater und Mutter gewesen; Schule, Bücher, die Zeitung, die dreimal verfluchte Zeitung, die Kirche mit dem in den Landesfarben angestrichenen Herrgott – alles das war im Besitz der Industriekapitäne, verteilt und kontrolliert wie die Aktienpakete. Der Staat, das arme Luder, durfte die Nationalhymne singen und Krieg erklären. Gemacht, vorbereitet, geführt und beendet wurde er anderswo.»¹⁴⁶

Schreibt Tucholsky. Pabst dagegen verlebte, wie er sich ausdrückte, in den folgenden 16 Monaten die beste Zeit seines militärischen Lebens.

Nicht die Verlobung mit seiner selbstlosen Beraterin, sondern der Kampf an der Westfront, der tägliche Gang zu seiner Truppe in die von «Stahl- und Eisenregen» begossenen Schützengräben ist für Pabst mit den schönsten Erinnerungen verbunden.¹⁴⁷ Der Einsatz seiner Division in Flandern, vor Verdun und in der Champagne, wo man einige Fussbreit schrapnellzerfurchten Bodens gegen die Franzosen zurückeroberte, habe «unverwelkliche Ruhmesblätter in die Geschichte der tapferen 7. Reservedivision geflochten», begeisterte sich derselbe Pabst, der noch wenige Seiten vorher von einer notwendigen Befehlsverweigerung seines Vorgesetzten erzählte, um «hohen Blutzoll» zu vermeiden.

Es folgte Auszeichnung auf Auszeichnung: Das EK II erhielt er schon im September 1914, das EK I ein Jahr später. Im November 1916 durfte er sich schon das Ritterkreuz anstecken. 1917 folgten drei weitere Orden.¹⁴⁸

Während der 1,68 Meter grosse Mann Höchstleistungen aus sich und seinen Frontsoldaten herausholte, dabei aber auch den Ruf eines «unbequemen Untergebenen» erhielt, fand sein späteres prominentestes Opfer andere Töne: «Das im August, im September verladene und patriotisch angehauchte Kanonenfutter verwest in Belgien, in den Vogesen, in Masuren in Totenäckern, auf denen Profit mächtig in die Halme schießt (...) Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthaufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien.»¹⁴⁹

Was Rosa Luxemburg als «Pesthauch für Kultur und Europa» empfand, war für Pabst das «unverwelkliche» Ruhmesblatt seiner Division. Mit Profit aus Kriegen sollte er sich übrigens sein ganzes späteres Leben beschäftigen, wie noch zu zeigen sein wird.

Schweren Herzens musste sich Pabst im Oktober 1917 aber von seiner kämpfenden Industrieproletariatstruppe trennen und wurde Generalstabsoffizier im VIII. Reservebataillon, welches aus dem Rheinland, seiner «eigentlichen Heimat», stammte.¹⁵⁰

In Russland war inzwischen die Oktoberrevolution ausgebrochen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass diese Revolution sich der tatkräftigen Hilfe der deutschen Obersten Heeresleitung (OHL) nicht erwehren wollte, welche als unerwartete Förderin des Bolschewismus Lenin in einem Zug durch Deutschland nach Petrograd geschickt und mit über 50 Millionen Goldmark versorgt hatte.¹⁵¹ Lenin und Trotzki mussten schliesslich mit den von ihnen bewunderten deutschen Militärs Frieden schliessen. Die konnten sich nun auf die Westfront konzentrieren. Für März 1918 war eine Grosseoffensive geplant. Man wollte, bevor grössere Truppenkontingente der inzwischen auch gegen Deutschland Krieg führenden USA eintrafen, Franzosen und Engländer trennen und letztere «in die See» werfen.¹⁵² Pabst und seine Division machten ohne Befehlsverwei-

gerung mit, obwohl ihm schon damals klar war, dass die Überlegenheit des Gegners «ungeheuer gross» war und hier wieder Ströme von «kostbarem Blut» vergebens fliessen würden.¹⁵³

Ein weiterer Grund für das Scheitern laut Pabst: Der von der OHL nach Russland gefahrene Geist des Bolschewismus kam zurück und wurde mit den Truppen aus dem Osten an die Westfront transportiert. Solcherart kontaminierte Soldaten waren laut Pabst «nicht mehr erstklassig». Sie hatten «zu viel von dem Gift des Bolschewismus zu sehen bekommen». Worin dieses Gift, von dessen Anschauung man als Soldat schon zweitklassig wurde, bestand, wird noch zu prüfen sein. Jedenfalls kam hier Pabst zum ersten Mal mit seinem Hauptgegner, dem Bolschewismus (oder was er darunter verstand), in Kontakt.

6. Die Weisse Garde

Bevor jedoch Pabst sich Gedanken machen konnte, wie man halbwegs günstig aus dem festgefahrenen Angriff herauskommen sollte, wohl wissend, dass «wir eine unserer letzten Trumpfkarten ausgespielt hatten»¹⁵⁴, erreichte ihn der persönliche Befehl einer Lichtgestalt, mit der er in seinem späteren Leben noch viel zu tun haben sollte: General Ludendorff, zu diesem Zeitpunkt nicht nur Generalquartiermeister der OHL, sondern faktischer Militärdiktator über Deutschland.¹⁵⁵ Ein Mann, dem es noch mehr als seinen Vorgängern gelungen war, so etwas wie einen frühen totalen Krieg auszurufen, der alle Kräfte des Deutschen Reiches mit Unterstützung von Rathenaus Kriegsrohstoffabteilung¹⁵⁶, Groeners logistischem Kriegsamt¹⁵⁷ und dem von der SPD-Oligarchie abgesegneten Hilfsdienstgesetz zusammenschweisst hatte. Mit einem Wort: «Kriegssozialismus» – den sein Passagier Lenin mehr als nur bewunderte¹⁵⁸.

Der Grund für Pabsts Ruf zur Fahne Ludendorffs: Aus dem Osten war die Garde-Kavallerie-Division eingetroffen¹⁵⁹, «bestes Menschenmaterial»¹⁶⁰, und sollte, umorganisiert zur Garde-Kavallerie-Schützen-Division (GKSD), an der Westfront eingesetzt werden. Der rührige Pabst war als 1. Generalstabsoffizier vorgesehen.

«In raschem Tempo eilte mein Auto dem neuen Ziele entgegen, der alten französischen Festung Maubeuge, wo die aus Russland kommenden Truppenteile der Garde-Kav.Div. eingeladen werden sollten. In Avesnes, wo sich damals die deutsche oberste Heeresleitung befand, unterbrach ich meine Fahrt, meldete mich und empfing persönliche Instruktionen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff, wie die Ausbildung der Division und ihre spätere Verwendung gedacht war, nämlich als eine Elite-Angriffs-Division, ausgerüstet mit modernstem Material und unmittelbar der O.H.L. unterstellt.»¹⁶¹



Pabst (links mit Stock) bei Hindenburg (Mitte)

Sein neuer Kommandeur, Generalleutnant von Hofmann, war «tapfer, ritterlich, grosszügig» und herzkrank. Pabst konnte fortan schalten und walten, wie er mochte. Denn der Generalleutnant deckte «alle meine Handlungen», wie der Hauptmann schrieb.¹⁶²

Pabst machte sich sofort an die Arbeit und formte den Stab um. Jetzt wurden die Kommandofunktionen nicht mehr nach Adelstitel verteilt, sondern nach Leistung. Er tauschte «lasche Ostler» durch schneidige Westfrontier aus. Pabst baute sich eine unter hoher Spannung stehende kampfkraftige Truppe. «Selten hat wohl die alte Festung Maubeuge eine so eifrige Angriffs-Ausbildung, so viel Schiessübungen und einen solchen Wetteifer erlebt wie in jenen Wochen.»

Der Erbfeind konnte da nicht mithalten. Mitte Juni 1918 meldete Pabst Gefechtsbereitschaft seiner Truppe, die aus «ihren Beruf mit Hingebung erfüllenden Männern zusammengesetzt» war.¹⁶³

Unter den gestrengen Augen des greisen Feldmarschalls und des Militärdiktators Ludendorff, beide gefürchtete Kritiker lascher Ausbildung, fand eine' Gefechtsübung statt. Pabst bestand auch diese Feuertaufe und hatte «selten so viel Lob gehört» wie an diesem Tag.

«Wenn auch zu jenem Zeitpunkte die Hoffnungen auf einen günstigen Kriegsausgang nicht mehr allzu gross waren und wenn sich auch bereits im Frühsommer 1918 bei manchen Truppenteilen recht unerfreuliche Auflösungserscheinungen zeigten, so war *diese* Division, bestehend aus Eliteregimentern aus fast allen Gauen des deutschen

Reiches, erfüllt von echt soldatischem – nicht militaristischem – Geiste. Sie war sich ferner klar über die Schwere und die Wichtigkeit ihrer Aufgabe, ‚Sturmbock‘ und wo nötig ‚Stahlschiene‘ zu sein in den bevorstehenden Kämpfen. Höchstes Pflichtgefühl, bedingungslose Hingabe an das Vaterland, unerschütterlicher Kampfeswille und unbedingte Treue zu dem geschworenen Fahneneid beseelte Offizier und Mann.»¹⁶⁴

Stolz erzählte Pabst, die Franzosen hatten, nachdem sie mit diesem Sturmbock in den folgenden Kämpfen Bekanntschaft machten, seine Truppe als «La Garde Blanche»¹⁶⁵, als «Weisse Garde» bezeichnet. Die Stahlschiene Pabsts übertrug alten Reitergeist auf die infanteristische Tätigkeit und war auserkoren, «wagemutige Stosstrupp- und Patrouillen-Untemehmungen durchzuführen»¹⁶⁶. Eine Tätigkeit, die die Weisse Garde auch nach dem Ersten Weltkrieg zur Zufriedenheit von Pabst und seinen Genossen erledigen sollte.

Die Truppe setzte sich jedem Eisenregen aus und verstand es selbstredend, «mit primitivsten Hilfsmitteln grosse Mengen feindlicher Tanks ausser Gefecht» zu setzen. Auch der Militärdiktator zollte seinen Respekt: «Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division kannte keinen Tankschrecken, an ihrem eisernen Willen prallte Tankangriff auf Tankangriff ab.»¹⁶⁷

Der eiserne Wille war ungebrochen, doch der Sturmbock selbst wurde dann schon etwas dezimiert. Im September waren zwei Drittel des «Bestandes» der Division in den französischen Boden gesunken.

«Es ist eine weite, hügelige Gegend, mit viel Buschwerk und gar keinem Wald. Immer, wenn man auf eine Anhöhe kommt, kann man weit ins Land hineinsehen. Hier ist eine Million Menschen gestorben. Hier haben sie sich bewiesen, wer recht hat in einem Streit, dessen Ziel und Zweck schon nach Monaten keiner mehr erkannte. Hier haben die Konsumenten von Krupp und Schneider-Creusot die heimischen Industrien gehoben. (Und wer wen dabei beliefert hatte, ist noch gar nicht einmal sicher.)»¹⁶⁸

Pabst jedoch berichtete stolz von den übermenschlichen Leistungen seiner Weissen Garde und vergass nicht, eine Anekdote einzuflechten. Er und sein Befehlshaber besuchten das Garde-Kürassierregiment seiner Division: «Da das Regiment auf ungefähr 1/5 seines Bestandes, das Offizierskorps sogar auf 1/8 zusammengeschnitten war und unsagbare Anstrengungen hinter sich hatte, erwarteten wir, es in niedergeschlagener Stimmung zu treffen.»¹⁶⁹

Doch weit gefehlt, die Weissgardisten sangen lustig gegen das Artillerief Feuer an. Zwar nicht Friedrichs «Choral von Leuthen», den der herzkrank preussische Generalleutnant wohl im Stahlgewitter zu hören glaubte, sondern den beliebten Gassenhauer «Warum küsst du denn die Wange deiner Braut?»¹⁷⁰ Die Frage, warum sie sie nicht küssten, sondern im Nachbarland Tod und Not produzierten und ihre Wangen von Splittern lieblosen liessen, scheint sich Pabst nie gestellt zu haben.

Trotz aller Singerei und eisernem Willen war der Gegner, die Alliierten, doch besser ausgerüstet und zahlenmässig überlegen. Dies hatte den Militärdiktator Ludendorff bewogen, der völlig überraschten Regierung im September 1918 zu signalisieren, dass es nicht mehr lange gut gehen würde, bloss mit eisernem Willen die Tanks der Alliierten zu bremsen. Auch die Sozialdemokratie in Form ihrer rechten Parteileitung war überrascht, hatte sie doch noch im Juni 1918 Kriegskredite bewilligt und «statt eines Generalstreiks» immer noch «Krieg für das preussische Wahlrecht geführt»¹⁷¹. «Wir wollen siegen (...) Durchhalten bis zum Siege» mit «unbeugsamem Willen», war Scheidemanns Neujahrsbotschaft noch 1915 an seine Wähler.¹⁷² Dem stimmte anfangs auch Eduard Bernstein zu und machte den Sieg für Deutschland zur «Lebensfrage». Aber nicht nur die Rechten in der SPD, auch Karl Kautsky fühlte sich beflügelt vom Vabanquespiel, indem er im Oktober 1914 Mut zur Reform zeigte. Die praktische Frage lautete nicht mehr «Krieg oder Frieden. Sie heisst Sieg oder Niederlage des eigenen Volkes.»¹⁷³ Und jetzt sollte plötzlich alles vorbei sein, nicht mehr Mars regieren, sondern die Sozialdemokratie?

«Nicht Vernunft und Gerechtigkeit werden uns den Frieden bringen, sondern nur siegreiche Waffen», hatte der Chefredakteur der *Chemnitzer Volksstimme*, Ernst Heilmann (SPD), diesen Krieg charakterisiert. Das war mehrheitsfähig bei den Herren im Parteivorstand. Doch jetzt sagte ihnen der vernünftig gewordene Militärdiktator, dass es tatsächlich so sein würde, nur dass die anderen über «die siegreichen Waffen» verfügten.

Rosa Luxemburg bekam einen Nervenzusammenbruch, als sie erfuhr, dass die SPD im August 1914 dem Krieg zugestimmt hatte. Friedrich Ebert dagegen soll in Tränen ausgebrochen sein, als er hörte, dass dieser Krieg verloren war, wie sein Biograf Mühlhausen mehrfach belegt.¹⁷⁴ Da konnte man schon etwas Regierungsgewalt annehmen, als Trost sozusagen für die Schande, nun doch nicht «aus eigenem Recht», sondern «von fremder Gnade in Bothaland oder Greyland» leben zu dürfen.¹⁷⁵ Die SPD trat der Regierung bei, um die nationalistische Suppe auszulöffeln, die sie sich mit eingebrockt hatte. Der Diktator Ludendorff wurde abgelöst, aber er sollte noch öfter wiederkehren – zusammen mit Pabst.

Der kam nun mit einem Feind in Berührung, der nicht jenseits des Schützengrabens stand, sondern im eigenen Land. Pabst konnte im September 1918 bei einem Besuch des Kronprinzen mit diesem darüber sprechen¹⁷⁶, und seine Hoheit berichtete von der Möglichkeit einer Revolution. Sechs Wochen später wurde dies zur Gewissheit: «Am 7. November abends traf bei den Frontdivisionen ein ausserordentlich geheimnisvoller telefonischer Befehl der Obersten Heeresleitung ein, es solle sofort ein Regimentskommandeur, ein Bataillons- und ein Kompanieführer nach Spa», wohin sich die OHL zurückgezogen hatte. Die Offiziere wurden vom neuen Generalquartiermeister General-

leutnant Groener gefragt, ob die Truppe «noch hinter der Person des Kaisers und Königs stehe und ob die Truppen noch kampffähig seien»¹⁷⁷.

Die Offiziere der GKSD bejahten die Treue zum Kaiser «selbstverständlich», wurden aber von den Offizieren der anderen Divisionen überstimmt.

Die Fragen lauteten:

«1. Wie steht die Truppe zum Kaiser? Wird es möglich sein, dass der Kaiser an der Spitze der Truppen die Heimat im Kampf wieder erobert?

2. Wie steht die Truppe zum Bolschewismus? Wird sie den Kampf mit der Waffe gegen die Bolschewisten in der eigenen Heimat aufnehmen?»

Das Ergebnis war niederschmetternd. Nur ein Kommandeur (offensichtlich aus der GKSD) bekannte sich zum Kaiser, kein einziger war sich sicher, dass die Truppe gegen den Bolschewismus kämpfen würde.¹⁷⁸

Am nächsten Tag, dem 9. November 1918, war der Kronprinz nach Holland verschwunden und Pabst wurde mitgeteilt, dass in Berlin Revolution sei. Der kleine Hauptmann zeigte sich hier keinesfalls gelähmt wie andere Offiziere – etwa die auf den Kriegsschiffen, die noch gegen England hatten auslaufen wollen, aber durch die Revolte der Matrosen daran gehindert wurden.

Nein, Pabst torpedierte, wie oben beschrieben, die Bildung von Vertrauensräten, indem er einen Befehl Hindenburgs sabotierte. «Mit der Nichtbeachtung dieses Befehls begann unsere Emanzipation vom soldatischen Bürokratismus und – wenn man so will – vom blinden Gehorsam.»¹⁷⁹

Wenn der Feldmarschall die Revolution förderte, hörte eben der Gehorsam auf. So einfach war das für Pabst. Am 10. November hiess es in einem von Pabst und seinem Divisionskommandeur gezeichneten Tagesbefehl: «Ich weiss wohl, dass Rückzüge in besonderem Masse dazu angetan sind, die Manneszucht zu erschüttern, weiss aber ebenso, dass eine Truppe wie die G.K.[S.]D. stets und immerdar ihren Stolz darin setzen wird, etwas besonderes zu sein und allen Irrungen und Wirrungen der Umwelt zum Trotz, den alten preussischen Soldatengeist hochhalten und Treue bewahren wird, bis zu besseren Tagen.»¹⁸⁰

Damit die Manneszucht bis zu besseren Tagen nicht erschüttert werden würde, dafür brauchte die Weisse Garde, dafür brauchten Offiziere wie Pabst die Sozialdemokratie.

7. Die Rote Garde – SPD-Führung und preussischer Militarismus

«Heute weht die deutsche Flagge auf den Türmen Antwerpens, hoffentlich für immer», schrieb der *Courier*, das Organ des Transportarbeiterverbandes im Oktober 1914.¹⁸¹ Und Paul Frölich berichtet über andere Genossen: «Oskar Geck stopfte das Vogesenloch zu. Schippel und andere setzen sich für die ‚friedliche Durchdringung‘, will heißen Unterjochung Belgiens ein. Meerfeld beschlagnahmte Polen und Mazedonien für die Mittelmächte und prägte den wundervollen Satz: ‚Unsere Losung kann nur lauten: Gegen die Vergewaltigung fremder Völkerschaften, wogegen Eroberungen unter Umständen von der Sozialdemokratie gefordert werden müssen.›¹⁸²

Keiner dieser Genossen wurde vom Vorstand gerügt, denn die völkische Begeisterung, die bei Beginn des Ersten Weltkrieges durch Deutschland fegte, erfasste vor allem auch die führenden Männer der SPD.

«Mit eherner Entschlossenheit, bereit zu allen Opfern an Gut und Blut, voll Vertrauen zu den berufenen Führern, steht das deutsche Volk einig und geschlossen, ohne Unterschied der Partei, in lückenloser Schlachtreihe, um den aufgezwungenen Kampf gegen übermächtige Gegner abzuwehren.»¹⁸³

Hier spricht nicht Heinrich George aus dem Goebbels'sehen Durchhaltefilm *Kolberg*, sondern das Zitat ist Bauers Zeitschrift *Der Bureau-Ange stellte* von Mitte August 1914 entnommen.

Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission – dem gewerkschaftlichen Leitungs- und Koordinationsgremium –, kannte nicht nur keine Parteien, sondern auch keine Demokratie mehr: «Wie die Dinge liegen, hört die Demokratie in den Gewerkschaften auf, jetzt haben die Vorstände in eigener Verantwortung zu entscheiden, und zwar so, wie sie es mit ihrem Gewissen verantworten können.»¹⁸⁴

Und der Vorständler Scheidemann konnte sich im April 1916 für Annexionen begeistern, indem er betonte, man müsse ein politischer Kindskopf sein, wenn man sich einbilde, dass «kein einziger Grenzstein verrückt werden darf»¹⁸⁵. Auch Eduard David setzt sich innerhalb der Generalkommission für Annexionen ein, etwa der Belgiens, allerdings nicht ohne den Bewohnern vorher die «Einräumung staatsbürgerliche Rechte» zu sichern. Auch im Osten solle man die misshandelten Juden und Polen unter die sehr viel bessere deutsche Herrschaft stellen. David sah die Dünalinie (in Weissrussland!) als ideale deutsche Grenze im Osten.¹⁸⁶ In Afrika müsse Belgien der Kongostaat weggenommen werden.¹⁸⁷

Der uns schon bekannte Chefredakteur der völkischen *Chemnitzer Volksstimme* Heilmann schrieb im Sommer 1915 treffend: «Ein Verteidigungskrieg werde dadurch noch lange kein Eroberungskrieg, wenn man am Ende etwas gewinne.»¹⁸⁸

Sein Redaktionskollege Noske hatte schon im Mai des gleichen Jahres verkündet, wer als geisteskrank anzusehen war: «Nur ein Idiot kann für den Status Quo vor dem Kriege sein.»¹⁸⁹ Noch im Frühjahr 1918 betonte er, man gebe Belgien nur zurück, wenn das Deutsche Reich die Kolonien behalten dürfte, die ihnen das imperialistische England geraubt habe.¹⁹⁰ Noske war Wette zufolge auch Anhänger von Bethmann-Hollwegs imperialistischem Hegemonieprogramm mit Deutschland und Österreich-Ungarn als Kern und den Mittel- und Kleinstaaten Europas als Satelliten.¹⁹¹

Um diese Art von «Verteidigungskrieg» gegen den russischen Bären durchhalten zu können, stimmte man von Anfang an in einen Burgfrieden mit dem Kaiserreich und seinen imperialistischen Militärs ein, ja mehr noch, man unterstützte deren totalen Krieg und «Kriegssozialismus» mit einem Hilfsdienstgesetz, das die Fabrikdisziplin zur Militärdisziplin (Arbeitszwang) verschärfte und für welches man minimale soziale Zugeständnisse erhielt.¹⁹² Noch Jahrzehnte später würden SPD-Historiker das Opfer von Millionen Proletariern als für die Sozialreform lohnend erkennen.¹⁹³

Bauer begründete, das Hilfsdienstgesetz sei «im Interesse der Landesverteidigung» notwendig, und fügte hinzu, die feindlichen Staatsmänner müssten endlich einsehen, «dass Deutschland nicht besiegt werden kann»¹⁹⁴.

Doch je länger der Krieg dauerte, je mehr in Deutschland die Menschen verhungerten – es sollten am Schluss 900'000 sein¹⁹⁵ –, umso mehr kehrte bei einigen Sozialdemokraten die Fähigkeit zum vernünftigen Denken zurück. Hatte Liebknecht als erster im Reichstag (Dezember 1914) gegen die Kriegskredite gestimmt – sein Belgienerlebnis trug massgeblich dazu bei – und Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis heraus ihre scharfe Analyse des Versagens der internationalen Sozialdemokratie abgeliefert, waren es im März 1915 schon 30 SPD-Abgeordnete, die durch Fernbleiben der Abstimmung ihre Zustimmung zum imperialistischen Krieg der Deutschen versagten.¹⁹⁶ Ebert spielte erst den Vermittler. Doch das nützte nun nichts mehr. Zwischen Kriegspolitik und Friedenspolitik gab es keine Vermittlung. Und Ebert unterschied sich auch nicht mehr von seinen engsten Freunden Bauer und Noske, auch nicht von David. Und die «nationalistischen Imperialisten»¹⁹⁷ Cunow/Lensch/Haenisch liess man zudem gewähren.

Aber nun wandte sich sogar der Revisionist Eduard Bernstein gegen den Krieg.¹⁹⁸ Als er im Mai 1915 im Reichstag gegen die Versenkung des amerikanischen Passagierdampfers «Lusitania» durch deutsche U-Boote protestierte, rief ihm sein Parteigenosse Bauer zu: «Auch Bismarck hat 1871 Paris ausgehungert.»

Im Juni 1915 wandten sich Bernstein, Haase und Kautsky in einem berühmten Aufruf gegen den Krieg.

Ebert: «Den Etat bewilligen wir dem Volke» – und nicht der Arbeiterklasse. «Würden wir jetzt das Budget ablehnen, so hiesse das, der Regierung das Schwert aus der Hand schlagen.»¹⁹⁹ Und sein Freund Gustav Bauer betonte, dass die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse mit denen des um seine Existenz ringenden Deutschlands übereinstimmten.²⁰⁰

Haase trat im März 1916 von seinem Posten als Fraktionsvorsitzender zurück und hielt – für die völkische Führung der SPD unerwartet – eine flammende Rede gegen die Annexionspolitik der Regierung. Er begründete damit die Ablehnung weiterer Kriegskredite.

Diese Rede liess die führenden Männer der SPD auf den Urgrund ihrer Seele vorstossen. Folgende Zwischenrufe gegen den eigenen Parteigenossen und Ex-Parteivorsitzenden Haase sind überliefert²⁰¹:

Scheidemann (SPD): «Drecksseele!»

Ebert (Parteivorsitzender SPD): «Schamloser Kerl. Frecher Halunke!»

Bauer (Generalkommission, SPD): «Die Judenjungen müssen raus!»²⁰²

Legien (Generalkommission, SPD): «Mit der Judenbande muss Schicht gemacht werden.»

Damit meinten Bauer und Legien ihre Parteigenossen aus der Minderheit der SPD-Kriegsgegner: die Juden Oskar Cohn, Joseph Herzfeld, Arthur Stadthagen sowie Emanuel Wurm, Eduard Bernstein und natürlich Haase selbst. Einige völkische SPDler versuchten zudem, mit Fäusten auf Haase einzuschlagen.

Die Spaltung der Partei war damit durch einfache Gewalt, garniert mit Antisemitismus, besiegelt. Haase und die anderen Renegaten wurden aus der Fraktion ausgeschlossen²⁰³ und bildeten eine eigene sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Nahe an der Geschichtsfälschung ist hier Mühlhausen, wenn er behauptet: «Die Minderheit zog die Konsequenz, verliess die Fraktion und bildete noch am gleichen Tag eine eigene Fraktion.» Sie «verliessen» nicht, sie wurden hinausgeworfen.

Ein Jahr später gründete sich aus der «Arbeitsgemeinschaft» die unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), die durch die Kriegsgegnerschaft zusammengehalten wurde, aber in mehrere Flügel zerfiel, von denen Liebnechts und Luxemburgs «Spartakusbund» am radikalsten links stand. Die Verbliebenen nannten sich nun Mehrheitssozialdemokraten (MSPD).

Ihre wichtigsten Parteizeitungen wurden gleichgeschaltet. Erst in Schwaben²⁰⁴, dann in Berlin. Dort wurde im Herbst 1916 mit der «Judenbande Schicht gemacht». Die «Judenjungen» Rudolf Hilferding, Heinrich Ströbel, Arthur Stadthagen, Ernst Däumig und Ernst Meyer erhielten ihren Rauswurf. Auch linke Arier bekamen den Laufpass. So entzog man Clara Zetkin die Frauenzeitung *Gleichheit*, und Karl Kautsky wurde aus der *Neuen Zeit* gedrängt. Letzteren ersetzte man durch den qua «Augusterlebnis» zum äusserst rechts stehenden nationalen Sozialisten und Sozialimperialisten gewordenen

Heinrich Cunow.²⁰⁵ Der Antisemitismus der führenden MSPD-Männer – auch darin, so werden wir noch sehen, gehen sie mit Pabst d'accord – galt nicht für rechte «Judenjungen». Ernst Heilmann wurde nie von oben aus der *Chemnitzer Volksstimme* verbannt. Und Friedrich Stampfer hielt den *Vorwärts* fortan auf Kurs. Als der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht auf einer Friedensdemonstration im März 1916 verhaftet wurde, meinte sein ehemaliger Parteigenosse Landsberg dazu: «Die Person des Abgeordneten Liebknecht ist mir vollständig gleichgültig» und sprach von «krankhafter Nervosität».²⁰⁶

Gleichwohl entwickelte sich auch an der Basis der Sozialdemokratischen Partei immer stärkerer Widerstand gegen den Krieg²⁰⁷, den die Führung dadurch zu brechen versuchte, dass man in enger Kooperation mit den stellvertretenden Generalkommandos und der politischen Polizei Verbände, Zeitungsredaktionen und Parteigliederungen säuberte, Tausende missliebiger Funktionsträger und Mitglieder zwangsmilitarisierte und die widerständigen Basisinitiativen in die Illegalität trieb.

Dabei war es ihr im Zusammenspiel mit dem Repressionsapparat immer wieder gelungen, ihre Netzwerke aufzudecken, zu denunzieren und die meisten Reorganisationsversuche im Keim zu ersticken.²⁰⁸

Kein Wunder also, dass die verbleibenden Herrschenden in der MSPD sich fortan mit den Herrschenden im Reich gut verstanden. So suchten Legien und Bauer die OHL schon im Oktober 1917 im belgischen Spa auf, um im Tausch gegen ein wenig Sozialreform-Versprechen dem Diktator Ludendorff zu versichern, dass man die Massen im Griff habe, und – wie das *Korrespondenzblatt* berichtete²⁰⁹ – dass jede Unterbrechung der Arbeitstätigkeit in der Rüstungsindustrie «geeignet sei, die ‚Widerstandskraft‘ der Front zu verringern». Ludendorff kabelte daher beruhigt dem Kriegsam, die Arbeitervertreter hätten «offenbar die gute Absicht, dahin zu wirken, dass ihre Arbeiterschaft ruhig bleibt und ihre Pflicht tut»²¹⁰. Gleichzeitig wurden die Arbeiter- und Soldatenräte der russischen Februar-Revolution – zu einem Zeitpunkt, als Lenin noch in Zürich weilte und die Mehrheit der MSPD diese Revolution enthusiastisch beklatschte – von Bauer schon als bolschewistisch bezeichnet. Man erfand also einen «negativen Mythos», das Schreckgespenst einer Partei, die noch gar nicht an der Macht war.²¹¹

Andererseits übernahm man im Januar 1918 notgedrungen die Führung eines Streiks, um ihn «zum Abschluss zu bringen».²¹² Den streikenden Massen erzählte Ebert im Treptower Park, es sei ihre Pflicht, den Brüdern und Vätern an der Front «das Beste an Waffen zu liefern, was es gäbe», und «der Sieg sei selbstverständlich der Wunsch eines jeden Deutschen».²¹³ Als gar nichts mehr half, traten am 4.10.1918 Scheidemann und Bauer als Staatssekretäre in die Regierung ein – ohne zu ahnen, welch geschicktem Trick Ludendorffs sie aufgefressen waren.

Da der Massenprotest gegen den Krieg trotzdem immer stärker wurde, wurde der

Kontakt mit der militärischen Führung immer inniger. Auch Ebert, David und Scheidemann besuchten Ludendorff und Hindenburg in ihrem Hauptquartier. Und als deren Existenz als Diktatoren im Oktober 1918 gefährdet war, nahm Scheidemann sie in Schutz. Man müsse «Hindenburg und Ludendorff jeden Anlass nehmen, die angegebenen Konsequenzen zu ziehen»²¹⁴.

Es erscheint grotesk, dass der gleiche Mann, inzwischen Ministerpräsident, nach der Revolution und nach der Rückkehr Ludendorffs aus dem Exil diesen als Hasardeur angriff, hatte er ihn doch stets gedeckt. Trotz dieses sozialdemokratischen Schutzschildes entliess der Kaiser Ludendorff wenige Tage später. Aber auch seine Tage waren gezählt. An der Westfront kam es am 31. Oktober zur Befehlsverweigerung einer ganzen Division. Sie lehnte es ab, in Metz in die Stellungen zu gehen.²¹⁵ Als dann die Flotte in einem kollektiven Selbstmordunternehmen (ohne Wissen der Reichsregierung) gegen die englische Flotte auslaufen sollte, meuterten die Matrosen (3./4. November 1918), entmachteten die Offiziere und wurden für kurze Zeit Herren der Küstenstädte.²¹⁶

Sogleich wusste die Führungsriege der MSPD, was zu tun war: Noske wurde nach Kiel entsandt (5. November 1918), um die Revolution «zu kanalisieren»²¹⁷, d.h. ihr die Spitze zu brechen. Doch weder Truppen noch Noske konnten verhindern, dass die Revolution durch die ausschwärmenden Matrosen in Windeseile ins ganze Land flutete. Scheidemann und Bauer, Mitglieder der kaiserlichen Regierung, wussten nun, was Deutschland von ihnen erwartete, und unterschrieben den Regierungsaufruf: «Selbstzucht und Ordnung tut not! Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluss des baldigen Friedens auf das Schwerste gefährden. Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. (...) Die Mannschaften des Landesheeres und der Flotte, wie ihren Führern, gebührt unser besonderer Dank. Durch Todesmut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.»²¹⁸ Ein Aufruf, der sich von dem der GKSD nur minimal unterschied (siehe Kapitel II.6).

Und nochmals versuchte die MSPD-Führung am 6. November 1918 im Schulterchluss mit der Obersten Heeresleitung und Generalquartiermeister Groener, die demokratische Revolution zu ersticken, von der sie Jahrzehnte immer gesprochen hatte. Scheidemann, Bauer, Legien, David, Südekum und Ebert erschienen in der Reichskanzlei und setzten ihre ganzen Hoffnungen auf Groener. Erneut, mit Tränen in den Augen, bestürmten die führenden MSPD-Männer ihn, er sollte den Kaiser zur Abdankung bewegen und einen seiner Söhne als Nachfolger einsetzen. Die Kaisersozialisten wollten nicht auf ein bekröntes Staatsoberhaupt verzichten. Nur so sei der Übergang der Massen in das Lager der Revolutionäre zu verhindern.²¹⁹ Groener lehnte ab, war aber eindeutig der Überzeugung, dass keiner der «Herren etwa auf die Revolution hinstrebte»²²⁰. Scheidemann erfuhr im selben Moment, dass die Matrosen in den Küstenstädten die



Scheidemann (vorn, Dritter von links), David (Vierter von links), Ebert (Dritter von rechts).

Macht erlangt hätten, und riet zum Handeln: «Wir wissen nicht, ob wir morgen noch auf den Stühlen sitzen.»²²¹ Doch Groener blieb immer noch hart – was er später bereute.²²² Ebert erwies ihm seine Reverenz: «Wir danken Ihnen, Exzellenz, für diese offene Aussprache und werden uns stets gern der Zusammenarbeit mit Ihnen während des Krieges erinnern. Von nun an scheiden sich unsere Wege, wer weiss ob wir uns je wiedersehen werden.»²²³

In Letzterem irrte Ebert.

III. Revolution im November – Konterrevolution im Winter (1918)

1. Der Hass der völkischen SPD auf die revolutionären Massen

Schon am 31. Oktober 1918 fürchtete sich Friedrich Ebert, und zwar vor dem «Augenblick, da die Masse, die Strasse, unter dem Einfluss der Unabhängigen die Durchführung unseres Parteiprogramms von uns verlangt und eine Republik fordert.»¹ Denn «Deutschland ist nicht reif für eine Republik».²

Der Parteiführer der MSPD fürchtete sich also vor der Durchsetzung des eigenen Parteiprogramms und vor der Republik. Doch es kam für die kaisertreuen Völkisch-Sozialen noch schlimmer: Als die Revolution am 9. November Berlin erreichte, eroberten die Massen kampflos die Kasernen und die Strasse. Sie wollten Frieden, Freiheit, Brot und Sozialismus. Also noch mehr aus dem «Parteiprogramm».

Die Macht aber ging auf Ebert über. Der Reichskanzler Max von Baden ernannte ihn (illegal) zu seinem Nachfolger. Und Ebert schüttete diesem sein Herz aus: «Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja ich hasse sie wie die Sünde.»³

Die eigenen Massen forderten das, was im Parteiprogramm von Erfurt stand, und das machte Ebert nicht nur Angst, sondern produzierte seinen Hass. Vor allem wusste er, was herauskam, wenn man das Parteiprogramm umsetzte: «Dinge» wie in Russland. Bolschewismus eben.

Und deswegen wollte er einen Kaiser und die Beteiligung der Bürgerlichen an der Regierung, also die Hilfe jener, die «Dinge» wie den Weltkrieg und Millionen Tote zu verantworten hatten. Sie sollten unter seiner Führung die Umsetzung des MSPD-Parteiprogramms verhindern.

Der Druck auf der Strasse aber verlangte eine Regierung nur aus MSPD und USPD. Es wurden sechs Männer zu Volksbeauftragten bestimmt: Ebert, Scheidemann und Landsberg von der MSPD; Haase, Dittmann und Barth von der USPD. Ebert war jedoch von Anfang an der primus inter pares.

Und all die führenden MSPD-Männer fürchteten sich. Nicht vor den Militärs, nein, vor der Revolution, vor der *levée en masse*, ihren eigenen sozialdemokratischen Anhängern, die zum grossen Teil die Arbeiter- und Soldatenräte dominierten und die auf die



Der Rat der Volksbeauftragten



Revolution

Strassen gingen. Otto Brauns Freude über das Kriegsende wurde überschattet von der «Sorge, wie diese alle Dämme überströmenden Fluten der Freude und menschlichen Leidenschaft aus ihrem verzehrenden Walten in das Bett eines für Staat und Gesellschaft befruchtenden Stromes gelenkt werden könnten»⁴.

Wilhelm Keil in Stuttgart hatte auch kein Vertrauen in seine Anhänger: «Auf die Verwirklichung unserer staatspolitischen Ziele mit verwilderten Volksmassen am Ende eines vierjährigen Krieges, der mit dem Zusammenbruch abschloss, hatte ich nie gehofft.»⁵

Was waren die staatspolitischen Ziele der MSPD? Die Annektierung Belgiens? Belgisch-Kongos? Oder Polens? Hatten die verwilderten Volksmassen den vierjährigen Krieg zu verantworten? Von welchem Zusammenbruch sprach Keil? Von dem der internationalen Sozialdemokratie oder dem des imperialistischen Deutschlands?

Auch Scheidemann wusste, dass gegen die «unübersehbare(n) Wirrnisse», die die eigenen Anhänger produzierten, «und den brutalsten Druck der Strasse», den seine Wähler verursachten, die sich gleichzeitig in ein «ausser Rand und Band geratene(s) Berliner Menschenmeer» verwandelt hatten, allein der in gewerkschaftlicher Organisation geschulte «alte Stamm» die «Maschine im Gang» hielt.⁶ Nur welche Maschine meinte er? Ebenso fürchtete David «ein blutiges Chaos»⁷, wo doch die blutige Ordnung des Krieges so sang- und klanglos zusammenbrach. «Die Firma aber kann und muss erhalten bleiben.»⁸ Die Firma war das Kaiserreich mit ein bisschen autoritärem Parlamentarismus.

Auch Carl Severing trat in Bielefeld «inmitten von Sturm und Aufruhr»⁹ der MSPD-Basis für die Erhaltung von «Manneszucht und Disziplin» ein und machte einem blonden Matrosenjüngling klar, was Sozialdemokratie bedeutet: «Aufrechterhaltung der Ordnung» als «unbedingte Voraussetzung für das Leben der Nation und damit auch für das Leben jedes Einzelnen». Und die Tages-Parole – leicht abweichend von der während des Krieges – lautete: «Niemand darf auch nur die Nase bluten.»¹⁰

Aber selbst integere SPD-Männer wie Wilhelm Hoegner waren noch 1977 überzeugt, dass die Masse so sei, wie sie Hitler eingeschätzt habe, und «als Ganzes mehr weibische als männliche Charakterzüge»¹¹ aufweise. Für diese Masse Mensch hatten Pabst wie die MSPD-Führung nur Härte übrig.

2. Grundsätzliches – Das Bündnis der Gleichgesinnten

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1918 keimte jedoch Hoffnung auf. Ebert, jetzt schon in der Reichskanzlei sitzend, bekam auf einer direkten Leitung (der sogenannten «Geheimleitung») einen Anruf von dem, dem er noch vier Tage vorher prophezeit hatte, dass sich ihre Wege nun trennen würden. Das Gegenteil sollte der Fall sein.

Der schwäbische Generalleutnant Groener schlug dem badischen Arbeiterführer Ebert ein Bündnis vor. Ebert willigte ein. Groener sagte dazu sieben Jahre später unter Eid: «Der Zweck dieses Bündnisses, das wir am 10. November abends geschlossen hatten, war die restlose Bekämpfung der Revolution, Wiedereinsetzung einer geordneten Regierungsgewalt, Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht einer Truppe und baldigste Einberufung einer Nationalversammlung. Das war das Ziel.»¹²

In seinen Lebenserinnerungen schiebt Groener nicht nur alle Schuld an der Revolution auf die Juden¹³, sondern formuliert noch griffiger: Er habe in jener Nacht «die Bekämpfung des Bolschewismus» gefordert und Ebert habe eingewilligt.¹⁴ Den führenden Mehrheitssozialdemokraten war dies 1925 extrem peinlich, dass der Militär sich offenbart hatte, und Scheidemann spielte das Bündnis herunter.¹⁵

Auch die SPD-Geschichtsschreibung¹⁶ und Hagiografie¹⁷ leugnet beharrlich den gegenrevolutionären Bund oder verteidigt ihn¹⁸. Selbst solch kritische Geister wie Ulrich Kluge wagen sich hier auf dünnstes Eis: Groener habe das «Bündnis» im Dolchstossprozess falsch, nämlich konspirativ verstanden. Direkte politische Optionen seien aber damit nicht verbunden gewesen, wobei er noch zwei Seiten vorher schrieb, Ziel beider sei u.a. die Stabilisierung der inneren Ordnung und die Bekämpfung des Linksradikalismus gewesen.¹⁹ Auch der Historiker Guth, der den Gewissenskonflikt der Offiziere untersuchte, manövrierte sich am Bündnischarakter vorbei, nicht ohne zu betonen, dass es für Ebert kein Problem gewesen wäre, die OHL aufzulösen.²⁰ Aber warum sollte er? Hatte er sich doch vier Tage vorher «stets gern der Zusammenarbeit» mit Groener «während des Krieges» erinnert. Der Verfassungsrechtler Ernst Rudolf Huber, Ex-NSDAP-Mitglied und Autor des *Verfassungsrecht des Grossdeutschen Reiches* von 1937, redete da in seiner monumentalen Verfassungsgeschichte (geschrieben im Nachkrieg 1957-1990) Tacheles und sprach unverblümt – wie übrigens auch andere seiner konservativen Kollegen²¹ – vom am 9. November geschlossenen «Bündnis»²².

Auch Hans Ulrich Wehler spricht vom «Pakt» Ebert-Groener.²³ Ausgerechnet der – sonst bestechende – Noske-Biograf Wolfram Wette versteift sich noch 2005 darauf, die



Generalleutnant Groener

Friedrich Ebert

beiden Baden-Württemberger hätten allein wegen der Rückführung der Fronttruppen miteinander telefoniert.²⁴

Dass diese These nicht haltbar ist, zeigt der weitere Verlauf der Geschichte. Aber schon die oben skizzierte Vorgeschichte belegt, man wollte mit Groener kooperieren, es «einte der Wille, ohne tief greifende Erschütterungen des Staates» durchzukommen. Es bestand «Übereinstimmung in wesentlichen Grundsatzfragen»²⁵, wie etwa der Aufrechterhaltung der Manneszucht. Man wollte das «Chaos» mit aller alter militärischer Ordnung bekämpfen und war d'accord in der «entschiedenen Ablehnung des Bolschewismus sowohl als des Rätesystems»²⁶, wobei Groener durchaus der Drängende war.

«Der Einfluss Groeners auf Ebert war gross. (...) Drastisch gesagt hat Groener in jenen Revolutionswochen unausgesetzt auf Ebert als militärischer ‚Scharfmacher‘ gewirkt.»²⁷

Und Ebert – der zwei Söhne im Krieg verloren hatte – sträubte sich nicht, sich «scharf» machen zu lassen bzw. seine Schärfe zu behalten. Die Sozialdemokratie verbündete sich auf Gedeih und Verderb mit den Kriegsverbrechern des Ersten Weltkrieges. Dies konnte nur zu weiteren Verbrechen führen.

3. Der Weg zurück

Waldemar Pabst wusste zwar noch nichts vom Abschluss dieses Bündnisses. Aber genau der Befehl Hindenburgs, dem er sich widersetzt hatte, enthielt eine Passage, die Pabst zeigte, wohin die OHL marschieren wollte: «Es kann bekanntgegeben werden, dass die OHL mit dem Reichskanzler Ebert, dem bisherigen Führer der gemässigten sozialdemokratischen Partei, zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern.»²⁸

Retrospektiv schrieb Pabst 1967, dass dies für ihn allerdings immer nur «ein Zweckbündnis auf Zeit» gewesen sei, oder wie er sich 1934 deutlicher ausdrückte: «Wir wollten und mussten zunächst einmal ... ein Stück mit den Sozialdemokraten zusammen marschieren, um unseren gemeinsamen Feind, den ‚Spartakismus‘, abzuwürgen. War dies geglückt, dann wollten wir unseren bisherigen Verbündeten die Rechnung vom November 1918 vorlegen und von ihnen begleichen lassen.»²⁹

Pabst, der sich keine Illusionen darüber machte, dass das Deutsche Reich den Krieg militärisch und wirtschaftlich verloren hatte und sich auch ohne Novemberrevolution nicht mehr lange hätte halten können³⁰, trat mit seiner Elitetruppe nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 den Heimweg an.³¹ Der führte sie auf fast dem gleichen Weg wieder zurück durch Belgien³², auf dem sie siegestrunken Richtung Westen marschiert waren und eine Blutspur hinterlassen hatten. Es ist nicht überliefert, wie ihr Weg zurück von den Belgiern gesehen wurde. Pabst jedenfalls deutete an, dass ihm das Herz über diesen Rückzug sehr schwer geworden war. Doch die Wehmut wurde abgelöst von einem anderen Gefühl: «Während des tagelangen Fussmarsches steigerten sich die Sorgen um die Zukunft unseres Vaterlandes von Tag zu Tag mehr.»³³

Durch die Süd-Eifel³⁴ ging es schliesslich nach Neuwied, wo man den Rhein bei Mayen-Engers am 24. November 1918 auf einer Eisenbahnbrücke überschritt.³⁵ «Je näher wir der Heimat kamen, zeichnete sich uns die Grösse unseres Zusammenbruches immer klarer ab. (...) Für uns Führer war es jetzt aber neben den persönlicher (sic!) eine Hauptsorge, den alten guten Geist innerhalb der Division aufrechtzuerhalten. Wenn wir uns auch klar waren, dass in vieler Hinsicht eine neue Zeit angebrochen war, so blieb es doch für uns deutsche Offiziere eine Selbstverständlichkeit, die guten, alten, soldatischen Eigenschaften zu retten und mit hinüberzunehmen in diese neue Zeit.»³⁶ Dies schrieb er 1950 in der Schweiz. 16 Jahre vorher, zur NS-Zeit, war Pabsts Frontsoldaten-Gefühl vom Anbruch der neuen Zeit noch ein anderes:

«Weit und fern, über dornigen, steinigen und blutigen Weg, auf schwindelnder Höhe sah er die ‚neue Zeit‘, in unendlicher Ferne hörte er ihren leisen Klang. Und ihm ward bewusst, dass er einen unvergleichlich viel schärferen Kampf als den eben beendeten werde kämpfen müssen, einsam und unverstanden, unter viel grösserem Willens- und Nervenaufwand, ein Fremder in seiner eigenen Heimat und doch für die Heimat, ehe sie anbrechen würde, die neue Zeit.»³⁷

Während er also kurz nach dem Zweiten Weltkrieg anführte, er habe geahnt, dass eine neue Zeit gekommen sei, stilisierte er sich 1934 als Vorkämpfer für eine solche neue Zeit, nämlich das Dritte Reich. Was er am Ende desselben – schon in der Schweiz – immer wieder bestritt. Überhaupt ist der Ton, den er 1934 anschlägt, ein anderer:

«9. November 1918! Die blutrote Fahne des Aufruhrs über Deutschland! (...) Chaos, schmachvoller Untergang einer unsterblich gewöhnten Nation? (...) Sogar die Hauptstadt verfällt indes kampfflos der ‚Herrschaft der Minderwertigem. Was ist zu tun? Für wen tat man jetzt noch seine Pflicht? ... Fort mit aller Resignation, die nur die Willenskraft lähmt. Deutschland besteht noch (...) Deutschland, nichts als Deutschland, immer nur Deutschland, jetzt und immerdar. Dieser Gedanke allein scheuchte alle schwarzen Schatten hinweg, gab die Kraft zum Handeln. (...) In Eilmärschen setzte sich unsere Division an die Spitze der zurückmarschierenden Truppen.»³⁸

Als Antibolschewist unterwegs

Pabst marschierte an der Spitze seiner Truppe nach Osten (fürs Schrittreiten Mitte November 1918 half selbst das innere Feuer nicht, es war einfach zu kalt) und hatte nur Verachtung für Offiziere, die ihm begegneten und dabei die Zeichen der «neuen Zeit» trugen, nämlich rote Armbinden. Die (bürgerliche) rheinische Bevölkerung freilich war von anderem Schrot und Korn. Sie begrüßte die im Felde Unbesiegten äusserst freundlich, teilte «ihr Letztes» mit ihnen und hielt sie an: «Marschieret nach Berlin und macht dort Ordnung!» Die Unordnung begegnete Pabst und seiner Truppe aber schon im Westen des Reiches auf Schritt und Tritt.

Sie nannte sich «Arbeiter- und Soldatenräte», die überall im Lande «wie Pilze aus der Erde geschossen waren»³⁹, sich spontan und basisdemokratisch gebildet hatten und die den Rückzug der Frontruppen organisierten. Für Pabst war dies die erste Begegnung mit einer, wie er glaubte, bestimmten Form des Bolschewismus.

So heisst es am 24. November 1918, vor der Rheinüberschreitung: «Nochmaliger Hinweis der Division auf die Wühlarbeit der Bolschewisten.»⁴⁰ Ausserdem gab es besondere Anordnungen über «das Verhalten gegenüber den Soldatenräten»⁴¹.

Er musste sich schützen, denn die Truppe sollte ja sauber bleiben und ihre Mannes-

zucht wahren. Also liess er eine «Divisions-Stabseskadron» aufstellen aus kriegserprobten alten Berufsunteroffizieren und Gefreiten. Dieser erste von ihm geschaffene konterrevolutionäre Stosstrupp marschierte unmittelbar hinter dem Divisionsstab und hatte die Aufgabe, jeden etwaigen Widerstand bei örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten zu beseitigen. Diese hätten bis auf ein einziges Mal «klein» beigegeben. Und auch bei dem Ausnahmefall habe der Widerstand nicht länger als eine halbe Stunde gedauert. Wie viele «bolschewistische» Landsleute er schon bei dieser ersten bewaffneten Begegnung hat erledigen lassen, schrieb Pabst nicht.

Nach drei Wochen hatte das entnervende Marschieren ein Ende. In Westenburg sollte Pabsts Division in Bahnwaggons verladen und nach Berlin transportiert werden. In der Truppe kreisten inzwischen die «wildesten Gerüchte über den Hexenkessel der Millionenstadt Berlin und was sie dort u.U. erwarten könne».

Pabst gelang es nur mit Mühe, die Truppe über die tatsächlichen Machtverhältnisse aufzuklären, und auch hier schätzte Pabst die Lage wieder äusserst realistisch ein. Ihm war klar, dass seine Division, «auch wenn sie zunächst allein dem roten Berlin gegenüberstehe, kaum auf nennenswerte Widerstände stossen werde. Sollte dies aber doch der Fall sein, so würde sie mit dem ungeordneten roten Haufen, die (sic!) zumeist aus Heimkriegern bestanden, bestimmt fertig werden.»⁴²

Pabst geht hier d'accord mit einer späteren Einschätzung Ernst Jüngers, der allem Bolschewismus-Geschrei zum Trotz nüchtern feststellte: «Es war dies ein Gegner, der leider allzu bescheiden war.» Ein Gegner, der «vor allem etwas *nicht* wollte, nämlich den Krieg». Wobei er mit Krieg tatsächlich Bürgerkrieg meinte. Erst an den «späteren Formationen des Kommunismus ist ein positiver und kriegerischer Wille zur Macht nicht zu verkennen»⁴³.

Doch Pabst hatte Mühe, sich gegen die alte wilhelminische «Transportordnung» durchzusetzen. Instinktiv spürte er, dass hier nicht wie in den Ersten Weltkrieg, wie in eine offene Feldschlacht hineintransportiert werden konnte, also brauchte es eine andere, eine gegenrevolutionäre Transportordnung. Und die lautete, dass zuerst der Divisionsstab und dann die «zuverlässigsten Regimente» in die Hauptstadt, «an den Krisenherd Berlin herangeführt» werden müssten. Als habe Pabst gewusst, wie vier Wochen zuvor bei der Matrosenmeuterei in Kiel die gegen die Revolte geführten in den Bahnhof hineinfahrenden Truppen durch begeisterte Umarmung der Revolutionäre entwaffnet wurden und übergelaufen waren.

Pabst bestimmte auch, dass die Ausladebahnhöfe nicht Zehlendorf und Wannsee sein sollten, sondern Wildpark und Genthin, die weiter vor der revolutionären Stadt lagen. Erstere hätten geradezu eingeladen, «mit Massen dort aufzutreten»⁴⁴.

Erst am 5. Dezember 1918 begann der Transport der GKSD über Burbach, Unna, Soest, Holzminden und Magdeburg nach Berlin Nicolassee. Am 7. Dezember 1918 morgens, es ist ein grauer, nebliger Tag – kein Kaiserwetter wie am 4. August –, rollen



«Mündung zur Erde»

Pabsts Truppen in Wildpark ein.⁴⁵ Die Trompeter schmetterten das Signal zum Ausladen, und Pabst hatte natürlich kaum geschlafen in Sorge um seine Truppe. Am nächsten Tag erschienen trotz einiger Distanz zur revolutionären Hauptstadt doch an die 800 Soldaten zur Begrüßung: «Überwiegend in recht liederlich angezogenen verdreckten Uniformen mit roten Armbinden, roten Kokarden, umgehängten Gewehren, Mündungen zur Erde gerichtet, Hände in den Taschen usw., kurz, in der typischen Haltung und Aufmachung deutscher Revolutionssoldaten.»

Vor diesem Pulk stand ein Mann in Zivil. Es ist der Volksbeauftragte Emil Barth, USPD. Er rief vom Bahnsteig aus den herzkranken, von der Fahrt arg mitgenommenen Kommandeur Generalleutnant Hofmann zu sich. Doch der zeigte sich nicht und bat Pabst, dem Mann Rede und Antwort zu stehen. Pabst, inzwischen längst Herr über die GKSD, zögerte nicht lange. Jetzt war er in seinem Element.

Das Gedächtnisprotokoll einer Unterredung von Dieter Ertel mit Pabst im Jahr 1966 gibt eine knappe dramaturgisch zugespitzte Darstellung dieser Begegnung.⁴⁶ Barth: «He, Sie, kommen Sie mal her!»

Pabst: «He, Sie, kommen Sie mal her!»

Barth: «Ich bin ihr Vorgesetzter!»

Pabst: «Sind Sie eigentlich verrückt geworden?»

Barth: «Ich bin der Volksbeauftragte Barth.»

Pabst: «Volksbeauftragter? Wer hat Sie denn beauftragt? Sind Sie vom Volk gewählt worden?»

Barth: (gibt keine Antwort)

Pabst: «Wo waren Sie denn im Krieg?»

Barth: «In den Munitionsfabriken in Spandau.»

Danach habe ihn Pabst wegen des Munitionsarbeiterstreiks vom Januar 1918 heruntergeputzt. Barth aber wollte aufklärerisch wirken.

Pabst: «Das brauchen wir nicht, das haben wir selber schon gemacht.»

Barth, der Vorsitzende der revolutionären Obleute, einer linken Betriebsorganisation mit zahlreichen Anhängern in den Berliner Betrieben, war nun um Kraftausdrücke nicht verlegen. Er beschimpfte Pabst mit seiner Berliner Schnauze und versuchte, den Einmarsch der Fronttruppen in kriegsmässiger Bewaffnung zu verhindern, aus gutem Grund, wie noch zu erörtern sein wird.

«Er komme auf eigene Faust, d.h. ohne Wissen seiner Mitvolksbeauftragten. Sein Gewissen treibe ihn, alles zu versuchen, den Einmarsch zu verhindern, weil sich daraus – wie er genau wisse – ein Blutbad entwickeln würde»⁴⁷, so Pabst später über Barth.

Der Einmarsch sei auch eine Provokation gegen die Entente (die alliierten Siegermächte). Wenn der Einzug nicht rückgängig gemacht werden könne, weil Ebert sich schon viel zu viel mit der OHL eingelassen habe – was durchaus richtig war – dann sollte er wenigstens ohne Waffen oder Munition erfolgen.

Pabst liess Barth abblitzen und verwies ihn an das für die gesamten zehn Divisionen zuständige Kommando Lequis im Rathaus Steglitz bzw. Ebert in der Reichskanzlei, der «die Frage mit der OHL regeln könne»⁴⁸. Gleichzeitig tat er seine eigene Meinung kund. Es sei «Wahnsinn», seine Division (damals schon 12-14'000 Mann stark) waffenlos in eine sich im Revolutionsfieber befindliche Stadt zu schicken. Die Bevölkerung hätte schliesslich nur einen Bruchteil der von der provisorischen Revolutionsregierung geforderten Waffen abgeliefert. Und Pabst legte noch nach. Gerade wenn sie Barths Vorschläge folgen würden, wäre ein Blutbad unvermeidlich.

Als Barth Pabst dann noch seine Begleiter, darunter den «Rat der Deserteure» vorstellte, verlor Pabst die Contenance. Pabst: «In drei Minuten ist der Bahnsteig geräumt, sonst gibt's Dresche!»

Pabst war also nicht gewillt, sich einem USPD-Volksbeauftragten, einem «Phraseur der Unabhängigen»⁴⁹, zu unterstellen, schon gar nicht dem einzig wirklichen Antimilitaristen in der Regierung. Der Pakt mit der Sozialdemokratie kam nur mit den «Gemässigten» – das heisst mit der ähnlich wie er völkisch denkenden Sozialdemokratie – in Frage. Noch hatte er Noske nicht kennengelernt. Befehle nahm er nur von der OHL entgegen und dann auch nur, wenn sie ihm passten.

Die unsoldatische Haltung der revolutionären Soldaten ekelte ihn an, und für Deser-

teure gab's im Mindesten Dresche. Eine «Bolschewisierung» der Truppe war unter allen Umständen zu verhindern.

Barth stellte sein Zusammentreffen mit dem Stabschef der GKSD etwas anders dar: «Wir fuhren nun nach Wannsee, wo wir mit dem Hauptmann Pabst verhandelten. Nach einem kurzen, aber sehr scharfen Zusammenstoss gab er alle gewünschte Auskunft. Wir sprachen auf seine Veranlassung auch noch rein persönlich über die Offiziersfrage im Allgemeinen und seine Person im Besonderen. Das Resultat war, dass er seine pessimistische, von Selbstmordgedanken erfüllte Auffassung aufgab und mir zum Schluss herzlich dankte.»⁵⁰

Im Kriegstagebuch der GKSD kann man lesen, dass die längere Unterredung «volle gegenseitige Einigung und volles gegenseitiges Vertrauen»⁵¹ gezeitigt habe.

Und die offizielle Heeresgeschichtsschreibung NS-Deutschlands – auf die Pabst durchaus Einfluss hatte – gab 1940 an: «Der Volksbeauftragte Barth liess es sich nicht nehmen, die Gesinnung der Garde-Kavallerie-(Schützen-)Division vor dem Einzug zu erkunden. Er wurde durch den Ersten Generalstabsoffizier über Stimmung und Zuverlässigkeit nachdrücklich aufgeklärt.»⁵²

Dies führte bei Ulrich Kluge 1975 zu der irrigen Annahme, Pabst habe Barth darüber aufgeklärt, dass er keine konterrevolutionären Absichten habe.⁵³ Der Kapitänleutnant der Bundesmarine und Noske-Biograf Ulrich Czisnik behauptete gar 1969 das Gegenteil: Barth habe Pabst auf seine Seite ziehen wollen.⁵⁴

Es lässt sich destillieren: Selbstmordabsichten, wie von Barth spekuliert, dürfte es nicht gegeben haben, aber Pabst mag durchaus eine gewisse Niedergeschlagenheit gezeigt haben und Wut auf «Schmeissfliegen»⁵⁵ wie Barth, die er schon noch zerdrücken würde. Die offizielle Version NS-Deutschlands dagegen ist nur als Zynismus zu verstehen, auf die der Historiker Kluge hereinfiel.

Der Stab der GKSD kam nach Nikolassee und dort unter die Obhut des vaterländischen Frauen Vereins, die Offiziere nahmen einen Berg von Liebesgaben entgegen und am Abend war Ball. Die eigentliche Weisse Garde aber, die Mannschaften, mussten nach Jüterburg marschieren und wurden dort streng kaserniert. Der «Virus» der Revolution sollte seiner Truppe unter allen Umständen erspart bleiben. Aufklärung im konterrevolutionären Sinn betrieb man eifrig.

Als weiteren Akt im Kampf gegen die Novemberrevolution liess Pabst zwei Geheimdienste einrichten, einen als Innennachrichtendienst, um «verseuchte» Elemente aufzuspüren, und einen nach aussen zur offensiven medialen «Bolschewismusabwehr». Ein umfangreiches Spitzelsystem und eine Propagandaabteilung, alles unter der Obhut von Dr. Fritz Grabowsky, entstanden. Grabowsky «war Volljurist, kam aus einer alten, wohlhabenden jüdischen Familie, war sehr klug und *unermüdlich* fleissig.»⁵⁶ Er war Pabst vom zweiten Generalstabsoffizier Hauptmann Nickisch von Rosenegk empfohlen worden und hatte beste Kontakte zu Wolffs Telegrafien Büro (WTB), der einflussreichsten Presseagentur der Hauptstadt.

Pabst zeigt hier keine Berührungängste, solange es sich um einen «sauberen», also

national gesinnten Menschen «mosaischen Glaubens» handelte. Die Herren seines Stabes dagegen schon. Es habe zahlreiche Intrigen gegen Grabowsky gegeben, «weil er ein getaufter Jude, während seine Gattin Vollarierin war», schreibt Pabst 1950 ohne Zögern in der Diktion der Nazis. Er selbst hatte trotz dieses «Mankos» vollstes Vertrauen zu Grabowsky.

Beide mussten sich mit der MSPD-Basis herumschlagen, die durchaus auch revolutionär gesinnt und «im dienstlichen Verkehr» wie als «SPD-Angehörige in unseren Unterkünften» von Pabsts Kurs und Stil gar nicht begeistert war.

Selbst der Verwalter des Schlosses Glienicke beschwerte sich, dass die rote Fahne – zu diesem Zeitpunkt Symbol der Novemberrevolution – von Offizieren des Garde-Kürassierregiments heruntergerissen wurde.⁵⁷ Pabst kanzelte ihn als «Über-Nacht-Marxisten» ab, wo er doch in Wirklichkeit immer noch königlicher Beamter sei. Auch Barth, der sich telefonisch meldete, erhielt eine Abfuhr. Der «rote Lappen» sei keine anerkannte Fahne. Das sah auch die 4. Kavallerie-Division so und begründete das Verbot der Benutzung dieses Revolutionssymbols mit Sachzwängen: «Das Mitführen von roten Fahnen während des Bahntransports kann zu schweren Betriebsstörungen führen, da Schwenken einer roten Fahne für den Lokomotivführer eines fahrenden Zuges ‚unbedingtes‘ Halt bedeutet.»⁵⁸

Noch ein anderes Erlebnis erschütterte Pabsts soldatisches Selbstverständnis und förderte sein Befehlsrebellentum. Kurz nach dem Eintreffen der GKSD in Nikolassee wurde Pabst zum Preussischen Kriegsminister Scheüch, dem Befehlshaber der Heimatruppen (die sich der Revolution angeschlossen hatten) kommandiert, um ihm das Eintreffen der GKSD zu melden.⁵⁹ Pabst entschloss sich, selbstverständlich in vollem Wuchs, also mit Seitenwaffe, Achselstücken und Kriegsauszeichnungen (EK I, EK II, Ritterkreuz etc.) und unter Begleitung von Offizieren seines Stabes «in den roten Hexenkessel»⁶⁰ nach Berlin hineinzufahren. Schon bei der Ankunft in der Leipziger Strasse vor dem Kriegsministerium musste Pabst erste Aufräumarbeiten tätigen. Der Posten, der mit nachlässig umgehängtem Gewehr, roter Armbinde und rauchend vor seinem Wachhäuschen stand, wurde gleich von den Männern in Felduniform festgesetzt, sein Telefon okkupiert und die Waffen vor «Missbrauch» gesichert. Dann marschierte Pabst zusammen mit seiner Begleitung (u.a. dem Offizier im Generalstab von Bose) zum Kriegsminister. Im Vorzimmer sass der diensttuende Adjutant in Zivil⁶¹ und wunderte sich, «dass wir in unserer Felduniform unangefochten durch Berlin und bis ins Ministerzimmer gekommen seien»⁶².

Doch auch Pabst kam aus dem Staunen nicht heraus, als er das Zimmer des Kriegsministers Scheüch betrat. Erstens war der Minister auch in Zivil⁶³ und zweitens sass da «noch ein Herr». Dies war nach Pabsts Angaben der Obmann des Soldatenrates des Kriegsministeriums.⁶⁴ Pabst wollte vor diesem Mann nicht Bericht erstatten. Doch der Kriegsminister bat ihn, dies trotzdem zu tun. Pabst hütete sich freilich bei seinem Vortrag, Fragen der Bewaffnung und Truppenstärke genau zu beantworten. Schliesslich

platzte ihm der Kragen und in «ungeschminktem Feldsoldatendeutsch» erklärte er, dass ihn diese Situation «anekele» und dass es keine Revolution gegeben hätte, wenn seine Truppe rechtzeitig in Berlin gewesen wäre. Dann hätte ihn «kein von noch so hoher Stelle kommender Befehl hindern können, gegen Meuterer von der Waffe Gebrauch zu machen, *wie es auch den damals geltenden Vorschriften entsprochen hätte*»⁶⁵.

Scheüch antwortete nicht und entliess Pabst «gewissermassen in Ungnade». Draussen vor der Tür wollte er Pabst zurechtweisen. Doch der liess endgültig alle Disziplin fahren und schurigelte den Kriegsminister seinerseits. Dass er sich von einem Untergebenen überwachen lasse, sei unmöglich. Wenn sich die höchste militärische Stelle so verhalte, sei es nicht verwunderlich, «warum alles immer weiter dem Bolschewismus zutreibe».

Gleichzeitig bot er an, Scheüch nach dem Einmarsch der Fronttruppen von seinem Kontrollorgan zu «befreien». Doch Scheüch lehnte ab und veranlasste seinerseits die Befreiung der festgesetzten Wache, von der er erst jetzt durch Pabst erfuhr. Enttäuscht von der Weichheit des Kriegsministers liess sich Pabst wieder nach Nikolassee chauffieren. Sein Kommandeur Hofmann meinte nur: «Einen neuen Freund haben Sie sich bestimmt nicht erworben!» Pabst focht das nicht an. Er beschloss, fortan «Befehle nicht mehr kritiklos anzunehmen und zu befolgen, sondern mir besonders sorgfältig zu überlegen, ob sie in die Situation hineinpassten, in der wir uns damals befanden»⁶⁶. Er würde also in Zukunft nur noch ihm genehme Befehle ausführen und sich ansonsten eigene erteilen.

4. Das Bündnis Phase 1: Die OHL plant den Bürgerkrieg mit Wissen Eberts

Tatsächlich stand aber ein erster Zusammenprall zwischen Revolution und Konterrevolution unmittelbar bevor.

Am 12. November 1918 (nur drei Tage nach Eberts erstem Telefonat mit Groener) hatte der Rat der Volksbeauftragten (also auch die drei USPD-Regierungsmitglieder) der OHL eine «Blankovollmacht»⁶⁷ ausgestellt: Die Kommandogewalt blieb bei den Militärs. Die Soldatenräte sollten nichts zu sagen haben.⁶⁸ Die Revolutionsregierung schonte also nicht nur die, die der Grund für die Revolution waren, sondern setzte sie wieder in die Macht ein. Und dies, obwohl die OHL zu diesem Zeitpunkt über keine willfähigen Truppen mehr verfügte.

Dass die MSPD-Führer ausserstande waren, die OHL als das zu erkennen, was sie war, nämlich eine kriegsverbrecherische Vereinigung, die den Weltkrieg zu verantworten hatte, wundert nicht, schliesslich waren die MSPD-Führer selbst Kriegshelfer gewe-

sen. Dass aber die Kriegsgegner von der USPD dermassen blind waren, lässt staunen. Schon 1917 hatte die in der politischen Auseinandersetzung nicht zimperliche Rosa Luxemburg über die «sumpfige Froschgesellschaft» der USPD-Führung geklagt: «Nie war mir Euer griesgrämiges, sauertöpfisches, feiges und halbes Wesen so fremd, so verhasst, wie jetzt.»

Trotz dieser Begriffsstutzigkeit der USPD-Führer traute ihnen Groener nicht. Als er sich nämlich eine Woche später schon wieder stark genug fühlte und einen Plan zur Gegenrevolution hatte, liess er nur einen davon etwas wissen, den Volksbeauftragten Friedrich Ebert (MSPD). Wie sah der Plan aus?

Getarnt als Heimkehr der Fronttruppen sollten zehn rasch zusammengestellte Divisionen – an der Spitze selbstverständlich Pabsts GKSD – ab 10. Dezember in Berlin einmarschieren, die Hauptgebäude besetzen, die in der Hauptstadt befindlichen Heimatruppen, die sich der Regierung Ebert/Haase und der Revolution angeschlossen hatten, entwaffnen, auflösen und folgendes Recht verkünden: «Wer ohne Waffenschein noch Waffen in Besitz hat, wird erschossen.»⁶⁹

Man war also in alter Tradition und entgegen dem Sprichwort, dass die Preussen nicht so schnell schiessen, wieder beim Füsilieren angekommen, aber diesmal beim schon 1907 anvisierten inneren Feind. Not kennt kein Gebot, auch hier. Oder, wie Pabst sich später ausdrückte: «Zur Gewissheit wurde uns nur, dass hart und blutig der Kampf sein würde gegen ‚Masse Mensch‘; fester wurde zugleich in uns der Glaube an eine bessere Zukunft. Es galt sich zu wappnen gegen alle physischen und psychischen Widerstände, hart zu werden, auch gegen sich selbst; frei zu werden von aller Sentimentalität. Denn eine grosse Aufgabe wartete unser (sic!).»⁷⁰

Es war klar, dass dieser Einmarschplan «einen weiten Raum auch für die Terrorisierung der hauptstädtischen Zivilbevölkerung liess»⁷¹.

Ebert sollte im Übrigen als diktatorischer Reichspräsident – quasi als Kaiserersatz – eingesetzt und die demokratischen (mehrheitlich von MSPD-Mitgliedern besetzten!) Räte unter Anwendung von rigoroser Gewalt aufgelöst werden. Ein unzweideutiger Versuch der Konterrevolution mit absehbaren Folgen: Terror, Bürgerkrieg, Blutbad.

Wie stellte sich der demokratische Sozialist Ebert dazu, dem dieser Plan bereits am 18. November vorgetragen wurde?⁷² Groener lieferte im sogenannten «Dolchstossprozess» 1925 unter Eid mit einer Aussage von «grösster Bedeutung»⁷³ entsprechende Aufklärung: «Dieses Programm war durchaus im Einvernehmen und im Einverständnis mit Herrn Ebert abgeschlossen.»⁷⁴ Aber ohne Wissen der anderen Regierungsmitglieder. Man traute eben nur Ebert und seinem völkischen Umfeld. In einem Brief an dieses Umfeld – vermutlich war der Adressat der Unterstaatssekretär und Ebert-Freund Kurt Baake⁷⁵ – skizzierte der damalige Major bei der OHL und spätere Reichskanzler von Schleicher den politischen Hintergrund: Nach der üblichen Warnung vor dem Chaos und dem Verfall des Reiches (davon liessen sich die MSPD-Führer gern beeindrucken)

liess man das Frontheer als einzige Ordnungsmacht einer diktatorischen Ebert-Regierung erscheinen. Auch praktische Tipps fehlten nicht: «Zweckmässig wäre ein Kabinettszwist, der zum Ausscheiden Dittmann-Barth [also der USPD; K.G.] führte.»⁷⁶

In aller Deutlichkeit wurde hier ein Putsch gegen die demokratische Revolution und die Koalitionsregierung vorbereitet. Es sollten alle Kräfte ausgeschaltet werden, die um «Ebert herum existierten und dessen Zusammenarbeit mit der OHL beeinträchtigen könnten»⁷⁷, also nicht nur die USPD-Volksbeauftragten Haase, Dittmann und Barth, sondern alle MSPD-Leute, die einen nichtvölkischen Kurs fahren wollten. Nur Ebert war von diesem Putsch ausgenommen, und Ebert stimmte zu. Groener (1925): «Ich bin Herm Ebert dafür besonders dankbar und habe ihn auch wegen seiner besonderen Vaterlandsliebe und restlosen Hingebung an die Sache überall verteidigt, wo er angegriffen wurde.»⁷⁸

Lockte ihn das Amt des Diktators, das von einem sofort einberufenen Reichstag – der «Heerstrasse der parlamentarischen Beratung»⁷⁹ – bestätigt werden sollte? Oder wollte Ebert nur ab warten, was passierte, wenn die alten Gardetruppen, die er mochte, und die Arbeiter- und Soldatenräte, die er als störend empfand, aufeinanderprallten? Dass dies Bürgerkrieg von bisher ungeahnter Dimension bedeutete, musste ihm jedenfalls klar sein. Ebert warnte weder seine Kabinettsmitglieder noch den Vollzugsrat. Er war aber auch klug genug, sich nicht als Anführer dieser Konterrevolution ausgeben zu lassen. Major Harbou berichtete, «die Regierung scheute sich vor jedem gewaltsamen Zugriff» und «hoffte auf eine Provokation vonseiten (sic!) der Spartakusleute»⁸⁰. Aber die kam nicht.

Also hielt sich Ebert im Hintergrund. Doch dort wollten Groener, Hindenburg und der Kriegsminister auch bleiben. Keiner wagte es, sich an die Spitze des Putsch-Heeres zu stellen. Zu sehr fürchtete man Volkes Macht. Also beauftragte man einen bis dato unbekanntem General Lequis damit, der zudem nicht vollständig eingeweiht wurde.

Es ist versucht worden, diesen Plan der OHL als Stützung der «Reichsleitung» umzuwidmen. Die OHL habe sich «nicht gegen die neu entstandene Führung gerichtet»⁸¹. Und der von Groener ironisch und in Führungszeichen als «Revolutionsplan» bezeichnete Einmarschplan der OHL (Brief an einen Freund) unterscheide sich von dem des Obersts Hans von Haefen gründlich, da die OHL Ebert nicht als Reichspräsidenten forderte. Dies geht damit einher, die OHL als Hüter des Parlamentarismus darzustellen. Haefens Plan, den er selbst als «gegenrevolutionär» bezeichnet hatte, habe «einen grundsätzlichen Wandel der Machtstruktur» vorgesehen, der der OHL nicht. Dies wird in der neueren deutschen Nachwendehistoriografie zum Dogma erhoben.

Mühlhausen sieht, Rakenius folgend, im Einzugsplan der OHL «keine grundsätzliche Wandlung, sondern eine Sicherung der Macht der Revolutionsregierung»⁸², und Pyta, ebenso unkritisch sich auf Rakenius berufend, ist von der Erkenntnis beseelt, dass die Eingreiftruppe «nicht zur Konterrevolution», sondern «zum Schutz der Regierung

der Volksbeauftragten gegen die zunehmend militanten Kräfte der extremen Linken gedacht war»⁸³.

Zunächst ist zu sagen, dass schon Carsten⁸⁴, Kluge⁸⁵ und Könnemann⁸⁶ die Unterscheidung der «Revolutionspläne» durch Rakenius nicht teilen und Guth kritisch anmerkt, dass Groeners «Revolutionsprogramm» keine Eigenständigkeit habe, sondern Teil des Planes sei.⁸⁷

Rakenius selbst notierte, dass Haefkens Plan nicht nur Groeners Zustimmung fand, sondern auch von Ebert nicht abgelehnt wurde. Man stand einer Reichspräsidentenschaft Eberts also auf beiden Seiten nicht negativ gegenüber. Insbesondere hat Groener einige Monate später Ebert (bzw. Noske) mehrfach dazu aufgefordert, als Diktator zu fungieren. Dass im unmittelbaren Einmarschplan dann die Reichspräsidentenschaft Eberts weggelassen wurde, ist als pure Taktik des derzeit Möglichen zu sehen, wie auch das Bekenntnis zur Nationalversammlung der plötzlichen Demokraten Groener und Hindenburg. Man wollte damit die Räte entmachten und den Rätekongress verhindern, um die eigene wiedererlangte Machtstellung zu retten. Der Parlamentarismus sollte beizeiten durch ein besseres autoritäres System – unter Einbeziehung Eberts – ersetzt werden.

Womit wir beim Begriff der «Reichsleitung» wären, den Rakenius ohne Anführungszeichen verwendet⁸⁸ und der klar macht, dass unter Reichsleitung Ebert verstanden wurde und sonst niemand. Die USPD-Volksbeauftragten sollten durch einen provozierten Zwist ausgeschaltet und etwaige Ebert-kritische MSPD-Würdenträger ruhiggestellt werden. Als «Revolution» akzeptierte die OHL allein Eberts Kanzlerschaft. Und ihn wollten sie stützen, weil er ihnen nicht im Wege stand, im Gegenteil, weil er sie stützte, wo es ging. Was Rakenius als «Reichsleitung» bezeichnete, wandelte sich dann bei seinen unkritischen Epigonen schon zu «Revolutionsregierung» bzw. zum «Rat der Volksbeauftragten». Mühlhausens und Pytas Feststellung, die OHL wolle den Rat der Volksbeauftragten bzw. die Revolutionsregierung, also alle Volksbeauftragten, inklusive der drei USPD-Männer stützen, ist grundfalsch.

Doch auch Rakenius geht fehl, wenn er im Plan der OHL nicht den Versuch des «grundsätzlichen Wandel(s) der Machtstruktur» sieht. Er lässt völlig ausser Acht, dass der Plan den Reichsrätekongress verhindern sollte, und rechnet die vorgesehene Beseitigung des Heimatheers, die Zerschlagung der Räte und somit jeglicher Basisdemokratie nicht als Gegenrevolution. Auch der Einsatz einer «Nationalgarde», also Freikorps, zur Durchsetzung von Ruhe und Ordnung scheint ihm eine Stützung der «Regierungskonstellation» von MSPD und USPD. Und wie gesagt, es war vorgesehen, jeden Waffenbesitzer, also auch die im Heimatheer, bei Nichtabgabe sofort zu erschiessen. Erschiessen (ohne Verhandlung, nicht einmal ein Standgericht) war für alle möglichen Dinge vorgesehen, so wie es Pabst in seinen Putschplänen ein halbes Jahr später und wie es Hitler und der Oberlandesgerichtsrat Theodor von der Pfordten in ihrer Verfas-

sung 1923 vorsahen.⁸⁹ Es war ein konterrevolutionärer frühfaschistischer Plan zur Verhinderung der Basisdemokratie, selbstverständlich auch der Fortsetzung der Revolution. Ein Plan, der im günstigsten Fall die Diktatur Eberts unter Oberaufsicht der OHL beinhaltete. Daher auch die Einladung Hindenburgs und Groeners an Ebert (und sonst niemanden), sich (wie der gescheiterte Kaiser als Konterrevolutionär) zu den Truppen zu begeben. Mit Ebert wäre dann leichter zu bewerkstelligen gewesen, was man mit dem Kaiser nicht mehr geschafft hatte: die Konterrevolution. Dies nicht als «grundsätzlichen Wandel» anzusehen, erfordert viel Fantasie, kann aber nicht mehr als Geschichtswissenschaft ernst genommen werden.

Doch nun sickerten Details des Putschplanes durch.

Ein Armeeschreiber schickte eine Mitteilung an Kriegsminister Scheüch, in der es hiess, dass neu zu bildende «Truppenverbände zu gegenrevolutionären Putschversuchen bereitgehalten werden sollen»⁹⁰. Eine Abschrift gelangte an den USPD-Volksbeauftragten Haase. Doch die MSPD/USPD-Regierung (also auch Haase) liess sich gerne vom Kriegsminister beruhigen. Das sei alles harmlos. Weitere Unbill kam auf die OHL und ihren Mitwisser Ebert zu. Vier Tage vor der geplanten blutigen Konterrevolution, also am 6. Dezember 1918, wagten Beamte des Geheimdienstes des Auswärtigen Amtes und reaktionäre Studenten einen Putsch, der dem der OHL zuvorkam. Er scheiterte kläglich. Doch es gab Tote. Militär hatte auf Demonstranten geschossen. Auch der sozialdemokratische Stadtkommandant und spätere Parteivorsitzende Otto Wels sowie sein zwielichtiger Stellvertreter und Ex-Franziskanermönch Anton Fischer (ebenfalls MSPD) wurden verdächtigt, in den Putsch verwickelt gewesen zu sein. Das Ganze wirkte wie ein Schuss vor den Bug. Teile der Arbeiter- und Soldatenräte schöpften ersten Verdacht gegen die eigene Regierung. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht machten Ebert mitverantwortlich. Der wurde nun vorsichtig.

Enttäuscht berichtete Major von Harbou an Groener, am 6. Dezember sei «die Regierung (also Ebert; K.G.) noch entschlossen, den vereinbarten Plan zur Durchführung zu bringen», dann aber habe sie sich «vor jedem gewaltsamen Zugriff gescheut»⁹¹.

Der Führer der OHL, Hindenburg, schrieb daraufhin einen Brief an den Führer der MSPD: «Sehr geehrter Herr Ebert! Wenn ich mich in nachstehenden Zeilen an Sie wende, so tue ich dies, weil mir berichtet wird, dass auch Sie als treuer deutscher Mann Ihr Vaterland über alles lieben.» Dann beklagte er, dass es dem deutschen Offizier an Ehrenschatz mangle: «Auf Schritt und Tritt ist der Offizier schutzlos Beschimpfungen und Kränkungen ausgesetzt, er ist geradezu vogelfrei.» Was Pabsts Reise ins Kriegsministerium ja bewiesen hatte.

Und der auf der Liste der Entente als Kriegsverbrecher stehende Hindenburg erinnerte Ebert in unverhüllt drohendem Ton an das Bündnis gegen die Revolution: «Die Soldatenräte müssen aus der Truppe verschwinden; lediglich die Vertrauensleute können bestehenbleiben.»⁹²

Letztere waren jene, deretwegen Pabst dem Generalfeldmarschall den Gehorsam verweigert hatte.

Doch nicht Ebert, sondern der preussische Kriegsminister Scheüch, dessen ziviles Verhalten Pabst ebenfalls nicht gepasst hatte, hielt den Putsch-Plan der OHL nun für nicht mehr durchführbar, demonstrierte Zivilcourage und zeigte sich bei der Erfüllung des Bürgerkriegsplanes nachlässig.⁹³

Gleichzeitig bekamen revolutionäre Truppen Wind von dem geplanten Bürgerkrieg. Und Emil Barth versuchte, wie schon berichtet wurde, mit Pabst, den er zu Recht als Kopf der wichtigsten konterrevolutionären Truppe erkannte, in Nikolassee zu sprechen.

Barth, der gern – und zu Unrecht – als wirrer Hofnarr der Revolution beschrieben wird, war der einzige unter den Regierungsozialdemokraten, der versuchte, Konterrevolution schon im Keim durch revolutionäre Agitation – für die durchaus auch Gardetruppen, wie von Pabst zu Recht befürchtet, zugänglich waren – zu ersticken. Er ist von seinen restlichen Volksbeauftragten – egal ob MSPD oder USPD – dabei im Stich gelassen worden und hatte weder die Autorität noch die Macht, sich durchzusetzen. Eine solidarisch handelnde und sich auf revolutionäre Truppen stützende Regierung aber, die dem militaristischen Spuk – von dem Pabsts Truppe, wie sich bald herausstellen sollte, der kümmerliche Rest war – entschieden entgegengrat, hätte dem deutschen Militarismus den entscheidenden Schlag versetzen können.

Doch wie Ebert selbst recht bildhaft ausführte und wie seine völkischen Genossen in der Parteiführung alle klar geäußert hatten: Mit Revolution und revolutionären Truppen wollten sie nichts zu tun haben, im Gegenteil, sie fürchteten sie – im Bruch mit der Parteitradition – wie der Teufel das Weihwasser. Nur aber mit dem Beelzebub Revolution, mit der *levée en masse*, der «Mündungen zur Erde»-Volksbewaffnung und dem «liederlichen», «schmutzigen» Volkskrieg eben wäre der «Satan» des deutschen Militarismus auszutreiben gewesen.

Am Morgen des 8. Dezember war auf einer Versammlung der Gross-Berliner Soldatenräte vom Oberleutnant der Reserve Heyne⁹⁴ – der deswegen später von der OHL verhaftet wurde – aufgedeckt worden, dass sich «erhebliche Truppenmassen» vor der Hauptstadt sammelten, dass dieses Generalkommando Lequis (deren Kern die GKSD bildete) stark bewaffnet war und die Soldatenräte nicht anerkannte.⁹⁵

Der Vollzugsrat, der aus der Revolution als eigentliches Exekutivorgan hervorgegangen war und die Aufgabe hatte, die Regierung Ebert/Haase zu kontrollieren, wurde eingeschaltet. Man verständigte den Polizeipräsidenten von Berlin, Emil Eichhorn (USPD), wie auch den Kommandanten der revolutionären Volksmarinedivision, Leutnant Dorrenbach, der seinerseits Kontakt mit Liebknecht und dem Spartakusbund aufnahm. Die Welle der Empörung kochte hoch.

«Auf Strassen und Plätzen kam es zu erregten Kundgebungen.»⁹⁶ Ebert war gerade

dabei, im Kabinett den Truppeneinmarsch als harmlose Heimkehrzeremonie und als «Selbstverständlichkeit» darzustellen. Er gab wider besseres Wissen an, dass die GKSD nur in ihren Gamisonsort Berlin einziehen wolle und dort «sofort entlassen» werde, als Mitglieder des Vollzugsrates hereinstürmten. Sie forderten, den Truppeneinmarsch zu stoppen.⁹⁷ Ebert, der am Vormittag bei einer Rede im Lustgarten – knapp sechs Monate nach der letzten Kriegskreditbewilligung und acht Monate nach einem Artikel im *Vorwärts*, der unter dem Titel «Gewalt gegen Gewalt» auf den «baldigen vollen Sieg Deutschlands»⁹⁸ im Weltkrieg setzte – die Parole ausgegeben hatte: «Gewalt, einerlei von wem sie angewandt, ist immer reaktionär»⁹⁹, kam nun nicht umhin, einem «Kompromiss» zuzustimmen. Es sollten nur Berliner Truppen einmarschieren, Arbeiterdelegationen den Zug begleiten und es durfte nur wenig Munition mitgeführt werden. Der Vollzugsrat wollte Aufklärung betreiben.

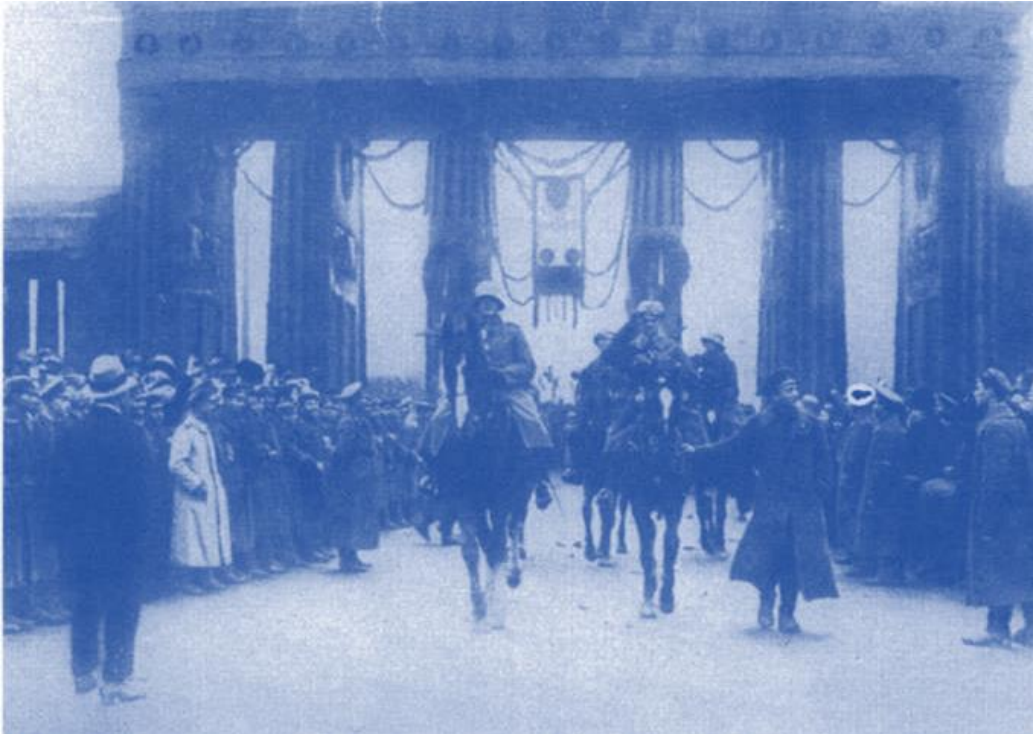
Doch Groener (inzwischen hatte sich die OHL aus Spa zurückgezogen und im Schlosshotel Wilhelmshöhe in Kassel einquartiert) lehnte den Kompromiss ab und erwog nun, da Ebert in seinen Augen «versagt» hatte, eine Militärdiktatur – ohne den sehr geehrten Herrn Ebert. Jedenfalls erliess er Order an den General Lequis, im Sinn der OHL «selbständig zu handeln, nötigenfalls alle entgegenstehenden Anweisungen von Regierungsorganen oder militärischen Stellen, auch des Kriegsministers (sic!), abzulehnen.»¹⁰⁰

Gleichzeitig war Groener klar, dass er ohne Eberts Unterstützung das Ganze nicht durchziehen konnte. «Der Generalfeldmarschall sieht in den Forderungen des Vollzugsrates die absolute Tyrannei der Spartakus- und Liebknechtleute und sonstige der Regierung feindlichen Elemente und in diesen die allerschlimmsten Feinde des deutschen Volkes. Er hält es für seine Pflicht, diesen Feind mit allen Mitteln zu bekämpfen, die ihm zur Verfügung stehen, und fordert Ebert und die mit ihm harmonisierenden Mitglieder der Regierung auf, sich zu den Truppen zu begeben, um diesen Kampf gemeinsam zu führen.»¹⁰¹

Ebert sollte also das vollbringen, was Kaiser Wilhelm II. wegen mangelnden Vertrauens der Truppe nicht mehr hatte erledigen können – an der Spitze «seiner» Truppen die Revolution töten. Interessant ist auch, was die führenden Militärs schon als Terror ansahen: die Verhinderung von Gewalt.

Gleich wohl zeigte sich bei Pabst Unbehagen, nicht wegen des Schiessens «Deutscher auf Deutsche», sondern weil dies die GKSD «lieber auf Befehl des Kaisers, als auf den der Volksbeauftragten, mit denen uns innerlich nicht das geringste verband»¹⁰², getan hätte. Noch war ihm Noske nicht über den Weg marschiert.

Gleichzeitig schickte Groener am 9. Dezember Major von Harbou zur Regierung, und dank Ebert konnte der Vertreter der OHL an der Kabinettsitzung, in der er eigentlich nichts zu suchen hatte, teilnehmen. Ihm gelang es, die Revolutions-Regierung (einschliesslich der USPD und Emil Barth) von der Ablehnung des mit dem Vollzugsrat



Pabst an der Spitze der GKSD

geschlossenen Kompromisses zu überzeugen. Sämtliche Forderungen des Vollzugsrats, den hatte man sicherheitshalber – Demokratie hin, Demokratie her – gar nicht mehr zur Sitzung geladen, wurden aufgehoben. Nun wurde bestimmt, dass die von hasserfüllten, republikfeindlichen kaiserlichen Offizieren befehligten Truppen im Schnellverfahren auf die «Deutsche Republik» vereidigt werden und dann mit scharfer Munition in unbeschränkter Menge einmarschieren sollten. Man würde «von der Schusswaffe nur im alleräussersten Notfall Gebrauch» machen.¹⁰³ Was nur heissen konnte, dass sie schiessen sollten. Es ist völlig unverständlich, wie auch der Volksbeauftragte Emil Barth einem solchen Einzugsplan «nicht nur mit Waffen und Munition, sondern mit geladenen Gewehren, Geschützen und MG»¹⁰⁴ zustimmen konnte.

In einer grotesken, eilig arrangierten Zeremonie wurde am selben Tag im Steglitzer Rathaus (dem Hauptquartier des Generalkommandos Lequis) unter dem lebensgrossen Bild von Kaiser Wilhelm II. auf Bitten Eberts¹⁰⁵ und in Gegenwart von Scheidemann, Haase, Dittmann und Scheüch die GKSD¹⁰⁶ stellvertretend für alle Offiziere und Mannschaften per Handschlag verpflichtet, «im Sinne der Vereinbarung zwischen Generalfeldmarschall Hindenburg und Herm Ebert, Ihre ganze Kraft in den Dienst der jetzigen provisorischen Regierung zu stellen»¹⁰⁷.

Nach dem Adjutanten des Kriegsministers Hauptmann Böhm hielt General Lequis

stellvertretend «für alle anwesenden Militärpersonen»¹⁰⁸ das Treuegelöbnis «auf die ein-nige deutsche Republik»¹⁰⁹.

Pabst, der ja den Parlamentarismus ablehnte und wusste, dass das Bündnis mit der MSPD für ihn nur eines auf Zeit sein würde, zog es vor, dem Akt fernzubleiben und schickte nur seinen Adjutanten Hauptmann Heinz von Pflugk-Hartung¹¹⁰, der bei der Ermordung der Revolution noch eine unrühmliche Rolle spielen sollte.

Ebert liess es sich nicht nehmen, eine «zukunftsweisende» Rede zu halten: «Frieden, Freiheit, Ordnung werden die Sterne sein, denen wir folgen werden.»¹¹¹ «Gleichheit» tauschte er aus durch «Ordnung». Ähnlich setzte ja auch Pabst später seine Prämissen.

Kriegsminister Scheüch war trotzdem ungehalten, weil das Gelöbnis nur auf die amtierende Regierung und nicht auf die Republik hätte erfolgen dürfen.¹¹² Auch Rosa Luxemburg war ungehalten. Nach ihren Angaben lautete der Eid: «Wir geloben zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile, unsere ganze Kraft für die ein-nige deutsche Regierung, den Rat der Volksbeauftragten einzusetzen.»¹¹³ Sie kritisierte gleichzeitig scharf, dass dies alles gegen den Willen des Vollzugsrates geschehen sei, der doch die Regierung kontrollieren sollte. «Der Einmarsch der Garde, ihre Bewaffnung, ihr Eid – das war eine Demonstration des Ebertschen Kabinetts, eine Machtentfaltung, eine Drohung und eine Provokation in erster Linie gegen den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte.»¹¹⁴

Den Vollzugsrat akzeptierte Ebert sowieso nicht und seine Liquidierung wie die Liquidierung der Arbeiter- und Soldatenräte (mehrheitlich aus seiner MSPD-Basis bestehend) wäre ihm durchaus zupass gekommen, was er sich aber nach dem – ungelegenen – Putschversuch vom 6. Dezember nicht mehr oder noch nicht leisten konnte. Gleich wohl war klar, dass der nun geplante Einmarsch der schwer bewaffneten Fronttruppen ab dem 10. Dezember zum blutigen Bürgerkrieg, zum Massaker an der Zivilbevölkerung mit ungleich höheren Opferzahlen als in Belgien, ja zur Militärdiktatur führen konnte.

5. Pabst reitet

«Der Einzug fand nun planmässig statt.»¹¹⁵ Noch in der Nacht liess Pabst seine Division antreten und schickte sie zu Fuss durch ganz Berlin, «um als erste deutsche Felddivision in der Reichshauptstadt einzumarschieren». Dabei glaubte er zu wissen, «dass wir diesen Krieg so menschlich und anständig geführt hatten, wie nur überhaupt denkbar war. Keinerlei niedrige Handlungen gegen die Bevölkerung im Feindesland befleckte den blanken Ehrenschild der GKSD.» Das war nur insofern richtig, als die GKSD in Belgien an den Kriegsverbrechen nicht beteiligt war. Ihr Befehlshaber hatte aber als General-

stabsoffizier der 12. Division (4. Armee) zumindest anderes gesehen. Gleich wohl war für Pabst auch klar: Die ihnen gegenüberstehenden uniformierten Franzosen oder Engländer hatten sie im Krieg nicht gehasst. Man war sich sozusagen als Gleicher unter Gleichen, als Soldat gegenübergestanden. Jeder kämpfte für seine Nation, sein Volk, seine Rasse, sein Vaterland. Jetzt aber ging es, wie er einen Wachtmeister seines Regiments zitierte, gegen «Menschen, welche mein eigenes Vaterland zielbewusst in die Anarchie und damit in den Abgrund stürzen wollen, und diesen inneren Feind hasse ich aus vollster Seele»¹¹⁶.

Diese Form des Kampfes unterscheidet sich dabei grundlegend vom Kampf im Krieg, der ja der Kampf zweier Heermassen, also Blöcke, gegeneinander ist und offenbar sogar als lustvoll empfunden werden kann, da er unter gleichen stattfindet. Im Bürgerkrieg aber sind die Arbeitermassen auf den Strassen zu «Hottentotten» geworden oder zu «Chinesen» bzw. zum inneren Feind, zu Vaterlands Verrätern. Daher sind die Formen des Kampfes im Bürgerkrieg vonseiten des Militärs weitaus terroristischer und rücksichtsloser. Es sind «Rachefeldzüge»¹¹⁷. Oder, wie sich der Freikorpsoffizier und spätere SA-Obergruppenführer Manfred Killinger ausdrückte: «Krieg ist Gewalt, aber Bürgerkrieg ist Gewalt in höchster Potenz. Mässigung, Duldsamkeit unsererseits wäre Dummheit, nein, Verbrechen am eigenen Volk und Staat gewesen.»¹¹⁸

Und der innere Feind stand schon auf der Strasse. Denn: «Je mehr wir uns der inneren Stadt näherten, umso unfreundlicher wurde die Haltung der Zuschauer. Besonders der an der Spitze reitende Divisionsstab mit Achselstücken und Kriegsorten erregte den Zorn so mancher Unentwegten, die nicht nur in den Manteltaschen, sondern ganz offen ihre Hände zu Fäusten ballten.»¹¹⁹

Pabst bedauerte es nachdrücklich, dass die «alte Polizei sich nicht auf der Strasse zeigte». Anlass für ihn, (es wird in reibungsloser Zusammenarbeit mit der MSPD-Oligarchie geschehen) sich bald um eine neue zu kümmern.

Schliesslich ritt Pabst an der Spitze der GKSD und damit an der Spitze der Fronttruppen durchs Brandenburger Tor. Schwarz-weiss-rote Fahnen wehten, obwohl die Regierung die rote Fahne zur offiziellen Fahne erklärt hatte.¹²⁰

Ebert, neben dem Kriegsminister Scheüch (schon wieder in Uniform)¹²¹, hielt eine Ansprache. Der Sozialist gab dabei eine Kostprobe dialektischen Denkens: «Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben.»¹²²

Nachdem er so die Dolchstosslegende geboren hatte, zeigte er sich als Kenner Europas: «Allen Schrecken habt ihr mannhaft widerstanden – Mannschaften und Führer –, sei es in den Kreidefelsen der Champagne, in den Sümpfen Flanderns oder auf dem elsässischen Bergrücken, sei es im unwirtlichen Russland oder im heissen Süden.»



Ebert jubelt

Es folgte die Erklärung, was die Deutschen dort zu suchen gehabt hatten: «Ihr habt die Heimat vor feindlichem Einfall geschützt, Ihr habt Euren Frauen und Kindern, Euren Eltern den Mord und den Brand des Krieges ferngehalten, Deutschlands Fluren und Werkstätten vor Verwüstung und Zerstörung bewahrt. Dafür dankt Euch die Heimat im überströmenden Gefühl. Erhobenen Hauptes dürft Ihr zurückkehren.»

Er vertraute diesen stahlhelmben, im Gleichschritt marschierenden Heimkehrern, eben der molaren Masse, mehr als den eigenen «verwilderten» sozialdemokratischen molekularen Volksmassen: «Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Freiheit. Ihr seid die stärksten Träger der deutschen Zukunft.»

Das war der Ton vom August 1914. Neu war daran nur die vorbehaltlose Übernahme eines von der Militärführung vorgegebenen Textes – und das wusste damals niemand ausser Ebert. Major Schleicher von der OHL hatte nämlich in dem schon zitierten Brief an einen Freund aus der völkischen Umgebung Eberts folgende Rede vorgeschlagen: «Ihr habt in beispiellosem Opfermut 4 1/2 Jahre den Feind von deutschen Landen ferngehalten und Heimat, Haus und Hof mit Euren Leibern vor dem Schrecken des Krieges geschützt (...) Ihr kehrt unbesiegt heim (...) nie soll unser Dank erlöschen (...) Ihr sollt uns Vorbild, aber auch Hilfe sein.»¹²³

Ebert war also zum Sprachrohr der Militärs geworden.

Merkwürdig, dass nur der DDR-Historiker Könnemann auf diesen Zusammenhang – es war seine Entdeckung – aufmerksam machte. Westdeutsche Historiker von Kluge über Guth bis Hankel übergehen bis heute dieses von Ebert akzeptierte Diktat der Militärs: «Aber aus dem Zusammenbruch wollen wir ein neues Deutschland zimmern, mit der rüstigen Kraft und dem unerschütterlichen Mut, den Ihr tausendfach bewährt habt. Wetteifernd haben Angehörige aller deutschen Stämme draussen im Kampfe gestanden, Angehörige aller deutschen Stämme stehen vor uns. Schulter an Schulter habt Ihr gemeinsam gerungen, geopfert, geblutet, Not und Tod ins Auge geschaut. Nun liegt Deutschlands Einheit in Eurer Hand.»¹²⁴

Schleichers Vorgabe erscheint dagegen sogar moderater: «In ein neues Vaterland kehrt Ihr heim. Durch den Willen des Volkes sind die alten Gewalten abgelöst durch eine Volksregierung. Sie will für Euch und Eure Kinder ein freies, friedliches, glückliches Dasein schaffen, sie will den Wohlstand haben. (...) Wir wollen alle Brüder sein.»¹²⁵

Höhepunkt in der Rede Eberts, im Bewusstsein, welchen Auftrag die Truppen hatten, war sein Satz: «Ihr legt die Waffen aus der Hand, die, getragen von den Söhnen des Volkes, dem Volk nie eine Gefahr, sondern stets nur zum Schutz sein sollten.»¹²⁶

Keine Gefahr dem Volk?

Pabst allerdings bekundete, dass er von der Rede des Herm Ebert nicht viel verstanden habe. «Dazu war der Lärm der hin- und herwogenden Massen zu laut.»¹²⁷

Pabsts Truppe marschierte dann noch im preussischen Stechschritt – selbstverständlich innerlich bewegt – am Denkmal Friedrichs II. vorbei.

Paul Göhre, MSPD, Mitglied in Friedrich Naumanns Nationalsozialem Verein, einer imperialistischen Vereinigung¹²⁸, beim Zentralrat als «Unterschreibmaschine» des Kriegsministers verschrien, sprach dann Pabsts Truppe höchstes Lob über ihre Haltung aus und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die schneidigen Mannen nicht auseinanderlaufen würden.¹²⁹ Doch das war's dann auch. Weder wurde Ebert aufgrund seiner Rede zum Ersatzkaiser gemacht, noch die Arbeiter- und Soldatenräte entwaffnet, noch Waffenträger ohne Waffenschein erschossen.

Die meisten Front-Soldaten, mit den revolutionären Parolen ihrer Kameraden konfrontiert, liessen sich «bolschewistisch verseuchen»¹³⁰ und gingen einfach heim. Der seinen Hut schwenkende Ebert musste mit ansehen, wie seine Hoffnungsträger ihre scharfe Munition mit nach Hause nahmen, anstatt mit dem Räteunwesen aufzuräumen.

Pabst vermerkt im Divisionstagebuch: «Der Einzug kann nur teilweise wie geplant vor sich gehen.»¹³¹ Oder, wie sich Groener ausdrückte: «Auch die ausgesiebten Truppen

des Feldheeres erlagen auf Dauer der revolutionären Luft der Hauptstadt.»¹³² Groener sass dann auch in Kassel «im Klubsessel ganz zusammengesunken».¹³³

Denn der Kriegsminister hatte aus alter Rivalität mit der OHL nicht richtig mitgemacht und die Pläne der OHL, die Heimattruppen zu entwaffnen, hintertrieben.¹³⁴ Der Militarismus war, wie schon am 9. November, ohne Truppen, das Abwürgen der demokratischen Revolution, der Bürgerkrieg verhindert worden. Zum letzten Mal blieb die neu entdeckte sozialdemokratische «Friedfertigkeit» gewahrt. Nicht weil es Ebert gab, sondern obwohl es Ebert gab, wurde der Terror vertagt. Nur die GKSD blieb durch den eisernen Willen ihres Generalstaboffiziers und «durch geschickte Vorbeugemassnahmen»¹³⁵ als Formation erhalten. Er liess sie in neue Quartiere im Nordosten Berlins, nach Malchow¹³⁶, legen – wobei es beim Marsch durch Arbeiterviertel zu Zusammenstössen «mit fanatischen Bevölkerungsteilen kam, bei denen wir nicht schlecht abschnitten»¹³⁷.

Vierzehn Tage später schnitt Pabsts Truppe nicht so gut ab.

6. Gruppenbildungen.

Der militärische Feind: die Volksmarinedivision

Schon recht früh standen der Revolutionsregierung Truppen zur Verfügung. Allerdings waren diese tendenziell revolutionär – so etwa die Volksmarinedivision (VMD).

Diese Einheit hatte sich nach dem Matrosenaufstand in Kiel und anderen Küstenstädten Anfang November 1918 in Berlin zusammengefunden und war durch zahlreiche «Blaujacken» aus Cuxhaven verstärkt worden. Sowohl der Vollzugsrat als auch der Stadtkommandant Wels (MSPD) suchten im November nach verlässlichen Truppen. Der Vollzugsrat wollte revolutionäre Matrosen, Wels welche, die von Noske, also der rechten MSPD, beeinflusst waren. Der Transport der etwa 600 Matrosen aus Cuxhaven war dann sozusagen ein Missgeschick der völkischen MSPD.¹³⁸ Es sollte nämlich eigentlich eine von Noske in Kiel aufgestellte konterrevolutionäre sogenannte Eiserne Division aus Unteroffizieren und Deckoffizieren – eben nicht Matrosen – nach Berlin transportiert werden. Doch die Cuxhavener «Kulis», wie sie sich selbst nannten, waren schneller, während Noskes Gegenrevolutionsgarde wegen «Stockungen im Eisenbahnverkehr» vorerst in Kiel verbleiben musste, wie sich Noske ausdrückte. Er umschrieb damit, dass die Transporte konterrevolutionärer Truppen von Arbeitern und Eisenbahnern verhindert wurden.¹³⁹

Um nun die in Berlin sich organisierenden Matrosen in den Griff zu bekommen, erschien der Graf Hermann Wolff-Metternich bei ihnen. Metternich, selbst Schlossbesitzer, Reserveoberleutnant der Kürassiere und im 1. Weltkrieg zeitweise ins Haupt-



Volksmarineteilung

quartier kommandiert¹⁴⁰, war einerseits ein enger Vertrauter der Hohenzollern¹⁴¹ und wollte sich deswegen wohl intensiv um das verwaiste Stadtschloss und seine Schätze kümmern, d.h. sie für die Hohenzollern sichern. Andererseits war er Mitglied der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, also Geheimdienstmann, und drittens hatte er beste Kontakte zum Stadtkommandanten von Berlin, Otto Wels (MSPD), der Ebertianer war und sich selbst mit kaiserlichen Offizieren umgab. Metternich versuchte, sich in den abgetragenen Kleidern seines Dieners das Vertrauen der Matrosen zu erschleichen und quartierte sie erst im Marstall des Schlosses ein. Die Matrosen vertrieben als Erstes Plünderer aus dem Schloss bzw. übergaben sie der Kommandantur von Wels.¹⁴² Wels setzte die Matrosen auch als Wache für die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt und das Stadtschloss, ja die Reichsbank ein.¹⁴³ Von Metternich wurden sie nun auch im Schloss untergebracht.

Metternich sicherte aber nicht nur die Schätze des Schlosses und liess sie abtransportieren, er war auch verwickelt in die Ermordung des ersten Kommandanten der VMD, des Obermaats Paul Wiczorek.

Gleichwohl fiel der Verdacht nicht auf ihn, und es gelang ihm durch Bestechung und Beteuerungen, er habe seine Adelstitel abgelegt und stehe auf Seiten der Revolution, kurzzeitig selbst, Kommandant zu werden. Dabei scheute er auch nicht davor zurück, Unterschriften zu fälschen¹⁴⁴ oder «zu weinen. Auf diese Art bekam er einen grossen Teil der Matrosen auf seine Seite.»¹⁴⁵ Über Geldmittel schien er unbegrenzt zu ver-

fügen, schmiss mit Extragratifikationen für die Matrosen nur so um sich und schon am 24. November kam er in Verdacht, «gegenrevolutionäre Akte»¹⁴⁶ vorzubereiten.

Er versuchte dann tatsächlich, die VMD am 6. Dezember 1918, bei dem schon erwähnten allerersten Putsch, als konterrevolutionäre Truppe einzusetzen. Während der Vollzugsrat (inklusive Emil Barth) von anderen Truppen verhaftet worden war, sollte die Volksmarinedivision Ebert als Ersatzkaiser zujubeln.

Doch nachdem Ebert gezögert, es Tote auf den Strassen gegeben hatte und der von Adligen und dem Geheimdienst des Auswärtigen Amtes (Amt Abwehr) inszenierte erste Putsch zusammenbrach, bekam auch Metternich Schwierigkeiten. Er wurde festgesetzt, als Mitinitiator des Putsches entlarvt und abgewählt.¹⁴⁷ Der adlige Agent der Konterrevolution verschwand nun vorsichtshalber.

Die Matrosen wählten sich neue Anführer, darunter auch den Leutnant Dorrenbach. Die VMD war vermutlich die einzig wirklich demokratische Militäreinheit, die es je in Deutschland gegeben hat. Sie bestand zum grossen Teil aus Arbeitern, von denen das Gros mit der USPD, einige mit Luxemburgs und Liebknechts Spartakus sympathisierten. Es gab aber auch zahlreiche MSPD-Anhänger unter ihnen. Ihre Ansichten waren durchaus disparat, man war für das Weitertreiben der Revolution, man organisierte sich in Räten, aber es waren auch viele für den Parlamentarismus in Form einer Nationalversammlung. Eines waren sie aber nicht: völkisch.

Die VMD wuchs bald auf 3'200 Mann an, galt als sehr kampfstark und stellte insofern einen revolutionären Machtfaktor dar.

Metternich jedoch war beleidigt und kontaktierte Pabst. Der hatte den Stab der GKSD am 9. Dezember nach Dahlem verlegen lassen. Dort tauchte jetzt Metternich «in Verkleidung» – vermutlich wieder im abgetragenen Tuch seines Dieners – auf, unterrichtete Pabst über die «schrecklichen Zustände in Berlin», nämlich dass sich die Mannschaften jetzt schon ihre eigenen Führer wählten, und gab ihm den Rat, «sobald als möglich mit der Truppe in Berlin einzurücken und die Ruhe dort mit aller Energie herzustellen». Metternich gab dies 1938 in einer Rechtfertigungsschrift zum Besten, die erst seit Kurzem im Militärarchiv in Freiburg verwahrt wird.¹⁴⁸ Pabst hatte fortan die Matrosen der VMD – denen er im Übrigen die Novemberrevolution in die Schuhe schob¹⁴⁹ – ganz besonders auf dem Kieker.

Verbündete: Dienste und Geheimdienste

Pabst hatte ausserdem über den «Schöpfer» des Gaskrieges, Oberst Max Bauer, laufend Kontakt zum ehemaligen Militärdiktator Ludendorff, der ja die Bildung der Weissen Garde der GKSD schon im Weltkrieg befohlen hatte und der vor der Revolution nach Schweden geflohen war.¹⁵⁰ Ausserdem gab es in der Division den Rittmeister a.D. Ar-

nold Rechberg, der zusammen mit Pabst und Grabowsky später dem sogenannten Ludendorff-Kreis angehören sollte.¹⁵¹

Ludendorff selbst hatte in seiner Zeit als Militärdiktator der Obersten Heeresleitung (1916-1918) nicht nur die Gründung der UFA als Propagandawaffe angeregt¹⁵², sondern die Abteilung III B, die Nachrichtenabteilung und Spionageabwehr im Kaiserlichen Grossen Generalstab, ausgebaut und zentralisiert. Er machte sie zum wichtigsten Überwachungsorgan. Pressemanipulationen, Gräuelpropaganda und psychologische Kriegsführung gehörten für diesen Geheimdienst genauso zum Alltagsgeschäft wie gigantische Spitzeltätigkeiten. Es war ein allumfassendes Amt für den Totalen Krieg. An der Spitze stand Oberst Nicolai.

Dann gab es auch eine Inlandsaufklärung, z.B. den Geheimdienstzweig des Auswärtigen Amtes unter Matthias Erzberger, der auch von Ludendorff bzw. der Abteilung III B kontrolliert, ja beherrscht wurde. Einer der Leute dieser Abteilung war Metternich.

Die Abteilung III B existierte auch während der Novemberrevolution weiter und war ab Februar 1919 vernetzt mit der sogenannten vorläufigen Reichswehr, einer mit Gewalt durchgedrückten Schöpfung Noskes, des Kriegsministeriums und der alten Generäle.

Weitere Verbindungsmänner waren die Gebrüder Georg, Heinrich und Waldemar Sklarz¹⁵³, die sich wie Stinnes am Ersten Weltkrieg eine goldene Nase verdient hatten. Ersterer war Einkaufsagent deutscher kriegswichtiger Syndikate und gleichzeitig Besitzer einer internationalen Logistikfirma¹⁵⁴, ein Profiteur des «Kriegssozialismus». Georg Sklarz war aber auch – wie seine Brüder – als Agent der Abteilung III B tätig¹⁵⁵ und hatte mit dem ihm befreundeten Parvus-Helpland massgeblich an der finanziellen Abwicklung von Lenins berühmter Reise aus der Schweiz durch Deutschland über Finnland nach Petrograd mitgewirkt.

Die Abwicklung erfolgte über eine 1915 gegründete Kopenhagener Import-Export-Firma, welche er gemeinsam mit Parvus besass.¹⁵⁶ Das Kontor erhielt auch Zuwendungen aus dem Aussenministerium.

Kurt Riezler, «ein intellektueller Machiavellist» (Koenen), war hier an entscheidender Stelle beteiligt: Als Abgeordneter der Gesandtschaft in Stockholm versorgte er die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution von 1917 mit finanziellen Zuweisungen.¹⁵⁷

Selbstverständlich konnte man mit einem solchen Kontor wie dem Sklarz sehen in Kopenhagen – unter der Umgehung der englischen Blockade – viel Geld verdienen und für die deutsche Rüstung tätig werden.¹⁵⁸

Sklarz versorgte aber auch die wankende Regierung Ebert-Scheidemann während des Januaraufstandes – als die Revolutionäre die Versorgungsämter besetzt hielten – mit Lebensmitteln¹⁵⁹ und bot Ebert¹⁶⁰ Unterschulpf. Scheidemann war sowohl mit Sklarz als auch Parvus befreundet. Parvus wiederum war Finanzier der Zeitschrift *Glocke*, in der sich die rechtsgewendeten Sozialimperialisten Haenisch/Cunow/Lensch

wie auch Heilmann und Noske mit ihren Ansichten vom wilhelminischen Reich bzw. Preussen als dem Land des «Sozialismus» ausschreiben konnten. Auch Georg Sklarz mischte bei der *Glocke* mit.

Die Gebrüder Sklarz finanzierten im Januar 1919 aber auch das Freikorps Reichstag¹⁶¹ und gerieten sowohl in Verdacht, Kopfgelder auf Liebnecht und Luxemburg ausgesetzt zu haben, als auch die MSPD-Oligarchie mit Lebensmitteln im Überfluss versorgt zu haben. Beide Gerüchte wurden Ausgangspunkt von Gerichtsverhandlungen.¹⁶²

Während das Kopfgeldgerücht, vor allem durch die Tätigkeit von Scheidemanns Schwiegersohn Henk, nicht völlig aus der Welt geschafft werden konnte¹⁶³, gelang es, den Vorwurf der Bestechung mit Lebensmitteln zu entkräften.¹⁶⁴

Gleich wohl liess vor allem die Rechtspresse nichts unversucht, Ebert und Scheidemann Korruption vorzuwerfen. Antisemitismus – die Gebrüder Sklarz waren Juden – spielte hier sicherlich eine Rolle.

Tatsache ist jedoch auch, dass Georg Sklarz für die Abteilung III B geheimdienstlich tätig und dass er Unterstützer der MSPD-Oligarchie war. Ob die SPD-Rechten wussten, dass Sklarz ihnen den wirklichen Bolschewismus in Form von Lenin beschert hatte, bleibt im Dunkel.

Die Abteilung III B arbeitete auch zusammen mit der von der Industrie reichlich ausgestatteten Kommandantur unter Otto Wels (MSPD), in dessen Beirat der Industrielle Salomon Marx sass, der ja auch Pabst unterstützte und das Bürgertum in einem Grossbürgerrat zu organisieren suchte.¹⁶⁵

Noch intensiver scheint die Zusammenarbeit der Abwehr mit Anton Fischer (MSPD), Wels' Stellvertreter, Ex-Franziskanermönch, zeitweiliger Redaktionskollege Noskes beim Zentralorgan der völkischen SPD *Chemnitzer Volksstimme*¹⁶⁶ und Reserveleutnant, gewesen zu sein. Fischer sei «ein sehr ehrgeiziger und geschickter Mann und Politiker, der ein Netz von Intrigen und Beziehungen über ganz Berlin ausgebreitet» hatte, so Hauptmann Böhm, Scheüchs Adjutant, den späteren SS-Obergruppenführer Wilhelm Reinhard zitierend.

Reinhard hatte Scheüch noch «unter dem Weihnachtsbaum» versprochen, die Stadtkommandantur von Wels zu übernehmen.¹⁶⁷ Doch daraus wurde nichts, Fischer beerbte Wels. Reinhard beschäftigte sich dagegen mit der Aufstellung eines eigenen Freikorps, dem sich eine vom Unteroffizier Suppe gebildete Truppe anschloss, die ab Weihnachten auch die Reichskanzlei militärisch absicherte. Reinhard's Freikorpsbildung war von Noske Anfang Januar offiziell unterstützt worden.¹⁶⁸ Reinhard's Adjutant hiess Hans von Kessel, dessen Bruder Eugen von Kessel wiederum im März 1919, Chef der «Fliegenden Kraftfahrstaffel Kessel» wurde, einer weiteren Spitzelorganisation, die sich Pabst's GKSD unterstellte, und aus der im Juni 1919 die Sicherheitspolizei (Sipo) des Innenministers Wolfgang Heines (MSPD) hervorging. Ausnahmslos Offiziere, die sich einige Jahre später den Nazis anschlossen. Selbstverständlich leitete die Abteilung III B Spit-

zelberichte auch an den Geheimdienst der GKSD unter Grabowsky und Pabst weiter.¹⁶⁹

Der «bemerkenswerte Pabst», wie der schneidige junge Historiker Hagen Schulze 1969 bemerkte¹⁷⁰, begann, obwohl nur Hauptmann, ein Shootingstar unter den Offizieren zu werden und mit Generälen wie von Gleich zu Gleich zu verkehren. Der ranghöchste Offizier, General der Infanterie von Lüttwitz, der auch schon in Belgien gewirkt hatte, schilderte in seinen Memoiren Pabsts «unvergleichliche Arbeitskraft, phänomenales Organisationstalent und die gebotene Rücksichtslosigkeit gegenüber allen Hindernissen»¹⁷¹. Die offizielle Heeresgeschichtsschreibung Nazi-Deutschlands lobte ihn ebenfalls als vorbildlichen und unverbrauchten Führer.¹⁷² Und auch Noske wusste im Rückblick, was er an ihm hatte. Pabst war einfach «einer der rührigsten» Helfer.¹⁷³

In Kiel, wo Noske zu diesem Zeitpunkt – in ständigem telefonischen Kontakt mit Ebert – noch beschäftigt war, sein Unteroffiziersfreikorps Eiserne Brigade gegen die Revolution aufzustellen, hatten gleichzeitig Marine-Offiziere, nachdem sie ihre Lähmung überwunden hatten – vermutlich noch ohne Wissen Noskes – zwei weitere schwer bewaffnete konterrevolutionäre Marinebrigaden aufgestellt: die Brigade des Kapitänleutnants Hermann Ehrhardt und die 3. Marinebrigade des Korvettenkapitäns Loewenfeld. Einer der Offiziere, der sich beim Organisieren besonders hervortat, war der Bruder von Pabsts Adjutant Heinz von Pflugk-Hartung, der Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Hartung. Auch dieser hatte dadurch einen Draht zu Pabst. Ebenso der Verbindungsoffizier von Ostseekommando, Reichsmarineamt und Noske, der Kapitänleutnant Wilhelm Canaris.

Canaris lernte Pabst Anfang Dezember kennen, als er im Auftrag Loewenfelds – um «möglicherweise eine Gegenrevolution» vorzubereiten – nach Berlin reiste.¹⁷⁴ Auch Canaris war ein ausgesprochener Geheimdienstmann und hatte, wie Metternich, beste Kontakte zum Amt Abwehr, dem militärischen Geheimdienst. Zwischen Pabst und Canaris entwickelte sich eine lebenslange Freundschaft. Zwei Konterrevolutionäre hatten sich gefunden.

7. Das Bündnis Phase 2: Aufbau konterrevolutionärer Freikorps – Abwehr der Demokratie im Militär

Das Kommando Lequis war durch den missglückten Einmarsch-Putsch stark geschwächt. Die OHL stand, wie am 9. November 1918, wieder ohne militärische Macht da. Es blieb praktisch nur Pabsts GKSD bestehen.

Erst eigenmächtig und dann mit Genehmigung der Volksbeauftragten bewahrte

Pabst die einzig noch schlagkräftige Division des alten Reiches vor der Demobilmachung. Das Divisionstagebuch gibt darüber Auskunft: 11. Dezember 1918: «Die Division bleibt zunächst (...) zur Verfügung der Reichsregierung». Weiter heisst es: «Die Regierung rechnet mit Putschversuchen der Spartakusgruppe.» Dies mag merkwürdig klingen, da durch die Regierungsbeteiligung der USPD und insbesondere Emil Barths auch Spartakus sich vertreten fühlen musste, zeigt aber Pabsts Position. Er kalkulierte die Spartakus-Gruppe (oder was er dafür hielt) schon vorausseilend als Gegner ein, egal ob die USPD, zu der ja Spartakus noch gehörte, in der Regierung war oder nicht.

Pabst hatte sich ausserdem ihm genehme Vertrauensräte (nicht Soldatenräte) in der Division geschaffen, die «der Regierung aufs Neue die Treue» gelobten und gleichzeitig «die Entwaffnung aller, die unberechtigt Waffen tragen», forderten.¹⁷⁵

Am 16. Dezember 1918 folgte dann tatsächlich zu einem sehr frühen Zeitpunkt – noch vor dem Reichsrätekongress, der ja erst über das Schicksal des Militärs entscheiden sollte – die Genehmigung zum Umbau der GKSD in ein gleichnamiges Freikorps. «Die O.H.L. und die Reichsregierung haben angeordnet, dass die G.K.[S.]D. bis auf Weiteres nicht demobil gemacht wird, sondern in ihrer jetzigen Zusammenstellung verbleibt.» Das war vor den ersten Auseinandersetzungen und elf Tage, bevor Noske das Oberkommando übernahm, also zu Zeiten der MSPD/USPD-Koalition.

Es heisst weiter: «Für alle freiwillig bleibenden (mit Einschluss der Jahrgänge 96-99) wird mobiles Gehalt von 4 M.[ar]k täglich bezahlt.»¹⁷⁶ Ein früher Beweis für den Aufbau von Freikorps durch OHL und Regierung.

Pabst gettoisierte auch in Malchow seine Truppe wieder. Doch nicht nur auf dem Weg dahin bekam er Probleme mit Arbeitern. Die «wenig entgegenkommende» Bevölkerung im Nordosten Berlins nahm die Bürgerkriegstruppe ganz anders auf als die «in den westlichen Vororten Berlins». ¹⁷⁷ Es gab dort keine Liebesgaben des vaterländischen Frauen Vereins. Die GKSD musste sich mit Spanischen Reitern (Drahtsperrern) und Posten verbarrikadieren. Pabst war klar, dass die alten kaiserlichen Truppen nicht mehr mit den Mitteln der offenen Feldschlacht agieren konnten und dass man etwas Neues schaffen musste: eine echte Weisse Garde. Aus der Elitetruppe, die sich auf Freiwillige und auf wehrpflichtige Soldaten gestützt hatte, wurde nach und nach eine Freiwilligen-truppe gemacht. Man entliess die «bolschewistisch verseuchten» (Lüttwitz) wie auch die älteren Jahrgänge.¹⁷⁸ Neue Leute wurden angeworben, das Führerprinzip verstärkt und durch beste Löhnung und Genussmittel versüsst: «(Tabak, Alkohol usw.), die wir vornehmlich aus Holland herüberbrachten.»¹⁷⁹ Im sonst hungerleidenden Berlin, das den schlimmsten Winter seit Beginn des Krieges erlebte, durchaus ein attraktives Angebot.

Pabst wollte, dass seine Leute fühlten, dass ihre Vorgesetzten «sich in jeder Hinsicht bemühen (auch in materieller) für uns aufs Beste zu sorgen». Er weitete die Überwachungs- und Spitzeltätigkeiten seiner Propagandaabteilungen aus und liess wieder

und wieder den Strassenkampf sowie «das Durchsuchen von Häusern nach Waffen und Munition, insbesondere auch in Bädern, Kellerräumen usw.» üben. Es ging «vorwärts in einheitlichem Denken und Handeln *auch* für einen Bürgerkrieg»¹⁸⁰. Formal blieb man noch unter dem Kommando Lequis, von dem Pabst allerdings nicht viel merkte.

Zur gleichen Zeit wie Pabst baute General Maercker sein Freikorps auf: das Landesjägerkorps. Auch hier liefert das Divisionstagebuch der GKSD den Beweis des frühen Freikorpsaufbaus. Am 13. Dezember 1918 heisst es: «Die Regierung beabsichtigt die Bildung eines Landesjägerkorps, eine freiwillige Truppe zum Schutze der Regierung und von Stadt und Land.»¹⁸¹

Groener wird hier eindeutig bestätigt: «So blieb nur die Aufstellung der Freiwilligen-Armee, die allein den Kampf gegen die städtischen Arbeitermassen aufnehmen konnte.» Groener gab zu, dass er sich schon im Hauptquartier im belgischen Spa, also noch vor dem 14. November, «mit diesem Gedanken getragen» hatte¹⁸² und die Freikorpsproduktion offensichtlich nach «Stabilisierung der Disziplin im Feldheer» ab Mitte November auch mit Schleicher und Thaer vorantrieb.¹⁸³

Dies widerspricht der in der westdeutschen Historiografie immer wieder gern geäusserten Ansicht, dass die Freikorps zum «Schutz der Ostgrenzen gegen polnische Übergriffe» aufgestellt und während des Januars 1919 erst als Reaktion auf den Januaraufstand quasi umgelenkt worden seien.¹⁸⁴ Wobei wir wieder bei der Arbeiterpartei wären. Wie stand sie zu den Freikorps?

Auch hier ist Generalleutnant Groener eine erstklassige Quelle: «In Wilhelmshöhe [also ab dem 14. November 1918, K.G.] wurde nun der Plan [zur Aufstellung der Freikorps, K.G.] wieder aufgegriffen und im Einverständnis mit Ebert unter der Decke weiterentwickelt.»¹⁸⁵

Das heisst, Ebert wusste schon frühzeitig vom Aufstellen dieser republikfeindlichen Verbände und er gab sein Einverständnis für ihren Ausbau, was nicht nur durch Groeners Geständnis, sondern auch durch Pabsts Divisionstagebuch bestätigt wird. Der Begriff «unter der Decke» macht klar, dass dies – undemokratisch – an Soldatenräten, Vollzugsrat und USPD vorbei passierte.

Es zeigt sich hier ein interessanter Zug der völkischen Führungsriege der MSPD. Man war immer, wie der Igel dem Hasen, der eigenen Basis um eine Runde voraus. Schon 1902 hatte man den Verzicht auf die Revolution insgeheim in Briefen ausgetauscht, 1907 – nach den «Hottentottenwahlen» – den Kolonialismus befürwortet, 1913 den Herrschenden die Bereitschaft zum Krieg signalisiert und schon im Frühjahr 1917, als die Mehrheit der MSPD noch die russische Revolution beklatschte, war schon der Antibolschewismus gegen die noch nicht bolschewisierten russischen Arbeiter- und Soldatenräte (Lenin weilte noch in Zürich) erfunden worden.

Und jetzt formte man – gar nicht nach dem Parteiprogramm – ganz besondere Truppen. Noske nannte den Grund: «Ich habe mich immer wieder auf das Nachdrücklichste

jedem Kompromiss widersetzt, weil bei mir nicht der geringste Zweifel bestand, dass die Auseinandersetzung zwischen revolutionärer Phraseologie und den realen Notwendigkeiten früher oder später doch hätte kommen müssen.»¹⁸⁶ Und er zeigte damit, wie sehr er mit Pabst auf gleicher politischer Höhe war. Kompromisse wurden gar nicht in Erwägung gezogen, der Gegner war noch fiktiv und wurde durch eigenes Handeln erst produziert. Auf einen Nenner gebracht: Konterrevolution vor der Revolution.

Ein Freikorps nach dem andern kam zur Aufstellung. Diese Freikorps hatten jedoch sehr wenig zu tun mit den Freikorps der sogenannten Befreiungskriege. Sie waren keine preussischen Freischärler mit Guerilla-Taktik und Frauenbeteiligung, sondern das Gegenteil, rigide geführte Stosstrupps mit hoher Zerstörungskraft, Kampfblöcke. Der Vernichtungswille, der sich in der kaiserlichen Armee schon gegen Chinesen, Hereros und gegen die Belgier wandte, wurde nun auf den inneren Feind konzentriert und durch den Mythos von der Abwehr des Bolschewismus zusätzlich aufgeladen.

Die Freikorps neuen Typs waren keine Bewegung von unten, wie das Wort «Frei» vielleicht suggerieren könnte und wie ihr Kampf in Teilen 1813-15 wenigstens als «Befreiungskampf» gegen einen Invasoren namens Napoleon hätte gesehen werden können, sondern es war eine Bewegung junger Männer und Offiziere, die von oben gesteuert wurden, von der OHL, den Generälen, den Obersten und Hauptleuten wie Pabst.

Doch woher kam das Geld? Es kam nicht nur und einzig aus der Kriegskasse der OHL, wie Pabst noch gegenüber dem *Spiegel* behauptet hatte¹⁸⁷. Es floss, weil «weite Kreise des deutschen Volkes uns Mittel zur Verfügung stellten». Diese weiten Kreise der deutschen Bevölkerung hiessen z.B. Hugo Stinnes, seines Zeichens Grossindustrieller. Stinnes war einer der Kriegsprofiteure, der, so Walter Rathenau im Gespräch mit Harry Graf Kessler, 300 bis 400 Millionen am Krieg verdient hatte.¹⁸⁸

Pabst holte sich die Erlaubnis von seinem General Hofmann, mit Stinnes sprechen zu dürfen, und suchte ihn Mitte Dezember in seiner Wohnung im Hotel Esplanade in Berlin auf. Pabst stiess auf grösstes Verständnis und liess über seine Intendantur eine Kostenaufstellung machen, was denn nun so eine Konterrevolution kostete. Bei der nächsten Begegnung hatte Stinnes schon «mit den in Frage kommenden Spitzenvertretern von Industrie, Handel, Landwirtschaft, Banken und freiwilligen Berufen gesprochen» und erklärte Pabst, dass die Division das Doppelte des Geforderten für die nächsten vier Monate erhalte. Pabst nutzte die Möglichkeit und liess gleich noch «einige Werbebüros für die Freikorps aufziehen»¹⁸⁹.

Auch der Schwerindustrielle, Bankier und Vorsitzende des konterrevolutionären Reichsbürgerrates Salomon Marx, ein Antisemit «jüdischen Blutes» (Ludendorff), sorgte dafür, dass Pabst die Munition und die Schokolade nicht ausgingen. Marx, der sich hatte taufen lassen, stand in engem Kontakt mit Otto II. zu Salm-Horstmar, einem

führenden Alldeutschen des Kaiserreichs, welcher die gefälschten «Protokolle der Weisen von Zion» mitfinanzierte.¹⁹⁰ Interessant auch hier wieder, dass Pabst sich nicht scheute, mit Marx zu paktieren. Es war schliesslich für ihn ein «sauberer» Jude, ein Jude der Nationalen Erhebung.¹⁹¹

Der Verbindungsmann Pabsts zu Stinnes war der Generaldirektor Friedrich Minoux, ein «ausserordentlich kluger und nationaler Mann», der Pabst auch noch später unterstützte, zu einer Zeit, als Juden wie Marx längst kein Geld mehr für die faschistische Bewegung spenden durften, sondern ihre Opfer geworden waren. Minoux war übrigens zeitweise der Besitzer jener Villa in Wannsee, auf der die berühmte sogenannte Wannseekonferenz zur bürokratischen Abwicklung der Judenvernichtung stattgefunden hatte.¹⁹²

Ein weiterer Verbindungsmann Pabsts zu Stinnes hiess Eduard Stadtler, Vorsitzender der antibolschewistischen Liga.

Aber woher kamen die Leute in der GKSD? Der uns bekannte Leiter der *Chemnitzer Volksstimme* (inzwischen Kriegsbeschädigter) Ernst Heilmann behauptete in seiner Broschüre mit dem bezeichnenden Titel *Die Noske garde*, drei Viertel der Soldaten der GKSD seien «ausgesprochene Proletarier» gewesen¹⁹³. Sein Mitredakteur Noske erhöhte sogar den Anteil noch in einem Interview. Auf die Frage: «Welche Garantien haben Sie, dass diese Leute keine Gegenrevolution machen?», antwortete er: «Weil die Soldaten aus sozialdemokratischen Arbeitern bestehen.» Offiziere und Soldaten seien auf die «sozialistische Republik» vereidigt worden.¹⁹⁴ Letzteres ist, wie des Öfteren bei Noske, das Gegenteil der Wahrheit. Sie waren auf die «einige deutsche Republik», nicht auf die sozialistische vereidigt worden und zwar «im Sinne der Vereinbarung zwischen Generalfeldmarschall Hindenburg und Herm Ebert»¹⁹⁵. Das heisst im Sinne des Bündnisses der beiden, gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, gegen die Demokratisierung der Armee und der Wirtschaft. Einem Akt, dem Pabst persönlich zudem ferngeblieben war.¹⁹⁶

Dass die Freikorpsoldaten Arbeiter waren, ist pure Wunschvorstellung bzw. eine glatte Schutzbehauptung. Die Freikorps setzten sich genau aus dem zusammen, was Roth als soziale Basis des Faschismus in seiner «Bewegungsphase» ansieht.¹⁹⁷ Militärs der demobilisierten Armeen, Besitzbürgertum, die Studenten- und Gymnasiasten, Handwerker, Kleinhändler, Bauern, Angestellte und Techniker und last but not least die völkisch-nationalistischen Segmente der Arbeiterklasse, zu denen neben Leuten wie Heilmann auch subproletarische «arme Schweine», Entwurzelte und psychisch Gestörte zählten, wie sie bei jeder Revolution und Konterrevolution auftauchen.¹⁹⁸ Das Wortprotokoll einer Kriegsgerichtsverhandlung der GKSD – zu dem wir noch ausführlich kommen werden – bestätigt diese Zusammensetzung.¹⁹⁹ Und Pabst führte später aus, dass die Masse der Freikorps aus der Wählerschaft der deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der deutschen Volkspartei (DVP) stammten²⁰⁰, den beiden rechtesten Parteien. Arbeiter waren unter dieser Klientel selten.

Diesem Militarisierungs- und Aggressionsprozess bei den Freikorps lief ein anderer entgegen. In Pabsts Worten: «Während dieser so dringend notwendigen Schulungszeit für den Bürgerkrieg verfolgten wir voll Spannung, wie die Zügel der provisorischen Regierung immer mehr am Boden schleiften.»²⁰¹

Am 12. Dezember 1918, vermutlich unter dem Einfluss der USPD, erliess der Rat der Volksbeauftragten ein Gesetz, wonach einer uralten SPD-Forderung entsprechend eine Volkswehr aufgestellt werden sollte²⁰², allerdings neben dem Heer. Ebert selbst konnte sich für Demokratie im Heer nicht erwärmen, hütete sich aber, dies laut auszusprechen. Er verlegte sich aufs Aussitzen und schob das Unternehmen auf die lange Bank, ohne dass die USPD-Volksbeauftragten etwas davon merkten.

Gleichwohl schien es Pabst, als würde «die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte immer mehr anschwellen». Die Macht war so sehr angeschwollen, dass auch Pabst sich nicht hatte entziehen können und Vertrauensräte bei der GKSD zulassen müssen. Doch diese Vertrauensräte waren – wie beim Soldatenrat der OHL – handverlesene Untertanen, die als Sprachrohr Pabsts fungierten. So wurden diese «Räte» ebenfalls am 12. Dezember bei der Revolutionsregierung vorstellig und forderten sie auf, die Zivilbevölkerung endlich zu entwaffnen und diese Aufgabe der GKSD zu übertragen. Zwei Tage später gab die Regierung einen entsprechenden Erlass heraus. Kaum war dies getan, forderten die Vertrauensräte am 15. Dezember die Auflösung der Volksmarinedivision, die sie als eine Herabsetzung der nach Berlin zurückkehrenden Fronttruppen empfänden.²⁰³

Pabst zog am gleichen Tag mit seinem gesamten Stab ins Edelhôtel Bristol. Dort war man auch damit beschäftigt, eine Studentenwehr aufzustellen, die auf eine Initiative Metternichs und Wels' zurückging.²⁰⁴ Im Safe Nr. 12 lagerten dazu Geld (10-11'000 Mark), das aus dem Auswärtigen Amt stammte, und mehrere Scheckbücher. Auch hier hatte Metternich, der ja von der Abwehr dieses Hauses kam, seine Hände im Spiel.²⁰⁵

Pabst jedenfalls gab vom Hotel Bristol aus «im Einverständnis mit der Reichsregierung» den Befehl, dass seinen Vertrauensräten trotz willfährigen Agierens «keinerlei Einwirkung auf die Kommandogewalt» zustehe.²⁰⁶ Reichsregierung wie Mannschaften waren Wachs in seinen Händen.

Gleichzeitig tagte jedoch – ebenfalls ab dem 16. Dezember 1918 – der Rätekongress. Und tatsächlich wollte dieser Kongress die Oberste Heeresleitung (OHL) in den Ruhestand schicken.

Es meldete sich ein verängstigter Soldatenrat des Frontheeres (von der IV. Armee) namens Lewinsohn zu Wort: «Wenn Sie nun die Oberste Heeresleitung bei uns beseitigen, so haben Sie niemand, der mit der Obersten Heeresleitung der Entente verhandeln kann. (Zuruf: Dann haben wir immer noch Sie! – Heiterkeit).»²⁰⁷

Der Zurufer hatte den Nagel auf den Kopf getroffen, deutsche Soldaten waren zum ersten und bislang letzten Mal dabei, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Schon allein aus diesem Grund hatte die OHL – mit dem Einverständnis Eberts – den Kongress zu verhindern und am 10. Dezember zu putschen versucht. Jetzt musste Ebert auf dem Podium des Kongresses sitzen und zusehen, was sein Parteivolk da für Grillen im Kopf hatte.

Dabei verkörperte der Kongress alles andere als ein überschäumendes Revolutionsparlament. Die meisten der Delegierten waren eingefleischte MSPD-Mitglieder, gestandene Parteisoldaten bzw. «Arbeiterbeamte»²⁰⁸. Und doch hatte ihnen Ebert gleich am Anfang verkündet, dass sie eigentlich nichts zu sagen hätten und er nur auf die Nationalversammlung warte. Deshalb stiess die Versammlung auch auf Kritik von links. Luxemburg und Liebknecht – sie waren nicht einmal als Gastdelegierte zugelassen worden – fürchteten, die stark MSPD-dominierte Versammlung könne nicht revolutionär genug sein und, statt für ein Rätemodell, für die Nationalversammlung plädieren. Liebknecht und der Spartakusbund hatten deswegen einen Demonstrationzug von Zehntausenden Arbeitern vor das Gebäude des preussischen Abgeordnetenhauses geführt.

Gerade dies störte aber wiederum Ebert, auch wenn er den Delegierten gleichzeitig Versprechen machte: «Das siegreiche Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alte Klassenherrschaft und stellt die Gleichheit alles dessen her, was Menschenantlitz trägt. (Bravo!)»²⁰⁹

Zwar gelang der MSPD-Führung in einem entscheidenden Punkt ein Sieg: Der Kongress sprach sich gegen die Räte Demokratie und für die baldige Nationalversammlung aus. Doch zwei andere Dinge entwickelten sich nicht im Sinne Eberts, die Frage der Sozialisierung und die Frage der Demokratisierung des Heeres.²¹⁰ Also würde er wieder einmal gegen seine Basis arbeiten müssen. Starken Rückhalt sollte er hier bei seinen Verbündeten von der Obersten Heeresleitung finden.

17. Dezember 1918: Der Kongress erinnerte schon an den alten Reichstag, da brachten ihn revolutionäre Truppen zum Tanzen. Unter der Leitung Leutnant Dörrenbachs drängten sich plötzlich Abordnungen von insgesamt 17 Regimentern der Stadt (darunter auch die Volksmarinedivision) durch eine Tür hinter dem Podium.

«Sie tragen in den erhobenen Händen und auf Stangen Pappschilder mit allerlei Aufschriften und bemühen sich durch ihr Äusseres und ihr Auftreten den Eindruck von Desperados hervorzurufen. Einige haben ihre Gesichter mit Lehm oder grauer Farbe beschmiert, um noch furchtbarer zu erscheinen.»²¹¹ Dörrenbach und die Vertreter der Berliner Truppen legten dem Kongress einen revolutionären Beschluss zur Abstimmung vor:

«1. Ein oberster Soldatenrat, zusammengesetzt aus gewählten Delegierten aller deutschen Soldatenräte, übt die Kommandogewalt über alle Truppen des Heeres aus, analog der Marine. (Bravo! bei einem Teil der Versammelten.)

2. Die Rangabzeichen aller Dienstgrade sind verboten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei einem Teil der Versammelten.) Sämtliche Offiziere sind zu entwaffnen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei einem Teil der Versammelten.)...

3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich.»²¹²

Als der Vorsitzende Ebert und ein Vertreter der Fronttruppen versuchten, die Abstimmung darüber abzubiegen, vermerkte das Protokoll «Turbulente Szenen», «Grosser Lärm, erregte andauernde Zwischenrufe», «Alles ist von den Plätzen aufgestanden», «Ein Teil der Mehrheitssozialdemokraten schickt sich an, den Saal zu verlassen», «Das Haus befindet sich minutenlang in völliger Auflösung». Der Kongress war in Gefahr, gesprengt zu werden.

Da verschaffte sich der Volksbeauftragte Haase (USPD) Gehör. Er schlug vor, den Antrag am nächsten Tag als erstes zu behandeln. Wieder kam es zu grosser Unruhe. Dorrenbach brüllte: «Was machen die Soldatenräte bis morgen? Die Offiziere in den Kasernen setzen die Soldatenräte ab!» Im allgemeinen Lärm wurde die Sitzung geschlossen.

Ebert verständigte sich noch am Abend mit dem Fraktionsvorsitzenden der MSPD, Severing, die Forderungen durch Flucht nach vorn, also einen eigenen entschärften Antrag, abzufangen.

Am nächsten Tag wurde dieser abgeschwächte Antrag von der MSPD vorgelegt: Die inzwischen fast vergessenen sieben Hamburger Punkte. Sie übertrugen die Kommandogewalt auf die Regierung der Volksbeauftragten, schafften alle Rangabzeichen und Orden ab, machten die Soldatenräte für die Disziplin verantwortlich, führten die Wahl der Offiziere durch die Mannschaften ein und forderten die beschleunigte Abschaffung des stehenden Heeres und damit selbstverständlich der OHL. Um alles abändern zu können, sollte ein achter Punkt hinzugefügt werden: Das seien nur Richtlinien.²¹³ Die Ausführungsbestimmungen habe der Rat der Volksbeauftragten, also Ebert, zu erlassen.

Doch der hatte trotz dieses geschickten Taktierens wenig Glück. Unter den Augen der für Momente machtlosen Ebert, Landsberg und Scheidemann wurden die Hamburger Punkte – ohne den einschränkenden achten Punkt – angenommen. Es sind revolutionäre Forderungen, die weder in der Nationalen Volksarmee der DDR, noch der Bundeswehr verwirklicht wurden.

Wie aber reagierte die OHL? Groener, Hindenburg et al. erkannten die Beschlüsse einfach nicht an. Der Grund: Sie hatten den Parlamentarismus entdeckt. Die Männer, die während des Krieges jahrelang eine Militärdiktatur ohne jegliche parlamentarische Kontrolle ausgeübt, den ganzen Staat militarisiert hatten, gaben sich plötzlich als Hüter einer künftigen Nationalversammlung.²¹⁴ Eine solch einschneidende Veränderung könne nicht von einer «einseitigen Ständevertretung» beschlossen werden. Das war Wasser auf die Mühlen Eberts. Beim üblichen nächtlichen Telefongespräch wusste er auch

schon eine demokratische Lösung: «Wir müssen versuchen, durch geschickte Behandlung die leidige Angelegenheit aus der Welt zu schaffen.»²¹⁵

Groener wurde nach Berlin gebeten. Am 20. Dezember 1918 erschien er – wie Pabst fünf Wochen zuvor – in vollem Wuchs und allen Orden zusammen mit von Schleicher in der Wilhelmstrasse. Einen Soldaten, der sich ihm auf der Strasse in den Weg stellte, liess er kurzerhand verhaften.²¹⁶

In der Reichskanzlei wurde zunächst vertraulich mit Ebert und Landsberg allein gesprochen. Erst danach stellte man sich den USPD-Volksbeauftragten und dem sogenannten Zentralrat, einem reinen MSPD-Gremium, das auf dem Kongress als Nachfolgeorgan des Vollzugsrats gewählt worden war. (Die USPD hatte sich der Mitgliedschaft verweigert.)

Eberts Zustimmung sicher, trumpfte Groener auf: «Je mehr Sie die Finger davon lassen, sich die Sache entwickeln lassen, uns arbeiten lassen, desto eher wird es in Ordnung kommen.»²¹⁷

Wurde er verhaftet? Wurde er wenigstens des Raumes verwiesen, ob dieser Anmassung? Nichts von alledem. Regierung und Zentralrat, die beiden höchsten Organe der Revolution, liessen sich weiter beschimpfen. Geschickt erinnerte Groener die in seinen Augen «halbkommunistischen» USPD-Volksbeauftragten an seinen zeitweiligen «Freund» Lenin, den man 1917 auf Kosten der OHL durch Deutschland transportiert hatte und der Groener nun – in dieser Beziehung Kamerad im Geiste – sehr gelegen kam: «Übrigens gestalten auch die Russen ihr Heer in alter Weise mit Drill und nicht gewählten Offizieren.»

Schon vorher hatte Groener es geschafft, seinen angedrohten Rücktritt auch noch als Druckmittel einzusetzen: «Wenn wir jetzt durch diesen Erlass gezwungen werden zu gehen – denn ich lasse mir nicht die Achselstücke fortnehmen und meine Waffe, die ich 34 Jahre in Ehren getragen habe –, so folgt der völlige Zusammenbruch. Ich sehe da allerschwerste Zeiten für unser Volk voraus.» Die Prophetie des letzten Satzes ist durchaus eingetreten, aber eben weil die Beschlüsse nie verwirklicht wurden. Gleichwohl war es doch ein unerhörter Vorgang. Der Vertreter des Militarismus bot freiwillig das Ende des Militarismus an. Doch die Volksbeauftragten nahmen den Rücktritt der Leitungsinstantz der alten bewaffneten Macht nicht an, ja fürchteten sich davor. «Auch von der OHL sind Fehler gemacht worden»²¹⁸, das war alles, was sich Haase dazu zu bemerken erlaubte. Nur sein Parteigenosse Barth – der erst später zur Sitzung dazukam, weil ihn Ebert nicht unterrichtet hatte²¹⁹ – pochte auf die Einhaltung. Aber da war alles schon zu spät. Ebert erlaubte sich, seine eigne Basis zu kritisieren. Es sei «überstürzt» und «über-eilt» gehandelt worden.²²⁰ Später sagte Groener aus, Ebert habe es «in geschickter Weise verstanden», das Ganze «auf einen toten Punkt zu bringen»²²¹.

Man beschloss – entgegen dem ausdrücklichen Wunsch des Kongresses! –, dementsprechende «Ausführungsbestimmungen» zu erlassen. Ausserdem sollten die Hambur-

ger Punkte nun plötzlich nicht für das Feldheer (und damit natürlich auch nicht für die im Aufbau befindlichen Freikorps), sondern nur für das Heimatheer gelten. Ebert sibyllinisch: «Die Sache muss schnellstens erledigt werden.»²²² Befriedigt konnten Groener und von Schleicher nach Hause gehen. Letzterer kommentierte das Ergebnis ihres Erscheinens in der Reichskanzlei jedenfalls treffend: «Kommission Begräbnis 1. Klasse. Der Tote darf nicht wieder geweckt werden.»²²³ Dank Eberts Schlaueit, Groeners Unverfrorenheit und der Schwäche der USPD-Führer war die Chance auf eine Demokratisierung des Militärs endgültig vertan.

Was jetzt kam, konnte nur blutig sein.

Noch am letzten Tag des Kongresses veranlasste Ebert die Rückkehr der GKSD und anderer Regimenter direkt nach Berlin hinein. Teile der Truppe wurden in der Universität und im Kriegsministerium «zum Sicherheitsdienst» untergebracht.²²⁴

Pabst wunderte sich noch 1967 in einem Brief an Dieter Ertel, warum man nicht längst die «Zusammenhänge» begriffen hätte, «die zwischen den Volksbeauftragten und der Division bestanden». Und warum sie «als erste nach Berlin hineingeschickt» worden und «als einzige Felddivision mobil» geblieben war.²²⁵

8. Das Bündnis Phase 3: Matrosen totmachen und die USPD loswerden

Nach Metternichs Abgang bei der Volksmarinedivision und seinem Erscheinen «in Verkleidung» bei Pabst war die Volksmarinedivision der MSPD-Führung ein revolutionärer Dom im Auge. Nun wurde gegen sie «gehetzt und ihnen das Leben sauer gemacht»²²⁶. Speziell der Stadtkommandant von Berlin, Otto Wels (MSPD), und sein Stellvertreter Fischer, die die Matrosen nicht mehr in ihrem Sinne verwenden konnten, wollten sie nun schleunigst los werden. Und plötzlich wurde behauptet, die Matrosen und nicht die, die sie aus dem Schloss vertrieben hatten, hätten geplündert. Kommissionen eilten durch die ehemalige Kaiserresidenz und notierten die Verluste an kaiserlichen Goldlöffeln. Vermutlich zählten sie auch das mit, was Metternich für die Hohenzollem hatte beiseite schaffen lassen. Verleumdungen folgten auf Verleumdungen. Schliesslich wollte Ebert die Volksmarinedivision verkleinern und aus dem Schloss – wo sie Metternich hineingelockt hatte – heraushaben. Auch den Primus inter Pares der Volksbeauftragten störte die Truppe, die so gar nicht seinen Vorstellungen von Maneszucht und Ordnung entsprach. Die Matrosen liessen sich gutgläubig auf eine Vereinbarung mit den Volksbeauftragten ein. Sie wollten ihren Personalstand verkleinern

und das Schloss räumen, wenn man ihnen – wie allen Berliner Garnisonen – die ausstehende Löhnung gewährte.

Doch Wels verweigerte den Matrosen nun das Geld, obwohl sie am 23. Dezember 1918 die Schlüssel fürs Schloss in der Reichskanzlei abliefern wollten. Auch eine telefonische Anweisung des Volksbeauftragten Barth ignorierte er. Ebert liess sich dagegen verleugnen.

Dorrenbach, extrem gereizt, wies darauf die Matrosen wache an, die Tore der Reichskanzlei zu schliessen und die Telefonleitungen zu unterbrechen, bis man sie ausbezahle. Staatsgefährdenden Charakter besass diese Aktion nicht. Den Volksbeauftragten geschah nichts. Auch wurde das Tor bald wieder geöffnet; ja, Ebert hatte Zeit, sein «rotes» Telefon zu benutzen und den Kriegsminister zu alarmieren.

Zur gleichen Zeit wurde ein anderer Trupp der Volksmarinedivision vor der Wels'sehen Residenz, dem Kronprinzenpalais, von der Universität aus beschossen.²²⁷ Zwei Matrosen starben. Es ist gerätselt worden, wer die Schüsse abgab.²²⁸ Das von Doris Kachulle entdeckte Divisionstagebuch der GKSD gibt Auskunft. In der Universität lagen «Sicherungskräfte» der GKSD, vermutlich Pabst selbst, der sich nachweislich zu dieser Zeit im Zentrum Berlins befand. Wörtlich heisst es, dass «der Führer der Universitätsbesetzung Major von Oertzen Zusammenstösse mit den Matrosen hatte»²²⁹. Pabst Truppe – und nicht nur Wels²³⁰ – trug also durch die Ermordung der beiden Matrosen mit die Verantwortung für das, was jetzt geschah.

Die empörten Blaujacken setzten nach der Ermordung der beiden Matrosen Wels, seinen Stellvertreter Fischer (MSPD) und Bongard fest und nahmen sie mit in den Marstall, bis die Schuldigen an der Ermordung ihrer Kameraden festgestellt wurden.²³¹ Truppen des Generalkommandos Lequis erschienen nun, da von Ebert gerufen, vor der Reichskanzlei. Es waren nur noch 300 Mann, ein paar MGs und zwei Kanonen, die man auf die Schnelle «zusammengekratzt» hatte.²³² Kerntruppe war die GKSD²³³, von der aber das Gros in Malchow lagerte und erst herangeführt werden musste. Pabst hatte zu dieser Zeit (23.12. nachmittags) nur 60 Mann und eine Batterie Kanonen in der Universität stationiert.²³⁴ Gleichwohl wollte er nun, wie Groener sich 1925 ausdrückte, «die Matrosen totmachen»²³⁵. Revolution und Konterrevolution standen sich zum ersten Mal direkt gegenüber.

Doch ein Scharmützel vor und in der Reichskanzlei war nicht im Sinne Eberts. Er erinnerte beide militärischen Formationen an das temporäre Credo der MSPD: «Gewalt, einerlei von wem sie angewandt wird, ist reaktionär.» Man ging ohne Schusswechsel auseinander. Zurück am Schreibtisch, klingelte das «rote» Telefon; Groener war am Apparat und erinnerte Ebert an ihre alte Abmachung. «Herr Ebert! Wir haben ein Bündnis geschlossen miteinander. Das Bündnis beruht darauf, dass wir von der geringen Macht, die wir haben, auch wirklich Gebrauch machen.»²³⁶ Er «verlange von ihm, dass er sich von uns schützen lässt»²³⁷. Ebert stimmte dem Verlangen zu und gab, nach Bera-

tung mit Scheidemann und Landsberg (beide MSPD) und unter dem Vorwand, Wels zu befreien, dem Kriegsminister die Anweisung, «das Erforderliche zu veranlassen», also das Schloss und die Matrosen anzugreifen. Eine Verständigung mit seinen Amtskollegen von der USPD unterblieb, denn diese hatten sich bereits nach Hause und zur Ruhe begeben. Dass Ebert mit der von ihm befohlenen Militäraktion das Leben von Wels gefährdete²³⁸ – die beiden anderen hatte man schon laufengelassen –, kam ihm wohl nicht in den Sinn. Ebert vergass nun ganz schnell seine Gewaltlosigkeitsrede. Er wollte sich endlich als potenter Partner der Militärs zeigen.

Ob der von seinem Parteifreund Wels provozierte Konflikt und die «Schutzlosigkeit» der Regierung ihm gerade recht gewesen oder gar bewusst herbeigeführt worden sind – um endlich die «Provokation vonseiten der Spartakusleute» (Harbou) zu haben –, bleibt Spekulation. Vierzehn Tage vorher jedenfalls hatte ein solcher Grund noch gefehlt.

Pabst scheint vor dem Unternehmen gewarnt zu haben, da viele der noch einsatzfähigen Truppenteile Weihnachtsurlaub hatten – er wusste nicht, dass auch die meisten Matrosen schon im Weihnachtsurlaub waren. Ausserdem fehlten Autos für den Transport (man hatte sie an der französischen Grenze zurücklassen müssen) und er traute der republikanischen Soldatenwehr des Stadtkommandanten Wels nicht, die die Absperzung der «Massnahme» leisten sollte.

Pabst fürchtete auch, dass die in Aufbau befindlichen Freikorps durch eine missglückte Aktion Schaden nehmen könnten.²³⁹ Sein Vorschlag, das Ganze um einige Tage zu verschieben, wurde vom Generalkommando Lequis zurückgewiesen.²⁴⁰

Pabst ging nun trotzdem mit Eifer Ebert zur Hand, und als gelte es – gegen eine Handvoll Matrosen –, den verlorenen Krieg doch noch zu gewinnen, postierte er die inzwischen aus Malchow herangerückten Einheiten der GKSD sowie Reste anderer Divisionen, insgesamt etwa 900 Mann und 6 Geschütze²⁴¹, rings um den ehemaligen Sitz des Kaisers Wilhelm II.

Nach einem 10-minütigen Ultimatum liess Pabst um 7 Uhr 40 am Morgen des Heiligabend 1918, im Auftrag seines Kommandeurs Generalleutnant von Hofmann, des Generals Lequis, der OHL unter Generalleutnant Groener und der deutschen Sozialdemokratie, das Feuer eröffnen. Auf den Kanonen stand traditionell: «Ultima ratio regis – das letzte Mittel des Königs». So war Ebert nun wenigstens zum Ersatzkönig, wenn schon nicht Ersatzkaiser geworden.

10.5- cm-Granaten und Gasgranaten schlugen im Namen des Nachfolgers von Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht und August Bebel in das kaiserliche Schloss ein, um Matrosen zu töten, die als einzige den Beschluss des MSPD-dominierten Reichsrätekongresses («Soldaten wählen ihre Führer selbst») umgesetzt hatten und die eigentlich nur ihr Weihnachtsgeld haben wollten.

«Verräter waren sie in unseren Augen, Verräter am Heiligsten, am Vaterland; Re-

bellens nicht um Ehre, sondern aus niedrigstem Instinkt des Untermenschentums heraus.»²⁴²

Pabst aber war sich endlich sicher, dass «die Truppe schiesst!».²⁴³ Doch man hatte arge Schwierigkeiten, weil die «übergebenen Schlüssel nicht passten», weil «sich der Gegner sehr geschickt und kräftig mit MG verteidigte, das Einschlagen der Tür missglückte und das Brescheschiessen mit der Feldartillerie» nicht gelang, da die Mauern für leichte Feldartillerie zu dick waren.²⁴⁴

Und es kam noch schlimmer. Aufgeschreckt durch das frühmorgendliche Weihnachtskonzert, versammelten sich immer mehr Menschen – darunter, wie Pabst bemerkte, auch Frauen und Kinder – um das Schloss und vermuteten zu Recht die Gegenrevolution am Werke.

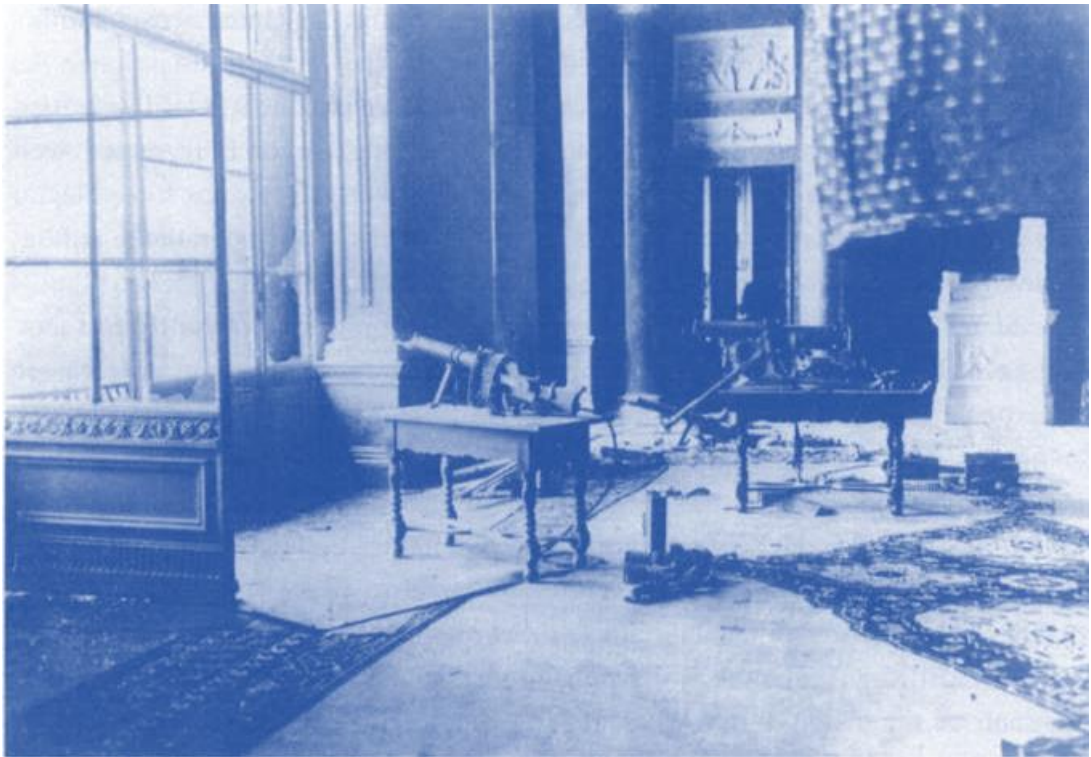
«Diese Lügennachricht peitschte die schon ausreichend revolutionär eingestellten Massen zu wilder Wut auf gegen uns, die wir angeblich den Bürgerkrieg entfesselt hätten. Das kommt auf das Konto von Herm Ebert und seines Doppelspielles gegenüber seinen bisherigen Freunden von der USPD!»²⁴⁵

Und 1934 im offenen faschistischen Jargon: «Und ‚wunderbar‘ ging die Drachensaat auf, die in den letzten Wochen gesät war. Vor den ‚Sperrketten‘ staute sich der Pöbel, von Sekunde zu Sekunde bedrohlich wachsend, knurrend und geifernd wie ein zum Sprunge bereites Raubtier (...) und in rasender Wut stürzte sich die losgelassene Meute, vielfach im Verein mit den ‚treuen Beschützern‘ der Regierung, auf unsere Truppe.»²⁴⁶

Die Aufgepeitschten – darunter auch zahlreiche MSPD-Anhänger sowie Angehörige der Sicherheitswehr des Polizeipräsidenten von Berlin, Emil Eichhorn (USPD) – durchbrachen die Absperrungen der Einheiten von Otto Wels, die nicht wussten, dass Pabsts Truppe im Auftrag der MSPD-Regierung handelte, und redeten auf die Geschützbesatzungen ein. Ganze Gruppen begannen zu meutern, weigerten sich weiterzukämpfen und verjagten ihre Offiziere.²⁴⁷ Aber auch mit Gewalt wurden Geschützbesatzungen von Arbeitern mit Gewehren entwaffnet.²⁴⁸ Während sich die Matrosen in Schloss und Marstall tapfer verteidigten, heulten in den Fabriken die Sirenen.²⁴⁹

Zur gleichen Zeit überschritt der Volksbeauftragte Emil Barth die Schwelle der Universität²⁵⁰ und stellte den «Gefechtsstand» der GKSD unter Hauptmann Pabst zur Rede. Es war dies die zweite Begegnung der beiden konträren Männer.

Pabst freute sich schon genüsslich darauf, Barth zu eröffnen, dass der Befehl «von seinen Freunden Ebert und Scheidemann» erteilt worden sei. Barth schrie ihn an: «Endlich sind Sie entlarvt. Ihr habt die Gegenrevolution begonnen.» Aber die Berliner Arbeiterschaft werde ihm die Quittung ausstellen. «Suchen Sie sich schon einen Latemenpfahl aus, an dem Sie hängen wollen!» Doch Pabst wies ihn darauf hin, dass sie «nur im Auftrage der gleichen Regierung, der er auch angehöre», handelten. Barth wurde kreidebleich, glaubte ihm nicht, denn er kam gerade vom Kriegsminister, der sich unschuldig und unwissend gegeben hatte. Wenn es aber stimme, schrie der entgeisterte



Maschinengewehre der Matrosen im Schloss

Barth, dann seien er und die anderen USPD-Regierungsmitglieder von Ebert hintergangen und belogen worden. Nachdem Barth mit Ebert telefoniert hatte, wusste er, dass dies tatsächlich zutraf. Für Barth bedeutete dies den Bruch. Er entfernte sich wütend in die Reichskanzlei.

Und Pabst freute sich: «Das aber war der Wendepunkt, den ich so heiss herbeigesehnt hatte»²⁵¹, sah Barth nach, vermied aber dabei, sich vor ein Fenster zu stellen, denn die Matrosen im Schloss hatten diese im Visier und schickten ab und an «Weihnachtspräsente» in Form von Gewehrkugeln hinüber.²⁵²

Währenddessen kamen die Militärs rings um das Schloss immer mehr ins Hintertreffen. Das Unternehmen geriet militärisch zum Desaster. Das Feuer musste vorübergehend eingestellt werden. 11 Matrosen und 56 Soldaten lagen tot auf dem Pflaster oder im Schloss. Als Parlamentäre der Volksmarinedivision bei Pabst auftauchten, teilte er diesen mit, dass die GKSD «bis zur letzten Patrone schießen und auch keinerlei Rücksicht auf Frauen und Kinder nehmen würde»²⁵³. Pabst erinnerte sich wohl der Methoden in Belgien.

Auch in seinem Bericht über das Misslingen der Schlosserstürmung schlug er vor, «andere» Saiten aufzuziehen: «Es muss im Bürgerkrieg einer Truppe gestattet sein, alle Ansammlungen rücksichtslos auf weite Entfernungen mit MG-Feuer zu verhindern. Kommen Menschenmassen, zumal mit Frau und Kind, erst dicht an die Truppe heran, ist Abrücken und Entwaffnen von Teilen im Gedränge gar nicht zu verhindern.»²⁵⁴

Doch Pabst war damit noch nicht am Ende seines militärischen Lateins. Für zukünftige Einsätze empfahl er nicht nur die Besetzung der Zeitungsredaktionen der *Freiheit* und der *Roten Fahne* wie auch der Fernsprechämter, sondern «die Verwendung von Reizgasen gegen Volksmenge, vielleicht auch von Flugzeugen, welche Schreckschüsse aus niedriger Höhe abgeben»²⁵⁵.

Im Übrigen hatte er schon an Heiligabend mit Gelbkreuz-Gasgranaten auf das Schloss schießen lassen, also chemische Kampfmittel gegen die eigenen Landsleute eingesetzt, was wohl in Europa eine Premiere sein dürfte – wie Rudolf Rotheit, kein Freund der Matrosen, berichtet: «Lange Zeit danach sah man hier noch die grüngelben Spuren von Gasgranaten, obwohl nachträglich bestritten wurde, dass mit solchen geschossen worden sei.»²⁵⁶

Aber Pabst wusste auch, dass er am 24. Dezember militärisch noch zu schwach war, ja in der Falle sass: «Es wäre an und für sich ein Leichtes gewesen, mit uns fertig zu werden.»²⁵⁷

Tatsächlich soll Pabst – laut Baakes Sekretär Oehme – als «geschniegelter eleganter Offizier in kniehohen glänzenden Lackstiefeln» in der Reichskanzlei erschienen sein und erzählt haben, «von den 6 Geschützen seiner Batterie seien bereits 4 ausser Gefecht gesetzt und befänden sich bereits in den Händen der Bevölkerung»²⁵⁸. Pabst bat in der Reichskanzlei dringend um Verhandlungen. «Sonst sei die Truppe verloren.»

Laut Oehme habe der kleine Offizier dabei leicht mit den Knien und den Lackstiefeln gezittert. Baake soll in diesem Moment einen cholerischen Anfall bekommen haben: «Sie wollen ein Offizier sein? Soldaten wollt ihr sein? Ihr seid die kläglichsten Militärbeamten, die mir je begegnet sind.» Pabst hätte daraufhin mit den Schultern gezuckt und geschwiegen, berichtete Oehme in seinem in der DDR geschriebenen Buch. Oehme verschwieg allerdings, dass er selbst laut des Kriegsministers Adjutanten Tagebuch noch sieben Tage vorher «sofortige militärische Massnahmen der Regierung» für «unerlässlich» hielt.²⁵⁹

Der USPD-Abgeordnete Georg Ledebour leitete inzwischen die Unterhandlungen. Ein «Abkommen» wurde geschlossen, das auch Pabst unterschrieb.²⁶⁰ Das Generalkommando Lequis musste abziehen, die Matrosen konnten im Marstall bleiben und der Auslöser der ganzen Aktion, Otto Wels, trat, körperlich unverletzt, aber nervlich zerrüttet, einige Tage später von seinem Posten als Stadtkommandant zurück. Sein Stellvertreter und Parteigenosse Anton Fischer übernahm – nach einem kurzen Versuch des Kriegsministers, den Major Reinhard (später ein hoher SS-Offizier) zu installieren – den Posten, den er noch geschickter auszufüllen gedachte als sein Vorgänger: Ein umfangreiches, bestbesoldetes Spitzel-System wurde von ihm aufgebaut (Grundgage: 15 Mark pro Spitzel und Tag, plus Spesen, sowie 300 Mark pro Information)²⁶¹.

Doch zurück zum Heiligen Abend. In der Regierung kam es inzwischen zu heftigen Auseinandersetzungen, die USPD-Volksbeauftragten Haase und Dittmann forderten

zusammen mit Barth von ihrem Ex-Parteigenossen Ebert eine Erklärung. Der bestritt, wie seine Genossen Scheidemann und Landsberg (der gleichzeitig über einen Krieg mit Polen nachdachte), den Angriffsbefehl gegeben zu haben. Das war schlicht die Unwahrheit, die er noch mehrmals wiederholte.²⁶²

Die darauffolgenden Tage gestalteten sich turbulent. Haase forderte nun, da es zu spät war, eine andere Militärpolitik von Ebert und vergass dabei, dass er diese Annäherung der MSPD an die Uniformierten selbst wochenlang nicht verhindert hatte. Gleichwohl hoffte Haase, den Zentralrat (alles MSPD-Mitglieder) auf seine Seite zu ziehen. Doch diese enttäuschten ihn. Hier rächte sich die Nichtbeteiligung der USPD an diesem Gremium. Um ihr Gesicht zu wahren, blieb Haase, Dittmann und Barth nichts anderes übrig, als das zu tun, was Liebknecht und Luxemburg schon seit Langem gefordert hatten, sie traten aus der Regierung aus. Und dies war ein Fehler.

Die OHL hatte militärisch zwar ein letztes Mal versagt, aber sie hatte politisch gewonnen. Es war, wie Pabst sich ausdrückte, «der Beginn einer reinlichen Scheidung»²⁶³ innerhalb der Sozialdemokratie. Der Bruch brachte für die MSPD den absoluten «Zwang zur Zusammenarbeit mit der OHL. Nach meiner Ansicht würde so lange keine Besserung der Verhältnisse möglich sein, als die vereinte Sozialdemokratie gegen uns stand.»²⁶⁴ Das war messerscharf geschlossen. Konterrevolution war gegen eine vereinigte SPD unmöglich. Der rechte Teil, oder zumindest seine Führung, musste schon mitmachen.

Der Versuch, «diese Matrosen abzumurksen»²⁶⁵, klärte die Fronten. Zum einen radikalisierte sich die Arbeiterschaft Berlins. Zum andern waren Groener und seine Offiziere befriedigt, «dass Ebert gezwungen war, sein Herz über die Barriere zu werfen, und sich der Säuberung Berlins mit der Waffe nicht mehr widersetzte»²⁶⁶. Ebert hatte endlich gespürt. Auch wenn man sich zurückziehen musste, auch wenn Major von Harbou meldete: «Truppen des Generalkommandos Lequis sind nicht mehr aktiv verwendungsfähig. Empfehle seine Auflösung.» Man hatte ja noch die im Aufbau befindlichen Freikorps, man hatte die GKSD und die würden sich von keiner Bevölkerung entwaffnen lassen, die würden jeden Befehl ausführen, den man ihnen gab und zwar mit Hass, Fanatismus und (prä-)faschistischer Gnadenlosigkeit.

Ein Konflikt zwischen Ebert, den anderen MSPD-Führern und einem rasch wachsenden Militärapparat auf der einen und grosser Teile der USPD, den Matrosen, den Arbeiter- und Soldatenräten, den revolutionären Obleuten und dem Spartakusbund unter Liebknecht und Luxemburg auf der anderen Seite war nun unvermeidlich. Grund dafür war die undemokratische Militär- und Wirtschaftspolitik der MSPD, ihr Hass auf alles Demokratische ausserhalb des Parlaments und damit verbunden die hysterische Bolschewismusfurcht. Das Beharren der andern auf einer «Rätemacht» beschleunigte nur diesen Prozess, es war nicht die Ursache.

Ebert entschloss sich also, den Mann kommen zu lassen, von dem er wusste, dass

er zur Sache gehen würde. Einer Sache, die zwar nichts mehr mit dem zu tun hatte, wofür die Sozialdemokratie Jahrzehnte gekämpft hatte, aber dafür das in die Tat umsetzte, was Wilhelm II. einst dem sozialdemokratischen «Gift» versprochen hatte: abknallen.

9. Das Bündnis Phase 4:

«Schiessen auf jeden, der der Truppe vor die Flinte kommt!»

Ebert und seinen Genossen in der Führungs-Oligarchie war schon seit Längerem klar, dass ihre Politik, die sämtliche Säulen des alten Kaiserreiches (Kapitalismus, Militär, Beamte) unangetastet liess und die diese Säulen allenfalls mit einem im «Notfall» mit Notverordnungen schnell beseitigbaren autoritären Parlamentarismus ergänzen wollte, auf grossen Widerstand nicht nur bei Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und dem Spartakusbund, sondern auch bei den revolutionären Obleuten in den Betrieben, bei den Matrosen, bei der USPD, den Arbeiter- und Soldatenräten und damit bei grossen Teilen der eigenen Anhänger stossen würde. Bislang war diese Politik durch geschickte Wortwahl («Revolution»), Versprechungen («Sozialismus») und Benutzung bestimmter Symbole (rote Fahne) den meisten eigenen Anhängern noch nicht deutlich geworden. Nun aber hatten Ebert, Landsberg und Scheidemann zumindest in einem Punkt, nämlich der Militärpolitik, ihre antirevolutionäre Haltung offenbart. Die Kanonen, die auf die Matrosen geschossen hatten, hatten auch auf die Beschlüsse des Rätekongresses zur Demokratisierung des Militärs gefeuert, waren auch auf die eigenen Parteigenossen gerichtet.

Einerseits war klar, dass damit der von Major von Schleicher im Auftrag der OHL geforderte, von Pabst herbeigesehnte – und, wie Scheidemann zugibt, auch von ihnen seit Ende November betriebene – Bruch mit den USPD-Regierungsmitgliedern²⁶⁷ da war und dass die Unabhängigen endlich die gegenrevolutionäre Militärpolitik der MSPD erkennen mussten und sich – moralisch wie sie waren – freiwillig aus der Macht verabschieden würden.

Andererseits war für Ebert und seine Führungsriege aber auch klar, dass sie ihre gegenrevolutionäre Haltung in anderen Dingen (die sie gegenüber den alten Herrschenden längst offenbart hatten), besonders ihren Wunsch nach Erhalt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, nicht mehr lange würden tarnen können. So hatte der spätere Reichskanzler Bauer (MSPD) schon in der Sitzung am 21. November erklärt: «Die Schwätzerei von der sofortigen Vergesellschaftung müsse sofort aufhören.»²⁶⁸

Dagegen vertrat man nach aussen immer noch anderes. So hatte Ebert noch in seiner



Ebert und Noske

Rede vor der Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 6. Februar 1919 versprochen: «Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Länder den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten.» Was Sozialismus für die völkische MSPD bedeutete, hatte er allerdings gleich mitgeliefert: «Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität.» Es war hier keine Rede von Freiheit und Gleichheit. Denn die stehen für «Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung»²⁶⁹. Emotional aufgeladen wurde das Ganze durch ihre Bolschewismuspsychose, ihre Angst vor den eigenen Massen und vor der totalen Umwälzung wie in der Sowjetunion – wobei die Angst vor den terroristischen Methoden der Bolschewiki den geringsten Teil davon ausmachte. Denn wie Rintelen nachgewiesen hat, war der Antibolschewismus der völkischen MSPD um Ebert, Bauer, Heine und Noske

schon längst vor dem Terror der Bolschewiki erfunden worden.²⁷⁰

Objektiv hiess das: Wenn sie ihre Politik weitertreiben wollten – und das wollten sie ohne Wenn und Aber und zur Not auch gegen die eigenen Arbeitermassen –, mussten sie nun ihr «Parteiprogramm» ändern.

2. Weihnachtstag 1918: Zwei Tage nach dem Granatenangriff auf das Schloss rief Ebert seinen Freund Gustav Noske in Kiel an: «Komm sofort her, ich muss mit dir reden.» Und der Militärexperte der MSPD kam²⁷¹, brachte einen Konteradmiral, seine Erfahrungen im Täuschen der revolutionären Massen, aber vor allen Dingen seine Erfahrungen im Aufstellen von antirevolutionären Offiziersbrigaden mit.

Am selben Tag gab es eine geheime Besprechung der OHL in Kassel.²⁷² Schleicher berichtete nochmals über die «Schlappe» vor dem Schloss. Groener gab aber nicht der GKSD die Schuld, da diese für die Aufgabe gut vorgebildet gewesen sei durch «Rednerschule, Vorträge von Politikern im Civilrock, intensive richtige Aufklärung. Erfolge z.B. Abwehr Liebknechts.» Nochmals lamentierte er über den gescheiterten Truppen-einzug, beklagte die «Eifersucht» zwischen Kriegsminister und Lequis und konstatierte, «Ebert hätte einen tatsächlichen Erfolg gerne hingenommen, scheute sich aber vor verantwortlichen Anordnungen».

Schleicher kündigte die Versammlung von Freikorps ausserhalb Berlins an und lobte Pabst (hier fälschlicherweise als von Pape bezeichnet) für seine Stimmungshebung der GKSD.

Tags darauf um 16 Uhr traf sich Kriegsminister Scheüch (längst wieder in Uniform) mit Pabst und seinem Kommandeur von Hofmann.²⁷³ Hier dürfte es auch zur ersten Begegnung von Noske und Pabst gekommen sein. Denn um 17 Uhr, so schrieb es der Adjutant des Kriegsministers Hauptmann Böhm in sein Tagebuch, trafen die Sozialdemokraten Noske, Heine und Baake (jener Freund aus Eberts Umgebung, dem vermutlich Schleicher den Rat zum Herbeiführen des nun erfolgten Zwistes mit der USPD erteilt hatte) im Kriegsministerium ein. Ob sich Pabst und Noske die Klinke in die Hand gaben, oder ob Pabst bei der Besprechung mit den Sozialdemokraten schon dabei war, ist unklar. Aber auch wenn Pabst bei dieser Besprechung noch aussen vor war, so ist den Zitaten zu entnehmen, dass neben dem Bündnis Ebert/Groener nun zumindest geistig der Pakt Noske/Pabst geschlossen war.

Böhm beschrieb in derselben Eintragung Heine und Noske als «die zwei Hauptstützen der Sozialdemokratie», denn sie «sprechen im Sinne einer starken und tatkräftigen Politik». Noske sei bereit, die Regierung mit «seinen Kieler Matrosen», womit selbstverständlich nicht die Volksmarinedivision, sondern die «Eiserne Brigade» aus Deck- und Unteroffizieren gemeint war, «herauszuhauen»²⁷⁴. Wir wissen, dass Pabsts Freunde Pflugk-Hartung und Canaris (Noskes Adjutant) noch mehr Marine-Offiziersfreikorps in Bereitstellung hatten.

Böhm berichtete weiter, Noske habe «die stärkste einsatzfähige Macht hinter sich». Zehn Jahre später in einem Brief an den österreichischen Bundeskanzler Seipel sagte Noske auch, wen er damit meinte: Pabsts GKSD.²⁷⁵

Auch die übrigen Freikorps waren fertig aufgestellt, und die OHL liess sie für den Sieg «nach Zossen und Döberitz rollen»²⁷⁶.

Und Noske verkündete das neueste «Programm» der MSPD, das das Motto von vor drei Wochen, «Gewalt, einerlei von wem sie angewandt wird, ist immer reaktionär» (Ebert), ablöste. Der Adjutant des Kriegsministers frohlockte: «Noske trat sehr energisch dafür ein zu schießen, wenn sich dies zur Wiederherstellung der Ordnung als notwendig erweisen sollte, und zwar auf jeden, der der Truppe vor die Flinte läuft. Ohne Blut sei die Sache eben nicht zu machen.» Die Zeit der «Kompromisse» war vorbei und die «Bürde» wich den Verlockungen der Macht, auch wenn man dabei die eigene Wählerschaft etwas reduzieren musste.

Noske unterschied sich also in seiner militärischen Taktik in keiner Weise von der seines jetzt zum Kompagnon aufgestiegenen Hauptmann Pabst, der ja vier Tage vorher empfohlen hatte, rücksichtslos – auch gegen Frauen und Kinder – mit MG-Feuer vorzugehen. Böhm ergänzt: «Heine stimmte dem zu.» Weitere Zustimmung, etwa die eines anderen Parteigremiums oder gar Parteitages, war offensichtlich nicht nötig.

Bei der Bekämpfung des «Bolschewismus» und der «Unabhängigen» war Demokratie «mit erfrischender Deutlichkeit»²⁷⁷ nicht mehr gefragt.

29.12.1918: Der Kriegsminister bestätigte entgegen den Behauptungen Eberts, «dass es sich bei der Besprechung des militärischen Eingreifens nicht allein um die Befreiung von Herm Wels gehandelt hat, sondern auch um die Entfernung der Matrosen.»²⁷⁸

Am Nachmittag traten dann die Unabhängigen erwartungsgemäss aus Protest gegen die Militärpolitik der MSPD aus der Regierung aus und vergaben damit die letzte Möglichkeit der Einflussnahme. Noske konnte nachrücken. Gleichzeitig verkündeten die nunmehr alleinigen Herren in der Reichskanzlei an die Adresse ihrer Anhänger, aber entgegen ihrer Absicht, «die Volkswehr mit allen Mitteln zu fördern»: «Alles für die Revolution, alles durch die Revolution» – Sätze, deren Inhalt sie insgeheim verabscheuten.

Pabst marschierte mit der GKSD nach der Auflösung des Kommandos Lequis wieder in den Westen Berlins, genauer den Südwesten, nach Teltow. Er verstärkte nochmals seine Anstrengungen, aus der Truppe ein kampfstarkes konterrevolutionäres Freikorps zu machen, und verhinderte auch die «Kündigung» seiner «besten Männer»²⁷⁹.

Pabst hielt auch selbst Vorträge. Es komme darauf an, «Deutschland wieder handlungsfähig zu machen», und er verschaffte sich Flammen- und Minenwerfer für den Strassenkampf.

Um Neujahr herum bekam er Besuch von Groener, für den er keine Sympathien hegte, weil er ihn für zu lasch und «süddeutsch demokratisch» hielt. Als Groener ihn nach seinen Erfahrungen mit «Vertrauensräten» fragte, gab Pabst zu, dass er seinen Befehl damals missachtet habe und dass sich keine Vertrauensräte freiwillig gebildet hätten, sondern dass er sie schliesslich habe kommandieren müssen, als es nicht mehr zu vermeiden gewesen wäre. Über das «revolutionäre» Agieren dieser «Vertrauensräte» wurde schon berichtet. Pabst und Groener redeten offensichtlich aneinander vorbei. Groener sprach vom unpolitischen Offizier, der zukünftig die Politik den Parteien überlassen sollte. Das war nicht in Pabsts Sinn.

Später würde Groener genau wegen Pabst in sein Tagebuch schreiben: «Die Offiziere müssen wieder gehorchen lernen und von der ... Politik die Finger lassen. Politik dürfen nur Wenige treiben.»²⁸⁰

10. Der Januaraufstand und das Duo Pabst/Noske – «Nie hat so viel für die Menschheit auf dem Spiel gestanden!»

Rosa Luxemburg verkündete am 31. Dezember 1918 auf dem Gründungsparteitag der KPD das Spartakusprogramm, in dem es u.a. hiess: «In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergiessen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufstei-

genden Massen. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie hasst und verabscheut den Menschenmord.»²⁸¹

Dagegen hatte noch am selben Tag ihr späterer Biograf Paul Frölich und noch späterer SPD-Heimkehrer Schwerwiegendes einzuwenden, denn: «Zunächst bedeutet diese Fassung eine scharfe Kritik an der Taktik der Bolschewiki, die erklärt haben: jawohl, wir müssen zum Terror greifen.»²⁸² Also plädierte Frölich im weiteren Verlauf dafür, in bestimmten Fällen Terror auszuüben und bat um Streichung dieses Abschnitts aus dem Programm. Was nicht geschah.

Während sich die Kommunisten noch stritten, was Terror ist und welche Form davon in bestimmten Fällen erlaubt sei, war die MSPD schon weiter. Sie würde mit den Freikorps, mit der OHL und mit Pabst Terror ausüben, und zwar ohne ihre Wähler oder Parteigenossen an der Basis zu fragen.

Am 3. Januar 1919 suchten die Befehlshaber der Eisernen Brigade, darunter der Kapitän zur See Roehr aus Kiel, Noske auf und boten sich als künftige Aufstandsunterdrücker an. Sie bekamen von Ebert unterzeichnete Ausweise. In einer Besprechung mit Pabst forderte dieser die Brigade auf, so schnell als möglich nach Berlin zu kommen – was am 9. Januar geschah. Oberst von Roden erhielt den Oberbefehl über dieses Freikorps. Es schloss sich Pabsts GKSD an und kam nach Teltow.²⁸³

Am gleichen Tag unterstellte sich das einzige in der Innenstadt befindliche Freikorps, das Freikorps Reinhard mit der Suppe-Truppe, der GKSD.

4.1.1919: Ebert und Noske besichtigten ihre Freikorps in Zossen vor Berlin. «Sie waren freudig erstaunt, wieder ‚richtige Soldaten‘ vor sich zu sehen. Als sie die Truppen von allen Seiten mit klingendem Spiel in fester, strammer Haltung heranrücken sahen, beugte sich Noske zu Ebert herab und sagte: ‚Sei nur ruhig, es wird alles wieder gut werdens»²⁸⁴

Man bebte der «Stunde der Abrechnung» entgegen, wollte den «Bolschewismus», den man schon vorher erfunden hatte, ausrotten und brauchte nur noch einen Anlass.

Der bot sich am gleichen Tag, wurde sozusagen provoziert.

Der Auslöser der Januarkämpfe war ziemlich lächerlich, als Person und als Grund. Er hiess Eichhorn, war Polizeipräsident und Mitglied der USPD. Nach Graf Kessler «eine Figur aus einer Offenbach’schen Operette»²⁸⁵. Die MSPD wollte ihn loswerden, hatte er doch mitgeholfen, die Kanonade der Volksmarinedivision zu beenden. Doch er weigerte sich zu gehen. Der Stadtkommandant Fischer musste mit seinem MSPD-Nachfolgekandidaten wieder aus dem Polizeipräsidium abziehen.

Da die USPD schon so viele Machtpositionen umstandslos geräumt hatte, musste diese Widerspenstigkeit verwundern.²⁸⁶ Warum gerade er? Und vor allen Dingen, warum löste dies so viel Empörung aus? Einerseits hatte sich Eichhorn als Beamter nichts

zuschulden kommenlassen. Andererseits war seine Absetzung der Tropfen, der das revolutionäre Fass überlaufen liess. Die Massen waren von Ebert et al. enttäuscht. Wie Graf Kessler einen Diskutanten an der Schlossbrücke während der Weihnachtskämpfe rufen hörte: «Die Regierung habe jetzt genug geredet, endlich solle sie mit dem Sozialismus Ernst machen.»²⁸⁷ Stattdessen kam ein anderer Ernst, der von der MSPD neu eingesetzte Polizeipräsident Eugen Ernst. Der «pfeife seine Schutzleute an wie Blücher»²⁸⁸. Und hat dann später noch ganz andere Töne von sich gegeben.

Jedenfalls wurde gegen Eichhorns drohende Entlassung zur Demonstration aufgerufen. Nach Paul Levi hatte die Führung der frisch gegründeten KPD am Abend des 4. Januars in der Ansicht übereingestimmt, dass es momentan sinnlos sei, die Regierung anzustreben, da eine solche Regierung nicht länger «als 14 Tage zu leben gehabt»²⁸⁹ hätte.

Die Stimmung auf einer Versammlung der Revolutionären Obleute²⁹⁰ (der linken Basis der USPD) in der gleichen Nacht war dagegen unsicher. Man wusste nicht, wie viele dem Aufruf zur Protestaktion am Sonntag, dem 5. Januar, folgen würden. Deswegen wurde nicht zum Sturz der Regierung Ebert aufgerufen. Auch der Plan der Versammlung, die Regierung eventuell zu verhaften, also zu putschen, wurde nach der Ablehnung Dörrenbachs (von der Volksmarinedivision) aufgegeben.

Der Ablauf der nun folgenden Ereignisse konnte erst durch neueste Forschungen von Ottokar Luban aufgedeckt werden.²⁹¹ Es war eine revolutionäre Achterbahnfahrt.

Am Sonntag, dem 5. Januar, gab es Protestdemonstrationen «unter starker Beteiligung der Berliner Arbeiterschaft»²⁹². Vor dem Eichhom'schen Polizeipräsidium «staute sich eine dichte Menschenmenge, alle Elektrischen standen»²⁹³. Liebknecht sprach.

«Er redet wie ein Pastor, mit salbungsvollem Pathos, langsam und gefühlvoll, die Worte singend. Man sah ihn nicht, weil er aus einem verdunkelten Zimmer sprach, man verstand nur einzelne von seinen Worten, aber der Singsang seiner Stimme tönte über die lautlos lauschende Menge, bis weit hinten in den Platz. Am Schluss brüllte alles im Chore ‚Hoch‘, rote Fahnen bewegten sich, Tausende von Händen und Hüten flogen auf.»²⁹⁴

Andere Redner forderten, nach Pieck, auf, «es mit den Demonstrationen an diesem Tage genug sein zu lassen»²⁹⁵, aber am nächsten Tag wieder zu erscheinen.

Trotzdem besetzten einige hundert bewaffnete Demonstranten die verhassten «Hetzblätter» *Vorwärts*, *Berliner Tagblatt*, die Verlagshäuser Scherl, Mosse, Ullstein und das Wolffsche Telegrafienbüro, eine Nachrichtenagentur, die auch mit Pabsts Propagandaabteilung, mit Grabowsky, zusammenarbeitete.

Militärisch gesehen waren diese spontanen Besetzungen völlig unsinnig, aber sie

wurden ja auch gar nicht aus einer bestimmten Strategie heraus vorgenommen. Sie entstanden aus purer Empörung.

Während Rosa Luxemburg in ihrem Artikel in der *Roten Fahne* noch relativ zurückhaltend war und hoffte, dass die Massen die reale Macht seien und den aufrechten Gang übten, gleichzeitig aber prophezeite, dass Ebert und Scheidemann «ihr Schwert schleifen, um die Revolution zu überrumpeln, zu meucheln»²⁹⁶, verhandelten Wilhelm Pieck und Karl Liebknecht in der Nacht zum 6. Januar, wohl beeindruckt von der massiven Beteiligung der Arbeiter an den Protesten, mit Dorrenbach. Der war nun bereit, die Regierung zu verhaften. Doch die Verhaftung erfolgte nicht. Der Putsch²⁹⁷ oder die zweite Revolution²⁹⁸, je nach Interpretation Scharrers oder Lubans (beide übrigens SPD), unterblieb.

Am 6. Januar war die Empörung noch grösser. Auf den Strassen versammelten sich Hunderttausende. Die nicht eingelösten Versprechungen der MSPD-Regierung hatten beim Berliner Proletariat viel Wut hinterlassen. Eine solche Massenbewegung hatte niemand erwartet.

Und tatsächlich schien es so, als würde der revolutionäre Funke wie am 9. November erneut zünden und zwar in ganz Deutschland, diesmal in Richtung auf eine soziale Revolution. Auch in Braunschweig, Dortmund, Düsseldorf, Nürnberg und Delmenhorst wurden Zeitungen, ja teils Rathäuser und Banken besetzt. Auch das *Hamburger Echo*, nach der *Chemnitzer Volksstimme* das zweite Zentralorgan der völkischen MSPD, wurde okkupiert. Im Ruhrgebiet kam es zum Generalstreik. In Düsseldorf nahm der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht in die Hand. In Bremen wurde die Räterepublik ausgerufen. Auch in Leipzig, Dresden und Stuttgart kam es zu heftigen Zusammenstößen.²⁹⁹

Die unübersehbaren Massen auf der Strasse hinterliessen vor allem in Berlin den Eindruck einer zweiten Revolution. Mit Bolschewismus hatte das allerdings wenig zu tun, denn eine kleine, kampfkraftige, zu allem entschlossene – aber zur Not auch geschickt zurückweichende – Kader-Partei, wie die Lenins, eine Partei, die den Krieg, den Bürgerkrieg wollte, existierte nicht in Deutschland.

Es war eine ungeführte Massenbewegung, eine wie 1905 in Russland, eine, wie sie sich Rosa Luxemburg gewünscht hatte.

«Was am Montag sich in Berlin zeigte, war vielleicht die grösste proletarische Massentat, die die Geschichte je gesehen hat»³⁰⁰, meinte Levi zu diesem inzwischen fast vergessenen Kapitel deutscher Geschichte. Aber er war damit nicht allein.

«Man sieht eine ungeheure Menschenmenge aufgereiht stehen: Spartakus und die Unabhängigen», schreibt der Ausnahme-Garde-Kavallerieoffizier und Freigeist Graf Kessler. Er stellt ebenfalls fest: «In der Tat handelt es sich heute um Weltgeschichtliches (...) Nie seit den grossen Tagen der Französischen Revolution hat so viel bei den Strassenkämpfen in einer Stadt für die Menschheit auf dem Spiel gestanden.»³⁰¹

Die «Ebertianer» hatten ihre Anhänger ebenfalls mobilisiert und als Schild und Schutz der Partei vor der Reichskanzlei platziert – was nicht nötig gewesen wäre, denn das Freikorps des Unteroffiziers Suppe, eine schwerstbewaffnete Unterabteilung des Freikorps Reinhard, das wiederum der GKSD unterstand, hatte die Volksmarinedivision seit den Weihnachtskämpfen als Wache abgelöst und war nun Eberts aggressive Leibwache.³⁰² Wie Reinhard später versicherte, hatte Suppe hinter Weihnachtsbäumen auf dem Balkon des Reichskanzlerpalais Maschinengewehre verstecken lassen, die bei einer Erstürmung in die Menge schiessen sollten.³⁰³

Die Ebert-Anhänger vor der Reichskanzlei wären dabei sicherlich durch «friendly fire» in Mitleidenschaft gezogen worden. Sie waren jedenfalls als Demonstranten in der Minderheit. Luban schätzt 200'000 Regierungsgegner gegen einige Tausend oder Zehntausend Ebertianer. Doch auch sie hatten das Credo ihres Volksbeauftragten Ebert, «Gewalt, einerlei von wem sie angewandt, ist immer reaktionär»³⁰⁴, nun längst vergessen und schützten ihren Ebert auf ihre Weise.

«Ich sehe einen zarten blonden Jungen laufen, verfolgt von einer Menschenmenge; sie umringen ihn, er bekommt den ersten Faustschlag. Noch immer läuft der blonde Kopf, das atemlos rote Knabengesicht zwischen Fäusten und Stöcken. Man schreit überall: ‚Der junge Liebknecht, Liebknechts Sohn!‘ Jetzt stolpert er, verschwindet unter einer siedenden Menschenmasse. Ich habe den klaren Eindruck, jetzt schlagen sie ihn tot. Guttman³⁰⁵ klammert sich an mich: ‚Helfen Sie, helfen Sie, sagen Sie den Leuten, dass sie ihn nicht totschiessen!‘ Plötzlich taucht er wieder auf, blutig, mit zerfetztem Gesicht, aufgedunsen, gestützt und gehalten von Spartakusleuten, die blitzschnell herangelaufen sind und ihn herausholen.»³⁰⁶

Auch auf eine Kutsche haben es die Ebert-Verteidiger abgesehen, in der Liebknecht vermutet wird. Es ist aber nur ein «alter Bourgeois», der malträtiert wird und nun auch noch von «Spartakus» gerettet wird.

Ebert und Noske blieben trotzdem nicht in der Reichskanzlei, sondern übernachteten bei ihren Freunden, den Gebrüder Sklarz, die auch das vom *Vorwärts*-Redakteur Kuttner frisch gegründete Regiment Reichstag unterstützten.³⁰⁷

In diesem MSPD-Freikorps, das freilich von kaiserlichen Offizieren befehligt wurde und mit Demokratie und Republik wenig zu tun hatte, wirkte auch der Schwiegersohn Scheidemanns, Fritz Henk, der Gerüchte über hohe Kopfgelder, ausgesetzt von Scheidemann, auf Liebknechts Ergreifung verbreitete und ihn damit vogelfrei machte.³⁰⁸

Pieck, Liebknecht sowie Ledebour vom linken Flügel der USPD wie auch die revolutionären Obleute glaubten dagegen an jenem Tag, wegen der Überzahl ihrer Anhänger, es habe tatsächlich die zweite Phase der Revolution begonnen. Man tagte, Dorrenbach von der VMD versicherte, die Berliner Garnisonen würden auf ihrer Seite stehen.³⁰⁹ Warnungen von Richard Müller (ebenfalls USPD, er trug in der völkischen

MSPD den Spitznamen Leichen-Müller, weil er einmal gesagt hatte: «Der Weg zur Nationalversammlung führt nur über meine Leiche») wurden in den Wind geschlagen.

Im Bewusstsein einer neuen Massenbewegung, diesmal nicht gegen Kaiser und Krieg, sondern gegen Militarismus und MSPD-Oligarchie, setzte man eine Erklärung auf und die Regierung Ebert-Scheidemann ab.

Luban ist aufgrund seiner Forschungen sicher, dass es sich spätestens zu diesem Zeitpunkt nicht mehr um einen Putsch handelte, vielmehr sei der Versuch der Übernahme der Regierung «der Ausfluss einer gewaltigen Massenbewegung der eindeutigen Mehrheit des Berliner Proletariats» gewesen. Das heisst, «diese Massnahmen und auch die Erklärung zum Regierungsumsturz besaßen genauso wie der Regierungsumsturz am 9./10. November 1918 in Berlin ihre revolutionäre Legitimation»³¹⁰.

Gleichwohl stellte man sich dilettantisch an. Ein Trupp Matrosen wurde mit obiger Erklärung gegen Sonntagmittag in das Kriegsministerium entsandt. Doch am Tor machte ein Offizier, Leutnant Hamburger, der «Gehilfe» der «Unterschreibmaschine» Göhre (MSPD), die «Blaujacken» darauf aufmerksam, dass die Unterschrift auf dem Dokument fehlte und sie sich diese doch bitte zuerst holen sollten. Der Anführer zog ab, liess seine Matrosen warten und ging heim, statt die Unterschrift beizubringen. Also entfernten sich die Matrosen nach Anstandsfrist ebenfalls Richtung Heimat.³¹¹

Auch in der Nacht scheitert ein erneuter Versuch der Besetzung des Kriegsministeriums, wie der Adjutant des Kriegsministers berichtet. Er habe «wild aussehende Burschen, keiner älter als 22 Jahre alt», nach ihrer Legitimation gefragt und die hätten nochmals die berühmt-berüchtigte Erklärung vorgewiesen. Hauptmann Böhm gab sich unwissend. Von der neuen Regierung Liebknecht-Ledebour sei ihm nichts bekannt.

Das Kriegsministerium – wer sonst – müsse jedoch im Auftrag der bisherigen Regierung den Truppenrückmarsch aus «Feindesland» weiter organisieren, habe sich laut Anordnung der Ebert-Regierung politisch neutral zu verhalten und sowieso kein Militär im Haus. Den «unternehmungslustig aussehenden Spartakisten» kam das «komisch» vor. «Ich wisse anscheinend noch nicht, dass wir Revolution hätten.»

Des Kriegsministers Adjutant schlug vor, die Besetzung des Kriegsministeriums doch erst mal zu unterlassen und sie noch mal mit der neuen Regierung Ledebour zu besprechen. Er stellte ihnen einen Kraftwagen zur Verfügung. Die jungen «Spartakisten» waren vermutlich noch nie in ihrem Leben Auto gefahren und willigten ein. Des Kriegsministers Chauffeur fuhr sie daraufhin «geradewegs zu einer Ebert-Wache, wo sie festgenommen wurden»³¹².

Eichhorn hatte sich inzwischen mit seiner Sicherheitswehr im Polizeipräsidium am Alexanderplatz verschanzt. Militärische Angriffe machten die bewaffneten Arbeiter an diesem Tag auf das Proviant-Amt und die Kaserne eines Pionier-Bataillons.³¹³ Reichs-

druckerei und Eisenbahndirektion wurden besetzt, der Schlesische Bahnhof ohne Bahnsteigkarte, aber ziellos erobert. Der Anhalter und Potsdamer Bahnhof folgten.³¹⁴ Gleichwohl hatten solche Besetzungen weitaus strategischeren Charakter als die Zeitungsokkupationen.

Am Dienstagnachmittag, dem 7. Januar, wurde dem Revolutionsausschuss die Botschaft übermittelt, dass sich die Berliner Truppen (inkl. der Volksmarinedivision, die ihrem Führer Dorrenbach das Vertrauen entzog) neutral verhalten würden. Man hatte sogar den Revolutionsausschuss aus dem Marstall geworfen und beschimpft.

Rosa Luxemburg schimpfte ebenfalls, als sie (am 14. Januar, einen Tag vor ihrer Ermordung) von den Handlungen des Revolutionsausschusses hörte, und hielt Liebknecht das Absetzungsdokument vor die Nase: «Karl, ist das unser Programm?»

Bislang glaubte man, Rosa Luxemburg habe diese kritische Position intern von Anfang an und bis zum Schluss vertreten, aber nach aussen hin in ihren Artikeln in der *Roten Fahne* der Bewegung die Unterstützung nicht versagt. Tatsächlich verhielt es sich aber so, dies belegen die Forschungen von Luban, dass Luxemburg einen Tag später, am 7. Januar, unter dem Eindruck der erneuten Massendemonstrationen – die Schiessereien nahmen auch zu – umschwenkte und die nun auch von ihr angenommene revolutionäre Bewegung mit trug. Dies macht ein von Luban entdeckter Bericht Wilhelm Piecks klar, der von der KPD in der Weimarer Republik und auch zu DDR-Zeiten – um die Rolle der KPD zu beschönigen, nur verstümmelt – veröffentlicht wurde.

Luxemburg machte also auch bei Liebknechts Vorantreiben der Revolution, dem fälschlicherweise als puren Spartakus-Aufstand titulierten Revolutionsversuch mit!

«Die Genossen Luxemburg und Jogiches [ihr langjähriger Lebensgefährte, K.G.] drängten auf eine entschlossene Kampfesführung.» Lubans Entdeckung wirkt nachgerade sensationell. Liebknecht war zu diesem Zeitpunkt also keinesfalls isoliert, wie dies Paul Levi (der kurzzeitige Lebensgefährte Luxemburgs und kurzzeitiger KPD-Vorsitzende) später behauptet hat. Luxemburg und die gesamte KPD-Führung unterstützten ihn. Nur so sind auch ihre im Ton sehr scharfen Artikel, besonders der vom 8. Januar 1919, «Versäumte Pflichten», zu verstehen, in der sie die Regierung Ebert-Scheidemann hinweggefegt sehen wollte und u.a. vor Verhandlungen mit ihnen warnte, da dies «von den Ebert-Leuten ausgenutzt wird, um die brutalsten Gewaltmassnahmen vorzubereiten».

Dies war tatsächlich der Fall. Schon am Morgen des 6. Januar sollte – in Eberts Arbeitszimmer – Generalleutnant von Hofmann, Pabsts herzkranker Chef, «der mit einigen Formationen nicht weit von Berlin war», zum Oberbefehlshaber aller Freikorps gemacht werden. Damit wäre faktisch Pabst selbst zum Exterminator ernannt worden. «Dagegen wurde eingewendet, dass die Arbeiter gegen einen General die grössten Bedenken hegen würden.»³¹⁵

Also musste aus Gründen der Tarnung Noske zum Oberbefehlshaber gemacht werden. Der durch das «Augusterlebnis 1914» vom Linken zum sozialimperialistischen Rechten gewandelte Konrad Haenisch, am 6. Januar 1919 preussischer Kulturminister (MSPD), berichtet als Augenzeuge, Ebert habe gesagt: «Ich schlage vor, den Genossen Noske mit unbeschränkter Vollmacht zur Wiederherstellung der Ordnung zu betrauen.»³¹⁶ Unbeschränkte Vollmacht hiess Militärdiktatur ohne Schranken irgendeines Gesetzes. Und Noske verstand diese Order seines Freundes. Eine bis dato beispiellose Blankovollmacht wurde ihm ausgestellt. Ihm wurde erlaubt, «alle notwendigen Mittel anzuwenden»³¹⁷.

Noske nahm die Vollmacht entgegen (las sie nie, wie er offen zugab) und sagte seine berühmtesten Worte: «Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!»³¹⁸ Die Freikorps wurden damit offiziell Noske unterstellt und das Generalkommando Lüttwitz als oberste Bürgerkriegsbehörde aus der Taufe gehoben. Die wichtigste Kerntuppe, «die treibende Kraft»³¹⁹, war Pabsts GKSD.

Noske zog sich sodann mit seinen militärischen Verbündeten in das Ex-Mädchenstift in Dahlem zurück, in das Pabst schon um die Jahreswende seinen Stab hatte legen lassen. Lüttwitz drückte es später unnachahmlich aus: «Am 6. Januar 1919 wurde mir Noske überstellt. Da er keinen eigenen Stab hatte, arbeitete er mit meinem und so trat er in enge Beziehung mit mir.»³²⁰

Über eine andere enge Beziehung berichtete Noskes Mitarbeiter Canaris Jahre später: «Pabst erfreute sich des Wohlwollens und des Vertrauens des damaligen Reichswehrministers.»³²¹ Pabst arbeitete unermüdlich und kam keinen Tag vor 23 Uhr aus «dem Büro». Noske mühte sich sogar noch eine Stunde länger im Kampf gegen die Novemberrevolution.³²²

Der Pakt Noske/Pabst war nun auch offiziell geschlossen. «Ein Arbeiter stand an der Spitze der republikanischen Truppen», und Pabst war sein rühmlichster Helfer, oder wie es Graf Kessler ausdrückte: der, der ihn wie einen Bären am Nasenring führte. Der grosse Schlag, der Angriff wurde vorbereitet.

Am 6. Januar nachmittags (während der missglückten Besetzung des Kriegsministeriums) verhandelten die USPD in Person Breitscheids und Kautskys (auf Initiative Bernsteins³²³) sowie der ehemalige Volksbeauftragte Dittmann mit ihren ehemaligen Regierungskollegen Ebert, Scheidemann, Landsberg sowie Wissell (Noske fehlte, da er in Dahlem Besseres zu tun hatte) über den Abzug der Zeitungsbesetzer.

Und Ebert, der am Morgen des 6. Januar, als Noske zum Oberbefehlshaber gemacht worden war, noch recht kleinlaut wirkte, «freudige Verhandlungsbereitschaft»³²⁴ gezeigt und wohl nun auch erwartet hatte, dass die soziale Revolution – die er so fürchtete – über ihn hinwegschwappen würde, dieser Ebert war nun, da er seinen Freund Noske

und dessen rührigen Helfer bei der Arbeit wusste, weniger zugänglich. Trotzdem verkündete er offiziell: «Es ist uns eine Gewissenssache, Gewalt lediglich zur Abwehr von Gewalt anzuwenden. Auf diesem Standpunkt bleiben wir stehen. Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen.»³²⁵

Auch hier wieder ein pazifistisches Credo, das zwar nicht mehr lautete, jede Gewalt sei reaktionär, aber doch versicherte, man werde nicht angreifen. Dies zum Zeitpunkt, wo Noske, Pabst und andere längst anderes planten und das der GKSD unterstellte³²⁶, aus einer Kaserne in Moabit heraus agierende Freikorps des späteren SS-Obergruppenführers Reinhard³²⁷ schon längst mit Maschinengewehren in die Menge feuern liess³²⁸.

Am 8. Januar war die Luft schon heraus aus der zweiten Revolution. Wirres Agieren des Revolutionsausschusses wie auch «dürftige» Vorschläge Rosa Luxemburgs zum Handeln und das schnelle Erlahmen der Massenaktionen wirkten deprimierend.

Es fehlten auf der Linken auch «Männer» wie Noske, der versicherte, wenn «zielklare Führer» wie er und nicht «Schwadronneure» die «Scharen» angeleitet hätten, hätte man «Berlin in der Hand gehabt»³²⁹.

Rosa Luxemburg und vor allem Leo Jogiches plädierten nun für einen Rückzug aus den Revolutionsgremien, die sich spontan gebildet hatten.³³⁰

Karl Radek, dessen kleiner selbst organisierter Geheimdienst aus ehemaligen russischen Kriegsgefangenen den Noske/Pabst'sehen Kommandostab in Dahlem, wo «Automobile und Radfahrer» hin- und zurückfuhren, schon ausfindig gemacht hatte³³¹, war entschieden für den Abbruch des seiner Meinung nach nicht – wie im Spartakusprogramm gefordert – von der Mehrheit der Arbeiter getragenen Aufstandes³³², Paul Levi und andere, wie das Ehepaar Dunker, waren der gleichen Meinung. Die einzigen in der KPD-Leitung, die weitermachen wollten, waren Liebknecht und Pieck. Es kam fast zum Bruch in der KPD.

Inzwischen fühlte sich die Regierung dank Noskes Mobilmachung stark genug, mit den Revolutionären Schluss zu machen. Man bereitete mit deutlichen Worten die Ermordung der Revolution vor: «Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muss aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung (...) Gewalt kann nur mit Gewalt begegnet werden.»

Ebert meinte hier nicht die Gewalt des Weltkrieges, die die MSPD mit entfesselt hatte, die unzählige ihrer Wähler und zwei seiner Söhne das Leben gekostet hatte, die Hunderttausende verhungern liess. Er meinte nicht die Gewalt der Massenmorde an der belgischen Zivilbevölkerung, die Noske gerechtfertigt hatte, er meinte nicht den Pakt mit Groener, den geplanten blutigen Putsch der OHL, den er geduldet hatte, er meinte nicht den Sturm auf das Schloss, dessen Befehl er gegeben und abgeleugnet hatte, auch

Mitbürger!

Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden.

Das Volk soll nicht sprechen dürfen, seine Stimme soll unterdrückt werden.

Die Erfolge habt ihr gesehen!

Wo Spartakus herrscht ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben.

Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Städte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt.

Die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden und die Eile der Vorbereitung. Habt nur noch kurze Zeit Geduld. Seid zuversichtlich, wie wir es sind und nehmt euren Platz entschlossen bei denen ein, die euch Freiheit und Ordnung bringen werden! Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Unruhe ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebaut werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung.

Die Stunde der Abrechnung naht!

Berlin, 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung:

Scherr. Scheidemann. Sandberg. Noske. Wissel.

Regierungsamtliche Androhung der Abrechnung

nicht die Lynch versuche seiner Anhänger an dem blonden Knaben, der für Liebknechts Sohn gehalten wurden. Er meinte Luxemburg, Liebknecht und die Hunderttausenden Arbeiter, die ihn aus der Reichskanzlei verjagen wollten: Er sah «die organisierte Gewalt des Volkes». Und dies waren für ihn nicht die linken Massen auf der Strasse, sondern Pabsts auf «schärfsten» Bürgerkrieg getrimmtes, antirepublikantisches und antidemokratisches Freikorps: «Die Stunde der Abrechnung naht!»³³³

Die MSPD liess die Verhandlungen mit der USPD aussetzen. Und die Achterbahnfahrt ging weiter. Die revolutionären Obleute, der Zentralvorstand der USPD, ja sogar Haase riefen zu neuen Massenaktionen auf.³³⁴ Auch die KPD-Führung und offensichtlich auch Rosa Luxemburg machten erneut mit. Doch die Luft war heraus. Die Massen hatten lange genug gewartet. «Die Führer (...) fanden nicht den Entschluss zur Tat», wie die offizielle Heeresgeschichtsschreibung zur NS-Zeit fast bedauernd feststellte. Sie wollten eben keinen Krieg, wie ihn sich Jünger gewünscht hatte und wie ihn die MSPD jetzt vormachen würde.

Parallel zu den Bürgerkriegs Vorbereitungen von Noske/Pabst und dem «Versagen der Führer» (Rosa Luxemburg) der Linken gab es nun noch eine dritte Bewegung.

Die Arbeiter der AEG, der Schwarzkopfwerke und Hunderttausende aus anderen Grossbetrieben³³⁵ formulierten eine Idee: «Bildet eine Regierung aus allen drei revolutionären Parteien (!)» und «Verständigt Euch, wenn nicht mit, dann gegen Eure Führer». Das war gut gemeint, aber naiv. Denn die Arbeiter kannten ihren Ebert nicht. Dieser würde sich nun die Macht nicht mehr streitig machen lassen und seine Ziele ab jetzt mit Hilfe Pabsts und anderer Militärs in die Tat umsetzen. Ausserdem lehnte Rosa Luxemburg die Einigungsbewegung ab.

Die Verhandlungen mit der USPD wurden abgebrochen. Man war nun stark genug und wollte ganz einfach ein Exempel gegen die Okkupanten des *Vorwärts* statuieren, die die «friedliche» Okkupation durch die Parteirechten von 1916 rückgängig zu machen glaubten. Aber nicht nur sie sollten den Bund der völkischen MSPD mit dem Militär spüren, das die Vorsilbe prä- vor faschistisch in diesem Moment verlor. Die «gründliche Arbeit» sollte nun «getan werden (...) Die Stunde der Abrechnung» kam.

IV. Die Geburt des deutschen Faschismus aus der Ermordung der Revolution (1919)

1. Die Liquidierung des Aufstandes

10.1.1919. Das Regiment Potsdam, unter Major von Stephani, das dem Freikorps Reinhard und damit ebenfalls der GKSD unterstand, nahm sich – im Auftrag Noskes¹ – die Besetzer des *Vorwärts* vor. Die meisten der Besetzer begriffen erst jetzt, dass ein tödlicher Kampf im Gang war. Viele Unbewaffnete, auch als Rotkreuzschwestern gekennzeichnete Frauen, befanden sich im Haus.²

Die Besetzer glaubten bis zuletzt, ein Zug von Hunderttausenden Arbeitern, vor allem die von den Schwarzkopferwerken, die nach Einheit gerufen hatten, würden sie befreien? Doch Einheit herrschte nur zwischen der Führung der MSPD und den Militärs. Mit schwerer Artillerie wurde das Haus sturmreif geschossen. «Und so sauste Granate auf Granate im Steilschuss auf das Vorwärtsgebäude.»⁴ Mit dabei als Leutnant war der spätere Nationalsozialist und noch spätere Verschwörer gegen Hitler, Henning von Tresckow.⁵

«Wir hatten bald mehrere Tote und Verletzte, ohne dass wir einen Schützen sahen»⁶, schildert Retzlaw die aussichtslose Lage der Hausbesetzer. Dichter und durchdringlicher Staub umhüllte sie. Gasleitungen barsten, fingern Feuer, Panik brach aus. Sieben Menschen, darunter Karl Grumbusch, der Redakteur Wolfgang Fernbach und der Dichter Walter Möller, die mit weisser Fahne unterhandeln wollten, also sogenannte Parlamentäre, wurden nach einem Spiessrutenlauf durch Hundepfeitschen und Gewehrkolben ohne Standrecht in einer Kaserne an die Wand gestellt und erschossen. Möller und Fernbach hatten nie eine Waffe in der Hand gehabt. Möller wurde erst mit dem Bajonett erstochen, dann zerfetzte ihm ein Schuss den Unterkiefer, sein Ohr wurde abgetrennt. Ein anderer Mann namens Schöttler war völlig unkenntlich. «Der Schädel war zertrümmert, das Gehirn heraus.»⁷ Die Toten wurden ausgeraubt.

Die dreihundert Übriggebliebenen (darunter die Rotkreuzschwestern) machten ebenfalls Bekanntschaft mit Hundepfeitschen und Gewehrkolben, mussten sich an die Wand neben die Ermordeten stellen, dort stundenlang ausharren und entgingen nur knapp der vorgesehenen Ermordung.

Vor dem Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags, den der völkische Sozialdemokrat Heilmann leitete, behauptete Stephani, es habe einen Befehl von Kla-

wunde gegeben, «alle Gefangenen, die mit der Waffe in der Hand ergriffen würden, zu erschliessen». Er behauptete zudem auch, Fernbach habe eine Waffe getragen und es seien Dumdumgeschosse im *Vorwärts* gefunden worden.⁸ Eine Schutzbehauptung, die deutsche Verbände schon in Belgien gegen die Zivilbevölkerung vorgebracht hatten. Graf Westarp wiederum, ebenfalls an der Erstürmung beteiligt, sagte aus, dass die Parlamentäre unbewaffnet gewesen seien.⁹

Wichtig erscheint: Schon hier kursierte das Gerücht von einem aussergewöhnlichen Schiessbefehl, wie er 1907 in den geheimen Weisungen des Generalstabes in der «Vorschrift für den Kampf in insurgenten Städten» zum ersten Mal auftauchte¹⁰ und dann im August 1914 gegen die belgische Bevölkerung angewandt wurde.¹¹

Der Unterschied diesmal: Stephani behauptete, die Volksbeauftragten hätten ihm diesen Befehl gegeben. Scheidemann widersprach. Es darf angenommen werden, dass zu diesem Zeitpunkt ein solcher Befehl von der MSPD-Regierung noch nicht erteilt worden ist. Dies sollte erst im März unter massgeblicher Beteiligung Pabsts passieren. Jedenfalls wurde Stephani von keiner Justiz belangt. Eine Anklage von Fernbachs Vater auf Mord erfuhr von der zuständigen Militärjustiz, dem Kriegsgericht von Pabsts GKSD, dilatorische Behandlung. Einen Haftbefehl gegen Stephani nach Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit auszustellen, lehnte Staatsanwalt Ortmann (Landgericht II) ab. Die Arbeit beider Justizbehörden sollte sich bald als massgebend herausstellen. Zivilklagen der Eltern der Opfer wurden alle abgewiesen. Stephani kam ausser Strafverfolgung und mordete im Mai 1919 in München weiter.¹² Auch sonst sollte er noch von sich reden machen.

Erst als schon alles von den im Zentrum Berlins verbliebenen Freikorps Reinhard, Stephani und Reichstag – die, obwohl sie offiziell Pabst unterstanden, relativ selbstständig gehandelt hatten – erledigt war, marschierten Noske und Pabst am 11. Januar 1919 an der Spitze der Truppenparade in die Stadt ein.

«Die martialische Truppe machte überall den stärksten Eindruck.» Eine besondere Art von Ehrenschatz war dabei Praxis. Wenn jemand von den Passanten «gehässige oder beleidigende Äusserungen» machte, so hatte das zur Folge, dass dieses «Früchtchen (...) im Augenblick aus der Menge herausgegriffen und nach einigen kräftigen Maulschellen gezwungen wurde, zwischen zwei Sektionen mitzumarschieren»¹³.

Nicht nur diese Methode wurde später von den Schlägertrupps der SA und SS übernommen. Die Truppen kehrten nach der «Parade» zur Sicherheit wieder in ihre Stellungen in den Aussenbezirken zurück.¹⁴ Die Besetzung der Stadt begann erst zwei Tage später. Nach einem systematischen Plan Pabsts wurde die Hauptstadt wie feindliches Land, Planquadrat für Planquadrat, besetzt.¹⁵

Trotzdem waren Pabst und seine Freunde enttäuscht über den schwachen Widerstand der «allzu bescheidenen» Revolutionäre (Jünger). Es kam nirgends mehr zu «ernsten Gefechten».¹⁶ Nach aussen aber und um den eigenen Zwangscharakter unter Dampf

zu halten, malte man das Bild eines fantastischen militärischen «Spartakusaufstandes», das sich bis heute gehalten hat.

Als Resümee der Januarkämpfe zitieren Historiker immer gerne den Ausspruch Rosenbergs (KPD): «Das Verhängnis für die deutsche Republik kam nicht dadurch, dass Noske Gewalt anwandte, sondern mit was für Truppen er Gewalt anwandte.»

Doch leider ist dies falsch. Denn hätten Ebert, Noske und Genossen den Militarismus beseitigt (was am 9. November 1918 möglich gewesen wäre), wären sie ihrer eigenen Parteibasis gefolgt und hätten sie ein demokratisches Heer aufgestellt, die alten Säulen des Kaiserreiches wirklich beseitigt und die Sozialisierung nicht nur versprochen, es wäre nie zu diesem Aufstand gekommen. Doch das war nie ihre Absicht gewesen.

Gleichwohl hätte aber der Funke des Januaraufstandes, der eine enorme Massenunterstützung hatte, auch überspringen und Deutschland, ja «die Menschheit» (Kessler), entscheidend verändern können. Ob Pabst und der Faschismus dann je eine Chance gehabt hätten, diese Frage darf zumindest gestellt werden.

2. Ideologische Vorarbeit: Die Erfindung des jüdischen Bolschewismus

Der Historiker Wolfram Wette stellt zu Recht fest, dass der Begriff des «jüdischen Bolschewismus» nicht erst bei den Nazis auftauchte, als diese sich anschickten, die Sowjetunion zu überfallen. Schon in der Novemberrevolution gab es Offiziere, die davon sprachen.¹⁷ Was Wette dabei nicht auffällt, ist die Tatsache, dass mitten in der Sozialdemokratie, nämlich in ihrem Zentralorgan, dem *Vorwärts*, ganz ähnlich gedacht wurde. Einen Tag nachdem das *Vorwärts-Gebäude* und seine Besatzung zusammengeschossen, die ersten Menschen misshandelt und ermordet worden waren und die Pressefreiheit, um die sich die MSPD während des Krieges nicht sonderlich gesorgt hatte, wieder hergestellt war, erschien in der ersten «befreiten» Ausgabe ein Gedicht¹⁸ («In der Nacht zum 7. Januar») von Hermann Wilke, das folgende Strophe enthielt:

Ich sah der Massen räuberische Streife,
sie folgten Karl, dem blinden Hödur nach,
sie tanzten nach des Rattenfängers Pfeife,
die ihnen heuchlerisch die Welt versprach.
Sie knieten hin vor blutigen Idolen,
bauchrutschend vor der Menschheit Spott und Hohn,

vor Russlands Asiaten und Mongolen,
vor Braunstein, Luxemburg und Sobelsohn.
O, kehret um ihr aufgehetzten Horden!
Ihr ruft nach Freiheit, nur um sie zu morden.¹⁹

Nicht nur die Angst vor den revolutionären Massen sprach hier, auch nicht mehr die Angst der MSPD vor dem despotischen Zarismus, sondern hier wurden Russlands Asiaten und Mongolen (also der Bolschewismus) verkörpert durch drei Juden: Luxemburg, Trotzki (Braunstein) und Radek (Sobelsohn). Indem man ihre jüdischen Namen «aufdeckte», deckte man auch die Verschwörung des jüdischen Bolschewismus auf, dem der blinde, aber deutsche Kriegsgott (Hödur) Liebknecht auf den Leim ging. Nicht nur bei den Militärs, sondern auch bei der völkischen MSPD hatte sich also schon der Mythos vom «jüdischen Bolschewismus» verfestigt.

Noske, der ja immer vor den «ostjüdischen Marxisten» gewarnt hatte und von Bebel einmal wegen antisemitischer Äusserungen gegenüber Luxemburg gerügt worden war²⁰, der die Friedenssehnsucht der Massen von 1918 schon als Bolschewismus bezeichnet hatte²¹, der sich selbst später als Durchhaltepolitiker bezeichnete²² und den Grossmachtplänen des deutschen Grosskapitals anhing, war von dieser Position nicht weit entfernt. Er war der richtige Mann, genauso wie Pabst. Beide hassten den «Bolschewismus» und überhaupt jede Position links von ihnen wie die Sünde, und sie hatten gleichzeitig keine Probleme mit «sauberen Juden», Noske nicht mit Heilmann, und Pabst nicht mit Grabowsky oder Salomon Marx. «Dreckige Juden» aber, Juden, die auch noch «Bolschewisten» waren, wurden doppelt bekämpft. Hatte man die «Judungen» 1916 nur aus der Fraktion der MSPD geschmissen, so waren jetzt andere Mittel angesagt.

Noske: «Wahrheit ist, dass in jenen Schreckenstagen Tausende die Frage aufgeworfen hatten, ob denn niemand die Unruhestifter unschädlich mache.»²³ Und so war klar, wer da zuerst «der Truppe vor die Flinte läuft»²⁴.

3. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknichts.²⁵ **Die Tat und die Täter – Pabst befiehlt, Noske billigt es**

Schon in Dahlem hatte Noske Leutnant von Oertzen den Befehl zur Überwachung des Liebknicht'schen Telefons gegeben.²⁶ Gleichzeitig liessen Noske und Pabst gemeinsam die Post Liebknichts überwachen.²⁷ In der ganzen Stadt suchten Uniformierte nach Gutdünken Liebknicht und Luxemburg. Niemand sorgte sich um die Legalität dieses Unterfangens. Zahlreiche Spitzeldienste diverser staatstragender Organisationen ent-



Karl Liebknecht



Rosa Luxemburg

wickelten (zum Teil in Konkurrenz miteinander) einen fieberhaften Aktionismus.²⁸ Am wichtigsten waren dabei die Spionageabteilungen der GKSD²⁹, der Kommandantur des Anton Fischer und des Regiments Reichstag, die sich «sozialdemokratischer Helferdienst, Sektion 14» nannte.³⁰ Diese Spitzelorganisationen hatten Verbindung zu den Staatsanwälten Weismann und Zumbroich.

Pabst gab an, dass er zum Zeitpunkt des Umzugs von Dahlem ins Eden-Hotel noch nicht genau wusste, wo sich Luxemburg und Liebknecht aufhielten, er aber Hinweise erhalten hatte, dass sie im Berliner Westen seien.³¹

Am Abend des 15. Januar 1919, kurz nach 20 Uhr, betraten der Kaufmann Bruno Lindner, der Destillateur Wilhelm Moering und drei weitere Männer ein Lokal in der Mannheimer Strasse in Berlin. Sie trugen Feldgrau und weisse Armbinden: «Bürgerwehr Wilmersdorf». Die Herren erkundigten sich beim Wirt über die im Nebenhaus gelegene Wohnung eines gewissen Marcusson. Kurz darauf drangen sie ohne jedwede rechtliche Handhabe in diese Wohnung ein. Dem Staatsanwalt Ortmann, der später gegen sie wegen Freiheitsberaubung ermittelte, das Verfahren aber alsbald einstellte, berichteten sie: «Einen Herm, der sich im Zimmer befand und sich bei ihrer Ankunft entfernen wollte, hätten sie angehalten und auf Papiere durchsucht. Dabei hätten sie Legitimationskarten auf den Namen Liebknecht» gefunden.³²

Beim Durchwühlen der Wohnung begegnete den Bürgern in Uniform noch eine «verdächtig auffallende» Frau. Auf die Frage: «Sind Sie Fräulein Luxemburg?», ant-

wortete diese: «Frau Luxemburg.»³³ Mehr oder minder ratlos, was er mit seinen Geiseln tun sollte, rief der Anführer bei der Reichskanzlei in der Wilhelmstrasse an.

Doch die Vertreter des Mittelstandes, die sich am Abend des 15. Januar der beiden tatsächlich bemächtigt hatten, wurden nicht zur Regierung durchgestellt, sondern blieben beim stellvertretenden Pressereferenten Robert Breuer hängen.

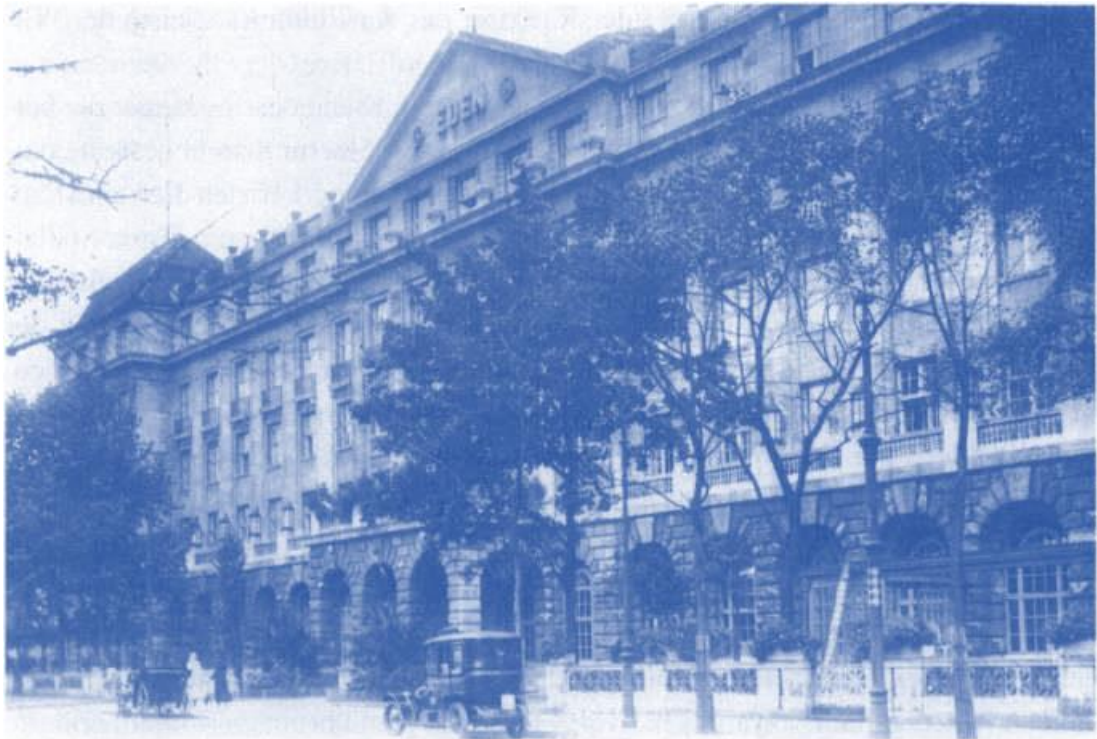
Breuer, der dubioserweise gleichzeitig Mitglied des Wilmersdorfer Sozialdemokratischen Wahl Vereins war, wollte ihnen nicht glauben, versprach aber die «zuständige Stelle» zu informieren (also seinen Vorgesetzten, den Pressechef der Regierung, Ulrich Rauscher). Er versprach auch, in fünf Minuten zurückzurufen. Ausserdem behauptete Breuer später, er habe die Bürgerwehr aus seinem Stadtteil auf die Illegalität der Verhaftungen hingewiesen.³⁴ Doch der Rückruf erfolgte nicht. Warum Breuer nicht zurückrief, liess er im Dunkeln. Hätte Breuer tatsächlich darauf gedrungen, beide wieder freizulassen, oder wenigstens eine Etage höher die Information weitergegeben, wären die illegal festgesetzten Luxemburg und Liebknecht vielleicht Pabst nicht in die Hände gefallen und hätten, wie der schon einige Tage vorher verhaftete Ledebour oder der später gefangene Radek, eine Überlebenschance gehabt.³⁵ Warum die vorgesetzte Stelle nicht reagiert hatte, erklärte sich Breuer damit, «dass in den damaligen Tagen von unzuständigen Stellen täglich die wildesten Gerüchte uns mitgeteilt wurden, besonders Nachrichten von Verhaftungen».

Die Bürger in Uniform fühlten sich – nachdem sie über eine halbe Stunde gewartet hatten – nicht ernst genommen und erinnerten sich nunmehr ihrer vorgesetzten Behörde.³⁶ Die war gerade umgezogen, von der Dahierner Villa in ein edles Hotel im Zentrum Berlins. Es war nicht das Bristol, wie an Weihnachten, sondern ein Hotel, dessen Namen das Paradies versprach: Eden. Die vorgesetzte Behörde war die GKSD.

Pabst konnte es, als er den Hörer aufgelegt hatte, kaum fassen: Luxemburg und Liebknecht gefangen. Die «Säer der Drachensaat» in seinen Händen. Er erkannte die Chance seines Lebens. Endlich konnte er Rache nehmen, Rache für den verlorenen Krieg, den fahnenflüchtigen Kaiser, Rache für die Novemberrevolution, die er wie Ebert hasste. Rache dafür, dass eine «Polin mosaischen Glaubens»³⁷ die Massen faszinierte wie ein neuer Messias, sie hatte sogar einen Offizier seines Stabes so verwirrt, dass er Pabst um die Erlaubnis gebeten hatte, sie vor seiner Truppe sprechen zu lassen.

Pabst dachte kurz nach. Wie konnte man die beiden ohne grosses Aufsehen liquidieren? Ein Standgericht war erstens zu unsicher, zweitens würde es für die Arbeitermassen allzu aufreizend wirken und sie erneut zum Aufstand treiben. Nein, das Ganze musste getarnt werden. Für einen solchen Plan benötigte Pabst absolut zuverlässige Leute.

Sein Ordonnanzoffizier Horst von Pflugk-Harttung wusste, wer dafür in Frage käme. Die Truppe seines Bruders, des Kapitänleutnants Heinz von Pflugk-Harttung.³⁸



Das Eden-Hotel. Über dem Eingang Pabsts Hauptquartier

Unter dessen Befehl hatten sich junge Marineoffiziere versammelt, die eines vereinigte, der Hass auf die Revolution.³⁹ Ein U-Bootkommandant, der ihnen 1919 gedanklich nahestand, Martin Niemöller, hat dies später auf den Punkt gebracht: «Damals versank mir eine Welt!»⁴⁰ Für diesen Untergang sollten Luxemburg und Liebknecht büßen.

Getrennt wurden sie ins Hotel gebracht. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von der Gefangenschaft der Sozialistenführer. Ein kollektiver Erregungszustand, genannt «deutsches Fieber»⁴¹, durchzitterte das Nobelhotel. Er erfasste die reichen Gäste ebenso wie die deklassierten, kleinbürgerlichen oder subproletarischen einfachen Soldaten. «Tötet Liebknecht» hatten schon im Dezember Volksverhetzer auf unzähligen Plakaten gefordert, auch im *Vorwärts*, dem MSPD-Organ, war versteckt in einem Schmähdgedicht dazu aufgerufen worden, jetzt freute man sich im Eden der Nähe dieses Augenblicks. 1'700 Mark, damals ein nicht unerheblicher Betrag, erhielt ein jeder der braven Bürger aus Wilmersdorf für die Ablieferung. Zusammen 13'000 Mark. Die Summe wurde vom Wilmersdorfer Bürgerrat, einer Unterabteilung des «Grossbürgerrats von Berlin», gespendet, es kam vom antisemitischen Bankier Marx⁴², der, wie wir wissen, zusammen mit den Grossindustriellen Hugo Stinnes und Friedrich Minoux dafür sorgte, dass Pabst und seine 70 Offiziere mehr als nur ihre Hotelrechnung bezahlen konnten.

21 Uhr 45.⁴³ Inzwischen hatte Hauptmann Pflugk-Hartung die «Marinespezialeinheit» – genaue Bezeichnung: Marineoffiziers-Eskadron beim 5. Ulanenregiment⁴⁴ – aus

ihrem Quartier (heute steht dort das Kanzleramt) herangeholt. Es waren dies, ausser seinem Bruder, vier junge Marineoffiziere: der Oberleutnant zur See Ulrich von Ritgen, der Leutnant zur See Heinrich Stiege, der Leutnant zur See Bruno Schulze⁴⁵ und der Leutnant zur See Hermann Wilhelm Souchon, Neffe des Grossadmirals Souchon, der in Kiel vor den aufständischen Matrosen die Segel hatte streichen müssen. Eine Merkwürdigkeit zeichnete diese «Langen Kerls» (allesamt Hünen von 1,90 m Grösse) aus. Sie trugen nicht Marineblau, mit Litzen, Kokarden und silbernen Knöpfen, sie trugen zur Tarnung den grauen Rock, die Uniformen einfacher Soldaten.⁴⁶ Sie gaben sich als Mannschaft. In der offiziellen NS-Geschichtsschreibung von 1940 heisst es explizit dazu: «Alle diese Kompanien und Eskadrons haben sehr Gutes geleistet; sie wurden meist als Stosstrupps eingesetzt. (...) Der Regimentskommandeur, dem in den Kämpfen eine solche Abteilung unterstellt wurde, konnte sicher sein, dass jeder Auftrag ausgeführt wurde.»⁴⁷

Bereit, jeden Auftrag auszuführen, ging man also nach oben in den ersten Stock, zu Hauptmann Pabst. Dort berieten sich die Herren zusammen mit Pabst und einem weiteren Offizier, Rühle von Lilienstem, im ehemaligen Casino des Hotels. Pabst beschloss mit ihnen, Luxemburg und Liebknecht zu «beseitigen».⁴⁸

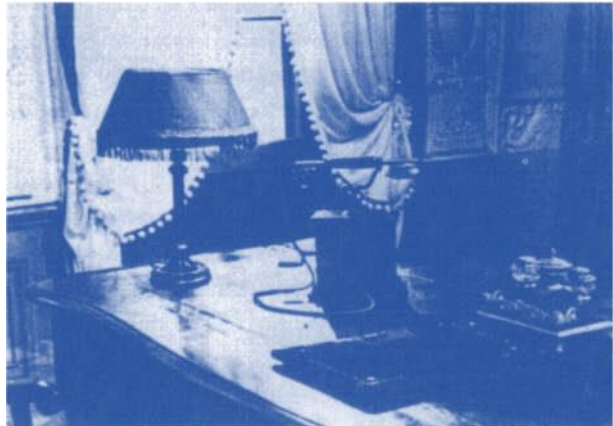
Vorher hatte er noch zwei wichtige Telefonate geführt. Erstens teilte er seiner vorgesetzten militärischen Dienststelle, dem Kommando des ranghöchsten noch übrig gebliebenen kaiserlichen Generals Walter von Lüttwitz, mit, er habe Luxemburg und Liebknecht festgesetzt⁴⁹, und dann rief er den an, mit dem er in Dahlem jede Nacht gemeinsame Sache gemacht und sich auch schon über gewisse Notwendigkeiten unterhalten hatte: die «Exekution» Liebknechts und Luxemburgs.

Pabst schreibt dazu in seinen unveröffentlichten Memoiren: «Dass sie durchgeführt werden musste, darüber bestand bei Herm Noske und mir nicht der geringste Zweifel, als wir über die Notwendigkeit der Beendigung des Bürgerkrieges sprachen. Aus Noskes ‚Andeutungen‘ musste und sollte ich entnehmen, auch er sei der Ansicht, Deutschland müsse so schnell wie möglich zur Ruhe kommen, das Vergiessen deutschen Blutes auf beiden Seiten zu Ehren Herm Lenin (sic!) müsse schleunigst zu Ende gebracht» werden. «Über das ‚dass‘ bestand also Einigkeit. Als ich nun sagte, Herr Noske, geben Sie bitte Befehle über das ‚Wie‘, meinte Noske: ‚das ist nicht meine Sache! Dann würde die Partei zerbrechen, denn für solche Massnahmen ist sie nicht und unter keinen Umständen zu haben. Das soll der General [gemeint ist von Lüttwitz, Pabsts Vorgesetzter] tun, es sind seine Gefangenem.»⁵⁰

Und was der Inhalt jenes denkwürdigen Telefongesprächs in der Nacht vom 15. auf den 16. Januar 1919 war, berichtete Pabst 1968 exklusiv und «unter uns gesagt» dem ehemaligen Marinerichter, Verteidiger von Dönitz und Krupp in den Nürnberger Prozessen, Rechtsanwalt Otto Kranzbühler: Der mit allen legalen und illegalen Vollmachten ausgestattete Noske habe Pabst aufgefordert, die Genehmigung eben jenes Generals von Lüttwitz zur Erschiessung der beiden Gefangenen einzuholen und nach der Ein-

wendung Pabsts, «die werde er nie bekommen», mit den Worten reagiert, «dann müsse er selbst verantworten, was zu tun sei».⁵¹ Pabst verstand dies zu Recht als Freibrief zur Ermordung der beiden ehemaligen Parteigenossen Noskes.

Wie gesagt, einen *direkten* Befehl Noskes hat es nicht gegeben: «Als meine Leute nach dem Einmarsch die wertvollsten Führer der Gegenseite – Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – erwischt hatten, gab es nach meiner Ansicht nur eine Lösung: Schluss machen. Fast alle massgeblichen Stellen waren der gleichen Ansicht (hinter zugedeckten Mündem). Denn als die nötigen Befehle gegeben werden sollten, da wollte es keiner tun, weder die hohen Militärs noch die Regierungsmitglieder. Noske hätte wohl den Mut aufgebracht, aber solche Befehle hätten die MSPD gesprengt. (...) Also musste ein kleiner Hauptmann die Befehle geben.»⁵² Befehle, von denen Noske wusste und die er insgeheim duldete.



Das Telefon in der Reichskanzlei

Es ist davon auszugehen, dass Pabst auch ohne die Duldung Noskes die Tat begangen hätte.⁵³ Gleich wohl verfügte er nach dem Telefonat und der indirekten Zustimmung des späteren Reichswehrministers über freies Schussfeld und konnte «selbst verantworten».

«Ohne viel Befehle oder ausdrückliche Nennung des Namens weiss der Soldat, wo er Mordfreiheit hat»⁵⁴, schrieb Emil Julius Gumbel zu dieser Art von Kumpanei zwischen MSPD und Militär, die sich noch unzählige Male wiederholen sollte.

Liebknecht zu beseitigen erschien den Offizieren relativ einfach. Man wollte eine Methode an wenden, die von diesem Tag an noch häufig in Deutschland angewendet werden sollte: «Erschiessen auf der Flucht.» Eine andere, eine teutonische Bezeichnung für politischen Mord.

Doch was tun mit Frau Luxemburg? Einer hinkenden, kleinen Frau konnte man schwerlich auf der Flucht «eins verpassen». Also dachte man sich etwas ihr Angemessenes aus.⁵⁵ Wie wäre es, wenn man es so aussehen liesse, als sei sie schliesslich Opfer derer geworden, die sie «aufgepeitscht» hatte. Noch Jahre später würden Fritz Lang und seine Frau, Thea von Harbou, in ihrem Monumentalfilm *Metropolis* solche Lösungen der Frauenfrage anbieten.

Kurz nach 22 Uhr. Pabst überzeugte sich von der Identität Rosa Luxemburgs. «Sind Sie Frau Rosa Luxemburg?» «Entscheiden Sie bitte selber.» «Nach dem Bilde müssten Sie es sein.» «Wenn Sie es sagen!»⁵⁶ Pabst war so klug als wie zuvor.

Rosa Luxemburg setzte sich stumm in eine Ecke, nähte den beim Transport rampo- nierten Rocksäum an und las in Goethes *Faust*?¹ Bewacht wurde sie von ihrem späteren Mörder: Hermann W. Souchon.⁵⁸

Zuerst führten die getarnten Marineoffiziere Liebknecht ab. Um Aufsehen zu vermeiden, brachte man ihn zum Nebenausgang.⁵⁹ Das wurmte jedoch den Jäger Otto Wilhelm Runge, der an der Drehtür des Hauptportals Wache stand. Denn Runge, ein verwirrter entwurzelter Dreher aus bäuerlichem Milieu, der sich wie so manche subproletarische Gestalt der GKSD angeschlossen hatte⁶⁰, war von einem Offizier namens Petri bestochen worden. Waldemar⁶¹ Petri, Eisenbahnoffizier im Stab von Pabst – er sollte später als Selbstmörder enden –, wusste nichts von den Beschlüssen im ersten Stock und fürchtete, der verhasste Liebknecht könnte lebend davonkommen. Also hatte er Runge 100 Mark gegeben. Er sollte Liebknecht mit dem Gewehrkolben den Schädel einschlagen.⁶² Runge, der deswegen extra seine Ablösung abgelehnt hatte, sah, wie sein Opfer zu entschwinden drohte, rannte um das hermetisch abgeriegelte Hotel herum und kam gerade hinzu, als Liebknecht neben den Offizieren Pflugk-Hartung und Stiege Platz nahm.⁶³ Runge versetzte ihm einen Kolbenschlag. Schwer getroffen sank Lieb- knecht in den Sitz, dabei tropfte Blut auf die Hose eines der Offiziere. Liebknecht sagte: «Es blutet», keiner kümmerte sich darum. Das Auto fuhr los. Auf die Idee, Liebknecht zur gegenüberliegenden Rettungsstation zu bringen, kamen die Offiziere erst, als er tot war und sie aus dem Tiergarten zurück waren.

Nach kurzer Fahrt hatten sich die Offiziere im dunklen Tiergarten mit ihrem offenen Automobil, Marke NSU⁶⁴, «verfrant». Was dann passierte, schilderte Pflugk-Hartung einem anderen Marinekameraden am nächsten Tag. «[Er] erzählte gegen die Verpflichtung absoluter Geheimhaltung, dass er bei der Überführung Liebknechts in das Gefängnis eine Autopanne im Tiergarten fingierte, Liebknecht dann am Arm nahm, um ihn zu führen, ihn absichtlich losliess, um ihm die Gelegenheit zu einem Fluchtversuch zu geben und dann nach kurzem Abwenden hinter L. herschoss; Liebknecht wurde getroffen und von mehreren Schüssen getötet.»

Der Marinekamerad, ein wohlzogener Junge aus gutem Hause, hätte jetzt eigentlich seinen Freund bitten müssen, sich zu stellen. Doch Ernst von Weizsäcker (der Vater von Richard von Weizsäcker) bot eine bessere Lösung an: «Ich rate Pflugk zur Flucht.»⁶⁵

Hinterrücks auf Liebknecht geschossen haben: Heinz von Pflugk-Hartung, Heinrich Stiege, Ulrich von Ritgen und Rudolf Liepmann.

Mit dabei waren: Horst von Pflugk-Hartung und Bruno Schulze sowie ein Mannschaftsdienstgrad namens Friedrich.⁶⁶

23 Uhr 15. Die Offiziere lieferten die Leiche Liebknechts an der Rettungsstation di-

rekt gegenüber dem Eden ab. Dann gingen sie wieder nach oben zu Pabst und meldeten Vollzug. Jetzt liess Pabst auch Rosa Luxemburg wegbringen. Der Flieger-Oberleutnant a.D. Vogel wurde zum Transportführer ernannt.

23 Uhr 40. Man «geleitete» Rosa Luxemburg durchs Hauptportal. Dort stand immer noch der Jäger Runge, der sich seine 100 Mark gründlich verdienen wollte.⁶⁷ Als Rosa Luxemburg durch das Portal ging, schlug er zweimal auf sie ein. Schon nach dem ersten Schlag stürzte sie zu Boden, verlor einen Schuh und ihre Handtasche. Den Schuh nahm ein Soldat als Trophäe mit.⁶⁸ Die Handtasche geriet später in die Hand eines Offiziers, Albert Freiherr von Wechmar. Er entwendete daraus einen Brief Clara Zetkins an Rosa Luxemburg und verkaufte ihn 1969 an den Historiker Hermann Weber, für mehrere hundert Mark.⁶⁹ Am Boden liegend erhielt sie einen zweiten Schlag Runges. Die halbtote Rosa Luxemburg wurde in den Wagen geworfen.

«Da sah ich ein Auto stehen und einen Ring von Soldaten, in das Frau Luxemburg hineingezerrt wurde. Sie wurde auf den Rücksitz gesetzt. Da strömte ihr Blut durch Nase und Mund. Das Auto fuhr dann gleich weg. (...) Meiner Ansicht nach war die Tat sehr roh.»⁷⁰

Das offene Auto Marke «Priamus» fuhr Richtung Cornelius-Brücke. Etwa 40 Meter vom Haupteingang des Hotels entfernt sprang der Leutnant zur See Hermann W. Souchon, wie von Pabst befohlen, auf, nahm seine Parabellum 7,5 mm, setzte auf den Kopf von Rosa Luxemburg an und drückte ab.⁷¹

Der Schuss, «der links vor dem Ohr eintrat und auf der gegenüberliegenden Seite etwas tiefer austrat», aus unmittelbarer Nähe abgefeuert wurde und zu einer «Spren- gung der Schädelgrundfläche» und einer «Durchtrennung des Unterkiefers»⁷² führte, tötete Rosa Luxemburg sofort. Es war 23 Uhr 45 am 15. Januar 1919.

Vertuschung im Auftrag der MSPD

Noch in der Nacht meldete Pabst seinem Kommandeur wahrheitsgemäss seine Taten. Hofmann, der spätere Gerichtsherr im Mordprozess, meinte, er hätte dies sicherlich so nicht befohlen, stellte sich aber dann hinter Pabst und deckte ihn.⁷³

Danach meldete Pabst seiner Kommandobehörde, der Abteilung Lüttwitz: Lieb- knecht sei auf der Flucht erschossen, Luxemburg von der Menge getötet worden. Am anderen Ende der Leitung befand sich Major von Schleicher. Der beglückwünschte Pabst und gab ihm den guten Rat, seinen Abschied zu nehmen. Pabst verbat sich die Unterstellung, die Morde veranlasst zu haben, und lehnte es entschieden ab, den Kampf gegen den Bolschewismus aufzugeben. Etwa gegen 6 Uhr erhielt Pabst dann einen An- ruf aus der Reichskanzlei. Der Pressereferent Ulrich Rauscher zitierte ihn eben dort- hin.⁷⁴ Pabst machte nun, samt seinen Vorgesetzten von Hofmann und von Lüttwitz, der

Revolutionsregierung seine Aufwartung. Um einer eventuellen Verhaftung vorzubeugen, nahm der 1. Generalstabsoffizier seine bewährte, schwer bewaffnete Stabswache mit – darunter auch die Mörder. Sie sollten die Reichskanzlei besetzen, falls er nicht nach einer Stunde herauskäme.⁷⁵ Doch Pabst sorgte sich umsonst. Die MSPD-Volksbeauftragten, endlich von ihrer Bolschewistenparanoia, deren Matrix sie selber geschaffen hatten, befreit, dachten nicht im Entferntesten daran, Pabst ein Leid zuzufügen. Auch fand sich keinerlei Bestürzung bei Ebert und seinen Freunden über die Morde, sondern nur Bestürzung darüber, dass man jetzt die Macht verlieren könnte.

Pabst wurde vom bestens informierten Noske dankbar die Hand gedrückt. Auch Ebert hätte ihm mit Handschlag gedankt. Man beschloss in dieser Geheimsitzung – die nicht protokolliert wurde –, um «niemand seinem gesetzlichen Richter» zu entziehen⁷⁶, die Militärjustiz, genauer: Pabsts GKSD, die Umstände der Tötung Liebnechts und Luxemburgs untersuchen zu lassen. Die Kameraden der Mörder sollten also gegen diese ermitteln: Logik des Bündnisses Ebert/Groener, Logik der Achse Noske/Pabst.

Was kümmerten schon Parteitagsbeschlüsse, etwa zur Aufhebung der Militärjustiz, deren Ausführung Ebert ja schon am 9. November gemieden hatte? Selbst ohne Abschaffung der Militärjustiz wäre es formaljuristisch für die Regierung möglich gewesen, ein ziviles Gericht zu beauftragen. Aber Pabst und seine Mannen genossen vollstes Vertrauen der Regierung.

Die Untersuchungsführung geriet deswegen von Anfang an unter heftigste Kritik der Öffentlichkeit. Insbesondere die *Freiheit* – die *Rote Fahne* war verboten – und die Mitglieder des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte von Gross-Berlin, aber auch der MSPD-Zentralrat der sozialistischen Republik hatten erhebliche Zweifel an der Unbefangenheit des Gerichts. Protestresolutionen von Arbeiterversammlungen auch der MSPD häuften sich.⁷⁷

Ein unabhängiges Gericht bzw. eine Sonderkommission wurde gefordert.⁷⁸ Doch die völkische MSPD-Oligarchie blieb hart und zögerte nicht, Lügen zu verbreiten. Das Verfahren sei in der Hand von «völlig objektiven Juristen» und «Offiziere sind daran überhaupt nicht beteiligt».⁷⁹

Erst auf Vorschlag Generalleutnant von Hofmanns war man auf die Idee gekommen, einige zivile Beisitzer hinzuzuziehen: Hugo Struve, Hermann Wäger (MSPD) und Oskar Rusch, Paul Wegmann (USPD).⁸⁰

Was folgte, war eine Groteske, die sich kein Drehbuchschreiber hätte schmieriger ausdenken können.

Der erste Kriegsgerichtsrat Kurtzig, offensichtlich ehrlich bestrebt aufzuklären, hatte den verdächtigen Transportführer Kapitänleutnant Pflugk-Harttung am Abend des 16. Januar verhört und noch in der gleichen Nacht verhaften lassen.⁸¹ Deswegen wurde Kurtzig auf Betreiben Pabsts von Hofmann entlassen.⁸²

Der 1. Generalstabsoffizier wusste einen anderen Kandidaten Justitias, den Kriegs-

gerichtsrat Paul Joms, der schon in Deutsch-Südwest bei der Ausrottung der «Hottentotten» deutsches Recht gesprochen hatte und der 1941 seine Karriere als Ankläger am Volksgerichtshof Adolf Hitlers beenden sollte. Er leitete fortan die Untersuchung. Als erstes liess er die verhafteten Offiziere frei. Dann verzögerte er, vertuschte und fälschte Akten. Die Beisitzer trickste er geschickt aus.⁸³

Auch Pabst wusste sich der zivilen «Schmeissfliegen» zu entziehen. Als sie ihn am Donnerstag, dem 23. Januar 1919, verhören wollten, war er krank – wir kennen seine schwächliche Kondition –, die Beisitzer wurden weggeschickt. Am nächsten Tag schien Pabst immer noch bettlägerig. Die Beisitzer wollten nun zu ihm ins Zimmer, doch Joms schirmte den zu Verhörenden ab und ging statt der drei «Dissidenten» (so wurden sie im Prozess genannt) hinein. Als er wieder herauskam, gab Joms an, Pabst sei immer noch nicht vernehmungsfähig. Der Kriegsgerichtsrat meinte zu den Dreien, sie bekämen Bescheid, wann das Verhör stattfinden könne. Als sie am Montag wiederkamen, erfuhren sie, dass Joms das Protokoll schon allein angefertigt hatte, und noch etwas kam ihnen zu Ohren: am Samstag, dem 25. Januar, hatte der «kranke» Pabst sich dazu «aufgerafft», die Absperrungen bei der Beerdigung Liebknechts zu leiten.⁸⁴

Joms vertuschte also, wo es ging. Er habe «seine schwierige Aufgabe glänzend gelöst», sollte ihn Pabst später loben.⁸⁵ Auch als in der eigenen Parteibasis ein Proteststurm gegen solcherart Untersuchung losbrach, blieben die MSPD-Volksbeauftragten standhaft und verteidigten lautstark ihre Freunde in Uniform. Als die zivilen Beisitzer, Struve (MSPD), Rusch und Wegmann (USPD), unter Protest ihren Austritt aus der Untersuchung verkündeten – «Wir lehnen es vor dem Proletariat der Welt ab, teilzunehmen an einem Gerichtsverfahren, das es ermöglicht, die Spuren der Tat zu verwischen und die Mörder den Armen der Gerechtigkeit zu entziehen»⁸⁶ –, erschien Justizminister Landsberg und seinem preussischen Kollegen Heine (MSPD) das Verfahren korrekt. Letzterer verteidigte sogar öffentlich die Militärjustiz und schob seinem eigenen Parteigenossen Struve (wie auch Rusch und Wegmann) die Schuld zu.⁸⁷

Jogiches deckt auf und wird ermordet

Die ganze Mordaffäre schien – wie später fast alle politischen Mordaffären unter Schild und Schutz der MSPD-Regierung – im Sande zu verlaufen, als ein sensationeller Artikel von Leo Jogiches am 12. Februar 1919 in der *Roten Fahne* aufhorchen liess.⁸⁸ Der Lebensgefährte Rosa Luxemburgs veröffentlichte bisher unbekannt Details und Zeugenaussagen. Ja, er kam sogar an das berühmte Foto heran, das Runge inmitten seiner Kameraden im Café des Edenhotels am Abend des Doppelmordes zeigte. Seine Forschungen kosteten ihn das Leben. Er wurde am 10. März 1919 verhaftet, misshandelt und auf

dem Zuellengang des Moabiter Gefängnisses durch aufgesetzten Genickschuss vom Kriminalbeamten Ernst Tamschick ermordet. «Auf der Flucht», versteht sich. Die Ermittlungen verliefen im Sande. Tamschick ermordete später noch den ebenfalls verhafteten Leutnant Dorrenbach. Tamschick gehörte der im März 1919 Pabst unterstellten Fliegenden Kraftfahrstaffel Kessel des Obersten Reinhard an. Er wurde später Mitglied der von Pabst und Heine gegründeten Sicherheitspolizei (Sipo) und noch später Nazi.

Vermutlich hatte er nicht auf direkten Befehl Pabsts, sondern selbstständig gehandelt. So weit waren «Recht und Ordnung» der Bündnispartner MSPD und Militär inzwischen gesunken. Kurz vor seiner Ermordung hatte Jogiches, «um zehn Jahre gealtert», Radek aufgesucht und ihm auseinandergesetzt, «dass die Sozialdemokraten Kurs auf unsere Vernichtung genommen hätten»⁸⁹.

Pabst spricht seine Kameraden frei – Canaris hilft

Nach Jogiches Artikel konnten nun aber Verhaftungen und ein Prozess nicht mehr vermieden werden. Doch Pabst hatte vorgesorgt. Nicht nur der Ankläger Joms tanzte nach seiner Pfeife. Auch das Richterkollegium war sorgsam ausgesucht. Einer von ihnen hiess Wilhelm Canaris.

Unter Canaris' Regie, mit Pabst als Drahtzieher im Hintergrund und im Verein mit Joms, ging einer der schamlosesten Lügenprozesse der deutschen Rechtsgeschichte über die Bühne.⁹⁰ Bestechung, Erpressungen und massive Einschüchterungen bildeten die Basis dieses Kasperltheaters. Und die MSPD-Regierung sass nur zu gerne in der ersten Reihe. Schon Tage vorher hatten die verdächtigen Offiziere im Gefängnis ihren Auftritt geprobt. Die Zellentüren in Moabit standen immer offen, Canaris und Pabst gingen aus und ein. Die «Gefangenen» verfügten sogar über Maschinengewehre, Handgranaten und Flammenwerfer. Ausserdem probten sie in der «U-Haft» die anstehende Gerichtsverhandlung und versicherten dem Jäger Otto Wilhelm Runge, er finde eventuell eines Tages eine Handgranate unter seiner Matratze, wenn er nicht wie gelernt aussage.

Joms gab später sogar zu, den «verhafteten» Leutnant Liepmann, einen der Mörder Liebknechts, am Nollendorfplatz getroffen zu haben. Liepmann bekundete, dass er auf dem Weg zur Kolibri-Bar sei.⁹¹ Dem «völlig unabhängigen» Joms schien solcherart Freigang nicht zu stören.

Alles dies geschah unter den gestrengen Augen der MSPD-Regierung.

Der Ausgang des Verfahrens wunderte indes niemanden. Die Marineoffiziere wurden – obwohl Joms zur Ablenkung die Todesstrafe gefordert hatte – vom Mord an Liebknecht freigesprochen. Runge und Vogel – der die Leiche Rosa Luxemburgs in den Landwehrkanal hatte werfen lassen und den man seit Jogiches' Artikel verdächtigte, den tödlichen Schuss abgegeben zu haben – erhielten lächerliche Strafen von gut zwei Jahren.⁹²

Sämtliche Urteile – bis auf das von Vogel – wurden später aufgrund von Rechtsgutachten des Justizministeriums (inzwischen in der Hand von Eugen Schiffer) und des Reichsgerichts⁹³ bestätigt.⁹⁴

Doch Vogel bekam es trotz des milden Urteils mit der Angst zu tun. Er fürchtete, von den Spartakisten aus dem Gefängnis geholt zu werden: «Ich muss hier raus!» Er wurde für Pabst zum Sicherheitsrisiko.⁹⁵ Also musste er verschwinden. Leider hatte der Abgeordnete Oskar Cohn von einem Bekannten erfahren, dass zwei Pässe für Holland «besorgt seien». Am selben Tag erliess Noske deswegen einen dramatisch formulierten Befehl an das Reichswehrgruppenkommando I – Abteilung Lüttwitz, dem die GKSD zu diesem Zeitpunkt unterstand –, in dem er darauf drang, «dass keinerlei Freiheit für die Angeklagten zugelassen wird». Und Noske bat Pabst zu sich und setzte ihn von den Warnungen Cohns in Kenntnis. Pabst wurde von grosser Sorge befallen und «ordnete noch vom Vorzimmer des Ministers aus telefonisch und nachher nochmals schriftlich» die Überführung Vogels in die nördliche Arrestanstalt an.

Doch, oh Wunder, diese war überfüllt und ausserdem von Läusen befallen, was man den Gefangenen nicht zumuten wollte. So musste die Entlassung erst abgewartet werden.⁹⁶ Dummerweise entfloh Vogel in dieser Zeit nach Holland – mit Pässen der Waffentillstandskommission (WAKO). Ihr Vorsitzender Matthias Erzberger geriet später in Verdacht, die Pässe besorgt zu haben.⁹⁷ Nach Auskunft Pabsts war dies auch der Fall. Offenbar verstand er sich zu diesem Zeitpunkt mit dem «Erfüllungspolitiker» Erzberger sehr gut⁹⁸, was Pabst nicht hinderte, 1934 den damals längst ermordeten opportunistisch anzuschwärzen. «Volk ohne Waffen, Volk ohne Raum (...) Hass ward in unsere Seelen gelenkt, abgrundtiefer Hass gegen ein System, dessen übelster Vertreter Erzberger am Tage von Deutschlands tiefster Erniedrigung den beklagenswerten Mut aufbrachte, ins Stammbuch einer Weimarer Weinstube die Worte zu schreiben: ‚Erst mach dein Sach; dann trink und lach!‘.»⁹⁹

Noske verwischt die Spuren

Die MSPD-Volksbeauftragten waren jedenfalls «ausser sich» über die Flucht Vogels und beauftragten eine «unbefangene» Behörde mit der Verfolgung dieser Angelegenheit: das Kriegsgericht der GKSD und hier Kriegsgerichtsrat Spatz, der Joms abgelöst hatte, aber wieder «völlig objektiv» ermittelte! Er verzögerte geschickt die Auslieferung Vogels so lange, bis Noske Vogel aus dieser Gefahr befreite. Diese «Befreiung» lohnt einer näheren Ansicht.

Am 7. Oktober folgte das Kabinett den Gutachten von Justizministerium und Reichsgericht und bestätigte die Urteile von Pabsts Divisionsgericht gegen Runge und die Freisprüche für die Offiziere Pflugk-Hartung et al. Bei Vogel aber wurde (eben-

falls den Gutachten entsprechend) die Entscheidung in der Schwebe gelassen.¹⁰⁰ Denn es bestand ein erheblicher Verdacht, dass Vogel Rosa Luxemburg erschossen hatte, bzw. über den Marineoffizier Souchon Bescheid wusste, der aufgesprungen war und geschossen hatte.

Noske behielt sich ausdrücklich am 26. Oktober 1919 die Entschliessung über die Bestätigung «bis nach Vogels Verhör» vor.¹⁰¹ Doch der sass dank Spatz immer noch in Holland. Der dortige deutsche Gesandte, Rosen, bemühte sich redlich um die Auslieferung Vogels, bekam aber auch interessante Briefe wie zum Beispiel diesen von einem Herm Frederick Husborg aus Kopenhagen: «Mir sind von verschiedenen dänischen und schwedischen Familien Geldmittel zugegangen, um sie dem deutschen Oberleutnant Herm Kurt Vogel zukommen zu lassen, der in Holland interniert ist. Ich bitte deshalb die deutsche Gesandtschaft ergebenst um Auskunft, ob Herm Oberleutnant Kurt Vogel das Geld von hier aus zugestellt werden kann.»¹⁰²

Am 4. Dezember schliesslich wurde bei der holländischen Regierung die Auslieferung Vogels beantragt.¹⁰³

Am 11. Dezember verbreitete das Wolffsche Telegrafembüro, Grabowskys Sprachrohr, das Gerücht, Vogels Urteil sei doch bestätigt. Dies trug erneut zur Verwirrung der Lage bei. Vogel dagegen schickte einen Schriftsatz, dass er eben jenes lächerliche Urteil des Kameradengerichts vom 14. Mai 1919 annehme.¹⁰⁴ Sinn und Zweck des Ganzen: Die gut zwei Jahre, die er darin aufgebrummt bekommen hatte, reichten nicht als Auslieferungsgrund.

Am 28. Februar 1920 wurden daraufhin Noske die Akten Vogels noch einmal vorgelegt. Der Oberreichsanwalt fügte hinzu, er habe seinem vorherigen Gutachten (Neuverhandlung!) nichts hinzuzufügen.¹⁰⁵

Und plötzlich, am 8. März 1920, bestätigte Noske völlig unerwartet, entgegen sämtlichen Rechtsgutachten, entgegen dem Kabinettsbeschluss und entgegen seiner eigenen Verfügung vom 26. Oktober 1919, das milde Urteil gegen Vogel.¹⁰⁶ Das Auslieferungsgesuchen wurde deswegen zurückgenommen.¹⁰⁷

Verblüfft liess der neue Reichskanzler Hermann Müller beim Reichswehrministerium anfragen: «Für gefällige Mitteilung, welche Gründe zu der veränderten Entscheidung Anlass gegeben haben, wäre der Herr Reichskanzler dankbar.»¹⁰⁸ Doch Noske konnte nicht mehr antworten, er musste wegen seines Verhaltens im Kapp-Putsch zurücktreten.

Der neue Mann, Reichswehrminister Otto Gessler, antwortete am 6. Juni 1920 lakonisch: «Aus welchem Grunde er [Noske, K.G.] hierbei von der weiteren Befolgung des Beschlusses des Reichsministeriums vom 7.10.19 abgesehen hat, entzieht sich der diesseitigen Kenntnis.»¹⁰⁹

Noske dagegen zog es in seinem Buch *Von Kiel bis Kapp* vor, das Gegenteil der Wahrheit zu verbreiten: «Das Urteil in dem Prozess wegen der Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs habe ich als Oberbefehlshaber in den Marken bestätigt, nachdem die

ersten Autoritäten der zivilen und Militär-Gerichtsbarkeit Gutachten erstattet hatten, dass bei einer Wiederholung der Beweisaufnahme eine härtere Strafe für keinen der Angeklagten zu erwarten wäre.»¹¹⁰

Vermutlich haben die «ersten Autoritäten» dieses Buch nicht gelesen und falls doch, mit der Wahrheit hinterm Berg gehalten, um Noske nicht brüskieren zu müssen. Noske hatte also bewusst die Verfolgung der Täter unmöglich gemacht.

Der Verdacht, dass Noske die wirklichen Täter laufenlassen wollte, um nicht in einem neuen Prozess neuen Staub aufzuwirbeln, drängt sich einem geradezu auf. Es scheint, als hätte er Angst gehabt, dass die Wahrheit doch noch an den Tag kommen könnte. Eine Wahrheit, die auch ihm geschadet hätte.

«Es war schon damals (1919) eine Schweinerei, dass es zu einem Prozess kam, den weder Ebert noch Noske gewollt haben. Speziell Noske hatte mir versprochen, dass es dazu nicht kommen werde.»¹¹¹ So Pabst 1969. Nun muss man dazu sagen, dass Noske Vogel in einer ganz bestimmten Situation laufen liess: Am 7. März 1920, also einen Tag vorher, hatte das entscheidende Treffen mit den designierten Hochverrättern Lüttwitz et al. stattgefunden, die gegen Noske putschen wollten. Die Vermutung liegt nahe, dass sich Noske bei den Militärs, die kurz davor standen, gegen ihn die nationale Revolution zu proben, beliebt machen wollte. Es versteht sich von selbst, dass Pabst zu diesen Nationalrevolutionären zählte.

Doch greifen wir nicht vor. Erst Jahrzehnte später gab Pabst an, wer sich als Fluchthelfer Vogels betätigt hatte: Wilhelm Canaris. Er verschaffte Vogel die falschen Pässe, holte ihn höchstpersönlich, als Leutnant Lindemann getarnt, aus dem Gefängnis, und sorgte für seine Flucht nach Holland.¹¹² Dort wurde Vogel auch mit Geldmitteln des Stahlhelm («Bund der Frontsoldaten») versorgt.¹¹³ Pabst: «Der hat uns später noch viel Geld gekostet.»¹¹⁴

Übrigens war Noskes Verbindungsoffizier Canaris schon damals in Verdacht geraten, Vogel zur Flucht verholphen zu haben.¹¹⁵ Auf einen Hinweis von Hugo Haase (USPD) drängte Ministerpräsident Scheidemann Lüttwitz, Canaris zu verhaften. Der Moment war günstig, denn Noske weilte für einige Tage nicht in Berlin. Canaris wurde festgesetzt und – die Moabiter Läuse wurden ihm erspart – ins Berliner Stadtschloss verfrachtet, wo inzwischen statt der roten Fahne die schwarz-weiss-rote wehte und ein von Canaris mit aufgebautes Freikorps, die 3. Marinebrigade Löwenfeld, stationiert war.

Schon wenige Tage später konnte Canaris seine Nobelherberge verlassen. Noske war offensichtlich zurückgekehrt. Canaris wurde den Verdacht, Vogel befreit zu haben, allerdings bis zu seinem steilen Aufstieg unter Hitler nicht mehr los.

Als er etwa am 23. Januar 1926, inzwischen Kapitän zur See, als Gutachter in einem Untersuchungsausschuss befragt werden sollte, der die «Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918» zu ergründen suchte, kam es zu Tumulten, als der Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Arthur Rosenberg (KPD), später Autor eines Standardwerkes über die Weimarer Republik, Canaris blossstellte als denjenigen, «der



U-Boot Kommandant Canaris 1918

am meisten dazu tätig gewesen ist, dass Vogel damals entflohen ist»¹¹⁶. Canaris verdrückte sich, ohne als Fachberater tätig zu werden, und liess seine vorgesetzte Behörde, das Reichswehrministerium – inzwischen unter Otto Gessler's Leitung – verkünden, dass der Verdacht völlig unbegründet sei, «wie durch ein von meinem Amtsvorgänger veranlassetes gerichtliches Verfahren festgestellt ist»¹¹⁷. Das gerichtliche Verfahren war selbstverständlich das der GKSD, und der Amts Vorgänger war Noske.

1931 zeigte sich allerdings, wie wenig dem Dementi des Reichswehrministers Gessler zu trauen war, denn der Vorsitzende des Nationalverbands der Offiziere, Brederick, sagte aus, dass 30'000 Mark für die Flucht der Brüder Pflugk-Hartung (die sich trotz Freispruchs sicherheitshalber nach

Schweden absetzen wollten) zur Verfügung gestanden hätten. Bei der Übergabe von Geldern an die Schwester der Brüder war Canaris dabei gewesen.¹¹⁸ Dies führte wiederum zu einem Dementi des Reichswehrministers Groener, das von Pabsts Propagandachef Grabowsky vorformuliert worden war!¹¹⁹

Lügt Pabst?

Heute sind Canaris' Fluchthilfe und Vertuschungen ebenso unumstritten wie Pabsts Urheberschaft. Pabst war der Drahtzieher des folgenschwersten Doppelmords der deutschen Geschichte. Er hat diese Morde geplant und von ausgewählten Offizieren seines Stabes ausführen lassen: Von Pflugk-Hartung, Stiege, von Ritgen und Liepmann haben Liebknecht hinterrücks erschossen, und Souchon hat Rosa Luxemburg die tödliche Kugel in den Kopf gejagt. Vogel hat die Leiche in den Landwehrkanal werfen lassen.

Bedeutender aber ist eine andere Erkenntnis: Die sozialdemokratische Regierung paktierte nicht nur mit den Mördern und schützte sie, sie trug auch direkte Verantwor-

tung: Pabst hatte seine Morde von Noske absegnen lassen. Dies wird von Teilen der sozialdemokratisch gefärbten Geschichtsforschung – und inzwischen nur noch von diesen – als nicht bewiesen abgetan oder ignoriert. Der Vorwurf lautet schlicht, Pabst lüge.

Nun, Pabst hat mehrfach in der Öffentlichkeit gelogen. Doch dies geschah immer nur zu seinem Schutz.¹²⁰ So leugnete er seine unzweifelhafte Hauptrolle bei der Ermordung der beiden Sozialisten z.B. 1928 vor dem österreichischen Bundeskanzler Seipel, seinem Förderer. Der Grund ist einfach: Er wäre seinen «Job» als Heimwehrführer losgeworden. Aber warum sollte er 1968 über Noske lügen?

Pabst wusste, dass ihm in der Bundesrepublik niemand ein Haar krümmen würde, sonst hätte er sich 1962 nicht im *Spiegel* als Initiator der Morde bekannt – übrigens mit der Bemerkung, Noske habe gesagt: «Es war richtig, dass Sie es so gemacht haben.»¹²¹ Pabst hatte am Ende seines Lebens keinen Grund zur Furcht. Und Noske zu denunzieren, sah er keinen Grund, denn mit ihm hatte er sich schliesslich immer gut verstanden, ihn auch nachträglich verehrt. Andersherum fast genauso.

In einem Brief an eben jenen österreichischen Bundeskanzler Seipel schrieb Noske über den Mann, der ihm seine «politische Laufbahn» zerstört hatte: «Ich hege keinen Hass gegen Pabst.»¹²² Beide waren der Meinung, Deutschland gerettet zu haben. Pabst:

«Und dafür sollten diese Idioten Noske und mir auf den Knien danken, uns Denkmäler setzen und nach uns Strassen und Plätze genannt haben! Der Noske war damals vorbildlich, und die Partei (bis auf ihren halbkommunistischen linken Flügel) hat sich in *dieser* Affäre damals tadellos benommen.»¹²³

Warum sollte man jemanden, der so vorbildlich war, nachträglich «in die Pfanne hauen»? Damit die Kommunisten aufschrien, oder der «halbkommunistische linke Flügel der SPD»? Es sei denn, man «würdigte» die Tat nicht entsprechend, man provozierte, zog Pabst, den Vaterlandsretter, «in den Dreck», machte wie 1969 eine Demonstration vor seinem Haus, in der man Steckbriefe mit seinem Foto herumtrug, während sich die SPD anschickte, die Regierung zu übernehmen. Dann konnte auch Pabst «der Papierkragen» platzen.

«Dass ich die Aktion ohne Noskes Zustimmung gar nicht durchführen konnte (mit Ebert im Hintergrund) und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin, und warum die kriegsgerichtliche Verhandlung so verlaufen ist, Vogel aus dem Gefängnis befreit wurde usw. Als Kavalier habe ich das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit. Die Saukerle vom *Spiegel*, *Stern* hätten gerne herausbekommen, *wer* alles hinter unserer Aktion gestanden hat. Wenn es nicht möglich ist, an der Wahrheit vorbeizukommen und mir der Papierkragen platzt, werde ich die Wahrheit sagen, was ich auch im Interesse der SPD gerne vermeiden möchte.»¹²⁴

Doch Pabst schwieg, zumindest in der Öffentlichkeit. All seine Notizen und Aussagen zu Noskes vorheriger Billigung des Doppelmordes waren vertraulich.

Und nun zum Wortlaut der Aussage Pabsts gegenüber Kranzbühler. Was erzählte Pabst? Erzählte er, er habe Noske angerufen und der habe sein Vorhaben gebilligt? Nein. Aber genauso würde es einer darstellen, der Geschichten erzählt, der erfindet. Erfindungen sind immer einfach. Und was machte Pabst? Er berichtete von Lüttwitz, einem General, den Rechtsanwalt Kranzbühler nicht kannte. Warum sollte Pabst von dem erzählen? Er hatte keinen Grund ausser den, dass es sich so abgespielt haben musste. Und dann die Wendung: Noske wollte die Verantwortung abschieben, er konnte den Befehl nicht geben, «weil sonst die Partei zerbräche»¹²⁵. Eine sicherlich richtige Einschätzung, wenn man an die Basis der MSPD denkt.

Noske wusch sich die Hände in Unschuld. Pabst, wollte er Noske verleumden, hätte sicherlich erzählt: «Er hat mir den Befehl gegeben!» Das machte er nicht.

In einem Brief an einen Vertrauten beschrieb er die Situation folgendermassen. Als ihm Liebknecht und Luxemburg in die Hände gefallen seien, habe es nur eine Lösung gegeben: «Schluss machen. Fast alle massgebenden Stellen waren der gleichen Ansicht (hinter zugedeckten Mündern). Denn als die nötigen Befehle gegeben werden sollten, da wollte es keiner tun, weder die hohen Militärs noch die Regierungsmitglieder. Noske hätte wohl den Mut aufgebracht, aber solche Befehle hätten die SPD gesprengt und ihm (sic!) u. U. in der Partei in eine Minderheit versetzt. Über einen zweiten Noske verfügte die Partei nicht, ebenso nicht die werdende Armee, die im Januar 19 noch in den Kinderschuhen steckte. Also musste ein kleiner Hauptmann die Befehle geben.»¹²⁶

Noske hatte also davor zurückgeschreckt, ihm diesen Befehl zu erteilen, aber er gab einen Tipp, der als Freibrief zu verstehen war: «Dann müsse er selbst verantworten, was zu tun sei».¹²⁷ Das meinte Pabst auch mit der handschriftlichen Randbemerkung zu einem Brief Dieter Ertels (den Pabst nie beantwortet hat): «Die Tat war geschehen auf meine Veranlassung und nicht ohne Kenntnis höherer Stellen, sonst hätte man wohl kaum vor meiner Person Halt gemacht!! Doch das ist ein Kapitel für sich und gehört nicht in *diesen* Prozess, überhaupt nicht in die Öffentlichkeit.»¹²⁸

Es gehörte nicht in die Öffentlichkeit, dass ihn Noske gewähren liess, wie er ihn erwiesenermassen immer hatte gewähren lassen während ihrer monatelangen, so verhängnisvollen Zusammenarbeit. Eine unglaubliche Darstellung? Noske selbst gab dazu Auskunft: «Dass im Edenhotel, wo sich der Stab der Division einquartiert hatte, manches getan und geplant wurde, was ausserhalb des ihm [Pabst] gesteckten Rahmens lag, ist mir nicht unbekannt geblieben.»¹²⁹

Und nun Noske.

Noske log an einer ganz entscheidenden Stelle: als es darum ging, darzustellen, warum er die Urteile des Kameradengerichts bestätigt hatte.¹³⁰

Vogels Urteil sollte eben nach den Gutachten des Reichsjustizministers und des Oberreichsanwalts beim Reichsmilitärgericht (!) *nicht* bestätigt werden. Noske tat erst so, als hielte er sich daran. Und dann plötzlich, am 8. März 1920, bestätigte er das Urteil zur Verwunderung aller. Warum tat er das? Aus Sympathie mit den Mördern? Vielleicht, aber vielleicht dachte er auch daran, was passieren könnte, wenn Vogel auspacken würde: Vogel nennt Pabst. Pabst gerät unter Druck, wird vielleicht sogar verhaftet. Was würde Pabst dann tun? Vielleicht ebenfalls auspacken. Und dann wäre klar gewesen, wer ihm den Freibrief ausgestellt hatte.

Im Umkehrschluss nimmt Eberts Biograf Mühlhausen seinen Helden genau mit diesen Argumenten in Schutz: «Eine Verbindung Eberts zur Mordzentrale gab es nicht. Sonst hätte er wohl kaum im Oktober 1919 eine Nichtbestätigung der Urteile für geboten erachtet. Denn bei einer Neuauflage des Verfahrens hätte er befürchten müssen, dass irgendwelche Verbindungen – hätte es sie wirklich gegeben – aufgedeckt worden wären.»¹³¹

Das gesamte Kabinett stimmte am 7. Oktober 1919 für eine Weiterverfolgung Vogels, auch Noske. Ebert war nicht in der Minderheit, wie Mühlhausen behauptet. Nur wich Noske dann später genau von diesem Beschluss ab und liess Vogel laufen, eben weil er Befürchtungen hatte, dass die Wahrheit ans Licht kommen könnte.

Interessant ist, dass Mühlhausen das Telefonat Noske/Pabst in der Mordnacht nicht ausschliesst, also zumindest offen lässt, ob es eine Verbindung Noskes zur Mordzentrale gab. Hauptsache, sein Held Ebert kam mit der falschen Begründung aus der Schusslinie. Ob Noske seinen Freund ‚Fritz‘ informiert hatte, wie Pabst es andeutete, bleibt gleichwohl Spekulation.

Ob die anderen sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung informiert waren, ist zu bezweifeln. Pabst jedenfalls ging davon aus, die gesamte MSPD-Regierung habe, eben weil sie die ganze Justizkomödie mitspielte, sein Handeln geduldet. Deren Verhalten lässt diesen Schluss durchaus zu, auch wenn der Rest der sozialdemokratischen Volksbeauftragten – inklusive Ebert – die Morde vielleicht nur unbewusst, sozusagen klammheimlich gebilligt hatte.

Generalmajor von Thaer von der OHL vertraute dazu treffend seinem Tagebuch an: «Ebert und Scheidemann zittern vor Liebknecht und Rosa und wünschen ihr Verschwinden auf kriminelle Art, nur: Sie wollen nichts davon wissen, nichts damit zu tun haben.»¹³²

Noske hatte was damit zu tun.

4. Zwischenspiel:

Der getreueste Kamerad und grösste Vorbilder

Kurz nach Luxemburg und Liebknechts Ermordung, aber noch vor dem Camouflage-Prozess, den Pabst selbst als «ziemlich armselige Sache»¹³³ bezeichnete, der aber dann doch so brillant über die Bühne ging, entschloss sich der Generalstabs-Hauptmann, seinem politischen Glück privates folgen zu lassen. Er heiratete. Am 17. Februar 1919 ehelichte er auf dem Standesamt Charlottenburg seinen «tapferen und getreuesten Kamerad», seine Verlobte Helma Comeli. Trauzeugen waren sein Onkel Rudolf Eisen-schmidt und seine Mutter.¹³⁴

Da die Braut im französisch besetzten Wiesbaden lebte, wurde sie mit Hilfe Erzbergers als Sekretärin der Waffenstillstandskommission (WAKO) ausgegeben und somit problemlos nach Berlin transportiert.¹³⁵

Die kirchliche Trauung fand im «katholischen Dom von Berlin, der Hedwigskirche, hinter Stacheldraht, Waffen und Wehr»¹³⁶, statt. Pabst hatte sich also seiner Frau zuliebe katholisch verheiratet. Und er feierte danach – ebenfalls unter dem Schutz seiner Stabs-wache – im Bristol-Hotel.¹³⁷ Die Mörderoffiziere, darunter sein Adjutant Pflugk-Hart-tung, tafelten selbstverständlich mit. In die Feier platzte ein Glückwunschtelegramm: «Seiner treuen Stütze und dessen junger Gemahlin sendet die herzlichen Glückwün-sche, Reichswehrminister Noske nebst Chef des Stabes Major von Gilsa.»¹³⁸

Pabst soll laut *Freiheit* Noskes Herzlichkeit verlesen haben mit der Anmerkung: «Der lernt ja schon Manieren, na, haben wir ihn nicht gut erzogen!»¹³⁹

Noch am selben Tag schrieb er jedoch als «Ihnen ganz ergebener W. Pabst» an Noske und beteuerte, diese Äusserung sei selbstverständlich nicht gefallen. Er habe al-lerdings seine Freude darüber ausgedrückt, dass Noske an seinen Hochzeitstag gedacht habe.¹⁴⁰

Mit seinem Gerichtsherrn und Kommandeur von Hofmann, der natürlich trotz Herz-krankheit mitfeierte, hatte Pabst ausserdem vereinbart, die Mörder-Offiziere erst nach der Hochzeit zu «verhaften». Tatsächlich ist der Haftbefehl am 28. Februar 1919 aus-gestellt, also auf jeden Fall nach der Feier.¹⁴¹ Von Hofmann genehmigte Pabst auch einen 30-stündigen Hochzeitsurlaub, mehr war aufgrund der «bolschewistischen Ge-fahr» nicht drin, und er verschwieg Pabst auch – hier ganz nobler Vorgesetzter –, dass er die Mörderbuben nach Moabit ins Zuchthaus hatte bringen lassen müssen. Die Un-terbringung dort war ja, wie oben erwähnt, vergleichsweise aussergewöhnlich.

Vorher jedoch hatte Pabst diese Offiziere noch zur Absperrung bei Liebknechts Beerdigung, also des Menschen, den sie hinterrücks ermordet hatten, benötigt.

5. Kalkulierte Massaker – erste Ergebnisse

Zwei Tage nach der Erschiessung Luxemburgs und Liebknechts ging in Spandau das regierungsamtlich geduldete Morden schon weiter. Gardebataillone hatten am 11. Januar 1919 das dortige Rathaus, das vom Arbeiter- und Soldatenrat besetzt war, gestürmt. Viele Arbeiter wurden gefangengenommen. Eine Woche später überführte man die vermeintlichen Rädelsführer mit zwei LKWs und unter schwerster Bewachung nach Tegel. Unterwegs wurden vier Gefangene, der Soldatenratsvorsitzende von Lojewski, Hermann Merks, Richard Jordan und der Arbeiterrat Milkert ermordet, die Liquidierungen erneut als «auf der Flucht erschossen» deklariert. Die Untersuchungen verliefen wie schon üblich im Sande.¹⁴²

«Der äussere Angriff auf die Masse kann diese nur stärken», schreibt Elias Canetti. «Der Angriff von innen dagegen ist wirklich gefährlich.» Wäre also die Gegenrevolution nur von den Militärs ausgegangen, sie wäre gescheitert. Doch die Gegenrevolution kam von innen, aus der Partei des Sozialismus. Sie hiess Ebert, Scheidemann, Landsberg, Severing, Südekum, Heine, Ernst, David, Legien, Müller, Bauer und Noske.

«Immer ist die Masse etwas wie eine belagerte Festung, aber auf doppelte Weise belagert: Sie hat den Feind vor den Mauern und sie hat den Feind im Keller.» Letzterer arbeitete fieberhaft, vergrub die ersten Leichen und verkündete: «Ein Arbeiter steht also an der Spitze der Macht der sozialistischen Republik. (...) Ich will säubern, nicht vernichten. Ich will Euch mit dem jungen republikanischen (!) Heere die Freiheit und den Frieden bringen.»¹⁴³

Noske hatte vergessen hinzuzufügen, dass er den Frieden des Friedhofs und die Freiheit des Paradieses gemeint hatte. Und dass Vernichten und Säubern Synonyme sind, mussten nicht erst die Nazis beweisen.

Der Stand der Dinge nach dem «Spartakusaufstand» 1919: etwa 200 Tote. Die mythischen Häupter der Revolution, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, mit Noskes Billigung hinterrücks liquidiert. Einführung des politischen Mordes. Einführung des Bürgerkriegs durch massiven Militäreinsatz. Einführung des «Erschiessens auf der Flucht». Eine Politik mit Zukunft. Verantwortlich: Die MSPD-Führung. Ausführende: Das mit ihr verbündete in «Freikorps» organisierte Militär. Initiator und rührigster Helfer: Waldemar Pabst. Die Auswirkungen: Radikalisierung der Arbeitermassen in ganz Deutschland, bei gleichzeitiger quantitativer Verkleinerung der Massenbewegung. Ver-

lust der Naivität. Breite Forderung nach Erkämpfung des Sozialismus via Klassenherrschaft. Radikalisierung von nicht unerheblichen Teilen der MSPD-Anhänger, für den Rest Rückzug ins Private. Massenzulauf bei der USPD, trotz grosser innerer Widersprüche. Tragische Bolschewisierung und spätere Stalinisierung der KPD.

Auf der Seite des Militärs: Befriedigung über die Säuberung bei gleichzeitiger Enttäuschung über den schwachen Widerstand. Hoffnung, die MSPD möglichst bald als «Mohren» beseitigen zu können: «Der Sozialdemokrat wird den Dreck essen, den er gemacht hat» (General Lequis).

Nachdem Berlin einigermassen befriedet war, konnte im Rest Deutschlands «in dem Masse, in dem es damals möglich» war, «aufgeräumt» werden, wie sich Noske später ausdrückte.

Bremen

Als nächstes kam Bremen dran. Dort waren radikale Linke, vom Januaraufstand in Berlin inspiriert, dazu übergegangen, die Räterepublik auszurufen, was unblutig und «bei musikalischer Begleitung»¹⁴⁴ vonstatten ging. Da man dieses Vorgehen aber nicht mit der USPD und schon gar nicht mit der MSPD und den Banken abgesprochen hatte, kamen die Bremer Genossen nicht nur in finanzielle Schwierigkeiten. Schliesslich gelang es der USPD sogar, die KPD von der Notwendigkeit von Wahlen in Bremen zu überzeugen. Letztere stimmten damit dem bürgerlichen Ende der Räterepublik zu. Doch man hatte die Rechnung ohne Noske und seine Parteifreunde in Berlin gemacht. Dass die Kommunisten ihre Räterepublik selbst aufgaben, passte so gar nicht ins Konzept der Reichsleitung der MSPD.

Sie wollten nämlich – entgegen ihren Beteuerungen – mehr als Ruhe und Ordnung, sie wollten die «Niederwerfung», also die Vernichtung des politischen Gegners.¹⁴⁵ Noske versprach, binnen einer Woche in Bremen aufzuräumen, und gab dem späteren Putschisten General Lüttwitz entsprechende Order. Lüttwitz schickte das 3'500 Mann starke Freikorps Gerstenberg nach Norden.¹⁴⁶ Nach Pabsts Auskunft beteiligten sich Teile der GKSD an dieser Aktion.¹⁴⁷ Er selbst blieb aber in Berlin.

«Eine Welle des Erschreckens», so Wolfram Wette, «ging durch die sozialdemokratische Arbeiterschaft Norddeutschlands.»¹⁴⁸ Nach Kuckuk war es eine «Welle der Empörung»¹⁴⁹. Man wollte mit den reaktionären Freikorps nichts zu tun haben. Der MSPD-beherrschte Soldatenrat des IX. Armeekorps in Altona protestierte mit «aller Schärfe» gegen die Entsendung von Truppen.¹⁵⁰ Noske verbat sich diese «Anmassung». Auch in Verden, vor den Toren Bremens, wo das Freikorps Gerstenberg inzwischen angekommen war, gab es Unterhandlungen der Räte mit den Militärs. Sogar die Arbei-

terräte der MSPD Bremens empfanden die militärische Aktion Noskes als «Angriff des reaktionären, wiedererstandenen Militarismus gegen die Revolution»¹⁵¹.

Sie baten die Reichsregierung um Aufschub. Eine Resolution des Arbeiter- und Soldatenrates von Bremen wurde verabschiedet und neu in Verden verhandelt. Die vermeintlichen Bolschewisten machten dort noch weitere Zugeständnisse und konnten, trotz Order aus Berlin «zu marschieren», den Freikorps das «Verdener Abkommen» abtrotzen. Die Räteregierung sagte der Reichsregierung darin die geforderte Entwaffnung zu und stellte sogar den eigenen Rücktritt in Aussicht.

Doch Noske lenkte nicht ein. Er verlangte jetzt u.a., die Waffen sollten an das Freikorps Gerstenberg und nicht an das IX. Armeekorps abgegeben werden. Noske wusste, diese totale Auslieferung an das Freikorps konnten die Bremer Räte nicht annehmen. Dies war auch der Sinn von Noskes Ultimatum.¹⁵² Die friedliche Kapitulation Bremens war einfach nicht nach seinem Geschmack. «Noske wollte den Ausgleich nicht»¹⁵³, wie sich Wette euphemistisch ausdrückt.

Doch auch jetzt gaben die Bremer Räte nicht auf, man beschloss einstimmig (MSPD, USPD und KPD) zusammen mit Truppenvertretern aus Bremerhaven und Hamburg den Rücktritt der Räteregierung, die Einsetzung einer neuen paritätischen Regierung und die Abgabe der Waffen an die einrückenden Truppen aus Hamburg und Bremerhaven. Der Beschluss kam zustande, obwohl ein MSPD-Abgeordneter durch einen Anruf von Karl Deichmann (MSPD) aus Verden angewiesen worden war, auf keinen Fall einer Einigung unter den drei Arbeiterparteien zuzustimmen. Deichmann, ein Parteirechter aus Bremen, war Noskes Mann und hatte Vollmacht, mit dem Freikorps vorzugehen.

Als schliesslich erneut Unterhändler aus Bremen ins Lager des Freikorps nach Verden kamen, versteckten sich Deichmann und einige seiner MSPD-Genossen, denen man schon von Berlin aus die Regierung in Bremen versprochen hatte, und liessen so die Verhandlungen der Räte aus Bremen mit dem Freikorps ins Lehre laufen. Selbst als ein USPD-Mann Deichmann und Co entdeckte und ihn um Vermittlung bei Noske bat, hatte dieser kein Einsehen: «Es wird vorgegangen.»¹⁵⁴

Am 4. Februar 1919 fiel die «Division Gerstenberg» in Bremen ein. Es kam zu bewaffnetem Widerstand. 300 Bremer wurden getötet, verletzt oder gefangen und 26 Noskiden liessen ihr Leben.¹⁵⁵ Kuckuk spricht von insgesamt 75 Toten und 175 Verwundeten.¹⁵⁶ Eine relativ niedrige Zahl, denn noch gab es keine ausdrücklichen Tötungsbefehle. Noske begründete seine Aktion auch damit, die Bremer hätten die Lebensmittelversorgung des Reiches gefährdet, was nicht zutraf.

Die MSPD-Fraktion in Berlin billigte Noskes Handeln. Doch die *Freiheit* titelte: «Die Regierung des Arbeitermordes»¹⁵⁷.

Zerschlagung der Räte

Wie stand es aber in Berlin? Erleichtert hatte die MSPD-Führung nach der kathartischen Wirkung des Säuberns auf die Wahlen gehofft, war aber nicht so sehr mit Stimmen bedacht worden, wie sie sich das gewünscht hatte. Man musste mit den Bürgerlichen koalieren.

Gleichzeitig versprachen die Männer um Ebert unverdrossen ihren Anhängern, den Sozialismus via Parlament einzuführen. Ein Dorn im Auge waren ihnen jedoch immer noch die «Bolschewisten», d.h. die Arbeiter- und Soldatenräte bzw. alles, was mit dem Wort «Räte» verbunden war.

Doch auch hier hatten Veränderungen stattgefunden. Einerseits verloren die Arbeiter- und Soldatenräte immer mehr an Einfluss, was nicht zuletzt ihrer eigenen Unlust an der Macht geschuldet war. Andererseits verlagerte sich das Interesse der radikalen Massen mehr und mehr auf die wirtschaftliche Seite, auf die Betriebsräte. Man forderte – nunmehr auch theoretisch untermauert – das Räteystem. Massenstreiks durchwogten das ganze Land.

Gleichwohl hatten die politischen Räte immer noch mitzureden. Vor allem die Soldatenräte brachten Noske, inzwischen Reichswehrminister, in Rage. Sie mussten nun endgültig beseitigt werden, vorläufig durch Gesetz. Zuerst exekutierte man am 19. Januar 1919 die Hamburger Punkte. Die Ausführungsbestimmungen hatte Ebert geschickt dem neuen preussischen Kriegsminister Walther Reinhardt überlassen. Von Wahl der Führer, Kontrolle der Soldatenräte, also einer Zertrümmerung des Militarismus, konnte nun keine Rede mehr sein. Die Soldatenräte hatten nur noch Beratungsfunktion. Kein Wort von demokratischer «Volkswehr».

Noske selbst sah das Ganze nur als ersten Schritt zur völligen Ausschaltung der Soldatenräte. Ausserdem galten die Regelungen nicht für die Freikorps! Der Widerspruch war programmiert. Erst protestierte die Versammlung der Soldatenräte Gross-Berlins in Anwesenheit Noskes «auf das Schärfste», dann versammelte sich der «Reichskongress» der Soldatenräte und forderte die Hamburger Punkte ein. Doch nun war es zu spät. Noske konnte alles missachten. Denn je weiter die Demobilisierung des alten Heeres fortschritt, umso mehr verloren die Soldatenräte an Macht. Und die Heere der neuen Zeit, die Freikorps, hatten erst gar keine Räte, aber dafür umso mehr Waffen und umso mehr Hass.

Den Arbeiterräten ging es nicht besser. Da konnte die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Gross-Berlins am 28. Februar 1919 in einer gemeinsamen Resolution von USPD und MSPD noch so sehr das Räteystem fordern. Denn das Argument der Nationalversammlung zerstörte von nun an jede andere Form von Demokratie. So wuchs der Protest ausserhalb des Parlaments. Eine grosse Massenbewegung (einschliesslich nicht geringer Teile der MSPD) stand den Ergebnissen der sozialdemokra-

tischen Militärpolitik, der «Sozialisierung» und der düsteren Zukunft der Arbeiter- und Soldatenräte von Tag zu Tag kritischer gegenüber.

Für Noske war erneut klar, purer Parlamentarismus würde hier nicht mehr genügen. Und Pabst wusste dies schon lange. Doch zuerst warf man Nebelbomben: Die Regierung sei dabei, die Betriebsräte als Organe der Wirtschaftsdemokratie auszubauen und die Sozialisierung voranzutreiben. Weder die Soldaten- noch die Arbeiterräte würden verschwinden. Gleichzeitig schwang man aber auch die Peitsche und drohte mit der «Strenge des Gesetzes». Dass daraus eine «Strenge», oder besser Töten ohne Gesetz werden sollte, wollten Noske und Ebert noch nicht verraten, wahrscheinlich wussten sie selbst noch nicht, zu welchen Taten sie bereit sein würden. «Indes das Individuum kann ‚geheime‘ Gedanken haben, die es wenn möglich unter keinen Umständen offenbaren wird, es kann Gedanken haben, die es selbst nicht eingestehen mag.»¹⁵⁸

Märzrevolution – Das Duo Pabst/Noske und die Lizenz zum Morden

3.3.1919. In der Hauptstadt stieg die Unzufriedenheit der Unterschichten. Sicherheitshalber liess Noske schon das Generalkommando Lüttwitz, die militärische Zentrale aller Freikorps, alarmieren. Am Nachmittag des gleichen Tages beschloss die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Gross-Berlins mit den Stimmen der KPD, der USPD und der MSPD den Generalstreik. Die Forderungen: Durchführung der Hamburger Punkte, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Auflösung der Freikorps, sofortige Bildung einer Arbeiterwehr, Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte. Ein Punkt musste Noske besonders gewurmt haben: Verhaftung aller Personen, die an militärischen Morden beteiligt waren. Denn dies hätte nicht nur seinen rühmlichsten Helfer, sondern auch ihn selbst in die Gefahr gebracht, in Moabit bei den Läusen zu landen. Doch so weit kam es nicht.

Zur gleichen Zeit wurden, vermutlich durch Agents provocateurs der Propagandaabteilung der GKSD, Plünderungen inszeniert und Polizeireviere überfallen.¹⁵⁹ Der später von Ernst und Heine zum Leutnant beförderte Mörder von Jogiches und Dorrenbach, Tamschick, gehörte dazu.¹⁶⁰ Tamschick war, wie wir wissen, Mitglied der Fliegenden Kraftfahrstaffel Kessel der GKSD. Soldaten aus der GKSD zerstörten die Druckerei der *Roten Fahne* komplett und warfen Handgranaten in die Druckmaschinen.¹⁶¹

Diese Ausschreitungen gaben der herrschenden MSPD wiederum die Möglichkeit, den preussischen Belagerungszustand (vom 4. Juni 1851) zu verhängen und Noske erneut zum Oberbefehlshaber in den Marken zu ernennen.

Ausserordentliche Kriegsgerichte (die Strenge des preussischen Gesetzes) sollten in «beschleunigten Verfahren» diejenigen aburteilen, die Noske und Ebert an die Macht gebracht hatten.



Freikorps mit Panzern und Flammenwerfern

Am 4. März setzte der Generalstreik mit voller Wucht ein. Er war nur von kurzer Dauer. Denn schon bald schwand die Einheit der Arbeiterklasse. Die ordnungsliebenden Männer der MSPD-Basis wollten eine Ausweitung des Streiks auf Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke verhindern, und den Kommunisten war die Beteiligung der MSPD nicht genehm. Man zerstritt sich. Doch die Gegenseite handelte.

Pabst hatte seiner GKSD inzwischen alles unterstellt, was ihr zusätzlich zu unterstellen war: das Freikorps Reinhard, die Freikorps Lützow, Küntzel, Loeschebrand und Gentner und die 1. Marinebrigade von Roden (Eiserne Brigade).¹⁶² Nach Pabsts Angaben gehörten auch die zahlenmässig starken Marinebrigaden Ehrhardt (Nr. 2) und Loewenfeld (Nr. 3) sowie ehemalige Kolonialsoldaten des Generals von Lettow-Vorbeck, dem «ruhmreichen Verteidiger Deutsch-Ost-Afrikas»¹⁶³, zu diesem Aufmarsch.

Am 4. März erteilte Noske dem Generalkommando Lüttwitz den Einmarschbefehl nach Berlin. Lüttwitz liess nach dem schon am 19. Januar ausgearbeiteten geheimen «Pharusplan» 31'500 soldatische Männer samt Tanks, Flugzeugen, Kanonen, MGs, Mienen- und Flammenwerfern in Marsch setzen. Den Löwenanteil, ca. 28'000 Mann, stellte dabei Pabsts GKSD, die schon keine Division mehr war, sondern ein Korps (mit der Mannschaftsstärke dreier Divisionen).

Trotz Versammlungsverbot waren die Massen zusammengekommen. Ohne lange

zu zögern, schoss das Militär am Bülowplatz, wie von Pabst an Weihnachten 1918 angekündigt, in die unbewaffnete Menge.¹⁶⁴

Am 5. März wurden dann die Reste der vom Duo Noske/Pabst gehassten Volksmarinedivision – einen Teil hatten die Freikorps schon während des Januaraufstandes zer schlagen – in eine Falle gelockt. Als sie auftragsgemäss, als Regierungstruppe, den Alexanderplatz von «Plünderern» räumen sollten, wurden sie bewusst von den Freikorpsstruppen, darunter das Freikorps Lützow, das auch zu Pabsts GKSD gehörte, beschossen, erwiderten das Feuer und gingen zu den aufständischen Arbeitern über.¹⁶⁵

Während der Generalsstreik mangels Einigkeit der drei Arbeiterparteien am 8. März 1919 zusammenbrach, gingen die Strassenkämpfe weiter. Die Konterrevolution holte zum nächsten Schlag aus.

Pabst, dessen Geheimdienstchef Grabowsky einerseits Wolffs Telegrafienbüro (WTB), einen Vorläufer der dpa, und dadurch die bürgerliche Presse mittels bewusster Fehlinformationen beeinflussen konnte, war es andererseits gelungen, Noske zum «Bären mit dem Nasenring» (Harry Graf Kessler), zum Spielball militärischer Informationspolitik zu machen. Also glaubte die bürgerliche Öffentlichkeit, also glaubte Noske am 9. März die Gräuelmärchen von der Erstürmung des Polizeipräsidiums in Lichtenberg.

Ausgangspunkt war eine Pressemeldung – eine bewusste Fälschung – der GKSD: «Sämtliche Bewohner, mit Ausnahme des Sohnes des Polizeipräsidenten, auf viehische Weise niedergemacht.»¹⁶⁶ Die *B.Z. am Mittag* gab an, dass diese Nachricht von zwei militärischen Stellen gekommen sei. Man habe es aber noch nicht drucken wollen. Es habe sich aber, die Ausgabe war schon im Satz, das Innenministerium gemeldet und die Hereinnahme der Meldung gefordert. Falls das nicht möglich sei, per Extrablatt.¹⁶⁷ Erst waren die Opfer 57 (*Berliner Tageblatt*), dann «sechzig Polizeibeamte und einige Dutzend Regierungsbeamte» (*Vorwärts*), dann 150 (*Vossische Zeitung*).

Alles Lügen. Von Pabst verbreitet.

Und der konnte nun endlich das Realität werden lassen, was die OHL schon lange gefordert und was Noske ebenfalls an Weihnachten angekündigt hatte. Der im deutschen «Kriegsrecht» geschulte Pabst legte Noske einen von ihm entworfenen Befehl vor¹⁶⁹, der sich an die schon 1907 erlassenen und bereits zitierten «Anweisungen in insurgenten Städten» hielt, der aber trotzdem über alles, was sich je ein Monarch innerhalb Deutschlands geleistet hatte, hinausging, der den feudalen Belagerungszustand von 1851 weit in den Schatten stellte und von diesem nicht gedeckt war¹⁷⁰, ja der sogar Verfassungsrechtlem mit NS-Vergangenheit wie Ernst Rudolf Huber noch 1978 den Atem stocken liess¹⁷¹. Der Wortlaut des völkerrechtswidrigen Befehls: «Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschiessen.»¹⁷²

Pabst hatte es also geschafft, mit selbst produzierten Horrormeldungen von Noske eine bis dato beispiellose Blankovollmacht zu erhalten.

Wette spricht zu Recht von einem «ungeheuerlichen Tatbestand»¹⁷³, versucht aber gleichzeitig, Pabst als Drängler und Noske als Zögerer hinzustellen¹⁷⁴, was so nicht richtig ist. Noske erklärte später in der Nationalversammlung, er habe zuerst «versucht mit dem Belagerungszustand und mit Kriegsgerichten» auszukommen, um dann anzumerken: «Sehr gegen mein Gefühl!»¹⁷⁵ Was doch wohl heisst, dass er geradezu auf einen solchen Vorschlag Pabsts gewartet hatte.

Noske erklärte sich also ohne Wenn und Aber dazu bereit, das zu machen, was die Militärs im Kaiserreich innenpolitisch (in einer geheimen Weisung) nur angedroht hatten: massenhaft zu massakrieren.

Der Befehl hatte verheerende Wirkung, denn er bedeutete, dass die vorgesehenen ausserordentlichen Kriegsgerichte ausser Kraft gesetzt waren! Es gab, analog zur Ausrottung der Hereros und analog zu den Massakern in Belgien, *gar kein* Gericht und auch kein Recht mehr, nicht einmal das Standrecht!¹⁷⁶ Dies bekräftigte Justizminister Heine auch später.¹⁷⁷ Denn auch das Standrecht verlangte eine Verhandlung vor Offizieren und eine Überprüfung durch eine Berufungsinstanz (einem kommandierenden Offizier).¹⁷⁸

So aber konnte willkürlich gehandelt werden. Die eigene revoltierende Bevölkerung wurde – obwohl es niemand aussprach – als Franktireurs, als Freischärler betrachtet und somit zum Abschuss freigegeben.

Es herrschte insbesondere bei der MSPD-Oligarchie und den Militärs stillschweigender Konsens, dass – analog dem späteren NS-Völkerrechtler Carl Schmitt¹⁷⁹ – im Bürgerkrieg¹⁸⁰ eben kein Recht gelte – ein grosser Irrtum, der aber das «rote Herz» der Regierenden nicht weiter rührte. Noske war sich nicht zu schade, den Mordbefehl mit dem im deutschen Kriegsrecht immer wieder bemühten Standardausspruch: «Not kennt kein Gebot» zu rechtfertigen.¹⁸¹ Damit sind – analog zum deutschen Kriegsrechtsempfinden – die schwersten Bürgerkriegsverbrechen vom behaupteten Zwang der Kriegsräson gedeckt. Auch Eugen Schiffer war da mit Pabst einig und plädierte sogar dafür, Giftgas gegen widerspenstige Bürger einzusetzen.¹⁸²

Wie auch immer, der von Pabst formulierte Befehl war eine Lizenz zum Morden. Und der Sozialdemokrat Noske unterschrieb. Pabst selbst hatte diesen noch für seine GKSD, «die Zentralorganisation der Noskegarden»¹⁸³, in zwei weiteren Befehlen verschärft. Bisher war immer nur von einem Zusatzbefehl die Rede, und es ist der Militärhistoriografie bisher nicht gelungen, die Originale zu finden.¹⁸⁴ Sie lagern jedoch im Bundesarchiv und werden hier zum ersten Mal im Text der Urschrift wiedergegeben. Am 10. März lautete Pabsts Anweisung:

«Wer sich mit Waffen widersetzt oder plündert, gehört sofort an die Mauer. Dass dies geschieht, dafür ist jeder Führer mir verantwortlich.»

Dies bedeutet, dass eine Nichtausführung Strafe nach sich ziehen konnte. «Ferner

sind aus Häusern, aus welchen auf die Truppen geschossen wurde, *sämtliche* Bewohner, ganz gleich, ob sie ihre Schuldlosigkeit beteuern oder nicht, auf die Strasse zu stellen, in ihrer Abwesenheit die Häuser nach Waffen zu durchsuchen; verdächtige Persönlichkeiten abzusuchen, Personen, bei denen tatsächlich Waffen gefunden werden, zu erschliessen.»¹⁸⁵

Am 11. März hiess es nochmals in schlechtem Deutsch:

«Beim Vorgehen ist rücksichtslos der Gebrauch von der Waffe zu machen, alle mit der Waffe in der Hand gefangenen sind sofort an die Mauer zu stellen, desgl[eichen] die Bewohner von Häusern, aus denen geschossen wird und in denen Waffen gefunden werden.»¹⁸⁶

Im Unterschied zu Noskes Version des Befehls fehlt hier der Einschub «kämpfend».

Das heisst, der Besitz von Waffen genügte für eine Erschiessung. Doch die Auslegung ging noch weiter. Bewohner, die in Verdacht standen, dass aus ihren Häusern geschossen wurde, konnten getötet werden, egal ob dort Waffen gefunden wurden oder nicht.

Es ist schon 1919 von Paul Levi festgestellt worden, dass man den Begründungszusammenhang, «die Geschichte der ‚Häuser, aus denen geschossen wird‘», aus Belgien kannte.¹⁸⁷ «Tausende von Häusern sind dort eingeäschert worden zu Unrecht. Tausende von Menschen erschossen worden zu Unrecht. Man weiss: Kein Mensch weiss im Strassenkampf, woher die Schüsse kommen. Der aufgeregte Soldat weiss es am wenigsten.» Trotzdem wären damals die Häuser gestürmt und die Männer an die Wand gestellt worden. «Der Fluch der Welt hat dieses Verfahren dem deutschen Militarismus eingetragen. Was er damals in Belgien verbrach, hat er jetzt in Berlin wiederholt.»¹⁸⁸ Mit dem Unterschied, dass der Befehl jetzt von einem Sozialdemokraten verkündet wurde. Es herrschte totale Rechtlosigkeit.

In der Folge wurden (nach Noskes Angaben!) 1‘200 Menschen¹⁸⁹, darunter Jugendliche, Frauen und Kinder wegen Bagatellen, die gar nichts mehr mit dem Befehl zu tun hatten, ermordet.

Einige Beispiele: Die drei noch minderjährigen, völlig unpolitischen und unbewaffneten Kurt Friedrich, Hans Galuska und Otto Werner waren aufgrund einer Denunziation von Freikorpsoldaten mitgenommen und trotz flehender Bitten der Mutter in einer Schule erschossen worden. Die Leichen hatte man verstümmelt und ausgeraubt.¹⁹⁰ Die Tat wurde nicht verfolgt, als Ermordungsgrund «Fluchtversuch» angegeben.

Der Tischler Richard Borchart wurde umgebracht, weil man bei ihm Handgranatensiele fand, aus denen er sich «Schreibzeug» hatte schnitzen wollen. Der Tote wurde bestohlen, das Verfahren eingestellt.¹⁹¹

Ein Wachtmeister des Freikorps Lützow liess am 12. März eine Strasse sperren und sofort auf alles schiessen, was sich am Fenster zeigte. Zwei Mädchen, ein alter Mann und noch drei weitere Unbeteiligte starben.¹⁹²



Gefangennahme und Ermordung

Die Weigerung, «einem Soldaten Feuer zu geben», kostete den Arbeiter Piontek das Leben.¹⁹³ Gumbel listete mehrere Seiten solcher Verbrechen auf, die allerdings nur die Auswüchse eines grundsätzlich rechtswidrigen Befehles zeigten.

Im Zuge dieser Säuberungsaktionen wurden dann noch mit Minenwerfern und

Flammenwerfern ganze Strassenzüge verwüstet. Ein bis dahin beispielloses Hin-schlachten der Zivilbevölkerung. Graf Kessler bekundete, dass ihm von den Berichten über die Taten der regierungsamtlichen Freikorps «schlecht wurde vor Ekel und Empörung. Dostojewskis Totenhaus ist übertroffen.»¹⁹⁴

Höhepunkt der Massaker: 300 Matrosen der Volksmarinedivision wurden per Zeitungsannoncen in eine Falle gelockt und von dem zur Tarnung in Zivil gekleideten ein-armigen Oberleutnant Otto Marloh selektiert. «Dabei hatte er eine Parabellum-Pistole unter seinen Armstumpf geklemmt.»¹⁹⁵

Marloh hatte vorher mehrmals mit Oberst Reinhardts Adjutanten, Oberleutnant Eugen von Kessel (Befehlshaber der nach ihm benannten Fliegenden Kraftfahrstaffel¹⁹⁶), telefoniert, und der hatte ihn scharf gemacht, sogar die Erschiessungen aller Matrosen gefordert.¹⁹⁷ Ernst Brossart, ein Überlebender, berichtet: «Marloh liess alle Festgenommenen an sich vorbeiführen; jeder musste vor ihm stehen bleiben, und dann kommandierte er: ‚Links – rechts, links – rechts!‘ ‚Links‘ bedeutete: ab zum Erschiessen. Damit wurde jeder zweite Mann zum Erschiessen verurteilt. Auch ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, nach links abgehen zu müssen. Nun, ich war mein ganzes Leben bisher am linken Flügel marschiert, weshalb sollte es nun zum Schluss anders sein?»¹⁹⁸

Durch das Eingreifen des Hauptmanns Gentner, den verzweifelte Angehörige vor dem Haus um Hilfe gebeten hatten und dessen Matrosen gültige Ausweise als Reichsbankwache vorwiesen, wurde die Zahl der zur Exekution Bestimmten dann auf 30 reduziert.

«Es ist schade, Herr Hauptmann, dass sie gekommen sind, sonst hätte ich die Schweinehunde alle erschiessen lassen»¹⁹⁹, bedauerte Marloh Gentners Einsatz, dessen Einheit übrigens offiziell auch der GKSD unterstand.²⁰⁰

Die 30 wurden dann, gegen den Protest Gentners, in den Hof der Französischen Strasse 32 getrieben und mit 12 Maschinengewehren unter der Anleitung des von Marloh befohlenen Leutnants Penther «herzlich gern»²⁰¹ abgeschlachtet.²⁰² «Die Schusswirkung war furchtbar. Vielen Leuten wurde die Schädeldecke völlig abgerissen. Die Gehirnmasse spritzte umher, Leichen und Verwundete fielen übereinander.»²⁰³

Marloh berief sich ausdrücklich auf den Noske/Pabst'schen Schiessbefehl.²⁰⁴ Er zitierte ihn den Opfern in der schärferen Pabst'schen Fassung sogar wörtlich noch kurz vor der Mordtat quasi als Urteil. Brossart, der Überlebende, berichtet weiter: «Nach diesem Massenmord wurden wir übrigen mit hochehobenen Händen auf die Strasse getrieben. Dabei wurde uns befohlen, bei Betreten des Hofes den Kopf nach links zu drehen. Ich wagte aber doch einen Blick nach rechts. Auf einem Haufen lagen unsere Kameraden blutüberströmt an der Wand.»²⁰⁵

Die Leichen wurden ausgeraubt, wer noch am Leben war, bekam den Fangschuss. Ein Matrose namens Hugo Levin hatte die Exekution mit einer leichten Verletzung

am Finger überlebt, sich totgestellt und wurde später Oberst Reinhard vorgeführt. Der meinte: «Dann muss er auch erschossen werden.»²⁰⁶

In der Verhandlung – vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade III, der Nachfolgebehörde der GKSD, die schon die Verfolgung der Luxemburg/Liebknecht-Mörder geschickt verhindert hatte – wurde klar, dass Marloh auch aus der Fliegenden Kraftfahrstaffel Kessel kam, die zur GKSD gehörte. Marloh war der lange Arm von Oberst Reinhard, dessen Freikorps ebenfalls der GKSD unterstand.

Verteidigt wurde Marloh übrigens von Rechtsanwalt Grünpach, der schon alle Luxemburg/Liebknecht-Mörder vertreten und der dem Jäger Runge dabei Bestechungsgeld versprochen hatte. Später wurde dieser Mann des Rechts auch für Pabst tätig.

Als die Witwen der Ermordeten nach obigem Ausspruch Reinhardts in lautes Schluchzen ausbrachen, schrie der vorsitzende Kriegsgerichtsrat: «Das ist eine Unverschämtheit, hier ist doch kein Theater.»²⁰⁷

Marloh war nach der Tat aus Berlin geflohen und mit umfangreichen Geldmitteln versorgt worden, man hatte ihm gar ein Rittergut versprochen. Auch ein Pfarrer namens Rump kümmerte sich um das Seelenheil Marlohs, er durfte ihn nicht nur Onkel nennen, sondern wurde von dem Mann Gottes auch beim «zeitweiligen Verschwinden aus Berlin»²⁰⁸ unterstützt.

Kessel hatte Marloh vorgeschlagen, alle Schuld auf sich zu nehmen, da in Kürze mit einer Diktatur Noskes zu rechnen sei und man ja dann «verhandeln» könne.²⁰⁹ Verwickelt in die Angelegenheit waren auch die Staatsanwälte Zumbroich und Weismann, die beim Abfassen frisierter Berichte Marlohs halfen und ansonsten laufend mit der GKSD zusammenarbeiteten.²¹⁰

«Ein Hurenhaus geriet in Brand. / Schnell sprangen, um zu helfen und zu retten, / zwei Dutzend Mönche aus den Betten. / Wo waren die? Die waren bei der Hand.»²¹¹

Grosses Interesse an einer Flucht Marlohs hatte nach der Aussage eines Offiziers namens Hoffmann auch das Generalkommando der GKSD.

Und Pabst, der bei einem Nachfolgeprozess gegen Kessel wegen Meineids (er hatte die Fluchthilfe für Marloh nachweislich geleugnet) am 20. Februar 1920 als Zeuge geladen, aber mal wieder malade war, vom Untersuchungsrichter (ein Kriegsgerichtsrat des aufgelösten GKSK) am Krankenbett vernommen wurde, sagte aus, Kessel habe ihn um 50'000 Mark zur Unterstützung von Marloh angegangen, er habe ihm aber nichts geben können, da er «tatsächlich nichts hatte». Was kurz vor dem inszenierten Putsch der von Pabst geleiteten Nationalen Vereinigung durchaus zutreffen konnte. Man brauchte das Geld für höhere Aufgaben. Pabst hatte seinem Freund und Mitkämpfer Kessel ausserdem klargemacht, wo «Marloh nun einmal weg sei, sei es besser, wenn er auch wegbleibe».

Ausserdem habe Noske, so Pabst weiter, ihm gegenüber geäussert, dass «aus vaterländischen Gründen» der «Marlohprozess unter den damalig politisch erregten Zeiten besser nicht stattfinden» und «unerwünscht sei»²¹². Walter Luetgebrune, Kessels Rechts-



Reinhard im Dienstwagen mit Leibwächter

anwalt, notierte zur Vernehmung Pabsts, es sei der Wille Noskes gewesen: «Dass ein Prozess *unter allen Umständen* vermieden werden sollte.»²¹³

Was der Wahrheit entsprach, Noske aber erst in seinem späteren Buch zugab: Er habe den Prozess «im Staatsinteresse für unerwünscht» gehalten.²¹⁴ Im Staatsinteresse kann man ein Massaker mit 30 Toten schon mal un verfolgt lassen.

«In allen Betrachtungen wird fast immer vergessen, dass der Ugrund dieser Dinge kriminell ist, und dass ein Befehl und eine Anordnung irgendeines Gehaltsempfängers eine verbrecherische Handlung nicht sakrosankt machen. ‚Der Oberst‘, sagt ein junger Leutnant aus, ‚wusste auch nicht, was er mit den vielen Gefangenen anfangen sollten Und liess sie, infolge mangelnder Unterbringungsmöglichkeit also, erschliessen? Ich war dabei, als diese viehisch rohe Äusserung vorgebracht wurde – Reinhard sass auf der Zeugenbank, und kein Muskel zuckte in seinem Gesicht. (...) Das Wort ‚Hintermänner‘ tauchte auf. Finanzleute waren da, Menschen, die helfen wollten. (...) Marloh hatte die Möglichkeit, Geld, Ausweise, Reisegelegenheit zu erhalten, und alles, was er sonst brauchte.»²¹⁵

Kessel war Sipo-Offizier und hatte vom Kameraden Major Gottlieb Weber 20-50'000 Mark erhalten, aber auch das Generalkommando Lüttwitz und die Abteilung Ic des Oberkommandos Noske zeigten sich grosszügig.²¹⁶ Es ist auch anzunehmen, dass Pabst Marloh über Kessel vor der Verhaftung warnte. Pabst selbst ist eine direkte Verbindung zu den Morden nicht nachweisbar, er hat es sich später leicht gemacht und die von Graf Kessler titulierte «mörderische Gliederpuppe Marloh. Vollgestopft mit Exer-



v.L.: Reinhard und von Kessel

zierreglement, ohne Herz und Verstand. Ein Scheusal, das nicht einmal böse ist. Die grauenhafte Karikatur des preussischen Militarismus»²¹⁷ als «Schwein» bezeichnet²¹⁸.

Sein Terrorbefehl machte jedenfalls solche Taten erst möglich. Und klar war, dass auch dieses Militär-Prozess-Theater mit einem faktischen Freispruch endete. Das Massaker blieb ungesühnt, die Hinterbliebenen der Ermordeten bekamen keine Rente, da Marlohs Morden in Folge des Noske/Pabst'schen Schiesserlasses «ein Akt der Strafverfolgung»²¹⁹ gewesen sei.

Der Anstifter Reinhard blieb ohne jede Strafverfolgung. Auch Kessel musste nicht lange wegen Meineids einsitzen, er wurde sehr schnell amnestiert, da er als Führer der Kraftfahrstaffel Kessel ein «hochverräterisches Unternehmen abzuwehren» gehabt hatte.²²⁰

Alle drei wuchsen später zu tapferen Nationalsozialisten heran. Reinhard wurde SS-General, Marloh sinnigerweise Leiter des Celler Zuchthauses²²¹ und Kessel als Polizeioffizier Parteimitglied. Am 30. Juni 1934 wurde er allerdings im Zuge des sogenannten Röhms-Putsches von einem der Hitler'schen Mordkommandos liquidiert.

«Dass der Reichswehrminister sich der Lämmerannahm, ist selbstverständlich. Er steht und fällt mit

diesem Pack. Er hat sie benutzt, sie wollen Lohn und er zahlt. (...) Er weiss nicht, dass hier Mächte am Werk sind, alles schlechte Alte zu konservieren und einer gradezu barbarischen Schicht wieder auf die Beine zu helfen.»²²²

Aber Noske wusste es. Und er begründete seinen Schiessbefehl mit abstrusen Behauptungen. In einem Prozess gegen zwei Angehörige des Freikorps Lützow, die einen Rentner und einen weiteren Zivilisten gemäss Pabsts Befehl erschossen hatten, tischte er am 16. Oktober 1920 folgende unwahre Geschichte auf²²³: «Auf der Seite der Gegner der Regierung kämpften beträchtliche Streitkräfte mit Minenwerfern und Geschützen.» Ausserdem liessen «zahlreiche Hilferufe aus der Stadt» – also nicht nur die Gräuelmärchen von den Spartakistenmorden in Lichtenberg – in ihm «die Überzeugung reifen, dass mit diesen Dingen unbedingt ein Ende gemacht werden musste». Und Noske wusste, was er tat: «Als ich diesen Befehl herausgab, war ich mir klar, dass das ein nicht unbedenkliches Beginnen sei.» Noske gab sich überzeugt, dass, obwohl der Befehl «üble Begleiterscheinungen gezeitigt hat, er doch richtig

war.» Und der Befehl habe z.T. Anwendung gefunden, «die meinen Intentionen nicht entsprach, die sich aber aus dem damaligen Fieber- und Blutrausch erklären lässt».

Noske kannte also auch die Ausweitung seines Befehls durch Pabst und hatte sie nicht zurückgenommen. Genau deswegen las nun der Rechtsanwalt der Angeklagten, Luetgebrune, den weitergehenden Befehl der GKSD vor. Und der damalige Oberpräsident Noske erklärte hierzu: «Bei der Heftigkeit der damaligen Kämpfe und der bestialischen Art und Weise, mit der viele Soldaten niedergemacht worden sind, war natürlich die Erregung unter den Truppen gross. Nach ehrlicher Prüfung muss ich auch heute sagen, dass vieles, was heute in ruhigen Zeiten grauenhaft wirken mag, damals doch von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus betrachtet werden musste. Damals inmitten der Kämpfe musste man auch die Stimmung berücksichtigen.»²²⁴

Diese nachträgliche Rechtfertigung Noskes auch des weitergehenden Pabst-Befehls, begründet mit fiktiven Bestialitäten der «Spartakisten», führte dann dazu, dass die Angeklagten noch am selben Tag vom Mordvorwurf freigesprochen wurden.²²⁵

Noskes Zeugen-Auftritte dienten also immer dazu, die Mörder laufen zu lassen.

Insofern irrt Wette, wenn er glaubt, Noske wäre nicht bereit gewesen, diesen Pabst-Befehl zu decken.²²⁶ Zumal Heinrich Hannover und Elisabeth Hannover-Drück in ihrem Buch *Politische Justiz 1919-1933*, auf die sich Wette mit seinem Entlastungsversuch Noskes stützt, nur angeben, dass der Pabst/Noske'sche Schiesserlass den weitergehenden Erlass Pabsts nicht deckte.²²⁷ Noske deckte ihn sehr wohl. Im Übrigen kam es im Kabinett zu grotesken Dialogen, als Pabsts verschärfter Schiessbefehl – erst aufgrund seiner Aufdeckung durch die *Freiheit*TM – zur Sprache kam. Landsberg wollte wissen, ob tatsächlich daraufhin Leute auf Verdacht erschossen worden seien. Noske gab sich unwissend. Die Fälle seien noch nicht aufgeklärt. Er sicherte aber «brutalstmögliche Nachforschung» zu. Sogar Eduard David forderte nun eine Untersuchung jedes Falles, was wie beim Luxemburg/Liebknecht-Mord unterblieb. Landsberg riet Noske, künftig «sich derartige Befehle vorher zeigen zu lassen, was dieser zusagte»²²⁹. Das war der Umgang der MSPD-Oligarchie mit hundertfachem Mord.

Der Befehl des Duos Noske/Pabst zur Gefangenentötung *ohne* Standrecht ist ein Meilenstein in der Einführung des Terrors und der Genese des Faschismus. Er hatte Vorbildfunktion für spätere Befehle:

Für Hitlers Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941 z.B., der da lautete, «politische Kommissare» würden «nicht als Soldaten anerkannt», sie «sind nach durchgeführter Absonderung zu erledigen».²³⁰

Gleiches gilt für den weniger bekannten «Kriegsgerichtsbarkeitserlass» vom 13. Mai 1941, der einen Zustand der völligen Rechtlosigkeit für die sowjetische Bevölke-

rung und entsprechende Massenmorde in unglaublicher Höhe zur Folge hatte. Nicht zufällig ist die Sprache gleich: «Zivilpersonen sind der Zuständigkeit der Kriegsgerichte und Standgerichte bis auf Weiteres entzogen. Freischärler sind durch die Truppe im Kampf oder auf der Flucht (sic!) schonungslos zu erledigen. (...) Tatverdächtige Elemente werden sogleich einem Offizier vorgeführt. Dieser entscheidet, ob sie zu erschossen sind.»

Für militärische Verbrechen von Angehörigen der Wehrmacht an Zivilpersonen «besteht kein Verfolgungszwang»²³¹. Auch für die Wehrmacht galt offiziell die Haager Landkriegsordnung, die aber schon in Belgien 1914 nicht beachtet wurde.

Interessant ist einerseits, dass Hitlers Erlass von 1941 ausdrücklich Bezug nahm auf den «Zusammenbruch 1918», der «entscheidend auf bolschewistischen Einfluss zurückzuführen war», und andererseits, dass das Morden von 1919 ebenfalls ohne gerichtliche Verfolgung blieb. Eine weitere Parallele: Mindestens 1‘200 tote «Aufständische» standen 75 (von 31‘500) toten Regierungssoldaten gegenüber. Ein ähnliches Verhältnis (16:1 und mehr) hatten die «Bandenbekämpfungsaktionen» der Wehrmacht und der SS. Jene Schiessbefehle in der Märzrevolution waren also der erste Vorgeschmack auf die Zeiten, die da noch kommen sollten.

«Erst wird der rassistisch oder politisch definierte Gegner als minderwertig, verächtlich und toll herabgesetzt; dann hängt man ihm fiktive Gräueltaten an, die eine gewisse Pogromstimmung erzeugen sollen; nun, da die Hemmungen abgebaut sind, werden Vernichtungs-, Ausrottungsfeldzüge durchgeführt; für auch in solchen Fällen noch rechtlich Denkende hält man legitimatorische Floskeln von Not und Notwehr des Staates oder des Abendlandes und dergleichen bereit. Noskes Erschiessungsbefehl reiht sich so als unwürdiges Glied in eine Kette (prä-)faschistischer deutscher Gewaltpolitik ein»²³², schreibt Otmar Jung in den *Militär-geschichtlichen Mitteilungen* des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg. Nicht ohne Grund bezeichnete Hitler 1933 Noske als «Eiche unter diesen sozialdemokratischen Pflanzen».²³³

Unterschrieben hat den Terror-Befehl Noske, verteidigt hat ihn allerdings nicht nur er – «da gelten Paragraphen nichts, sondern da gilt lediglich der Erfolg, und der war auf meiner Seite» –, sondern die ganze MSPD-Führung. Als Noske ihn in der Nationalversammlung vortrug, vermerkte das Protokoll bei der Mehrheitssozialdemokratie und rechts «stürmischen Beifall».

Heine etwa «schwadronierte»²³⁴ in einer Rede vor dem preussischen Landtag, es sei der «Urstand der Natur wieder(ge)kehrt, wo Mensch dem Menschen gegenübersteht», und erzählte von der «Notwehr des ganzen Truppenkörpers»²³⁵. Eine aberwitzige Konstruktion. «Allerdings war Heine nach meinem Gefühl schon von jeher mit dem Herzen reaktionär», kommentiert Graf Kessler die Rede.²³⁶ Dem stimmte Pabst zu, der in «Dr. Heine einen ausserordentlich sympathischen, gemässigten und klarblickenden Manne

sah»²³⁷. Auch hier störte wiederum nicht, dass Heine Jude war. Er stand eben auf der richtigen Seite.

Der preussische Militarismus, Pabst wie Noske und auch Ebert stimmten voll überein in ihrer militärischen Taktik, die Home und Kramer als «deutsche Art der Kriegsführung» bezeichnen. Sie besteht in der «Bereitschaft, rücksichtslos gegen Zivilisten vorzugehen, um den Krieg innerhalb gewisser, vom deutschen Offizierskorps als vertretbar angesehener Grenzen zu halten»²³⁸.

Die Schrift des Grossen Generalstabs *Kriegsbrauch im Landkriege* von 1902 sah in dieser Massenmord-Methode tatsächlich eine «Mässigung».

Ebenso Pabst. Sein Kommentar zu den von ihm inszenierten März-Massakern: «Es muss zugegeben werden, dass die Truppe, namentlich in der ersten Zeit, vielleicht manchmal einen zu rücksichtslosen Gebrauch von diesem Befehl gemacht hat, aber schliesslich erreichte er [Noske, K.G.] mit ihm doch das, was wir beabsichtigten, nämlich: das Vermeiden unnötiger Blutopfer.»²³⁹

Und Noske? Er rechtfertigte seinen Befehl damit, dass «das Leben von Tausenden und Zehntausenden von Menschen»²⁴⁰ auf dem Spiel gestanden hätte. Er steigerte sich im September 1919 diesbezüglich sogar, was die Anzahl der Geretteten angeht: «Lieber ein paar Tollköpfe opfern als ein 60-Millionenvolk.»²⁴¹ Die Frage hatte er sich offensichtlich im Weltkrieg nicht gestellt, sonst hätten er und der MSPD-Vorstand erst den Generalstab und dann sich opfern müssen.

«Noske hat heute in Weimar eine im Tone höchst bedauerliche, schnurrbartschnauzende Rede gehalten, in der er seinen Sieg über den inneren Feind verkündet; sehr widerwärtig!»²⁴², notierte Graf Kessler, und Otmar Jung schreibt hierzu in den *Militärgeschichtlichen Mitteilungen*: «Doch war dieses erste Kriegsverbrechen [die Lichtenberger «Gräuelmorde», K.G.] schon fiktiv, so wirkt die Addition weiterer präsumtiver Untaten nachgerade wahnhaft.»²⁴³

Ebert stand bei diesem Wahn der deutschen Art der Kriegsführung nicht zurück. So meinte er kurz nach den Märzmassakern und kurz vor der blutigen Zerschlagung der Münchner Räterepublik im April 1919 zum militärischen Zugreifen: «Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, umso weniger Widerstand und Blutvergiessen zu erwarten ist, hat schon die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.»²⁴⁴

Die letzte Konsequenz dieser Haltung ist Goebbels Losung 1943 im Berliner Sportpalast: «Totaler Krieg ist kürzester Krieg.»²⁴⁵

Graf Kessler dagegen war im März 1919 entsetzt: «Alle geistig und ethisch anständigen Menschen müssen einer so leichtsinnig und frech mit dem Leben ihrer Mitbürger spielenden Regierung den Rücken kehren. Die letzten acht Tage haben durch ihre Schuld, durch ihr leichtfertiges Lügen und Blutvergiessen, einen in Jahrzehnten nicht wieder zu heilenden Riss in das deutsche Volk gebracht.»²⁴⁶

Eine wahrhaft prophetische Notiz. Das Duo Pabst/Noske hatte den Terror in die deutsche Innenpolitik eingeführt, der wesentlich zur Genese des Faschismus beitrug. Zwar wurde der Schiessbefehl von Noske am 16. März 1919 aufgehoben (nicht jedoch der Belagerungszustand), doch dies schien den Militärs inzwischen bedeutungslos. Man ging davon aus, dass dies allgemeine Bürgerkriegspraxis sei und er schlichtweg weitergelte. Das zeigte sich schon sehr bald in anderen Teilen Deutschlands.

Mit dabei beim Ordnungsmachen waren Teile der Pabst'schen GKSD im Ruhrgebiet, in Magdeburg und Braunschweig. In letzterer Stadt «unterstützte» die Marinebrigade Ehrhardt das Landesjägerkorps von General Maercker und wurde deswegen von Pabsts GKSD ausgeliehen.²⁴⁷ Praktisch ohne Gegenwehr wurde Braunschweig erobert. Was Pabst selbstverständlich in seiner Taktik des «energisch [en] Zupacken[s]» bestätigte.²⁴⁸ In Königsberg richteten die Exekutionstruppen auch unter den MSPD-Soldatenräten ein Blutbad an.

Zeichen der Zukunft in München – der Mord wird Gewohnheitsrecht

Den schlimmsten Terror aber erlaubte Noske seinen Truppen in München.

Die Vernichtung der Bayerischen Räterepublik schlug ein neues Kapitel der Schreckensherrschaft auf. Hier wuchs nämlich dauerhaft zu den Kernbestandteilen des deutschen Faschismus zusammen, was im Januar zum ersten Mal in den Hirnen, ja Körpern einiger Militärs und im Zentralorgan der MSPD zusammengewachsen war: Todesproduktion durch Verschmelzung von Antibolschewismus und Antisemitismus. Eine kollektive Psychose, produziert durch eine hoch aggressive militaristisch-kapitalistisch-imperialistische Gesellschaft, deren Recht das Unrecht des Vernichtungskrieges war, angeheizt durch die Stahlgewitter und Massaker des Ersten Weltkriegs, ins Fieber gebracht durch völkische und nationalistische Seuchen, zur Siedehitze gesteigert durch die beleidigt wahrgenommene Niederlage und das Zerplatzen aller Grossmachtfantasien. Dafür mussten Schuldige gefunden werden.

Nach der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner (USPD) durch den Bolschewisten- und Judenhasser²⁴⁹ Graf Arco am 21. Februar 1919²⁵⁰, radikalisierte sich die Lage in München. Am 7. April schliesslich erklärte sich das durch die Revolution zum Freistaat gewordene Bayern zur Räterepublik. Es war dies die Entscheidung des Zentralrats, des revolutionären Arbeiterrats, der USPD und von Mitgliedern der MSPD.²⁵¹ Entgegen auch heute noch kolportierter Ansicht schlossen sich auch grosse Teile des flachen Landes an.²⁵²

Selbst Lindau am Bodensee wählte die Räterepublik und wehrte sich erfolgreich gegen den Ansturm eines schwäbischen Hauptmanns namens Rommel, der mit bewaffneten Bauernburschen und Motorbooten die Insel erobern und ersten militärischen

Ruhm einheimen wollte.²⁵³ Zweifellos hatte die Räterepublik in der katholischen Bevölkerung Bayerns viele Anhänger, deswegen aber noch keine Mehrheit.

Das «Schlimme» an der neuen Regierung in München war aber nicht ihr «Terror», der nur in der Fantasie der Kleinbürger, Militärs und MSPD-Führer existierte²⁵⁴, das «Schlimme» war, dass hier Intellektuelle, Literaten, Pazifisten, Anarchisten und Sozialisten zusammensassen und dass viele von ihnen Juden waren. «Jüdischer Bolschewismus» also. Verstärkte Hetze setzte ein.

Die im Nobel-Hotel Vier Jahreszeiten ansässige antisemitische Thule-Gesellschaft – viele spätere NS-Größen waren Mitglieder²⁵⁵, unter ihnen Rudolf Hess, Ernst Röhm, Hans Frank und Karl Haushofer oder Gäste, wie Dietrich Eckart, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler²⁵⁶ – wurde zum Schnittpunkt aller Aktivitäten.

Mit dabei waren aber auch Heinrich Glass, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, Ernst Pöhner, Direktor des Gefängnisses von Stadelheim, in dem viele Räteanhänger erschossen wurden, sowie der Schöpfer der Hakenkreuzfahne, der Zahnarzt Dr. Friedrich Krohn, und Karl Fiehler, ab 1933 Oberbürgermeister von München.²⁵⁷ Die Thule-Gesellschaft hatte 1'500 Mitglieder und potente Finanziere. Ihr Ziel: ein Grossdeutsches Reich mit den Deutschen als Herrenrasse und die Bekämpfung von Juden und Sozialismus. Freiherr von Sebottendorf (eigentlich: Rudolf Glauer), ihr Vorsitzender, war der eigentliche Gründer der NSDAP und Hitlers Mentor.

Und da war die katholische Kirche. Faulhaber z.B., der Erzbischof von München-Freising, ein Kriegshetzer im Ersten Weltkrieg («das Beispiel eines gerechten Krieges») wie später im Zweiten («Gewaltig und furchtbar ist das Ringen gegen diesen Weltfeind»²⁵⁸). Sein Kommentar zum 20. Juli 1944: «Der Herr möge unser Vaterland in seinen beständigen Schutz nehmen, dessen Leiter mit seinem Lichte erleuchten». Dieser Faulhaber nun war schon gegen Eisner («Regierung von Jehovas Zorn») und die Absicht seines damaligen Kultusministers Hoffmann (MSPD), den Religionsunterricht als Pflichtfach abzuschaffen, vorgegangen. Am 19. April 1919 aber, als der von Hoffmann (inzwischen Ministerpräsident der Bamberger MSPD-Exil-Regierung) unterstützte sogenannte «Palmsonntagputsch» gegen die «Ausländer und Juden» (Putschparole) in München gescheitert war und die «mosaischen» Kommunisten statt der «mosaischen» Literaten die Regierung übernahmen, ersuchte das Erzbistum Bamberg sämtliche Pfarrer Bayerns (!), sie sollten so viel Gemeindemitglieder wie möglich für die Freikorps werben.

Was aber tat Noske? Schon am 4. April, also noch vor Ausrufung der Räterepublik, war sich Noske im Klaren darüber, dass auch hier «aufgeräumt» werden musste. Er bot der Exil-MSPD-Regierung Hoffmann Hilfe an.²⁵⁹ Doch die zögerte. Hoffmann war mit Noskes Politik der verbrannten Erde nicht einverstanden und im Gegensatz zu diesem

für eine demokratische Volkswehr und gegen die Freikorps. Ausserdem spielten bayerische Ressentiments gegen preussische Truppen eine Rolle.²⁶⁰

Auch Ebert drängte auf militärische Niederschlagung und öffnete mit dem schon zitierten Telegramm an die Regierung in Bamberg dem Morden Tür und Tor: «Er scheint militärisches Vorgehen einzig mögliche Lösung. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, umso weniger Widerstand und Blutvergiessen zu erwarten ist, hat schon die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.»²⁶¹

Aber erst nach dem gescheiterten «Palmsonntagsputsch» vom 14. April und nachdem die bayerische Rote Armee unter dem Schriftsteller Ernst Toller Regierungs-Truppen bei Dachau vertrieben hatte, rief Hoffmann nach Noske. Der liess sich das nicht zweimal sagen. Er übertrug die militärische Leitung – ohne Rücksicht auf die Regierung Hoffmann – dem preussischen General Ernst von Oven, später einer der Kapp-Putschisten. Weder die Reichsregierung noch die Nationalversammlung beschäftigten sich mit diesem Vorhaben. Noske handelte völlig frei und ohne Rechenschaft ablegen zu müssen.

Noske gab auch nur eine einzige Direktive: «Der Rätewirtschaft in München ein Ende zu machen» und «etwaige Anordnungen der bayerischen Regierung» (gemeint ist Noskes Parteigenosse Ministerpräsident Hoffmann, K.G.) zu ignorieren.²⁶² Dies war erneut eine Blankovollmacht.

Und Oven sammelte alles an Freikorps, was er kriegen konnte. So fuhren preussische – darunter auch Teile von Pabsts GKSD²⁶³ –, württembergische und bayerische Truppen unter dem späteren Nazi-Statthalter Hitlers, Oberst von Epp, gen München. Mit dabei: Rudolf Hess, Ernst Röhm und Heinrich Himmler²⁶⁴. Schon hier taucht das Hakenkreuz als Zeichen der Zukunft, auf Geschütze geschmiert, auf.

Ernst Toller versuchte mehrfach, mit der Regierung Hoffmann zu verhandeln, um ein Blutbad zu verhindern. Doch die hatte inzwischen nichts mehr zu sagen. Noske bestimmte, und er verhandelte nicht. Auch Eugen Leviné (KPD), Chef der sogenannten zweiten Räterepublik («wir Kommunisten sind Tote auf Urlaub»), wollte nicht verhandeln. Trotzdem gaben Toller und andere nicht auf, um das drohende Massaker abzuwenden. DDR-Historiker haben Toller deswegen des Verrats geziehen, was falsch ist. Den wenigsten ist auch bis heute bekannt, dass in der Schlussphase der Räterepublik zum einen Leviné und die Kommunisten abgesetzt und durch einen neuen Aktionsausschuss ersetzt waren und dass es zum andern Toller am 1. Mai schaffte, die Betriebsräte Versammlung Münchens davon zu überzeugen, die sofortige Waffenniederlegung zu beschliessen. Hätte nämlich die gesamte Rote Armee Münchens (ca. 10'000 Mann) gegen die mit allem kriegstechnischen Gerät anrückenden Freikorps (35'000 Mann) gekämpft, die Zahl der Opfer wäre um ein Zehnfaches höher gewesen.

Aber das alles interessierte Noske nicht. Er vermied jede politische Lösung, ja, er

liess seinen Militärs völlig freie Hand²⁶⁵, so wie seine Partei ihm und er Pabst immer völlig freie Hand gelassen hatte. Noske begab sich erst gar nicht an den Ort des Geschehens. Ob Pabst dabei war, ist fraglich.²⁶⁶ Beide erteilten auch keinen Terror-Schiessbefehl wie im März.

Die Militärs gingen schlicht und einfach davon aus, dass sie die gleiche Tötungsbefugnis wie in Berlin hatten. Nicht ohne Grund. Schon nach den März-Massakern hatte Noske seine Kommandeure zusammengerufen: «In dieser Versammlung, in welcher etwa 40 Offiziere anwesend waren, eröffnete uns der Reichswehrminister, dem Sinne nach, etwa Folgendes: Er bedankte sich im Namen der Regierung für die Hilfe, die die Truppen der Regierung geleistet hätten und das schneidige Draufgehen der Truppen.»²⁶⁷

Major von Bibow berichtete über das Treffen: «[Noske] fügte hinzu, dass ihm einige Fälle bekannt geworden wären, in denen untergeordnete Organe vielleicht schärfer vorgegangen seien als unbedingt notwendig gewesen wäre, dass dies den betreffenden Herren aber nicht den Kragen kosten solle, denn er könne sich völlig in die Lage und Stimmung, in der sich die Truppe befand, hineinversetzen. Dem ist wohl auch zuzuschreiben, dass seinerzeit die Untersuchungen doch wohl nicht gerade mit der sonst üblichen Schnelligkeit geführt wurden.»²⁶⁸

Und Major von Lützwitz, Kommandant des gleichnamigen Freikorps, drückte dies so aus: «Dass Noske in Berlin nach Niederschlagen der Unruhen vom März 1919 in einer Besprechung der Kommandeure uns seinen Dank ausgesprochen, und dabei hinzugesetzt hat, er wäre der Letzte, der hinter einem kleinen Leutnant wegen einer vielleicht nicht ganz gerechtfertigten Erschiessung herlaufen und ihm den Prozess machen würde.»²⁶⁹

Auch hier wieder Ähnlichkeiten zu Hitlers Befehl vom Mai 1941 («kein Verfolgungszwang» für Verbrechen an Zivilpersonen).

Pabst, Noske und die MSPD hatten es also geschafft, einen rechtsfreien, völkerrechtswidrigen, ja faschistischen Zustand zu schaffen, ohne dass sie noch Befehle dazu geben mussten. Das Töten ohne Recht bzw. ohne Standrecht gehörte bereits zur Normalität. Also gab Oven eigenständig einen Befehl heraus, den er auch noch von dem bayerischen General Möhl unterzeichnen liess: «Wer den Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand entgegentritt, wird mit dem Tode bestraft.»²⁷⁰

Begleitet wurde das Ganze, wie im März in Berlin, von propagandistischem Sperrfeuer. Die fantastischsten Horrorgeschichten über die Räterepublik wurden verbreitet: Am 23. April kursierten Gerüchte über 200 Geiseln (darunter alle Bankdirektoren!), am 27. April waren es schon 2'000.²⁷¹

Obwohl man gleichzeitig durch Spitzel über die tatsächlichen Verhältnisse informiert war, lief das von Otmar Jung beschriebene Schema ab: rassistisch/ politische Dis-

kriminierung des Gegners, Anhängen fiktiver Gräuel, Pogromstimmung zum Hemmungsabbau, Durchführung von Vernichtungs-, ja Ausrottungsfeldzügen.

Pabsts Truppenteile griffen von Oberschleissheim und Garching aus an und sties- sen schon weit in die bayerische Landeshauptstadt vor.²⁷² Bei einem Gegenangriff der Roten Armee in der Nähe von Oberschleissheim wurden zwei Angehörige des 8. Husarenregiments gefangengenommen. Dieses Husarenregiment gehörte zum Kavallerie-Schützen-Kommando Nr. 14 der GKSD²⁷³. Es waren dies der Gefreite Fritz Linnenbrügger und der Husar Walter Hindorf. Beim Verhör der beiden im Luitpoldgymnasium (einer wurde dabei geschlagen), gaben sie an, dass sie zu der «Einheit gehören, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet» hätten – was im Grossen und Ganzen ja stimmte – und «dass auf Führer und Mannschaften der Roten Armee Kopfprämien aus- gesetzt seien»²⁷⁴.

Dies führte zu grosser Unruhe unter den Kommandanten der Roten Armee. Man liess unverzüglich ein Plakat²⁷⁵ drucken:



Alle hier ausgesprochenen Befürchtungen wurden Wirklichkeit, auch die Exekution des alten Mannes in Starnberg stimmte. Ebenso entsprach der Wahrheit die Ermordung von 20 Rotarmisten am 29. April in Starnberg.²⁷⁶

Als dann tatsächlich – nach Durchsickern von Meldungen über bestialisches Vor- gehen der Freikorps und der Gewissheit, dass sie keine Gefangenen machen würden –

einige Vertreter der faschistischen Thule-Gesellschaft verhaftet und sieben von ihnen, zusammen mit den beiden Soldaten der GKSD, vermutlich auf Befehl des Kommandeurs der Roten Armee, Rudolf Egelhofer, am 30. April – zweifellos rechtswidrig – erschossen wurden (die Betriebsräte und Toller distanzieren sich scharf davon), begingen die nach München einfallenden «Weissen» wahllos und bis dahin beispiellose Massaker.

Grundsätzlich wurden keine Gefangenen gemacht. Nicht nur jeder Waffentragende, auch «rote» Sanitäter wurden sofort umgebracht; auf alles, was sich bewegte – auch Frauen und Kinder –, geschossen. Das Münchner Bürgertum aber freute sich. «Leuchtende Männeraugen, tränenfeuchte (sic!) vieler Frauen, flatternde weiss-blaue und schwarz-weiss-rote Fahnen begrüßten die einmarschierenden Formationen, die doch wenigstens von einem Grossteil der Bevölkerung als ‚Befreier‘, nicht als ‚Eroberer‘ betrachtet wurden»²⁷⁷, berichtet Pabst nicht ganz sicher über die Mehrheitsmeinung in München. Die GKSD residierte übrigens im Hotel Vierjahreszeiten.²⁷⁸

Nach der Besetzung ging das grosse Morden unvermindert weiter. Einige Beispiele: Gustav Landauer, Sozialist, Pazifist, «wahrhaft Deutscher und wahrhaft Jude» (Martin Buber), wurde verhaftet und ins Gefängnis Stadelheim gebracht. Im Hof traktierten ihn Offiziere und Soldaten mit Peitschen- und Kolbenhieben, bis er zu Boden sank. Landauer schaffte es, sich wieder aufzurichten und versuchte sich zu rechtfertigen. Ein Vizewachmeister rief: «Geht mal weg», und feuerte Landauer einen Schuss in den Kopf. Landauer stürzte erneut, gab aber noch Lebenszeichen. Ein zweiter Schuss in die rechte Schläfe traf ihn. Als er immer noch nicht tot war, bekam er einen Gewehrschuss aus unmittelbarer Nähe in den Rücken, «dass es ihm das Herz herausriss und er vom Boden wegschnellte. Da Landauer immer noch zuckte», trat man ihn zu Tode. Schliesslich wurden ihm Kleider und Schuhe heruntergerissen, seine Uhr gestohlen und «die Leiche zwei Tage lang ins Waschhaus geworfen.»²⁷⁹

Ein anderer Zeuge berichtet: «Sie haben ihm die Hose heruntergerissen und ein Gewehr in seinen After gesteckt und das Gewehr in seinen Körper entleert; einige Kugeln sollen zum Gehirn herausgekommen sein.»²⁸⁰

53 ehemalige kriegsgefangene Russen, die Wachdienst für die Räterepublik gemacht, aber an keinerlei Kämpfen teilgenommen hatten, wurden – weil in deutscher Uniform angetroffen – von Freikorpsseinheiten festgesetzt. «Geführt von einem Offizier und umringt von Mannschaften, die nachhaltig ihren Tod gefordert hatten», brachte man die Russen zu einer Sandgrube. «Gefasst, singend und betend, gehen sie ihren letzten Weg». Dann erschoss man sie «jeweils zu fünft».²⁸¹

Am Abend des 6. Mai trafen sich 30 Mitglieder des katholischen Gesellen Vereins St. Joseph wie jeden Dienstag. Als «Spartakisten» verdächtigt, wurden sie von einer plötzlich eindringenden Freikorps-Patrouille verhaftet. In einen Hof geschleppt, mischten sich ihre Hilferufe und Unschuldsbeteuerungen mit wüsten Beschimpfungen und

immer brutaleren Schlägen der Peiniger. Sechs der Katholiken erschoss man auf der Stelle. Der Rest wurde in einen Keller geschafft. Dort feuerten die Erfüllungsgehilfen Noskes und der MSPD die Magazine ihrer Waffen leer. Dann begannen die Regierungssoldaten, «auf den armen Opfern herumzusteigen», das Gesicht eines Gesellen wurde dabei «wie eine Briefmarke breitgetreten»²⁸². Die noch Lebenden bearbeitete man mit Dolchen und Seitengewehren. Schädeldächer wurden dabei abgetrennt, Löcher in Köpfe gehauen, «sodass das Gehirn herausquoll».²⁸³ Die Toten wurden wie üblich ihrer Wertsachen und Kleider beraubt. Hier dämmern schon die Massaker von SS, SD und Wehrmacht in der Sowjetunion herauf.

«Rechtsgrundlage» war auch hier der von Pabst und Noske im März 1919 ausgegebene Befehl, der sozusagen ohne Verkündung als geltend angesehen wurde, da von Oven von Noske den Auftrag hatte, «der Rätewirtschaft in München rasch ein Ende zu machen»²⁸⁴ und Noske dazu «ins Einzelne gehende Befehle» nicht erteilt hatte.²⁸⁵

Ein evangelischer Pfarrer denunzierte Anfang Mai zwölf der MSPD angehörende Perlacher Arbeiter. Sie hätten gegen die «Saupreussen» des Freikorps Lüttwitz geschimpft. Das genügte. Angehörige des Freikorps Lützow, das auch zur GKSD gehörte²⁸⁶, nahmen sie gefangen, schleppten sie nach München-Perlach und erschossen sie vor einem grossen Kohlehaufen des Hofbräuhauskellers. Die Opfer wurden ausgeraubt.²⁸⁷ Noskes und Pabsts Befehl vom März 1919 galt ebenfalls als «Rechtsgrundlage»: «Dieser Befehl gab, wie der Zeuge Noske in der Hauptverhandlung auch bestätigte, die Möglichkeit, dass Leute, welche die Waffen streckten oder sich gefangen gaben, an Ort und Stelle erschossen werden durften.»²⁸⁸ So heisst es in der Urteilsbegründung des Schwurgerichts beim Landgericht München I aus dem Jahr 1926 gegen zwei Männer des Freikorps Lützow: Leutnant Georg Poelzig und Vize Wachtmeister Erich Prüfert, welche die zwölf unbeteiligten Perlacher Arbeiter hatten ermorden lassen. Aus einem Geheimbericht an den General Lüttwitz: «Aus reiner Lust, Menschen zu quälen, hat Prüfert die noch Lebenden die Erschiessung ihrer Kameraden beobachten lassen, so dass sie sich vor Furcht und Entsetzen nicht mehr aufrecht halten konnten. Unter den Mannschaften des Korps erregte diese Handlungsweise grosse Entrüstung.»²⁸⁹

Poelzig wurde von seinen Kameraden scherzhaft «der Massenmörder» genannt.²⁹⁰

Doch die Täter kamen erneut, wie schon in Berlin 1922, dank Noskes Zeugenaussage frei. Noske machte also zum wiederholten Mal wahr, was er im März seinen Kommandeuren versprochen hatte. Er würde dafür sorgen, dass auch die gewagteste Auslegung seines Befehls keine Bestrafung fände: «Und endlich hat der Zeuge Oberpräsident Noske, der den Schiesserlass an die Truppen herausgegeben hatte, in der Hauptverhandlung seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, dass er nicht sagen könne, dass jemand, dem die Gefangenen von der Gendarmerie oder von dritter Seite als Rotgardisten oder

sonst in übler Weise bezeichnet wurden, das Gefühl hatte, etwas zu tun, was ihm eines Tages wegen Mords auf die Anklagebank brächte, wenn er solche Gefangenen erschoss oder erschossen liess.»²⁹¹

Das heisst, wurde einem Offizier ein auch nur als Spartakist Denunzierter von wem auch immer («von dritter Seite») gebracht, konnte der erschossen werden. Von «kämpfend» oder «Waffe in der Hand» oder in der Wohnung gefundenen Waffen ist hier gar keine Rede mehr.²⁹²

Und Major Lützow lieferte auch in diesem Prozess wieder die Paradebegründung, warum man gegen die eigenen Landsleute so brutal vorging: «Ich möchte die damalige Lage in München mit dem seinerzeitigen Krieg in Belgien vergleichen, dort hatte der aus dem Hinterhalt feuernde Gegner doch noch wenigstens das Eine für sich, dass er für sein Vaterland kämpfte, während in München der Volksgenosse aus dem Hinterhalt auf unsere Truppen feuerte.»²⁹³

Ernst Leviné, einer dieser vaterlandslosen Gesellen, bezog sich auf den gleichen Zusammenhang, als er in seinem Schlusswort vor Gericht sagte: «Der Staatsanwalt sagte, ich sei moralisch schuld an der Erschiessung der Geisel. Ich weise diese Schuld entschieden zurück. Schuldig daran sind diejenigen, die August 1914 zuerst Geiseln aufgebracht haben, ohne dass die deutschen Staatsanwälte deswegen Anklage erhoben und die Todesstrafe gegen sie beantragt hätten.»²⁹⁴

Leviné wurde von einem Ausnahmegericht – ohne dass die regierende bayerische SPD widersprochen hätte – zum Tode verurteilt und erschossen.

Alle Beteiligten am «Geiselmord» ebenso. Einige erhielten langjährige Zuchthausstrafen. Den Kommandanten und Matrosen Egelhofer hatte man schon vorher während seiner Haft ermordet.

Die Zahl der Opfer in München wird zwischen 600 und 1'000 angegeben. Es wurden ausserdem Hunderte von Jahren Zuchthausstrafe verhängt. In der bayerischen Landeshauptstadt kam während des Kapp-Putsches ein erstes vorfaschistisches Regime unter Gustav Ritter von Kahr (Ministerpräsident), Otto von Lossow (Reichswehrgruppenkommandant) und Hans Ritter von Seisser (Landespolizeichef) an die Macht.

Ebert und seine Genossen sahen dem tatenlos zu und setzten hier keine Reichsexekution durch, die zudem von den nur gegen links mit ihnen kooperierenden Militärs hintertrieben worden wäre. München wurde so zum Zentrum und zur eigentlichen Geburtsstätte des deutschen Faschismus: «die Hauptstadt der Bewegung.»

Folgerungen

Nach Feststellung solch unterschiedlicher Experten wie Otmar Jung, Ernst Rudolf Huber und Emil Gumbel war der Schiessbefehl des Duos Pabst/Noske eindeutig rechtswidrig und auch vom preussischen Belagerungszustand nicht gedeckt.²⁹⁵ Obwohl der

Noske-Befehl eine Woche nach Erlass wieder aufgehoben wurde²⁹⁶, gingen die Militärs davon aus, dass er fortan weiter gelte und gaben sich dafür eigene Befehle. So geschehen bei der Zerschlagung der Münchner Räterepublik («Reichsexekution») und so auch, wie zu zeigen sein wird, im Ruhrgebiet²⁹⁷ und nach dem Kapp-Putsch. Diese Befehle waren allesamt rechtswidrig. Noske sanktionierte sie auch nachträglich in allen Ausweitungen und Auslegungen, sodass am Schluss nur noch die Denunziation «Spartakist» genügte, den Denunzierten zu töten. Schon zuvor gab es eine Kette von Rechtswidrigkeiten: Angefangen von der Ermordung der *Vorwärts*-Parlamentäre über die politischen Morde an Liebknecht, Luxemburg, Jogiches und Dorrenbach bis zur eingeführten «Erschiessung auf der Flucht». Es folgt daraus: Die Taten waren glatter Mord, teilweise Massenmord. Das Vorgehen der Freikorps war verbrecherisch. Wir haben es hier sozusagen mit vergessenen Kriegs- bzw. Bürgerkriegs verbrechen zu tun²⁹⁸, Verbrechen, für die sich nie ein Richter fand. Dies alles hat weittragende Konsequenzen und führt zu dem Schluss, dass es sich bei den Freikorps um umhermarschierende militärische Verbrecherbanden²⁹⁹ handelte.

Dass die Freikorps nicht nur die Vorläufer³⁰⁰ oder die Vorhut³⁰¹, sondern die militärische Bewegung des deutschen Faschismus in seiner ersten Phase waren³⁰², beweist sich somit nicht nur aus der personellen Identität. Sie waren nach Haffner «in Ansichten, Gehaben und Kampfstil einfach dasselbe wie die späteren Nazi-Sturmtruppen. Sie hatten bereits das ‚Erschiessen auf der Flucht‘ erfunden, sie waren schon ein gutes Stück weit in die Folterwissenschaft eingedrungen, und sie hatten bereits eine grosszügige Art, unbedeutende Kampfgegner einfach ohne viel Fragen und ohne Unterschied an die Wand zu stellen, die den 30. Juni 1934 vorausnimmt [gemeint sind die Liquidierungen beim sogenannten Röhmer-Putsch, K.G.]. Es fehlte nur noch die Theorie zur Praxis: Die lieferte später Hitler.»³⁰³

Susanne Kuss sieht in der deutschen Kriegsführung während des Boxeraufstands in China (1900) einen möglichen Anfang deutscher Vernichtungsstrategie, die in den Kolonialkriegen in Afrika, wie auch im Ersten und Zweiten Weltkrieg fortgesetzt wurde.³⁰⁴ Der Bürgerkrieg 1919, die Konterrevolution als Reaktion auf die Novemberrevolution, muss hier eingeordnet und die Rolle der MSPD darf dabei nicht vergessen werden. Aus der Rechtswidrigkeit des militärischen Handelns der Freikorps leitet sich nämlich ab, dass auch die MSPD-Regierung verbrecherisch handelte.

Von noch grösserer Tragweite ist die demoralisierende Wirkung dieser Verbrechen. Mit ihrer Initiierung, Billigung und Nicht Verfolgung haben Noske und die MSPD-Oligarchie den Boden für spätere noch grössere Verbrechen bereitet. Sie tragen die Verantwortung dafür, im Verein mit Waldemar Pabst und anderen Freikorpsführern, als erste innerhalb Deutschlands völlige Recht- wie Wertlosigkeit von Menschenleben eingeführt und in dieser Hinsicht dem Nationalsozialismus Bahn gebrochen zu haben.

6. Pabsts politische Haltung auf dem Höhepunkt seiner Macht

Pabst sah sich als Monarchist. Am Ende seines Lebens äusserte er sogar, im Grunde immer noch Monarchist zu sein. Pabst hätte die Novemberrevolution gern mit seiner GKSD verhindert, und er hat sich auch gegenüber Kriegsminister Scheüch dahingehend geäußert. Seine Truppe war auch die einzige, die auf Groeners Fragen vom 7. November 1919 mit Ja geantwortet hatte. Sie wollten sich für ihren Kaiser schlagen. Doch die andern wollten nicht mehr. Der Kaiser wurde fahnenflüchtig. Damit war aber für Pabst klar, dass eine neue Zeit angebrochen war. 1934 wusste er sogar, dass diese neue Zeit 1918 erst gedämmt hat, es noch ein paar Jahre dauern und das Neue erst mit der Machtübernahme durch die Nazis anbrechen würde.

1919 war er sich noch nicht ganz sicher, wie diese neue Zeit aussehen sollte. Auf jeden Fall begriff er, dass es mit einem Kaiser oder König, Monarchismus hin oder her, nicht mehr funktionieren würde. Fest stand für ihn auch, dass diese neue Zeit auf keinen Fall demokratisch und auf gar keinen Fall sozialistisch sein durfte. Als radikaler Anti-bolschewist sah er nichts Positives im eigentlichen, im russischen Bolschewismus.

Da der deutsche Faschismus bis zu seiner Kanalisierung im Nationalsozialismus unterschiedlichste Fraktionen aufwies, ging Pabst somit mit einigen dieser Fraktionen nicht d'accord. Da gab es beispielsweise die verharmlosend als «konservative Revolution» bezeichnete Ansammlung von Intellektuellen. Einige Vertreter dieser Strömung des deutschen Faschismus waren durchaus von einigen Aspekten des Bolschewismus angetan. Sie bewunderten den Autoritarismus Lenins und Trotzki, den kriegerischen Geist, die Schärfe des Durchgreifens und die Wucht des Terrors. Der bolschewistische Mythos hatte durchaus Sympathien bei den Intellektuellen der Weimarer Republik, eben auch bei den rechten Intellektuellen.

Oswald Spengler, Ernst Jünger, Ernst Niekisch, ja selbst die Verkörperung des Antibolschewisten, Eduard Stadtler, sahen sehr schnell verwertbare positive Elemente im Bolschewismus. Interessant wurde es für diese Männer, wenn man aus der molekularen Aufstandsbewegung der Massen, wie sie in Russland in allen Revolutionen auftrat, mittels Lichtgestalt einen diktatorischen deutschen Sozialismus, einen molaren Führerstaat mit gewandelten plebejischen Zügen meisseln konnte. Trotzki's Rote Armee und auch seine gescheiterten Arbeitsarmeen hatten diesen molaren Zug, den sie auch nach dem Bürgerkrieg nicht ablegten, genauso wie Lenins Kaderpartei, deren diktatorischer Zentralismus sich sehr bald nach der Oktoberrevolution breit machte und alle molekularen

Massenbewegungen der Bauern und Proletarier, die die Träger der Revolution gewesen waren, überlagerte. Erstere wurden von den Bolschewiki sogar scharf bekämpft. «Alle Macht den Sowjets» war schnell zur Farce geworden. Eben diese Wandlung von der molekularen Massenbewegung zum molaren Führerstaat faszinierte Teile der «konservativ-faschistischen Revolution».

Aber selbst die verhaltene Begeisterung einiger deutscher Militärs wie zum Beispiel Seeckts für den Bolschewismus – aus rein strategischen Gründen gegen Polen und den Westen und aus Gründen der geheimen Rüstung – liess Pabst ungerührt. Sogar die Faszination, die die roten Russen auf seinen Kampfgenossen und Ludendorff-Vertrauten Oberst Max Bauer ausübte, teilte der Putschist nicht. Für ihn war der Bolschewismus, qua seiner totalen Umkehrung der «Werte», seiner Bevorzugung der Unterschichten, seines radikalen «Franzosentums», seiner *levée en masse*, brandgefährlich. Oberst Bauer wiederum hatte selbst seinen Antisemitismus beim Anblick der molaren Organisation Sowjetrusslands revidiert und den Juden in der Führung in gewisser Weise «Herrenmenschentum» zugetraut.

Dies lief Pabsts Vorstellungen entgegen, der Juden nur akzeptierte, wenn sie eben nicht für den Sozialismus, die Herrschaft der Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums und die «jüdische Demokratie» arbeiteten, sondern wenn ihnen der Sinn nach nationaler Erhebung ohne Sozialismus, ohne Gleichmacherei stand.

Bauer und andere aber wollten gerade die *levée en masse*, die Pabst so fürchtete, umgeleitet, besser umgegossen sehen in einen autoritären, preussischen Pseudosozialismus mit Führer. Selbst die Nazi-Bewegung hatte ja ihren plebejischen, sich zumindest antikapitalistisch gebenden Flügel. Ironie der Geschichte, dass sich später Pabst genau bei diesen NS-Splittern Verbündete suchen wird.

Für Pabst blieb der Bolschewismus jedoch kein Bündnispartner, auch nicht gegen Versailles und das Franzosentum. Die molekulare Potenz, die der Bolschewismus hatte, bzw. die Massenbewegung, die ihn ursprünglich trug und die Pabst auch richtig in Deutschland als Bedrohung seiner Macht sah, wurde auch nicht wettgemacht durch den sich immer weiter durchsetzenden autoritären Stil Lenins und Trotzki: das Verjagen des Parlaments, den roten Terror, die diktatorische Führung der Roten Armee (entgegen der ursprünglichen Prinzipien) durch Trotzki, den kriegerischen Geist der Bolschewiki im Bürgerkrieg. Später wären noch zu nennen: die Niederschlagung des Aufstandes von Kronstadt 1921 – den Gustav Bauer richtig als den Sieg Lenins und Trotzki gegen das «Franzosentum», also gegen die molekularen Massen begriff –, der 10. Parteitag mit dem Verstummen der innerparteilichen Opposition, die Neue Ökonomische Politik, die gemeinsame Feindschaft gegen Polen sowie die Unterstützung der Bolschewiki für den Aufbau der Reichswehr.

Dies hatte damit zu tun, dass Pabst dem Sozialismus, und zwar jeder Form des Sozialismus, ablehnend gegenüberstand. Er konnte sich auch keinen deutschen oder auto-

ritären preussischen «Sozialismus» vorstellen, wie Stadtler, Spengler und selbst Noske. Pabsts Ziel war der starke Staat, die Diktatur ohne Parlamentarismus, aber auch ohne jede Form von Vergesellschaftung. Pabst mochte auch den Kriegssozialismus nicht. Später allerdings kam er bei den Nazis durch seine Nähe zum italienischen Faschismus und damit auch zum Röhm-Flügel in Verruf. Auch als Parteigänger Papens, der ebenfalls einer Abart des deutschen Faschismus frönte, machte er sich bei Hitler unbeliebt. Pabst ging sogar so weit, Hitler als Sozialisten und sich als Konservativen zu bezeichnen. Er war ein konservativer Faschist ohne irgendeine Sympathie für Sozialismus.

Seine konsequente Gegnerschaft zum Bolschewismus brachte ihn deshalb den völkischen Sozialdemokraten am nächsten. Er teilte ihren nahezu psychopathischen Bolschewismushass, ihren Hass auf jüdische Marxisten und 1922 dann auch auf die Verträge von Rapallo, die Annäherung des deutschen Kapitals und der deutschen Eliten (inklusive der militärischen) an das bolschewistische Russland. Eine Annäherung, die ja nicht von einer MSPD-Regierung, sondern von einer konservativen unter Reichskanzler Joseph Wirth und Aussenminister Rathenau eingefädelt wurde.

Die ohne rechtliche Bedenken und ohne Skrupel von der völkischen MSPD im Verein mit Pabst und anderen Militärs durchgeführte Ermordung der Revolution, dieser gemeinsame Marsch über Leichen, liess ihn Mitte 1919 – auch in Reaktion auf Versailles – auf eine weitere Zusammenarbeit mit der MSPD-Oligarchie, insbesondere Noske, hoffen. Wäre da nicht das Problem des Parlamentarismus. Pabst steuerte auf ein faschistisches Regime, einen Ständestaat mit Diktator und starkem militärisch-industriellem Komplex, mit starkem Militarismus, allein auf molarer Massenbasis zu. Der Konflikt auch mit den rechten Sozialdemokraten musste an der Frage der Diktatur aufbrechen. Pabst hoffte, Noske, eventuell auch Ebert, würden mitziehen. Und Noske war nicht grundsätzlich abgeneigt, Ebert übrigens auch nicht.

7. Auf dem Weg zu einer durchmilitarisierten Gesellschaft. Die Geburt der Sicherheitspolizei (SIPO)

Noch bevor die Revolution in Berlin und Bayern vollständig liquidiert war, machte sich Pabst Sorgen um das Versagen der Polizei (genannt Schutzmannschaft) in der Novemberrevolution. Niemand von ihnen hatte auf die Revolutionäre geschossen. Das musste nach Pabsts Ansicht in kommenden Auseinandersetzungen vermieden werden. Also brauchte man eine neue Polizei. Eine militarisierte Polizei, die sogenannte Sicherheitspolizei. Pabst entwarf ein Konzept und schickte es unter der Nummer Ia/Ia 20958 und

der Tarnbezeichnung «Reorganisierung der Schutzmannschaft» am 10. März 1919 an Noske.³⁰⁵ Der war sofort begeistert. Einen zweiten Anhänger fand Pabst im designierten preussischen Innenminister Wolfgang Heine (MSPD), einem «ausserordentlich sympathischen, gemässigten und klarblickenden Manne»³⁰⁶. Heine bekam den Plan zwei Tage später von Noske zugeschickt.³⁰⁷ Noske und Heine versuchten unter Umgehung des preussischen Abgeordnetenhauses sofort Tatsachen zu schaffen, da ihnen auch klar war, dass die Alliierten nicht begeistert sein würden, also überrumpelt werden mussten. «Es darf zur Zeit nicht langatmig in kostenreichen Kommissionen verhandelt werden, sondern es muss gehandelt werden.»³⁰⁸

Pabst gibt an, den Entwurf³⁰⁹ auf Anregung zweier Polizeioffiziere angefertigt zu haben. Die ganze bisherige Polizei sollte völlig verschwinden. An ihre Stelle wollten Pabst, Noske und Heine «eine aus ausgewählten, militärisch organisierten jungen Leuten bestehende Polizeitruppe treten (lassen), welche mit Pkws, Lkws, Maschinengewehren, Handgranaten, Minenwerfern, Flak und Flugzeugen ausgerüstet³¹⁰, in Kasernen untergebracht und besonders im Strassenkampf und für Waffendurchsuchungen geschult werden sollte.»³¹¹ Den nichtmilitärischen Rest sollte dann die «Wohlfahrtspolizei»³¹² (rekrutiert aus der alten Schutzpolizei), eine der Stadtverwaltung unterstellte Ansammlung von Grüss-Augusten ohne Machtbefugnisse und allenfalls zur Verkehrsregelung dienlich, bilden. Ein typisches Merkmal dieses Planes ist also die Verwischung der bürgerlichen Trennung von Polizei und Militär.³¹³ Nachdem man aber sowieso schon mit dem Militär «polizeiliche Aufgaben», nämlich die Aufstandsniederschlagung, erledigt hatte, konnte man den Spiess auch umdrehen: Eine militarisierte Polizei sollte künftige Aufstände niederschlagen können wie das Militär selbst. «Dass diese Militärs ‚Landesbeamte‘ und nicht Soldaten genannt werden, ist eine preussische Verlogenheit.»³¹⁴

Noske beschreibt das in seinem zur Zeit des Faschismus in Deutschland geschriebenen Buch folgendermassen: «Die Soldaten, die im Jahr 1919 zusammengerafft wurden, sind anfänglich nur eine Polizeitruppe gewesen. Sie sollten jedoch den Kern einer neuen Wehrmacht bilden. Deshalb waren sie sobald als möglich von Polizeiaufgaben zu befreien. Darum erliess ich schon im Anfang meiner Amtstätigkeit in Berlin eine Verfügung an das preussische Ministerium des Innern, in der ich dringend forderte, dass unverzüglich mit der Bildung einer Berliner Polizei begonnen werde.»³¹⁵ Den Urheber des Planes, den «geistigen Vater»³¹⁶ – oder wie Tucholsky ihn nannte, «der Papa von das Kind»³¹⁷, dessen Truppe dann tatsächlich den Kern der neuen Wehrmacht bildete, nennt Noske nicht.

Es ging Pabst – und da war er schlauer als Noske – hauptsächlich darum, eine ihm gefügige Polizei – geplant waren 10'000 «in grünes Tuch»³¹⁸ gekleidete Männer – in Berlin zu haben, die sich künftigen Putschen gegen Weimar anschliessen und nicht etwa wie die Schutzmannschaft zur «jüdischen Demokratie» stehen würde. Deshalb schleuste Pabst Kameraden aus seiner GKSD in die SIPO ein, so die bertüchtigten Kessel-Brüder,

Eugen und Hans von Kessel³¹⁹, sowie einen mit ihm befreundeten Oberst Arens³²⁰. Laut Kachulle gehörten sie alle dem sogenannten Ludendorff-Kreis an³²¹, zu dem auch Pabst zu zählen ist³²². Logische Folge: Die von Pabst mit Hilfe der SPD-Oligarchie aufgebaute SIPO schützte weder die Regierung noch sonst jemanden während des Kapp-Putsches im März 1920, sondern schloss sich den Putschisten an oder rührte keinen Finger gegen sie. Es ist daher kein Wunder, dass Heine später auf der Kabinettsliste der Kapp-Putschisten stand.

Heine wiederum nahm Pabsts Vorschlag 1919 als Muster für die preussische Polizei und versuchte, das preussische Landesparlament vor vollendete Tatsachen zu stellen. Erst als sein Parteifreund Südekum enorme Kosten auf den Haushalt zukommen sah, winkte der Ältestenrat (das Parlament wurde immer noch nicht gefragt) den Vorschlag durch.³²³ In aller Eile wurden die Einheiten aus dem Boden gestampft.³²⁴

Auch der Dezernent für das Polizeiwesen im Ministerium des Innern, der geheime Regierungsrat Doyé³²⁵, arbeitete hier mit Pabst zusammen. Doyé galt neben Pabst als derjenige, der kräftig das Gerücht von den Lichtenberger Geiselmorden hatte streuen lassen.³²⁶ Doyé wurde übrigens von den Hochverrätern im März 1920 zum Staatssekretär ernannt.

Doch so ganz ohne Widerstand lief dieses Schauspiel der Entmachtung der demokratischen Polizei nicht ab. Die Schutzmannschaft war nicht bereit, den Sicherheitsdienst rein militärisch aufzuziehen und zu regeln. Es kam zu Protestkundgebungen. Am 8. September 1919 demonstrierten 2'500 Polizisten sowie der Reichsverband der deutschen Polizei gegen die Pläne der Allianz Pabst/Noske/ Heine.³²⁷ Heine hatte nach einem Gespräch mit Noske den Pabstplan Ende März in Richtlinien gegossen.³²⁸ Die Polizisten wollten «der Regierung und dem Hauptmann Pabst sagen, dass die Schutzmannschaft noch da ist und dass sie nicht versagt hat. Wir rücken von der Sicherheitspolizei ab.»³²⁹ Ein anderer Redner, der Polizeiinspektor Eiben-Breslau, führte an: «Man könne auch mit milderer Waffen, oft auch mit guten Worten auskommen. Es sei notwendig, dass man auch die Psyche eines Volkes besser kenne.»³³⁰ Und wo das Geld für die SIPO herkam, wusste der Kriminalbeamte auch: «Von den Banken und der Grossindustrie.» Alle Redner erhielten stürmischen Beifall von den Polizisten aus ganz Deutschland, die auch das undemokratische Zustandekommen der Richtlinien geisselten. Der preussische Innenminister könne ihnen offensichtlich nicht verzeihen, dass sie am 8. November 1918 kein Blutbad angerichtet hätten. Man betrachtete die «Militärpolizei» als verfassungswidrig.³³¹ Nun kümmerte sich Noske, der sich ja nach eigenen Worten um Paragraphen nicht scherte, auch nicht um den Protest der Polizisten. Schliesslich kannte er die Psyche des Volkes besser. Es waren wieder die Alliierten, die im Juni 1920 für die Auflösung der SIPO sorgten, denn nach dem Kapp-Putsch hatte die SPD-Oligarchie nur ein paar wenige Putschisten aus der Polizei entfernt. Doch auch der Einsatz der Alliierten konnte die Polizei nicht mehr völlig entmilitarisieren bzw. demokratisieren. Ein

grosser Teil der SIPO landete bei der Ordnungspolizei.³³² Es dürfte kaum verwundern, dass das Gros der SIPO-Offiziere später bei SA und SS ankam.

Die Technische Abteilung

Adolf Hitler lag im November 1918 im Lazarett Pasewalk und hatte aufgrund eines feindlichen Gaseinsatzes eine Augenreizung, die er später zur zeitweisen Blindheit hochstilisierte.³³³ In diesem Moment, so geht die Legende, seien Matrosen hereingestürmt und hätten von der Revolution berichtet. Hitler heulte ins Laken³³⁴ und baute sich seinen Gründungsmythos: «Ich aber beschloss, Politiker zu werden.»³³⁵

Ein ähnlicher Gründungsmythos umrankt die Entstehung der Technischen Abteilung, aus der später die Technische Nothilfe, die Urmutter des heutigen Technischen Hilfswerkes hervorging. Der 32-jährige Reserveleutnant Otto Lummitzsch, der 1915 an der Durchführung des ersten deutschen Gaseinsatzes mitbeteiligt war, wollte sich am 6. Januar 1919 gerade dem Freikorps Reinhard anschliessen, als er Unter den Linden eine «völlig zwecklose, aus unerklärlichen Gründen aufgeflamnte Schiesserei»³³⁶ beobachtete und daraufhin – ähnlich unerklärlich – beschloss, ein technisches Freikorps zu gründen, das im Fall eines Generalstreiks den Notbetrieb bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken aufrechterhalten sollte. Der Gedanke, dass der Erste Weltkrieg eine völlig zwecklose Schiesserei – zumal mit dem von ihm eingesetzten Gas – gewesen sei, war ihm offensichtlich nicht gekommen. Auch ist nichts bekannt darüber, dass er versucht hätte, in dieser Zeit die Notversorgung der Bevölkerung etwa mit Sauerstoff oder Brot zu organisieren. Er muss wohl bei Kriegsende ähnlich empfunden haben wie der U-Boot-Kommandant und Freikorpskämpfer Kapitänleutnant Martin Niemöller: «Ich bin bei allem Grauen des Krieges mit sehr grosser Selbstverständlichkeit und ohne eine Erschütterung, die mich in der letzten Tiefe der Seele gepackt hätte, hindurch gekommen. (...) die Erschütterung, die endlich die Grundfesten meines Wesens und Daseins ins Wanken brachte, (...) das war erst die Revolution, die kein Umbruch, sondern ein Zusammenbruch war! Damals versank mir eine Welt.»³³⁷

Um weiteres Versinken zu verhindern, entwarf Lummitzsch ein Konzept. Dieses Konzept stellte er sofort Pabst vor. Der datiert die Begegnung auf «etwa acht Tage vor dem Einmarsch in Berlin»³³⁸. Also muss es noch am 6. Januar 1919 gewesen sein.

Pabst zerbrach sich nach eigener Darstellung gerade in Dahlem zusammen mit Noske den Kopf, «um den Gang der lebenswichtigen Betriebe aufrecht zu erhalten», als der «Adjutant der Gas-Truppen im grossen Hauptquartier» Lummitzsch ihm seine Aufwartung machte. Er überreichte einen «bis aufs Kleinste durchgearbeiteten Plan». Papst



Die Technische Abteilung, bewachte Streikbrecher

war entzückt, und mit Genehmigung von Hofmanns wollte er Noske dafür gewinnen. Doch Pabst hatte Bedenken. War Noske nicht ein alter Gewerkschafter und würde er nicht zögern, die Aufstellung einer «Streikbrecher Organisation»³³⁹ zu genehmigen? Pabst dachte nach und beauftragte den 2. Adjutanten Noskes, einen Hauptmann Schmidt – mit dem 1., republikanisch angehauchten Adjutanten Major von Gilsa verstand er sich nicht –, den Plan Noske spät in der Nacht, «wenn er richtig müde ist»³⁴⁰, vorzulegen. Noske unterschrieb, was er wohl auch ausgeschlafen getan hätte. Denn seinem Pabst konnte der sozialdemokratische Oberbefehlshaber nichts ausschlagen, alter Gewerkschafter hin oder her. Lummitzsch durfte seine Streikbrechertruppe aufbauen. Die Technische Abteilung (TA) war geboren.³⁴¹ Lummitzsch ernannte man zum Führer, und drei Eskadrons (Elektrizität, Gas und Wasser) wurden in Lichterfelde (wo Pabst als Kadett geschunden worden war³⁴²) aufgestellt. Noske schritt die Formation ab, zeigte sich vom «ausgezeichneten» Zustand derselben beeindruckt und verkündete, dass zukünftig politische Streiks unmöglich würden.

32% aus der Streikbrechertruppe, so Pabst, seien Sozialdemokraten gewesen. Aber auch gestandene Chemiker des Gaskrieges, wie Fritz Haber³⁴³, sowie die späteren Nobelpreisträger Otto Hahn, James Franck und Gustav Hertz sollen zu den Gründungsmitgliedern und Aktivisten der TA gehört haben.³⁴⁴ Die TA war direkt dem Stab der GKSD bzw.

dem Korps und damit Pabst unterstellt.³⁴⁵ Als Abzeichen wählte man ein Zahnrad, ein Motiv, das das THW 1950 erneut wählte, als es – wiederum von Lummitzsch – im Auftrag von Innenminister Gustav Heinemann (damals CDU) aufgebaut wurde.

Schon im März 1919 kam die TA beim Generalstreik und Aufstand in Berlin zum Einsatz.³⁴⁶ Das Kraftwerk in Moabit wurde im Notbetrieb gefahren, während Pabsts und Noskes Mordbefehle zahllose Menschen das Leben kosteten. Ebenfalls mit dabei war die TA beim Verkehrsstreik im Sommer 1919.

Nach der Niederschlagung der ersten Revolutionswelle vertrieben sich Lummitzschs und Pabsts Leute die Langeweile, indem sie wichtige Versorgungseinrichtungen ausspionierten, um Bedarfslisten für den Streikbruchfall aufzustellen. Reparaturbaracken wurden errichtet.³⁴⁷ Der Streikbrecher-Gedanke verbreitete sich auch bei den anderen Freikorps, und im Sommer schossen die TAs in ganz Deutschland wie Pilze aus dem Boden.³⁴⁸ Schlosserkommandos wurden aufgestellt³⁴⁹, mit denen man zwecks Waffensuche in Bürgerwohnungen eindringen wollte (im März hatte man bei Waffenfunden die Bewohner auf Pabsts und Noskes Befehl gleich ermordet). Auch die Reichspost-Fernsprechämter bekamen Unterstützung, indem ihnen Lummitzsch als Notstromaggregate Dieselmotoren aus den in Kiel liegenden U- und Torpedobooten lieferte.³⁵⁰ Bei der Gelegenheit scheint man auch gleich Abhöreinrichtungen in den Fernsprechämtern installiert zu haben, um «Linksradikale» auszuhorchen, denn im Nachlass Pabst finden sich Abhörprotokolle der TA. Als Opfer von Lauschangriffen werden u.a. genannt: Maximilian Harden, Grunewald, Wemerstr. 16, Dr. Rudolf Breitscheid, Fasanenstr. 58 und Heinrich Sklarz, Emserstrasse 22.³⁵¹ Harden war kein Linksradikaler, aber ein unbequemer Publizist, auf den die Organisation Consul (OC) einige Jahre später einen Mordanschlag verübte. Breitscheid war ein unbequemer Sozialdemokrat und Sklarz, als «Kriegsgewinnler», Freund der SPD-Führung, früher Kontaktmann und Finanzier der Bolschewiki (allerdings im Auftrag der OHL), zudem Jude, ebenfalls Zielscheibe der Rechten. Es erscheint mehr als naiv, wenn Andreas Linhardt aus Sympathie für seinen Helden Lummitzsch annimmt, die TA habe nicht selbst abgehört und die Protokolle seien vielleicht «zufällig in die Akte gelangt»³⁵². In Pabsts Akten gelangte nichts zufällig. Und schliesslich hatte Pabst schon Liebknecht vor seiner Ermordung abhören lassen.³⁵³ Mit dem Ende der Freikorps auf Druck der Entente – wir werden uns dem noch widmen – kam auch das Ende der Technischen Abteilung. Sie wurde am 1. April 1920 aufgelöst³⁵⁴, erlebte aber in Form der Technischen Nothilfe (TN), erneut unter Lummitzschs Antrieb, diesmal aber – zur Tarnung – von der Reichswehr getrennt und dem Innenministerium unterstellt, eine Wiedergeburt. Allerdings stammt der Gründungsbefehl noch von Reichswehrminister Noske.³⁵⁵ Technik und Personal wurden in der Hauptsache übernommen.³⁵⁶

Die Einwohnerwehren

Schwesterorganisationen von TA und TN und entsprechend mit ihnen verflochten waren die Einwohnerwehren. Zu einem ihrer wichtigsten Initiatoren zählte derselbe Mann: Waldemar Pabst. Unter dem Dach seiner GKSD wurde das verschreckte und um seinen Besitz fürchtende Bürgertum militärisch organisiert.

Pabst hatte sich schon Anfang Januar 1919³⁵⁷ um die damals noch in einer Grauzone operierenden Einwohnerwehren in Berlin gekümmert.³⁵⁸ Bürger z.B. aus Wilmersdorf hatten sich unter seiner Aufsicht zusammengeschlossen, die Uniform angezogen und nach Gutdünken Polizei gespielt. «Im Dienst trugen sie Stahlhelm, ein Gewehr älterer Herkunft, Seitengewehr, Koppel und Handgranaten. Die Angehörigen waren alte Offiziere, Unteroffiziere, Handwerker, Arbeiter, ehemalige Beamte und Lehrer usw.»³⁵⁹ So waren auch Luxemburg und Liebknecht widerrechtlich von einer dieser vom Grosskapital finanzierten Selbstjustiz-Gruppen festgesetzt und wie dargestellt zu Pabst ins Eden-Hotel gebracht worden. Oberleutnant a.D. Vogel, einer von der Luxemburg-Mördertruppe, war aktives Mitglied der Wilmersdorfer Bürgerwehr.

Im Januar standen schon 4'300 Mann mit 100 Maschinengewehren und «Hunderttausenden von Gewehre[n]»³⁶⁰ unter Waffen.

Die Richtlinien für das Verhalten im Strassenkampf wurden von Pabst ausgearbeitet und hatten den bekannten völkerrechtswidrigen Ton: Jeder mit der Waffe in der Hand Angetroffene wie auch Plünderer sollte «sofort erschossen» werden: «je schärfer die Mittel, umso schneller der Erfolg. Der Gegner ist feige und hält bei energischem Zugreifen nicht stand. Deshalb keine halben Massnahmen wie Schreckschüsse, Manöver usw. (...) Artillerie- und Minenfeuer, gegen das es in Strassenkämpfen keinen Schutz gibt, schafft in kürzester Zeit Ordnung. Die schärfsten Mittel sind deshalb die humansten.»³⁶¹ Dem hatten bekanntlich nicht nur Noske und Heine, sondern auch Ebert zugestimmt.³⁶²

Gleichwohl wird die Kampfkraft der Einwohnerwehren von Könnemann niedrig eingeschätzt. Zur Beihilfe zum Mord wie bei Luxemburg und Liebknecht, zu Denunziationen und Freiheitsberaubung langte es jedoch allemal. Selbstverständlich waren die Einwohnerwehren vernetzt mit den verschiedenen Geheimdiensten von GKSD, Aussenministerium, Kommandantur und den preussischen Staatskommissaren für öffentliche Ordnung, zu denen Pabst beste Kontakte pflegte.

Um dieselbe Zeit hatte einer der Hauptfinanziers, der Bankier Salomon Marx, den Grossbürgerrat von Berlin gegründet, in dem sich das Bürgertum gegenrevolutionär – also auch gegen ihre eigene, die bürgerliche Revolution, die ihnen immerhin die parlamentarische Demokratie und Grundrechte gebracht hatte – organisierte.

Auch in anderen Städten wurden Einwohnerwehren mithilfe der MSPD gegründet.

So in Magdeburg, wo der Stahlhelmführer Franz Seldte im Februar 1919 eine Einwohnerwehr aufstellte und sich in Berlin die Genehmigung von Noske und Pabst dafür abholte.³⁶³

Überhaupt blieb nirgends die Unterstützung der MSPD-Oligarchie aus. Der preussische Innenminister und Pabst-Intimus Wolfgang Heine verfügte am 18. März 1919, noch während der von Pabst und Noske organisierten März-Massaker an Arbeitern, Matrosen und Unbeteiligten, die landesweite Aufstellung von Einwohnerwehren aus «zuverlässigen Mitgliedern» der Bevölkerung, um den «grossen Gefahren» begegnen zu können, die durch «Einschleppung und Verbreitung» nicht von Pest oder Cholera, sondern «bolschewistischer und spartakistischer Ideen und damit im engsten Zusammenhang stehende Tätigkeit plündernder und raubender Banden insbesondere dem platten Lande und den kleinen Städten erwachsen»³⁶⁴. Während in Berlin hundertfach Bürger qua menschenrechtswidrigem Befehl liquidiert wurden, befehlissigte sich Heine einer faschistoiden Sprache, die den «Gegner als minderwertig, verächtlich und toll» herabsetzte, ihm «fiktive Gräuel» anhängte und «eine gewisse Pogromstimmung erzeugen» sollte.³⁶⁵ Die MSPD «organisierte ihre rechten Hände»³⁶⁶ wiederum mit Hilfe Pabsts. Das so aufgeputschte Bürgertum wurde anfangs unter dem Dach der Abteilung VIII der GKSD vereinigt. Diese Dachorganisation innerhalb Pabsts Einfluss wurde dann Mitte Mai 1919 ausgegliedert und in die Zentralstelle für Einwohnerwehren übernommen. Noch am 6. Mai 1919 hatte Pabst die Einbeziehung der Einwohnerwehren in den Polizeidienst verfügt und die Unterstützung des Polizeipräsidenten Eugen Ernst (MSPD) erhalten.³⁶⁷ Der Befehl Pabsts regelt die Heranziehung der Einwohnerwehren zur Polizeiarbeit in allen Details, lässt auch die Unfallversicherung nicht aus, leitet zur Spitzeltätigkeit an und schlägt Mafia-Methoden für Geschäftsleute vor: «Es schadet nichts, wenn hier ein gewisser Zwang ausgeübt wird, etwa dadurch, dass die Geschäfte, deren Inhaber sich der Einwohnerwehr fernhalten, nicht beobachtet und geschützt werden sollen.»³⁶⁸

Doch auch taktische Ratschläge fehlen nicht: «Spartakus wird nicht in Nikolassee niedergeschlagen, sondern am Alexanderplatz.»³⁶⁹ Sogar Gedenkmünzen des Noske'schen Reichswehrministeriums waren schon eingeplant. Die rücksichtslose Durchsetzung des seit 2. Mai 1919 geltenden Belagerungszustandes wurde den Bürgern in Uniform eingebläut. Jede Versammlung im Freien oder Demonstration sei verboten «und nötigenfalls mit Waffengewalt zu sprengen»³⁷⁰. Auch konnte Pabst es sich nicht verkneifen, in seinem Befehl Geschäftsleute mit Namen und Adressen an den Pranger zu stellen, die «polnische Hoheitsabzeichen in Form von Nadeln und Broschen»³⁷¹ an die polnischen Aufständischen in Oberschlesien liefern wollten.

Während die Revolutionsregierung eine Rote Garde oder eine wirkliche Volksbewaffnung strikt ablehnte, waren «zivile» Waffenträger in Form von diktatorisch befehligen Einwohnerwehren nicht unwillkommen. Die *levée en masse* war bei den Preussen

wie der MSPD unbeliebt. Die autoritär geführte Bürger-Truppe in Uniform durfte sich bilden.

Die Alliierten (Entente) zeigten sich hier als wahre Hüter der Volksherrschaft, indem sie schlicht und einfach die Auflösung der paramilitärischen, antidemokratischen, SPD-gestützten Einwohnerwehren verlangten. Noske versuchte, dem zu entgehen, indem er – sich wiederum auf eine Richtlinie Pabsts stützend³⁷² – versuchte, die Einwohnerwehren als Zivilinstitutionen zu tarnen. Dazu müssten «die Wehren schon jetzt jeden militärischen Charakters entkleidet werden. Ihre Leitung muss in die Hände der Zivilbehörden übergehen.» Noske wollte sie hier, wieder analog Pabst, «als rein bürgerlichen Selbstschutz zur Verstärkung der Polizei»³⁷³ getarnt sehen.

Gleichzeitig wurden die Wehren als «freiwillige, unpolitische Selbstschutzverbände» deklariert. Sie «rekrutierten sich überwiegend aus örtlichen Honoratioren, Kriegervereinen, Schützengilden sowie Turn- und Sportvereinen»³⁷⁴.

Doch alle Tarnung nützte nichts. Die MSPD-Regierung musste zähneknirschend gehorchen. Am 1. Dezember 1919 forderten die Alliierten die Reichsregierung auf, sämtliche Einwohnerwehren bis zum 31. März 1920 aufzulösen. Dies war einer der Gründe für den Kapp-Putsch. Die Alliierten verlängerten ihr Ultimatum schliesslich noch einmal bis zum 10. April 1920. Der preussische Innenminister Severing erliess daraufhin einen Auflösungsbefehl (9.4.1920)³⁷⁵, der allerdings Ausnahmen zuließ (Ostpreussen)³⁷⁶ und auch nicht überall Beachtung fand. Vor allem in Bayern wurde der Auflösungsbefehl zuerst von Gustav Ritter von Kahr, dem faktischen Diktator des Freistaats nach dem Kapp-Putsch, ignoriert. Auch nach Kahrs kurzzeitigem Rücktritt griff in Bayern der Auflösungsbefehl (Juni 1921) der Reichsregierung nur teilweise, denn die dortigen Einwohnerwehren (Orgesch, Orka) wurden in eine Tarnorganisation (Bund Bayern und Reich) übergeführt. Das Unwesen der paramilitärischen Verbände konnte ausserdem durch Neugründungen fortgeführt werden und erhielt regierungsamtlich bzw. durch die bayerische Reichswehr und bayerische Industrielle massive Unterstützung. Ernst Röhm war hier führend tätig. Massgeblichen Anteil hatten diese Verbände schliesslich am Hitler-Ludendorff-Putsch vom November 1923.³⁷⁷

8. Auf dem Höhepunkt der Macht

In der bisherigen historischen Forschung blieb unbeachtet, dass die entscheidenden militärischen und paramilitärischen Initiativen in der ersten Hälfte des Jahres 1919 von Waldemar Pabst ausgingen. Er initiierte die militarisierte Polizei, besetzte sie mit seinen Leuten, beteiligte sich massgeblich am Aufbau der Einwohnerwehren und am Aufbau

einer Streikabwehrtruppe (erst TA, dann TN), und nicht zu vergessen: Er war praktisch Herr über eine ganze Armee.

Pabsts Freikorps schwoll im Frühjahr 1919 durch Einverleibung anderer Freikorps immer mehr an. Es wandelte sich von der Division zum Armeekorps. Aus der GKSD wurde das GKSK, das die Stärke von drei Divisionen erreichte. Es bestand aus 52 verschiedenen Einheiten, darunter 6 Kavallerieregimentern, 4 Artillerieregimentern, 2 Flak-Abteilungen und drei Fliegerstaffeln. Ihm gehörten die Division von Heuduck an, die Division von Lettow (inklusive der drei Marinebrigaden, von Roden, Ehrhardt und von Loewenfeld), die Brigade Reinhard und die Brigade Grautoff (welche auch das «sozialdemokratische» Regiment Reichstag einschloss).³⁷⁸ Hinzu kam die oben erwähnte Technische Abteilung, zu der wiederum die Fliegende Kraftfahrstaffel Kessel – seine Spitzelorganisation – gehörte.³⁷⁹ Insgesamt waren das an die 50'000 Mann.³⁸⁰ Pabsts Stab zog im Mai aus dem Eden-Hotel in die Bendlerstrasse, Tür an Tür mit Reichswehrminister Noske.³⁸¹ Pabst selbst wohnte im Gartenhaus des geheimen Kommerzienrates Eduard Arnold, in der Prinzregentenstrasse. Arnold, «der Typus eines vornehm denkenden hochkultivierten Juden»³⁸², war Kunstmäzen und für Pabst der Beweis, dass sich Juden kultivieren liessen, wenn sie sich auf seine Seite schlugen. Arnold war übrigens auch Mitglied im Aufsichtsrat der Dresdner Bank.

Pabsts Truppen waren der zentrale Machtfaktor in der Reichshauptstadt. Und für ihn war klar, dass dieses Korps die Macht für sich beanspruchte. Noske sollte dabei den Diktator spielen. Und wenn er nicht mitmachte, würde man auch ohne ihn zur Tat schreiten.

V. Die Rechnung wird präsentiert (1919/1920)

1. Der erste Putschversuch

Boykottbewegung und Freiwilligendank

«Gegen die Freiwilligen geht eine starke Empörung durch die Arbeiterklasse», schreibt der Arbeiterführer Ernst Heilmann 1919. Jener Heilmann, der, wie Peter Lösche sybillinisch angibt, bereit war, «auch mit ausserparlamentaristischen Mitteln die Demokratie zu verteidigen».

Heilmann klagte weiter: «Die Freiwilligen werden als weisse Garde der Reaktion betrachtet und mit den schärfsten Mitteln bekämpft. In tausenden gewerkschaftlichen und politischen Zusammenkünften ist der Beschluss durchgesetzt worden, jeden, der nach dem 1. Mai 1919 noch im Freiwilligenheere in der Reichswehr bleibt, für alle Zukunft zu boykottieren und nicht wieder in den Betrieb hereinzulassen, jede Zusammenarbeit mit ihm abzulehnen, ihn ,zu meiden wie die PesL.»¹ Offensichtlich wehte dem Pakt aus Sozialdemokratie und Früh-Faschismus inzwischen der Wind ins Gesicht.

Zwar speisten sich die etwa 400'000 Mitglieder der Freikorps aus Offizieren, Studenten, Handwerkern, entwurzeltem Kleinbürgertum, arbeitslosen und verwehrten Randgruppen der Arbeiterschaft.² Doch wurde die sogenannte Boykottbewegung nicht nur von der SPD-Oligarchie als Bedrohung empfunden. Auch die führenden Militärs waren sich klar darüber, dass durch diese Haltung die «Überführung in bürgerliche Berufe sehr erschwert»³ würde.

Am 6. April 1919 beschloss der Bezirksparteitag der SPD von Berlin, dass im *Vorwärts* keine Inserate mehr mit Freikorpswerbung aufgenommen werden sollten.⁴ Bis dahin war im Zentralorgan dazu seit Februar massenhaft aufgerufen worden.

Am 9. April wandte sich Noske in einem Befehl an die Abteilung Lüttwitz in dem für ihn üblichen Ton gegen die Boykottbewegung. Die ihm «unterstellten Freiwilligen-truppen» würden «von radikaler Seite in ganz besonders unerhörter Weise geschmäht. Die Reichsregierung verurteilt diese verbrecherische Tätigkeit ihrer Gegner aufs Schärfste.» Noske vergass hinzuzufügen, dass es sich bei den Gegnern um seine eigenen Parteigenossen an der Basis und in den Gewerkschaften handelte. Noske gab seinen Truppen «die bestimmteste Garantie», dass sie «in keiner Weise in ihren staatsbürgerli-

chen Rechten geschmälert werden»⁵. Sicherlich meinte er damit nicht den Mordbefehl, den er und Pabst im März ausgegeben und der wie selbstverständlich auch kurz danach in München in verschärfter Form angewendet worden war. Noske sprach den Freiwilligen nochmals seinen Dank aus.

Am 23. April betonte er bei einer Besichtigung von Freikorpsstruppen auf dem Danziger Festungsgelände: «Ich weiss, dass gewisse Kreise» – wieder ist auch die



Lüttwitz (Mitte) und Noske (rechts)

eigene Partei gemeint – «in den Freiwilligenverbänden und in der neu zu bildenden Reichswehr eine Gefahr für die Arbeiterschaft und die neu gewonnenen Freiheiten sehen.» Nochmals betonte er, seine Truppen gegen den Boykott «mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln» in Schutz zu nehmen. Noske versprach vor allem den aktiven Unteroffizieren, «sobald wieder ruhige Verhältnisse eingetreten sind», sie ins Zivil- und in ein «befriedigendes Leben» überzuführen. Noske war stolz auf seine Truppen, die «unser Vaterland wieder zu Ruhe und Ordnung zurückbringen», und forderte nicht nur «den richtigen militärischen Geist», sondern «noch höheres Pflichtbewusstsein und noch festere militärische Disziplin». Er versprach ihnen dafür, dass «unsere Heimat einer glücklicheren Zukunft entgegensteht. Die Treue, die Sie dem Vaterlande beweisen, soll durch Treue vergolten werden.»⁶ Noske lehnte sich hier sehr weit aus dem Fenster. Wer Treue

und «bestimmteste Garantie» versprach, musste sie auch halten.

Am 25. April 1919 stellte der Initiator der Technischen Abteilung, die zu diesem Zeitpunkt noch unter Pabsts Fittichen im GKSK firmierte, Lummitzsch⁷, ebenfalls Gefahr für den Geist der Freikorps fest: «Die Freiwilligenverbände werden offenbar von einem Teil des Bürgertums als das notwendige Übel einer schweren Zeit ertragen, von einem grossen Teil der Bevölkerung aber sogar mit fanatischem Hass verfolgt.»⁸ Das Wort «ertragen» steht hier nicht in Anführungszeichen. Man war sich also durchaus klar, welche Spur, um nicht zu sagen Blutspur, man hinterliess und wie dies in grossen Teilen der Bevölkerung ankam.

Lummitzsch, in Ehrnung der Tatsache, dass die Zeiten der Truppen, «die unter der Führung des Reichswehrministers Noske das deutsche Vaterland in schwerer Zeit vor dem Schrecken des Bolschewismus mehrfach errettet haben», gezählt sein könnten, forderte nun einen sogenannten «Freiwilligendank». Wesentlicher Bestandteil: Die Frei-

willigen sollten in Umsetzung von Noskes Treue-Versprechen erstens in bürgerlichen-Berufen untergebracht werden und zweitens sollten sie Siedlungsrechte erhalten⁹.

Als Siedlungsflächen nahm man ehemalige Truppenübungsplätze ins Visier. Der «Freiwilligendank» war dazu ausersehen, als Führungsorganisation die nun als Bauern mit «Haus und Hof, Garten und Land» tätigen Ex-Freikorpsmänner anzuführen und zu «Kommandiertenregimentem» zusammenzustellen. D.h. es sollte ein Reservoir von faschistischen Wehrbauern entstehen, «dauernd kampf- und einsatzbereit gehalten».¹⁰ Selbstverständlich wurde hierbei weiblicher Beistand benötigt: «Auch die Soldatenfrau ist auf Mustergütern des Freiwilligendanks mit den Pflichten einer Landmannsfrau bekannt zu machen.»¹¹ Lummitzsch wies nochmals darauf hin, dass Noske in Danzig «Treue um Treue» versprochen hatte.¹²

Am 5. Mai 1919, die Räterepublik in München war gerade blutigst zerschlagen, kündigte Pabsts Vorgesetzter, Hofmann, Noske an, dass man, «veranlasst durch die Boykottbewegung», einem Vorschlag zur «Überführung der Freiwilligen in die Landwirtschaft» ausarbeite, und nahm dafür den «Gasübungsplatz Breloh und den Truppenübungsplatz Munsterlager»¹³ ins Visier. Noch wusste man nicht, was aus Versailles an Unbillen auf die Freiwilligen zukommen sollte.

Am 7. Mai fand eine Konferenz der Militärs mit Noske statt, an der auch Pabst und Hofmann teilnahmen. Man beschäftigte sich mit den Boykottbeschlüssen von vorausgegangenen Gewerkschaftsversammlungen. Noske «gab seiner tiefsten Entrüstung Ausdruck über den schamlosen Terror». Er meinte natürlich nicht das Vorgehen seiner Freikorps in München, sondern die Gewerkschaftsbasis, die die Absicht habe, Freikorpsmitglieder «auf die Strasse zu setzen und dem Hunger preiszugeben». Er erklärte, dass «die Beschlüsse, die darauf abzielen, Deutschlands jetzige Wehrmacht zu zertrümmern, objektiv Landesverrat bedeuten» und flocht ein: «Deutschland befinde sich noch im Kriegszustand.» Man würde die Boykottierung «mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln»¹⁴ verhindern. Was nichts anderes – der Belagerungszustand galt ja noch immer¹⁵ – als die Androhung bedeutete, die Boykotteure wegen «Landesverrats» ins Zuchthaus zu werfen. Notfalls konnte auch auf eine Erneuerung des Pabst/Noske-Mordbefehls zurückgegriffen werden – der ja sowieso schon als Gewohnheitsrecht praktiziert und ausgedehnt wurde. Ob bei der Gelegenheit über den geheimen Wehrbauernplan gesprochen wurde, geht aus der Quelle nicht hervor, wie auch Noskes Reaktion auf diese Pläne von Lummitzsch und Pabst nicht bekannt ist.

Schon vorher hatte Noske Arbeiterräten, die die Entlassung von Freikorpsangehörigen gefordert hatten, mit Verhaftung gedroht und Gewerkschaftern klar gemacht, dass sie hier nicht die Beschlüsse ihrer Basis umzusetzen hätten, sondern «so viel Einfluss haben müssten, um unzulässige Beschlüsse in ihren Versammlungen zu verhüten». Wenn es darauf ankam, entschied Noske, der es nicht zulassen konnte, dass seine Trup-

pen, die zu diesem Zeitpunkt schon längst im Blut wateten, in ihren von ihm zugesicherten staatsbürgerlichen Tötungsrechten eingeschränkt würden.

Noske erliess «eine Verfügung, die den Boykott früherer Reichswehrangehöriger unter schwere Strafe stellte»¹⁶. Der Boykott wurde von den ängstlichen Gewerkschaftern offiziell eingestellt. Ganz aufgehört habe er nicht, so Noske.¹⁷

Doch neue Unbill kam auf ihn zu, es galt, den Parteitag der SPD im Juni zu überstehen. Hier traf ihn heftige Kritik der Parteibasis, die Noskes Rücktritt forderte. Aber Noske Überstand auch dies. Der Trick: In seiner Verteidigungsrede wies er auf Kontakte von Emil Barth (USPD) mit dem GKSK hin. Barth gelüste es «nach meinen Kanonen (hört, hört, Heiterkeit)». Er habe nämlich mit der GKSD drei Stunden verhandelt und diese davon zu überzeugen versucht, den Unabhängigen beim Sturz der Regierung zu dienen. Tatsächlich musste Barth, den offensichtlich eine Hassliebe mit Pabst verband, mit von Hofmann gesprochen haben. Barth gab schliesslich eine Erklärung ab, dass er dies getan hatte, ohne den Vorstand der USPD zu informieren, und dass nicht über den Sturz der Regierung geredet worden sei.¹⁸ Offensichtlich glaubte Barth aber tatsächlich, in Pabst einen Bündnispartner finden zu können, wobei er bei dem eisernen Antibolschewisten jedoch auf Granit stiess. Die USPD distanzierte sich sofort von Barths Bemühungen, denn: «Die revolutionäre Arbeiterschaft weiss, dass sie in ihren Kämpfen für Sozialisierung und Freiheit keinen schlimmeren Gegner hat als die Söldnertruppen, die Offizierskamarilla und den Reichswehrminister Noske.»¹⁹

Gleichwohl schlug die Mitteilung Noskes auf dem Parteitag «wie eine Bombe ein»²⁰ und brachte die SPD-Mitglieder rasch dazu, von ihm abzulassen und sich die USPD als Sündenbock zu suchen. Vermutlich hätte sich Noske auch ohne diesen Hinweis halten können, denn sämtliche Anträge gegen ihn wurden mit grosser Mehrheit abgeschmettert. Offensichtlich fand sich die Basis von SPD und Gewerkschaften inzwischen mit den Methoden der Führungsoligarchie ab bzw. begrub der einfache SPD-Mann jede konkrete Utopie jenseits von Noskes faschistoidem Militarismus. Gehen musste der erste sozialdemokratische Wehrminister erst, als es zu spät war.

Versailles

Doch mit einer anderen Macht konnte der autoritäre Charakter Noske nicht so umspringen.

Am selben Tag, als er sich mit den Militärs wegen der Boykottbewegung traf, geriet die «jetzige Wehrmacht» von alliierter Seite in Gefahr. Der Entwurf des Versailler Vertrages wurde bekannt.²¹

Die detaillierten militärischen Bestimmungen dieses Vertrages²² verlangten die Reduzierung der «jetzigen Wehrmacht» von etwa 500'000 auf 100'000 (plus 15'000 für

die Marine) binnen eines knappen Jahres. Rechte Öffentlichkeit und vor allem die Militärs waren schockiert. Dabei hatte man sich lange Zeit grossen Illusionen hingegeben, die Alliierten würden moderat mit der aggressiven «Kriegspolitik» des wilhelminischen Reiches umspringen. Insbesondere die Militärs hatten geglaubt, durch das Bündnis mit der rechten SPD-Führung Milde von den ehemaligen Kriegsgegnern zu bekommen. Eine zum Teil scheinheilige Empörungswelle vor allem auch bei der SPD²³ brandete durch das Nachkriegsreich. Eine Protestkundgebung nach der andern folgte landauf, landab. Scheidemann tat seinen berühmten Ausspruch von der Hand, die verdorren müsse, wenn sie diesen Vertrag unterschreibe. Nur die USPD gab sich moderat.²⁴

Noske sprach davon, dass die Alliierten «ein grosses Volk (...) infamiert» hätten und Deutschland wehrlos machen wollten.²⁵ Auch Pabst sah das später so.²⁶

Es soll hier nicht die ganze Geschichte um die Annahme des Versailler Vertrages erzählt werden, dies ist schon mehrfach zufriedenstellend geschehen. Wichtig ist für uns Pabsts Rolle dabei. Er schrieb nämlich am 28. Mai 1919 einen Brief an Lüttwitz, den dieser gleich ans Kriegsministerium und an die Regierung weiterleitete. Darin warnt das GKSK vor grosser Unruhe, vor allen Dingen unter den Unteroffizieren, und forderte eine «zufriedenstellende Erklärung» der Regierung über die Unterbringung der Männer in Zivilberufen. Unverhohlen sind auch schon Drohungen beigemischt, das GKSK halte es für seine Pflicht, «auf diese aussergewöhnliche Gefahr mit aller Eindringlichkeit hinzu weisen»²⁷. Kriegsminister Reinhardt berichtete deswegen (laut Protokoll) am 14. Juni im Reichskabinett über «Unruhen innerhalb der Freiwilligentruppen»²⁸.

In den Wochen nach dem 7. Mai machte die deutsche Regierung Abmilderungsvorschläge, die aber von den Alliierten nicht angenommen wurden. Im Gegenteil, man reagierte am 16. Juni mit einem Ultimatum, das eine Annahme des Vertrages ohne Wenn und Aber innerhalb von sieben Tagen forderte, bei Strafe des Einmarsches. SPD-Regierung²⁹ und noch deutlicher Reichspräsident Ebert³⁰ wie auch die Militärs³¹ erwogen in diesem Fall militärischen Widerstand, also einen neuen Krieg gegen die Entente. Der sonst als moderat geltende Kriegsminister Reinhardt schlug ein «Ausweichen nach Osten» und damit eine zeitweilige Aufgabe des westlichen Teils des Reiches vor, auch einen Überfall gegen Polen.³² Ein Plan, den Pabst nach späteren Auskünften nicht gut hiess.³³

In einer sogenannten Kriegsratsitzung vom 19. Juni 1919, zu der Noske alle wichtigen Kommandeure lud (Pabst nahm an dieser Sitzung nicht teil, jedoch sein oberster militärischer Kommandeur Lüttwitz), wollte Noske wissen, ob die Generäle zu ihm ständen und ob an etwaigen Widerstand gegen die Entente zu denken sei.

Ein nicht nur in der deutschen Militärgeschichte, sondern in der Geschichte überhaupt einmaliges Ereignis. Ein sozialdemokratischer Reichswehrminister befragte 30 wilhelminische Generäle, Admiräle und Generalstabsoffiziere – zum Grossteil Haupt-

mitverantwortliche am Ausbruch des Ersten Weltkrieges und an den von deutschen Truppen begangenen Verbrechen – , was zu tun sei und legte dabei sein eigenes Schicksal in die Hände dieser Männer.³⁴ In seinen Rechtfertigungsbüchern äusserte er sich, wie Wette bemerkte, «in befremdlicher Kürze»³⁵ über diesen Kriegsrat. Was Noske nicht erwähnte: Er versprach den Militärs, dass im Fall von Scheidemanns Rücktritt (den dieser angekündigt hatte) er neben seinem Amt des Reichswehrministers auch noch das des Regierungschefs bekomme, also zusätzlich Ministerpräsident bzw. Reichskanzler würde. Nicht Superminister, sondern Superkanzler oder ganz einfach Diktator. Er wollte das aber nur machen, wenn «Führer und Truppe hinter ihm ständen».³⁶ Oberstleutnant van den Bergh verstand richtig, dass dies «eine Art Diktatur mit sich brächte».³⁷ Groener und auch andere Offiziere zogen aus Noskes Ausführungen ebenfalls den Schluss, er stelle sich als Diktator zur Verfügung.³⁸ Man war freudig erregt und versicherte Noske (ein letztes Mal) die Treue. Mit einem Diktator Noske wollte man sogar den Versailler Vertrag – Ausnahme bildeten die «Schmachparagrafen» – schlucken.

Es war allen klar, dass die Truppen zu schwach sein würden, den Alliierten militärisch entgegenzutreten, und dass im Fall einer Neuaufnahme des Krieges mit Aufständen im Proletariat gerechnet werden musste. Aber einige zogen pathetisch (so auch Hindenburg) den «Untergang» einer Annahme des Vertrags vor. Noske verliess schliesslich den Kriegsrat, um auf eine Fraktionssitzung zu gehen, während sich zur gleichen Zeit die Militärs nicht einigen konnten, ob man gegen die Regierung vorgehe, wenn sie den Vertrag annehme.

Nach langem Hin und Her wollte die Reichsregierung dann doch unterzeichnen, wenn die sogenannten Schmachparagrafen³⁹ entfielen, also die Forderung nach Auslieferung der Kriegsverbrecher (inklusive Wilhelm II.) und das Eingeständnis der alleinigen Kriegsschuld.⁴⁰ Da die Alliierten auch hier (erst mal) nicht mit sich reden liessen, kam es am 23. Juni im Reichskabinett zu einem Noske'schen Kabinettstückchen.

Mit tränenerstickter Stimme klagte Noske, «eine Besetzung Deutschlands sei der Annahme des Vertrages vorzuziehen», da letzteres «Chaos und den Verfall der Truppe und damit des Reiches (sic!)» zur Folge haben würde.⁴¹ Gleichzeitig verlor er die Nerven, kündigte seinen Rücktritt an und verliess völlig aus der Fassung den Saal. Dieses Rücktrittsangebot steigerte Noskes Ansehen – trotz seiner prinzipiellen Bereitschaft zu unterzeichnen – nochmals bei den Militärs und liess natürlich auch deren Erwartungen steigen. Am gleichen Tag stimmte Noske im Kabinett – wenige Stunden nach seinem tränenreichen Abgang – wirkungsvoll, aber zweifelsfrei nur zur Schau, gegen den Vertrag.⁴² Der Reichswehrführung konnte er nun versichern, «er sei überstimmt worden».⁴³ Die Militärgeschichtsschreibung zur NS-Zeit⁴⁴ und Pabst interpretieren dies falsch, Noske habe sich in der Kommandeursbesprechung (vom 19. Juni, an der Pabst nicht teilnahm) gegen die Unterzeichnung ausgesprochen. Dies trifft nicht zu, obwohl Noske

den Militärs mit seinen Diktaturandeutungen Sand in die Augen streuen wollte und bereit gewesen war – hier ganz Demokrat –, seine politische Zukunft vom Votum der Militärkamarilla abhängig zu machen. Richtig jedoch sieht Pabst, dass Noske seinen Rücktritt für den Fall der Unterzeichnung angekündigt hatte.⁴⁵

Pabst traute diesem Frieden nicht und traf zusammen mit seinem Kommandeur «Vorbereitungen, um bei einem etwaigen Umfall der Regierung unsere Ankündigung wahr machen zu können, dass wir einen solchen *nicht* dulden würden»⁴⁶.

In genau dieser Zeitspanne erneuerte Noske sein Treuegelübde gegenüber den Freikorps und führte aus: «Kein Tag vergeht, wo nicht offene oder versteckte Angriffe gegen die Freikorps den ganzen Hass verraten, den die Bolschewisten oder ihre Anhängsel gegen die Freiwilligen hegen. Aber die Feindschaft dieser Leute ist ehrenvoll für die Freiwilligen-Verbände, die als Stütze des Staates gehasst werden (...) Die Taten der Vergangenheit geben die Bürgschaft für die Zukunft. Da nach dem Machtspruch der Entente das alte Heer der allgemeinen Wehrpflicht durch eine Freiwilligen-Truppe ersetzt bleiben soll, werden die in der Stunde der Not geschaffenen Freikorps zu einer dauernden Einrichtung des Staates werden. Aber je kleiner die Schar, umso grösser die Aufgabe. Bei dem Neuaufbau unseres Vaterlandes werden die Freiwilligen, unsere Reichswehr, Frieden und Freiheit gegen jeden gewaltsamen Eingriff zu schirmen haben. Wer die von Vertretern des ganzen Volkes geschaffene Staatsordnung einzureissen sucht, wer nicht auf Aufbau, sondern auf Zerstörung des Reichs bedacht ist, den muss die eiserne Faust daran hindern, unserem Volke unendlichen Schaden zu tun.»⁴⁷

Dies musste von den Freiwilligen so verstanden werden, als würden die Freikorps, wenn auch in verkleinerter Form, «zu einer dauernden Einrichtung des Staates», also bestehen bleiben. Offensichtlich glaubte Noske selbst daran. Wobei er ein Jahr später – nach der Erfahrung des Kapp-Putsches – eine ganz andere Meinung vertrat: «Eine geworbene Truppe» stelle «eine Polizeitruppe dar, die, wie die Erfahrungen gelehrt haben, die Gefahr in sich birgt, eine Prätorianerbande zu werden.»⁴⁸

Jetzt nahm auch er das Wort «Bande» in den Mund. Waren die Freikorps für ihn zunächst eine Art präfaschistische Schutztruppe, die mit «eiserner Faust» (also ohne rechtliche Schranken, aber genauso wie in Belgien oder in den «Schutzgebieten») gegen frühere Parteigenossen und die Nachparteigenossen an der Basis vorgingen und sie hinderten, «unserem Volke unendlichen Schaden zu tun», waren sie jetzt plötzlich gefährdet, ins Bandenwesen abzudriften. Dies weil sie es gewagt hatten, ihn mit den Waffen zu bedrohen, die er ihnen massenweise und ohne Skrupel gegeben hatte, und weil sie es sich herausgenommen hatten, ihn auf die gleiche Stufe wie Luxemburg und Liebknecht, wie Jogiches, Landauer, Eisner, Levine, Dorrenbach und wie die Ermordeten alle hiesien, zu stellen. Dabei hatten sie seine Rechtsgrundsätze, die im Grunde mit den Ihren

übereinstimmten, nur gegen ihn selbst gewendet: auf jeden zu schießen, der der Truppe vor die Flinte kam. Die eiserne Faust, die er geschmiedet hatte, war nur ganz knapp an ihm vorbeigeschrammt.

Doch greifen wir nicht vor.

Am 24. Juni 1919 gab es nochmals eine Kommandeursbesprechung (die meisten hatten Generalsrang oder waren wenigstens Oberst), an der auch Pabst, als Hauptmann, teilnahm. Mehrere Offiziere erhoben nun schwere Vorwürfe gegen Noske, der ihnen ja mehrfach die Treue gelobt hatte. Lüttwitz erhob schwere Vorwürfe, Ehrhardt ebenso. Doch Pabst blieb relativ ruhig und analysierte eiskalt. «Es nütze nichts, den Blick nach rückwärts zu richten und von Vergangenen und Unabänderlichem zu reden. Der Zukunft müsse man alle Gedanken zuwenden, für ihre Gestaltung alle Kräfte anspannen. In dem Abschluss der Revolution und in der Wiederaufrichtung des Staates liege jetzt die Aufgabe des Offizierskorps. Und in der Erfüllung dieser Aufgabe werde es sich auch seine Ehre wiederholen.»⁴⁹ Das Offizierskorps werde zur Verfügung stehen, «wenn in Zukunft die Gedankengänge der Offiziere auch in der Politik der Regierung ihren Ausdruck fänden»⁵⁰.

Es ist dies nur wenig mehr, als Ebert am 10. Dezember 1918 versprochen hatte: «Ihr seid die Zukunft.» Es ist dies nur wenig mehr, als auch Noske kurz zuvor über die Rolle der Freikorps beim «Neuaufbau unseres Vaterlandes» versprochen hatte: «Die Treue, die Sie dem Vaterlande beweisen, soll durch Treue vergolten werden.»

Die völkische SPD stand bei den Freikorpsbanden im Wort, eine militarisierte autoritäre Volksgemeinschaft aufzubauen (mit Freikorps, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen), und konnte es nicht halten, nicht weil etwa ihr «rotes Herz» (Kessler) oder die «Heerstrasse der parlamentarischen Beratung» (Ebert) entgegenstanden, sondern weil da eine höhere Macht, die der Entente, war. Die Führung der SPD stand mit dem Rücken zur Wand. Man legte Noske sinngemäß folgende Forderungen vor:

1. Keine Auslieferung des Kaisers und der «sogenannten Kriegsverbrecher»
2. keine «Schmähungen» mehr gegen die Truppe «seitens einzelner Mitglieder der Regierungspartei» und der Presse
3. Rücktritt «besonders missliebiger Regierungsangehöriger»⁵¹
4. kein «Kuhhandel» mehr.

Die Regierung nutze die von der Armee durch «Opfermut (...) eingetretene Lage» nicht, sondern lasse im Gegenteil «die Truppe häufig im Stich»⁵².

Noske lehnte eine «eigentliche Diskussion», so behauptet er es jedenfalls später, ab. Er habe die «Herren» vor die Wahl gestellt, «aus dem Dienste zu scheiden oder weiter als Soldat ihre Pflicht zu tun».⁵³ Einen weiteren Beleg für diese Widerworte gibt es nicht.⁵⁴ Auch Noskes Biograf Wette bezweifelt hier den Wahrheitsgehalt der Noske'schen Aussage⁵⁵, zumal er fünf Tage vorher sein politisches Schicksal in die

Hand der Militärs gelegt hatte. Die Meldung eines Verbindungsoffiziers nach Bayern gibt daher das Gespräch etwas anders wieder: «Noske bekam bittere Wahrheiten zu hören, z.B. auch über die Haltung des *Vorwärts* gegen die Offiziere. Er hat Abhilfe versprochen. Er sieht auch ein, dass jetzt auch allmählich zu schärferen Mitteln zur Beendigung der Revolution gegriffen werden muss (s. auch Ziffer 2)»⁵⁶. Und unter Ziffer 2 werden die schärferen Mittel angeführt: «Man will die Dinge weiter treiben lassen, um alle Welt, vor allem die politischen Führer, von der Notwendigkeit einer ‚sozialen‘ Diktatur (vielleicht die Kombination Noske, Heine, Lüttwitz möglich) zu überzeugen. Ein Aufstand wäre direkt willkommen.»⁵⁷

Auch Lüttwitz berichtet nichts von einer Zurechtweisung: «Unter Wahrung der Regierungsautorität versprach Noske, nun erneut mit aller Kraft für Ruhe, Ordnung und Aufnahme der Arbeit einzutreten, auch für die Armee zu sorgen und dabei nötigenfalls vor den schärfsten Mitteln nicht zurückzuschrecken.»⁵⁸

Zwei Tage vorher hatte Noske General Maercker versichert: «Er habe die Schweinerei jetzt auch satt.»⁵⁹ Was Maercker als Zustimmung Noskes zu einer Diktatur auffasste.

Am 28. Juni 1919 kam es schliesslich zur bedingungslosen Annahme des Versailler Vertrages. Noske trat nicht zurück, wurde aber weder Reichskanzler noch Diktator. Ebert konnte es sich vor seiner Basis schlicht nicht leisten, den verhassten Noske in ein solches Amt zu heben. Schon am Tag nach dem Kriegsrat hatte Ebert deswegen gegenüber Groener geäußert, «dass für das Fallenlassen der Kombination (sic!) Noske (...) auch die Sorge massgebend gewesen sei, seine Ministerpräsidentschaft würde auf die Arbeiterschaft provozierend wirken. Dieser Grund war allerdings nicht von der Hand zu weisen.»⁶⁰ Ebert hatte sich auch ausbedungen, Noske für «spätere, eventuell noch schwierigere Situationen aufzusparen»⁶¹.

Pabst jedoch schlug nun in einer Denkschrift⁶² plötzlich moderate Töne an. Offensichtlich machte er sich Hoffnungen, dass, wie Noske verkündet hatte, die Freikorps bleiben konnten und dass das Heer und damit auch die Freikorps nur auf 200'000⁶³ und nicht auf 100'000 Mann reduziert werden müsste. Diese Hoffnungen gründen sich auf Kontakte von Pabst und seinen politischen Freunden zum Chef der englischen Militärmission in Berlin, General Malcom, der im Februar 1920 dann tatsächlich dem britischen Kabinett empfahl, in der Heeresstärke etwas entgegenzukommen.⁶⁴

Pabst ging aber noch weiter, versuchte, die Angst auch der Alliierten vor dem Bolschewismus zu schüren, und gab an, dass man einen «letzten entscheidenden Vorstoss» nicht seinerseits, sondern der Linken erwarte, «der durch einen Generalstreik der Eisenbahner eingeleitet werden soll». Zum Schutz davor sei mehr als nur das 200'000-Mann-Heer nötig, nämlich Zeitfrei willigen verbände. Zwar verstosse das gegen «Paragraf 177 der Friedensbedingungen», aber die Regierung könne «unter keinen Umständen darauf

verzichten». Pabst hatte selbstverständlich auch gleich ein Konzept parat: Das Zeitfreiwilligensystem sei «auf das ganze Reich auszudehnen». Die militärischen Bezirkskommandos seien in «Kommissariate zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, und als solche in Zivilbehörden umzuwandeln, jedoch ausnahmslos mit unbedingt regierungstreuen, zuverlässigen, verabschiedeten Militärpersonen zu besetzen». Was nichts anderes hiess als mit seinen Leuten, die man damit als Putschisten einsetzen konnte und gleichzeitig gut versorgt hatte. Die Kommissariate sollten mit einem Major oder Hauptmann besetzt werden und mehrere Beamte unter sich haben, «letztere hätten die äussere Propaganda zu übernehmen».⁶⁵

Wieder klingt bei Pabst an, dass die bisherige Polizei nicht zuverlässig gewesen sei und auch deshalb die Zeitfreiwilligen benötigt würden. Zwei Gruppen sollten gebildet werden: die Einwohnerwehren mit «Bürgern über 35 Jahren» und die «Zeitfreiwilligenformationen» aus «Bürgern unter 35 Jahren».

In einem weiteren als «streng geheim» deklariertem Papier führt Pabst aus, dass durchaus die Möglichkeit bestünde, dass die Entente «mit einer gewissen Aufrechterhaltung des Einwohner- und Zeitfreiwilligensystems sich einverstanden erklärt». Weniger wahrscheinlich sei es aber, dass die Alliierten «sich einer irgendwie wesentlichen Vermehrung des uns zugebilligten Waffenbestandes» zustimmten. Pabst plante deswegen, den Zeitfreiwilligen ihre Waffen mit nach Hause zu geben und zusätzlich noch «Waffendepots über das ganze Land verteilt zu schaffen».⁶⁶

Es war hier also eine Art geheime rechte Milizarmee geplant. Zusammengenommen ist dies der Versuch, trotz des Versailler Vertrages eine komplett durchmilitarisierte Gesellschaft zu schaffen: 200'000-Mann-Heer, militarisierte Polizei mit 100'000 Mann sowie bewaffnete technische Nothilfe gegen Streiks und Einwohnerwehren plus reichsweite Zeitfreiwillige und militärisch organisierte Wehrbauern, womit man auf weit über 1'000'000 Bewaffnete gekommen wäre. Zu allen diesen Plänen gaben Noske und die SPD-Oligarchie ihren Segen oder behinderten sie nicht.⁶⁷ Wäre dies alles nicht auf den entschiedenen Widerstand der Alliierten gestossen, die letztlich – wenn auch zeitverzögert – das 100'000-Mann-Heer und die Auflösung aller Zeitfreiwilligen verbände durchsetzten, hätte sich hier schon sehr früh eine faschistisch-militaristische Gesellschaft⁶⁸ mit Hilfe der völkischen SPD etabliert. Es ist also auch der Entente zu verdanken, dass die Weimarer Republik nicht schon früher in einen faschistischen Staat abdriftete.

Obige Dokumente von Pabst widersprechen aber auch der Darstellung in seinen Memoiren, er sei sofort nach Annahme des Versailler Vertrages mit seinem GKSK gegen die Regierung marschiert. Pabst bringt hier zeitlich einiges durcheinander – wie er es hin und wieder in seinen Jahrzehnte später geschriebenen Memoiren tut.⁶⁹ Sein Angriff kam später. Die Ursachen waren aber dieselben. Noske hatte den Militärs Treue, ja Diktatur versprochen und sich nicht darangehalten.

Doch zunächst liess ein Verkehrstreik Pabst behaupten, das letzte Gefecht des Bolschewismus gegen sein «Vaterland» stehe bevor. Der Streik sollte Pabst zum Vorwand dienen, um Noske endlich zum Jagen zu tragen.

Streiks

Am 26. Juni 1919 setzte ein «Generalstreik der Eisenbahner» in Berlin ein. Noske diktierte schon einen Tag vorher einen Erlass, dass Aufstände «unter rücksichtsloser Anwendung von Waffengewalt» niederzuschlagen seien und dass bei Streiks in Eisenbahnen die Durchführung der «notwendigen Transporte» unter «Anwendung von Waffengewalt zu erzwingen» sei.⁷⁰ Er drohte mit dem verschärften Belagerungszustand – der einfache galt schon seit dem 2. Mai⁷¹ – und befahl auch, «die führenden Personen zu verhaften»⁷². Am 26. Juni verbot er den Eisenbahnerstreik überhaupt und ordnete «Arbeitszwang» an.⁷³

Pabst goss das gleich in einen Korpsbefehl⁷⁴ (siehe Anhang). Die Marinebrigaden 2 (Ehrhardt) und 3 (Loewenfeld) wurden unter dem Kommando von Loewenfeld beauftragt, die Güter- und Personenbahnhöfe zu besetzen und den Betrieb aufrecht zu erhalten. ArbeitsVerweigerer sollten mit einem Jahr Haft bestraft werden, Streikposten oder Streikende seien «unter Anwendung rücksichtsloser Waffengewalt» festzunehmen oder «unschädlich zu machen». Weiter wurde von Pabst der Plan verfolgt, durch die Kraftfahrstaffel Kessel die Arbeitsunwilligen aus ihren Wohnungen zu holen und sie unter militärischer Bewachung zu einer Sammelstelle zu führen. Sollten sie dann einem Offizier gegenüber weiter ihre Arbeitsunwilligkeit anzeigen, seien sie nach Moabit zu bringen und durch «ausserordentliche Kriegsgerichte» abzuurteilen. Arbeitswillige müssten ausserdem unter dauernder militärischer Bewachung arbeiten und sollten auch ihre Freizeit qua «Massenunterbringung» im Angesicht von Gewehrläufen verbringen. Bei Widerstand sei «rücksichtslos von der Waffe Gebrauch» zu machen.⁷⁵

Pabst durfte also im Auftrag Noskes den Streik mit Gewalt brechen. Er liess zu diesem Zweck auch gleich noch den Gross-Berliner Vollzugsrat – ein Rudiment der Revolution – verhaften, wobei Unterlagen des Vollzugsrates über den Mord an Luxemburg und Liebknecht gleich mitverschwanden.⁷⁶ Es kam zu Unruhen, die man «rasch mit den in Berlin befindlichen Truppen» niederwarf. Am 28. Juni marschierten die beiden Marinebrigaden auftragsgemäss in Berlin ein und besetzten die Bahnhöfe.⁷⁷ Pabst glaubte später, Noske habe die Niederschlagung des Streiks nach Rücksprache mit Ebert am Kabinett vorbei beschlossen.⁷⁸ Doch dies war gar nicht nötig. Der eklatante Bruch des Streikrechts durch Noske und Pabst wurde vom neuen Reichskanzler und Ebert-Freund Bauer ebenfalls gedeckt. Was wieder beweist, wie mühelos die SPD-Oligarchie sich gegenseitig half, die Bürde der Macht zu ertragen.

Schon am 27. Juni hatten Haase und Dittmann Bauer aufgesucht, das Streikverbot Noskes gezeißelt und als unrechtmässig bezeichnet. Man müsse verhandeln.⁷⁹ Bauer wich erst aus und rechtfertigte dann Noskes und Pabsts Vorgehen. Bauer, der wie Ebert die Volksgemeinschaft predigte, die Mobilisierung von «Höchstleistung an Arbeit» durch «Ansammlung neuer deutscher Werte», konnte dazu die «ewigen Streiks» nicht brauchen und war ebenfalls für Zwangsmassnahmen.⁸⁰ Doch nun protestierte sogar ein von Parteirechten beherrschter Gewerkschaftskongress. Streiks liessen sich nicht durch Verbote, sondern nur durch Verständigung beilegen.⁸¹ Bei den Eisenbahnern herrschte grosse Verbitterung über den Noske-Erlass und das Vorgehen der Pabst-Truppen. Die Eisenbahner forderten: Senkung der Lebensmittelpreise, Mitbestimmung bei der Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln und die Demokratisierung des Eisenbahnbetriebs.⁸² Die Konferenz der gewerkschaftlichen Zentralvorstände, die noch vor der Gewerkschaftskonferenz zusammengetreten war, forderte ebenfalls die Zurücknahme des Erlasses. Pabst erhielt am selben Tag einen Ruf zu Noske, der ja im selben Haus in der Bendlerstrasse weilte. Der Reichswehrminister liess Pabst mitteilen, es drohe eine Regierungskrise. Die sozialdemokratische Parteileitung habe in der Nacht den Rücktritt der SPD-Minister gefordert. Die Partei decke ihre Aktionen nicht, sie müssten abgebrochen und die Verbände zurückgezogen werden.⁸³ Pabst erklärte, das sei unmöglich, das Vertrauen der Truppe in Noske sei durch die Annahme des Friedensvertrages (inkl. der «Schmachparagrafen») erschüttert. Die Stimmung sei «hundsmiserabel». Wenn nun neuer «Zündstoff in die Truppen hineingetragen werde», leide der «Geist unserer Leute» schwer. Noske verliere den letzten Rest an Vertrauen. Noske log und entgegnete ihm, wenn er seine Ämter niederlege, folge ein Reichsminister aus dem linken Flügel der SPD. Pabst wiederum will Noske vorgeworfen haben, doch mehr Parteimann als «überparteilicher Oberbefehlshaber» zu sein. Er habe dafür auch Verständnis. Sein Verbleiben in der Stellung sei das kleinere Übel. Noske solle aber noch 24 Stunden mit der Rücknahme warten.⁸⁴

Pabsts Lehre daraus: Der Gedanke, «Schluss zu machen», nicht mit sich, sondern mit solcherart «Regierungsmethode», sei immer grösser geworden. Gleichwohl war Noske immer noch Kandidat für andere «Regierungsmethoden». Er musste nur Schluss machen mit seiner Rolle als Parteimann.

Die Rücknahme des Erlasses folgte, wie die *Freiheit* am nächsten Tag (30. September) in ihrer Mittagsausgabe berichtete, tatsächlich am 30. September 1919.⁸⁵ Den Streikführern wurde «unter Bewilligung hoher Lohnforderungen nachgegeben».⁸⁶

Die Freikorps und Militärs fühlten sich nunmehr komplett betrogen. Der Pakt mit der SPD hatte zwar die Revolution im Wesentlichen zerschlagen können, doch der versprochene Freikorpsstaat war am Widerstand der Entente erst einmal gescheitert. Auch sonst hatten sich die Siegermächte von diesem Pakt nicht täuschen lassen und gegenüber dem preussisch-deutschen Militarismus keine Milde gezeigt.

Logische Folge: Die SPD war – das hatte der Verkehrsstreik bewiesen – für die Interessen Pabsts nicht mehr zu gebrauchen. Man konnte nur noch versuchen, die wenigen für Pabst nützlichen Männer herauszubrechen und mit ihnen einen faschistischen Freikorpsstaat aufzubauen.

«Komplett grössenwahnsinnig!» – Pabst putscht

Pabst war mit seinen Plänen nicht allein. Spätestens seit der Zerschlagung der Münchner Räterepublik schossen Putsch- und Diktaturpläne wie Pilze aus dem Boden. Begehrtestes Objekt der Begierde war dabei Noske. Ihm trauten die Militärs alles zu.

Doch alle verwarfen aus unterschiedlichsten Gründen ihre Pläne. Pabst sollte der Erste sein, der sie zu verwirklichen trachtete. Schliesslich war er es gewesen, der – immer in Zusammenarbeit mit der SPD-Führungsriege – das kampfstärkste und radikalste Freikorps kommandierte, das die Führer der Revolution und eine grosse Anzahl ihrer Anhänger beseitigt hatte. Er war es gewesen, der die Polizei militarisierte, der die Einwohnerwehren aus der Taufe hob und das Zeitfreiwilligensystem entwickelte, der die Technische Abteilung mitkreiert und den Wehrbauernplan unterstützt hatte. Ein Hansdampf in allen Gassen. Die Zentralfigur der Konterrevolution. Ein grosser kleiner Hauptmann, der im Bund mit der SPD-Oligarchie die Basis für einen durchmilitarisierten neuen Führerstaat geschmiedet hatte und der ihn nun auch verwirklichen wollte.

Am 5. Juli schlug er dem Reichswehrminister ganz offen eine Militärjunta vor mit Noske als grossem Diktator.⁸⁷ Offensichtlich hoffte Pabst so noch die anstehende Ratifizierung des Versailler Friedens Vertrages zu verhindern. Doch Noske ahnte nun – der Verkehrsstreik und der Parteitag im Juni hatten es ihm gezeigt –, dass die im Kriegsrat von ihm angebotene Führerrolle mit der Basis seiner Partei nicht zu vereinbaren war. Das hätte Noske vielleicht noch gemeistert, aber er wusste gleichzeitig, dass er bei der Arbeiterschaft inzwischen so verhasst war, dass eine Diktatur Noske-Pabst zum Generalstreik und zu seinem Untergang führen würde, da «neun Zehntel auch der Mehrheitssozialdemokraten» gegen ihn wären.⁸⁸ Noske war gefangen. Er musste einen Rückzieher machen und Pabsts Truppe entmachten.⁸⁹ Schon im Mai – die letzte revolutionäre Stadt, München, war besiegt – war bekannt, dass die Armee in der Armee, dass das GKSK auf andere Einheiten aufgeteilt werden sollte. Allerdings war Pabst damals zur Belohnung als 1. Generalstabsoffizier des neu zu bildenden bayerischen Reichswehr-Gruppenkommandos im Gespräch.⁹⁰ Der Majorsgrad, den ihm die Novemberrevolution verweigelt hatte, wäre ihm dann sicher gewesen.

Die Bedrohung auch für Noske wurde nun aber nach dem Gespräch mit Pabst akut. Noske musste – nachdem er auf seine Diktatorrolle verzichtet hatte – die drei Divisio-

nen mächtige Truppe, die mindestens halb so stark war wie das von den Alliierten zugestandene Heer, nun dringend entflechten.⁹¹

Doch jetzt sah Pabst sein «Lebenswerk», die Weisse Garde, bedroht und handelte entsprechend. Am 8. Juli versuchte er Lüttwitz' Stabsoffiziere Major Max von Stockhausen und Major Kurt von Hammerstein-Equord (Lüttwitz' Schwiegersohn) zum Mitmachen beim Staatsstreich zu überreden. Beide lehnten ab und informierten Seeckt, den Chef des als «Truppenamt» getarnten Grossen Generalstabes. Pabst sprach auch mit Schleicher, der offensichtlich Groener informierte. Groener war nun klar: Pabst «will den kleinen Napoleon spielen». Am gleichen Tag trafen sich Ludendorff, Kapp und die Generäle von Lossberg und von Below in Kapps Wohnung. Kapp machte die Generäle mit den Plänen des GKSK bekannt und bedrängte Below, «gegen die Regierung loszuschlagen».⁹² Der hielt dies für verfrüht. Die Truppe habe nicht genügend Führer in ihrer Hand, «das Volk sei gegen uns!» Below empfahl, zwei Jahre zu warten und sich dann an Lüttwitz zu halten.

Am 9. Juli wiederum beging Noske – ahnungslos, aber in passender Gesellschaft – seinen 52. Geburtstag im Weimarer Schloss Belvedere. Im Kreis der Offiziere des Landesjägerkorps von General Maercker liess sich Noske bejubeln. Der General hielt eine Lobeshymne auf ihn. Er freue sich, ihn in ihrer Mitte zu sehen wegen seines unerschrockenen und erfolgreichen Eintretens «für die Truppe». Einen Toast wollte Maercker aber nicht aufbringen am Tage der «Ratifizierung des Schmachfriedens».

Gleich wohl herrschte bei der Geburtstagsparty keine Grabesstimmung. Noske machte lustige Bemerkungen über den General, der den Auftrag hatte, die Nationalversammlung mit seinem Freikorps zu schützen. Maercker sei ein Städtebezwinger, womit er «scherzweise» auf die Rolle Maerckers bei der blutigen Zerschlagung der Revolution «in bis jetzt über 20 Städte[n]» anspielte. Schon kurz zuvor hatte Noske von Seeckt in Seklaune bescheinigt, dass dieser die Reichswehr «aus der parlamentarischen Drecklinie» halten wolle. Noske bekam von seinen Offizieren einen «silbernen Bleistift mit eingraviertem Eichenlaubkragenzeichen des Landesjägerkorps» geschenkt und betonte nochmals, dass er ihnen als Reichswehrminister noch längere Zeit erhalten bleibe und er trotz Versailles «für die Freikorps eintreten werde».⁹³

Doch während er den Bestand seiner faschistischen Schutztruppe weiter bewahren wollte, waren andere dabei, sie ihm abspenstig zu machen, denn wenige Tage nach Noskes Geburtstagsgrüssen trat der eben entlassene und verbitterte Oberst a.D. Max Bauer⁹⁴ an den Städtebezwinger heran und forderte ihn auf, mit seinen Landesjägern die Nationalversammlung zu bezwingen bzw. zu verjagen.⁹⁵

Bauer war mit Pabst befreundet, sie hatten in Berlin im gleichen Haus gewohnt⁹⁶ und beide gehörten zur «Verschwörertruppe» um Ludendorff, Bauer war sogar dessen engster Mitarbeiter. Kapp und Lüttwitz müssen auch zu dieser Truppe gezählt werden.

Am 8. Juli waren auch sie zusammengetroffen. Allerdings hatte die Gruppe keinen Plan für ein einheitliches Vorgehen. Pabst preschte nun vor. Er wollte endlich «Schluss machen» und seinen Waffenrock von der «parlamentarischen Drecklinie» der Demokratie befreien.

In einer «Verschwörungsbesprechung» (Groener) mit den prinzipiell putschwilligen Generälen von Lüttwitz, von Below und von Lossberg wurde Pabst nun Unterstützung zugesagt. Es war derselbe Tag, an dem Noske seinen Geburtstag feierte und sich von Maercker und seinen Offizieren hochleben liess. Doch Seeckt, der ebenfalls an der «Verschwörungsbesprechung» teilnahm, war überzeugt davon, dass rein militärische Revolten misslingen müssten. Seeckt jedenfalls war vom militärischen Ungehorsam Pabsts nicht sehr erfreut und ging gegen ihn in Stellung. Er habe den Hauptmann «wegen seiner törichten Ideen in der schärfsten Weise zur Rede gestellt u. ihm angedroht, ihn verhaften zu lassen, wenn er dumme Streiche mache. Pabst soll komplett grössenwahnsinnig geworden sein», schreibt Groener am 9. Juli in sein Tagebuch. Auch von Lossberg und von Below hätten «das Schlachtfeld gekränkt verlassen»⁹⁷. Nach Pabsts Angaben sei Seeckt innerlich nicht abgeneigt gewesen, habe aber wegen der Entwicklung im Ausland und des falschen Zeitpunktes nicht mitgemacht.⁹⁸

Nun waren aber Pabst und seine Putschfreunde tatsächlich nicht untätig gewesen und hatten auch im Ausland vorgefühlt. Bauer hatte am 5. Juli mit Colonel Ryan, dem Chef des Stabes des britischen Militärgouverneurs in Köln, Gespräche geführt.⁹⁹ Sie hofften auf eine ähnliche Bolschewismusfurcht der Alliierten wie bei ihnen und argumentierten: Die Auflösung des GKSK führe zu einer Bolschewisierung Deutschlands und gefährde damit die Erfüllung des Versailler Vertrages.

Bauer legte Ryan dar, dass in Bälde mit einer Aktion der GKSK zu rechnen sei, diese aber nicht als Wiederaufrichtung des Militarismus zu verstehen sei. Inoffiziell erklärte sich Ryan mit der Aktion einverstanden, wenn sie dazu diene, in Deutschland wieder «Ruhe und Ordnung herzustellen». Ludendorff solle sich jedoch nicht offiziell, sondern nur inoffiziell an der Aktion beteiligen.¹⁰⁰

Eine recht absurde Vorstellung der Putschisten, man könne über einen Colonel eines alliierten Stabes das Verhalten der Entente beeinflussen.¹⁰¹

Pabst liess sich auch durch Seeckts Abkanzelung nicht beirren, ging nicht in den wohlverdienten Urlaub, sondern machte weiter dumme Streiche. Wie die aussahen, ist zwei neu entdeckten Dokumenten zu entnehmen.¹⁰² Pabst überredete seinen Kommandeur von Hofmann, die Aufteilungsorder Noskes nicht zu befolgen.¹⁰³ Was dieser auch tat. Und er trommelte alle Kommandeure des GKSK zusammen, machte ihnen klar, dass ihre konterrevolutionäre Truppe zerlegt werden und damit ihre Schlagkraft verlieren sollte, und vereinbarte mit ihnen am 12. Juli 1919, in die Offensive zu gehen.

Man formulierte ein Ultimatum mit drei Forderungen an die Reichsregierung, die

«innerhalb einer Frist von 6 Stunden» anzunehmen seien, und bat den offiziellen Kommandeur von Hofmann, sie über Lüttwitz durchzureichen.

1. Das GKSK wird nicht aufgelöst.
2. Es gibt eine Sicherungs-Garantie für alle ins Zivilleben Entlassenen und
3. «Die Truppe verlangt daher eine Umformung der Reichsregierung derart, dass unter dem bisherigen Reichspräsidenten eine *starke* Regierung aus Bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Kreisen *etwa* in Form eines Direktoriums die Regierungsgewalt übernimmt.»¹⁰⁴

Unter Eberts Oberaufsicht sollte also eine SPD/Bürgerjunta (Noske? Heine? Ernst? Stresemann? Schiffer?) die Geschicke der Nation leiten. Reichspräsident Ebert war offensichtlich für Pabst auch ein Mann des Vertrauens, unter dessen Oberaufsicht er sich eine kleine feine Junta vorstellen konnte. Jedenfalls wollte Pabst dies nun endlich erzwingen.

Es ist nicht bekannt, ob diese Forderungen über «Exzellenz» Lüttwitz die Reichsregierung jemals erreicht haben. Denn Lüttwitz befand sich im Urlaub. Es ist auch nicht bekannt, ob sich von Hofmann selbst an die Regierung gewandt hat. Jedenfalls bot sich Pabst kurz darauf die Gelegenheit, eine Demonstration der USPD am 21. Juli als Vorwand zum Losschlagen zu nutzen¹⁰⁵ und seine Truppen gegen die Regierung in Marsch zu setzen. Ein «spontaner Putschversuch», wie von Hagen Schulze angeführt¹⁰⁶, war es sicher nicht. Pabst gab dazu auch neue Befehle heraus¹⁰⁷: Er versuchte, andere Formationen «nötigenfalls auch über die Köpfe der höheren Führer hinweg» mit seinem «Demonstrationsmarsch» zum Eingreifen zu zwingen.¹⁰⁸

Bauer hatte offensichtlich vor, Pabst zuzuarbeiten, da er ja genau einen Tag vorher den Städtebezwinger Maercker um das Bezwingen bzw. Verjagen des Parlaments gebeten hatte.

Maercker, der zwei Wochen früher Noske noch beschenkt und gefeiert hatte, weigerte sich, weil er «das Unternehmen für aussichtslos und militärisch für undurchführbar hielt».¹⁰⁹ Was nicht heisst, dass er es für unangemessen hielt. Auch seine Aussagen im Jagow-Prozess zeigen, dass er einer Diktatur nicht grundsätzlich abgeneigt war.

Doch Pabst marschierte nun. Nach einer Version informierte er von Hofmann davon nicht, sondern handelte eigenständig.¹¹⁰ Nach einer andern wusste sein Kommandeur Bescheid.¹¹¹ Die geplante Verlautbarung beinhaltete Folgendes: Reichspräsident und Reichskabinett hätten die Forderungen abgelehnt. Sie seien zurückgetreten. Letzteres natürlich in Annahme eines Gelingens des Putsches.

Reinhardt und Groener sollten in Pension geschickt und unter Hausarrest gestellt werden (letzteres verschweigt Erger höflich)¹¹². Oven, der «Befreier» von München, sollte neuer Kriegsminister werden und von Hofmann – also Pabst – der Befehlshaber «über die gesamte Wehrmacht Deutschlands». Die von ihm initiierten Einwohnerweh-

ren und Polizei sollten sich anschliessen, ebenso die anderen Truppen im Reich. Zeitungen wären verboten bzw. unter Zensur gestellt. Bei Zuwiderhandlungen drohte die Todesstrafe. Das war nach Pabst auch die angemessene Strafe für Streik, Gewalttat, Unruhe oder die Aufforderung dazu, Behinderung von Arbeitswilligen, selbstverständlich auch bei Sabotage, Plündern und sonstigen Gewalttaten, aber auch für blosses Flugblattverteilen oder Abreissen von Regierungsflugblättern. In Erneuerung seines Morderlasses sah er für Waffenträger der Gegenseite ebenfalls den Tod vor.

Nach Aussage Pabsts sollte – nachdem Ebert und Noske nicht wollten – nun Lüttwitz zum Militärdiktator über ganz Deutschland gemacht werden.¹¹³ Für Lüttwitz jedoch kam der Putsch zum falschen Zeitpunkt: zu früh, zu unvorbereitet und ohne Unterstützung «im Volk» war hier nur ein Desaster programmiert. Der oberste General mit direkter Befehlsgewalt brach seinen Urlaub ab und griff dem Unternehmen in die Zügel. Zusammen mit General Maercker hielt er Pabst in letzter Minute vom Einmarsch ab.¹¹⁴ Lüttwitz bedauerte das später sehr, da er in der Rückschau zur Zeit des NS-Regimes dem «Unternehmen» grosse Chancen auf Erfolg konstatierte.¹¹⁵

Pabst hätte nun eigentlich verhaftet und nach Noskes Rechtsauffassung – würde man sie für rechts genauso anwenden wie für links – vor Gericht und dann wegen Hochverrats hingerichtet gehört. Er wurde aber weder verhaftet noch entlassen, sondern nur in Urlaub geschickt. Noske dagegen behauptet, er habe ihn «innerhalb weniger Stunden» entlassen, «sobald ich den Nachweis einer unzulässigen Betätigung hatte»¹¹⁶. Womit er wohl Pabsts Putschversuch meinte. Jedoch ist dies wie öfter beim ersten sozialdemokratischen Wehrminister das Gegenteil der Wahrheit. Pabst wurde im November, Anfang Dezember sogar noch die «Verwendung im Generalstab in Stuttgart bzw. Münster»¹¹⁷ vorgeschlagen. Seeckt hielt es offensichtlich auch nicht für nötig, Pabst zu entfernen und wollte ihn in einem westdeutschen Stab unter Kontrolle haben.

Doch Pabst lehnte ab und bat bei Lüttwitz um seinen Abschied: «Die Anstrengungen des Krieges und der Revolution haben meinen Gesundheitszustand so erschüttert, dass ich nicht mehr in der Lage bin, als Soldat Dienst zu tun.»¹¹⁸

Am 5. Dezember war ihm dann dieser bewilligt worden, allerdings «infolge Verminderung der Wehrmacht». Pabst widersprach. Er habe doch seinen Abschied mit Pension wegen «Felddienstunfähigkeit» beantragt.¹¹⁹ Es ist anzunehmen, dass hier Noske eingegriffen hatte.¹²⁰ Entlassen wurde Pabst von ihm jedenfalls nicht und schon gar nicht innerhalb weniger Stunden.¹²¹ Bitter jedoch war für einen Mann wie Pabst, dass ihm der Majorsrang und die Generalstabsuniform verweigert wurden, um die er gebeten hatte¹²², die sollte er sich erst später holen. Zu Feinden erklärte er fortan auch die Uniformträger Schleicher und Hammerstein, die ihn bei Seeckt angeschwärzt hatten.¹²³ Und Groener, den er schon lange wegen seiner (angeblich) zu regierungsfreundlichen Hal-

tung hasste, war nun, wie Reinhardt ebenfalls, auf seiner Liste. Ihnen Hausarrest und Ruhestand zukommen zu lassen, hatte er ja schon mal versucht.

Interessant ist auch Pabsts «Krankheit», die er immer wieder gerne vorschob, wenn es brenzlich wurde, ob im Schützengraben oder um Verhören wie in den Mordfällen Luxemburg/Liebknecht bzw. Marloh zu entgehen. Auch beim Kapp-Putsch, als er nicht wusste, ob es klappen würde, beziehungsweise am Ende seines Lebens in der Souchon-Affäre, als man ihn als Zeugen vor Gericht hören wollte, fühlte sich Pabst plötzlich unwohl. Pabst wurde gern «krank» und verwies im Bedarfsfall auf seine «schwächliche Kondition». Wie es der Staatskommissar für öffentliche Ordnung – zu dem Pabst ein ganz besonderes Verhältnis hatte¹²⁴ – nach dem Pabst-Putsch ausdrückte: «Herr Hauptmann Pabst hielt es ausserdem für praktisch, im entscheidenden Augenblick zu erkranken.»¹²⁵

Derselbe Bericht Bergers macht auch klar, dass Noske spätestens Anfang Oktober über Pabsts Meuterei unterrichtet war.¹²⁶ Es ist daher unverständlich, warum Wette glaubt, Noske sei über den Putsch nicht völlig aufgeklärt worden. Noskes Biograf führt als Begründung an, dass sich Noske sonst «nicht rückblickend lobend über die Tüchtigkeit Pabsts ausgelassen» hätte.

Nun, dieser Rückblick geschah nach dem Kapp-Putsch, und über den und Pabsts Tätigkeit war Noske bestens unterrichtet. Noske lobte Pabst «rückblickend»¹²⁷ einfach deswegen, weil ihre Zusammenarbeit bei der Ermordung der Revolution bestens war und Noske nie begriff, warum ihm Pabst das Bündnis aufgekündet und die Rechnung präsentiert hatte.

2. Die Nationale Vereinigung – Zentrum der Konterrevolution

Die GKSK wurde in die Brigaden 15,30,31 und 40 aufgeteilt¹²⁸ und bildete damit den Kern der Reichswehr.¹²⁹ Pabst stand nun ohne bewaffnete Macht und ohne Ehrenkleid da. Er hatte entsprechende Rachegedanken.¹³⁰ Dies beflügelte ihn jedoch, nachdem die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ihn nicht in ihren Parteidienst einstellen wollte¹³¹, nunmehr in Zivil das Geschäft der Konterrevolution weiterzubetreiben und eine Zentrale hierfür aufzubauen, dessen Herzstück er werden sollte. Pabst schwang sich zum Organisator einer Verschwörergruppe auf, die es verstand, im Geheimen wie in der Öffentlichkeit eine emsige Aktivität zu entwickeln, und die endlich auch der MSPD die Rechnung für den 9. November 1918 präsentieren wollte. Um die Zusammenhänge zu begreifen, muss hier nochmals zurückgegangen werden.

Vorgeschichte

Am 26. Februar 1919, zwei Tage vor seiner Verhaftung wegen Mordverdachts und noch keine zwei Wochen nach Liebknechts Erschiessung «auf der Flucht», musste Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Harttung erneut einen Transport mit dem Automobil erledigen. Diesmal galt es jedoch nicht, jemanden unterwegs zu ermorden, sondern als Leibwache zu beschützen. Ein bulliger, niemals lächelnder Mann kam an diesem Tag aus dem schwedischen Exil am Bahnhof an. Es war Pabsts ehemaliger oberster Vorgesetzter und sein grosses Vorbild, der Ex-Militärdiktator Deutschlands, General a.D. Erich Ludendorff. Der Feldherr ausser Dienst hatte kurz zuvor Friedrich Ebert, inzwischen Reichspräsident, seine Ankunft brieflich angekündigt.

«Ich will dem deutschen Volke wieder dienen, wie ich es bisher tat.» Der Mann, der hier sprach, hatte, als er noch im kühlen Norden weilte, seiner Frau brieflich mitgeteilt, wie er dem deutschen Volke weiter dienen wollte: «Die grösste Dummheit der Revolutionäre war es, dass sie uns alle am Leben liessen. Na, ich komme einmal wieder zur Macht, dann gibt's kein Pardon. Mit ruhigem Gewissen würde ich Ebert, Scheidemann und Genossen aufknüpfen lassen und baumeln sehen!»¹³²

Die stringente «Analyse» des kurzzeitigen Fahnenflüchtigen hat etwas für sich. Es war ein Fehler der Revolutionäre, dass sie ihn und seine militärischen Kameraden in den obersten Etagen der OHL am Leben gelassen hatten. Aber Revolutionäre wie Liebknecht¹³³, Ledebour und vor allem Luxemburg wollten keinen Terror. Doch davon abgesehen, hatten sie auch nicht die Macht dazu gehabt, Offiziere wie Ludendorff abzuberauben. Gleich wohl ist die Analyse Ludendorffs mit einem entscheidenden Doppel-Fehler be-

lastet: Ebert und Scheidemann waren Terror nicht abgeneigt und sie waren keine Revolutionäre. Vielleicht hatte das Ludendorff bei seiner Rückkehr schon begriffen. Er sah sich wenigstens zeitweise mit Ebert und Scheidemann in einem Boot. «In der Stunde der Not braucht es jede Kraft, die selbstlos nun an die Heimat denkt.» Ebert und Scheidemann, aber vor allem auch Noske, dachten selbstlos an die Heimat. Deswegen hatte



Erich Ludendorff

Noske das «Aufknüpfen» von Luxemburg und Liebknecht mit ruhigem Gewissen seinem treuen Pabst überlassen.

Ludendorff wurde jedenfalls von Pflugk-Harttung et al. ins Hotel chauffiert und dort mit einer persönlichen Leibwache Pabsts davor bewahrt, nicht doch noch zu baumeln. Pabst schloss da von sich auf «Spartakus» und war sich nicht ganz sicher, ob sie nicht auch auf der Abschussliste stünden – eine Liste, die es nie gegeben hat.

Und Scheidemann, inzwischen Ministerpräsident der ersten Weimarer Regierung, sah sich bemüssigt, Ludendorff, dessen Entlassung er noch im Oktober 1918 verhindern wollte, anzugreifen. Ludendorff war beleidigt und Scheidemann hatte sich – während der Freikorpsterror im ganzen Land tobte – offiziell nach rechts abgegrenzt.

Als dann aber auch der zweite Mann in dem kriegstreiberischen Duo, nämlich Hindenburg, am 2. Mai 1919, kurz vor der Moabiter Prozesskomödie gegen die Offiziere der GKSD, offiziell in den Ruhestand versetzt wurde, schrieb ihm die völkische SPD-Oligarchie Elogen.

Ebert sprach ihm für seine «dem Vaterlande während des Krieges und in jetziger Zeit unter grosser Aufopferung geleisteten Dienste den unauslöschlichen Dank des deutschen Volkes» aus.¹³⁴ Dass der Mann, der Hunderttausende von Menschen auf dem Gewissen hatte, «in Treue auf seinem Posten ausgeharrt» habe, werde ihm «das deutsche Volk niemals vergessen».

Und Noske telegrafierte ihm, er werde in der Geschichte fortleben, wie er «als ruhmgekrönter Feldherr unsere Heere im Feindesland geführt» habe. Auch hier der «unauslöschliche Dank des Vaterlandes». Gustav Bauer rang sich im Juli 1919, inzwischen Reichskanzler, zum «unabänderlichen Dank»¹³⁵ durch.

Während die sozialdemokratischen Führungsmänner den späteren Reichspräsidenten, Nachfolger Eberts und noch späteren Steigbügelhalter Hitlers vorerst in den Ruhestand schickten, schickte sich Pabst «unabänderlich» an, Kontakte mit anderen Verschwörern zu knüpfen.

Die Verschwörer in der Schellingstrasse 1

Den General-Landschaftsdirektor Kapp kannte Pabst schon vom Januar 1919, als dieser ihn im Eden-Hotel aufgesucht und um Unterstützung für seine Pläne geworben hatte.¹³⁶

Kapp und Ludendorff waren zwei Zentralfiguren der Gruppe, die sich ab Herbst 1919 Nationale Vereinigung (NV) nannte. Während Ludendorff als Lichtgestalt im Hintergrund sich täglich von Pabst berichten liess¹³⁷, fungierte die «starke Herrennatur»¹³⁸ Kapp als Organisator von Geld aus den Beständen der herrschenden Eliten. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank hatte er beste Kontakte und konnte zahlrei-



Wolfgang Kapp

che Geldinstitute von der Unterstützung seiner Sache überzeugen.¹³⁹ Zudem hatte er beste Beziehungen zum Nationalen Club, einem gleichfalls im Oktober 1919 gegründeten «Kampfverband» aus leitenden Bankiers, Industriellen, Ministerialbeamten und Grossgrundbesitzern¹⁴⁰, mit dem man eng kooperierte¹⁴¹ und dessen Ziel ebenfalls «die Einigkeit im nationalen Lager»¹⁴² war. Mitglieder im Nationalen Club waren u.a. Kuno Graf von Westarp, Alfred Hugenberg, Hugo Stinnes, Karl Helfferich und der unvermeidliche Ludendorff. Nachweislich unterstützt wurde die NV von Hugo Stinnes und Geheimrat Duisberg von den Bayer-Werken. Ausserdem gab es Verbindungen zur Gutehoffnungshütte, zu MAN und zur Schichau-Werft.¹⁴³

Kapp sass ausserdem zusammen mit dem ebenfalls putschgeneigten Pfarrer Traub im Hauptvorstand der DNVP, der Partei der Grossindustrie, die im selben Haus ihrem Willensbildungsprozess nachging.

Oberst Bauer, einer der Organisatoren des Gaskrieges im Ersten Weltkrieg¹⁴⁴ und die rechte Hand Ludendorffs, wie Pabst aus dem Dienst gedrängt und entsprechend rachedurstig, bildete mit diesem das Leitungsduo – die eigentlichen Arbeitstiere – innerhalb der Nationalen Vereinigung. Auch Bauer war ein emsiger Geldeintreiber, und noch nach dem Kapp-Putsch hatte er die Stirn, vom Mittelsmann des Industriellen Stinnes, Dr. Fehrmann, die Auszahlung der restlichen Raten von den zugesagten 1,5 Millionen zu fordern.¹⁴⁵

Zu Recht bezeichnet Thoss den Stab der GKSD als «die Keimzelle des Ludendorff-Kreises»¹⁴⁶ und hier der Nationalen Vereinigung.

Aus diesem Stab hatte Pabst den späteren Wirtschaftsberater Ludendorffs, Arnold Rechberg, mitgenommen¹⁴⁷, wie auch den Leiter seiner Propaganda- und Geheimdienstabteilung, Dr. Fritz Grabowsky. Dieser hatte Kontakt zu «800 grösseren Zeitungen»¹⁴⁸ in Deutschland und betrieb sein PR-Geschäft mit grossem Geschick.

Ebenfalls aus dem Stab der GKSD stammte der Stiefsohn «Charles Newmanns», wie sich Ludendorff zu der Zeit tarnte¹⁴⁹, Heinz Pemet¹⁵⁰, der sich dann später beim Hitler-Putsch im November 1923 in München seine Sporen verdiente. Ein weiterer Kamerad Hitlers und Ludendorffs vor der Feldhermhalle – der diese Unternehmen aller-

dings mit seinem Leben bezahlte –, der Baltendeutsche Max Erwin Scheubner-Richter, schloss sich der Gruppe ebenfalls an.

Mit von der Partie war auch der Zahnarzt und Ghostwriter Ludendorffs, Dr. Karl Schnitzler, der ihm Artikel, Erlasse, Gesetze und Aufrufe für die Zukunft schrieb. Wieder entdecken kann man auch Major Franz von Stephani, der mit der Ermordung der sogenannten Vorwärtsparlamentäre am 10. Januar 1919 und der darauffolgenden Stürmung des Vorwärtsgebäudes den Ruhm für sich in Anspruch nehmen konnte, als erster mit dem Massakrieren der Linken begonnen zu haben. Der aus einer jüdischen Familie stammende Stephani beeindruckte mit dieser Leistung, seinem Wirken in der NV und im Ludendorffkreis so sehr, dass er später zum Ehrenarier ernannt wurde. Nicht vergessen werden darf ein weiterer Paradiesvogel der Konterrevolution, eine Figur wie aus einem Groschenroman: Ignaz Trebitsch-Lincoln¹⁵¹, der durch Bauer in den faschistischen Zirkel eingeführt wurde.¹⁵²

Last but not least darf auch Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt nicht fehlen, der Kommandant der 2. Marinebrigade, die als Teil des GKSK noch nicht demobilisiert war und nun, nachdem Pabst ohne bewaffnete Macht dastand, die militärische Basis der Verschwörer bildete. Doch auch von sozialdemokratischer Seite gab es Unterstützung. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreussen, August Winnig, selbstverständlich ein «besonders kluger Kopf», arbeitete den Verschwörern ebenfalls zu.¹⁵³

Schon am Ende des Ersten Weltkrieges war es Kapp gelungen, eine präfaschistische Sammlungsbewegung aus Militärs, herrschenden Eliten und Industriellen zur sogenannten Vaterlandspartei zusammenzufassen. Kapp liquidierte nun diese Partei und leitete die vorhandenen Gelder und die Infrastruktur in die Nationale Vereinigung, deren Hauptgeschäftsführer und Organisator Pabst wurde.

War die Vaterlandspartei eine Bewegung gesetzter Herren¹⁵⁴ (z.B. mit dem Vater der Liebknechtmörder Heinz und Horst Pflugk-Hartung, Julius von Pflugk-Hartung), kamen nun die jüngeren Frontoffiziere¹⁵⁵ hinzu, die Rache für den 9. November 1918 üben wollten. War die Vaterlandspartei bis zuletzt Anhängerin eines Annexions- und



Ignaz Trebitsch-Lincoln als
Militärberater in China

Siegfriedens, so wollte die Nationale Vereinigung die Errungenschaften der Novemberrevolution – waren sie auch noch so gering – liquidieren.

Gleichwohl verstand sich die Nationale Vereinigung nicht als Partei. Pabst war ein dezidierter Feind von Parteien. Insofern hatte er auch nie Ambitionen, zum Massenagitator¹⁵⁶ oder Bierkellerredner zu mutieren, wie es Adolf Hitler zur gleichen Zeit in Bayern versuchte. Nein, Pabst kam nun in seine spezifische Rolle als Verschwörer und Putschorganisator. Wobei ihm aus einem misslungenen Putschversuch im Sommer klar war, dass es ganz ohne Massenunterstützung und rein militärisch nicht funktionieren würde. Die NV war eine Art Dachverband¹⁵⁷ der Konterrevolution, wobei die einzelnen Verbände und Bünde ihre Selbstständigkeit behielten.

Auch darf man sich die emsigen Aktivitäten der Männer, die in der Schellingstrasse in Berlin aus- und gingen, nicht als völlig konspirativ vorstellen. Das Klischee von im Verborgenen arbeitenden dunklen Gestalten trifft hier nicht.

Die Nationale Vereinigung hatte eine offizielle, sehr publikumswirksame Seite und eine inoffizielle, die am Staatsstreich arbeitete.

Zunächst die offizielle:

Am 1. Dezember 1919 wurde Noske vom preussischen Innenminister auf die Richtlinien der Nationalen Vereinigung hingewiesen. «Diese Richtlinien enthalten immerhin Stellen, die nicht unbedenklich sind.»¹⁵⁸ Noske gibt sie in seinem Buch wieder: Zusammenfassung der gesamten nationalen Bewegung ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und nationale Beeinflussung der Truppe, der Einwohnerwehren und der Zeitfreiwilligen im «nationalen Sinne».¹⁵⁹

Nun war dies noch nicht unbedenklich für Noske und seine Freunde. Zumindest richtete es sich nicht dezidiert gegen die SPD-Oligarchie oder die Regierung aus MSPD, Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Zentrum. Doch die Ziele der NV waren durchaus noch anderer Natur. Zur Verteidigung und Vertuschung seiner Rolle beim Kapp-Putsch liess Pabst 1924 von seinem Rechtsanwalt Folgendes verbreiten – wobei auch hier noch nicht die ganze Wahrheit zutage kam, jedoch die Verquickung von publizistischer und konspirativer Tätigkeit deutlich wird:

Zweck der NV sei die «Zusammenfassung aller nicht international marxistisch eingestellten Männer» – fortan ein Lieblingsthema Pabsts – «zur Bekämpfung des Bolschewismus» und zur «gemeinschaftlichen Behandlung grosser nationaler Fragen in der Öffentlichkeit»¹⁶⁰. Im Detail hiess dies Pressearbeit gegen die Auslieferung «der sogenannten Kriegsverbrecher»¹⁶¹ und abseits der Presse «Sammlung von Geldmitteln, zwecks Unterbringung der Auszuliefernden, Ausfindigmachung von geeigneten Quartieren» sowie die «Bereitstellung von Pässen». Man habe dieses Ziel «in Übereinstimmung mit den Bestrebungen des Auswärtigen Amtes verfolgt»¹⁶².

Neben der Pressearbeit im Ausland «zwecks Widerlegung des Schuldbekenntnisses» wird vor allem «die praktische Gegenarbeit» zur «völlig aufgezwungene[n] Wehr-

losigkeit» genannt. Und hier war Pabst wieder in seinem alten Fahrwasser, der Militarisierung der Gesellschaft trotz Versailles: «Aufrechterhaltung einer geheimen, der Entente verborgenen Wehrmacht durch geeignete Unterbringung der zu entlassenden Reichswehrleute und Schaffung der Möglichkeit weiterer militärischer Ausbildung grösserer Volkskreise.» Ausserdem war die «Heranziehung der Jugend zur Nationalen Vereinigung unter Ausschaltung jeglicher Parteipolitik» vorgesehen.

Auch dies war noch nicht unbedingt konträr zu den Zielen der SPD-Führung, wehrte sich doch auch Noske gegen die «Wehrlosmachung» und wurde doch hier die von Ebert, Bauer und David gern gesehene «nationale und soziale Volksgemeinschaft»¹⁶³ propagiert.

Doch wird im obigen Text – denn Pabst wollte damit ja seine Unschuld am Kapp-Putsch belegen – immer noch nicht Tacheles geredet über die originären Ziele. Den eigentlichen Zweck der NV umriss Kapp 1922 nach dem misslungenen Staatsstreich in seinem schwedischen Exil:

«Gründung der Nationalen Vereinigung durch Lange [Pseudonym Ludendorffs, K.G.] unter Leitung von Major Pabst. Zwecke:

1. Militärisch: Sammelpunkt der gutgesinnten, aktionsbereiten nationalen Offiziere – militärische Organisation der preussischen Provinzen und der Bundesstaaten. Unterbringung der Baltikumtruppen.

2. Politische Propaganda: durch Erweckung der Stimmung und Schaffung eines Resonanzbodens für die Gegenrevolution in der Bevölkerung unter Anlehnung an die Organisationen der Heimat- und Landbünde, der Organisation Escherich in Bayern usw.»¹⁶⁴

Einerseits sollte also der Staatsstreich militärisch organisiert, illegale Truppen (Stichwort «Schwarze Reichswehr») übers ganze Land verteilt und von konterrevolutionären Offizieren angeführt werden. Dabei war beabsichtigt, auch die sogenannten Baltikumtruppen zu verwenden, Freikorps, die in den Baltikumstaaten (anfangs im Einverständnis mit den Alliierten) gegen die Rote Armee vorgegangen waren und dabei wie schon üblich schlimmste Massaker unter der Zivilbevölkerung angerichtet hatten. «Wir erschlugen, was uns in die Hände fiel, wir verbrannten, was brennbar war. Wir sahen rot, wir hatten nichts mehr von menschlichen Gefühlen im Herzen. Wo wir gehaust hatten, da stöhnte der Boden unter der Vernichtung.»¹⁶⁵

Schliesslich mussten auch diese Truppen aufgrund des Drucks der Alliierten – wieder entgegen der Intention der Führungsschicht der SPD und damit der Regierung – demobilisiert werden. Dies wollte die NV verhindern, um die Balten für den Putsch verwenden zu können. Teile der Truppen wurden daher, als Landarbeiter getarnt, auf Gütern in Pommern und der Uckermark einquartiert, die eigentlichen Landarbeiter entlassen.¹⁶⁶ Grosse Teile der Balten wurden in die Marinebrigade Ehrhardt integriert.

Pabst hatte Kontakt zum Kommandeur von der Goltz¹⁶⁷ und war in Verbindung mit dem berechtigten Leutnant Berchtold in Bayern.¹⁶⁸ Im Westen diente Hauptmann Lichtschlag vom gleichnamigen Freikorps als Verbindungsmann, sowie der uns schon bekannte Major von Lütow und sein Freikorps, das bei der Aufteilung des GKSK ins Ruhrgebiet verlegt worden war.¹⁶⁹ Ein ganzes Offiziers-Netzwerk mit permanentem Informationsaustausch wurde hier also aufgebaut.

Andererseits – dies lernte man aus den fehlgeschlagenen rechten Putschen vom 6. Dezember und 10. Dezember 1918, dem Angriff auf die Matrosen am 24. Dezember 1918 und Pabsts ureigenem Putschversuch vom Sommer 1919 – war es nötig, bei der dafür anfälligen Bevölkerung einen «Resonanzboden» für die Konterrevolution, eine Massenbasis zu finden. Es war Pabst und der Verschwörergruppe klar, sie mussten an die Jugend, sie mussten die studentischen, die kleinbürgerlichen Schichten und Arbeitslosen, auch die Randgruppen der Arbeiterbewegung erreichen, wollten sie ihren geplanten Putsch zum Erfolg führen.

Schon früh war es gelungen, auch die DNVP¹⁷⁰ und ihren Führer Helfferich für das Unternehmen zu gewinnen. Es gab geheime Treffen zwischen den rechten Parteien und der NV. Daran waren nicht nur Mitglieder der DNVP beteiligt, auch die DVP und ihr Frontmann Gustav Stresemann hatten schon früh ein Interesse, die durch die Novemberrevolution an die Macht gekommene SPD zu stürzen. So meldete sich Pabst 1924 aus seinem Exil in Österreich, wo er sich durch die Strafverfolgung im Deutschen Reich in seiner Reisefähigkeit eingeschränkt sah und seine Pension nicht ausbezahlt bekam. Er forderte von den Mitgliedern der Rechtsparteien mehr Einsatz für seine Amnestie. An den Grafen von Westarp schrieb Pabst, er habe es bisher vermieden, einen Druck «in dieser Angelegenheit» auszuüben. Nun aber wollte er alle in die Vorbereitungen des Putsches Verstrickten öffentlich machen.

«Denn ich nehme an, dass diese – so z.B. die Herren des im Januar 1920 in der Viktoriastrasse gebildeten Ausschusses – es als ihre Ehrenpflicht betrachten, mit allem Nachdrucke, sobald der richtige Augenblick gekommen, für uns einzutreten.»

Pabst drohte «offen und frei [zu] sagen, welch hohem Ziel wir zustrebten, wie wir bewusst auf dasselbe hinarbeiteten». Und er nannte Namen: «Ausser an Sie, sehr geehrter Graf Westarp, werde ich mich *zunächst* an Exzl. Hergt, Dr. Stresemann, Herm Stubendorf, Dr. Marezky und wahrscheinlich auch an Herm Minoux wenden, falls dies nicht genügen sollte, kommen noch andere Mitwisser dran.»¹⁷¹ Später gab er noch mehr Namen bekannt, an die er in der Sache geschrieben habe: Ludendorff, von Gräfe, Wulle und Röhm.

Und betreffs Gustav Stresemann, den späteren Reichskanzler und Aussenminister, der ja der gemässigten Rechtspartei DVP angehörte, schrieb er an den Hauptgeschäftsführer der DNVP, Hans-Erdmann von Lindeiner: «Abgesandt sind bisher die Briefe an Graf Westarp und an Dr. Stresemann. Letzterer Brief ist ähnlich gehalten, teilweise etwas nachdrücklicher und anstatt der bei Graf Westarp erwähnten Zugehörig-

keit zu dem am 18. Jänner 1920 in der Victoriastrasse [der Wohnung Ludendorffs, K.G.] aufgestellten Neunerausschuss, habe ich mir erlaubt, Herrn Stresemann an seine verschiedenen Besprechungen mit mir in seiner Wohnung bzw. in der des Dr. Marezky zu erinnern, deren Thema im Wesentlichen die Beseitigung der November-Verbrecher aus der Regierung zunächst mit Hilfe der GKSD und später mit derjenigen der Exz. v. Lüttwitz unterstehenden Truppen war.»¹⁷²

Marezky, wie Stresemann Mitglied der DVP, war sogar von Kapp in den Kreis der Ministerkandidaten aufgenommen worden. Aus Pabsts Drohung ergibt sich jedoch, dass Stresemann schon früh, also zu Zeiten, als Pabst noch mächtiger Herr des GKSK war (Sommer 1919), von einem Putsch gegen die Regierung wusste und ihn auch unterstützte. Zweifellos beflügelte diese Drohung Pabsts die Herren der Rechtsparteien und dezidiert Stresemann, sich für eine Amnestie einzusetzen. Pabst konnte vermelden: «Sehr entgegenkommend hat Dr. Stresemann geantwortet.»¹⁷³ Doch davon später.

Schon bald gerieten die Verschwörer unter Zeitdruck. Es konnten noch so viele rechte und bürgerliche Zeitungen beliefert und regierungsfeindliche Truppenvorträge gehalten, noch so viele wöchentliche Pressekonferenzen abgehalten, noch so zahlreiche Propagandabroschüren verbreitet werden. Es konnten noch so viele Kontakte mit sympathisierenden Politikern, Offizieren und Militärs im ganzen Land geknüpft werden. Der Druck der Alliierten auf Entwaffnung der Freikorps und Zeitfreiwilligen liess nicht nach.

Ausserdem gab es zusätzliche Schwierigkeiten. Nicht alle Rechten und alle Geldgeber aus den herrschenden Eliten waren für den Putsch oder bis ins Letzte eingeweiht. Daher auch das offizielle Programm, in dem vom Staatsstreich keine Rede war. Und nach der Liquidierung der Räterepublik in München schien klar: Die Revolution war geschlagen. So leiteten die herrschenden Eliten ihr Geld lieber in die Kassen der rechten Parteien und gaben sich mit der durch die Arbeitsgemeinschaft mühsam arrangierten, aber labilen «sozialen Ruhe» vorerst zufrieden. Vor allem fürchtete man als Reaktion auf einen Rechtsputsch die Einheitsfront der gemässigten und «radikalen» Linken.¹⁷⁴

Darüber hinaus gab es Eifersüchteleien und Animositäten zwischen den unterschiedlichen Fraktionen. So berichtet der oben angesprochene Lindeiner von der DNVP, früher selbst Mitglied im Stab der GKSD, er habe Dr. Grabowsky in den Räumen der NV getroffen (die DNVP residierte im gleichen Haus, man benutzte die gleiche Telefonzentrale) und habe ihn als unaufrichtig empfunden.¹⁷⁵ Warum, sagte er nicht, es kann durchaus ein antisemitisches Ressentiment gewesen sein. Vom gleichen Menschen war auch der mit den Verschwörern sympathisierende Admiral von Trotha nicht begeistert, der ihn für einen «wirren Polen» hielt.

Gleichfalls auf Widerspruch stiess der zur Grossspurigkeit neigende Trebitsch-Lincoln, der Protégé von Bauer war. Später distanzierte sich Pabst gegenüber Theodor

Heuss von ihm, genauso wie von Rechtsanwalt Brederick (Nationalverband der Offiziere).

Heuss warf Brederick vor, dieser sei «in seinem Beruf kriminell vorgegangen».¹⁷⁶ Was durchaus stimmte, schliesslich hatte Brederick zusammen mit Canaris die in Schweden weilenden Mörderbrüder Pflugk-Hartung mit Geld versorgt. Pabst konnte Heuss ja nicht gestehen, dass das alles auf sein Betreiben hin geschehen war. Er versicherte 1961 dem ahnungslosen Alt-Bundespräsidenten, dass er die beiden «Bösewichte» Lincoln und Brederick, sofort nachdem er von der Pressetätigkeit der beiden für die Kapp-Regierung erfahren, ihrer Posten enthoben habe. Canaris gehörte selbstverständlich auch zu der Verschwörertruppe. Der Kapitänleutnant, mit Pabst befreundet und als Richter behilflich bei der Vertuschung des Luxemburg/Liebknecht-Mordes, Befreier des Oberleutnants a.D. Vogel aus dem Gefängnis und nicht zuletzt Berater von Noske, war ebenfalls mit dabei. Mehr noch, Canaris liess die in der Schellingstrasse 1 (Sitz der NV) ein- und ausgehenden Industriellen, Partei- und Putschfreunde aus den herrschenden Eliten sogar bespitzeln. Dies berichtet F. W. Heinz, ebenfalls Verschwörer und Bekannter von Pabst.¹⁷⁷ Heinz hat hier wohl sein Handwerk gelernt, denn nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er Chef des ersten rein deutschen Geheimdienstes und war direkt Adenauer unterstellt.

Auch wurde die NV «scharf beobachtet»¹⁷⁸, eine Observation, die allerdings nicht ganz so intensiv ausfiel wie bei den Linken. Noske hatte den Staatskommissar für öffentliche Ordnung von Berger gebeten, Pabsts Truppe zu überprüfen. Doch Berger, der mit Pabst gut bekannt war und schon zu Zeiten der GKSD mit ihm zusammengearbeitet hatte, gab Entwarnung bzw. verharmloste, wo es ging. Am 2. Oktober hielt er in einem Bericht¹⁷⁹ «die Gefahr eines reaktionären Putsches für zur Zeit nicht für drohend». Man verfüge «in diesen Kreisen» über «ungenügende Mittel und Anhängerschaft», Ludendorff sei nicht das Haupt der Gruppe. Auch habe von der Goltz, der immerhin mit dem weissrussischen General (und Judenmörder) Denikin zusammenarbeite und über 40'000 Mann (ebenjene Truppen, die Pabst für sich haben wollte) verfügte, Verbindung zu Ludendorff. Man denke aber «nicht an praktische Pläne für die nächste Zeit». In Verbindung mit «gegenrevolutionärer Arbeit» würde auch der Name Pabst genannt. Und obwohl Berger in genau diesem Bericht zum ersten Mal über den versuchten Pabstputsch vom Sommer berichtete, wollte er die jetzigen Putschaktivitäten Pabsts «nur mit grossen Fragezeichen» wiedergeben. Die meisten der am damaligen Putschversuch beteiligten Offiziere würden sich ruhig verhalten und von ihnen sei «nichts zu befürchten». Besser konnte Berger Noske und die Reichsregierung nicht irreführen. Warum, werden wir später erörtern.¹⁸⁰

Noske, der es versäumt hatte, einen ihm loyalen demokratischen Geheimdienst aufzubauen, verspürte nun zu Recht «ein Gefühl von Unbehagen». Auch eine Haussuchung bei der NV blieb ergebnislos, weil «nur oberflächlich durchgeführt»¹⁸¹. Noske hegte

sogar den Verdacht, sie habe gar nicht stattgefunden. Der Sozialdemokrat und sein Parteigenosse Heine, die mit Pabst selbst die Polizei militarisiert und mit den entsprechenden Sympathisanten ausgestattet hatten, brauchten sich nun nicht zu wundern. Jedenfalls musste Noske klar sein, dass Pabst, der «geistige Vater»¹⁸², von seinem Kind nicht gerade treulos behandelt würde. «Dass Fäden zwischen der Polizei und den Kappleuten gesponnen waren»¹⁸³, schien später auch Noske klar, nur dass er selbst Pabst das Gam dazu geliefert hatte, wollte ihm nicht einleuchten.

Hauptproblem für Pabst war aber weder die SPD, noch die Polizei, noch irgendein Geheimdienst. Hauptproblem waren die Alliierten. Pabst klagte schliesslich später selbst, dass ihnen die Zeit davonlief. Die Auflösungsorder drängte zum Handeln, obwohl der Aufbau der NV «noch nicht annähernd beendet war, ja im Westen des Reiches noch in den ersten Anfängen steckte».¹⁸⁴ Denn vom «Juni [19] 19, wo wir die Arbeit begonnen hatten, bis zum März [19]20 konnte niemand ein ganzes Reich so durchorganisieren, wie es notwendig gewesen wäre, um wenigstens den grössten Teil der Nation mitzureissen»¹⁸⁵.

3. Der Kapp-Putsch

Am 10. Januar 1920 trat der Versailler Vertrag in Kraft. Die Militärs, darunter auch der halbwegs loyale General von Seeckt, wurden immer nervöser. Man wollte sich auf jeden Fall einer Verkleinerung des Heeres widersetzen. Auch Seeckt setzte jetzt auf Noske als Diktator.

Am heftigsten reagierte, wie nicht anders zu erwarten, General von Lüttwitz und drohte mit offener Rebellion. Dabei waren die Militärs gar nicht so schlecht gefahren. Die sogenannten Schmachparagrafen, die die Auslieferung der Kriegsverbrecher forderten und die zur grössten Unruhe im Offizierskorps geführt hatten, erfuhren durch beharrliches Klagen der MSPD-dominierten Regierung bei den Alliierten praktisch eine Zurücknahme.¹⁸⁶ Die MSPD hatte es dabei tunlichst vermieden, eine unabhängige Untersuchung durchzusetzen. Das nicht nur wegen der Kooperation mit den alten Militärs und den jungen Freikorpsoffizieren, sondern auch, «weil ihre eigene Rolle während des Krieges öffentlich diskutiert worden wäre»¹⁸⁷.

Schon vorher hatte die Führungs-Oligarchie die Auslieferung Hindenburgs, Ludendorffs und anderer als Kriegsverbrecher hintertrieben. Und selbst in der NS-Zeit fand Pabst lobende Worte für seine Lebensabschnittsgefährten, sie hätten «tatsächlich auch ein Auge zugedrückt»¹⁸⁸. Pabst selbst traf natürlich auch Vorkehrungen, dass die Vorgabe Groeners: «Wer Dreck am Stecken hat, soll verschwinden»¹⁸⁹, erfüllt wurde. Im

Stab des GKSK fand sich neben Heinz von Pflugk-Harttung auch Fregattenkapitän Albert Scheibe ein, er war Leiter der Presse- und Nachrichtenabteilung, also des Geheimdienstes der Admiralität, sowie Geschäftsführer des Arbeitsausschusses deutschnationaler Industrieller und Mitglied des rechten Flügels der DNVP. Man gründete die Tarnorganisationen «Landbund» und «Ferienkinder».¹⁹⁰ Von Sommer bis Herbst 1919 waren hierzu 6'000-8'000 Versteckte organisiert worden, was zeigt, dass man annahm, nicht wenige hätten «Dreck am Stecken» bzw. würden zur Verantwortung gezogen. Auch sollten die Gesuchten nicht nur untertauchen, sondern durch schwer bewaffnete Leibwachen geschützt werden. Nach Auflösung des GKSK blieb Scheibe im engen Kontakt mit Pabsts NV. Finanziert wurden die «Ferienkinder» aus «einem unkontrollierten Fonds der Marine» und des Admirals von Trotha, der für geheimdienstliche Tätigkeiten zur Verfügung stand.¹⁹¹ Doch niemand musste sich verstecken. Die MSPD zeigte Vaterlandstreue. Schon am Tag nach der Unterzeichnung des Friedens Vertrages hatte der neue Innenminister Eduard David vorgeschlagen, Verhandlungen mit den Alliierten zur Auslieferungsverhinderung vorzunehmen.

Man einigte sich schliesslich, die Kriegsverbrecherfrage und damit die Massenverbrechen in Belgien und Frankreich dem Reichsgericht in Leipzig zu übergeben, womit sie ungesühnt blieben und für die Militärs erledigt waren.¹⁹² Übrigens hiess der bei der Reichsanwaltschaft für Beschuldigungen wie «Begehung von Gräueltaten» (z.B. in Belgien) zuständige Reichsanwalt Paul Joms.¹⁹³

Doch nun sollten die Marinebrigaden, die offen konterrevolutionären Reste der GKSD, auf Drängen der Alliierten Kontrollkommission beseitigt werden.¹⁹⁴ Diese Brigaden waren indirekt die Hausmacht der NV und direkt die von Lüttwitz. Natürlich sprach dieser wieder von den Gefahren des Bolschewismus, die Deutschland drohten. Er sorgte sich, dass nach der Schneeschmelze die Russen kämen und durch Polen aufs Deutsche Reich vorstossen würden, wenn die antidemokratischen Marinebrigaden nicht mehr da seien.¹⁹⁵ Aber eigentlich ging es um etwas ganz anderes. Waren die Brigaden weg, war an Putsch so schnell nicht mehr zu denken. Dies stachelte Lüttwitz an. Ihm drohte nun das Gleiche wie Pabst, mit dem er über die NV ständig in Verbindung stand. Lüttwitz weigerte sich, die Brigaden aufzulösen. Da die Brigade Nr. 3 (Loewenfeld) in Schlesien operierte, ging es hauptsächlich um die Marinebrigade Ehrhardt, die im Lager Döberitz 25 Kilometer vor der Stadt kampierte. Lüttwitz befahl seinen Kommandeuren, die Brigade nicht aufzulösen. Doch sein Schwiegersohn, Kurt von Hammerstein, ging, ähnlich wie beim Pabstputsch, wieder zu Seeckt. Seeckt, der zwar den Versailler Vertrag, was die Heeresverminderung anbetraf, ebenfalls nicht erfüllen wollte, liebäugelte jedoch mit einem anderen Plan. Er wollte den Westen des Reiches gegen die dann einmarschierenden Alliierten verteidigen, gleichzeitig Polen im Osten überfallen und sich mit der Roten Armee verbünden. Ähnliche Pläne hatte auch Oberst Bauer. Für Pabst als altem Bolschewistenfeind war dies undenkbar.

Seeckt teilte nicht Lüttwitz' Bolschewistenfurcht. Im Gegenteil, er wollte eine Art Rechtssozialismus mit Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und einem Ständesystem. Die Verkleinerung der «Wehrmacht» störte ihn, die Auflösung der Marinebrigade nicht. Im Gegenteil, die Unruhetruppe war auch bei ihm unbeliebt.

Die Brigade selbst war 5'000 Mann stark, schlagkräftig, bestand aus der üblichen Schichtung und trug seit Dezember 1919 das Zeichen der Zukunft am Stahlhelm: das Hakenkreuz. Noske bewunderte diese Truppe «des nationalen Wiederaufstiegs»¹⁹⁶ und traute ihr und Loewenfelds Einheit zu, «die ganze polnische Armee in Fetzen zu schlagen. Sie waren als Kampftruppen viel wertvoller als irgendeine andere Formation.»¹⁹⁷ Man verfügte auch über eine eigene Offiziersturmgruppe, angeführt von dem späteren SA-Führer und NS-Ministerpräsidenten von Sachsen, Manfred Killinger. Schon vor dem Putsch sprengte diese illustre Gemeinschaft der Frontoffiziere – braune Schlägertrupps antizipierend – Versammlungen nicht genehmer Parteien, verprügelte Juden oder «Judenverdächtige» und haute demokratisch gesinnten Offizieren (solche gab es auch) «aufs Maul»¹⁹⁸. Es existierten Verbindungen zu völkisch-rassistischen Verbänden wie dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund (DSTB).¹⁹⁹ Die Brigade Ehrhardt war eine frühfaschistische, extrem antisemitische Elitetruppe.

Kein Zweifel, die Brigade hatte sich, wie die Freikorps überhaupt, in weiten Teilen der Bevölkerung unbeliebt gemacht. Einem Ende dieser Truppe würden nur ganz wenige Zivilisten eine Träne nachweinen.²⁰⁰ Noske verfügte – gezwungenermassen – am 29. Februar die Auflösung der Brigade zum 10. März 1920.²⁰¹ Gleichwohl verstieß er hier ganz offen gegen seine früheren Versprechen. Er konnte die Freikorps nicht halten und musste die Militarisierung der Gesellschaft zurücknehmen. Es kam zu einer scharfen Auseinandersetzung mit Lüttwitz. Der meuterte nun ähnlich wie sein Bruder im Geiste, Pabst, und verkündete auf einer Festivität der Brigade – zu der Noske diesmal nicht mehr eingeladen war, sondern aus der *Berliner Volkszeitung* davon erfahren musste²⁰² –, er werde nicht zulassen, dass man seine Truppe zerschlage.

Noske zögerte trotzdem, den General zu entlassen. Doch Lüttwitz' Stabsoffiziere, darunter Oldershausen und Hammerstein – beide später von Pabst als Verräter bezeichnet²⁰³ – gaben an, sich gegen ihn gestellt und ihm geraten zu haben, sich von Kapp zu trennen.²⁰⁴ Lüttwitz tat das Gegenteil. Er beriet sich mit den Rechtsparteien, und es darf angenommen werden auch mit der NV, speziell mit Pabst, mit dem er «sehr häufig Rücksprachen» hatte.²⁰⁵

Am 3. März traf sich der höchste General mit Oberst Arens, dem Stabschef der Sicherheitspolizei²⁰⁶, der Pabst «ziemlich genau» kannte²⁰⁷, d.h. der mit ihm befreundet und durch diesen auf jenen Posten gekommen war. Die Sicherheitspolizei war, wie wir wissen, auch eine Schöpfung von Pabst und mit seinen Leuten, etwa der ehemaligen Kraftfahrstaffel Kessel, gut versorgt.²⁰⁸ In einem Informationsbericht über die SIPO

gingen die Verschwörer davon aus, dass grosse Teile zu ihnen halten würden.²⁰⁹ Lüttwitz wollte nun direkt wissen, wie sich die insgesamt 9'000 Mann starke Truppe verhalten würde. Später hat Arens behauptet, er habe Lüttwitz von seinem Vorhaben abbringen wollen.²¹⁰ Doch es ist anzunehmen, dass er ihm seine Loyalität, mindestens Neutralität versichert hat. Denn andernfalls wäre Arens auf die Idee gekommen, Noske oder sonst ein Regierungsmitglied über die Staatsstreichpläne von Lüttwitz zu informieren. Nach Pabst war mit Arens sogar die Unterstützung des «Unternehmens» abgesprochen.²¹¹ Denn die politische Polizei stand «in der Mehrzahl ideologisch auf unserer Seite»²¹².

Auch einige Tage später gab Stabschef Arens dem Kommandeur Ehrhardt ähnliche Auskunft: Die SIPO, einzig ernstzunehmender militärischer Gegner – demokratische Volkswehr oder Polizei hatte man keine –, würde den Putschisten nicht in die Parade fahren, im Gegenteil. Hinzu kam: Der uns schon bekannte Doyé, zuständig für die SIPO im preussischen Innenministerium, war ebenfalls ein Sympathisant des Putsches und wurde von den Putschisten prompt zum Staatssekretär ernannt. Gleiches galt für den Kommandeur Oberst Schönstadt, der, wie war es anders zu erwarten, mit Pabst im Stab der GKSD gewirkt hatte.

Lüttwitz gebärdete sich inzwischen immer aggressiver und erzählte bei einem Treffen mit Vertretern der Rechtsparteien am 4. März, er werde zur Not seine Truppen durch einen Überfall auf die Reichsbank finanzieren.²¹³

Staatskommissar von Berger, der in seinen Berichten immer bagatellisiert hatte, kam am 6. März mit Lüttwitz, General von Oven und Oldershausen zusammen. Berger bot sich nun, anstatt die Regierung von den Umsturzplänen Lüttwitz' zu informieren, als Vermittler an und wollte ihr Lüttwitz' Forderungen, die inzwischen auch eine Regierungsumbildung beinhalteten, nahe bringen. Doch Ebert wollte, dass Lüttwitz selbst mit ihm sprach. Am 10. März war ein Treffen vereinbart. Berger signalisierte Lüttwitz, dass Ebert sich auf seine Vorschläge einlassen würde.²¹⁴ Lüttwitz hoffte nun, Ebert und Noske könnten den Diktaturplänen zustimmen, wie sie es zusammen mit Heine schon im Frühjahr 1919 getan hätten, falls «in der Herstellung der Ordnung» kein Fortschritt erzielt würde.²¹⁵

Am 7. März kamen Reinhardt, Lüttwitz und andere Generalstabsoffiziere mit Noske zusammen. Lüttwitz widersetzte sich erneut der Heeresverminderung und vor allem der Auflösung der Marinebrigaden. Noske verlangte es.

Am gleichen Tag entzog der Reichswehrminister dem in Holland weilenden, des Mordes an Rosa Luxemburg verdächtigen Oberleutnant a.D. Vogel der Strafverfolgung, indem er gegen den Rat sämtlicher Rechtsgutachten das lächerliche Urteil des Canaris/Pabst'schen Kameradengerichts bestätigte.²¹⁶ Offensichtlich wollte er die designierten Auführer damit beruhigen.²¹⁷ Doch der Zug war längst abgefahren.

Lüttwitz traf am 10. März mit Ebert zusammen und stellte ihm ein Ultimatum. Er verlangte scheidemokratisch Neuwahlen, die Einsetzung von Fachministern, ihn als

Oberbefehlshaber der gesamten Reichswehr und die Nichtauflösung der Marinebrigaden. Ausserdem wollte er Ebert und Noske im Amt behalten²¹⁸, schliesslich sollten sie die Diktatur politisch anführen.

Berger wiederum hatte am 8. März einen lauen Bericht²¹⁹ an die Regierung gesandt, in der er aufrührerische Aktivitäten der Verschwörergruppe andeutete – ohne natürlich einen einzigen Namen und schon gar nicht den Pabsts zu nennen. Berger verharmloste auch hier wieder, es sei allgemeiner Wille, «es zu einem eigentlichen reaktionären Umsturz (...) nicht kommen zu lassen». Noske gab an, den Bericht erst zwei Tage später bekommen zu haben.²²⁰ Dies dürfte durchaus zutreffen, denn, wie Pabst später zugab, arbeitete Berger für sie: «Infolge der zwischen den Mitgliedern des Staatskommissariats und mir bestehenden engen gesellschaftlichen Beziehungen waren wir aber ständig genau im Bilde über den Inhalt der Spitzelberichte, darüber hinaus erfuhren wir so ziemlich alles, was im Staatskommissariat und sogar im Reichskabinett vor sich ging und geplant wurde.»²²¹

Ebert lehnte Lüttwitz' Forderungen ab. Noske, der bei dem Gespräch dabei war, widersetzte sich dem Ultimatum des Generals gleichfalls heftig, deutete aber laut Erger an, dass man – durch die Verhandlungen mit England – evtl. ein 200'000-Mann-Heer halten könnte.²²² Noske drohte dem widerspenstigen Militär ausserdem mit dem Generalstreik²²³, so es dumme Streiche machen wolle.

Da die Marinebrigaden weiter aufgelöst werden sollten, trennte man sich im Zorn. Noske liess den hochverräterischen General jedoch nicht verhaften (von wem auch), womit dieser übrigens durchaus gerechnet hatte²²⁴, sondern entzog ihm nur das Kommando über die Marinebrigaden, welches er dem Admiral von Trotha übertrug und damit vom Regen in die Traufe geriet. Den Oberbefehl über das Reichswehrgruppenkommando I und die Lüttwitz von Seeckt noch kurz vorher zugeschlagenen Kommandos über Norddeutschland und Ostpreussen²²⁵ entzog er ihm allerdings nicht. Reichlich naiv warteten Ebert und Noske am nächsten Morgen vergeblich auf den Rücktritt Lüttwitz', der am Abend vorher ohne ein Wort zu sagen die Reichskanzlei verlassen hatte.²²⁶

Am 10. März waren ausserdem Noske «Mitteilungen zugegangen» – von wem, darüber schweigt er sich in seinem Buch aus, von Berger jedenfalls kamen sie nicht²²⁷ –, dass zwischen Lüttwitz, Kapp, Bauer und Pabst «Beziehungen bestanden, die zu einer Gefahr werden könnten»²²⁸.

Am nächsten Tag, es war der 11. März, enthob Noske nach seinen Aussagen Lüttwitz seines Amtes²²⁹, nach Lüttwitz' Bericht wurde er nur beurlaubt.²³⁰ Noske wollte von Oven zu dessen Nachfolger machen, doch der lehnte ab. Gleichzeitig erfuhr Noske auch, dass im Büro der NV «ein reges Kommen und Gehen»²³¹ stattfand.

Noske unterschrieb deswegen am gleichen Morgen Haftbefehle gegen Pabst, Kapp, Schnitzler und Grabowsky.²³² Gegen Bauer erfolgte dieser erst am 12. März.²³³

Noske liess, um die Verhaftung Pabsts sicherzustellen, extra seinen Parteigenossen und Polizeipräsidenten Eugen Ernst, dessen Ernennung die Januarkämpfe 1919 ausgelöst hatte, antreten und gab ihm den Befehl, Pabst und Genossen zu verhaften. Nach Heines Erinnerungen war er es, der Ernst kommen liess und ihm den Auftrag gab.²³⁴ Ernst, «ein vierschrotiger, zäher Kleinbürger, ohne beunruhigende Fantasie, satt und solide, den Charakter des jetzigen Regimes gut verkörpernd», hatte schon im Februar 1919 gegenüber Harry Graf Kessler geäussert, dass die Freikorps «unbedingt zuverlässig» seien. «Er spricht wie ein altkonservativer Handwerker» und blieb deswegen während des Putsches auf seinem Posten, um den Hochverrätern zuzuarbeiten.

Er war für Pabst sogar als Mitglied eines Diktatorentriumvirats «Noske, Erzberger und Ernst»²³⁵ in der Diskussion. Offensichtlich hatte er, ähnlich seinem Parteifreund Oberpräsident Winnig in Königsberg, grosse Sympathien für die Putschisten. Denn wie Pabst berichtete, liess sich Ernst, noch bevor ihn Noske zu sich bestellte, von Kapp über den Putsch «unterrichten und machte dann während des Umsturzes Kapp und Lüttwitz keine Schwierigkeiten»²³⁶. Ausdrücklich trat die Kapp-Regierung Gerüchten entgegen, Ernst habe seinen Posten verlassen.²³⁷

So blieb Dr. Maretzky von der DVP, der wie sein Parteifreund Stresemann zu den Sympathisanten Pabsts gehörte und in dessen Wohnung schon Treffen der Verschwörer zur «Beseitigung der November-Verbrecher»²³⁸ stattgefunden hatten, der Posten des Polizeipräsidenten versagt.²³⁹

Ernst brachte nun am 11. März zu seinem Parteigenossen und Reichswehrminister noch den Regierungsrat Foboes von der SIPO mit, der laut Noske über die Verhaftung der Putschisten «Ausflüchte machte». Später war auch klar, warum: Foboes sympathisierte ebenfalls mit den Putschisten und schloss sich ihnen an.

Staatskommissar Berger musste auch von der Absicht Noskes erfahren haben, die Übeltäter verhaften zu lassen, denn er bat den Reichswehrminister, wenigstens «davon Abstand zu nehmen»²⁴⁰, seinen Freund Pabst festzusetzen.

Bei so viel ehrlichem Verständnis für die Verschwörer war klar, dass Pabst gewarnt wurde und die Polizei «versagt[e]»²⁴¹. Der Leser kann rätseln, welcher der Herren – Arens²⁴², Foboes, Berger oder Ernst²⁴³ – die «dritte Person»²⁴⁴ war, die Pabst von seiner bevorstehenden Verhaftung in Kenntnis setzte und die Pabst auch in der NS-Zeit nicht nennen wollte. Der Autor tendiert zu von Berger.

Was aber machte Pabst? Der hatte wohl einiges auf sich zukommen sehen und war erst einmal in die Krankheit geflüchtet. Laut Aussage seines Hausarztes Dr. Hans Thalheim lag er bis zum 5. März krank mit «Bronchialkatarrh und Kehlkopfkatarrh»²⁴⁵, nach Pabsts Aussage mit «Rippenfellentzündung»²⁴⁶, danieder und schleppte sich danach mühsam ins Büro in der Schellingstrasse. Ob tatsächlich krank oder nur vorgetäuscht, Pabsts Hypochondrie zeigte an, dass er sich im Stress befand und unschlüssig war, ob das durch die Alliierten «aufgezwungene Unternehmen» klappen konnte. Das Vorpre-

schen seines Chefs mit dem Ultimatum an Ebert, das selbst Kapp als «blödsinnig»²⁴⁷ bezeichnete, brachte dann die Räder zum Rollen.

Offensichtlich wurde auch Pabst von der Dynamik dieser Ereignisse überrollt. Denn Lüttwitz hatte seine Kampfgenossen weder von seiner Unterredung mit Ebert und Noske informiert noch sein Ultimatum angekündigt. «Es kam uns daher höchst unerwünscht, dass der General sich bereits jetzt zu weit vorgewagt hatte.»²⁴⁸

Nach Pabsts Angaben erzählte ihm Staatskommissar Berger am 10. März von seinen «Vermittlungsversuchen» zwischen Lüttwitz und Ebert.²⁴⁹

Dass tatsächlich zwischen Berger und Pabst ein sehr enges Verhältnis herrschte, geht auch aus den Aussagen von Dr. Robert Weismann hervor, Bergers Nachfolger. «Ich habe Pabst kennengelernt, als er noch Ia bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division war. Damals war ich Leiter der politischen Abteilung bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin. In dieser meiner Eigenschaft habe ich sehr oft mit Pabst zu tun gehabt aus Anlass von Kriminalfällen (sic!). Auch bei Sitzungen, welche vom Staatskommissar für öffentliche Ordnung [also von Berger, K.G.] einberufen wurden, habe ich mehrfach Gelegenheit gehabt, mit Pabst zusammenzutreffen.»²⁵⁰

Am 11. März 1920 vormittags wurde Pabst dann von Lüttwitz angerufen, der ihm mitteilte, man habe ihn, den kommandierenden General, seines Amtes enthoben, und er werde jetzt seine «Forderungen mit Gewalt durchsetzen»²⁵¹.

Die Offenbarung, dass ihn Lüttwitz direkt informierte, entstammt einem Schriftsatz von Pabsts Rechtsanwalt Siegfried Löwenstein aus dem Jahr 1924, die Pabsts Amnestie wünsch voranbringen sollte. Die Passage über Lüttwitz ist mit einem Fragezeichen versehen, was laut «Vorbemerkung» bedeutete, die Angabe sei «vielleicht nicht zweckmässig» und sollte in Absprache mit Löwenstein eventuell weggelassen werden. Schliesslich war dieser Anruf Lüttwitz' für Pabst die Mitteilung zum Losschlagen und konnte auch so ausgelegt werden. Im Schriftsatz werden weiter Zeugen genannt, die belegen sollten, dass Pabst «nicht führend» am Putsch beteiligt war. Bestimmte Zeugen sind unterstrichen, was laut «Vorbemerkung» heisst, mit ihnen sei «vorherige Besprechung wünschenswert». Unterstrichen sind u.a. die Namen Stresemann und von Berger.²⁵²

Kurz nach dem Anruf von Lüttwitz erhielt Pabst dann «diskrete Mitteilung»²⁵³, vermutlich vom Staatskommissar für öffentliche Ordnung, dass man ihn verhaften wollte.

Beide Meldungen versetzten Pabst in Panik, er fuhr nach Hause und wies seine Frau an, die Koffer zu packen²⁵⁴, dann eilte er zu seinem «Chef» Ludendorff²⁵⁵ in die Viktoriastrasse und zog heftig an der Wohnungsklingel. Ludendorff öffnete selbst und – so sagte er später vor Gericht aus – hatte den Eindruck, Pabst sei sehr aufgeregt gewesen und habe zwischen Tür und Angel von der Aktion Lüttwitz' bei Ebert erzählt. Er «schob seine Verhaftung auf diesen Schritt». Was der Verschwörer und sein Hintermann noch



Ehrhardt im Fond seines Dienstwagens, Ellenbogen aufgestützt

alles besprachen, behielt Ludendorff, der ja als Hintermann nicht in die Sache hineingezogen werden wollte, für sich. Die Unterhaltung sei wie «im Fluge» vergangen.

Pabst enteilt wieder, fuhr dann mit der Stadtbahn nach Potsdam. Dort traf er Hauptmann Brinkmann, der dem in Zivil gekleideten Pabst «in Freundschaftspflicht» einen PKW und militärische Bedeckung, also einen Leibwächter, verschaffte.²⁵⁶ Major Rohrscheidt, von dem der PKW stammte, sagte aus, Pabst hätte erzählt, man habe ein Ultimatum an die Regierung beabsichtigt, «Lüttwitz hätte aber alles verraten»²⁵⁷.

Nun raste der Wagen nach Döberitz zu Korvettenkapitän Ehrhardt²⁵⁸, angeblich, um ihn vom Einmarsch abzuhalten. So sagte Ehrhardt auf Bitten Pabsts aus²⁵⁹, revidierte dies aber später und wollte sich an Pabsts Einspruch nicht «mehr erinnern».²⁶⁰

Pabst «machte einen ziemlich verstörten Eindruck»²⁶¹ und war sich tatsächlich nicht schlüssig, ob der Putsch klappen würde. Unzweifelhaft hatte er den Einmarsch «vorbereitet, wenn auch nicht für den 12./13.»²⁶². Aber das Vorpreschen Lüttwitz', womit der in den Augen Pabsts alles «verraten» hatte, sowie Pabsts drohende Verhaftung liessen ihn stark zweifeln, ob das «Unternehmen» voreilig durchführbar wäre. Deswegen wurde er, nachdem er bei Ehrhardt in Döberitz übernachtet hatte, am 12. März auch «fahnenflüchtig», rief seine Frau an und bat sie, nach Wiesbaden zu fahren, wohin er

ihr folgen wollte. Er selbst fuhr mit einem Wagen Ehrhardts nach Magdeburg²⁶³, wo es offensichtlich eine Spitzelzentrale gab, die flüchtigen Verschwörern Unterschlupf gewährte bzw. sie in illegale Quartiere nach Bayern schleuste.²⁶⁴

Pabst blieb in Magdeburg bis zum 13. März und hatte nach seinen Angaben die Fahrkarte nach Wiesbaden schon in der Tasche.²⁶⁵ Als er aber am Morgen in der Zeitung las²⁶⁶, dass Ehrhardt und Lüttwitz tatsächlich in Berlin einmarschiert waren, machte er einen erneuten Schwenk. Pabst hielt es nun «für seine vaterländische Pflicht» mitzuwirken, «damit die Dinge einen für das Land günstigen Verlauf nehmen»²⁶⁷. Er fuhr zurück nach Berlin und tauchte am Nachmittag desselben Tages in der von den Putschisten besetzten Reichskanzlei auf.²⁶⁸

Pabsts «Feigheit», um den Jargon seiner Kameraden zu benutzen, brachte für die Putschisten erhebliche Probleme mit sich. Er konnte durch seine panische Flucht die ihm zugedachte zentrale Rolle als Organisator des Putsches selbstverständlich nicht spielen.-So kam es durch seine Abwesenheit zum grossen Durcheinander. «Ich erinnere mich noch, dass Ehrhardt vergeblich nach dem Hauptmann Pabst suchen liess und dass es alsbald hiess, in der Reichskanzlei herrsche eine solche Verwirrung, dass der Oberst Bauer notwendig dorthin abzugeben sei.»²⁶⁹ Der Spezialist für den Gaskrieg musste nun «an Stelle des eigentlich dafür vorgesehenen, aber nicht auffindbaren Hauptmanns Pabst die Stelle als Chef im Reichswehrgruppenkommando»²⁷⁰ übernehmen.

Kapp war ein Jahr später im schwedischen Exil immer noch schlecht zu sprechen auf den Wankelmütigen. Er schrieb in einem Brief an Ludendorff: «Sodann aber hat Pabst, wodurch er dem Unternehmen ungeheuren Schaden zugefügt hat, nach Erlass des Schutzhaftbefehls gegen ihn uns einfach im Stich gelassen, wo doch in ihm alle Fäden der Vorbereitung zusammenliefen. Infolgedessen sind die getroffenen Vorbereitungen, Druck und Erlass der Bekanntmachung, Verständigung der Generalkommandos durch besondere Boten usw. nicht zur Ausführung gebracht worden.» Tatsächlich hatte der nach Pabsts Rückkehr mit voller Wucht einsetzende Generalstreik dann verhindert, dass Proklamationen und Flugblätter im grossen Stil gedruckt²⁷¹ und verteilt werden konnten. Doch Kapp ging sogar noch weiter. Pabst sei der eigentlich Schuldige daran, dass Ebert, Noske und Bauer sowie der Rest der Regierung entkommen seien. Die Begründung ist durchaus schlüssig: «Pabst ist es wohl auch in der Hauptsache zuzuschreiben, dass der auf sich allein angewiesene Ehrhardt sich auf die verhängnisvollen Unterhandlungen mit Oldershausen und Oven am Vorabend des 13. März einliess und infolgedessen die Regierung Ebert (sic!) entzwischen konnte.»²⁷²

Durch Pabsts Angst, dass der Putsch misslinge – eine Angst, die er wohl auch Ehrhardt in Döberitz vermittelte – und durch seine Flucht verwirrte er den Kommandanten der Marinebrigade insoweit, als dieser sich nun auf Verhandlungen mit Oldershausen

und anderen einliess und nicht sofort einmarschierte. Hätte er das getan, hätte Ludendorffs Wunsch, Ebert und Co «baumeln zu sehen», eine Realisierungschance gehabt. Jedenfalls wäre die SPD-Führungsriege ins Netz der Verschwörer gegangen.

Auch der Oberreichsanwalt notierte am 5. Oktober 1920, Maercker habe mitgeteilt, dass die Beteiligten «das Misslingen des Putsches zum grossen Teil auf das Verhalten von Pabst» zurückführten.²⁷³ Pabst selbst wollte später natürlich nichts davon wissen.²⁷⁴

Der sonst so detailgenaue Erger geht in seiner 1967 erschienenen Studie zum Kapp-Putsch über das Verschwinden Pabsts und seine «Reserviertheit» dem Unternehmen gegenüber rasch hinweg.²⁷⁵ Er vermeidet es, seinem Helden, mit dem er in dauernden Kontakt stand, die Vorwürfe seiner Kameraden zu präsentieren.²⁷⁶ Obwohl sie ihm mindestens zum Teil bekannt gewesen sein durften, erwähnt er nichts davon. Es lag dies vielleicht auch daran, dass der konservative Erger es sich mit seinem Informanten nicht verscherzen wollte. Der junge Historiker war ausserdem von Pabsts resolutem Wesen eingenommen. Letzterer konstatierte schlicht, dass «aus einem Saulus ein halber Paulus geworden» sei.²⁷⁷

Lüttwitz schien offensichtlich nicht gram über Pabsts zeitweilige «Fahnenflucht», er ernannte ihn am 14. März zum Major.²⁷⁸ Ein Titel, den Pabst als Hochverräter unrechtmässig trug, der ihm aber dann exakt ein Jahr nach Hitlers «Machtergreifung» am 30. Januar 1934 vom Reichspräsidenten Hindenburg (inklusive der Erlaubnis, die Generalstabsuniform zu tragen) verliehen wurde.²⁷⁹

Wie lief nun aber der Putsch in Berlin ab, nachdem Pabst am 12. März Reissaus genommen hatte? Am selben Tag erreichten Noske – der die Gefahr vorher überhaupt nicht ernst genommen und Scherze gemacht hatte²⁸⁰ – immer bedrohlichere Meldungen über das Verhalten Ehrhardts und seiner Brigade. Noske wollte nun selbst zu Ehrhardt fahren und sich erkundigen, wovon Reinhardt dringend abriet.²⁸¹ So machte Noske den Admiral Trotha, «der dazu keine rechte Neigung hatte»²⁸², und Canaris, der, wie er sich 1925 ausdrückte, «im Stab des Reichswehrministers Noske als Bearbeiter für Marinefragen»²⁸³ wirkte, zu Kundschaftern der Lage.²⁸⁴ Es besteht kein Zweifel, dass er damit zwei Böcke zu Gärtnern gemacht hatte, denn Trotha sympathisierte mit den Putschisten, und Canaris, als Freund Pabsts und Mitglied der NV, war selbst ein Verschwörer. Canaris, der 1923 seine Tätigkeit wieder etwas anders definiert hatte, er sei nämlich in Noskes Stab für «die Angelegenheiten der beiden Marinebrigaden» zuständig gewesen, drückte es vor dem Reichsgericht in seiner unvergleichlichen Art so aus: Er habe sich «mit einem Anwesenden, mir nicht mehr erinnerlichen Offizier der Brigade unterhalten, aber auch nichts Sachdienliches erfahren. Das Lager machte dem Admiral und mir den Eindruck der Ruhe.»²⁸⁵ Und Noske erzählte er: «Die Leute seien spazieren gegangen.»²⁸⁶

Doch Ehrhardt wollte selbstverständlich, Lüttwitz' Befehl folgend, nicht spazieren,

sondern marschieren. Und Noske wollte, als ihm dies klar wurde, tatsächlich schiessen und der Brigade in der Heerstrasse eine Falle stellen.²⁸⁷ Doch der Reichswehrminister hatte keine Truppen dafür, wie Noske «aufs Peinlichste berührt»²⁸⁸ bei einem Rundgang durchs nächtliche Berlin feststellen musste.

Die SIPO-Offiziere weigerten sich und Seeckt, der von Noske als neuer Truppenchef eingesetzte General, weigerte sich ebenfalls²⁸⁹, «Truppe schiesst nicht auf Truppe», lautete die Devise.²⁹⁰ Übersetzt heisst das, wenn Konterrevolution gegen Konterrevolution vorging, konnte dies nur der Revolution nützen.²⁹¹ Das wollte man auf keinen Fall.

So wie der Staatskommissar ein Staatskommissar der Unordnung und die Polizei eine Polizei der Unsicherheit war, war Noske nun ein Minister ohne Reichswehr. Die SPD-Führungsriege stand vor den Trümmern ihrer Militärpolitik. Sie hatte komplett versagt und war bankrott. Die Freikorps, denen sie Treue geschworen hatte – die sie aber nicht einhalten konnte –, piffen nun auf ihre Treue und die, von denen Noske geglaubt hatte, sie stünden auf seiner Seite, standen dort nicht. Da sich die SPD-Führung einer faschistischen Diktatur aus Angst vor einer zweiten Revolution ihrer Anhänger (plus der abgesprengten USPD und KPD) verweigerte, richteten sich die Gewehre nun gegen sie. Ihre Politik der Vernichtung der Revolution hatte die SPD selbst in den Bereich der Vernichtung gezogen. Die Konterrevolution drohte, ihre Kinder zu fressen. Ebert, Noske, Bauer, David, Müller konnten dem Präsentieren der Rechnung nur noch durch Flucht entgehen. Und wäre Pabst nicht vor ihnen geflüchtet, hätten sie keine Möglichkeit mehr dazu gehabt. Noske scheint geahnt zu haben, dass Pabst ihn mehrfach gerettet hat, sonst hätte er ihn nicht auch nach dem Putsch noch in Schutz genommen.

In der Nacht zum 13. März war man im Lager Döberitz in froher Stimmung. Feierlich mit schwarz-weiss-roten Fahnen, Hakenkreuz am Stahlhelm «und singend wurde abmarschiert». Kurz vor Mitternacht hörten die Generäle Oldershausen und Oven – beide innerlich mit den Zielen der Putschisten einverstanden – davon, fuhren nach Döberitz²⁹² und wurden mit vorgehaltener Pistole empfangen. Gleich wohl gelang es ihnen, Ehrhardts Marsch nochmals zu verzögern. Ehrhardt, durch Pabsts Unentschlossenheit und Flucht verwirrt und nun mit dem «dritten oder vierten General» konfrontiert, liess sich noch einmal bremsen.²⁹³ Er stellte ein Ultimatum, was der Regierung die Möglichkeit zur Flucht gab.

Zehn Minuten bevor die Brigade das Regierungsviertel besetzte, entfernte sich die SPD-Spitze per PKW aus der Reichshauptstadt. Zwei Minister der Koalitionsregierung, darunter der spätere Reichswehrminister Otto Gessler, wählten die Bahn als Alternative.²⁹⁴ Ehrhards Greiftrupps stiessen ins Leere, die Regierung war weg. Pabst erzählte hierzu Erger, es sei deswegen zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen Kapp und Ehrhardt gekommen.²⁹⁵ Nun befand sich Pabst zu diesem Zeitpunkt in Magdeburg, und wie von Kapp zu erfahren war, hielt dieser Pabst für den eigentlich Schuldigen an der



Putschisten verteilen Flugblätter, am Helm das Zeichen der Zukunft

misslungenen Festsetzung der SPD-Führungsoligarchie. Diese hatte kurz vor ihrer Verabschiedung noch einen Aufruf zum Generalstreik aufsetzen lassen.

«Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten (...) Streikt! (...) Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Lasst allen Zwist beiseite! (...) Proletarier vereint Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!»,²⁹⁶ dichtete der Pressereferent der Regierung, Ulrich Rauscher, und der Parteivorstand Otto Wels setzte die Namen Ebert, Bauer, Noske, David, Müller darunter. Und während sie sich vor den eigenen Truppen in Sicherheit brachten, wurden sie von denen gerettet, die sie zuvor so unzuverlässig behandelt hatten: den Arbeitern.

Das ganze Land – bis auf die KPD in der Hauptstadt und ihren Organisationsleiter, den späteren Regierenden SPD-Bürgermeister von West-Berlin, Ernst Reuter – folgte dem Aufruf zum Generalstreik, der übrigens später von Ebert und Noske geleugnet wurde,²⁹⁷ was die sozialdemokratische Geschichtsschreibung für unberechtigt²⁹⁸ bzw. «moralisch bedenklich» hält.²⁹⁹ Doch der Aufruf wurde befolgt.

General a.D. Ludendorff erwartete die Truppen am Brandenburger Tor.

Später im Jagow-Prozess wollte er dies als harmlosen Sonntagsspaziergang ausgelegt wissen, was zu Lachsalven im Zuschauerraum führte. An diesem geschichtsträchtigen Bau nahmen dann Kapp, Lüttwitz, Kessel und Stephani die Parade Ehrhardts ab. Aber auch die SIPO-Führung erinnerte sich später nicht mehr daran, dass ihre Truppen

den Putschisten ein kräftiges «Hurra» zugerufen hatten. Amnesie gab es auch darüber, dass Pabsts rechte Hand, Oberleutnant Hans von Kessel, auf Befehl von Oberst Arens dem Putschkapitän Ehrhardt als «Verbindungsoffizier» zugeteilt wurde und ihn im Dienstwagen der Polizei in die Reichskanzlei chauffierte, wo man von der Wache der SIPO militärisch begrüsst wurde.³⁰⁰ Dass die vorher geflohene Reichsregierung mit militärischen Ehren verabschiedet wurde, findet sich allerdings nirgendwo. Auch Walter Stennes, SIPO-Offizier und später ein hoher SA-Mann, machte den Putschisten klar, dass er und seine Leute nichts gegen sie hätten.³⁰¹ Im Gegenteil: Stennes war ein Pabst-Mann.

Kapp rief sich im eben eroberten Terrain zum Reichskanzler aus. Lüttwitz wurde Reichswehrminister. Einer der ersten Anschläge verkündete, Pabsts Plänen folgend, für alles Mögliche die Todesstrafe. Eine Verordnung, die übrigens sogar manchem Industriellen zu weit ging. Und der Organisationsleiter, der den Putsch unorganisiert gelassen hatte, Hauptmann Pabst, erschien nun ebenfalls in der Reichskanzlei und meldete sich zum Dienstantritt.

Die neue Regierung hatte zwar keine Unterstützung im Volk, dafür aber regen Zuspruch beim reichsweit stationierten Militär. Noske behauptete das Gegenteil, der «weitaus grösste Teil der Reichswehr» habe «loyal seine Pflicht getan»³⁰². Doch dies ist, wie immer bei Noske, auslegbar.³⁰³ Von Oven, der ja schon von Pabst im Sommer bei seinem Putschversuch als Kriegsminister vorgeschlagen worden war, schloss sich gleich den Putschisten an, da er Lüttwitz schon vorher «mit Wort und Handschlag seine Treue und seine Bereitwilligkeit, mit ihm zu gehen, versichert hatte»³⁰⁴. Oven wusste übrigens später vor dem Reichsgericht zu berichten: «Dass wegen eines Putsches Abmachungen zwischen Kapp, Lüttwitz, Bauer, Pabst und Ehrhardt bestanden, war damals Tagesgespräch.»³⁰⁵ Nur Noske hatte davon nichts mitbekommen.

Vorbehaltlos hinter das neue Regime stellten sich ausserdem: General von Bernuth, Kommandeur des Wehrkreises II (Stettin), dem ganz Norddeutschland unterstand, General Lettow-Vorbeck, Befehlshaber der Reichswehrbrigade 9 (Schwerin), General von Estorff und General von Dassel (beide Ostpreussen), General Hagenberg, Reichswehrbrigade 16 (Weimar), General von Schmettow (Breslau), General von Grodeck, Reichswehrbrigade 4 (Sachsen, mit Berufung auf General Maercker), General Bernhard von Hülsen (Potsdam), General Walter von Hülsen, Reichswehrbrigade 10 (Hannover), Oberst Stachow (Braunschweig), Oberst Freiherr von Wangenheim (Hamburg), Admiral von Levetzow, Befehlshaber der Ostseestation (Kiel), Kapitän zur See Wossidlo (Cuxhaven), Vizeadmiral Michelsen, Kommandeur der Nordseestation (Wilhelmshaven), Admiral von Trotha, für die ganze Marine. General von Seeckt, der auf die Putschbrigade nicht hatte schiessen lassen, spielte Lüttwitz insofern zu, indem er ihm kurz zuvor noch die Reichswehrbezirke Norddeutschland und Ostpreussen zusätzlich unterstellt und damit seinen Machtbereich erheblich vergrössert hatte. Die Gamisonsältesten von

Halle, Stendal, Dessau, Aschersleben, Halberstadt, Cottbus, Görlitz, Pasewalk, Frankfurt/Oder und anderen Städten schlossen sich ebenfalls an. Zivile Regierungen und Verwaltungen wurden überall abgesetzt und durch putschfreundliche Militärs ersetzt. In Bayern wurde die sozialdemokratische Regierung Hoffmann durch Druck des Reichswehrkommandeurs 4, General von Möhl, sowie den inzwischen zum Münchner Polizeipräsidenten aufgestiegenen und späteren Nazi Pöhner, mit Zustimmung der Führung der bayerischen SPD, davongejagt und durch den faktischen Diktator von Kahr ersetzt. Er blieb auch nach dem Putsch im Amt. Bayern war fortan ein Zentrum völkischer, antisemitischer, faschistischer Bünde und Freikorps, der ideale Nährboden für den Trommler Adolf Hitler.

Den von der Regierung ausgerufenen Generalstreik bekämpften sofort General Schoeller, Chef des Reichswehrgruppenkommandos 2 (Kassel), dem ganz Westdeutschland unterstand. Sein Stabschef General von Lossberg, ein ganz früher Mitkämpfer Pabsts, stand ihm hierzu bei. Gleichfalls für Ruhe und Ordnung sorgte General Watter, Kommandeur des Wehrkreises VI, dem das rheinisch-westfälische Industriegebiet unterstand und der den Regierungswechsel in einem Telegramm an seine Korpsführer innerlich begrüßte.³⁰⁶ Watter wartete jedoch nach aussen ab, ob die Freunde in Berlin Erfolg haben würden.³⁰⁷ Dass der General kein Anhänger von Kapp und Lüttwitz gewesen sei, wie von Hürten behauptet³⁰⁸, ist unhaltbar und durch Dokumente widerlegt. Watter war in die Vorbereitung des Putsches eingeweiht, hatte Kontakt und es bestand «Einvernehmen».³⁰⁹ Die ihm unterstellten Freikorps Schulz, Lützow (letzteres hatte schon ein Jahr zuvor in München im Auftrag Pabsts gewirkt) und Lichtschlag – im Volksmund «Totschlag» genannt – schlossen sich sofort Kapp an und provozierten schwere Kämpfe im Ruhrgebiet.³¹⁰

Die nach Dresden enteiltere Regierung musste weiter nach Stuttgart fliehen, da der für Sachsen zuständige General von Maercker, der Noske an seinem Geburtstag noch beschenkt hatte und sich für ihn in Stücke hauen lassen wollte, schwankte, ob er sie nicht auftragsgemäss in Schutzhaft nehmen sollte. Aber auch im südlichen Stuttgart waren der aus Heidelberg stammende Reichspräsident Ebert und seine Parteisolddaten nicht auf Rosen gebettet, denn General Haas, Kommandeur der Reichswehrbrigade in



Endlich Major!

Württemberg, liess, hier ganz Demokrat, seine Offiziere abstimmen. Eine überwältigende Mehrheit (mit zwei Ausnahmen) bekannte sich zu Kapp. Erst am Nachmittag des 14. März 1920 liessen sich dann General Bergmann, Befehlshaber des Wehrkreises V (Stuttgart), und General von Davans, Landeskommandant Badens, dazu herab, öffentlich für die verfassungsmässige Regierung einzutreten.

Den Putschisten schlossen sich auch einige Sozialdemokraten an, so der Oberpräsident Winnig von der Provinz Ostpreussen, später ein Anhänger des Nationalsozialismus. Eugen Ernst, Polizeipräsident von Berlin, wurde in seinem Amt belassen. Auch der Breslauer Polizeipräsident Friedrich Vogt duldete die Putschisten und hielt seinen Posten. Nachdem sich Ebert und Noske einer durch die Obristen vorgesehenen Befragung, ob man mitmachen wolle, entzogen hatten, standen nun auf den Kabinettslisten von Kapp die Sozialdemokraten Wolfgang Heine, Albert Südekum und Carl Severing.

Während der Generalstreik das ganze Reich erfasste, sich an der Basis Bündnisse aus SPD, USPD, KPD und Gewerkschaften bildeten, Arbeiter ihre Waffen herausholten, Angestellte sich dem Ausstand anschlossen, die Verwaltung und Bürokratie sich abwartend verhielt, versuchten die Putschisten in der Reichskanzlei, die Macht im Staate in den Griff zu bekommen. Doch jetzt rächte sich, dass die NV aufgrund des Zeitmangels und anderer Defizite keine Massen-, keine Jugendbewegung, auch nicht in den kleinbürgerlichen Schichten organisieren konnte. Die Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Bauer-Pabst-Regierung war eine Militärjunta ohne Volk.

Schnell geriet der Zivilist Kapp in den Hintergrund, entglitt dem politikunerfahrenen Lüttwitz das Regieren und steuerten Bauer und Pabst den Prozess. Doch ihnen fehlte nicht nur das Volk, auch das finanzielle Polster schmolz dahin. Die Reichsbank weigerte sich mehrfach, einen von Pabst ausgestellten Scheck über 10 Millionen Reichsmark auszubezahlen, bis der frisch gebackene Major schliesslich von Ehrhardt verlangte, die Tresore gewaltsam zu öffnen, was selbst Ehrhardt ablehnte.³¹¹ Havenstein, der Reichsbankdirektor, gestand Pabst später «lachend», er habe immer wieder betont, er gebe ihnen die Schlüssel nicht, gleichzeitig aber gehofft, man würde sie ihm abnehmen.³¹²

Trotz hektischer Aktivitäten – nach Pfarrer Traub war Pabst, der sich weder mit einem Ministeramt noch einem Staatssekretärsposten geschmückt hatte, der meistbeschäftigste Mann – kam nicht mehr dabei heraus als unzählige Proklamationen, die keine Verbreitung fanden. Zwar versuchte Pabst, die mit ihnen putschenden oder sympathisierenden Reichswehr- und Freikorpsverbände im Reich zu koordinieren, doch an eine normale Regierungsarbeit war gar nicht zu denken. Es gab illustre Sitzungen der neuen Reichsregierung, an der auch Ludendorff wie Canaris teilnahmen. Doch die Putschisten fanden sich mehr und mehr isoliert und traten praktisch schon Stunden nach der Besetzung der Reichskanzlei den Rückzug an.

So forsch man zuerst aufgetreten war, umso kleinlauter wurde man von Tag zu Tag, bot Verhandlungen an und wollte schliesslich nur noch die Garantie der Amnestie.

Gustav Stresemann, der nach dem Pabstbrief in die frühen Vorbereitungen des Putsches eingebunden war, fuhr nun in seiner Partei DVP einen ab wartenden Kurs. Zwar wollte sein Parteikollege Dr. Marezky mehr, nämlich die Beteiligung an der Regierung, und hatte deswegen auch vorher schon Lüttwitz ermuntert zu putschen.³¹³ Doch Stresemann spürte instinktiv, dass der Staatsstreich vielleicht nicht klappen könnte und riet daher, sich nicht zu weit vorzuwagen.³¹⁴ Sie dürften mit der neuen Regierung nicht «durch dick und dünn gehen»³¹⁵. Man verabschiedete eine Resolution, die den ungewöhnlichen Regierungswechsel nicht verurteilte und der verjagten Regierung die Schuld am Putsch gab, der aber der DVP die Chance liess mitzuregieren.³¹⁶ Mit zusehends dilettantischem Verlauf des «Unternehmens» war Stresemanns Ziel dann, beide Regierungen, also die legale in Stuttgart und die illegale in Berlin, durch eine neue, nach rechts gerückte zu ersetzen³¹⁷, an der er selbstverständlich hoffte beteiligt zu werden. Also machte sich Stresemann auf zu verhandeln.

Vizekanzler Schiffer (DDP), in dessen Haus Pabst aus- und eingegangen war und mit dessen Tochter er ein Verhältnis hatte³¹⁸, kam, da er in Berlin geblieben und damit die Stellung gehalten hatte, nun in die Verlegenheit, mit dem Liebhaber seiner Tochter verhandeln zu müssen und dies, obwohl die Regierung in Stuttgart jegliche Verhandlung ablehnte.

Nach zähem Ringen verabschiedete sich Kapp aus dem Amt des Reichskanzlers und wurde durch Lüttwitz ersetzt. Doch der musste schon bald einsehen, dass auch er keinen Rückhalt mehr hatte, und so ging es nur mehr darum, so ungeschoren wie möglich aus der Affäre herauszukommen. Man verhandelte um Amnestie. Am engagiertesten Waldemar Pabst, der offensichtlich eine gehörige Portion Angst mitgebracht hatte, jetzt, wo das Scheitern des Unternehmens deutlich wurde, fortan als Ausgestossener zu gelten. General Maercker, der die Regierung in Dresden im Stich gelassen hatte, wollte nun ebenfalls verhandeln und kam nach Berlin.

Es war Pabst, der in einem letzten Akt der Verlegenheit einen Sonderzug organisierte und «Staatskommissar von Berger, Minister Heine», Maercker «und andere Herren» nach Stuttgart schickte, «um einen Ausweg» zu finden.³¹⁹ Während dieser Verhandlungen hatte Pabst, nach Auskunft Bergers, ständig aus Berlin über die Verhältnisse in der Reichskanzlei nach Stuttgart berichtet. Und zwar, «wie ich nachher feststellen konnte, zutreffend»³². Pabst war offensichtlich ein Agent Bergers. Und wie dieser ihn gewarnt und geschützt hatte, so belieferte ihn Pabst nun mit Informationen aus dem internen Kreis der Verschwörer.

Schon vorher hatte Pabst Berger auf dem Laufenden gehalten. Kurz nach dem Putsch bemerkte Berger dazu in seinem Bericht, Pabst habe ihn mit Informationen über

die Kontakte von polnischen, russischen und weissrussischen Bolschewisten beliefert³²¹, was Unsinn ist, da Pabst als konsequenter Antibolschewist diese Informationen nicht hatte, allenfalls hätte er über Kontakte des «Nationalbolschewisten» Bauer zu den Bolschewiki berichten können. Vielmehr erscheint es logisch, dass eine spätere Aussage Bergers zutrifft und Pabst ihn schon vorher mit Material über seine rechten Kameraden beliefert hatte. Er war laut Staatskommissar «Verbindungsmann für gelegentliche Auskünfte über die Bewegungen innerhalb der Reichswehr, der verabschiedeten Offiziere und der extrem rechtsgerichteten Kreise. Er hat mich nach meiner Überzeugung loyal unterrichtet.»³²²

Berger und Pabst waren Doppelagenten im Austausch. Der politisch rechts stehende Berger informierte, schützte und warnte Pabst. «Auffällig ist das Eintreten für den Hauptmann Pabst»³²³, notierte der spätere Ankläger im Nürnberger Prozess, Regierungsrat Kempner, neben dem Bericht Bergers vom 18. April 1920. Pabst wiederum lieferte Berger Interna aus dem intimen Kreis der Verschwörer.

Kurz vor dem Kollaps des Putsches hatte Pabst noch eine illustre Begegnung. Ein Mann, «der einen sehr bescheidenen, ich möchte fast sagen dürftigen Eindruck machte»³²⁴, jedoch extra von seinem Mentor Karl Mayr (der sich später der Sozialdemokratie anschloss) mit einer Junkersmaschine nach Berlin geschickt worden war, wies ein Empfehlungsschreiben von Hauptmann Röhm vor und wollte sich als Propagandaleiter zur Verfügung stellen. Doch weder Lincoln, der diese Funktion innehatte, noch Pabst waren von dem Herm begeistert. Pabst kanzelte ihn ab: «So wie Sie aussehen und sprechen, lachen die Leute Sie aus.»³²⁵ Und so musste Adolf Hitler wieder unverrichteter Dinge nach München zurückfliegen.

4. Flucht

Für Pabst wurde es nun auch Zeit, sich abzusetzen. Er beherzigte den Rat seines Schwiegervaters in spe, Eugen Schiffer, der ihm zwar ungerne Amnestie gewähren wollte, ihm jedoch «freundlicherweise» den Tipp gab, dem «alten Herm' (womit sie Exzellenz von Lüttwitz meinten) zu empfehlen, sich in Sicherheit zu bringen, und mir das Gleiche anempfohlen»³²⁶. Wofür Pabst ihm, wie er sich 1924 ausdrückte, «auch heute noch dankbar» sei. Ausgestattet mit falschen Papieren seines Freundes, des Industriellen Ottmar Strauss³²⁷, tauchte Pabst zunächst bei lieben Freunden unter, nämlich bei Kommerzienrat Untucht und seiner Familie.

Auch die anderen Putschisten machten sich aus dem Staub, hielten es aber nicht für nötig, ihre Spuren gross zu verwischen. Ehrhardt und seine Truppe gar wurden von Seeckt nun gegen den immer noch andauernden Generalstreik eingesetzt und erhielten die von Kapp und Lüttwitz für den Putsch versprochenen hohen Soldzulagen.³²⁸ Es kam

zu heftigen Auseinandersetzungen mit bewaffneten Arbeitern. Auch der Pabst/Noske-Schiessbefehl wurde wie selbstverständlich wieder angewandt.³²⁹ Freilich nur gegen links. Als Ehrhardt schliesslich doch noch abziehen musste, liess er in die ihn verspottende Menge am Brandenburger Tor schiessen.

Allein in Berlin – das wird oft vergessen – starben 200 Menschen als Folge dieses Putsches. Ganz anders sah es im Ruhrgebiet aus. Die durch den Putsch mobilisierte Rote Ruhr-Armee schlug die dortigen Freikorps und beherrschte wochenlang das Terrain.

Man wollte auch nach Ende des Putsches den Generalstreik nicht abbrechen. Severing, als Staatskommissar eingesetzt, musste verhandeln, schloss das Bielefelder Abkommen und später auch noch eines in Münster, welches aber nicht von allen Aufständischen akzeptiert wurde. Doch General Watter, der ja erst abgewartet hatte und sich durch den von der

Regierung ausgelösten Generalstreik erbost zeigte, erkannte die Abkommen überhaupt nicht an und überfiel mit herangeholten Verstärkungen, darunter auch die am Putsch beteiligten Freikorps Lützow, Lichtschlag und Loewenfeld, die Aufständischen. Mit den mittlerweile nach Pabst'schem Muster üblichen Erschiessungsbefehlen ausgestattet, liess Watter ein erneutes Massaker anrichten. Weit über 1'000 Menschen fielen diesem Wüten zum Opfer.³³⁰

In Berlin war es am 24. März dann auch für Pabst Zeit, sich zu entfernen. Er fuhr mit seiner Frau im Kraftwagen nach Potsdam und wurde kurz von einer Motorradpatrouille aufgehalten.³³¹ Doch der falsche Pass und die rot gefärbten Haare plus Brille funktionierten. Die Streifenpolizisten erkannten ihn nicht. In Potsdam stieg er, durch «amtliche Stellen» begünstigt, «in eine Art von Regierungszug» und dampfte darin Richtung Westen. Der dortige Generalstreik und die Tätigkeit der Roten Ruhr-Armee stoppten jedoch die Reise in Arnberg.

Pabst hatte aber auch hier Kontakte und erreichte per Kraftwagen schliesslich alte Freunde in Köln, nämlich den Generaldirektor der Troisdorf-Sprengwerke, Paul Müller, der das Ehepaar Pabst gleich zu einem geselligen Abend einlud, wo auch englische Offiziere der Entente eingeladen waren. In deren Offiziersheim durfte das Paar dann gebührend übernachten. Nach drei Tagen schliesslich gelang es Pabst, einen Zug nach Wiesbaden zu bekommen, wo die Schwiegermutter wartete und offensichtlich keinerlei



Der Industrielle und Chef des Nachrichtendienstes der preussischen Staatsregierung, Ottmar Strauss

Staatsmacht nach ihm suchte, obwohl ein Steckbrief existierte und er offiziell zu den meistgesuchten Männern des Deutschen Reiches gehörte. Von Wiesbaden aus ging es direkt und unbehelligt nach München ins Ringhotel, wo Forstrat Escherich weilte, der Anführer der bayerischen Einwohnerwehren, der ihn äusserst freundlich aufnahm.

Pabst traf in München auch seine politischen Freunde, den Polizeipräsidenten Pöhner, den Landespolizeiführer Oberst von Seisser und den faktischen Diktator und Ministerpräsidenten Ritter von Kahr. Pöhner verschaffte Pabst Quartier auf Gut Ströbing bei Endorf in der Nähe des Chiemsees. In diese Gegend hatte sich auch Lüttwitz ungestört zurückgezogen und erhielt von der Chiemgauer Einwohnerwehr Deckung. Allerdings liess Lüttwitz nun wenigstens für eine Weile die Finger von der Politik. Nicht so Ludendorff, der in Stefanskirchen, nahe Rosenheim, sein Domizil bei Baron von Halkett aufgeschlagen hatte.³³²

Die «Ordnungszelle Bayern» (Kahr, Seisser, Lossow und Pöhner), wie sich die praktisch von keiner Legislative gestörten Regierenden im Freistaat nannten, hielt ihre schützende Hand über die Putschisten. Ludendorff, Pabst, Bauer und Stephani³³³ trafen sich in Garmisch in der Villa eines Sympathisanten namens Dr. Tust³³⁴, der auch Bauer beherbergte³³⁵, um sofort neue Pläne für eine Art bayerische NV zu schmieden.³³⁶ Doch einerseits machte sich Geldmangel breit, da die Finanziers aus der Industrie über den misslungenen dilettantischen Putsch verärgert waren³³⁷, und andererseits ging Pöhners Sympathie aus Selbsterhaltungsgründen nicht so weit, gleich den nächsten Staatsstreich zu unterstützen.³³⁸ Den Putschisten blieb nichts weiter übrig, als in ihren Besprechungen Bestandsaufnahme zu machen.³³⁹ Ansonsten wurde ihnen erst mal Ruhe verordnet. Man wollte Gras über die Sache wachsen lassen. Dies hinderte Pabst jedoch nicht, bei Pöhner in München ein- und auszugehen.³⁴⁰ So traf er auf dem Flur des Polizeipräsidiiums seinen alten Freund Korvettenkapitän Ehrhardt wieder. Beide bestaunten dort ihre Steckbriefe, hielten sich für besser aussehend als abgebildet und die Belohnung von 50'000 Mark³⁴¹ für eindeutig zu niedrig. Zu ihnen gesellte sich der Leiter der Münchner politischen Polizei und machte den Vorschlag, sie pro forma zu verhaften, das Lösegeld zu kassieren, die beiden wieder freizulassen und mit der Summe einen gemeinsamen Dämerschoppen zu finanzieren.

Doch Pabst fürchtete, den Vorschlagenden könne während ihrer kurzen Gefangenschaft der Schlag treffen und ihnen damit doch noch ein längerer Gefängnisaufenthalt beschert werden. Der Leiter der politischen Polizei Münchens hiess damals übrigens Wilhelm Frick, später am Hitler-Ludendorff-Putsch im November 1923 beteiligt, noch später erster NS-Minister in Thüringen und noch einige Jahre später in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet. Pabst, der ungern von seinen Kontakten zu NS-Grössen sprach, vermied es daher, dessen Namen in seinen Memoiren zu nennen.

Auch im Chiemgau wurde Pabst freundlich aufgenommen, er konnte sich vor Ein-

ladungen der Bürgerlichen nicht retten und besprach sich u.a. mit dem «Bauerndoktor» Geheimrat Dr. Georg Heim von der Bayerischen Volkspartei.

Auf die Dauer wurde Pabst aber das Bohemienleben zu langweilig. Ihn dürstete nach neuen Taten. Als schliesslich Pöhner meldete, «Beamte des Reichsgerichts aus Leipzig seien eingetroffen»³⁴², um Pabst im Auftrag des Oberreichsanwalts aufzustöbern, der Polizeipräsident habe diese aber erst mal zur Sicherheit verhaftet³⁴³, wurde die Luft doch etwas dünn für die Putschisten. Der Bauerndoktor Heim riet Pabst daher, nach Innsbruck zu gehen, und gab ihm ein Empfehlungsschreiben an den Bauernführer Dr. Stumpf und gleichzeitigen Landeshauptmann von Tirol mit. Mittels seiner perfekten falschen Papiere gelang Pabst mühelos der Grenzübergang in Kiefersfelden/Kufstein, und so strebte er im Juli 1920 neuen Aufgaben in Österreich entgegen.

5. Folgen des Kapp-Putsches

Vorderhand belegte der Kapp-Putsch, dass breite Volksschichten zu den erreichten demokratisch-revolutionären Errungenschaften standen, sie sogar mit einem Generalstreik verteidigten oder, wie die Verwaltung, der Diktatur zumindest Passivität entgegenbrachten. Als die Putschisten jedoch geschlagen waren und die SPDdominierte Regierung wieder die Oberhand mittels Generalstreik erlangt hatte, wollte diese von ihrem Aufruf dazu nichts wissen, im Gegenteil, sie witterte in der Volksbewegung gegen Kapp Bolschewismus.

Die Forderungen der Gewerkschaften, die sich hier wenigstens zeitweise unter Legien gegen Ebert, Noske, Bauer, David und Heine stellten, waren durchaus sinnvoll: Abbruch des Generalstreiks erst, wenn das Kabinett («bisher arbeiterfeindliche Regierung») völlig neu aus sozialdemokratischen Arbeitern gebildet, alle meuternden Truppen aufgelöst und entwaffnet seien, Arbeiter in die Truppen hineinkämen, alle Freiwilligenverbände und Einwohnerwehren, auch die Technische Nothilfe aufgelöst und der Ausnahmezustand aufgehoben worden seien.³⁴⁴ Das System Ebert/Noske/Pabst stand kurz auf der Kippe und fing sich doch wieder.

Denn nicht einmal der Gewerkschaftsführung gelang es, die kompromittierten SPD-Führer zu entmachten, dies hauptsächlich, weil sie den Streik nicht fortführten. Der Kompromisslosigkeit der USPD kann hier durchaus eine Teilschuld gegeben werden: Hätte sie sich erneut – wie von Legien (MSPD) angeboten³⁴⁵ – in der Regierung engagiert, wäre vielleicht Schlimmeres verhütet worden. Zwar weigerte sich Ebert strikt, die USPD wieder in die Regierung zu lassen,³⁴⁶ doch auch ihm hätten die Streikenden den Laufpass geben können. Noske jedoch musste – sehr zum Leidwesen Eberts – gehen. Zwar war Noske mehr als ein Bauernopfer, jedoch folgte ihm nicht, wie von diesem

immer als Schreckgespenst verbreitet, ein linker Sozialdemokrat, sondern ein Bürgerlicher auf den Posten des Reichswehrministers. Auch Ebert, Heine und andere Mitschuldige an dieser Situation wurden nicht ausgetauscht, sondern blieben im Amt. Denn die schliesslich kampfflos einlenkenden Gewerkschaften sorgten für den raschen Abbruch des Generalstreiks und nahmen damit den Arbeitermassen das Druckmittel. Denen jedoch, die den Putsch an der Basis verhindert, die die Demokratie mit ihrem Leben verteidigt hatten und die nun mehr forderten als Parlamentarismus, nämlich demokratischen Sozialismus und Zerschlagung des alten Militärs, wurde nun wieder mit dem erneuerten Bund aus SPD-Oligarchie und alten Truppen begegnet. Die völkische SPD-Führung scheute hierbei nicht davor zurück, ihre eigenen Anhänger, die der USPD, KPD und Unorganisierte, durch am Kapp-Putsch beteiligte Truppen zerschlagen zu lassen. Die angewandten terroristischen Methoden waren hierbei inzwischen Programm. Nach nicht ernst gemeinten Verhandlungen und faulen Kompromissen hetzte man die antidemokratischen Freikorps auf die inzwischen militärisch organisierten Arbeitermassen (Rote Ruhr-Armee), hängte ihnen fiktive Gräuel an und sprach ihnen den Kombattantenstatus ab, behandelte sie als Frantireurs und ermordete sie nach Pabsts und Noskes «bitterem Gesetz» des Bürgerkrieges: Liquidierung jedes gegnerischen Waffenträgers, ja sogar ihrer (roten) Krankenschwestern.

Diese Konterrevolution nach der Konterrevolution brach den basisdemokratischen Kräften von 1918/19 endgültig das Genick und zerschlug die revolutionäre Massenbewegung in Deutschland. Gleichzeitig verlor die SPD-Oligarchie immer mehr an Macht und musste immer häufiger mit anderen Parteien koalieren. Grosse Teile ihrer Anhängerschaft wanderten zur USPD und später in die KPD. Die Arbeiterklasse war endgültig gespalten. Die KPD ging ihren unseligen lenintreuen und später stalintreuen Kurs.

Anstatt den Augias-Stall auszumisten, hatte die völkische SPD ihre eigene Basis ermorden lassen. Anstatt der Kapp-Putschisten habhaft zu werden und sie abzuurteilen oder an die Wand zu stellen, so wie sie es mit Kommunisten gemacht hatte, badete die SPD-Führung nur lau in Erklärungen, man werde die Hochverräter mit der ganzen Strenge des Gesetzes verfolgen. Doch die Strenge des Gesetzes, in Form von in ihren Ämtern belassenen antidemokratischen Staatsanwälten und Richtern, sympathisierte mit den Putschisten und liess sie laufen.

Gleichzeitig aber, und dies wird häufig vergessen, verlor die SPD auch in Bayern und München als direkte Folge des Kapp-Putsches die Macht. Die Regierung Hoffmann gab sich kampfflos dem Druck der «Ordnungszelle Bayern» unter Kahr, Lossow, Seisser sowie Möhl und Pöhner geschlagen und trat zurück. Eine mehr oder minder diktatorische Regierung unter Kahr war die Folge. Der Landtag hatte nur noch akklamatorische Funktion, die parlamentarische Demokratie in Bayern faktisch ausgespielt. Bayern wurde zum Zentrum antisemitischer, völkischer und faschistischer Mächte, ein ständi-

ger rechter Störfaktor im Reich, an den sich Ebert und seine völkischen SPD-Genossen nicht herantrauten, weil sich ihre Herrschaft auf die Gewehre der Reichswehr gründete und weil sie deren Führer nicht zur Reichsexekution gegen Bayern hätten bewegen können. So grub sich die Sozialdemokratie hier ihr eigenes Grab. Nicht zuletzt bot München den Kapp-Putschisten ungestraft Unterschlupf, nicht zuletzt wurde München dadurch auch Organisationsbasis Adolf Hitlers, seiner Partei und seiner paramilitärischen Verbände. Das Zentrum der Gegenrevolution war von Berlin nach Bayern und – wie wir sehen werden – in Form von Waldemar Pabst nach Innsbruck gewandert.

«In meinem Namen» – Geheime Schubladenverordnungen mit Todesfolge

Doch vorher noch eine kurze Rückblende. Pabsts nach deutsch-militaristischem Brauch im März 1919 entwickelter Schiessbefehl führte noch sehr lange ein geheimes Eigenleben und wäre beinahe Teil eines Ausführungsgesetzes der Weimarer Verfassung geworden. Angewandt wurde er sowieso regelmässig – doch wie gesagt ohne Rechtsgrundlage. Dies versuchte die SPD nach den Märzmassakern 1919 in Berlin zu ändern. Die Weimarer Verfassung verlangte ein Reichsgesetz zur Regelung des Ausnahmezustands. Unter dem Druck Noskes hielt man das alte Gesetz über den Belagerungszustand von 1851 ausserdem für zu stumpf. Die Preussen schossen der SPD-Führung nicht schnell genug. Deswegen liess man im Juli 1919 Entwürfe zu einem neuen Gesetz über den Belagerungszustand als Ausführungsgesetz des Artikels 48 der Weimarer Verfassung anfertigen. Darin ging nun, im Gegensatz zum alten Gesetz, beim einfachen Belagerungszustand (jetzt: Ausnahmezustand) schon die vollziehende Gewalt von den Zivilbehörden auf den Reichswehrminister über (§ 1-5) und «ausserordentliche Volksgerichte» waren vorgesehen (§ 6-10).³⁴⁷

Die Regierung, darunter Kanzler Bauer, Reichswehrminister Noske und Innenminister David (alle MSPD) sowie der Innenminister für Preussen, Heine (auch MSPD), verlangte sogar eine Verschärfung, nämlich dass die vorher als Volksgerichte bezeichneten jetzt als «Standgerichte für besondere Tatbestände (Betreffen mit der Waffe in der Hand, Betreffen bei Plünderungen und dergl.) vorgesehen werden»³⁴⁸. Die Strafe dafür: der Tod. Wir erkennen den Pabst/Noske'sehen Ungeist, der sich anschickte, in einer Regierung mit einem sozialdemokratischen Kanzler Bauer und einem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert als Staatsoberhaupt Gesetz zu werden. Und dies, obwohl Pabst nach seinem ersten Putschversuch schon beurlaubt war und obwohl sich die SPD traditionell immer als Gegner der Todesstrafe ausgegeben und bei den Verfassungsberatungen für die Abschaffung gestimmt hatte.³⁴⁹ Diese Standgerichte sollten

übrigens neben den ausserordentlichen Kriegsgerichten (die nur für minderschwere Verbrechen zuständig waren) bestehen und aus drei «unbescholtenen Bürgern», also Laien, und einem Offizier als Vorsitzenden bestehen.³⁵⁰ Standgericht und Todesstrafe sollten schon für «Plünderungen und dergleichen» Anwendung finden, wo das Strafgesetzbuch nur Zuchthaus vorsah. Ausserdem kam man überein, dass, wenn jemand «auf frischer Tat, mit Waffen in der Hand betroffen» würde, das Urteil der Standgerichte nur auf Todesstrafe lauten könne und durch Erschiessen vollstreckt werden müsse. Berufung oder Revision waren nicht möglich. Immerhin schlug der Reichsjustizminister vor, letzteres (§ 6-10) erst beim verschärften Belagerungs- bzw. Ausnahmezustand zuzulassen.³⁵¹

Als Bestätigungsinstanz der Standgerichte war zunächst der Militärbefehlshaber vorgesehen, also immerhin eine Bestätigungsinstanz. Im März und Mai 1919 war ja willkürlich und ohne Standrecht erschossen worden.

Im August 1919 kam dann eine leichte Abschwächung des Entwurfs. Standgerichts-Todesurteile sollten erst vollstreckt werden, wenn der Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch machen wollte. Ebert machte ausserdem Bedenken gegen die Todesstrafe geltend, liess diese aber durch die «vehemente Forderung» Noskes zerstreuen.³⁵² Der wollte, durch Pabst geschult, nicht nur die Standgerichte, sondern auch den Tod eines jeden, der «mit der Waffe in der Hand» angetroffen wurde. Noske wollte auch die Bestätigung durch den Befehlshaber der kämpfenden Truppe, also eine Sofortvollstreckung möglich machen.³⁵³ Es war jener Noske, der noch 1911 gegen solche geheimen Bestimmungen des Militärs protestiert hatte.

Am 10. September 1919 beschloss das Kabinett, den Entwurf geheim zu halten, und zwar auch vor den Landesregierungen.³⁵⁴ Man fürchtete offensichtlich extremen Widerstand der Unterschichten, wie auch der USPD, die ja in einigen Landesregierungen sass.

Wie gesagt, es handelte sich nicht um ein Gesetz, sondern um eine blossе Verordnung, die immer dann aus der Schublade geholt wurde, wenn es die MSPD-Oligarchie für nötig hielt. Der einfache Ausnahmezustand für Berlin wurde danach vom März 1919 bis März 1920 praktisch permanent verhängt und auch im übrigen Reich inflationär eingesetzt, der verschärfte Ausnahmezustand zweimal, insbesondere am 19. März 1920³⁵⁵, also nachdem Kapp, Pabst und Konsorten geflohen waren bzw. straflos blieben. Unterzeichnet war dieser verschärfte Ausnahmezustand von Schiffer (der Pabst hatte laufen lassen) für Ebert und von Seeckt (der auf die Putschisten nicht geschossen hatte) für Noske. Angewendet wurde er nur gegen links. Die Erschiessungen von Arbeitern in Berlin und im Ruhrgebiet nach dem Kapp-Putsch wurden damit gerechtfertigt – ebenso wie die noch zahlreicheren hundertfachen Erschiessungen «auf der Flucht» ganz ohne Standgerichte gegen die Rote Ruhr-Armee.

Die Verfassung jedoch verlangte ein Reichsgesetz, das nie erlassen wurde. Damit war die Verhängung des Ausnahmezustands per geheimer Schubladenverordnung verfassungswidrig und illegal.³⁵⁶ Ein Tatbestand, den der Noske-Biograf Wette völlig unberührt lässt und der Ebert-Biograf Mühlhausen gar nicht sieht.³⁵⁷

Welchen Auslegungsspielraum diese geheime Schubladenverordnung jedoch zulies, zeigt ein Ereignis aus Thüringen während des Kapp-Putsches.³⁵⁸ In Gotha hatten Arbeiter die putschenden Militärs bekämpft und vertrieben. Als der Pulverdampf verflogen und die Ruhe wieder hergestellt war, drangen hessische Freikorps aus Marburg, mit hohem Studentenanteil, unterstützt durch den Aufruf des Beauftragten der Reichsregierung Albert Grzesinski (MSPD), am 20./21. März 1919 nach Thüringen ein. Es gab keinerlei Gefechte. Willkürlich wurden Arbeiter verhaftet. Der Befehlshaber von Selchow wollte 15 von ihnen nach einem Standgerichtsbeschluss des Generals Stolzmann³⁵⁹ vom 13. März 1920, erlassen am Tage des Kapp-Putsches, an die Wand stellen. Der Befehl gab fast wörtlich die illegale Geheimverordnung des Kabinetts wieder, allerdings ohne dass sie von Ebert – wie eigentlich notwendig – in Kraft gesetzt worden wäre. Ausserdem erliess Stolzmann selbstherrlich – wie Pabst – eine zusätzliche Verschärfung: Er setzte abweichend sich statt des Reichspräsidenten als Bestätigungsinstanz ein. Doch die Brigadeführung – eine Instanz zwischen Selchow und Stolzmann – lehnte die Erschiessungen ab. Deshalb wurden die Gefangenen auf dem Transport auf einen Wink von Selchow am 25. März 1919 einfach hinterrücks ermordet. Am selben Tag noch bestätigte Ebert den Befehl Stolzmanns, setzte ihn in Kraft und gab ihn rückwirkend (sic!) als «in meinem Namen erlassen» aus. Ob Ebert damit die Morde legalisieren wollte, ist fraglich, da anzunehmen ist, dass er davon noch nichts wusste. Es zeigte sich aber erneut, dass Ebert nicht zögerte, gegen links jedes Mittel anzuwenden und jeden noch so illegalen Befehl, der der Rechtlosigkeit Tür und Tor öffnete und ein allgemeines Mordklima förderte, nachträglich gutzuheissen.³⁶⁰

Es braucht fast nicht erwähnt zu werden, dass die Mörder (denn es gab ja nicht einmal ein Standgericht) freigesprochen wurden.³⁶¹ Pabst, Noske und Ebert hatten den Weg frei geräumt für das, was da noch kommen sollte.

VI. Ähnlichkeiten und Unterschiede: Völkische SPD und Faschismus

Roth subsumiert unter die Gruppen des Faschismus auch die deklassierten Schichten der jugendlichen Arbeitslosen, der Kleinselbstständigen und der wegrationalisierten Handwerker-Facharbeiter.¹ Doch es gibt auch Berührungspunkte mit denjenigen aus diesen Schichten, die den gegenteiligen Weg eingeschlagen haben, die aufgestiegen sind zu Funktionsträgern in den Gewerkschaften und in einer Partei, die sich als die Partei der Arbeiter verstanden hatte, die SPD. Es sind dies jene rechten Männer in der SPD, die mit Beginn des Jahrhunderts mehr und mehr die Macht und die Mehrheit in der Partei eroberten und spätestens seit dem Tod August Bebel's auf einen Krieg im Verbund mit den Herrschenden des Kaiserreichs zusteuerten. Diejenigen Männer der SPD, die am Ende des Krieges, ohne lange zu fragen, ein Bündnis mit der Konterrevolution eingingen und damit ein Bündnis mit dem Faschismus in seiner ersten Phase, ein Bündnis auch und gerade mit Pabst. Sie marschierten eine Weile mit ihm und konnten erst gar nicht begreifen, dass er ihnen plötzlich die Rechnung präsentierte. Es sind dies die leitenden Männer der Generalkommission der Gewerkschaften, es sind dies der sogenannte David-Kreis und die sogenannten «Ebertianer». Dieser völkischen Führungsriege der SPD² ist ideologisch eines gemein: die Behauptung, dass «das Interesse der Arbeiterschaft (...) in diesen Jahren in Übereinstimmung war mit den Interessen und Notwendigkeiten unseres ganzen Volkes»³. Sie kennen keine Klassen mehr, sondern nur noch das Volk und seine Interessen.

Beigemischt sind unterschwelliger bis offener Rassismus und Antisemitismus.⁴ Interessant ist, dass wichtige Führungskader der MSPD dezidiert den Begriff der «Volksgemeinschaft» schon benutzten: Ebert benutzte ihn und David. Er taucht sogar im Görlicher Programm von 1921 auf. Ebert formuliert: «Deshalb muss der Gedanke einer fest gefügten Volksgemeinschaft uns mehr und mehr in Fleisch und Blut übergehen.»⁵ Vor 1914 war dies noch nicht Fleisch und Blut der SPD, also auch hier, wie beim Faschismus, eine Bewegung – allerdings eine nicht originär konterrevolutionäre, sondern eine von der Revolution zur Konterrevolution.⁶

Jedoch gibt es auch eine Trennlinie von völkischer SPD und dem Faschismus der ersten Phase. Sie beruht auf einem Missverständnis in der Definition von Demokratie. Die völkische Führungsriege der SPD in der Novemberrevolution verstand unter Demokratie allein autoritäre Präsidial- und Vorstandsherrschaft, wo das Wollen woanders

lag: «Was Sie immer haben mit Ihren Massen! Die müssen wollen, wie wir wollen, und das wollen sie auch, wenn es ihnen richtig schmackhaft gemacht wird»⁷, belehrte Scheidemann seinen Regierungskollegen Barth. Demokratie als eine feste Burg mit temporärem Akklamationshintergrund der Bevölkerung, die aus den Mauern heraus regiert wird, aber vor den Mauern zu bleiben hat. Landsberg: «Das Ziel der Demokratie ist nicht die Herrschaft einer blöden Masse über die guten Köpfe. Die [SPD, K.G.] weiss, dass die Masse der Führung bedarf.»⁸ Praktisch führte dies schon früh zur Verordnungsregentschaft, wie sie in der Weimarer Verfassung so nicht vorgesehen war, aber von Ebert als Reichspräsident in 136 Notverordnungen (ohne Parlament) praktiziert wurde.⁹ Vereinsdemokratie eben¹⁰, in der sich, so Gustav Bauer, «unsere Einsicht nicht der ‚Stimmung‘ noch so weiter Parteikreise unterzuordnen»¹¹ hat.

Während die völkische Führungsriege der SPD also unter Demokratie eine «Heerstrasse»¹², eine molare Masse mit Führer verstand, war sie für die konterrevolutionäre faschistische Bewegung genau das Gegenteil, eine molekulare Masse. «Die Herrschaft der Zahl (...) geistiges Franzosentum (...) ein Amerikanismus der Gleichsetzung (...) eine östliche Orientierung (...) ein Gewirr (...) ein Telefonnetz, zu dem das Deutsche keinen Anschluss hat.»¹³

Sie war für sie nicht nur ein Produkt Frankreichs und seiner Vasallen¹⁴, sondern für Pabst auch «die jüdische Demokratie»¹⁵. Die Demokratie war für sie ausserdem der Wegbereiter des Bolschewismus. Bolschewismus ist dabei längst nicht beschränkt auf Lenin und seine Partei. Bolschewismus, in ihrem Verständnis und in ihrem Fühlen, war der Versuch der Umsetzung des Gleichheitsprinzips der Französischen Revolution, der «Abschaffung der Klassen»¹⁶. Jede Form von Demokratie fiel darunter (auch der autoritäre Parlamentarismus der völkischen SPD), vor allem aber jede Form von Basisdemokratie, Internationalismus und «Rassenvermischung».

Einig mit der faschistischen Bewegung war die völkische MSPD in der Bekämpfung jeglicher Basisdemokratie und wirklicher Herrschaft der Massen, aufgeladen noch durch den Mythos des Leninschen Bolschewismus, als Feind des Parlamentarismus und Feind der herrschenden Verhältnisse.

Paradox daran ist jedoch: Die hohe Stromstärke von MSPD-Führung und Militär, ihr Zwangscharakter oder, so man will, ihr gemeinsamer Vernichtungswille, war schon vorher da, nämlich im «Augusterlebnis 1914». Und in Belgien war man in jenen Tagen – exemplarisch verkörpert in den Personen Pabst und Noske – schon ideologisch, ja massenpsychologisch auf gleicher Linie. Der Feind war die *levée en masse*. Der «Bolschewismus», den sie damit eigentlich meinten, war die Herrschaft der molekularen Massen und das angebliche Chaos, das sie produzierten. Die Führungskader der MSPD und die leitenden Militärs bekämpften aufgrund ihrer völkischen Bruderschaft den «Bolschewismus» schon vor seiner eigentlichen Geburt. Beide «Parteien» schlossen

deshalb ein konterrevolutionäres Bündnis gegen die Novemberrevolution – deren verschiedene Phasen aufgezeigt wurden.

Beide entwickelten zusammen ein hohes Vernichtungspotenzial in den militärisch organisierten Freikorps und zogen damit eine enorme Blutspur durch Deutschland. «Schreckensherrschaft demoralisiert», wettete Rosa Luxemburg gegen die Bolschewiki. Das zweifelhafte Verdienst der völkischen SPD ist es, mit der Schreckensherrschaft der Freikorps die Weimarer Republik von Anfang an demoralisiert und somit – um in der rechten Terminologie zu bleiben – den Steigbügel für den Aufstieg des Faschismus geschmiedet zu haben. Die Entwicklung war nicht monokausal, aber durch dieses Bündnis doch deutlich vorbestimmt.

Gleichzeitig hinderte ein letzter Rest an Rücksichtnahme auf die Parteibasis bzw. ihre Angst vor den Massen auf der Strasse die Führer der SPD, als faschistische Führer – eines der Angebote stammte von Pabst – aufzutreten.¹⁷ Sowohl Noske als auch Ebert schreckten vor dieser letzten Konsequenz zurück, obwohl sie mit dem Gedanken spielten.¹⁸

Durch diese «Inkonsequenz» verabschiedeten sie sich jedoch, nachdem die Arbeit der Konterrevolution fürs erste getan war, langsam aber sicher aus der Macht und spielten, beginnend mit dem Kapp-Putsch, die Rolle des Mohren, der seine Schuldigkeit getan hatte.

Denn – Pabst brachte es auf den Punkt – waren die aufständischen Massen besiegt, «war dies geglückt, dann wollten wir unseren bisherigen Verbündeten die Rechnung vom November 1918 vorlegen und von ihnen begleichen lassen»¹⁹.

Die faschistische Bewegung brauchte sie nun nicht mehr und liess sie fallen, ja bedrohte auch sie mit Vernichtung. In der Systemzeit des deutschen Faschismus war dann tatsächlich kein Platz für Sozialdemokraten, auch nicht für «die Eiche unter den sozialdemokratischen Pflanzen»²⁰, wie Hitler Gustav Noske bezeichnete. Insofern spielt die SPD im zweiten Teil dieses Buches keine tragende Rolle mehr.

Pabst suchte sich andere Bündnispartner.

VII. Unser Mann in Tirol (1920-1931)

1. Die Heimatwehr

Am 25. Juni 1920 füllte ein Mann namens Walter Peters im Nobelhotel Arlberger Hof in Innsbruck den Meldezettel aus. Als Beruf gab er «selbständiger Kaufmann» an, Geburtsort Hamburg und Geburtsjahr 1884.¹ Damit machte sich Pabst vier Jahre jünger und verlegte seinen Geburtsort aus der Hauptstadt in den kühlen Norden. Vielleicht war Carl Peters, der Kolonialist², eines seiner Vorbilder. Jedenfalls zog es Pabst vor, unter falschem Namen in Tirol einen neuen Start zu versuchen. Neu war daran allerdings nur, dass er seine Putsch- und Agententätigkeit ins bergige Tirol verlegt hatte, Teil eines merklich geschrumpften, aber eben jetzt qua «Revolution» republikanischen Österreichs.

Auch im südlichen Alpenland waren die Truppen im November 1918 ins Landesinnere zurückgeströmt.³ Es kam zu teilweise chaotischen Zuständen und Plünderungen. Den Weltuntergang bedeutete dies allerdings nicht. Durch die Bildung von Volkswehren und Bürgerwehren versuchte man den Rückzug zu ordnen, was auch gelang. Die Arbeiter- und Soldatenräte zeigten sich jedoch relativ schwach und übernahmen nicht, wie in Deutschland, im Wesentlichen die Aufgabe der geordneten Rückführung. Die Volks- und Bürgerwehren bewiesen jedoch, dass es einer Obersten Heeresleitung zur Rückführung nicht bedurfte, auch keines Bündnisses von Sozialdemokratie und altem Militär, wie dies die neuere Geschichtsschreibung für Deutschland zu belegen sich müht.⁴ Die Volkswehren in Österreich waren eher sozialdemokratisch geprägt, die Bürgerwehren konservativ mittelständisch. Beide lösten sich praktisch nach der Erledigung dieser Aufgaben auf. Einer, der die Volkswehren gar als «Besatzer» verteufelte, die Auflösung der Bürgerwehren aber zu verhindern suchte, hiess Dr. Richard Steidle. Steidle war ein führendes Mitglied der Tiroler Volkspartei und der Landesregierung. Er beschwor die Gefahr des Bolschewismus, im bäuerlich-konservativ geprägten Tirol ein besonders absurder Einfall. Schon sehr früh erkannten die *Innsbrucker Nachrichten* den Widersinn dieser Drohkulisse: Es «entfallen auf jeden in Nordtirol bekannten Kommunisten 8 Polizisten, 15 Gendarmen und 80 Volkswehrleute. Diese Übermacht dürfte genügen.»⁵ Von solcher Logik liess sich Steidle jedoch nicht beeindrucken, er baute, als eine Auflösung der Bürgerwehren am 20. April 1920 nicht mehr zu verhindern war, we-



Festakt der Einwohnerwehr, am Pult **Escherich**

nige Tage später eine sogenannte Selbstschutzorganisation auf, die Tiroler Heimatwehr.

Dies war nur möglich, weil man hier massiv Unterstützung vom uns schon bekannten Pabst-Freund Forstrat Escherich aus Bayern erhielt.⁶

Dort erfreuten sich die Einwohnerwehren unter seinem Kommando schon längere Zeit grosser Beliebtheit⁷ und konnten selbstverständlich ausser auf die Bayrische Volkspartei (der Vorgängerin der CSU) auch auf die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie zählen. Als Letztere zum Dank dafür im Zuge des Kapp-Putsches erfolgreich als gewählte Regierung in Bayern durch den faktischen Diktator Ritter von Kahr vertrieben worden war, erhielt der Forstrat freie Hand und baute seine Organisation Escherich, kurz Orgesch, massiv aus. Man wollte auch die deutschen Brüder im südlichen Alpenland, in Österreich, unterstützen im Kampf gegen Bolschewismus, Sozialdemokratie und für die «Wiederbelebung des nationalen Gedankens in allen Volksschichten bei allen Deutschen im Inn- (sic!) und Ausland» (worunter man auch die Österreicher verstand), den Klassenfrieden, die Stärkung des Mittelstandes, «die moralische und körperliche Ertüchtigung der Jugend» sowie «die Gewinnung der deutschen Frauen, in Sonderheit der deutschen Mütter».⁸

Man wollte wie Escherich und seine paramilitärischen Einheiten die Einheit des Staates ohne Parteien wie auch die Förderung des Wehrgedankens, verbunden mit Kameradschaft, Opfer- und Gemeinsinn.⁹ Also das übliche nationalkonservative bis (prä-)faschistische Programm, hinter dem sich nicht nur enorme Aggression und Gewaltpo-

tenziale verborgen, sondern schon einflussreiche Berufsoffiziere und baldige Nazis, wie Hermann Kriebel und Ernst Röhm, die in der Orgesch früh ihre Tätigkeit entfalteten.

Auch in Tirol hatte man sich frühzeitig um Waffen gekümmert. Schon beim Rückmarsch der Frontsoldaten waren diesen in Tirol 50'000 Gewehre abgenommen und für den «Selbstschutz», die Heimatwehr, gehortet worden. Jetzt bekam man Unterstützung von den bayerischen Brüdern. Innerhalb eines Jahres, vom Frühjahr 1920 bis zur von der Entente erzwungenen Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren im Juni 1921, belieferten Escherich und sein Stellvertreter Kanzler, der die Organisation Kanzler, kurz Orka – sozusagen ein «deutsch-österreichisches Zweiguntemehmen»¹⁰ – gegründet hatte, die Heimatwehr mit Tausenden von Gewehren, zahlreichen Maschinengewehren, Hunderttausenden von Patronen, sonstigen wichtigen Ausrüstungsgegenständen wie Hemden, Armbinden und last not least zehn Funkstationen.¹¹ Es gab dafür vorgesehene Depots z.B. in Rosenheim¹², wo Ludendorff und ganz in der Nähe zeitweise auch Pabst residierten.

Eigens dafür gegründet wurde die Tarnorganisation «Osthandelsgesellschaft», welche unter dem Deckmantel der Vertiefung von Bayerns Wirtschaftsbeziehungen nach Südeuropa den gesamten Waffen- und Geldverkehr der Orka abwickelte.¹³ Diese Handelsgesellschaft hatte auch Kontakte zur deutschen Abwehr.

Die Waffen wurden meist per Eisenbahn und ohne grosse Mühe über die Grenze geschmuggelt. Tiroler Behörden und die der Heimatwehr wohlgesonnene Landesregierung halfen dabei massgeblich.¹⁴ Die österreichische Sozialdemokratie blieb ohne Chance, auch wenn sie den einen oder anderen Transport aufdeckte, die *Volkszeitung* etwa spürte ein Waffenlager im Innsbrucker Prämonstratenser-Kloster Wüten auf. Heimatwehrlere hatten hier einzeln und getarnt als Zivilisten, unter Regenmänteln verborgen, zahlreiche Karabiner aus dem Kloster geschafft.¹⁵ Von Anfang an wurden die Aktivitäten des «Rechts-Bolschewistengenerals Steidle» (*Volkszeitung*) vom katholischen Klerus unterstützt.¹⁶

Meist kam es nach solchen Aufdeckungen zur Beschlagnahmung von ein paar Gewehren, während der Grossteil dann doch der Heimatwehr zugesteckt wurde.¹⁷ Gleichwohl spielte hier die Sozialdemokratie nicht die unrühmliche Rolle ihrer Genossen im Deutschen Reich, welche mit den Mörderbuben der Freikorps Bündnisse eingegangen waren, mit ihnen kooperiert, sie geschützt, gestützt und gemeinsam mit ihnen Verbrechen begangen hatte. In diesem Punkt war die österreichische Sozialdemokratie sauber. Im Gegenteil, sie bekämpfte den neuen Militarismus, war aber in der Tiroler Regierung in der Minderzahl und auch schlechter bewaffnet. So kamen in Innsbruck auf einen Mann der Arbeiterwehr vier von der Heimatwehr.

Steidle machte die Tiroler «Selbstschutzorganisation», gegen anfängliche Widerstände des Landeshauptmanns Schäffle, zur wichtigsten in ganz Österreich und kontrollierte so die anderen im Entstehen begriffenen aus Oberösterreich, Salzburg und Vorarl-

berg sowie dem Osten der Republik. Binnen eines Jahres hatte er nach dem Aufruf vom Mai 1920 an seine «ordnungsliebenden Landsleute» 10'000 Männer unter Waffen und konnte mit ihnen «auf deutsch-völkisch-tiroler Grundlage für Ordnung und Ruhe» sorgen.¹⁸ Ein ideales Betätigungsfeld für Pabst.

2. Pabst und die Tiroler Heimatwehr

Pabst, der Steidle angeblich in seinem ersten Domizil in Österreich, auf dem Landgut eines Dr. Dhom¹⁹ in Tirol kennenlernte, nahm Steidle sehr schnell für sich ein. Das Empfehlungsschreiben des Bauern doktors Heim an Stumpf²⁰ wird sicher dabei geholfen haben.²¹ Stumpf war im Juni 1921 Landeshauptmann von Tirol geworden.

Zwischenzeitlich pendelte Pabst noch mehrfach zwischen München und Tirol hin und her. So hielt er sich vom 17. August 1920 bis 25. Juni 1921 und im Oktober 1921 wieder in München auf²², vermutlich als Kontaktmann zwischen Escherich und Steidle. Mehrfach gab es Treffen der Bayern und Österreicher.²³ Für den 20. bis 22. November 1920 organisierte Pabst das sogenannte Tiroler Landesschiessen²⁴ – denn die Heimatwehr tarnte sich anfänglich als Schützen verein.²⁵ Solcherart Festivität führte im Vorfeld zu heftigen Protesten der österreichischen Sozialdemokraten. Dies war vor allem auf die vorgesehene massive Beteiligung bayerischer Orgesch-Leute zurückzuführen und durchaus auch als Provokation gedacht. Escherich verkörperte die Restauration der Wittelsbacher-Monarchie, mehr noch, die Sozialdemokraten beschuldigten ihn – nicht ganz zu Unrecht –, die Vereinigung von Bayern, Vorarlberg, Salzburg und Tirol unter weissblauer Vorherrschaft zu planen.²⁶

Nachdem Eingaben im Landtag abgeschmettert worden waren, drohten die Sozialdemokraten angeblich mit Bomben und Sabotageakten.²⁷ Es kam dann jedoch «nur» zu massiven Streiks, die den Eisenbahnverkehr im gesamten Westen Österreichs lahmlegten. Auch dies ein völlig anderes Bild zu Berlin, wo Noske noch ein gutes Jahr vorher zusammen mit Pabst, GKSK und faschistischen Methoden jeden Eisenbahnstreik mit brachialer Gewalt zu brechen versucht hatte. Hier standen die Sozialdemokraten tatsächlich noch auf der anderen Seite. In Ermangelung von genügend Kommunisten waren sie in Österreich offensichtlich nicht so sehr auf die «Mitte» konzentriert und dadurch direkt Zielscheibe der Heimatwehr, die sich als scharfe «Rechtsbewegung gegen die Sozialdemokratie aus den Christlichsozialen, gestützt auf den bäuerlichen Teil des Landes»²⁸, verstand. Die österreichischen Sozialdemokraten sollten abgewehrt werden «wie eine landfremde Plündererhorde»²⁹. Doch noch war der Selbstschutzverband nicht

stark genug, und noch funktionierte die von Pabst mit aufgebaute Tiroler Technische Nothilfe nicht richtig. Escherich und seine Mannen mussten zuhause in Bayern mit ihren Schiessständen Vorlieb nehmen. Die «Hahnenschwänzler», wie Heimwehrangehörige wegen ihres Hahnenschmucks auf dem Hut bald genannt wurden, blieben unter sich.

Statt der erwarteten 3'000 konnten nur 50 bayerische Bewaffnete (per Kraftwagen) herangeschafft werden. 500 Heimwehrlere marschierten sodann am 21. November mit dem Segen des Abtes vom Kloster Wüten, Adrian Zacher, zum Berg Isel. Zacher bezeichnete die Heimatwehrstandarte als «Friedensfahne» und weihte sie im Namen der «Gnadenmutter von Tirol» (gemeint ist die Hl. Maria).³⁰ Der Abt hatte übrigens sein Waffenarsenal geöffnet und Gewehre zum Festschiessen zur Verfügung gestellt. Trotz bewaffneter linker Arbeiterpatrouillen kam es aber zu keinen Zusammenstößen. Friedlich zielten die Selbstschützer am Berg Isel auf Zielscheiben und drückten den ganzen Tag den Abzug. Beide Seiten werteten die Festivität als Erfolg. Tendenziell war die Heimatwehr aber erfolgreicher, denn in den folgenden zwei Jahren gelang es Pabst und Steidle, sie trotz aller Proteste zu einer beträchtlichen Streitmacht auszubauen: Fast 12'000 Männer mit 7'350 Gewehren und 85 MGs standen nur 7'500 Mitgliedern der Arbeiterwehr gegenüber, von denen nicht einmal die Hälfte bewaffnet war.³¹ So konnte Pabst am 6. Juni 1921³² die einjährige Gründungsfeier der Heimatwehr wieder am Berg Isel organisieren³³, an der auch Escherich und Kanzler teilnahmen, die beide Klassenversöhnung, Volksgemeinschaft und Nationale Front predigten.³⁴ Steidle forderte «gut deutsch und kerntirolerisch» Freiheit von der «Zwangsherrschaft der Gehirne», und sein Stellvertreter, der Grossdeutsche Schweinitzhaupt, den «Anschluss an unser Deutsches Reich»³⁵. Die *Innsbrucker Volkszeitung* bezeichnete die Heimatwehr schon zu diesem Zeitpunkt als «Tiroler Faschistenbewegung»³⁶. Der Protest der Sozialisten reichte allerdings diesmal nicht bis zum Streik.

Pabst hielt über einen Oberst namens Schwartzkopf auch Kontakt zum Freikorps Oberland, einem besonders brutalen grossdeutsch gesinnten Verband, der sich schon 1919 an der Niederschlagung der Räterepublik in Bayern beteiligt hatte, dann in die Kämpfe um den Annaberg 1921 in Oberschlesien gegen polnische Einheiten eingriff³⁷ und auch in Tirol Fuss fasste. Besonders unter der Studentenschaft fand Oberland Anhang. Es stand zunächst in Konkurrenz zur Heimatwehr. Im März 1922 wurde allerdings ein Freundschaftsvertrag in München geschlossen, da man ähnliche Ziele hatte: Kampf gegen Versailles, Zusammenschluss aller Deutschen, machtvolleres Reich, christlich deutsche Erziehung zur «wehrhaftkampfgestählten» Jugend.³⁸ Man wollte sich gegenseitig ergänzen. Die Kerntruppe Oberland in Österreich sollte sich als «Landsturm fahne Tirol» unter ihrem Anführer Dr. Ludwig Drexler der Heimatwehr unterstellen. Pabst und Steidle unterstützten Drexler. 1924 übernahm obiger Dr. Schweinitzhaupt, der bis Juli 1922 stellvertretender Landesführer der Tiroler Heimatwehr gewesen war, die Führung des Tiroler Bundes Oberland.

Interessant an Oberland: Man übte tatsächlich den sonst bei den Rechten extrem verpönten «Bandenkampf». Das heisst, man sah den Partisanenkampf als moderne Kriegsführung an: «Der Kleinkrieg erschüttert auf die Dauer den stärksten Gegner, fügt ihm furchtbare Verluste bei, trägt Unsicherheit und Nervosität in seine Reihen und zwingt zur Räumung des besetzten Gebietes.»³⁹ Man scheute sich nicht, ihn auch für die «weisse Partei» in Anspruch zu nehmen.⁴⁰ In den Dreissigern spaltete sich Oberland in NS- und Heimatwehranhänger und löste sich auf.

Pabst, der immer noch unter seinem Tarnnamen Peters – nach Beimohr benutzte er zeitweise auch die Decknamen Fräulein Mimi Zoller und Graf Vetter von der Lilie⁴¹ – in Innsbruck in einem der Landesregierung gehörigen Haus⁴² wohnte und jedes Jahr von den Österreichischen Bundesbahnen eine für alle Linien gültige Netzkarte zur Verfügung gestellt bekam⁴³, brachte es am 1. Mai 1922⁴⁴ schliesslich zum Stabsleiter der Tiroler Heimatwehr.

Er beerbte den bayerischen Verbindungsoffizier Major Voith von Voithenburg, der als Nachfolger des von der Orka eingesetzten ersten Stabsleiters Hauptmann von Obwurzer (Mai 1920 – Juni 1921) aufgeben musste, da die Orgesch aufgrund ihrer von der Entente erzwungenen Auflösung die Bezahlung einstellte.⁴⁵ Bis dahin hatte Escherich den Stabsleiter mit monatlichen Beträgen, die sich von anfangs 1'250 Mark auf 4'000 Mark steigerten, finanziert.⁴⁶ Auch Pabst soll mit monatlich 3'500 Mark versorgt worden sein.⁴⁷ Es gab aber auch einmalige Zusagen, so erbat Pabst (1926!) vom Tiroler Landeshauptmann 1'000 Mark für seinen Umzug von Wiesbaden nach Innsbruck. Stumpf genehmigte das Geld als «Zeichen dankbarer Anerkennung der vielfachen in jahrelanger mühevoller Arbeit dem Lande erwiesenen Dienste»⁴⁸.

Das meiste Geld musste sich die Heimatwehr jedoch vorerst von einheimischen Industriellen besorgen, da die Unterstützung durch die Orgesch und Orka hauptsächlich in Form von Waffen und Sachleistungen erfolgte. Nach Stumpfs Wahl zum Landeshauptmann unterstützte die Tiroler Landesregierung ebenfalls finanziell die Heimatwehr.⁴⁹ Und Steidle wurde schnell vom organisationstüchtigen und agilen Pabst beherrscht.⁵⁰

Es braucht fast nicht erwähnt zu werden, dass Pabst Kontakt zum Ludendorff-Kreis hielt. Ludendorff, Bauer und Pabst blieben zu Beginn der 20er Jahre die tragenden Gestalten bei der Einführung des Faschismus im deutschen Sprachraum.

Die österreichischen Heimwehren hatten sich am 25. Juli 1920 in Regensburg offiziell der Orgesch unterstellt.⁵¹ Im Herbst 1920 soll Pabst bei einer weiteren Tagung in Regensburg den Waffentransfer organisiert haben. Diesmal waren sogar 22 Gebirgshaubitzen nach Österreich transportiert worden.⁵² Auch sonst hatte sich Pabst um die Waffentransporte u.a. ins Kloster Wüten gekümmert.⁵³ *Die Rote Fahne* behauptete später, Pabst habe eine eigens dafür gebildete «Abteilung für Waffenschmuggel» gegründet und die 22 Gebirgskanonen in Kramsach, also in Österreich erbeutet. Weitere Waf-

fen seien auch durch Einbrüche in Waffendepots des österreichischen Bundesheeres in der Höttinger Au bei Innsbruck zusammengestohlen worden.⁵⁴

Allerdings gab es auch einigen Streit innerhalb der österreichischen Rechten. So standen die sogenannten Legitimisten, welche eine Wiedereinführung der Habsburger Monarchie wünschten, gegen die All- oder Grossdeutschen, zu denen auch Steidle neigte.⁵⁵ Die Differenzen konnten durch Bildung eines paritätischen Ordnungsblockes, der sich durch den Kampf gegen den gemeinsamen Popanz Bolschewismus zusammenhielt, vorläufig beigelegt werden.⁵⁶

Pabst gilt hin und wieder in der Forschung als Grossdeutscher, der das kleine Alpenland als Teil des Reiches betrachtete und in Österreich dementsprechend wirkte, so schreiben z.B. Thoss⁵⁷ und Kerekes⁵⁸. Doch quellenmässig fundiert sind solche Aussagen nicht. Auch wenn sich Pabst – eine seiner Lieblingsaufgaben – für überregionale Blockbildungen einsetzte, muss die vor allen Dingen von Doris Kachulle vehement vertretene These, er sei direkter Anschlusspolitiker gewesen, noch einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Was machten derweil die Kameraden? Während sich Pabst in Tirol ab Anfang 1921 einarbeitete, hatten Ludendorff, Bauer, Stephani und Trebitsch-Lincoln mal wieder abenteuerliche Pläne. Man nahm sich nichts Geringeres vor, als die Gegenrevolutionäre aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Russland und Ungarn zu einer Internationale der Konterrevolution zusammenzuschliessen.⁵⁹ Ungarn, woher Trebitsch-Lincoln stammte, sollte dabei eine zentrale Rolle spielen. Horthy hatte dort als «Reichsverweser» und Diktator die ungarische Räterepublik unter Bela Kun liquidiert und hatte zusammen mit dem seiner Kamarilla angehörenden⁶⁰ Generalstabsoffizier Gömbös die Macht ergriffen. Ausser in Bayern war es aber vorerst in keinem weiteren Land den Rechten/Faschisten gelungen, an die Regierung zu gelangen.

Bauer und Trebitsch-Lincoln wollten die Revision des Versailler Vertrages, den Kampf gegen die parlamentarische Demokratie und natürlich alle Formen des Anti-Bolschewismus international bündeln. Zentrum dafür sollte eine bayerischösterreichisch-ungarische Konföderation mit Ludendorff als Diktator sein. Die Pläne misslangen, nicht nur aufgrund ihrer grössenwahnsinnigen Dimension, sondern auch, weil Trebitsch sie an die englische Regierung verriet⁶¹ und weil es zum Streit mit der seit Sommer 1921 in Bayern mehr oder weniger illegal agierenden Nachfolgeorganisation der Orgesch und Orka unter Sanitätsrat Pittinger, «Bayern und Reich», kam. Diese wollte eine Vorherrschaft Bayerns in Österreich. Die Ludendorffianer wollten mehr.

Pabst hatte diese Aktionen offensichtlich aus seiner «Alpenfestung» in Innsbruck aufmerksam beobachtet, sich jedoch immer mehr von der «Notwendigkeit» des Aufbaus einer «starken Staatsgewalt» zuerst in Österreich einnehmen lassen. So ging er auch bald auf Distanz zu Ludendorff und seinem Herrschaftsanspruch über Österreich.⁶² Gleich wohl unterstützte er Steidle in seiner Absetzbewegung von Bayern. Nach dem

reichsweiten Verbot der Einwohnerwehren auf Druck der Entente im Juni 1921 hatte Kahr als Ministerpräsident in Bayern zurücktreten müssen. Doch er sollte als Diktator bald wiederkommen. Escherich und Kanzler mussten Orgesch und Orka auflösen. Sanitätsrat Pittinger baute eine illegale Nachfolgeorganisation, genannt «Bayern und Reich», auf.⁶³ Die Waffen wurden versteckt. Aufmerksame Bürger, die solche Waffenlager entdeckten und meldeten, wurden ermordet. Das Prinzip Fememord ging um.⁶⁴

1922 fuhr Steidle zusammen mit Pabst mehrfach nach München. Schon auf der Tagesordnung eines Treffens im März mit Escherich hatte man sich vorgenommen, nicht «durch einseitige Festlegung auf einen extrem alldeutschen Standpunkt die bestehenden Heimwehren zu zerreißen»⁶⁵. Im Juli traf man sich mit Kahr, Pittinger und den bayerischen Generälen Möhl und Epp. Man dankte den Bayern für ihre Hilfe, signalisierte aber, dass man nun «das Geschick selber in die Hand nehme» und eigenständig eine «Brachialgewalt» schaffe. Die Bayern sollten die Absichten der Österreicher nicht mehr stören.⁶⁶

Pabst hatte ein Arbeitsprogramm für alle österreichischen Heimwehren entworfen. Stärkstes Bindeglied, das die Haufen zusammenhielt, war der Antibolschewismus, den Pabst wie kein anderer zu pflegen wusste, auch wenn er im Alpenstaat vergleichsweise absurd erschien. Man wollte ein «Schwert» schmieden «zum unausbleiblichen Entscheidungskampfe aller konservativ gesinnten Elemente ... gegen die Umsturzbestrebungen der roten Internationale aller Schattierungen»⁶⁷. Das Planspiel des Bürgerkrieges gegen die Linken wurde vom österreichischen Bundeskanzler Ignaz Seipel (vom rechten Flügel der christlichsozialen Partei) ausdrücklich gebilligt. Eine Alarmschwelle, ab wann den Sozialdemokraten mit Brachialgewalt das Aus zu machen sei, wurde ausdrücklich nicht festgelegt.⁶⁸ Zur Stärkung der Selbstschutzverbände sollten der österreichische Bundeskanzler und alle Behörden die Freikorps mit dem Hahenschwanz inoffiziell nach dem Vorbild Tirols fördern.

Im August trafen sich alle Heimwehren Österreichs in Innsbruck. Ein Grossteil war für die Fortsetzung der Beziehungen zu Pittinger, darunter auch scheinheilig die Tiroler.⁶⁹ Pabst schickte andere vor, wie er Oberst Bauer, Ludendorffs rechter Hand, zu dem er nach wie vor Kontakt hielt, berichtete: «Ich bin sehr froh, dass Salzburg den Sturmbock gemacht hat.» Es kam sehr bald zum Bruch mit Bayern.⁷⁰ Pabst verkündete Bauer freudig die Sprengung «des Pittinger-Rings». Nun sei «die Bahn frei!»⁷¹. Doch er täuschte auch Bauer und verhinderte seinen und damit Ludendorffs Einfluss auf die Heimwehren.⁷² Pabst taktierte geschickt zwischen den Gruppen und formulierte seine eigentlichen Ziele in einem Brief an einen unbekanntem, «stark reichsdeutsch» eingestellten Empfänger, den er mit «Euer Hochwohlgeboren» ansprach.

«In meiner Eigenschaft als militärischer Organisator der Tiroler Heimatwehr kann und will ich nichts anderes sein als ein Angehöriger meiner neuen Heimat und einzig

und allein ihr Wohl und Wehe darf und soll meine Richtschnur sein. Dieses Wohl erfordert aber nach meiner Ansicht nicht ein Hinterherjagen hinter den der einen oder anderen Richtung erstrebenswert erscheinenden Idealen, wie z.B. Anschluss oder Wiederherstellung der Donaumonarchie u.s.w., sondern zunächst einmal die Wiederherstellung einer starken Staatsgewalt unabhängig von den Einflüssen der Strasse und wechselnder Volksstimmungen. Dies gilt nicht nur für Tirol, sondern ebenso für Österreich und Deutschland. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen im rücksichtslosen und schärfsten Kampfe gegen die Sozialdemokratie und ihre Handlanger, die jüdische Demokratie. Um diesen Kampf siegreich führen zu können, bedarf es nun einer starken Macht. Diese Macht hinwiederum zu schaffen und zwar durch Zusammenfassung *aller der* Kräfte, welche gewillt sind zu diesem Ziel zusammenzustehen, ist meine Aufgabe.»⁷³

Nur so könne eines Tages der «christliche und nationale Staat» über «den jüdisch-marxistisch-internationalen Gedanken» siegen.⁷⁴ Pabst stellte hier also die Anschlussfrage zurück, da es zunächst darum ging, die Macht in Österreich durch die Heimatwehr zu erlangen. Später in der Schweiz würde er behaupten, er habe die Schaffung eines «neuen österreichischen Staatsgedankens» im Auge gehabt.⁷⁵

Pabst und Steidle waren massgeblich dafür verantwortlich, dass die Heimatwehr ab 1920 Stück für Stück alle Bereiche der Tiroler⁷⁶ und später auch der österreichischen Gesellschaft durchdrang. Hauptsächlich Bauern, kleinbürgerliche Schichten und der Mittelstand schlossen sich an. Wie bei den Freikorps waren aber auch Studenten und der Adel vertreten, mit dem Pabst einige Probleme hatte. Widerstände in der Zusammenarbeit mit Gendarmerie und Behörden wurden nach und nach abgebaut, selbst das österreichische Bundesheer, das anfangs als sozialdemokratisch verseucht galt, arbeitete der Heimatwehr bald zu.⁷⁷ So hatte Pabst im März 1922 an Eugen Bircher in der Schweiz geschrieben, man wolle eine Miliz «in Anlehnung an Sie» aufstellen «unter völliger restloser Auflösung der kommunistisch-sozialistischen Wehrmacht»⁷⁸. Gemeint war das Bundesheer. Immer wieder betonten die Führer der Heimatwehr gegenüber Bundesbehörden, sie seien keine Partei und daher die Zusammenarbeit aller Beamten und Soldaten mit ihr selbstverständlich,⁷⁹

Alle bewaffneten Verbände des Bundesheeres wie der irregulären Heimatwehr kamen unter die einheitliche Leitung des Landeshauptmanns.⁸⁰ Es wurden Spitzeldienste aufgebaut und mit der Gendarmerie vernetzt⁸¹, Beschlagnahmungsaktionen und die Sperrung des gesamten Verkehrs im Falle von «Unruhen» vorbereitet.⁸² Verhaftungslisten vor allem von Sozialdemokraten wurden angefertigt, inklusive der Abgeordneten.⁸³ Selbstverständlich wurde auch hier eine Technische Nothilfe als Streikbrechertruppe geschaffen, ja sogar eine spezielle zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs, die Eisenbahnnothilfe (Eno)⁸⁴, Jugendverbände kamen zum Einsatz, damit der «Jugendli-

che dereinst Führer sein kann, sei es im Kampfe der Geister, sei es im Kampfe mit der Waffe, wenn der Germanen Schicksalsstunde ruft»⁸⁵.

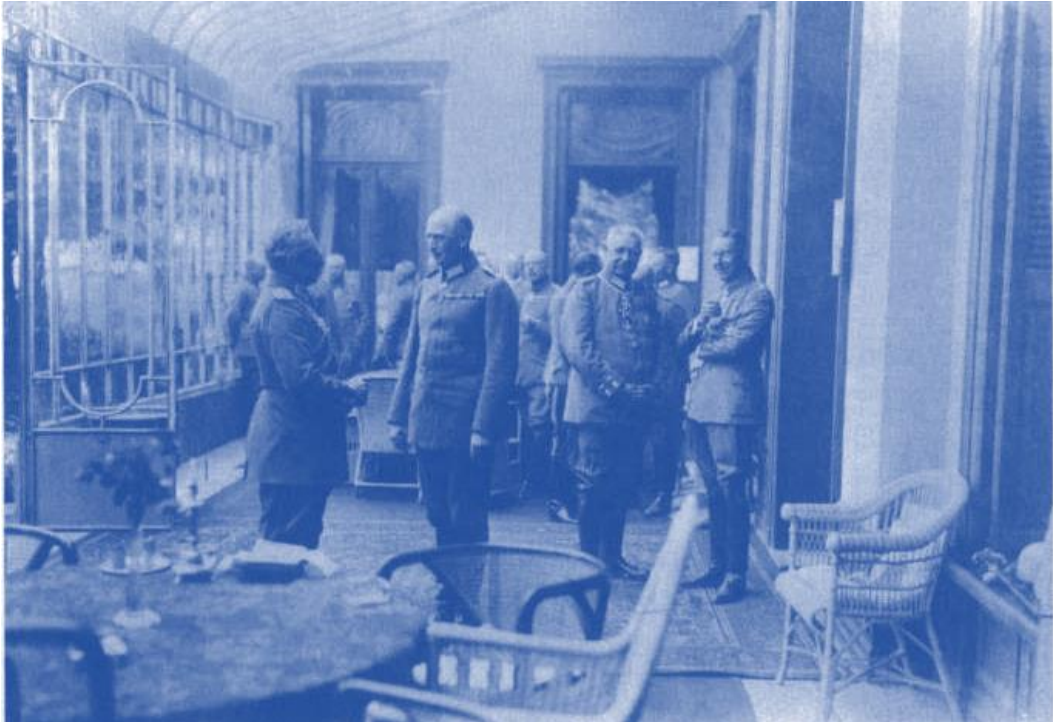
Es war die von Pabst geliebte durchmilitarisierte Gesellschaft, die mittels der bewaffneten Einheiten in der Lage sein sollte, die Macht im Staate zu übernehmen und die von ihm angestrebte faschisierte Ständegesellschaft durchzusetzen. Erst dann würde man sich über eventuelle Anschlüsse unterhalten.

Ein ganz besonderes Anliegen Pabsts, hier lernte er aus dem fehlgeschlagenen Kapp-Putsch, war es, die Gewerkschaftsbewegung in den Griff zu bekommen. So wurden erst die «nichtmarxistischen» christlichen und nationalen Gewerkschaften unterstützt und dann versucht, eigene «unabhängige», der Heimatwehrführung genehme Gewerkschaften zu kreieren.⁸⁶ Mit einer solchen «Arbeiter-Kampforganisation gegen den Marxismus»⁸⁷ wollte Pabst die Arbeiter ins nationale Lager hinüberziehen und die Führung der Heimatwehr ihre Vorstellungen von «Volksgemeinschaft» statt der «orientalischen Erfindung des Klassenkampfes» verwirklichen.⁸⁸ Bündnisse zwischen Arbeitgebern und Heimatwehr wurden geschlossen, Stellenvermittlungen für Mitglieder organisiert. Man wollte die roten Arbeiter heraus und genehme hereinbekommen, man versuchte regelrechten Betriebsterror, um Arbeiter der Heimatwehr zuzutreiben und sie nur dann zu behalten, wenn sie einträten.⁸⁹

Doch diese Aktionen waren von Misserfolg gekrönt. Die Arbeiterschaft organisierte sich nur im geringen Masse in diesen Pseudo-Gewerkschaften, weil sie schlicht und einfach ihre Interessen nicht vertraten. Auch das versuchte Hinausdrängen von «roten» Arbeitern hatte nicht den gewünschten Erfolg. Österreich war noch nicht so weit.

Neben den Grossdeutschen und den Legitimisten bildete innerhalb der Tiroler Heimatwehr auch der Bauernverband eine starke Gruppe, die unter klerikalen Einflüssen stand und ihren Blick ausschliesslich auf Tirol richtete.⁹⁰ Hinzu kamen Pabsts alte Freunde, die Ludendorffianer, die zunächst von aussen und nach Bauers Übersiedlung nach Wien 1921 auch von dort auswirkten. Pabst lavierte zwischen allen und versuchte, seine Vorstellung vom starken Ständestaat, von der Militärdiktatur durchzusetzen.

Ab 1923 geriet die Heimatwehr in eine Krise. Die wirtschaftliche Lage war schlecht und die Menschen des Herummarschierens müde⁹¹, nachdem die beschworene bolschewistische Gefahr durch die Linken sich nirgends zeigte. Ausserdem organisierte sich die Sozialdemokratische Partei im Republikanischen Schutzbund (Resch), der auch bei den Bürgerlichen Ansehen genoss.⁹² Hinzu kam: Nach dem Verbot der Orgesch und Orka und der Lossagung der Tiroler von der Bevormundung durch die Nachfolgeorganisationen Pittingers fehlten der Heimatwehr nicht nur Geld, sondern vor allem Waffen. Ersteres konnte der österreichische Industriellenverband einigermassen ausgleichen.⁹³ Die Industriellen hatten jedoch nicht nur das Ende der Streitereien mit Pittinger, sondern



Gaskriegsspezialist Oberst Bauer (Mitte) mit Wilhelm II. (links) und Hindenburg (zweiter von rechts) im Hauptquartier der OHL 1917

eine einheitliche österreichische Landesleitung gefordert.⁹⁴ Dann wollte man in Übereinstimmung mit der Regierung des Bundeskanzlers Seipel 150 Millionen Kronen (es herrschte Inflation) monatlich springen lassen.⁹⁵ Doch Seipel agierte nun vorsichtig und wollte die Heimwehren nur als eine Art Hilfspolizei.⁹⁶ Steidle und Pabst beabsichtigten freilich, über die christlichsozialen Einigungsziele Seipels hinauszugehen und die «schwatzhaften Parlamente» zum Schweigen zu bringen.⁹⁷ Erste Auflehnungsversuche gegen Seipel bügelte dieser mit der Drohung ab, Steidle die Subventionen zu entziehen, was auch geschah.⁹⁸ Gleich wohl gelang es Pabst später, zu Seipel ein wichtiges Vertrauensverhältnis aufzubauen und ihn auf seine Seite zu ziehen.

Zusätzliche Finanzierungsprobleme schilderte Bauer, der weiter von Wien aus die Heimwehren in Ludendorffs Sinne zu instrumentalisieren suchte, Pabst: Die «nationalen Industriellen» wollten nur an die «nationalen [also österreichischen, K.G.] Verbände zahlen», die «christlich-sozialen zahlen weiter» und die jüdischen wollten nichts mehr für Verbände geben, «die hackenkreuzlerisch (sic!)» eingestellt seien und «das sind nun eigentlich alle»⁹⁹.

Man musste also mit übernationalen Bündnissen vorsichtig verfahren, wie man auch den Antisemitismus zurückzufahren hatte. Noch akuter aber war inzwischen der Wafemangel.

In Italien kamen zur gleichen Zeit die Faschisten unter Mussolini an die Macht,

was einerseits – man fürchtete, die Schwarzhemden würden sich zum besetzten Südtirol auch noch Nordtirol dazuholen – als Bedrohung empfunden und andererseits als Gelegenheit genutzt wurde, um die Bundesregierung um Waffen zu bitten, die man aber nicht bekam.¹⁰⁰ Doch für Pabst wirkte sich das Aufkommen der Schwarzhemden auch positiv aus. Endlich war ein Staat Realität geworden, der seinen Vorstellungen sehr nahekam. Auch die Heimwehrführer von Mittel- und Westtirol stellten Überlegungen an, die Heimatwehr «in faschistischer Richtung» auszubauen.¹⁰¹ Und schon 1923 gab es Überlegungen der Tiroler Heimatschützer, sich doch Waffen aus Italien zu beschaffen. Italien wäre dazu unter bestimmten Bedingungen auch bereit gewesen.¹⁰² Umgesetzt wurde dies allerdings erst fünf Jahre später. Immerhin konnte schon 1926 ein italienischer Interessenverband der faschistischen italienischen Bewegung («Associazione per l'assistenza fra gli Italian!») in Innsbruck Quartier machen.¹⁰³

Trotz Waffen- und Geldmangels gelang es Steidle und Pabst, dem «Experten für Truppeneinsätze in ‚feindlichen‘ Grossstädten»¹⁰⁴, schliesslich ausreichend Kader wie auch Waffen zu sammeln. Man wandte sich an die Bezirkshauptmannschaften und bekam auch von der Gendarmerie Waffen. Neben dem Kloster Wüten gab es noch andere Depots, in einem Schloss, einer Brauerei und im «Austriahaus». So brachte man es 1926 immerhin auf über 8'000 Gewehre, 183 MGs und mehr als 360'000 Schuss Munition.¹⁰⁵ Mit den Jahren gewannen der Tiroler Steidle und der Adoptiv-Tiroler Pabst immer mehr Einfluss auf die anderen Heimatwehren und Heimwehren Österreichs. Steidle gründete zunächst den sogenannten Alpenblock der fünf westlichen Länder Österreichs (Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Oberösterreich und Kärnten).¹⁰⁶ Und seit 1923 war Steidle faktisch schon der Anführer der Heimwehrverbände aller Bundesländer Österreichs und Pabst damit der Stabsleiter, dies trotz aller Differenzen besonders mit den Stabsleitern der steirischen, niederösterreichischen und Wiener Heimwehren.¹⁰⁷ Christlichsoziale, grossdeutsche und völkische Ideen konkurrierten miteinander. Hitlers in Bayern erstarkte NS-Bewegung gewann Zugkraft und versuchte schon ab 1920, Einfluss auf Österreich zu nehmen.¹⁰⁸ Pabst aber schien ein Anschluss aufgrund der starken Arbeiterschaft im «roten Wien» und im Osten Österreichs, die partout keine Anstalten machte, sich den rechten Heimwehren anzuschliessen, noch nicht zweckmässig. Er konzentrierte sich darauf, die Heimwehren militärisch und ideologisch zusammenzuschliessen, wobei letzteres Othmar Spanns Lehre vom Ständestaat besorgen sollte.¹⁰⁹ Bauer, der mit Pabst – trotz erheblicher Unterschiede in taktischen Fragen – in ständigem Kontakt stand¹¹⁰, gelang es ab 1923, in Wien mit Spann Bande zu knüpfen.¹¹¹ Der Ideologe sah in seiner «universalistischen» Lehre den Dritten Weg zwischen Bolschewismus und Kapitalismus und nannte dies Faschismus.¹¹² Seine antidemokratische, antiliberalen und antibolschewistische, antimodernen, rassistische und imperialistische Ganzheitslehre¹¹³ passte Pabst und Bauer besonders in den Kram und wurde zur eigentlichen ideologi-

schen Grundlage der Heimwehrbewegung.¹¹⁴ Klassegegensätze sollten nicht durch Klassenkampf, sondern durch gemeinsame Zwangsverbände und die Vermittlung einer gemeinsamen staatlichen Instanz überwunden werden. Dies ging – zu-mindest auf dem Papier – mit Mussolinis korporativem Faschismus d'accord. Ähnlichkeiten mit dem von breiten Kreisen der Weimarer Republik (bis hin zur deutschen Sozialdemokratie) wie der österreichischen Gesellschaft gepflegten Gedanken der Volksgemeinschaft sind hier unübersehbar. Wie bei Pabst war der Antisemitismus auch bei Spann nicht zentral, aber eben vorhanden. Doch Spanns Ständeorganisation, die die Einheit von Arbeiterklasse und Kapitalisten beschwor, war eindeutig auf die Oberaufsicht des Grosskapitals hin konstruiert.

Der Staat sollte dezentralisiert werden. Dies passte weder zu Pabsts Auffassung vom starken Staat, noch zu der Mussolinis und Hitlers.¹¹⁵ Deswegen schaffte es Spanns Lehre nie wirklich, zur zentralen Ideologie des Faschismus zu werden.

Spann war jedoch nicht nur geistiger Wegbereiter des Faschismus, sondern auch des Nationalsozialismus in Österreich. Er schloss sich früh der NS-Bewegung an¹¹⁶, wurde aber nach dem «Anschluss» 1938 – auch wegen der «geistigen» Differenzen – seines Universitätsamtes enthoben und verhaftet. Hitler duldete keinerlei ideologischen Götter neben sich.

Spanns Ganzheitslehre der «Unterordnung des Niedern unter das Höhere» hat auch heute noch Einfluss auf die esoterisch-neofaschistische Wissenschaft.¹¹⁷ Pabst wiederum machte sich diese Lehre über die Spann-Schüler Walter Heinrich und Hans Riehl zu eigen.¹¹⁸ Heinrich und Pabst waren die wesentlichen Autoren des Korneuburger Eides, der 1930 der Heimwehrbewegung zum ideologischen und ganzheitlichen Sieg in Österreich verhelfen sollte und der noch zu behandeln sein wird. Spann modifizierte deshalb seine Lehre, verfolgte jetzt auch den starken Staat und wollte der Heimwehr die staatliche Oberaufsicht des Ständewesens zuordnen.¹¹⁹

Ende 1925 schliesslich gelang es Steidle mit einer erneuten Warnung vor einem angeblich drohenden Überfall der italienischen Faschisten, endlich wieder Geld beim neuen Bundeskanzler Ramek locker zu machen. In einer grossspurigen Fahnenweihe am 15. November 1925 hatte man in Innsbruck unter Anwesenheit zahlreicher Prominenz und mit dem Segen des Bischofs Sigmund Waitz, der mit der austrofaschistischen



Pabst als Stabschef der Tiroler Heimatwehr

Ideologie der Heimatwehr sympathisierte, eine «Warnung über den Brenner» nach Italien geschickt, während Pabst schon mit dem Gedanken spielte, mit den dortigen Schwarzhemden auf seine Weise zu kooperieren.

3. «Ich müsste auch ein ganz besonderes Schwein sein» – Weitere Morde und der Hitler-Ludendorff-Putsch

Während Pabst in Tirol und München sein Organisationstalent der Heimatwehr zur Verfügung stellte, kam es im Deutschen Reich zu mehreren folgenschweren politischen Morden.

Im August 1921 war der bei den Rechten als «Erfüllungspolitiker» verhasste Reichsminister und Zentrumsmann Matthias Erzberger während eines Spaziergangs im Schwarzwald mit mehreren Schüssen ermordet worden.¹²⁰ Die Tat erregte grosses Aufsehen. Auch die Führer der DNVP, Hergt und Hellferich, die mit Pabsts NV im Kapp-Putsch kooperiert und beispiellos gegen Erzberger gehetzt hatten, wurden nun als geistige Väter des Mordes gesehen. Erzberger, der den Waffenstillstand unterzeichnet und der Waffenstillstandskommission vorgestanden hatte, war Pabst 1919 durchaus freundlich gesinnt und hatte ihm auch falsche Papiere für die Flucht des Oberleutnants a.D. Vogel verschafft. Gleichwohl kam Pabst in Verdacht, mit dem Mord etwas zu tun zu haben.

Bergers Nachfolger als Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Weismann, mit dem Pabst ja wie mit Berger schon zusammengearbeitet hatte, erliess nun Haftbefehl gegen Ehrhardt, Bauer und Pabst. Ehrhardt und Bauer flohen von München nach Wien. Bauer hatte noch in der Nacht die Ermordung Erzberges mit Sekt gefeiert¹²¹ und dann den der Ehrhardt'schen Geheimorganisation Consul (OC) angehörenden Mördern Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen Unterschlupf in Wien sowie falsche Pässe für Ungarn verschafft, wo sie von Gömbös versteckt wurden.¹²² Die OC war eine terroristische Nachfolgeorganisation der aufgelösten Marinebrigade Ehrhardt, und Bauer hatte ihr bei der Geldbeschaffung geholfen.¹²³

Einer der Anstifter des Mordes war Manfred Killinger, ebenfalls von der OC, der ausnahmsweise sogar verhaftet werden konnte.¹²⁴ Er wurde, genauso wie Ehrhardt, von einem abtrünnigen OC-Mitglied und Spitzel belastet: Ernst Krull.¹²⁵ Gleichfalls verstrickt: Sanitätsrat Pittinger, hatte doch Tillessen aus Ungarn ein Telegramm nach München in die Möhlstrasse 10 geschickt, ein Anwesen, das Pittinger gehörte. Eine von der Offenburger Staatsanwaltschaft angeordnete Durchsuchung war erfolgreich und brachte

belastendes Material an den Tag. Eine Durchsuchung der Räume des kriminellen, inzwischen ehemaligen Polizeipräsidenten Pöhner war aber erst gar nicht versucht worden, weil man vermutete, dort sowieso nichts zu finden.¹²⁶ Selbstverständlich hatte auch Pittinger Ehrhardts OC mit 100'000 Mark versorgt.¹²⁷ Sein Rechtsberater Dr. Müller war der Verbindungsmann zu den Mördern in Ungarn.¹²⁸

Pabst aber war in Innsbruck in Sicherheit. Er hat eine Verstrickung in die Ermordung Erzbergers – im Gegensatz zur Ermordung Luxemburgs und Liebknechts – immer bestritten, auch als ihn die *Wiener Arbeiter Zeitung* 1928 der Vorschubleistung bezichtigte.¹²⁹

Auch bei seiner Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft in Bern 1944 bestritt er vehement eine Beteiligung: «Was speziell den ehemaligen Minister Erzberger angeht, so habe ich mit diesem in den Jahren 1918/19 bis zu meinem Weggang aus Deutschland nach dem Kapp-Unternehmen gut, teilweise sehr gut zusammengearbeitet. Ich müsste auch ein ganz besonderes Schwein sein, wenn ich irgendwie mit der Erzberger-Angelegenheit zu tun hätte. Herr Erzberger war es nämlich, der aus Freundschaft meine[r] damalige[n] Braut, die in dem von Franzosen besetzten Wiesbaden lebte, im Januar pro forma als Sekretärin der Waffenstillstandskommission, deren Vorsitzender er war, einen Ausweis ausstellte, auf Grund dessen die Franzosen sie zur Hochzeit nach Berlin ausreisen lassen mussten.»¹³⁰

Welches «Schwein» er war, bewies Pabst 1934, als er in Andienung an das NS-Regime einen im Nazijargon gehaltenen Aufsatz mit dem Titel «Spartakus» verfasste, in dem er schrieb: «Hass ward in unsere Seelen gelenkt, abgrundtiefer Hass gegen ein System, dessen übelster Vertreter Erzberger am Tage von Deutschlands tiefster Erniedrigung den beklagenswerten Mut aufbrachte, ins Stammbuch einer Weimarer Weinstube die Worte zu schreiben: ‚Erst mach’ dein Sach; dann trink und lach’!‘»¹³¹

Auch stimmt Pabsts Aussage, er sei zum Zeitpunkt des Mordes in Österreich gewesen, nicht ganz. Denn vom 17. August 1920 bis 25. Juni 1921 und im Oktober 1921 war er in München, kannte Pittinger, Killinger und insbesondere Ehrhardt und Bauer und hätte durchaus in die Ermordung Erzbergers bzw. Fluchthilfe der Täter verstrickt sein können. Nachzuweisen ist ihm allerdings nichts, wie auch keine direkte Spur zu den oben erwähnten Fememorden führt.

Die Mörder Erzbergers kehrten übrigens 1933 nach Deutschland zurück und wurden erst 1947 auf Druck der französischen Besatzungsmacht verurteilt. Auch Killinger und Pittinger wurden, trotz energischen Vorgehens der Offenburger Staatsanwaltschaft, von Zivilgerichten freigesprochen. Wieder versagte die Justiz, weil sie sympathisierte. Immerhin glaubte man, Ehrhardts Geheimorganisation OC zerschlagen zu haben. Doch das war ein Irrtum.

Am 24. Juni 1922 wurde Aussenminister Walther Rathenau im offenen Pkw auf dem Weg zur Arbeit durch Schüsse aus einem überholenden Auto ermordet. Die Täter hiessen Erwin Kern und Hermann Fischer. Diesmal war die Empörung noch grösser.

Reichskanzler Wirth, mit dem Pabst noch zu tun haben würde, rief im Reichstag seine berühmten Worte: «Der Feind steht rechts!» Ein sogenanntes Republikschutzgesetz wurde erlassen, das man aber hauptsächlich gegen Linke anwendete.

Rathenau, im Weltkrieg ein treuer Unterstützer Ludendorffs und der expansionistischen Kriegspolitik, in der Weimarer Republik jedoch ein kluger Politiker – der z.B. den Rapallo-Vertrag mit Russland abschloss –, geriet ins Visier der Rechten, weil er angeblich auch ein «Erfüllungspolitiker» der Alliierten und weil er Jude war.

Nun machte die *Arbeiter Zeitung* auch für diesen Mord Pabst mitverantwortlich. Die Vorwürfe waren sogar noch konkreter als beim Erzberger-Mord: «Anfang Juni wusste man in der Umgebung von Pabst, dass der Rathenau-Mord unmittelbar bevorstehe. Am Nachmittag des 24. Juni, dem Mordtag, grosser Jubel in der Hauptleitung. Pabst empfängt Gratulationen ... Am 26. Juni treffen die ersten Komplizen der Mörderoffiziere Erwin Kern und Hermann Fischer ein, wo sie sich sofort bei Pabst in der Heimwehrkanzlei melden. An den folgenden Tagen langten in Innsbruck noch weitere Flüchtlinge ein, durchweg Angehörige der Organisation C. Sie erhalten durch Hofrat Bundsmann oder Pabst Aufenthaltsbewilligungen und falsche Pässe. Einige von Ihnen werden bei Tiroler Firmen untergebracht, andere werden nach Wien und Ungarn abgeschoben. Auch der von den deutschen Behörden gesuchte Besitzer des Autos, mit dem die Mörder an Rathenau heranfahren, der Fabrikant Franz Küchenmeister aus Freiberg, weilt in Innsbruck und wird von Pabst verborgen gehalten.»¹³²

Und vier Tage später hiess es in derselben Zeitung zum Rathenau-Mord: «In der Kanzlei der Hauptleitung äusserte sich Pabst schon Ostern 1922: ‚Die Judensau wird bald erledigt sein.‘»¹³³

Pabst musste reagieren und gab gegenüber der Presse an, «dass er die Beteiligten nicht gekannt und ihnen noch weniger auf der Flucht geholfen habe», wie ein Verbindungsmann der österreichischen Gesandtschaft in Berlin «streng vertraulich» an den Gesandten der Republik Österreich berichtete.¹³⁴

Pabst wollte sich sogar selbst anzeigen, um die Beschuldigungen aus der Welt zu schaffen, und schrieb angeblich an das Reichsgericht in Leipzig zwecks Einleitung eines Verfahrens gegen sich¹³⁵, doch wie der Gesandtschaft berichtet wurde, «ist nichts davon bekannt geworden, dass er jemals seine Ankündigung wahr gemacht habe»¹³⁶.

Auch vor der Schweizer Bundesanwaltschaft bestritt Pabst die Fluchthilfe: «Zunächst besteht ein ausserordentlich grosser Unterschied zwischen der Angelegenheit Liebknecht/Luxemburg einerseits und den Fememorden andererseits. Liebknecht und Luxemburg fanden ihr Ende mitten im Bürgerkrieg während der schwersten Strassenkämpfe (...) Die Fememorde gegen Rathenau, Erzberger usw. wurden verübt in friedlichen Zeiten von Fanatikern.»¹³⁷

Nach diesem halben Eingeständnis der Beteiligung am Luxemburg/Liebknecht-Mord «einerseits» mochte Pabst mit dem «andererseits» nichts zu tun haben. Persönlich lehne er solche Morde «auf das Schärfste ab»¹³⁸. In einem früheren Verhör antwortete er auf die Frage, ob er damals nicht wegen der Erzberger/Rathenau-Morde die Einleitung einer Untersuchung gegen sich beantragt hätte: «Ich höre von dieser Behauptung heute das erste Mal.» Es sei schwer, «gegen derartig erlogene und aus den Fingern gesogene Anwürfe» Stellung zu nehmen.¹³⁹ Nun, sie waren im letzten Punkt gewiss nicht erlogen. Pabst hatte – wie oben dargelegt – 1928 verkündet, sich selbst anzuzeigen, dies aber nie getan. Er hörte also nicht zum ersten Mal von diesen Vorwürfen.

Und der Flachsfabrikant Johannes Küchenmeister, der zusammen mit seinem Bruder Franz das Mordauto für das Attentat auf Rathenau zur Verfügung gestellt hatte, wurde tatsächlich am 22. Juli 1922 in Österreich verhaftet, aber von den Behörden nicht ausgeliefert. Er kehrte 1924 freiwillig nach Deutschland zurück.¹⁴⁰ Doch mehr noch, Pabst hatte tatsächlich Kontakt zu dessen Bruder Franz Küchenmeister, wie es die *Arbeiter Zeitung* behauptet hatte. Denn in einem Brief im Sommer 1924 schrieb Pabst an keinen geringeren als Hermann Göring, dass «Küchenmeister» sich für den Flachsanbau in Schweden interessiere.¹⁴¹ Und in einem weiteren Brief an Göring gab er sich zuversichtlich, dass «Freund K.»¹⁴² wegen der Beteiligung am Rathenau-Mord doch «hoffentlich freigesprochen» werde, damit er «seinen Betrieb wieder in vollem Umfang aufnehmen könne»¹⁴³. Was auch eintraf: Johannes Küchenmeister wurde am 26. Juni 1925 vom Reichsgericht in Leipzig für unschuldig befunden.

Pabst hatte also tatsächlich Umgang mit den Tatbeteiligten. Doch die *AZ* legte nach. Sie berichtete über die «freudige Begrüssung» eines weiteren Mordbuben in Innsbruck, des Attentäters auf den jüdischen Publizisten Maximilian Harden am 3. Juli 1922 in Berlin, Paul Ankermann. Der *AZ* zufolge habe Pabst Ankermann in der Kanzlei der Hauptleitung der Heimatwehr eine Anstellung verschafft. Pabst habe ihn dann zeitweise nach Trient zu den italienischen Faschisten geschickt, um dort zu spionieren.¹⁴⁴ Ankermann habe ausserdem im Auftrag der Heimatwehr «Einbruchsaktionen durchgeführt», sei aber dann zu «Privateinbrüchen» übergegangen und nach Wien geflohen. Dort wurde er im März 1923 verhaftet und im Oktober nach Deutschland ausgeliefert.¹⁴⁵ Letzteres wird durch Sabrows Forschungen belegt.¹⁴⁶ Dass sich die Heimwehren nicht nur über Umwege, sondern auch durch «Einbruchsaktionen» Waffen besorgten, galt als offenes Geheimnis. So warf man Pabst auch vor, die 22 Haubitzen durch Raub erbeutet zu haben.¹⁴⁷

Die Mörder Rathenaus mussten übrigens ausnahmsweise für ihre Tat büssen. Kern leistete bei seiner Verhaftung im Juli 1922 auf Burg Saaleck in Thüringen Widerstand und wurde von der Polizei erschossen, Fischer tötete sich daraufhin selbst. Leitfigur der Mördertruppe war der Bruder des Erzberger-Attentäters Karl Tillesen und ein Mitterrorist der Kadettenzögling Ernst von Salomon, der später den Mord literarisch begrün-

dete und in den fünfziger Jahren als Drehbuchautor für solche filmischen Meisterwerke wie *08/15* wirkte. Kern hatte übrigens auch der Technischen Nothilfe angehört, alle waren sie Mitglieder von Ehrhardts OC. Und Pabst hatte während seiner ganzen Heimatwehrzeit zu Ehrhardt Kontakt.

Noch ein anderes Ereignis brachte Pabst in Schwierigkeiten. Nachdem er seinen alten Kameraden Oberst Bauer als Beauftragten des grossdeutschen Ludendorff und als Führerfigur der Heimwehr ausmanövriert hatte, resignierte Bauer in Wien. Er verschwand erst einmal auf Einladung Trotzki's und finanziert von der deutschen Rüstungsindustrie¹⁴⁸ in die Sowjetunion. Dort änderte er gründlich seine Meinung über Bolschewisten und Juden.¹⁴⁹ Nach einem kurzen Aufenthalt als Militärberater in Spanien folgte er schliesslich in gleicher Mission einem Ruf Chiang Kai-sheks nach China, wo er 1929 an Pocken starb.

Ludendorff driftete 1923 noch weiter nach rechts und paktierte mit dem inzwischen in München gross herauskommenden Bierkelleragitator Adolf Hitler. Die «Ordnungszelle Bayern», das Münchner Triumvirat aus dem inzwischen als Generalstaatskommissar und faktischen Diktator fungierenden Ritter von Kahr, dem Reichswehrkommandanten Ritter von Lossow und dem Landespolizeikommandanten von Seisser ignorierte gleichzeitig immer mehr Anweisungen aus Berlin und machte sich Gedanken auch über eine Diktatur in Berlin. Diese Gedanken machte sich auch der uns bekannte von Seeckt, 1923 immer noch Reichswehrchef in Berlin. Er versuchte, Reichspräsident Ebert zu einem solchen Direktorium zu drängen. Als Kandidat dafür wurde auch der vormalige Pabstfinanzier und Stinnes-Verbindungsmann, Generaldirektor Friedrich Minoux, gehandelt.¹⁵⁰

Hitler und Ludendorff, das ungleiche Paar, hatten sich inzwischen ansehnliche Wehrverbände angeeignet, darunter die SA. Sie wurden kommandiert von Kriebel und Röhm. Letzterer hatte den Spitznamen «Maschinengewehrkönig» und versorgte Hitlers Truppen mit Waffen aus der Reichswehr, während Hitler von Münchner Fabrikanten mit Geld und von deren Frauen mit Reitpeitschen beschenkt wurde. Am 8. November 1923 fürchtete Hitler, dass ihm Kahr, Lossow und Seisser mit einem gesamtdeutschen Putsch zuvorkommen könnten, überfiel mit seiner SA eine Versammlung derselben im vollbesetzten Bürgerbräukeller und zwang sie unter Vorhaltung seiner Browning-Pistole zum Mitmachen.¹⁵¹ Hitler rief sich als Reichskanzler aus, Ludendorff sollte die Reichswehr befehligen, Lossow war als Kommandant vorgesehen, Seisser als Polizeipräsident und der Pabst-Beschützer Pöhner als Ministerpräsident Bayerns. Mit dabei waren der Pabst-Förderer und Chef der politischen Polizei Münchens, Wilhelm Frick, sowie die Ex-Mitglieder von Pabsts Nationaler Vereinigung, Scheubner-Richter und Pemet (der Schwiegersohn Ludendorffs). Damals noch unbekannt Namen weiterer Beteiligter lauteten Rudolf Hess, Heinrich Himmler und Hermann Göring. Spät in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1923 überlegte es sich das Triumvirat Kahr, Lossow, Seisser aber anders und zog seine Zusage zum Staatsstreich zurück. Die Putschisten,

die inzwischen Juden und Sozialdemokraten als Geiseln genommen, eine Unmenge Papiergeld geraubt und das Kriegsministerium besetzt hatten, entschlossen sich am nächsten Morgen zu einem Marsch durch München, der sich zu einem Marsch auf Berlin ausweiten sollte. Vorbild war hier Mussolini, der mit seinem Marsch auf Rom (den er übrigens im Schnellzug angetreten hatte) die Macht in Italien an sich gerissen hatte. Doch an der Feldhermhalle stiessen die Putschisten auf staatstreue Landespolizei, die, nachdem einer von ihnen erschossen worden war, das Feuer erwiderte und zwölf Hochverräter vom Leben zum Tod beförderte, darunter auch Scheubner-Richter. Ludendorff war mit den Worten: «Sie wagen es, auf den grössten Feldherrn des Weltkrieges zu schiessen» auf die Polizisten zugegangen und verhaftet worden.¹⁵² Hitler wurde kurz darauf im Haus seines Förderers «Putzi» Hanfstaengl festgesetzt.

Pabst nun war auf zweierlei Weise in das Geschehen verwickelt. Am 25. Januar 1924 konnte man im *Bayerischen Kurier* lesen, dass Pabst ein Anhänger der grossdeutschen Ideen Ludendorffs sei und weiter: «Wenige Tage vor dem Putsche war Major Peters-Pabst bei General Ludendorff in München, um ihm Bericht zu erstatten über die in Tirol für den Ernstfall getroffenen Vorbereitungen und um sich entsprechende Weisungen zu holen. Es wird auch nicht mehr geleugnet, dass am Abend des 8. November [1923] in der Tiroler Heimatwehr und den ihr nahe stehenden nationalsozialistischen und Oberlandgruppen Alarmbereitschaft befohlen war.»¹⁵³

Schon wenige Tage später sah sich nun der Tiroler Landeshauptmann Franz Stumpf bemüssigt, dem bayerischen Ministerpräsidenten Knilling ein laues Dementi zu schreiben. Zwar hätten sich Steidle und Pabst vor dem 8. November 1923 mit Kahr getroffen, aber mit Ludendorff habe man nur kurz vor dem Gebäude der *Münchner Neuesten Nachrichten* ein Gespräch geführt. Die Alarmbereitschaft am Putschabend sei «glatt erfunden». Ausserdem sei einer der Führer der Nationalsozialisten an dem Abend gar nicht in Innsbruck gewesen.¹⁵⁴ Aber offensichtlich an andern Abenden.

Pabst war auch beunruhigt und schrieb seinem Mentor in Bayern, dem «Bauern doktor» Heim von der Bayerischen Volkspartei. Der Angriff des *Bayerischen Kuriers* sei in Wien auch durch das «jüdische Blatt des sozialdemokratischen Finanzmagnaten Bosel, Die *Stun de*», übernommen worden. Pabst gab zu, dass er tatsächlich Ende Oktober 1923 nach München gereist sei, aber nur um «stundenlang» mit Kahr, Lossow, Seisser und Pittinger zu sprechen. Mit Ludendorff habe er nur kurz auf der Strasse gesprochen. Im Übrigen habe bisher niemand «von uns» Hitler persönlich kennengelernt. Was gelogen war, wenn man sich an Pabsts Begegnung mit Hitler am 18. März 1920 beim Kapp-Putsch in Berlin erinnert. Ursache der Verleumdung seien die Legitimisten. Pabst bat den Bauern doktor, doch den *Bayerischen Kurier* zu einer Gegendarstellung zu bringen, was wohl nicht gelang.

Dass Pabst durchaus den Putsch unterstützte, beweist eine andere Tatsache. Hauptmann a.D. Hermann Göring war bei der Schiesserei vor der Feldhermhalle am Bein

verletzt worden und über Garmisch, wo er verhaftet, unter Abgabe des Ehrenworts aber freigelassen wurde, dann weiter nach Tirol geflohen.¹⁵⁵ Göring, «mittellos», bat die Heimatwehr um Hilfe. Die wollte ihm Pabst nicht abschlagen und brachte ihn in einem Hotel unter¹⁵⁶, welches ganz zufällig das teuerste Hotel Innsbrucks war, der Arlberger Hof, so berichtet das deutsche Konsulat in Innsbruck an die deutsche Gesandtschaft in Wien.¹⁵⁷ Göring pflegte dort einen aufwändigen Lebensstil und lieh sich Geld vom Stabsleiter, das ihm, wie Pabst 1962 stolz dem *Spiegel* verkündete, Göring noch heute schulde.¹⁵⁸ Womit eindeutig belegt ist, dass hier Fluchthilfe geleistet worden ist, wie sie bei den anderen Mordfällen (Erzberger, Rathenau, Harden) durchaus auch naheliegt. Pabst brachte Göring bei Rudolf P. Walther, dem Gauleiter des Stahlhelm in Venedig, für mehrere Monate unter¹⁵⁹ und hatte übrigens zeitlebens Kontakt mit Göring. Später wurde er von diesem auch gefördert und geschützt – so wie er diesen gefördert und geschützt hatte.

Am 4. Juli 1924 schrieb er ihm und berichtete über den Stand der Amnestiebemühungen im Reichstag wegen des «Kapp-Unternehmens» und wegen des Hitler-Putsches. Dabei vergass er nicht, die «nationalsozialistische Freiheitspartei» und insbesondere den Volksgenossen und Feldherrenhallen-Putschisten Dr. Frick zu loben, mit dem er auch in Briefkontakt stand und den wir von seinem lustigen Vorschlag her kennen, Pabst und Ehrhardt in München (1920) kurzfristig zu verhaften und dann die Belohnung gemeinsam zu verzechen. Auch vergass Pabst nicht, den ehemaligen Vizekanzler und Vater seiner ehemaligen Berliner Geliebten, Eugen Schiffer, zu denunzieren, welcher alles ableugne, was er ihm damals in seiner «jüdischen Angst versprochen» habe.¹⁶⁰ Er prophezeite Göring eine lange Wartezeit in Schweden und gab ihm den Tipp, sich auf Flachsanzbau zu konzentrieren.

In einem zweiten Brief brachte Pabst gar eine Einschätzung des Göring'schen Charakters zuwege. Er halte ihn «ehrlich gesagt für alles andere als für einen Politiker. Sie sind noch viel zu anständig und harmlos für dieses Geschäft, die andern nutzen Sie nur aus und wissen Ihnen nachher keinen Dank. Sturmtruppenkommandant, das liegt Ihnen schon, aber Politik ist nichts für einen Mann wie Sie!» Eher für Pabst, der übrigens genau wusste, dass der Sturmtruppenkommandant Göring beim Hitler-Putsch jüdische Geiseln hatte verhaften und mit dem Tode bedrohen lassen.

Doch Pabst ging noch weiter, er kritisierte Hitler, der auch kein Politiker sei, weil er – man glaubt es kaum – Ludendorff zur Reichspräsidenten kandidatur habe aufstellen lassen. Dies hatte tatsächlich zum Desaster und zum Rückzug von Ludendorff aus der Politik in die faschistische Esoterik geführt. Pabst erkannte richtig, dass Ludendorff «keinerlei Anziehungskraft für Massen» mehr besass. Hitler habe ihn einer Blamage ausgesetzt, obwohl er selbst glaubte, eine Führergabe zu besitzen. «Zu einer solchen gehört aber in *allererster* Linie die richtige Abschätzung der *wirklichen* Lage. Dass Hitler sich gegenüber Ihnen so prachtvoll bewährt, spricht für den *Menschen* Hitler

durchaus, als solcher ist er jedenfalls eine vorbildliche Erscheinung.» Denn auf seine «vorbildliche Art der Lebensführung und seine tadellose Gesinnungsart bauen sich meine Hoffnungen, dass er doch noch einmal wieder als einer der Führer aus unserem Elend anerkannt wird.»¹⁶¹

Pabsts Hoffnungen auf Hitlers Führerschaft sollten sich erfüllen. Nur führte dies ins Elend und nicht aus ihm heraus. Es zeigt sich, Pabst war zu dieser Zeit zwar ein Kritiker der Nazis, was die Taktik anging, aber kein Gegner und als guter Faschist durchaus bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten.¹⁶² Und er hatte sich von seinem früheren Helden Ludendorff endgültig verabschiedet, weil dieser über keine Massenanziehung mehr verfügte.

Doch auch aus den eigenen Reihen der Tiroler Heimatwehr gab es unmittelbar nach dem Hitlerputsch Angriffe gegen Pabst. Er schien so manchem Heimmattreuen denn doch sehr verdächtig.

Ein ehemaliger Feldkurat namens Ortner forderte kurz vor Weihnachten 1923 den Rücktritt Pabsts: «Wir dulden es nicht, dass ein preussischer Offizier ein Kommando über das katholische Tirolervolk sich zu führen anschickt.» Nach dieser Attacke gegen den protestantischen Piefke wurde auch noch der Kapp-Putsch angeführt: «Wir dulden nicht, dass ein preussischer Offizier, der beim preussischalldeutschen Kapp-Putsch Generalstabschef der Putschleiter war, in führender Stellung bei einer gänzlich unpolitischen österreichischen tirolerischen Selbstschutzorganisation sich befindet, weil dies dem ohnehin argwöhnischen Auslande Anlass zu schweren Bedenken gibt, das Sanierungswerk stört und die Lage der Brüder über dem Brenner verschlechtert.»¹⁶³

Mit den Brüdern über dem Brenner waren die Südtiroler gemeint, denen Pabst (wie auch Hitler) tatsächlich kein grosses Interesse entgegenbrachte. In seinem politischen Bekenntnisbrief zeigte Pabst, sich als «Adoptiv-Tiroler» bezeichnend, zwar Verständnis für die «Selbstbestimmungsrechte» der Brüder über dem Brenner, gab aber auch die Parole aus, dass man sich «zunächst mit den gegebenen Tatsachen abzufinden habe»¹⁶⁴. Auch hatte das Ausland in Form der Verfolgungsbehörden des Deutschen Reiches, im Gegensatz zu Ortners Annahme, keine grossen Bedenken und machte keinerlei Anstalten, Pabsts Auslieferung zu fordern. Auch sonst war seine Putschbeteiligung in den Anrainerstaaten kein Thema. Dass die Heimatwehr nach Ortners Ansicht unpolitisch wäre, ist eine typische Schutzbehauptung wie überhaupt die Behauptung, man sei unpolitisch, meist eine rechte Gesinnung tarnt. Immerhin wurde die Putschbeteiligung Pabsts hier erstmals kritisch gesehen.

Doch Ortners Angriffe gingen noch weiter: Die Heimatwehr Tirols stehe im Dienste Preussens. Dies sei der Verdienst von Peters (Pabst). Er wolle den Anschluss Österreichs an Deutschland verwirklichen. Dazu sollten im gegebenen Moment die süddeutschen Selbstschutzverbände SSV (also Escherichs Nachfolger) ansetzen. Reserve seien die SSV aus Tirol. Auch Bund Oberland hätte die Aufgabe, mit ihren Maschinengeweh-

ren die SSV voranzutreiben. Das habe Peters schriftlich schon vor Jahren mit der Or-gesch festgelegt.¹⁶⁵

Für Pabst war klar, dass die Vorwürfe Ortners «ganz interessante Streiflichter auf die Wühlarbeit gewisser Kreise» werfen¹⁶⁶, womit die Legitimisten gemeint waren, eine Minderheit innerhalb der Heimatwehr, die nicht mehr als eine Wiederaufrichtung der Habsburger Monarchie wollten und denen jedes Preussentum und grossdeutsches Ge-habe ein Graus war. Tatsächlich schienen auch die Angriffe im *Bayerischen Kurier* in die gleiche Richtung zu gehen, denn ausdrücklich wurde im Münchner Artikel, welcher Pabst die Beteiligung am Hitler-Putsch unterstellte, der «berühmte Feldkurat Ortner» in seiner «Säuberungsaktion» gegen Pabst bestärkt.¹⁶⁷

In der Führung der Heimatwehr war man sich sicher, dass Ortner nur Strohmann war der «extrem schwarz-gelben Legitimisten, die sich des ehemaligen Feldkuraten» bedienten.¹⁶⁸ Ortners einfaches «Tirol den Tirolern» war für Pabst sicherlich zu klein-teilig gedacht. Er hatte Grösseres vor.

In einer im Januar 1924 einberufenen Versammlung des Gaus Unterinntal in Wörgl versuchte man, den Angriff in Anwesenheit Ortners, aber in Abwesenheit Pabsts abzu wehren. Ortner hatte in einem offenen Brief an den *Tiroler Volksboten* seine Vor-würfe präzisiert.¹⁶⁹ Er warf Pabst-Peters den «regen Verkehr mit Ludendorff, sowie Gründungen von bayerischen Oberlandgruppen» vor. Oberland sei alldeutsch und habe den Hitlerputsch in München mitgemacht. Ausserdem hätten die Heimwehrverbände Österreichs auf einer Tagung in Klagenfurt am 22. Oktober 1923 beschlossen, «im Falle der Errichtung einer Diktatur in Deutschland», welche den Anschluss fordere, darauf hinzu wirken, dass am Anschlussgedanken festgehalten werde.

Doch Ortner wurde widersprochen. Steidle konnte belegen, dass der Feldkurat die Richtlinien von Klagenfurt verkürzt zitiert hatte und tatsächlich im Fall einer Rechts-diktatur in Deutschland gebeten wurde, «von einem Aufruf Deutschösterreichs zum Anschluss an das Reich ab [zu] sehen»¹⁷⁰. Pabst habe ausserdem, um die Heimatwehr schlagkräftig zu machen, seine ganze Kraft zur Verfügung gestellt und zwar nach den Statuten und in Einklang mit der Landesregierung. Was auch stimmte. Auch sah man den Kapp-Putsch anders als der Ex-Kurat. Der habe doch den Zweck gehabt, «die Re-volutionsnutznießser von ihrem Throne herunterzu werfen»¹⁷¹, meinte ein Bezirksver-treter der Heimatwehr namens Kreidl, und es hätte ihn gefreut, «wenn sich auch in Österreich jemand gefunden hätte, der unsere Revolutionsnutznießser zum Teufel ge-jagt hätte». Nun, das beabsichtigte Pabst ja gerade. Gleichzeitig war aber auch klar, dass der Putschismus eine deutliche Anhängerschaft bei den Tirolern fand und Pabst sich daher grosser Beliebtheit erfreute. Kreidl, obwohl Anhänger des legitimistischen Flügels, forderte zur Einheit auf, weil ja sonst «nur der Marxismus und das Judentum den Profit haben»¹⁷². Auch Ortners Vorwurf, Pabst habe öffentlich bekundet: «Der Herr

Landeshauptmann muss tun, was ich will. Ich habe die Landesregierung in der Hand!», wurde von dem bemühten Ohrenzeugen Major Pfenner nicht bestätigt.¹⁷³ Der Major wollte sich daran nicht erinnern können. Ortner musste nun zurückrudern und liess seine immer wieder angekündigten schriftlichen Beweise stecken. Man stellte alles als Missverständnis hin.¹⁷⁴ Pabst wurde schliesslich mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Auch der Bauernbund stand zur Heimatwehr.¹⁷⁵ Die Ortsgruppe Hall, der Ortner angehörte, wurde «gesäubert»¹⁷⁶.

4. Der Aufstieg

In den folgenden Jahren ging es mit der Heimatwehr aufwärts, man bekam wieder Geld¹⁷⁷, und der Mitgliederstand nahm zu. Mit ihr stieg auch Pabst auf. Er konnte nun seine ganze Organisationsarbeit entwickeln.

Die österreichische Sozialdemokratie gab dabei ein leidlich dankbares Feindbild ab. Hatte sie Mitte 1923 auch bewaffnete Einheiten, den Republikanischen Schutzbund (Resch), gegründet, deren defensiver Charakter offensichtlich war, und 1926 ihr Parteiprogramm neu formuliert¹⁷⁸, so bildete dies für Pabst und Steidle willkommene Aufhänger, um wieder von der bolschewistischen Gefahr zu schwadronieren. Jetzt aber wollten Steidle und Pabst den Sozialdemokraten Schritt für Schritt das Recht auf die Strasse nehmen.

Gleichzeitig hatte man in der angeblichen Bedrohung Tirols durch den italienischen Faschismus Anlass, Geld und Waffen zu fordern, während man sich seinen Zielen immer mehr annäherte. Der Antiparlamentarismus und die Aggression gegen das «Rote Wien» und die Sozialdemokratie wurden grösser. Steidle und Pabst drängten, trotz des starken christlichsozialen Flügels, die Heimatwehr immer mehr in Richtung einer faschistischen Lösung.¹⁷⁹ Im Herbst 1926 benutzte Steidle auf einer Versammlung der Wehrverbände und in Anwesenheit des Landeshauptmanns Stumpf gar den Begriff der bewaffneten «nationalen Revolution»¹⁸⁰. Dieser Begriff war bislang hauptsächlich von Hitler in der Zeit des Putsches im November 1923 in Bayern benutzt worden, im Alpenland aber neu.

Als die Sozialdemokraten 1927 auch in Tirol, wo sie wesentlich schwächer als in Wien waren, Stimmen dazugewannen, folgerte Pabst, ähnlich wie schon 27 Jahre vor ihm der Sozialdemokrat Eduard Bernstein, daraus, dass der Parlamentarismus «mit absoluter Sicherheit in den Sozialismus führt»¹⁸¹, und forderte daher von den christlichsozialen Politikern in Wien mehr Geld.

Im November 1926 gelang es schliesslich, alle Heimwehrverbände Österreichs aus der Steiermark, aus Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg unter einem Dach verband, dem «Vereinigten österreichischen Selbstschutzverband», zusam-

menzuschliessen, dessen Bundesführer Steidle und deren Bundesstabsleiter wie selbstverständlich Pabst wurde.¹⁸²

Auf einer Tagung der Heimwehren in Klagenfurt betonte Pabst nochmals, wie wichtig die finanzielle Basis sei, und zog dabei Lehren aus dem Kapp-Putsch: «Pabst berichtet über den Kapp-Putsch, der trotz langer Vorbereitung doch zusammenbrach, da ein Teil der Truppe nicht wollte, am 2. Tag dadurch, dass man zu spät zu den Staatskassen kam, kein Geld mehr hatte und nicht rauben wollte.»¹⁸³

Wie wir wissen, wollte Pabst rauben, aber selbst dem Mörderbuben Kapitän Ehrhardt war dies damals zu dick. Offensichtlich wollte Pabst mit seinem Bericht auch klarmachen, dass tatsächlich diesmal auch Geld geraubt werden müsse, wenn es klappen sollte. Auf dieser und weiteren Tagungen machte Pabst immer wieder klar, dass nun eine «ausserparlamentarische Lösung» gesucht werden müsse.¹⁸⁴ Steidle und Pabst beherrschten nun die österreichischen Heimwehren massgeblich, wobei die Uneinigkeit der einzelnen Abteilungen nie ganz überwunden wurde.

Im Jahr 1927 verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokratie und Heimwehr. Im Januar hatten im Burgenland Angehörige des Frontkämpferbundes (eine heimwehrähnliche Formation) aus dem Hinterhalt auf eine unbewaffnete Demonstration der Resch geschossen. Ein sozialdemokratischer Kriegsinvalid und ein Kind blieben tot auf der Strasse zurück. Die Sozialdemokraten in Innsbruck wollten deswegen demonstrieren, was die Heimatwehr zu verhindern trachtete. Stumpf, der Landeshauptmann, verbot parteiisch die Demonstration, was zu heftigen Debatten im Landtag führte. Die Heimatwehr feierte dies als Sieg.¹⁸⁵

Zum Höhepunkt der Auseinandersetzungen kam es im Juli in Wien, als die Heckenschützen, die die beiden Menschen getötet hatten, vor Gericht freigesprochen wurden. Dies löste unter der Arbeiterschaft grosse Empörung aus. Es kam zu Grossdemonstrationen, die am 15. Juli 1927 schliesslich zum Sturm auf den Justizpalast führten. Möbel und Akten flogen auf die Strasse und wurden in Brand gesetzt, die Feuerwehr am Löschen gehindert. Die Folge: Der berühmte Justizpalastbrand. Schliesslich liess Polizeipräsident Johannes Schober in die Menge schiessen. Das Ergebnis: 89 Tote, darunter 4 Sicherheitskräfte, und über 1'000 Verletzte.¹⁸⁶

Die Basis der Sozialdemokratie forderte nun Waffen von ihrer Partei und die Aufnahme des Kampfes. Doch die Führer der Sozialdemokratie Österreichs wollten keinen Bürgerkrieg. Als der dem rechten Flügel der Christlichsozialen zugehörige Bundeskanzler Seipel nicht zurücktrat, entschied man sich für einen eintägigen General- und einen unbefristeten Verkehrsstreik. Auch in Vorarlberg¹⁸⁷ und Tirol erzwangen die freien Gewerkschaften die Einstellung des Eisenbahnverkehrs. Am 16./17. Juli gab es nur einen Notverkehr. Die Landesregierung beschloss – abgeschnitten von Wien –, den Streik zu brechen. Man entschied, dafür auch die Heimatwehr einzusetzen.¹⁸⁸ Am 18. Juli wurden Einheiten der Heimatwehr, des Bundes Oberland, der Nazis, der Frontkämpfer und der Technischen Nothilfe zusammengezogen.¹⁸⁹ Es war für Pabst, der in

Innsbruck geblieben war, die Gelegenheit zu zeigen, was er konnte.¹⁹⁰ Bereits in der Nacht waren die fünf strategisch wichtigen Bahnabschnitte in Tirol von Heer, Gendarmerie und Heimatwehr besetzt worden. Die Resch leistete keinen Widerstand. Auseinandersetzungen wurden zudem durch den Abbruch des Streiks am Montag verhindert.¹⁹¹ Im Übrigen besass die Heimatwehr einen Top-Spitzel in der Führung der Resch, der sie immer mit kompletten Versammlungsprotokollen der sozialdemokratischen Kampforganisation versorgte.¹⁹²

Die Heimatwehr feierte den Streikabbruch als ihren Erfolg und nutzte den Justizpalastbrand als Fanal gegen den «Bolschewismus». Die Macht der Paramilitärs stieg an. Bürgerliche Presse, Behörden, Landesregierung, Bundeskanzler und Finanziers¹⁹³ unterstützten nun die Tiroler Heimatwehr, ja alle Heimwehren Österreichs mehr denn je. Sie geriet in den Aufwind.¹⁹⁴ Die Mitgliederzahlen stiegen noch weiter an.¹⁹⁵

Der Druck auf die österreichische Bundesregierung in Wien wurde verstärkt. So forderte man Neuwahlen, Geld, ein Streikverbot bei der Eisenbahn und drohte, eine mögliche Koalition von Christlichsozialen und Sozialdemokratie durch einen Putsch zu beenden. Die Heimwehren würden in diesem Fall aufgeboten, «nicht als Organe für Ruhe und Ordnung, sondern um die Geschicke des deutschen Volkes (sic!) in Österreich selbst in die Hand zu nehmen.»¹⁹⁶

«Bundesstabsleiter Major Pabst» konnte verkünden, dass die Jugend Tirols durch Kriegsspiele ausgebildet sei, die Männer zu Infanteristen gemacht würden, die «Bewaffnung gut» wäre und somit die Heimatwehr «durchorganisiert sei»¹⁹⁷.

5. Deutscher, Österreicher, Pensionist

Pabst und seine Frau hatten im Juni 1920 Österreich mit falschem Namen und Papieren betreten. Die falschen Papiere der Kaufmannsgattin «Helene Peters», die sie zum ungehinderten Reisen in Deutschland, Österreich, Italien und der Schweiz berechtigte, abgestempelt mit dem echten Stempel des deutschen Konsuls in Innsbruck, sind noch erhalten.¹⁹⁸ Ob Pabsts Frau von Pabsts Liaison mit der Tochter des deutschen Justizministers wusste, ist nicht überliefert, jedenfalls begleitete ihn sein Weib brav über Kufstein in die Alpenrepublik. Und Pabst kümmerte sich auch sehr bald durch seine Kontakte zur Landesregierung darum, die österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen. Im Jahr 1921¹⁹⁹ wurde ihm in Mieming in Tirol, nahe Innsbruck, sogenanntes Heimatrecht gewährt, Bedingung für die Aufnahme als Staatsbürger in die erste Republik. Damit hätte er offiziell Tiroler und Österreicher werden können. Und tatsächlich hatte er

auch um die österreichische Staatsbürgerschaft gebeten.²⁰⁰ Doch Pabst bangte um seine deutsche Offizierspension. Zwar wurde die ihm wegen der Beteiligung am Kapp-Putsch vorläufig nicht gewährt²⁰¹, auch hatte man sein Vermögen kurzfristig eingezogen²⁰². Doch Pabst war sich sicher, dass er das alles geregelt kriegen würde. Und damit ihm seine Pension zukünftig erhalten bleiben würde, zog er vor erfolgreicher Verleihung seinen Antrag zurück²⁰³ und blieb damit Reichsdeutscher.

Sein Mitputschist, der Ludendorff-Intimus Oberst Max Bauer, informierte ihn Ende 1924, dass man in Österreich beide Staatsangehörigkeiten haben könne und er (Bauer) tunlichst auch die Doppelte beibehalten werde. Da man aber in Deutschland nur eine haben dürfe, bestünde die Gefahr, «dass man uns als Ausländer ansieht»²⁰⁴. Pabst antwortete: «Im Übrigen weiss ja draussen niemand, dass ich neben der deutschen noch die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen habe und ich werde mich natürlich beherrschen und es niemandem auf die Nase binden.»²⁰⁵ Und band damit Bauer auf die Nase, dass er auch die österreichische habe, was nicht der Fall war.

Als Pabst dann 1925 mit Hilfe Stresemanns, der Rechtsparteien (inklusive der Nazis) und durch die Reichspräsidentenschaft Hindenburgs seine Amnestie bekam – die Umstände werden wir noch näher beleuchten –, war die Pension auch wieder zu zahlen, denn er galt als Deutscher. Da dies erst einmal nicht bezweifelt wurde, erhielt er ab dem 1. August 1925 vom Versorgungsamt München²⁰⁶ seine deutsche Offizierspension in Höhe von 3'777 Mark jährlich, plus 1'020 Mark Übergangszulage, ausbezahlt.²⁰⁷ Machte rund 400 Mark monatlich. Damals eine nicht geringe Summe.

Und obwohl Pabst niemandem auf die Nase band, welche Staatsbürgerschaft er nun wirklich hatte, kam durch die Recherche der Roten doch eines Tages einiges heraus.

So richteten die Abgeordneten Prantl, Hüttenberger und Genossen von den österreichischen Sozialdemokraten eine Anfrage an den Tiroler Landeshauptmann zur Staatsbürgerschaft Pabsts. Sie wollten wissen, ob er nun Österreicher oder Deutscher war. «Ein Umstand, dessen authentische Klärung bei der tatsächlich starken Einflussnahme dieses Mannes auf eine gewisse österreichische Politik wir für notwendig halten. Pabst beherrscht den militärischen Apparat der Heimatwehr und auch die Pressestelle derselben.»²⁰⁸

Die Landesregierung lehnte die Beantwortung glatt ab.²⁰⁹ Doch die roten Kerle hatten noch mehr herausgefunden, nämlich, dass Pabst über eine deutsche Offizierspension verfügte. Diese Tatsache beschäftigte die Reichsbehörden nun monatelang. Ein reger Schriftverkehr zwischen Reichskanzlei, Aussenministerium, Reichsarbeitsminister, preussischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Gesandten in Wien, Graf Lerchenfeld, bzw. dem Generalkonsul in Innsbruck, Salier, entwickelte sich. Die Landesregierung in Innsbruck blockte ab, warf Nebelkerzen und erweckte im deutschen

Reichskanzler Hermann Müller «den Verdacht, dass die ganz in den Händen der Heimwehr befindliche Tiroler Landesregierung mit Pabst unter einer Decke arbeitet»²¹⁰.

So wusste niemand, was Sache war. Schliesslich wurde es dem Reichskanzler Müller doch zu bunt, und am 3. Dezember 1929 wurden die Zahlungen an Pabst vorläufig eingestellt.²¹¹ Man glaubte, er sei Österreicher. Nun aber kam durch einen Artikel der *Volkszeitung* heraus, dass Pabst regelmässig vom deutschen Konsul in Innsbruck einen Heimatschein ausgestellt bekommen hatte und zwar, weil er eine sogenannte Lebensbescheinigung des Berliner Polizeipräsidenten (ausgestellt 1927) vorlegen konnte.²¹² Er war somit berechtigt, seine Pension einzufordern.

Jetzt fragte das Berliner Polizeipräsidium beim Tiroler Landeshauptmann an, welche Staatsbürgerschaft Pabst nun habe. Stumpf zeigte sich eingeschnappt und erlaubte sich, in Erwägung zu ziehen, ob wohl in einer «an den Landeshauptmann von Tirol gerichtete [n] Anfrage von einer ausländischen Stelle» nicht «eine immerhin zu beachtende Einmischung in innere Verhältnisse zu erblicken» sei.²¹³ In der deutschen Reichskanzlei ging man inzwischen davon aus, dass von der Tiroler Landesregierung «wahrheitsgemässe Angaben nicht zu erwarten» seien.²¹⁴ *

Pabst legte nun aber ein Schreiben der Tiroler Regierung vor, dass er die österreichische Staatsbürgerschaft nicht erworben hatte. Man glaubte den Tirolern nicht und fragte bei der Bundesregierung in Wien nach.²¹⁵ Die gab erst im Oktober 1930 Auskunft, dass Pabst die österreichische Staatsangehörigkeit nie angenommen habe.²¹⁶ Und so wurde ihm die Pension nun wieder ausbezahlt, inklusive der aufgelaufenen Beträge. Dass der Kapp-Putsch neben den zahlreichen Menschenleben²¹⁷ auch sechs Millionen Goldmark gekostet hatte²¹⁸, spielte offensichtlich keine Rolle.²¹⁹ Pabst war Deutscher mit entscheidender Machtposition in Österreich. Und als ahnte Pabst, dass Schwierigkeiten auf ihn zukommen würden, versuchte er 1930 erneut, die österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen.²²⁰ Doch der Zug war offensichtlich abgefahren.²²¹ Pabst blieb Deutscher. Ein Umstand, der ihm gefährlich werden konnte.

6. Die Stresemann-Connection – Geheimagent des Aussenministers

Noch bevor Pabst seine Pension einstreichen konnte, musste er amnestiert werden. Ohne Amnestie war nicht an Reisen nach Deutschland (Bayern ausgenommen) zu denken, ohne Gefahr zu laufen, verhaftet zu werden. Also betrieb Pabst seine «Rehabilitierung» mit Nachdruck. Wir haben erfahren, dass ihm dabei Stresemanns Verhalten vor und nach dem Putsch zupass kam, hatte sich dieser doch nach der Novemberrevolution mit Pabst beraten, wie das Weimarer System zu beseitigen wäre, wie Pabst sich aus-



Gustav Stresemann

drückte: «Habe ich mir erlaubt Herm Stresemann an seine verschiedenen Besprechungen mit mir in seiner Wohnung bzw. in der des Dr. Maretzky zu erinnern, deren Thema im Wesentlichen die Beseitigung der November-Verbrecher aus der Regierung zunächst mit Hilfe der GKSD und später mit derjenigen der Exz. v. Lüttwitz unterstehenden Truppen war.»²²²

Da Stresemann sich jedoch mittlerweile zum Vernunft-Republikaner gewandelt und den Parlamentarismus akzeptiert hatte, wollte er mit früheren Taten nicht mehr konfrontiert werden. Eventuelle Enthüllungen Pabsts über die antirepublikanische und putschfreundliche frühere Haltung Stresemanns hätten diesen sicherlich aufs Äusserste kompromittiert. Also war Stresemann einer der wichtigen Hebel, um die Amnestierung Pabsts aufs richtige Gleis zu setzen. Das wusste Pabst, und sein Erpresserbrief zeigte Wirkung. Stresemann, inzwischen Aussen-

minister, war einer der eifrigsten Betreiber des Straferlasses für die Kappisten.

Mehrere Amnestierungsversuche scheiterten, eine erste Amnestie 1920 galt nicht für die Rädelsführer des Kapp-Putsches, zu denen Pabst zweifellos zählte.

Ein Hindernis auf dem Weg zur Straffreiheit war Eugen Schiffer, zum Zeitpunkt des Putsches in Berlin gebliebener Vizekanzler und Unterhändler wider Willen mit den Putschisten. Schiffer weigerte sich beharrlich – vielleicht spielte da Pabsts Affäre mit seiner Tochter eine Rolle –, die Behauptungen von Pabst, Lüttwitz, Bauer und den anderen Hochverrätern zu bestätigen, er habe ihnen Amnestie in Aussicht gestellt, wenn sie zurückträten und Berlin verlassen würden. Schiffer gab dagegen an, er habe «bedingungslose Übergabe verlangt»²²³.

Pabst fuhr daraufhin mehrgleisig. Während er Schiffer einen untertänigen Brief schrieb, in dem er ihm versicherte, er habe «keinerlei Grund, an der Richtigkeit Ihrer Behauptung zu zweifeln», und als Lösung anbot, Schiffer sei wohl nicht von dem «abschliessenden Protokoll», das ihnen Amnestie zugesichert habe, «in Kenntnis gesetzt worden»²²⁴, teilte er dem Mitputschisten Oberst Bauer mit, dass sein Fluchthelfer aus Bayern, welcher mit ihm gemeinsam die Belohnung für Pabsts Ergreifung hatte verzeichnen wollen, «der nationalsozialistische Sprecher (Oberamtmann Frick)» im Reichstag «dem Oberschweinehund den (sic!) Juden Schiffer ganz gehörig die Meinung gesagt»

und in «die dunklen Schiebungen hineingeleuchtet»²²⁵ habe. Juden und Schiebungen mussten einfach Zusammenhängen, während Pabst das, was er machte, wohl als ehrenvoll ansah. Stresemann jedoch, der während des Putsches auch zu den Unterhändlern gehört hatte, bestätigte, durch die Drohung Pabsts unter Druck gesetzt, nun: «Sehr geehrter Herr Major Pabst! Über die Amnestie der bei dem Kapp-Putsch beteiligten Herren habe ich wiederholt mit den Führern der Parteien und auch mit den Mitgliedern des Kabinetts gesprochen. *Ihre* [unterstrichen im Original] Darstellung ist, wie ich auch im Reichstage seinerzeit ausgeführt habe, zutreffend.»²²⁶

Er versprach zudem, in der Amnestiesache mit den Herren von der DNVP zusammenzuarbeiten. Die wiederum trieben das «Protokoll» auf. Schiffer als Reichsjustizminister hatte sich wohl damals doch dazu bewegen lassen, sich «für ein allgemeines Amnestiegesetz» einzusetzen. Weitere Parteienvertreter hatten zugesagt, «die Annahme dieses Gesetzes als gesichert» anzusehen.²²⁷ Hergt von der DNVP bestätigte auch Pabsts Version von der Beendigung des Putsches am 18. März 1920 qua Kombination Rücktrittserklärung Lüttwitz und Amnestiezusicherung – Letzteres durch einen damaligen Schriftsatz in der Handschrift Stresemanns sowie die Zusicherung, dass dieser nicht für die Öffentlichkeit gedacht war.²²⁸

Als sich die Sache dann doch weiter verzögerte, nahmen die unterschwelligen Drohungen Pabsts wieder zu. So schrieb er Stresemann am 6. November 1924: «Ich dünkte, dass ich aus den verschiedensten Gründen auch so viel Rücksichtnahme verdient hätte.»²²⁹ Auch Bauer und Steidle bedrängten Stresemann bzw. suchten ihn an seiner grossdeutschen Ideologie zu packen. Bauer rühmte sich in Spanien, wo er inzwischen als Militärberater wirkte, «wirklich nur für Deutschland und seine Industrie»²³⁰ zu arbeiten, und der Österreicher Steidle vergass nicht, Pabsts Kampf «für ein nationales Deutschland»²³¹ zu erwähnen. Pabst erhöhte zudem den Erpresserdruck: «Ich bitte Sie also, sehr verehrter Herr Minister, setzen Sie Ihre mehrfachen mündlichen und schriftlichen Zusagen nunmehr in die Tat um und bringen Sie die Amnestie im Kabinett durch.»²³²

Pabst wurde auch noch von weiteren Persönlichkeiten im Kampf um die Straffreiheit unterstützt. Zu nennen sind hier Hauptmann Ernst Röhm, später Hitlers SA-Chef und Konkurrent, sowie der uns schon bekannte Bauern doktor Heim, der Pabst das Empfehlungsschreiben an die Tiroler Landesregierung ausgehändigt hatte.

Massgeblich war jedoch Stresemann, der als Aussenminister jetzt sogar nach Pabsts detaillierten Vorschlägen²³³ eine eigene Kabinetts Vorlage entwickeln liess. Stresemann bat aber darum, Schiffer aus der Schusslinie zu nehmen.²³⁴ Pabst hielt sich daran und versagte sich erst mal seine antisemitischen Ausfälle.²³⁵ Und Stresemann gelobte nun, das Versprechen einzulösen, das «im Jahre 1920 den an dem sogenannten Kapp-Putsch Beteiligten gegeben worden ist»²³⁶.

Freilich kam es hier zu wundersamen Konstellationen: Nicht nur die Rechtsparteien,

nicht nur Stresemann, auch die Nazis in Form des uns bekannten Frick wie auch die KPD und die SPD wollten Amnestie. Vorletztere hatte Anfang der 20er Jahre auch mehrfach versucht, die Diktatur des Proletariats qua Minderheitenaufstand durchzusetzen und war kläglich gescheitert. Merkwürdigerweise störte den Bolschewistenfresser Pabst überhaupt nicht, wenn nun auch Kommunisten durch eine etwaige Amnestie freikämen. Das sei «halb so schlimm. Da die betreffenden Kommunisten nämlich in der Mehrzahl sogenannte gemeine Verbrecher sind, so laufen sie der Justiz binnen Kurzem doch wieder in die Hände.»²³⁷

Die DNVP hatte sogar Pabst zugesagt, nötigenfalls den zum Staatsfeind Nr. 1 erklärten sagenumwobenen «Max Höltz (sic!) hinauszulassen»²³⁸. Was Pabst auch nicht weiter störte, wie er auch nicht auf die Idee kam, sich als gemeinen Verbrecher zu sehen. Interessant ist, wie sehr Pabst sich – übrigens ähnlich wie Hitler – vor Verhaftung und Gefängnis fürchtete. Dies war die andere Seite der eigenen Brutalität: eine Furcht, die seine früheren Opfer Luxemburg und Liebknecht nie zelebrierten. Vom aufrechten Gang kann bei Pabst also nicht die Rede sein.

Als Hindenburg dann Nachfolger des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert wurde und die Republik noch weiter nach rechts rückte, nahm die Amnestie Gestalt an. Stresemann liess ein eigenes Gesetz einbringen, wie Pabst Oberst Bauer berichtete, und «hat übrigens nicht verfehlt, seine Dienste beim Zustandekommen dieses Kabinettsbeschlusses entsprechend zu betonen»²³⁹.

Am 17. August 1925 war die Amnestie mit Zustimmung fast aller Reichtagsparteien «unter Dach und Fach»²⁴⁰ und schon drei Tage vorher der Haftbefehl gegen Pabst ausser Kraft gesetzt worden.²⁴¹ Am 29. August 1925 stellte der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik das Verfahren gegen die Hochverräter ein. Und Pabst erhielt zum wiederholten Mal eine saubere Weste.

Übrigens konnte Hermann Göring nun auch aus seinem schwedischen Exil zurückkehren und den Flachsbanbau hinter sich lassen. Martin Bormann und Rudolf Höss, beide wegen eines Fememordes in Haft, wurden auch freigelassen. Die Linken kamen nicht ganz so ungeschoren davon. War ein Verbrechen aus «ehrloser Gesinnung» begangen worden, wurde es nicht amnestiert.²⁴² Diese ehrlose Gesinnung wurde aber nur Linken nachgesagt. Hitler 1924 in Bayern wie Pabst 1925 in Preussen wurde sie keinesfalls unterstellt, handelten sie doch «aus rein vaterländischem Geiste».²⁴³

Pabst bedankte sich artig bei Stresemann und bot auch sofort ein Treffen an.²⁴⁴ Wer so gut harmonierte, konnte dies auch weiterhin tun.

Es war der Beginn einer wunderbaren Kameradschaft. Spätestens im Oktober trafen sich Pabst und Steidle in Berlin mit Stresemann.²⁴⁵ Über den Inhalt des ersten Gespräches, das man schriftlich nicht erläutern wollte, gibt es kein Protokoll. Aber Pabst muss Stresemann wichtige Informationen geliefert haben, denn schon im Januar 1926 bat der militärische Kopf der Tiroler Heimatwehr den deutschen Aussenminister um den «fälligen nächsten Vierteljahresbetrag von 3'000 M.

Wieder zu senden nach München, Deutsche Bank Depositenkasse Ludwigstrasse auf Konto Freifrau von Voithenburg»²⁴⁶. Das war die Ehefrau von Pabsts Vorgänger als Stabsleiter Voith von Voithenburg, der offensichtlich immer noch als Verbindungsmann mit Bayern fungierte. Daraus ist zu schliessen, dass Pabst als Agent des deutschen Aussenministers arbeitete und dafür 12'000 Mark jährlich erhielt.

Welche Informationen lieferte aber nun Pabst, und was wollte Stresemann von ihm?

Pabst versprach Stresemann im gleichen Brief, «Ihren Weisungen entsprechend persönlich in Berlin über Tirol und besonders die Grenzfragen berichten zu können»²⁴⁷. Und Stresemann wollte mehr wissen über Südtirol und ob «eine energische Weiterführung der gegen Italien, namentlich in München und auch anderwärts getriebene Agitation im Interesse der Südtiroler liegt» oder ob es ihnen mehr schade. Und Pabst, der ja schon zu dieser Zeit grosse Sympathien für den italienischen Faschismus hatte, berichtete. Allerdings gab es Probleme, da Briefe offensichtlich, noch bevor sie in Stresemanns Hände kamen geöffnet wurden. Stresemann war erbost, schliesslich war der heisse Draht nach Tirol nicht für die Öffentlichkeit gedacht. «Ich bitte Sie dringend, dafür Sorge zu tragen, dass derartige Dokumente nicht offen hier eingehen.»²⁴⁸

Was aber berichtete Pabst? Er meinte, dass ein Boykott Italiens die Lage der Südtiroler noch verschlimmere und dass Tirol dringend aus Bayern Geld bräuchte. Es sei wichtig, dass dieses Geld aus Deutschland komme, da es noch andere «Interessenten» gäbe, welche der Tiroler Landesregierung Anleihen zukommen lassen wollten.²⁴⁹ Pabst versprach mündlich darüber zu berichten, spielte damit aber eindeutig auf seine Kontakte zu Ungarn und Italien an, eben jenes Italien, das er für Stresemann ausspionieren sollte. Pabst liess hier schon durchblicken, dass er das Geld da holen würde, wo man ihm es anbot. Man könnte ihn auch als Doppelagenten bezeichnen. Pabst sollte Stresemann alle drei Monate berichten.²⁵⁰

Ende April kam Pabst zusammen mit Steidle wieder nach Berlin. Man sprach über «gewisse Vorbereitungen» und eine «finanzielle Frage». Mehr ist nicht überliefert.

Im August schliesslich versprach Pabst, über den deutschen Gesandten in Tirol, Sailer, Informationen zur faschistischen Miliz in Italien zu liefern. Diese wurden schon seit 1924 eifrig gesammelt.²⁵¹ Jetzt wurden sie nach Berlin geliefert.²⁵² Auch Abhöraktionen an der Grenze zu Italien fanden statt.²⁵³ Gleichzeitig versuchte Pabst, Stresemann Nachhilfe in Politik zu erteilen und führte aus, dass man zwischen «schwarz-weiss-rot» und «schwarz-rot-gelb» keine Scheidelinie ziehen dürfe. Er schlug dagegen eine Art Neue Mitte, nämlich «Zentrumskameradschaften», vor, für die auch «Escherich, der Jungdeutsche Orden, der Stahlhelm und Oberland» zu gewinnen wären. Im gleichen Brief bat er auch darum, die «Repräsentationsentschädigung, welche am ersten August fällig gewesen ist, mir überweisen zu wollen und die 3'000 M. zusenden zu lassen»²⁵⁴. Für

diese Angelegenheit war inzwischen der sattsam bekannte ehemalige Staatskommissar für öffentliche Ordnung, von Berger, zuständig.²⁵⁵ Am 11. Oktober 1926 teilte Stresemanns Sekretärin mit, dass das Geld überwiesen sei. Diese Zahlungen aus dem Reptilienfonds des Aussenministers erschienen aber doch wohl zu riskant und so wurde eine bessere Regelung gefunden. Pabst wurde nach einer im Mai 1926 geschlossenen Vereinbarung auf den Etat des Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschum (DSB) übernommen, der beträchtliche Summen aus Geheimfonds des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums erhielt²⁵⁶ und über einen Millionenetat verfügte. Pabst flossen nun seine 12'000 Mark jährlich auf diesem Umweg zu und weiteres Geld vom preussischen Wohlfahrtsministerium.

Der Deutsche Schutzbund (DSB) war eine Dachorganisation aller pangermanischen Blut-und-Boden-Vereine, deren Minderheiten- und Volkstumspolitik, scheinbar auf Kulturautonomie aus, in Wirklichkeit aber «auf Grenzrevision und gegen die Souveränität anderer Staaten gerichtet war»²⁵⁷.

Eine wichtige Rolle bei den Finanztransaktionen spielte Stresemanns und Pabsts gemeinsamer Freund Ottmar Strauss, welcher nicht nur Pabst bezüglich seiner Rolle im Kapp-Putsch entlastet hatte, sondern auch über den Otto-Wolf-Konzern Aktien der österreichischen Alpine Montan, dem grössten dortigen Hüttenwerk erworben hatte. Die Alpine Montan unterstützte ebenfalls die Bestrebungen der Heimatwehr. Selbstverständlich war Strauss auch Mitglied im DSB.

Die dürftigen Informationen, die Pabst Stresemann zur Stärke der italienischen Miliz und Armee lieferte, dürften kaum diese Summen gerechtfertigt haben. Aber offensichtlich schätzte der ursprünglich grossdeutsch orientierte Stresemann Pabst als Informanten und Fachmann für Südtirol und insbesondere für den italienischen Faschismus sowie als Meinungsmacher. Schliesslich übernahm er sogar Pabsts Position, dass die Not der «Südtiroler Brüder» zwar gross sei, aber eben die «Verständigung» mit Italien Vorrang habe. Die Wende in der deutschen Aussenpolitik in Richtung auf Italien 1927 dürfte auch durch Pabst mitinitiiert worden sein.²⁵⁸

Stresemanns grosszügige Repräsentationsentschädigung über den Schutzbund wie auch die Zuwendungen aus anderen Ministerien für Pabsts Agententätigkeit blieben jedoch nicht unentdeckt. Denn noch funktionierte in der Weimarer Demokratie die Öffentlichkeit mittels einer aufmerksamen Presse.

Mehrere deutsche Zeitungen berichteten, der Schutzbund habe Gelder des Reichsinnenministeriums an Pabst weitergeleitet, was der Schutzbund vorsitzende Loesch sogleich dementierte.²⁵⁹ Doch die Lawine kam ins Rollen.

So berichtete auch die *Wiener Arbeiterzeitung*, dass Pabst über den Schutzbund und dieser vom Aussenministerium und vom preussischen Wohlfahrtsministerium «Gelder erhalten hat»²⁶⁰, dabei sei die Summe von 25'000 Mark deutlich überschritten worden.

Severing, der preussische Innenminister, war daraufhin gezwungen zuzugeben, dass Pabst «von einer Schutzbundkörperschaft Geld bekommen hat» und die «Verbin-

«die Republik kompromittierend» sei.²⁶¹ Er musste die Zahlungen des preussischen Wohlfahrtsministeriums an den Deutschen Schutzbund erst einmal einstellen. Breitscheid (SPD) wettete im Reichstag.²⁶² Und es kam – allerdings nur «streng vertraulich» – zu grotesken Enthüllungen. So berichtete der Presseattaché Wasserbäck an die österreichische Gesandtschaft in Berlin, die Zuwendungen durch das preussische Wohlfahrtsministerium würden zutreffen, wie der zuständige Referent bestätigt hätte, und der Attaché wusste auch genau die Quelle des Geldstroms für Pabst und die Heimatwehr zu verorten: «Reinerträge aus Lottereeinnahmen.»²⁶³ Dass Pabst auch Geld vom Aussenministerium direkt und über den Schutzbund bekommen hatte, hielt er für «vollkommen apokryph»²⁶⁴. Aber es war eine Tatsache, denn Pabst war, wie er selbst Stresemann schrieb, in den Schutzbund übernommen worden und erhielt sein Jahresgehalt von 12'000 Mark direkt vom Vorsitzenden Loesch.

Loesch wurde nun aber ob der Pressemeldungen nervös und bat Stresemann darum einzugreifen. Der, schon ziemlich krank, bestellte Breitscheid auf die Bühlerhöhe in Baden-Baden, wo er sich erholte, um den Sozialdemokraten aufzuklären. Und an Severing liess Stresemann einen harschen Brief aufsetzen. «Es kommt gar nicht in Frage, dass ein Beamter des auswärtigen Dienstes oder Dr. von Loesch oder der Deutsche Schutzbund in dieser Angelegenheit inkorrekt gehandelt hätten. Ich habe vielmehr in Zeiten, in denen ein faschistischer Einmarsch in Nordtirol drohte, Pabst ersucht, gewisse Grenzmassnahmen zu treffen, damit ich in der Lage wäre, rechtzeitig Protest beim Völkerbund einzulegen und dessen Vermittlung anzurufen.»²⁶⁵ Und Stresemann forderte Severing unmissverständlich auf, «dies zur Kenntnis zu nehmen und alle Sperrmassnahmen (...) aufzuheben.»²⁶⁶

Nun war die Drohkulisse des faschistischen Einmarsches für Pabst et al. ein gern gesehenes Mittel, um an Geldtöpfe zu kommen. Dass Stresemann einen Einmarsch Mussolinis für möglich hielt, erscheint jedoch unwahrscheinlich. Denn Pabst traf ja keinerlei Grenzmassnahmen, sondern wirkte immer mehr darauf hin, dem faschistischen Vorbild Italiens zu folgen. Dies dürfte Stresemann nicht entgangen sein, hatte doch Pabst schon angedeutet, dass es andere «Interessenten» gäbe, welche der Tiroler Landesregierung Anleihen zukommen lassen wollten.²⁶⁷ Dass damit Mussolinis Italien gemeint war, dürfte die Kombinationsgabe Stresemanns schon 1926 nicht überstrapaziert haben. 1929 im Sommer war aber längst klar, wohin Pabst lief und wen er mitlaufen lassen wollte. Stresemann heuchelte also auf der Bühler Höhe. Aber deutsche Sozialdemokraten liessen sich ja mit Heucheleien zur nationalen Sicherheit, auch wenn damit das entfernte Südtirol gemeint war, gerne an der Nase herumführen. Und Severing hob prompt die Sperrung der Gelder für den Schutzbund auf.

7. Pabsts Kontakte zur internationalen Konterrevolution

Pabsts Kontakte zur internationalen Konterrevolution waren nie ganz abgebrochen.

So kam es am 14. Januar 1927 zu einem Treffen in München mit nicht näher bezeichneten deutschen Wehrorganisationen. Escherich hatte sich in Berlin um «Bereitstellung von Ausrüstung» bemüht, aber, da Seeckt im Oktober 1926 zurückgetreten war, keinen Erfolg gehabt.²⁶⁸ Gleich wohl gab sich die Heimwehrleitung zuversichtlich, dass der österreichische Grenzschutz nach Italien hin «eines Tages südlicher stehen könnte», womit wohl tatsächlich die Rückeroberung Südtirols durch die Heimatwehr angedeutet wurde, was angesichts der Kräftekonstellationen und der tatsächlich gefahrenen Politik pure Augenwischerei, aber ein gutes Argument dafür war, Unterstützung einzufordern.

Pabst wies auf die Unterschiede zwischen der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie hin (mit der österreichischen durfte er wegen unterschiedlicher politischer Meinung nie zusammenarbeiten) und erbat im Falle einer «ausserparlamentarischen Lösung» um Unterstützung der deutschen Wehrverbände, allerdings nicht «aktiv» in Österreich (wegen der möglichen aussenpolitischen Verwicklungen), sondern im Deutschen Reich, wo es ihre Aufgabe sei, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (die längst nicht so starke paramilitärische Organisation der SPD) in Schach zu halten, damit dieses «keine Kräfte nach Österreich abgeben kann»²⁶⁹.

Die Kontakte zu Escherich wurden im Sommer 1928 wieder erneuert. Steidle und Pabst hatten nun den Plan, die nationale Erhebung in Innsbruck zu beginnen, nach München zu tragen und schliesslich in Berlin zu landen.²⁷⁰ Ihr Verbindungsmann im Auswärtigen Amt in Berlin war der persönliche Referent und «Vertrauensmann» Stresemanns²⁷¹, Legationsrat Hans Redlhammer²⁷². Der wollte die alten Orgesch-Ideen von der Ostbesiedelung wieder aufleben lassen und sympathisierte mit den faschistischen Ständestaatsideen Pabsts und Steidles.²⁷³ Redlhammer verharmloste in einem Bericht an seinen Chef Stresemann übrigens den Einfluss von Pabst: Man denke «gar nicht daran, Herrn Pabst irgendeine politische Rolle in Österreich spielen zu lassen»²⁷⁴.

Da aber Escherich, von Pabst «Emil» genannt, in Bayern deutlich an Macht verloren hatte²⁷⁵, wurde nichts aus dem Marsch nach Berlin über Innsbruck-München. Dass Pabst ein Feind Escherichs gewesen sei, wie Nusser behauptet, lässt sich quellenmässig nicht belegen.²⁷⁶

Pabst bemühte sich nun um Kontakt mit den Führern des Stahlhelms, einer paramilitärischen Einheit im Deutschen Reich, die von Franz Seldte und Theodor Duesterberg gegründet worden war. Der Stahlhelm bildete den militärischen Arm der uns schon bekannten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und wurde vom Deutschen Herrenclub

sowie ostelbischen Grossgrundbesitzern finanziert. Bis 1930 erreichte er die erstaunliche Mitgliederzahl von 500'000. Pabst beabsichtigte, ab Juni 1927 eine Arbeitsgemeinschaft von Heimwehren und Stahlhelm zu bilden: «Ich verspreche mir davon für die grosse deutsche Sache und die Wehrbewegung weittragende Ergebnisse zum Nutzen und Wohle des Deutschtums.» Seldte zeigte sich begeistert und bot Pabst ein Treffen mit einem Mitglied des Bundesvorstandes, speziell dem «Kommissar für die grossdeutsche Frage» an, keinem geringeren als dem «Stahlhelmkamerad und Korvettenkapitän a.D. Ehrhardt»²⁷⁷, dem Ex-Befehlshaber der gleichnamigen Brigade, dem Chef der Mordorganisation Consul (OC) und ihrer als «Bayerische Holzverwertungs-Gesellschaft» getarnten Nachfolgeorganisation, der für die Attentate auf Erzberger und Rathenau verantwortlich war. Und Ehrhardt war Freund Pabsts aus alten Putschtagen, der inzwischen wieder frei im Deutschen Reich herumlief. Dieser «Kommissar für grossdeutsche Fragen» meldete sich auch sogleich mit «Lieber Herr Pabst».

Ein gutes Jahr vorher hatte Ehrhardt Aussenminister Stresemann, den Nachfolger des in Ehrhardts Auftrag beseitigten Rathenau, besucht. Ehrhardt dankte dem «grössten Weimarer Staatsmann» (Wright) für seinen Einsatz bei der Kapp-Putsch-Amnestierung.

Stresemann sah das als «Ehrenfrage der Parteien». Und Ehrhardt gab sich friedlich, schwor «für absehbare Zeit», so vertraute es der Aussenminister seinem Tagebuch an, der «Befreiung durch Waffengewalt» ab und kritisierte Ludendorff heftig, welcher «immer das Verkehrte tue»²⁷⁸. Was man ja von Ehrhardt nicht sagen konnte. Ehrhardt bot Stresemann ein Zusammengehen bei den nächsten Reichstagswahlen an «unter der Parole: geeinte Nationale, gegen die Nichtnationalen». Stresemann konterte, Ehrhardt könne doch nicht einfach der Hälfte des Volkes «das nationale Empfinden» absprechen. «Ich wies vor allen Dingen darauf hin, dass auch die Sozialdemokratie in praktischer Beziehung durchaus nationale Arbeit geleistet hätte.»²⁷⁹ Womit Stresemann sicherlich recht hatte, mehrere tausend Bürgerkriegsopfer sprachen da für sich.

Und obwohl Ehrhardt Stresemann hier nicht zustimmen wollte, ja sogar behauptete, die Führer der SPD seien international und die Basis national (Pabst hätte zu Recht genau das Gegenteil behauptet), beschlich Stresemann «die Empfindung, dass Ehrhardt aus den Verhältnissen gelernt hat und im Sinne einer massvollen nationalen Betätigung arbeiten will». Nun, immerhin hatte Stresemann die Begegnung überlebt.

Da jedoch die österreichische Sozialdemokratie nicht ganz so «nationale Arbeit» leistete wie ihre Genossen im Reich, war Pabst um internationale Nationalbündnisse sehr bemüht.

8. Heimwehr und Faschismus – Die Achse Budapest-Innsbruck-Rom

Im Mai 1928 kam es zu direkten Kontakten mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Istvan Bethlen. Steidle brüstete sich in einem Memorandum an ihn, dass die Heimwehrebewegung insgesamt über 150'000 organisierte Männer verfüge. Die besten Formationen stünden in der Steiermark (welche unter ihrem Anführer Pfrimer offen mit der Hitler-Bewegung sympathisierten), in Vorarlberg und in Tirol.²⁸⁰ Die Heimwehr sei im Übergang «von einer reinen Wehrorganisation zu einer staatspolitischen Organisation»²⁸¹. Steidle wollte knapp 1,5 Millionen Schilling für Waffen und Organisation.²⁸²

Bethlen wiederum hatte zusammen mit Mussolini den Plan ausgeklügelt, dass ein rechtsgerichtetes Österreich «die Brücke zwischen dem faschistischen Italien und dem revisionistischen Ungarn bilden»²⁸³ sollte. Denn man spürte den Machtzuwachs der Heimwehren und die guten Beziehungen nicht nur zu den jeweiligen Landesregierungen, sondern auch zum Bundeskanzler und zum Wiener Polizeipräsidenten Schober. Mussolini stellte sogar Erleichterungen für die Südtiroler in Aussicht, verlangte aber von den Heimwehren eine Erklärung, in absehbarer Zeit die Macht zu ergreifen. Eine erste Absichtserklärung in diese Richtung wurde von Steidle im August 1928 unterzeichnet, und die Heimwehren bekamen die erste Geldlieferung aus Rom über Budapest direkt in die Hände von Steidle.²⁸⁴

Auch die vereinbarten Waffenlieferungen wurden angegangen. Zwei Transporte sollten bei Villach mit Bestimmungsort «Rumänien» über die Grenze rollen, was aber wohl fürs erste misslang. Der italienische Aussenminister Grandi misstraute dem entsandten Mittelsmann der Heimwehr, Oberstleutnant Jaromier Diakow. Bald sollte ein Vertrauenswürdigerer folgen.

Gleichzeitig versuchte die Heimwehr einen weiteren Schlag auf dem Weg zur Eroberung der Strasse. Als direkte Provokation planten sie, den Heimwehrtag (7. Oktober 1928) mit einem Aufmarsch in der Wiener Neustadt zu feiern, dem traditionellen Arbeiterviertel und der Hochburg der Sozialdemokraten. Die Arbeiterorganisationen reagierten mit der Planung eines Gegenumzugs. Die Heimwehren – und die Regierungen Italiens und Ungarns – erhofften sich eine bewaffnete Auseinandersetzung. Der immer wieder gewünschte Angriff von links, den man dann dazu nutzen konnte, «nach Wien» zu marschieren und zu putschen. Pabst traf sich im Vorfeld des Aufmarsches in den Amtsräumen des Polizeipräsidenten mit Schober und General Schiebel, dem Vertreter des Kriegsministers Vaugoin, letzterer ein persönlicher Freund Steidles.²⁸⁵ Auch Bundeskanzler Seipel signalisierte Zustimmung und die Deckung des Aufmarsches sowie Unterstützung von Militär und Gendarmerie, sollten die Roten angreifen. Übereinstimmend war man der Ansicht: Allein wenn der Aufmarsch im röttesten Wien auch nur

stattfände, sei das schon eine Niederlage für die «Zweieinhalben», wie man die österreichischen Sozialdemokraten bezeichnete, weil sie zwischen II. und III. Internationale stünden.²⁸⁶

Die Heimwehr richtete eine Pressestelle ein, die wirkungsvoll und massenhaft Propaganda für sie betrieb.²⁸⁷ Und Pabst drohte in einem Interview mit den *Dresdner Nachrichten* ganz öffentlich: «Der erste Schuss von der roten Seite wird uns sofort, und zwar im ganzen Lande, auf dem Plane finden. Wir werden dann nicht zögern, der Regierung den Rückhalt zu geben, dessen sie bedarf, um endlich einmal durchgreifen zu können. Gefallen lassen wir uns von der Linken nichts mehr. Das Mass ist übertoll. Wenn die Linke den Konflikt will, so werden wir ihm nicht aus dem Wege gehen. Dann gibt es kein Zurück mehr. Dann heisst es eben alle Mann an Bord, damit Österreich endlich ein Ordnungsstaat wird. Und wir wissen, dass wir in diesem Falle nicht nur alle gutgesinnten Österreicher und die Regierung auf unserer Seite haben werden, sondern auch dem gesamten deutschen Volke einen grossen Dienst erweisen können. Unsere Geduld wird dann zu Ende sein. Der Austromarxismus wird von uns dann rücksichtslos ‚Knockout‘ geschlagen werden. Er hat es dann nicht anders gewollt – und er hat es eigentlich schon seit Langem nicht anders verdient.»²⁸⁸

Bundeskanzler Seipel, der von den Staatsstreichplänen wusste, mahnte nun zur Mässigung. Man solle den Putsch nicht noch plumper ankündigen.²⁸⁹ Sogar der Industriellenverband sah den geplanten Aufmarsch mit Unbehagen.²⁹⁰ Wusste er doch nicht, dass Steidle und Pabst nicht mehr allein auf ihr Geld angewiesen waren.

Und die AZ schrieb dazu: «Dieser ganze Wiener-Neustädter Tag ist das Werk dieses Pabst», der damit den Weg zum Putsch und zum Hochverrat an der österreichischen Republik zu eröffnen gedenke.²⁹¹

Tatsächlich organisierte Pabst in engem Kontakt mit dem Polizeipräsidenten Schober den Aufmarsch der Heimwehren. Er amtierte dazu über zwei Tage hinweg in der Wiener Polizeidirektion und verfügte über die Befehlsleitzentrale der Bundespolizei inklusive ihrer ganzen Telefonanlage.²⁹²

Am 7. Oktober glich Wien einem Heerlager. Mehrere Tausend Mann Militär und Gendarmerie waren als «Ordnungskräfte» aufgeboden. 18'000 Heimwehrmänner marschierten durch die Wiener Neustadt²⁹³ und wurden von der Bevölkerung in eisiger Stimmung aufgenommen. Steidle hielt nach einem Feldgottesdienst einen seiner scharfen Angriffe gegen die Demokratie. Die Wiener Neustadt sei nicht das Ende, sondern die erste Etappe der «völligen Befreiung» Österreichs.²⁹⁴

Räumlich und zeitlich getrennt marschierten die Sozialdemokraten (knapp 15'000 Resch-Leute plus 21'000 Zivilisten) und hüteten sich trotz aller Wut, eine Auseinandersetzung zu provozieren. Der Tag endete nicht wie das Hornberger Schiessen, sondern ohne jede gewalttätige Auseinandersetzung. Die Heimwehrlere organisierten gleich noch mehrere andere provokante Aufmärsche in Österreich und fühlten sich als Sieger. Steidle berichtete dem Industriellenverband äusserst positiv über den Aufmarsch und

versprach, die Arbeiter nun endlich vom Klassenkampf abzubringen und für die wahre «Volksgemeinschaft zu gewinnen»²⁹⁵. Doch Mussolini und Bethlen waren sauer. Der versprochene Putsch hatte nicht stattgefunden. Steidle ruderte zurück und übermittelte dem italienischen Aussenminister Grandi die Entschuldigung, dass sie ohne Angriff der Linken nicht hätten losschlagen können. Grandi verlangte, es beim nächsten Mal besser zu machen.²⁹⁶

Deswegen schickte Steidle nun Pabst erst nach Berlin und dann nach Rom. In Berlin traf der Bundesstabsleiter im Januar 1929 mit den Führern des Stahlhelms und der DNVP zusammen, darunter Seldte, Duesterberg und der Grossindustrielle Hugenberg. Sie wussten, dass Pabst Unterstützung aus Italien bekam, und Pabst wollte sie für seine Idee einer Weissen Internationale – Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien – begeistern.

Pabst formulierte diese Idee in einem Brief an den österreichischen Nationalsozialisten Kapitän Edmund R. Czelechowski. Er sehe «als Endziel der Bewegung, so seltsam es klingen mag, die ‚Internationale der Nationale, die allein imstande sei, die ‚Rote Internationale‘ endgültig niederzuschlagen, wie auch den verschiedenen Völkern Europas zu ihrem nationalen Rechte zu helfen»²⁹⁷.

Die deutschnationalen Faschisten wollten in die Zusammenarbeit mit den Italienern einbezogen werden. Pabst stimmte zu, bat aber die Grossdeutschen, die Südtirolfrage herauszuhalten.²⁹⁸ Steidle informierte die Ungarn über Pabsts Treffen, und die Ungarn waren nicht erfreut. Man wollte die Österreicher nicht unter deutschem Einfluss sehen, sondern als Bindeglied Italiens und Ungarns. Steidle musste Pabsts Idee von der Weissen Internationale vorerst fallen lassen. Denn für Pabst und Steidle waren Ungarn und Italien momentan interessanter. Hier konnte man wirklich Geld und Waffen holen, weil hier die von ihnen gewünschte «starke Staatsmacht» schon am Ruder war. In Deutschland konnte das noch dauern.

Doch ein weiterer Rückschlag folgte. Prälat Seipel, den Steidle noch Ende März gedrängt hatte, ihm spätestens im Herbst stillschweigend das Losschlagen zu erlauben, musste aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurücktreten. Der neue Kanzler hiess Ernst von Streeruwitz, war zwar auch ein Christlichsozialer, aber nicht der Mann für den «Entscheidungskampf», den die Heinwehr führen wollte. Stree-



Prälat Ignaz Seipel, österreichischer Bundeskanzler

ruwitz zeigte sich bei einem Zusammentreffen mit deutschen Politikern in Genf sogar beunruhigt über die deutschen Schutzbundfinanzierungen Pabsts und beklagte sich, dass «Unruhestiftungen mit deutschem Gelde unterstützt würden»²⁹⁹. Er vermutete, dass «betreffende deutsche Kreise in Österreich zunächst einmal ein Experiment machen wollten, um dann gegebenenfalls Ähnliches in Deutschland zu inszenieren»³⁰⁰. Womit er natürlich nicht ganz falsch lag. Streeruwitz schilderte dem deutschen Gesandten auch die Finanzierung der Heimwehren «durch Grossbanken» und den «Hauptverband der Industrie», die den «ziemlich bedeutenden Bedarf» der Heimwehren aufbringen würden. So habe allein der Neustädter Marsch über eine Million Schilling gekostet. Auch zeigte sich der gemässigt christlichsoziale Bundeskanzler informiert über die Finanzspritzen aus Ungarn und Italien, die «über mehr oder minder verschlungene Wege» den Heimwehrorganismus erreicht hätten.³⁰¹

Steidle arbeitete im Übrigen sofort auf Streeruwitz' Sturz hin und schickte Pabst wegen ungarischer Vermittlung nach Rom, um endlich die nötigen Waffen von den Schwarzhemden zu besorgen.³⁰² Am 17. Juni 1929 traf er in der Ewigen Stadt ein. Pabsts Besuch war von den Ungarn aufs Beste vorbereitet worden. Der österreichische Heeresminister Vaugoin war ebenfalls eingeweiht und wollte sogar den Weitertransport und die Verteilung der Waffen auf österreichischem Boden übernehmen.

Grandi ging gleichwohl einem direkten Treffen mit Pabst aus dem Weg und schickte einen Offizier des Generalstabs vor. Pabst erkannte jedoch, dass ein direkter Waffentransport über die Grenze – wegen der stark sozialdemokratisch organisierten österreichischen Eisenbahnbediensteten – hohe Risiken in sich barg, und forderte nun wiederum erst mal weitere Millionen. Was die Waffen anbetraf, sollten sie auf italienischem Gebiet in unmittelbarer Nähe der Grenze deponiert werden und dann von den Heimwehriern sofort nach Beginn des Staatsstreiches herübergeholt werden.

Doch während Pabst sich in Rom aufhielt, enthüllte die *Arbeiterzeitung* in Wien, die offensichtlich über beste Informationen verfügte, den italienisch-ungarischen Coup. Pabst et al. seien gewillt, gegen Bezahlung «den italienischen und ungarischen Truppen die Grenze der Heimat zu öffnen»³⁰³. Als der Spann-Schüler Walter Heinrich, erst vor Kurzem zum Generalsekretär der Bundesführung ernannt, deswegen öffentlich dementieren wollte und von einer «Links-Lügenfabrik» sprach, wurde er durch ein internes Schreiben eines Besseren belehrt. «Wenn Du schreibst: ‚Major Pabst hat mit Mussolini in seinem ganzen Leben noch nicht gesprochen, es sind Verhandlungen über Südtirol oder über die Neutralität Österreichs weder mit Mussolini noch mit anderen italienischen Stellen geführt worden‘, so bist Du nicht richtig unterrichtet, dass Pabst bereits im Mai in Rom war und auch erst vor kürzerer Zeit dort gewesen sein dürfte.»³⁰⁴

Der Briefschreiber aus der Heimwehrführung hatte vollstes Verständnis für den

politischen Rom-Besuch. Er sehe darin keinen «nationalen Hochverrat». Pabst fahre auch in absehbarer Zeit wieder hin.³⁰⁵

Aber auch zahlreiche englische Blätter und der *Vorwärts* druckten die zutreffenden Vorwürfe der AZ nach. Pabst war enttarnt. Doch er und Steidle machten weiter. Sie mussten Mussolini eine Erklärung unterschreiben, dass sie die «Aktion» – gemeint war der Putsch in Österreich – spätestens im Zeitraum vom 15. Februar bis 15. März 1930 durchführen würden.³⁰⁶

Und Heeresminister Vaugoin vereinbarte mit Ungarn, durch eine gemeinsame Aktion von Heimwehr und Heer das Wiener (rote) Rathaus zu besetzen, die Resch zu entwaffnen und die Grenzen nach der «roten» Tschechoslowakei zu schliessen.

Als Termin für den Marsch auf Wien war der 29. September 1929 geplant. Eine Heimwehrdemonstration sollte dazu den Ausgang bilden. Am 25. September verkündete Pabst den Journalisten im Parlament triumphierend, Streeruwitz werde noch vor dem Abend «erledigt» sein. Tatsächlich trat dieser um 17 Uhr zurück.³⁰⁷

Doch am 29. September legte die AZ nach und prangerte Pabsts Putschtätigkeit, seine früheren Waffenschiebereien und seine Schützenhilfe für die Mordbeteiligten an den Erzberger/Rathenau-Morden an.³⁰⁸

Schober, Polizeipräsident beim Heimwehraufmarsch im Oktober 1928, mit dem Pabst hervorragend zusammengearbeitet hatte, wurde Kanzler. Die Heimatwehr glaubte, nun einen starken Mann und Fürsprecher ihrer Sache als Regierungschef vor sich zu haben. Zwar gab sich Schober mit der Heimwehrführung einig in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, doch liess er keinen von der Heimwehr in die Regierung und scharte auch gemässigt Konservative um sich. Gleichzeitig machte er Steidle und Pabst den Vorschlag, nicht durch Putsch, sondern durch «Verfassungsreform» zu einem autoritären Staatsgebilde zu gelangen. Diktatur auf legalem Wege sozusagen.

Die Heimwehr ging zunächst darauf ein. Steidle beruhigte gar die Ungarn, welche fürchteten, Wien könnte nicht von den Roten befreit und, so wörtlich, nicht «völlig ausgeräuchert» werden.³⁰⁹ Die Verfassungsreform sei erst der erste Schritt zu radikaleren Massnahmen. So verliefen die Heimwehraufmärsche am 29. September 1929 friedlich und führten zu keinem Putsch. Schon am nächsten Tag überreichte die Heimwehrführung ihre Verfassungsänderungsvorschläge an Schober. Das «rote» Wien sollte kein Bundesland mehr sein und entmachtet, die Sozialdemokraten entwaffnet und als Partei liquidiert werden – ein erster Schritt in Richtung eines faschistischen Ständestaats. Schober schien darauf einzugehen. Die italienische Regierung sah nun aber keinen Anlass mehr zur finanziellen Unterstützung der Heimwehr.

Am 11. Oktober 1929 beriet sich Pabst mit der Heimwehrführung in Wien, was zu tun sei, wenn Schober die Verfassung nicht radikal genug änderte.³¹⁰ Offensichtlich kam der Verdacht auf, Schober könnte zu vorsichtig sein. Auch suchten sie nochmals auf

und machten Druck. Doch der christlichsoziale Bundeskanzler Schober zeigte Charakter und lehnte den «ausgesprochen faschistischen»³¹¹ Plan der Heimwehr ab. Er informierte die Sozialdemokraten darüber, was beabsichtigt sei. Diese waren durchaus, aus taktischen Gründen, zu Zugeständnissen bereit – so wollte man der Entwaffnung der Resch zustimmen, wenn auch die Heimwehr entwaffnet würde –, lehnten jedoch die von der Heimwehr diktierte Verfassungsänderung im Parlament ab. Da die Sozialdemokraten über 42% der Stimmen verfügten, war eine Verfassungsänderung ohne sie undenkbar. So wurde der Entwurf an einen Ausschuss überwiesen. Pabst und seine Leute waren unzufrieden. Auch Schobers Vorschlag, sowohl die Resch, als auch die Heimwehr zu entwaffnen, wobei man letzteres nicht so genau nähme, war für Pabst und Steidle unannehmbar.

Ende November liess die Heimwehr eine Erklärung veröffentlichen, dass man «den Neubau des Staates unter allen Umständen zu erzwingen»³¹² bereit sei, und zwar über die Verfassungsänderung hinaus. Pabst ging sogar noch weiter und erklärte, dass er die Kompromissbereitschaft Schobers satt habe. In seinem typischen Grössenwahn wollte er gar gegen die Staatsgewalt vorgehen.

Pabst versuchte sogar über den Pressechef der italienischen Gesandtschaft in Wien, Eugenio Morale, die italienische Regierung zu beeinflussen, der österreichischen Regierung nur dann versprochene Anleihen zu geben, wenn diese die radikale Verfassungsreform durchführe. Doch Schober bekam Wind davon und wusste nun, dass Pabst der «Spiritus rector» dieser Intrige war. Er erkannte in Pabst den Mann, «der die Kaltblütigkeit besitze, den Gegner ‚um die Ecke‘ zu bringen»³¹³. Und der Kanzler wandte sich – nicht unklug – selbst an die Italiener und versprach eine italienischfreundliche Haltung, ja sogar eine Einfügung in den Verband «zwischen Italien und Ungarn»³¹⁴.

Mussolini schien dies eine zuverlässige Garantie. Man ermahnte nun Steidle sogar von italienischer Seite aus abzuwarten. Mussolini verlor offensichtlich das Vertrauen in die immer nur protzenden, aber nicht handelnden, innerlich zerstrittenen Heimwehren.³¹⁵ Schober hatte Mussolini anlässlich eines Besuches in Italien sogar persönlich über die Uneinigkeit der «Selbstschutzverbände» informiert. Ausserdem beeinflusste Schober den Hauptverband der österreichischen Industrie erfolgreich, dahingehend, die Heimwehr bei unüberlegten Aktionen nicht zu unterstützen. Vaugoin, immer noch Wehrminister, stellte sich zudem auf Schobers Seite, wohl wissend, dass die Heimwehr nicht stark genug war zu putschen. Vaugoin tat dies auch, um seine Stellung zu retten, hatte doch einer seiner Generalmajore im Zug eine Aktentasche mit Papieren über die Zusammenarbeit von Heimwehr und Bundesheer «im Konfliktfall» liegenlassen, welche in die Hände der Sozialdemokratie und der Presse gelangten. Schober deckte Vaugoin und bekam dafür seine Loyalität.

Der Bundeskanzler erstellte nun einen Kompromissvorschlag zur Verfassungsände-

rung, dem die Sozialdemokraten zustimmen wollten, der aber längst nicht den von der Heimwehr geforderten Ständestaat beinhaltete. Am 6. Dezember informierte er die Heimwehrführer. Die waren machtlos, denn es fehlte sowohl die Unterstützung durch Italien, als auch die von der heimischen Industrie.

Steidle und Pfrimer wollten nun ihren Rücktritt erklären. Doch Pabst warf ihnen Feigheit und Desertion vor. Sie blieben. Da ein Putsch kräftemässig nicht zu stemmen war, musste man wohl oder übel der «halben» Verfassungsreform zustimmen.

Bei einer Besprechung der Bundesleitung in Wien am 10. Dezember 1929 leckten die Heimwehrführer ihre Wunden. Pabst wunderte sich sogar, dass die Sozialdemokraten «überhaupt noch so viel zugestanden haben», und stellte nüchtern fest, zum «allein losschlagen (...) fehlten uns aber in Ober- und Niederösterreich die Waffen, sowie auch in Wien»³¹⁶. An Männern mangelte es tatsächlich nicht. Die Angabe von Steidle, es seien ca. 150'000 Kämpfer, traf nach Erhebungen von Carsten offensichtlich zu. Ausserdem hätte laut Pabst ein Putsch den Ruin der österreichischen Wirtschaft bedeutet, was immer er auch damit meinte. «Ein Staatsstreich wäre an sich möglich gewesen, doch waren hiezu keine festen Zusicherungen der massgebenden Faktoren (sic!) zu erreichen. Deshalb müssen wir uns in Zukunft von diesen Leuten frei machen und dürfen nur auf uns selbst vertrauen.»³¹⁷ Mit Faktoren meinte er Schober und Vaugoin.

Steidle wurde konkreter. Man habe «eine schwere Niederlage, eine saubere Ohrfeige bekommen». Man hätte in den Kasernen und bei der Polizei agitieren sollen und nicht bei Schober antichambrieren. In Anlehnung an den misslungenen Hitler-Putsch vom 9. November 1923 verglich er Schober mit dem (zeitweiligen) bayerischen Diktator Kahr, der ja damals in der Nacht umgeschwenkt war, nur dass die Heimwehr ihre Leute nicht wie Hitler «vor seine Gewehre geführt» hätte.³¹⁸ Man sei gegen das Kabinett Schober machtlos. «Was machen wir jetzt? Zunächst einen schlechten Eindruck bei unseren Leuten.»³¹⁹

Pichel, ein weiterer Heimwehrführer, beklagte sich, dass weder über Südtirol, den Anschluss ans Deutsche Reich und auch nicht übers Judentum gesprochen werden dürfte. Doch Steidle begründete die zeitweilige Zurückhaltung im Antisemitismus damit, dass man genug Feinde habe und sich nicht auch noch die Juden «auf den Hals hetzen»³²⁰ könne – dies wohl mit Blick auf Baron Louis Rothschilds, der die Heimwehr unterstützte.³²¹

Pabst schlug vor, in die Zukunft zu sehen und den «Teilerfolg» zum Weiterkämpfen für den diktatorischen Ständestaat zu nutzen.³²² Man einigte sich, zweigleisig zu fahren, und solange das parlamentarische System bestehe, die eigenen Leute hineinzubringen. Pabst dazu in bestechender Kürze: «Ich fasse zusammen: Wir werden versuchen, auf dem demokratischen Wege Einfluss im Parlament zu gewinnen, wir müssen aber diesen Weg möglichst bald durch den faschistischen ersetzen.»³²³

Auch Ex-Kanzler Seipel unterstützte Pabst in dieser Hinsicht. Doch Pabst wusste, dass die unterschiedlichen Flügel der christlichsozialen Partei nicht immer mit den Zielen der Heimwehr d'accord gingen. Insbesondere der Landbund, eine Bauernorganisation, machte Schwierigkeiten und war nicht bereit, den faschistischen Weg mitzugehen.³²⁴ So gelangte auch die Abschrift eines Hugenberg'sehen Verfassungsentwurfes in die Hände des Landbundes, wonach der Chef der DNVP an eine Diktatur in Österreich unter Führung des Bundesstabsleiters Pabst über die Köpfe der Bundesführer hinwegdenke.³²⁵

Pabst verlagerte die Gewichte etwas anders. Er traute Preussen nicht mehr zu, «seine frühere geschichtliche Aufgabe der Wiederverneuerung (sic!) Deutschlands» zu übernehmen, da es rot sei wie Deutschland überhaupt. Dies und Folgendes teilte er dem Leiter der Tiroler Pressewoche während eines Festessens im Januar 1930 in Innsbruck mit: «Ein nationaler wehrhafter gesunder Kernstaat» könne nur «von den österreichischen Alpenländern» mit «ihrer kernhaften und gesunden bäuerlichen Bevölkerung» geschaffen werden.

«Österreich wolle nicht als Bettlerstaat, sondern als selbstbewusstes Glied des deutschen Volkes ins Reich einziehen. Und müsse den Glauben an seine Mission, ein österreichisches Staatsbewusstsein, gewinnen. Diese Notwendigkeit sei zwingender als die angebliche Gefahr eines staatlichen Auseinanderlebens, einer Verseh weigerung.»³²⁶ Hier war sie wieder, die Internationale der Nationalen, trotz aller grossdeutschen Beateuerungen und Lippenbekenntnisse zu Südtirol. Pabst sah Österreich und seine Bauern als Ausgangspunkt einer faschistisch-deutschen Erneuerung Europas. Ein grossdeutsches Reich war hier sekundär. Die Weisse Internationale faschistischer Staaten Europas war das Ziel, zur Not auch mit Österreich als «deutscher» Führungsnation, wenn sogar seine Preussen versagten. Nur wollten die Bauern Österreichs da nicht mitmachen.

Des Landbundes Widerstand machte sich vor allem bemerkbar, als die Heimwehr im sogenannten Korneuburger Eid im Mai 1930 nochmals den Weg zum faschistischen Ständestaat programmieren wollte: «Wir wollen Österreich von Grund auf erneuern! Wir wollen den Volksstaat des Heimatschutzes. (...) Wir wollen nach der Macht im Staate greifen (...) Wir verwerfen den westlichen Parlamentarismus und den Parteienstaat.» Man wolle «eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der grossen Stände und aus den fähigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.» Pabst dachte hier zweifellos auch an sich. Die Heimwehr präsentierte sich damit eindeutig als faschistischen dritten Weg zwischen Klassenkampf und Kapitalismus. «Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen, seine Macht und Führung wacht darüber, dass die Stände den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet bleiben. Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung; er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen, er erkenne die drei Gewalten: den Gottglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort

seiner Führer.» Das Programm war angelehnt an Othmar Spanns Ideologie des Ständestaats und trug unzweideutig Pabsts Handschrift. Gleichwohl zeigte sich hier wieder die Nähe zu den Ideen der rechten Führer der Sozialdemokratie, Ebert, Bauer und David, wie sie von diesen nach der Novemberrevolution und bis zur Wiedervereinigung mit Teilen der USPD propagiert worden war.

Doch die Heimwehr hatte den Bogen überspannt. Einesteils war sie militärisch zu schwach, hatte deswegen auch zu lange gezögert, andemteils gingen nun die Konservativen innerhalb der Christlichsozialen auf Gegenkurs. Der Landbund distanzierte sich von der faschistischen Ausrichtung. Man war gegen jede Diktatur und fürchtete, im Ständefaschismus wirtschaftlich unter die Räder zu kommen.³²⁷ Prominentester Vertreter des Landbundes war Innenminister Schumy. Er nahm sich nun vor, die Heimwehr bürgertauglich zu machen, sie also von ihren Hitzköpfen zu befreien. Schober wiederum legte ein Entwaffnungsgesetz vor und bat die Heimwehr – mit dem Hinweis, sie bei ihnen nicht mit eiserner Strenge durchzuführen – um ihre Zustimmung. Doch die Führer lehnten kategorisch ab. Pabst versuchte zum Gegenangriff zu blasen und liess das Gerücht verbreiten, Schober sei ein Instrument der Sozialdemokraten.³²⁸ Diesem war nun klar, dass er eingreifen musste. Gegenüber dem ungarischen Gesandten betonte er, dass Steidle ein «Hanswurst» sei, der eigentliche Feind aber Pabst heisse: «Man muss die Bewegung von ihm befreien.»³²⁹

Schober hatte auch schon eine Idee dazu. Das Führungstrio Pabst-Steidle-Pfrimer sollte möglichst bald durch einen neuen Mann ersetzt werden. Die Wahl fiel merkwürdigerweise auf den jungen Fürsten Starhemberg, einem «im Volke» beliebten Mann, der nicht nur mit Oberland gegen die Polen gekämpft hatte, sondern auch ein glühender Verehrer Hitlers und deswegen auch mit ihm an der Feldhermhalle marschiert war. Schober und Schumy wollten den Teufel offensichtlich mit dem Beelzebub austreiben. Der Kanzler informierte Starhemberg über die Finanztransaktionen von Steidle und Pabst mit Mussolini, womit er ihm die Möglichkeit gab, vor den Mussolinigegnern in der Heimwehr Rechenschaft über die Verwendung der geheimen Gelder zu fordern. Gleichzeitig bat Starhemberg aber auch um einen Termin mit Mussolini.³³⁰ Er wollte sich nach allen Seiten absichern.

Und Schober, der die «Nebenregierung der Heimwehrführung nicht mehr dulden»³³¹ wollte, holte zum grossen Schlag aus.

9. Pabsts Abschaffung

Es war der 15. Juni 1930 in Wien. Am frühen Nachmittag wollten der Bundesführer der österreichischen Heimwehren, Dr. Richard Steidle, und sein Bundesstabsführer Waldemar Pabst die Kanzleiräume der Bundesführung in der Herrngasse 2 betreten. Doch zwei Kriminalbeamte empfangen sie und erklären Pabst kurzerhand für verhaftet. Es war übrigens das erste Mal in seinem Leben, dass ihn dieses Schicksal ereilte. Pabst wurde der Polizeidirektion an der Rossauerlände überstellt. Auch ein Protest Steidles und des Tiroler Landtagspräsidenten Zimmerl, der in den Kanzleiräumen gewartet hatte, bei der Polizeidirektion war nicht von Erfolg gekrönt. Pabst blieb in Haft. Man verkündete den Protestierenden, dass die Massnahme gegen Pabst auf «seine Staatsbürgerschaft zurückzuführen» sei und er «voraussichtlich ausgewiesen werde»³³². Im österreichischen Amtsdeutsch hiess das, dass Pabst «für beständig abgeschafft»³³³ werde mit der Begründung, dass er, «obwohl Ausländer», aktiv in der Heimatwehrbewegung und vor allem daran mitgewirkt habe, dass «gegen Massnahmen der Regierung» und deren Mitglieder «öffentlich Stellung genommen» worden sei. Noch am Nachmittag versuchten Steidle, Zimmerl und der kommende Heimwehrmann, Fürst Starhemberg, Bundeskanzler Schober dazu zu bringen, Pabst auf freien Fuss zu setzen. Doch Schober, der zusammen mit seinem Innenminister Schumy die Massnahme veranlasst hatte, antwortete ausweichend, er sei nicht im Bilde und müsse sich erst informieren.

Pabst hingegen wurde eröffnet, er könne gegen die Entscheidung Rekurs (Einspruch) beim Wiener Bürgermeister Seitz (Sozialdemokratische Partei) einlegen. Doch Pabst lehnte es ab, auch nur «mit einem formellen Rekurs an einen roten Bürgermeister heranzutreten»³³⁴. So ging alles ganz schnell. Um 16 Uhr 45 wurde er aus der Abschiebehafte des Polizeigefängnisses herausgeholt, zum Flughafen gefahren und zusammen mit seiner Frau in ein Flugzeug gesetzt, das ihn in ein Land seiner Wahl bringen sollte. Pabst wählte wie selbstverständlich das faschistische Italien. Um 17 Uhr 30 hob die Maschine ab und landete abends in Venedig. Die Heimwehrleitung teilte noch mit: «Der Polizei war die Fahrt mit dem Flugzeug sehr erwünscht, weil sie befürchtete, dass bei einem Abtransporte mittels der Bahn der Zug aufgehalten und Pabst befreit werden könnte.»³³⁵ Der «böse Geist» der Heimwehr³³⁶ aber war weg. Während der christlichsoziale Bundeskanzler und sein Innenminister im roten Wien kurzen Prozess gemacht hatten, weil, wie Schumy annahm, «Pabst die staatlichen Machtmittel zu unterminieren trachtete» und deswegen «die Ausweisung eine Staatsnotwendigkeit gewesen sei»³³⁷, kochte in Innsbruck die militarisierte Volksseele hoch: Aufmärsche der Heimatwehrabteilungen in den Strassen und vor dem Landeshaus, schärfste Proteste der Landesregierung Tirols beim Bundeskanzler³³⁸ und gepfefferte Protesttelegramme aus allen paramilitärischen Gauen. So zum Beispiel von Salzburger Gewerbetreibenden, die nicht

verstanden, «dass es einem einzigen roten Bonzen möglich wurde», Pabst auszuweisen. Sie sagten «dem Bürgermeister von Wien und seinen jüdischen Helfern» den Kampf an: «Wenn sie nicht gehen werden, werden sie eben gegangen.»³³⁹

Der Vize-Landeshauptmann musste vom Balkon des Landeshauses in Innsbruck zur Disziplin und Ruhe mahnen. Doch der Pabst-Intimus Dr. Schweinitzhaupt betonte beim nächtlichen Generalappell zu Ehren des verbannten Stabsleiters: Die Heimatwehr würde sich das nicht gefallen lassen. Pabst habe «uns» im Juli 1927 (Justizpalastbrand in Wien) vor dem Bolschewismus gerettet und den Verkehrstreik gebrochen. Ausserdem hätte die Heimatwehr die jetzige Regierung in den Sattel gesetzt und nicht etwa den Justizpalast angezündet. «Wir stehen in Treue zu unserem Führer», und man werde solange versammelt bleiben, bis die Regierung wieder zur Besinnung käme.³⁴⁰

Alle Tiroler und Wiener Tageszeitungen berichteten auf der ersten Seite über Pabsts sensationellen Abgang. Wie auch immer das Urteil lautete, eines wurde ihm von allen Blättern bescheinigt, dass er die treibende Kraft war. «Der ‚Mann der scharfen Tonart‘» sei «die überragendste Persönlichkeit in der Heimatwehr» gewesen und habe diese Organisation aus ihren kleinsten Anfängen zu ihrer jetzigen «Stärke und Bedeutung» gebracht. «Sein Organisationstalent und seine politische Begabung haben die Bewegung zweifellos entscheidend beeinflusst.»³⁴¹

Die *Wiener Arbeiterzeitung*, die ihre Genugtuung über Pabsts beständige Abschaffung nicht verhehlte und dies auf sozialdemokratische Politik zurückführte, analysierte, Pabst habe die Verselbständigung der Heimatwehren gewollt. «Darum das herausfordernde Korneuburger Gelöbnis.» Auch habe er Schober den Kampf angesagt und ihm gedroht. Pabst habe den Bruch von Heimatwehren und Christlichsozialen gewollt. Aber selbst der Landbund hätte nun gegen den Faschismus der Heimwehren Front gemacht. Auch die Anschlussbefürworter, die sogenannten Grossdeutschen, lehnten das Korneuburger Gelöbnis ab. Nachdem aber das Entwaffnungsgesetz Schobers (das Heimatwehren und Schutzwehren demobilisieren sollte) gegen den Druck der Heimatwehren bewilligt worden sei, konnte der Bundeskanzler gegen Pabst vorgehen.³⁴²

Und der Anschlussanhänger, der «Grossdeutsche» und Minister a.D. Dr. Schürff, selbst Heimwehrfreund, erklärte treffend: «Pabsts letzter Plan war, die ihm nicht genehmen Regierungen solange zu stürzen, bis eine der Heimatwehr unbedingt ergebene Regierung gesichert war.»³⁴³ Und Schürff meinte, ähnlich wie elf Jahre zuvor Groener, die «schädlichen Solotänze einzelner Führer» müssten aufhören.³⁴⁴

Auch in Deutschland wurde die Abschiebung Pabsts bemerkt. Der *Vorwärts* berichtete³⁴⁵, sogar die *Vossische Zeitung* kommentierte: «Unwillkürlich drängt sich bei dem Vorgehen der österreichischen Regierung gegenüber Pabst die Parallele mit Hitler auf, der es in ganz anderer Weise als Pabst verstanden hat, sich in einer für Ausländer nicht zulässigen Weise in die innenpolitischen Verhältnisse Deutschlands einzumengen.»³⁴⁶

Damit wurde die Dimension der Gefährlichkeit dieses Mannes durchaus erkannt. Was Pabst von Hitler unterschied, war jedoch, dass er nicht dessen Charisma als Redner hatte. Pabst war kein Bierkelleragitator, kein völkischer Tribun, kein Rattenfänger der Massen. Er war Militär, Netzwerker, Drahtzieher, Wühler und Organisator. Einer, der es allerdings immer bevorzugte, in der zweiten Reihe, möglichst verdeckt zu agieren, und wenn es sein musste, auch als «Solotänzer».

Nun warteten die Heimatwehrmänner in jener Nacht vor dem Landeshaus erst einmal vergeblich auf die Rückkehr des Solotänzers. Schober und Schumy in Wien kamen nicht «zur Besinnung».

Auch die Mitteilung der Gaue West- und Mitteltirol: «Unsere Leute erwarten eine Tat – politischer Kampf gegen die Bundesregierung», die Männer seien schon «sehr ungeduldig», brachte keine Bewegung in die Sache, ebenso wenig hatten ein Brief des Landeshauptmanns Stumpf an den Bundeskanzler und einer an seinen Freund und Vizekanzler Vaugoin Erfolg.

Und auch die deutsche Regierung wurde nun urplötzlich über Pabsts Absichten und Taten in Österreich in einem Diplomaten-Bericht aufgeklärt, der die Verbindungen nach Italien, Ungarn (und zur NSDAP) mit der Absicht der «Schaffung einer faschistischen Diktatur in Österreich»³⁴⁷ offen legte. Alles Dinge, die vorher von den deutschen Konsuln und Botschaftern nicht erkannt werden wollten, eben weil man mit Pabst zusammengearbeitet hatte.

Pabst jedoch meldete sich aus dem Exil in Venedig, wo ihm die faschistische italienische Regierung unter Mussolini «hochherzige Gastfreundschaft»³⁴⁸ bot. Er schickte erst ein Telegramm: «Wünsche sofortige Verleumdungsklage gegen Schumy wegen Behauptung vorhandenen Putschmaterials.»³⁴⁹ Und dann einen Schriftsatz seines Rechtsanwalts aus Venedig. Ausserdem schrieb er am 30. Juni 1927, er habe die «Zwangsferien», welche er in «Stellvertretung anderer» verbringe, «reichlich satt». Der Bundeskanzler sehe jetzt wohl das Unrecht. Aber Schumy verfolge ihn mit Hass.

Pabst stellte sich die Frage, ob es nicht klüger gewesen sei, damals Angebote aus Chile, der Türkei und China anzunehmen.³⁵⁰ Letzteres spielte auf ein tatsächliches Ereignis an. Nach dem Pockentod seines Kameraden Oberst Bauer im Dienste Chiang Kai-sheks machte die chinesische Regierung Pabst das Angebot, sie als Nachfolger Bauers zu beraten. Doch Pabst hatte abgelehnt, weil «seine Aufgabe in Österreich noch nicht vollendet sei»³⁵¹.

Pabst bekam die Gastfreundschaft Mussolinis aber offensichtlich gut, denn schliesslich stellte er sogar Bedingungen für eine Rückkehr. Er wünsche vollständige Aufklärung, vorher denke er nicht daran, nach Österreich zurückzukehren.³⁵² Ausserdem nutzte er die Zeit, um seinen Plan einer Weissen Internationale weiterzuentwickeln.³⁵³ So korrespondierte er deswegen auch von Venedig aus mit seinem Mordkameraden Pflugk-Hartung in Schweden.³⁵⁴ Doch die österreichischen Heimwehren zeigten sich,

ihres strategischen Kopfes verlustig, erst einmal politisch unfähig und militärisch zu schwach, um zu handeln.

Und Schober holte zum nächsten Schlag aus. Er versuchte mit Hilfe der Industrie den ihm unliebsamen Bundesführer Steidle – dem es nicht gelungen war, die Regierung seinem (und Pabsts) Willen zu unterwerfen – zu entfernen. Und tatsächlich beschloss der Industriellenverband nun, den niederösterreichischen Heimwehrführer Fürst Starhemberg zu unterstützen. Am 2. September 1930 wurde Steidle als Bundesführer abgewählt, auch Pfrimer (Steiermark) musste gehen. Starhemberg sah sich als neuer Chef der Heimwehr bestellt.³⁵⁵ Schober hatte geschickt seine Feinde, einen nach dem anderen, beseitigt. Da spielte es schon keine Rolle mehr, dass Schober Ende September selbst gehen musste. Denn Steidles christlichsozialer Verbündeter, der Kriegsminister und Vizekanzler Vaugoin, trat zurück, stürzte damit Schober und wurde selbst für wenige Wochen Kanzler.

Die Angriffe gegen den verbannten Pabst nahmen zu. Die *Wiener Allgemeine Zeitung* nannte ihn einen Hochverräter. Pabst klagte über seinen Rechtsvertreter RA Eibuschitz und liess erklären, Schober habe schon 1927 gewusst, dass er, Pabst, kein österreichischer Staatsbürger gewesen sei, und ihn trotzdem immer, wenn er in Wien weilte, zu sich gebeten. Und in den Tagen des Wiener-Neustädter Aufmarsches (Oktober 1928) habe er in der Polizeibehörde des damaligen Polizeipräsidenten Schober amtiert und über den ganzen Fernsprechapparat der Bundespolizei verfügt.³⁵⁶ Doch die Klage wurde abgewiesen, weil der Ausdruck Hochverräter sich auf die Vorgänge beim Kapp-Putsch bezog und daher zutraf.

Einen weiteren Angriff startete der Landbund (dessen Führer Schumy war) mit einem Extrablatt seiner Zeitung. Es bezeichnete Pabst als denjenigen, der «Österreich für das faschistische System Italiens zu gewinnen» suchte. Zwar stimmte dies, doch das Extrablatt wurde sofort von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und zensiert.³⁵⁷ Die Heimwehführung musste Pabst nun dringend zurückholen. Dies gelang, weil Starhemberg in der neuen Regierung zusätzlich zur Heimwehr-Bundesführerschaft noch – allerdings nur für kurze Zeit – den Posten des Innenministers bekam.³⁵⁸ Er sah in Pabst zwar einen Konkurrenten, musste den «Kameraden» gegenüber aber nun handeln und den «Adoptiv-Tiroler» (Pabst über sich) aus der Verbannung erlösen. Die Frage war nur, würde Pabst seine und Steidles Entmachtung rückgängig machen können oder gar den Durchmarsch vom Brenner nach Wien wagen?

10. «Heil Pabst!» – Triumphale Rückkehr nach Innsbruck

Am 12. November 1930, man wählte bewusst den Feiertag zur Gründung der demokratischen Republik Österreich, war es dann soweit. Pabst und seine Frau fuhren mit dem Zug nach Bozen (Südtirol). Am Bahnhof – aber immer noch in Italien – ein erster kleiner Empfang mit Heilrufen durch Schweinitzhaupt und andere Heimatwehrgrößen. Man genehmigte sich ein grosszügiges Frühstück am Buffet des Bahnhofs. Dann fuhr Schweinitzhaupt Pabst und Gattin im Heimwehautomobil zum Brenner an die Grenze. Und dort spielten sich schier unbeschreibliche Szenen ab.

Pabst wurde an der Grenzstation in die Behausung der faschistischen Miliz gebeten, wo man ihm einen Ehrenwermut kredenzte. Der «Wau-wau gegen die bolschewistisch-demokratische Opposition (sic!)», wie die *Provincia Bolzano*, offizielles Organ der Faschisten von Bozen, den « Wadeibeisser-Waldi» (so der Heimatwehrkosename für Pabst) nannte, sprach dem faschistischen Italien den Dank für die «hochherzige Gastfreundschaft» der Behörden und des italienischen Volkes aus und bekundete «Hochachtung und Bewunderung für den Faschismus und seine Organe». In trauer Eintracht erhoben «Schwarzhemden und Braunjacken (...), Männer, die jeden Tag mit Leib und Seele dem grossen Ziele der Rettung des Vaterlandes leben und die geschworen haben, wenn auch zu verschiedenem Zeitpunkt, die Ausrottung der bolschewistischen Bazillen zu erreichen», zusammen das Glas. Pabst habe schliesslich, so die faschistische Postille, auf Südtiroler Boden ausgerufen: «Es lebe der Duce, es lebe Mussolini.»³⁵⁹

Auf der anderen Seite der Grenze warteten derweil ungeduldig die Führerschaft der Tiroler Heimatwehr mit Dr. Steidle und mit Major Mayer als Vertreter des ,dienstlich verhinderten Innenministers und Bundesführers Fürst Starhemberg³⁶⁰, ferner als Ehrenkompanie der Höttinger Gausturm, dann das Motorradfahrerkorps, Heimatwehrabteilungen aus Wattens, Landeck, Imst und schliesslich auch eine Abteilung der Wiener Eisenbahnerwehr. Mit ausgerückt war auch die Steinacher Schützenmusik, und zum Empfang hatten sich zudem diverse Innsbrucker und Wipptaler Bürger eingefunden. Sämtliche militärischen Formationen zeigten sich in Uniform mit Seitengewehr und ihren Fahnen. Während des Wartens kam es wiederholt vor, dass «uniformierte Heimatwehrleute die Grenze überschritten, einmal sogar mit der Fahne mit dem Tiroler Adler. Die italienische Grenzwatche liess diese ,Grenzüberschreitungen' ruhig zu; die Ansammlungen begegneten sogar dem lebhaften Interesse der Grenzorgane.»³⁶¹

«Dann geleiteten Mitglieder der Wiener Eisenbahnerwehr den Heimwehrführer zur Grenze. Knapp vor der Grenze legte Major Pabst die Heimwehuniform, Windjacke, Kappe und Seitengewehr an. Als er zum (sic!) Grenzschraken kam, wurde von der Ehrenkompanie die Ehrenbezeugung geleistet, der Generalmarsch ertönte und die Mu-



Triumphale Rückkehr auf dem Brenner, links neben Pabst Richard Steidle

sik intonierte das Andreas-Hofer-Lied. Frau Hofrat Bundsmann als Präsidentin der Frauenortsgruppe der Heimatwehr überreichte dem Major einen Blumenstrauss und einen Kranz mit einer Schleife in den Heimatwehrfarben.»³⁶²

Steidle hielt dann «im Kreuzfeuer der Fotografen und Filmleute» eine Ansprache. Pabst erwiderte: «Kameraden, ich danke euch für eure Treue, ihr könnt versichert sein, dass ich der Alte geblieben bin.» Dann wählte er die gleichen Worte, die sein damaliger Mentor, der deutsche Sozialdemokrat Gustav Noske, fast zwölf Jahre vorher gegenüber den Freikorps gewählt hatte. Er werde «Treue mit Treue vergelten. Heil die Heimatwehr.»

Schliesslich setzte sich Pabst eskortiert von zwanzig Motorrädern und dreissig Autos, darunter Busse und LKWs mit Heimatwehrtruppen, in Richtung Innsbruck in Bewegung. Unterwegs wurde in mehreren Ortschaften gehalten, Bürgermeister und Nationalräte hielten markige Reden, Märsche wurden intoniert.

Schliesslich erreichte die Karawane gegen Abend die Landeshauptstadt. Am Innrain hatten «alle militärischen Formationen von Innsbruck und Umgebung» Aufstellung genommen, auch die Eisenbahnerwehr und ein Bataillon Oberland sowie eine Kompanie Wehrtümer, zusammen stattliche 1115 Mann und zwei Musikkapellen. Alle militärischen Ehren kamen zum Einsatz: Kopfwendung, Generalmarsch und Heimwehrhymne. Pabst schritt mit den andern Führern die «Front der Formationen ab, die ihn mit Heil-Rufen begrüßten». Fackeln wurden entzündet und Pabst «im Zuge durch

die Stadt zu seiner Wohnung in Saagen begleitet. Die glitzernde Kolonne schritt durch ein dichtes Menschengespinn, aus dem wiederholt Heilrufe für den Heimkehrer erklangen.» Vor Pabsts Wohnung (Schillerstrasse 19) defilierten dann die Formationen vorbei. Pabst stand am Fenster und wurde «stürmisch bejubelt».

Alle Insignien faschistischer Machtergreifung waren hier am Start. Am Abend dann der Höhepunkt: Es kam zu einem beispiellosen Kameradschaftsabend im grossen Stadtsaal. Vor einigen tausend Personen und in «beängstigende[r] Enge» wurde Pabst «unter stürmischen Heilrufen und unter den Klängen der Heimatwehrrhyme» auf «den Schultern von Heimatwehrrufen in den Saal getragen». Der Bürgermeister, höchste Offiziere der alten K.u.K.-Monarchie und natürlich die Heimatwehrrufen bereiteten Pabst einen triumphalen Empfang.

Steidle hielt eine seiner berüchtigten Reden, betonte, wie sehr Pabst doch Unrecht geschehen sei, dankte der Tiroler Landesregierung, die alles getan habe, und allen, die mitgeföhlt und -gelitten hätten. Dann rechtfertigte er die Teilnahme an den Wahlen – die Pabst gar nicht passte –, weil man die «rechte Seite der Volksvertretung möglichst stark» machen wollte. Man habe treue Gefolgschaft nur bei den Arbeitern (sic!) und bei den Bauern. «Gewisse Bürger» aber stünden abseits. Sie würden vergessen, der Weg über die Mitte führe nach links. Aber in dem Lande, wo die Heimatwehr und «der Organisator Pabst seine grössten militärischen Erfolge erzielen konnte», sei das Spiessertum sehr vergesslich. Sie hätten sich von den «Rattenfängern der Ruhe und Ordnung» einfangen lassen. Aber das sei falsch, denn «nur auf der Macht kann politisch aufgebaut werden». Pabst aber habe die Zähne zusammengebissen und gewartet, «bis der Tag der Vergeltung» komme. «Dieser Tag wird auch der Tag der Befreiung sein.»

Und wie der auszusehen habe, skizzierte Pabst, wie immer knapp und deutlich. Es seien zwei Sachen notwendig: «Ein fester Zusammenhalt und die Erkenntnis, dass mit Stimmzetteln und Wahlen kein Volk in die Höhe gebracht werden könne. Es müsse Schluss gemacht werden mit diesen Dingen. Nur eine starke Wehrrbewegung könne die Heimatwehr zu ihrem Ziele führen: Die Machtergreifung im Staate. Und dazu müsste es schon in allernächster Zeit kommen. Über Österreich dürfe nur die grün-weise Fahne der Heimatwehr wehen. Und wenn es einmal soweit sei, werde der Impuls auch auf das grosse deutsche Vaterland übergehen.»³⁶³ Erst nehmen wir Österreich und dann den Rest. Die Internationale der Nationalen, die Weisse Internationale wird hier wieder als Ziel formuliert.

Seine Rede wurde mit «heller Begeisterung» aufgenommen und Pabst wieder auf den Schultern von den Heimatwehrrufen im Saal herumgetragen, während folgerichtig «die Musik das Deutschlandlied spielte». Und der Jugendführer der Heimatwehr schrie: «Mit dir ist das Schwert zurückgekommen. Wir ergreifen es, und führe uns nach Wien, wo wir den Hahnenschwanz auf den Bürgermeisterstuhl pflanzen werden.» Ein denk-

würdiger Abend ging zu Ende und es schien, als sei Pabst tatsächlich der Mann, der die Macht in Österreich ergreifen könnte. Doch wie sich herausstellte, war die triumphale Rückkehr des preussisch-protestantischen Putschisten ein Pyrrhussieg.

Schon wenige Tage später musste Pabst seine in der italienischen Grenzstation vorgetragene Lobeshymne auf Mussolini dementieren. Er habe «kein Hoch auf den Duce ausgebracht», liess er in einer Presseerklärung verbreiten.³⁶⁴ Das Südtirol-Problem, das Pabst immer beiseite gewischt bzw. hintangestellt hatte, bereitete ihm nun grosse Kopfschmerzen. Die Grossdeutschen waren empört³⁶⁵, der Bauernbund war empört. Man sei nicht gewillt, sich von Pabst in das Lager des Faschismus drängen zu lassen.³⁶⁶

Und die deutsch-völkische Arbeitsgemeinschaft aus Andreas-Hofer-Bund und den Südtirolfreunden des Schulvereins «Südmark» inszenierte wenige Tage nach Pabsts triumphalem Empfang im gleichen Stadtsaal eine Versammlung «gegen die Anbiederung des Herrn Pabst an den italienischen Faschismus». Die illustre Zusammenkunft wurde gezielt gestört von einer Arbeitsgemeinschaft aus Heimatwehr- und Nazi-Anhängern. «Heil Südtirol» wechselte sich ab mit «Heil Hitler» und «Heil Pabst» mit «Pfui Pabst»³⁶⁷. Nazis und Heimatwehr, die hier gemeinsame Sache machten, waren in der Überzahl und stellten das Gros der 3'000 Anwesenden. Als der Bürgermeister eines Südtiroler Ortes mit Blick auf Pabst ausrief, «jeder Deutsche habe alles» zu «unterlassen», was als Lob des italienischen Faschismus aufgefasst werden könnte³⁶⁸, tobte der Saal und seine weiteren Worte gingen unter. Das Niederschreien der völkischen Südtiroler nützte jedoch nichts. Pabst hatte sich in die Nesseln gesetzt.

Zudem musste er sich dagegen zur Wehr setzen, dass man ihm unterschob, er habe wie Bismarck ausser dem Sozialismus auch dem Klerikalismus den Kampf angesagt³⁶⁹, was offensichtlich eine geschickte Verleumdung war.

Noch grösser wäre der Protest aber vielleicht ausgefallen, wenn die Tiroler gewusst hätten, dass Pabsts Venedig-Aufenthalt komplett aus einem Teil der Millionen finanziert wurde, die Mussolini nicht ganz uneigennützig der Heimatwehr zur Verfügung gestellt hatte. So können wir erfahren, dass Pabsts Verweilen in der Lagunenstadt 11650 Schilling, seine Rückreise nach Innsbruck 200 Schilling, eine Dienstreise nach Wien (von Venedig aus und offensichtlich während seiner Verbannung!) 676 Schilling und seine Rechtsanwaltskosten schliesslich 2'300 Schilling ausmachten und in der Summe 14 826 Schilling, von der Heimatwehr über die italienischen Faschisten beglichen,³⁷⁰ kostete, wie Steidle und Pabst penibel auflisteten.

Wie auch immer, Pabst war als Stabsleiter und trotz der Jubelfeiern nicht mehr tragbar. Zudem hatte sein Mentor bzw. sein Strohmann Steidle die Führung in der Gesamtheimwehr an Starhemberg abgeben müssen. Pabst wurde am 27. Dezember 1930 aus der Heim(at)wehr offiziell verabschiedet, oder «abgesetzt», wie es die *Berliner Morgenpost* kommentierte.³⁷¹

Und die Heimwehren waren nun zersplitterter denn je. Auch die Taktik, bei den Wahlen anzutreten, erwies sich als Fehlschlag. Starhemberg, der mit der Heimwehr als Partei, genannt Heimatblock, angetreten war, hatte damit Teile des Bürgertums und vor allem den Tiroler Bauernbund gegen sich aufgebracht. Der Bauernbund war nämlich überzeugt, dass die Bauern allein mit der katholischen «christlich-sozialen Partei zusammengehen» könnten.³⁷² Das Ergebnis fiel dementsprechend enttäuschend für die Heimwehr aus, nur 8 von 165 Mandaten gingen an den Heimatblock. Diese Wahlen waren ein überzeugender Beweis dafür, dass die Österreicher die Demokratie und nicht die Heimwehrrherrschaft wollten.

Papst hatte recht behalten, mit Wahlen konnte man unmöglich an die Macht kommen, aber mit Zerstrittenheit auch nicht. Der Marsch vom Brenner nach Wien fiel aus. Starhemberg dagegen suchte sich neue Verbündete, die aufkommende Nazi-Partei. «Die Hitlerbewegung ist uns ein starker Bundesgenosse, mit dem wir uns über kurz oder lang vereinigen werden.»³⁷³ Und deren grossdeutscher Führer war nun doch schwer beeindruckt von der Jubelveranstaltung für Papst in seiner alten Heimat. Hitler liess Papst zu sich bitten.

11. Papsts Ziele

Bevor wir uns der zweiten Begegnung Hitler-Papst widmen, sollen noch einmal kurz Papsts Ziele herausgearbeitet werden. Spätestens seit Ende 1929 entwickelte Papst konsequent das Konzept der Weissen Internationale. Diese Pläne wurden schon während des Kapp-Putsches und kurz danach im Ludendorff-Kreis diskutiert. Und Bauer hatte sie schon im Mai 1920 den Ungarn (Horthy) im Auftrag Ludendorffs übermittelt. Man hatte damals an eine «weisse Allianz» aller gegenrevolutionären Kräfte und Staaten (Deutschland, Österreich, Ungarn) gegen die Entente (Frankreich, England, Italien) und gegen die Linke entwickelt.³⁷⁴

Nach dem Sieg des Faschismus in Italien (1922) und dem Fortbestand einer autoritären Regierung in Ungarn sowie der Chance, in Österreich einen faschistischen Ständestaat zu schaffen, formulierte Papst in einem Brief vom Dezember 1929 an ein NS-Mitglied seine Pläne.³⁷⁵ Papst sah in einer solchen «Internationalen der Nationalen» das einzige Mittel, um der roten, der Sozialistischen Internationale zu begegnen. Die Ursprünge der roten Internationale sah er in der Französischen Revolution, deren Ideale Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit er ersetzen wollte durch «Autorität, Ordnung, Gerechtigkeit»³⁷⁶ – das Credo der Konterrevolution.³⁷⁷ Man kann auch sagen, die «Ideen von 1914» standen gegen die «Ideen von 1789».

Papst identifizierte den Begriff Freiheit mit «jüdische[r] Demokratie»³⁷⁸. Mit dem

Wort Gleichheit war der Bolschewismus verbunden. Beides wollte er ersetzen durch einen «dritten Weg», eine starke Staatsgewalt, einen faschistischen Ständestaat. Dieser Staat sollte allerdings nicht als ein einziger, als Grossdeutsches Reich mit Weltherrschaftsambitionen daherkommen, sondern als eine Art Staatenbund relativ autonomer faschistischer Staaten.

Papst erkannte das enorme Potenzial der roten Internationale und sympathisierte hier tatsächlich mit dem Prinzip des Nationalitätenbundes, jedoch nicht, wie zeitweise in der sozialistischen Bewegung gedacht, als Internationale selbst bestimmter sozialistischer Staaten auf dem Weg zum Kommunismus, sondern als Staatenbund diktatorisch regierter faschistischer Nationen. Dabei spielte zuerst Italien als Führungsnation, dann Österreich und endlich wieder Deutschland die zentrale Rolle. Spätere Einverleibungen und Grossreiche mit imperialistischen Eroberungsplänen waren deswegen nicht ausgeschlossen, sondern nur hintangestellt. Papst sah diesen Weg als einzig gangbaren an, da z.B. ein zu früher Anschluss Österreichs die Sozialisten in beiden Ländern zusammenschweissen, ja eine sozialistische Revolution auslösen könnte. Daher mussten die «Bolschewisten» in beiden Ländern erst besiegt sein, bevor man überhaupt daran denken konnte, sich zusammenzuschliessen und nach aussen aggressiv zu werden. Papsts Bestreben nach der Weissen Internationale bestimmte ab jetzt sein gesamtes Handeln und zwar noch bis ins Dritte Reich hinein. Nach dessen Kapitulation kamen die Pläne in Papsts Schweizer «Exil» wieder nach oben. Seine Konzeption hatte so eine starke Ausstrahlung, dass sie selbst seinen Kadettenkameraden und lebenslangen Freund Franz von Papen beeinflussten, der ab 1934 einen faschistischen Bund zusammen mit Italien, Ungarn und Österreich unter deutscher Vorherrschaft anstrebte.³⁷⁹ Papen hatte sich offensichtlich bei Papst bedient, in dessen Studiengesellschaft er übrigens Mitglied war.

Freilich brachte dieses Konzept auch Probleme auf der Rechten mit sich. Wurde Deutschland in die Achse Italien-Österreich-Ungarn einbezogen, so fürchteten die Ungarn die deutsche Vorherrschaft. War Italien der Primus inter Pares, so zeigte sich in Österreich Widerstand, nicht nur bei den Bauern, auch bei den Legitimisten und den konservativen Christlichsozialen, zumal die Südtirolfrage nicht zu unterschätzen war. Machte man aber Österreich zum zentralen Staat, würde sich ein autoritär gewendetes Preussen das sicherlich nicht gefallen lassen. Und schliesslich passte dieses Konzept nicht in das der Grossdeutschen. Insbesondere entsprach es nicht dem Weltmachtplan eines einzigen germanischen Reiches, wie ihn Hitler unnachgiebig vertrat. Reibungsverluste waren hier unausbleiblich.

VIII. Versuch einer faschistischen Internationale (1931-1933)

1. Hitlers Angebot

Im Frühjahr 1931 kehrte Pabst heim ins Deutsche Reich. Erst gab es Gerüchte, er wolle in Bayern so etwa Ähnliches wie eine Heimwehr aufbauen.¹ Doch dann erhielt er einen Besuch des NS-Rechtsanwaltes Hans Frank.²

Dieser Jurist bat Pabst im Auftrag seines Herrn um eine Unterredung.³ Pabst fuhr zum Berghof nach Berchtesgaden, den Hitler kurz vorher erworben hatte, und scheint auch dort übernachtet zu haben.

Hitler, offensichtlich beeindruckt von der Organisationsarbeit Pabsts, machte ihm das Angebot, als «Reichsbeauftragter des Parteiführers» in die Leitung der NSDAP einzutreten⁴ – was wohl bedeutete als «politische[r] Organisationschef»⁵. Dass dieser Besuch tatsächlich stattfand, geht auch aus einem Brief von Pabsts Schweizer Freund Bircher hervor: «Es hiess ja schon, Sie seien der persönliche Stabschef von Hittier (sic!) geworden.»⁶

Pabst liess nur halbherzig dementieren: «In Innsbruck verbreitete Meldungen, dass Major Pabst zum Stabschef Hitlers und zum Führer der nationalsozialistischen Partei ernannt worden sei, werden in dieser Form als unrichtig bezeichnet. Richtig sei, dass Pabst noch im Laufe dieses Sommers nach München übersiedeln und sich nach bereits getroffenen Vereinbarungen als Organisator der nationalsozialistischen Bewegung betätigen werde. Er werde aber nicht an führende Stelle treten.»⁷

Auch Hitler winkte im April 1932 (sic!) verärgert ab: «Hauptmann Röhm bleibt mein Stabschef, jetzt und nach den Wahlen. Major Pabst wird nicht mein Stabschef. An dieser Tatsache wird auch durch die schmutzigste und widerlichste Hetze, die vor Verfälschungen, Gesetzes Verletzungen und Amtsmissbrauch nicht zurückschreckt und ihre gesetzesmässige Sühne finden wird, nichts ändern.»⁸ Der darin enthaltene Wutanfall zeigt, dass Hitler beleidigt war und schon hier Rache ankündigte.

Wie lief aber nun dieses Gespräch ab? Es gibt im Wesentlichen nur Pabsts Nachkriegsüberlieferung, die natürlich davon bestimmt war, sich als Gegner der Nazis darzustellen. Hitler habe wie üblich lange referiert und ihm dann das Angebot gemacht. Pabst erbat sich Bedenkzeit und lehnte den Vorschlag dann schriftlich ab. Begründung: Erstens

habe er aus der Politik ausscheiden und in der Wirtschaft tätig werden wollen. Zweitens habe er aus den Ausführungen Hitlers erkannt, dass dieser ein Nationalbolschewist gewesen sei und dass die Machtergreifung der Nazis zum Zweiten Weltkrieg führe.⁹ Beide Begründungen sind fadenscheinig.

Pabst wollte zwar in die Wirtschaft, aber er war mehr denn je politisch tätig im Sinne seiner Weissen Internationale. Daher hielt er engen Kontakt zu Starhemberg und zur Heimwehr, mischte beim Stahlhelm mit und versuchte mehrere Organisationen zur Förderung des nationalen und internationalen Faschismus aufzubauen.

Es kann dabei durchaus so gewesen sein, dass er Hitler für zu «nationalbolschewistisch» hielt. Etwas, das ihn ja auch an seinem Putschkameraden Bauer gestört hatte. Aber ihm musste auch bald klar geworden sein, dass Hitler kein Nationalbolschewist war und das Wort «sozialistisch» nur zur Tarnung im Parteinamen trug. Nach Meinel hatte Pabst von Hitler als Bedingung der Mitarbeit auch verlangt, sich wieder mit dem renitenten SA-Führer Walther Stennes (er hatte 1931 im so genannten «Stennes-Putsch» kurzzeitig Goebbels Angj[^]-Redaktion besetzt) zu versöhnen. Pabst kannte Stennes schon 1920 als Vertrauten Ludendorffs, Kapp-Putsch-Kameraden und SIPO-Offizier. Doch Hitler lehnte ab.¹⁰

Kurz darauf war Pabst im Umkreis der Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands (NSKD) zu finden, einer Nazi-Abspaltung, die Stennes und Heinrich Ehrhardt gegründet hatten.¹¹ Ähnlich der von Otto Strasser (dem Bruder von Gregor Strasser) gegründeten NS-Abspaltung, der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS), war die NSKD ein rechtes Auffangbecken für Abweichler vom Hitler-Kurs.¹² Die NSKD gab ein – von Ehrhardt finanziertes – sogenanntes *National Sozialistisches Montags-Blatt* heraus, an dem auch Fritz Grabowsky, Pabsts alter GKSD- und NV-Propagandachef mitschrieb, an dem aber auch solch illustre Figuren wie F.W. Heinz und der Ex-USPD-Mann Walther Oehme¹³ beteiligt waren. Bei beiden Splittergruppen (NSKD und KGRNS) trat Ehrhardt als Geldverteiler auf. Er und Stennes bekamen die Beträge aus dem Reptilienfonds des uns bekannten Forstrats Escherich. Escherich speiste den Fonds wiederum aus «Kreisen der Berliner Industrie», darunter Geheimrat Bücher, seines Zeichens Generaldirektor der AEG¹⁴. Ehrhardt erhielt aber auch Finanzspritzen vom Reichswehrministerium.¹⁵ Ausserdem wurden die NS-Abweichler durch den Leiter des Dezernats zur Bekämpfung radikaler Umtriebe, den Zentrumsabgeordneten Karl Spiecker, mit Geldmitteln versorgt und als Agenten abgeschöpft.¹⁶ Man wollte die Abweichler «entradikalisieren», d.h. eine Abwanderung zur KPD, wie tatsächlich mit einigen Wenigen geschehen, verhindern. Spiecker war übrigens auch Vorstandsmitglied im SPD-nahen und von Pabst gar nicht geliebten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Otto Strasser¹⁷ war jedoch, mehr noch als sein Bruder, als angeblicher Linksabweichler von der NS-Ideologie verschrien. Ganz abgesehen davon, dass dieser «Natio-

nalbolschewismus» kein Sozialismus war, weil er das Eigentum an Produktionsmitteln nicht antastete, und andererseits völkisch, rassistisch und national aufgeladen war, erscheint es höchst interessant, dass sich Pabst, der doch angeblich Hitlers «gemässigten» Bolschewismus ablehnte, mit solcherart «radikalen» vorgeblichen Sozialisten abgab.

Dass Pabst gegen die Aggressionspolitik der NS-Bewegung gewesen sei – wie er nach dem Zweiten Weltkrieg immer vorgab –, ist ein Nachkriegssammenmärchen. Pabst war nie Gegner der Nazis, wenn auch sein Instinkt ihn die Parteimitgliedschaft nicht annehmen liess. Pabst arbeitete nach dem Prinzip: Getrennt marschieren, vereint zuschlagen, was ein Brief aus dem Jahr 1931 von ihm beweist. Darin machte er klar, dass er sich redlich bemüht hatte, die «grosse Einheitsfront aller Kämpfer» gegen die Demokratie in Österreich zusammenzubekommen. Man dürfe sich nun zwar den Nazis nicht unterordnen, brauche aber eine gemeinsame Taktik und «Einigkeit bzw. Vereinbarungen» zwischen den Führungen (von Heimwehr und Nazis), da die parlamentarische Front sowohl in Deutschland als auch in Österreich noch nicht schwach genug sei.¹⁸

Pabst wollte also mit den Nazis (und teilweise mit ihren Abweichlern) zusammenarbeiten, um seine faschistischen Pläne von der Eroberung der Macht zu verwirklichen. Gleichzeitig war er aber auch Konkurrenz. Es ist anzunehmen, dass Pabst Hitler seine Vorstellungen von einer faschistischen Internationale bei seinem Berghofbesuch übermittelte und dieser als Grossdeutscher und nationaler Einheitsreichfanatiker dies strikt ablehnte. Nicht Hitler war Pabst zu bolschewistisch, sondern Pabst Hitler zu internationalistisch.

Eine Weisse Internationale kam für Hitler weder mit Italien noch mit Österreich als Zentrum in Frage. Nicht einmal mit Deutschland. Hitler wollte keinen faschistischen Staatenbund und auch keinerlei Autonomie, wie sie Pabsts Freund von Papen 1934 als Vizekanzler für Österreich vorsah. Hitler wollte die Weltherrschaft.

Und nachdem Pabst sich nicht hatte integrieren lassen, stand er auf der Abschlusliste Hitlers, der solche «Illoyalität» wie die Ablehnung eines hohen Parteipostens niemandem verzieh. Nur wusste Pabst das offensichtlich nicht. Die Arroganz des Offiziers dem Emporkömmling gegenüber mag eine Rolle gespielt haben. Pabst, der mehr auf den Stahlhelm, die Heimwehr oder Nazi-Splittergruppen setzte, glaubte erst nicht daran, dass Hitler so schnell die Macht erobern und die anderen faschistischen Organisationen verdrängen würde, und ihm war wohl auch nicht klar, dass der NS-Parteichef das Konzept des «Getrennt Marschieren, gemeinsam Zuschlagen» ablehnte. So schrieb Pabst Göring im März 1933, man müsse Starhemberg und die anderen Heimatschutzführer dazu bringen, «den Weg zu bestreiten, der allein die Gleichschaltung der regierenden Kräfte in beiden Reichen gewährleistet»¹⁹.

Zwei Reiche waren für die Nazis nicht diskutabel, auch wenn sie gleichgeschaltet waren. Insofern fegten die machtpolitischen Interessen Hitlers bald über Pabst hinweg.

Seine Rolle als einflussreicher Militär, der aus der zweiten Reihe agierte, musste der Major a.D. 1931 aufgeben. Dafür bekam er eine gewichtige Rolle als Rüstungsmanager. Es war machtpolitisch ein gewisser Abstieg, doch auch eine Neuentwicklung zum Multitalent. Und Netzwerker der faschistischen Internationale blieb er allemal.

2. Rheinmetall I

Am 1. Januar 1931, also noch vor seinem Besuch bei Hitler und kurz nach seiner offiziellen Verabschiedung in Österreich, erhielt Pabst den Posten eines Direktors «zur besonderem Verwendung der Generaldirektion» bei der Firma Rheinmetall in Berlin, monatliches Gehalt 1'500 Reichsmark (18'000 im Jahr).²⁰ Der Vertrag galt bis 1937 und verlängerte sich danach automatisch jeweils um ein Jahr. Bislang hatte Pabst zwar umfangreiche Kontakte zur deutschen und österreichischen Grossindustrie gepflegt, dies jedoch immer «nur», um seine Truppen, sei es die GKSD, die Nationale Vereinigung oder die Heimatwehr zu finanzieren. An Namen wie Hugo Stinnes, Friedrich Minoux, Otto Wolff, Ottmar Strauss, Alfred Hugenberg und Fritz Mandl sei hier erinnert. Nun platzierte er sich ins Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie.

Verschafft hatte ihm den Posten sein ehemaliger Regimentskamerad Oberstleutnant Georg Thomas, der auch im Aufsichtsrat der Firma sass²¹. In einem Brief ein Jahr vor seinem Tod an einen alten GKSD-Kameraden, Georg Tessmar, beschrieb es Pabst anschaulich: «Nach einem Vierteljahr bekam ich bereits Prokura, und in einem Jahr war ich Direktor und Chef der Waffenabteilung, die einige tausend Angestellte umfasste. Rheinmetall hatte durch den Ankauf von Borsig Berlin (Tegel) sich sehr rasch zu[r] grössten Waffenschmiede Deutschlands emporgearbeitet. An Zahl der beschäftigten Angestellten und Arbeiter hatten wir kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Krupp überrundet.»²²

Die Firma Rheinmetall war schon Anfang der Dreissigerjahre ein Weltrüstungskonzern, der die geheime Aufrüstung der Reichswehr massgeblich mit betrieb und dieser faktisch auch gehörte. So schrieb Pabst 1934 an den damaligen SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich in die Prinz-Albrecht-Strasse, dass die Firma Rheinmetall «eng zusammenhängt mit dem Reichswehrministerium und insbesondere mit dem Heereswaffenamt»²³. Dieser Zusammenhang hat nicht erst seit der «Machtübernahme» Hitlers am 30. Januar 1933 bestanden.

Schon kurz nach der Novemberrevolution wurde die Wiederaufrüstung Deutschlands von den Militärs und Rüstungsmanagern «minutiös geplant»²⁴, angefangen mit Groener 1919²⁵ und weiterentwickelt durch Seeckt, strebte man schon lange vor Hitler,

aber mit identischen Plänen, eine 2,8 bis 3 Millionen Mann starke Wehrmacht mit 102 Divisionen plus 5 Kavalleriedivisionen²⁶ an und versuchte daher, die Rüstungskontrollbestimmungen des Versailler Vertrages zu unterlaufen.

Das entsprechende Dokument hierzu entdeckt zu haben, nehmen Janssen und Dirks für sich in Anspruch, allerdings übersehen sie dabei, dass die DDR-Historiografie, insbesondere Nuss, schon 1977 auf Seeckts Planungen einer Riesenwehrmacht von 36 Grenz-, 63 Infanterie- und 5 Kavalleriedivisionen (macht zusammen sogar 104 Divisionen) und 2,8 Millionen Soldaten aufmerksam gemacht hat.²⁷

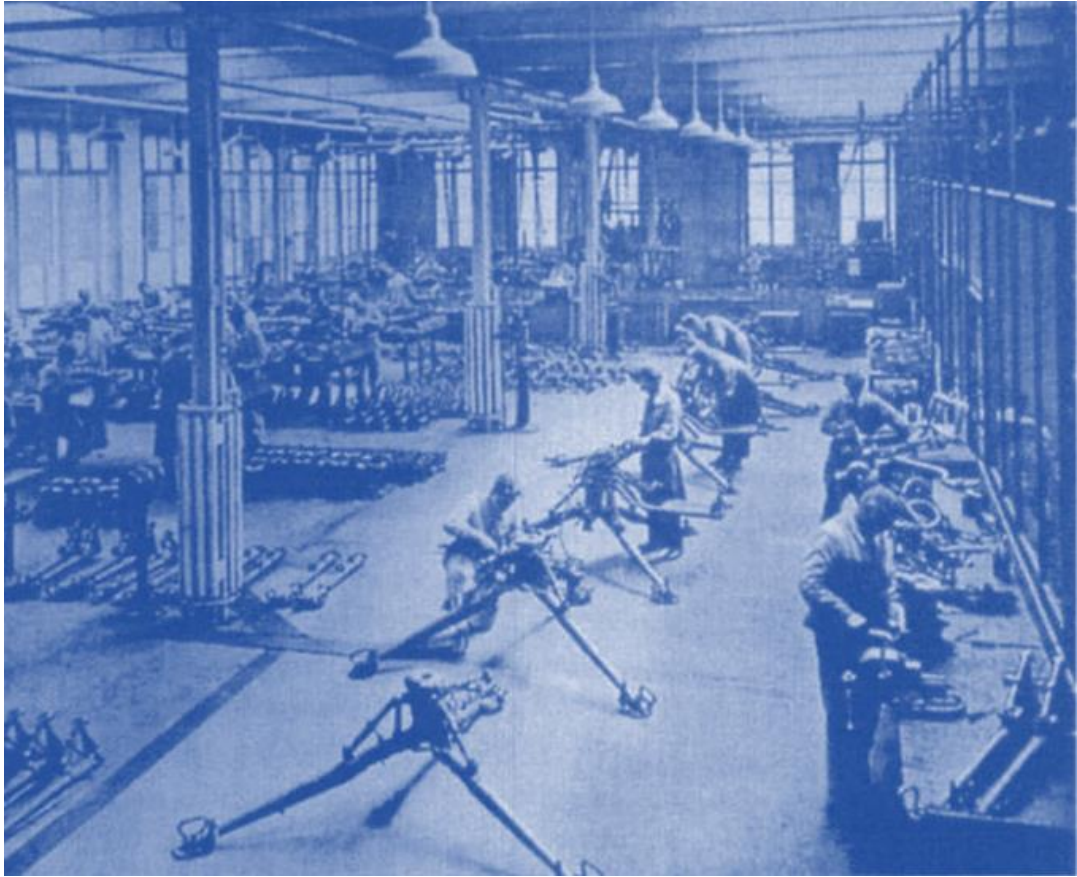
Auch Pabst war mit seinen Planungen zu einer durchmilitarisierten Gesellschaft (siehe Kapitel IV,7) als einer der Frühesten mit beteiligt. Sein 1919 ausgearbeitetes Zeitfreiwilligensystem wurde übrigens entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages unter der Decke tatsächlich weiterentwickelt²⁸, wie die Rüstungskontrollure der Interalliierten Militärkommission (IMK) 1925²⁹ und auch bei ihrem Abzug 1927 bestätigten.³⁰ Im Übrigen hat Aussenminister Stresemann 1927 mit seiner Verständigungspolitik und der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die Revision von Versailles ermöglicht.³¹ Deswegen war Pabst damals als Stresemanns Agent auch ein begeisterter Anhänger dieser Politik, wie übrigens auch Ehrhardt, beide sehr gegen den Widerstand der anderen Offiziere, die den Hintersinn von Stresemanns Politik nicht begriffen. Stresemann duldete übrigens auch die geheimen Rüstungen, soweit sie ihm bekannt wurden³² (alles erfuhr er nicht).

Interessant ist, dass Groener schon 1919³³ und wieder als Reichswehrminister 1931³⁴ zur Tarnung auch die zusätzliche Ausbildung von Massen-Milizheeren angedacht hatte. Die 100'000-Mann-Reichswehr als Kommandoebene (Rahmen) plus einem «Volksheer», welches natürlich nach den Prinzipien der Freikorps aufgebaut werden sollte: «Straffe Führung».³⁵ Sogar die 1813 praktizierte Guerilla-Taktik wurde wieder in die Überlegungen einbezogen³⁶, allerdings das Tabu der *levée en masse* aufrechterhalten: Die Milizen sollten Hoheitsabzeichen tragen.³⁷

Die SA war dann die reale Ausprägung dieser Art von Miliz. Sie wurde aber nach dem Austritt aus dem Völkerbund und als potenzielle *levée en masse*, d.h. als molare Masse mit molekularen Möglichkeiten, immer mehr als Bedrohung für den strikt molaren Reichswehr-Block empfunden.

Um aber Versailles zu unterlaufen, bedurfte es auf Produktionsebene einer Transformation der Rüstungsindustrie ins Ausland. So wurde auch die Schweiz zu einem Kristallisationspunkt deutscher Rüstungsbestrebungen, der Aufbau der Schweizer Rüstungsindustrie war überhaupt diesem Umstand zu «verdanken».³⁸

Man wich auf die Schweiz aus, gründete dort in deutscher Hand befindliche Firmen und liess sie Waffen und Munition herstellen und entwickeln, durchaus mit Kenntnis



und ohne Widerstand der Schweizer Regierung.³⁹ Auch Rheinmetall transferierte mit der Waffenfabrik Solothurn deutsche Rüstungstechnik in die Schweiz und entwickelte dort ihre Waffentechnologie weiter.⁴⁰

Pabst arbeitete hier mit seinem Freund Fritz Mandl, dem «Patronenkönig», zusammen, welcher in Österreich die Hirtenberger Patronenfabrik besass und aufgrund der Beschränkungen des Vertrages von St. Germain diverse Dependancen und Fabriken in Polen, Frankreich und den Niederlanden eröffnete. Mandl war eine Schlüsselfigur der verdeckten Rüstungen Österreichs und Deutschlands.⁴¹ Auch über Hans Eltze hielt er Beziehungen zu Rheinmetall. Im Dezember 1932 lieferte Solothurn 50 Güterwaggons voller Waffen für die Heimwehr Starhemberts über Italien in Mandls Fabrik und wohl z.T. auch weiter nach Ungarn.⁴² Mandl war selbstredend auch Mitglied von Starhemberts Heimatblock. Auch das Maschinengewehr (MG) 30 aus der Waffenfabrik Solothurn wurde nach Österreich und Ungarn geliefert.⁴³

Rheinmetall entwickelte in Konkurrenz zur Schweizer Rüstungsfirma Oerlikon Maschinenkanonen nach Vorgaben des deutschen Waffenamtes.⁴⁴ Italien und die Sowjetunion waren ebenso Ziele dieser Rüstungspolitik.⁴⁵

Schon 1929 testeten die Chemiker Leopold von Sicherer und Alexander von Grund-

herr (übrigens beide 1919 Mitglieder des Freikorps Epp) das Giftgas Lost streng geheim im Auftrag des Heeres waffenamtes in der Sowjetunion.⁴⁶ Dabei wurden Sprühbüchsen von Rheinmetall verwendet. Ein Grossversuch mit der Granate «Pfiffikus» und dem Blaukreuzkampfstoff Phenylarsindichlorid startete im Oktober 1931, auf dem von den Deutschen Tomka genannten Gelände in der Sowjetunion, just als der Antibolschewist Pabst seine eigentliche Tätigkeit bei Rheinmetall aufnahm. Schon Anfang 1931, Pabst hatte gerade bei Rheinmetall unterschrieben, traf Erich Karlewski, Chef des Prüfwesens im Heeres waffenamt der Reichswehr, in Tomka ein.⁴⁷

Oberst Max Bauer, Gasspezialist im Ersten Weltkrieg und Pabsts Freund und Kampfgefährte, hätte sich sicherlich gefreut, wäre er noch am Leben gewesen. Er jedenfalls hatte Pabst die Kontakte zu China, Chiang Kai-shek und den Kuomintang vermittelt. Und Pabst nutzte nun diese Kontakte, um die Waffengeschäfte Rheinmetalls mit China voranzubringen (siehe das Kapitel Rheinmetall II).

Bis 1933 ist es nach Kachulle «im Wesentlichen darum gegangen, Pabsts politische und geheimdienstliche Kontakte – die er in den beiden Jahren noch stark ausgebaut hat – für Rheinmetall, die Reichswehr und illegale staatliche Aufrüstungsprojekte fruchtbar zu machen»⁴⁸.

Um seine Tätigkeit bei Rheinmetall zu tarnen, beteiligte sich Pabst an dem Verlag «Tradition»⁴⁹, der rechte Literatur, darunter *Ein Kampf um Rom* von Felix Dahn, aber auch NS-Hagiografie⁵⁰ veröffentlichte und in dem er auch seinen Mord- und Putschkameraden Ehrhardt, der die andere Hälfte der Bürgerschaft von insgesamt 14'000 Reichsmark übernahm⁵¹, wieder traf. Die *Berliner Morgenpost* berichtete über Pabsts Verlegetätigkeit: «Nun ist Pabst, wie allgemein bekannt, auch heute noch Pensionär der Republik, aber diese Pension kann ihm unmöglich auch bei grösster Sparsamkeit nicht das Geld gebracht haben, das er in den Verlag eingeschossen hat. Es müssen andere, sehr kapitalkräftige Kreise sein, denen an der Wühlarbeit des Putschisten Pabst in Deutschland gelegen ist.»⁵²

Pabst konnte es sich nicht verkneifen, der *Morgenpost* einen netten Brief zu schreiben, den diese auch teilweise veröffentlichte. Er duzte darin die Schriftleitung der *Morgenpost*, versuchte zu täuschen, indem er angab, von der Politik genug zu haben. Er versuchte zu scherzen, dass die «Millionen» für die Bürgerschaft direkt vom Duce (Mussolini) kämen. Dass er und die Heimwehr tatsächlich Millionen Schilling bekommen hatten – was die *Vossische Zeitung* schon einmal angeprangert hatte –, wollte er damit geschickt kaschieren.⁵³

Die geheime Direktionsanstellung bei Rheinmetall «zur besonderen Verwendung» in Berlin und nicht im Stammsitz des Konzerns in Düsseldorf ermöglichte ihm jedoch nicht nur den Einstieg bei einem rechten Verlag, sondern stellte eine exzellente ökonomische Basis für seine Anstrengungen zum Aufbau einer faschistischen Internationale dar. Er verband hier sozusagen das Angenehme mit dem Nützlichen: geheime Aufrüstung mit dem Aufbau der Weissen Internationale.

3. Die Weisse Internationale

Dass er überhaupt nicht genug von der Politik hatte, bewies Pabst nun und schrieb Briefe an all seine Kameraden im Ausland. So an seinen eidgenössischen Freund und Oberst Eugen Bircher, einen frühen Sympathisanten der NS-Bewegung. Er, Pabst, wolle den Gedanken der «Weissen Internationale» (WI) allmählich in die Tat umsetzen. Es habe sich ein «Kreis von Männern aus dem nationalen Lager gefunden, welche gewillt sind, in die praktische Arbeit für diese Organisation einzutreten. Den Vorsitz sollte der Ihnen bekannte Herzog Sachsen-Coburg-Gotha übernehmen, womit wir ja eine Persönlichkeit bekommen, die sowohl im Nationalsozialismus wie im Stahlhelm fest verankert ist.»⁵⁴ Pabst wollte den Militärarzt und Chef der Schweizer Freikorps Bircher dabei haben und fragte, ob Bircher und seine Verbände «bei der Sache mitmachen»⁵⁵.

Bircher reagierte postwendend, meinte aber, dass seine Verbände «kaum in der Lage sein werden, hier irgendwie aktiv mitzumachen». Seine politische Stellung erfordere, «mit äusserster Vorsicht an Verbindungen mit dem Auslande heranzutreten». Gleichwohl hatte Pabst Bircher neugierig gemacht, und letzterer plädierte dafür, einen «Nachrichtenaustausch durchzuführen, wie wir ihn seinerzeit mit Ihnen in Tirol hatten». Und «persönlich» würden ihn «Ihre Entwürfe durchaus interessieren»⁵⁶.

Pabsts Entwürfe interessierten noch andere Kameraden, die er angeschrieben hatte. So sollte als WI-Vertreter für Schweden der Liebknecht-Mörder, Waffenschmuggler und Canaris-Agent Horst von Pflugk-Harttung dienen⁵⁷, mit dem Pabst auch während seiner Heimwehrzeit in Österreich in dauerndem Kontakt geblieben war. Pabst hatte damals den mit Canaris-Geldern nach Schweden verschwundenen Pflugk-Harttung in die Hände des ebenfalls dorthin geflohenen «Sturmtrupp-Kommandant(en) bei Hitler» Hermann Göring empfohlen. «Da er sehr gute Beziehungen hat, wird er Ihnen vielleicht nützlich sein.»⁵⁸ Pflugk-Harttung wurde dann auch ein treues Mitglied der Nazi-Partei. Pabst liess sich übrigens auch von seinen Kameraden aus aller Herren Länder Briefmarken für seine Sammlung schicken.

Für die WI in Finnland war der Luxemburg-Mörder Hermann W. Souchon vorgesehen, der sich dorthin abgesetzt hatte. Souchon, Anhänger der faschistischen Lappo-Bewegung und im Bankgeschäft tätig, bedauerte es 1932, dass bei einem Aufenthalt in Berlin «kein Gedankenaustausch» zwischen ihm und Pabst möglich gewesen war.⁵⁹ Während dieses Aufenthaltes hatte ihn übrigens die Staatsanwaltschaft wegen des Luxemburg-Mordes vernommen, mindestens einen Meineid konstatiert und ihn wieder laufenlassen.⁶⁰ Doch davon später. Souchon beteuerte, seinem Ex-Chef «für den versprochenen Sektor jederzeit zur Verfügung» zu stehen.⁶¹

Pabst erstellte eine umfangreiche Liste der Staaten und Vertreter der WI. Vorgesehen waren ausser den schon erwähnten Ländern (Schweiz, Schweden, Finnland) Österreich, Ungarn, Italien, das Baltikum, Bulgarien, Deutschland, aber auch England und die USA.⁶² Als WI-Vertreter für Italien war der «liebe Kamerad»,⁶³ der alerte italienische Major Giuseppe Renzetti⁶⁴, vorgesehen, Mussolinis Mann in Deutschland, der «gleichzeitig als Mittler zwischen den wichtigsten Partei- und Verbandsführern der deutschen Rechten»⁶⁵ fungierte.⁶⁶

In unsignierten Bemerkungen «zum Entwurf betreffend W.I.» fordert ein Kamerad auch die «faschistischen Vereinigungen» in Rumänien, Jugoslawien und der «Tscheche!» zu berücksichtigen, ebenso deutsche Organisationen in Polen.⁶⁷

Pabst gab der Weissen Internationale ein geistiges⁶⁸ und ein praktisches Programm⁶⁹.

Ersteres hat die klassischen Elemente der Konterrevolution, gerichtet gegen Frankreich und die zwei wichtigsten Forderungen der Französischen Revolution: Freiheit und Gleichheit. Beide Begriffe beinhalten für den autoritären Charakter und autoritäre Systeme enorme Sprengkraft, sie verkörpern für diese die Vorstufe zum Bolschewismus.

Pabst sah den Begriff der Freiheit immer negativ und verband damit die für ihn negativen Begriffe der Demokratie und des Liberalismus, weil sich dahinter angeblich Libertinismus, ja Anarchie und Chaos verbargen. Für den faschistischen Mann sind Menschen nicht «frei geboren». Sie sind auch keine Individuen. Denn die Freiheit des Individuums führe «stets in schrankenlose Selbstsucht, in die Verkündung des Egoismus, in die Unterdrückung wirtschaftlich Schwächerer». Hier werden geschickt Individualismus und «Marktliberalität», also Kapitalismus, vermengt und gleichzeitig kritisiert. Dagegenesetzt wird von Pabst «die Unterordnung des Einzelnen unter die unwandelbaren Gesetze», unter die «göttliche Ordnung». Demokratie erweise sich als unfähig, «den Hader der Parteien zu überwinden». Und Liberalismus sei «jenes Evangelium der westierischen Aufklärung».

Pabst erweist sich hier als klassischer doppelmoralischer Rechter, als Anti-Hedonist (ganz im Gegensatz zum eigenen Verhalten) und Anti-Aufklärer. Wieder verband er den angeblich von ihm bekämpften Wirtschaftsliberalismus (in einer Zeit, in der er ihn selbst rigoros betrieb) mit der Utopie der persönlichen Freiheit und verurteilte beide –



links Guiseppe Renzetti 1938

eine typisch faschistische Wendung. In der Kraftfahrersprache: links blinken und rechts abbiegen. Eine Wendung, die auch in Hitlers «Nationalsozialismus» enthalten ist (bis hin zur roten Hakenkreuzfahne).

Gleichheit ist dagegen von Grund auf verdächtig, da der autoritäre Charakter nicht davon ausgeht, dass die Menschen gleich sind oder werden sollten. Pabst setzt hier das «hierarchische Führerprinzip» gegen «Gleichmacherei».70 Insbesondere verkörpert Gleichheit immer auch Sozialismus und Kommunismus, für Pabst «Bolschewismus». Tatsächlich verband er damit «zügellose Genusssucht, völlige Freiheit des Einzelmenschen ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten des gesamten Volkes». Volk ist dabei das Schlüsselwort des völkischen Politikers Pabst.

Der dritte, schwammigste Begriff, Brüderlichkeit, erscheint dem Ständefaschisten ebenso unmöglich. Leben bedeutet für ihn Kampf und nicht Versöhnung. Pabst war Militär durch und durch und schrieb einst seinem Putsch-Genossen Oberst Bauer larmoyant nach Madrid: «Bei Herm Oberstleutnant Bircher hörte ich, dass Herr Oberst wieder eine *militärische* Betätigung in Spanien gefunden haben. (...) Wäre da nicht auch für einen leidlich brauchbaren Truppengeneralstabsoffizier eine Verwendung? (...) Es wäre wie eine *Erlösung*, wenn man wieder Soldat sein könnte.»71

Und so lautet sein Credo der Gegenrevolution: Autorität, Ordnung und Gerechtigkeit.

Autorität sei «Harmonie der durch die göttlichen Ordnungen beschränkten Freiheiten des Individuums und den durch die Staatsnotwendigkeiten bedingten Erfordernissen der Gesamtheit». Ordnung sei «innere Disziplin» und «Verkörperung einer sozialen Moral, die im Volksgenossen den Bruder sieht». Gerechtigkeit (ein ähnlich schwammiger Gegenbegriff zu Brüderlichkeit) sei «ein Absolutes», wobei natürlich nicht gesagt wird, wer darüber bestimme. Im Zweifelsfall aber er, wie seine Mordbefehle gegen Luxemburg/Liebknecht und sein Massenmordbefehl vom März 1919 belegen.

Pabst vergass zumindest im Entwurf seines geistigen Programms auch nicht, dem «heutigen Europa» ein «Chaos an geistigen und politischen Auffassungen, vermehrt durch die Machenschaften des Freimaurertums und gewisser zerstörerischer Elemente des Judentums» zu unterstellen: «Mächte, die im Trüben fischen» und «volkszerstörerische Ziele mit Hilfe raffinierter Methoden verfolgen». Ein Passus, den er dann vermutlich mit Rücksicht auf jüdische Finanziere wie Ottmar Strauss in der Endfassung wegliess.

In der Endfassung ebenfalls weggelassen72 ist Pabsts Fokussierung auf den italienischen Faschismus,73 den er anfangs als Zentrum der WI ansah, da hier «inmitten dieser absterbenden Welt (...) etwas völlig ‚Neues‘» geboren worden sei. Der italienische Faschismus habe «den Parteienstaat zerstört, den Klassenkampf überwunden und das ganze Denken und Wollen eines Volkes herausgerissen aus den falschen Vorstellungen des Liberalismus und Demokratismus».

Dank des «eisernen Willens des Führers der Bewegung und seiner unbeugsamen Energie» sei es dem heutigen Italien gelungen, das Problem zu lösen: «der Einzelne, das Volk und der Staat sind eins.» Pabst propagierte hier die faschistische Volksgemeinschaft, die militärisch-molare Masse, den völkisch-rassistischen Kampfverband.

Und klar und deutlich wurde die Strategie verkündet: «Bisher haben diese Organisationen einzeln oder in sehr loser Fühlung miteinander den Kampf geführt gegen einen nach gemeinsamen grossen Richtlinien kämpfenden Gegner, die ‚rote Internationale‘ und deren liberalen und demokratischen Vorläufer. Ebenso wenig aber wie im Kriege einzeln kämpfende Divisionen den Sieg erringen können gegen straff zusammengefasste Armeen, wird es auf Dauer möglich sein, den neuen Staatsgedanken durch vereinzelte Kämpfe in ganz Europa durchzusetzen und den Adler Roms über den Sowjetstern triumphieren zu lassen. Der ‚roten Internationale‘ muss unter der geistigen Führung des Heimatlandes des Faschismus Italien eine ‚weisse Internationale‘ entgegengesetzt werden. Ihre Aufgabe ist es, die gleichgerichteten Kräfte in den europäischen Staaten zusammenzufassen, über die Staatsgrenzen hinweg zum gemeinsamen einheitlich geleiteten geistigen Kampf für ein neues junges Europa, aufgebaut auf der faschistischen Ethik von Glaube, freiwilliger Disziplin, Eintracht, Opferbereitschaft und Gerechtigkeit.»⁷⁴

Der entscheidende Sieg sei aber nicht bloss in der Abwehr, sondern «im Angriff» zu erfechten. Dies sei nicht der Endpunkt «menschlicher Entwicklung», sondern der Ausgangspunkt «einer neuen europäischen Zielsetzung für die ganze Welt».⁷⁵ Heute Italien und morgen die ganze Welt. Ein imperialistisches Programm, das, so Pabst, nur funktioniere, wenn die Völker Europas diese Lehren nicht nur äusserlich, sondern «mit Verstand und Herzen in sich aufnehmen». Die Zeit sei reif «zum Zusammenschluss aller Kreise, Gruppen und Organisationen, welche gedanklich der faschistischen Weltanschauung nahe stehen»⁷⁶.

Im praktischen Programm wird es dann konkreter. «Frankreich und seine Vasallenstaaten» seien «auszuschliessen». Hineinnehmen solle man aber später, so Pabst vorausschauend, «geneigte Länder» des «lateinischen Südamerika». Das geistige Programm sei hier eventuell an die entsprechenden Staaten anzupassen, dies aber in der Regel nur vorübergehend, bis diese sich «unseren Grundideen» angepasst hätten. Würde diese Anpassung nicht erfolgen, sei auf die Mitwirkung dieser Staaten zu verzichten. Pabst gab sodann Richtlinien für die praktische Arbeit aus. Es sei eine Zentralstelle einzurichten (hier schon Berlin), die die Organisation geistig, taktisch und finanziell leite. Ihr angeschlossen (und untergeordnet) wären die Arbeitsstellen in den einzelnen Ländern. Ganz Staboffizier, unterteilte er die Zentralstelle in Organisationsabteilung, Presseabteilung, Propagandaabteilung und Nachrichtenabteilung. Pabst versuchte also hier 13 Jahre nach seinem Freikorps-Einsatz, 11 Jahre nach dem Kapp-Putsch

und nur wenige Monate nach den gescheiterten Putschversuchen in Österreich, seine Erfahrungen mit regierungsamtlichen, SPD-gestützten militärischen Mordorganisationen wie der GKSD, Verschwörerorganisationen wie der Nationalen Vereinigung (NV) und Massenorganisationen wie der Heimwehr für eine internationale Vereinigung zur Verbreitung des Faschismus zu nutzen. Und wie bei der GKSD und der NV gab es eine offizielle Presse- und Propagandaorganisation und eine geheime Agentenabteilung mit Überwachungs- und «Spezialaufgaben».⁷⁷ Dabei waren bereits angeschlossene Staaten wie auch diejenigen zu bedienen, in denen der Weg «für den Vormarsch der faschistischen Idee» noch nicht geebnet sei.⁷⁸ Konspirative Tätigkeit war hier – ganz dem Pabstischen Naturell entsprechend – gross geschrieben, grösser noch als, und dies erscheint als ewiges Problem, die Massenwirksamkeit. Hier zeigte sich Hitler, der um diese Zeit schon deutlichen Zulauf hatte, wesentlich effektiver.

Der aufmerksamen linken Presse entging Pabsts Ansinnen nicht. Am 26. Oktober 1931 berichtete der *Montag Morgen* unter der Überschrift «Pabst predigt die Weisse Internationale»: «Pabst weilt seit dem 20. Oktober tatsächlich in Berlin. (...) In einem Gespräch setzte Pabst seine derzeitigen politischen Ideen auseinander. Er sei bedingungslos Faschist. Sein Aufenthalt in Italien habe ihn in der Überzeugung noch bestärkt, dass ein ‚für deutsche Verhältnisse leicht modifiziertes Mussolini-System‘ die einzige Rettung aus unseren Nöten sei. Europa werde nicht eher zur Ruhe kommen, ehe nicht der ‚Roten Internationale‘ in allen Ländern aufs Engste Hand in Hand arbeitende faschistische Regierungen, also eine ‚Weisse Internationale‘ entgegengestellt werden können.»⁷⁹

Doch selbst Pabsts Kameraden und die herrschenden Eliten, denen er sein Programm präsentierte, waren weder von Italien als Zentrum noch der «internationalen» Ausrichtung und dem «provokanten Namen»⁸⁰ begeistert. So führte er seinen Versuch der faschistischen Internationale⁸¹ wendig in ein anderes, nationaleres Projekt über. Er setzte Deutschland als Zentrum ein und machte aus der «Weissen Internationale» die «Gesellschaft zum Studium des Faschismus» (GSF). Wichmann, der als erster den direkten Zusammenhang beider Organisationen nachgewiesen hat, nimmt für diesen Schwenk Pabsts den November 1931 an. Aufgegeben hat Pabst jedoch seine «Utopie» eines faschistischen Staatenbundes, der zum Angriff übergeht, nie.

4. Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus

Während andere «jungkonservative», antidemokratische und faschistische Clubs sich hauptsächlich aus Schriftstellern, Publizisten und Wissenschaftlern rekrutierten, gelang es Pabst als Geschäftsführer der Gesellschaft zum Studium des Faschismus (GSF) – wieder war Herzog Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha als Vorsitzender vorgesehen –, Teile der Herrschenden aus Industrie, Militär, rechten Parteien und Intellektuelle, «alte und neue Eliten»⁸², insgesamt bis zu 300⁸³, zu vereinen, wobei hier die Publizisten und Erfinder «ideologischer Erzählungen»⁸⁴ in der Minderheit waren. Die drei Hauptakteure der GSF, Pabst, Sachsen-Coburg und Renzetti, agierten als nichtintellektuelle Männer im Hintergrund, sie waren dafür effektive Netzwerker und «Mehrzweckführer»⁸⁵, wobei Pabst als Kopf des Ganzen anzusehen ist. «Die Gründung entsprach einem tiefen Bedürfnis des gesamten nationalen Deutschland, das in der faschistischen Staats- und Wirtschaftsdeutung grundsätzlich eine Lösungsmöglichkeit auch aus der gegenwärtigen deutschen Krise erblickt.»⁸⁶

Zweck und Aufgabe dieser Vereinigung war also, die grundsätzliche Übertragbarkeit des italienischen Faschismus auf das politische System Deutschlands zu propagieren, wobei man in den offiziellen Verlautbarungen angab, man wolle lediglich «prüfen». Ein Euphemismus, der nach aussen hin nur notdürftig kaschierte, dass die Mitglieder dieser Vereinigung schlicht das parlamentarisch-demokratische «System Weimar» zerstören und durch ein faschistisches ersetzen wollten. Dabei ging es letztlich nur darum zu testen, was vom italienischen Faschismus auf den deutschen direkt übertragbar war, oder wie Pabst sich ausdrückte, man wolle nicht nur «kopieren», sondern untersuchen, «was von den faschistischen Gedankengängen, die vielleicht mit Erfolg in Italien verwirklicht worden seien, auf Deutschland, in dem die Verhältnisse wesentlich anders lägen, angewandt werden könne und was abgelehnt werden müsse.»⁸⁷ Wobei Pabst nirgends eine Äusserung machte, dass er vom italienischen Faschismus etwas ablehnte. So liess er auch einen Vortrag über das faschistische Milizsystem halten⁸⁸, welches er aus seiner Heimatwehr- und Agententätigkeit in Österreich bestens kannte und welches Vorbild für die SA war. Pabst sah die Miliz als «Gesinnungsgemeinschaft, um später Staat und Volk zur Deckung zu bringen»⁸⁹ – eine Liebelei, die Pabst zumindest geistig in die Nähe Ernst Röhm's brachte und ihm bald gefährlich werden sollte.

Obwohl die praktische Tätigkeit der GSF hauptsächlich in Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen bestand (meist monatlich), sollte ihr Einfluss nicht unterschätzt werden. Die GSF war sowohl «Verbindungsknoten»⁹⁰ zwischen rechten Persönlichkeiten, Parteien, Grossindustriellen, ostelbischen Landadligen, antidemokratischen und anti-

bolschewistischen Intellektuellen wie Publizisten, als auch Verbreitungszentrum faschistischer Ideologie durch das Beispiel des «Heimatlandes» Italien.

«Die GSF war zugleich Ausdruck und Förderer eines philofaschistischen Klimas, das sich in der Endphase der Weimarer Republik immer deutlicher artikulierte und von dem Hitler schliesslich am stärksten profitierte – unter Mithilfe und Beifall einer Vielzahl von GSF-Mitgliedern.»⁹¹

Wer waren nun aber die Mitglieder? Der Herzog von Sachsen-Coburg⁹², ein Hochadliger und eine Schlüsselfigur der antidemokratischen Rechten, war wie Pabst Kadett in Lichterfelde, brachte es im Ersten Weltkrieg sogar zum General und entpuppte sich schnell – wie Hitler – als ein früher, begeisterter Förderer der Automobil- und Luftfahrttechnik. Trotz Novemberrevolution und Abdankung als Herzog behielt er 1919 einen Grossteil seiner umfangreichen Besitztümer und unterstützte finanziell die Konterrevolution in Form der Freikorps und ganz speziell den uns bekannten Pabst-Freund Korvettenkapitän Ehrhardt, dem er nach dem Kapp-Putsch das mehr oder weniger tiefe «Untertauchen» ermöglichte. Er finanzierte weitere rechte Organisationen, wie den völkischen Schutz- und Trutzbund, und lernte schon früh Hitler kennen, den er ebenfalls unterstützte. Er sympathisierte selbstredend mit Mussolini und hatte enge Fühlung mit Major Renzetti. Schon im Oktober 1929 führte er eine Reisegesellschaft aus Stahlhelm und DNVP in Italien an, wo man eifrig mit faschistischen Parteiführern und Organisationen zusammenkam, sozusagen gelebte Weisse Internationale. Als Präsident des Nationalen Deutschen Automobil-Clubs (NDAC) erwies er sich als Pionier des faschistischen Autokultes, welcher die nationalen Kraftfahrverbände um sich scharte, ein «technisches Harzburg, dessen Kampf dem Dritten Reich, der deutschen Nation gilt»⁹³. Zum Dank wurde er 1933 von Hitler zum Reichskommissar für den Kraftverkehr ernannt.

Auch Pabst hatte früh die Nützlichkeit des motorisierten Individualverkehrs für Mord-, Kampf-, Putsch- und Spitzeltätigkeiten erkannt und mit der von ihm 1919 initiierten Kraftfahrstaffel Kessel umgesetzt. Allerdings erschien das Kfz für Pabst Mittel zum Zweck und wohl weniger ideologiebelastet als bei Sachsen-Coburg, Hitler oder den Futuristen um Marinetti.

Major Renzetti wiederum war Chef der italienischen Handelskammer und der Verbindungsmann Mussolinis zur deutschen Rechten und zur NS-Bewegung.

Der in Berlin weilende Salonlöwe Renzetti (übrigens verheiratet mit einer Jüdin, deren Schönheit sich nicht einmal Joseph Goebbels entziehen konnte) sah sich nicht nur als «Botschafter des Faschismus», sondern auch als Totengräber Weimars, als Organisator einer faschistischen Front gegen die erste deutsche Demokratie.

Es darf nicht vergessen werden, dass um diese Zeit (Ende 1931) längst das deutsche Parlament durch das Präsidialkabinett Brüning und den durch Notverordnung regierenden Reichspräsidenten Hindenburg (was er u.a. von Ebert gelernt und übernommen hat-

te) ausgeschaltet und die Demokratie zur leeren Hülle verkommen war, Reichstagswahlen hin oder her. Weimar stand schon vor Papens und Schleichers Kanzler-Regentschaft vor dem Untergang. Es war nur noch die Frage, wie stark sich eine künftige faschistische Herrschaft etablieren, auswirken und halten konnte.

Auf die Parallelität der Entstehung von GSF und Harzburger Front⁹⁴ hat Wichmann zuerst hingewiesen. Sachsen-Coburg als Stahlhelmführer und Pabst als emsiges Stahlhelmmitglied unterstützen den am 11. November 1931 in Bad Harzburg gemachten Versuch, die antidemokratischen und faschistischen Verbände NSDAP, DNVP, Stahlhelm und Reichslandbund (RLB) enger zusammenzuschliessen. Die auch von Teilen des Grosskapitals geförderte Front, wie auch die GSF, sind durch auffällige «Doppelmitgliedschaften» gekennzeichnet: Hjalmar Schacht, Fritz Thyssen, Martin Sogemeyer, Otto Christian Fischer und Hans von und zu Löwenstein.⁹⁵

Neben Pabst gehörten dem Vorstand der GSF an: Der Ex-Freikorps-Generalleutnant von Epp (NSDAP seit 1928), welcher zusammen mit Pabsts GKSD und im Auftrag Noskes und Eberts die Münchner Räterepublik blutig liquidiert hatte, sowie Generaldirektor Friedrich Minoux.⁹⁶ Minoux finanzierte schon Ende 1918 als Verbindungsmann von Hugo Stinnes Pabsts GKSD. Minoux war auch 1923 als Reichsdiktator bzw. als Vorsitzender einer Junta und politischer Arm Seeckts im Gespräch.⁹⁷ Eine Idee, der sich damals auch Ebert nicht ganz verschloss.⁹⁸ In Minouxs Villa am Grossen Wannsee sollte nur knapp ein Jahrzehnt später die Durchorganisation der Juden Vernichtung beschlossen werden.

Auch im Vorstand der GSF: Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und der Präsident der Akademie der Künste, Professor Max von Schillings.⁹⁹ Als weitere gewichtige Mitglieder der GSF sind zu nennen: Oberst Wilhelm von Oertzen (Freikorpsführer und Literat), Martin Spahn (Historiker), Theodor Duesterberg (Stahlhelm-Führer), Franz Seldte (Stahlhelm-Führer), Franz Schauwecker (Freikorpsliterat), F.W. Heinz (Freikorpsmann und Mitglied der NV und später Geheimdienstchef in der BRD), Dr. Eduard Stadtler (Chef der Antibolschewistischen Liga), F.W. Schmidt (Freikorpsführer) sowie Hermann Ehrhardt (Mörder und Freikorpsführer).¹⁰⁰ Selbstredend fehlte der Ex-Sozialdemokrat August Winnig nicht, Kampfgenosse Pabsts aus Tagen des Kapp-Putsches. Vom Reichsverband der Deutschen Industrie waren vertreten: Max Ferdinand von Brakel, Gustav Krukenberg und Hans Reupke.¹⁰¹

Als Grossindustrieller wäre noch Günther Quandt zu nennen, als Nazis Hermann Göring, Hans Frank und Walter Funk. Nicht auf der Liste stand Pabsts langjähriger Freund, Terrorist¹⁰² und baldiger Reichskanzler Franz von Papen, der aber trotzdem sozusagen inkognito Mitglied war¹⁰³ und mit Pabsts Idee der faschistischen Internationale mehr als sympathisierte.

Als Mitglied (seit 1919) und Mitbegründer des Nationalen Klubs wirkte Pabst zu-

sammen mit Sachsen-Coburg auch hier als Vorsitzender¹⁰⁴ und politisch Bevollmächtigter¹⁰⁵. Der NK, einst gegründet aus «altkonservativen» Eliten, bemühte sich in der Zeit der undemokratischen Präsidialkabinette (1930ff.) verstärkt um eine Einigung der Konservativen mit der NSDAP. Pabst kam hier als Faschist und «Hansdampf in allen Gassen» (Dieter Ertel) eine wichtige Mittlerrolle zu.

Die GSF war das von Pabst installierte Netzwerk rechter Eliten zur Vorbereitung der faschistischen Herrschaft in Deutschland und hat dazu beigetragen, diese Herrschaftsübernahme auch möglich zu machen. Ihre Leitfiguren Sachsen-Coburg, Renzetti und vor allem Pabst waren Männer im Hintergrund, deren Einfluss jedoch nicht kleinerechnet werden sollte. Es gab diverse Querverbindungen zum Grosskapital wie zu anderen faschistischen Organisationen, national (Stahlhelm, DNVP, Harzburger Front, Nationaler Klub) wie international (Italien). Pabst versuchte auch Elemente der WI beizubehalten, indem er Ableger in Österreich und der Schweiz plante.

Übrigens gelang es der KPD, einen «Kundschafter» in die Stahlhelm- und GSF-Kreise um Pabst einzuschleusen. Gert Caden¹⁰⁶, Offizier im Ersten Weltkrieg, spionierte unter dem Decknamen «Schellow» und als Mitglied der KPD (innerhalb der Gruppe Kippenberger, Deckname «Alex») das Pabstsche Netzwerk aus. Caden hatte Kontakte zum späteren General von Rinck, und der kannte Pabst, von Papen und von Hammerstein «durch die gemeinsam durchlebte Zeit auf der Berliner Kriegsakademie»¹⁰⁷. Caden gelang es, sich in der GSF zu platzieren. Er führte eine Dreifachexistenz als Maler, Agent und vermeintlich rechter Netzwerker. Caden hatte auch Drähte zum General von Cochenhausen (von der Gesellschaft für Wehrwissenschaft), seiner Frau (eine geborene von Rassewitz), die wiederum enge Beziehung zum Chef des Nachrichtenwesens hatte, und zum Adjutanten des Generals von Fritsch, Major von Böckmann. «Diese Verbindungen erweisen sich als ausserordentlich wichtig und ergiebig.»¹⁰⁸ Caden arbeitete auch mit der Tochter Hammersteins, Helga (Deckname «Grete»), zusammen und ging mit dieser 1936 über das Riesengebirge in die Tschechoslowakei zu konspirativen Treffen.¹⁰⁹

Mit der Machtübernahme Hitlers und der Nazipartei war die Aufgabe der GSF erfüllt und die Organisation hatte sich überlebt. Gleichwohl gelang es Pabst, sie noch bis Ende 1933 am Leben zu erhalten. Schon kurz nach Hitlers Machtübernahme hatte er versucht, die GSF mit dem Nationalen Klub zusammenzulegen. Als «Faschistische Studiengesellschaft» im Nationalen Klub sollte sie weiter bestehen. Doch auch diese Rettungsversuche waren schliesslich vergeblich.¹¹⁰ Durch den «Sieg der Nationalen Revolution» verschwand die GSF aus der Geschichte.¹¹¹ Der deutsche Faschismus war von seiner relativ langen Kampfzeit in die zweite Phase, in die Systemzeit übergegangen. Pabst musste sich neue Wirkungsfelder suchen, bzw. es bot sich ihm die Chance, bestehende, wie seine Tätigkeit als Rüstungsmanager, zu neuer Blüte zu bringen – einer

Blüte, die einen Krieg bedeutete, den der italienische Futurist und Faschist Filippo Tommaso Marinetti 1936 als schön ansah, «weil er eine blühende Wiese um die feurigen Orchideen der Mitraillleusen bereichert. (...) weil er das Gewehrfeuer, die Kanonaden, die Feuerpausen, die Parfums und Verwesungsgerüche zu einer Symphonie vereinigt. (...) Weil er neue Architekturen, wie die der grossen Tanks, der geometrischen Fliegergeschwader, der Rauchspiralen aus brennenden Dörfern und vieles andere schafft.»¹¹²

5. Pabst und das Ende der österreichischen Demokratie

Bevor diese Wirkungsfelder beschrieben werden, soll Pabsts Rolle bei der endgültigen Erledigung der österreichischen Demokratie geschildert werden. Nach seiner Übersiedlung aus Innsbruck nach Berlin Ende 1931 kehrte Pabst immer wieder besuchsweise nach Österreich (und Ungarn) zurück und hielt weiter intensiven Kontakt zu allen möglichen Heimwehrführern. Da Steidles Einfluss nach seiner Entmachtung nurmehr marginal war, hielt sich Pabst jetzt aber in der Hauptsache an dessen Nachfolger als «Bundesführer der österreichischen Selbstschutzverbände», Fürst Starhemberg¹¹³.

Gleichwohl war Pabsts Stellung zum Fürsten ambivalent, da dieser eine gewisse Wankelmütigkeit zeigte. Pabst zweifelte schon damals an der Zukunft der Heimwehr, da ihr, wie er sich gegenüber dem stellvertretenden ungarischen Aussenminister Apor äusserte, «geeignete Führer fehlten». Steidle sei gescheit und begabt, «aber unheimlich faul», und Starhemberg zwar ein liebenswerter Mensch, ihm fehle aber der Kopf und daher spreche er alles durcheinander und könne keine Linie einhalten.¹¹⁴ Trotzdem gelang es Pabst, den Fürsten unter seinen Einfluss zu bringen.

Im Februar 1932 fuhr Starhemberg nach Berlin zu Pabst. Durch dessen Vermittlung – der ungarische Gesandte Kalman Kanya spielte wohl auch eine Rolle – wurde der Fürst mit den ganzen Grössen der Harzburger Front bekannt gemacht: Hugenberg, Duesterberg, Kronprinz Wilhelm von Preussen und schliesslich Hitler. Starhemberg befand sich in Begleitung des österreichischen Waffenhändlers und Pabst-Geschäftspartners Fritz Mandl, dem «Patronenkönig». Dieser berichtete später, es sei eine Abmachung zwischen Hitler und Starhemberg geschlossen worden über die Zusammenarbeit von Heimwehr und Nationalsozialisten in Österreich.¹¹⁵

Alles ganz im Sinne Pabsts.

Starhemberg hatte wohl auch seine Zuhörer davon zu überzeugen versucht, dass ein selbstständiges Österreich «sehr gut auch deutsch sein könne»¹¹⁶, worauf Hitler (noch nicht Reichskanzler) aus taktischen Gründen eingegangen sei. Starhemberg bat Papst



Direktor Pabst (Mitte), Starhemberg (links von Pabst) und von Lüttwitz (rechts von Pabst), auf dem Stahlhelmtag in Tempelhof 1932

ausserdem, wieder den Posten des Stabsführers der Heimwehr zu übernehmen. Ihm war die aktive Rolle beim österreichischen «Harzburg» zugedacht.¹¹⁷ Pabst wollte es sich überlegen.

Starhemberg, der als Mitputschist vom 9. November 1923 schon frühzeitig mit Hitler sympathisierte, war zwar mit seinem Versuch gescheitert, mit seiner Partei – dem sogenannten Heimatblock – zu punkten, doch am 20. Mai 1932 gelang es ihm, den Pabst-kameraden und Innsbrucker Rechtsanwalt Guido Jakoncig als Vertreter des Heimatblocks im neu gebildeten Kabinett des rechten Christlich-Sozialen Engelbert Dollfuss zu platzieren.¹¹⁸

Pabst, obwohl einem Regierungseintritt gegenüber skeptisch¹¹⁹, erfüllte damit Jakoncigs inständig vorgebrachten Wunsch: «Ernstl [Starhemberg] wäre darin zu bestärken, dass wir unbedingt in die Regierung gehen sollen (...) des Weiteren wäre auf ihn ein Einfluss auszuüben, dass er auch für das

Handelsministerium meine Person durchdrückt.»¹²⁰

Pabst reagierte prompt und schrieb dem lieben Freund Jakoncig zurück, dass er Starhemberg per Anruf «die gewünschte Zementspritze heute Morgen verabreicht» hätte und zwar «in einer sehr starken Dosis»¹²¹. Und Jakoncig wurde Handelsminister.

«Ernstl» bat Pabst nochmals, als Stabsführer nach Österreich zu kommen. Der fuhr am 26. Mai nach Wien, besprach sich mit Starhemberg und Jakoncig¹²², wollte aber nur mitmachen, wenn man aus dem Kabinett ein «Aktionskabinett» unter «Ausschiffung aller unbrauchbaren Elemente» mache und diese Junta durch eine «wieder militarisierte Heimwehr» stütze.¹²³ Man solle dazu Zeitungen beschlagnahmen, die Roten «reizen» und das Kabinett dahin bringen, «wohin es muss»¹²⁴. Waffe sei nicht der Stimmzettel, sondern «der Stutzen», also das Gewehr, von dem man «zu gegebener Stunde Gebrauch zu machen» habe¹²⁵: die alten Diktatur- und Putschpläne.

Doch Pabst hatte seine Anstellung als Direktor bei Rheinmetall, er lief Gefahr, durch eine Notverordnung seine Pension zu verlieren, wenn er nach Österreich ging¹²⁶, und war sicherlich überzeugt, von dort aus seine Weisse Internationale nicht besser voranbringen zu können, zumal der Heimwehrführer Pfrimer durch einen isolierten Putsch

in der Steiermark und anschliessende «Flucht» nach Deutschland und in die NSDAP die Auflösungserscheinungen verstärkte.¹²⁷ Pabst entschloss sich, das, «was ich mir hier [in Berlin] alles aufgebaut habe», nicht aufzugeben.

«Ernstl» selbst, auch davon überzeugt, dass man dem «parlamentarischen System den Todesstoss»¹²⁸ versetzen müsse, ernannte Pabst nun ersatzweise zum «alleinige(n) und bevollmächtigte(n) Vertreter der österreichischen Heimatschutzbewegung» auf dem «Gebiet des deutschen Reiches»¹²⁹. Pabst konnte sich so immer wieder in Österreich einmischen¹³⁰, aber seine Pläne zur Einführung des Faschismus im europäischen Raum gleichzeitig weiter vorantreiben. So nahm er auch mehrfach Kontakt zu Gregor Strasser von der NSDAP auf¹³¹ und schrieb nach Österreich, dass es nur dann möglich sei, «zu einer Zusammenarbeit mit den Nazis zu kommen», wenn «man rücksichtslos darauflos marschiert» und putsche. «Jede Lösung, die nicht im nationalen Sinne erfolgt, ist für mich indiskutabel.» Wiewohl er nicht für den direkten und sofortigen Anschluss war¹³², plädierte Pabst doch ohne Wenn und Aber für den «Brückenschlag», denn «ohne die Nazis» könne man «nie und nimmer in Österreich zu einer Aktion kommen und vor allem eine solche aufrechterhalten»¹³³.

Am 19. Juni 1932 fuhr Pabst wieder nach Wien, traf sich mit Starhemberg im Hotel Carlton und der reiste dann weiter nach Ungarn.¹³⁴

Am 24. Juni 1932 kam es in der österreichischen Hauptstadt zu einer geheimen Besprechung zwischen Pabst, Starhemberg und Jakoncig. Auch Vertreter aus Italien (der Geschäftsträger Celesia) und der Sekretär der ungarischen Gesandtschaft Andor Semsey waren mit von der Partie. Ebenso Fritz Flor¹³⁵, persönlicher Referent des niederösterreichischen Heimwehrführers Albrecht Alberti.

Man gab der Regierung Dollfuss noch einen Monat. Es wurde wieder über Gewaltlösungen nachgedacht, sollte Dollfuss mit den Sozialdemokraten koalieren. Wieder sollten Waffen aus Rom dies ermöglichen. Auch Sicherheitsminister Hermann Ach hatte seine Zustimmung dazu gegeben. Pabst versprach dem ungarischen Vertreter, dass die Nazis in Österreich mitmarschieren würden, da sie ohne die Heimwehr noch Jahre bräuchten, um an die Macht zu kommen.¹³⁶ Letzteres war dann ja auch der Fall.

Fast zur gleichen Zeit erhielt Dollfuss eine Völkerbundanleihe über 309 Millionen Schilling¹³⁷, die aber mit einem 20-jährigen Verbot des Anschlusses an Deutschland (bis 1953) verbunden war. Das verärgerte die Nazis in Deutschland wie Österreich. Auch das deutsche Grosskapital war enttäuscht, da Österreich nunmehr keine leichte Beute mehr schien.¹³⁸ Starhemberg, das «schwankende Rohr»¹³⁹, enttäuschte die Nazis ebenfalls, indem er sich – dem Rat des Alt-Bundeskanzlers Seipel folgend – Dollfuss anschloss und die Anleihe unterstützte, ja sogar in einem Artikel heftig gegen die Nazis wettete.¹⁴⁰ Dollfuss hatte im Gegenzug versprochen, nicht mit den Sozialdemokraten zu koalieren.

Pabst dürfte diese Wendung Starhembergs nicht gefallen haben. Schon im März 1932 hatte er geschrieben, dass er Starhemberg zurede, sich von Dollfuss zu trennen, und Pabst zweifelte, ob dem Fürst der «Anschluss an den Nationalsozialismus» gelinge.¹⁴¹

Pabst lavierte nun und versuchte, durch Zusatzanträge der Heimwehrvertreter im österreichischen Parlament die Anleihe zu verzögern. Der Nationale Klub, bei dem er ja auch massgebliches Mitglied war, kritisierte ihn dafür, dass er die Anleihe nicht grundsätzlich ablehne und damit der grossdeutschen Sache schade.¹⁴²

Ausserdem begleitete er den Fürsten zu einem Besuch beim deutschen Aussenminister Neurath am 6. September 1932 in Berlin. Der Fürst gab an: Die Anschlussfrage würde zwar eines Tages gelöst, sei aber momentan nicht akut, und kritisierte, dass in der deutschen Rechtspresse zu viel davon geredet werde. Auch die Anleihe würde man in Deutschland nicht richtig verstehen. Österreich brauche das Geld, weil es allein nicht lebensfähig sei.¹⁴³ Zwei Tage vorher hatten Pabst und Starhemberg übrigens zusammen mit Lüttwitz und Reichskanzler von Papen an einem Aufmarsch des Stahlhelms auf dem Tempelhofer Feld teilgenommen.¹⁴⁴

Am 1. Oktober 1932 schrieb Pabst zum Abschluss seiner Zeitungsserie über den Kapp-Putsch – welche in Goebbels Kampfblatt *Der Angriff* erschien – eine Passage, die im späteren Nachdruck weggelassen wurde: Die deutsche Jugend sei bereit, «dem Vaterland die grössten Opfer zu bringen und im Innersten ihres Wesens national». Dieser Grundzug sei es, «der zur Entstehung und Entwicklung des Nationalsozialismus als einer Bewegung der Jugend im Wesentlichen beigetragen» habe. Vergeblich hätten die «internationalen regungslosen Pazifisten» versucht, diese «rassischen Eigenschaften» der deutschen Jugend zu unterdrücken. Der Nationalsozialismus habe ihnen dieses verderbliche Erziehungskonzept durchkreuzt und die «edlen Triebe» der deutschen Jugend angesprochen. «In der NS-Volksgemeinschaft entstanden wieder religiöse Regungen und die Befestigung der sittlichen Bindungen an die Familie als Keimzelle des Staates.» Ohne Daten anzuführen, wird dann noch die Legende verbreitet, dass in den Werten der NS-Bewegung eine der Hauptursachen für die «rückläufige Bewegung der Jugendkriminalität» liege.¹⁴⁵

Pabst war bei den Nazis angekommen.

Am 4. Januar 1933 berichtete der *Telegraf*, dass sich Pabst wieder in Wien befinde und mit dem Führer der österreichischen Nazis, Alfred Frauenfeld, zusammengetroffen sei. Starhemberg und der Wiener Heimwehrführer Emil Fey würden Pabst arbeiten lassen. Man warte ab, ob es Pabst gelinge, «das morsche Heimwehrreis am stärkeren Nazistamme aufzupropfen und so zu neuer Blüte zu bringen». Und nicht untreffend wurde kommentiert: «Immer, wenn Herr Pabst irgendwo auftaucht, dann gibt es neue Unruhen, neuen Wirbel und neue politische Intrigen!»¹⁴⁶

Von Mai 1932 bis Januar 1933 hatte Pabst mehrere Unterredungen mit Dollfuss.¹⁴⁷ Es ist anzunehmen, dass er, trotz Starhembergs Kehrtwendung, den Bundeskanzler von der Zusammenarbeit mit den Nazis überzeugen wollte. Als dieser ihm aber nicht folgte, unterstellte ihm Pabst mit Hinblick auf die Lausanner Anleihe des Völkerbundes, «stark französisch orientiert» zu sein.¹⁴⁸ Dollfuss jedoch war nicht französisch orientiert, sondern nahm das Geld und wollte seinen eigenen, den Austro-Faschismus machen. Angeregt durch Hitlers Reichskanzlerschaft (30. Januar 1933) nutzte Dollfuss einen Eisenbahner-Streik im März 1933, um das Parlament auszuschalten.

Pabst sah nun erneut die Lage als günstig an, die österreichischen Nazis in die entstehende Diktatur einzubinden. «Das Ziel meiner politischen Arbeit in Österreich ist, das Gleiche dort zu erreichen, was wir hier am 30. Januar 1933 erreicht haben, nämlich die Zusammenfassung der nationalen Kräfte in Österreich zu einer Regierung. Diese kann nur zusammengesetzt sein aus: Heimatschutz, Nationalsozialisten und dem rechten Flügel der Christlich-Sozialen.»¹⁴⁹

In dieser «Front»¹⁵⁰ sah Pabst die Lösung für Österreich. Deshalb drängte er Starhemberg, den Eintritt der österreichischen Nazis in die österreichische Regierung zu fordern. Und Starhemberg vollzog nun unter Pabsts Einfluss erneut eine Wendung. Pabst konnte in der österreichischen Gesandtschaft in Berlin gemeinsam mit dem Ex-Justizminister des österreichischen Heimatblocks und Schwager Görings, SA-Brigadeführer Franz Hueber, am 13. März 1933 eine Pressekonferenz abhalten, in der er die Bereitschaft von Starhemberg und Dollfuss zum Anschluss Österreichs verkündete und eine Erweiterung des Dollfuss-Heimwehrkabinetts um die österreichischen Nazis forderte.

Am selben Tag übermittelte er durch Hueber und «in meiner Gegenwart» (Pabst) Göring diese Vorschläge. Göring gab sie dann an Hitler weiter.

Pabst wollte tatsächlich die «obersten Instanzen der NSDAP bewegen, ein konservativ revolutionäres Kabinett in Österreich sofort zusammenstellen zu helfen.» Neuwahlen sollten dies sanktionieren. Was bei diesen Wahlen herauskäme, müsse «selbstverständlich für die Entwicklung genauso gleichgültig sein»¹⁵¹ wie die letzten Wahlen in Deutschland.

Doch die Nazis hatten kein Interesse an einer Koalitionsregierung mit Dollfuss und der Heimwehr. Und Dollfuss wollte, obwohl Austro-Faschist, die Nazis nicht in seiner Junta haben, dazu war er wohl zu sehr Katholik. Mehr noch, die österreichischen Nazis verhöhnten Pabst und Starhemberg in einem bitterbösen Artikel als «politische Leichen» und konstatierten, dass die Heimwehrbewegung «auf dem letzten Loch pfeift»¹⁵².

Auch Teile der deutschen Rechtspresse griffen Pabst an, bezeichneten ihn trotz seiner Pressekonferenz als «Verbindungsmann der Anschlussgegner» und Verteidiger der Lausanner Anleihe.¹⁵³ Pabst versuchte, sich im *Berliner Lokalanzeiger* (der Hugenberg gehörte) zu rechtfertigen, jammerte, dass der österreichische Marxismus noch radikaler

sei als der deutsche, obwohl es so gut wie keine kommunistische Partei gebe. Er drückte sein Bedauern darüber aus, dass es die Ebert, Noske und Heine, dass es die völkische Sozialdemokratie in Österreich nicht gab. Er sah es auch von Nachteil an, dass die Nazis in Österreich so spät aufgekommen seien und es die Hugenbergische DNVP nicht als Variante in Österreich gab. Nur deswegen sei es im Gegensatz zu Deutschland in Österreich mit der «Niederwerfung des Parteienstaates» noch nicht weit her. Österreich versuche nun, das nachzuholen, «was wir in Deutschland in einer wunderbaren Erhebung des gesamten nationalistischen Volkes am 30. Januar 1933 geschaffen haben». Die Ziele der Nazis würden sich «in den meisten Fällen» mit denen der Heimwehr decken. Er mahnte die Einheit der Heimwehren Starhembergs und der steirischen (grossdeutschen), wie auch der Christsozialen und Nationalsozialisten an. Wer dabei die Führung übernehmen sollte, die Heimwehren oder die Nazis, erklärte er für offen, liess aber durchblicken, dass ihm die Heimwehr lieber wäre, da sie «am schärfsten und erbitertesten gegen den Marxismus gekämpft» hätten. Wichtig sei die Schaffung einer «geschlossene[n] nationalistische[n] und antimarxistische[n] Front».¹⁵⁴

Pabst betrieb also die Politik des getrennt Marschierens und gemeinsam Zuschlagens mit den Nazis unbeirrt weiter. Er kritisierte auch den wankelmütigen Starhemberg, der sich hinter Dollfuss stellte und nicht half, dessen Widerstände gegen die Nazis zu brechen.¹⁵⁵

Pabst schrieb an Göring: «Ich bin der Überzeugung, dass man in Österreich eine ähnliche Lösung finden muss, wie hier am 30. Januar.»¹⁵⁶ Und sprach nun wieder von zwei (faschistischen) Reichen.

Doch Dollfuss suchte die Unterstützung Mussolinis und wollte von den Nazis nichts wissen. Pabst wiederum hatte wohl die Einbindung der Nazis als Rettungsversuch der Heimwehrbewegung geplant. Aber das gelang nicht.

Dass Dollfuss genau den ständefaschistischen Staat schuf, den Pabst haben wollte, die Sozialdemokraten blutig ausser Gefecht setzte und Österreich auch in die Achse Italien-Ungarn einband, konnte Pabst deshalb nicht gefallen, da er und die Heimwehrbewegung dabei nicht tonangebend waren. Ausserdem erschien Dollfuss als Gegner des deutschen Faschismus. Ohne den wollte Pabst aber nun, da dieser in Deutschland an die Macht gekommen war, nicht mehr sein. Eine Weisse Internationale ohne die Nazis war jetzt für Pabst undenkbar.

Starhemberg dagegen löste im September 1933 den Heimatblock auf und unterstellte die Heimwehr der austro-faschistischen Einheitspartei Dollfuss', dem Vaterländischen Block. Damit war die Heimwehr faktisch am Ende.

1933 wurde Österreich durch Dollfuss Diktatur, 1934 Dollfuss von den Nazis ermordet, im März 1938 Österreich ans Dritte Reich «angeschlossen».

Von 1920 bis 1934 leistete Pabst zu diesen Ereignissen einen gewichtigen, bisher kaum beachteten Beitrag. Von Anfang an hatte er auf die Revision der Verträge von

Versailles und St. Germain wie auch auf eine Militärdiktatur hingearbeitet und die Heimwehr auf Putsch getrimmt. Durch das Fehlen der völkischen Variante der Sozialdemokratie in Österreich war es ihm nicht möglich, Morde und Massenmordbefehle von einer regierungsamtlichen pseudosozialistischen Partei geduldet oder gefördert zu bekommen. Die österreichische Sozialdemokratie war von Beginn an Gegner. Pabst musste sich andere Partner suchen. Dabei paktierte er zeitweise mit allen rechten Gruppen, seien es die Grossdeutschen, die Legitimisten, die Völkischen, die bayerischen Separatisten und die rechten Christsozialen – je nachdem, wie es ihm nützlich erschien, lavierte er zwischen ihnen. Nach dem Aufkommen und der Machtfestigung des italienischen Faschismus strebte Pabst, diesen sich zum Vorbild nehmend, eine faschistische Lösung für Österreich an. Er wollte es eingegliedert sehen in eine Weisse Internationale, bestehend aus mindestens Italien, Deutschland, Ungarn und Österreich. Diese Pläne hat er schon seit dem Kapp-Putsch 1920 verfolgt.

Je nach Entwicklung wies er dabei erst Italien und dann Deutschland, zeitweilig sogar Österreich die Führungsrolle zu. Mit dem Anwachsen der Nazibewegung plädierte er ohne Skrupel für eine Zusammenarbeit mit dieser, wenn er auch den Anschluss Österreichs nicht als das Hauptziel ansah. Gleich wohl ging die Heimwehr dabei unter, und Pabst verlor zum zweiten Mal «seine» militärische Macht. Was blieb, waren faschistische Nationen, Österreich als Demokratie und als Staat war untergegangen. Schliesslich wurde die dritte Stufe des Faschismus vorbereitet: der Krieg. An dessen Vorbereitungen nahm Pabst, rührig wie immer, nun lebhaften Anteil.

IX. Kriegsvorbereitung und Krieg (1933-1943)

1. Rheinmetall II – Aufstieg als Rüstungsmanager

Die Machtübernahme der Nazis in Deutschland und die Zerstörung der Weimarer Demokratie verschafften Pabst erst einmal einen Karriereschub. Am 1. Dezember 1933 bekam er zu seiner Funktion als Direktor von Rheinmetall noch eine weitere Anstellung bei der «Vereinigte Deutsche Metall werke AG» mit 12'000 Reichsmark Jahresgehalt¹, womit er schon über insgesamt 30'000 Reichsmark per annum aus der Kasse der deutschen Industrie einstrich.

Sehr bald wurde auch die Firma Borsig, ansässig in Berlin Tegel, von Rheinmetall übernommen. Schon vor 1933 hatte Rheinmetall grosse Summen zur Sanierung von Borsig investiert, jetzt wurde die Fusion beschlossen und auch noch Adolf Hitler als Ruhmestat angerechnet. Das Schwergewicht der Waffenentwicklung von Rheinmetall-Borsig lag bei den Flugabwehrwaffen und den Flugzeugbordwaffen. Die Produktion umfasste aber auch das gesamte Gebiet neuzeitlicher Waffen und Munition. Die Firma wollte die Waffenschmiede der deutschen Wehrmacht werden, und Pabst befand sich mittendrin.² Enge Kontakte bestanden zum Otto-Wolff-Konzern, der an Rheinmetall beteiligt war.³ Pabst kannte Wolff seit den Tagen des Kapp-Putsches. Wolffs Kompanion Ottmar Strauss war auch in die Verbindung Pabst-Stresemann involviert gewesen. Strauss, der sich als Finanzier konterrevolutionärer Bestrebungen hervorgetan hatte – so bezuschusste er in der Novemberrevolution massgeblich das Regiment Reichstag (eine Kampftruppe völkischer Sozialdemokraten) –, zeigte sich schon «seit längerer Zeit gut bekannt»⁴ mit Pabst. Als Industrieller, Mitglied der Waffenstillstandskommission und als Geheimer Regierungsrat im Staatskommissariat für öffentliche Ordnung oder, wie er selbst sagte, als «Chef des Nachrichtendienstes der preussischen Staatsregierung»⁵, hatte er ihm 700'000 Reichsmark zukommen lassen, die dieser im Sinne der Nationalen Vereinigung verwendete.⁶ Zudem hatte Strauss Pabst mit falschen Papieren für die Flucht nach Österreich ausgestattet.⁷ Ausserdem deckte er 1925 Pabst und behauptete, dieser sei am Kapp-Putsch nicht führend beteiligt gewesen.⁸ Die österreichische Alpine Montan, an der Wolff und Strauss beteiligt waren, hatte die Heimwehr unterstützt. Da Strauss jedoch Jude war, nützte ihm dieses ganze Engagement für die deutsche Rechte nichts. Mittels «Arisierung» wurde er 1933 aus dem Otto-Wolff-Konzern gedrängt und musste in die Schweiz emigrieren.

Otto Wolff nutzte diese Gelegenheit schamlos aus und verlebte sich die Anteile seines Kompagnons Strauss plus dessen wertvolle Immobilien ein.⁹ Strauss' Vermögen wurde übrigens 1919 auf 500'000 Millionen Reichsmark geschätzt.¹⁰ Otto Wolff von Amerongen, Wolffs unehelicher Sohn aus einer Verbindung mit seiner Sekretärin Else von Amerongen, konnte nach dem Tod des Vaters 1940 ebenfalls davon profitieren.

Die Waffenfabrik Solothurn, welche als Tarnfirma für Waffenexport und zur Weiterentwicklung nach dem Versailler Vertrag verbotener deutscher Waffen diente, war am 27. Juni 1929 von Rheinmetall gegründet worden. Schon vorher hatte Fritz Mandl, Pabsts Freund, die Aktienmehrheit der Vorläuferfabrik «Patronenfabrik Solothurn» an Rheinmetall verkauft.¹¹ Pabst hatte «mehrfach mit der Waffenfabrik Solothurn zu tun»¹². Des Öfteren reiste er dazu in die Schweiz.¹³

Schon 1933, kurz nach Hitlers Machtübernahme, hatte Rheinmetall seine u.a. auf Düsseldorf und Solothurn verstreuten Konstruktionsbüros in Berlin zusammengefasst.

Die vom Rheinmetall-Generaldirektor Hans Eltze gegründete Schweizer Solo GmbH war als Tochter der Rheinmetall formelle Besitzerin des Aktienanteils an der Waffenfabrik Solothurn.¹⁴ Die Solo war auch die offizielle Verkaufsorganisation für die Produkte der Waffenfabrik und wurde zudem immer mehr in die Rheinmetall integriert. Im Januar 1934 übernahm Pabst die von Eltze bisher ausgeübten Funktionen.¹⁵

Pabst leitete ab 1933 auch die «Zentrale Verkauf Waffen» (also die Waffenabteilung¹⁶) gleichberechtigt zusammen mit Otto Becker¹⁷ und erhielt dadurch eine Schlüsselposition. Er war «der Hauptbearbeiter für die Auslandsgeschäfte»¹⁸, welche mit dem Reichswehrministerium und dem Heereswaffenamt abgesprochen waren.

Die Waffenverkaufs-Zentrale hatte mehrere Unterabteilungen, z.B. «Deutsche Wehrmacht» und «Export». Pabst wickelte sämtliche grossen Verkaufsgeschäfte von Rheinmetall-Borsig ab.¹⁹ So schlug er im Sommer 1933 vor, Waffengeschäfte mit China (Maschinengewehre im Wert von 10 Millionen Reichsmark) über die Waffenfabrik in Solothurn (als Tarnfirma) abzuwickeln, obwohl auch unter den Nazis Waffengeschäfte mit China noch «als anrühlich» galten. Pabst gab dabei offen zu, dass die Solothurner Waffenfabrik allein der Tarnung diene.²⁰ Dies ging so weit, dass in Deutschland produzierte Waffen als Waffen der Solothurner Fabrik deklariert wurden und diese dadurch in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten geriet, da sie selbst beim Waffenverkauf das Nachsehen hatte. Immer wieder bereinigte die Rheinmetall deswegen die Solothurner Schulden.²¹

Chiang Kai-shek wiederum wünschte sich nochmals den greisen General Seeckt als Berater zurück, nachdem «General (sic!) Bauer»²² ihm weggestorben war und Pabst mit Blick auf seine Aufgabe in Österreich schon vor Jahren einen Wechsel nach China abgelehnt hatte. Bauer hatte übrigens als Militärberater in China und im Auftrag Luden-



Hedy Lamarr

dorffs versucht, eine «national-revolutionäre Front der ausgebeuteten Länder» aufzubauen, welche die Kuomintang in China und andere antiwestliche rechte Militärkreise in der Türkei, Persien, Indien und in Lateinamerika einschloss.²³

Walther Stennes, Ex-SIPO-Offizier und Ex-SA-Führer, ausserdem Pabsts Gefährte in der Nationalsozialistischen Kampfbewegung von 1931²⁴, wirkte übrigens von 1933 bis 1949 ebenfalls als Militärberater Chiang Kai-sheks.²⁵ Auch Bolivien – wo Röhm von 1928 bis 1930 als Militärberater wirkte – hatte sich noch vor dem Untergang Weimars zu einem Testabsatzmarkt für in verdeckter deutscher Rüstung entwickelte Waffen gemausert.²⁶

Die Partnerschaft mit Mandl musste Pabst aufgeben, da Mandl Jude war. Mandl zog sich

im Oktober 1933 aus dem Verwaltungsrat der Solothurner Waffenfabrik zurück²⁷ und emigrierte nach dem «Anschluss» Österreichs 1938 nach Argentinien.

Er war übrigens von 1933 bis 1937 verheiratet mit der Schauspielerin Hedy Kiesler, die in einem Spielfilm von Gustav Machatý mit dem bezeichnenden Titel *Ekstase* (Tschechoslowakei/Österreich 1933) einen der ersten Nacktauftritte der Filmgeschichte hatte. Der Film, ein schwülstiger, jedoch in der Montage moderner Film, wurde zu einem grossen Skandal. Frau Kiesler trennte sich später von ihrem Mann, ging nach Hollywood, nannte sich fortan Hedy Lamarr und entwickelte sich zu einem der Leinwandstars Hollywoods.²⁸ Doch sie entwickelte noch etwas anderes. 1942 bekam sie ein Patent für die Erfindung einer Funkfern-Torpedo-Steuerung, welche sie allerdings den Alliierten zur Verfügung stellte, die sie nicht einsetzten. Eltze ging 1936 nach Spanien.

Zurück zu Pabst. Im März 1934 gab es eine Besprechung im Hotel Bristol über weitere Waffengeschäfte mit China, an der nicht nur Generaldirektor Max Wessig und Pabst teilnahmen, sondern auch Oberstleutnant Georg Thomas, Chef des Stabes des Waffenamtes²⁹, der sich noch zu einer zentralen Figur im geplanten Vernichtungskrieg entwickeln sollte und der «ein alter Regimentskamerad» von Pabst war.³⁰ Thomas blieb, wie von Papen, bis zu seinem Lebensende mit Pabst befreundet.

Schon im Februar 1934, als es um die Abwicklung eines Waffengeschäftes mit Griechenland ging – es sollten Gewehre, Flak-Batterien, Maschinengewehre, Munition und Schiffsbauten geliefert werden –, war klar, dass man nun auf den Versailler Vertrag

keine Rücksicht mehr nehmen würde. Pabst erwog zu diesem Zeitpunkt, die Tarnfirma in Solothurn ganz aufzugeben «und das Geschäft unmittelbar aus[zuführen]. Das Auswärtige Amt bat jedoch darum, «solche Geschäfte möglichst geheim» auszuführen.³¹

Weitere Rüstungsgeschäfte der Rheinmetall in den 30er Jahren wurden mit Afghanistan und Ägypten getätigt.³²

Im Herbst 1935 bemühte sich Generaldirektor Wessig um ein «grosses Rüstungsprogramm» für Ungarn, es war die Rede von einem 100-Millionen-Auftrag, welcher über einen ursprünglich von Pabst anvisierten Verkauf von Panzerbüchsen, Panzerabwehrgeschützen und Munition noch weit hinausging.³³

Pabst Tätigkeit wurde auch in den ersten Jahren der NS-Herrschaft geheim gehalten, in entsprechenden damaligen Handbüchern ist er nur als Vize-Aufsichtsratsvorsitzender einer Bettenfirma registriert, im Telefonbuch stand er ebenfalls nicht. Trotz der seit 1933 offenen Missachtung der Rüstungsbeschränkungen, die eine Tarnung nun nicht mehr notwendig machte, wurden weder die Solo GmbH noch die Waffenfabrik Solothurn liquidiert. Letztere diente auch als «Devisenschutzhafen». Allein 1934 liefen hier über 1 Million Franken Devisen auf.³⁴

Pabsts Tätigkeit wurde zudem mit internationalen Orden belohnt. Anfang 1932 erhielt er die ungarische Kriegserinnerungsmedaille, 1933 das Komturkreuz des Herzoglich Sachsen-Emestinischen Hausordens, 1934 bestätigte ihm Hindenburg endlich den Majorsrang und erlaubte ihm, Generalstabsuniform zu tragen. Ende 1935 erhielt er das von Hindenburg gestiftete Ehrenkreuz der Frontkämpfer und 1939 sogar einen bulgarischen Orden.³⁵

2. Die Nacht der langen Messer

Doch im Sommer 1934 bekam Pabsts Karriere einen unerwarteten Knick.

Ernst Röhm, Pabsts Bekannter aus Münchner Kampfjahren³⁶, war als SA-Chef Hitler und der Wehrmacht zu gefährlich geworden, seine Ambitionen auf eine zweite «Nationalrevolution», seine Pläne, die SA zu einer schlagkräftigen Miliz-Armee und damit als Konkurrenz zur Reichswehr aufzubauen, fanden in der NS-Führung wie in der neuen Wehrmacht keine Gegenliebe. Man fürchtete sich nunmehr nicht nur vor dem Bolschewismus, sondern vor einer rechten *levée en masse* – die alte Angst vor den Massen, auch wenn diese jetzt rechts gepolt waren und einen Führer hatten. Doch der hiess Röhm. Hitler wie die Generäle sahen sich in ihrer Macht durch das faschistische Milizsystem des «Maschinengewehrkönigs» bedroht. Eine Volkserhebung von rechts schien möglich. Der Diktator beschloss daher, die SA zu zerschlagen und Röhm, den Mann, der

ihm einst die Waffen und den Kontakt zur Reichswehr verschafft, den Mann, der ihn gross gemacht hatte, beseitigen zu lassen. Die NS-Führungskader benutzten diese Gelegenheit auch, alte offene Rechnungen zu begleichen, und liessen sozusagen en passant diverse missliebige Konkurrenten liquidieren.

Neben Röhm – einem der wenigen Duzfreunde Hitlers – und seiner Führungsmannschaft wurden u.a. ermordet: Gustav Ritter von Kahr, der Hitler beim Feldherrnhallen-Putsch 1923 die Gefolgschaft verweigert hatte, Gregor Strasser vom «nationalbolschewistischen» Flügel sowie General von Schleicher, Ex-Reichskanzler. Ebenfalls auf der Abschussliste: Waldemar Pabst. Dessen Kontakte zu Gregor und Otto Strasser³⁷, seine Nähe zu Walther Stennes, seine Vorliebe für das faschistische Milizsystem Mussolinis und seine Ablehnung des Hitlerschen Parteiführungsangebotes machten ihn zur Zielscheibe des sogenannten «Röhm-Putsches» vom 30. Juni 1934.³⁸

Doch das SS-Mordkommando (nach Angaben Pabsts dasselbe, das Schleicher ermordet hatte)³⁹ fand die Pabst'sche Wohnung leer. Der Major a.D. hatte sich «als Vertreter von Rheinmetall-Borsig»⁴⁰ nach Wilhelmshaven begeben, um dort mit seinem alten Freund und Kampfgenossen Kapitän zur See Wilhelm Canaris «in alter Gesinnung»⁴¹ dem Stapellauf des Panzerschiffes C, getauft auf den Namen «Graf Spee bei-zuwohnen»⁴². Dies rettete Pabst das Leben. Er wurde am 1. Juli 1934 in Wilhelmshaven nur verhaftet. Mehrere Grössen des deutschen Faschismus setzen sich nun für ihn ein: seine alten Kameraden von Papen, Canaris, Sachsen-Coburg, von Oertzen und Göring sowie General Thomas.⁴³ Pabst kam am 11. August 1934, gut fünf Wochen später, tatsächlich frei.⁴⁴ Er feierte dies mit seiner Frau und Frau Canaris. Der Kapitän zur See gratulierte telegrafisch aus Kiel: «Ich bin mit den Gedanken bei Ihnen.»

In einem Brief an den «Staatsrat und SS-Gruppenführer» Reinhard Heydrich bekannte sich Pabst nun dazu, «ein aufrichtiger Bejager des nationalsozialistischen Staates» zu sein, zeigte sich jedoch «auf das Tiefste getroffen», dass «eine derartige Massnahme im Dritten Reich – vom Weimarer Staat war ich es ja gewohnt – gegen mich angewendet werden musste»⁴⁵. Und tatsächlich bekam es Pabst schwarz auf weiss, eine Ehre, die wohl keinem anderen «Röhm-Putschopfer» zuteil wurde, dass «die Ermittlungen keinerlei belastendes Material gegen Sie erbracht haben»⁴⁶. Pabst fertigte zahlreiche Abschriften dieses vom späteren «Henker von Warschau», Josef A. Meisinger, unterschriebenen «Persilscheins» an und verteilte sie an sein Netzwerk (darunter Canaris und Thomas).⁴⁷ Pabst, der sich nun wöchentlich bei der Gestapo melden musste, machte nun erst einmal Urlaub im Erzgebirge.⁴⁸ Den Kriminalkommissar Reibel von der Staatspolizeistelle Wilhelmshaven wickelte er zudem ein, indem er ihn auf Canaris' Schiff «Schlesien» beim Bordfest teilnehmen liess, und tauschte noch wochenlang brieflich Artigkeiten mit ihm aus. Er versprach ihm sogar, sich bei Himmler für ihn zu verwenden. Reibel wurde prompt befördert.⁴⁹

3. Ausflug in die Geschichtsschreibung

Nach dieser Unterbrechung setzte Pabst – dank des Persilscheins von Heydrich – seine Karriere ungehindert fort, zeigte sich nun aber besonders staatsreu. So beflissigte sich sein in dieser Zeit geschriebener Artikel über «Spartakus»⁵⁰ einer besonders faschistischen Sprache. Pabst versuchte auch, Einfluss auf die nationalsozialistische Geschichtsschreibung zu nehmen, und sass im Vorstand des Schlageter-Museums⁵¹, benannt nach dem von den französischen Besatzern hingerichteten Terroristen und Mitglied der Marinebrigade Loewenfeld, Albert Leo Schlageter.⁵² Das Museum war eine Einrichtung, die die Helden- bzw. Mordtaten der Freikorps im Kampf gegen die Novemberrevolution verherrlichen sollte. Gegründet worden war es 1933 von Heinz Oscar Hauenschild, dem Kameraden Schlageters und Befehlshaber der Terrororganisation Heinz⁵³ (welcher oft mit dem Pabst-Freund F. W. Heinz verwechselt wird).

Das Vereinsorgan war die Zeitschrift *Der Reiter gen Osten*, für die Ernst von Salomon und Hauenschild verantwortlich waren. Man sammelte Briefe, Tagebuchaufzeichnungen, Erinnerungsstücke und Flugblätter alter Freikorpskämpfer. Die kriegsgeschichtliche Abteilung des Reichswehrministeriums sicherte Unterstützung zu, genauso wie das Reichsarchiv.⁵⁴

Doch war das Museumsleben dieser Ruhmeshalle nur von kurzer Dauer. Schon durch die Säuberung während des Röhm-Putsches, den etwa 80% der Freikorpsführer unter den Mitgliedern nicht überlebten⁵⁵, war der Verein stark geschwächt. Dann gab es Querelen zwischen der NSDAP, welche eine eigene Geschichtsschreibung anstrebte, und den Freikorps Veteranen. Offensichtlich war die beabsichtigte «dringend notwendige volkstümliche Geschichtsschreibung»⁵⁶ auch von Seiten des Reichswehrministeriums nicht erwünscht. Hauenstein veruntreute angeblich auch Gelder für das Museum.⁵⁷ Und schliesslich griff auf Veranlassung Epps, der sich in der preussisch und an den Marinebrigaden ausgerichteten Darstellung nicht ausreichend gewürdigt sah, die Gestapo im Herbst 1935 zu. Salomon tauchte unter⁵⁸, Hauenstein wurde verhaftet, kam aber auf Intervention von Canaris wieder frei.⁵⁹ Pabst blieb offensichtlich unbehelligt. Das Museum wurde dem Reichsarchiv angegliedert und unter der Patenschaft von Rudolf Hess unter dem neuen Namen «Nachkriegsfront» geführt. Pabst bat seinen Freund Otto Wolff sogleich um eine Spende von 600-800 RM (Rheinmetall habe auch soviel zur Verfügung gestellt).⁶⁰ Öffentlich bemerkbar machte sich diese Institution nicht mehr.

Im *Reiter gen Osten* wurde dann auch verlautbart: «Die geschichtliche Aufgabe des Freikorpskämpfers als kämpfender Stosstrupp ist beendet. Es ist die Pflicht jedes Einzelnen, in die Reihen der NS-Bewegung zurückzutreten und Schulter an Schulter mit allen anderen Volksgenossen am Aufbau des Nationalsozialistischen Staates mitzuwirken.»⁶¹

Doch Pabsts Geschichtsarbeit hinterliess Spuren: In der offiziellen NS-Geschichtsschreibung zur Novemberrevolution⁶² wird er – dank seiner Freundschaft mit dem Präsidenten des Kriegsgeschichtlichen Forschungsamtes des Heeres, Oberstleutnant Wolfgang Förster⁶³ – ausgiebig gewürdigt. Es scheint gar, als habe er seine Taten den Bearbeitern direkt in die Maschine diktiert. Immer wieder sollte dieses von ihm mitgestaltete «Generalstabswerk», wie er es nannte, als Rechtfertigung seiner Taten herhalten, was auch ansonsten kritische Geister wie Wolfram Wette dazu verführte, Pabsts Aussagen und die des «GeneralstabsWerkes» als getrennte Quellen anzusehen.⁶⁴

Seine Schriftstellerkameraden vom Schlageter-Museum (Salomon, Hauenstein) und der GSF (Heinz, Schauwecker, Spann, Stadler, Ehrhardt, Winnig) sorgten übrigens dafür, dass die ideologischen Erzählungen über die Heldentaten der Freikorps in Romanen, «Tatsachenberichten» und Geschichtsfälschungen riesige Auflagen erreichten, zusammen weit mehr als die pazifistischen Romane Erich Maria Remarques oder Ludwig Renns.

4. Rheinmetall III – Wehrwirtschaftsführer an der Seite von General Thomas

Die Machtübernahme Hitlers ermöglichte im grossen Stil die Umsetzung der längst gehegten Aufrüstungspläne und verschaffte Pabst trotz kurzer Gefährdung die Möglichkeit eines weiteren Karrieresprungs.

Pabst hatte auch Kontakt zu Emil Bührlé, einem deutschen Offizier, der 1923 in die Schweiz zog und dort zum Geschäftsführer der Rüstungsfirma Oerlikon wurde. 1936 war er sogar Alleininhaber der Firma. Oerlikon und Solo bearbeiteten gemeinsam den Auslandsmarkt. Bührlé gelang es jedoch, sich aus den deutschen Abhängigkeiten herauszulösen und mit eigenen Tochterfirmen in Deutschland an der massiven Rüstungsexpansion der Deutschen zu verdienen.⁶⁵

1936 berichtete der österreichische Militärattaché für Deutschland und die Schweiz an das österreichische Verteidigungsministerium, Pabst sei jetzt «als Aufsichtsorgan des Reichskriegsministeriums in der Rheinmetall AG tätig»⁶⁶.

Was immer das bedeuten mochte, es zeigt die enge Verzahnung von Kriegsministerium und Rheinmetall, und Pabst war hier wohl der führende Mann.

Von Ende 1936 bis Sommer 1939 tätigte Rheinmetall-Borsig als «Motorenaufträge» getarnte Lieferungen von Kriegsmaterial im Wert von über einer Million englische Pfund (12 Millionen Goldmark)⁶⁷ an Afghanistan. Damit wurde die dortige Armee ausgerüstet – nach deutschem Vorbild –, laut Pabst, der dieses Geschäft hauptsächlich abgewickelt hatte,

5 bis 6 afghanische Divisionen.⁶⁸ Die deutsche Regierung gewährte dem Land dazu einen Kredit.

Vermittelt hatte «dieses grosse Liefergeschäft» ein Mann namens Gregori Messen-Jaschin. Pabst kannte Messen nach eigenen Angaben seit 1934/35 durch geschäftliche Beziehungen im Rahmen von Rheinmetall-Borsig. Aber nach Angaben eines Geschäftspartners von ihnen aus den 50er Jahren – Max Wenger, Gesellschafter der Auslandshandel GmbH – hatten sie sich bereits 1930 gekannt.

Messen stammte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus Sumy in der Ukraine, gab sich selbst aber als Lette aus. Seine Identität konnte auch durch umfangreiche Untersuchungen der Schweizer Bundesanwaltschaft nicht einwandfrei geklärt werden.⁶⁹

1920 hatte er die Sowjetunion vom umkämpften Kaukasus aus verlassen; Pabst zufolge auf der Flucht vor den Bolschewisten – später war er jedoch immer wieder in der Sowjetunion, um dort Geschäfte zu tätigen. Messen knüpfte in Afghanistan Beziehungen zu dortigen Handelshäusern und begann Anfang der 20er Jahre mit Im- und Exportgeschäften.

Messen war mit Alexander Haage befreundet, der auch im Zarenreich aufgewachsen war, allerdings als Kind deutscher Eltern. Haage hatte in Berlin studiert, war Diplom-Ingenieur und arbeitete in der Industrie. Haage war während seines Studiums als Zeitfreiwilliger an der Niederschlagung der Novemberrevolution beteiligt. 1927 war er im Kaukasus für die Firma Russgestroi tätig.⁷⁰

Ende 1927 oder Anfang 1928 gingen Messen und Haage zusammen nach Moskau; Haage leitete in Moskau das Büro eines Konsortiums «für Bauausführungen in Persien», das aus den Firmen Siemens-Bauunion, Philipp Holzmann und Julius Berger bestand; ausserdem fungierte Haage als Generalvertreter für die Vereinigten Stahlwerke in Düsseldorf, die zum Otto-Wolff-Konzern gehörten.

Messen will «am Projekt der Trans-Iranischen Eisenbahn» mitgearbeitet haben, das vermutlich das Hauptprojekt des Konsortiums gewesen ist. Sicher ist, dass Messen bis Anfang der 30er Jahre immer wieder für längere Zeit in der Sowjetunion war. Er hatte bis 1931 ein Zimmer im Hotel Metropol in Moskau.⁷¹

Gleichzeitig hatte Messen auch Kontakt zu Afghanistan und zwar zu den höchsten Kreisen in Kabul. Denn 1933 bekam er einen lukrativen Posten bei der afghanischen Nationalbank, die das Aussenhandelsmonopol besass und fortan massgeblichen Einfluss auf die gesamte afghani-



Gregori Messen-Jaschin

sche Politik ausübte. Messen wurde ihr Repräsentant für Deutschland und mehrere andere europäische Länder. In dieser Funktion führte er nicht nur Finanztransaktionen durch, er konnte auch selbstständig Aufträge an Industriebetriebe vergeben.⁷² Messen rückblickend: «Ich kaufte für Afghanistan Maschinen und andere Fertigprodukte und lieferte dafür Baumwolle usw. nach Europa.»

Baumwolle und Wolle waren als kriegswichtige Rohstoffe zunehmend gefragt; bei den «anderen Fertigprodukten» handelte es sich vermutlich hauptsächlich um Waffen.

Etwa zur gleichen Zeit, als Messen zum Bevollmächtigten der afghanischen Nationalbank wurde, gründete er in Luxemburg zwei anonyme Holdinggesellschaften, die Vereinigte Industriebetriebe für den Osten AG (Ostindustrie),⁷³ bei der auch Haage im Verwaltungsrat sass, und die Union Financière d'Expansion Commerciale S.A. (Ufidex).

Die Geschäfte mit der afghanischen Armee wurden über Messens Ostindustrie im Verein mit der Rheinmetall-Borsig (Pabst) abgewickelt: Messen strich für ein erstes Geschäft Provisionen über 1,2 Millionen Goldmark ein, transferiert auf die Westminster Bank in London.⁷⁴ Auch General Thomas soll über eine «diskrete Beteiligung» daran partizipiert haben.⁷⁵ Haages Frau strengte in den 50er Jahren ein Verfahren gegen Messen-Jaschin an, weil dieser offensichtlich ihren Mann um Provisionsanteile aus dem Afghanistan-Deal und anderen Geschäften betrogen hatte.⁷⁶

Diese Geschichte hat das Format einer Schmierkomödie, denn Eugenia Haage gab in einer eigenen eidesstattlichen Erklärung zu⁷⁷, dass sie 1937-1940 ein Verhältnis mit Messen-Jaschin hatte, dieser aber nach Auflösung desselben nicht mehr daran dachte, seinem Geschäftspartner Haage irgendwelche Anteile an den Rüstungsgeschäften zukommen zu lassen, so wie er grundsätzlich gegenüber Frau Haage äusserte, «dass von ihm kein Mensch Geld bekäme»⁷⁸. Alexander Haage versuchte nach dem Krieg, seine Anteile einzufordern, wunderte sich aber, dass Pabst in der Angelegenheit auf Tauchstation ging, obwohl er von Messen die Haage zustehende Summe hätte erfahren können.⁷⁹ Haage wurde 1949 von den sowjetischen Behörden verhaftet und deportiert. Grund dürften seine Tätigkeit in der Beschaffungsstelle Ost gewesen sein, die er annehmen musste, nachdem ihn Messen und Pabst 1942 zur Aufgabe seines Postens als Geschäftsführer der Firma Auslandshandel GmbH gedrängt hatten.⁸⁰

Seine Frau wiederum lebte zu diesem Zeitpunkt in ärmlichen Verhältnissen und versuchte jahrelang, die ihrem Mann zustehenden Gewinne von ihrem Ex-Geliebten Messen-Jaschin einzuklagen. Auch ein Brief an Pabst 1951 fruchtete nicht, welcher sich tunlichst aus der Sache heraushielt, obwohl er wusste, was gespielt wurde. Er habe selbst seit sieben Jahren von «seinen Ersparnissen» gelebt.⁸¹ Dass diese «Ersparnisse» genau die Profite waren,

die zwar Pabst, aber Haage eben nicht bekommen hatte, erwähnte er nicht. Frau Haage blieb mittellos. Es half ihr auch nichts, dass sie angab, sie habe Messen geschützt, der ihr gegenüber zugegeben hätte, in Wahrheit ein russischer Jude zu sein. Doch das Gegenteil war der Fall. Nachdem die Beziehung mit Messen in die Brüche gegangen war, hatte sie ihn bei der Gestapo als Juden denunziert. Dies blieb, warum auch immer, ohne Folgen für Messen.⁸² Haage war im Oktober 1955 noch nicht aus der Sowjetunion zurückgekehrt. Es ist anzunehmen, dass er in einem dortigen Straflager gestorben ist.

Messen (und vermutlich auch Pabst) arbeitete 1941 eng mit dem von Alfred Rosenberg geleiteten Aussenpolitischen Amt der NSDAP (APA) zusammen. Dieses hatte «die Federführung für die Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland»⁸³. Rosenberg und seine Mitarbeiter schätzten die strategische Bedeutung Afghanistans für die Kriegsführung sehr hoch ein und hielten es für immens wichtig, dass Deutschland sich in diesem an Britisch-Indien und die Sowjetunion grenzenden Land – mit allen «friedlichen» Mitteln – festsetzte. Grosskonzerne wie Siemens, die IG Farben und Rheinmetall-Borsig unterstützten das APA dabei.

Messen und Pabst arbeiteten bei den Afghanistangeschäften Hand in Hand. So machte Pabst (als Vertreter der Rheinmetall) Messen noch im Sommer 1939 diverse weitere Angebote: «Bezüglich der Zahlungsbedingungen bemerken wir Folgendes: Die Zahlung erfolgt durch unwiderrufliches Akkreditiv auf eine Londoner Bank zugunsten der Rheinmetall-Borsig, Aktiengesellschaft. Wir liefern die Geräte (sic!) an Bord eines deutschen Schiffes in einem noch festzustellenden deutschen Hafen. Die Ausfahrt des Schiffes darf erst erfolgen, wenn der oben genannte Akkreditiv bei der Reichsbank Berlin ausgezahlt worden ist.»⁸⁴

Was unter den Angeboten zu verstehen ist, wurde dezidiert aufgeführt: 100'000 Mausergewehre mit 100 Millionen Schuss Munition zum Preis von 11,7 Millionen Reichsmark (RM), 5 Batterien zu je 4 Geschützen der neuen 8,8 cm Flak 18 motorisiert in gefechtsbereiter Ausführung zum Kostenpunkt von umgerechnet 5,8 Millionen RM. Und 10 Batterien zu je 4 Geschützen 10,5 cm Feldhaubitzen ebenfalls in gefechtsbereiter Ausführung zu 4,7 Millionen RM. Kurs 1 Britisches Pfund gleich 11,7 RM.⁸⁵ Aber man hatte noch mehr: 3 Batterien zu je 9 Geschützen 3,7 cm Flak, motorisiert in gefechtsbereiter Ausführung zu 3,3 Millionen RM plus weitere Geschütze für 1,4 Millionen RM und zusätzliche Munition für 3,7 Millionen RM.⁸⁶ Zusammen gut 30,6 Millionen RM. In einige Schreiben hatte sich Messen-Jaschin seine Preisaufschläge direkt in das von Pabst unterschriebene Angebot eingetragen. So wurden in dem Angebot für zusätzliche Munition aus 314962 Englischen Pfund 412'760, was einer Gewinnmarge von 31% oder umgerechnet einem Gewinn von 1,14 Millionen RM entsprach – nur für dieses eine Angebot. Mit Messens Preisaufschlägen für alle geplanten Waffenlieferungen hätte das zusammen 7,3 Millionen RM Gewinn ausgemacht. Pabst und Thomas wären dabei sicherlich nicht leer ausgegangen.

1 Flugmelderose, durchsichtig
 1 Flugzeuggeschwindigkeitslineal
 3 Wirkungsbereichschablonen
 2 Kartenwinkelmesser
 6 Marschkompass
 1 Schlüssel zum Rundblickfernrohr

g) Schanzzeug:
 33 lange Spaten
 3 halblange Spaten
 6 schwere Kreuzhacken
 21 lange Kreuzhacken
 11 lange Axte
 23 Klauenbeile
 5 Kl. Drahtscheren

h) Waffenmeistergerät:
 1 Werkzeugsutache für den Batterieschlosser
 1 Einheitsdichtigkeitsmesser 1/Behälter

i) Wetterdienstgerät:
 - Pilotballonaufstieggerät, Satz e (nur 2 Stück f. 5 Batterien)
 - Bodenmessgerät, Satz a (nur 2 Stück f. 5 Batterien)
 3 Pulverthermometer in Metallhülse

j) Vorschriften:
 4 Aufnahmesastafeln für Rohr ,
 4 Rohrbücher
 4 Aufnahmesastafeln für Lafette
 4 Lafettenbücher
 2 L.D. v. 500/762 Luftschusstafeln
 1 L.D.v. 500/3762 Geschützführertafel

449 570
 597 570

k) Munition:
 2.000 Schuss 8,8 cm Sprenggranatpatronen L/4,5 Es m. 2t. 2. 8 30

Der Preis für vorstehende Teile beträgt: £ 98.800.-
 Der Preis für 5 Batterien beträgt: £ 494.000.- FC

1 £ = RM 11,67

Die Geräte können etwa 6 Wochen nach Auftragsabschluss geliefert werden.

RHEINMETALL-BORSIG
AKTIENGESELLSCHAFT
W. Müller *H. O. Gehr*

Messens Preisaufschläge in Pabsts Angebot

Doch dieses Geschäft kam «durch den Beginn des derzeitigen Krieges nicht mehr zur Durchführung», da «der betreffende Staat in die kriegerischen Ereignisse verwickelt worden ist»⁸⁷.

Im Juni 1938 übernahmen die Reichswerke «Hermann Göring» von der Viag die

Aktienmehrheit der Rheinmetall-Borsig und damit auch der Waffenfabrik Solothurn.⁸⁸

Rheinmetall war nun ein reiner Staatsbetrieb.

Zur gleichen Zeit brachte es Pabst zum sogenannten Wehrwirtschaftsführer (W Wi Fü).⁸⁹ Als solche wurden die Leiter rüstungswichtiger Betriebe ernannt, und zwar durch das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt. Bei Pabsts Ernennung dürfte sein alter Freund Göring die Hände mit im Spiel gehabt haben. In der Forschung ist der Status des W Wi Fü nicht vollständig geklärt.⁹⁰ Nach Pabsts Freund General Thomas wurden seit 1938 die Kandidaten hierfür von den Gauleitern und dem Sicherheitsdienst (SD) vorher gründlich überprüft. Sie durften nicht vorbestraft sein und hatten durch ihre Ernennung Offiziersrang in der Deutschen Wehrmacht.



General Georg Thomas

Wehrwirtschaftsführer war eine Art militärischer Status, der rund 400 Industriemanagern des Dritten Reiches zuteil wurde⁹¹, so z.B. Alfred und Gustav Krupp, Friedrich Flick, Ernst Heinkel, Claude Dornier, Fieseler, Ferdinand Porsche und Wilhelm Messerschmitt. Ende 1937 wurden die ersten Wehrwirtschaftsführer ernannt und vereidigt. Ihre Aufgabe bestand darin, einen wichtigen Beitrag zum NS-Rüstungsprogramm zu leisten. Pabsts Part: bei Rheinmetall die Auffassungen der Wehrmacht vertreten, die Steigerung der Rüstungsproduktion durchführen, den Krieg vorbereiten und die Belegschaft entsprechend politisch ausrichten.

Im Sommer 1938 erhielt Pabst von Thomas eine Bescheinigung, dass ihm eine Auslandsreise genehmigt sei.⁹²

Anfang 1939 erhielt Pabst eine generelle Unbedenklichkeitsbescheinigung für Auslandsreisen.⁹³ Somit konnte er seiner Tätigkeit, die ihn nach Italien, Schweden, Griechenland, Ungarn und Dänemark⁹⁴, aber vor allem in die neutrale Schweiz führte, mühelos nachgehen.

Am 11. November 1938, kurz nach der Reichspogromnacht, wurde Pabst (fast 58-jährig) zu einer Wehrübung einberufen.

Am 26. August 1939 erhielt er einen Truppenausweis des Oberkommandos der Wehrmacht und wurde als 1. Generalstabsoffizier (Ia) dem Wehrwirtschaftsamt zugeteilt.⁹⁵ Der Chef dieses Amtes war der schon erwähnte Pabst-Freund General Thomas. Pabst war nach Thomas' Angaben Verbindungsoffizier des Wehrwirtschaftsamtes zum

Oberkommando des Heeres (OKH).⁹⁶ Ein wichtiges Dokument hierzu wurde von Doris Kachulle entdeckt. Nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939, mit dem der Zweite Weltkrieg begann, gab es drei Wochen später, der Feldzug gegen Polen war noch im Gange, eine Besprechung von Pabst beim Chef des Stabes, in der unter anderem die Aufteilung der besetzten Gebiete angesprochen wurde. Unter 4b heisst es wörtlich: «Der Raum zwischen der Linie Mława-Kutno – westl. Łódź – westl. Tschenstochau-Oberschlesien und der Demarkationslinie wird als besonderes Gebiet betrachtet (Juden). Dieses Gebiet kann ausgebeutet werden. Wehrwirtschaftlich ausgenutzt kann nur das westlich oben genannter Linie gelegene Gebiet werden.»⁹⁷

Damit musste auch für Pabst klar gewesen sein, dass man mit den Juden Besonderes vorhatte, sie zumindest in einem bestimmten Gebiet gettoisieren und dann wohl verhungern lassen wollte, da das Gebiet «ausgebeutet» werden sollte. Weiter hiess es: «Dem Heeres waffenamt wird gestattet, in dem Raum ostwärts der unter Ziffer 4 b) genannten Linie die sie interessierenden Munitionsfabriken zu erkunden und aus ihnen Spezialmaschinen in das Reichsgebiet zurückzuführen. Die Luftwaffe hat das gleiche Recht für die sie interessierenden Betriebe.»

Pabst wusste daraus, wie die Kriegswirtschaft auch funktionieren und wie die Okkupationspolitik in Polen aussehen sollte. Interessant ist, dass hier Fabriken auch erkundet werden sollten, was ja eigentlich Sache der Abwehr war. Pabst war somit verstrickt in die ersten Versuche eines Vernichtungskrieges.

Am 9. April 1940 begann die Aktion Wesermünde, der Überfall auf Dänemark und Norwegen. Pabst war ein letztes Mal in seiner alten Generalstabsrolle.⁹⁸

General Thomas erstellte seit November 1940 und im Auftrag Görings eine Studie über die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen des geplanten Angriffes auf die Sowjetunion. Im Februar 1941 war diese Studie fertig. Sie bildete die Grundlage für den so genannten Hungerplan, den Thomas zusammen mit dem Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Herbert Backe, entwickelte und der am 2. Mai 1941 folgendermassen formuliert wurde:

«1. Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr [d.h. 1941/42] aus Russland ernährt wird.

2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.»⁹⁹

Eine Tatsache, die in der Deutschen Widerstands-Apologie jahrzehntelang übergangen wurde¹⁰⁰ und im Zuge des geschichtspolitischen Rollback von «jungkonservativen» Historikern erneut in Frage gestellt wird.¹⁰¹ Es ist das Verdienst von Historikern wie Christian Streit, Rolf-Dieter Müller und dem inzwischen aus Deutschland vertriebenen Christian Gerlach, diesen Völkermordtatbestand beim Namen genannt zu haben.¹⁰²

Den grossen Hungerplan seines Vorgesetzten (und Angehörigen der Militärproposi-

tion) General Thomas hat Pabst jedoch nicht mehr als dessen «rechte Hand», als Ia erlebt, sondern «nur» noch als Wehrwirtschaftsführer.

Zur gleichen Zeit, als Thomas dieses «Regierungsprogramm»¹⁰³ zur Vernichtung von grossen Teilen der Bevölkerung der Sowjetunion formulieren liess, hatte Pabst schon seine eigene Firma. Eine Firma allerdings, die staatlich hoch subventioniert war und mit der er als langer Arm von General Thomas und dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) Sonderaufträge in anderen Staaten erledigte.

X. In der Schweiz (1941-1955)

1. Agent des OKW – Auslandshandel GmbH und Sfindex¹

Im April oder Juni 1940, also nicht einmal ein Jahr nach seiner Bestallung zum Ia von General Thomas, hatte Pabst diesen Posten wieder aufgegeben.² In einem Verhör im Oktober 1944 in der Schweiz gab er schlicht und einfach an, dies sei «wegen Erreichung der Altersgrenze (60 Jahre)» und «wegen Ablehnung der mir zustehenden Beförderung durch Herm Hitler (das Heerespersonalamt hatte mich vorgeschlagen)»³ geschehen. Später hatte er sich dann eine Legende zurechtgelegt: Hitler habe ihn als «Staatsfeind» aus dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt entfernen lassen.⁴

Pabst brachte 1969 eine Denkschrift von Thomas sogar in unmittelbarem Zusammenhang zu seiner Nichtbeförderung: «Und als dann der brave und nicht ehrgeizige Thomas in einer Denkschrift im Herbst 1940 Hitler erklärte, der Krieg müsse bis spätestens 1941 zu Ende sein, weil dann die Überlegenheit auf der anderen Seite zu gross würde, sowohl was die Zahl der Menschen, Waffen und Flugzeuge angehe, und dass wir dann bereits in Ernährungsschwierigkeiten geraten würden, da hat als Antwort auf diese Denkschrift Hitler befohlen, meine Mobilmachungsbestimmung aufzuheben, weil ich ein Staatsfeind sei.»⁵

Tatsächlich hatte Thomas vor seinem Hungerplan und der Denkschrift vom Februar 1941 als Pessimist gegolten⁶ und zunächst (allerdings nicht aus humanitären Gründen) vor einem Krieg gegen die Sowjetunion gewarnt⁷, was Pabst mit «Denkschrift» bezeichnete.⁸ Hitler hatte diese Einschätzung von Thomas kommentiert, er lasse sich von solch pessimistischen Äusserungen nicht beeinflussen.⁹ Genau in diese Zauderphase und Zurückweisung Thomas' fiel tatsächlich Pabsts Nichtbeförderung und Demissionierung als Ia von Thomas. Was Pabst wegliess, aber entscheidend war: Thomas hatte sich spätestens durch die Zurückweisung Hitlers gewandelt und war nun (Anfang 1941) ein eifriger Zuredner des Diktators, was den Überfall auf die Sowjetunion angeht, eben mit einem perfiden Vernichtungsplan. Im Übrigen wird er – im Gegensatz zu Pabst – in der Historiografie übereinstimmend und hier sogar von seinem Apologeten als extrem ehrgeizig beschrieben.¹⁰

Thomas' neue und entscheidende Denkschrift, die auf Anregung Görings (Herbst 1940) im Februar 1941 fertig wurde, bestätigte den Diktator geradezu in seinen Plänen

zum Überfall auf die Sowjetunion.¹¹ Im Mai folgte der Hungerplan.

Dass der Major vom nachtragenden Hitler nicht geliebt wurde, geht aus ihren früheren Begegnungen und der Beinahe-Liquidierung Pabsts hervor. Doch als «Staatsfeind» wäre der Major zur besonderen Verwendung auch jetzt sofort im KZ gelandet. Was nicht der Fall war, im Gegenteil, im Juni 1940 bekam Pabst – mit-

ten im Krieg – einen neuen Reisepass für seine zahlreichen Auslandsreisen ausgestellt.¹² Es entspricht jedoch den Tatsachen, dass Hitler seine Beförderung – vielleicht sogar um dem anfangs zaudernden Thomas eins auszuwischen – ablehnte¹³ und Pabst auch die Rheinmetall-Borsig verlassen musste.¹⁴ Doch dass Pabst verfolgt wurde oder wegen seines Alters ausstieg, erscheint unwahrscheinlich, wenn man die Aktivitäten betrachtet, die er fortan entwickelte bzw. entwickeln durfte. Er liess sich von Rheinmetall-Borsig grosszügig abfinden und beteiligte sich – immer noch Major zur besonderen Verwendung und Wehrwirtschaftsführer – mit diesem Geld mehrheitlich (75%) an einer Firma: der Auslandshandel GmbH.¹⁵

Dies war im September 1940. Die Auslandshandel GmbH¹⁶ wiederum war eine Tarnfirma. Gegründet hatte sie Messen-Jaschin.¹⁷

Die Vorgeschichte: Am 16. September 1939, also gut 14 Tage nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs – Pabst war damals noch Ia im Wehrwirtschaftsamt – erhielt Messen von Thomas eine Bescheinigung, dass er im Dienste des Wehrwirtschaftsamtes eingesetzt sei.¹⁸

Bereits 10 Tage später unterbreitete Messen Thomas ein Exposé betreffend Ankauf von Waren im Ausland. Er wies in diesem Exposé darauf hin¹⁹, «dass seit Kriegsausbruch der Ankauf lebenswichtiger Rohstoffe erschwert sei, weil die Feindstaaten durch Agenten in neutralen Ländern sofort alles aufkaufen lassen» und er hatte auch eine Lösung, wie dies zu umgehen sei: «Durch geschickte Tarnung», mittels einer im Ausland bestehenden Holding-AG, die in neutralen Staaten Firmen gründen sollte.²⁰ Diese Firmen würden die benötigten oder gewünschten Waren aufkaufen, «wobei jedes Mittel, das Erfolg verspricht, angewendet werden wird»²¹. Zur Tarnung sollten diese von der Holding kontrollierten Firmen ein allgemeines Warengeschäft aufziehen. In Deutschland müsste dagegen eine GmbH aufgezogen werden, die zur Tarnung ebenfalls allge-



meinen Warenhandel treibe. Diese Firma diene als Verbindungsstelle der deutschen Regierung bzw. der deutschen Firmen mit den Firmen im Ausland. Sie sei von allen Ein- und Ausfuhr-, Devisen- und Steuerbeschränkungen zu befreien. Für ihre Vertreter müssten die Reismöglichkeiten erleichtert werden. Nun, genau diese Firma war die von Pabst beherrschte Auslandshandel GmbH, und ihr Vertreter mit den Reiseerleichterungen war Pabst selbst. Messen bat 1939 auch noch darum, des Wehrwirtschaftsführers Firma durch eine deutsche Gruppe mit Kapital zu versorgen. Als Holding waren die beiden Messen-Firmen in Luxemburg, die Osthandel und die Ufidex, vorgesehen. Als die deutsche Wehrmacht jedoch Luxemburg besetzte, liquidierte Messen die beiden Firmen²² und gründete 1940 eine neue in der Schweiz, die Société Financière d'Expansion Commerciale et Industrielle S.A. (Sfindex)²³. So konnten er und Pabst Rohstoffe, Maschinen etc. über «Privatfirmen» wie die Sfindex und dann die Auslandshandel GmbH nach Deutschland schaffen, ohne dass jemand merkte, dass sie für Deutschland waren. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die enge Verbindung von Messen und Wehrwirtschaftsführer Pabst zu General Thomas vom Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, das ja formal dem OKW unterstellt war. Pabst hatte ausserdem durch seine Direktoren-Tätigkeit bei Rheinmetall-Borsig zu den Waffenämtern aller drei Wehrmachtsabteilungen beste Beziehungen.

«Durch diese Abkommen erhält Deutschland für ihre [sic!] Rüstungsindustrie wertvolles Material, das somit dem beabsichtigten Kauf durch das feindliche Ausland entzogen ist»²⁴, versprach Messen, und er und Pabst konnten gleichzeitig ohne irgendwelche Devisenbeschränkungen und vermutlich auch Steuern hohe Profite einstreichen.

In der Praxis sah dies folgendermassen aus: Pabst und Messen reisten in die neutralen Länder – die Schweiz wurde dabei schliesslich das zentrale Land – und spionierten dort aus, wo Waren oder Maschinen zu bekommen waren. So teilte am 21. Oktober 1941 – die deutsche Wehrmacht stand kurz vor Moskau – das Reichswirtschaftsministerium Pabsts Auslandshandel GmbH mit: «Die im Auftrage des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete [das war Rosenbergs Ministerium, K.G.] von der Auslandshandel GmbH, Berlin W 50, Tauentzienstr. 2 in der Schweiz angestellten Ermittlungen haben wertvollstes Material über die Kapazität der schweizerischen Landmaschinenindustrie ergeben.» Es sollten deswegen von Pabst, «im Benehmen» mit dem Ministerium und dem von Thomas geschaffenen Wirtschaftsstab Ost, Verhandlungen mit der schweizerischen Landmaschinenindustrie aufgenommen werden.

Dies hatte folgenden Grund: Nach Thomas' und Backes Hungerstrategie sollten Grossteile der sowjetischen Rüstungs- und Landmaschinenindustrie unversehrt in die Hände der Wehrmacht fallen. Man ging von 520'000 Traktoren und 180'000 Mähdrechern aus und hatte dabei schlicht und einfach die Angaben der sowjetischen Statistiken abgeschrieben.²⁵ Selbstverständlich war es unmöglich, bei der Heftigkeit der

Kämpfe und der Vernichtungsstrategie (auch durch die Luftwaffe) den kompletten sowjetischen Landmaschinenbestand zu erbeuten. Allein in Weissrussland waren von den ursprünglich 13'000 Traktoren im April 1942 noch 2'060 übriggeblieben.²⁶

Also mussten woanders Landmaschinen besorgt werden. Wohlweislich nicht, um die sowjetische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen, sondern um Wehrmacht und Reich aus «dem Lande» zu beliefern. Während also beabsichtigt war, den Menschen in der besetzten Sowjetunion die Nahrungsmittel zu entziehen, wollten Pabst und Messen dabei helfen, Landmaschinen dafür zu besorgen. Insgesamt wurden von den Deutschen bis Mitte 1943 rund 35'000 Waggonladungen im Wert von 150 Millionen RM, unter anderem 7'000 Schlepper, 16'000 Generatoren und 5'000 Dreschmaschinen in die besetzte Sowjetunion transportiert.²⁷ Wie hoch oder gering dabei der Beitrag von Pabst und Messen war, liess sich aus den Schweizer Quellen leider nicht eruieren.

Aber auch bei der Rüstungsproduktion war es in Folge des Vernichtungsfeldzuges nicht gelungen, wie geplant 75% der sowjetischen Rüstungsindustrie zu erbeuten.²⁸ Grosse Teile waren ausserdem von den sowjetischen Behörden – bevor sie den Deutschen in die Hände fielen – nach Osten abtransportiert oder zerstört worden.

Überhaupt bestand also Pabsts und Messens Aufgabe darin, Werkzeugmaschinen aller Art, «fertige oder halbfertige», von woher immer es ging, zu beschaffen.²⁹ Dies reichte so weit, dass man sogar für andere Länder bestimmte Maschinen nach Deutschland umleitete. So unterzeichnete Thomas am 16. Juli 1941 eine Bescheinigung für Pabst: «Die Auslandshandel GmbH/Berlin hat den Auftrag, in der Schweiz in Fertigung befindliche durch Russland erteilte Aufträge im Rahmen der der Firma mündlich erteilten Weisungen ausfindig zu machen und dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt anzubieten.»³⁰ Dieses Schicksal erfuhren nach dem Überfall auf die Sowjetunion jedoch nicht nur die für «Russland» bestimmten Werkzeugmaschinen in der Schweiz, sondern es gab auch Bescheinigungen von Thomas (10. Dezember 1941 und 14. Januar 1941) für Maschinen, die delikaterweise für das verbündete Japan bestimmt waren. Die erste Bescheinigung wurde just drei Tage nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor und einen Tag vor Hitlers Kriegserklärung an die USA unterschrieben. Pabsts sonst so gutes Gedächtnis versagte hier: «Ob diese Nachrichten über die deutsche Abwehr gekommen waren oder ob Schweizerfabriken den Wunsch geäussert hatten, diese Maschinen nach Deutschland zu verkaufen, da die Transportwege nach Russland und Japan im Sommer bzw. Winter 1941 abgeschnitten waren, kann ich heute nicht mehr sagen.»³¹

Auslandshandel GmbH bzw. Sfindex hatten also wirtschaftlichen Nachrichtendienst zu betreiben und verdienten damit auch noch sehr gut und ohne steuerliche oder Devisen-Schranken. Eine EU der besonderen Art. Beide Firmen waren Stützpunkte des

OKW und Messen und Pabst ihre Agenten. Die Zusammenarbeit mit den Schweizer Behörden lief relativ reibungslos. Besonders gut verstand sich Pabst mit dem Chef des Eidgenössischen Kriegs- und Ernährungsamtes (EKE), Herm Dr. Ernst Feisst.

Pabst und Messen konnten sogar die Schweizer Gesandtschaft für ihre Zwecke einbinden. So sandte diese Post von Pabst an Messen in die Schweiz zusammen mit der diplomatischen Kurierpost. Pabst, so Messen, habe diesen Weg gewählt, «weil die Post dadurch rascher an Ort und Stelle war»³². Der untersuchende Inspektor Caviezel merkte hierzu an: «Es berührt etwas peinlich zu vernehmen, dass deutsche Agenten über unsern diplomatischen Kurier verfügen konnten, während dies dem einfachen Schweizerbürger nicht zugebilligt wurde.»³³

Pabst habe noch 1947 über eine dafür eingerichtete Deckadresse verfügt. Übrigens beförderte der deutsche Konsul in der Schweiz, Freiherr von Neurath, ebenfalls Kurierpost für Pabst nach Italien.³⁴

Natürlich mussten auch gewisse Geschäfte gegenüber den Schweizer Behörden geheimgehalten werden. So bat Messen den lettischen Generalkonsul, der erst gar nicht begriff, warum, um «absolutes Stillschweigen»³⁵.

Die Schweizer Bundesanwaltschaft unter ihrem damaligen stellvertretenden Bundesanwalt René Dubois liess 1953 – gegen grosse Widerstände seitens staatlicher Organe der Schweiz, wir kommen noch dazu – umfangreiche Untersuchungen betreffend Messen-Jaschin und Pabst durchführen, bei denen sich die Bundesanwaltschaft auf Haussuchungen und beschlagnahmtes Material stützen konnte.³⁶ Der im Auftrag Dubois' arbeitende Polizeiinspektor Caviezel fertigte einen fundierten als «Confidentiel» bezeichneten Abschlussbericht dieser Untersuchungen an und kam zu folgendem Ergebnis:

«Zusammenfassend halten wir fest, dass sowohl Messen als auch Pabst

1. im Dienste des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW standen;
2. dass die Gesellschaften Auslandshandel GmbH und Sfindex S.A. mit ihren Leitern bzw. Direktoren zu nachrichtendienstlichen Zwecken verwendet wurden;
3. dass sowohl Messen als auch Pabst Agenten des OKW waren;
4. dass die bei der Sfindex am Ende der Feindseligkeiten angesammelten Gelder deutsche Vermögenswerte darstellen dürften, die bejahendenfalls gemäss Washingtoner Abkommen von der Schweizer Verrechnungsstelle zu sperren wären.»³⁷

Das Washingtoner Abkommen bestimmte, dass deutsche Vermögen und Fabriken etc. in der Schweiz zu sperren bzw. zu liquidieren seien und das Geld zu 50% an die Schweiz und zu 50% als Reparationen an von NS-Deutschland geschädigte Staaten gehen sollte. Die Schweizer Verrechnungsstelle suchte auch nach Vermögen bei Pabst. Sie fragte bei der Bundesanwaltschaft an, ob ihr Pabst bekannt sei, der als eine der Personen genannt werde, die in Verdacht stünden, «bei der Verheimlichung deutscher Vermögenswerte beteiligt» zu sein.³⁸ Die Verrechnungsstelle geriet dabei gerade an den Richtigen: Werner Balsiger, Chef der Bundespolizei, schrieb zurück, man besitze zwar

umfangreiche Akten über Pabst, aber daraus sei der Verdacht über «Verheimlichung deutscher Vermögenswerte nicht ersichtlich»³⁹. Und Balsiger gab den Ball gleich zurück. Er stellte fest, dass die Linkspresse Pabst angegriffen habe und wollte nun seinerseits die undichte Stelle festmachen und wissen, «woher Ihre Meldung gegen Pabst stammt»⁴⁰. Die Verrechnungsstelle schrieb daraufhin: «Wir können Ihnen mitteilen, dass einer unserer Direktoren durch einen schweizerischen Diplomaten darauf aufmerksam gemacht worden ist, dass Pabst an einer Firma beteiligt sei oder war, die schweizerische Rüstungslieferungen nach Deutschland ausführte.»⁴¹

Doch der Versuch, Pabsts Vermögensstand ausfindig zu machen, war erst einmal abgeblockt. Zwei Jahre später traute sich die Verrechnungsstelle dann doch in dem nachlässig geführten Verfahren nochmals an Pabst heran und erlaubte sich, an ihn «mit der höflichen Frage heranzutreten, mit welchen Mitteln Sie Ihren Lebensunterhalt bestreiten». Da er aufgrund seiner Staatsbürgerschaft sein Vermögen zu melden habe, andererseits aber «keine Anmeldung über Vermögenswerte» von ihm vorzufinden sei, wollte man nun doch Aufschluss von ihm darüber.⁴²

Pabst gab nun an, dass die Mittel für seinen Lebensunterhalt «von Schweizer Freunden zur Verfügung gestellt werden, da ich über Vermögenswerte in der Schweiz nicht verfüge»⁴³. Nun wusste aber die Verrechnungsstelle aus einer Vernehmung von Pabst im Jahr 1944, dass er damals angegeben hatte, «eigenes Geld»⁴⁴ in die Schweiz mitgebracht zu haben. Ausserdem hatte man Schmuck im Wert von 15'000 Franken in einem Banksafe gefunden. Pabst wiederum gab an, er habe den Schmuck nicht als Vermögenswert betrachtet. Aber dass er bereits einmal zugegeben hatte, von eigenem Geld zu leben, erwähnte er nicht und die Verrechnungsstelle fragte auch nicht nach.

Erst 1953 und dann wieder 1955⁴⁵ (da waren die Ansprüche schon verjährt) kam zur Sprache, dass Pabst aus seinen Waffengeschäften hohe Gewinnmargen erzielt hatte. Doch nachgeprüft wurde offensichtlich nicht mehr. Dr. Schaumann von der Gläubiger-Kontrolle der Verrechnungsstelle konstatierte kurz und knapp: «Herr Pabst wohnt seit 1943 in der Schweiz; im Gegensatz zu Herm Haage dürfte er seine Provisionsforderungen einkassiert haben.»⁴⁶

Es darf angenommen werden, dass Pabst seine Profite aus den Geschäften für den Vernichtungskrieg auf Konten in oder ausserhalb der Schweiz gut versteckt hatte. Denn schliesslich lebte er mindestens sieben Jahre nicht gerade ärmlich davon. Dass er seine zahlreichen Freunde in seinen noch zahlreicheren Briefen je um Geld angegangen hat, findet sich nirgends.

Pabst wurde wegen seiner Agententätigkeit während der Untersuchungen der Bundesanwaltschaft 1953 zwar verhört, aber nicht belangt. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit sei verjährt.

Übrigens empörte sich Pabst über den vertraulichen Caviezel-Bericht, der ihm im



Laufe eines der unzähligen Prozesse, die Messen-Jaschin führte oder die gegen ihn geführt wurden, in die Hände fiel. Er sei kein Agent des OKW gewesen. In der Tat war dies für ihn schwer zu begreifen, denn Pabst hatte tatsächlich alle Aufträge damals dem Chef des eidgenössischen Wirtschaftsdepartements, Bundesrat Stampfli, und auch dem Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), Rothmund, gemeldet.⁴⁷ Doch dass die beiden mitgemischt hatten, machte die Sache nicht besser, im Gegenteil, sie waren willige Helfer Pabsts und seiner Aufgabe, den Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht im Osten mit zu ermöglichen. Gleichwohl log Pabst in seiner Erwiderung auf den Caviezel-Bericht. Er behauptete tatsächlich, nie im Dienst des Rüstungs- und Wehrwirtschaftsamtes tätig gewesen zu sein. Und dass er in der Schweiz nicht nachrichtendienstlich aktiv gewesen sei, stimmte auch nicht.⁴⁸ Denn in einem undatierten Lebenslauf gibt Pabst zu, dass seine «Im- und Exportfirma [die Auslandshandel GmbH, K.G.], welche sich der Unterstützung der höchsten Stellen der Wehrmacht erfreute», nicht nur eine reine Handelsfirma war, sondern auch eine «besondere Art von Nachrichtendienst»⁴⁹.

Pabst fand als geschickter Netzwerker die Unterstützung zahlreicher politischer Freunde in führenden Positionen der Schweiz. Der schon erwähnte Feisst hatte gleich bei der ersten Einreise Pabsts im März 1941 angegeben, Pabst habe geholfen, Butter aus Dänemark in die Schweiz zu liefern. Er sei dem Land freundlich gesinnt. Feisst empfahl daher die Bewilligung der Einreise.⁵⁰ Eine der ersten Einreisen am 4. April 1941 diente übrigens ausnahmsweise einem privaten Zweck – Pabst fuhr zusammen mit Franziska Kottig, Lehrerin, geboren am 21. Juni 1897, welche in den 50er Jahren seine zweite Frau werden sollte und hier, so darf angenommen werden, vermutlich schon seine Geliebte war, zu einer Kindstaufe nach Arosa.⁵¹ Getauft wurde das Kind eines, wie der Polizeidienst der Schweizer Bundesanwaltschaft in Chur fälschlich meldete, Mannes namens «Messen, Joachim»⁵², bei dem es sich um Pabsts Geschäfts- und Agentenpartner Gregori Messen-Jaschin⁵³ handelte. Pabst übernahm die Patenschaft des Kindes. In der Folge reiste Pabst immer wieder (zeitweise nun begleitet von seiner Frau Helma) in die Schweiz und hielt sich dort länger auf: im August, November und Dezember 1941, im Januar, Februar, März, Juni und Dezember 1942 sowie im März, Juni und Juli 1943.⁵⁴

Ab August 1943 blieb er ganz in der Schweiz. Er gab auch an, wozu er so oft ins Alpenland kam: «Abwicklung von Aufträgen deutscher Behörden in der Schweiz und Schweizer Behörden in Deutschland», und er habe «im Auftrag des deutschen Reichsluftfahrtministeriums [Göring] und des Wehrmachtsministeriums [Thomas]» Schweizer Firmen aufzusuchen, darunter die «Werkzeugmaschinenverkaufsgesellschaft Zürich» und die «Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon»⁵⁵ sowie die Sfindex⁵⁶.

Pabst verlangte auch gleich ein Dauervisum.⁵⁷ Unterstützt wurde er dabei vom uns

Nr. Gesundheits- oder des Konsulats: **12069**
 Nr. eigenständiger Fremdpässe: **697844**

Gesuch um Erteilung einer Einreisebewilligung in

(Unleserliche oder unvollständige Angaben werden nicht in Betrachtung)

1. Name (in Blockschrift): **PABST**
 2. Vornamen (Ruflname unterstreichen): **Waldemar Ernst**
 3. Geburtsdatum und -ort: **24.12.1880 Berlin-Charl.**
 4. Familienstand: ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, getrennt lebend (Zutreffendes unterstreichen).
 5. Staatszugehörigkeit: **Deutsches Reich**
 Event. frühere Staatszugehörigkeit und welche?
 Wenn staatenlos Angabe des Grundes:

geb. 24.12.1880, Charl. Geburt

Einr. 26. Juli 1943

Zu-
tatsächl. am: 4.2.43 bzw. 23.5.43

gültig bis: 4.2.45 bzw. 23.5.44

6. Ausreisepapiere, was für welche? **Deutsche Reisepässe**
 ausgestellt durch: **Polizeipräsidium Berlin**

7. Gegenwärtiger Wohnort (genaue Adresse): **Berlin W 30, Barbarosstr. 44**
 8. Beruf: **Kaufmann, Direktor, Wehrwirtschaftsführer**
 9. Gegenwärtige Tätigkeit oder Stellung: **Hauptgeschäftsführer der Auslandshand. GmbH.**
 10. Ehefrau ¹⁾, Vor- und Mädchenname: **Helma geb. Corneli**
 Geburtsdatum: **3.10.1893** Reist die Ehefrau mit? **ja**
 Staatszugehörigkeit vor der Heirat: **Deutsches Reich**

11. Kinder ²⁾, die mitreisen:
 Vornamen: _____ Geburtsdatum: _____ event. welche Erwerbstätigkeit? _____

Kinder, die nicht mitreisen:
 Vornamen: _____ Geburtsdatum: _____ event. welche Erwerbstätigkeit? _____

Dringend

12. Zweck der Reise in die Schweiz ³⁾: **Geschäftliche Besprechungen u. Erholung**
 13. Ort und Dauer des beabsichtigten Aufenthaltes in der Schweiz: **Zürich, Basel Bern, Interlaken, Val**
Schweiz. Grenzübergangsstelle bei der Einreise: Basel / OS.D. Wachen stree ab 24.8. 2004
Schweiz. Grenzübergangsstelle bei der Ausreise: _____
 14. Sind mehrere Reisen beabsichtigt? **eine Reise** in welchem Zeitraum? _____
 15. Ist Ihre Rückreise nach dem Heimatstaat gesichert? **ja** und beabsichtigt? **ja**
 16. Ist Ihre Rückreise in den gegenwärtigen Aufenthaltsort zugesichert? **ja**
 Wenn ja, wie und bis zu welchem Zeitpunkt? **Nichtverwehrt von 18-jähriger Dauer**
 17. Militärverhältnis zum Heimatstaat ³⁾: **Major a.V.**

18. Notizen: **Der bevollm. Minister u. Gesandte d. Schweiz, Eidgen. in Berlin**
Major Burkhardt
Die sonstigen Herren der Schweiz. Gesandtschaft in Berlin

Einreiseantrag von Helma und Waldemar Pabst

schon bekannten Oberstdivisionär a.D. Eugen Bircher⁵⁸, dem zweiten wichtigen Förderer Pabsts in der Schweiz.

Bircher war ansonsten kein Freund der Emigranten: «Die werden wir nicht mehr los. Sie werden ihr Gift ausstreuen. Sie bilden einen Fremdkörper im Volke, der wieder herausgeschafft werden muss.»⁵⁹ Bei Pabst schien er eine Ausnahme zu machen. Mass-



Oberstdivisionär Eugen Bircher

geblichen Zuspruch fand Pabst auch durch die Schweizer Gesandtschaft in Berlin, namentlich dem Minister und Gesandten Dr. Frölicher (Förderer Nr. 3). Diese Reisen seien «unbedingt im schweizerischen Interesse erforderlich»⁶⁰. Der Wehrwirtschaftsführer und Major z.V. reiste also nach Zürich, Bern, Genf, Aarau und Lausanne, besuchte ausser den oben erwähnten noch die AGT Werke Zürich, die MIPS A Genf, die Maschinenbaufirma Rüti, Gutzwiller Walliselle, Sipag Samen (die auch Messen gehörte), Sais Astra Zürich und HISPANO-SUIZA.⁶¹ Er besorgte Maschinen, so viele er nur kriegen konnte.

Nach eigenen Angaben verschaffte er der Schweizer Industrie Aufträge in Höhe von 12 Millionen Franken.⁶² Dies dürfte jedoch untertrieben sein, wenn man bedenkt, dass Pabst, ebenfalls nach eigenen Angaben, nur bei grossen Aufträgen selbst in die Schweiz reiste⁶³, er aber nach den obigen Daten ab 1941 beinahe häufiger in der Schweiz war als in Deutschland. Die Gewinnmarge habe im Schnitt 4% betragen.⁶⁴ Über den Verteilungs-

schlüssel schwieg er. Da Haage nichts bekam, darf man annehmen, dass sich Pabst und Messen die Gewinne geteilt haben, wenn nicht Pabst aufgrund seiner Machtposition mehr einstrich.

Somit hatte Pabst mindestens einige Hunderttausend Franken verdient, würde man die Afghanistan-Profitraten anlegen, bedeutend mehr. Damit konnte man damals eine erhebliche Zeit recht gut leben.⁶⁵ Es darf auch angenommen werden, dass er Rohstoffe, ja Nahrungsmittel für Thomas' Wehrwirtschaftsamt organisierte, die Geschäfte mit anderen Ländern nicht zu vergessen: Italien, Schweden, Griechenland, Ungarn und Dänemark.

Ab 1940 bestand Pabsts Aufgabe also im Wesentlichen darin, seine in neutralen Staaten geknüpften geschäftlichen, politischen und geheimdienstlichen Verbindungen für die Vorbereitung und Durchführung des Ostkrieges zu nutzen. Haupteinsatzgebiet war die Schweiz.

Pabst arbeitete weiter für den Ausbau der deutschen Kriegsrüstung, nun jedoch auf eigenen Profit, und definitiv hielt er weiter den Kontakt zu Canaris und seiner Abwehr sowie zum den Vernichtungskrieg planenden und durchführenden Wehrwirtschafts-

und Rüstungsamt von General Thomas. Dies geht aus einem Bericht hervor, den der nach Feisst, Bircher und Frölicher vierte Pabst-Förderer in der Schweiz, der Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (der sogenannten Fremdenpolizei) Dr. Heinrich Rothmund, am 26. September 1944 zugunsten Pabsts abgab. Rothmund hatte im Oktober 1942 offiziell die Reichshauptstadt Berlin besucht und bei einer Besichtigung des KZ Sachsenhausen die «Judenfrage» insofern angesprochen, als er deutlich gemacht habe, «dass Volk und Behörden in der Schweiz die Gefahr der Verjudung von jeher deutlich erkannt und sich stets so dagegen gewehrt haben, dass die Nachteile der jüdischen Bevölkerung durch die Vorteile wettgemacht wurden». Man müsse sich gegen «jede jüdische Ausschliesslichkeit» wehren, «dann ist der Jude ein nützliches Glied der Volksgemeinschaft». Die heutige deutsche Methode sei falsch «und gefährlich für uns alle, weil sie uns letztendlich die Juden auf den Hals jage»⁶⁶. Er wollte, «dass die für die Judenfrage polizeilich zuständigen Leute wissen, dass wir uns soweit nötig der Juden zu erwehren wissen»⁶⁷. Während dieses Besuchs in Deutschland, so berichtete Rothmund, sei er ausserdem zusammen mit Pabst und «dem damaligen Leiter der Wehrwirtschaft, dem sehr feinen General Thomas» zu Gast beim Schweizer Minister Frölicher in Berlin gewesen. Am anderen Tag⁶⁸ «lud mich Major Pabst zu sich zum Tee, zusammen mit General Thomas und seiner Frau. Dort lernte ich Herm Oberst, später Generalmajor Oster kennen, den Stellvertreter von Admiral Canaris in der ‚Abwehr‘». Während zur gleichen Zeit Thomas’ Hungerplan an den sowjetischen Kriegsgefangenen, an der Bevölkerung Leningrads, an Flüchtlingen und Lagerinsassen und nicht zuletzt an den Juden in den zahlreichen von den Deutschen im Osten errichteten Gettos durchgeführt wurde⁶⁹, traf man sich bei Pabsts zum Tee. «Die Freundschaft zu Major Pabst mit den Herren Thomas und Oster hat mir ein etwas anderes und sichereres Bild von Major Pabst vermittelt.»⁷⁰ Rothmund – der an exponierter Stelle ein rigoroser Vertreter der Abschottungspolitik der Schweiz gegenüber Flüchtlingen, insbesondere Juden, war und zwei Monate vor seinem Besuch in Berlin eine totale Grenzsperrung der Schweiz für Flüchtlinge verfügt hatte – wollte bei so viel Freundschaft Pabsts mit den «feinen» Frondeuren also eine Widerstandstätigkeit desselben andeuten. Dass sich Widerstandstätigkeit und Vernichtungskrieg jedoch nicht ausschliessen, haben Thomas, Arthur Nebe, Generalquartiermeister Eduard Wagner und mit Einschränkungen Henning von Tresckow bewiesen.⁷¹ Ob Pabst aber zu dieser Kategorie gehörte, soll nun geklärt werden.

2. Verfolgter des Naziregimes?

Seit August 1943 hielt sich Pabst (zusammen mit seiner Frau) dauerhaft in der Schweiz auf. Er hatte von der Schweizer Gesandtschaft in Berlin ein Drei-Monats-Visum erhalten, das er immer wieder verlängern konnte. Diese Verlängerung hätten ihm seine Gönner – wie Rothmund zugab⁷² – auch zukünftig immer wieder gewährt, wenn nicht die Schweizer Öffentlichkeit auf ihn aufmerksam geworden wäre. Am 22. September 1944 berichtete das offizielle Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweizer *Volksrecht*: «Die Tyrannen und ihre Anhänger, denen es in Europa von Tag zu Tag heisser wird (...), schielen nach unserem Lande und suchen hier Aufnahme.» Um dann konkret zu werden und durchaus treffend festzustellen: «Wie in Bern zu hören war, soll sich auch der berühmte Putschmajor Pabst in die Schweiz geflüchtet haben, jener Pabst, der 1919 vom Hotel Eden in Berlin aus die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg leitete.»⁷³

Der Artikel schlug ein wie eine Bombe. Justizminister Edmund von Steiger schrieb an die Bundesanwaltschaft und an Rothmund, dass Pabst zu diesem Vorwurf zu verhö- ren sei und wäre er «auch nur im geringen Masse» für den Doppelmord verantwortlich, so sei er aus der Schweiz auszu weisen.⁷⁴ Gleicher Meinung war der Vorsitzende der sogenannten «Vollmachtenkommission», Nationalrat Johannes Huber wusste auch, dass Pabst in diplomatischen Fahrzeugen der Deutschen Gesandtschaft in Lugano «her- umfahre».⁷⁵

Es wurde brenzlich für Pabst. Am 25. Oktober 1944 vernahm ihn Inspektor Hess. Pabst leugnete die Verantwortung für den Luxemburg/Liebknecht-Mord, und es gelang ihm, wie schon 1934 beim Kriminalbeamten Reibel, den Inspektor der Bundesanwaltschaft für sich zu gewinnen. Doch nun kam ein Angriff aus der Mitte der eidgenössischen Gesellschaft. Das Armeekommando der schweizerischen Armee berichtete aus «verschiedenen von einander unabhängigen und seriösen Quellen», Pabst sei vermutlich für den Mord an Liebknecht/Luxemburg verantwortlich, er habe als «nächster Mitarbeiter Reichswehrminister Noskes» den Kapp-Putsch organisiert. Ebenso – und hier zeigt sich die Quelle bestens und richtig informiert – habe er in Österreich den Waffenschmuggel aus Bayern geleitet und die österreichische Heimwehr «systematisch» in «faschistische Bahnen» gelenkt. Dies sei ihm umso mehr gelungen, «als er gewaltige italienische Geldmittel zur Verfügung gestellt erhielt». Alles richtig.

Pabst würde von «keineswegs links stehenden» und «seriösen Gewährleuten» als «äusserst gefährliches Element bezeichnet»¹⁶.

Und dann wartete das Armeekommando mit einer Neuigkeit auf: «Er soll engster Vertrauensmann von *Heinrich Himmler* sein. Seine Intelligenz, Organisationsgabe und die seltene Geschicklichkeit, seine wahren Absichten zu tarnen, erhöhen seine Gefähr-

lichkeit.» Die Gewährsmänner vermuteten auch, dass Pabst «*führender Kopf der beauftragten Organisatoren der nationalsozialistischen Untergrundbewegung im Ausland sei*. Er wäre jedenfalls der prädestinierte Mann dafür. Unsere Gewährsleute haben uns dringend, beinahe beschwörend vor Pabst gewarnt. Es ist auch zu erwarten, dass er über kurz oder lang auf die Liste der *Kriegsverbrecher* kommt, sofern er nicht bereits darin flaguriert.»⁷⁷

Einen Beweis dieser bislang unbekanntes Behauptungen blieb das Armeekommando allerdings schuldig.⁷⁸ Gleich wohl geriet Pabst tatsächlich auf eine Liste mit Kriegsverbrechern. Denn als 1945 eine Gruppe von Nationalsozialisten von der Schweiz aus an die französischen Truppen übergeben wurde, hatten sich letztere erkundigt, «ob Pabst auch dabei sei»⁷⁹. Und tatsächlich baten die Franzosen die Schweiz darum, Pabst nach Deutschland zu repatriieren. Dort wäre er dann von ihnen als Besatzungsmacht verhaftet worden. Das Begehren Frankreichs vom Juli 1945 wurde jedoch von Pabsts Förderer Nr. 5, dem Chef der Schweizer Bundespolizei Werner Balsiger, ignoriert und von ihm sogar vor dem inzwischen zum Bundespräsidenten gewählten, aber immer noch als Justizminister amtierenden Eduard von Steiger geheimgehalten.

Warum gerade Frankreich an der Auslieferung Pabsts interessiert war, kann nur vermutet werden. Es dürfte mit Geschäften von Pabst und Messen im besetzten Frankreich zu tun haben.⁸⁰ Tatsächlich war Pabst für seinen «Mitarbeiter»⁸¹ Thomas auch nach dorthin gereist. So berichtete er seinem verehrten lieben «Kamerad Bircher» in einem Brief vom 14. Mai 1941, er sei gerade aus Paris zurückgekommen.⁸²

Pabst wusste natürlich, warum Frankreich nach ihm Ausschau hielt: «Wegen der stark kommunistischen Einstellung dieser Nation.» Als Beweis führte er an, dass «im Herbst 45» in «der französischen besetzten Zone zwei mir nahe stehende deutsche Damen von den Franzosen 14 Tage lang verhaftet und eingehend über mich, meine Absichten, meine Tätigkeit früher und jetzt verhört» worden seien.⁸³ Eine dieser deutschen Damen war «Fränze» Kottig, seine spätere zweite Frau, die bei Dornbirn in Vorarlberg, als sie sich zu Pabst durchschlagen wollte, kurzzeitig von den französischen Besatzern festgesetzt und für eine Spionin gehalten wurde.⁸⁴

Pabst blieb nun aufgrund der neuerlichen Vorwürfe ein zweites Verhör nicht erspart. Diesmal hatte man den Inspektor Hess mit Literatur munitioniert. Er bekam die Bücher Emil Gumbels *Vier Jahre Politischer Mord* und *Verschwörer* sowie die Broschüre Paul Levis über den Jomsprozess ausgehändigt. Doch Pabst war er nicht gewachsen. Der konnte – zurecht – darauf verweisen, dass er von der sozialdemokratischen Regierung Deutschlands nie angeklagt worden und im Kriegsgerichtsverfahren, das er ja mit seiner eigenen Truppe unter seiner und Canaris' Führung inszeniert hatte – was Hess nicht wusste oder wissen wollte –, nur als Zeuge vernommen worden war. Pabst trumpfte während des Verhörs sogar noch auf. Es sei für ihn «unverständlich, dass jetzt

nach 26 Jahren sich in der Schweiz Menschen finden, welche die Sache der Todfeinde der deutschen Demokratie und der deutschen Sozialdemokratie Liebknecht und Rosa Luxemburg zu den Ihren machen». Hätten die Bolschewisten in Deutschland gesiegt, wären die führenden Sozialdemokraten aufgehängt worden. «Ob eine derartige Entwicklung in Deutschland im Jahre 18/19 bei Basel oder Konstanz Halt gemacht hätte», sei «zweifelhaft», schurigelte er den Inspektor.⁸⁵

Und Pabst Freunde sprangen ihm nun bei. Feisst wusste, dass Pabst ihm beste Zuchtperde für sein «Hengstdepot» besorgt, sehr kritisch über das in Deutschland herrschende System gesprochen habe und eng mit Thomas und Canaris zusammengearbeitet hätte, von denen man ja wisse, dass sie die militärischen Unternehmungen Hitlers und vor allem «die Vorbereitungen des Krieges mit Russland» kritisch beurteilten.⁸⁶ Schon hier, wenige Monate nach dem 20. Juli 1944, wurde an Legenden über den Widerstand und speziell Thomas gestrickt. Eugen Bircher holte dagegen sehr weit aus. Er kenne Pabst seit 1919, als der in Diensten Noskes gestanden habe, der bei einem Besuch des Schweizers in Berlin «sich auch mir gegenüber sehr lobenswert über die Tätigkeit dieses Offiziers äusserte»⁸⁷. Dann habe man sich 1924 in Aarau (Schweiz) zum Schützenfest getroffen. Pabst sei damals «bei den österreichischen Heimwehren beteiligt gewesen» und mit einigen dieser Herren zum eidgenössischen Zielschiessen erschienen. Man habe sich erst 1933 wieder beim Chirurgenkongress in Berlin (Bircher war Chirurg) gesehen, als Pabst schon Direktor bei Rheinmetall-Borsig gewesen sei. Bircher liess dabei seinen Brief von 1931 aus, in dem er Pabst fragte, ob er jetzt für Hitler arbeite (siehe Kapitel VIII). Und der Oberstdivisionär a.D. gab eine neue Version, warum Pabsts Tätigkeit bei Rheinmetall geendet hatte, zum Besten. Er sei entlassen worden, weil er nicht in die NSDAP habe eintreten wollen. Über die Schweiz dagegen habe sich Pabst «bei jeder Gelegenheit in grosser Verehrung und Hochachtung geäussert». Doch Pabstfreund Bircher war in der Lage, sich noch zu steigern. Pabst sei Mitglied im Stab von General Thomas gewesen, welcher «wegen Sabotage der Wehrwirtschaft» verhaftet worden sei. Womit ihm gelungen war, einen der grössten Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges als Wehrwirtschaftssaboteur Hitlers darzustellen. Und Bircher fügte noch eine weitere Legende hinzu. Pabst habe 1942 dafür gesorgt, dass die Schweiz Messerschmidt-Maschinen erhalten habe (womit Pabst nie etwas zu tun hatte). Doch der Wohltaten gab es noch mehr. Pabst habe für in Deutschland verhaftete Schweizer interveniert, und selbstverständlich zählten einige Männer des 20. Juli zu seinen «näheren Freunden und Bekannten». Schliesslich mache Pabst – obwohl auch in der Schweiz die Wände Ohren hätten – aus seiner Abneigung des Nationalsozialismus keinen Hehl.⁸⁸ Der Schritt zum Widerstandskämpfer war nun nicht mehr weit.

Den vollzog Messen-Jaschin. Er log Pabsts Teestunden in seinem Hause mit Thomas und anderen zum eigentlichen Zentrum des militärischen Widerstands um⁸⁹

und wusste, dass Pabst seit 1935 «immer in der Opposition gestanden habe»⁹⁰. Da half es auch nicht, dass der greise Georg Ledebour und der ehemalige Vorsitzende der USPD, Arthur Crispian – beide politische Asylanten in der Schweiz –, ebenfalls verhört wurden. Ledebour (94 Jahre alt) erinnerte sich gar nicht an Pabst⁹¹, obwohl er mit ihm Weihnachten 1918 in der Universität in Berlin verhandelt hatte und das Waffenstillstandsabkommen zwischen GKSD und Matrosen sowohl seine als auch Pabsts Unterschrift trug. Und auch Crispian kannte Pabst nicht.⁹²

Kein Wunder also, dass der von Pabst eingenommene Hess einen positiven Bericht über ihn anfertigte und Gumbels und Levis bestrecherchierte Artikel als «tendenziöse Schriften» bezeichnete.⁹³ Hess wurde Pabsts Förderer Nr. 6.

Auch Rothmund legte in einem Brief an Bundespräsident von Steiger noch mal nach. Die wörtlich als «Beseitigung» von Luxemburg und Liebknecht bezeichnete Mordtat heranzuziehen, führe nur auf «Nebenwege». Bei Pabst habe man es mit einem «loyalen anständigen Menschen» zu tun, der «einmal ein politischer Heisssporn ersten Ranges gewesen ist», nun aber «als ernstlicher Gegner des Nationalsozialismus und als überzeugter Freund der Schweiz betrachtet werden kann»⁹⁴. Und Bircher schlug vor, Pabst als «politischen Flüchtling» aufzunehmen.⁹⁵

Doch von Steiger blieb störrisch. Er bezweifelte Pabsts politische Verfolgung durch die Nazis. Denn er habe sich nicht unmittelbar nach seiner Einreise im August 1943 als politisch Verfolgter gemeldet und dies begründet, wie es gesetzlich vorgeschrieben sei, sondern immer wieder auf eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung gehofft. Es könne ihm deshalb kein Asyl gewährt werden. Die Tatsache, dass Hitler ihm die Beförderung verweigert habe, sei kein Asylgrund, und dass er zum «Kreis Stauffenberg» gehöre, würde erst jetzt geltend gemacht.⁹⁶ Denn auch nach dem gescheiterten Attentat und den erfolgten Hinrichtungen habe Pabst immer noch nicht um Asyl nachgesucht. Steiger vergass auch nicht zu erwähnen, dass Pabst von den zuständigen Dienststellen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (im Übrigen der Behörde, der er immer noch vorstand) «mit ganz besonderer Nachsicht behandelt» würde. Und wenn sich Pabst darauf berufe, mit Rothmund befreundet zu sein, habe Rothmund «den Ausstand zu nehmen»⁹⁷. Rothmund wurde nun vorsichtiger und gab den Staffeltab an Balsiger weiter.

Pabst kam auch der Zustand seiner Frau zupass, die an Lungenkrebs erkrankt war und sogar von Bircher behandelt und beim nächsten Besuch von Bircherfreund Prof. Sauerbruch visitiert werden sollte.⁹⁸ Solange Pabsts Frau litt, wollte man ihn nicht des Landes verweisen. Inzwischen war das Jahr 1945 längst angebrochen. Am 12. Februar 1945 starb Pabsts Frau.⁹⁹ Doch Pabst konnte immer noch bleiben.

Balsiger, der wenige Tage nach Helma Pabsts Tod von Steiger vorgeschlagen hatte, Pabst Asyl und eine Nobelintemierung in einem Hotel und nicht im Lager, wie für ein-

fache Flüchtlinge vorgesehen, zu gewähren – «Wir möchten Vorschlägen, Pabst unter Ia einzureihen» –, drang nun erneut darauf und liess durchblicken, dass man ja über die Quelle der Vorwürfe der Armee (Himmelfreund Pabst) bis heute nichts gehört habe.

Aber auch die sozialdemokratische Schweizer Presse schoss sich auf Pabst ein: «Der Mann nun, der als führendes Mitglied einer noch heute nur mit Abscheu genannten Terrororganisation in eine der verfluchtesten Mordtaten der neueren Zeit verwickelt war, bittet um Asyl in der Schweiz und erklärt, er habe die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten immer abgelehnt. Wieso konnte er sich dann aber mehrfach zu längerem Aufenthalt in unser Land begeben? Ohne die Zustimmung der Berliner Ämterstellen wäre das doch nicht möglich gewesen. Auf jeden Fall ist Pabst eine der unerfreulichsten Gestalten der Epoche zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, weil er bewusst das Chaos bereitet hat, das der Weimarer Republik zum Verhängnis wurde. So ist er einer der Wegbereiter des Nationalsozialismus geworden, ob er das heute leugnet oder nicht. Um ihn herum war Mord und Totschlag.»¹⁰⁰

Pabst wiederum, der im Schlosshotel Locarno residierte, bekam vom deutschen Militärattaché von Ilsemann einen Brief. Doch Pabsts Post wurde (kurzzeitig) von der Polizei auf Weisung der Bundesanwaltschaft überwacht, was Pabst offensichtlich nicht wusste. Ilsemann, mit dem Pabst befreundet war und über dessen Kurierpost er schon auch mal Briefe nach Berlin hatte schicken lassen, riet nun Folgendes: «Herm Dr. Feisst u.[nd] uns scheint es daher heute mehr denn je notwendig zu sein, dass Sie sich die äusserste Zurückhaltung auferlegen», um dann zu enden: «Lang wird das ja sowieso nicht mehr nötig sein.»¹⁰¹

Doch Pabst hielt sich nicht zurück und verfasste eine seitenlange Verteidigungsschrift, in der er u.a. seine Verdienste für die Schweiz anführte. Er habe 1. den Militärattaché der Schweiz in Berlin, Major Burckhardt (Pabstförderer Nr. 7), einmal gewarnt, dass seine Unterlagen von der Gestapo kopiert würden, und 2. habe er sich bereit erklärt, die Schweiz zu warnen, «falls deutscherseits ein Unternehmen à la Norwegen», also eine Invasion ins Werk gesetzt würde. Der selbsternannte Retter der Eidgenossen wusste auch, woher die Angriffe gegen ihn kamen. Hinter der «Hetze steckt Moskau»¹⁰².

Nun liess sich aber offensichtlich auch das Armeekommando erneut von «Moskau» aufhetzen: «Pabst ist der Prototyp des militärpolitischen Konspirators. Im Ersten Weltkrieg war er einer der intimsten Mitarbeiter des Chefs der deutschen Militärspionage (...) Unter Hitler lebte Pabst ungeniert in Deutschland. (...) Dass Pabst zu dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland zum Widerspruch stehen soll, ist nicht glaubhaft. Sicher ist dagegen, dass Pabst, der ein heimtückischer Gegner der Demokratie ist, jedem demokratischen Staat Widerstand bereiten wird, sobald sich ihm dazu Gelegenheit bietet. Pabst versteht es ausgezeichnet, sich in das Vertrauen wichtiger Amtspersonen einzuschmeicheln.»¹⁰³

Da zeitgleich die Kapitulation Deutschlands unmittelbar bevorstand, entschloss sich Bundespräsident und Justizminister von Steiger, endlich Nägel mit Köpfen zu machen: Pabst sei in Deutschland nicht mehr – wie von ihm angegeben – gefährdet. So falle der Asylgrund weg. «Da Ihr weiteres Verbleiben in der Schweiz nicht erwünscht ist, ersuchen wir Sie, bis zum 15. Juni 1945 die Schweiz zu verlassen.»¹⁰⁴

War er nun wirklich von den Nazis verfolgt?

Zunächst ist zu sagen: Pabst hatte die «Machtergreifung» Hitlers und der Nazis in Deutschland begrüsst. Er wollte es ihnen in Österreich nachmachen und sich mit ihnen verbünden. Er war ein Freund Görings und wollte eine faschistische Internationale. Mit letzterem und seinem Nein zu Hitler machte er sich diesen zum Gegner. Deswegen 1934 die versuchte Abrechnung. Doch dann der Wiederaufstieg in der Rüstungsindustrie, als Wehrwirtschaftsführer und als Ia von Thomas. Nach seiner Nichtbeförderung immer noch Wehrwirtschaftsführer, Major zur besonderen Verwendung und Agent der Abwehr. Ein Mann im Dienste der Nazi-Rüstungsindustrie und des Vernichtungskrieges.

In dieser Funktion kam er auch in die Schweiz. Und wie er in seinem Wiedererwägungsgesuch offenlegte, blieb er, allein weil seine Frau schwer krank war und behandelt werden musste. Er beantragte kein Asyl als politisch Verfolgter, als er im Sommer 1943 kam, und auch nicht nach dem 20. Juli 1944. Dass Thomas und die wichtigsten Männer in der Abwehr auch im Widerstand waren oder mit ihm sympathisierten, bedeutete nicht, dass Pabst es tat. Und Pabst gab auch an, in keiner Weise in das Attentat vom 20. Juli 1944 verwickelt gewesen zu sein.¹⁰⁵ Jetzt aber, wo sie aufgefliegen, im Gefängnis sass oder schon hingerichtet waren, war es für Pabst tatsächlich ein Risiko zurückzukehren, eben weil sie zu seinen Freunden zählten, aber nicht, weil er im Widerstand war.

Pabst gab später an, er habe schon 1943, also lange vor dem Attentat, von Thomas und Canaris einen Tipp bekommen, nicht mehr nach Deutschland zurückzukehren.¹⁰⁶ Warum nun gerade er und nicht seine Warner – die tatsächlich dem Widerstand angehörten – mit einer Verhaftung rechnen sollten, erscheint unlogisch. Und warum überhaupt Verhaftung? Weil Hitler ihn nicht mochte? Warum durfte er dann bis Sommer 1943 ungestört zum Wohle der deutschen Rüstung und des Vernichtungskrieges arbeiten? Erscheint es nicht viel logischer, dass Pabst ab Sommer 1943 zu spüren begann, dass einerseits der Krieg verloren war und andererseits seine Freunde ihre Machtpositionen im Dritten Reich Stück für Stück verloren? So Thomas und sein Rüstungs- und Wehrwirtschaftsamt (1942), so Canaris und seine Abwehr (1943). War es da für Pabst nicht besser, in der Schweiz zu bleiben und seine erwirtschafteten Profite zu geniessen?

3. Verfolgter der Kommunisten?

Nach der Aufforderung zur Ausreise durch Bundespräsident und Justizminister von Steiger entwickelte sich eine heftige Aktivität bei Pabsts Freunden.¹⁰⁷ Pabst, der sich nun nicht mehr durch den Nationalsozialismus gefährdet zeigen konnte, führte an, er sei bei einer Rückkehr nach Deutschland von der anderen Seite, der russischen, gefährdet.¹⁰⁸ Dies natürlich nicht wegen seiner führenden Rolle bei der Ermordung Luxemburgs und Liebknichts, sondern, so heischte er Verständnis bei den konservativen Schweizer Staatsbeamten, wegen seines Antikommunismus.

Doch von Steiger antwortete – er wusste ja durch das Schweigen Balsigers nicht von den Begehrlichkeiten der französischen Behörden bezüglich Pabst –, dass für ihn keine Gefahr bestehe, da «die von den russischen Truppen besetzte Zone nicht an die Schweiz grenzen wird»¹⁰⁹.

Pabst erhob durch seinen Anwalt Widerspruch gegen die «Ausweisung» und reiste trotz Internierung (mit Genehmigung von Hess) zu «Abschiedsbesuchen» nach Zürich, Bern und Muri, wo seine Frau begraben lag, um dort an «einer Seelenmesse» für die Verstorbene teilzunehmen.¹¹⁰ Überhaupt machte er einen geschickten Schachzug, zeigte sich in der katholischen Schweiz plötzlich gläubig und liess sich in Ascona katholisch taufen.¹¹¹ Ausserdem fuhr er an den Vierwaldstättersee und begab sich in die Obhut des chinesischen Generalkonsuls Hans Klein («China-Klein»), dem Schwager von General Hans von Seeckt. Letzterer war schon in den 30er Jahren Militärberater in China gewesen und hatte dorthin für Klein die Kontakte organisiert. Klein konnte deswegen zur NS-Zeit ausgediente deutsche Waffen nach China verkaufen. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges reiste er im Auftrag von Abwehrchef Canaris nach Meggen ins «Haus Miramar» an den geschichtsträchtigen See.

Pabst gab deswegen seinem grosszügigen Aufpasser Inspektor Hess auch gleich einen Tipp, wie er ihm die Aufenthaltsgenehmigung dorthin schicken sollte: «Da es Herrn Klein lieber wäre, wenn nicht gleich das ganze Dorf meinen Aufenthalt bei ihm erfährt, die Nation [Schweizer Wochenzeitung, K.G.] bringt sonst möglich gleich einen Artikel ‚China schützt Fememorden, denn Herr Klein ist exterritorial, – so richten Sie bitte das Aussenkuvert an Herrn Klein und das Innenkuvert an mich.»¹¹²

Klein stand übrigens im Verdacht, «Verwalter von in der Schweiz angelegten Geheimfonds der deutschen Abwehr» zu sein.¹¹³ So forschte die Schweizer Verrechnungsstelle nicht nur nach Pabsts illegalen deutschen Geldern, sondern parallel auch nach denen von Klein.¹¹⁴ Dass Klein tatsächlich «1944 von Admiral Canaris grosse Gelder als Rückhalt für die Verschwörer gegeben wurden», geht aus einer Aussage des in der Schweiz lebenden Deutschen Werner Plappert hervor.¹¹⁵ Klein verwaltete auch das Vermögen des mit den Nazis kollaborierenden und später hingerichteten französischen Mi-

nisterpräsidenten Laval. Man schätzte den Berg Geld, auf dem Klein sass, auf ca. 900 Millionen Franken.

Der Rückzug Pabsts nach Meggen schien nötig, denn sein Widerspruch wurde vom Schweizer Bundesrat abgewiesen und ihm nunmehr ein Ausreisetermin bis zum 15. September 1945 gesetzt.¹¹⁶ Pabst liess jetzt verlautbaren, er verhandle mit den Briten und den Amerikanern und legte zum Beweis ein penibles Tagebuch an. Man solle aber seine Ausreise nicht im Radio bekanntgeben, «damit meine lieben Freunde in Moskau und Deutschland nicht mit der Nase draufgestossen werden»¹¹⁷.

Parallel dazu wandte er sich in mehreren Briefen ausgerechnet an den Alt-Reichskanzler Dr. Wirth (Zentrum), von dem als Reaktion auf die Ermordung Erzbergers der berühmte Ausspruch stammte: «Der Feind steht rechts!»

Doch der Wehrwirtschaftsführer a. D. gab ihm vor, dass er sich 15 Jahre aus der Politik herausgehalten habe, nie ein «Fehme-Mörder (sic!)» gewesen sei und bat darum: «Lassen Sie mich mitarbeiten, geben Sie mir Gelegenheit, durch Taten unter Beweis zu stellen, dass ich ein guter, echter Demokrat und ein überzeugter Europäer geworden bin.» Nebenbei liess er (für einen Zentrumsolitiker wie Wirth nicht unerheblich) noch einfließen, dass er jetzt katholisch geworden sei.¹¹⁸ Im Laufe des Briefwechsels schüttete er Wirth auch seine Gedanken über eine künftige Verfassung und die Einheit Deutschlands aus.¹¹⁹

Es gelang ihm offensichtlich, um den Alt-Kanzler einen Kokon zu spinnen und Wirth zu beeindrucken. Mehrmals kam es zu Treffen. Pabst bot Wirth an, für dessen «Gruppe Christlicher Demokraten», dessen «Komitee das demokratische Deutschland» und für die Caritas zu arbeiten¹²⁰ und Mitglieder zu werben (Konsul Klein und Alt-Militärattaché von Ilseman), und tatsächlich setzte sich nun auch «der prominenteste Deutsche in der Schweiz»¹²¹ (Pabst über Wirth) für Pabst beim Bundespräsidenten und bei der Bundesanwaltschaft ein.¹²² Und Pabst fragte scheinheilig an: «Ich bemühe mich z. Zt. bei den alliierten Behörden in Bern (einschliesslich der Franzosen), Empfehlungsschreiben für die alliierten Kommandobehörden in Deutschland zu erhalten. Könnten Sie mir hierbei helfen?»¹²³ Ausserdem wollte er von Wirth wissen, wie er an den Vertreter des amerikanischen Geheimdienstes OSS in der Schweiz, Allan Dulles, und dessen Assistenten Gero von Schulze-Gaevernich herankomme¹²⁴, mit denen er ja schon mal über Feisst Kontakt hatte.

Als Wirth dann doch wissen wollte, wie es damals am 15. Januar 1919 gewesen sei, leugnete Pabst jede Beteiligung am Liebknecht/Luxemburg-Mord, um dann am Ende noch anzufügen, selbst wenn die Behauptungen der Kommunisten und der USPD stimmen würden, wäre es kein Mord gewesen. Der Tod der beiden sei allseits als Befreiung begrüsst worden, «auch von den Führern der Mehrheitssozialdemokratie»¹²⁵. Damit gab er indirekt seine massgebliche Rolle zu.

Pabst war inzwischen in einem Sanatorium in Luzern, also in der Nähe von Konsul Klein untergekommen, musste dies aber verlassen und hielt sich nun wieder bei Klein



Papst mit seiner Sekretärin Elisabeth Hoffmann im «Internierungsgasthof» in Escholzmatt

im Haus «Miramar» auf – was aber geheimgehalten wurde. Sein Anwalt legte nochmals Widerspruch gegen die Verfügung des Bundespräsidenten ein, in einem sogenannten «Wiedererwägungsgesuch», das erneut abgelehnt wurde. Wieder verstrich die Ausreisefrist. Papst bedankte sich bei Polizeichef Balsiger für «das Wohlwollen und das Interesse, welches Sie mir stets entgegenbringen»¹²⁶ und wurde nun im Hotel Löwen in Escholzmatt auf eigene Kosten interniert.¹²⁷ Messen verhandelte derweil mit

den Engländern. Und Papst bemühte sich, wie schon so manch anderer Agent der NS-Rüstungsindustrie, bei den amerikanischen Besatzern in Deutschland unterzukommen. Auf Vermittlung von Altkanzler Wirth schrieb er an die amerikanische Gesandtschaft. «In Frage käme eine Verwendung in der Verwaltung, in der Industrie, in der Propaganda und Presse etc.»¹²⁸ Neben einer «Anzahl prominenter Schweizer Persönlichkeiten» führte er nun auch schon «die amerikanische Persönlichkeit Dr. von Gävernitz», also Dulles' Assistenten, als Fürsprecher auf.¹²⁹

Im Dezember 1945 schliesslich hiess es, bei der amerikanischen Gesandtschaft in Bern sei die Anfrage des alliierten Oberkommandos in Rom, «ob ich bereit sei, mich dem Oberkommando zur Verfügung zu stellen», eingegangen. Es sei bestimmt keine Falle.¹³⁰ Welches alliierte Freikorps oder welchen alliierten Rüstungsbetrieb bzw. Agentenjob er dabei übernehmen sollte, wusste er selbst nicht. Ein früher Paparazzo schliesslich entdeckte ihn und seine Sekretärin Elisabeth Hoffmann beim Mittagessen im Internierungsgasthof «Löwen» und machte mehrere Fotos. Papst liess daraufhin durch den Wirt den Ortspolizisten holen, der den Fotografen vom Internierungsort entfernte und Kamera und Fotos beschlagnahmte, was nun sogar die konservative *Nationalzeitung*, die sich bislang immer für Papst eingesetzt hatte, empörte.

«Mit welchem Recht hat man also die Bilder beschlagnahmt, und wer hat eigentlich ein Interesse an diesem eigentümlichen Versteckspiel mit diesem deutschen Major, der ja schon längst den Ausweisungsbefehl in der Tasche trägt? Wer ist der Götti, der hier die vom Volk mit Recht geforderte Säuberung hintertreibt?»¹³¹

Nun, der Götti¹³² hatte viele Namen, er hiess Balsiger, Feisst, Bircher, Rothmund, Frölicher, Hess, Klein und Burckhardt – und repräsentierte damit wichtige Personen des schweizerischen Herrschaftsapparats. War es ihre konservative Gesinnung, ihre klammheimliche Freude über die «Beseitigung» Liebknechts und Luxemburgs durch Papst, war es ihre Sympathie für Hitlers Ostkrieg¹³³, der einen Vertreter desselben ihnen

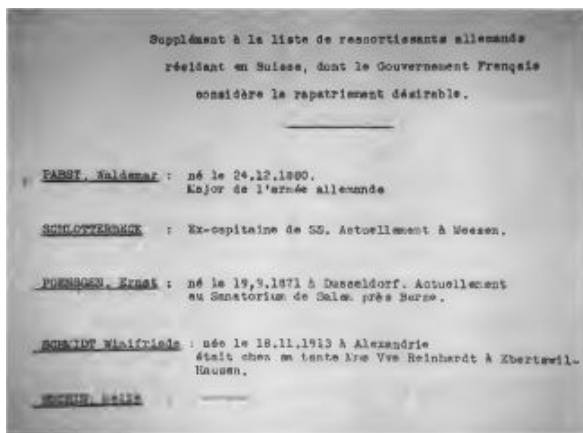
schützenswert erscheinen liess? War es vielleicht nur die grundsätzliche Übereinstimmung mit dem gegenrevolutionären bzw. antikommunistischen Geist oder waren die Herren selbst nicht frei von faschistischer Mentalität, die Pabst ohne Zweifel repräsentierte und die auch in ihren Köpfen und Körpern, mitten in der ältesten Demokratie der Welt, überlebte. Eine Mischung aus allem dürfte zutreffen. Die Erscheinung Pabsts allein, dieses «kleine(n) fast feminin wirkende(n) Major(s) mit dem freundlichen Lächeln und den kleinen unangenehm weichen Frauenhänden»¹³⁴ konnte es jedenfalls nicht gewesen sein.

Auch finanzielle Beteiligungen der Herren an Pabsts Kriegsprofiten sind nicht ausgeschlossen, da Pabst angab, dass Rothmund und Bundesrat Stampfli von den Geschäften informiert gewesen seien und «ihre Unterstützung gewährt» hätten.¹³⁵ Stutzig macht auch, dass Bircher nach dem Krieg im Verwaltungsrat der Sfindex sass¹³⁶, die weiter bestand (die Auslandshandel GmbH wurde mit Ende des Zweiten Weltkriegs liquidiert).

Mittlerweile brach das Jahr 1946 an. Pabst sollte am 27. Januar 1946 ausreisen. Doch nun setzte sich auch noch der katholische Nationalrat Dr. K. Wick (Förderer Nr. 8) für Pabst ein – dessen Taufe sich immer mehr als genialer Schachzug erwies. Wick verkündete, Pabst habe der Schweiz als einzigem neutralen Land das Verfahren zur Herstellung von Stahl- statt Messinggranaten verschafft. Aber dies ist nur die halbe Wahrheit. Wie Hansjürg Zumstein 1990 in einem Interview mit dem Ex-Militärattaché Burckhardt erfuhr, experimentierte die Schweiz schon seit 1905 mit Stahlgranaten. Burckhardt erklärte Zumstein weiter, dass im Übrigen noch mehrere andere Leute ihn auf das Leck in seiner Abteilung in Berlin (Kopien für die Gestapo) aufmerksam gemacht hätten.¹³⁷

Was tat Pabst für die Schweiz wirklich? Es dürfte sich damit so wie sonst auch in Pabsts Karriere verhalten. Pabst war Doppelagent, aber sehr ungleichgewichtig. Wie beim Kapp-Putsch, als er den Staatskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung Berger informierte, gleichzeitig aber den Staatsstreich weiter betrieb und von Berger geschützt wurde, wie 1926, als er Stresemann über die italienischen Faschisten unterrichtete, aber gleichzeitig mit ihnen sympathisierte und sogar jede Menge Geld von beiden bekam, so ähnlich war es auch jetzt. Pabst als Agent von Thomas, dem OKW und Canaris' Abwehr hatte den Schweizern dafür auch ein paar Brosamen an Information zukommen lassen. Sein Herr Nr. 1 war aber immer noch das faschistische Deutschland. Und jetzt, wo es weg war, musste man abwarten und später versuchen, es so weit es ging wieder aufzubauen. Aber das würde Zeit brauchen. Ausweisungen waren dabei im Wege, vor allem wenn sie nach Frankreich oder gar Russland führten.

Pabst warf nun den Rettungsanker, den er auch schon früher gerne geworfen hatte, er wurde krank. Der Arzt bescheinigte dem 64-Jährigen «Herzmuskelschwäche» und einen «Leistenbruch»¹³⁸. An Ausreise war natürlich erst mal nicht zu denken. Bundespräsident von Steiger – von dem übrigens während des Krieges das Wort vom besetzten



Auf der Auslieferungsliste Frankreichs

kleinen «Rettingsboot mit beschränktem Fassungsvermögen» stammte – verlängerte bis zum 2. Februar 1946.¹³⁹ Pabst gab sich tapfer und verkündete, dass er seine Leistenbruchoperation nicht in der Schweiz ausführen lassen, sondern am 23. Februar (!) seine Ausreise zum alliierten Oberkommando nach Rom über Chiasso bewerkstelligen werde. Aber zum Jahrestag des Todes seiner Frau wolle er doch noch gerne «an ihrer Ruhestätte wei-

len»¹⁴⁰. In seinem streng katholischen Internierungsort Escholzmatt sei Pabst damals, so ein Zeitzeuge, «tagtäglich mit Rosenkranz und Gebetbuch zur Messe erschienen»¹⁴¹. Doch dem Bundespräsidenten riss langsam der Geduldsfaden. Er drängte darauf, dass die Ausreise an diesem Tage wirklich erfolge. «Eine weitere Verlängerung kommt nicht in Frage.»¹⁴² Womit er falsch lag. Auch als nochmals ein (diesmal schlecht recherchierter) Angriff in der sozialdemokratischen *Arbeiter-Zeitung* erfolgte, blieb Pabst in der Schweiz. Er begründete dies nun wieder mit seinem Leistenbruch. Die Alliierten bzw. die Amerikaner in Rom wollten plötzlich doch nichts von ihm wissen und nun (der April stand vor der Tür) spielte Balsiger seinen Trumpf aus. «Aller Wahrscheinlichkeit nach würde Pabst von den Franzosen behändigt», wenn man ihn nach Deutschland rücktransportiere. Er stehe auf einer Liste der französischen Botschaft mit dem Namen «Liste de Ressortissants allemands dont la remise entre les mains des autorités françaises est demandée». Und zwar sei die Liste schon knapp ein Jahr alt. Balsiger vergass auch nicht zu erwähnen, warum er dem Bundespräsidenten die Liste verschwiegen hatte: «Da bis jetzt nie von einer Übergabe an die Franzosen die Rede war, hatten wir keine Veranlassung, diese Liste zu erwähnen.» Ausserdem sei nicht klar, ob sich die «russischen Besatzungsbehörden letztlich auch noch in diese Angelegenheit einmischen werden.» Was eine besondere Gefahr für Pabst bedeuten würde. Deshalb würde er, Balsiger, erneut den Antrag stellen, Pabst Asyl in der Schweiz zu gewähren.¹⁴³

Von Steiger knickte nun langsam ein, anstatt Balsiger wegen dieser Ungehörigkeit zu massregeln, und schlug vor, Pabst in einem Diplomatenzug (ähnlich wie Lenin) durch die französische Zone in die britische zu transportieren.¹⁴⁴

Doch das Schweizer Aussenministerium war sich nicht sicher, ob Pabst von den

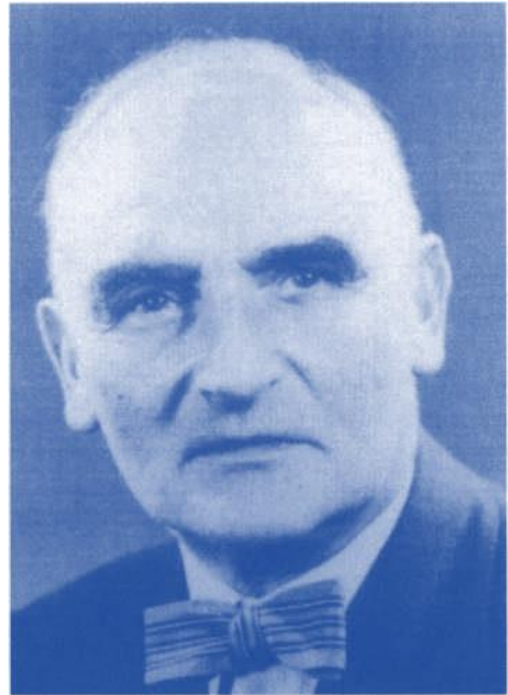
Franzosen nicht doch aus dem Zug geholt würde.¹⁴⁵ Offensichtlich schlug hier die anti-welsche Haltung der Schweizer Behörden durch, man wollte ihnen Pabst nicht gönnen. Aber warum nie jemand von ihnen bei den französischen Behörden nachfragte, was sie denn gegen Pabst vorzubringen hatten, erscheint äusserst merkwürdig.

Pabst spielte derweil den Sterbenden. Betroffen berichtete Inspektor Hess von einem Besuch bei Pabst in der Klinik St. Anna, Pabst mache den Eindruck eines wirklich kranken Mannes, seine Sekretärin habe ihm ausserdem mitgeteilt, es sei eine Herzembolie, es sei mit dem Schlimmsten zu rechnen¹⁴⁶, und sein Arzt Dr. Stockaiper habe erklärt, Pabst sei «ein verlorener Mann»¹⁴⁷. Hess wollte Pabst daraufhin gar nicht fragen, ob er sich vorstellen könne, im Diplomatenzug durch die französische Zone transportiert zu werden, tat es dann aber doch. Pabst habe geantwortet, seine «Freunde», die «Herren Kommunisten aus Paris (sic!)», würden ihn sicher aus dem Zug holen und ihn, so wörtlich, ins «Konzentrationslager» stecken. Das wollte man natürlich dem Wohltäter der Schweiz nicht zumuten.

Und endlich mischte sich wieder ein deutscher Sozialdemokrat in die Angelegenheit.

Der württembergische Landespolizeidirektor, fälschlich immer als «der rote Hahn» bezeichnet, eine schwäbische Miniatur Noskes, der 1919 mit den «Spartakisten» in Stuttgart aufgeräumt hatte, prophezeite, wenn Pabst nach Deutschland komme, sei er «ein toter Mann»¹⁴⁸. Wobei Hahn bestimmt nicht meinte, dass er Pabst liquidiere, sondern seine kommunistischen «Freunde». Und Pabst, der Verlorene, dem einer seiner zahlreichen Ärzte nun einen Herzinfarkt diagnostizierte¹⁴⁹, stellte Bedingungen: erstens, dass die Franzosen ihm schriftlich zusichem müssten, ihn keinesfalls aus dem Zug zu holen, und zweitens, dass man ihm garantiere, dass er gegen einen Auslieferungsantrag der Russen geschützt werde.¹⁵⁰ Da ihm das natürlich niemand garantieren konnte und man sowieso jeden Tag mit seinem Ableben rechnete, wurde die «Abschaffung» nun auf die lange Bank geschoben. Eine sehr lange Bank. «Das Gras wächst» titelte eine Baseler Zeitung.

Pabst habe erklärt, «dass er hierzubleiben gedenke, da er über Beziehungen verfüge, die seine Ausweisung jederzeit verhindern könnten». Und man wusste, dass es «nun



Werner Balsiger, Chef der Polizei-
abteilung im Eidgenössischen Polizei- und
Justizdepartement

langsam im Sande verläuft. Man habe einige Dutzend kleiner Leute über die Grenze gestellt, auch einige ganz wenige grosse Exemplare, um der Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass man etwas tue in der Sache. Aber wirklich gesäubert hat man nicht. Man hat vielmehr sich mit den Nazis in der Schweiz, die jetzt natürlich alle keine Nazis mehr sind und es nie waren, in ein eigentliches Versteckspiel von Rekursen und Verfügungen eingelassen, dank welchem die Säuberung sich über Monate hinzieht und schliesslich allen Beteiligten verleidet, mindestens aber – so hofft man – in der lieben Öffentlichkeit vergessen wird.»¹⁵¹ Und es zog sich weiter hin und es verleidete und versandete und zwar über Jahre hinweg. Pabst legte immer neue Atteste vor, die «ständige Spitalpflege als notwendig» erklärten¹⁵², und fand immer neue und alte Fürsprecher. Zwar fragten auch die Franzosen mal wieder an, ob sie Pabst haben könnten¹⁵³, doch Pabst blieb interniert in seiner Klinik in Luzern. Es kam 1947, es kam 1948. Und schliesslich wurde er – da konnte sich der Bundespräsident immer noch fragen, ob ihm die Ausreise wegen seines Gesundheitszustandes zugemutet werden könne – von der Bundesanwaltschaft als politischer Flüchtling anerkannt.¹⁵⁴ Interniert musste er trotzdem bleiben, doch der schon immer lockere Aufenthalt in der Klinik wurde weiter gelockert, und Pabst begann, wieder ins Ausland zu reisen.

4. Ein «Verlorener» macht Geschäfte und Politik

Wer nun aber glaubte, Pabst würde in seiner Internierung bei Gebet und Rosenkranz verharren und auf den Tag seiner baldigen Abberufung zum obersten Befehlshaber warten, der hatte sich gründlich getäuscht. Zwar war Pabst jede politische und geschäftliche Tätigkeit verboten, doch dies kümmerte ihn wenig.

So berichtete der militärische Nachrichtendienst der Schweiz (also nicht die Bundespolizei, die Pabst deckte) über ein konspiratives Treffen. Walter Muth, NSDAP-Mitglied seit 1931 und eine wichtige Figur im Aussenhandel des Dritten Reiches, reiste am 29. Januar 1945 in die Schweiz ein. Am 6. Februar 1945 war er in Luzern. «Mit dem Zug 12.41 traf ein Unbekannter ein, ca. 55 Jahre alt, ca. 160-165 gross. Statur fest, grau-melierte Haare, volles rötliches Gesicht, glatt rasiert, dunkel gekleidet. Zwischen diesem Unbekannten und Muth fand eine ziemlich herzliche Begrüssung statt. Aus dem ganzen Verhalten der Beiden war zu schliessen, dass sie sehr gut bekannt sind. So fasten sie sich auf dem Wege durch die Stadt wiederholt über die Achsel. Zu erwähnen ist noch, dass der Unbekannte auf dem Bahnhofsvorplatz vor dem Betreten des Buffets den Autobusfahrplan nach Meggen besah. Es kann angenommen werden, dass er später dorthin gefahren ist.»¹⁵⁵

In Meggen wohnte der «exterritoriale» chinesische Generalkonsul und Agent der

deutschen Abwehr, Klein, den man verdächtigte, deutsche Gelder gebunkert zu haben. Muth wurde übrigens zwei Tage später verhaftet. Bei ihm hatte man Notizen gefunden, die ihn wegen wirtschaftlichen Nachrichtendienstes belasteten. Im Verhör gab er zu, dass der Unbekannte, mit dem er sich getroffen hatte, Pabst war. So krank konnte dieser also nicht gewesen sein, dass ihn die Observanten gleich zehn Jahre jünger machten.

Muth sagte aus, die Sfindex, Pabst, «Inhaber der Fa. Auslands-Handel GmbH» und er hätten «geschäftlich zusammen zu tun». Er habe eruieren wollen, «ob Geschäfte Schweiz-Schweden gehen. In erster Linie Maschinen. Major Pabst befasst sich mit solchen Geschäften (...) Infolge der Transit-Schwierigkeiten werden sich aber gegenwärtig solche Geschäfte nicht durchführen lassen.» Womit wohl euphemistisch der sich ankündigende Zusammenbruch von NS-Deutschland gemeint war. Und ob sich Pabst mit solchen Geschäften auskannte! Hatte doch sein Freund und Mit-Agent Messen-Jaschin schon im Februar 1940 Rüstungsgüter im Wert von 20 Millionen schwedischen Kronen für die deutsche Wehrmacht besorgt.¹⁵⁶

Die Schweizer Abwehr gab zu Protokoll: «Auch Pabst ist unserm Dienst gut bekannt. Nach den Aussagen des Muth hat er mit Pabst nur geschäftliche Beziehungen.»¹⁵⁷ Nur? Es reichte offensichtlich weder dazu, Pabst wegen wirtschaftlichen Nachrichtendienstes zu verhaften, noch seine Ausweisung wegen Verletzung der Internierungsauflagen zu veranlassen. Auch scheinen Bundespräsident von Steiger und der Bundesrat von dem Vorfall nichts erfahren zu haben. Ganz unwichtig kann das Treffen übrigens für Pabst nicht gewesen sein, wenn er von Locarno – wo seine Frau im Sterben lag – nach Luzern und dann zu Konsul Klein reiste.

Ausserdem hatte sich Pabst – kurz vor dessen Ausweisung (am 12. Januar 1944) – mit dem ehemaligen Gestapochef Rudolf Diels im Hotel Eden du Lac getroffen. Diels war mit der Witwe von Hermann Görings Bruder verheiratet, in den Reichstagsbrand verstrickt und Generaldirektor der Holdinggesellschaft der Göring-Werke.¹⁵⁸

Im Übrigen setzte sich Pabst auch nach dem 20. Juli 1944, nach dem misslungenen Attentat auf Hitler, dem dieser blutige Rache folgen liess, nicht zur Ruhe, sondern versuchte, in der Schweiz immer noch Waffenhandel zu treiben. So schrieb ihm einer seiner Hauptunterstützer, Bircher, am 23. Oktober 1944 (die Angriffe in der Presse waren längst erfolgt, der Justizminister alarmiert): «In der Schussbeschleunigerfrage habe ich wunschgemäss mit Herm Peters und Herm Häsli Rücksprache genommen, und ich will versuchen, ob auf dem von diesen Herren vorgeschlagenen Wege neuerdings die Einführung des Schussbeschleunigers bei uns geprüft wird.»¹⁵⁹

Und schliesslich hatte er bis 1947 noch eine Deckadresse für Post aus Deutschland.

Doch Pabst war auch karitativ tätig und beteiligte sich nach der Kapitulation an der

«Liebesgabenaktion» des Dr. Wirth für Deutschland. Pabst sandte Brot- und Fettpakete über die Grenze, so wie er vorher Maschinen und Rüstungsgüter organisiert hatte, und schloss Kontakte zu holländischen Kolonialwaren-Importeuren, die mit «500'000 einsteigen wollen».¹⁶⁰

Ein einziges Mal zeigte sich Pabst tief betroffen, als er durch einen Brief von General Thomas, der «immer noch in amerikanischer Kriegsgefangenschaft, aber in Kurbehandlung» sei,¹⁶¹ von der «viehischen Art» hörte, wie seine Freunde Canaris und Oster im KZ Flossenbürg kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges von der Gestapo umgebracht worden waren. Sie hatten sich vor dem Erhängen nackt ausziehen müssen. Von Canaris Tod berichtete ein SS-Mann: «Bei dem kleinen Admiral hat es sehr lange gedauert – er ist ein paar mal rauf und runter gezogen worden.»¹⁶²

Pabst beschwerte sich gegenüber Bircher, dass man ihn interniere, Ministerialrat Kadigien, «der Haupt-Diamanten- und Devisenschieber Görings», aber frei in der Schweiz herumlaufe.¹⁶³ Als Bircher ihm offensichtlich nicht zustimmte in seiner Philippika auf einen Nazi-Händler, ruderte Pabst zurück. «Es ist natürlich nicht der Zweck meiner Zeilen, dass diesem Manne Schwierigkeiten gemacht werden, denn ich gönne jedem armen Schwein von Deutschen, ob er Nazi war oder nicht, sofern er nicht ein Lump ist, den Aufenthalt hier.»¹⁶⁴ Der war ja offensichtlich nicht so unangenehm für ihn. So berichtete er Ende Januar 1948: «Am Donnerstag den 5.2. bin ich bei Dr. Balsiger in Bern und evntl. nach dem Ergebnis der Besprechung auch bei Dr. Rothmund. Sind Sie zufällig am gleichen Tage in Bern, dann würde ich gern am Nachmittag mit Ihnen zusammen sein. Mittags bin ich mit Peter Burckhardt und seiner Frau verabredet; wir feiern den ‚Oberstleutnant‘, natürlich wären Sie auch dabei herzlich willkommen.»¹⁶⁵

Und dann gab es ja noch die Waffenfabrik in Solothurn, deren Verkauf – von der Schweizer Verrechnungsstelle, die sie nach dem Washingtoner Abkommen als deutschen Besitz beschlagnahmt hatte – er zu vermitteln trachtete.¹⁶⁶ Mehrfach berichtete er Bircher, dass er sich dämm bemühe, sie an einen griechischen Rüstungskonzern, die «Cartoucherie Hellenique», deren Leiter Bodosakis hiess, zu verkaufen. Ein «lieber Freund» namens Evangelidis spielte dabei auch eine Rolle.¹⁶⁷

Pabst hatte seit den Tagen als Direktor der Rheinmetall-Borsig beste Kontakte nach Griechenland und «war dort Jahre lang Mitglied des Verwaltungsrates eines der grössten Industrieunternehmen»¹⁶⁸. Ebenso kam er wieder in Kontakt mit Werner von Arx, der Verwaltungsrat der Waffenfabrik war und der wohl am Verkauf noch mitprofitiert hätte.¹⁶⁹ Nie abgerissen scheint wohl auch der Kontakt zum steinreichen Emil Bührle und seiner Rüstungsfirma Oerlikon, die z.B. ihre Flakgeschütze gewinnbringend an die deutsche Wehrmacht verkauft hatte.¹⁷⁰

Arx liess Pabst wissen, dass die Verrechnungsstelle 4,35 Millionen Franken für die Waffenfabrik wolle, welche im Übrigen momentan nur Werkzeugmaschinen herstelle

und deren Belegschaft von 800 auf 150 Leute gesunken sei. Doch sei der Maschinenpark für Waffen bis zu 40-mm-Kaliber noch vorhanden. Der Preis sei aber wohl zu hoch.¹⁷¹ Deswegen wollten Bührle und seine Oerlikon auch nichts von der alten Konkurrentin wissen. Es erscheint merkwürdig, dass die Verrechnungsstelle offensichtlich keine Probleme damit hatte, dass ein internierter Deutscher, der im Sperrfeuer öffentlicher Auseinandersetzungen stand, in der Schweiz Verhandlungen mit einer ausländischen Rüstungsfirma über den Verkauf einer ehemals deutschen Waffenfabrik führte. Es kann dies nur durch Flankenschutz von Bircher, Bundespolizeichef Balsiger und Fremdenpolizeichef Rothmund geschehen sein.

Pabst traf sich schliesslich mit dem Griechen Bodosakis im November 1948.¹⁷² Der sollte die Waffenfabrik auf Pabsts Vorschlag komplett nach Ägypten transportieren (zum Kampf gegen den neuen Staat Israel?). Doch offensichtlich waren Pabsts Vermittlerdienste nicht von Erfolg gekrönt, denn Bodosakis zögerte, auch weil er mit den Ägyptern schlechte Erfahrungen gemacht habe. «Das Endergebnis ist also mit dürren Worten, die Verhandlungen mit ‚Cartoucherie Hellenique‘ waren ergebnislos.»¹⁷³ Noch 1950 interessierte sich Pabst für die Fabrik.¹⁷⁴

Doch auch mit der Schweiz schienen sich wieder lukrative Geschäfte anzubahnen, so vermittelte ihm Burckhardt eine Besprechung mit der Abteilung für Heeresmotorisierung.¹⁷⁵ Ob dabei Gelder flossen, kann nur vermutet werden.

Politisch kam Pabst aus der Deckung. Er berichtete Bircher von einer geplanten «anti-kommunistischen Zeitungsgründung»¹⁷⁶ und versuchte sich gleichfalls im Aufbau eines anti-kommunistischen Nachrichtendienstes «für den Donauraum», der als «Studiengesellschaft für Geschichte und Kultur und Wirtschaft» getarnt werden sollte¹⁷⁷ und gegen Jugoslawien und Ungarn gerichtet war. 10 bis 15 Personen «100% zuverlässig» sollten diesem erlauchten Gremium angehören. Ein Prälat, Monsignore Dr. August Juratic, als Vertreter des in den USA lebenden ehemaligen kroatischen Ministerpräsidenten Matschek, war darin vorgesehen, genauso wie «Nationalrat Duft, Herr Bührele, Dr. Stadelmann und Dr. Isenschmidt»¹⁷⁸, seines Zeichens Departementssekretär des Militär- und Polizeidienstes des Kantons Luzern – der dritte hohe Polizeichef, der mit Pabst kollaborierte (Förderer Nr. 9). Auch die Nationalräte Studer und Rohr sowie die ehemaligen ungarischen und slowakischen Gesandten sollten mitmachen. Balsiger wusste von dem Projekt und beriet es. Man traf sich im kleinen Kreis.¹⁷⁹ Das alles erinnert sehr an Pabsts Gesellschaft zum Studium des Faschismus. Gleichzeitig berichtete Pabst, dass er die Zusammenarbeit mit Wirth und seiner Care-Paket-Organisation aufgegeben hatte. Der Kalte Krieg war angebrochen, und Pabst hatte es nicht mehr nötig, den Humanisten zu mimen.¹⁸⁰

Der anti-kommunistische Nachrichtendienst zerfiel wohl schnell wieder, da einige Mitglieder eigene Dienste aufzuziehen versuchten.¹⁸¹ Gleich wohl liess Pabst seine Geheimdienstkontakte nach Deutschland wieder aufleben, traf den Stuttgarter Paul Hahn sowie den späteren Chef des ersten deutschen Geheimdienstes und alten Putschkamera-

den, F.W. Heinz. Heinz und Hahn arbeiteten intensiv zusammen. Ausserdem streckte Pabst seine Fühler aus nach Achim Oster, Sohn des von den Nazis ermordeten Hans Oster, dem wie Heinz eine glänzende Karriere in den sich formierenden Geheimdienstapparaten der Bundesrepublik bevorzuzustehen schien.¹⁸² Hans Bernd Gisevius, den Ex-Jungstahlhelmführer, Ex-Gestapo- und Abwehrmann, Freund Arthur Nebes und Vertrauten von Canaris in der Schweiz, kannte Pabst ja schon seit 1940.¹⁸³ Dass die Auslandshandel GmbH auch eine besondere Art von Nachrichtendienst war, gab Pabst selbst zu, er sollte sich «im Sinne der Bestrebungen Canaris und meines alten Freundeskreises» betätigen, «d.h. Verbindungen anzuknüpfen mit Auslandskreisen, welche eine baldige Beendigung des Zweiten Weltkrieges anstrebten»¹⁸⁴. Und zwar durch einen Separatfrieden mit dem Westen und nachfolgendem gemeinsamem Kampf mit dem Osten. Vermutlich deswegen hatte Pabst über Messen und Feisst 1943 Kontakt zum amerikanischen Geheimdienstschef Alan Dulles (OSS) aufgenommen und war damit Gisevius in die Quere gekommen, der dies ebenfalls als Mann von Canaris und Oster schon getan hatte. Gisevius schrieb 1946 an Pabst, er habe hier eigenmächtig gehandelt und Oster und Canaris seien sehr ungehalten darüber gewesen¹⁸⁵ – was sich nicht mehr beweisen liess, denn sie waren tot. Bircher wiederum behauptete 1945, Gisevius habe durchaus im Auftrag von Pabst Nachrichten überbracht.¹⁸⁶

Gisevius¹⁸⁷ hielt sich ab 1940 fast dauernd in der Schweiz auf, ab 1943 als Vizekonsul beim deutschen Generalkonsulat in der Schweiz. In den Nürnberger Prozessen betätigte er sich als Apologet des Generals Thomas und schwang sich später zum Widerstandsliteraten und Erfinder ideologischer Erzählungen auf. Sein Buch *Bis zum bitteren Ende* ist voll von Halb- und Unwahrheiten.

Ende 1949 reiste Pabst zum ersten Mal wieder nach Deutschland. Offensichtlich fürchtete er nicht mehr, von den Franzosen verhaftet oder an die Russen ausgeliefert zu werden. Noch ein Jahr vorher hatte er sich dies nicht getraut. Als ihm nämlich der Verteidiger von Alfried Krupp in einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse, Otto Kranzbühler – wir werden noch im nächsten Kapitel von ihm hören –, in einem Brief Fragen zur Rüstung im Dritten Reich stellte¹⁸⁸, antwortete Pabst: «Bevor ich Ihre Fragen beantworte, möchte ich noch folgendes bemerken: Es ist Ihnen anscheinend nicht bekannt, dass ich identisch bin mit dem in der Geschichte Deutschlands nicht unbekanntem Major Pabst. (...) So gelte ich mehr bei den Kommunisten und ihrem Anhang als ein besonders unangenehm empfundener Feind. Mir wird u.a. zum Vorwurf gemacht, dass ich als Generalstabschef der Regierungstruppen während des Bürgerkrieges in Deutschland 18 bis 20 den Tod der kommunistischen Führer Liebknecht und Luxemburg und eine Reihe anderer /Führer/ verursacht hätte und dass ich ein geistiger Führer des Kapp-Unternehmens gewesen sei. (...)

Als nun das Reich 1945 zusammenbrach, begann in der Schweiz hervorgerufen und unterstützt von Moskau eine wüste Hetze der Kommunisten und der sozialistischen Mit-

läufer [linker Parteiflügel der Sozialdemokratie] gegen mich. Diese schläft zwar z.Zt. und die hiesigen Behörden haben dem allgemeinen antikommunistischen Zug in der Welt folgend, mir in der letzten Zeit keine Schwierigkeiten mehr gemacht wegen des Aufenthalts in der Schweiz. Nicht bekannt ist mir aber, welche Stellung die Alliierten in dieser Angelegenheit einnehmen. (...) Immerhin könnte ich es mir nach dem Vorstehenden nicht leisten in Nürnberg als Zeuge zu erscheinen. Aller Wahrscheinlichkeit [nach] bekäme ich nicht wieder die Einreise in die Schweiz, und wie sich die Deutschen und Amerikanischen Behörden bei meinem Auftreten in Nürnberg einstellen würden, das ist für mich noch ein Fragezeichen.» Vor allem Württemberg müsse er meiden. «Denn es würde mir auch gar nichts nützen (s. Fall Tillessen), dass alle Vorkommnisse im deutschen Bürgerkrieg 1930 vom legalen deutschen Reichstag unter dem Kanzler Brüning amnestiert worden sind.»¹⁸⁹

Pabst spielte dabei auf die Verurteilung des Mörders von Matthias Erzberger, Heinrich Tillessen, an. Tillessen war 1933 nach Deutschland zurückgekehrt und amnestiert worden. Das wiederholte ein deutsches Gericht 1946 unter dem Vorsitzenden Richter Göring. Auf Druck der französischen Besatzer wurde dies 1947 aufgehoben, und Tillessen wie sein Mittäter Heinrich Schulz kamen 1947 erneut vor Gericht, diesmal mit hohen Freiheitsstrafen (15 und 12 Jahre Zuchthaus).¹⁹⁰ Was Pabst offensichtlich vermuten liess, ihm könnte Ähnliches passieren. Schon im Juli 1946 hatte er mit Unbehagen vernommen, dass der Erzberger-Prozess wieder aufgenommen wurde «nach 23 Jahren» und messerscharf geschlossen, dass man dann ja auch «mit der [Wieder-]Aufnahme des Liebknecht-Luxemburg-Prozesses rechnen» müsste.¹⁹¹

Doch Kranzbühler konnte ihn erst einmal beruhigen: «Glücklicherweise wird es nicht notwendig sein, Sie als Zeugen nach Nürnberg laden zu lassen (...) Sie werden vielleicht aus der Presse oder dem Rundfunk erfahren haben, dass die Angeklagten des Krupp-Prozesses von der Anklage der Verbrechen gegen den Frieden freigesprochen wurden.»¹⁹²

Pabst tat auch zeitweise so, als ob er nach Spanien zu Franco – wo er natürlich auch Kameraden hatte – ausreisen werde. Doch die schlechte wirtschaftliche Situation dort hielt ihn davon ab.

Im November 1949, die BRD war gegründet, reiste er zum ersten Mal wieder nach Deutschland und wohnte unter anderem auch bei F. W. Heinz in Wiesbaden. Auch an Weihnachten war Pabst in Deutschland.¹⁹³

5. Alte Kameraden und alte Pläne

Pabst hatte nun, obwohl offiziell immer noch interniert, mehr Handlungsfreiheit. Er traf sich mehrfach mit Hahn, der ihm ein Exposé vorstellte, vermutlich ging es – da Hahn ja eng mit Heinz und Achim Oster zusammenarbeitete – um den Aufbau eines westdeutschen Geheimdienstes (das Nähere wurde nur mündlich besprochen).¹⁹⁴

Pabst nahm dazu auch Fühlung auf mit einem Herm Chantre, der Mitglied des Pabst'schen Nachrichtendienstes für den Donaauraum war. «Es wird allerdings höchste Zeit, dass die Wünsche von Hahn und Oster energisch in die Hand genommen werden.»¹⁹⁵

Pabst sollte wohl als eine Art Verbindungsmann zwischen dem Donau-nachrichtendienst, seinen Schweizer Kontakten und Männern wie Heinz, Oster und Hahn fungieren, die im Begriff waren, einen westdeutschen Geheimdienst in Angriff zu nehmen.

Heinz hatte 1950 (ohne Wissen der Alliierten) begonnen, einen direkt dem Bundeskanzler unterstellten Geheimdienst, den FWH-Dienst (Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst), aufzubauen.¹⁹⁶ Unterstützt wurde er dabei von der sogenannten Dienststelle

Schwerin, die seit Mai 1950 vom ehemaligen Panzergeneral Gerhard Graf von Schwerin im Auftrag von Bundeskanzler Adenauer aus der Taufe gehoben wurde.

Schwerins Amt, getarnt als «Zentrale für Heimatdienst», war die Vorgängerin des sogenannten Amtes Blank¹⁹⁷, welches Vorgänger des Verteidigungsministeriums war. Das Amt Schwerin diente also als eine Art illegales Verteidigungsministerium zur Vorbereitung der Wiederbewaffnung. Aus Tarnungsgründen (die Alliierten waren, wie gesagt, nicht informiert) durfte der FWH-Dienst anfangs noch nicht als Geheimdienst erkennbar sein und nannte sich daher konspirativ «Archiv für Gegenwartsforschung», erst in Bad Godesberg, dann ab Oktober 1951 in Frankfurt am Main. Der Staat, so Meinl, wurde hier wie in den frühen 20er Jahren «selbst zum Konspirateur»¹⁹⁸. Eine offizielle Verbindung zwischen Heinz und Schwerin bestand nicht. Im Sommer 1950 erhielt Schwerin das Arbeitsprogramm des FWH-Dienstes, dessen Aufklärungsschwerpunkte die DDR, aber auch der «Donaauraum» waren¹⁹⁹ – das kam ja Pabsts Bestrebungen, einen Donaauraum-Geheimdienst aufzubauen, entgegen.



Postkarte Pabsts vom Bonner Parlament an Bircher. Von Antidemokrat zu Antidemokrat

Dass Pabst intensive Kontakte zum Schweizer Nachrichtendienst hatte, vermutete wiederum der amerikanische Geheimdienst ISC (US Army Intelligent and Security Command). Es bestünden keine Zweifel, «dass Pabst mit dem Schweizer Nachrichtendienst verbunden ist und dass er nachrichtendienstliche Berichte aus Deutschland erhält»²⁰⁰. Von wem, war den Amerikanern – da liessen sie sich nicht hinters Licht führen – auch klar: «old and close friends (...) who are known to him from their previous connections in the Wehrmacht or Abwehr.»²⁰¹ Also Heinz und Oster. Achim Oster wiederum war massgeblich an Heinz' Dienst beteiligt. Die Rolle Hahns ist in der Literatur bisher unbeachtet geblieben. Allerdings ist sie auch durch Pabsts Briefwechsel schwer aufklärbar. Jedenfalls hatten Pabst, Hahn und Heinz engen Kontakt.²⁰²

Ausserdem versuchte Pabst, «Professor Oberländer» zu kontaktieren.²⁰³ Theodor Oberländer, Teilnehmer des Hitlerputsches 1923, Mitglied des Freikorps Oberland (sic!), Obersturmbannführer der SA und NSDAP-Mitglied seit Mai 1933, wirkte 1941 als Ukraine-Referent des OKW, der in seinen Denkschriften dem «Judentum» die Rolle des bevölkerungspolitischen Ballasts zu wies und so die Umsetzung des Hungerplanes beförderte. Oberländer war auch Berater des Bataillons Nachtigall und Mitglied des Sonderverbandes Bergmann. Ersterer beging Massaker an Lemberger Professoren, letzterer war in der «Partisanenbekämpfung» eingesetzt. Nach dem Krieg avancierte Oberländer zum Staatssekretär für Flüchtlingsfragen in Bayern, um schliesslich unter Konrad Adenauer 1953 zum Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen aufzusteigen.

Pabsts Mann in Franco-Spanien hiess Meyer oder Mayer, sein richtiger Name lautete allerdings Berchtold, jener Berchtold, mit dem Pabst schon in Vorbereitung des Kapp-Putsches 1920 in Verbindung getreten war und der in der Literatur immer mit dem beim Kapp-Putsch getöteten Hauptmann Berthold (eine Märtyrer-Figur der Freikorpsbewegung/SA) verwechselt wird.²⁰⁴

1944 im Verhör durch die Schweizer Bundesanwaltschaft hatte man Pabst den Kontakt zur Berchtold 1920 vorgehalten. Pabst hatte dies als «Selbstverständlichkeit in meiner damaligen Stellung»²⁰⁵ bezeichnet, aber verschwiegen, dass er immer noch Kontakt zu Berchtold hielt, der jetzt in Spanien weilte. Und zwar, wie er Bircher vermittelte, seit 1924: «Mayer, der eigentlich Berchtold heisst, hat nach dem Ersten Weltkrieg in der nationalen Bewegung Bayerns eine besondere Rolle gespielt. Als ihm die Weimarer zu sehr auf den Fersen waren, wurde er dann durch seinen Gönner, den Kronprinzen Rupprecht, nach Spanien zu seinem Vetter König Alfons geschickt und ist seit ca. 25 Jahren Spanier.»²⁰⁶

Berchtold, alias Mayer – der nach Pabst auch zum engsten Freundeskreis von Canaris gehört habe –, schlug vor, einen katholisch-antikommunistischen Geheimdienst in Spanien zu installieren. Helfen sollte Katholik und Alt-Kanzler Wirth. Als zentrale Figur des Dienstes wurde ein Soziologe namens Dr. Georg Kibedi genannt, mit dem Pabst ebenfalls korrespondierte. Spanien wiederum sollte als Basis für Agitations-

und Geheimdienstarbeit in Lateinamerika dienen. Als Finanzier schlug Berchtold Emil Bührlé, den Besitzer der Schweizer Rüstungsfirma Oerlikon, vor.²⁰⁷ Doch das Projekt ist wohl über die Planungsphase nicht hinausgekommen.

Dass Pabst mit seinen Kontakten nicht alle Schweizer Geheimdienste im Griff hatte, beweist ein Missgeschick, das ihm 1950 widerfuhr. Bruno Fricke hatte als Beauftragter Otto Strassers, des angeblichen Linksabweichlers der NSDAP, wieder Kontakt aufgenommen. Pabst, Strasser und Fricke kannten sich aus den Tagen der Nationalsozialistischen Kampfbewegungen, Abspalten der NSDAP. Jedoch wurde Fricke jetzt, genauso wie die Schwester Strassers, vom Nachrichtendienst der Schweizer Kantonspolizei überwacht, da Otto Strasser (der noch in Kanada sass) nach Europa zurückkehren wollte und seine Aktivitäten als gefährdend für die Schweiz angesehen wurden. Also wurde Frickes Post (bzw. die von Strassers Schwester, wo Fricke zeitweilig wohnte) gelesen. So schrieb Fricke im Oktober an Strasser über ein konspiratives Treffen: «Major Pabst trudelte dann zu meiner Freude ein und wir begrüßten uns als uralte Kameraden von [19] 19 her. Er hat im Juni/Juli [1950] eine Europareise gemacht, um eine Anti-Kominform-Orga[nisation] aufzubauen und Zentralen wie Gruppen ausser in Westdeutschland auch in Spanien (!), Belgien, Frankreich, Holland und der Schweiz gegründet, da er von Seiten der Grosskopfeten der Industrie nicht genug geldliche Hilfe bekommen hat, ist er missmutig und sucht nach anderen Möglichkeiten.»²⁰⁸

Da war er wieder, Pabsts Traum von einer faschistischen Internationalen, diesmal als antikommunistische Internationale getarnt. Pabst schickte dazu Fricke ein zweiteiliges Exposé, das wiederum von der Zürcher Kantonspolizei abgefangen und kopiert wurde.

Im Begleitbrief führte Pabst aus, dass es sich hier nicht um eine deutsche, sondern um eine europäische Organisation handle. Was Faschismus anging, war Pabst ja schon immer mehr Europäer als Deutscher. Die Ausführungen seien deswegen «viel allgemeiner gehalten als ihre Ausführungen für die Aufrichtung einer deutschen schwarzen Front. Trotzdem lässt sich aber beider im grossen Endziel zusammenfassen.»²⁰⁹ Und im Exposé tauchten ähnliche Vorschläge wie 20 Jahre vorher bei der Weissen Internationalen auf. Die Antikominform (AKF) als Spiegelbild der von Lenin, seiner Partei und dann Stalin beherrschten Kominform. Dabei sollte wohl erst auf Geheimdienstebene agiert werden. Es war der Ausbau und Austausch eines internationalen Nachrichtendienstes vorgesehen, Überwachung von Ostagenten und «Parallelschaltung aller Abwehr- und Angriffsbewegungen». Selbstverständlich wollte man auch Gegenpropaganda betreiben. Doch wieder war die Massenpsychologie, die Beeinflussung, nur ein Anhängsel.

Es sollten nationale AKF-Büros geschaffen werden, bei welchen «die Fäden der verschiedenen nationalen, antikommunistischen Bestrebungen» zusammenlaufen. Delegierte der nationalen AKFs sollten «das Haupt der AKF», die AKF-Zentrale bilden.

Dabei müsse Hinterherhinken hinter dem Bolschewismus durch «Voraushandeln» ersetzt werden. Man wollte durch Lobbyarbeit auf allen Ebenen die europäische Politik antikommunistisch beeinflussen. Eine Gruppe Wirtschaft sollte für eine entsprechende Sozialpolitik sorgen, «denn die beste Abwehr der kommunistischen Tendenzen liegt in einer gesunden Sozialpolitik»²¹⁰. Ausserdem war vorgesehen, Ost-Agenten ausfindig zu machen und zu registrieren – eine Methode, die Pabst nicht nur in der Heimatwehr gegenüber Sozialdemokraten angewandt hatte. Schon zu Zeiten der GKSD war solcherart «Abwehrarbeit» geleistet worden. Auch Paul Hahn hatte Übung im Sammeln von Adressen missliebiger Linker. Schon 1919 hatte er in Stuttgart sammeln und 1948 in schwäbisch-eidgenössischer Kooperation zusammen mit dem Züricher Polizeipräsidenten Listen von Kommunisten aufstellen lassen, die man im Krisenfall dingfest zu machen habe.²¹¹

Aber es stellte sich wieder das alte Problem: Auch die Arbeiter sollten in der AKF gewonnen werden durch «dem Verständnis der Arbeiter» angepasste Propaganda.²¹² Hier wie früher die Aufteilung in Öffentlichkeits- und Untergrundarbeit.

Otto Strasser zeigte sich über Pabst begeistert: «Die Sache mit Pabst ist grossartig – Ich halte ihn für einen der wenigen politischen Offiziere’, die ich kenne, und unbedingt zuverlässig.»²¹³

Pabst traf sich mit Fricke (konspirativ im Bahnhofsbuffet des Zürcher Bahnhofs, 1. Stock), wobei ein ursprünglich vorgesehener Dritter mit dem Kürzel FWH nicht kommen konnte. «Der Major» (Pabst) versprach Fricke, ihm eine Liste aller seiner Vertrauensleute zu überlassen, und sprach auch von Kontakten, die er während seiner Spanienreise geknüpft habe. Fricke berichtete Strasser auch: «Andrerseits hat er gute Beziehungen zu den hiesigen obersten Militärs und scheinbar eine feste Mobilmachungsverwendung (sic!).» Was immer das bedeuten mochte, Pabst bekam von Fricke auch Listen von den «Chefs» der im Wiederaufbau befindlichen «Schwarzen Front», die im Notfall von Pabst illegal in die Schweiz geschleust werden sollten.

Die Kantonspolizei zeigte sich nicht in der Lage, das Kürzel des dritten Mannes zu entziffern. Doch FWH konnte niemand anderes als Friedrich Wilhelm Heinz sein, der ja gerade dabei war, den direkt dem Bonner Kanzleramt unterstellten FWH-Dienst aufzubauen.²¹⁴

Die Polizei unternahm nichts gegen Pabst und Fricke, obwohl Pabst offiziell immer noch interniert war und sich weder wirtschaftlich noch politisch betätigen durfte. Das lag wohl auch daran, dass Pabst Bundespolizeichef Balsiger von seinen Kontakten zu Fricke berichtete, ohne natürlich das Wichtigste: seine Anti-Kominform-Pläne zu erwähnen. Das übliche asymmetrische Doppelagentenwesen, womit er verhinderte, sich zu gefährden. So wurde dann auch der Nachrichtendienst der Kantonspolizei von Inspektor Hess «weisungsgemäss orientiert, dass die Bundesanwaltschaft über die Tätig-

keit von Pabst ziemlich (sic!) orientiert wäre, da derselbe selbst von Zeit zu Zeit vorsehe und die Behörden ins Bild setze»²¹⁵. Dass die Bundesanwaltschaft und Balsiger durch Pabst nicht alles erfuhren, ist klar, unklar ist, ob Balsiger selbst nicht auch als Anti-Kominform-Mitglied in Frage kam und angeworben werden sollte. Pabst-Freund Bircher wusste jedenfalls von der Anti-Kominform.²¹⁶

Das Projekt scheiterte jedoch mangels «Grosskopfetzen», die es finanzieren wollten, und mangels Interesse an einem europäisch koordinierten faschistischen Kampf- und Geheimdienstverband.

Reinhard Gehlen, vormals Chef der 12. Abteilung des (deutschen) Generalstabes des Heeres, des Geheimdienstes Fremde Heere Ost, war es nach dem Krieg in der BRD ebenfalls gelungen, einen Konkurrenz-Geheimdienst zu dem von Heinz und Oster aufzubauen, aus dem dann der Bundesnachrichtendienst entstand. Gehlen fand die tatkräftige Unterstützung von Hans Globke, dem Entwickler und Kommentator der Nürnberger Nazigesetze und ab 1953 Staatssekretär Adenauers. Gehlen und Otto John (seit 1950 Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz) sammelten nun Material gegen die «Widerständler» Heinz und Oster, und es gelang ihnen geschickt, deren Nähe zum 20. Juli 1944 als Nähe zur Sowjetunion umzudeuten. Heinz wurde von Gehlen sogar per Gerücht als letzter Agent der «Roten Kapelle» verleumdet.²¹⁷

Als dann der von Heinz und Oster geschaffene deutsche FWH-Geheimdienst²¹⁸ durch die geschickten Intrigen des Konkurrenz-Geheimdienstes von Gehlen durch Generalleutnant Adolf Heusinger und Theodor Blank am 1. Oktober 1953 aufgelöst wurde, obwohl Franz Josef Strauss, Fritz Erler u.a. im Mai 1953 bei einem Besuch in Wiesbaden noch der Meinung waren, dass man «den Pullacher Dienst nicht übernehmen, eher den FWH-Dienst weiterführen solle»²¹⁹, und Hahn schon vorher abserviert worden war – was dieser immer befürchtet hatte²²⁰ –, sank Pabsts politische Einflussmöglichkeit auf ein Minimum. Deutschland (und Westeuropa) gab sich konservativ. Die herrschenden Gruppen des Kapitals sahen den von Pabst favorisierten Euro-Faschismus, auch wenn er sich christlich-antikommunistisch tarnte, als nicht nötig an. Der rheinische Kapitalismus genügte den Herrschenden wie den Massen allemal, zumal das Wirtschafts wunder einsetzte. «Die Deutschen sind und bleiben politisch hoffnungslos», schrieb Pabst nach den Landtagswahlen in Hessen und Württemberg.²²¹

Ein Trost dürfte ihm da gewesen sein, dass er am 18. Juni 1953 endlich die Niederlassungsbewilligung in der Schweiz erhielt.²²²

XI. Wieder in (West-)Deutschland (1951-1970)

1. «Her mit den Waffen!»

Trotz seiner nicht gerade winzigen Profite aus der NS-Kriegswirtschaft ging Pabst offensichtlich langsam das Geld aus. Ausserdem wollte er endlich wieder für Deutschland wirken.

So schrieb er Weihnachten 1948 an den lieben Herm de Fries von der «Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Hauptabteilung 5, Aussenwirtschaft», er habe aus der Schweizer Presse erfahren, dass «im Laufe der nächsten Monate die westdeutschen Länder wirtschaftliche Aussen Vertretungen einrichten dürfen», u.a. in der Schweiz. Auch wüsste er, dass die Besetzung der Stellen in den Händen von de Fries liege und machte deutlich, dass er ihm sehr dankbar sei, «wenn Sie sich hierbei auch meiner erinnern würden». Pabst hatte wie immer eine Begründung: «Aus meiner Tätigkeit während des Zweiten Weltkrieges als Inhaber eines deutsch-schweizerischen Im- u. Exporthauses kenne ich die Schweizer Industrie sehr genau, bes.[onders] auf dem Maschinen- und Textilgebiete.» Auch habe er eine ganze «Menge Beziehungen zu massgeblichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und zur Presse geschaffen».



Waldemar Pabst, um 1948

Er habe die Auffassung, «dass das deutsche Reich (sic!) alle Veranlassung hätte, beim Neubau endlich Männer in wichtige Stellen zu setzen, die seit 1918» den Kommunismus und Bolschewismus bekämpft hätten. Es wäre endlich an der Zeit, sich seiner zu erinnern.¹ Nun fiel de Fries' Erinnerung noch nicht so aus, wie sich Pabst es wünschte. De Fries gab eine ausweichende Antwort, versicherte aber, er habe ihn auf die Liste gesetzt.² Es wurde nichts mit dem deutschen Handelsattaché Pabst in der Schweiz.

Er habe die Auffassung, «dass das deutsche Reich (sic!) alle Veranlassung hätte, beim Neubau endlich Männer in wichtige Stellen zu setzen, die seit 1918» den Kommunismus und Bolschewismus bekämpft hätten. Es wäre endlich an der Zeit, sich seiner zu erinnern.¹ Nun fiel de Fries' Erinnerung noch nicht so aus, wie sich Pabst es wünschte. De Fries gab eine ausweichende Antwort, versicherte aber, er habe ihn auf die Liste gesetzt.² Es wurde nichts mit dem deutschen Handelsattaché Pabst in der Schweiz.

Seit er wieder ohne Furcht nach Deutschland reisen konnte – dies war seit 1949 der Fall –, zog es ihn immer mehr in die alte Heimat. Er wandte sich an alle möglichen Freunde, ob sie ihm nicht bei seiner «Rückkehr und Eingliederung in den deutschen Aufbauprozess»³ helfen könnten, sogar an Adenauer schrieb er über seine Nichte, er möge ihm doch bei der Rückkehr behilflich sein und ihm einen «Rat geben, wie sich am zweckmässigsten der Neubau meiner Existenz vollziehen kann»⁴.

Eine Antwort ist in den Dokumenten nicht zu finden, hatte doch Adenauer genug belastete Leute in seinem Stab. Auch später schlugen alle Versuche fehl, dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (BRD) seine Aufwartung zu machen.

Da Achim Osters⁵ Intervention zur Verwendung Pabsts im FWH-Dienst erfolglos blieb und dieser mit einer Anstellung als Offizier in einer noch nicht vorhandenen Armee schon allein aufgrund seines Alters, er war inzwischen 70 Jahre alt, nicht mehr rechnen durfte, machte Pabst das, womit er bisher am meisten Geld verdient hatte: Er stieg wieder verstärkt in den – nie ganz auf gegebenen – Waffenhandel ein. Ein alter Freund, Fritz Mandl, hatte sich mehrfach aus Argentinien bei ihm gemeldet. Jetzt wurde Mandl konkret. Er suchte Waffen für den neuen Staat und moslemischen Indien-Abspalter namens Pakistan. Und nach Rückfragen mit seinen «Leuten dort» gab Mandl an, was er brauchte: «7,5 cm und 10,5 cm als Tankabwehr und Antiflugzeugkanone. Dann Tanks zwischen 20 und 35 Tonnen mit möglichst schwerer Bewaffnung.» Er erinnere sich, dass man eventuell Kanonen aus der Schweiz haben könne, «Tanks evt. aus Amerika»⁶. Pabst solle ihm, der im Moment in London sei, gleich schreiben, ob das klappe, und zwar nach Paris. Pabst wollte sich umhören, sah aber Probleme: «Gerade das, was die Brüder suchen, ist in der ganzen Welt ausverkauft.»⁷ Schon im Juli 1950 liess Pabst Bircher wissen, dass er zu Mandl nach Paris fahren wolle und den eidgenössischen Chirurgen und Oberstdivisionär a.D. gefragt, ob er «irgendwelche Aufträge»⁸ für den alten Freund und Waffenhändler habe. Das musste er wohl, denn Bircher wollte mitkommen. Auch Balsiger war von Pabst informiert worden, blieb aber daheim. Ende



Achim Oster veranlasste 1962 – nach einem Anruf von Franz Josef Strauss – als Militärattaché in Spanien die Verhaftung des «Spiegel»-Redakteurs Conrad Ahlers

August fuhr man tatsächlich nach Cap Antibes (Frankreich) zu Mandl und verhandelte über Waffen.⁹ Offensichtlich hatten die französischen Behörden inzwischen ihr Interesse an Pabst und dieser seine Angst vor dem westlichen Nachbarn verloren. Der Kalte Krieg war im vollen Gange, und Leute wie Pabst wurden zumindest nicht mehr verfolgt. Doch der Waffendeal mit Mandl schien erst einmal nicht von Erfolg gekrönt.¹⁰

Gleichzeitig kümmerte sich Pabst auch um neue Erfindungen und berichtete von einem «Raketenmann», über den er mit Bührlé von Oerlikon gesprochen hätte, das Pulver-Exposé dazu sei endlich aus Italien gekommen. Sein junger Freund Gerber (der auch schon in Frankreich dabei war) habe in der Sache auch Verbindung mit dem grössten finnischen Rüstungsindustriellen aufgenommen.¹¹ Die Versuche des Raketenmannes in La Spezia würden fortgeführt.¹²

Nebenbei beteiligte sich Pabst noch als stiller Gesellschafter mit 40'000 DM an der Strumpffabrik (sic!) seines Freundes, des ehemaligen Adjutanten von General Thomas, Walter Doehner in Konstanz.

Dies alles geschah, wie gesagt, während Pabst immer noch offiziell interniert war.

Selbstverständlich zeigte sich Pabst auch als Befürworter der sogenannten Wiederbewaffnung Deutschlands, da sie einerseits seiner Ideologie von der starken Staatsmacht, andererseits seinem Waffenhändlertum entgegenkam. Doch hatte er dabei durchaus eigenwillige Ansichten.

Im vom Nachrichtendienst der Zürcher Polizei abgefangenen Briefwechsel Pabst-Fricke befand sich auch Otto Strassers Aufruf «An die Gewehre!» (November 1950).

Darin glaubte Strasser fordern zu können, dass Deutschland erst dann zu remilitarisieren sei, wenn wichtige Bedingungen erfüllt wären:

1. Deutschland in den Grenzen vom 1. Januar 1938,
2. Freilassung aller in Haft befindlichen Angehörigen der Wehrmacht und der Waffen-SS (nicht aber der «Gestapo-SS»),
3. völlige Souveränität Westdeutschlands.¹³

Pabst sah das anders. Nicht dass er gegen die Remilitarisierung wäre, doch seien die Bedingungen falsch. Es gäbe nämlich nur eine Vorbedingung, nämlich die der



«restlose[n] Gleichstellung Deutschlands». Die andern zwei seien zu vernachlässigen. Wobei die deutschen Soldaten ihre Ehre schon selbst herstellen müssten. Die hätten sie aber nicht erst unter Hitler weggeworfen, sondern schon im November 1918 und März 1920. Womit er klarstellen wollte, dass alle, die seine konterrevolutionäre Tätigkeit, seine Ermordung der Revolution im Pakt mit der SPD-Führung und seinen grossen Kapp-Putschversuch nicht mitgetragen hatten, ehrlos seien.¹⁴

Ein typisch Pabst'scher Standpunkt. Und wie gross Deutschland war, war ihm erst mal wurscht, um in seinem Jargon zu bleiben. Hauptsache, es war stark. Auch hier schimmerte die Konzeption des faschistischen Staatenbundes durch. Ausserdem wusste er, dass die drei Bedingungen nie zusammen erfüllbar waren. Zwar war 1951 durch Adenauers Ehrenerklärung und die Freilassung der meisten faschistischen Verbrecher aus den deutschen Gefängnissen Punkt 2 dann praktisch erfüllt worden, zwar war die neu gegründete BRD bald wieder teilsouverän. Aber dass man Deutschland in den Grenzen vom 1. Januar 1938 reaktivieren könne, erschien illusorisch.

Pabst wandte sich also lieber wieder praktikableren Dingen zu und versuchte beim Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie mitzumischen. Insofern hielt er Strassers «An die Gewehre!» sein «Her mit den Waffen!»¹⁵ entgegen.

Pabst bereitete die Übersiedlung nach Westdeutschland vor. Aber wie sich die Remilitarisierung verzögerte, so verzögerte sich auch sein Umzug. Und so schrieb er 1954 seinem wiederentdeckten ehemaligen Propagandachef und Geheimdienstorganisator Dr. Fritz Grabowsky aus Luzern nach Aachen: «Mit unseren Fabrikplänen geht es natürlich nicht weiter, bevor Klarheit geschaffen ist, ob und wie eine deutsche Rüstungsindustrie auf die Beine gestellt wird; hiergegen sträubt man sich in Paris fast noch mehr, als gegen die Aufstellung deutscher Divisionen.»¹⁶

Fabrikpläne?

Schon fünf Jahre vorher hatte er sich seinem alten Arbeitgeber angeboten: «Da ich nicht nur hier, sondern auch in anderen Ländern eine grosse Anzahl wirtschaftlicher Fäden geknüpft habe und in Zürich einer Im- und Exportfirma nahestehe, so könnte ich mir vorstellen, dass sich allmählich wieder eine arbeitsmässige Verbindung zwischen mir und Rheinmetall ergeben kann.»¹⁷

Und man war nicht abgeneigt, sondern würde sich «freuen, wenn im Rahmen der sich entwickelnden Möglichkeiten ein weiteres Zusammenarbeiten sich ergeben sollte»¹⁸. Doch die Möglichkeiten entwickelten sich noch nicht. Vor allen Dingen durfte Rheinmetall keine Waffen bauen und wollte auch noch nicht.

Pabst sah dies anders und verkündete Ende 1951 Bircher, dass er jetzt in seinem «neuen Laden» arbeite, dem «West-Handels-Kontor» in Bonn.¹⁹ Was sich so harmlos anhörte war nichts anderes als der Versuch, im noch entmilitarisierten Westdeutschland, sozusagen als erster, eine neue Rüstungsfirma aufzubauen. Er tat sich dabei mit einem Mann namens Hans Horst zusammen.

Horst, ein diplomierter Volkswirt aus Krefeld, hatte im Herbst 1951 dem Ex-Generalsekretär der CDU, Bruno Dörpinghaus, die grade eben gegründete Firma Westdeutsches Handelskontor GmbH abgekauft. Er machte daraus das West-Handels-Kontor. Gesellschafter sollten Horst und Pabst werden.²⁰ Horst galt jedoch «in erster Linie als Vermittler». Was die Firma handeln wollte, wusste niemand so recht. Bis sich Horst beim Vorstands vorsitzenden der Rheinmetall, Dr. Witten, meldete, er sei ein alter Studienkollege von ihm – woran sich Witten nicht erinnern konnte –, vor ein paar Tagen bei einer Besprechung mit der Dienststelle Blank (also dem noch getarnten Verteidigungsministerium) sei sein Name gefallen. Er wolle ihn aufsuchen.

Horst traf Witten und eröffnete ihm Folgendes: In der Dienststelle Blank sei herausgestellt worden, dass «in Deutschland» voraussichtlich bald mittelschwere Waffen produziert werden dürften. Es habe sich eine Gruppe von früheren Angehörigen der Rheinmetall-Borsig zusammengetan, «die damals in der Konstruktion, der technischen und in der kaufmännischen Leitung tätig waren» und solche Waffen hergestellt hätten. Die Gruppe erstrebe «das Wiedererstehen der Rheinmetallwerke in Bezug auf die Herstellung obiger Waffen». Unter anderem seien schon Verhandlungen mit einer der größten Schweizer Banken geführt worden, die bereit wäre mitzufinanzieren. Mit dabei sei u. U. auch eine amerikanische Finanzgruppe, man spreche dort über einen Beitrag von 50 Millionen DM.

Witten fand das alles interessant und teilte dies Direktor Köttgen mit. Man solle das besprechen und danach Herm Horst und vielleicht auch den ehemaligen Direktor Major Pabst hinzuziehen.²¹ Horst machte nun Druck, wollte bei Witten erneut vorbeischaun und vor allen Dingen sofort «Major Pabst aus Luzern» mitbringen. Die Herstellung von Geschützen sei zwar noch nicht genehmigt, aber man hoffe, die Produktion von «Abwehrgeschützen durchsetzen zu können»²².

Direktor Köttgen war neu im «Laden» und ihm war die Waffenproduktion völlig fremd, noch dazu so kurz nach dem Krieg. Er wurde hier zum ersten Mal mit Wiederbewaffnungsplänen konfrontiert.²³ Die Seilschaften der alten Rheinmetaller innerhalb der Firma waren ihm nicht bewusst. Köttgen zog nun Erkundigungen über Horst ein und fragte den alten Rheinmetaller, das Vorstandsmitglied Direktor Heidt, wie Pabst «charakterlich» zu beurteilen sei.²⁴ Heidt liess sich Zeit mit der Antwort und gab erst auf erneuten Druck Köttgens Auskunft.

Er antwortete hinsichtlich der «erörterten Sonderfertigung», womit Waffenherstellung gemeint war, dass von «einer Gruppenbildung innerhalb unserer Grenzen nichts bekannt ist». Heidt musste aber trotzdem zugeben, dass es Arbeitsgruppen der Firma in Spanien, Frankreich, Amerika und der Schweiz gab. Was ihre Aufgabe war, gab er nicht an. Bei der von Köttgen angefragten Gruppe könne es sich also nur um Führungskräfte aus dem ehemaligen Auslandsgeschäft handeln. Auch bei optimistischer Betrachtung sehe er aber keine Zukunftsmöglichkeiten für Auslandsgeschäfte «auf diesem Spezialgebiet». Pabst habe auf der äussersten Rechten gestanden und sei durch den Aufsichts-

rat General Thomas «in den Dienst unserer Firma» gekommen. Er habe sich im «umseitig erwähnten Auslandsgeschäft mit bestem Erfolg» betätigt.

Und dann erzählte er wohl wahrheitsgemäss über die Entlassung Pabst auf Druck von «Herm H.[itler]». Er wusste auch, dass Pabst in die Schweiz gegangen war und dort Schwierigkeiten bekommen hatte. Er, Heidt, habe von Pabst aber immer den besten Eindruck gehabt.²⁵

Doch kurz darauf meldete sich der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministers, Herr Westrick, bei Köttgen und teilte mit, man habe ihn «von interessierter Seite» gefragt, ob es zutrefte, dass Pabst den Auftrag habe, die Rheinmetall Düsseldorf zu reorganisieren, und der Staatssekretär wollte wissen, ob man Pabst tatsächlich einen solchen Auftrag gegeben habe.²⁶

Köttgen fiel aus allen Wolken und versicherte Westrick sofort, dass es keinerlei Auftrag für Pabst gebe. Auch habe er Horst klipp und klar bei einer Besprechung gesagt, dass man ihm nicht nur keinen Auftrag «zur weiteren Verfolgung der Sonderfertigung» erteile, sondern dass er den Namen der Firma Rheinmetall bei all seinen Besprechungen überhaupt aus dem Spiel lassen solle. Ausserdem wollte Köttgen über die «interessierte Seite» erfahren, wo und wann Pabst sich so geäussert habe.²⁷ Nun, die interessierte Seite hiess Dr. Karl Guth, und der berichtete, Pabst habe ihm ohne Vorbehalt der Vertraulichkeit erzählt, dass Rheinmetall wieder zu einer Rüstungsfirma gemacht werden müsse, er (Pabst) entscheidend mit dabei sei und ihm treu ergebene Fachleute habe. Als Guth ihm erwiderte, dass Rheinmetall doch bereits einen aktionsfähigen Vorstand habe, antwortete Pabst: Hinter ihm stehe eine Finanzgruppe, die diese Frage zum gegebenen Zeitpunkt regeln werde. Es käme jetzt darauf an, den Goodwill des Namens Rheinmetall im Rüstungsgeschäft zu aktivieren. Er sei überall freudig aufgenommen worden und habe bereits Eingang im Bundeswirtschaftsministerium. Köttgen war sprachlos über die offensichtlich von Pabst angestrebte «feindliche Übernahme» bzw. den geplanten Putsch bei Rheinmetall, forderte von Horst Aufklärung und drohte ihm, die Ministerien «zu warnen».

Horst gab nun an, es sei nicht zu vermeiden, dass «die Herren der früheren Waffenabteilung von Rheinmetall» bei Besprechungen mit Behörden etc. darauf hinwiesen, dass sie frühere Angehörige der Waffenabteilung von Rheinmetall seien und dass sie die «Art der Fabrikation» wie Rheinmetall aufziehen wollten.

Doch Köttgen gab sich nicht damit zufrieden, sondern wollte nun direkt eine Erklärung von Pabst, was er denn damit gemeint habe, dass die Finanzgruppe das «im gegebenen Zeitpunkt regeln werde». Pabst meldete sich. Er habe das mit dem Goodwill nicht gesagt. Jedoch stimme es, dass sich durch ihn, den ehemaligen Leiter der Waffenabteilung, eine Anzahl der «früher führenden Herren im Waffengeschäft und in der Waffenfabrikation der Firma Rheinmetall-Borsig zusammengefunden haben mit der Absicht,

wieder ein Rüstungswerk aufzubauen». Er habe aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die jetzigen Rheinmetall-Werke in Düsseldorf und Tegel «für uns» nicht «von Interesse» seien.²⁸

Offensichtlich hörte Pabst aber nicht auf, mit dem Namen Rheinmetall zu renommieren. Er wurde nochmals gewarnt und antwortete jetzt beleidigt, dass er es gar nicht nötig habe, sich mit dem Stichwort «Rheinmetall-Borsig» bei amtlichen Stellen anzumelden. Sein Name sei durch die 13 Jahre währende Tätigkeit bei der Zentrale Waffen der obigen Firma so bekannt, das er ihm «von allein die Türe und Tore öffnet»²⁹. Pabsts Auftreten kann nicht nur mit Prahlerei allein erklärt werden. Hundt vermutet, dass es Verbindungen von Pabst zur Schweizer Rheinmetall-Gruppe um Fritz Herlach gab, der ein Schwager des alten Rheinmetall-Ingenieurs und Vize-Vorstands vorsitzenden während des Zweiten Weltkriegs, Carl Waninger, war. Die Gruppe arbeitete bei Oerlikon. Weitere Querverbindungen dürfte es zum Octocon-Trust um den China-Konsul Klein³⁰ (dem Schwager Seeckts) und Freund Pabsts gegeben haben. Eine Rolle bei Octocon spielte übrigens auch der CDU-Mann Dörpinghaus, von dem Horst und Pabst das West-Handels-Kontor übernommen hatten. Dies verschwand nun aber wieder von der Bildfläche. Pabsts meldete sich in der Schweiz zurück. Sein Versuch, als einer der ersten wieder eine Rüstungsfabrik in Deutschland zu betreiben, scheiterte am Widerstand eines neuen jüngeren Rheinmetallers. Erst fünf Jahre später, nachdem trotz heftigen Widerstands in der Bevölkerung Streitkräfte in Westdeutschland Realität wurden und in die Nato eingegliedert worden waren, liess sich Rheinmetall auf erste Rüstungsprojekte ein. Pabst war nicht dabei.

So verzögerte sich Pabsts Umsiedlung bis zum April 1955. Er liess sich zu diesem Zeitpunkt in Düsseldorf in der Windscheidstrasse nieder, in der Nähe seines alten «Arbeitgebers». Doch Pabst wurde nirgendwo mehr Direktor – obwohl er sich öfter so ansprechen liess –, er baute auch keine Rüstungsfabrik mehr. Er vermittelte fortan ohne Produktionsmittel, aber auf eigenen Profit. Und hierbei zeigte sich der inzwischen 75-Jährige sehr agil. Er liess sein nationales und internationales Netzwerk arbeiten und reiste von einer Besprechung zur anderen und bald von einem Waffentest zum andern.

Dabei kehrte er immer wieder gerne in die Schweiz zurück, um seine Verbindungen dort nicht abreißen zu lassen. Wie er Josef Winschuh berichtete, hielt er sich dort «1/3 des Jahres auf», um sein Niederlassungsrecht nicht zu verlieren.³¹

Zum Ziel seiner Waffengeschäfte machte er dabei Staaten, die ihm ideologisch in den Kram passten, die rechten Diktaturen in Spanien, Portugal, Taiwan und Südafrika sowie, gegen Israel gerichtet, Ägypten. Ausserdem Indien als «Bollwerk» gegen «Rot-China». Wichtig erschien dabei der Draht zum neuen Verteidigungsministerium. Da seine Freunde Heinz und Oster als Geheimdienstchefs entmachtet waren, kostete es Pabst reichlich Mühe, mittels anderer bekannter und alt gedienter Freunde im «Laden Blank», so seine Bezeichnung für das erste Verteidigungsministerium, Fuss zu fassen. Dies gelang ihm schliesslich ab 1957, als Franz Josef Strauss längst Blank verdrängt

hatte und Pabst indirekt Kontakt bekam: über Odal Freiherr von Knigge, den Präsidenten der deutsch-portugiesischen Handelskammer.

Mit ihm zusammen vermittelte Pabst ein erstes grosses und für ihn lukratives Geschäft für die Bundeswehr. Von Portugal aus sollten Millionen Patronen (7,62 mm) an die Bundeswehr geliefert werden. Das Beschaffungsamt in Koblenz des «Buverteimi», wie Pabst das Bundesverteidigungsministerium abkürzte, sprach von 5 Millionen Stück pro Monat und Pabst von Rüstungsaufträgen über 50 Millionen DM im Laufe von 5 Jahren. Wobei sicherlich gute Provisionen abfielen, denn das Geschäft kam zustande. Abgewickelt wurde über die Luzerner Kantonalbank, wobei es ab und an auch mal Schwierigkeiten gab, die dann alten Schweizer Freunden zum Rettungseinsatz verhalfen. Ein weiteres Geschäft mit Portugal war vorgesehen: Der Diktator wollte das besonders todbringende, weil 1'200 Schuss in der Minute ausspeiende MG 42, welches die Rheinmetall-Borsig noch für die Wehrmacht entwickelt hatte, erwerben und bot dafür als Joint-Venture (so wurde das freilich damals noch nicht genannt) die Herstellung von Hülsen für Feststoffraketen in Portugal an. Zustande kam das Geschäft dann wohl nicht.

Die Entwicklung einer neuartigen, massenhaft herstellbaren Flüssigtreibstoff-Rakete und ihr Verkauf an die Bundeswehr wurde dagegen zu einem jahrelangen Thema für Pabst. Als Berater der Schweizer Firma Patvag versuchte er die neuartige Waffe fast zehn Jahre lang (von 1958 bis 1967) an den Mann bzw. die Armee zu bringen. Darauf gebracht hatte ihn sein Freund Paul Schaufelberger.

Dieser Oberst a.D., nach eigenen Worten ein «ehemaliger Oberstleutnant und langjähriger Mitarbeiter der Generalstabsabteilung der Schw.[eizer] Armee (1940-53)»³², auf gut Deutsch deren ehemaliger Abwehrchef und, so der *Spiegel* 1961, «Hotelier in Luzern, mischt gern bei der kommerziellen Verwertung alten Rüstungsmaterials mit und kennt die Kanäle, auf denen sich neue und gebrauchte Waffen legal aus der Schweiz herauschaffen lassen»³³, Schaufelberger also, zudem ein notorischer Waffennarr und -experte, hatte die Erfindung Dr. Zubroniks, eines (polnischen) Raketenmannes, entdeckt. Waren bislang viele Raketen mit Pulverfüllungen bestückt, sollte Zubroniks Erfindung nun die Herstellung von massenhaften 10-cm-Flüssigbrennstoffraketen, sozusagen Schweizer Katjuschas, (Stalinorgeln) möglich machen, wobei die Zürcher Patvag die Entwicklung übernommen hatte und Pabst zusammen mit einem Oberst a.D. Ernst Behrens (Schaufelberger blieb im Hintergrund) die Waffe der Bundeswehr anpries.

Testflug um Testflug und Beschuss um Beschuss folgten.³⁴ Und Pabst stand seinen Mann. So berichtete er (83-jährig) dem alten Kameraden aus dem Eden-Hotel, Rühle von Lilienstem: «Einen ganz ansehnlichen Beweis, dass ich auch noch ganz felddienstfähig bin, habe ich vom 20. bis 22. vorigen Monats erbracht, als auf dem Schiessplatz der Bundeswehr in Meppen die Raketen der Schweizer Firma, deren Beauftragter ich in Deutschland bin, zum 4. Male den verschiedensten Erprobungen ausgesetzt wurden.

Stundenlanges Umherstehen auf der Heide ohne Baum und Strauch bei 42 Grad in glühender Sonne war allerhand.»³⁵

Doch trotz Felddiensttauglichkeit und bester Testergebnisse wurde schliesslich, aufgrund von Intrigen und dem Eingreifen der Pulverraketenkonkurrenz, doch nichts aus dem Deal. Die Bundeswehr verlangte plötzlich ganz andere Kaliber (statt 10 cm, 27 cm), was die Firma sich nicht leisten konnte.

Pabst war wütend und dachte darüber nach, wie die Waffe anderweitig zu verkaufen wäre. Er nahm über die Botschaft in Köln Kontakt mit dem Apartheitsregime in Südafrika auf, um dort seine Raketen loszuwerden. Doch da war ein Problem zu lösen: In der Schweiz (und, so vermutete er, auch in Deutschland) gab es ein striktes Verbot, Rüstungsgüter nach Südafrika zu schicken. Daher müsse man eine Vertriebsfirma im Ausland aufziehen (wir erinnern uns an die Auslandshandel GmbH), aber erst, wenn sicher sei, dass Südafrika die Lizenzen kaufe, schrieb er Handelsattaché Knigge streng vertraulich. Die Patvag könne aber ausser Raketen ja noch Tretminen in Kapstadt anbieten. Ein Problem sei, dass Südafrika diese nur für den eigenen Gebrauch verwenden könne, denn es sei klar, dass die anderen afrikanischen Länder bei den Südafrikanern nicht kaufen würden. Der Kontaktmann in Portugal namens Pereira habe ausserdem eine Brandbombenfüllung erarbeitet (Naphta G), die ähnlich der von Patvag entwickelt sei (Opalm) – also nichts anderes als Napalm. Die könne man mit der Tarnfirma auch vertreiben. Mit Opalm hatte es nämlich Schwierigkeiten gegeben: Die Lieferung von Opalm nach Ägypten und in den Irak sei durch ein «judenfreundliches Blatt in Hamburg» (der *Spiegel* kann es nicht gewesen sein) auch in die Schweizer Linkspresse gelangt und habe zu einer «Hetze» geführt.³⁶ Tatsächlich hatte die Pat vag über die Firma Dimex in Karlsruhe-Weingarten (mit der Pabst auch zusammenarbeitete) 25 Tonnen Opalm nach Kairo geliefert.

Auch hier war die direkte Lieferung aus der Schweiz durch ein Gesetz von 1955 verboten. So hatte man das Napalmbrandmittel – das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Deutschland stufte es nicht als Kriegsmaterial ein – über Dimex geliefert. Doch dies war wohl der «judenfreundlichen» Hamburger Zeitung (es ist anzunehmen, dem *Stern*) bekannt geworden. Die Zeitungen, die kurz nach dem Krieg Pabst das Leben in der Schweiz schwer gemacht hatten, *Das Volks – recht*, die *National-Zeitung* und der *Tages-Anzeiger*, forderten nun eine nochmalige Verschärfung der eidgenössischen Waffenexportbestimmungen. Schliesslich hatte Ägyptens Staatspräsident Gamar ab del Nasser fast tagtäglich die Vernichtung Israels verkündet und wurde jetzt darin von Schweizer Firmen und Männern wie Pabst unterstützt.³⁷

Genau wegen dieses Aufsehens habe – so Pabst an Knigge – der sonst «ungewöhnlich mutige» Verwaltungsrat von Patvag die Brandbombensache einschlafen lassen. Nur in Sonderfällen, z.B. bei Lieferungen nach England und in die USA (und damit nach Vietnam), würde der Verwaltungsrat Ausnahmen machen.

Als Sitz der Tarnfirma für den Versand von Raketen, Tretminen und Brandbomben nach Südafrika nahm Pabst Spanien oder Portugal (beides rechte Diktaturen) ins Visier. In Spanien sei sein alter Freund Dimanow interessiert. In Portugal müsse man wohl an Pereira herantreten. In der Schweiz «käme in erster Linie Schaufelberger in Frage, der ja der geistige Vater des Triebwerkes ist»³⁸. Dass es zur Gründung der Betriebsfirma und vielleicht sogar zum Geschäft kam, darüber findet sich nichts. Wir wollen hoffen, dass es nicht passierte.

In weitere Projekte Pabsts mit Indien, Tarnname «Palmöl», bei dem es um Pulverherstellung ging, und mit England bzw. dem Commonwealth, Tarnname «Triebwerk», die Aufträge im Wert von 1 Million DM einbringen sollten, war die Firma Patvag eingebunden, die aber wollte, dass «ihr militärisches Dezernat restlos von der Bildfläche verschwindet» und auch alle Verhandlungen, die geführt wurden, sollen «so gut verwandelt werden, wie dies ein alter Fuchs mit seinen Spuren tut!»³⁹

Pabsts politischer Einfluss in dieser Zeit war nicht mehr besonders gross, er hegte Hoffungen in die neu entstandene neofaschistische Partei NPD, wählte⁴⁰ und verteidigte sie gegen Angriffe, auch wenn die von Leuten wie dem Ritterkreuzträger und Vorsitzenden der FDP Erich Mende kamen, trat ihr aber als alter Parteiegegner trotzdem nicht bei. Gleichzeitig gründete er zusammen mit Hugo Wellems eine rechtsradikale Wochenzeitung, *Das deutsche Wort*, eine vom Bundes verteidigungs- und vom Innenministerium geförderte Zeitung, die aber gleichzeitig vom Verfassungsschutz beobachtet wurde und immerhin eine Auflage von 75'000 erreichte.⁴¹ Auch der Kontakt zu alten, aber inzwischen längst selbst politisch machtlosen Kameraden wie F.W. Heinz und Franz von Papen riss nicht ab, wobei man das Schimpfen über die laschen Konservativen nicht einstellte. Heinz etwa schlug den Einsatz eines deutschen Freikorps im Vietnamkrieg vor⁴² und von Papen beklagte, dass das Ex-NSDAP-Parteimitglied Kurt Georg Kiesinger (CDU) – der Kanzler der ersten Grossen Koalition 1966-1969 – viel zu weich sei. Im Januar 1966 beging Pabst im Düsseldorfer Industrieclub seinen 85. Geburtstag. Er freute sich, dass so viele Gäste gekommen waren, «so etwas wie diesen Kreis [habe es] kaum noch ein zweites Mal» gegeben, «so einheitlich in seinen Auffassungen, seinem Denken und seiner Vaterlandsliebe». Natürlich war von Papen (inzwischen 87) dabei sowie mehrere Prinzen und alte Unteroffiziere aus allen Truppenteilen, denen er in den Weltkriegen angehört hatte, bis hinunter zum jüngsten Mitglied, einem Hauptmann der Bundeswehr.⁴³

Doch es gab noch einige Diktatoren und Länder, die Waffen brauchten.

Pabst waren hierbei seine aus den Tagen von Oberst Bauer stammenden Beziehungen zur Kuomintang des Generals Chiang Kai-shek dienlich.

Pabst kam in Kontakt zum Nationalchinesen und Diplom-Ingenieur Robert Chi Tsun, wohnhaft in Luzern. Mitbeteiligt war deutscherseits ein Mann namens Christian Steinrücke. Pabst dachte daran, Chi – vermutlich, um die Sache zu beschleunigen und

unnötige Extraprovisionen zu vermeiden – ein Schreiben an den taiwanesischen Diktator mitzugeben: «Streng vertraulich! Aufgrund unserer Gespräche darf ich im Namen der deutschen Industriegruppe nochmals darlegen, dass diese gerne bereit ist, Ihrem Herrn Präsidenten Marschall Chiang Kai-shek (durchgestrichen: zur Befreiung ihres Landes, und ersetzt durch:) im Interesse der Verteidigung ihres Vaterlandes waffentechnisch beizustehen. Im gemeinsamen und im Interesse der Sache ist aber *entscheidend*, dass alle Pläne sowohl bzgl. der Materiallieferung wie auch technischer Instruktion nur durch eine von ihrem Präsidenten autorisierte Person *direkt* mit uns ausgearbeitet und durchgeführt werden müssen. Unter keinen Umständen darf eine dritte Gruppe als Handelsgesellschaft eingeschaltet werden.»⁴⁴

Doch ein Herr Guan schaltete sich ein und wollte zum alleinigen Bevollmächtigten von Pabst in «Formosa» (Taiwan) gemacht werden. Pabst kam eine neue Beschleunigungsidee: Er und Steinrücke schrieben einen Brief, «wobei ich mich als ehemaliger Direktor der Rheinmetall-Borsig AG und Wehrwirtschaftsführer bezeichnen werde, letzteres aber nur, wenn *Sie* glauben, dass das zweckmässig wäre»⁴⁵. Pabst wollte auch wissen, ob an «den genannten Dingen (Schnellboote, U-Boote, Panzer) ein Bedarf bestehe»⁴⁶ und ob denn überhaupt Geld da sei.

Doch die Sache kam nicht voran. Guan hatte – warum auch immer – Angst vor Gehlens Geheimdienst. Pabst wurde ungeduldig und schaltete seinen Freund Schaufelberger ein, «der – wie mir bekannt war – stets Verbindung mit militärischen Stellen in Taiwan gehalten hat». Man müsse sich überlegen, das Geschäft eventuell ohne Chi und Guan zu machen, wenn die nichts mitbrächten ausser «fernöstlicher Trägheit».

Schaufelberger habe Beziehungen direkt zum Generalstabschef der Taiwan-Armee. Er habe mit dem zusammengearbeitet, als dieser chinesischer Militärattaché in Bern gewesen sei und er (Schaufelberger) in der Generalstabsabteilung der eidgenössischen Armee die Waffenangelegenheiten bearbeitet habe. Der könne schnell feststellen, «so weit man bei den gelben Brüdern überhaupt das Wort ‚schnell‘ gebrauchen kann», was sie wissen wollten.⁴⁷

Zwischendrin lockte noch ein anderes Geschäft. Chi hatte von Mittelsleuten in Hongkong erfahren, dass die malaiische Polizei mit Waffen und Munition ausgestattet werden müsse. Er habe sehr gezögert, «Ihnen hierüber zu schreiben, weil ich fürchte, dass Ihre Freunde evtl, wieder Nachweise vom malaiischen Staate verlangen würden». Man brauchte dort: 7,7 mm Infanteriegewehrmunition der britischen Armee (2,8 Millionen Schuss), 9,65 mm englische Armeerevolver Smith & Wesson (1,5 Millionen Schuss) und 9 mm (1 Million Schuss). Er müsse einen Zuschlag von 7% und 3%, also 10% machen.

«In Asien solche Geschäfte sind, leider sind die Kommission immer sehr hoch, was meinen Sie dazu?»⁴⁸

Pabst schlug vor, sich doch direkt an die Briten zu wenden, ausserdem müsse klar sein, ob die Malaien auch das Geld dafür hätten. Doch Chi liess nicht locker.

Da das Aussenministerium nicht mitmachen wollte, versuchte Steinrückte einen anderen Weg: «Next week Dr. Zimmermann and myself will meet with Dr. Strauss. In this case Dr. Strauss' opinion is very important to me and I will get in touch with you after the meeting has taken place.»⁴⁹

Steinrückte bat Pabst auch, er solle «diesen Brief *nicht* in der Aktentasche spazieren tragen».⁵⁰

Doch offensichtlich konnte die CSU-Führung auch nicht helfen. Beide Geschäfte schienen nicht zu klappen. Bis Pabst, es war inzwischen das Jahr 1970 angebrochen, von Chi erfuhr, Steinrückte habe Provisionen für das Geschäft mit Taiwan bekommen. Es sah so aus, als seien nicht Chi und Guan ausgebootet worden, sondern Pabst. Steinrückte bestritt alles und drohte Chi mit Klage.⁵¹ Doch den Ausgang der Sache – Schaukelberger riet Fränze von einer Klage gegen Steinrückte ab, da dieser sich vor «keinem Rechtsstreit genieren» werde⁵² – hat Pabst nicht mehr erlebt. Im Mai 1970 starb er.

2. Vergangenheit, die nicht vergeht⁵³

Pabst wurde im Laufe seines Lebens immer wieder mit seiner Vergangenheit konfrontiert. Doch eine Sache liess ihn wirklich nie mehr los: der Mord an Luxemburg und Liebknecht. Nicht dass er je ein schlechtes Gewissen deswegen hatte, im Gegenteil. Und doch war diese Tat von solch einschneidender Wirkung, von solch negativer mystischer Kraft, dass alle anderen seiner Taten, seien es die Tausenden Opfer seines und Noskes Schiessbefehls, sei es seine führende Rolle im Kapp-Putsch oder die in der Heimwehr, und auch seine Waffenhändlerätigkeit, zwangsläufig in den Schatten gestellt wurden.

Schon Leo Jogiches hatte kurz nach dem Tod seiner früheren Lebensgefährtin in seinem hervorragend recherchierten Artikel in der *Roten Fahne* den Verdacht auf Pabsts massgebliche Rolle bei der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht gelenkt.⁵⁴ Dieser Verdacht kam immer wieder auf. So 1928, als Pabst in Österreich die Heimwehr organisierte. Vor seinem Förderer, dem österreichischen Bundeskanzler Seipel, leugnete Pabst die Beteiligung und gab an, mit Noske noch in Kontakt zu stehen. Danach meinte Seipel im Parlament zu den Heimwehraktivitäten Pabsts, dieser habe seine Taktik von Noske gelernt. Der geriet somit wieder ins Kreuzfeuer der Kritik, bestritt jedoch daraufhin, dass er noch mit Pabst in Verbindung stehe. Pabst hatte ihm 1926 «in Gedanken an gemeinsame schöne Arbeit» geschrieben und ihm zugerufen: «Deutschland braucht Leute wie Sie dringend.» Er habe nie aufgehört, ihn «als einen der letzten deutschen Männer zu schätzen».

Noske antwortete nicht, gab jetzt aber Seipel in einem Brief zu verstehen, dass er gegen den Mann, der gegen ihn geputscht hatte, der ihm seine Karriere ruiniert und ihn benähe über die Klinge hätte springen lassen, «kein Gefühl des Hasses mehr hege», was Pabst in Krieg und Revolutionszeit Gutes geleistet habe, sei durch die Beteiligung am Kapp-Putsch ausgetilgt. Aber ihm «ein Asyl in Österreich zu missgönnen, habe er keinen Anlass»⁵⁵. Noske hatte immer noch nichts begriffen.

Bald darauf kam es zu mehreren denkwürdigen Prozessen.

Kriegsgerichtsrat Joms, ehemals GKSD, der 1919 die Anklage in der Prozess-Komödie gegen die Mörderoffiziere geführt hatte, strebte 1928 einen Beleidigungsprozess gegen *Das Tagebuch* und dessen Mitherausgeber Josef Bornstein an, weil Joms dort in einem anonymen Artikel u.a. der «Vorschubleistung der Mörder» (also der Verdunklung) beschuldigt worden war.⁵⁶

Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht riet dem preussischen Justizminister Hermann Schmidt (Zentrum) dringend von einer öffentlichen Klage ab: «Die Folge würde eine Wiederaufröhlung der mit der Revolution in unmittelbarem Zusammenhange stehenden Prozesse bilden, und diese Wiederaufröhlung würde, da sich an sie zweifellos scharfe Angriffe der linksradikalen Presse knüpfen, die Öffentlichkeit in unliebsamer Weise längere Zeit beunruhigen.»⁵⁷

Doch der Reichsjustizminister Erich Koch-Weser (DDP)⁵⁸ und auch Joms wollten davon nichts hören. Und genau die «Befürchtung» des Generalstaatsanwalts traf ein. Paul Levi übernahm Bornsteins Verteidigung, bekam dadurch Einsicht in die Akten und konnte Joms tatsächlich Vorschubleistung der Täter nachweisen. Zweimal passierte dem Staatsanwalt das Missgeschick, dass er den Nebenkläger und Reichsanwalt Joms mit «Angeklagter» ansprach. Das Gericht schloss sich den Ausführungen Levis an, sah den Beweis für die Behauptung, Joms habe als Untersuchungsrichter den Mördern Rosa Luxemburgs Vorschub geleistet, als erbracht. Prozess und Urteil erregten grosses Aufsehen in der Öffentlichkeit. Pieck erstattete Anzeige gegen Joms.⁵⁹ Doch die wurde nicht weiterverfolgt.

Joms aber liess Berufung einlegen. Der Beleidigungsprozess ging am 27. Januar 1930 vor der 3. Grossen Strafkammer des Landgerichts I in die zweite Runde. Wieder übernahm Levi, der einmal eine heftige Liebesgeschichte mit Rosa Luxemburg gehabt hatte, die Verteidigung, erkrankte aber sehr bald und kam vermutlich durch Selbstmord ums Leben. Bornstein verteidigte sich fortan selbst. Die Staatsanwaltschaft, die sich der Berufung Joms nicht angeschlossen hatte, beantragte Freispruch für Bornstein. Joms beleidigte daraufhin seinen Kollegen. So ergab sich, dass es zwischen dem Nebenkläger Joms und dem Hauptkläger, dem Oberstaatsanwalt, zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Die gipfelten im Ausspruch des Letzteren, Joms habe es aus politischen Motiven herausgewagt, die Ehre der Justiz zu vernichten. Das Gericht entschied auch hier, dass der Beweis für die Vorschubleistung von Joms erbracht sei. Der wurde ein zweites Mal blamiert.

Doch Joms wandte sich nun an die höchstinstanzliche Vertreterin der Gerechtigkeit: das Reichsgericht in Leipzig. Dieses Gremium gab sich viel Mühe und fand zu dem Rechtsgrundsatz, dass der Nachweis bewussten Vorschubleistens noch nicht ausreicht, um einem Untersuchungsbeamten zu beweisen, dass er Vorschub geleistet habe! Mit diesem Rechtsgrundsatz versehen, musste erneut vor einem Landgericht in Berlin verhandelt werden. Das Ergebnis: Die objektive Mangelhaftigkeit der Amtsführung von Joms zu verbergen, wollte auch der 4. Grossen Strafkammer nicht gelingen. Aber es wurde festgestellt, dass sich Joms «subjektiv tadelnfrei» verhalten habe! Somit war Joms rechtlich von jeder Schuld befreit.

Auch im Reichstag war es während der Prozesse zu erregten Debatten gekommen. Landsberg (SPD), ehemals als Volksbeauftragter für Justiz direkt verantwortlich dafür, dass Pabst sein eigenes Kameradengericht über die Morde hatte urteilen lassen, der Mann, der Joms nicht in den Arm gefallen war und weder eine Untersuchungskommission noch ein Zivilgericht mit dem Fall beauftragte, berichtete nun Folgendes:

Joms habe 1919 sein Verschweigen von Verdachtsmomenten ihm gegenüber mit dem Satz gerechtfertigt: «Dafür habe ich meine Gründe gehabt!» Selbstverständlich schöpfte der Justizminister deswegen damals keinen Verdacht und liess Joms weiter verdunkeln. «Ob meine politischen Freunde und ich nicht hochofiziell gewesen seien über die Nachricht von der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht»⁶⁰, hatte Joms gefragt. Und Landsberg war empört, wiewohl Joms Einschätzung zutraf.⁶¹ Jedenfalls war schon damals klar: Joms hatte einen Auftrag.

Und nach dem ersten Joms-Prozess äusserte Levi einen Verdacht: Pabst. Und zwar, weil klar war, dass die Offiziere alle «nach einem erkennbaren Prinzip gelogen hatten», also «eine leitende Hand» dahinter steckte.⁶²

Deswegen wurde im November 1929 Strafantrag gegen Pabst gestellt, und zwar von Berthold-Jacob Salomon, der im Übrigen der Verfasser des anonymen Artikels im *Tagebuch* gewesen war.⁶³ Doch der Oberstaatsanwalt am Landgericht II, Dr. Trautmann, schmettete ab. Im Joms-Prozess seien keine neuen Tatsachen dafür erbracht worden, dass Pabst «den Auftrag zur Tötung gegeben» habe.⁶⁴ Das Verfahren wurde eingestellt. Auch eine erneute Anzeige⁶⁵ durch RA Gerhard Wilk, dem Sozium des inzwischen toten Levi, welcher sich im Fieberschütteln, getrieben von den schrecklichen Bildern seiner ermordeten Geliebten, aus dem Fenster gestürzt hatte, brachte keinen Erfolg. Auch hier stellte Trautmann das Verfahren sofort wieder ein. Diesmal war die Begründung noch grotesker. Im Kriegsgerichtsverfahren der GKSD von 1919 sei ja Pabst eingehend gehört worden und müsse daher nicht mehr vernommen werden.⁶⁶ Pabsts genialer, damals von Noske und den anderen SPD-Volksbeauftragten gedecktes Justiztheater erwies sich über Jahrzehnte als unüberwindlicher Prellbock, an dem alle Versuche scheiterten, den Mordauftraggeber Pabst zu belangen.

So war auch 1946, als sich Heinrich Stiege, einer der Mörder Liebknechts, deswegen vor einer Entnazifizierungsspruchkammer rechtfertigen musste, durch die Akten des Kriegserichts, die man damals kommen liess, alles gedeckt.⁶⁷

Die SPD-Führung hatte Pabst und seinen Offizieren ein unüberwindliches Schutzschild verschafft. Nur wenn die Männer selbst plauderten, war an die Wahrheit heranzukommen.

Und das tat Pabst in seiner neuen Heimat – zunächst aber nur von Geheimdienstmann zu Geheimdienstmann. Am 30. November 1959 klingelte der stellvertretende Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Günther Nollau, ein Mann der SPD, an Pabsts Haustür in der Düsseldorfer Windscheidstrasse. Nicht dass Pabst persönlich unter Beobachtung seiner Behörde stand, Nollau wollte seine Bauchschmerzen loswerden. Diese Bauchschmerzen waren durch fortgesetzte Angriffe der DDR-Medien hervorgerufen worden, die die NS-Vergangenheit des damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke gegeißelt hatten.⁶⁸ Nollau erinnerte sich deswegen der Gerüchte, die seit Jahrzehnten über die Rolle Piecks bei der Verhaftung von Luxemburg und Liebkecht herumschwirrten, und wollte Munition für eine Gegenattacke.⁶⁹

Pabst schien ihm dafür die beste Adresse. Und der gab bereitwillig Auskunft. Pieck habe zwar nicht Luxemburg und Liebkecht verraten, denn diese waren ja mit ihm verhaftet worden, dafür habe er aber die Adressen von Spartakusleuten, ihre Waffenlager und Sammelplätze preisgegeben. Während Nollau diese Nachricht sogleich in einem Buch verwertete, behielt er eine andere Neuigkeit (auf Bitte Pabsts) für sich, machte darüber aber – ganz Geheimdienstmann – eine vertrauliche Aktennotiz.⁷⁰ Darin heisst es: «Die Rolle, die wütende Volksmenge darzustellen, war dem Marineleutnant Souchon zugeordnet, der an einer verabredeten Stelle auf den Kraftwagen wartete, mit dem Rosa Luxemburg weggebracht wurde. Der Kraftwagen hielt an, und Souchon schoss auf die noch bewusstlose Luxemburg. Danach wurde die Leiche der Luxemburg in den Landwehrkanal geworfen. Bisher ist immer ein Oberleutnant Vogel als der Schütze bezeichnet worden, das ist aber nach Pabsts Darstellung falsch.»

Und so warf das *Neue Deutschland* später dem SPD-Mann vor, er habe als «Bonner Staatsbeamter bewusst seine Mitwisserschaft an dem antikommunistischen Mordkomplott» verschwiegen.⁷¹ Doch ausgerechnet ein aus der DDR Geflohener brachte die Sache nun weiter ins Rollen. Im November 1961 veröffentlichte nämlich Gerhard Zwerenz im *Stern* einen Artikel unter der Überschrift «Ulbricht lässt die andern schiessen».⁷² Der Artikel brachte nun nicht den Mann mit dem Spitzbart und der hohen sächsischen Stimme in Rage, sondern auch den Major a.D. aus der Windscheidstrasse. Denn Zwerenz hatte nicht nur Ulbricht angeprangert, sondern auch den weissen Terror der Freikorps 1919 verurteilt und den Mord an Luxemburg/Liebkecht einen Mord genannt. Pabst war ausser sich und ging zum Gegenangriff über. In seinem Blatt *Das deutsche*

Wort schrieb er einen Artikel: «Moskau griff schon einmal nach Berlin.»⁷³ Darin bezeichnete er Zwerenz' Äusserungen nicht nur als «seichtes Geschwätz», sondern kam zur Sache. Es müssten «die Gründe dargelegt werden, welche uns damals zwangen, mit eiserner Hand durchzugreifen und im Falle Liebknecht-Luxemburg – ausnahmsweise – abzuweichen von dem in einem Rechtsstaat notwendigen gesetzlichen Weg». Er wollte, so umschrieb er es, Luxemburg und Liebknecht «dasjenige Ende finden lassen, mit dem jeder Führer einer Revolution im Verlauf von Strassenkämpfen zu rechnen hat». Ein normaler Rechtsweg sei nicht durchzuführen gewesen. Dies «zwang zu einem sofortigen Entschluss». Das Kommando der GKSD (also er) habe vom «moraltheologischen Gesichtspunkt aus» es vertretbar gesehen, zwei zum Schutz von Hunderttausenden «zu eliminieren.» Hier gestand Pabst zum ersten Mal ganz offiziell den Mord. Der beobachtende Verfassungsschutz Nollaus schritt nicht ein und auch der Verteidigungs- und der Innenminister kürzten ihre Subvention des Blattes nicht. Vielmehr druckten andere rechte Blätter, so der *Deutsche Studentenzeiger* und *Der Stahlhelm* und *Die deutsche Soldatenzeitung* von Dr. Gerhard Frey, den Artikel nach.

Und ein Weiterer fühlte sich zu einem Kommuniqué veranlasst. Er hiess Felix von Eckardt. Unter Hitler hatte er vom Drehbuchs Schreiben gelebt. Viel Unterhaltendes war dabei, aber auch ab und an etwas für die nationale Erhebung, so zum Beispiel der Film *Kopf hoch Johannes* (Deutschland 1941, Regie: Victor de Kowa), bei dem ein Junge sich mit seinem Jungsein nicht zurecht fand und deswegen in der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola) beigebracht bekam, wie aus ihm ein guter Nazi werden könnte. Dieser Autor nun war Leiter des Presse- und Informationsamtes der Adenauer-Regierung und liess im Bulletin derselben vom 8. Februar 1962 verkünden, die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts wäre eine «standrechtliche Erschiessung» in der Verantwortung Pabsts gewesen, der «es getan» habe und zwar «in höchster Not», um Deutschland vor dem Kommunismus zu retten. Das kam den Kommunisten jenseits von Mauer und Stacheldraht wiederum zu Ohren. Der Rechtsanwalt Karl Friedrich Kaul bat nun die in Moskau lebende Witwe des ermordeten Arbeiterführers, Sophie Liebknecht, in ihrem Namen Strafantrag gegen von Eckardt und die Autoren des *Studentenzeigers* wie der *Soldatenzeitung* stellen zu dürfen⁷⁴, merkwürdigerweise aber nicht gegen Pabst als Autor und als Befehlsggeber. Nicht nur nach der Ansicht Kauls war die Äusserung von Eckardt eine Verherrlichung von Mord oder Totschlag, die auch im westdeutschen Strafgesetzbuch (§ 140) mit Gefängnis und in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft wurde. Als Zeuge nannte Kaul auch Zwerenz. Das wiederum störte den Genossen Arne Rehaus vom Zentralkomitee (ZK) der SED. Er sei mit dem Text der Anzeige einverstanden, aber «unter keinen Umständen dürfen wir den republikflüchtigen Strolch und Erzlügner Zwerenz als Zeugen benennen»⁷⁵. Kaul ersetzte ihn durch die Stern-Redaktion. Doch bevor noch die Anzeige im Westen ankam, hatte das «Sturmgeschütz der



Papst beim «Spiegel»-Gespräch mit Hans Schmelz und Martin Virchow, 1962

Demokratie» eine mächtige Granate abgefeuert. *Der Spiegel* bat Papst zum Gespräch.⁷⁶ Endlich konnte er einer breiten Öffentlichkeit seine Sicht der Dinge vermitteln. Er gab offen zu, dass er Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht habe «richten lassen» und er deutete schon hier die Zustimmung Noskes an. Auch die Geschichte von Piecks «Verrat» der Genossen, der Waffenlager und Alarmplätze erzählte er erneut. Doch die beiden *Spiegel-Redakteure* Martin Virchow und Hans Schmelz waren bestens vorbereitet. Nach Virchows Auskunft war Schmelz selbst Soldat gewesen und bot Papst Paroli: «Hatte er [Pieck, K.G.] denn den Mobilisierungskalender seiner Partei bei sich?»⁷⁷

Mehrfach, so Virchow, gerieten Papst und Schmelz aneinander, und Papst war kurz davor, sie rauszuschmeissen. Doch seine Eitelkeit und das Bedürfnis, seine Rolle bei der «Rettung des Vaterlandes vor dem Bolschewismus» endlich darzulegen, obsiegten.⁷⁸ Das Interview löste breite Proteste gegen und breite Zustimmung für Papst aus, jedoch überwog die Empörung. Auch Zwerenz und Papst schrieben Leserbriefe, ihre Fotos erschienen friedlich nebeneinander.

Die Staatsanwaltschaft in der DDR wurde nun aktiv.⁷⁹ 1950 war ein Personenermittlungsverfahren eingeleitet, aber Papst nicht gefunden worden. Ein Ermittlungsverfahren durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) von 1953 wurde 1959 (auch gegen andere Verdächtige) eingestellt.⁸⁰ Man hatte von Papst nichts mehr gehört und angenommen, er sei verstorben. Nach Papsts öffentlichen Bekenntnissen folgte nun ein Haftbefehl, allerdings erst gut ein Jahr nach seinem *Spiegel*-Auftritt. Auch ein Auslieferungersuchen des Generalstaatsanwaltes der DDR wurde gestellt.⁸¹

BSIU
000009

Das ~~Kreisgericht~~ Stadtbezirksgericht Berlin

Berlin, den 26. 5. 1963

Fernruf:

Altzeichen: Ha. C 94/63
(Bei Dringlichkeit anzugeben)

Haftbefehl

Der Kaufmann P A B S T, Waldemar, geb. 1881, wohnhaft in
Düsseldorf
ist in Untersuchungshaft zu nehmen

Er wird beschuldigt in nichtverjährter Zeit im Januar 1919 in
Berlin die rechtswidrige Festnahme der Arbeiterführer Dr. Karl
Liebknecht und Rosa Luxemburg angeordnet zu haben.
Die Festgenommenen wurden von dem Zuführungskommando in das
Eden-Hotel transportiert. Der Beschuldigte erteilte als erster
Generalstabsoffizier der Garde-Kavalerie-Schützendivision
daraufhin den Befehl, die beiden Arbeiterführer auf dem Wege
zur Überführung in das Untersuchungsgefängnis Moabit zu
ermorden.

Der Beschuldigte ist der Tat hinreichend verdächtig. Bei der Höhe der
zu erwartenden Strafe besteht Fluchtgefahr. Des weiteren besteht
Verdunklungsgefahr.

- strafbar gemäß § 211 StGB -

Gegen diesen Haftbefehl ist binnen einer Woche das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig

Ausgefertigt:

den _____

K. Krautter
Krautter
Richter

Best.-Nr. 228 16 Haftbefehl - Einzelgericht - (99 141 R. 340)
Verdruck-Verlag Leipzig

Ag 21095008/144 1-3-20 1271

Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Berlin (Ost) gegen Pabst



Kurt Waldheim und Felix von Eckardt

Doch wurden zunächst die Anzeigen gegen Felix von Eckardt, den *Studentenanzeiger* und Gerhard Frey eingestellt. Die Staatsanwaltschaft in München, bei der merkwürdigerweise das Verfahren gelandet war, begründete dies wie folgt: In einem Kommentar von 1930 zum Republikenschutzgesetz von 1922, das Reichskanzler Wirth nach den Ermordungen von Erzberger und Rathenau auf den Weg gebracht hatte, seien nur die Verherrlichung von solchen Tatsachen

strafbar, die nicht «der Geschichte» angehörten, wie die Morde an Luxemburg und Liebknecht.⁸² Es erstaunt, dass die sogenannte Brüning-Amnestie⁸³ nicht ins Feld geführt wurde, denn Pabst berief sich immer darauf – Straffreiheit für alle Straftaten während der Revolution –, obwohl er nach der Aburteilung von Tillesen und Schulz auf Druck der Franzosen 1947 doch etwas schockiert gewesen war. Jetzt aber schrieb er an Pflugk-Harttung, dass er nicht erwarte, dass sich für «die saublöden Anzeigen der Witwe L.[iebknachts]» ein Staatsanwalt finden würde. Und wenn doch, dann würde er in dem Verfahren «die Brüder von Weimar [womit wohl Ebert und seine Freunde gemeint waren, K.G.] in einer unvorhergesehen [en] Weise kompromittieren»⁸⁴. Dies geschah nicht. Denn auch ein Widerspruch Kauls, dass der § 140 des deutschen Strafgesetzbuches eine solche «Geschichtsklausel» nicht kenne, wurde abgelehnt. Eckardt et al. blieben straffrei. Im Übrigen teilte eine Richterin am Amtsgericht Tiergarten (Berlin) im Oktober 2008 nicht die Bedenken der Staatsanwaltschaft München von 1962. Sie verurteilte einen NPD-Mann, weil er in einer Rede als Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg Luxemburgs und Liebknechts Ermordung öffentlich gebilligt hatte, zu einer Strafe von 4‘500 Euro.⁸⁵

1967 nun veröffentlichten Heinrich Hannover und seine Frau Elisabeth Hanno verdrück eine Dokumentensammlung, die die Zusammenhänge des Mordkomplotts collagehaft sehr gut darstellte und zum Klassiker avancierte, nicht zuletzt, weil Hannover der Zugang zu Akten des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED gewährt wurde. Dieses Privileg wurde nur wenigen West-Historikern zuteil. Allerdings drang die Darstellung der Hannovers noch nicht ganz auf den Urgrund der Mordaffäre. Einen Schritt weitergehen konnte da ein Team des Süddeutschen Rundfunks.

3. Die Affäre Ertel/Souchon

Im Jahr 1966 – also zwei Jahre vor dem Jahrestag – bekam Dieter Ertel, einer der Pioniere des Dokumentarfilms im Fernsehen, den Auftrag, für den 50. Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein Dokumentarspiel zu schreiben. Neben seinem Studium der Kriegsgerichtsakten hatte er mit Pabst einen lebhaften Briefwechsel und statete ihm jeweils unter Zeugen mehrere folgenschwere Besuche ab.⁸⁶

Beim ersten Besuch erzählte Pabst erneut: Den Befehl, Rosa Luxemburg zu erschliessen, habe Leutnant Souchon gehabt. Ihm war befohlen, an einem bestimmten Punkt der Strecke zu warten und die Tat auszuführen. «Sie sollte dann so dargestellt werden, als ob ein Unbekannter aus einer aufgebrachten Volksmenge geschossen hätte.»⁸⁷ Ertel und sein Zeuge glaubten nach dieser Unterredung, dass in jener Nacht des 15. Januar 1919 Oberleutnant a. D. Vogel, der Transportführer des sogenannten Luxemburg-Transports, nachdem der an der Drehtür stehende Otto Runge Frau Luxemburg mit dem Kolben seines Gewehres schwer verletzte, die Nerven verloren und Rosa Luxemburg – die inzwischen ins Auto geworfen worden war – erschossen hätte.

Kurz danach bekam Ertel die sogenannten Krull-Akten in die Hände. Ernst Krull, ein Spitzel, Hochstapler und Betrüger, hatte sich – unberechtigterweise – gebrüstet, der Mann gewesen zu sein, der auf das Trittbrett sprang und Luxemburg mit einem Schuss tötete. Aus der Aussage des Fahrers Janschkow in diesem Verfahren ging nicht nur hervor, dass Souchon beim Transport dabei gewesen war, sondern auch, dass er vermutlich auf dem Trittbrett gestanden hatte. Ertel stattete Pabst einen erneuten Besuch ab und erklärte, dass ihm der Leutnant Souchon unter einem merkwürdigen Licht erscheine. Er sei offensichtlich im Auto mitgefahren. Pabst erklärte daraufhin: «Nein, er ist nicht mitgefahren. Souchon ist auf das Trittbrett gesprungen und hat von da aus Rosa Luxemburg erschossen.»⁸⁸

Auf dem Nachhauseweg legte Ertel im damaligen Wohnort Souchons, Bad Godesberg, einen Stopp ein, ging in eine Telefonzelle, suchte sich die Nummer heraus und rief ihn an. Souchon wollte ihn nicht empfangen. Da gab ihm Ertel zu verstehen, er wisse, dass er der Täter sei. Worauf Souchon antwortete: «Das können Sie gar nicht wissen.»⁸⁹

Souchon seinerseits holte sich nun Rechtsbeistand. Er wählte Otto Kranzbühler, der, in der Uniform eines Marinerichters in den Nürnberger Prozessen 1945/46, äusserst geschickt den letzten Reichskanzler und Oberbefehlshaber der Marine, Admiral Dönitz, vor dem Galgen gerettet hatte.

Kranzbühler war auch derselbe Mann, der 1947, als Verteidiger Krupps, Pabst um Auskünfte über die deutsche Rüstungswirtschaft gebeten hatte (siehe Kapitel X.4).

Er stattete Pabst am 17. Dezember 1968 einen denkwürdigen Besuch ab. Pabst erzählte dabei, nach Angaben von Kranzbühler, so manches aus seinem Kampf gegen die Novemberrevolution und machte insbesondere «Aussagen über Mitwirkung oder Duldung damals entscheidender Persönlichkeiten, insbesondere auch von Mitgliedern der Regierung», die er, Kranzbühler, aber «nicht für beweiskräftig» hielt und daher «auch nicht weitergeben» mochte.⁹⁰

Auch in einem Interview weigerte sich Kranzbühler, nähere Angaben dazu zu machen. Nur so viel gab er an: «Das war so fantastisch, dass ich es aus meiner Erinnerung streichen möchte.»⁹¹

Erst drei Jahre später, durch einen ihm übersandten historischen Aufsatz provoziert⁹², gab Kranzbühler sein Geheimnis preis: In der Nacht von 15. auf den 16. Januar 1919 habe Pabst Noske in einem Telefongespräch, vor der Ermordung der beiden, um den Tötungsbefehl gebeten, Noske habe dies abgelehnt, allerdings mit dem Satz, er «müsse selbst verantworten, was zu tun sei», Pabst seine indirekte Billigung gegeben.

Über den Beginn seines Gespräches vom 17. Dezember 1968 mit Pabst legte Kranzbühler dem Landgericht Stuttgart ein knappes Jahr später⁹³ eine Gesprächsnotiz vor. Pabst habe noch, bevor er irgendeine Frage habe stellen können, ausgesprochen: «Unter uns gesagt, der Souchon hat natürlich geschossen und den Befehl dazu hat er von mir bekommen.»⁹⁴

Kranzbühler legte Pabst daraufhin eine eidesstattliche Erklärung Souchons vor, in der dieser beschwor: «Ich habe nicht auf Frau Rosa Luxemburg geschossen.»⁹⁵

Pabst merkte nun, dass dieser Kamerad nicht mitziehen wollte und nicht daran dachte, sich dem Bekannertum Pabsts anzuschliessen. Um seinen ehemaligen Untergebenen nicht zu brüskieren⁹⁶, ruderte Pabst zurück und unterschrieb Kranzbühler die von diesem vorformulierte eidesstattliche Erklärung, er, Pabst, hätte Ertel nie gesagt, dass Souchon geschossen habe.⁹⁷

Dies schloss zwar nicht aus, dass Souchon der Schütze gewesen war, doch Ertel hatte damit seinen wichtigsten Zeugen verloren, zumal Pabst fortan keine offiziellen Erklärungen mehr abgab. Intern allerdings liess Pabst keinen Zweifel daran, wem er in jener folgenschweren Januarnacht 1919 den Befehl zur Ermordung Rosa Luxemburgs gegeben hatte.

Er schrieb seinem Anwalt, Dr. Bürger, Kranzbühler habe «die Sache überhaupt nicht begriffen, sonst hätte er mich nicht neulich mit der eidesstattlichen Erklärung überfallen». Er (Pabst) sei in eine Zwangslage gekommen. Er habe Souchon 40 Jahre herausgehalten. Da es aber um die Ergründung der wirklichen Tatsachen gegangen sei, habe er ihn (gegenüber Ertel) genannt. Und an Ertel gerichtet notiert Pabst: Souchon habe sich «für die Aufgabe freiwillig zur Verfügung gestellt (...) Frau L.[uxemburg] zu liquidieren». Pabst sprach auch von «Herm Souchon und die durch seine Märchen entstandene Lage» und bezeichnete seinen ehemaligen Kameraden als verlogen.⁹⁸

Aber dies nützte Ertel reichlich wenig, da niemand diese schriftlichen Niederlegungen Pabsts zu Gesicht bekam. Pabst brach ausserdem den Kontakt zu Ertel ab.

Am 14. und 15. Januar 1969 wurde das Fernsehspiel als Zweiteiler in der ARD ausgestrahlt, allerdings mit einem einschränkenden Vorspruch.

Gegen Souchon wurde Haftbefehl erlassen: «Er wird beschuldigt, in nicht rechts verjährter Zeit am 15.1.1919 in Berlin an der Ermordung der Arbeiterführerin Rosa Luxemburg massgeblich mitgewirkt zu haben.

Souchon gehörte den Transportkommandos der widerrechtlich festgenommenen Arbeiterführer Dr. Karl Liebknecht und [Dr., K.G.] Rosa Luxemburg an. In dieser Eigenschaft schoss er im Rahmen des erteilten Auftrages, beide Arbeiterführer während des Transportes zu ermorden, auf die im Fahrzeug befindliche Arbeiterführerin Rosa Luxemburg.»⁹⁹

Allerdings stammte dieser Haftbefehl vom Stadtbezirksgericht Berlin Mitte.

Im Westen sah es anders aus. Souchon erhob Klage gegen den Süddeutschen Rundfunk (SDR), seinen Intendanten Hans Bausch und den verantwortlichen Redakteur Dieter Ertel. 1969/70 kam es zur Verhandlung.

Pabst sollte vernommen werden. Doch wie immer während seines gesamten Lebens: Wenn er aussagen sollte, wurde er krank. Und er fand auch, wie immer, einen Arzt, der ihn schützte.

Gleichwohl sprechen seine Notizen aus dieser Zeit eine deutliche Sprache. Es gab für Pabst auch zu diesem Zeitpunkt keinen Zweifel, wer die Tat ausgeführt hatte: Souchon.¹⁰⁰ Und in einer weiteren Notiz führt er an: «Die *letzten* Hintergründe habe ich den Herren v.[om] Südfunk nie gesagt.» Was sich wohl auf Noske bezieht.

Doch davon erfuhr die Öffentlichkeit nichts mehr. Vor dieser entfaltete sich nunmehr das seltsame Schauspiel eines Prozesses, der 50 Jahre nach der Ermordung Rosa Luxemburgs klären wollte, wer sie nun wirklich erschossen hatte, dabei aber auf den Hauptzeugen, nämlich Pabst, verzichten musste. Besonders merkwürdig aber war, dass



Szene aus dem Fernsehspiel: Pabst (Martin Benrath) nimmt die freiwillige Meldung Souchons (Helmut Dietel, Zweiter von rechts) entgegen (rechts Karl-Walter Diess als Kapitänleutnant Pflugk-Harttung)

der des Mordes Bezichtigte als Kläger agierte und der, der seine Tat aufgedeckt hatte, auf der Anklagebank sass.

In Ermangelung von Tatzeugen entschied das Stuttgarter Gericht 1969/70 nach Aktenlage – und da gab es nur eine bestimmte Sorte: die des Feldkriegsgerichts der GKSD. Der Richter sah sie als wahrhaftig an. Die Fälschungen von Joms, seine Lenkung durch Pabst (die er selbst zugegeben hatte), der Austritt der Beisitzer, das Kameradengericht, der Fall Canaris, all das hatte kein wirkliches Gewicht für ihn. Es zählten nur die Akten und die Aussage des «unbescholtenen Offiziers preussischer Prägung» Souchon.¹⁰¹

Ein Mordkomplott wurde in Zweifel gezogen, genauso wie die planende Hand Pabsts. Er sei ganz allgemein als Zeuge unzuverlässig und unglaubwürdig. Ohne Beweis behauptete der Richter, Pabst habe spätestens seit 1959 an Gedächtnisschwund gelitten.¹⁰² Der SDR und Ertel wurden zum Widerruf in der *Tagesschau* (sic!) verpflichtet.

Auch die Berufung Ertels, des SDRs und des mitangeklagten Intendanten Bausch (CDU) scheiterte¹⁰³, genauso wie das Auslieferungersuchen des Generalstaatsanwaltes der DDR an den Justizminister der BRD, Gustav Heinemann.¹⁰⁴

Warum nie ein Staatsanwalt in der Bundesrepublik Deutschland auf die Idee kam, Pabst wegen seines Mordgeständnisses von 1962 anzuklagen, sei dem Urteil des Lesers überlassen. Pabst wie Souchon blieben jedenfalls ohne Strafe.

Und so ist der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ungesühnt. Bis heute.



Hermann W. Souchon als
Kläger vor Gericht, 1969

4. Tod

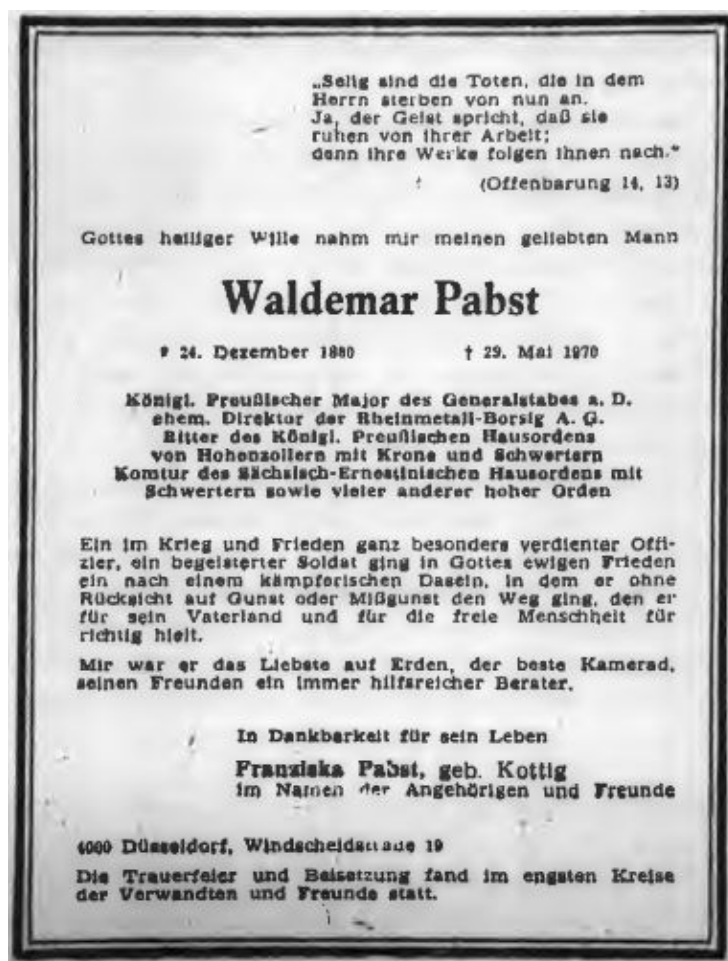
Am 29. Mai 1970 starb Waldemar Pabst.

«Ein im Krieg und Frieden ganz besonders verdienter Offizier, ein begeisterter Soldat ging in Gottes ewigen Frieden ein nach einem kämpferischen Dasein, in dem er

ohne Rücksicht auf Gunst oder Missgunst den Weg ging, den er für sein Vaterland und für die freie Menschheit für richtig hielt.»

So dichtete seine zweite Frau und nunmehrige Witwe Fränze Pabst. In der Nähe der Schweizer Hauptstadt neben seiner ersten Frau wurde er begraben, wunschgemäß durch Otto Karrer, einen in der Schweiz hoch angesehenen Jesuitenpater. Und Kadettenkameraden standen stramm, so ihr Alter dies noch zuliess.

Wenn nun aber der Weg, den er für die freie Menschheit für richtig hielt, ihn nicht in Gottes ewigen Frieden, sondern in den Krieg der Hölle geführt hat? Als Katholik muss man so etwas einkalkulieren. Was macht er aber dann in der Hölle: Geschäfte mit glühenden Kohlen? Exekutionen? Morde? Versucht er eine Höllen-Internationale? Oder putscht er nur?



XII. Fazit

Ernst Julius Waldemar Pabst ist eine Figur mit einer ungeheuerlichen Biografie, dessen Einfluss auf die Politik des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts bislang deutlich unterschätzt wurde. Er war ein Vertreter des im halbabsolutistischen Kaiserreich aufstrebenden Bürgertums, der sich durch Flucht aus der unglücklichen elterlichen Ehe sich ehrgeizig der inhumanen Zurichtung der Kadettenanstalt unterwarf. Als Offizier stieg er in leitende Funktionen auf und suchte 1914 im «Augusterlebnis» der preussisch-protestantischen Militärkaste seine Erfüllung. Als dies in den Stahlgewittern des vom imperialistischen Deutschland ausgelösten Weltkrieges, im ersten industriellen Massaker der Menschheit endete, kam es als Reaktion darauf zum Aufstand der proletarischen Massen. Für Pabst gingen damit sein Monarch, seine Armee, ja seine Welt unter. Er entwickelte sich deshalb zum 1. Generalstabsoffizier der Konterrevolution, zum Anti-Napoleon.

Der Aufstieg des kleinen, eitlen, aber auch hypochondrischen Mannes mit den Lackstiefeln und den weichen Händen, dem die Novemberrevolution die anstehende Beförderung zum Major verdarb, wäre aber undenkbar ohne die führenden Männer der deutschen Sozialdemokratie. Sie hatten langsam, aber konsequent ihre Partei von einer revolutionären zu einer konterrevolutionären geformt.

Die Funktionsträger der Gewerkschaften und der Partei entwickelten sich spätestens 1913 zu willigen Helfern einer raumgreifenden Kriegspolitik des Grossbürgertums, der Kartelle, Oligopole und der Militärkaste. Ihr Wille, der Stigmatisierung als vaterlandslose Gesellen durch besonders deutlich gezeigte Vaterlandsliebe zu entgehen, um innerhalb der aufstrebenden nervösen Grossmacht in gesicherte Machtpositionen zu gelangen, paarte sich hier mit autoritären und völkischen Fixierungen. Als ihr hierin herausragendster Vertreter traf Gustav Noske auf Waldemar Pabst. Ihre Zusammenarbeit, sozusagen als Ausführungsduo des Bündnisses von SPD-Führung und Oberster Heeresleitung, gründete auf ähnlichen Fixierungen.

Pabst und Noske waren, um es in ihren Worten auszudrücken, Fleisch vom gleichen Fleische und Blut vom gleichen Blute. Dies erstaunt umso mehr, als Noske keinerlei militärische Karriere vorweisen konnte – allerdings immer gern eine Uniform angezogen hätte und dies auch im August 1914 in Belgien, auf dem Höhepunkt nationaler Erhebung, ein einziges Mal getan hat. Pabst wie Noske stehen für die Einführung des Terrors in die deutsche Innenpolitik. Ihre Ursprünge haben diese Handlungszwänge in der ungeheuerlichen Entwicklung der wilhelminischen Kriegspolitik. Von keiner bür-

gerlichen Revolution, von keinem Liberalismus gebremst und von der Aufklärung nur gestreift, entwickelte der preussisch-imperiale Militarismus sehr früh einen auf Vernichtung gerichteten Kriegsbrauch, der mit der brutalen Niederschlagung des Boxeraufstandes in China und dem Völkermord an den Hereros und Namas in Afrika begann, sich im Ersten Weltkrieg in der brutalen Reaktion auf einen vermeintlichen Volkskrieg an der Zivilbevölkerung Belgiens entlud und nun, da es zur Revolution kam, sich gegen die eigenen «Volksgenossen» wandte. Genau das zu sein, wurde ihnen jedoch abgesprochen, diejenigen, die aufbegehrten, waren keine Volksgenossen mehr. Sie wurden wie andere «Rassen» aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen. Auführer waren damit grundsätzlich zum Abschuss freigegeben.

Nach dem Ersten Weltkrieg jedoch beteiligte sich auch die Führung der SPD an solcherart Ausgrenzung. Das macht den Unterschied zu den Vorkriegszuständen aus. Auch die SPD-Oligarchie war überzeugt, auf keinerlei Kriegsrecht mehr achten zu müssen. Diese Entwicklung hat Waldemar Pabst zusammen mit Gustav Noske wie kein anderer in den Terrorbefehlen vom März 1919 vorangetrieben. Er ist der Initiator der konterrevolutionären Massaker, der Vernichtungspolitik gegen die Unterschichten. Er konnte dies nur sein, weil er in Noske einen willigen Befehlshaber fand, der wie er dachte und fühlte. Wobei Noske niemals allein stand, sondern die Unterstützung der Führungsmannschaft der SPD, insbesondere Friedrich Eberts, Wolfgang Heines und Gustav Bauers fand, hinter denen aber David, Severing, Südekum, Kolb und auch Legien nicht zurückstehen wollten. Als Noske im Reichstag die von ihm wie von Pabst und dem preussischen Militarismus identisch gebrauchte Formel «Not kennt kein Gebot» als seine völkerrechtswidrige Handlungsschnur enthüllte und mit dem Bonmot «Da gelten Paragraphen nichts, sondern da gilt lediglich der Erfolg, und der war auf meiner Seite» unterstrich, vermerkte das Protokoll stürmische Begeisterung bei der Mehrheitssozialdemokratie und bei den Rechten. Noske, der auch den verschärften Befehl von Pabst, welcher eine Lizenz zum hemmungslosen Morden war, mitgetragen hat – dies wurde bislang von der Forschung bestritten – und der sogar Jahre nach diesen Massakern schuldigen Erfüllungsgehilfen vor Gericht den Freispruch verschaffte, dieser Noske wandte jenes Prinzip des von Pabst übernommenen Vernichtungskrieges ohne Wenn und Aber gegen Matrosen, Arbeiter, Soldaten, Intellektuelle und sogar gegen die eigene Basis an. Ergebnis: ein bisher nie dagewesener Bürgerkrieg und eine flächendeckende Demoralisierung der revoltierenden Unterschichten.

In diesem Zusammenhang muss Pabsts bekannteste und folgenschwerste Tat gesehen werden, die Ermordung der Revolution durch die Liquidierung ihrer mythischen, aber auch führenden Köpfe, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Billigung ihrer Ermordung, direkt durch Noske und indirekt durch Ebert und die anderen Regierungsmitglieder, manifestiert sich allein schon in der konsequenten Nichtverfolgung durch

die von der MSPD geleitete Exekutive – so hat es Pabst auch immer verstanden. Noske billigte Pabsts Entscheidung zweifach, indem er sie, ohne zu befehlen, wissentlich zuließ und indem er durch eigene Unterschrift in eigener Verantwortung die Täter laufen liess. Pabsts direkter Einfluss auf das höchste Mass an Terror – den Wilhelm II. immer nur angedroht, den aber die MSPD-Oligarchie hatte umsetzen lassen – sowie die Ermordung der Revolutionsführer markieren die Geburtsstunde des deutschen Faschismus. Hitlers Kommissarbefehl und der Kriegserlass der Wehrmacht sind späte Folgen dieser Politik. Letzterer nimmt sogar wörtlich Bezug auf die Novemberrevolution. Hier ist Pabsts Einfluss als 1. Stabsoffizier der Konterrevolution gar nicht hoch genug einzuschätzen. Er, der sich «des Wohlwollens und des Vertrauens des damaligen Reichswehrministers» erfreute (so Canaris), ist der böse Geist der Sozialdemokratie, der ihr den Vernichtungsschlag gegen die Revolution einflüsterte, dabei aber auf keinen grossen Widerstand stiess. Hier trat er für kurze Zeit aus seiner Rolle als Mann der zweiten Reihe heraus und bekam aufgrund seines «massgeblichen militärischen Einflusses» (so Noske) Zugriff auf die deutsche, wenn nicht gar europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Als aber die Revolution vernichtet war, löste Pabst von sich aus den Pakt mit der SPD, der für ihn immer nur einer auf Zeit gewesen war. Die SPD-Führung versagte in seinen Augen, da sie weder den Versailler Vertrag verhindern noch die versprochene durchmilitarisierte präfaschistische Gesellschaft, mit einer Freikorps-Reichswehr als Kern und einer Millionenschar von Zeitfreiwilligen, Einwohner- und Bürgerwehren, technischen Streikbrechern und rassistischen Wehrbauern, einlösen konnte. Die Entente liess dies einfach nicht zu. Daher versuchte Pabst, vor allen anderen Militärs, Noske als Diktator auf seine Seite zu ziehen. Der war dem nicht abgeneigt, wusste aber, dass es dann zu neuen Aufständen der Unterschichten kommen würde, und versagte Pabst die Gefolgschaft. Dies war für Pabst der Anlass zum Putschversuch vom Juli 1919, der nicht gelang, weil er unvorbereitet und ohne Verabredung mit dem ebenfalls putschwilligen General Lüttwitz vom Zaun gebrochen wurde. Pabst geriet in die Kritik der Militärführung und nahm seinen Abschied, die Generalstabsuniform und der Majorstitel blieben ihm deswegen versagt, und zeigte sich entsprechend verbittert. Er sammelte nun als «ziviler» Generalstabsoffizier alle Kräfte gegen die Sozialdemokratie und gegen «die Brüder von Weimar», hatte aber seine Lektion gelernt und versuchte, durch offene Agitation in Kombination mit Geheimdienstarbeit, erneut den Putsch zu organisieren. Weil jedoch General Lüttwitz diesmal eigenmächtig vortrat, das «Unternehmen» wagt, obwohl Pabst die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen hatte, floh der Hauptmann a.D. Diese Flucht, dieser Moment der Schwäche, rettete Noske, Ebert und die Regierung vor der Verhaftung, vielleicht sogar vor der Exekution, und schwächte den als Kapp-Putsch in die Geschichte eingegangenen Staatsstreich entscheidend. Pabst hatte in einem wichtigen Moment versagt. Eine zweite Chance bekam er nicht. Im nach-

folgenden Generalstreik ging der Putsch unter, liess aber der Führungsoligarchie der MSPD bei entscheidender Schwäche der Gewerkschaftsführung und der USPD die Chance, die von Pabst praktizierten Methoden der Massenerschiessungen ohne Recht, ja sogar ohne Standrecht weiter in die Tat umzusetzen. Geheimverordnungen, die man als Gesetze nicht gewagt hatte vorzulegen, wurden aus der Schublade geholt und nicht gegen die Putschisten, sondern gegen die Aufständischen im Ruhrgebiet angewandt, die als Reaktion auf den Rechtsputsch nun endlich die Umsetzung des SPD-Parteiprogramms von 1891 forderten: Abschaffung des Militarismus und Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Der Kern dieser Geheimverordnungen geht auf Pabst zurück, so weit war sein Geist schon eingedrungen. Pabst selbst, ausgestattet mit falschen Papieren des «Chefs der preussischen Geheimpolizei», konnte ungehindert über Bayern, das aus dem Kapp-Putsch schon als katholisch-reaktionäre Diktatur hervorging, nach Österreich flüchten und dort bleiben. Nie wurde von Deutschland aus ein Auslieferungsantrag gegen den Hochverräter gestellt.

Pabst versuchte nun erneut, eine konterrevolutionäre Truppe aufzubauen, was ihm auch durch geschicktes Taktieren zwischen allen Gruppen der teilweise stark zerstrittenen nationalen und internationalen Konterrevolution gelang. Er bremste Ludendorff und seinen alten Freund Oberst Bauer genauso aus wie die bayerischen Separatisten und Alpenbund-Fanatiker Escherich und Pittinger, wie auch die katholischen christlich-sozialen Tiroler Bauernfraktionen. Immer auch schaffte er es, die Finanzierung durch Grossindustrielle, durch Bayern oder durch Italien und Ungarn, zu organisieren. Pabst musste in Österreich auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie verzichten, die zwar im Alpenstaat auch reformerisch, aber nicht völkisch war.

Innerhalb weniger Jahre gelang es ihm, einen schlagkräftigen militärischen Apparat aufzubauen. Er vergass aber nie sein Ziel: den Putsch, diesmal gegen das demokratische Österreich. Dabei konnte er das Vertrauen des Bundeskanzlers Seipel gewinnen, wurde aber im Lavieren zwischen katholisch-konservativem Milieu, der ungelösten Südtirolfrage, die ihn – wie Hitler – nicht wirklich interessierte, und dem faschistischen Italien fast handlungsunfähig. In Italien hatte sich endlich ein Staat entwickelt, der für Pabst und seine Ziele wie geschaffen schien. Der Stabsoffizier entwickelte den Plan einer faschistischen Weissen Internationale, in dem Österreich, Italien, Ungarn und Deutschland einen Staatenbund mit starker, gegen die «jüdische Demokratie» (Pabst) gerichteter Staatsgewalt entwickeln sollten. Doch die einzige Gemeinsamkeit, welche die divergierenden Fraktionen der österreichischen Heimwehren zusammenhielt, der Antibolschewismus, wurde gesprengt durch Pabsts Unterstützung aus Italien, das sich als Besatzer Südtirols keiner grossen Beliebtheit im konservativen Alpenstaat erfreute. Als die massive Unterstützung aus Italien publik wurde, Pabsts Intrigen gegen die österrei-

chische Regierung schwarz auf weiss vorlagen und ein neuer Bundeskanzler an die Macht kam, war Pabst nicht zu halten. Er wurde 1930 ausgewiesen – in sein faschistisches Musterland Italien.

Zwar durfte Pabst bald darauf zurückkehren und wurde – ein protestantischpreussischer Militär – am Brenner und in Innsbruck triumphal empfangen, auf Händen getragen und mit «Heil Pabst»-Rufen beglückt, doch zeigte sich hier Pabsts entscheidende Schwäche: Er war Staboffizier, glänzender Geheimdienstler, Netzwerker und minutiöser Planer, jedoch ein Trommler, ein Bierkelleragitator wie Hitler war er nicht. Pabst gelang es immer nur, die militärischen Massen, aber nicht die zivilen, deklassierten Schichten des Kleinbürgertums und die enteigneten Subproletarier zu erreichen. Gleich wohl war Hitler auf ihn aufmerksam geworden und wollte ihn faktisch zum 1. Generalstabsoffizier seiner Partei machen. Als Pabst nicht darauf einging, sei es, weil er sich einem Mann wie Hitler nicht unterordnen wollte, sei es, weil dessen Konzept des Grossdeutschen Reiches seinem, der faschistischen Internationale, nicht entsprach, hatte er sich einen Feind geschaffen, der ihn auf die Liste setzte.

Es gelang Pabst noch, ab 1931 von Berlin aus durch den versuchten Pakt mit den Nazis – bei aller persönlicher Distanz zu Hitler, aber umso grösserer Nähe zu Göring – am Untergang des demokratischen Österreich entscheidend zu partizipieren. Doch damit endete auch sein unmittelbarer Einfluss in der Politik. Pabst wandte sich nun einer anderen Tätigkeit zu, dem Rüstungsgeschäft.

Durch seinen Regimentskameraden General Thomas zum Direktor bei Rheinmetall aufgestiegen, entwickelte er sich zu einem überaus erfolgreichen Rüstungsmanager mit Konzentration auf das Auslandsgeschäft. Diese neue Karriere führte ihn bald in die Schweiz, als Agent von General Thomas und als Zulieferer wie Profiteur des Vernichtungskrieges im Osten. Pabst konnte sich dabei auf die Zustimmung und das Wohlwollen entscheidender konservativer und reaktionärer Funktionsträger der Schweizer Eidgenossenschaft stützen. Da Pabst bei allen seinen Aktionen ein genialer rechter Netzwerker und Schmeichler war, der sich ein fast undurchdringliches Netz von Sympathisanten, Zuträgern, Finanziers und Anhängern schuf – eine Fähigkeit, die ihn auch immer dem Zugriff seiner Gegner entzog –, drohte ihm wirkliche Gefahr nur von Leuten, die noch rechter standen als er, z.B. von Hitler. In dieser Netzwerkerfunktion scheute sich Pabst auch nicht, als Doppelagent zu fungieren, jedoch als asymmetrischer. Das heisst, sein Ziel als «Agent» verlor er nie aus den Augen, gab dafür aber immer etwas Information von seiner Seite preis. Dies verschaffte ihm Sicherheit.

Eine seiner bislang unbekannteren Aktionen war die Erpressung Stresemanns Mitte der 20er Jahre, dem er drohte, die 1919 gemeinsam ausgeheckten Putschpläne publik zu machen. Stresemann, inzwischen zum «Vernunftrepublikaner» gewandelt, betrieb prompt Pabsts Amnestierung und versorgte ihn ab 1925 als seinen Agenten in Österreich mit erheblichen Geldern. Pabst wiederum trug dazu, Stresemann von seiner gross-

deutschen, gegen Italien gerichteten Politik abzubringen, half ihm, die Verständigung mit der Entente einzuleiten, dadurch Versailles zu untergraben und die Wiederaufrüstung von Reich und Geist zu ermöglichen.

In der Schweiz wiederum gelang es Pabst durch seine Netzwerkfähigkeit, sich einzunisten und als Edelintemierter und Nutzniesser der NS-Rüstungsindustrie noch vor Beendigung des Krieges wieder Waffengeschäfte zu betreiben. Selbst ein Auslieferungsbegehren Frankreichs überstand er.

Im neuen westdeutschen Staat gelang es ihm allerdings nicht mehr, sich in entscheidende politische, geheimdienstliche oder militärische Positionen zu heben. Man war jetzt christlich-konservativ und nationaler Erhebung erst einmal abgeneigt. Auch seine politischen Freunde Heinz, Oster und Hahn wurden durch Intrigen eines konkurrierenden Geheimdienstes ausgeschaltet. Eine Neuauflage der Weissen Internationale misslang kläglich, der Kontakt zu alten Nazisplittergruppen versandete. Als ihm auch ein letzter «Putsch» gegen die neue und noch gar nicht auf Rüstungsproduktion eingestellte Rheinmetall-Führung misslang, flüchtete er sich in den Aufbau einer marginalen rechtsextremen Zeitung und landete auf der untersten Stufe der Waffenschiebereien: Billigraketen, Tretminen und Napalmbomben für rechte Diktaturen auf der ganzen Welt, inklusive der auf die Vernichtung Israels ausgerichteten ägyptischen.

Waldemar Pabst, der Generalstabsoffizier der Konterrevolution, der temporäre Paktierer mit der SPD, der diese Partei erst auf den entscheidenden Weg brachte, der geniale Taktiker, Organisator, der Netzwerker und Schmeichler, gelangte erst 1962 durch ein legendäres SpzgeZ-Interview ans Licht einer breiteren Öffentlichkeit. Und er weckte die Fahnder im anderen deutschen Staat auf, die aber seiner nicht habhaft werden konnten.

Der Tat, die mitentscheidend war für das Schicksal Weimars, ja Europas, die Ermordung Luxemburgs, Liebknichts und der Revolution, konnte er sich nun ungesühnt brüsten. Überhaupt: In seinem fast 90-jährigen Leben hat Pabst nie einen irdischen Richter gefunden.

Anhang

Dokumente

Dokument 1¹

Der verschärfte Schiessbefehl

Faksimile

Dokument 2²

Das Streikbekämpfungspapier

Faksimile

Dokument 3³

Das Putschpapier

Dokument 4⁴

Der Mordbefehl

Dokument 5⁵

Die Billigung

Faksimile

Befehl Nr. 10.3.1919. und den 11.3.
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Lebensretter Wer sich mit Waffen widersetzt oder plündert, gehört sofort an die Mauer, dass das geschieht, dafür ist jeder Mäurer mit verantwortlich.

Wegner sind aus Häusern, aus welchen auf die Truppe geschossen wurde, sämtliche Bewohner ganz gleich ob sie ihre Schuldlosigkeit beteuern oder nicht, auf die Strasse zu stellen, in ihrer Abwesenheit die Häuser nach Waffen zu durchsuchen; Verdächtige "ernstlichkeits" abzusuchen, Personen, bei denen tatsächlich Waffen gefunden werden, zu erschliessen.

1.) Im Laufe des Nachmittags des 10.3. und am 11.3. ist mit dem Entwaffnen der Bevölkerung fortzuführen, bzw. im neu besetzten Gebiet sofort zu beginnen. Es ist die Pflicht der Regimentsgruppen diese Entwaffnung endlicherstlos durchzuführen, um ein erneutes Aufflammen des Spartacistenkrieges für alle Zeiten unmöglich zu machen. Den Truppen ist auf den eingehendsten einkuscherten, dass trotz der grossen Erfolge unsere Aufgabe erst dann erfüllt ist, wenn kein Unberechtigter mehr im Besitz von Waffen ist.

2.) In Einzelnen wird befohlen:

a.) Die Durchsuchungen haben möglichst unter Hinzuziehung von Kriminalbeamten und Polizei zu erfolgen, dass jeder Finkel in Wohnungen, Boden und Keller und in den Höfen genau durchstübert werden.

b.) Um ein Verschleppen der Waffen zu verhindern, ist vor Beginn der Durchsuchung der Häuserblock mit Stacheldraht abzusperren und jeder Verkehr im Raume selbst sowie hinein und heraus zu unterbinden.

c.) Auf diese Weise wird systematisch das zugewiesene Gebiet durchsucht.

d.) Auf den Bahnhöfen des Fern-Stadtbahn und Untergrundbahnverkehrs ist die Durchsuchung der Passanten mit ganz besonderer Strenge vorzunehmen. Es ist bekannt geworden, dass die Spartacisten mit diesen Verkehrsmitteln Berlin zu verlassen suchen.

e.) Jeder Hausbewohner oder Passant, der in unrechtmässigen Besitz von Waffen gefunden wird, ist festzunehmen und mit kurzem Bericht in dem nächsten Gefängnis abzuliefern. Wer sich mit der Waffe in der Hand zur Wehr setzt, ist sofort niederschliessen.

f.) Nur solchen Leuten ist die Waffe zu belassen, die einen Ausweis zum Führen von Waffen besitzen, der von einer militärischen Kdo-Behörde oder von Polizeibehörden unterschrieben und gestempelt ist.

g.) Die K. 14 hat sein neues Gebiet, in denen die Waffendurchsuchung noch nicht begonnen hat, sofort nach allen Seiten abzusperren und jeden Verkehr von Fahrwegen und Fussgängern im Raume selbst und hinein und heraus zu unterbinden.

Beginn dieses Lagerwerk ist auf den GÖrlitzer Bf. zu verlegen, da Nachrichten verbreitet sind, dass die Spartacisten besonders von diesem Bahnhof aus zu entkommen suchen.

4.) Im Abschnitt der Marine Brigade und des K. 8. K. 11, in dem die Entwaffnung schon weiter vorgeschritten ist, können gewisse Erleichterungen im Verkehr eintreten. Alle Leute, die in dem Gebiet arbeiten wollen, und einwandfrei zur Arbeit gehen, können passieren. Nur Fahrzeuge bleibt der Verkehr wie bisher gesperrt.

gen. v. H O F K A H N.
Für die Richtigkeit.

Hauptmann und i. Genstabsoffiz.

K o r p s b e f e h l

- 1) Der Generalstreik der Eisenbahner ist erklärt, der Betrieb ruht auf den meisten Bahnhöfen, nur auf dem Lehrter Bahnhof wird z.Zt. noch gearbeitet.
- 2) Das Garde-Kav.-Sch.-Korps ist beauftragt, die Durchführung der notwendigen Transporte - unter Anwendung von Waffengewalt- zu erzwingen. Der Reichswehrminister hat anliegende Verfügung auf Grund des Belagerungszustandes erlassen, nach der jede Arbeitsverweigerung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft wird. Die beifolgenden Plakate sind sofort überall öffentlich anzuschlagen.
- 3) Mit der Durchführung des Niederzwingens des Streikes wird 2. und 3. Mar.Brig. zusa mmengefasst als Marine-Detachement unter Führung des Korvettenkapitäns v.Loewenfeld beauftragt. 2.u.3. Mar.Brig. sind im Anmarsch auf Berlin und sind nach näherer Anweisung des Quartiermeisters unterzubringen.
- 3) 2. und 3.Mar Brigade besetzen nach näherer Anweisung des Kapitäns v. Loewenfeld folgende Bahnhöfe
I Verschiebebahnhöfe

Pankow
Lichtenberg
Rummelsburg
Nieder Schöneweide
Tempelhof
Grunewald
(Wustermark wird von RW.B 3 besetzt und dem Mar.Det.unterstellt)
Hamburg-Lehrter Güterbahnhof
Stettiner Güterbahnhof
Nordbahnhof
Ostbahnhof
Schles.Güterbahnhof
Görlitzer "
Anhalter "
Potsdamer "

II Güterbahnhöfe

III Personenbahnhöfe

Schlesischer Bahnhof
Stettiner "
Anhalter "
Lehrter "
Potsdamer "
Görlitzer "
Charlottenburg

IV Eisenbahndirektion (Schöneberger Ufer 1-4) ist von 100 Mann des Eisenbahnbattalions 4 (Kommandantur) besetzt, die Wache tritt unter den Befehl des Marine Detachements.

Die Wachen sind so stark zu halten und mit so bestimmten Befehlen zu versehen, daß sie unter allen Umständen die Arbeitswilligen schützen und Streikende bezw. Streikposten mit Waffengewalt zur Arbeit zwingen können. Jede Wache ist einem älteren tüchtigen Offizier zu unterstellen und mit 1 - 2 MG's auszurüsten.

Die bereits von den z.Zt. in Berlin liegenden Truppen auf obigen Bahnhöfen gestellten Wachen sind ordnungsmäßig abzulösen und treten dann zu ihrem Truppenteil zurück.

Es empfiehlt sich, die einzelnen Offiziers-Wachen in Gruppen zusammenzufassen und unter einheitlichen Befehl von Bataillons-Kommandeuren zu stellen. In jeder dieser Gruppen muss eine starke Reserve ausgeschieden sein., gegenseitige Unterstützung und gute Verbindung der Wachen innerhalb der Gruppen und der Gruppen untereinander muß gewährleistet sein.

z.B. Gruppe A Schlesischer Pers.Bahnhof
Schlesiger Güter-Bahnhof
Ostbahnhof

Gruppe B Anhalter Pers.Bahnhof
Anhalter Güter-Bahnhof
Eisenbahndirektion
Potsdamer Güter-Bahnhof
Potsdamer Pers.Bahnhof

Gruppe C Lehrter Pers.Bahnhof
Hamburg-Lehrter Bahnhof
Stettiner Güter-Bahnhof
Stettiner Pers.Bahnhof

Die Gruppenführer müssen telefonisch angeschlossen sein, die Wachen benutzen die Bahnhofsfernsprecher.

Stabsquartier des Detachementsführers Kapitän v.Loewenfeld (Fernsprecher 1594 Lützow, Askanischer Platz 5)

5) Welche Objekte zu schützen sind teilen sie Oberbahnhofs-vorsteher mit Nur hierauf erstreckt sich die Mitwirkung der Eisenbahnbehörden, alles übrige ist lediglich Sache der militärischen Befehlshaber, die nach den folgenden Grundsätzen unbedingt zu verfahren haben:

Streikposten und Streikende, die sich auf dem Bahngelände aufhalten sowie Hetzredner sind mit Anwendung rücksichtsloser Waffengewalt festzunehmen und oder unschädlich zu machen. Arbeitswillige sind unter allen Umständen zu schützen.

6) Vom 28.6. 8 Uhr vorm. ab werden die Hauptträdelsführer, die bis dahin gemäß der Verfügung des Oberbefehlshabers Noske vom 27.Juni die Arbeit noch nicht aufgenommen haben, durch die Staffel K aus den Wohnungen geholt und unter militärischer Bewachung zur Sammelstelle geführt.

Mar.Det. richtet eine Sammelstelle ~~ein~~ im Eisenbahndirektionsgebäude (Schöneberger Ufer 1-4) ein, bis zur Fertigstellung sind die Festgenommenen zum Stabsquartier des K.S.K.14 im Schloß zu führen. K.S.K.14 übernimmt bis dahin die Aufgaben der Sammelstelle.

Auf der Sammelstelle sind die Festgenommenen durch einen älteren Offizier zu befragen, ob sie freiwillig die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Wer sich weigert, wird mit einem kurzen Bericht im Untersuchungsgefängnis (Alt-Moabit) eingeliefert, wo seine umgehende Aburteilung durch das außerordentliche Kriegsgericht erfolgen wird. Leute, die sich bereit erklären zu arbeiten, sind unter militärischer Bewachung zu den Arbeitsstellen zu führen, wo sie von der Wache in Empfang genommen werden. Nach Anweisung des Oberbahnhofs-vorstehers sind sie dort in einem Betriebe zu beschäftigen unter dauernder militärischer Bewachung. Wer sich trotzdem weigert, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten, wird weiter zur Arbeit gezwungen und nach Androhung des Waffengebrauchs festgenommen und ins Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Nach Beendigung der Arbeitszeit sind die unter militärischem Schutz Arbeitenden in einem Raum unterzubringen, wo sie von der Eisenbahnverwaltung gepflegt und untergebracht werden. Die Bewachung stellt die dort befindliche Wache. Den Leuten ist zu eröffnen, daß sie ihre Freiheits sofort wieder erhalten, sobald so viele Arbeitswillige sich eingefunden haben, daß der Betrieb aufrecht erhalten werden kann. Wer freiwillig und ohne Unwillen seine Arbeit tut, kann nach Ermessen des wachhabenden Offiziers schon vorher von der Massenunterbringung befreit werden.

7.) Die Sammelstelle teilt umgehend dem Garde-Inf.-Schul Korps die Namen derjenigen zwangsweise her geführten mit, die die Arbeit verweigert haben und in das Untersuchungsgefängnis zur Aburteilung eingeliefert sind, sowie diejenigen, die die Arbeit aufnehmen wollen. Die Eisenbahndirektion wird diese Namen sofort veröffentlichen und versuchen, die Arbeitswilligen unter Hinweis auf ~~die~~ den militärischen Schutz und den militärischen Zwang zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen.

8-) Es wird besonders darauf hingewiesen, daß bei Widerstand rücksichtslos von der Waffe Gebrauch gemacht werden wird. Es ist Ehrensache der Reichwehrtruppen, daß der Eisenbahnstreik mit seinen unübersehbaren wirtschaftlichen Folgen mit dessen Niederschlagung das Militär beauftragt ist, in kürzester Zeit gebrochen wird.

I a des Korps -Kdrs.
für die Wichtigkeit *gen. v. C.*

P a b s t ,
Hauptmann und 1. Generalstabsoffizier.

Dokument 3

Das Putschpapier

«Berlin, den... Juli 1919

Eure Exzellenz [General von Lüttwitz]

werden von sämtlichen Kommandierenden im Namen der ihnen unterstellten Truppen gebeten, die nachstehenden Forderungen der Truppen unverzüglich bei der Reichsregierung vorzubringen und die Reichsregierung aufzufordern, innerhalb einer Frist von 6 Stunden nach Eingang der Forderungen diese anzunehmen,

I. Die Auflösung des GKSK und der Abtransport von bisher zu ihm gehörenden Truppenteilen erfolgt nicht. Die Truppen sind zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Wiederherstellung der Ordnung herbeigerufen und hierzu nach wie vor dringend nötig. Denn die Truppen sind der Ansicht, dass diese Aufgabe, für die sie sich bisher restlos eingesetzt haben, noch nicht gelöst ist, und dass sie dann ihr Wort, für die Ruhe und Ordnung einzutreten, erfüllen, wenn sie weiterhin zum Schutz der Hauptstadt und im Verbände des GKSK verbleiben.

II. Die Reichsregierung darf ferner nicht eher einen einzigen Mann entlassen, als bis jedem Angehörigen eine rechtsverbindliche Zusicherung dafür gegeben ist, dass er sich seine Existenz im Zivilleben schaffen kann. Die Kommandierenden sind ihren Truppen gegenüber verpflichtet, diese solange zusammenzuhalten, bis eine Sicherheit unzweideutig von der Reichsregierung zugesagt und mit ihrer Erfüllung begonnen ist.

III. Der Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung bringt die Truppe nicht das Vertrauen entgegen, dass sie einmal mit starker Hand die notwendige Ordnung herstellt, und dass sie ferner die Kraft und Fähigkeit besitzt, die wirtschaftlichen Forderungen der Truppe durchzuführen. Die Truppe verlangt daher eine Umformung der Reichsregierung derart, dass unter dem bisherigen Reichspräsidenten eine *starke* Regierung aus bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Kreisen *etwa* in Form eines Direktoriums die Regierungsgewalt übernimmt.»

Dokument 4

Der Mordbefehl

«Was unsere Reise nach M.[ergentheim] angeht, so hat die hohe Justiz geruht, meine Vernehmung beim Landgericht Stuttgart für den 11.7. [1969] anzuordnen. Leider hat ein Teil der deutschen Saupresse in ihrer wüsten Sensationsgier diese an und für sich täglich x-mal vorkommende Zeugenladung zu einer ‚show‘ gestaltet und dieses Datum hinausposaunt; mit der Absicht, an dem Tage irgendwie eine Demonstration für Lu.[xemburg] / Lieb.[knecht] zu gestalten. Ob der Südfunk oder Souchon dies in Szene gesetzt haben, bzw. ihre Anwälte, weiss ich nicht; ist mir auch wurst. Ich fahre jedenfalls nicht und lasse mich auch nicht hier vernehmen, (s. Beilage, die ich sofort zurückerbitte).

Wie kann ein deutsches Gericht so saublöd sein und von mir verlangen, dass ich 50 Jahre später noch wissen kann, ob Sou.[ouchon] oder Vogel die Dame Rosa erschossen haben, zumal ich bei der Einteilung der Begleitmannschaft des Transports nicht dabei war, geschweige denn am Transport teilgenommen habe, zumal ich in jenen Kampftagen und den Tagen der Kampfhandlungen diese leiten musste.

Tatsache ist: die Durchführung der von mir angeordneten Befehle ist leider nicht so erfolgt, wie es sein sollte. Aber sie ist erfolgt, und dafür sollten diese deutschen Idioten Noske und mir auf den Knien danken, uns Denkmäler setzen und nach uns Strassen und Plätze benannt haben! Der Noske war damals vorbildlich, und die Partei (bis auf ihren halbkommunistischen linken Flügel) hat sich in dieser Affäre damals tadellos benommen. Dass ich die Aktion ohne Noskes Zustimmung gar nicht durchführen konnte (mit Ebert im Hintergrund) und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin, und warum die kriegsgerichtliche Verhandlung so verlaufen ist, Vogel aus dem Gefängnis befreit wurde, usw. Als Kavalier habe ich das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit.

Die Saukerle vom Spiegel – Stern –, hätten gern herausbekommen, wer alles hinter unserer Aktion gestanden hat. Wenn es nicht möglich ist, an der Wahrheit vorbeizukommen und mir der Papierkragen platzt, werde ich die Wahrheit sagen, was ich auch im Interesse der SPD gern vermeiden möchte. Leider habe ich festgestellt, dass den jetzigen Führern der SPD Noske kaum noch ein Begriff ist u.[nd] ebenso wenig seine Leistungen u.[nd] auch an Ebert erinnern sie sich zwar, aber nur ungern. Deren Bündnis mit uns Soldaten liegt ihnen im Magen.»

OTTO KRANZBÜHLER
Rechtsanwalt

818 TEGERNSEE, den 12.1.1993

Herrn
Klaus Gietinger

6000 FRANKFURT 90

Sehr geehrter Herr Gietinger,

für Übersendung Ihrer Arbeit über Aufklärung der Umstände, unter denen Rosa Luxemburg den Tod gefunden hat, bedanke ich mich sehr. Ich habe Ihre Untersuchungen mit Interesse gelesen und kann die Akribie Ihrer Nachforschungen nur anerkennen.

Dass ich trotzdem in der Schlussfolgerung, dass nämlich Souchon der Todesschütze gewesen sein soll, anderer Ansicht bin, wird Sie kaum verwundern. Ohne dass ich auf alle Einzelheiten eingehen möchte, scheinen mir doch die folgenden Umstände bemerkenswert.

Sie unternehmen den gewagten Versuch, den Mann zum Täter zu erklären, der das von je her bestritten hat, nämlich Souchon, und den Mann nicht zum Täter zu erklären, der sich selbst immer wieder als Täter bezeichnet hat und auch in der Aussage von Souchon als Täter identifiziert worden ist, nämlich Vogel. Eine solche Beurteilung entgegen der Aussage der beiden unmittelbar Beteiligten bedarf schon überwältigender -Beweise, um zu überzeugen. Ihre Erkenntnis, dass «mit an hohe Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit» Souchon auf das Trittbrett des Wagens sprang und Rosa Luxemburg erschoss, und es»höchst unwahrscheinlich» ist, dass der nervöse Vogel noch vor Souchon geschossen hat, wird angesichts der Aussagen der beiden Beteiligten keinen Richter überzeugen. Dabei ist für mich eine Tatsache besonders bedeutsam, die in Ihrer Untersuchung nicht entsprechend ihrer Bedeutung gewürdigt wird. Der Wagen, mit dem Rosa Luxemburg abtransportiert wurde, ein ein sechssitziger

Phaeton. Souchon sass nach seiner Aussage auf der rechten Seite in der mittleren Reihe, also hinter dem Fahrer und vor der Reihe, in der Rosa Luxemburg zwischen den Begleitmannschaften sass. Ich kann in Ihrer Darstellung keinen anderen Mitfahrer finden, der diesen Platz für sich in Anspruch genommen hätte. Ebenso sicher ist, dass er bei der Überfüllung des Transports nicht leergestanden haben kann.

Für mich persönlich kommt dabei noch eine sehr drastische Schilderung von Souchon dazu, dass er sich mit seinem gewaltigen Körperformat nur mit äusserster Mühe in diesen Sitz hineinzwängen konnte und die Unterbringung seines Karabiners ihm zusätzliche Mühe bereitete.

Damit komme ich zu einer weiteren Tatsache, die Sie unerwähnt lassen. Die Offiziere der Marineeinheit steckten in Mannschaftsuniformen und trugen Karabiner. Rosa Luxemburg ist aber unstrittig mit einer Pistole erschossen worden. Die Bedeutung dieses Umstandes wird bei Ihnen nicht einmal erwähnt.

Auf weitere Einzelheiten möchte ich nicht eingehen, sondern nur zwei allgemeine Hinweise geben.

Einmal fehlt in der gesamten Darstellung eine für Leser der jetzigen Generation m.A.n. notwendige Schilderung der damaligen politischen Situation. In Berlin fand damals – ich habe das als zwölfjähriger Junge selbst erlebt – ein Bürgerkrieg statt, und die Alternative war die Wahl zwischen Sozialdemokratie oder Kommunismus russischer Prägung. Was von dieser zweiten Richtung zu erwarten war, hat Rosa Luxemburg im Jahre 1909 eindeutig zum Ausdruck gebracht mit der Forderung «alle anders Denkenden und anders Handelnden müsste man ohne Umstände erschiessen». Die Praxis des Kommunismus hat diese Maxime voll bestätigt. Nur unter diesem Gesamtaspekt ist auch die für mich ohne Zweifel bestehende Mitwirkung und Mitverantwortung der sozialdemokratischen Regierung zu verstehen. Pabst hat mir, wie

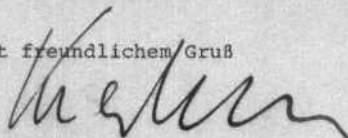
Ihnen bekannt ist, versichert, dass er vor seiner Entscheidung Noske angerufen habe. Dieser habe ihn zunächst aufgefordert, die Genehmigung des Generals von Lüttwitz zur Erschiessung der beiden Gefangenen einzuholen und nach der Einwendung Pabsts, ‚die werde er nie bekommen‘, mit den Worten reagiert, ‚dann müsse er selbst verantworten, was zu tun sei‘.

Ihre Darstellung, es habe ich um ein Offizierskomplott gehandelt ist m.A.n. historisch unrichtig.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Satz hinweisen, der mich besonders beeindruckt hat, und zwar negativ. Nach Ihrer Darstellung (S.63) wusste Pabst, «die Marineoffiziere würden zwei Dinge vereinigen: eine hervorragende Ausbildung im Töten und fanatischen Hass gegen Luxemburg und Liebknecht.» Pabst hat das an keiner Stelle gesagt. Sie unterschieben ihm also eine Meinung, die nur Ihre eigene sein kann. Was den Hass anbelangt, so handelt es sich um ein emotionelles Gefühl, dessen Vorhandensein für einen Aussenstehenden schwierig ist. Für einen Autor, der nach bald einem halben Jahrhundert darüber schreibt, ist es, gelinde gesagt, total unwissenschaftlich.

Über den anderen Teil Ihrer Meinung, Marineoffiziere hätten eine hervorragende Ausbildung im Töten, kann ich als guter Kenner dieser Ausbildung nur den Kopf schütteln. Ausbildungsziel des Seeoffiziers war die Führung von Schiffen und der Einsatz der darauf befindlichen Waffen, nämlich Artillerie, Torpedos und Minen. Der Kampf Mann gegen Mann, was Sie so wohl als Ausbildung zum Töten ansehen, lag nicht im Rahmen dieses Ausbildungsziels und fand deshalb auch nicht statt.

Ich bedaure es sehr, dass Sie Ihre so fleissige und in mancher Hinsicht erkenntnisreiche Arbeit mit einer so unqualifizierten persönlichen Meinung entwertet haben.

Mit freundlichem Gruß


Anmerkungen

Einleitung

- 1 Neues dazu bei: Uwe Soukup, *Wie starb Benno Ohnesorg*, Berlin 2007.
- 2 Solinger Tagblatt vom 16.1.1969.
- 3 «Nachts um zwei flogen Sparschweine», *Düsseldorfer Zeitung* vom 17.1.1969. Fotokopie im Nachlass Pabst, Bundesarchiv Militärarchiv (BA-MA), N 620/21, ohne Paginierung, mit Anstreichungen von Pabst. Sowie *Stadt Düsseldorf Post-Zeitung* vom 16.1.1969, Fotokopie ebenda.
- 4 Handschriftlicher Briefentwurf von Pabst an seinen Verleger Heinrich Seewald, undatiert, vermutlich Februar oder März 1969, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/17, auch abgedruckt in: Klaus Gietinger, *Eine Leiche im Landwehrkanal – die Ermordung der Rosa L.*, Berlin 1995, Dokument VII, S. 152ff.
- 5 Brief Pabst an Behrens vom 19.10.66, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/37, ohne Paginierung.
- 6 Brief Pabst an Grabowsky vom 30.9.1953, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/39, ohne Paginierung.
- 7 Gedächtnisprotokoll von Dr. Gustav Strübel und Dieter Ertel eines Gesprächs mit Waldemar Pabst vom 28.1.1966, Gietinger, *Leiche*, Dokument II, S. 139.
- 8 Brief Grabowsky an Pabst vom 12.11.1953, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/39, ohne Paginierung.
- 9 Pabst berichtet im gleichen Briefwechsel von einer Begegnung mit einem Vertreter der Popolo: «Ein alter Freund und Faschist bester Sorte.»
- 10 Pabst in einem Brief an Dr. Georg Franz vom 16.4.1969, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/17, ohne Paginierung.
- 11 Fernschreiben des 14. Kommissariats der Düsseldorfer Polizei vom 16.1.1969, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/21, ohne Paginierung.
- 12 Briefentwurf von Pabst an Heinrich Seewald, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/17, auch: Gietinger, *Leiche*, Dokument VII, S. 54.
- 13 Brief von Pabst vom 27.2.1966, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/37, ohne Paginierung.
- 14 Das Verdikt fiel während einer Veranstaltung zu Ehren Rosa Luxemburgs im Willy Brandt-Haus am 15. Januar 1999. Einer Veranstaltung, auf der sie und Ottmar Schreiner sich zur Verantwortung der SPD für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts bekennen mussten.

Kapitel I

- 1 Laut Ahnenpass, Nachlass Pabst, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (BA-SAPMO), NY 4035/1, Bl. 2. Sowie Tabellarischer Lebenslauf (ca. 1950), Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6, Bl. 21.

- 2 Schreibmaschinenabschrift von Franziska Pabst, Überschrift: «Ein früherer Entwurf eines Lebenslaufes von Waldemar Pabst. Mit besonderer Berücksichtigung seiner frühen Jugend» S. 1-4 Text von Waldemar Pabst, S. 5-11, Text von Franziska Pabst. Hier S. 1 Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1, in: Tabellarischer Lebenslauf (ca.1950) gibt er vermutlich bewusst falsch das Jahr 1881 als Geburtsjahr an, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6.
- 3 Ebd., S. 1.
- 4 Früher Lebenslauf, Text von Franziska Pabst, S. 7, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 5 Laut Ahnenpass, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 2.
- 6 Historisches Archiv der Stadt Köln, Best. 1010 Bayer, Personenkartei und/betr. Steiner: ZA-Slg Bayer. Siehe auch: Archiv des Instituts für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (SfS-Archiv), Exzerptsammlung Doris Kachulle (2003), NL 6.6, S.5.
- 7 1843-1908, jüdischer Herkunft, Exzerptsammlung Kachulle (SfS-Archiv), NL 6.6, S. 2.
- 8 Früher Lebenslauf, ebd., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1. Curtius (1814-1896) war ab 1872 Leiter des Antiquariums, an dem auch Arthur Pabst tätig war. Und gilt als Erzieher des 99-Tage-Kaisers Friedrich III., 1875-1881 Leiter der Ausgrabungen von Olympia.
- 9 Ebd., S. 3, dies wird in einem Nachruf auf Arthur Pabst bestätigt. Zeitschrift für Bildende Kunst, N.F. 7, 1896, S. 168f., zitiert nach Unterlagen des Historischen Archivs der Stadt Köln.
- 10 Laut Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25.10.1944, Schweizer Bundesarchiv Bern (BAR), E 4320(B)/1971/94, Dossier C.2.5868, Bl. 1, sind sein Bruder 1882, seine Schwester 1889 geboren. Beides vermutlich bewusst falsche Angaben von Pabst. Es existierte auch noch – aus der späteren Ehe der Mutter – eine Stiefschwester, die auswanderte.
- 11 Früher Lebenslauf, S. 2, Text von Waldemar Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 12 Nach Bensberger Kadetten (1935-40), BA-MA, Msg 3-101/1. In seinem Tabellarischen Lebenslauf, erstellt in Locarno 1944, während ihm die Ausweisung aus der Schweiz drohte, gibt er falsch 1894 als Eintrittsjahr in die Kadettenanstalt an. Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6, ohne Paginierung.
- 13 Zeitschrift für Bildende Kunst, N.F. 7, 1896, S. 168f., zitiert nach Unterlagen des Historischen Archivs der Stadt Köln.
- 14 Im Verhör der Schweizer Bundesanwaltschaft 1944 gibt er das Todesjahr des Vaters falsch mit 1895 und den Ort ebenfalls falsch mit Köln an.
- 15 Historisches Archiv der Stadt Köln, Best. 1010 Bayer, Personenkartei und/betr. Steiner, ZA-Slg Bayer. Siehe auch: Exzerptsammlung Kachulle (SfS-Archiv), NL 6.6, S. 5.
- 16 Früher Lebenslauf, S. 5, Text von Franziska Pabst. Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 17 Ebd., S. 7, Text von Franziska Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 18 Laut Heiratsurkunde von Pabsts erster Trauung hiess der Onkel Rudolf, war Trauzeuge, Major und von Beruf Verlagsbuchhändler. Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA), NPA, Bundeskanzleramt 20 8906 – 6/30.
- 19 Früher Lebenslauf, S. 6, Text von Franziska Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 20 Ebd., S. 5, Text von Franziska Pabst.
- 21 Ebd., S. 2, Text von Pabst.
- 22 Manfred Messerschmidt, Militärische Eliten in Deutschland und Frankreich seit 1870, in: Manfred Messerschmidt, Militarismus, Vernichtungskrieg, Geschichtspolitik. Zur deutschen Militär- und Rechtsgeschichte, Paderborn/München/Wien/Zürich 2006, S. 14, 16. Auch belegt durch: Das Alte Heer (anonym, «von einem Stabsoffizier»), Berlin 1920, S. 2 und Leopold von Wiese, Kadettenjahre, Ebenhausen 1978 (zuerst: Kindheit. Erinnerungen aus meinen Kadettenjahren, Hannover 1924), S. 54.

- 23** Früher Lebenslauf, S. 6, Text von Franziska Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
Ingrim schrieb ihm auch einen Brief mit Tipps beim Abfassen der Memoiren, vor allem, was wegzulassen sei: Brief Ingrim an Pabst vom 29.10.1947, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/5.
- 24** Früher Lebenslauf, S. 3, Text von Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 25** Stabsoffizier, Das alte Heer, S. 2.
- 26** Ebd., S. 3f.
- 27** Wiese, Kadettenjahre, S. 28.
- 28** Ebd., S. 40.
- 29** Ebd., S. 4L
- 30** Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke (GW) 1-10, Hamburg 1995, Bd. 3, S. 501.
- 31** Ernst von Salomon, Die Kadetten, Hamburg 1957 (zuerst: Berlin 1933), S. 28.
- 32** Salomon, Kadetten, S. 37.
- 33** Klaus Theweleit, Männerphantasien, Frankfurt/Main 1978, Bd. 2, S. 147.
Auch Wiese berichtet über den Zirkel als Folter-Waffe.
- 34** Wiese, Kadettenjahre, S. 71.
- 35** Theweleit, Männerphantasien, S. 148.
- 36** Salomon, Kadetten, S. 46.
- 37** Heinrich Heine, Caput III, Deutschland – Ein Wintermärchen, in: Sämtliche Werke, Bd. 13, Amsterdam 1856, S. 11.
- 38** Wiese, Kadettenjahre, S. 80.
- 39** Franz Uhle-Wetler: Erich Ludendorff in seiner Zeit. Soldat – Stratege – Revolutionär. Eine Neubewertung, Berg 1995, S. 23.
- 40** Roth weist zurecht darauf hin, dass unter ähnlichen Bedingungen nicht jeder zum Faschisten wurde, sondern höchstens 25%. Karl Heinz Roth: Franz von Papen und der Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), H 7,2003, S. 595.
- 41** Früher Lebenslauf, S. 6, Text von Franziska Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 42** Früher Lebenslauf, S. 3, Text von Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1
- 43** Laut Gert Buchheit, Franz von Papen – Eine politische Biographie, Breslau 1933, tritt Papen 1896 in das 5. Ulanenregiment in Düsseldorf ein, S. 8.
- 44** Roth belegt dies ausführlich, Roth, Papen und der Faschismus, S. 593-625.
- 45** Früher Lebenslauf, S. 8, Text von Franziska Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1; BA-MA, Msg 3 – 101/1, Bensberger Kadetten (1935-40, Rundschreiben u.a.). Darin: Übersicht über die dem «Ring ehemaliger Bensberger» Beigetretenen. Papen wird mit 1891-1895 angegeben; Pabst 1893-1895.
- 46** Messerschmidt, Eliten, S. 4.
- 47** Bestätigt durch: Stabsoffizier, Das alte Heer, S. 2.
- 48** Messerschmidt, Eliten, S. 5.
- 49** Ebd., S.7.
- 50** Ebd., S.8.
- 51** Ebd., S. 12.
- 52** Ebd., S. 12. Siehe auch: Holger Heinrich Herwig, Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1977, S. 167.
- 53** Volker Ullrich, Die nervöse Grossmacht, 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt 1999, S. 127.
- 54** Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Karl Marx, Friedrich Engels, Werke (MEW), Band 23, Berlin (Ost) 1975, S. 167.
- 55** Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1 , Bl. 35.
- 56** Tabellarischer Lebenslauf (ca. 1950), Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6, Bl. 21.

- 57 Zeugnis der Reife zum Fähnrich vom 12.10.1899, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 29.
- 58 Zeugnis über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst v. Friedrich-Wilhelm-Gymnasium zu Köln, vom 30.3.1898, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/ 1, Bl.31.
- 59 Abgangs-Zeugnis von der Königlichen Kriegsschule in Metz für den Fähnrich Pabst, Metz, 15.6.1900, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/ 1, Bl. 32.
- 60 Zeugnis der Reife zum Offizier vom 30.7.1900, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY4035/ 1,Bl.27.
- 61 Tabellarischer Lebenslauf (ca. 1950), Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6, Bl. 21. Sowie Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1. Kriegsranklistenauszug; Kopie auch in: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) HAIX/11 AS 6/69, Bd. 28, Bl. 23.
- 62 Früher Lebenslauf, S. 9, Text von Franziska Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.

Kapitel II

- 1 Ich folge hier der Massstäbe setzenden Arbeit von John Home und Alan Kramer, Deutsche Kriegsgreuel 1914 – Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004, S. 17-136, die sich auf umfangreiches Archivmaterial aus Belgien, Frankreich und Deutschland stützen. Bezeichnend ist, dass britische Forscher hier Pionierarbeit leisten mussten und dass die (westdeutsche Militärgeschichtsschreibung es versäumt hat, diese Verbrechen aufzuarbeiten.
- 2 Französisch für Freischärler.
- 3 Die Artikel 25-27 und 47 untersagen Plündern und Brandschatzen, die Artikel 46,50 und 56 schützen die Zivilbevölkerung – auch vor kollektiven Strafen.
- 4 Abgedruckt in Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, Anhang 2, S. 653. Interessant in dem Zusammenhang ist auch, dass die Vertreter des deutschen militärischen Widerstands im Dritten Reich Henning von Tresckow – selbst Teilnehmer des Ersten Weltkriegs – und Freiherr von Gersdorff ausdrücklich bei einer von ihnen als Abmilderung verstandenen Modifizierung des verbrecherischen Barbarossabefehls hinzufügten, der Artikel 2 der Haager Landkriegsordnung habe hier keine Geltung. Christian Gerlach, Kalkulierte Morde – Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weissrussland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 1117.
- 5 Zitiert nach Manfred Messerschmidt, Völkerrecht und «Kriegsnotwendigkeit» in der deutschen militärischen Tradition seit den Einigungskriegen, in: German Studies Review, 6 (1983), S. 239 f.
- 6 Zitiert nach Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 223.
- 7 D.V.E. Nr. 267, nach Ernst Stenzel, Die Kriegsführung des deutschen Imperialismus und das Völkerrecht, Berlin (Ost) 1973, S. 35. Eine weitere Verordnung von 1914 (D.V.E. Nr. 90) sah sogar vor, Geiseln als Schutz mitzuführen und in die Kampfhandlungen einzubeziehen. Ebd.
- 8 Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 224.
- 9 Tabellarischer Lebenslauf (ca.1950), Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6.
- 10 Zitiert nach Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 225.

- 11** «Kaiserliche Verordnung über die Strafrechtspflege bei dem Heere in Kriegszeiten und Kaiserliche Verordnung über das ausserordentliche kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer und die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit gegen Kriegsgefangene (D.V. Nr. 217), hier §18, nach: Stenzel, Kriegsführung, S. 34.
- 12** Nach Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 244.
- 13** Ebd., S. 121. Die Zahl 6'000 taucht auch schon peripher in der deutschen Literatur – nicht aber der westdeutschen Militärhagiografie – auf: Harry Pross (Hrsg.), Die Zerstörung deutscher Politik. Dokumente 1871-1933, Frankfurt 1959, S. 183. Stenzel, Kriegsführung, S. 48f. Messerschmidt, Völkerrecht, S. 244.
- 14** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 58ff.; Gerd Hankel behauptet, sich unkritisch nur auf die Aussage eines deutschen Oberstleutnants stützend, dass Freischärler die Deutschen vorher angegriffen hätten. Gerd Hankel, Die Leipziger Prozesse – Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003, S. 273f., Anm. 601.
- 15** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 64ff.
- 16** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 71ff.; auch hier gerät Hankel, sich allein auf die Aussagen deutscher Offiziere stützend, in die Falle des imaginären Franktireurkrieges, Hankel, Leipziger Prozesse, S. 273f., Anm. 601.
- 17** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 73.
- 18** Rosa Luxemburg («Junius»), Die Krise der Sozialdemokratie, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke (GW), Bd. 4, Berlin (Ost) 1974, S. 53.
- 19** Memoiren, maschinengetippt (ca. 1944) mit handschriftlichen Korrekturen Pabsts. Handschriftliche Überschrift seiner 2. Frau Franziska Pabst: «W. Pabst berichtet», S. 9 (die Seiten 1-7 fehlen), Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1. Seine Memoiren existieren als maschinengetipptes Fragment, behandeln die Zeit von seiner Geburt 1880 bis zu seiner Flucht nach Österreich 1920, umfassen knapp 200 Seiten und sind verstreut über N 620/1,2 und 8. Ein Teil davon trägt die Überschrift «Im Kampf gegen die Novemberrevolution 1918/19» (in: N 620/2, früher 5). Geschrieben und immer wieder korrigiert wurden sie von 1944 an bis in die 60er Jahre hinein. Alle diese Teile werden von mir künftig als Pabst, Memoiren bezeichnet.
- 20** Pabst, Memoiren, S. 9, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1. Eine Liste des «Zentralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegsgräber» vermerkt für den 22723.8.1914 «bei Neufchateau», Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 62.
- 21** Pabst, Memoiren, S. 8, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8. Das Blatt gehört zu N 620/1 bzw. 2, ist aber falsch eingeordnet.
- 22** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 93.
- 23** Pabst, Memoiren, S. 9, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 24** Als Beispiel für die fragwürdigen deutschen Quellen siehe Peter Schöller, Der Fall Löwen und das Weissbuch. Eine kritische Untersuchung der deutschen Dokumentation über die Vorgänge in Löwen vom 25. bis 28. August 1914, Köln/Graz 1958, insbesondere S. 23-26, S. 37f., S. 41ff. und Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 12, S. 349-363, insbesondere S. 354ff., S. 609-617.
- 25** Hankel, Leipziger Prozesse, S. 279.
- 26** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 137-243.
- 27** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 94.
- 28** Luxemburg, Krise, GW, Bd. 4, S. 51.
- 29** Ebd., S. 53.
- 30** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 21 If.

- 31 Erst ein Jahr später, 1793, erfolgte eine erste Zwangserhebung durch den Wohlfahrtsausschuss, dem Versuch einer ersten allgemeinen Wehrpflicht.
- 32 Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 221.
- 33 Gneisenau zitiert nach Friedrich Engels, Preussische Frantireurs, geschrieben für die Pall Mall Gazette, Nr. 1817, vom 9.12.1870, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 17, S. 205.
- 34 Jan Philipp Reemtsma, Die Idee des Vernichtungskrieges. Clausewitz – Ludendorff – Hitler, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995, S. 381. Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 222.
- 35 Engels, Preussische Frantireurs, S. 207. Ironie der Geschichte: 1945 wird der preussische Landsturm in Veit Harlans Durchhaltewerk «Kolberg» – ein Monumentalfilm im Auftrag Goebbels' – als Vorbild für den Volkssturm verkauft.
- 36 Witzigerweise übersetzt Engels Freikorps mit «gallisch: frantireurs», Engels, Preussische Frantireurs, S. 204.
- 37 Gerhard Wiechmann, Freikorps Lützow 1813 – Mythos und Realität, in: Militärgeschichte 1 (2002), S. 4-9.
- 38 Reemtsma, Idee Vernichtungskrieg, S. 384.
- 39 Lenin war übrigens nicht nur ein Freund des deutschen Kriegssozialismus von 1917, sondern bewunderte die preussischen Befreiungskriege gegen Napoleon und damit gegen die Französische Revolution (!) uneingeschränkt. Er forderte 1918 die russischen Massen auf, von «der richtigen Taktik der Preussen, die von Napoleon erdrückt wurden», zu lernen. W. I. Lenin Werke (LW), Berlin (Ost) 1960, Bd. 27, S. 59. S. 58, S. 68f., S. 149.
- 40 Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 215.
- 41 Was Marx wiederum veranlasste, die «Zuflucht» der Kommunarden zur «preussische [n] Sitte des Geiselnnehmens» zu rechtfertigen, Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW Bd. 17, S. 359.
- 42 Marx schreibt die Einführung von Geiselnmord der Bourgeoisie von 1848 zu. «Diese brutale Sitte ist seitdem mehr oder weniger angewandt worden bei jeder Unterdrückung eines Volksaufstandes (...) Andererseits hatten die Preussen in Frankreich [1870/71, K.G.] die Sitte wieder ins Leben gerufen, Geiseln zu nehmen – unschuldige Leute.» Ebd., S. 359.
- 43 Messerschmidt, Völkerrecht, S. 243.
- 44 Wir sind hier bei der ursprünglichen Bedeutung des Wortes. Denn der Begriff *terreur* stammt aus der Französischen Revolution und meinte die staatliche Schreckensherrschaft.
- 45 Moltke an Bluntschli, 11.12.1880, in: Pross, Dokumente, S. 29.
- 46 Messerschmidt, Völkerrecht, S. 424.
- 47 Messerschmidt, Völkerrecht, S. 424. Stenzel, Kriegsführung, S. 36. Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 223, 255.
- 48 Zitiert nach Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 223.
- 49 Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 255.
- 50 Moltke an Bluntschli, 11.12.1880, in: Pross, Dokumente, S. 29.
- 51 Vom 27.7.1900, Auszug bei Pross, Dokumente, S. 38f.
- 52 Zitiert nach Hankel, Leipziger Prozesse, S. 269.
- 53 Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, 231ff., siehe auch Stenzel, Kriegsführung, S. 25.
- 54 Home/Kramer, Ebd., S. 238.
- 55 Ebd., S. 245, Hankel spricht von ähnlichen Tagesbefehlen, Hankel, Leipziger Prozesse, S. 263.
- 56 Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie: Erläuterungen zum Erfurter Pro-

- gramm von Karl Kautsky und Bruno Schoenlank, Berlin 1892, S. 18-27, abgedruckt in: Peter Friedemann (Hrsg.): Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1917, Bd. 1, Frankfurt/M. 1978, S. 119.
- 57** Christoph Butterwege/Heinz-Gerd Hofschien, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984, S. 56; Jörn Schüttrumpf (Hrsg.), Rosa Luxemburg oder: der Preis der Freiheit, Berlin 2006, S. 27.
- 58** Beide Zitate bei Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1988², S. 103.
- 59** Wette, Noske, 10lf. und Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach/M. 1947, S. 27.
- 60** Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I Session 1907, Bd. 228, 24.4. 1907, S. 1100.
- 61** Bebel 1907, in: Butterwege/Hofschien, Krieg, S. 81.
- 62** Rede Severings 1903 nach: Carl Severing: Mein Lebensweg, Bd. 1., Köln 1950, S. 147.
- 63** Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I Session 1907, Bd. 228, 24.4. 1907, S. 1098.
- 64** Noske, Erlebtes, S. 30.
- 65** Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1: September 1900 bis Februar 1907, Berlin (Ost) 1958, S. 456.
- 66** Noske, Erlebtes, S. 31.
- 67** Rosa Luxemburg, Verteidigungsrede am 20. Februar 1914 vor der Frankfurter Strafkammer, in: Rosa Luxemburg, GW, Bd. 3, Berlin (Ost) 1974, S. 404.
- 68** Rosa Luxemburg, Diskussionsbeitrag in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 28. Oktober 1912, in: Rosa Luxemburg, GW, Bd. 3, Berlin (Ost) 1973, S. 177.
- 69** Dieses und die weiteren Zitate nach Karl Ludwig Rintelen, Ein undemokratischer Demokrat: Gustav Bauer. Gewerkschaftsführer – Freund Friedrich Eberts – Reichskanzler. Eine politische Biographie, Frankfurt 1993, S. 7.
- 70** Noch vor Babels Tod billigte die SPD-Fraktion erstmals eine Finanzierung der Aufrüstung des Kaiserreichs aus direkten Steuern, um der SPD im Bürgertum Anerkennung als staatstragende Partei zu verschaffen.
- 71** Rosa Luxemburg, GW, Bd. 3, Berlin (Ost) 1973, S. 341.
- 72** Noske, Erlebtes, S. 27.
- 73** Manfred Scharrer, Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat. SPD und Gewerkschaft nach dem Sozialistengesetz, Berlin (West) 1976, S. 108. Die von Scharrer behauptete ähnliche Deutung bei Groh ist dort nicht zu finden. Siehe: Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Berlin (West) 1974, S. 658-696; Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt 1973 (Zuerst: 1928), S. 67f.
- 74** Wolfgang Kruse, Die Kriegsbegeisterung im Deutschen Reich, in: Marcel van der Linden / Gottfried Mergner (Hrsg.), Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung – Interdisziplinäre Studien, S. 73-87; Volker Ullrich, Die Hamburger Arbeiterbewegung am Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, 2 Teile, Hamburg 1976, S.140ff.; Derselbe, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg 1914-1918, Bremen 1999; Friedrich Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906-1920, Bonn 1981, S. 151f.; Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal, 1974, S. 205-240; Karl-Dietrich Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, Stuttgart

- 1971, S. 106-144; Jürgen Rojahn, Einleitung, in: Wilhelm Dittmann, Erinnerungen. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. 3. Bde., Frankfurt/New York 1995, Bd. 1, S. 132; Michael Stöcker: Augusterlebnis 1914 in Darmstadt. Legende und Wirklichkeit, Darmstadt 1994, S. 81ff., Stöcker versucht das Bild von der angeblichen Kriegsbegeisterung komplett zu widerlegen. Christian Geinitz, Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft: das Augusterlebnis in Freiburg; eine Studie zum Kriegsbeginn 1914, Freiburg 1998. Geinitz gibt sich vorsichtiger als Stöcker und konstatiert, sozusagen parallel, Kriegsbegeisterung und Niedergeschlagenheit, allerdings ohne genau auf die proletarischen Schichten einzugehen. Doch auch schon Richard Müller hat die These von den kriegsbegeisterten Arbeitern in Frage gestellt: Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, Berlin (West) 1979 (zuerst Berlin 1925), S. 70; Karl Hoffrogge, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, S. 29. Ich danke Jörn Schüttrumpf für die vorzeitige Einsichtnahme in das Manuskript noch vor Drucklegung.
- 75** Ullrich, Augusterlebnis, S. 16.
- 76** Wilhelm Eildermann, Jugend im Ersten Weltkrieg, Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin (Ost) 1972, S. 61, zitiert nach: Kruse, Kriegsbegeisterung, S. 78. Mit Zorn und Verzweiflung reagierten so manche Linken. Siehe Jacob Walcher, in: Karl und Rosa, Erinnerungen. Zum 100. Geburtstag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Berlin (Ost) 1971.
- 77** Kurt Tucholsky (Ignaz Wrobel), Die Weltbühne, 13.4.1926, Nr. 15, S. 567, Gegen den Strom, Tucholsky, GW, Bd. 4, S. 407.
- 78** Der Sozialdemokrat Südekum, am 29. Juli 1914 in einem Brief an Bethmann-Hollweg, zitiert nach: Jürgen Rojahn, Einleitung, in: Dittmann, Erinnerungen, Bd. 1, S. 135.
- 79** Wette, Noske, S. 45.
- 80** Zitiert nach Luxemburg, Krise, GW, Bd. 4, S. 95f. Auch in: Noske, Erlebtes, S. 43.
- 81** Pabst, Memoiren, S. 9, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 82** Pabst, Memoiren, S. 10, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 83** Luxemburg, Krise, GW, Bd. 4, S. 51.
- 84** Laut Wette, Noske, S. 45 war Noske formal nie Chefredakteur, aber massgebend in Ton und politischer Richtung.
- 85** Pabst, Memoiren, S. 11, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 86** Volksstimme vom 21. Oktober 1914, zitiert nach Luxemburg, Krise, GW, Bd. 4, S. 127.
- 87** Noske in der Volksstimme vom 1. August 1914, zitiert nach Noske, Erlebtes, S. 43.
- 88** Volksstimme vom 30. Juli 1915, zitiert nach Noske, Erlebtes, S. 46f. Verrina ist eine Gestalt aus dem Schiller-Stück «Die Verschwörung des Fiesco zu Genua». Nachdem er Fiesco ins Meer gestossen hat und danach gefragt wird, ob dieser ertrunken sei, antwortet Verrina: «Ertränkt, wenn das hübscher lautet – Ich geh zum Andreas.»
- 89** Brief André vom 3.3.1915, Nachlass Heine, Parteipolitik 4, Bl. 151-153, zitiert nach Kruse, Kriegsbegeisterung, S. 81.
- 90** Zitiert nach Noske, Erlebtes, S. 43.
- 91** Noske, Erlebtes, ebd.
- 92** Diese frühe Form von Embadding bestätigten seine belgischen «Genossen», siehe Anm. 174.
- 93** Noske, Erlebtes, S. 44.
- 94** Archiv für soziale Demokratie, Nachlasssplitter Noske, Kriegstagebuch, 6f., 29.9.1914.
- 95** Gustav Noske / Adolph Koester, Kriegsfahrten durch Belgien und Nordfrankreich 1914, Berlin o. J. [1915], S. 38 und S. 40.
- 96** Ebd., S. 23.

- 97 Ebd., S. 70.
- 98 Alle Zitate aus ebd., S. 84.
- 99 Ebd., S. 112.
- 100 Auguste Dewinne, Herausgeber der in Brüssel erscheinenden sozialistischen Zeitung «Le Peuple», zitiert in einem Bericht von P. Nordrenghe, «Lettre du Havre», in L'Indépendance belge, 6.11.1914, zitiert nach Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 390. Wette, ein fleissiger und verdienstvoller Militärgeschichtler, scheinen diese Massaker an über 6'000 Zivilisten zum Zeitpunkt der Niederschrift der Noske-Biografie tatsächlich entgangen zu sein, denn er erwähnt die Begegnung mit den belgischen Sozialisten zweimal (Wette, Noske, S. 158 und 185f.) und meint, der Streitpunkt sei nur die «Verletzung der belgischen Neutralität» gewesen. (Wette, Noske, S. 158) Dies scheint umso merkwürdiger, als er nicht einmal die ostdeutsche Literatur (Stenzel, Kriegsführung, S. 48f.) zur Hand nehmen musste, denn schon Pross verwies 1959 (Pross, Dokumente, S. 183) auf diese Taten (ebenso Messerschmidt, Völkerrecht, S. 244).
- 101 Auch der Parteivorstand der SPD vertrat Anfang September 1914 diese Position im noch nicht gleichgeschalteten Vorwärts, 10.9.1914, zitiert bei Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 388f.
- 102 Auguste Dewinne, zitiert nach Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 390.
- 103 Noske/Koester, Kriegsfahrten, S. 24.
- 104 Franz Uhle-Wettler, Ludendorff, S. 431, Anm. 23.
- 105 Ebd., S. 116.
- 106 Noske/Koester, Kriegsfahrten, S. 5, 9, 10, 13, 15, 20, 22, 24, 25, 27, 28, 39, 77, 96, 97, 102 und 115.
- 107 Noske/Koester, Kriegsfahrten, S. 24.
- 108 Ebd., S. 25.
- 109 Hier übrigens im Gegensatz zum noch links angehauchten Vorwärts.
- 110 Wie nach seiner Jungferrede in der Nationalversammlung.
- 111 Zitiert nach Noske, Erlebtes, S. 29, auch bei Wette, Noske, S. 72.
- 112 Annelies Laschitza, Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S. 242-246; Heinz Wohlgemuth, Karl Liebknecht. Eine Biographie, Berlin (Ost) 1975, S. 249-251; Helmut Trotnow, Karl Liebknecht. Eine politische Biographie, Köln 1982², S. 190-192.
- 113 Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 391.
- 114 Siehe: Holger Becker und Volker Külow, Ein Gespräch mit Robert Liebknecht, in: Sebastian Haffner/Stephan Hermlin/Kurt Tucholsky u.a. (Hrsg.), Zwecklegenden. Die SPD und das Scheitern der Arbeiterbewegung, Berlin 1996, S. 104.
- 115 Laschitza, Die Liebknechts, S. 245ff.
- 116 Ebd., S. 263ff.
- 117 Nach einer Liste des «Zentralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegsgräber» war Pabst von August/September 1916 wieder in der Champagne. Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 62.
- 118 Pabst, Memoiren, S. 11, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 119 Theweleit, Männerphantasien, Bd. 2, S. 176ff.
- 120 Waldemar Pabst, Spartakus, in: Kurt Hötzel (Hrsg.): Deutscher Aufstand, Stuttgart 1934, S. 29f. Der Aufsatz ist wesentlich schärfer gehalten und nicht identisch mit dem gleichnamigen Traktat Spartakus, in: Wulf Bley (Hrsg.), Revolutionen der Weltgeschichte, München 1933, S. 750-762. Beide Äusserungen Pabsts werden ab und an verwechselt. Pabst wollte sich wohl mit dem Pamphlet von 1934 beim NS-Staat andienen und so nach dem glücklich überlebten «Röhm-Putsch» noch mehr Flagge als 1933 zeigen.

- 121** Und zwar am 14.9.1914.
- 122** Falkenhayn war Generalstabschef vom 14.9.1914 bis 28.8.1916 (2. OHL). Holger Af-
flerbach, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1996²,
S. 179-450. Er war an der Niederschlagung des Boxeraufstands in China beteiligt. Ebd.,
S. 35-47.
- 123** Pabst, Memoiren, S. 14, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 124** Ebd., S. 16.
- 125** Tucholsky, Vor Verdun, Die Weltbühne, 7.8.1924, Nr. 32, S. 218, siehe auch Tucholsky,
GW, Bd. 3, S. 435.
- 126** Und ebenfalls ein Teilnehmer der Strafexpedition gegen die Boxer in China, Obkircher,
Walther (Hrsg.), General Erich von Gündell. Aus seinen Tagebüchern: Deutsche Expe-
dition nach China 1900-1901.2. Haager Friedenskonferenz 1907. Weltkrieg 1914-1918
und Zwischenzeiten, Hamburg 1939.
- 127** Pabst, Memoiren, S. 14, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 128** Zur «Denkschrift der Generäle» siehe: Messerschmidt, Vorwärtsverteidigung – Die
«Denkschrift der Generäle» für den Nürnberger Gerichtshof, in: Hannes Heer/Klaus
Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Ham-
burg 1995, S. 531-550.
- 129** Pabst, Memoiren, S. 14a, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 130** Pabst, Memoiren, S. 1, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2. Gleichwohl nahm er zur Na-
zizeit das Wort von den «Novemberverbrechen» in den Mund: Pabst, Spartakus, 1934,
S. 36.
- 131** Gietinger, Leiche, S. 132.
- 132** Pabst, Memoiren, S. 23, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1. Der Befehl Hindenburgs
vom 10.11.1918 ist abgedruckt bei Lothar Berthold/Helmut Neef, Militarismus und Op-
portunismus gegen die Novemberrevolution, Berlin (Ost) 1978, S. 150f.
- 133** Siehe dazu auch Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Repu-
blik, München 1992³, S. 93-112 und Theweleit, Männerphantasien, Bd. 2, speziell zum
Kampf im Schützengraben: S. 176-204.
- 134** Ebd.
- 135** Kurt Tucholsky, Vor Verdun, in: Tucholsky, GW, Bd. 3, S. 433.
- 136** Pabst, Memoiren, S. 15, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 137** Nach einer Liste des «Zentralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegsgräber» war
er erst zwei Jahre später, vom 30.1.-20.2.1918, im Lazarett in Wiesbaden. Allerdings
wird eine Ischiaserkrankung für den Winter 1915 und das Frühjahr 1916 festgestellt.
Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 61.
- 138** Zum Phänomen der Nichtnennung und Missachtung der Kriegerfrauen durch ihre Män-
ner siehe Theweleit, Männerphantasien, Bd. 1, S. 12-44.
- 139** Diese Ausführungen sind leider nicht erhalten.
- 140** Pabst, Memoiren, S. 15, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 141** Mitteilung Johannes Erger; Brief v. Franziska Pabst (geborene Kottig) an Prof. Deutsch
v. 12.1.71: «Mein Mann war ein Kamerad meines Bruders, der noch im Baltikum fiel,
dann ein Freund meines Vaters. Ab 1930 verkehrte er viel in unserem Haus.» Nachlass
Pabst, BA-MA 620/1, ohne Paginierung. Pabst war bereits März/April 1941 im Hotel
Schweizerhof in Luzern mit seiner künftigen zweiten Frau.
- 142** Ahnenpass, S. 7, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 1; vgl. auch BA-MA,
Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1, Ergänzungen zu den Lebenserinnerungen von und
über Waldemar Pabst, von Franziska Pabst, Oktober 1981, S. 1.

- 143** Ahnenpass, S. 7, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 1.
- 144** Ebenda, Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25. Oktober 1944, BAR, E 4320 (B), 1979/78-94, Dossier C.2.5868, S.3.
- 145** Liste des «Zentralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegsgräber», Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 62.
- 146** Tucholsky, Vor Verdun, in: Tucholsky, GW, Bd. 3, S. 434.
- 147** Pabst, Memoiren, S. 16, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 148** Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 62.
- 149** Luxemburg, Krise, GW, Bd. 4, S. 52.
- 150** Liste des «Zentralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegsgräber», Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 62.
- 151** Schätzung von Eduard Bernstein, die von der Forschung bestätigt wurde, siehe: Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, Wien/München 1966, S. 213f. Siehe auch: Richard Pipes, Die russische Revolution, Bd. 2, Berlin 1992, S. 96-104, 132f. Über die Versorgungswege neuerdings Gerd Koenen, Der Russlandkomplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005, S. 87,96f., 121f.
- 152** Pabst, Memoiren, S. 18, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 153** Pabst, Memoiren, S. 15 und 18, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 154** Ebd., S. 19.
- 155** Man fragt sich, wieso man in der deutschen Publizistik allerorten immer nur von zwei Diktaturen im Deutschland des 20. Jahrhunderts redet.
- 156** Wolfgang Kruse, Kriegswirtschaft und Gesellschaftsvision, in: Hans Wilderrotter, Die Extreme berühren sich. Walter Rathenau 1867-1922. Berlin o. J. [1992], S. 152,160.
- 157** Rintelen, Bauer, S. 134f.
- 158** «Solange in Deutschland die Revolution noch mit ihrer ‚Geburt‘ säumt, ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übernahme noch stärker zu beschleunigen, (...) ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken.» W. I. Lenin: Über «linke» Kinderei und Kleinbürgerlichkeit (Mai 1918), in: W.I. Lenin, Werke (LW), Bd. 27, S. 333.
- 159** Laut Liste des «Zentralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegsgräber» kam Pabst am 15.4.1918 zur Garde-Kavallerie-Division, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 62.
- 160** Pabst, Memoiren, S. 19, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 161** Ebd., S. 19.
- 162** Pabst, Memoiren, S. 20, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 163** Ebd., S. 21.
- 164** Ebd., S.21f.
- 165** Kriegstagebuch der Garde-Kavallerie-Schützen-Division (GKSD), 4.9.1918, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 96.
- 166** Pabst, Memoiren, S. 22, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 167** Ludendorff, Erinnerungen, zitiert nach Pabst, Pabst, Memoiren, S. 23, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 168** Tucholsky, Vor Verdun, in: Tucholsky, GW, Bd. 3, S. 432.
- 169** Pabst, Memoiren, S. 23, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 170** Das Lied konnte nicht gefunden werden. Ein Vers aus dem Gedicht «Was treibt und tobt mein tolles Blut» von Heinrich Heine lautet: «Sie äugeln süß, sie äugeln lang, / Der

Bräut'gam kühn die Braut umschlang, / Und küsst sie auf die Wangen rot; / O Weh!
mich küsst der kalte Tod.»

- 171** Ludwig Frank, in: Süddeutsche Monatshefte, Oktober 1914, S. 63, zitiert nach: Hermann Heidegger, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat, Göttingen/Berlin (West)/Frankfurt 1956, S. 72.
- 172** Komplett wiedergegeben bei Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S. 271. Siehe auch Heidegger, Sozialdemokratie, S. 80; und noch im April 1918 rief der Vorwärts zum Durchhalten auf und sah «keinen anderen Ausweg als den baldigen vollen Sieg» nicht der Arbeiterklasse, sondern der deutschen Militärmaschine, zitiert nach: Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S.386.
- 173** Zitiert nach Heidegger, Sozialdemokratie, S. 79.
- 174** Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Berlin 2006, S.101.
- 175** Ernst Heilmann zitiert nach Noske, Erlebtes, S. 46f. Gemeint sind damit deutsche Kolonien, z.B. Deutsch-Südwest (heute: Namibia) «Bothaland».
- 176** Das Kriegstagebuch der GKSD vermerkt im Gegensatz zu Pabsts Lebenslauf den Besuch des Kronprinzen für den 19.9.1918, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY4035/1, Bl. 100. Das Kriegstagebuch erscheint hier präziser als Pabsts Erinnerung 1950, die den Besuch auf November 1918 datiert.
- 177** Pabst, Memoiren, S. 25, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 178** Schultheiss' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1918, I. Teil, S. 437; siehe auch Bertold/Neef, Militarismus, S. 25.
- 179** Pabst, Memoiren, S. 25, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 180** Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1, Abschrift. Siehe auch Kriegstagebuch der GKSD, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 126.
- 181** Zitiert nach Paul Frölich, 10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg, Berlin 1924, S. 171. Das Zitat findet sich auch in Richard Wiegant, «Wer hat uns verraten...». Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution, Freiburg 1999², S. 41.
- 182** Frölich, Bürgerkrieg, S. 171.
- 183** Der Bureau-Angestellte, August 1914, zitiert nach Karl Ludwig Rintelen, Links blinken und rechts abbiegen, in: Haffner u.a., Zwecklegenden, S. 62.
- 184** Zitiert nach Werner Raase, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1914-1917 und 1917-1919, Berlin (Ost) o. J. [1969], S. 9.
- 185** Zitiert nach Frölich, Bürgerkrieg, S. 170.
- 186** Ebd., S. 114, mit Belegen.
- 187** Rintelen, Bauer, S. 114.
- 188** Frölich, Bürgerkrieg, S. 171.
- 189** Noske in der Fraktionssitzung am 27.5.1915 nach: Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S. 327.
- 190** Noske, Kolonialpolitik nach dem Kriege, in: «Die Neue Zeit», 36 (1918), 22.2.1918, S.481-488.
- 191** Wette, Noske, S. 187.
- 192** Frölich, Bürgerkrieg, S. 16f. und Rintelen, Bauer, S. 137. Zum Widerstand gegen das Gesetz siehe: Hoffrogge, Richard Müller, S. 41ff.
- 193** Klaus Schönhoven, Heinrich Potthoff, in: Friedrich Ebert und seine Zeit, hrsg. von Rudolf König, Hartmut Soell und Hermann Weber, München 1990, S. 165.
- 194** Rintelen, Bauer, S. 137, mit Belegen.

- 195** Nach Frölich verhungerten in den vier Jahren Krieg in Deutschland 900'000, Frölich, Bürgerkrieg, S. 108, nach anderen Quellen 700'000 Menschen.
- 196** Zur Mühe, die Liebknecht hatte, die anderen Kriegsgegner in der Partei zu diesem Schritt zu bringen, siehe: Laschitza, Die Liebknechts, S. 279f. und S. 292f.
- 197** Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S. 266.
- 198** «Das Gebot der Stunde» abgedruckt bei Butterwege/Hofschen, Krieg, S. 68.
- 199** Ebert in der Fraktionssitzung am 15. März 1915, nach Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S. 308.
- 200** Rintelen, Bauer, S. 112.
- 201** Im Protokoll sind diese Bemerkungen nicht verzeichnet. Eberts und Scheidemanns Bemerkungen wurden aber von David in seinem Kriegstagebuch erwähnt, die antisemitischen Ausfälle von Bauer und Legien kamen in einer Verbandstagung der Büroangestellten 1918 zur Sprache. Rintelen, Bauer, S. 116.
- 202** Damit meinte Bauer ausser Haase seine Parteigenossen aus der Minderheit der SPD-Kriegsgegner, die Juden Oskar Cohn, Joseph Herzfeld, Arthur Stadthagen sowie Emanuel Wurm und Eduard Bernstein.
- 203** Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S. 459; Butterwege/Hofschen, Krieg, S. 101; Rintelen, Bauer, S. 117.
- 204** Der Parteirechte Wilhelm Keil wurde am 4.11.1914 zum Chefredakteur der «Schwäbischen Tagwacht» gemacht und drängte Kriegsgegner aus dem Stuttgarter Parteiblatt hinaus, Dittmann, Bd. 2, S. 256, S. 1101, Anm. 102.
- 205** Robert Sigel, Die Lentsch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im 1. WK, Berlin (West) 1976, S. 118.
- 206** Zitiert nach Laschitza, Die Liebknechts, S. 306.
- 207** Hoffrogge betont, dass Richard Müller und die revolutionären Obleute zwar von Anfang an gegen den Burgfrieden und das Streikverbot opponierten, den Krieg aber erst im Laufe der Massenstreiks ab 1916 ins Visier nahmen, Hoffrogge, Richard Müller, S. 28ff., S. 34ff. Zum Widerstand siehe auch: Doris Kachulle (Hrsg.), Die Pöhlands im Krieg, Briefe einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie aus dem Ersten Weltkrieg, Neuausgabe mit einer Einleitung von Rolf Becker und Karl Heinz Roth sowie einem Nachwort von Jörg Wollenberg, Köln 2006; Volker Ullrich, Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893-1945, München 2000.
- 208** Klaus Gietinger / Karl Heinz Roth, Die Massaker der deutschen Gegenrevolution, in: Sozial-Geschichte, 3 (2007), S. 83. Am Beispiel der Hamburger Linksradikalen hat Volker Ullrich dies eindrucksvoll aufgezeigt: Volker Ullrich, Ex Oriente Lux. Die Hamburger Linksradikalen im Ersten Weltkrieg, in: Karsten Linne / Thomas Wohlleben (Hrsg.), Patient Geschichte, Frankfurt/Main 1993, S. 80-99. Siehe auch: Müller, Kaiserreich, S. 121L, Rudolf Lindau, Während der Novemberrevolution in Hamburg, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin (Ost) 1958, S. 255; Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Berlin (West)/Bonn 1976², S. 63; Hoffrogge, Richard Müller, S. 44.
- 209** Zitiert nach Rintelen, Bauer, S. 143f.
- 210** Ludendorff zitiert nach Rintelen, Bauer, S. 145.
- 211** Ebd., S. 136f.
- 212** Resolution MSPD vom 30.1.1918, in: Philipp Scheidemann, Der Zusammenbruch, Berlin 1921, S. 78; Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Bd. 2, Dresden 1926, S. 56.

- 213** Zitiert nach Hoffrogge, Richard Müller, S. 56.
- 214** Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, Berlin 1928, S. 123, zitiert nach Berthold/Neef, Militarismus, S. 20.
- 215** Zeugenaussage Groener im Dolchstoßprozess, in: Hans Herzfeld, Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege, Leipzig 1928, S.373.
- 216** Ausführlich am Beispiel von Kiel: Dirk Dähnhardt, Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19, Neumünster 1978, insbesondere S. 48-116; sowie Ernst-Heinrich Schmidt, Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981, S. 41ff.
- 217** Ernst-Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Weltkrieg, Revolution und Reichsneuerung. 1914-1919, Bd. 5, Stuttgart 1992, S. 655.
- 218** Berthold/Neef, Militarismus, S. 123.
- 219** Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart 1927, zitiert nach Dok. Nr. 5, in: Berthold/Neef, Militarismus, S. 125.
- 220** Groener, Aussage Dolchstoßprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 380.
- 221** Berthold/Neef, Militarismus, S.126.
- 222** Groener, Aussage im Dolchstoßprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 380f.
- 223** Berthold/Neef, Militarismus, S.126.

Kapitel III

- 1** Berichtet der Publizist Ernst Jäckh an den ehemaligen Staatssekretär des Innern, Clemens Delbrück, über Ebert, zit. nach Mühlhausen, Ebert 2006, S. 98.
- 2** Ebd. Es ist daher unrichtig, wenn Hoffrogge schreibt, Monarchisten und Friedrich Ebert seien ausser sich gewesen über das Ende des Kaiserreichs. Das «und» hätte er durch «wie» ersetzen müssen, Hoffrogge, Richard Müller, S. 71. Siehe dazu auch die Darstellung von Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, Bd. 2, Die Novemberrevolution, Wien 1925, S. 20-26.
- 3** Max von Baden, Erinnerungen, S. 567.
- 4** Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Hildesheim 1949, S. 13.
- 5** Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 92.
- 6** Scheidemann, Zusammenbruch, S. 212,220f., 213.
- 7** Zitiert nach Erich Matthias, Die Sozialdemokratie und der Osten 1914-1945. Eine Übersicht, Tübingen 1954, dem ich die Hinweise auf die Erinnerungen der SPD-Führer verdanke.
- 8** Ebert zitiert nach Mühlhausen, Ebert 2006, S. 98.
- 9** Vossische Zeitung zitiert nach Severing, Lebensweg, 1. Bd., S. 233.
- 10** Severing, Lebensweg, 1. Bd., S. 226.
- 11** Wilhelm Hoegner, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, München 1977, S.127.
- 12** Groener, Kreuzverhör im Dolchstoßprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 384.
- 13** Groener, Lebenserinnerungen, zitiert nach Berthold/Neef, Militarismus, S. 422f.
- 14** Ebd., S.418.

- 15** Aussage Scheidemann, Dolchstoßprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie[^]. 340; Erwin Könnemann, Der Truppeneinmarsch am 10.12.1918 in Berlin. Neue Dokumente zur Novemberrevolution, in: ZfG, Bd. 16 (1968), 12, S. 1592.
- 16** Hermann Müller-Franken, Die Novemberrevolution, Berlin 1928, S. 172.
- 17** Mühlhausen, Ebert 1999, S. 158; Mühlhausen, Ebert 2006, S. 110f.
- 18** Witt leugnet das Bündnis nicht, meint aber, die Linken seien schuld, dass Groener in diesem Bündnis die Übermacht bekam. Peter-Christian Witt, Friedrich Ebert. Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident, Berlin (West) 1987, S. 10If.
- 19** Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918,1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt/Main 1985, S. 143.
- 20** Ekkehart P. Guth, Der Loyalitätskonflikt des deutschen Offizierskorps in der deutschen Revolution 1918-20, Frankfurt/Main 1983, S. 44f.
- 21** Heinz Hürten, Der Kapp-Putsch als Wende. Über Rahmenbedingungen der Weimarer Republik seit dem Frühjahr 1920, S. 10f. spricht von «Allianz» und «Gleichsinnigkeit der Ziele».
- 22** Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte 1978, Bd.5, S.810.
- 23** Hans Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914-1949, München 2003, S. 216f.
- 24** Wolfram Wette, Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt/Main 2005², S. 148.
- 25** Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik. 1918-1919, Frankfurt/Main 1978², S. 121.
- 26** Ebd.
- 27** Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S. 585, Dittmann wusste offensichtlich wie auch Haase und Barth von den täglichen Telefonaten Eberts mit Groener. Sie unternahmen aber nichts Entscheidendes dagegen. Aussage Dittmann im Ledebour-Prozess, in: Georg Ledebour, Der Ledebour-Prozess. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919, S. 554.
- 28** Befehl Hindenburgs vom 10.11.1918, abgedruckt bei Berthold/Neef, Militarismus, S. 150f.
- 29** Waldemar Pabst, Das Kapp-Unternehmen, in: Wulf Bley (Hrsg.), Revolutionen der Weltgeschichte, München 1933, S. 827.
- 30** Pabst, Memoiren, S. 2f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 31** Kriegstagebuch der GKSD, 11.11. – 9.12.1918, Bl. 126-135, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 32** Laut Kriegstagebuch der GKSD, vom 11.11. an über Archimont-Villance, St. Hubert, Chateau Grinchamps, Houfalize, Clervaux bis Waxweiler am 17.11.1918, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 126-128.
- 33** Pabst, Memoiren, S. 3, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 34** Laut Kriegstagebuch der GKSD, vom 20.11.18 an über Gerolstein, Müllenbach nach Mayen am 22.11.1918, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 129,129RS.
- 35** Kriegstagebuch der GKSD, vom 24.11.18., Bl. 130 und 130RS, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 36** Pabst, Memoiren, S. 3f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 37** Pabst: Spartakus 1934, S. 29f.
- 38** Ebd., S.28f.
- 39** Alle vorherigen Zitate: Pabst, Memoiren, S. 5, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.

- 40** Kriegstagebuch der GKSD, vom 24.11.1918, Bl. 130, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 41** Kriegstagebuch der GKSD, vom 25.11.1918, Bl. 130RS, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 42** Pabst, Memoiren, S. 10, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 43** Ernst Jünger, Vorwort, S. 7, in: Ernst Jünger (Hrsg.), *Der Kampf um das Reich*, Essen 1929. Jünger meint hier z.B. die Rote Ruhrarmee, die im März 1920 als Abwehrreaktion auf den Kapp-Putsch entstanden war.
- 44** Pabst, Memoiren, S. 11, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 45** Nach Kriegstagebuch der GKSD, vom 7.12.1918, Bl. 134., Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1. In seinen Memoiren gibt er den 30.11.1918 an, doch sind die Zeitangaben in dem Jahre später aus der Erinnerung geschriebenen Text – sein Nachlass war in Berlin geblieben – ab und an falsch. Memoiren, S. 12, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 46** Dokument III, in: Gietinger, Leiche, S. 141 f. In seinen Memoiren gibt Pabst eine ausführlichere, aber nicht wesentlich abweichende Darstellung der Begegnung, Pabst, Memoiren, S. 12-14, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 47** Pabst, Memoiren, S. 23, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 48** Ebd.
- 49** Denunziationsbegriff Noskes, Noske, Erlebtes, S. 31.
- 50** Emil Barth, *Werkstatt der Revolution*, Berlin 1919, S. 85. Ebenfalls abgedruckt in: Erich Matthias/Susanne Miller (Hrsg.): *Die Regierung der Volksbeauftragten (RDVB)*, 2. Bde., Düsseldorf 1969, Bd. 1, S.300.
- 51** Kriegstagebuch der GKSD, vom 8.12.1918, Bl. 134RS., Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1. In seinen Memoiren (S. 12-15 und 22f.) macht Pabst aus der Begegnung gleich zwei Treffen (nämlich am 30.11. und am 8.12.), was aber sonst nirgends aufgeführt wird und daher nicht zutreffen dürfte, zumal die Division laut Kriegstagebuch erst am 7.12. eintraf. Pabst, der ja tatsächlich öfter mit Barth zusammentraf, dürfte sich hier aus der Erinnerung heraus getäuscht haben. Pabst, Memoiren, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 52** Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (Hrsg.), *Die Wirren in der Hauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918-1920*, Berlin 1940, S. 32.
- 53** Ulrich Kluge, *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918-1919*, Göttingen 1975, S. 237 und 443, Anm. 171.
- 54** Ulrich Czisnik, *Gustav Noske. Ein sozialdemokratischer Staatsmann*, Göttingen 1969, S.71.
- 55** Pabst, *Spartakus 1934*, S. 30.
- 56** Pabst, Memoiren, S. 16, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 57** Auch im Vollzugsrat wird am 8. Dezember von Oberleutnant d.R. Heyne über das Herunterreißen von roten Fahnen in Potsdam berichtet. Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna (Hrsg.): *Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19* (GB AS), Berlin 1993, S. 641.
- 58** Zitiert nach Berthold/Neef, *Militarismus*, S. 56.
- 59** Der Zeitpunkt ist nicht ganz klar, da Pabst vom «zweiten Tage unseres Eintreffens» (Pabst, Memoiren, S. 16, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2), später von «Mitte Dezember» spricht. Der Adjutant des Kriegsministers, Hauptmann Gustav Böhm, berichtete in seinem Tagebuch von zwei Besuchen Pabsts, nämlich am 8.12.1918, Heinz Hürten/Georg Meyer (Hrsg.), *Adjutant im preussischen Kriegsministerium. Juni 1918 – Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmann Böhm*, Stuttgart 1977, S. 98) und am 27.12. (ebd., S. 121). Es ist also anzunehmen, dass der erste Termin gemeint war.

- 60** Pabst, Memoiren, S. 18, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 61** Vermutlich Hauptmann Kurt von Teschen.
- 62** Pabst, Memoiren, S. 18, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 63** Böhm berichtet von einer Generalsbeerdigung am 1. Dezember, auf der – «als Zeichen für unseren Zusammenbruch» – alle ausser Scheüch und seinem Adjutanten von Teschen Zivil getragen hätten. Böhm, Adjutant, S. 92.
- 64** Der Oberleutnant der Reserve Göhre, Mitglied der SPD, Theologe, im Nationalsozialen Verein Friedrich Naumanns und Unterstaatssekretär, der am 9. November Scheüch beigestellt wurde und dabei noch Uniform trug – vor dem Kriegsministerium hatte man ihm dann allerdings Kokarden und Achselstücke heruntergerissen (Böhm, Adjutant, S. 61f.) –, war es nicht, denn Pabst erwähnt ihn als Lobredner während des Truppeneinmarsches. Pabst, Memoiren, S. 28, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 65** Pabst, Memoiren, S. 20, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 66** Ebd., S. 21.
- 67** Guth, Loyalitätskonflikt, S. 52.
- 68** Erlass des Rates der Volksbeauftragten vom 12.11., abgedruckt bei Miller/Ritter, Dokumente, S. 101f.
- 69** Wirren, S. 28. Text auch bei Berthold/Neef, Militarismus, S. 282f. Miller/Ritter, Dokumente, S. 137f.; Kluge, Soldatenräte, S. 236. Interessant ist auch, wie da in einen Topf geworfen wird: «Deserteure und Matrosen haben sich innerhalb von 10 Tagen beim nächsten Ersatztruppenteil oder Bezirkskommando zu melden.» Der Plan war von Oberst von Haeften ausgearbeitet worden.
- 70** Pabst, Spartakus 1934, S. 30f.
- 71** Kluge, Soldatenräte, S. 235.
- 72** Bericht Oberst von Haeften, in: RDVB, Bd. 1, S. 316ff.; Berthold/Neef, Militarismus, Dokument 120, S. 293; Guth, Loyalitätskonflikt, S. 60.
- 73** Guth, Loyalitätskonflikt, S. 59.
- 74** Groener, Aussage im Dolchstossprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 386.
- 75** Major Harbou schreibt in seinem Bericht über seine Tätigkeit des Generalkommandos, BA-MA, Nachlass Schleicher N 42/11, Bl. 2528; auch abgedruckt bei Könnemann, Truppeneinmarsch, S. 1604f. und als Dokument 69 in: RDVB, Bd. 2, S. 27: «Herr Ebert und Unterstaatssekretär Baake schienen entschlossen, auf die Vorschläge einzugehen.»
- 76** BA-MA, Nachlass Schleicher N 42/11, Bl. 2-7; auch abgedruckt bei Könnemann, Truppeneinmarsch, S. 1600ff., hier 1602.
- 77** Guth, Loyalitätskonflikt, S. 60.
- 78** Ebd.
- 79** Ebert bei der Eröffnung der Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 6.2.1919, In: Miller/Ritter, Dokumente, S. 205.
- 80** Bericht Major von Harbou, BA-MA, Nachlass Schleicher N 42/11, Bl. 2528; auch abgedruckt bei Könnemann, Truppeneinmarsch, S. 1604f. und als Dokument 69 in: RDVB, Bd. 2, S. 28.
- 81** Gerhard W. Rakenius, Wilhelm Groener als erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard/Rhein 1977, S. 134.
- 82** Mühlhausen, Ebert 2006, S. 132.
- 83** Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollem und Hitler, München 2007, S. 386. Die von ihm aufgeführten Belege für Rakenius' These sind keine. Pyta, Hindenburg, S. 965f., Anm. 14.
- 84** Francis L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918-1919, Köln 1973, S. 49.

- 85** Kluge, Soldatenräte, S. 233ff.
- 86** Könnemann, Truppeneinmarsch, S. 1600ff.
- 87** Guth, Loyalitätskonflikt, S. 62, Anm. 2.
- 88** Rakenius, Groener, S. 139,140.
- 89** Von der Pfordten trug die Verfassung beim «Marsch auf die Feldhermhalle» am 9.11.1923 bei sich und wurde tödlich getroffen. Die Verfassung ist abgedruckt bei Hanns Hubert Hofmann, Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920 – 1924, München 1961, S. 284-294. Die Verfassung kam im Hochverratsprozess gegen Hitler und Genossen 1924 nicht zur Sprache und wurde vom verhandlungsführenden Richter Georg Neithardt bewusst verschwiegen. Otto Gritschneider, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitlerputsch und die bayerische Justiz, 28f., S. 53. Das Urteil ist abgedruckt auf S. 67-94.
- 90** Abschrift einer Mitteilung an das Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, Haase, vom 25.11.1918, Dokument 73, abgedruckt bei Berthold/Neef, Militarismus, S. 212f.
- 91** Bericht Major von Harbou, BA-MA, Nachlass Schleicher N 42/11, Bl. 2528; auch abgedruckt bei Könnemann, Truppeneinmarsch, 1604f. und als Dokument 69 in: RDVB, Bd. 2, S.27.
- 92** Brief Hindenburgs an Ebert vom 8.12.1918, Dokument 105 bei Berthold/Neef, Militarismus, S. 269ff.
- 93** Ausführlich dazu Kluge, Soldatenräte, S. 238 und Guth, Loyalitätskonflikt, S. 68ff.
- 94** Vorsitzender des Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrates, siehe GBAS, S. 644 und S. 198.
- 95** GBAS, Dokument S. 118, S. 632.
- 96** Könnemann, Truppeneinmarsch, S. 1596.
- 97** Barth, Werkstatt, S. 84; Könnemann, Truppeneinmarsch, S. 1595L; Guth, Loyalitätskonflikt, S. 66.
- 98** Vorwärts vom 11.4.1918, zitiert nach Miller, Burgfrieden, S. 386.
- 99** Nach Witt, Ebert 1987, S. 103; auch zitiert bei Mühlhausen, Ebert 2006, S. 156; ebenso in: Kerbs, Revolution und Fotografie. Berlin 1918/19, Berlin (West) 1989.
- 100** Telegramm-Entwurf Groeners vom 9.12.1918, im Nachlass Schleicher BA-MA, N 42/11, Bl. 11, auch abgedruckt in Könnemann, Truppeneinmarsch, 1603f.; Berthold/Neef, Militarismus, Dokument 108, S. 276.
- 101** Ebd.; auch abgedruckt bei Kluge, Soldatenräte, S. 237. Siehe auch Tagebucheintragung Groeners vom 9.12.1918: «Für den Fall dass Vollzugsrat auf seinen Forderungen bestehe, bittet Feldmarschall Ebert, sich zum Heere zu begeben.» BA-MA, N 46/25, H 1, Bl. 17.
- 102** Pabst, Memoiren, S. 31, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 103** RDVB, Bd. 1, S.304.
- 104** Pabst, Memoiren, S. 24, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 105** Revolution und Fotografie, S. 98.
- 106** Und die deutsche Jägerdivision.
- 107** Pabst, Memoiren, S. 23f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2; Wirren, S. 32; Kluge, Soldatenräte, S. 237f.
- 108** Revolution und Fotografie, S. 98.
- 109** Böhm, Adjutant, S. 101.
- 110** Kriegstagebuch der GKSD, vom 9.12.1918, Bl.135, BA-SAPMO, Nachlass Pabst, NY 4035/1.
- 111** Ebert, Schriften, Bd. 2, S. 126.
- 112** Böhm, Adjutant, S. 101.
- 113** Gleicher Ansicht: RDVB, Bd. 1, Nr. 52, Anm. 2.

- 114 Rosa Luxemburg, Um den Vollzugsrat, in: Rosa Luxemburg, GW, Bd. 4, S. 440.
- 115 Pabst, Memoiren, S. 24, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 116 Ebd., S. 88.
- 117 Kluge, Soldatenräte, S. 116.
- 118 Rudolf Schricker, Rotmord über München, Berlin 1934, S. 9.
- 119 Pabst, Memoiren, S. 25, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 120 «Ein Vorgehen gegen rote Fahnen und rote Abzeichen ist unter allen Umständen zu untersagen.» Telegramm des Rates der Volksbeauftragten an die OHL vom 9.12.1918, abgezeichnet von Ebert und Noske (sic!), Dokument 112 bei Berthold/Neef, Militarismus, S.281.
- 121 Böhm, Adjutant, S. 101.
- 122 Dies und die folgenden Zitate nach Ebert, Schriften, Bd. 2, S. 127-130.
- 123 Schleicher, Brief an einen unbekanntem Empfänger, vom 1.12.1918, Nachlass Schleicher, BA-MA, N 42/11, Bl. 2-7, abgedruckt bei Könnemann, Truppeneinmarsch, S. 1602. Wiederabgedruckt in: Haffner u.a., Zwecklegenden, S. 79.
- 124 Ebert, Schriften, Bd. 2, S. 128f.
- 125 Schleicher, Brief, Nachlass Schleicher, BA-MA, N 42/11, Bl. 5, abgedruckt bei Könnemann, Truppeneinmarsch, S. 1602.
- 126 Ebert, Schriften, Bd. 2, S. 129.
- 127 Pabst, Memoiren, S. 27, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 128 «Die deutsche Arbeiterbewegung ist der grösste freiwillige Militarismus der Erde.» Friedrich Naumann, Das Blaue Buch von Vaterland und Freiheit. Auszüge aus seinen Werken, Königstein im Taunus/Leipzig 1913, S. 205.
- 129 Pabst, Memoiren, S. 28, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 130 Pabst, Memoiren, S. 34, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2; Walther von Lüttwitz: Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934, S. 18.
- 131 Kriegstagebuch der GKSD, vom 10.12.1918, Bl. 135RS., Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 132 Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen, hrsg. von Friedrich Hiller von Gaertingen, S. 474.
- 133 Albrecht von Thaer, Generalstabsdienst an der Front in der OHL. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen. 1915-1919, hrsg. von Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958, S. 280f.
- 134 Dass er deswegen «progressiv» war, wie Kluge behauptet, ist nach den Aufzeichnungen seines Adjutanten Böhm nicht haltbar, schliesslich hatte er noch am 8. Dezember kundgetan, dass «die Entwaffnung des Berliner Pöbels» erzwungen werden müsste. Böhm, Adjutant, S. 99. Gleichwohl bekam er später angeblich ein Ehrengerichtsverfahren, Wolfgang Sauer, Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über die Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht, Berlin (West) 1957. S. 151.
- 135 Lüttwitz, Kampf, S. 18.
- 136 Kriegstagebuch der GKSD, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 136.
- 137 Pabst, Memoiren, S. 28, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 138 Kurt Wrobel, Die Volksmarinedivision, Berlin (Ost) 1957, S. 26-29.
- 139 Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 47f. Barth berichtet, die Matrosen hätten gesagt, sie seien noch am 9.11. von Ebert gerufen worden. «Vielleicht schon damals mit der Absicht sie gegen die Revolution zu verwenden.» Barth, Werkstatt, S. 98f.
- 140 Wrobel, Volksmarinedivision, S. 25.
- 141 Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 189f.

- 142** Wrobel, Volksmarinedivision, S. 34f.
- 143** Ernst Brossat, Mit der Volksmarine im Kampf gegen die Konterrevolution, in: Vorwärts und nicht vergessen, S. 332f.
- 144** GB AS, S. 397, Wortbeitrag Wegmann.
- 145** GB AS, S. 310, Bericht Strobel.
- 146** GB AS, S. 310, Wortbeitrag Wegmann; siehe auch Wrobel, Volksmarinedivision, S. 25.
- 147** Rudolf Rotheit, Das Berliner Schloss im Zeichen der Novemberrevolution, Berlin 1932, S. 51,58-62, und Wrobel, Volksmarinedivision, S. 62ff. In den Protokollen des Vollzugsrates taucht der Vorgang nicht auf.
- 148** BA-MA – RH 18/v. 411, Denkschrift des Grafen Hermann Wolff-Mettemich, Potsdam 25.11.1938, hier S. 4
- 149** Pabst, Memoiren, S. 36, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 150** James Cavallie, Ludendorff und Kapp. Aus dem Leben zweier Verlierer, Frankfurt/Main 1995, S. 15ff.
- 151** Bruno Thoss, Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der europäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitlerputsch, München 1978, S. 48. Exzerptsammlung Kachulle (SfS-Archiv), S. 12.
- 152** Klaus Kreimeier, Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns, Frankfurt/Main 2002, S. 14,33ff., 39ff.
- 153** Winfried B. Scharlau/Zbynek A. Zeman, Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964, S. 230 und 325.
- 154** Gerd Koenen, Rom oder Moskau. Deutschland, der Westen und die Revolutionierung Russlands 1914-1924, [Tübingen] 2003, S. 231.
- 155** AA/Hpt. A/W2g v. 6.4.-15.4.1917, Telegramm des preuss. Gesandten in München, von Treutier, an das Auswärtige Amt v. 4.4.1917, in dem es heisst, «Vertrauensmann von Helpland, Sklarz, sei schon in Berlin, um über diese Reise zu verhandeln». Zitiert nach Werner Hahlweg, Lenins Reise durch Deutschland im April 1917, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte⁴, 1957, S.318.
- 156** Koenen, Moskau, S.183,230f.
- 157** Koenen, Moskau, S. 142.
- 158** Auftraggeber waren u.a. die «Kriegsmetall-Gesellschaft», die mit dem Import kriegswichtiger Metalle für die Rüstungsindustrie befasst war. Daneben wurden wichtige Rohstoffe beschafft. «Mal für die Admiralität, mal für Heereslieferanten, mal für die Rathenauschen Rohstoff-Syndikate.» Koenen, Moskau, S. 231.
- 159** Aussage Ebert in BLHA, 2547/27 (30/2), Fall Sklarz-Parvus, zitiert nach Niels H.M. Albrecht: Die Macht einer Verleumdungskampagne. Antidemokratische Agitationen der Presse und Justiz gegen die Weimarer Republik und ihren ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert vom «Badebild» bis zum Magdeburger Prozess, Bremen 2002, S. 146; siehe auch Akten der Reichkanzlei (AdR), Das Kabinett Bauer, 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearb. von Anton Golecki, Boppard 1980, Nr. 133, S. 486, Anm. 10.
- 160** Brief Ebert an Bauer, BA-Ko, R 431 1239, Bl. 63, zitiert nach Mühlhausen, Ebert 2006, S. 921.
- 161** BA-Ko, R 43 1 1239, sowie Landesarchiv Berlin (LAB) Rep. 58, Nr. 408-410,433.
- 162** Albrecht, Verleumdungskampagne, S. 131-151.
- 163** Prozess Scheidemann/Prinz: LAB Rep. 58, Nr. 2072, Bd. 1-3; Siehe auch: Gietinger, Nachträge, S. 327, Anm. 74 und S. 363, Dokument I.
- 164** Albrecht, Verleumdungskampagne, S. 148ff.

- 165** Hans-Joachim Bieber, Bürgertum in der Revolution, Hamburg 1992, S. 61f., 196ff., 228.
- 166** Wilhelm Reinhard, Belagerungszustand in Moabit, in: Hans Roden (Hrsg.), Deutsche Soldaten – Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht, Leipzig 1935, S. 36.
- 167** Reinhard, Belagerungszustand, S. 36. Siehe auch RDVB, Bd. 2, Dokument 73, S 37f.
- 168** Schreiben Reinhardts an Preussisches Staatsministerium, Abschrift in Bundesarchiv, P 135/11759, zitiert nach RDVB, Bd. 2, S. 38, Anm. 14.
- 169** Laut Roter Fahne vom 23.4.1919 soll auch ein Baron von Schenk an der Leitung des Geheimdienstes der GKSD beteiligt gewesen sein.
- 170** Hagen Schulze, Freikorps und Republik, Boppard 1969, S. 29, Anm. 125.
- 171** Lüttwitz, Kampf, S. 33.
- 172** Wirren, S. 35.
- 173** Noske, Kiel, S. 72.
- 174** BA-MA RM 122/116, Bl. 107-133, hier Bl. 115, Wie die 3. Marinebrigade Loewenfeld entstand; Wette, Noske, S. 252; Michael Müller, Canaris. Hitlers Abwehrchef, Berlin 2006, S. 83f.
- 175** Zitate alle aus dem Kriegstagebuch der GKSD vom 11.12.1918, Bl. 136, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 176** Zitate aus dem Kriegstagebuch der GKSD vom 16.12.1918, Bl. 137RS, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 177** Kriegstagebuch der GKSD vom 16.12.1918, Bl. 33, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 178** Wirren, S. 47.
- 179** Pabst, Memoiren, S. 29, BA-MA, N 620/2.
- 180** Ebd.
- 181** Kriegstagebuch der GKSD vom 13.12.1918, Bl. 136RS, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 182** Groener, Lebenserinnerungen, in: Berthold/Neef, Militarismus, S. 424.
- 183** Nachlass Groener N 46/25, Tagebucheintragung Groener vom 15.11.1918; Thaer, Generalstabdienst, Tagebucheintragung vom 15.11.1918; Rakenius, Groener, S. 133.
- 184** Mühlhausen, Ebert 2006, S. 146; Pyta, Hindenburg, S. 390 ignoriert sie komplett.
- 185** Groener, Lebenserinnerungen, in: Berthold/Neef, Militarismus, S. 424. Siehe auch vorherige Anmerkung.
- 186** Gustav Noske, Die Abwehr des Bolschewismus, in: Hermann Müller (Hrsg.), Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928, Berlin 1928, S. 36.
- 187** Interview Pabst, in: «Ich lies Rosa Luxemburg richten», Der Spiegel, 18.4.1962, 16 (1962), S. 38. Online: http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=4513_9766, 20.9.2008.
- 188** Harry Graf Kessler, Tagebücher. 1918-1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt 1961, S.133.
- 189** Pabst, Memoiren, S. 30, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 190** Hans Dieter Heilige, Jüdische Unternehmer zwischen Laissez-faire und Sammlungsbe-
wegung, in: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hrsg.): Jüdische Unternehmer in Deutschland
im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1992 (Zeitschrift für Untemehmensgeschichte.
Beiheft 64), S. 339; Rintelen, Bauer, S. 235ff; Joachim Petzold, Wegbereiter des deut-
schen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978,
S. 54,58, 67.

- 191** Salomon Marx, aus Schwerte/Ruhr, 1866 geboren, Konsul, leitender Direktor der Nord-deutschen Elektrizitäts- und Stahlwerke und Mitglied des Hauptvorstandes der Deutsch-nationalen Volkspartei Hugenberg.
- 192** Johannes Tuchel, Am Grossen Wannsee 56-58. Von der Villa Minoux zum Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 1992, S. 110-136.
- 193** Ernst Heilmann, Die Noskegarde, Berlin 1920, S. 17.
- 194** Republik Nr. 24, vom 25.1.1919, zitiert nach Günter Paulus, Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution, in: ZfG, 5 (1955), S.687.
- 195** Pabst, Memoiren, S. 23f., Nachlass Pabst, BA-MA,N 620/2; Wirren, S. 32; Kluge, Soldatenräte, S. 237f.
- 196** Siehe Kapitel III.4.
- 197** Karl Heinz Roth, Franz von Papen und der Faschismus, S. 594f.
- 198** Siehe hierzu auch: Paulus, Freikorps, S. 688f., 690f., 692-703; Friedrich W. von Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918-1923, München 1936, S. 342.
- 199** Aus den Personalien der zahlreich verhörten Mitglieder der GKSD im Prozess gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ergibt sich bei den einfachen Soldaten ein ähnliches Bild. Protokoll der Hauptverhandlung gegen Runge und Genossen, BA-MA, PH 8V/Bd.12-17.
- 200** Pabst, Das Kapp-Lüttwitz-Untemehmen (ca. 1967), Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3, ohne Pag. Auch abgedruckt bei Erwin Könnemann/Gerhard Schulze (Hrsg.), Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002, Dokument 390, S. 622f.
- 201** Pabst, Memoiren, S. 32, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 202** Dies findet auch seinen Widerhall im Kriegstagebuch der GKSD vom 17.1.1918, Bl. 137RS, BA-SAPMO, Nachlass Pabst, NY 4035/1.
- 203** Kluge, Soldatenräte, S. 241.
- 204** GBAS, S.754.
- 205** Ebd., S. 755f.
- 206** Kriegstagebuch der GKSD vom 15.1.1918, Bl. 137, BA-SAPMO, Nachlass Pabst, NY 4035/1.
- 207** Protokoll Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, S. 71.
- 208** Zur Soziologie der Mitglieder des Rätekongresses siehe neuerdings: Sabine Ross, Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus, Köln 1999.
- 209** Protokoll Allgemeiner Kongress, S. 2. Er bezieht sich bei dem Gleichheitsausspruch auf Fichte.
- 210** Neuerdings bestätigt durch Ross, Räteparlamentarismus, S. 338.
- 211** E.O. Volkmann, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, S. 141.
- 212** Zitat und folgende Zitate nach: Protokoll Allgemeiner Kongress, S. 63f.
- 213** Protokoll Allgemeiner Kongress, S. 65.
- 214** Hürten, Kapp-Putsch als Wende, S. 12f., greift dies auf und behauptet, die Nationalversammlung sei das Einigungsinstrument von MSPD-Führung und Armee gewesen. Was nicht zutrifft. Die OHL wollte ihre Macht nicht vom Parlament kontrolliert sehen und forderte deswegen ständig eine Diktatur von Ebert und Noske.
- 215** Volkmann, Revolution, S. 146.
- 216** Ebd., S. 149.
- 217** RDVB, Bd. 2, S. 12, die übrigen Zitate ebd., S. 3-15.
- 218** Ebd., S.9.
- 219** Volkmann, Revolution, S. 150.

- 220** Ebd., S. 13.
- 221** Kreuzverhör Groeners im Dolchstossprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 391.
- 222** Ebd., S. 14.
- 223** Heinz Härten (Hrsg.): Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920, Düsseldorf 1977, Dokument 12, S. 32.
- 224** Kriegstagebuch der GKSD vom 21.12.1918, Bl. 138RS, BA-SAPMO, Nachlass Pabst, NY 4035/1.
- 225** Dokument VI, in: Gietinger, Leiche, 151f.
- 226** Barth, Werkstatt, S. 98f.
- 227** Erklärung der Volksmarinedivision, abgedruckt bei Wrobel, Volksmarinedivision, S. 126; RDVB, Bd. 2, S. 21, Anm. 1; Kessler, Tagebücher, S. 79.
- 228** RDVB, Bd. 2, S. 21, Anm. 1.
- 229** Kriegstagebuch der GKSD vom 23.12.1918, Bl. 139, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 230** Nach Wrobel, Volksmarinedivision, S. 92, hatte Wels kurz vorher das Kommando Lequis angerufen, angegeben, er sei eingeschlossen, und um Hilfe gebeten.
- 231** Erklärung der Volksmarinedivision, abgedruckt bei Wrobel, Volksmarinedivision, S. 127.
- 232** Pabst, Memoiren, S. 37, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 233** Kriegstagebuch der GKSD vom 23.12.1918, Bl. 139, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1.
- 234** Bericht über den 23./24.12.18 und die Gründe des Misslingens, GKSD, Ia, 25.12.1918, Bristol-Hotel, Bl. 1, BA-MA, N 620/2.
- 235** Kreuzverhör Groeners im Dolchstossprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 387.
- 236** Kreuzverhör Groeners im Dolchstossprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 388.
- 237** Tagebucheintragung Groener vom 23.12.1918, BA-MA, N 46/25, H 1, Bl. 26.
- 238** Barth sagte nach Dittmann, Erinnerungen: Ebert, Scheidemann und Landsberg hätten ihn nicht über die Verhaftung von Wels informiert, sonst hätte er ihn herausgeholt. Wels habe ausserdem freiwillig im Schloss bleiben wollen, weil seine Wohnung extrem weit vom Zentrum der Stadt gelegen gewesen sei und keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr führen. Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S. 612f.
- 239** Pabst, Memoiren, S. 40, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 240** Pabst, Memoiren, 38f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 241** Bericht über den 23./24.12.18, Bl. 1., BA-MA, N 620/2. In: Pabst, Memoiren, S. 43f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2, spricht Pabst davon, das Generalkommando Lequis hätte 1'200 Mann und 18 Geschütze (4 Feldbatterien) einsatzbereit gemeldet. Aber diese Anzahl konnte – wie von Pabst befürchtet – nicht rechtzeitig herangeführt werden.
- 242** Pabst, Spartakus, S. 34.
- 243** Dokument II, Gedächtnisprotokoll Ertel et al., in: Gietinger, Leiche, S. 140.
- 244** Bericht über den 23/24.12.18, Bl. 2, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 245** Pabst, Memoiren, S. 47, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 246** Pabst, Spartakus, S. 34f.
- 247** Pabst bestreitet in seinem Bericht, dass seine Einheiten meuterten oder Geschütze verloren gegangen seien, Bericht über den 23/24.12.18, Bl. 4, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 248** Kurt Wrobel, Der Sieg der Arbeiter und Matrosen im Dezember 1918 in Berlin. Berliner Arbeiterveteranen berichten über ihren Kampf in der Novemberrevolution, Berlin (Ost) 1958, S. 48-55.

- 249** Pabst, Memoiren, S. 46, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 250** Folgendes nach Pabst, Memoiren, S. 47f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
Siehe dazu auch Pabst, Spartakus, S. 35 und Volkmann, Revolution, S. 161.
- 251** Pabst, Memoiren, S. 43f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 252** Pabst, Memoiren, S. 49, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 253** Ebd.
- 254** Bericht über den 23./24.12.18, Bl. 3, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 255** Ebd., Bl. 4.
- 256** Rotheit, Berliner Schloss, S. 88. Auch Haase gab dies in einer Regierungssitzung zu Protokoll, RDVB, Bd. 2, S. 100. Ob hier schon eine Verbindung zu einem der Väter des Gaskrieges, Oberst Max Bauer, bestand, ist unklar, jedoch war Otto Lummitzsch, Gründer der Technischen Abteilung in der GKSD, Gaskriegsspezialist der ersten Stunde. Andreas Linhardt: Die Technische Nothilfe in der Weimarer Republik, Norderstedt 2006, S. 60-62. Vermutlich war der wirkungslos gebliebene Gaseinsatz – mit der Billigung Pabsts – auf ihn zurückzuführen.
- 257** Ebd.
- 258** Letzteres wird Pabst drei Tage später in seinem Bericht bestreiten, Bericht über den 23./24.12.18, Bl. 4, BA-MA, N 620/2.
- 259** Böhm, Adjutant, S. 111.
- 260** Text bei Walter Oehme, Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19, Berlin (Ost) 1958, S. 211; Faksimile: Günter Hortzschansky u.a., Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1978, S. 256.
- 261** Auflistung eines Anwalts im Prozess Scheidemann/Prinz: LAB Rep. 58, Nr. 2072, Bd. 3, Bl. 67-75.
- 262** Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S. 608. Teilweise abgedruckt bei RDVB, Bd. 2, Dokument 70, S. 30f.
- 263** Pabst, Memoiren, S. 43, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 264** Pabst, Memoiren, S. 48, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 265** Kreuzverhör Groeners im Dolchstossprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 387.
- 266** Groener, Lebenserinnerungen, zitiert nach Berthold/Neef, Militarismus, S. 428.
- 267** Aussage Scheidemann im Dolchstossprozess, in: Herzfeld, Sozialdemokratie, S. 343, bestätigt durch das Kreuzverhör Groeners im Dolchstossprozess, ebd. S. 390.
- 268** RDVB, Bd. 1, S. 115.
- 269** Müller/Ritter, Dokumente, S. 207ff.
- 270** Rintelen, Bauer, S. 128f.
- 271** Noske, Kiel, S. 63; Noske, Erlebtes, S. 82.
- 272** Folgendes nach: Hürten, Revolution und Kapp-Putsch, Dokument 12, S. 32f.
- 273** Folgendes nach: Böhm, Adjutant, S. 121f.
- 274** Siehe auch Kässner, Deckoffiziersbewegung, S. 121ff.
- 275** Brief Noskes an den österreichischen Bundeskanzler Seipel vom 10.10.1928, Nachlass Noske, BA-SAPMO, NL 56/7, Bl. 1113. Siehe auch: Wirren, S. 36, Tabelle S. 182ff.
- 276** Böhm, Adjutant, S. 121; sowie: Hürten, Revolution und Kapp-Putsch, Dokument 12, S. 33.
- 277** Böhm, Adjutant, S. 122.
- 278** RDVB, Bd. 2, Nr. 79, Anm. 8; Böhm, Adjutant, S. 125.
- 279** Pabst, Memoiren, S. 55, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 280** Tagebucheintragung Groener vom 9.7.1919, BA-MA, N 46/25, Bl. 108RS.
- 281** Hermann Weber (Hrsg.), Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Grün-

- dungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, Berlin 1993, S. 296.
- 282** Ebd., S. 202.
- 283** Wirren, S. 48.
- 284** Gerorg Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution, Leipzig 1921, S. 64.
- 285** Kessler, Tagebücher, S. 92.
- 286** Selbst Barth fragte sich das, Barth, Werkstatt, S. 131.
- 287** Kessler, Tagebücher, S. 81.
- 288** Ebd., S. 117.
- 289** Levi, in: Die Rote Fahne vom 14.1.1920, zitiert nach Ottokar Luban, Demokratische Sozialistin oder «blutige Rosa»? Rosa Luxemburg und die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 2 (1999), S.178.
- 290** Emil Barth spielte nach seinem Ausscheiden als Volksbeauftragter keine Rolle mehr bei den Obleuten und wurde von ihnen vor die Tür gesetzt. Anfang Januar war er nicht in Berlin, sondern auf Agitationstour durch Deutschland, Barth, Werkstatt, 128f.
- 291** Luban, Demokratische Sozialistin, (IWK), 2 (1999), S. 176-207.
- 292** Ebd., S. 181.
- 293** Kessler, Tagebücher, S. 92.
- 294** Ebd., S. 92f.
- 295** Pieck 1920, zitiert nach Luban, Demokratische Sozialistin, (IWK), 2 (1999), S.181.
- 296** Rosa Luxemburg, Was machen die Führer?, GW, Bd. 4, S. 516.
- 297** Manfred Scharer, Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1985, S. 195-220; ders., Rosa Luxemburg – «Die Revolution ist grossartig, alles andere ist Quark», in: Weber, Hermann, Egbert Jahn und Bernhard H. Bayerlein u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001, Berlin 2001, S. 391ff.; ders., «Freiheit ist immer...». Die Legende von Rosa und Karl, Berlin 2002, S. 152ff.
- 298** Ottokar Luban, Rosa Luxemburg – demokratische Sozialistin oder Bolschewistin, in: Weber/Jahn/Bayerlein, Jahrbuch Kommunismusforschung 2000/2001, S. 415.
- 299** Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt 1970 (zuerst: Berlin 1929), S.281L
- 300** Levi, Ledebour u.a., zitiert nach Luban, Demokratische Sozialistin, (IWK), 2 (1999), S. 183.
- 301** Kessler, Tagebücher, S. 91.
- 302** Wirren, S. 59f.
- 303** Wilhelm Reinhard, 1918/19. Die Wehen der Republik, Berlin 1933, S. 37.
- 304** Nach Witt, Ebert, S. 103, auch zitiert bei Mühlhausen, Ebert 2000, S. 156, ebenso in Revolution und Fotografie.
- 305** Simon Guttman, linker Journalist, später Förderer von Robert Capa.
- 306** Kessler, Tagebücher, S. 94. Dies belegt, dass es auch molekulare SPD-Massen gab. Und es belegt auch, dass der Begriff der molekularen Masse nicht immer allein positiv besetzbar ist.
- 307** Siehe hierzu BA-Ko, R 43 I 1239 sowie LAB, Rep. 58, Nr. 408-410,433.
- 308** Siehe Urteil im Prozess Scheidemann/Prinz, LAB Rep. 58, Nr. 2072, Bd. 3, Bl. 150-177. Pabst hat in einem Brief an den Schwiegersohn Henks (Herm Pirschei) bestritten, dass Scheidemann ein solches Lösegeld ausgesetzt hätte, dazu sei er viel zu klug gewesen. Pabstbrief vom 6.7.1969, Privatarchiv Philipp Scheidemann. Mit freundlicher Ge-

- nehmung der Enkelin von Scheidemann, Frau Johanna Pirschei. Auch abgedruckt als Dokument I bei: Klaus Gietinger, Nachträge, betreffend Aufklärung der Umstände, unter denen Frau Dr. Rosa Luxemburg den Tod gefunden hat, in: IWK, 3 (1992), S. 363.
- 309** Richard Müller, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 3: Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1979 (Zuerst Berlin 1925), S. 30f.
- 310** Luban, Demokratische Sozialistin, 184f., (IWK), 2 (1999), dem Scharrer in diesem kleinen Revolutionsstreit innerhalb der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung umso heftiger widerspricht, je jünger seine Publikationen sind. Scharrer, Quark, in: Weber/Jahn/ Bayerlein, Jahrbuch Kommunismusforschung 2000/2001, S. 391-408; Scharrer, «Freiheit», S. 154ff.
- 311** Ledebour-Prozess, S. 298-307 und S. 331-336.
- 312** Böhm, Adjutant, S. 129f.; siehe auch Wirren, S. 60.
- 313** Wirren, S. 60.
- 314** Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 281.
- 315** Noske, Kiel, S. 68.
- 316** Konrad Haenisch, Persönliche Erinnerungen an Fritz Ebert. Ein Nachruf, Beilage zur Frankfurter Zeitung vom März 1925, abgedruckt in: Haffner u.a., Zwecklegenden, S. 163-180, hier S. 175.
- 317** Original der Ernennungsurkunde Noskes in BA-SAPMO, Nachlass Noske, NL 56/3, Bl. 39.
- 318** Noske, Kiel, S. 68.
- 319** Wirren, S. 47; siehe auch Volkmann, Revolution, S. 159.
- 320** Lüttwitz, Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen, mit eigenhändiger Unterschrift, Nachlass Luetgebrune, BA-Ko, N 1150/27, S. 3.
- 321** Aussage Korvettenkapitän Canaris, vom 19.6.1925, vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11, Bl. 222.
- 322** Pabst, Memoiren, S. 59a, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 323** Eduard Bernstein (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Bonn 1998 (zuerst: Berlin 1921), S.196.
- 324** Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S. 639.
- 325** Die Vermittlungsaktion, in: Die Freiheit, 8.1.1919, Nr. 13. Siehe auch die Aussage Dittmanns in: Ledebour-Prozess, S. 573; Zentralrat, 223f.; sowie Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S.639.
- 326** Wirren, S. 49.
- 327** Sowohl Hürten, Revolution und Kapp-Putsch, als auch Huber, Verfassungsgeschichte, verschweigen diese spätere Karriere Reinhardts.
- 328** Reinhard, Wehen, S. 66; Reinhard, Belagerungszustand, S. 37.
- 329** Noske, Kiel, S. 69.
- 330** Pieck 1920, S. 190; Luban, Demokratische Sozialistin, (IWK), 2 (1999), S. 190.
- 331** Radek, Kleine Erinnerungen, in: Otto-Ernst Schüddekopf, Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, Hannover 1962, S. 137.
- 332** Brief Radeks vom 9.1.1919, in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 282; siehe auch Schüddekopf, Radek, S. 138.
- 333** Aufruf der Reichsregierung vom 8.1.1919, Dokument 8, bei Miller/Ritter, Dokumente, S.184.
- 334** Luban, Demokratische Sozialistin, (IWK), 2 (1999), S. 191.
- 335** Scharrer, der die 200'000 Demonstranten vom 6.1. nicht wie Luban als Willen der Mehr-

heit der Berliner Arbeiter anerkennt, rechnet vor, dass etwa 227'000 Arbeiter sich diesem Aufruf anschlossen. Eine «beispiellose Bewegung», die für ihn offensichtlich nun die Mehrheit ist. Scharer, «Freiheit ist immer...», S. 159.

Kapitel IV

- 1 Stephani gibt an, von dem Sergeanten Klawunde (SPD) am 6.1. im Auftrag der Volksbeauftragten nach Berlin gerufen worden zu sein. Klawunde war Soldatenrat in Potsdam gewesen und hatte mitgeholfen, diesen kaltzustellen. Franz von Stephani, Freikorps Potsdam. Der Sturm auf das Vorwärtsgebäude, in: Hans Roden (Hrsg.), Deutsche Soldaten. Von Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht, unter Mitarbeit der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und des Schlageter-Gedächtnis-Museums e.V., S. 42; siehe auch Aussage Graf Westarp im Ledebour-Prozess, S. 133.
- 2 Karl Retzlaw, Spartakus. Aufstieg und Niedergang, Frankfurt/Main, 1985⁵, S. 118.
- 3 Ebd.
- 4 Stephani, Potsdam, S. 42.
- 5 Bodo Scheurig, Henning von Tresckow. Ein Preusse gegen Hitler, Frankfurt/Main 1997 (zuerst: 1987), S. 20.
- 6 Retzlaw, Spartakus, S. 118.
- 7 Die Freiheit vom Februar 1919, zitiert nach Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 289; siehe auch Emil Julius Gumbel, Vier Jahre politischer Mord und Denkschrift des Reichsjustizministers zu «Vier Jahre politischer Mord», Heidelberg 1980 (zuerst: 1922 bzw. 1924), S. 10.
- 8 Zitiert nach Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 290.
- 9 Aussage Westarp im Ledebour-Prozess, S. 133ff.
- 10 Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 238.
- 11 Ebd., S. 245. Hankel spricht von ähnlichen Tagesbefehlen, Hankel, Leipziger Prozesse, S. 263.
- 12 Nach Gumbel, Politischer Mord, S. 10.
- 13 Paul Kässner, Zur Geschichte der Deckoffizierbewegung des Deckoffizierbundes und des Bundes der Deckoffiziere, Altona o. J. [1932], S. 124.
- 14 Wirren, S. 69.
- 15 Pabst, Memoiren, S. 86, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2; Wirren, S. 64.
- 16 Wirren, S. 73.
- 17 Wette zitiert den Kapitänleutnant Bogislaw von Selchow vom 11.11.1918. Wette, Wehrmacht, S. 51.
- 18 Die meisten Publikationen zum Mord zitieren immer das Gedicht von Artur Zickler, das einen Tag später im *Vorwärts* erschien und durchaus als Mordhetze verstanden werden kann, welches aber hinter dem von Wilke an Schärfe zurücksteht.
- 19 Vorwärts Nr. 34, 12.1.1919. Mühlhausen glaubt fälschlicherweise, dass es an diesem Tag noch gar keine Ausgabe gegeben habe. Mühlhausen, Ebert 2006, S. 145, Anm. 230. Die erste reguläre Ausgabe nach dem 5.1. erschien tatsächlich erst am 13.1., jedoch wurden schon vorher Extraausgaben ausserhalb des Vorwärts-Gebäudes gedruckt. In: RDVB, Bd. 2, S. 203, Anm. 11, wird angegeben, dass den Bearbeitern diese Ausgaben nicht zugänglich gewesen seien. Die Originalausgabe des Vorwärts vom 12.1.1919 ist einsehbar in der

- Landesarchiv Berlin und enthält das Gedicht. Auf dem Mikrofilm in der Staatsbibliothek Berlin fehlt es merkwürdigerweise. Für den Hinweis danke ich Frau Dr. Kathrin Hoffmann-Curtius.
- 20** Angedeutet bei Noske, Erlebtes, S. 27f., vermutet bei Wette, Noske, S. 101 f.
- 21** Wette, Noske, S. 192.
- 22** Noske, Erlebtes, S. 67.
- 23** Noske, Kiel, S. 76.
- 24** Noske nach Böhm, Adjutant, S. 122.
- 25** Detailliert dargestellt sind dieser Doppelmord, seine Vor- und Nachgeschichte in Gietinger, Leiche. Hier beschränke ich mich auf die wesentlichen Fakten, ergänzt durch neue Details und Fundstücke.
- 26** Friedrich W. von Oertzen, Die deutschen Freikorps. München 1936, S. 284. Von Oertzen war der Onkel des SPD-Linken Peter von Oertzen, der ein Standardwerk über die Betriebsräte in der Novemberrevolution geschrieben hat: Oertzen, Betriebsräte.
- 27** BA-Berlin, Reichspostministerium 47.01, Nr. 4818, Bl. 326, Geheimmeldung der Kaiserlichen (sic!) Oberpostdirektion III B vom 16.1.1919: «Der Volksbeauftragte, Oberbefehlshaber Noske und der Hauptmann Pabst von der Kavallerie-Schützen-Division in Berlin-Dahlem haben einen Kriminalbeamten schriftlich beauftragt, beim Postamt Berlin Steglitz die Postsendungen des Rechtsanwalts Karl Liebknecht Bismarckstrasse 75 zum Zwecke der Ermittlung des jetzigen Aufenthaltsortes desselben, zu überwachen.»
- 28** Müller, Bürgerkrieg, S. 171, siehe auch Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S.292f.
- 29** Eine ebensolche Spitzelorganisation war die «fliegende Kraftfahrstaffel (Eugen) Kessel» des Obersten Reinhard. Im Januar noch im Aufbau, wurde sie im März 1919 Pabst unterstellt. Aus ihr gingen der Mörder von Jogiches und Dorrenbach, Tamschick, sowie der 30-fache Matrosenmörder Oberleutnant Marloh hervor. Später bildete sie den Grundstock für die Sicherheitspolizei (Sipo) des preussischen Justizministers Heine (SPD). Siehe Kapitel IV, 7.
- 30** Ebenfalls finanziell versorgt von den Brüdern Sklarz und vom Grossbürgerrat. LAB, Rep. 58, Nr. 2072, Bd. 3, Bl. 107,165.
- 31** Protokoll Ertel/Strübel vom 5.5.66, in: Dokumentation der Vor- und Nachgeschichte des Verfahrens Souchon gegen SDR/Bausch/Ertel (1966-1975), Archiv des Südwestrundfunks (SWR, früher: SDR), Bl. 58f, abgedruckt als Dokument III, bei: Gietinger, Leiche, S. 142.
- 32** Folgende Angaben nach dem Bericht des Staatsanwalts Ortman an den preussischen Justizminister Wolfgang Heine (SPD) vom 5.2. und 24.2.1919. BA-Berlin, Nachlass Heine, Nr. 144, Bl. 3-7 u. Bl. 10-14 (Bericht Ortman).
- 33** Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5-14.5.1919, BA-MA, PH 8 V/Bd. 13, Bl. 211, Aussage Lindner.
- 34** Aussagen Breuers in BA-Ko, R 43 I 2676, Bl. 4 und Bl. 10. Bericht Breuer vom 2.4. 1919, auch enthalten in: BA-Berlin, Mikrofilm Reichskanzlei 19190, L484368 (dieser Mikrofilm ist identisch mit BA-Ko R 43 I 2676).
- 35** BA-Ko, R 43 I 2676, Bl.6f. Bericht Staatsanwalt Hagemann.
- 36** 1946 outet sich ein weiterer Militär, ein Mann Namens Tzschimer, an der Überführung Liebknechts und Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein: «Dann habe ich sie ins Edenhotel zu meinem Kameraden Pabst geschickt.» Er wird 1946 wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagt und freigesprochen. Abschriften der Akten des Entnazifizierungsausschusses in: BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 26, Bl. 13ff. Einstellung des Verfahrens, Bl. 16-18. Tzschimer war wie Pabst Hauptmann im Generalstab und leitete vermutlich die Überführung als Militär. Die Staatsanwaltschaft liess ihn 1919 in Ruhe,

- da er ja der MSPD-geförderten Militärgerichtsbarkeit unterstand und deswegen auch nicht belangt wurde.
- 37** Pabst, Memoiren, S. 64c, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 38** Brief Pflugk-Harttung an Pabst vom 3.5.1962, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/36, abgedruckt als Dokument I bei Gietinger, Leiche, S. 134; sowie: Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, BAM A, PH 8V/Bd. 13, S. 194, Aussage Pabst; Wirren S.53f. und 73.
- 39** Siehe auch Holger H. Herwig: Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1977, S. 98-207.
- 40** Martin Niemöller, Vom U-Boot zu Kanzel, Berlin 1934, S. 210.
- 41** Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, Plädoyer Grünspach, BA-MA, PH 8V/Bd. 17, S. 990,
- 42** Bericht Ortmann, Bl. 4.
- 43** Diese und die nachfolgenden Zeitangaben lassen sich nur mühsam aus der Jomschen «Voruntersuchung» und den Aussagen in der Hauptverhandlung vor dem Feldgericht der GKSD ermitteln, wobei den Angaben von Zivilisten grössere Glaubwürdigkeit geschenkt wird. Voruntersuchung, 5 Bände: BAMA, PH 8V/Bd. 14 und Bd. 11. Die Blattzahlen dieser Bände stimmen mit denen von Paul Levi in seiner Broschüre Der Joms-Prozess, Berlin 1929, S. 721, angegebenen exakt überein. Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5 bis 14.5.1919, 7 Bände: BAMA, PH 8V/Bd. 1217 und Bd. 5 (Zusammenfassung).
- 44** Eidesstattliche Erklärung Oberst a.D. Souchon vom 6.12.1968, Dokumentation SDR, S.517. Siehe auch die Tabelle in Wirren, S. 183 links unten, sowie S. 185. Wette irrt, wenn er schreibt, die Offiziere hätten zur Marinebrigade Ehrhardt (der 2. Marinebrigade) gehört, Wette, Wehrmacht 2005, S. 52.
- 45** Personalbögen und Dienstleistungszeugnisse (ausgestellt von Pabst) der Offiziere in BA-MA, 8V/ Bd. 11.
- 46** Aussage Souchon vom Juni 1925 vor der Staatsanwaltschaft in: LAB Rep. 58, Nr. 464, Bd. 1, Bl. 47. Eidesstattliche Erklärung Souchon vom 6.12.1968, Dokumentation SDR, S. 518.
- 47** Wirren, S.53f.
- 48** Pabst, Memoiren, S. 65 u. 68, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2, sowie Tonbandinterview Cerff mit Pabst, BA-MA, N 620/56.
- 49** Tonbandinterview Cerff mit Pabst, BA-MA, N 620/56.
- 50** Pabst, Memoiren, S. 64, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 51** Brief Otto Kranzbühlers vom 12.1.1993 an den Verfasser. Siehe auch Anhang, Dokument 4.
- 52** Brief Pabsts an Dr. Georg Franz, vom 22.2.1969, BA-MA, N 620/17. Ähnlich schreibt Pabst am 16.4.1969, ebd., an den gleichen Herrn: «Noske und ich waren uns in dieser Auffassung restlos einig. Die Anordnungen konnte Noske natürlich nicht selbst geben. Darüber wäre die SPD zerbrochen.»
- 53** Zur Diskussion um die Glaubwürdigkeit Pabsts siehe nachfolgenden Abschnitt: «Lügt Pabst?»
- 54** Gumbel, Politischer Mord, Denkschrift, S. 123.
- 55** Persönliche Mitteilung Günther Nollaus vom 13.12.1989 über eine Begegnung mit Waldemar Pabst, am 30.11.1959, über die er eine Aktennotiz anfertigte; siehe auch Nollaus Aussage vor dem Landgericht Stuttgart 1969, in: Dokumentation SDR, S. 843 ff., sowie «Der Spiegel» Nr. 1/1970.
- 56** Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, BA-MA, PH 8V/Bd. 13, S. 195. Auch abgedruckt bei Elisabeth Hannover-Drück, Heinrich Hannover (Hrsg.), Der

- Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt/Main 1967, S. 67.
- 57** Pabst, Spartakus, S. 38. Siehe auch Dokument II, in: Gietinger, Leiche, S. 138, sowie persönliche Mitteilung von Günther Nollau; siehe auch Der Spiegel Nr. 1/1970, S. 49 bzw. Dokumentation SDR, S. 429.
- 58** Aussage Souchon vom Juni 1925 vor der Staatsanwaltschaft in: LAB Rep. 58, Nr. 464, Bd. 1, B1.46.
- 59** Voruntersuchung, BA-MA, PH 8V/Bd. 1, Bl. 109, Brief Ing. Otto Wiener; Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, BA-MA, PH 8V/Bd. 13, S. 330, Aussage Kellner Krupp; Aussagen der Offiziere BA-MA, PH 8V/Bd. 12, Bl. 46ff., 92ff., 101ff., 116ff., 122ff., 143ff.
- 60** Zur Biografie Runge siehe Doris Kachulle, Waldemar Pabst und die Gegenrevolution. Vorträge, Aufsätze aus dem Nachlass. Herausgegeben von Karl Heinz Roth. Berlin 2007, S. 109-127.
- 61** Nachforschungen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) ermittelten diesen Vornamen, BstU, MfS HA IX/11, AS 6/69, Bd. 7, Bl. 72.
- 62** Pabst, Memoiren, S. 68, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2; Dokument III und IV in: Gietinger, Leiche, S. 143 u. 145, sowie Pabst, Tonbandinterview. Zum Selbstmord Petris siehe Oertzen, Freikorps, S. 502, Anm.87. Petri war schon von Jogiches in der Roten Fahne vom 12.2.1919 (teilweise abgedruckt bei Hannover, Mord, S. 55) und von Bediensteten des Edenhotels der Anstiftung zum Mord bezichtigt worden; Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, BA-MA, PH 8V/Bd. 13, S. 329ff., 345ff.
- 63** Anklageschrift Joms vom 19.4.1919, BA-Berlin, Mikrofilm Reichskanzlei 19190, Bl. 27.
- 64** Zur Störanfälligkeit des Wagens siehe: Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, BAMA, PH 8V/Bd. 14, S. 464, Aussage «Sachverständiger» Leutnant Herbst; sowie Voruntersuchung, BAMA, PH 8V/Bd. 5, Bl. 18f. Es existiert auch eine Reparaturrechnung für die Panne: Faksimile bei Gietinger, Leiche, S. 44.
- 65** Tagebucheintragung Ernst von Weizsäcker, in: Leonidas E. Hill, Weizsäcker-Papiere. 1900-1932, Berlin 1982, S. 325.
- 66** Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, BA-MA, PH 8 V/Bd. 17, Plädoyer Joms, S. 930ff.
- 67** Die Freiheit, Nr. 54 vom 28.2.1920, Aussage Franz Flick.
- 68** Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, BA-MA, PH 8V/Bd. 15, S. 760, Aussage Liftboy Köhler, S. 778, Aussage Wäschenäherin Anna Wandinger; Jogiches, Rote Fahne vom 12.2.1919 (teilweise abgedruckt bei Hannover, Mord, S. 55).
- 69** Mitteilung von Hermann Weber.
- 70** Aussage der Buchhalterin Pauline Baumgärtner, Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, BAMA, PH 8V/Bd. 13, S. 329.
- 71** Siehe dazu das Kapitel: Der Fall Souchon/Ertel 1966-1970.
- 72** Voruntersuchung, Obduktionsbefund Geheimer Medizinalrat Dr. Strassmann, BA-MA, PH 8V/Bd. 6, Bl. 43. Strassmann erlaubte sich noch zu bemerken, dass es «überhaupt seltsam erscheint, dass ein Schuss unter diesen Umständen, unter denen er für die Transportmannschaften doch auch eine erhebliche Gefährdung bedeutete, abgegeben worden ist». Bl. 44.
- 73** Folgendes nach Pabst, Memoiren, S. 70ff., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2; sowie Pabst, Tonbandinterview, BA-MA, N 620/56; siehe auch Gietinger, Leiche, Dokument II, S. 137.

- 74** Zu den Anrufen siehe Dokument III, Gietinger, Leiche, S. 145f.
- 75** In seinen Memoiren gibt Pabst fälschlicherweise den 17.1. an, Pabst, Memoiren, S.70, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2. Es existiert kein Protokoll der Sitzung, siehe: Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik, 19.12.1918-8.4.1919. Vom 1. zum 2. Rätekongress / bearb. v. Eberhard Kolb unter Mitw. v. Reinhard Rürup, Leiden 1968, Nr. 55. Nach Pabsts und Kurtzigs Angaben fand sie kurz vor 8 Uhr morgens statt. Auch Oehme, Damals in der Reichskanzlei, S. 312ff., erzählt nichts davon. Sein Bericht beginnt aber erst um 9 Uhr. Die Aussagen Kurtzigs, 10 bzw. 11 Jahre später, belegen aber auch ohne Pabsts Aussagen, dass diese Sitzung stattgefunden hat. Aussage Kurtzig im ersten Joms-Prozess, nach Berliner Tageblatt vom 20.4.29. Siehe auch: Paul Levi, Der Joms-Prozess. Rede des Verteidigers Paul Levi, Berlin 1929, S. 24. Noch detaillierter ist Kurtzigs Aussage im zweiten Joms-Prozess, siehe Vorwärts vom 31.1.1930.
- 76** Brief Reichsregierung an Vollzugsrat. BA-Berlin, Reichskanzlei (RK) Nr. 2494/14.
- 77** BA-Berlin, Akten der Reichskanzlei betreffend Aufklärung der Umstände unter denen Dr. Karl Liebknecht starb, Nr. 2494/14., Bl. 14ff. Siehe auch Protestresolution von Arbeitern aus Gotha, die eine «strenge Untersuchung» forderten, sowie eine Protestresolution von 3'000 Arbeitern aus Berlin-Marienfelde zur «Justizkomödie». BA-Berlin, Reichsjustizamt. Akten betreffend die militärgerichtliche Untersuchung des Hergangs bei der Tötung des Karl Liebknecht und der Rosa Luxemburg – Strafverfahren gegen Runge und Genossen, Nr. 3720. Bl. 24 und Bl. 50. Weitere Protesttelegramme der gesamten Arbeiterschaft von Siemens Halske (17.1.), des Essener Soldatenrates (18.1.), einer Massenversammlung von Wilhelmshavener Arbeitern «aller drei sozialistischen Parteien» (19.1.), der USPD Darmstadts (19.1.), als Kopie in BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 15, Bl. 23-29.
- 78** Protesttelegramm Theodor Liebknecht vom 17.1.19, BA-Berlin, RK Nr.2494/14, Bl. 14. Brief Richard Müller vom 22.1.19 an die Regierung, Bl. 24f. Müller forderte im Namen des Vollzugsrates eine Sonderkommission, wie die zur Untersuchung der Vorgänge am 6.12. 1918. Antrag des Vollzugsrates an Justizminister Landsberg auf Einsetzung einer Sonderkommission vom 23.1.19, Bl. 30. Siehe auch Die Freiheit vom 17.1.-24.1.1919. Der Zentralrat stellte den Antrag auf Überweisung an ein Zivilgericht erst am 28.2.1919, siehe Kolb/Rürup, Zentralrat, Nr. 90,92 und 94.
- 79** Brief der MSPD-Regierung der Volksbeauftragten an die MSPD Emden in einem Brief vom 27.1.1919 in: BA-Berlin, Akten der Reichskanzlei betreffend Aufklärung der Umstände unter denen Dr. Karl Liebknecht starb, Nr. 2494/14. Bl. 23; siehe auch: BStU, MfS, HA IX/11,AS 6/69, Bd. 15, Bl. 30.
- 80** Zu den Personen siehe Kolb/Rürup, Zentralrat, Einleitung. Zur Arbeit der Beisitzer siehe Voruntersuchung, BA-MA, PH 8V/Bd.1, B1.26L, 56, 59, 78, 91, 172ff., Bd.2, Bl.4, 23ff., 66,92,94., Bd.4, Bl. 101, Bd.5, Bl.31,42.
- 81** Voruntersuchung, BA-MA, PH 8V/1, Bl. 13a R. Kurtzig gab später an, er habe den dringenden Verdacht gehabt, dass sich die Offiziere eines schweren Verbrechens schuldig gemacht hätten, siehe Berliner Tageblatt vom 20.4.29, Vorwärts vom 30.1.30.
- 82** Brief Hofmanns an Reichsregierung vom 21.1.19, BA-Berlin, RK Nr. 2494/15, Bl. 6, siehe auch Dokument III in Gietinger, Leiche, S. 138.
- 83** Aussagen von Struve und Wegmann im ersten Joms-Prozess, nach Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt vom 21.4.1929.
- 84** Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.5.-14.5.1919, BA-MA, PH 8V/16, S. 832 und 834, Aussage Wegmann, teilweise abgdr. bei Hannover, Mord, S. 101.
- 85** Dokument II, Gietinger, Leiche, S.138.
- 86** Austrittserklärung in: Die Freiheit und Republik vom 16.2.1919 sowie in: Kolb/Rürup,

- Zentralrat, Nr. 89. BA-Ko, Handakte Wäger 4543, Bl.30. Siehe auch Urteil des Landgerichts (LG) Stuttgart vom 12.2.1970, S. 33, Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart vom 20.1.1971, S. 77 in: Dokumentation SDR, S. 977 u. S. 1408.
- 87** Wolfgang Heine im Vorwärts vom 18.2.1919.
- 88** Der Mord an Liebknecht und Luxemburg, Die Tat und die Täter, in: Die Rote Fahne vom 12.2.1919, teilweise abgedruckt bei Hannover, Mord, S. 51 f.
- 89** Radek, Kleine Erinnerungen, in: Schüddekopf, Radek, S. 139.
- 90** Dokument II, Gietinger, Leiche, S.139.
- 91** Später wurde daraus ein Zahnarztbesuch.
- 92** BA-MA, PH 8V/Bd. 17, S. 1035f.
- 93** BA-MA, PH 8V/Bd. 8, Rechtsgutachten des Oberreichsanwalt beim Reichsmilitärgericht vom 12.7.19, Bl. 26-34. BA-Ko, R 43 I 2676, Bl. 105-114, Rechtsgutachten Reichsjustizminister Schiffer vom 13.10.19.
- 94** BA-Berlin. Reichs-Justizamt. Akten betreffend die militärgerichtliche Untersuchung des Herganges bei der Tötung des Karl Liebknecht und der Rosa Luxemburg – Strafverfahren gegen Runge und Genossen, Nr. 3720, Bl. 74, Protokoll der Sitzung der Reichsregierung vom 7.10.19.
- 95** Dokument II, Gietinger, Leiche, S. 139f.
- 96** Befehl Pabst BAMA, PH 8V/Bd. 4, Bl. 234. Siehe auch Aussage Heidemann, BAMA, PH 8V/Bd. 19, Bl. 19, sowie Urteil im dritten Joms-Prozess, LAB Rep. 58, Nr. 59, Bd. IV, S.316.
- 97** Tatsächlich war ein Pass der WAKO vom 31.1.19 mit der Unterschrift «Erzberger» vorgelegt worden. BA-Berlin, AA-Vogel, Nr. 27402/1, Bl.65, Erzberger selbst kam dadurch ins Gerede. In einer Sitzung der Reichskanzlei machte Minister Erzberger «vertrauliche Mitteilungen über die Persönlichkeit, die nach seinen Informationen einen Teil der Passfälschung begangen habe.» R 43 I 2676, Bl. 55, Protokoll der Sitzung der Reichsregierung vom 29.5.19. Wer das ist, gibt das Protokoll nicht bekannt. Liepmann, der ebenfalls einen falschen Pass auf den Namen Lohmann erhalten hatte, gab im zweiten Joms-Prozess an, Erzberger habe von der Verwendung des WAKO-Passes gewusst. Vorwärts Nr. 47 vom 6.2.30; Welt am Abend vom 4.2.30.
- Canaris behauptet in einer schriftlichen Stellungnahme zum dritten Joms-Prozess 1931 sogar, Erzberger habe den Ausweis bewusst zum Zweck der Flucht der Angeklagten zur Verfügung gestellt. BA-MA, RM 6/267, Handakte Canaris, Bl. 50. Fast identisch: Grabowsky, a.a.O., Bl. 22. Gleiches gibt Pabst an: Pabst, Memoiren, S. 8lf., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 98** Ebd., Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 12.12.1944, BAR, E 4320(B)/1971/94, Dossier C.2.5868, S. 6.
- 99** Pabst, Spartakus, S. 44.
- 100** BA-Berlin, RJA-Tötung, Nr. 3720, Bl. 74, Protokoll der Sitzung der Reichsregierung vom 7.10.19.
- 101** Brief Noske an Präsidenten des Reichsmilitärgerichts vom 26.10.19, BA-Ko, R 43 I 2676, Bl. 119.
- 102** BA-Berlin, Auswärtiges Amt, Akten betreffend die strafrechtliche Verfolgung des Oberleutnant Vogel (AA-Vogel), Nr. 27402/1, Bl. 78.
- 103** BA-Berlin, AA-Vogel, Nr. 27402/1, Bl. 121, Brief Gesandter Rosen an das Auswärtige Amt vom 4.12.1919.
- 104** BA-Berlin, AA-Vogel, Nr. 27402/1, Bl. 134ff.
- 105** BA-MA, PH 8V/Bd. 8, Bl. 165R.

- 106 Ebd., Bl.164.
- 107 BA-Berlin, AA-Vogel, Nr. 27402/1, Bl. 144 u. Bl. 148. Siehe auch BA-Ko, R 4312676, Bl. 141, Brief AA an RK vom 30.4.20. Hagen Schulze gibt diesen Vorgang in seiner Edition des Kabinetts Scheidemann unkorrekt wieder: Vogel sei von den Niederlanden nicht ausgeliefert worden, weil die Straftaten, wegen der Vogel verurteilt worden wäre, keine Auslieferungsdelikte gewesen seien. Akten der Reichkanzlei (AdR), Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearb. von Hagen Schulze, Boppard 1971, S. 405, Anm. 11.
- 108 BA-Ko, R 43 I 2676, Bl. 142f., Brief RK an RWM vom 12.5.20.
- 109 Ebd., Bl. 144, Brief Gessler an RK vom 6.6.20.
- 110 Noske, Kiel, S. 76.
- 111 Entwurf eines Briefes an Dr. Heinrich Seewald, in: BA-MA, N 620/17, abgedruckt als Dokument VII in Gietinger, Leiche, S. 153.
- 112 Dokument II, Gietinger, Leiche, S. 140.
- 113 Auch während seiner Heimwehrzeit erkundigte sich Pabst besorgt: «Hat S. [Stahlhelmführer Franz Seldte] das Geld für meinen holländischen Schützling noch immer nicht geschickt?» Brief Pabst an Oberstleutnant Reichert (Stahlhelm-Mitglied) vom 28.2.1927, Tiroler Landesarchiv (TLA), Akten der Selbstschutz verbände (SSV), XI/1, Bl. 150.
- 114 Dokument II, Gietinger, Leiche, S. 140.
- 115 Folgendes nach: BA-MA, PH 8V/Bd. 21, Bl. 36f., Aussage Rauscher. Siehe auch Brief Haase an GKSD vom 21.7.19, BA-MA, PH 8V/Bd. 20, Bl. 125. Brief von Lüttwitz an Scheidemann vom 13.6.1919. BA-Ko R 43 I 2676, Bl. 63f. BAMA, RM 6/267, Handakte Canaris, Bl. 38. Siehe auch: BA-Berlin, Mikrofilm Reichskanzlei 19190, Bl. 63.
- 116 Folgende Zitate nach: Das Werk des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des deutschen Reichstages 1919-1926.4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Hrsg. von Albrecht Phillipp, Berlin 1928 (WUA), Bd. 9.L, S. 139ff.
- 117 WUA, Bd. 9.I., S. 165.
- 118 Aussage Bredereck dritter Joms-Prozess, nach Vorwärts vom 23.1.31. Siehe dazu auch die Auskünfte von Canaris. BA-MA, RM 6/267, Handakte Canaris, Bl. 50f. Auf die Frage, warum er (als Richter!) die Angeklagten im Gefängnis besucht habe, gab Canaris an, er habe mit Pflugk-Hartung über die Einwohnerwehren sprechen müssen.A.a.O., Bl. 22.
- 119 BA-MA, RM 6/267, Handakte Canaris, Bl. 22f. und 48f.
- 120 Bei wichtigen Fakten aber, wo er keine Verfolgung mehr fürchten musste, stimmen seine Aussagen mit anderen Quellen – so vorhanden – überein. Siehe hierzu IWK H3/92, die Anm.43, 46, 65, 69, 70, 74, 91, 131, 176, 186, 187, 192, 215, 223, 226, 228, 229, 355, 359 Dokument II.
- 121 Interview Pabst, in: Der Spiegel, Nr. 16/1962, S. 44.
- 122 BA-SAPMO, Nachlass Noske, NL 56/7, Bl. 1-13.
- 123 BA-MA, N 620/21, Abschrift eines Pabst-Briefes vom 26.6.1969. Der Brief wird von Mühlhausen, Ebert 2006, S. 149 falsch Pabsts Memoiren zugeordnet. Ebd. verheddert sich Mühlhausen auch im Mordfall Luxemburg/Liebknecht gehörig, wenn er behauptet, Pabst wäre freigesprochen worden. Pabst wurde nie angeklagt.
- 124 Siehe Anm. 123.
- 125 Ähnlich Pabst in einem Brief an Dr. Georg Franz vom 16.4.1969, BA-MA, N 620/17. «Die Anordnungen konnte Noske natürlich nicht selbst geben, darüber wäre die SPD zerbrochen.»

- 126** Brief Pabsts an Dr. Georg Franz vom 22.2.1969, BA-MA, N 620/17.
- 127** Brief Otto Kranzbühlers vom 12.1.1993 an den Verfasser. Siehe auch Dokument 5.
- 128** Handschriftliche Randnotiz Pabsts auf einem Brief Dieter Ertels vom 2.1.1969 an Waldemar Pabst, Nachlass Pabst, BA-MA N 620/46, ohne Paginierung.
- 129** Noske, Kiel, S. 199.
- 130** Wette, Noske, S. 314, scheint diese Lüge Noskes nicht aufgefallen zu sein, vermutlich weil er zum Studium der Gerichtsakten zum Liebknecht/Luxemburg-Mord nicht mehr kam, obwohl es von Hürten in Böhm, Adjutant, S. 32, Anm. 587 empfohlen worden war. Quellenunkritisch gibt Wette deshalb Noskes Behauptung als Tatsache wieder.
- 131** Mühlhausen, Ebert 2006, S. 149.
- 132** Thaer, Generalstabsdienst, S. 286f. Ähnlich S. 285.
- 133** Dokument II, Gietinger, Leiche, S. 139.
- 134** Die Heiratsurkunde ist auf den 27.2.1919 ausgestellt, in: ÖSTA, NPA, Bundeskanzleramt 20 8906 – 6/30.
- 135** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 12.12.1944, BAR, E 4320(B)/1971/94, Dossier C.2.5868, S. 6.
- 136** Pabst, Memoiren, S. 75, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2. Pabst gibt hier auch den 27.2. als Hochzeitstermin an. Im Ahnenpass, S. 6, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 3. ist, wie in der Heiratsurkunde, ebenfalls der 27.2. vermerkt.
- 137** Ebd.
- 138** Die Freiheit Nr. 129, Morgenausgabe vom 18.2.1919. Laut Freiheit waren die kirchliche Trauung und das Hochzeitsfest also tatsächlich am 17.2.1919.
- 139** Ebd.
- 140** Nachlass Noske, BA-SAPMO, NL 56/3, Bl. 5. Der Brief lässt ebenfalls darauf schließen, dass Hochzeit und Feier am 17.2. stattfanden.
- 141** Voruntersuchung, BA-MA, PH 8V/Bd. 2, Bl. 174.
- 142** Gumbel, Politischer Mord, S. 14; Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 285f.
- 143** Aufruf Noskes, Faksimile in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 278.
- 144** Peter Kuckuk, Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte 1918 bis zum Kapp-Putsch im März. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Richtungskämpfen innerhalb der KPD 1920, Hamburg 1970, S. 103.
- 145** Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution 1918-1919. Revolution, Räterepublik, Restauration, Bremen 1986, S. 225.
- 146** Wirren, S. 106.
- 147** Pabst, Memoiren, S. 89, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2. Kuckuk spricht von einer Kampfwagenabteilung und einer Fliegerabteilung der Abteilung Lüttwitz. Kuckuk, Revolution, S. 254.
- 148** Wette, Noske, S. 404.
- 149** Kuckuk, Revolution, S. 236.
- 150** Wette, Noske, ebd.
- 151** Zitiert nach Kuckuk, Revolution, S. 239.
- 152** Im Folgenden nach Kuckuk, Revolution, S. 235ff.
- 153** Wette, Noske, S. 406.
- 154** Zitiert nach Kuckuk, Revolution, S. 246
- 155** Wirren, S. 113.

- 156** Kuckuk, Revolution, S. 267.
- 157** Freiheit Nr. 63, vom 5.2.1919.
- 158** Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/Main 1976² (Zuerst: 1950), S. 5.
- 159** Massgeblich für die Schilderung der Ereignisse des März 1919 ist immer noch Müller, Bürgerkrieg, S.148-190, hier S. 168, auf den sich auch Wette, Noske, S. 410ff. stützt, sowie: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 357-371, hier S. 361f. Siehe auch Miller, Bürde, S. 260-266 (ohne Pabst zu erwähnen!) sowie Fotografie und Revolution, S. 54-62. Eine neuere Gesamtdarstellung unter Berücksichtigung aller Quellen fehlt bislang.
- 160** Laut Freiheit vom 21.5.1919.
- 161** Müller, Bürgerkrieg, S. 168; Illustrierte Geschichte der dt. Revolution, 1929, S. 360.
- 162** Siehe die Tabellen in Wirren, S. 196-201.
- 163** Pabst, Memoiren, S. 91 f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2; siehe auch AdR, Kabinett Scheidemann, Dokument 22, S. 98, Anm. 8.
- 164** Revolution und Fotografie, S. 111.
- 165** Die Wahrheit über die Haltung der Volksmarinedivision im März (1919). LAB, Rep 58, 433, Bd. 2, ohne Paginierung. Sogar Anton Fischer bestätigte dies, Anton Fischer, Die Revolutionskommandantur Berlin, Berlin o. J. [1922], S. 81f.
- 166** Zitiert nach: Müller, Bürgerkrieg, S. 176.
- 167** Generalstreik und Noske-Blut-Bad in Berlin, anonym [Cains, d.i. Paul Levi], Berlin 1919, S. 12f.
- 168** Der Vorwärts vom 10.3. bezieht sich dabei auf die «Auskunft der Leitung der Regierungstruppen». Die Schlagzeilen und Horrormeldungen des Vorwärts vom 10.3.-17.3.1919 (inklusive dem Eingeständnis der Falschmeldung), als Faksimile in: Wiegant, «Wer hat uns verraten...», 1999, S. 170-176.
- 169** Pabst, Memoiren, S. 94, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2. Wirren, S. 95.
- 170** Otmar Jung, «Da gelten Paragraphen nichts, sondern da gilt lediglich der Erfolg...». Noskes Erschiessungsbefehl während des März aufstandes in Berlin. Rechtshistorisch betrachtet, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1 (1989), S. 56-69.
- 171** Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1104.
- 172** So wurde er von Noske in der Nationalversammlung am 13.3.1919 bekanntgegeben: Stenografische Berichte der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung (NV), Bd. 327, S. 742; Abschrift des Befehls im Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/ VI, Bl. 1110. Wortlaut auch abgedruckt bei: Noske, Kiel, S. 109; Müller, Bürgerkrieg, S. 177. Noske liess es sich später nicht nehmen, seinen Befehl auf Schallplatte zu sprechen und damit auch der Nachwelt akustisch zu erhalten.
- 173** Wette, Noske, S. 422.
- 174** Ebd., S.421ff.
- 175** NV, Bd. 327, S. 742.
- 176** Das im Übrigen von den Volksbeauftragten am 5.12.1918 abgeschafft worden war: Jung, Noskes Erschiessungsbefehl, S. 75, Anm. 93.
- 177** Rede Heines vor dem preussischen Landtag am 14.3.1919, in: Die Berliner Putsche. Standrecht und Belagerungszustand. Die Beratung der Verfassungsgebenden Preussischen Landesversammlung über den Antrag des Abgeordneten Adolf Hoffmann und Genossen auf Aufhebung des Standrechtes und des Belagerungszustandes. Verhandlungen vom 14., 15., 17. und 19. März 1919, Berlin 1919, S. 14f.
- 178** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 244.

- 179** Carl Schmitt, Diktatur und Belagerungszustand. Eine staatsrechtliche Studie in: ZStrW 38 (1917), S. 138-161. Siehe auch Jung, Noskes Erschiessungsbefehl, S. 58.
- 180** So man die Märzkämpfe überhaupt als solchen betrachtete.
- 181** NV, Bd. 327, S. 853 (27.2.1919).
- 182** Schiffer am 3.3.1920 in der Nationalversammlung, nach Jung, Noskes Erschiessungsbefehl, S. 59.
- 183** Cains (d.i. Paul Levi), Noske-Blutbad, S. 13.
- 184** «In den Akten nicht aufzufinden.» AdR, Kabinett Scheidemann, S. 67, Anm. 7.
- 185** Originalbefehl der GKSD vom 10.3.1919 und 11.3.1919 (Matritzenabzug mit der Unterschrift Pabsts), im Nachlass Luetgebrune, BA-Ko, N 1150/63 ohne Paginierung.
- 186** Ebd.
- 187** Cains, Noske-Blutbad, ebd.
- 188** Cains, Noske-Blutbad, ebd.
- 189** Jung, Noskes Erschiessungsbefehl, S. 53 gibt nach ausführlichen Recherchen 1'000 Opfer an.
- 190** Gumbel, Politischer Mord, S.19.
- 191** Ebd., S. 20.
- 192** Ebd., S. 22f.
- 193** Ebd., S. 23.
- 194** Kessler, Tagebücher, S. 159.
- 195** Brossart, Kampf, S. 332. Brossart überlebte das Massaker durch Zufall.
- 196** Sie war eine Spitzelorganisation und wurde im März 1919 Pabst unterstellt. Mitglieder waren unter anderem Marloh selbst, sowie der Mörder von Jogiches und Dorrenbach, Tamschick. Später bildete sie den Grundstock für die Sicherheitspolizei (SIPO) des preussischen Justizministers Heine (SPD). BA-MA, PH 8V/Bd. 22, Bl. 7. Brief Pabsts an Ertel vom 16.1.67. In: Dokumentation SDR, Bl. 101. Hans von Kessel, Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918-1920, Berlin 1933, S. 222; Reinhard, Wehen, S. 77.
- 197** Vorwärts vom 5.12.1919.
- 198** Brossart, Kampf, S. 332.
- 199** Vorwärts vom 3.12.1919.
- 200** Wirren, S. 198.
- 201** Aussage von Penther im Prozess laut Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S.369.
- 202** Die Anzahl der Opfer betrug entgegen anderer Berichte, die meist von 29 sprechen, 30. Siehe die Recherche von Dieter Baudis und Hermann Roth, Das Massaker in der Französischen Strasse, in: Neues Deutschland vom 15.3.1969, S. 14. Vgl. auch: Robert Rosentreter, Blaujacken im Novembersturm. Rote Matrosen 1918/1919, Berlin 1988, S. 221ff. Rosentreter verwechselt allerdings den Oberst Reinhard mit dem Kriegsminister Reinhardt.
- 203** Aussage am ersten Verhandlungstag (4.12.1919), nach Gumbel, Politischer Mord, S. 21.
- 204** Ebd., S. 16.
- 205** Brossart, Kampf, S. 332.
- 206** Die Freiheit vom 6.12.1919, Sonderbeilage, auch in: BA-MA, PH 8V/21, ohne Paginierung. Ähnlich: Vorwärts, 6.12.1919. Vgl. auch: Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück, Politische Justiz. 1918-1933, Bornheim-Merten 1987, S. 45-52.

- 207** Die Freiheit, Beilage vom 6.12.1919 mit Verhandlungsbericht.
- 208** Verhandlungsbericht, ebd.
- 209** Verhandlungsbericht, ebd.
- 210** Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 370f.
- 211** Ignaz Wrobel, (d.i. Kurt Tucholsky), Der Staatsanwalt mit dem Zeigefinger, in: Die Freiheit, 26.9.1920, Nr. 404, S. 3.
- 212** Abschrift Vernehmung Pabst vom 20.2.1920, Nachlass Luetgebrune, BA-Ko, N 1150/51, (ohne durchgehende Paginierung) S. 1-3. Siehe auch Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 370.
- 213** Handschriftliche Notiz Luetgebrunes, Unterstreichung im Original. Nachlass Luetgebrune, BA-Ko, N 1150/51, ohne durchgehende Paginierung.
- 214** Noske, Erlebtes, S. 95.
- 215** Ignaz Wrobel (d.i. Kurt Tucholsky), Prozess Marloh, in: Die Weltbühne, 18.12.1919, Nr. 52, S. 755. Siehe auch: Tucholsky, GW, Bd. 2, S.225.
- 216** Siehe die ausführlichen täglichen hektografierten Prozessberichte von Martin Sochaczewski, 6.2.-12.2.1920, Nachlass Luetgebrune, N 1150/51, ohne durchgehende Paginierung, sowie Die Freiheit vom 11.2.1920.
- 217** Kessler, Tagebücher, S. 204.
- 218** Dokument II, Gietinger, Leiche, S. 139.
- 219** Gumbel, Politischer Mord, S. 22.
- 220** Gesetz über die Straffreiheit (Amnestiegesetz) vom 4.8.1920, nach einer nicht zuweisbaren Zeitungsnotiz, in: BA-MA, PH 8 V/9, Bl. 35.
- 221** 1934-1939; 1942-1945 Landrat des Kreises Wittgenstein.
- 222** Tucholsky, GW, Bd. 2, S. 226.
- 223** Alle folgenden Zitate aus dem Artikel «Nachspiel zum Spartakistenaufstand» in einer Tageszeitung aus dem Mosse-Verlag, vmtl. Das Deutsche Tagblatt, vom 17.10.1922, in: Nachlass Luetgebrune, BA-Ko, N 1150/63, letztes Blatt.
- 224** Ebd.
- 225** Ebd.
- 226** Wette, Noske, S. 424.
- 227** Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück, Politische Justiz 1918-1933, Bornheim-Merten, 1987, S. 40.
- 228** Die Freiheit, Nr. 130, vom 18.3.1919, Abendausgabe.
- 229** AdR, Kabinett Scheidemann, Dokument 17, S. 67f.
- 230** Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion «Unternehmen Barbarossa» 1941, Herausgegeben von Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette. Frankfurt/Main 1991 (zuerst Paderborn 1984), Dokument 8, S. 260.
- 231** Ueberschär/Wette, Überfall, Dokument 6, S. 252.
- 232** Jung, Noskes Erschiessungsbefehl, S. 70.
- 233** Hitler in seiner Sportpalastrede am 2. März 1933, laut Völkischer Beobachter vom 3.3. 1933, zitiert nach Wette, Noske, S. 756.
- 234** Jung, Noskes Erschiessungsbefehl, S. 58.
- 235** Die Berliner Putsche, S. 15.
- 236** Kessler, Tagebücher, S. 137.
- 237** Pabst, Memoiren, S. 91, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 238** Home/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel, S. 255.
- 239** Pabst, Memoiren, S. 89, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 240** NV, Bd. 327, S. 854 (27.2.1919).

- 241** Noske auf dem sächsischen Landesparteitag (14.9.1919), zitiert nach: Jung, Noskes Erschiessungsbefehl, S. 78, Anm. 155.
- 242** Kessler, Tagebücher, S.136.
- 243** Jung, Noskes Erschiessungsbefehl, S. 65,78, Anm. 155.
- 244** Ebert, BA-Berlin, R 601/617, Bl. 24 und R 43 1/2212, zit. nach Mühlhausen, Ebert 2006, S. 291; s. auch leicht abweichend: Ursachen und Folgen, Bd. 3, Dok. 607, S. 126. Auf eine weitere Billigung Eberts eines verbrecherischen Befehls kommen wir noch zu sprechen.
- 245** Riesen-Transparent auf der Balustrade.
- 246** Kessler, Tagebücher, S.136.
- 247** Pabst, Memoiren, S. 99, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 248** Ebd., S. 100.
- 249** «Ich hasse den Bolschewismus! Ich bin u. denke deutsch! Ich hasse die Juden.» Faksimile eines Briefes von Arco, bei Friedrich Hitzer, Anton Graf Arco. Das Attentat auf Kurt Eisner und die Schüsse im Landtag, München 1988, Deckelinnenseite.
- 250** Hitzer, Arco, passim.
- 251** Anton Seligmann, Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919, Grafenau 1989, S. 317ff; Hans Beyer, Die Revolution in Bayern. 1918/1919, Berlin (Ost) 1988, S. 71ff.
- 252** Seligmann, Aufstand, S. 229-316.
- 253** Karl Schweizer, Die Revolutions- und Rätebewegung in Lindau/Bodensee vom November 1918 bis Juni 1919, S.156-174.
- 254** Das setzt sich fort bis in Hillmayrs hervorragendes Buch: Heinrich Hillmayr, Roter und weisser Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, München 1974, wobei einzig der Titel in seiner Ausgewogenheit falsch ist, denn als roten Terror listet er 12 rechtswidrige Erschiessungen auf, während er die Opfer auf der Linken mit etwa 600 angibt.
- 255** Friedrich Paul Heller/Anton Maegerle, Thule. Vom völkischen Okkultismus bis zur neuen Rechten, Stuttgart 1998², S. 42f.; Hermann Wilhelm, Dichter Denker Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921, Berlin (West) 1989, S. 45.
- 256** Heller, Thule, S. 48ff.
- 257** Wilhelm, Fememörder, S. 45.
- 258** Faulhaber am 10.12.1941, zitiert nach: Georg Denzler/Volker Fabricius, Christen und Nationalsozialisten, Frankfurt/Main 1993, S. 194.
- 259** Wette, Noske, S. 431.
- 260** Wette, Noske, S. 432.
- 261** Dokument 20, bei Beyer, Revolution, S. 182f. Siehe auch Ebert, BAB, R 601/617, Bl. 24 und R 43 1/2212, zitiert nach Mühlhausen, Ebert 2006, S. 291, wobei der Satz mit der militärischen Lösung weggelassen ist.
- 262** Brief Noskes vom 13.10.1925 an den Untersuchungsrichter am Landgericht I, Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/VI, Bl. 906RS.
- 263** Nach Pabst, Memoiren, S. 101, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2, das Kavallerie-Schützenkommando 11 und 14 sowie die Brigade Erhardt.
- 264** Karin Himmler, Die Gebrüder Himmler. Eine deutsche Familiengeschichte, Frankfurt/Main 2007, S.71.
- 265** «Obwohl er von den Berliner Ereignissen her von den Gewalttätigkeiten der Freikorps weiss.» Hillmayr, Terror, S. 94.

- 266** Bei einem Verhör durch die Stadtpolizei Zürich gibt Pabst an, in München mit dabei gewesen zu sein. Eine Aussage, die er sonst nirgends wiederholte. Einvernahme Stadtpolizei Zürich vom 7.3.1944, S. 1, BAR, E 4320 (B) 1971-78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 267** Zeugenaussage des Majors von Bibow, 2. Adjutant des Majors von Lützwow, über die Anweisungen Noskes an die Truppe. Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft. 3082/VI, Bl. 1104.
- 268** Beglaubigte Abschrift eines Briefes des Hauptmanns Gaede, 1. Adjutant des Majors von Lützwow, vom 21.11.1921 über die Straffreiheitszusagen Noskes. Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/VI, Bl. 1109.
- 269** Zeugenaussage des Majors von Lützwow, Kommandeur des Freikorps Lützwow, über die Anwendung des Schiessbefehls in München Mai 1919. Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/IV, Bl. 772R.-773, siehe auch Hillmayr, Terror, S. 94f; Friedrich Hitzer, Der Mord im Hofbräuhaus, Unbekanntes und Vergessenes aus der Baierischen Räterepublik, Frankfurt/Main 1981, S. 238.
- 270** BHStA, Kriegsarchiv (Verschiedenes, Revolution, Räteherrschaft) unpaginiert, auch: Denkschrift, bayerisches Justizministerium, zitiert bei Gumbel, Politischer Mord, S. 98. Auch zitiert bei Wette, Noske, S. 440; Beyer, Revolution, S. 142. Wobei der Begriff Todesstrafe wenigstens ein Standgericht intendiert.
- 271** Noch 1954 werden wahrheitswidrig eiskalt exekutierende Rote in dem bundesrepublikanischen Spielfilm «Sauerbruch – das war mein Leben» vorgeführt (Regie: Rolf Hansen). Das Drehbuch schrieb der Ex-Kriegsberichterstatte der SS-Leibstandarte Adolf Hitler und Nazidrehbuchautor Felix Lützkendorf, dem einige der übelsten NS-Spielfilme zu verdanken sind, nach Sauerbruchs wenig verlässlicher Autobiografie.
- 272** Pabst, Memoiren, S. 102, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 273** Pabst, Memoiren, S. 102, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2; Wirren, S. 212.
- 274** Hillmayr, Terror, S. 105f.
- 275** Faksimile bei Karl-Ludwig Ay (Hrsg.), Appelle einer Revolution, München 1968, Anlage 89.
- 276** Gumbel, Politischer Mord, S. 28, S. 82 (Denkschrift).
- 277** Ebd., S. 102.
- 278** Aussage Ernst Röhms vor dem Volksgericht München I am 1.3.1924, in: Lothar Gruchmann/Reinhard Weber (Hrsg.): Der Hitler-Prozess. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I, München 1997-1999.4 Bde, hier Bd. 2, S. 375.
- 279** Gumbel, Politischer Mord, S. 33-35.
- 280** Regler, Malchus, zitiert nach Gerhard Schmölze (Hrsg.), Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1969, S. 369.
- 281** Hillmayr, Terror, S. 138.
- 282** Ebd., S. 146.
- 283** Ebd., S. 147.
- 284** Aus dem Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht München I in der Strafsache gegen Pölzig Georg und Genosse, wegen Mords vom 15.2.1926. Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/VI, Bl. 1153.
- 285** Brief Noskes vom 13.10.1925 an den Untersuchungsrichter am Landgericht I, Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/VI, Bl. 906RS.
- 286** Wirren, S. 198.
- 287** Aus dem Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht München I in der Strafsache gegen Pölzig Georg und Genossen, wegen Mordes vom 15.2.1926. Staatsarchiv München,

- Staatsanwaltschaft 3082/VI, Bl. 1147, siehe auch Hitzer, Mord im Hofbräuhaus, S. 196ff.
- 288** Aus dem Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht München I in der Strafsache gegen Pölzig Georg und Genossen, wegen Mordes, vom 15.2.1926. Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/VI, Bl. 1150RS, siehe auch Hitzer, Mord im Hofbräuhaus, S. 239ff.
- 289** Zitiert nach Hitzer, Mord im Hofbräuhaus, S. 198.
- 290** Brief des Untersuchungsrichters Weiglein vom 23.5.1925 an das Amtsgericht Rathenow, Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/VI, Bl. 576.
- 291** Aus dem Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht München I in der Strafsache gegen Pölzig Georg und Genossen, wegen Mordes, vom 15.2.1926. Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/VI, Bl. 1154R.
- 292** Das Gericht ging übrigens fälschlicherweise davon aus, dass am 16.3.1919 nur Pabsts verschärfter Befehl vom 10.3. aufgehoben worden sei. Noskes (von Pabst initiiertes) Befehl vom 9.3. habe aber weiter gegolten! Noske hat dem offensichtlich nicht widersprochen. Aber selbst die Aufhebung von Pabsts verschärftem Befehl hätten die Männer nicht mitbekommen, da das Freikorps schon auf dem Marsch nach München gewesen sei. Am 1. Mai 1919, sechs Wochen nach Aufhebung des Befehls in Berlin, soll dies also noch nicht zu den verantwortlichen Offizieren und Unteroffizieren des Freikorps durchgedrungen sein.
- 293** Zeugenaussage des Majors von Lützwitz, Kommandeur des Freikorps Lützwitz, vom 18.7. 1925, über die Anwendung des Schiessbefehls in München Mai 1919. Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082/IV, Bl. 772R, siehe auch Hitzer, Mord im Hofbräuhaus, S.238.
- 294** Abgedruckt bei Tankred Dorst (Hrsg.), Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar, Frankfurt/Main 1983, S. 165. Der nachfolgende Satz Levinés: «Wenn noch jemand schuld daran ist, dann sind es diejenigen, die sich nach Bamberg verkrochen haben und von dort missgeleitete Proletarier zusammen mit Offizierskompanien und zusammen mit Negern nach München geschickt haben», zeigt, dass Kommunisten gegen Rassismus nicht gefeit waren.
- 295** Jung, Noskes Erschiessungsbefehl, S. 69-71. Gumbel, Mord, S. 16f. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1104. Anderer Ansicht: Schulze, Freikorps, S. 80, der den Befehl für eine «Selbstverständlichkeit» und «durch die Lage vollkommen gerechtfertigt» ansieht. Was zweifellos keine sehr stringente Beweisführung pro Rechtmässigkeit darstellt. Schulze sieht im Übrigen auch Pabsts weitergehende Befehle aus den «Notwendigkeiten des Strassenkampfes» heraus «bis zu einem gewissen Grade» für Recht an. Ob er damit die Denunziation von Menschen als Spartakisten (und damit als Mordopfer) durch Dritte ausgeschlossen sehen möchte, sagt er nicht.
- 296** Abschrift des Aufhebungsbeschlusses vom 16.3.1920 Reichswehrministerium. Nr. 782, Nachlass Luetgebrune, N 1150/63, ohne Paginierung.
- 297** Stenzel, Kriegsführung, S. 61.
- 298** Wette und Ueberschär kommen leider in ihrer lobenswerten Sammlung von Kriegsverbrechen nicht auf die Idee, die Bürgerkriegs verbrechen der Freikorps und ihrer Regierung aufzulisten, obwohl in einem Aufsatz der Bürgerkrieg in Jugoslawien behandelt wird. Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001.
- 299** Ähnlich: Martin Kutz, Realitätsflucht – Krieg – Kriegsverbrechen: Soziokulturelle Aspekte der Radikalisierung des Krieges und der Implementierung des Kriegsverbrechens

- in die deutsche Kriegsführung, in: Wette/Ueberschaer, *Kriegsverbrechen*, S. 513, der von «militärischen Banden» spricht.
- 300** Brief Grabowsky an Pabst vom 12.11.1953, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/39, ohne Paginierung.
- 301** Robert G. L. Waite, *Vanguard of Nazism, The free corps Movement in postwar germany 1918-23*, Cambridge 1952, insbesondere S. 264ff.
- 302** So wurde sie übrigens von der offiziellen Heeresgeschichtsschreibung von 1939 auch verstanden. In den Wirren ist im Vorwort von einem «geraden Weg» von den Freikorps bis «zum Volksheer (sic!) von heute» die Rede, Wirren, S. V.
- 303** Haffner, *Geschichte eines Deutschen*, Stuttgart/München 2000, S. 37f. Letztere war aber schon, wie oben belegt, vorhanden.
- 304** Susanne Kuss, *Deutsche Soldaten während des Boxeraufstandes in China: Elemente und Ursprünge des Vernichtungskrieges*, in: Susanne Kuss/Bernd Martin (Hrsg.), *Das deutsche Reich und der Boxeraufstand*, München 2002, S. 165-181. Thomas Morlang setzt hier noch früher an, bei den Vernichtungsfeldzügen gegen die Hehe in Deutsch-Ostafrika 1890-1998, Thomas Morlang, *Deutsch-Ostafrika*, in: Thoralf Klein/Frank Schumacher (Hrsg.), *Kolonialkriege. Militärische Gewalt im Zeichen des Imperialismus*, Hamburg 2006, S. 96. Der spätere Freikorps-General Maercker war hier übrigens auch massgeblich beteiligt. Georg Maercker, *Unsere Schutztruppe in Ostafrika*, Berlin 1893.
- 305** *Die Freiheit* Nr. 381, 11.8.1919.
- 306** Pabst, *Memoiren*, S. 91, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 307** Ebd.
- 308** Noske laut *Freiheit* Nr. 381.
- 309** *Denkschrift Pabst* in: Hessisches Staatsarchiv Marburg, Rep. 150, Nr. 1964. Ich danke Manfred Wichmann für diesen Hinweis.
- 310** Johannes Buder, *Die Reorganisation der preussischen Polizei 1918-1923*, Frankfurt/Main u.a. 1986, S. 96ff.
- 311** Pabst, *Memoiren*, S. 90, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 312** *Denkschrift Pabst*; Peter Lessmann, *Die preussische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Strassenkampf*, Düsseldorf 1989, S. 47.
- 313** «Wilhelm II. hatte seine Androhung aus dem Jahre 1891, das Militär gegen den ‚inneren Feind‘ einzusetzen, glücklicherweise niemals bis zur letzten Konsequenz wahr gemacht – und so darf es als besonders böse Ironie der Geschichte gelten, dass es ausgerechnet ein Politiker der SPD war, der sich zu diesem verheerenden Schritt entschloss.» Wette, *Innere Sicherheit*, in: *Die Zeit*, Nr. 24 vom 5.6.2003
- 314** Ignatz Wrobel [Kurt Tucholsky], *Wahlunrecht*, *Die Weltbühne*, Nr. 23, S. 663, siehe auch *GW*, Bd. 2, S. 348.
- 315** Noske, *Erlebtes*, S. 99.
- 316** Lessmann, *Polizei*, S. 79.
- 317** Ignatz Wrobel [Kurt Tucholsky], *Wahlunrecht*, *Die Weltbühne*, Nr. 23, S. 663, siehe auch *GW*, Bd. 2, S.348.
- 318** Noske, ebenda.
- 319** Eine Liste mit 35 aus der Kraftfahrstaffel Kessel in die SIPO übergetretenen (darunter die Kessel-Brüder), findet sich in in den Untersuchungsakten gegen Kurt Vogel, BA-MA, PH8 V/ 22, Bl. 7.
- 320** Buder, *Reorganisation Polizei*, S. 191f.; Lessmann, *Polizei*, S. 80.
- 321** Doris Kachulle, *Armee für den Bürgerkrieg*, in: Doris Kachulle, Waldemar Pabst und die Gegenrevolution, *Bulletin für Faschismus und Weltkriegsforschung*, H. 5, Berlin

2007, S. 15-17 (Zuerst in: junge Welt vom 30.4.1999). Kachulle war die erste, die den Aufbau der faschistischen SIPO in Zusammenarbeit von Pabst, Noske und Heine thematisierte.

- 322** Siehe Thoss, Ludendorff-Kreis.
- 323** Lessmann, Polizei, S. 48; Buder, Reorganisation Polizei, S. 46ff.
- 324** Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 249. Lessmann, Polizei, S. 48.
- 325** Zu Doyé siehe Buder, Reorganisation Polizei, S. 50, Anm. 24.
- 326** Gumbel, Vier Jahre Mord, S. 15.
- 327** Die Freiheit vom 9.9.1919, Mittagsausgabe; Kachulle, Armee, S. 15ff.; Buder, Reorganisation Polizei, S. 54ff.
- 328** Heine, Erinnerungen, Bd. 2, Bl. 1185, BA-Ko, Kleine Erwerbungen, Nr. 371-18.
- 329** Polizeinspektor Becker, laut Die Freiheit vom 9.9.1919.
- 330** Ebd.
- 331** Ebd.
- 332** Kachulle, Armee, S. 16.
- 333** Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1928, S. 221-225.
- 334** Rede Hitlers vor dem Volksgericht München I am 26.4.1924, in: Lothar Gruchmann/Reinhard Weber (Hrsg.): Der Hitler-Prozess, Bd. 1, S. 21.
- 335** Hitler, Kampf, S. 225.
- 336** Nachlass Lummitzsch, BA-Ko, Kleine Erwerbungen (Kl. Erw.), 394/1, Bl. 18f.; Andreas Linhardt: Die Technische Nothilfe in der Weimarer Republik, Norderstedt 2006, S. 59f.
- 337** Martin Niemöller, Vom U-Boot zur Kanzel. Berlin 1934, S. 210.
- 338** Betrifft die Garde-Schü.[tzen-]Div.[ision] während der Revolution 1918-19, Bl. 1, Typoskript Pabsts, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2; siehe auch Wirren, S. 227f.
- 339** Ebd.
- 340** Ebd.
- 341** Linhardt vermutet, Pabst habe in seiner späteren Darstellung (Anm. 34) die Technische Abteilung (TA) mit der erst später entstandenen Technischen Nothilfe (TN) verwechselt. Doch weit gefehlt. Wette, Noske, S. 422f. fällt dieser Verwechslung zum Opfer, über den Linhardt Pabst zitiert. Linhardt, Technische Nothilfe, S. 62, Anm. 32. Pabst nennt sie korrekt TA.
- 342** In dem jetzt das Bundesarchiv Berlin residiert.
- 343** Der natürlich auch besten Kontakt zu Oberst Bauer hatte und «sich um die Entwicklung des gesamten Gaskampfes ausserordentlich verdient gemacht» habe. Stenogramm zu einem Briefentwurf Bauers vom 7.3.1920, BA-Ko, Nachlass Bauer, N 1022/28, Bl. 36.
- 344** Linhardt, Technische Nothilfe, S. 62, mit Quellenangaben.
- 345** Wirren, S. 46.
- 346** Linhardt, Technische Nothilfe, S. 67. Dies führte nach Richard Müller zu einer starken Schwächung des Streiks. GB AS, Bd. 3, Dokument 10, S. 123.
- 347** Brief Lummitzsch an Pabst vom 3.4.1919, Nachlass Pabst, NY 4035/2, Bl. 22; Linhardt, Technische Nothilfe, S. 69.
- 348** Richtlinien für die Organisation von lokalen Ortsgruppen, vom 9.8.1919, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 38-40. Auch das Freikorps Lichtschlag (im Volksmund «Totschlag») bat um Ausbildungskräfte. Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 35-37.
- 349** Wirren, S. 227L; Nachlass Lummitzsch, BA-Ko, Kl. Erw. 394/1, Bl. 35f.; Linhardt, Technische Nothilfe, S. 69.
- 350** Wirren, S. 227f.; Nachlass Lummitzsch, BA-Ko, Kl. Erw. 394/1, Bl. 35.; Linhardt, Technische Nothilfe, S. 69f.

- 351** Abhörprotokolle der TA im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 44-55, hier Bl. 47,48 und 53.
- 352** Linhardt, Technische Nothilfe, S. 70, Anm. 68.
- 353** Gietinger, Leiche, S. 25.
- 354** Abschrift Bittschreiben Lummitzsch an Reichsverband Deutscher Industrieller, die Auflösung durch die Entente zu verhindern, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 79.
- 355** Wette, Noske, S. 620, mit Quellenhinweis in Anm. 538.
- 356** Liste im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 70, siehe auch Bl. 64.
- 357** Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfrei willigenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin 1971, S. 205.
- 358** Noskes Befehl an die GKSD zur listenmässigen Aufstellung von Einwohnerwehren erfolgte erst nach der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts, am 20.1.1919. Richtlinien vom 20.1.1919, Dokument 2, Könnemann, Einwohnerwehren, S. 351f.
- 359** Pabst, Memoiren, S. 62.b, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 360** Noske, Erlebtes, S. 98.
- 361** Richtlinien, Militärarchiv Potsdam, Stellvertretendes Generalkommando XII. Armeekorps, Nr. 9548, Bl. 55 ff.; teilweise abgedruckt bei Gietinger/Roth, Verantwortung, S. 99, sowie Könnemann, Einwohnerwehren[^]. 215. Wolfram Wette, Der Feind im Innern, in: Die Zeit vom 5.6.2003, zitiert aus den Richtlinien ohne sie dem Urheber Pabst zuzuschreiben.
- 362** Ebert, BA-Berlin, R 601/617, Bl. 24 und R 43 1/2212, zitiert nach Mühlhausen, Ebert 2006, S. 291; siehe auch leicht abweichend: Ursachen und Folgen, Bd. 3, Dokument 607, S.126.
- 363** Original vollmacht abgedruckt bei Noske, Erlebtes, S. 98.
- 364** Rundschreiben Heines vom 18.3.1919, Dokument 7, Könnemann, Einwohnerwehren, S. 357; Linhardt, Technische Nothilfe, S. 140. Tonangebend in den ländlichen Einwohnerwehren waren übrigens meist Grossgrundbesitzer, Könnemann, Einwohnerwehren, S. 210.
- 365** Jung, Noskes Schiessbefehl, S. 70.
- 366** Horst G.W. Nusser, Konservative Wehrverbände in Bayern, Preussen und Österreich 1918-1933, München 1973, S. 79.
- 367** Abteilungsbefehl Nr. 45 des GKSK, Abteilung VIII, vom 6.5.1919, Dokument 12 bei Könnemann, Einwohnerwehren, S. 364 – 368.
- 368** Ebd., S. 365.
- 369** Ebd., S. 366.
- 370** Ebd., S. 366.
- 371** Ebd., S. 368.
- 372** Richtlinien für den Aufbau des Zeitfreiwilligensystems, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 116-118.
- 373** Schreiben Noskes an die Regierung in Altenburg vom 5.7.1919, Dokument 16, bei Könnemann, Einwohnerwehren, S. 373.
- 374** Bruno Thoss, Einwohnerwehren, 1919-1921, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44363 (20.9.2008).
- 375** Ludger Rape, Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920 und 1923, Wien 1977, S. 38.
- 376** Der Oberpräsident der Provinz Ostpreussen an den Reichsminister des Innern, Königsberg, 17. August 1920, AdR, Das Kabinett Fehrenbach. 25. Juni bis 4. Mai 1921, bearb. von Peter Wulf, Bd. 1, Dokument 52, S. 123-125.

- 377** Ermügend ausführlich hierzu die Ausführungen von Hitler, Röhm, Lossow und Seisser vor dem Volksgericht München I, in: Lothar Gruchmann/Reinhard Weber (Hrsg.): Der Hitler-Prozess, Bd. 1-4, S. 31ff., 376ff., 729ff., 853ff.
- 378** Aufstellung in Wirren, S. 211-215
- 379** Wirren, S. 227f.
- 380** Pabst, Memoiren, S. 93, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2. Laut Wirren, S. 123 bzw. 21 Iff., 40'000 Mann.
- 381** Pabst, Memoiren, S. 107, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 382** Ebd.

Kapitel V

- 1** Heilmann, Noskegarde, S. 3
- 2** Ein gutes Beispiel ist Otto Wilhelm Runge, Mitglied der GKSD, der Luxemburg und Liebknecht vor ihrer Ermordung schwer mit dem Gewehrkolben verletzte. Siehe Kachulle, Pabst, S. 109ff.
- 3** Brief von Hofmanns an das Generalkommando Lüttwitz, in: Mitteilungen des GKSK, hrsg. vom Korps-Vertrauensrate, 1. Jg., 14.5.1919, Nr. 6 im BA-SAPMO, NY 4035/2 Bl. 158, (S. 6).
- 4** Vorwärts Nr. 174 vom 7.4.1919, Wette, Noske, S. 448.
- 5** Wortlaut des Befehls vom 9.4.1919 in: Mitteilungen des GKSK, hrsg. vom Korps-Vertrauensrate, 1. Jg., 14.5.1919, Nr. 6 im BA-SAPMO, NY 4035/2 Bl. 158 (S. 4).
- 6** Ebd., S.4
- 7** Zu Lummitzsch siehe Linhardt, Technische Nothilfe, S. 59ff.
- 8** Entwurf des «Freiwilligendanks», GKSD, Techn. Abt. «Geheim», Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2 Bl. 18-21.
- 9** Ebd., Bl. 19.
- 10** Ebd., Bl. 20.
- 11** Ebd., Bl. 20.
- 12** Ebd., Bl. 19; siehe auch Linhardt, Technische Nothilfe, S. 75
- 13** Brief von Hofmanns an Noske, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 5.
- 14** Zitate aus einem Bericht in: Mitteilungen des GKSK, hrsg. vom Korps-Vertrauensrate, 1. Jg., 14.5.1919, Nr. 6 im BA-SAPMO, NY 4035/2 Bl. 158 (S. 6).
- 15** AdR, Kabinett Bauer, Dokument 13, S. 51, Anm. 5 und Dokument 70, S. 278f.
- 16** Noske, Kiel, S. 121.
- 17** Ebd., S. 121; Siehe auch Paulus, Freikorps, S. 689, Anm. 17.
- 18** Freiheit vom 12.6.1919 Abendausgabe (AA) und 13.6.1919 Mittagsausgabe (MA).
- 19** Erklärung der USPD vom 12.6.1919, in Freiheit vom 13.6.1919, MA.
- 20** Wette, Noske, S. 455.
- 21** Schultheiss, Europäischer Geschichtskalender 1919,1, S. 203; Erwin Könnemann, Vom Pabst-Putsch im Juli 1919 zum Kapp-Putsch im März 1920. Zur Genesis militärischer Staatsstrieche, in: Revue Internationale d'Histoire Militaire, Nr. 71, Kommission für Militärgeschichte, Potsdam 1989, S. 127; Wette, Noske, S. 461; Mühlhausen, Ebert, S. 256.
- 22** Nach Könnemann waren 20 Seiten des über 400 Seiten starken Vertragswerkes der Reduzierung von Noskes Wehrmacht gewidmet. Könnemann, Pabst-Putsch, S. 128.

- 23 Wette, Noske, S. 463.
- 24 Ebd., S. 463f.
- 25 Noske, Kiel, S. 148
- 26 Pabst, Memoiren, S. 11 Iff., Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 27 R 43 1/682, teilweise abgedruckt in AdR, Kabinett Scheidemann, S. 453, Anm. 4.
- 28 Wette, Noske, S. 453.
- 29 Ebd., S. 469
- 30 Mühlhausen, Ebert, S. 258,260,264
- 31 Wette, Noske, S. 466ff.
- 32 Könnemann, Pabst-Putsch, S. 128; Kurt Schütze, «Der Kriegsrat» am 19. Juni 1919, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, H 5,1966, S. 584ff.; Mühlhausen, Ebert 2006, S. 262; Wette, Noske, S. 466. Mühlhausen und Wette erwähnen den geplanten Angriff auf Polen nicht.
- 33 Pabst, Memoiren, S. 124, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 34 Groener selbst, der für die Annahme des Vertrages war, hielt den Kriegsrat für äusserst gefährlich. Groener, Lebenserinnerungen, S. 503.
- 35 Wette, Noske, S. 471; Noske, Kiel, S. 151; ders., Erlebtes, S. 105.
- 36 Schwengler, Völkerrecht, S. 218.
- 37 BA-MA, N 112/11, S. 69, abgedruckt bei Fritz Ernst, Aus dem Nachlass des Generals Walther Reinhardt, Stuttgart 1958, S. 72, Anm. 23; auch zitiert bei: Schwengler, Völkerrecht, S. 218, Wette, Noske, S. 477.
- 38 BA-MA Nachlass Schleicher, N 42/11, Aufzeichnungen Groener; auch abgedruckt in: Kabinett Scheidemann, S. 481; siehe auch Pabst, Kapp, S. 830.
- 39 Es waren dies die Artikel 227-230, die den Kaiser und andere wegen der Kriegsverbrechen in Belgien vor Gericht stellen wollten, und der Artikel 231, der Deutschland zum Kriegsschuldigen erklärte, Home/Kramer, Kriegsgreuel, S. 481.
- 40 Mühlhausen, Ebert 2006, S. 265
- 41 Schwengler, Völkerrecht, S. 227, Anm. 472 und Home/Kramer, Kriegsgreuel, S. 494. Wette, Noske, S. 491 und Miller, Bürde, S. 295f. enthalten uns diese Aussage Noskes vor. Noske gibt eine abgemilderte Version in seinem Buch zum Besten: Er habe den Einmarsch der Alliierten dem Chaos vorgezogen, da nach ersterem «die Auferstehung Deutschlands» wahrscheinlicher gewesen sei. Noske, Kiel, S. 153.
- 42 Wette, Noske, S. 492.
- 43 Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Republik, Offenbach 1947, S. 124ff.; Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 404ff.; Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, Frankfurt/Main 1974², Bd. 1, S. 72.
- 44 Wirren, S. 123.
- 45 Pabst, Memoiren, S. 114 und 117, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2; Noske, Kiel, S. 153.
- 46 Pabst, Memoiren, S. 118.
- 47 Gustav Noske: Meine Gedanken über die Freikorps, Aus einer Broschüre zum Jubiläum des Freikorps Lützow 1813-1919, Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft 3082 III, Bl. 421. Noske spricht hier davon: «Was das Deutsche Reich seinen Freikorps in den letzten sechs Monaten verdankt, gehört der Geschichte an.» Also ist dieser Text Juni/Juli 1919 geschrieben. Er ist bisher nicht beachtet worden, aber schon vollständig abgedruckt bei Hitzer, Mord im Hofbräuhaus, S. 200-204.
- 48 Noske, Kiel, S.148.
- 49 Volkmann, Revolution, S. 317.
- 50 Oertzen, Freikorps, S. 359.

- 51 Gemeint war offensichtlich Erzberger.
- 52 Abgedruckt bei Otto-Ernst Schüddekopf, *Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1923*, Hannover/Frankfurt/Main 1955, S. 95, nach einer Veröffentlichung von Pabst (Pabst, Kapp), erneut abgedruckt in *Ursachen und Folgen*, III, S. 532f. Die Version von Lüttwitz, Lüttwitz, *Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen*, mit eigenhändiger Unterschrift, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/27, S. 6 und Lüttwitz, *Leitfaden für meine Verteidigung*, S. 3f, im Nachlass Bauer BA-Ko, N 22/29, weicht in Details ab und nennt Pabst nicht dezidiert als Sprecher. Teilweise auch abgedruckt bei Johannes Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20*, Düsseldorf 1967, Dokument 2, S. 304. Wette, Noske, S. 499 und Schwengler, *Völkerrecht*, S. 235, nennen, sich auf Schüddekopf, also Pabst beziehend, diesen als Sprecher. Pabst bezeichnet sich in seinem Kapp-Aufsatz (die Druckfahnen mit Pabsts Korrekturen in BA-MA, Nachlass Pabst, N 620/3) jedoch gar nicht als Sprecher.
- 53 Noske, Kiel, S. 155; Volkmann, *Revolution*, S. 317f. berichtet nichts von einer Zurechtweisung durch Noske. Schwengler, *Völkerrecht*, S. 235 folgt Noske weitgehend. Noske appellierte angeblich auch an die Kamarilla, «dem schwer geprüften Vaterlande weiter zu dienen». Noske, Kiel, ebd.
- 54 Im Jagow-Prozess behauptete er gar, er habe es als absolut unerträglich empfunden, dass Pabst und sein Kommandeur Hofmann anfangen, sich «in politische Dinge zu mischen». *Verfassungsgrundlagen und Hochverratsbeiträge zur Geschichte des neuen Deutschland nach stenographischen Verhandlungsberichten und amtlichen Urkunden des Jagow-Prozesses*, bearb. von Karl Brammer, Berlin 1922, S. 17.
- 55 Wette, Noske, S. 500, Anm. 216.
- 56 Meldung des bayerischen Verbindungsoffiziers beim Reichswehr-Gruppenkommando I, Major Adam, an den Chef der Armee-Abteilung im bayerischen Ministerium für militärische Angelegenheiten, Major von Leeb, über die politische Lage, vom 25.6.1919, in: *Hürten, Revolution und Kapp-Putsch*, S. 156.
- 57 Ebd.
- 58 Lüttwitz, *Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen*, mit eigenhändiger Unterschrift, Nachlass Luetgebrune, BA-Ko, N 1150/27, S. 6.
- 59 Maercker, *Kaiserheer*, S. 289; Volkmann, *Revolution*, S. 300; Wette, Noske, S. 483.
- 60 BA-MA, Nachlass Schleicher, N 42/12, Bl. 95, auch abgedruckt als «Aufzeichnungen des 1. Generalquartiermeisters über die Tage in Weimar», in: AdR, Kabinett Scheidemann, Dokument 114, S. 476-492, hier 482, auch 490f. Siehe dazu auch: Mühlhausen, Ebert, S. 268; Wette, Noske, S. 482.
- 61 BA-MA, Nachlass Schleicher N 42/12, Bl. 141; siehe auch Könnemann, *Pabst-Putsch*, S. 128. Diese Äusserung Groeners fand ihren Weg nicht in die Edition des Kabinetts Scheidemann. Siehe Dokument 114, vorherige Anmerkung.
- 62 Richtlinien für den Aufbau des Zeitfreiwilligensystems, 1. Generalstabsoffizier, der GKSK, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 116-118.
- 63 Aussage Noske vom 10.12.1921 im Jagow-Prozess, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, S. 293RS; Noske, Kiel, S. 168; Zur Diskussion bei den Alliierten siehe Harold J. Gordon, *Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926*, Frankfurt/Main 1959, S. 152ff.
- 64 Pabst, *Memoiren*, S. 116f. Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2; AdR, Kabinett Bauer, Dokument 183, S. 654, Anm. 7. Bericht Berger. Berger wiederum wusste durch den Kontakt mit Pabst davon.

- 65** Noske macht in einem Schreiben zu den Einwohnerwehren am 5.7.1919 ganz ähnliche Vorschläge. Könnemann, Einwohnerwehren, Dokument 16, S. 373.
- 66** Papier von Pabst mit «streng geheim!» überschrieben, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 115.
- 67** Noske, Erlebtes, S. 98; Wette, Noske S. 444f.; Nusser, Wehrverbände, S. 174; Könnemann, Einwohnerwehren, Dokument 12, S. 364ff. Siehe auch Noskes Befehl zur Aufstellung von Zeitfreiwilligen vom 11.9.1919, Faksimile in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 450.
- 68** Die sich nun im Verborgenen als «Schwarze Reichswehr» organisieren musste.
- 69** Gleich wohl haben sich sachliche Zusammenhänge und Handlungen von Personen, wie in seinen Memoiren beschrieben, als zutreffend erwiesen, wenn sie durch andere Quellen verifizierbar waren.
- 70** Noske, Kiel, S. 165.
- 71** Welcher bis zum 5. Dezember 1919 galt, Wirren, S. 123.
- 72** Wirren, S. 124.
- 73** Wirren, ebd.
- 74** Abschrift des Korpsbefehls vom 27.6.1919 des GKSK im Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3 ohne Paginierung. Siehe Dokument II.
- 75** Ebd. Siehe auch Pabst, Memoiren, S. 126, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2. Berliner Tageblatt vom 20.4.1929, Vorwärts vom 21.4.1929, Wirren, S. 124f.
- 76** Pabst, Memoiren, S. 126, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2; AdR, Kabinett Bauer, S. 20, Anm. 3.
- 77** Ebd.; Wirren, S. 124f; Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt. Hamburg 1971, S. 31 f.
- 78** Pabst, Memoiren, S. 124-125
- 79** Unterredung Bauer mit Haase und Dittmann, AdR, Kabinett Bauer, Dokument 6, S.20f.
- 80** Zitiert nach Rintelen, Bauer, S. 198f.
- 81** Rintelen, Bauer, S. 198f.
- 82** Die Freiheit vom 29.6.1919, Beilage.
- 83** Pabst, Memoiren, S. 127, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 84** Pabst, Memoiren, S. 127-131, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/2.
- 85** Die Freiheit vom 30.6.1919, MA
- 86** Wirren, S. 124.
- 87** Volkmann, Revolution, S. 322ff.
- 88** Volkmann, Revolution, S. 323; Könnemann, Pabst-Putsch, 1989, S. 128,
- 89** Volkmann, Revolution, S. 324.
- 90** Meldung des Hauptmann Marcks über die militärpolitische Situation in Bayern, vom 19.5. 1919, in: Hürten, Revolution und Kapp-Putsch, Dokument 34, S. 120.
- 91** Noske gibt an, daraufhin die GKSK auf andere Truppenteile aufgeteilt zu haben, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 17; Noske, Kapp, S. 199f.; Oertzen, Freikorps, S. 362 irrt nach Erger, Kapp, S. 36.
- 92** Aufzeichnungen Below, BA-MA, Nachlass Below N 87/35, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, Kapp-Putsch, 2002, S. 13f.
- 93** Alles nach Böhm, Adjutant, S. 155.
- 94** Vogt, Bauer, S. 206f.
- 95** Ebd., S. 213.
- 96** Ebd., S. 652, Anm. 2. Vogt dürfte diese Information von Pabst haben: «Vogt suchte mich Anfang Mai, bat um Unterstützung, die ich ihm, da er auch einen guten Eindruck machte,

- auch zusagte.» Brief von Pabst an Regierungsdirektor Körner, vom 14.7.1965. Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/20, ohne Paginierung.
- 97** Groener, Tagebuch, Bl. 16RS – 108RS, BA-MA, N 46/25, gekürzt als Dokument 5, bei Erger, Kapp-Putsch, S. 305f., sowie ebenda S. 36f.; Könnemann, Pabst-Putsch, S. 128.
- 98** Mitteilung Pabst an Erger, Erger, Kapp, S. 36.
- 99** Könnemann, Pabst-Putsch, S. 131.
- 100** Notiz Kapp vom Juli 1919 sowie Entwurf einer Note an die Alliierten, ebenfalls vom Juli 1919, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, Kapp-Putsch, Dokument 10 und 11, S. 17.
- 101** Könnemann, Pabst-Putsch, S. 131.
- 102** BA-SAPMO, Nachlass Pabst, NY4035/1 Bl. 75 und BA-SAPMO, NY4035/2 Bl. 17, im Anhang.
- 103** BA-SAPMO, Nachlass Pabst, NY4035/1 Bl. 75 im Anhang, sowie Könnemann, Pabst-Putsch, S.129.
- 104** Dokument III, hektografiertes Blatt, fast nicht mehr leserlich, ohne Unterschrift (oben links «Berlin, den... Juli 1919»), in: Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 17.
- 105** Pabst, Memoiren, S. 131,132; Wette, Noske, S. 512.
- 106** Schulze, Freikorps, S. 213.
- 107** Nachlass Bauer, BA-KO, N 1022/29, Bl. 8-10, vollständig abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 9, S. 14-16; gekürzt, bei Erger, Kapp, Dokument 6, S. 306.
- 108** Pabst, Kapp, S. 830. Hagen Schulze nutzt diesen Begriff, um verharmlosend mutzumassen, der Putschversuch habe sich auf Demonstrationmärsche beschränkt. Schulze, Freikorps, S. 213.
- 109** Aussage Maercker im Jagow-Prozess, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 16f.
- 110** Pabst, Memoiren, S. 121. Pabst bringt hier, wie gesagt, den zeitlichen Ablauf durcheinander und setzt die Aktion einen Monat zu früh an, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 111** Erger, Kapp, S. 36.
- 112** Erger, Kapp, S 36f.
- 113** Die Erlasse im Nachlass Bauer sind für einen Militärdiktator formuliert, lassen aber offen, wer das sein soll. Gegenüber Erger gab Pabst Lüttwitz als den Auserwählten an. Erger, Kapp, S 36f.
- 114** Lüttwitz, Verteidigung (S. 1-13) in Nachlass Luetgebrune N 1150/27; Pabst gibt an, auch von Hofmann habe auf ihn eingeredet. Pabst, Memoiren, S. 121, Nachlass Pabst, BAMA, N620/2.
- 115** Lüttwitz, Leitfaden in Nachlass Bauer, N 1022/29, S. 118-129 und Walther von Lüttwitz: Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934, S. 84f.
- 116** Noske, Kiel, S. 200.
- 117** Brief Pabst an das Reichswehrkommando I, vom 20.12.1919, in: Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 2, der die von Pabst gegenüber Erger gemachten Aussagen, Erger, Kapp, S. 38 belegt.
- 118** Brief Pabst an Lüttwitz vom 3.(7)12.1919, In: Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 1. Auf dem Briefkopf steht 31.12., es dürfte sich um einen Tippfehler handeln.
- 119** Brief Pabst an das Reichswehrkommando I, vom 20.12.1919, in: Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 2.
- 120** Die Formulierung Pabsts in seinem Kapp-Artikel lautete, Noske habe sein Abschiedsgesuch «zuvorkommenderweise mit meiner ‚Verabschiedung‘» beantwortet. Pabst, Kapp, S. 831.
- 121** Daher liegen Könnemann, Pabst-Putsch, S. 130 und Anton Albert Golecki (Bearb.), AdR, Kabinett Bauer, S. 281 im Glauben an Noske schief. Wettes Feststellung, der

- Tatbestand sei nicht mehr eindeutig zu klären, Wette, Noske, S. 513L, kann somit hier korrigiert werden.
- 122** Brief Pabst an Lüttwitz vom 31.12.1919, in: Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 1. Noske hätte ihm sogar den Majorsrang gegönnt und schiebt Pabsts Meuterei auf Bauer, Noske, Kiel, S. 200.
- 123** Pabst, Memoiren, S. 134, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 124** Siehe Kapitel Kapp-Putsch.
- 125** Bericht Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Berger, vom 2.10.1919, in: AdR, Kabinett Bauer, Dokument 71, S. 283.
- 126** Berger gab dem Reichswehrminister Auskunft über Pabsts «etwa 10 Wochen zurückliegenden» geplanten Putsch, der auf «Sturz der Regierung samt Noske und Militärdiktatur eines Generals abzielte», ebd.
- 127** Brief Noske an den österreichischen Bundeskanzler Seipel vom 18.10.1928, in: Nachlass Noske, BA-SAPMO, NY 4056/7, Bl. 11-13, siehe auch Noske, Kiel, S. 72, 200.
- 128** Wirren, S. 123.
- 129** Gordon, Reichswehr, S. 418.
- 130** Pabst versteigt sich sogar zur Feststellung, wenn er im Heeresdienst verblieben wäre, hätte er Anfang der Dreissigerjahre «eine entsprechend hohe militärische Stellung bekleidet», so dass «die politische Entwicklung in Deutschland andere Wege gegangen wäre». Pabst, Memoiren S. 135. Dies wollen wir erst einmal unkommentiert lassen, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 131** Bericht des Hauptgeschäftsführers der DNVP Lindeiner vom 7.12.1921, in: BA-SAPMO, V 232/1, Bl. 94-96.
- 132** Margarete Ludendorff, Als ich Ludendorffs Frau war, München 1920, S. 203.
- 133** Als Stadtkommandant Fischer am 6.1.1919 in die Hände des Revolutionsausschusses geriet, wurde er von Liebknecht wieder auf freien Fuss gesetzt.
- 134** Vorwärts vom 2. Mai 1919; auch Schultheiss, Europäischer Geschichtskalender, 1919 I, S. 200; siehe auch Mühlhausen, Ebert 2006, S. 294 und Wette, Noske, S. 522.
- 135** Noskes und Gustav Bauers Telegramme in Vossische Zeitung vom 3. Juli 1919, zitiert nach Rintelen, Bauer, S. 200.
- 136** Pabst, Kapp, S. 834.
- 137** Erger, Kapp, S. 86.
- 138** Pabst, Kapp, S. 834.
- 139** Ein Dokument aus dem Nachlass Kapp nennt 10 Geldinstitute die sich allein in Königsberg für die finanzielle Unterstützung von Kapp bereit erklärten. Abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 202, Dokument 52, S. 84f.
- 140** AdR, Kabinett Bauer, S. 281, Anm. 2.
- 141** Pabst, Memoiren, S. 137; Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 142** RMdI, Vaterländische Verbände, Nr. 25983, Bl. 38, zitiert nach: Dieter Fricke: Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1970, S. 342, Anm. 4.
- 143** Erger, Kapp, S. 97 nach Aussagen von Pabst und der Tochter von Kapp; siehe auch Nachlass Bauer, N 1022/22
- 144** Nachlass Oberst Max Bauer N 1022/1e, Denkschrift über den Gaskrieg vermutlich Herbst 1915.
- 145** Brief Oberst Bauers vom April 1920 an Karl Fehrmann, in BA-KO, NL Bauer N 1022/22, Bl. 25-26, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, S. 498f. Siehe auch J.T. Trebitsch-Lincoln, Der grösste Abenteurer des XX. Jahrhunderts!?, Leipzig/Zürich/Wien 1931, S.192.

- 146** Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 58.
- 147** Schriftsatz von Pabsts Rechtsanwalt Dr. Siegfried Löwenstein (Rechtsanwalt Grünsbach war inzwischen verstorben) vom 5.1.1925, an die Oberreichsanwaltschaft Leipzig. Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 10.
- 148** Abteilungsbefehl Nr. 45 des GKSK, Abteilung VIII, 6. Mai 1919, abgedruckt bei Könnemann, Einwohnerwehren, Dokument 12, S. 365.
- 149** Könnemann, Pabst-Putsch, S. 133.
- 150** Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 59.
- 151** Trebitsch-Lincoln, Abenteurer, S. 147-225. Von der Literatur über Lincoln genügt nur Bernard Wasserstein, *The Secret Lives of Trebitsch Lincoln*, London 1988, wissenschaftlichen Ansprüchen. Die Werke Trebitsch-Lincoln, von Joseph Nedava, Tel Aviv 1957 und Ignatius Trebitsch-Lincoln oder Vom Talmudschüler zum Buddha-Priester von Henryk Kesler, Fulda 1989, sind ähnlich spekulativ wie Lincolns Autobiografie.
- 152** Und von dem Pabst später behauptete, er habe sich schon früh von ihm distanziert. Siehe Briefwechsel Pabst mit Bauers Sohn 1934 in N 1022/66, Bl. 109 und 111, und Briefwechsel Pabst mit Theodor Heuss, 8.,14. und 27.6.1961, BA-Ko, Nachlass Heuss, N 1221, 251.
- 153** Pabst, Memoiren, S. 136, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/2.
- 154** Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, Köln/Berlin 1970, S. 497-519.
- 155** Ausnahme: Oberst Bauer war schon Mitglied der Vaterlandspartei gewesen.
- 156** Erger, Kapp, S. 86.
- 157** Könnemann, Pabst-Putsch, S. 133.
- 158** Brief des Innenministeriums vom 1.12.1919 an Noske, in: BA-SAPMO, Nachlass Noske, NY 4056/3, Bl. 20f.
- 159** Noske, Kiel, S. 201f.
- 160** Schriftsatz RA Löwenstein, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 4.
- 161** Siehe dazu auch Pabsts Aussage über Pflugk-Harttung, in BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 40.
- 162** Ebd.
- 163** Pabst, Kapp, S. 831.
- 164** Denkschrift Kapp (1922), abgedruckt bei Könnemann/Schulze 2002, Dokument 375, S.576.
- 165** Ernst von Salomon, *Die Geächteten*, Gütersloh 1930, S. 167f.
- 166** Bericht der Reichszentrale für Heimatdienst, Ende März 1920, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 310, S. 441ff.
- 167** Der Kontakt Pabsts lief über Major Bischoff und Leutnant von Borries vom Stab der Eisernen Division, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokumente 70,310, S. 112, und Anm. 3 sowie S. 442.
- 168** Emil Julius Gumbel, *Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918-1924*, Heidelberg 1979 (zuerst: Wien 1924), S. 17. Sowie Bericht der Münchner Post, mit Dokumenten, vom 4.4.1920, abgedruckt bei Könnemann/ Schulze, 2002, Dokument 317, S. 454. In der Münchner Post (und auch bei Könnemann) wird Berchtold allerdings mit dem zu Tode gekommenen Hauptmann Berthold verwechselt. Berthold war später einer der ganz wenigen, die dem Zorn linker Volksmassen zum Opfer fielen und nach Misslingen des Kapp-Putsches gelyncht wurden. Siehe Dokument 585, bei Könnemann/Schulze 2002, S. 909. Dies machte ihn gleichzeitig zum Märtyrer der Rechten. Major Bischoff suchte später mit Hilfe Pabsts Verwendung bei der Tiroler Heimatwehr, Brief Steidles vom 5.10.1927, Tiroler Landesarchiv (TLA), Akten der Selbstschutzverbände (SSV), XI/1,B1.850ff.

- 169** Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, S. 74ff. mit Belegen.
- 170** Schreiben von Freytag-Loringhausen (DNVP) in: Ursachen und Folgen, Bd. IV, S. 82f.
- 171** Brief Pabst an Westarp vom 15.5.1924, in: BA-SAPMO, R 8005/491 (früher: V 282/1), Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 41.
- 172** Brief Pabst an von Lindeiner, vom 16.5.1924, ebenda, Bl. 37 und 37RS. Zuerst entdeckt hat Doris Kachulle die Bedeutung dieses Briefes, siehe: Kachulle, Pabst, S.17-20.
- 173** Brief Pabst an von Lindeiner, vom 1.7.1924, ebenda, Bl. 13 und 13 RS.
- 174** Bericht des BASF-Vorstandsmitglieds Dr. Bueb an Dr. Oster, abgedruckt bei Könnemann / Schulze, 2002, Dokument 151,S.211-13.
- 175** Brief des Hauptgeschäftsführers der DNVP Hans-Erdmann von Lindeiner vom 7.12.1921, BA-SAPMO, S 232/1, Bl. 94-96.
- 176** Brief Theodor Heuss an Waldemar Pabst vom 14.6.1961, in: BA-Ko, Nachlass Heuss, N 1221,251.
- 177** Friedrich Wilhelm Heinz, Von Wilhelm Canaris zum NKWD, S. 2, unveröffentlichtes Typoskript, im Privatbesitz von Michael Heinz. Siehe auch Mueller, Canaris, S. 106.
- 178** Das Acht-Uhr-Blatt vom 1920, zitiert nach Pabst, Kapp, S. 833.
- 179** Bericht des preussischen Staatskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 2.10.1919, R 43 1/2706, Bl. 171-172, abgedruckt, in: AdR, Kabinett Bauer, Dokument 71, S. 281 -284.
- 180** Siehe auch Pabsts Andeutungen in: Pabst, Kapp, S. 833.
- 181** Pabst, Memoiren, S. 139, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8. Weiter heisst es: «Haussuchungen – unter anderem auch bei mir – förderten so gut wie kein belastendes Material zu Tage mit Ausnahme eines von Dr. Schnitzler mit deutscher Gründlichkeit geführten Tagebuches.» Abschriften aus Schnitzlers Tagebuch finden sich im Nachlass Luetgebrune, BA-Ko, N 1150/24, Bl. 127ff. Siehe auch Aktionsplan aus den beschlagnahmten Papieren Schnitzlers, Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 82, S. 126f.
- 182** Lessmann, Polizei, S. 79.
- 183** Noske, Kiel, S. 202.
- 184** Pabst, Kapp, S. 834.
- 185** «Das Kapp-Lüttwitz-Untemehmen», Maschinenschrift von Pabst (vermutlich 1967), in Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3, ohne Paginierung, auch abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 390, S. 623.
- 186** Hankel, Leipziger Prozesse, S. 46ff., Schwengler, Völkerrecht, S. 308ff., Erger, Kapp, S. 109.
- 187** Home/Kramer, Kriegsgreuel, S. 497.
- 188** Pabst, Kapp, S. 830.
- 189** Aufzeichnungen über die Stellungnahme von Generalleutnant Groener zur Auslieferungsfrage, vom 12.7.1919, Nachlass Schleicher, BA-MA N 42/12, Bl. 150f.
- 190** Schwengler, Völkerrecht, S. 246-250.; Hankel, Leipziger Prozesse, S. 44, Anm. 9; Gietinger, Leiche, S. 129f.
- 191** Schwengler, Völkerrecht, S. 250.
- 192** Home/Kramer, Kriegsgreuel, S. 506ff.; Hankel, Leipziger Prozesse, S. 89f.
- 193** Hankel, Leipziger Prozesse, S. 61; Gietinger, Leiche, S. 127f. und auch Kapitel IV, 3 dieses Buches.
- 194** Abschrift Aussage Noske vom 10.12.1921 im Jagow-Prozess, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 293f.; Schultheiss' Europäischer Geschichtskalender 1920, I (1924), S. 44; Erger, S. 115.

- 195** Abschrift Aussage Noske vom 10.12.1921 im Jagow-Prozess, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 293RS.
- 196** So Erger über deren Gefühlslage, Erger, Kapp, S. 114. Siehe dazu auch Theweleit, Männerphantasien, Bd. 2, S. 383ff.
- 197** Aussage Noske im Jagow-Prozess, Brammer, S. 27.
- 198** Susanne Meinel: Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000, S. 30f.
- 199** Meinel, Nazis gegen Hitler, S. 31.
- 200** So auch Lummitzsch im Entwurf seines Freiwilligendanks, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 18; Erger, Kapp, S. 110.
- 201** Abschrift Aussage Noske vom 10.12.1921 im Jagow-Prozess, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 294.
- 202** Noske, ebenda, Bl. 294RS.
- 203** Brief Pabst an Westarp vom 15.5.1924, in: BA-SAPMO, R 8005/491 (früher: V 282/1) Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 41.
- 204** Erger, Kapp, S. 116.
- 205** Aussage Rechberg vom 19.6.1925 vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 218.
- 206** Bericht Hergts an den Oberreichsanwalt vom 8.7.1920, in: BA-SAPMO, R 8005/491 (früher: V 282/1) Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 100-103; sowie: Bericht der Sicherheitspolizei vom 22.3.1920 über die Stellung zum Putsch, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 255, S. 355.
- 207** Aussage Arens vom 17.6.1925 vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 206.
- 208** Kessel, Handgranaten, S. 224.
- 209** Informationsbericht über die Verwendbarkeit der Berliner Sicherheitspolizei, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 38, S. 63.
- 210** Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 255, S. 355f.
- 211** Mitteilung Pabst, nach Erger, Kapp, S. 134.
- 212** Pabst, Memoiren, S. 138, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8.
- 213** Aussage Reichsjustizminister a.D. Heinze, in: Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 24.
- 214** Lüttwitz, Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen, mit eigenhändiger Unterschrift, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/27, S. 9.
- 215** Ebd., S. 11.
- 216** Noskes Bestätigung mit eigenhändiger Unterschrift vom 8.3.1920, BA-MA, PH 8 V/8, Bl. 164, Faksimile bei Gietinger, Leiche, S. 78.
- 217** Siehe auch Gietinger, Leiche, S.78f.
- 218** Aussage Noske vor dem Reichsgericht am 10.12.1921, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 299RS.
- 219** Der preussische Staatskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung an den Reichskanzler, 8.3.1920, AdR, Kabinett Bauer, Dokument N. 183, S. 653ff, Abschrift auch in Nachlass Luetgebrune BA-KO, N 1150/24, Bl. 86-93. Text gleichfalls abgedruckt bei Noske, Kiel, S. 204f. und Ursachen und Folgen, Bd. IV, S. 85-87.
- 220** Noske, Kiel, S. 204.
- 221** Pabst, Memoiren, S. 135, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8.
- 222** Die Behauptung Ergers lässt sich aus den Quellen nicht verifizieren, im Gegenteil. In seiner Aussage vor dem Reichsgericht gibt Noske an, Lüttwitz habe diese Hoffnung gehabt, nicht er. Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 299. Nach Lüttwitz

- hielt Noske nun an dieser Hoffnung nicht mehr fest. Lüttwitz, Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen, mit eigenhändiger Unterschrift, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/27, S.9.
- 223** Lüttwitz, Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen, mit eigenhändiger Unterschrift, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/27, S. 10.
- 224** Abschrift Aussage von Oven vor dem Reichsgericht am 12.12.1921; in Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/ 26, Bl. 300.
- 225** Und zwar am 15.2.1920 und am 2.3.1920. Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 71, S. 112
- 226** Aussage Noske vor dem Reichsgericht am 10.12.1921, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/ 26, S. 304. Bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 25 entsteht der Eindruck, Noske habe das schon am 10.3. getan. Dies ist falsch. Erger, Kapp, S. 122.
- 227** Nach Noskes Aussage vor dem Reichsgericht am 10.12.1921 waren es Reichswehroffiziere, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 299. Siehe nächste Anmerkung.
- 228** Aussage Noske im Jagow-Prozess ebd.; Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 24. Nach den Aussagen der Reichswehroffiziere Meuzischewitz, Stockhausen und Schleicher gaben sie entsprechende Berichte an Noske weiter, Schriftsatz von Pabsts Anwalt an die Oberreichsanwaltschaft vom 5.1.1925, in: BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 16
- 229** Aussage Noske vor dem Reichsgericht am 10.12.1921, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 304.
- 230** Lüttwitz, Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen, mit eigenhändiger Unterschrift, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/27, S. 10. Ebenso Verteidigungsschrift Lüttwitz, ebenda S. 6.
- 231** Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 25.
- 232** Aussage Noske vor dem Reichsgericht am 10.12.1921, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 304; Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 25; Noske, Kiel, S. 208.
- 233** Original im Nachlass Bauer (sic!), BA-Ko, N 1022/29, Bl. 11. Noske stellt dies in seinem Buch richtig dar, im Jagow-Prozess glaubte er irrtümlich, Bauers Haftbefehl sei schon mit den anderen ergangen.
- 234** Heine, Erinnerungen, Bd. 2, Bl. 516, BA-Ko, Kleine Erwerbungen, Nr. 371-18; Buder, Reorganisation Polizei, S. 192.
- 235** Aussage Ottmar Strauß, vom 31.7.1925, vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 246.
- 236** Erger, Kapp, S. 124f.
- 237** Faksimile bei Klaus Dieter Pett (Hrsg.)/Hans J. Reichardt (Bearb.): Kapp-Putsch und Generalstreik März 1920 in Berlin. Tage der Torheit, Tage der Not. Eine Ausstellung des Landesarchivs Berlin, 26.3.-31.10.1990, Berlin 1990, S. 84.
- 238** Brief Pabst an Westarp vom 15.5.1924, in: BA-SAPMO, R 8005/491 (früher: V 282/1) Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 41.
- 239** Dr. Fritz Mittelmann, Deutsche Volkspartei (DVP) berichtet von diesem Angebot an Maretzky in einer Sitzung der DVP vom 15.3.1920, Protokoll in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (AA) Berlin, NL Stresemann, Bd. 217, abgedruckt bei Könnemann/Schulze 2002, Dokument 153, S. 218.
- 240** Aussage Berger vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 249.
- 241** Aussage Noske, im Jagow-Prozess, in: Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 26.
- 242** Buder hält Arens aufgrund einer Formulierung in einem SIPO-Bericht für den Übeltäter,

- Buder, Reorganisation Polizei, S. 192, SIPO-Bericht vom 22.3.1920, in: AdR, Kabinett Bauer, Dokument 210, hier S. 744; wiederabgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 255, hier S. 357.
- 243** Lucas tendiert zu Eugen Ernst, Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, S. 88.
- 244** Pabst, Kapp, S. 833.
- 245** Aussage Dr. Hans Thalheim vom 17.6.1925 vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 21.
- 246** Schriftsatz von Pabsts Anwalt an die Oberreichsanwaltschaft vom 5.1.1925, in: BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 8. Pabst versucht darin zu begründen, dass er nicht führend am Kapp-Putsch beteiligt gewesen sei.
- 247** Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 42.
- 248** Pabst, Memoiren, S. 136, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8.
- 249** Schriftsatz von Pabsts Anwalt an die Oberreichsanwaltschaft vom 5.1.1925, in: BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 11.
- 250** Aussage von Dr. Robert Weismann, Staatssekretär im preussischen Innenministerium, vom 17.6.1925 vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 213.
- 251** Von Pabsts Anwalt in seinem Auftrag formulierter Schriftsatz (vermutlich Frühjahr 1925), der den Antrag auf Verfahrenseinstellung begründen sollte. BA-SAPMO, Nachlass Pabst, NY 4035/3 Bl. 38-43, hier Bl.41.
- 252** Unterstrichen sind ausserdem die Namen Konsul Salomon Marx, Amo Rechberg, Dr. Schnitzler, Major Hagemann, Major Böhmer, General Hofmann, Fritz Grabowsky, Stubbendorff und von Kessel, ebd.
- 253** Schriftsatz von Pabsts Anwalt an die Oberreichsanwaltschaft vom 5.1.1925, in: BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 10.
- 254** Ebd., Bl. 11.
- 255** Aussage Ludendorff nach der Anklageschrift im Jagow-Prozess, in: Nachlass Luetgebrune N 1150/ 26, Bl. 35.
- 256** Abschrift der Zeugenaussagen Paul Arnold, Major Rohrscheidt und Brinkmann im Ermittlungsverfahren des Oberreichsanwalts (Bd. 1, Bl. 1197, 1200f. und 1202) im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 25-26.
- 257** Aussage Rohrscheidt, ebd., Bl. 25RS.
- 258** Aussage Arnold, ebd., Bl. 25f.
- 259** Falschaussage Ehrhardt laut Akten der Reichsanwaltschaft gegen Kapp und Genossen, im Nachlass Luetgebrune, N 1150/24, Bl. 94; siehe auch Antrag Löwenstein auf Verfahrenseinstellung, Nachlass Pabst, BA-SAPMO NY 4035/3, Bl. 34.
- 260** Abschrift der Anklageschrift gegen Ehrhardt vom 5.5.1923, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N1150/29, S. 15.
- 261** Ebd.
- 262** Brief von Kapp an Ludendorff, vom 4.3.1921, abgedruckt bei Könnemann/Schulze 2002, Dokument 356, S. 539f.
- 263** Abschrift der Anklageschrift gegen Ehrhardt vom 5.5.1923, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N1150/29, S. 15. Verfahrenseinstellungsantrag von Pabsts Anwalt Löwenstein vom 5.1.1925 im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 13.
- 264** Nusser, Wehrverbände, S. 188, mit Belegen.
- 265** Verfahrenseinstellungsantrag, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 13.
- 266** Schreiben von Pabsts Anwalt Löwenstein an den Oberreichsanwalt vom 25.10.1920, im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 34.

- 267** Verfahrenseinstellungsantrag, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 13.
- 268** Abschrift der Zeugenaussage Falkenhausen im Ermittlungsverfahren des Oberreichsanwalts (Bd I, Bl. 1343) im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 27RS. Nach dem Antrag Löwensteins auf Verfahrenseinstellung, Nachlass Pabst, BA-SAPMO NY 4035/3, Bl. 34 kam er erst am Abend in die Wilhelmstrasse.
- 269** Aussage des 2. Generalstabsoffiziers der Brigade, Werner Kempf, vom 23.3.1923 vor dem Oberreichsanwalt, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, Nil50/28, Bl. 406.
- 270** Ergänzungen von Oberst Bauer zu seiner Schrift «Der 13. März», in: Nachlass Bauer BA-Ko, N 1022/29, Bl. 136.
- 271** Abschrift der Notiz des Oberreichsanwalts vom 5.10.1920 im Ermittlungsverfahren des Oberreichsanwalts (Bd I, Bl. 1333) im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 28.
- 272** Brief von Kapp an Ludendorff vom 4.3.1921, abgedruckt bei Könnemann/Schulze 2002, Dokument 356, S. 540.
- 273** Abschrift der Notiz des Oberreichsanwalts vom 5.10.1920 im Ermittlungsverfahren des Oberreichsanwalts (Bd I, Bl. 1333) im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 27f.
- 274** Stellungnahme von Pabst zu den Aussagen im Verfahren des Oberreichsanwalts gegen Jagow (vermutlich Frühjahr 1925), im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 31.
- 275** Erger, Kapp, S. 130.
- 276** Dass die Erlasse und Aufrufe nicht mehr gedruckt werden konnten, erwähnt er, nennt aber nicht den Urheber des Problems. Erger, Kapp, S. 129,
- 277** Brief von Pabst an Regierungsdirektor Körner vom 14.7.1965. Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/20, ohne Paginierung.
- 278** Erger, Kapp, S. 204.
- 279** Ernennung im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 13; siehe auch BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 18, Bl. 38. In einem Leserbrief an den Spiegel behauptet Waldemar Pabst, er habe den Major von Hindenburg «schon gleich nach meiner Rückkehr aus Österreich», also 1931, bekommen, in: Der Spiegel, 18/1962 vom 2.5.1962, S.5.
- 280** Erger, Kapp, S. 133. Kuttner berichtet, noch in der Nacht des 12.3. habe sich Noske seinen Optimismus nicht nehmen lassen, In: Vorwärts, 3.4.1920 zitiert nach Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 459.
- 281** Aussage Noske vor dem Reichsgericht am 10.12.1921, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 321. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 26.
- 282** Aussage Noske vor dem Reichsgericht am 10.12.1921, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 321.
- 283** Aussage Korvettenkapitän Canaris vom 19.6.1925 vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 222.
- 284** Erger, Kapp, S. 136.; Wette, Noske, S. 634 in Anlehnung an Erger.
- 285** Aussage Canaris vor dem Oberreichsanwalt am 3.3.1923, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/28, Bl. 329, das Zitat davor Bl. 327f.
- 286** Aussage Noske im Jagow-Prozess, in: Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 26.
- 287** Aussage Noske vor dem Reichsgericht am 10.12.1921, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 321RS.
- 288** Ebd.
- 289** Aussage Noske vor dem Reichsgericht am 10.12.1921, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 322. Einzig Noskes Adjutant von Gilsa und der Chef der Heeresleitung Walther Reinhardt wollten mit Noske schiessen, hatten aber auch keine Truppen, die ihnen folgten. Erger, Kapp, S. 143f.

- 290** Nach Erger stammt diese Bemerkung nicht von Seeckt, sondern von General Hülsen, Erger, S. 138, 142, Dokument 24, S. 321.
- 291** Siehe Ernst, Nachlass Reinhardt, S. 62.
- 292** Abschrift der Aussage Oldershausen vor dem Reichsgericht vom 14.12.1921, in: BA-SAPMO, R 8005/491 (früher: V 282/1) Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 85; Aussage Noske vor dem Reichsgericht am 10.12.1921, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/26, Bl. 321RS; Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 26.
- 293** Erger, Kapp, S. 140.
- 294** Ebd., 148f.
- 295** Ebd., S. 151.
- 296** Faksimile in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, 1929, S. 469. Die Fassung bei Brammer, Militärdiktatur, S. 65 weicht davon ab. Siehe auch Ursachen und Folgen, IV, S. 92.
- 297** Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, S. 468
- 298** Miller, Bürde, S. 379,
- 299** Wette, Noske, S. 653.
- 300** Kessel, Handgranaten, S. 261ff; Buder, Reorganisation Polizei, S. 194f.; Volkmann, Revolution, S. 361.
- 301** Aussage Hauptmann a. D. Walter Stennes vom 21.3.1923, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/28, Bl. 412. Werner Kempf, der 2. Generalstabsoffizier von Ehrhardts Brigade, sagte aus: «Stennes war schon häufig bei Ehrhardt im Lager gewesen und galt als eng mit ihm verbunden.» Ebd., Bl. 405.
- 302** Noske, Kiel, S. 210
- 303** Folgendes nach Erwin Könnemann in der Einleitung zu Könnemann/Schulze, 2002, S.VII-IX.
- 304** Pabst, Kapp, S. 833.
- 305** Aussage von Oven vor dem Oberreichsanwalt vom 22.1.1923, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/28, Bl. 241.
- 306** Könnemann, Einleitung, S. VIII, Anm. 1, in Könnemann/Schulze, 2002.
- 307** Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, S. 98ff; Carl Severing, 1919/1920 im Wetter und Waterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bielefeld 1927, S. 132ff.
- 308** Hürten, Kapp-Putsch als Wende, S. 21-23. Hürten ignoriert hier bewusst die Belege von Lucas, Märzrevolution, Bd. 1 (siehe nächste Anm.).
- 309** Aktionsplan aus den beschlagnahmten Papieren Schnitzlers, Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 82, S. 126f., sowie Einleitung VIII und IX, je Anm. 1, Lucas, Märzrevolution Bd. I, S. 75-77, mit Belegen, sowie S. 102.
- 310** Könnemann, Einleitung S. IX, in: Könnemann/Schulze, 2002; Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, S.104ff.
- 311** «Ich lehnte ab, da mir das nicht passte und ich mich nicht für befugt hielt, unmittelbar vom Kabinett und nicht von meiner vorgesetzten Dienststelle aus einen Befehl zu empfangen und auszuführen.» Aussage Ehrhardts vom 15.12.1922 vor dem Oberreichsanwalt. Die Begründung erscheint jedoch als Ausrede, denn Lüttwitz war ja in dem Moment – wenn auch durch Putsch erreicht – seine vorgesetzte Dienststelle, und Lüttwitz sass auch in der Regierung. Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/28, Bl. 196; siehe auch die Anklageschrift gegen Ehrhardt vom 5.5.1923, ebd. Bd. 29, Bl. 30f.; siehe auch Friedrich Freska, Kapitän Ehrhardt. Abenteuer und Schicksale. Berlin 1924, S. 184; Krüger, Ehrhardt, S. 57; Pabst, Memoiren, S. 149, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8.
- 312** Pabst, Memoiren, S. 149f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8.

- 313** Lüttwitz, Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen, mit eigenhändiger Unterschrift, Nachlass Luetgebrune, BA-KO, N 1150/27, S. 10.
- 314** Beratung der DVP am 13.3.1920, Niederschrift in NL Stresemann, Nr. 217, Pol. Archiv des AA, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 100, S. 151.
- 315** Ebd., S. 152.
- 316** Ebd., S. 153
- 317** Beratung der DVP am 14.3.1920, Niederschrift in NL Stresemann, Nr. 217, Pol. Archiv des AA, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 135, S. 188f.
- 318** Mitteilung Pabst an Erger, Tonband-Interview Autor mit Johannes Erger am 11.3.1991.
- 319** Aussage Ottmar Strauss vom 31.7.1925 vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 247.
- 320** Aussage Berger vom 31.7.1925 vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 250.
- 321** Bericht des Staatskommissars Berger «anlässlich des Staatsstreiches vom 13.3.1920» vom 18.4.1920, AdR, Kabinett Bauer, Dokument 219, S. 798.
- 322** Aussage Bergers vom 31.7.1925 vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 248f.
- 323** Bericht des Staatskommissars Bergers «anlässlich des Staatsstreiches vom 13.3.1920», vom 18.4.1920, Kabinett Bauer, Dokument 219, S. 792, Anm. 1.
- 324** Pabst, Memoiren, S. 179, BA-MA, N 620/8. Der NS-Schriftsteller und SS-Mann Edwin Erich Dwinger verarbeitete diese Begegnung in seinem Roman «Auf halbem Wege» (1939). Der Flug Hitlers ist mehrfach verbürgt: Karl Mayr am 24.9.1920 an Kapp, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 349, S. 524; Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt/Bonn, 1965, S. 216f. Siehe auch Interview mit Pabst, in: Der Spiegel, 18.4.1962, 16 (1962), S. 39.
- 325** Spiegel, S. 39, Nach einer Mitteilung von Pabst an Dieter Ertel sinngemäss: «Einen Clown wie Sie können wir hier nicht brauchen!», Tonband-Interview Autor mit Dieter Ertel, Dezember 2007.
- 326** Abschrift eines Briefes von Pabst an Schiffer, vom 28.6.1924, Nachlass Bauer, BA-KO, N 1022, Nr. 32, Bl. 43.
- 327** Wilhelm Breucker, Die Tragik Ludendorffs. Eine kritische Studie auf Grund persönlicher Erinnerungen an den General und seine Zeit, Stollhamm 1953, S. 179, Anm. 3.
- 328** Freska, Ehrhardt, S. 188; Rudolf Mann, Mit Ehrhardt durch Deutschland: Erinnerungen eines Mitkämpfers von der 2. Marinebrigade, Toppenstedt 2004 (zuerst: Berlin 1921), S. 206; Erwin Könnemann/Hans-Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch, Berlin (Ost) 1972, S. 362f.
- 329** Könnemann/Krusch, Kapp-Putsch, S. 365.
- 330** Zu den Geschehnissen im Ruhrgebiet siehe bei Könnemann/Schulze, 2002, die Dokumente 617-695, S. 956-1051; sowie Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, insbesondere S. 162-401.
- 331** Folgendes, wenn nicht anders vermerkt, nach Pabst, Memoiren, S.177-191, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8.
- 332** Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 119; Vogt, Bauer, S. 293.
- 333** Auch Schiele und Schnitzler hielten sich kurzzeitig in Bayern auf, setzten sich aber dann schnell ab. Vogt, Bauer, S. 291.
- 334** Lebenserinnerungen von Luise Engeler, Bauers Privatsekretärin, Nachlass Bauer, BA-KO, N 1022, Nr. 69, Bl. 10; Vernehmung Trebitsch-Lincoln durch die österreichische Polizei, Nachlass Bauer, BA-KO, N 1022, Nr. 27, Bl. 100; Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 119.

- 335** Vogt, Bauer, S. 13; Trebitsch, Abenteurer, S. 195f
- 336** Die NV in Berlin existierte übrigens noch eine Weile und wurde weder verboten noch aufgelöst.
- 337** Brief Oberst Bauer vom April 1920 an Karl Fehrmann, in BA-KO, NL Bauer N 1022/22, Bl. 25-26, abgedruckt bei Könnemann/Schulze, 2002, S. 498f.; Trebitsch-Lincoln, Abenteurer, S. 192; Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 119.
- 338** Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 120.
- 339** Trebitsch-Lincoln, Abenteurer, S. 195f.
- 340** Folgendes nach Pabst, Memoiren, S. 188f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8.
- 341** Für Pabst, Ehrhardt und Trebitsch-Lincoln, nach dem Bericht des Presseattachés der österreichischen Gesandtschaft in Berlin, Wasserbäck, über Major Pabst an den Gesandten der Republik Österreich Ludwig in Berlin, vom 16. Mai 1929, – Streng vertraulich – S. 5, ÖStA, NPA 416, Personalien Pabst. Danach stammen die Steckbriefe vom 26.3.1920. Wasserbäck bagatellisiert in seinem Bericht die Taten Pabsts und zeigt offene Sympathie.
- 342** Pabst, Memoiren, S. 186., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8.
- 343** Brief Bauer an Pöhner vom 26.2.1922, Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BHStA) IV, B. u. R., Bd. 36, Akt 1; Trebitsch-Lincoln, Abenteurer, S. 192ff.; Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 120.
- 344** Niederschrift über Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Preussischen Regierung, der Reichsregierung, Vertretern der Mehrheitsparteien und der Gewerkschaften am 18. März 1920 im Preussischen Staatsministerium, AdR, Kabinett Bauer, Dokument 204, S. 711 -725.
- 345** Könnemann/Krusch, Kapp-Putsch, S. 318ff. und 367ff.
- 346** Mühlhausen, Ebert 2006, S. 335.
- 347** AdR, Kabinett Bauer, Dokument 31, vom 22.7.1919, S. 139, Anm. 5.
- 348** BA-Ko, R 43 1/2698, Bl. 131; AdR, Kabinett Bauer, Dokument 31, vom 22.7.1919, S. 139; Erhard Lucas-Busemann, ‚Notstand‘ 1920. Friedrich Ebert und der Mechterstädter Arbeitermord vom 25.3.1920, in: Haffner u.a., Zwecklegenden, S. 195.
- 349** Aber von den Bürgerlichen überstimmt worden war.
- 350** Rintelen, Bauer, S. 205.
- 351** Kabinettsitzung vom 30.7.1919, AdR, Kabinett Bauer, Dokument 35, S. 152, Anm. 5. Dies geschah dann auch Anfang 1920. Lucas-Busemann, Notstand, S. 197.
- 352** Mühlhausen, Ebert 2006, S.725.
- 353** Kabinettsitzung vom 2.12.1919, AdR, Kabinett Bauer, Dokument 120, S. 451, Anmerkung 4.
- 354** Kabinettsitzung vom 30.7.1919, AdR, Kabinett Bauer, Dokument 35, S. 153; Lucas-Busemann, Notstand, S. 16f.
- 355** Rintelen, Bauer, S. 204ff, 207ff.
- 356** Von Mühlhausen nicht erwähnt, Wette behandelt das Thema gar nicht.
- 357** Mühlhausen, Ebert 2006, S. 722-727 und 733ff.
- 358** Nach Lucas-Busemann, Notstand, S. 181-200.
- 359** Siehe dazu auch Felix Halle, Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918-1921. Die bayerischen Volksgerichte, das Standrecht, die politischen und wirtschaftlichen Sondergerichte in Deutschland vor und nach dem Erlass der Weimarer Verfassung, Berlin/Leipzig 1922.
- 360** Verharmlosend hier Mühlhausen, der anführt, Ebert habe, nachdem die Arbeit der anti-demokratischen und republikfeindlichen Freikorps an der Ruhr und sonstwo getan war, bei künftigen verschärften Ausnahmeständen «von Standgerichten abzusehen.» Mühlhausen, Ebert 2006, S. 737.

361 Tucholsky, GW Bd. 2, S. 365f, 372, 395-398; Lucas-Busemann, Notstand, S. 189; Gumbel, Mord, S. 58; Mühlhausen, Ebert 2006, S. 353, Anm. 32.

Kapitel VI

- 1 Roth, Papen und der Faschismus, S. 594.
- 2 Von 1919 bis 1920 als MSPD benannt.
- 3 Präsident und Genosse, Rede von Friedrich Ebert am 4.9.1919 in Kiel, in: Ebert, Schriften, Bd. 2, S.263.
- 4 Siehe die Ausfälle von David und Bauer im Reichstag gegen ihren Parteigenossen und Fraktionsführer Haase sowie die von Noske gegen Rosa Luxemburg (siehe S. 33,54).
- 5 Der Gedanke der Volksgemeinschaft, Ansprache von Friedrich Ebert, Kiel 4.9.1922, in: Ebert, Schriften, Bd. 2, S. 265. Auch Gustav Bauer benutze den Begriff. Rintelen, Bauer, S. 137. Der Begriff Volksgemeinschaft verschwindet erst 1925, Jahre nach der Spaltung der USPD und Rückkehr von Teilen dieser Partei in die SPD, wieder aus dem Heidelberger Parteiprogramm, Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, S. 59f.
- 6 Siehe auch Michael Buckmiller, Nachdenken über die Funktion und Rollenverständnis eines ‚Bluthundes‘, S. 59, in: Wozu muss einer ein Bluthund sein. Der Mehrheitssozialdemokrat Gustav Noske und der deutsche Militarismus des 20. Jahrhunderts, Heilbronn 1997.
- 7 Barth, Werkstatt, S. 73.
- 8 Otto Landsberg, Der Rat der Volksbeauftragten. In: Friedrich Ebert und seine Zeit, Berlin o. J., S. 191, zitiert nach Berthold/Neef, Militarismus, S. 23.
- 9 Mühlhausen, Ebert 1999, S. 290.
- 10 Oskar Negt/Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/Main 1978⁶, (zuerst: 1972), S. 421ff.
- 11 Gustav Bauer in einem Brief an Paul Löbe, NL Löbe, Nr. 4, Bl. 13-14, zitiert nach Rintelen, Bauer, S. 124.
- 12 Ebert bei der Eröffnung der Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 6.2.1919, in: Miller/Ritter, Deutsche Revolution 1918/1919, S. 205.
- 13 Jünger, Kampf um Reich, Essen 1929, S. 9.
- 14 Praktisches Programm der Weissen Internationale von Waldemar Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 58ff.
- 15 Brief Pabst vom 28.1.1924, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 11.
- 16 Friedrich Engels, Herm Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), Berlin (Ost), 1975¹⁸, (zuerst London 1878), S. 99.
- 17 August Winnig bildet da die Ausnahme.
- 18 Auch Ebert war 1923 einer kurzzeitigen Diktatur nicht abgeneigt: Mühlhausen, Ebert 2006, S. 682ff. Als Diktator war Friedrich Minoux im Gespräch.
- 19 Pabst, Kapp, S. 827.
- 20 Hitler in seiner Sportpalastrede am 2. März 1933, laut Völkischer Beobachter vom 3.3. 1933, zitiert nach Wette, Noske, S. 756.

Kapitel VII

- 1 Anfrage der SPÖ-Abgeordneten Prantl, Hüttenberger und Genossen vom 29.11.1929 an das Tiroler Landesparlament über die Staatsangehörigkeit Pabsts. Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 26-29.
- 2 Carl Peters (1856-1918) war ein ähnlicher Desperado wie Pabst, gründete die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, war «Reichskommissar am Kilimantscharo» und fiel nicht nur durch brutalste Methoden gegen die afrikanische Bevölkerung auf, sondern liess auch seine farbige Konkubine und seinen Hausdiener öffentlich hängen, nachdem er ihr angebliches Verhältnis entdeckt hatte. Peters wurde u.a. 1941 – dargestellt von Hans Albers – Held eines Nazipropagandafilms: «Carl Peters» (Regie: Herbert Selpin, 1942 im Gefängnis wegen Wehrmachtskritik ermordet).
- 3 Folgendes, wenn nicht anders ausgewiesen, nach Verena Lösch, Die Geschichte der Tiroler Heimatwehr. Von ihren Anfängen bis zum Komneuburger Eid (1920-1930), ungedruckte Dissertation, Innsbruck 1986, S. 7-31; Ludger Rape, Die österreichische Heimatwehr und ihre Beziehungen zur bayerischen Rechten zwischen 1920 und 1923, Wien 1968, S. 7ff, 15, 19,30,37.
- 4 Jüngstes Beispiel Mühlhausen, Ebert 2006, S. 111 und Pyta, Hindenburg, S. 374.
- 5 Innsbrucker Nachrichten, 18.5.1920, S. 1, zit. nach Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 25.
- 6 Nusser, Wehrverbände, S. 79.
- 7 Eine gute Zusammenfassung der Rolle der Einwohnerwehren in Bayern bei Thoss, Einwohnerwehren, 1919-1921, in: Historisches Lexikon Bayern, www.historisches-lexikon.de.
- 8 Arbeitsprogramm der Organisation Escherich (Orgesch), Akten der Selbstschutzverbände (SSV), XI/1, Bl. 1, Tiroler Landesarchiv Innsbruck (TLA). Siehe auch Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 14f.
- 9 Rape, Heimwehr, S. 19f.
- 10 Thoss, Ludendorffkreis, S. 130.
- 11 Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 25 ff. Zu den Gesamtlieferungen der Waffen siehe ebd., S. 30f und Rape, Heimwehr, S. 288.
- 12 Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 27; Rape, Heimwehr, S. 262, ausführliche Darstellung der Waffen und Finanzfragen S. 260-291; Nusser, Wehrverbände, S. 166-170, sowie kurz Thoss, Ludendorffkreis, S. 132.
- 13 Ebd., S. 133.
- 14 Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 29.
- 15 Volkszeitung Innsbruck (VZ), Nr. 155 vom 11.7.1920, AA-K233049. Weitere Beispiele für die Aufdeckungsarbeit der Volkszeitung (VZ vom 27. und 29.10. 1920) bei Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 28.
- 16 Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 5.
- 17 Ernst Rüdiger Starhemberg, Memoiren, Wien 1971, S. 44.
- 18 Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 31; Rape, Heimwehr, S. 127.
- 19 Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930) Typoskript von Günther Körner, S. If., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3. Franziska Pabst spricht ebenfalls von Dr. Dhom, bei dem Pabst und Gattin gewohnt hätten, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3 ohne Paginierung.
- 20 Pabst, Memoiren, S. 189f., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/8.
- 21 Heim förderte aus seinem Regensburger Domizil heraus übrigens auch Ehrhardt und hatte gleichzeitig Kontakte zu norddeutschen Separatisten, Thoss, Ludendorffkreis, S. 139.
- 22 Brief des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten zum Nationalrat Deutsch-

- Österreichs an Otto Braun, vom 30.10.1929, Nachlass Otto Braun, FES, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.
- 23** So z.B. am 25.7.1920 in München. Bericht an den deutschen Gesandten Dr. Adolf Müller (Bern) vom 21.8.1920. Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes (AA) Berlin, AA-K233049L
- 24** Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930), Typoskript von Günther Körner, S. 3., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3.
- 25** Original-Plakate in TLA, Landesleitung der SSV, Sammelakt 1/6 1921, Bl. 26-28 und Bl. 50.
- 26** Innsbrucker Nachrichten, 13. und 17.11.1920, Landesmuseum Tirol (Innsbruck), Zeitungssammlung, sowie Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 154-159, auch für das Folgende.
- 27** Innsbrucker Nachrichten, 20.11.1920, Landesmuseum Tirol (Innsbruck), Zeitungssammlung.
- 28** Typoskript «Betr. Österreichische Heimwehr» vom 18.6.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 221.
- 29** Rape, Heimwehr, S. 58.
- 30** TLA, Landesleitung der SSV, Sammelakt 1/6 1921, Bl. 1 la.
- 31** Karte von Tirol mit Angaben, TLA, Sammelakt Heimwehr St. Z. 303/1932, Bl. 1010, bei Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 162 sind die Zahlen detailliert wiedergegeben, aber es wird irrtümlich auf die falsche Quelle verwiesen (TLA, Akten des SSV, 1/1 /Paginierung 95).
- 32** TLA, Landesleitung der SSV, Sammelakt 1/6 1921, Bl. 16RS.
- 33** Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930) Typoskript von Günther Körner, S. 3., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3. Ein eindeutiger Beleg für die Organisation durch Pabst, lange vor seiner offiziellen Ernennung zum Stabsleiter, lässt sich im TLA allerdings nicht finden.
- 34** TLA, Landesleitung der SSV, Sammelakt 1/6 1921, Bl. 16a.
- 35** Ebd.
- 36** Volkszeitung (VZ) vom 21.5.1921, TLA, Landesleitung der SSV, Sammelakt 1/6 1921.
- 37** Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930) Typoskript von Günther Körner, S. 8, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 135, Anm. 1.
- 38** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 135, Anm. 1. Auch zu Folgendem.
- 39** Bandenkampfabübung am 12.7.1925, TLA, Akten der SSV, IV/4 Oberland (1925), Bl. 11f.
- 40** Ebd., Bl. 12.
- 41** Wilfried Beimohr, Repertorium B 620a, Bestandsübersicht Landesleitung des Selbstschutzverbandes für Tirol und Bundesleitung der Österreichischen (Alpenländischen) Selbstschutzverbände, (Innsbruck 1986), S. 4. Eine Bestätigung in den Akten konnte dafür nicht gefunden werden. Vielmehr erscheint «Mimi Zoller» einmal für «Richard» (Steidle?), TLA, Akten der SSV, XI/1, Bl. 437.
- 42** Schillerstrasse 19/1, siehe Brief an Otto Braun vom 30.10. 1929, Nachlass Otto Braun, FES, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn..
- 43** Schreiben des Präsidiums der ÖBB an Julius Peters (d.i. Pabst) vom 15.2.1923, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 3.
- 44** Mitteilung Steidles an die Landesregierung von Tirol über die interimistische Besetzung der Stelle durch Major Peters vom 25.4.1922, TLA, Sammelakt Heimwehr St.Z. 303/1932, Bl. 67. Die Arbeiter Zeitung, Wien, 25.9.1928, gibt April 1922 an. Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 44, richtig, aber ohne Quellenangabe, Mai 1922. Thoss, Ludendorffkreis, S. 136, behauptet, ebenfalls ohne Quellenangabe, Pabst sei das schon Anfang 1921 geworden.

- Pabst selbst ernannte sich in einem Lebenslauf noch früher, nämlich 1920, zum Stabsleiter, Tabellarischer Lebenslauf (ca. 1950), Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6, Bl. 21.
Inoffiziell dürfte Pabst tatsächlich schon seit Ende 1920 eine Leitungsfunktion bei der Tiroler Heimatwehr innegehabt haben.
- 45** Offiziell wurde angegeben, Voith habe in Deutschland heiraten wollen, TLA, Sammelakt Heimwehr St.Z. 303/1932, Bl. 67.
 - 46** Rape, Heimwehr, S. 249; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 24.
 - 47** Arbeiter Zeitung Wien vom 25.9.1928. In der Mitteilung Steidles an die Landesregierung ist von «ehrenamtlich» die Rede, TLA, Sammelakt Heimwehr St.Z. 303/1932, Bl. 67.
 - 48** Brief Pabst an Stumpf vom 5.3.1926 und Antwort Stumpf vom 14.4.1926, TLA, Sammelakt Heimwehr St. Z. 303/1932, Bl. 401 und 401RS.
 - 49** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 60ff.
 - 50** Nusser, Wehrverbände, S. 79, dass Steidle, der zahlreiche Ämter inne hatte, jedoch Landeshauptmann war, ist unrichtig.
 - 51** Übrigens in Anwesenheit von Epp und Watter, der für die norddeutschen Verbände stand. Thoss, Ludendorffkreis, S. 136.
 - 52** Tatsächlich gibt die Waffenauflistung von 1922 die Anzahl der Geschütze mit 22 an, TLA, Sammelakt Heimwehr St. Z. 303/1932, Bl. 1010.
 - 53** Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930) Typoskript von Günther Körner, S. 9, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3.
 - 54** Die Rote Fahne, vermutlich 30.9.1928, Kopie ohne Datum in BA-SAPMO, R 43 1/2725, Bl. 176.
 - 55** Berichte des deutschen Konsuls in Innsbruck, Freiherr von Gebstattel, vom 17.-24.10. 1921, BHSTAI, MA 103 089, nach Thoss, Ludendorffkreis, S, 133.
 - 56** Thoss, Ludendorffkreis, S, 133f.
 - 57** Ebd., S. 136 und S. 145.
 - 58** Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966, S. 62.
 - 59** Thoss, Ludendorffkreis, S. 381-431; Vogt, Bauer, S. 296ff.; Trebitsch, Abenteurer, S. 196ff.
 - 60** Vogt, Bauer, S. 303.
 - 61** Trebitsch-Lincoln, Abenteurer, S. 216ff, der seinen Verrat mit einem Mordplan Stephanis an ihm begründet, Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 419ff.
 - 62** Briefe Pabst an Ludendorff vom 18.10. und 7.12.1922, Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022, 30a, Bl. 179 und 195f.; Thoss, Ludendorffkreis, S. 214.
 - 63** Rape, Heimwehr, S. 260ff.; Francis L. Carsten, Faschismus. Von Schönerer zu Hitler, München 1978, S. 51; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 167.
 - 64** Die neueste Arbeit dazu: Ulrike Claudia Hoffmann, «Verräter verfallen der Feme!», Köln, Weimar, Wien 2000. Danach ist mindestens die Zusammenarbeit des Polizeipräsidenten Pöhners bei den Fememorden mit der Landesleitung der Einwohnerwehr quellenmässig nachweisbar, ebd., S. 506.
 - 65** Tagesordnung für München vom 16.3.1922, TLA, Landesleitung SSV, Sammelakt 1/1 1920-1922, Bl. 316.
 - 66** Bericht Bauers aus Wien vom 15.7.1922, Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/30a.; Bl. 79-88; Rape, Heimwehren, S. 322.
 - 67** Denkschrift Pabst («Entwurf eines Arbeitsprogrammes», Juli 1922), Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/30a, Bl. 75ff.; Rape, Heimwehren, S. 297; Carsten, Faschismus, S. 58.
 - 68** Rape, Heimwehren, S. 297.

- 69** Bericht Bauers aus Wien, vom 6.3.1923, Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/30b., Bl. 83f.; Nusser, Wehrverbände, S. 229; Carsten, Faschismus, S. 58.
- 70** Offiziell am 26.4.1923 auf einer Alpenblocktagung in Salzburg; SSV Salzburg an Bayern und Reich. Bayern und Reich, Politische Leitung, Bd. 26, Akt 2, Kriegsarchiv München; Rape, Heimwehr, S. 370; Lösch, Tiroler Heimwehr, S. 170.
- 71** Brief Pabst an Oberst Bauer vom 28.2.1923, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 4f.
- 72** Dazu ausführlich Rape, Heimwehren, 318ff., 367ff.
- 73** Brief Pabst vom 28.1.1924, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl.11 und 11RS.
- 74** Ebd., Bl. 11RS.
- 75** Abschrift eines Pabst-Briefes vom 15.11.1944, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3, ohne Paginierung.
- 76** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 85.
- 77** Ebd., S. 72ff., 77ff.
- 78** Pabst schlägt auch vor, in Schweizer Zeitschriften Artikel zu platzieren, die aus deutscher Sicht auf Deutschösterreich schauen und nicht «den üblich jüdisch-wienerischen Standpunkt» zeigten. Brief Pabst an Bircher vom 3.3.1922, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 79** TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 131/1923; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 81.
- 80** Ebd., S. 80.
- 81** Ebd., S. 70ff.
- 82** Ebd., S.68f.
- 83** Tiroler Landesarchiv (TLA), Präs. 1933, ZI. 464/XII/57, Verzeichnis der Führer des Republikanischen Schutzbundes («Resch»), Akten der SSV, VI/4, Bl. 29, und 235f. sowie «Verzeichnis der feindlichen Führer», die im Ernstfall zu verhaften seien, vom 20.4.1927, ebd., Bl. 41, auch Bl. 59. Siehe auch Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 71.
- 84** Zu beiden Nothilfen Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 98ff und 101ff.
- 85** TLA, Akten der SSV, 1/1/ Bl. 93ff. (Nr. 10 der «grundlegenden Verfügungen»); siehe auch Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 129.
- 86** TLA, Selbstschutzverbände (SSV) VII/1, 1928, Bl. 1602ff. Satzung der unabhängigen Gewerkschaften Bl. 1602-1604; siehe auch Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 121ff.
- 87** Brief Pabst an Oberstleutnant Reichelt vom 30.6.1927, mit einem schönen Gruss an Emil (Escherich), TLA, Akten der SSV, VII 1 Organisation (1927), Bl. 59f.
- 88** Alpenländische Heimatwehr, Folge 24, September 1917, S. 1., zit. nach Lösch, Heimatwehr, S.122.
- 89** Ebd.,S. 119.
- 90** Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930), Typoskript von Günther Körner, S. 5, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3.
- 91** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 178.
- 92** Innsbrucker Nachrichten, 25.11.1924, S. 2.; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 190ff.
- 93** Im Nachlass Pabst finden sich einige dubiose Spendenquittungen. Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 2 und 5.
- 94** Brief Major Wandersleben an Bauer, vom 3.11.1922, Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/30a, Bl. 171ff.; Nusser, Wehrverbände, S. 230.
- 95** Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abteilung IV, Kriegsarchiv, Einwohnerwehren/Orgesch, A4/BUR/B26/A2 vom 24.11.1922; Nusser, Wehrverbände, S. 230; Carsten, Faschismus, S.59.
- 96** Rape, Heimwehren, S. 341.

- 97 Carsten, Faschismus, S. 60.
- 98 Rape, Heimwehren, S. 342f.
- 99 Brief Bauers aus Wien an Pabst, vom 12.3.1923, Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/30b., Bl. 89; Carsten, Faschismus, S. 61f.
- 100 Lösch, Tiroler Heimwehr, S. 172ff. Dies wurde immer wieder versucht, z.B. in einem Brief von Steidle an die Landesregierung vom 21.12.1925, TLA, Präs. 1933, ZI. 2992/XII/ 57 (Fasz. 588) Faschistenakt, Bd. I, Bl. 498f.
- 101 Heimwehr-Gauleitung Mittel- und Westtirol an Landesleitung Innsbruck vom 26.4. 1923, TLA, Präsidualakten, 1933, ZI. 2992/XII/57 (Fasz. 588), Faschistenakt, Bd. 1, 1922-1925.
- 102 Bericht vom 5.4.1923 über eine Heimatehr-Ausschusssitzung in Lienz am 3.4., TLA, Akten des SSV, II/1/Bl. 158. Siehe auch Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 180f.
- 103 TLA, Präsidualakten, 1933, ZI. 2992/XII/57 (Fasz. 588), Faschistenakt, Bd II, 1926, Bl. 63ff. Siehe auch Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 181 f.
- 104 Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930), Typoskript von Günther Körner, S. 8, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3.
- 105 TLA, Akten des SSV, V/2 S. 372ff.; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 197f.
- 106 Rape, Heimwehren, S. 376f.; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 170.
- 107 Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930), Typoskript von Günther Körner, S. 12, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3.
- 108 Rape, Heimwehr, S.35 1ff.
- 109 Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930), Typoskript von Günther Körner, S. 13, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3.
- 110 Siehe Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4 und Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/28,29,30a, 30b, 32,74,77,78,79,83,84,86,97.
- 111 Denkschrift Pabst («Entwurf eines Arbeitsprogrammes», Juli 1922), Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/30a, Bl.75ff.
- 112 Othmar Spann, Instinkt und Bewusstsein, S. 11, nach Heide Hammer, Othmar Spann, vom klerikalfaschistischen Ständestaat und seinen Kontinuitäten, 2002, www.contextxxi.at. (Juli 2008)
- 113 Siehe hierzu die exzellente Studie von Klaus-Jörg Siegfried, Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns. Zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaatkonzeption, Wien 1974.
- 114 Rape, Heimwehr, S. 59, S. 355.
- 115 Siegfried, Universalismus, S. 103ff., 158ff.
- 116 Ebd.,S. 153ff.
- 117 Etwa der Zeitschrift für Ganzheitsforschung.
- 118 Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930), Typoskript von Günther Körner, S. 13, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3. Im Nachlass Pabst findet sich auch eine Druckschrift aus der NS-Zeit, die über die Gefahren des Spann-Kreises berichtet, in der Pabst aber nicht vorkommt. Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/10, «Der Spannkreis. Gefahren und Auswirkungen, Geheim», 1935.
- 119 Siegfried, Universalismus, S. 90f., 92.
- 120 Martin Sabrow, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt/Main 1999, S. 68ff.
- 121 Erinnerungen Luise Engeler (1919-1929), BA-Ko, Nachlass Bauer, N 1022/69, Bl. 1-224, hier Bl. 78; Vogt, Bauer, S. 336.
- 122 Vogt, Bauer, 336f.

- 123** Die Finanzierungsaufstellung Bauers (vermutlich 1921) BA-Ko, Nachlass Bauer, N 1022/30, Bl. 97; Vogt, Bauer, S. 671, Anm. 11.
- 124** Sabrow, Verdrängte Verschwörung, S. 73.
- 125** Krull hatte sich 1919 fälschlicherweise als Mörder Rosa Luxemburgs bezichtigt, Gietinger, Leiche, S. 81 ff.
- 126** Bericht der Staatsanwaltschaft Offenburg an den Generalstaatsanwalt von Karlsruhe, vom 25.2.1922, Staatsarchiv Freiburg, F 179/4, Bl. 113ff. Kopie im Handapparat Pabst, Ordner 38, Nachlass Kachulle, SfS-Archiv.
- 127** Ebd., Bl. 115.
- 128** Sabrow, Verdrängte Verschwörung, S. 76.
- 129** Der Pabst des Herm Steidle, Arbeiter Zeitung Wien vom 30.9.1928, Nr. 272.
- 130** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 12.12.1944, S. 6, BAR, E 4320 (B) 1971-78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 131** Pabst, Spartakus, S. 44.
- 132** Der Generalstabschef der Heimwehren – Pabst in Österreich, Arbeiter Zeitung Wien vom 25.9.1928.
- 133** Arbeiter Zeitung Wien vom 29.9.1928.
- 134** Bericht Presseattaché Wasserbäck über Major Pabst an den Gesandten der Republik Österreich Ludwig in Berlin, vom 16.5.1929 – Streng vertraulich – S. 1-8, hier S. 6, ÖStA, NPA 416, Personalia Pabst.
- 135** Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung (DAZ), Nr. 465, vom 4.10.1928, Ausschnitt in BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 172.
- 136** Bericht Presseattaché Wasserbäck über Major Pabst an den Gesandten der Republik Österreich Ludwig in Berlin, vom 16.5.1929, – Streng vertraulich – S. 6, ÖStA, NPA 416, Personalia Pabst.
- 137** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 12.12.1944, S. 6, BAR, E 4320 (B) 1971-78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 138** Ebd., S.6.
- 139** Ebd., S 5.
- 140** Sabrow, Verdrängte Verschwörung, S. 148 und 264, Anm. 3.
- 141** Brief von Pabst an Hermann Göring vom 4.7.1924, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 64RS.
- 142** Es ist nicht klar, ob Franz oder Johannes Küchenmeister gemeint ist.
- 143** Brief von Pabst an Hermann Göring, vom 18.4.1925, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 82.
- 144** Arbeiter Zeitung Wien vom 26.9.1928.
- 145** Ebd.
- 146** Sabrow, Verdrängte Verschwörung, S. 119.
- 147** Kappist und Heimwehr, Ausschnitt aus Die Rote Fahne (ohne Datum, zwischen 30.9. und 7.10.1928), BA-Berlin, R 43 1/2725, Bl. 176.
- 148** Brief Bauer an Ludendorff vom 11.1923, BA-Ko, N 1022/15, Bl. 154; Vogt, Bauer, S. 387ff.
- 149** Vogt, Bauer, S. 395ff.
- 150** Es war auch von einem Triumvirat Seeckt-Minoux-Gayl (letzterer DNVP) die Rede, Aussagen von Hitler, Ludendorff, Röhm, Generalleutnant Otto von Lossow, Verteidiger und Stahlhelmführer Holl, Polizeioberst von Seisser, Staatsanwalt Hans Ehard, Ludendorffs Verteidiger Luetgebrune, im Hitler-Ludendorffprozess: Lothar Gruchmann/Rein-

- hard Weber (Hrsg.), *Der Hitler-Prozess. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I*, München 1997-1999, 4 Bde., S. 914f. (Hitler), S. 273 (Ludendorff), S. 385 (Röhm), S. 731, 741 (Lossow), S. 777 (Holl), S. 858 (Seisser), S. 912 (Ehard), 945f. (Luettgebrune).
- 151** Aussagen von Hitler, Kahr, Lossow und Seisser im Hitler-Prozess, Gruchmann/Reinhard Weber (Hrsg.), *Der Hitler-Prozess*, S. 51 (Hitler), S. 795 (Kahr), S. 750 (Lossow), S. 868 (Seisser).
- 152** Eindrücklichste Schilderung des Putsches bei Wilhelm Hoegner, *Die Verratene Republik. Deutsche Geschichte 1919-1933*, München 1979², S. 175-191, hier S. 187. Hoegner war Mitglied eines Untersuchungsausschusses des Landtages und fertigte eine 1'600 Seiten lange Dokumentation dazu an. Zum Hitlerputsch siehe auch: Otto Gritschneder, *Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H.*, München 1990, und ders., *Der Hitler-Prozess und sein Richter Georg Neithardt. Skandalurteil von 1924 ebnet Hitler den Weg*, München 2001.
- 153** Bayerischer Kurier, 68. Jahrgang, Nr. 25 vom 25.1.1924, abgedruckt in: Ernst Deuerling (Hrsg.), *Der Hitler-Putsch, Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 9)*, Stuttgart 1962, S. 606f. Anm. 322.
- 154** Abschrift Brief von Stumpf an Knilling vom 28.1.1924, TLA, Sammelakt Heimwehr St. Z. 303/1932, Bl. 876, auch abgedruckt in: Deuerling, *Der Hitler-Putsch*, S. 606f. Der Antwortbrief Knillings vom 13.2.1924 lautete, er habe «durch unsere amtliche Pressestelle die Schriftleitung des ‚Bayerischen Kuriers‘ im Sinne ihrer Ausführungen aufklären lassen. Ich hoffe, dass dadurch die bedauerliche Angelegenheit bald wieder in Ordnung gelangen wird», TLA, Sammelakt Heimwehr St. Z. 303/1932, Bl. 880.
- 155** Hoegner, *Verratene Republik*, S. 187.
- 156** Waldemar Pabst in Österreich (1920-1930), Typoskript von Günther Körner, S. 7., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3.
- 157** Bericht vom 19.4.1924, Akten betrifft Nationalsozialismus, Bd. 2, von 1924-1930, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin.
- 158** *Der Spiegel*, 16/1962, vom 18.4.1962, S. 39.
- 159** «Fast ³4 Jahre»; Brief Pabst an Bülow-Schwante vom 14.7.1932, BA-Potsdam, R 72/260 (früher: 61 Sta 1), Bl. 162; siehe auch Manfred Wichmann, *Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus. Ein politisches Netzwerk konservativ-antidemokratischer Eliten in Deutschland 1931-1933*, (GSF) ungedruckte Diplomarbeit, Berlin 2001, S. 42, Anm. 251.
- 160** Brief Pabst an Göring vom 4.7.1924, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 64RS.
- 161** Brief Pabst an Göring vom 18.4.1925, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 82RS.
- 162** Ein konkretes Beispiel der Zusammenarbeit mit den Nazis war z.B. ein von Pabst vorgeschlagener Ziegelboykott eines Tiroler Ton Werkes, in dem angeblich österreichische Arbeiter im Gegensatz zu italienischen entlassen worden waren. Die Nazis hatten Pabst auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und um Hilfe gebeten, TLA, Akten der SSV, VII/1, 1928, Bl. 1644 und 1646.
- 163** *Tiroler Volksbote* vom 24.12.1923, TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 303/1932, Bl. 886RS; siehe auch Lösch, *Tiroler Heimatwehr*, S 179f.
- 164** Brief Pabsts, 28.1.1924, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 11RS und 12.
- 165** Bericht eines Heimatwehr-V-Mannes namens Klucker an die Gauleitung von Mittelund Westtirol vom 10.1.1924 s über eine von Ortner am 6.1.1924 abgehaltene Versammlung, TLA, Sammelakt Heimwehr St. Z. 303/1932, Bl. 869-871.

- 166** Brief Pabst an einen unbekanntes Hofrat vom 24.1.1924, TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 303/1932, Bl. 873.
- 167** Bayerischer Kurier, 68. Jahrgang, Nr. 25 vom 25.1.1924, abgedruckt in: Deuerling, Der Hitler-Putsch, S. 606f., Anm. 322.
- 168** Bericht eines unbekanntes V-Mannes (Unterschrift unleserlich) an einen mit Hofrat Angeredeten vom 28.1.24. In dem Bericht wird Ortner's Lebenslauf haarklein aufgelistet. TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 303/1932, Bl. 878f.
- 169** Tiroler Volksbote vom 10.1.1924, TLA, Sammelakt Heimatwehr St. Z. 303/1932, Bl. 887.
- 170** Wortprotokoll der Versammlung in Wörgl vom 20.1.1924, Bl. 891 (52 Seiten, hier Seite 27), TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 303/1932.
- 171** Wortprotokoll der Versammlung in Wörgl vom 20.1.1924, Bl. 891 (52 Seiten, hier Seite 35ff.), TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 303/1932. Siehe auch Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 183. Lösch lässt allerdings einige wichtige Vorwürfe gegen Pabst weg, wie den, er sei alldeutsch und Ludendorffianer.
- 172** Wortprotokoll der Versammlung in Wörgl vom 20.1.1924, Bl. 891 (52 Seiten, hier Seite 40ff.), TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 303/1932.
- 173** Wortprotokoll der Versammlung in Wörgl vom 20.1.1924, Bl. 891 (hier Seite 20), TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 303/1932.
- 174** Innsbrucker Nachrichten vom 23.1.1924 und Tiroler Volksbote vom 21.1.1924, TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 303/1932, Bl. 887RS.
- 175** TLA, Sammelakt Heimatwehr, St. Z. 303/1932, Bl. 888.
- 176** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 197.
- 177** TLA, Präsidentialakten, 1933, ZI. 2992/XII/57 (Fasz. 588), Faschistenakt, Bd. 1, 1922-1925, Bl. 498, und Bd. II, 1926; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 200.
- 178** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 207ff.
- 179** Innsbrucker Nachrichten vom 27.10.1926, S. 1. Tiroler Landesmuseum Zeitungssammlung. Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 196 und S. 213f.
- 180** Bericht des Deutschen Konsuls ans Auswärtige Amt vom 27.1.1927, AA-Politisches Archiv, Abt. II, Akten betr. der Heimwehrorganisation, 6080, E450990f.
- 181** Brief Pabst an Minister Rintelen vom 28.4.1927, TLA, Akten der SSV, XI/1, Bl. 180; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 216.
- 182** Bruce F. Pauley, Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918-1934, Wien 1972, S. 47f.; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 210.
- 183** Besprechung der Heimwehrführer in Klagenfurt am 29.1.1927, TLA, Akten der SSV, XI/1, Bl. 52-58, hier Bl. 56.
- 184** So auf einem weiteren Treffen in Salzburg 23.2.1927 und nach dem Protokoll eines Treffens des 5er-Bundes, TLA, Akten der SSV, XI/1, Bl. 84 und Bl. 120.
- 185** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 221ff.
- 186** Zum Ablauf der Ereignisse siehe Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983, S. 146ff.; Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1976, S. 490ff.; Gerhard Oberkofler, Der 15. Juli 1927 in Tirol. Regionale Bürokratie und Arbeiterbewegung, Wien 1982, S. 2; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 224ff.
- 187** Tagebuch des Vorarlberger Heimatdienstes über die Juliereignisse vom 15.-19.7.1927 in Vorarlberg (Major Matt, Landesführer SSV Vorarlberg), TLA, Akten der SSV, XI/1, Bl. 407-408.

- 188** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 226ff.
- 189** TLA, Akten des SSV, VI/7, Bl. 36; Innsbrucker Nachrichten, 18.7.1927, S. 1; Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 229ff.
- 190** Siehe auch den Dankesbrief von Landeshauptmann Stumpf an Pabst vom 20.7.1927, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 24; Durchschlag TLA, Präs. 1933, ZI. 2992/XII/57 (Fasz. 588) Faschistenakt, Band III, 1927-1928, auch abgedruckt bei Oberkofler, der 15. Juli 1927 in Tirol, Dokument 40, S. 67.
- 191** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S.233f.
- 192** Die Spitzelberichte finden sich in TLA, Akten der SSV, XI/1, Bl. 427-436, Bl. 615, Bl. 834-843, Bl. 1162, Bl. 1173-1196, Bl. 1417-1426.
- 193** TLA, Akten der SSV, XII/4 Bl. 151 und Bl. 226.
- 194** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 240.
- 195** TLA, Akten der SSV, VI/2, Bl. 39ff., 89ff., 111ff.
- 196** Forderungen der SSV, TLA, Akten der SSV XI/1, (1927), Bl. 346
- 197** TLA, Akten der SSV XI/1, (1927), Bl. 1549.
- 198** Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 5,6,6a.
- 199** Brief Pabsts an die Tiroler Landesregierung vom 4.1.1930, in dem er erneut um Verleihung der Tiroler Landesbürgerschaft bittet, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 31.
- 200** Schreiben des Deutschen Gesandten in Wien, Graf Lerchenfeld, vom 28.10.1930 an das AA in Berlin, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 238.
- 201** Schreiben des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht vom 4.6.1920, zit. in einem Bericht an den Reichskanzler, den Reichsaussenminister und den Reichsarbeitsminister vom 9.10.1928, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 165-167, hier Bl. 166.
- 202** Beschluss Reichsgericht vom 25.3.20, Schreiben Untersuchungsrichter Reichsgericht vom 15.6.1920, BStU, MfS, HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11, Bl. 183,190.
- 203** Schreiben des Deutschen Gesandten in Wien, Graf Lerchenfeld, vom 28.10.1930 an das AA in Berlin, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 238; sowie Brief von Pabst an die Tiroler Landesregierung vom 4.1.1930, in dem er erneut um die Verleihung der Tiroler Landesbürgerschaft bittet, Nachlass Pabst, NY 4035/4, Bl. 30.
- 204** Brief von Bauer an Pabst, vom 16.12.1924, BA-Ko, Nachlass Max Bauer, N 1022/32, Bl. 67.
- 205** Brief von Pabst an Bauer, vom 25.12.1924, BA-Ko, Nachlass Max Bauer, N 1022/32, Bl. 73.
- 206** Aufzeichnungen über den pensionierten Major a.D. Pabst, vom Oktober 1928, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 166f. sowie Entwurf einer Pressenotiz (1.12.1930), ebd., Bl. 242.
- 207** Beglaubigte Abschrift der Pensionsfeststellung des Abwicklungsamtes vom 3.6.1920 (sic!), Nachlass Pabst, NY 4035/1, Bl. 8a.
- 208** Anfrage Prantl, Hüttenberger und Genossen vom 13.11.1929, Nachlass Pabst, NY 4035/4, Bl. 26-29.
- 209** Bericht des deutschen Konsulates vom 30.12.1929, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 200f.
- 210** Brief des Reichskanzlers an den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, vom 26.11.1929, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 186f.
- 211** Schreiben des Reichsarbeitsministers an das AA vom 3.12.1929, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 191.
- 212** Volkszeitung vom 30.12.1929, zit. im Bericht des deutschen Konsulates vom 30.12.1929, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 200f.

- 213** Brief Stumpf an das Präsidium der Innsbrucker Polizeidirektion, vom 13.1.1930, TLA, Amt Tiroler Landesregierung Präsidium ZI. 127 (1/6) – 1930.
- 214** Brief des Staatssekretärs in der Reichskanzlei an AA, vom 23.1.1930, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 205.
- 215** Brief AA an Reichsarbeitsminister vom 26.3.1930, BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 213RS. Abschrift des Briefes der Tiroler Landesregierung Bl. 214.
- 216** Entwurf einer Pressenotiz (1.12.1930), BA-SAPMO, R 431, Reichskanzlei 2725, Bl. 242.
- 217** Gumbel, Vier Jahre Mord, S. 51ff..
- 218** Richard Lewinson, Das Geld in der Politik, Berlin 1930, S. 153.
- 219** Kachulle, Pabst, S. 20.
- 220** Brief Pabst an die Tiroler Landesregierung vom 4.1.1930, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 30f.
- 221** Streichung Pabsts und seiner Frau aus den Wählerlisten, laut Brief des Magistrats von Innsbruck vom 28.11.1930, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 32.
- 222** Brief Pabst an von Lindeiner vom 16.5.1924 in: BA-SAPMO, R 8005/491 (alt: V 282/1) Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 37 und 37RS. Zuerst entdeckt hat Doris Kachulle die Bedeutung dieses Briefes, siehe Kachulle, Pabst, S. 18.
- 223** Brief Pabst an Lindeiner vom 1.7.1924, BA-SAPMO, R 8005/491, Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 13.
- 224** Brief Pabst an Schiffer vom 28.6.1925, BA-SAPMO, R 8005/491, Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 14-19. Eine Abschrift davon auch im Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/32, Bl. 35-45.
- 225** Brief Pabst an Oberst Bauer vom 12.9.1924, Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/32, Bl. 33.
- 226** Abschrift der Erklärung Stresemanns vom 11.6.1924, BA-SAPMO, R 8005/491, Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 11.
- 227** Abschrift des Protokolls (ohne Unterschriften), BA-SAPMO, R 8005/491, Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 21.
- 228** Schriftsatz «der 18. März 1920» von Hergt, BA-SAPMO, R 8005/491, Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 154.
- 229** Brief Pabst an Stresemann vom 4.11.1924, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 17, H 157 545.
- 230** Brief Bauer an Stresemann vom 6.7.1925, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 27, H 159 375.
- 231** Brief Steidle an Stresemann vom 20.7.1925, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 27, H 159 428.
- 232** Brief Pabst an Stresemann vom 27.4.1925, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 817.
- 233** Brief Pabst an Stresemann vom 9.2.1925, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 20, H 158 120.
- 234** Brief Stresemann an Pabst vom 29.4.1925, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 819, sowie Pabst in einem Brief an Bauer vom 14.4.1925, Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/32, Bl. 114.
- 235** Brief Pabst an Stresemann vom 4.5.1925, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 821.
- 236** Brief Stresemanns an den Sohn Bauers, Ernst Bauer, vom 19.8.1925, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 28, H 159 726.

- 237** Brief Pabst an Lindeiner vom 16.5.1924, BA-SAPMO, R 8005/491, Materialsammlung zum Kapp-Putsch, Bl. 37RS.
- 238** Pabst an Bauer, Brief vom 14.4.1925, Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/32, Bl. 114.
- 239** Ebd., Bl. 114.
- 240** Brief Pabst an Stresemann vom 17.8.1925, AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 28, H 159 712.
- 241** Beschluss des Staatsgerichtshofes vom 29.8.1925, Nachlass Bauer, BA-Ko, N 1022/32, Bl. 141. Auch für das Nachfolgende.
- 242** Kachulle, Pabst, S. 19.
- 243** Urteil des Volksgerichts München I über Hitler und Genossen, vom 1.4.1924, abgedruckt bei Gritschneider, S. 92.
- 244** Brief Pabst an Stresemann vom 17.8.1925, AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 28, H 159 712.
- 245** Brief Steidle an Stresemann vom 10.9.1925 und Brief Pabst an Stresemann vom 17.9.1925, AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 823f.
- 246** Brief Pabst an Stresemann, vom 18.1.1926, AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 825.
- 247** Ebd.
- 248** Brief Stresemann an Pabst [«Dr. Peters (sic!)»], vom 30.1.1926, AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 828.
- 249** Brief Pabst an Stresemann vom 1.2.1926, AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 830f.
- 250** Brief Pabst an Stresemann vom 31.3.1926, AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 834.
- 251** So wusste man, dass die Miliz 900'000 Mann stark war, TLA, Präsidialakten des Tiroler Landesarchivs in Innsbruck: Präs. 1933, ZI. 2992/XII/57 (Fasz. 588), Band 11922-1925, Bl. 279ff.
- 252** Zoneneinteilung und Wehrverfassung siehe AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 845ff. Brief und Berichte Pabsts über die faschistische Bewegung und die Gruppe der Auslandsfaschisten in Tirol vom 19.11.1925, AA-Politiches Archiv, R 73332.
- 253** TLA, Akten der SSV, VI/15 Italien (1927), Bl. 195.
- 254** Brief Pabst an Stresemann vom 10.8.1926, AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 838ff.
- 255** Ebd., H. 158 848.
- 256** Brief Pabst an Stresemann vom 20.11.1926, in dem er seine Freude über die Übernahme ausdrückte, AA-Politiches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 853. Siehe auch Kachulle, Pabst, S. 26.
- 257** Kachulle, Pabst, S. 26.
- 258** Gleicher Ansicht: Kachulle, Pabst, S. 26.
- 259** Brief Loesch vom 6.5.1919, Nachlass Severing, Mappe 152, Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn.
- 260** Arbeiter Zeitung Wien (AZ) vom 7. und 8.5.1929, Die AZ beruft sich dabei auf Berichte einer deutschen Mittagszeitung, AA-Politiches Archiv, Akten Politik Österreich, 1929-1931, R73343.
- 261** Severing, zit. nach AZ vom 8.5.1919.
- 262** Bericht des Gesandten Lerchenfeld ans Aussenministerium vom 25.6.1929, AA-Politiches Archiv, Akten zu Österreich, R 73342.

- 263** Bericht Wasserbäck «streng vertraulich» an den österreichischen Gesandten in Berlin vom 16.5.1929, ÖStA, NPA 416, Personalia Pabst, S. 1-8, hier S. 7.
- 264** Ebd., S.7.
- 265** Entwurf eines Briefes von Stresemann an Severing, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158873f. Der Brief sollte an Severing und auch dem Reichstagspräsidenten Löbe in Abschrift zugesandt werden, siehe H 158872. Vermutlich wurde der Inhalt jedoch auf der Bühlerhöhe durch Stresemann Breitscheid mitgeteilt und der sollte ihn qua Stille Post an Severing weiterleiten. Siehe Brief an Loesch vom 8.7.1929, von der Bühlerhöhe, H 158870.
- 266** Entwurf eines Briefes von Stresemann an Severing, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158873.
- 267** Brief Pabst an Stresemann vom 1.2.1926, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 24, H 158 830f.
- 268** «Leider infolge Ausscheidens von General S.[eeckt] ohne Erfolg», Besprechung am 14.1.1927 in München (in der Überschrift fälschlicherweise 1926), TLA, Akten der SSV, VI/15 (1927), Bl. 94RS.
- 269** Besprechung am 14.1.1927 in München (in der Überschrift fälschlicherweise 1926), TLA, Akten der SSV, VI/15 (1927), Bl. 94-95.
- 270** Kerekes, Abenddämmerung, S. 23; Carsten, Faschismus, S. 108.
- 271** Brief Stresemann an Escherich vom 6. Juni 1927, AA-Politisches Archiv, Nachlass Stresemann, Bd. 54, H 164 327.
- 272** Redlhammer war 1945-47 Oberbürgermeister von Wiesbaden und 1955-75 Präsident der Stresemann-Gesellschaft.
- 273** Nusser, Wehrverbände, S. 303f.; Carsten, Faschismus, S. 108.
- 274** Bericht Redlhammer vom 8.10.1928, AA-Politisches Archiv, Akten betreffend Heimwehroorganisationen in Österreich, R 73342, K 233252.
- 275** Schon 1927 sagte er eine Beteiligung am Jugendtag der Heimwehr ab, er sei auf der Jagd mit Prinz Leopold von Bayern in Hinterstein, was auch gut sei «wegen aussenpolitischer Rücksichtnahme». Brief Escherich an Steidle vom 31.8.1927, TLA, Akten der SSV, VII/1 (1927), Bl. 51.
- 276** Nusser, Wehrverbände, S. 305f.
- 277** Briefwechsel Seldte, Pabst, Ehrhardt, 4.7., 15.7, 18.7. und 22.7.1927, TLA, Akten der SSV, VI/15 (1927), Bl. 303,332,335f.
- 278** Tagebuchnotiz Gustav Stresemanns vom 28.2.1926, AA-Politisches Archiv, NL Stresemann, Bd. 36, E 546212.
- 279** Ebd., E546213, auch für das nächste Zitat.
- 280** Memorandum für Bethlen, 23.5.1928, in: Kerekes (Hrsg.), Akten zu den geheimen Verbindungen zwischen der Bethlen-Regierung und der österreichischen Heimwehrbewegung, Acta Historica, XI, Budapest 1965, Nr. 2, S. 309f. Siehe auch Kerekes, Abenddämmerung, S. 14f. und Carsten, Faschismus, S. 107.
- 281** Kerekes, Abenddämmerung, S. 14.
- 282** Ebd., S. 15.
- 283** Carsten, Faschismus, S. 107.
- 284** Kerekes, Abenddämmerung, S. 23.
- 285** So schrieb Vaugoin in einem Brief vom 27.1.1927 «an den lieben Freund», TLA, Akten der SSV, VI/15 Italien (1927), Bl. 107.
- 286** Kerekes, Abenddämmerung, S. 26, sowie S. 225, Anm. 32.
- 287** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 258f.

- 288** Dresdner Nachrichten vom 29.9.1928, zit. nach «Der Pabst des Herm Steidle», AZ, Wien, Nr. 272, vom 30.9.1928.
- 289** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 259.
- 290** TLA, Akten der SSV, XII/1, Bl. 1115ffLösch, Tiroler Heimatwehr, S. 261.
- 291** AZ, Wien, Nr. 272, vom 30.9.1928.
- 292** Beweisantrag Punkt 2 der Klageschrift Pabsts gegen die Neue Wiener Allgemeine Zeitung, zit. nach Neue Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 15691, vom 18.9.1930.
- 293** Der Rest hatte in ganz Österreich Bereitschaft, Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 261.
- 294** Kerekes, Abenddämmerung, S. 28f.
- 295** TLA, Akten des SSV, XII/1, Bl. 1268; Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 1268.
- 296** Kerekes, Abenddämmerung, S. 29f.
- 297** Brief Pabst an Czelechowski, vom 3.12.1929, TLA, Akten der SSV, XIII/17, Bl. 755.
- 298** Kerekes, Abenddämmerung, S. 32f.
- 299** Dechiffriertes Zifferntelegamm aus Berlin AA (vermutlich an die deutsche Gesandtschaft) nach Wien, A A vom 21.9.1919, AA-Politisches Archiv, Politik Österreich, R 73343.
- 300** Ebd.
- 301** Bericht des deutschen Gesandten Lerchenfeld aus Wien ans AA in Berlin vom 24.9.1929, AA-Politisches Archiv, Politik Österreich, R 73343.
- 302** Ich folge hier Kerekes, Abenddämmerung, S. 39ff., der dies alles mit Dokumenten aus dem Staatsarchiv in Budapest belegt.
- 303** AZ Wien, vom 27.7.1929.
- 304** Brief aus Berlin vom 10.12.1929 (Unterschrift unleserlich) an Dr. Walter Heinrich, TLA, Akten des SSV, XIII/17, Bl. 611.
- 305** Ebd., Bl. 61 If.
- 306** Faksimile der handschriftlichen Erklärung vom 10.8.1929 mit den Unterschriften von Pabst und Steidle, bei Kerekes, Abenddämmerung, S. 197.
- 307** Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?, Wien 1985, S. 49. Die Kurzbiografie Pabsts bei Wiltschegg ist stark fehlerhaft, sie enthält mindestens neun falsche Angaben.
- 308** Siehe Kapitel IV, 3.
- 309** Bethlen zit. nach Kerekes, Abenddämmerung, S. 52.
- 310** So sah der Heimwehrplan auch die Abschaffung der Bundesländer vor.
- 311** Schober zit. nach Carsten, Faschismus, mit Quellenangabe, S. 120.
- 312** Zit. nach Kerekes, Abenddämmerung, S. 59.
- 313** Manuskript von Schumy, über eine Unterredung mit Schober im November 1929, Institut für Zeitgeschichte Wien, zit. nach Carsten, Faschismus, S. 120f.
- 314** Zit. nach Kerekes, Abenddämmerung, S. 62.
- 315** Carsten, Faschismus, S. 121.
- 316** TLA, Akten des SSV, XII/12,1929, Bl. 795f.
- 317** Ebd., Bl. 796.
- 318** Siehe Kapitel IV, 3.
- 319** TLA, Akten des SSV, XII/12,1929, Bl. 796.
- 320** Ebd., Bl. 800.
- 321** Kerekes, Abenddämmerung, S. 59.
- 322** Siehe auch die Zusammenstellung der Ergebnisse der Verfassungsreform von Pabst, TLA, Akten der SSV, XIII/17, Bl. 815-820.
- 323** TLA, Akten des SSV, XII/12,1929, Bl. 804.
- 324** In der Abschrift eines Zeitungsartikels «Landbund und Heimatwehr» vom 29.8.1929

- nimmt der Landbund gezielt Stellung: «Alle Bestrebungen aber, die Angriffszwecken oder politischen oder reaktionären Restaurationen gewidmet sind, lehnt der Landbund entschieden ab.» Bl. 303; TLA, Akten der SSV, XIII/17, Bl. 302.
- 325** Brief des Heimatschutzes Kärnten vom 3.12.1929 an Pabst, TLA, Akten des SSV, XIII/17, Bl. 805+ 805RS.
- 326** Aufzeichnungen des reichsdeutschen Leiters der Tiroler Pressewoche für das AA vom 12.2.1930, AA-Politisches Archiv, Heimwehrorganisationen in Österreich, R 73343.
- 327** TLA, Akten der SSV, XIII/17, Bl. 302; Carsten, Faschismus, S. 165.
- 328** Kerekes, Abenddämmerung, S. 74.
- 329** Ebd., S. 74, mit Quellenangabe.
- 330** Ebd., S. 75.
- 331** Schober zit. nach Carsten, Faschismus, S. 165.
- 332** Mitteilung des Nachrichtendienstes der Heimatwehr vom 16.6.1930, TLA, Präs. ZI. 1123 (XII/66) 1932 ohne Paginierung, sowie Innsbrucker Nachrichten (IN), Nr. 136, S. 1 vom 16.6.1930 und Tiroler Anzeiger, Nr. 136, 16.6.1930, 23. Jg., Landesmuseum Tirol, Zeitungs Sammlung.
- 333** Ebd., auch für Folgendes.
- 334** Mitteilung des Nachrichtendienstes der Heimatwehr vom 16.6.1930, TLA, Präs. ZI. 1123 (XII/66) 1932 ohne Paginierung.
- 335** Telefonische Mitteilung der Bundesleitung vom 15.6.1930, TLA, Präs. ZI. 1123 (XII/66) 1932 ohne Paginierung.
- 336** Schober zit. nach Carsten, Faschismus, S. 165. In einem Bericht an die deutsche Regierung wird angegeben, eine Haussuchung in Pabsts Wohnung habe genug Material für einen Hochverratsprozess hergegeben und auch deswegen sei Pabst so schnell ausgeflogen worden. Unsignierter Bericht «Österreich – Zur Verhaftung von Major Pabst» vom 21.6.1930, BA-SAPMO, Reichskanzlei, R 43 1/2725, Bl. 225.
- 337** Tiroler Anzeiger Nr. 139, 20.6.1930, S. 2, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 338** Stellungnahme der Landesregierung vom 15.6.1930 zur Abschaffung des Stabsleiters der Heimatwehr Major a.D. Waldemar Pabst, TLA, Präs. ZI. 1123 (XII/66) 1932 ohne Paginierung.
- 339** Dieses und andere Protesttelegramme in TLA, Präs. ZI. 1123 (XII/66) 1932 ohne Paginierung.
- 340** Innsbrucker Nachrichten, Nr. 137, S. 1 vom 17.6.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 341** Kommentar in Innsbrucker Nachrichten, Nr. 136, S. 1 vom 16.6.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 342** AZ, Wien vom 16.6.1930, zit. nach Innsbrucker Nachrichten, Nr. 136, S. 2 vom 16.6.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 343** Innsbrucker Nachrichten, Nr. 137, S. 1 vom 17.6.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 344** Ebd.
- 345** Vorwärts Nr. 275 vom 15.6.1930.
- 346** Vossische Zeitung vom 15.6.1930, Ausschnitt in Reichslandbund Pressearchiv, BA-SAPMO, R 8034 III 342 (früher 61 Re 1).
- 347** Unsignierter Bericht «Österreich – Zur Verhaftung von Major Pabst» vom 21.6.1930, BA-SAPMO, Reichskanzlei, R 43 1/2725, Bl. 224ff.
- 348** Pabst gegenüber zwei italienischen Journalisten nach einem Artikel in der «Provincia Bolzano», zit. und übersetzt durch Innsbrucker Nachrichten, Nr. 263, S. 1 vom 15.11.1930.

- Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung. Pabsts freundliche Aufnahme war unter anderem auch dem Stahlhelm-Gauleiter Italien, Rudolf Walther, zu verdanken. Brief Pabst an Bülow-Schwante vom 14.7.1932, BA-Potsdam, R 72/260 (früher: 61 Sta 1), Bl. 162.
- 349** Telegramm Pabsts aus Venedig, TLA, Präs. ZI. 1123 (XII/66) 1932 ohne Paginierung.
- 350** Brief Pabsts aus Venedig vom 30.6.1930, ebd.
- 351** Innsbrucker Nachrichten, Nr. 136, S. 2 vom 16.6.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 352** Ebd., Nr. 139, S. 1 vom 20.6.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 353** Bericht des Deutschen Konsuls in Innsbruck, Salier, vom 18.11.1930 ans AA, S. 2, AA-Politisches Archiv, Akten betreffend Heimwehrgorganisationen in Österreich, R 73343.
- 354** Der Brief ist nicht erhalten, wird aber von Pabst in einem Brief vom 4.11.1931 aus gleichem Anlass zit. Brief Pabst an Pflugk-Hartung vom 4.11.1931, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 1.
- 355** Kerekes, Abenddämmerung, S. 76ffLösch, Tiroler Heimatwehr, S. 409.
- 356** Beweisantrag Punkt 2 der Klageschrift Pabsts gegen die Neue Wiener Allgemeine Zeitung, zit. nach Neue Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 15691, vom 18.9.1930.
- 357** Der inkriminierte Artikel mit den Streichungen der Staatsanwaltschaft vom 9.10.1930 in AA-Politisches Archiv, R 73343, K 233404.
- 358** Siehe auch Aufhebung der Ausweisung Pabsts, Ministerratsprotokoll vom 9.10.1930, Dokument Nr. 9, in: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, S. 303ff..
- 359** «Provincia Bolzano», zit. und übersetzt durch Innsbrucker Nachrichten, Nr. 263, S. 1 vom 15.11.1930. Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 360** Siehe auch Tiroler Anzeiger, Nr. 261, 13.11.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 361** Innsbrucker Nachrichten, Nr. 261, S. 1 vom 13.11.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 362** Ebd. Alle weiteren Zitate zum Empfang Pabsts stammen ebenfalls – wenn nicht anders auf geführt – aus diesem Artikel.
- 363** Innsbrucker Nachrichten, ebd., sowie Tiroler Anzeiger Nr. 261, vom 13.11.1930, S. 8, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 364** Innsbrucker Nachrichten, Nr. 265, S. 1 vom 18.11.1930. Auch Schweinitzhaupt, erklärte Pabst, habe die Lobeshymne auf den italienischen Faschismus und Mussolini nicht gesungen, Innsbrucker Nachrichten, Nr. 266, S. 2 vom 19.11.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 365** Innsbrucker Nachrichten, Nr. 265, S. 1 vom 18.11.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 366** Tiroler Bauernzeitung, 20.11.1930, S. 2, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung. Siehe auch Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 412.
- 367** Bericht des Deutschen Konsulats in Innsbruck an das Auswärtige Amt in Berlin vom 20.11.1930, AA-Politisches Archiv, R 73343; K 233414.
- 368** Innsbrucker Nachrichten, Nr. 267, vom 20.11.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 369** Ebd., Nr. 265, S. 1 vom 18.11.1930, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 370** Steidles Originalabrechnung (Faksimile) S. 200-218, hier S. 216, bei Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie, Mussolini, Gömbös und die Heimatwehr.
- 371** Der Putschmajor – Heimwehr-Pabst abgesetzt, (Berliner) Morgenpost vom 28.12.1930, Ausschnitt in Reichslandbund Pressearchiv, BA-SAPMO, R 8034 III 342, (früher 61 Re 1).

- 372** Lösch, Tiroler Heimatwehr, S. 411.
- 373** Innsbrucker Nachrichten, Nr. 264, vom 17.11.1930 S. 1, Landesmuseum Tirol, Zeitungssammlung.
- 374** Vogt, Bauer, S. 304.
- 375** Brief Pabsts vom 3.12.1929, TLA, Akten der SSV, XIII/17, Bl. 755.
- 376** Geistiges Programm der Weissen Internationale von Pabst, Nachlass Pabst BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 36-39, hier Bl. 36. (vermutlich November 1931).
- 377** Werner Sombart nannte in seinem Buch Händler und Helden «Pflicht, Ordnung und Gerechtigkeit» als Gegenpole zur Französischen Revolution, zit. nach Koenen, Russland-Komplex, S. 58.
- 378** Brief von Pabst vom 28.1.1924, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 11.
- 379** Roth, Papen und der Faschismus, S. 615.

Kapitel VIII

- 1** Geht Pabst nach München?, Berliner Tagblatt Nr. 304 vom 1.7.1930, Pressearchiv Reichslandbund, Bl. 33, BA-SAPMO, R 8034 III 342.
- 2** Frank war 1919 Mitglied der Thule-Gesellschaft, einer der faschistischen Vororganisationen der NSDAP, half parallel zu Pabsts GKSD im Freikorps des Ritters Franz von Epp bei der von Noske befohlenen massakerhaften Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik, studierte Rechtswissenschaften und beriet die NSDAP. 1923 trat er der SA bei, beteiligte sich am Hitlerputsch (8./9.11.1923) und floh nach dessen Scheitern nach Österreich. Es ist anzunehmen, dass er wie Göring und Küchenmeister von Pabst unterstützt wurde. 1924 kehrte er nach Deutschland zurück, schloss sein Studium ab – das Hochverratsverfahren gegen ihn war selbstredend eingestellt worden – und verteidigte Hitler in mehreren Prozessen. Er gründete den «Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen» und war ab 1930 Mitglied des Reichstages. Er brachte es schliesslich 1934 zum bayerischen Justizminister und war 1939-1945 als NS-Generalgouverneur von Polen verantwortlich für die Ermordung von Hunderttausenden Polen und Juden. 1946 endete er in Nürnberg am Galgen.
- 3** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25.10.1944, S. 2, Dossier C.2.5868, in: BAR, Schweiz, E4320(B)/1971/78, Bd. 94 ohne Paginierung.
- 4** Lebenslauf (7 Seiten, geschrieben vermutlich Anfang der Fünfzigerjahre in der Schweiz), S. 4, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1.
- 5** Interview Pabst im Spiegel 16/1962 vom 18.4.1962, S. 39.
- 6** Brief Bircher an Pabst vom 11.11.1931, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 8. Auch der linke Montag Morgen erwähnte am 26.10.1931 «Verhandlungen mit Hitler wegen Eintritts in die ‚Reichsparteileitung‘».
- 7** Deutsches Tagblatt vom 23.7.1931, Pressearchiv Reichslandbund, Bl. 33, BA-SAPMO, R 8034 III 342. Siehe dazu auch den Bericht von Generalkonsul Salier (Innsbruck) an das Auswärtige Amt vom 14.8.1931, AA-Politisches Archiv, Politik Österreich, R 73343.
- 8** Presseerklärung Hitlers vom 6.4.1932 laut: Freie Innerschweiz, Sozialdemokratische Tageszeitung vom 15.12.1945.
- 9** Lebenslauf (7 Seiten, geschrieben vermutlich Anfang der Fünfzigerjahre in der Schweiz), S. 4, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1, ohne Paginierung.

- 10** Susanne Meinl, Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000, S. 168, mit Bezug auf ein Dokument von Karl Heimsoth, ebd., S. 403f., Anm. 24. Zum sogenannten «Stennes-Putsch» siehe ebd., S. 166ff.
- 11** BA-Berlin, R 134/59, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im RMI, Denkschrift über Kampfvorbereitung und Kampfgrundsätze radikaler Organisationen, Bl. 80ff. Siehe auch BA-Ko, NS 026/ 83.
- 12** Kurt Gossweiler, Die Strasser-Legende, Berlin 1994, mit zahlreichen Belegen (z.B. S. 37).
- 13** Meinl, Nazis gegen Hitler, S. 171. Eine Tätigkeit, an die sich Oehme später in der DDR nicht erinnern mochte. Zur NSKD siehe Meinl, Nazis gegen Hitler, S. 171ff.
- 14** Brief des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte an Generaldirektor der AEG, Hermann Bücher, 13.6.1931, Dokument bei Dirk Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1919-1934, in: H.-G. Backhaus, Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 6, Frankfurt 1986, S. 78f., auch abgedruckt bei Gossweiler, Strasser-Legende, Dokument 20, S. 83ff.
- 15** Ebd.
- 16** Gossweiler, Strasser-Legende, S. 36 und Dokument 21, S. 85.
- 17** Zu Strasser existiert umfangreiches Material im Schweizer Bundesarchiv (BAR) E 4320 (b) 1970/25.10 Bde.
- 18** Brief von Pabst an Wilhelm Kock; Februar 1931, in: NL Severing, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, Mappe 23c.
- 19** Brief Pabst an Göring vom 25.3.1933, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/5, Bl. 217.
- 20** Schreiben des Vorstands von Rheinmetall an Pabst vom 1.1.1931, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/10, Bl. 1. Pabst trat den Posten aber offensichtlich erst im Herbst 1931 an.
- 21** Wie nach dem Zweiten Weltkrieg ein alter Rheinmetaller über Pabst an den neuen Direktor Auskunft gab, Brief Heidt an Köttgen vom 2.5.1952, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 22** Tessmar war bei der LG. Farben «untergekommen» und hatte Pabst Jahre nicht mehr gesehen, Brief Pabst an Tessmar vom 11.4.1969, S. If., Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/34, ohne Paginierung.
- 23** Brief Pabst an Heydrich vom 17.9.1934, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 27.
- 24** Peter Hug, Schweizer Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus. Unternehmensstrategien – Marktentwicklung – politische Überwachung, Teil 1 (Bd. 11 der Publikationen der Unabhängigen Expertenkommission), Zürich 2002, S. 793ff.
- 25** Denkschrift Groener, vom 17.9.1919; Anlage 1, BA-MA, RW 1/ v. 16, zit. nach Carl Dirks / Karl-Heinz Janssen, Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht, Berlin 1999, S. 46 und S. 282, Anm. 28.
- 26** Dirks/Janssen, Krieg, 2001, S. 11ff.. Das wichtigste Dokument dazu: Nr II, S 209ff.; Hug, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 106.
- 27** Karl Nuss, Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik – Zur politischen Rolle der Reichswehr, Berlin (Ost) 1977, S. 182f., Nuss bezieht sich auf ein Dokument aus dem Jahr von 1925, Nuss ebd., S. 339, Anm. 91 und 92.
- 28** Dirks/Janssen, Krieg, S. 19.
- 29** Nuss, Militär, S. 147f.

- 30** Dirks/Janssen, Krieg, S. 34f.
- 31** Ebd., S. 34.
- 32** Dirks/Janssen, Krieg, S. 37.
- 33** Denkschrift Groener vom 17.9.1919; Anlage 1, BA-MA, RW 1/ v. 16, zit. nach Dirks/Janssen, Krieg, S. 46 u. 282, Anm. 28.
- 34** Dirks/Janssen, Krieg, S. 46.
- 35** Joachim von Stülpnagel (im Auftrag von Seeckt), Gedanken über den Krieg der Zukunft, Dokument Nr. I bei Dirks/Janssen, Krieg, S.193-209, hier S. 205.
- 36** Dirks/Janssen, Krieg, S. 31f.; Stülpnagel, ebd., S. 205f.
- 37** Stülpnagel, ebd., S. 205.
- 38** Hug, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 250ff.
- 39** Ramon Bill, Waffenfabrik Solothurn, Schweizerische Präzision im Dienste der deutschen Rüstungsindustrie, Schriftenreihe des kantonalen Museums Altes Zeughaus Solothurn, H 14, Solothurn 2002, S. 39.
- 40** Bill, Waffenfabrik, S. 9.
- 41** Hug, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 190f.; Bill, Waffenfabrik, S. 26,28f., 124f.
- 42** Hug, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 191, mit Quellenangaben; Bill, Waffenfabrik, S. 44ff.
- 43** Bill, Waffenfabrik, spricht davon, dass die Firma Mauser das MG 34, eine Standardwaffe der Deutschen Wehrmacht, aus dem MG S2-200 von Rheinmetall weiterentwickelte, S.35f.
- 44** Hug, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 260.
- 45** Ebd., S. 106.
- 46** Siehe, auch für das Folgende: Es riecht nach Senf!, von Henning Sietz, Die Zeit, Nr. 26 v. 22.6.2006.
- 47** Die Deutsch-Sowjetische Militär-Zusammenarbeit wurde 1933 nach Hitlers Amtsantritt als Reichskanzler eingestellt.
- 48** Doris Kachulle, Text 33-45, 2005, Exzerpt-Sammlung im elektronischen Nachlass. Nachlass Kachulle, SfS-Archiv; siehe auch: Kachulle, Pabst, S. 61.
- 49** Bürgschaft Pabst und Ehrhardt zu je 7'000.- Reichsmark vom 22.4.1932 für die Finanzierung von Dahns «Ein Kampf um Rom», im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/8, Bl. 11 und 11RS
- 50** Der Montag Morgen vom 26.10.1931 berichtet, Tradition gebe auch ein Hitler- und Mussolini-Buch heraus.
- 51** Siehe Bürgschaft, ebd.
- 52** Berliner Morgenpost Nr. 207, vom 2.9.1931, Ausschnitt im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/8, Bl. 30.
- 53** Brief Pabst an die Berliner Morgenpost vom 3.9.1931, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/8, Bl. 4.
- 54** Brief Pabst an Bircher vom 10.11.1931, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/8, Bl. 1f.
- 55** Ebd.
- 56** Alle Zitate aus einem Bircher-Brief an Pabst vom 11.11.1931, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 9.
- 57** Briefe Pabst an Pflugk-Harttung, vom 4.11. und 12.11.1931, sowie Briefe Pflugk-Harttung an Pabst vom 7.11., und 20.11.1931, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 1-6.
- 58** Brief Pabst an Pflugk-Harttung vom 15.2.1925 und vom 10.4.1925, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/3, Bl. 76f., 79f.

- 59** Brief Souchon an Pabst vom 1.3.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 21f.
- 60** Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. 58, Nr. 464, Akten des Landgerichts II, Berlin. Strafsache gegen Hermann W. Souchon, Bd. 1 und 2.
- 61** Brief Souchon an Pabst vom 1.3.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 21f.
- 62** Liste der Staaten und Vertreter, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 27.
- 63** Brief Pabst vom 13.11.1933 an Renzetti, Nachlass Renzetti, BA-Ko, N 1235/5 ohne Paginierung.
- 64** Zur Biografie siehe Manfred Wichmann, Gesellschaft zum Studium des Faschismus. Antidemokratisches Netzwerk zwischen Rechtskonservatismus und Nationalsozialismus (GSF), in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, H 31/32, Berlin 2008, S. 72-104, zitiert nach dem Manuskript, S. 9ff. und ders., «Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus». Ein politisches Netzwerk konservativ-antidemokratischer Eliten in Deutschland 1931-1933, Berlin 2001, S. 60-62. siehe auch <http://www.shoa.de/content/view/407/92/> (Juni 2008).
- 65** Wichmann, GSF 2008, S. 9.
- 66** Pabst schickte auch mehrfach Berichte an Renzetti über den Stand der faschistischen Heimwehr-Bewegung in Österreich. So am 29.9., 5.10. und 23.12.1931, die dieser vermutlich postwendend an die italienische faschistische Führung weitergab. Nachlass Renzetti, BA-Ko, N 1235/3 ohne Paginierung.
- 67** Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 25.
- 68** Entwurf des geistigen Programms der Weissen Internationale von Pabst, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 28-35. Die folgenden Zitate stammen daraus, wenn nicht anders vermerkt.
- 69** Praktisches Programm der Weissen Internationale von Pabst, ebd., Bl. 58-64.
- 70** Geistiges Programm der Weissen Internationale von Pabst, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 38.
- 71** Brief Pabst an Bauer vom 4.9.1924, BA-Ko, Nachlass Bauer, N 1022/32, Bl. 26.
- 72** Siehe Geistiges Programm der Weissen Internationale von Pabst, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 39.
- 73** Darauf hat Wichmann, GSF 2008, S. 13 zum ersten Mal hingewiesen.
- 74** Entwurf des geistigen Programms der Weissen Internationale von Pabst, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 32f., der endgültige Entwurf: Bl. 36-39.
- 75** Ebd., Bl. 39.
- 76** Ebd.
- 77** Praktisches Programm der Weissen Internationale von Pabst, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 58-64, hier Bl. 62.
- 78** Ebd., Bl. 63.
- 79** Montag Morgen, Nr. 42, vom 26.10.1931.
- 80** Wichmann, GSF 2008, S. 13.
- 81** Pabst verwendet auch diesen Ausdruck, Praktisches Programm der Weissen Internationale von Pabst, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/6, Bl. 58.
- 82** Wichmann, GSF 2008, S. 3.
- 83** Wichmann, GSF 2008, S. 15; Tuchel, Am Grossen Wannsee, S. 47, gibt nur gut 200 an. Bei ihm wird auch etwas verharmlosend davon gesprochen, dass Stahlhelm und NSDAP gegenüber den DNVP-Mitgliedern «unterrepräsentiert» seien.
- 84** Roth, Papen und der Faschismus, S. 595.

- 85** Wichmann, GSF 2008, S. 15.
- 86** Gesellschaft zum Studium des Faschismus (GSF), Aufgabe und Ziel, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/7, Bl. 204.
- 87** Bericht über den zweiten Vortragsabend der GSF, im Hotel Kaiserhof, Berlin 28.4.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/7, Bl. 85.
- 88** Ankündigung des Vortrags ebd. Der Vortrag fand statt am 10.6.1932, BA-Ko, R 72/260, Bl. 142-156.
- 89** Protokoll der GSF-Sitzung vom 10.6.1932, BA-Ko, R 72/260, Bl. 142ff.
- 90** Wichmann, GSF 2008, S. 31.
- 91** Ebd.
- 92** Ich folge hier Wichmann, GSF 2008, S. 8.
- 93** Der Stahlhelm, 22.11.1931, Nr. 47, zit. nach Wichmann, GSF, S. 8, Anm. 24.
- 94** Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1971, S. 360-367 und 404-409.
- 95** Wichmann, GSF 2001, S. 34.
- 96** Ausführlich zu Minoux: Tuchel, Am Grossen Wannsee 56-58.
- 97** Es war auch von einem Triumvirat Seeckt-Minoux-Gayl (letzterer DNVP) die Rede, Aussagen von Hitler, Ludendorff, Röhm, Generalleutnant Otto von Lossow, Verteidiger und Stahlhelmführer Holl, Polizeioberst von Seisser, Staatsanwalt Hans Ehard und Ludendorffs Verteidiger Walter Luetgebrune, im Hitler-Ludendorffprozess: Gruchmann/Weber (Hrsg.), Der Hitler-Prozess, S. 914f. (Hitler), S. 273 (Ludendorff), S. 385 (Röhm), S. 731,741 (Lossow), S. 777 (Holl), S. 858 (Seisser), S. 912 (Ehard), S. 945f. (Luetgebrune). Siehe auch Tuchel, Am grossen Wannsee 56-58, S. 3 Iff. Die von Tuchel zitierte Aussage Seissers (Am grossen Wannsee, S. 32, und S. 160, Anm. 47; nach Georg Franz-Willing, Krisenjahr der Hitlerbewegung, Preussisch Oldendorf 1975, S. 371) lässt sich allerdings im Wortprotokoll so nicht wiederfinden und erscheint erfunden (Wortprotokoll, S. 885).
- 98** Mühlhausen, Ebert, 2006, S. 682,685,711.
- 99** Vorstandsmitglieder laut: GSF, Aufgabe und Ziel, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/7, Bl. 206.
- 100** BA-Ko, R 72/260 (früher: Stahlhelm 61 Sta 1), Bl. 18,47, 142ff., 174. Vorläufige Liste vom 10.3.1932, R 72/73, Bl. 180ff., Berichtigung: R 72/260, Bl. 188, Liste vom 15.6.1932, Bl. 163ff. Siehe auch Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY4035/7 Bl. 57-65; Wichmann, GSF, 2001, S. 44ff. Es werden bei Pabst ordentliche und Studienmitglieder unterschieden.
- 101** Wichmann, GSF 2001, S. 49.
- 102** Papen hatte während des Ersten Weltkrieges im Auftrag des deutschen Generalstabes Terroranschläge auf Infrastruktureinrichtungen Nord- und Mittelamerikas, so der Brückenbauwerke der Canadian Pacific Railway, wie der Erdölanlagen von Tampico/Mexiko, ausführen lassen. Roth, Papen und der Faschismus, S. 608.
- 103** Brief Pabst an Franz Abel (Landesführung der Tiroler Heimatwehr) vom 1.6.1932 und Brief Pabsts an einen «lieben Freund» vom 1.6.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 96 RS und Bl. 126f.
- 104** Beide waren 1932 auch in dessen Beirat; zum Nationalen Klub siehe BA R 43 II 894a (Reichskanzlei), Bl. 66-113; K.P. Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968, S. 297; Wichmann, GSF, 2008, S. 28; Tuchel, Am Grossen Wannsee, S. 47.
- 105** Brief Pabst an «Generaldirektor» vom 15.6.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 89.

- 106** Gert Caden (Kaden), (1891-1990), Sohn des späteren Generalleutnants Kaden, im Ersten Weltkrieg Offizier, ab 1918 Studium der Malerei, 1930 KPD-Mitglied, 1938 Emigration nach Frankreich, 1941 Kuba, 1948 SBZ, 1949 Volkskammer der DDR, weiter Maler, 1955 GI «Richard».
- 107** Akte Caden, BStU, MfS, HA IX/11, SV 1/81 C,B1.58.
- 108** Ebd.
- 109** Akte Caden, BStU, MfS, HA IX/11, SV 1/81 C,B1.79ff.
- 110** Siehe Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/7, Bl. 51,84-87,123f.
- 111** Ausführlich dazu Wichmann, GSF 2001, S. 65-68; GSF 2008, S.29f. mit Belegen.
- 112** La Stampa Torino, zit. nach Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt/Main 1979¹¹, S. 43.
- 113** Die umfangreiche Korrespondenz, die er dazu führte (beinahe 600 Blatt), ist erhalten: Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4 (1931/32) und NY 4035/5 (Anfang 1933).
- 114** Aufzeichnungen Apors vom 25.1.1931, Kerekes, Akten zu den geheimen Verbindungen, Nr. 24, S. 337ff.; Carsten, Faschismus, S. 170.
- 115** Kerekes, Abenddämmerung, S. 100, mit Belegen.
- 116** Ebd.
- 117** Ebd.
- 118** Gerhardt Oberkofler, Der Eintritt des Heimatblocks in das Kabinett Dollfuss I. Zeitgeschichte 9,1981/82, S. 121ff. Die Regierung bestand aus sechs rechten Christsozialen, darunter Engelbert Dollfuss, Anton Rintelen, Carl Vaugoin und Kurt Schuschnigg sowie zwei Landbundpolitikern und einem Parteiloosen. Gegenüber den Sozialdemokraten und Grossdeutschen bestand nur ein hauchdünner Vorsprung.
- 119** So schrieb er Starhemberg am 12.5.1932, er solle allenfalls in eine Rechtsregierung eintreten oder in der Opposition bleiben. Brief Pabst an Starhemberg in Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 60f.
- 120** Brief Jakoncig an Pabst vom 14.5.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 52-53, hier Bl. 52RS, auch abgedruckt bei Oberkofler, Der Eintritt des Heimatblocks in das Kabinett Dollfuss.
- 121** Brief Pabst an Jakoncig vom 18.5.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 73.
- 122** Brief Pabst an Hansel vom 22.5.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 75.
- 123** Ebd., S.75f.
- 124** Brief Pabst an Jakoncig vom 30.5.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 78.
- 125** Brief Pabst an Ullrich vom 20.5.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 172.
- 126** Brief Pabst an Abel vom 1.6.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 96.
- 127** Brief Starhemberg an Pabst vom 6.6.1932 und Brief Pabst an Jakoncig vom 18.5.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 81RS und 73.
- 128** Brief Starhembergs an Pabst vom 6.6.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, B1.81RS
- 129** Vollmacht Starhembergs für Pabst vom 29.5.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 71.
- 130** Was auch profane Pöstchenschieberei einschloss. So bat er den von ihm inthronisierten Handelsminister Jakoncig, im Auftrag von Ottmar Spann, dessen Schüler Dr. Heinrich eine Professur an der Handelshochschule Wien zu verschaffen. Brief Pabst an Jakoncig vom 30.5.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 79.

- 131** Brief Pabst an Starhemberg vom 13.5.1932; Brief Pabsts an von Spiegel vom 24.5.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 60 und Bl. 173.
- 132** «Ich halte es für ausgeschlossen, dass die nationale Richtung in Österreich werde heute noch in absehbarer Zeit den Anschluss erklären kann.» Brief Pabst an General a.D. von Stülpnagel vom 20.3.1932. Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 46.
- 133** Brief Pabst an Abel vom 15.6.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 95.
- 134** Bundespolizeidirektion Wien an das Bundeskanzleramt (20.6.1932), Österreichisches Bundesarchiv (Östa), NPA416, Personalia Pabst. Pabst habe im Hotel Carlton Starhemberg getroffen und sei am 19.6. nach Budapest abgereist.
- 135** Brief Flor an Pabst vom 25.6.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 98ff. Fritz Flor, Assistent am Institut für Völkerkunde Wien, vertrat den faschistischen Kurs der Heimwehr und hatte zahlreiche Kontakte zu Nazis. 1934 wurde er verhaftet, war dann später Mitarbeiter von Seyss-Inquart und nach dem Anschluss in dessen Stab tätig: Wiltschegg, Heimwehr, S. 343f., 346f.
- 136** Kerekes, Abenddämmerung, S. 108f.
- 137** Gudula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß – Arbeitermörder oder Heldenkanzler, Wien 2004, S. 112ff.
- 138** Kerekes, Abenddämmerung, S. 11 Of.
- 139** Tägliche Rundschau vom 22.3.1933.
- 140** Kerekes, Abenddämmerung, S. Ulf.
- 141** Brief Pabst an General a.D. von Stülpnagel vom 20.3.1932. Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 46.
- 142** Major Pabst in Österreich, Tägliche Rundschau vom 12.8.1932.
- 143** Aufzeichnungen Neuraths vom 6.9.1932, Akten zur Deutschen und Auswärtigen Politik (ADAP), Serie B: 1925-1933, Bd. XXI, Nr. 37, S. 88f.
- 144** Man trägt wieder Stahlhelm, Arbeiter Illustrierte Zeitung (AIZ) vom 18.9.1932 und Berliner Tagblatt (B.T.) vom 6.9.1932. Siehe Foto S. 302.
- 145** Pabst, Erinnerungen an den Kapp-Putsch, Schluss, Der Angriff vom 1.10.1932.
- 146** Telegraf, Nr. 3, Nachtausgabe vom 4.1.1933, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 11, Bl. 105.
- 147** Brief Pabst an Steidle vom 9.1.1933, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/5, Bl. 13.
- 148** Brief Schweinitzhaupt an Pabst vom 9.1.1933, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/5, Bl. 18.
- 149** Brief Pabst an Pfarrer Traub vom 15.3.1932, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/5, Bl. 177.
- 150** Brief Pabst an Schepky (Vertreter des Hugenberg-Konzerns) vom 17.3.1933, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/5, Bl. 182.
- 151** Ebd., Bl. 183.
- 152** Heimatschutz in Berlin abgeblitzt, undatierte Abschrift, vermutlich Mitte März 1933, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/4, Bl. 209f.
- 153** Schwarz-weiss-rot und schwarz-gelb, Tägliche Rundschau vom 22.3.1933.
- 154** Einigt Euch in Österreich, von Pabst, Berliner Lokalanzeiger vom 25.3.1933, Zeitungssammlung Reichslandbund, BA-SAPMO, R 8034 III 342.
- 155** Brief Pabst an Franz Karmel vom 20.3.1933, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/5, Bl. 189.
- 156** Brief Pabst an Göring vom 25.3.33, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/5, Bl. 217.

Kapitel IX

- 1 Brief Direktion an Pabst vom 1.12.1933, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/10, Bl. 3.
- 2 Kachulle, Pabst, S. 62.
- 3 Dittmar Dahlmann, Das Unternehmen Otto Wolff, in: Peter Danylow/Ulrich S. Soénius (Hrsg.), Otto Wolff – Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik, München 2005, S.36f.,97.
- 4 Aussage Strauss vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, am 31.7.1925, BStU, MfS HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11. Bl. 246.
- 5 Ebd.
- 6 Pabst kannte im Übrigen Breuckers Buch über Ludendorff, kritisierte so manches an ihm, widersprach aber dieser Behauptung nicht. Brief Pabst an Bircher vom 18.12.1953, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 7 Brief Ludendorff vom 10.5.1920; Breucker, Tragik Ludendorffs, S. 179, sowie Anmerkung 3.
- 8 Aussage Strauss vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, am 31.7.1925, BStU, MfS HA IX/11 AS 6/69, Bd. 11. Bl. 248. Apologetisch hierzu: Eckart Conze, «Titane der modernen Wirtschaft», in: Peter Danylow/Ulrich S. Soénius (Hrsg.), Otto Wolff – Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik, München 2005, S. 116.
- 9 Dieter Mechlinski, Der Geheime Regierungsrat Ottmar E. Strauss, Königs winter 2008⁵, S. 12.
- 10 Eckart Conze, «Titane der modernen Wirtschaft», S. 116.
- 11 Bill, Waffenfabrik, S. 28f.
- 12 Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25.10.1944, S. 4, Dossier C.2.5868, in: BAR, Schweiz, E 4320(B)/1971/94, ohne Paginierung. Siehe auch: Daniel Heller, Eugen Bircher. Arzt Militär Politiker, Zürich 1990², S.258.
- 13 Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), E 4301 1992/32 und E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94 ohne Paginierung.
- 14 Bill, Waffenfabrik, S. 31f.
- 15 Hug, Schweizer Rüstung, S. 278; Pabst hielt seit November 1934 zwei Geschäftsanteile der Solo GmbH (Notariatserklärung vom 23.11.1934), die er Ende 1935 wieder an Rheinmetall abgab (Notiz vom 23.1.1936, Werk Düsseldorf, Buchhaltung), Rheinmetall-Archiv. B 330,10.
- 16 Abhörprotokoll (d.i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25.10.1944, S. 2, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 17 Protokoll Zeugeneinvernahme Pabst im Verfahren Messen-Jaschin gegen Rheinmetall, vom 31.1.1964, S. 2, Nachlass Pabst, BA-MA, N620/45, ohne Paginierung.
- 18 Brief des Generaldirektors von Rheinmetall, Luther, an die Gestapo, Berlin, Prinz Albrechtstrasse, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 3.
- 19 Eidesstattliche Erklärung Pabsts vom 12.11.1956, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/45, ohne Paginierung.
- 20 Aufzeichnungen Legationsrat Michelsen vom 10.7.1933 über eine Besprechung mit Pabst und Rheinmetall-Generaldirektor Eltze, AD AP, Serie C, Bd. 1,2, Nr. 357, S. 636-638.
- 21 Bill, Waffenfabrik, S. 52.

- 22** Aufzeichnungen des Staatssekretärs von Bülow über einen Besuch des chinesischen Geschäftsträgers vom 8.11.1933, AD AP, Serie C, Bd. 11,1, Nr. 48, S. 82-84.
- 23** Hug, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 105.
- 24** BA-Ko, NS 026/ 83 und Nr. 1368.
- 25** Martin Bernd (Hrsg.), Die deutsche Beraterschaft in China 1927-1938. Militär, Wirtschaft, Aussenpolitik, Düsseldorf 1981, S. 249ff.
- 26** Hug, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 106.
- 27** Bill, Waffenfabrik, S. 46.
- 28** Siehe die Dokumentarfilme: Calling Hedy Lamarr von Georg Misch (2004) und Hedy Lamarr Secrets of a Holly woodstar von Donatello und Fosco Dubini (2005).
- 29** Brief Pabst an Falkenhausen vom 19.3.1934, Nachlass von Falkenhausen, BA-MA, N 246/121, Bl. 69.
- 30** Brief Pabst an Tessmar vom 11.4.1969, S. 2, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/34, ohne Paginierung.
- 31** Aufzeichnungen Legationsrat Frowein über einen Besuch Pabsts vom 28.2.1934, AD AP, Serie C, Bd. 11,2, Nr. 389, S. 530f. Siehe auch Aufzeichnungen vom 26.7.1934, AD AP, Serie C, Bd. III,1, Nr. 124, S.246f.
- 32** Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/10, Bl. 8,9,11,36.
- 33** Aufzeichnung ohne Unterschrift vom 27.9.1935, AD AP, Serie C, Bd IV,2, Nr. 307, S. 649 und Anm. 11.
- 34** Hug, Schweizer Waffenindustrie, S. 283.
- 35** Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 11-16, 25, 38; BStU, MfS, HA/11.,AS 6/69, Bd. 43.
- 36** Brief Pabst an Krausnick vom 25.6.1957, Institut für Zeitgeschichte (IfZ), ZS 1477.
- 37** Über seinen «Chefideologen» Herbert Blank.
- 38** Pabst behauptete nach dem Krieg, er habe sich am 26.6.1934 mit Röhm über die Unmöglichkeit eines Putsches mit diesem unterhalten. Brief Pabst an Krausnick vom 25.6. 1957, Institut für Zeitgeschichte (IfZ), ZS 1477.
- 39** Kurzer Lebenslauf (undatiert, aber definitiv 1945), S. 5, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/4, ohne Paginierung.
- 40** Brief Pabst an Canaris vom 25.6.1934, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 1.
- 41** Pabsts Gruss ebd. Siehe auch Antwortbrief Canaris vom 26.6.1934, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 2.
- 42** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25.10.1944, S. 2f., BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 43** Siehe dazu Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 6, 14,34,35f.
- 44** Abschrift Geheimes Staatspolizeiamt B. Nr. – III Sonderdezemat, Prinz Albrechtstr. 8, vom 5.10.1934, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 33.
- 45** Brief Pabst an Heydrich vom 17.9.1934, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 27f.
- 46** Abschrift Geheimes Staatspolizeiamt B. Nr. – II 1 Sonderdezemat, Prinz Albrechtstr. 8, vom 5.10.1934, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 33.
- 47** Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 34.
- 48** Brief Pabst an Reibel vom 14.9.1934, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 26.
- 49** Briefe Pabst/Reibel und umgekehrt im Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/9, Bl. 14, 26, 36, 42, 48, 49 und 52ff.

- 50** Der Artikel wird mit einem anderen, gleichlautenden Aufsatz Pabsts hin und wieder verwechselt.
- 51** Bericht über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Schlageter-Gedächtnis-Museums vom 19.1.1935, im Nationalen Klub vom 19.1.1935, BA-Berlin, R 1506/ 208, Bl. 24.
- 52** Dem die Nazis ein Theaterstück aus der Hand des Staatstheaterdramaturgen Hanns Johst widmeten, und der Karl Radek (zumindest kurzfristig) dazu animierte, den Versuch zu machen, aus dem «mutigen Konterrevolutionär» eine gemeinsame Kult- und Märtyrerfigur von Nationalisten und Bolschewisten aufzubauen: Manfred Franke, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des Dritten Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980, S. 9ff. und 88.
- 53** Zur Organisation Heinz siehe Franke, Schlageter, S. 37-43.
- 54** Meinel, Nazis gegen Hitler, S. 233.
- 55** Aktennotiz Archivrat Rogge vom 12.7.1934, über Gespräch mit Hauenstein; Hauenstein erwähnt u.a. die Ex-Freikorpsführer Freiherr von Medern und Hauptmann a.D. von Bose, BA-Berlin, R 1506/ 208, Bl. 97.
- 56** Pabst, laut Bericht über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Schlageter-Gedächtnis-Museums vom 19.1.1935, im Nationalen Klub vom 19.1.1935, BA-Berlin, R 1506/208, Bl. 25.
- 57** Ebd.
- 58** Konnte aber später (1938) aus dem Material des Museums eine populäre Darstellung, den Sammelband «Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer», herausgeben.
- 59** Meinel, Nazis gegen Hitler, S. 233.
- 60** Brief Pabst an Otto Wolff vom 19.11.1935, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/10, Bl. 5.
- 61** Reiter gen Osten, Nr. 7. Seite 15. Aus der Arbeit des Schlageter-Gedächtnis-Museums e.V, BA-Berlin, R 1506/208, Bl. 101.
- 62** Die Wirren.
- 63** Eine Freundschaft, die wie so viele bei Pabst den Zweiten Weltkrieg überdauerte. Briefwechsel Pabst/Förster in Nachlass Förster, BA-MA, N 121/11.
- 64** Wette, Noske, S. 421, Anm. 128.
- 65** Hug, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 284f.
- 66** Schreiben vom 21.5.1936, Österreichisches Bundesarchiv (Östa), NPA 416, Personalia Pabst, Bl. 110.
- 67** Brief Pabsts als «Major z. V. und Wehrwirtschaftsführer» vom 25.1.1942 an Messen-Jaschin; siehe auch Aktennotiz von Haages Rechtsanwalt (RA), des Schweizer Ministers Dr. F. Zellweger vom 13.2.1954, S. 2, beides in: BAR, E 7160-07 (-) 1968/54, Bd. 821, ohne Paginierung.
- 68** Schreiben RA Zellweger an die Schweizerische Verrechnungsstelle vom 17.3.1954 über eine Unterhaltung von Direktor Goel der Firma Matisa mit Pabst, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54, Bd. 821, ohne Paginierung.
- 69** Inspektor Eugen Caviezel, der im Auftrag des damaligen Schweizer Vize-Bundesanwaltes René Dubois ermittelte, vermutete, dass der inzwischen protestantische Messen-Jaschin «jüdischer Abstammung» sei, Ermittlungsbericht des Inspektors Caviezel der schweizerischen Bundesanwaltschaft (BAW) vom 20.11.1953, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, S. 26f.
- 70** Eidesstattliche Erklärung von Eugenie Haage beim Notar Dr. Werner Wussow, Frankfurt/Main 11.10.1955, S. 1, BAR, E 4301-1992/134, C. 26.10, Strafsache Messen/Sfindex ca. Matisa/CMR, ohne Paginierung.

- 71 Ebd. S.1.
- 72 Bestätigung des afghanischen Gesandten in Berlin vom 22.6.1935, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54. Bd. 821, ohne Paginierung.
- 73 Caviezel-Bericht der BAW, S. 4f. und 9f, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 74 Aktennotiz über eine Besprechung des RA Zellweger und Frau Haage mit den Herren Weber, Gosselke und Schaumann von der Schweizer Verrechnungsstelle vom 31.3.1955, BAR E 7160-07 (-) 1968/54, Bd. 821, ohne Paginierung.
- 75 Ebd.
- 76 Messen transferierte das Geld bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in die USA und sperrte es dort für die andern. Aktennotiz über eine Besprechung des RA Zellweger und Frau Haage mit den Herren Weber, Gosselke und Schaumann von der Schweizer Verrechnungsstelle vom 31.3.1955. Pabst wollte sich nicht zu den Provisionsforderungen aus dem Afghanistan-Geschäft äussern. Brief Zellweger an die Schweizerische Verrechnungsstelle vom 17.3.1954. Beide Briefe in: BAR E 7160-07 (-) 1968/54, Bd. 821, ohne Paginierung.
- 77 Eidesstattliche Erklärung von Eugenie Haage beim Notar Dr. Werner Wussow, Frankfurt/Main 11.10.1955, S. 1-12, BAR, E 4301-1992/134, C. 26.10, Strafsache Messen/Sfindex ca. Matisa/CMR, ohne Paginierung.
- 78 Ebd., S.4.
- 79 Brief Haage an den Anteilseigner der Auslandshandel GmbH Wenger, vom 28.2.1948, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54. Bd. 821, ohne Paginierung.
- 80 Eidesstattliche Erklärung von Eugenie Haage beim Notar Dr. Werner Wussow, Frankfurt/Main 11.10.1955, S. 4, BAR, E 4301-1992/134, C. 26.10, Strafsache Messen/Sfindex ca. Matisa/CMR, ohne Paginierung.
- 81 Brief Pabst an Frau Haage (ohne Datum) vmtl. Februar 1951, sowie Brief von Frau Haage an Pabst vom 22.2.1951, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54. Bd. 821, ohne Paginierung.
- 82 Eidesstattliche Versicherung Malletke vom 23.5.1955, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/45, ohne Paginierung.
- 83 So der im APA für den Aussenhandel zuständige damalige Reichsstellenhauptleiter Walter Malletke in den 50er Jahren. Malletke weiter: Messen und die Ostindustrie hätten «an der Verdichtung dieser wirtschaftlichen Bestrebungen einen erheblichen Anteil» gehabt.
- 84 Preisangebote der Rheinmetall/Pabst vom 30.6.1939 und 12.7.1939, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54. Bd. 821, ohne Paginierung.
- 85 Preisangebote der Rheinmetall/Pabst vom 30.6.1939 und 12.7.1939, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54. Bd. 821, ohne Paginierung.
- 86 Angebot Rheinmetall-Borsig vom 30.6.1939 und 13.7.1939, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54, Bd. 821.
- 87 Brief Pabst an Messen-Jaschin vom 25.1.1942, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54. Bd. 821, ohne Paginierung.
- 88 Bill, Waffenfabrik, S. 54f.
- 89 Übersendung der W Wi Fü-Anstecknadel; Brief Wehrwirtschafts-Inspektion III an Pabst vom 13.2.1939; Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 7. Brief von Pabst an Wehrbezirks-Kommando vom 28.11.1938, ebd., Bl. 46.
- 90 Siehe Paul Erker, Industrie-Eliten in der NS-Zeit, Passau 1993, S. 96ff.
- 91 Caviezel-Bericht der BAW, S. 23, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 92 Brief Thomas an Pabst vom 9.8.1938, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 42.

- 93** Antrag hierzu vom 28.2.1939, Bescheinigung vom 6.3.1939; Nachlass Pabst, BA-SAP-MO, NY 4035/1, Bl. 44 und 45.
- 94** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25.10.1944, S. 4, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 95** Lebenslauf (7 Seiten, geschrieben vermutlich Anfang der Fünfzigerjahre in der Schweiz), S. 4, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1, hier S. 4. Tatsächlich ist er im Kriegstagebuch des Wehrwirtschaftsamtes als Ia von Thomas aufgeführt: Ref. Ia, Major z.V. Pabst (keine R.D. A.-Eintragung). Auch ein weiterer GKSD-Kamerad findet sich dort, der Pionier der Technischen Nothilfe und spätere THW-Chef Lummitzsch, BA-MA, RW 19/164, Kriegstagebuch (KTB) Stab Wi-Rü-Amt, Bl. 12, Stellenbesetzung am 31.12.1939.
- 96** Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45), hrsg. von Wolfgang Birkenfeld, Boppard am Rhein 1966, S. 213.
- 97** Besprechung Major Pabst beim Chef des Stabes am 22.9.1939, BA-MA, RW 19/171, Bl. 120f.
- 98** «Anlaufen der Aktion Wesermünde. 9 Uhr Enttarnung und Besprechung des Ia Major Pabst mit Major Doehner, Hptm. Von Payr, Hptm. Pauck, Hptm. Beck, Oblt. Brandts. In der Besprechung werden die grundlegenden Befehle für die Besetzung Dänemarks und Norwegens bekannt gegeben», BA-MA, RW 19/164, KTB Stab Wi-Rü-Amt, Bl. 39. Schon im Juni/Juli gibt das KTB Major Gusovius statt Pabst als Ia an, Bl. 59 und 66.
- 99** Internationaler Militärgerichtshof (IMG), Bd. XXXI, S. 84, zitiert nach Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Bonn 1991, S. 63. Siehe auch Rolf-Dieter Müller, Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeuterkrieg, S. 188, in: Horst Boog, Jürgen Förster, Joachim Hoffmann, Ernst Klink, Rolf-Dieter Müller, Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt am Main 1991, S. 141-245. Sowie Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weissrussland 1941 bis 1944. Hamburg 1999, S. 46, Gerlach weist hier nach, dass der Hungerplan aus der Feder von Thomas stammt, den er (neben Backe) als den «Hauptarchitekt[en] des Hungerplanes» bezeichnet: S. 1114.
- 100** Als Beispiel diene die Darstellung Thomas' als reinen Widerständler durch Wolfgang Birkenfeld in der Einleitung zu Thomas' Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft: Wolfgang Birkenfeld, Der Verfasser, S.6ff., insbesondere S. 17ff. Meist basieren solche Darstellungen auf den ideologischen Erzählungen von Thomas, Gisevius und Fabian von Schlabrendorff.
- 101** Siehe Klaus-Jochen Arnold, Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im «Unternehmen Barbarossa», Berlin 2005.
- 102** Streit, Keine Kameraden, S. 62-66; Müller, Ausbeutungskrieg, S. 169-177; Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 46-49, S. 272 ff., S. 1114.
- 103** Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 46.

Kapitel X

- 1** Wertvolle Anregungen zu diesem und dem nachfolgenden Kapitel gaben die Artikel von Doris Kachulle: Der Bundesanwalt und der lettische Ehrenmann. Der Fall Dubois – neues

- Material zu einer Staatsaffäre; Ein Mörder wird geschützt. Die Bundespolizei und ihre dunkle Vergangenheit; sowie: Die Diskussion in der Schweiz 1944-1946 um die Ausweisung des Waldemar Pabst, in: Kachulle, Pabst, S. 40-50, S. 36-39 und S. 29-35. Allerdings finden sich in diesen Artikeln naturgemäss keine Quellenhinweise. Insbesondere der Hinweis auf den Caviezel-Bericht fehlt. Ein zentraler Quellenhinweis findet sich dagegen bei Hansjürg Zumstein, Waldemar Pabst. Mann der flinken Ausrede, in: Das Magazin, Wochenendbeilage des Züricher Tagesanzeigers, Nr. 12, 23./24.3.1990. Der dort noch als im Schweizer Bundesarchiv (BAR) «spurlos verschwunden» deklarierte Caviezel-Bericht ist inzwischen einsehbar. Für den Hinweis darauf danke ich Herm Raul Lautenschütz. Gleichfalls danke ich Herm Hansjürg Zumstein für weiterführende Hinweise.
- 2 Bei einer Einvernahme durch die Stadtpolizei Zürich gab Pabst fälschlich an, er sei bis 1941 Ia im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt gewesen. Einvernahme Stadtpolizei Zürich vom 7.3.1944, S. 2, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung. 3 Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25.10.1944, S. 3, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
 - 4 Kurzer Lebenslauf (undatiert, aber definitiv 1945), S. 6, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/4, ohne Paginierung.
 - 5 Brief Pabst an Tessmar vom 11.4.1969, S. 2, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/34, ohne Paginierung.
 - 6 Generaloberst Jodl vom Oberkommando des Heeres (OKH) bezeichnete Thomas am 6.6.1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als «eher pessimistische Natur», wandte sich aber gegen die bereits da vom Zeugen Gisevius verbreitete Legende, Thomas sei ein «Gegner der Kriegführung Hitlers gewesen». Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMT), Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1948, Bd. 15, S. 475.
 - 7 Rolf-Dieter Müller, Ausbeutungskrieg, S. 168f.; Roland Peter, General der Infanterie Georg Thomas, S. 252, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 1, Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998.
 - 8 Pabst behauptete später, er habe diese skeptische Einstellung von Thomas geteilt. Lebenslauf (ca. 1946), S. 4, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/5, ohne Paginierung.
 - 9 Rolf-Dieter Müller, Ausbeutungskrieg, S. 168 und Peter, General Thomas, S. 252.
 - 10 Rolf-Dieter Müller, Ausbeutungskrieg, S. 163ff.; Peter, General Thomas, S. 225; Birkenfeld, Der Verfasser, S. 21.
 - 11 Rolf-Dieter Müller, Ausbeutungskrieg, S. 165-172; Streit, Keine Kameraden, S. 62ff.
 - 12 Am 27.7.1940 schrieb er an das Wehrbezirkskommando VIII, er sei eben von einer Dienstreise (sic!) zurück und werde Montag wieder für drei Wochen (bis zum 20.8.1940) verreisen, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/10, Bl. 43.
 - 13 Nicht ganz der Wahrheit entsprechen kann die Erklärung von Walther Doehner, Pabst sei auf Befehl Hitlers im April 1940 aus der Wehrmacht entlassen worden, denn er war danach immer noch Major z. V.! Nach Doehners Erklärung habe Pabst auch, wörtlich, seine «Friedensbetätigung» bei Rheinmetall-Borsig deswegen aufgeben müssen. Erklärung Doehner vom 5.7.1954. In seiner eidesstattlichen Erklärung ist er schon vorsichtiger. Pabst sei 1940 als Generalstabsoffizier entlassen worden. Eidesstattliche Erklärung Doehner vom 20.1.1955, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/13 ohne Paginierung. Doehner war Adjutant bei General Thomas, siehe BA-MA, RW 19/164, Kriegstagebuch, KTB, Stab Wi-Rü-Amt, Bl. 12, Stellenbesetzung am 31.12.1939; Thomas, Wehrwirtschaft, S. 3.
 - 14 So berichtet Heidt 1952, Pabst habe damals vor der Beförderung gestanden, da sich

- H.[itler] jedoch die Genehmigung aller Beförderungen vorbehalten habe, erkundigte er sich, um welchen P.[abst] es sich handle. «Die Recherchen endeten damit P.[abst] von heute auf morgen aus unseren Diensten ausscheiden musste.» Brief Heidt an Köttgen vom 2.5.1952, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 15** Haage trat dabei die Hälfte seines Anteils an Pabst ab, Wenger alles. Notarsurkunde vom 10.9.1940, S. 1-4. BAR, E 7160-07 (-) 1968/54. Bd. 821, ohne Paginierung; siehe auch Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno, 25.10.1944, S. 3, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 16** Falsch als «Aussenhandel GmbH» bezeichnet bei Heller, Bircher S. 256 und Bill, Waffenfabrik, S.128. Auch Haage war an der Firma mit 25% beteiligt.
- 17** Und zwar unter Handelsunion GmbH, Caviezel-Bericht der BAW, S. 5, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 18** Original in BAR, E 7160-07 (-) 1968/54. Bd. 821, ohne Paginierung.
- 19** Ein zweites gleich lautendes ging an den Vorsitzenden des Generalrates von Görings Vierjahresplanbehörde, Staatssekretär Erich Neumann.
- 20** Caviezel-Bericht der BAW, S. If., BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 21** Exposé Messens, zitiert nach Caviezel-Bericht der BAW, S. 2, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 22** Siehe dazu die Schreiben von Messen-Jaschin an Messen-Jaschin (sic!) vom 15.1.1940 und 24.2.1940 (mit Bitte um Gegenbestätigung!), in denen sich Messen-Jaschin selbst die Aktien der Ostindustrie überträgt, falls es zur «automatischen Auflösung» im Falle einer deutschen Invasion käme! BAR, E 7160-07 (-) 1968/54, Bd. 821, ohne Paginierung.
- 23** Und eine weitere in Liechtenstein, die Vibag, «1940 gegründet, beherrscht durch Messen». Übersicht über den Fall: Ansprüche von Ing. Haage gegen Gregori Messen, S. 2, vom 5.8.1955, BAR E 7160-07 1968/54, Nr. 1180, ohne Paginierung; sowie Aktennotiz über eine Besprechung vom 31.3.1955, Zellweger/Haage, S. 1, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54, Bd. 821, ohne Paginierung.
- 24** Messen an Staatssekretär Neumann, zitiert nach Caviezel-Bericht der BAW, S. 4, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 25** Rolf-Dieter Müller, Ausbeutungskrieg, S. 193, mit Belegen aus der berüchtigten «Grünen Mappe».
- 26** Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 321, mit Belegen.
- 27** Ebd., mit Belegen, S. 323.
- 28** Denkschrift Thomas vom Februar 1941, nach Rolf-Dieter Müller, Ausbeutungskrieg, S. 192.
- 29** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Bern, 31.8.1953, S. 4, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 30** Thomas zitiert nach Caviezel-Bericht der BAW, S. 22, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 31** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Bern, 31.8.1953, S. 4, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 32** Aussage Messen, zitiert nach Caviezel-Bericht der BAW, S. 25, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.

- 33** Caviezel-Bericht der BAW, S. 25, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 34** «Schon wieder muss ich Ihre Liebenswürdigkeit in Anspruch nehmen.» Brief Pabst an Neurath vom 28.3.1944, mit Bitte um Zustellung eines Briefes an General Leyers in Como, ähnlich ein Brief vom 26.4.1944, BAR, Schweiz, E 4320(B)/1971/78, Bd. 94 ohne Paginierung. Pabst gab an, das sei alles nur für seine kranke Frau gewesen.
- 35** Brief des lettischen Generalkonsuls an Messen vom 11.11.1941, zitiert nach Caviezel-Bericht der BAW, S. 24, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 36** Brief mit Auflistung der Beweisakten von Caviezel an den Chef des Rechtsdienstes der Schweiz, Bundesanwalt C. Hänni vom 26.8.1957, S. 1-3, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 37** Caviezel-Bericht der BAW, S. 28, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 38** Brief Verrechnungsstelle an Bundesanwaltschaft vom 6.7.1945, BAR E 7160-07 1968/54, Nr. 1084, ohne Paginierung.
- 39** Brief Balsiger an Verrechnungsstelle vom 11.7.1945, BAR E 7160-07 1968/54, Nr. 1084, ohne Paginierung.
- 40** Ebd.
- 41** Brief Verrechnungsstelle an Balsiger vom 31.7.1945, BAR E 7160-07 1968/54, Nr. 1084, ohne Paginierung.
- 42** Brief Schweizer Verrechnungsstelle an Pabst vom 17.11.1945, BAR E 7160-07 1968/54, Nr. 1084, ohne Paginierung.
- 43** Brief Pabst an Verrechnungsstelle vom 21.11.1947, BAR E 7160-07 1968/54, Nr. 1084, ohne Paginierung.
- 44** Einvernahme Stadtpolizei Zürich vom 7.3.1944, S. 3, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 45** Pabst solle geäußert haben, allein bei dem Afghanistan-Geschäft sei eine Provision von 10% für die Beteiligten geflossen. Übersicht über den Fall: Ansprüche von Ing. Haage gegen Gregori Messen, S. 2, vom 5.8.1955, BAR E 7160-07 1968/54, Nr. 1180, ohne Paginierung.
- 46** Brief Gläubigerkontrolle an Weber, Deutschland-Export vom 24.3.1955, BAR, E 7160-07 (.) 1968/54, Bd. 821.
- 47** Eidesstattliche Erklärung Pabst vom 8.11.1955, Nachlass Pabst, N 620/45, ohne Paginierung.
- 48** Ebd.
- 49** Undatierter Lebenslauf (vmtl. 1948 oder 1949) im Briefwechsel Bircher-Pabst, Nachlass Bircher, Zentralarchiv Solothurn.
- 50** Aktennotiz des Chefs des Polizeidienstes der Bundesanwaltschaft vom 17.3.1941, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 51** Gesuch um Erteilung einer Einreisebewilligung in die Schweiz vom 4.3.1941, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 52** Bericht vom 1.5.1941, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 53** Messen wiederum beschrieb sein Verhältnis zu Pabst in einem Verhör der Schweizer Bundesanwaltschaft folgendermassen: «Ich verkehrte in seinem Hause [in Berlin, K.G.] als Freund.» Abhörprotokoll (d.i. Verhörprotokoll) Messen der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Bern (Bundeshaus), 2.12.1944, S. 1, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.

- 54** Einreisebewilligungen in BAR, E 4301, 1992/36, ohne Paginierung; sowie Einreisege-
such vom 5.11.1941; Bericht Stadtpolizei Zürich vom 8.3.1944, BAR, E 4320
(B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 55** Gesuch um Erteilung einer Einreisebewilligung in die Schweiz vom 5.11.1941, BAR,
E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 56** Im Original grossgeschrieben, Brief schweizerische Gesandtschaft Berlin an die Eidgenössische
Fremdenpolizei Bern, vom 24.6.1942, BAR, E 4301,1992/36, ohne Paginierung
- 57** Brief Pabst an die Visa-Stelle der schweizerischen Gesandtschaft, Berlin vom 3.11.1941,
BAR, E 4301,1992/36, ohne Paginierung.
- 58** Ebd.
- 59** Zitiert nach Hans Ulrich Jost, Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten
in der Schweiz um 1900, Zürich 1992, S. 95.
- 60** Zitiert nach einem Brief des Chefs der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und
Polizeidepartements (EJPD) Rothmund an den Schweizer Justizminister von Steiger
vom 26.9.1944, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 61** Brief schweizerische Gesandtschaft Berlin an die Eidgenössische Fremdenpolizei Bern,
vom 24.6.1942, mit Bitte um «möglichster Beschleunigung» der Visa-Angelegenheit
Pabsts, BAR, E 4301, 1992/36, ohne Paginierung. «Nationalrat Bircher» hatte zusätzlich
Pabst noch offiziell eingeladen.
- 62** Brief RA Zellweger an die Schweizer Verrechnungsstelle vom 17.3.1954 über ein Ge-
spräch des Direktors Joel der Firma Matisa mit Pabst, S. If., BAR, E 7160-07 (-) 1968/54,
Bd. 821, ohne Paginierung. Nach dem Widererwägungsgesuch seines Anwalts besorgte
er «nur» für 10 Millionen Franken Maschinen in der Schweiz. Anwalt Riva an den hohen
Bundesrat vom 30.5.1945, S. 1, BAR, E 27/1000-721,14500, ohne Paginierung. Kopie
auch in Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/4 ohne Paginierung.
- 63** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW),
Bern, 31.8.1953, S.2, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Pagi-
nierung.
- 64** Brief RA Zellweger an die Schweizer Verrechnungsstelle vom 17.3.1954 über ein Ge-
spräch des Direktors Joel der Firma Matisa mit Pabst, S. 2, BAR, E 7160-07 (-) 1968/54,
Bd. 821, ohne Paginierung.
- 65** Sein Testament von 1942 listet an zu verteilenden Geldvermögen ca. 120'000 RM (inkl.
von mindestens 30'000 RM an seinen als Testamentsvollstrecker bestimmten Bruder
Heinz) auf, wobei seinem Patenkind Juri Messen-Jaschin 10'000 RM zufallen sollten.
Ich danke Erika Poth für die Entzifferung des mit krakeliger Hand in deutscher Schrift
erstellten gemeinsamen Testaments von Helma und Waldemar Pabst. Nachlass Pabst,
BA-SAPMO, NY 4035/1, Bl. 9ff.
- 66** BAR, E 4300 (B) 1969/78/1, Heinrich Rothmund, Notiz über meine Besprechung in Ber-
lin, Hinflug Montag 12. Oktober 1942, Rückflug Freitag 6. November 1942, abgedruckt
in: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bern, Band 14 (1941-1943), bearb. von
A. Fleury, M. Cerutti, M. Perrenoud, S. 862.
www.amtsdmckschriften.bar.admin.ch/showDoc.do (8.10.2008)
- 67** Ebd.
- 68** Aus einem anderen Dokument Rothmunds geht hervor, es war der 12.10.1942, Einver-
nahme von Rothmund am 14.5.1947 im Justizgebäude Genf, Bl. 14, BAR, E 27/10064.
- 69** Siehe dazu Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 289ff., S. 585ff., S. 668ff., S. 788ff., S. 743ff.,
S. 1092ff.; Streit, Keine Kameraden, S. 128ff.; Hamburger Institut für Sozialforschung
(Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimension des Vernichtungskrieges 1941-1944,

- Hamburg 2002, S. 287-359. Joachim Hoffmann bezeichnet noch 1983 in seinem Aufsatz Die Kriegsführung aus der Sicht der Sowjetunion (sic!) «die grosse Zahl an Verhungerten» in Leningrad (die er nicht nennt, es waren aber zwischen 650'000 und einer Million) als «tragisch» und fügt hinzu, «moralische Vorwürfe gegen die deutschen Truppen entbehren jeder Grundlage», S. 877, in: Boog, Förster, Hoffmann, Klink, Müller, Ueberschär (Hrsg.), Angriff auf die Sowjetunion.
- 70** Brief Rothmund an seinen Chef, den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (also nach deutschen Massstäben dem Justizminister) und Bundesrat Edmund von Steiger vom 26.9.1944, S. If., BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung. Pabst habe sich bei einem Spaziergang im Jahr 1943 dann auch für seinen «Vertrauensmann in der Schweiz» Herm Messen eingesetzt.
- 71** Siehe Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 1104-1025.
- 72** Brief Rothmund an Justizminister Edmund von Steiger vom 26.9.1944, S. 3, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 73** Volksrecht vom 23.9.1944, Nr. 224, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 74** Brief von Steiger an die Bundesanwaltschaft und an den Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Rothmund, vom 18.10.1944, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 75** Brief von Steiger an die Bundesanwaltschaft vom 26.9.1944, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 76** Hervorhebung im Original, Brief Schweizerisches Armeekommando an die Bundesanwaltschaft in Bern vom 31.10.1944, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 77** Ebd. Hervorhebungen im Original.
- 78** Insofern kann der Feststellung von Doris Kachulle nicht zugestimmt werden, dass Pabsts Beziehungen zur SS «belegbar» seien, Kachulle, Pabst, S. 32. Vermutlich hatte das Armeekommando tatsächlich die Information aus einer Moskauer Radiosendung (auf Bulgarisch) vom 18.4.1945: «Der bekannte dt. Major Pabst, der Vertrauensmann Hitlers (sic!), ist in der Schweiz eingetroffen, wo er den unterirdischen Nazi widerstand organisiert. Auf Befehl von Himmler sind die engsten Mitarbeiter Himmlers in der Schweiz, Spanien und Schweden eingetroffen.» Aus: Das Wichtigste aus dem Tagesrapport Nr. 1137 vom 19.4.1945, S. 6, BAR, E 2001D-1000/1553, Bd. 266, ohne Paginierung
- 79** Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Schweizerischen Bundesrates vom 13.7.1945, S. 6, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 80** So die Vermutung von Doris Kachulle. Für die von ihr ausgesprochene Vermutung, Pabst habe mit dem berüchtigten «Devisenschutzkommando» zusammengearbeitet, Kachulle, Pabst, S. 39, liessen sich keine Belege finden. Weitere Nachforschungen in Paris würden den Rahmen dieser Arbeit sprengen.
- 81** So Pabst wörtlich über seinen Auftraggeber in einem Brief an das Schweizer Justizministerium vom 28.3.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 82** Brief Pabst an Bircher vom 14.5.1941, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 83** Brief Pabst an Schweizer Bundesanwaltschaft vom 6.4.1946, S. If., BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 84** Laut Franziska Pabst wurde sie 6 Wochen festgehalten. Betr. Ehen des W. Pabst, II. Teil von Franziska Pabst (23./24.10.1981), Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/1 ohne Paginierung.
- 85** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW),

- Locarno, 12.12.1944, S.7, BAR, E 4320(B) 1971/ 78, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 86** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Feisst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Bern, 2.12.1944, BAR, E 4320(B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 87** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Bircher der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Aarau 30.11.1944, S. 1, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 88** Alle Zitate aus Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Bircher der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Aarau, 30.11.1944, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 89** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Messen-Jaschin der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Bern (Bundeshaus), 2.12.1944, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 90** Bericht Hess (BAW) vom 14.12.1944, S. 2, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 91** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Ledebour der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Bern, 8.12.1944, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 92** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Crispian der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Bern (Bundeshaus), 8.18.1944, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 93** Bericht Hess (BAW) vom 14.12.1944, S. 3, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 94** Brief Rothmund an von Steiger vom 11.1.1945, S. 3, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 95** Brief Bircher an von Steiger vom 12.1.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 96** Pabst hatte dies übrigens nicht geltend gemacht, sondern seine Schweizer Förderer. Er hatte angegeben, dass mehrere seiner Freunde den Ereignissen des 20. Juli zum Opfer gefallen seien, er selbst sei aber «weder direkt noch indirekt» an «den Vorbereitungen vom 20.7.1944» beteiligt gewesen. Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno, 25.10.1944, S. 7, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 97** Alle Zitate aus einem Brief von Steiger an Balsiger und Rothmund, S. If., BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 98** Brief Bircher an Pabst vom 23.10.1944, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6, ohne Paginierung.
- 99** Gedruckte Danksagung Pabsts an Inspektor Hess (BAW) für dessen Kondolenz, mit Poststempel Locarno vom 23.2.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 100** Kein Asyl für Unwürdige. Der Fall Pabst, in: Arbeiterzeitung (Sozialdemokratisches Tagblatt) Nr. 77 vom 3.4.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 101** Brief Ilsemann an Pabst vom 26.3.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 102** Bemerkungen zum Schreiben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 28.3.1945, S. 1-4, hier S. 4, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.

- 103** Brief des Armeekommandos der schweizerischen Armee an die Schweizer Bundesanwaltschaft vom 7.4.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 104** Brief von Steiger an Pabst vom 30.4.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 105** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25.10.1944, S. 7, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 106** Walther Doehner gibt an, Thomas habe Pabst schon Mitte 1943 im Auftrag von Canaris gewarnt, der Sicherheitsdienst (SD) habe den Aufenthalt Pabsts festzustellen und dass mit seiner Verhaftung aufgrund seiner politischen Tätigkeit (von 1934?) anstehe. Aber warum gerade 1943 und nicht 1934 oder 1939 oder 1940? Wo doch Pabst nach eigenen Angaben nicht aktiv im Widerstand war. Eidesstattliche Erklärung Doehner vom 20.1.1955. Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/13 ohne Paginierung. Im Verhör 1944 gibt er sogar noch Prof. Sauerbruch als Warner an, Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Locarno 25.10.1944, S. 7, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 107** Siehe Pabsts penibles, vermutlich als Beweis seiner Bemühungen geschriebenes Tagebuch über seinen Versuch, in die amerikanische oder englische Zone zu kommen: «Tätigkeit für gesicherte Ausreise» vom 28.5.1945-6.9.1945, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/11, ohne Paginierung.
- 108** Brief Pabst an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) vom 4.5.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 109** Brief von Steiger an Pabst vom 16.6.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 110** Briefe Pabst an Hess (BAW) vom 14.5.1945 und 3.6.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 111** Taufurkunde vom 3.7.1945, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/11, ohne Paginierung.
- 112** Brief Pabst an Hess (BAW) vom 12.7.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 113** Georg Hodel, Das «Octogon»-Komplott, in: Konkret, 3/2000.
- 114** Brief Verrechnungsstelle an Bundesanwaltschaft vom 4.6.1945, BAR E 7160-07 1968/54, Nr. 1084, ohne Paginierung.
- 115** Kopie Abhörprotokoll (d.i. Verhörprotokoll) Plappert der Schweizer Bundesanwaltschaft (BAW), Bern, vom 13.10.1953, Handapparat Pabst, Ordner 34, Nachlass Kachulle, SfS-Archiv.
- 116** Auszug aus dem Protokoll des Schweizer Bundesrates vom 13.7.1945, S. 1 – 7, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 117** Brief Pabst an Hess (BAW) vom 3.8.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 118** Brief Pabst an Wirth ohne Datum (vmtl. Mai 1945), BA-Ko, Nachlass Wirth, N 1342/30, ohne Paginierung.
- 119** Briefe Pabst an Wirth vom 16.5., 23.5., 14.6. und 25.6.1945, BA-Ko, Nachlass Wirth, N 1342/30, ohne Paginierung.
- 120** Brief Pabst an Wirth vom 12.8.1945, S. 2, BA-Ko, Nachlass Wirth, N 1342/30, ohne Paginierung.
- 121** Brief Pabst an Wirth vom 18.6.1945, S. 1, BA-Ko, Nachlass Wirth, N 1342/30, ohne Paginierung.

- 122** Brief Pabst an Wirth vom 25.6.1945, BA-Ko, Nachlass Wirth, N 1342/30, ohne Paginierung.
- 123** Brief Pabst an Wirth vom 18.6.1945, S. 2, BA-Ko, Nachlass Wirth, N 1342/30, ohne Paginierung.
- 124** Brief Pabst an Wirth vom 5.10.1945, BA-Ko, Nachlass Wirth, N 1342/30, ohne Paginierung.
- 125** Brief Pabst an Wirth vom 21.8.1945, S. 4, BA-Ko, Nachlass Wirth, N 1342/30, ohne Paginierung.
- 126** Brief Pabst an Balsiger vom 17.10.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 127** Internierungsregime der Bundesanwaltschaft vom 8.10.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 128** Brief Pabst an die Gesandtschaft der USA in der Schweiz vom 8.9.1945, S. 1, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/4 ohne Paginierung.
- 129** Ebd., S. 2. Er vergass auch nicht zu erwähnen, dass sein Bruder Heinz (er lebte inzwischen in Cincinnati) mit einer Amerikanerin verheiratet und seine Schwester sogar amerikanische Staatsbürgerin sei. Schulze-Gaevernich gab übrigens 1947 in Zürich auch das Buch «Offiziere gegen Hitler» des Widerständlers und späteren deutschen Verfassungsrichters Fabian von Schlabrendorff heraus. Das Buch ist ein Grundstein der ideologischen Erzählungen über den militärischen Widerstand und mit zahlreichen Unwahrheiten gespickt. Noch heute wird es quellenunkritisch zitiert.
- 130** Brief Pabst an Hess (BAW) vom 18.12.1945, siehe auch Brief Balsiger (BAW) an die Eidgenössische Polizeibehörde vom 20.12.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 131** National Zeitung Basel, Nr. 598, vom 27.12.1945, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung. Sogar die französische Presse berichtete darüber und über Pabst «un des chefs de la sinistre Sainte-Vehme composée de précurseurs du nazisme et un des organisateurs de l'assassinat de Rosa Luxembourg.» Voix Ouvrière Nr. 2 vom 2.1.1946.
- 132** Schweizerisch für Pate.
- 133** Bircher selbst war der Hauptorganisator der berüchtigten Schweizer Ärztemission als Unterstützung der deutschen Kriegsführung in der Sowjetunion.
- 134** Arbeiterzeitung (offizielles Organ der sozialdemokratischen Parteien Basels), Nr. 37 vom 13.2.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 135** Brief RA Zellweger an die Schweizer Verrechnungsstelle vom 17.3.1954 über ein Gespräch des Direktors Joel der Firma Matisa mit Pabst, S. If., BAR, E 7160-07 (-) 1968/ 54, Bd. 821, ohne Paginierung.
- 136** Strafantrag RA Leonardo Gander (namens Sfindex und Messen-Jaschin) gegen Unbekannt vom 28.6.1957, S. 2, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 137** Zumstein, Pabst, S. 47.
- 138** Attest von Dr. med. M.S. Meyer vom 15.1.1946, S. 1-2, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 139** Brief von Steiger an Balsiger (BAW) vom 18.1.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 140** Brief Pabst an Bundespolizei Bern vom 20.1.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 141** Zumstein, Pabst, S. 48.

- 142** Brief Bundespräsident von Steiger an Balsiger (BAW) vom 29.1.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 143** Brief Balsiger (BAW) an Bundespräsident von Steiger vom 28.3.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 144** Brief Bundespräsident von Steiger an Balsiger (BAW) vom 29.3.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 145** Brief des eidgenössischen politischen Departements – Abteilung für Auswärtiges (Unterschrift unleserlich) an Bundespräsident von Steiger vom April 1946 (kein Tag eingetragen), BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 146** Aktennotiz Hess (BAW) vom 8.4.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 147** Aktennotiz Hess (BAW) vom 18.4.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 148** Brief Walther Lohmeyer an Pabst vom 9.2.1946, Nachlass Pabst BA-MAN 620/13, ohne Paginierung.
- 149** Ärztliches Attest von Dr. med. M. S. Meyer vom 17.4.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 150** Aktennotiz Hess (BAW) vom 18.4.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 151** Baseler Landschäftler, Nr. 149 vom 28.6.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 152** Brief Bundespräsident von Steiger an die Bundesanwaltschaft vom 3.6.1948, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 153** Anfrage des Politischen Departements an die Bundesanwaltschaft vom 3.1.1947, BAR, E 4320 (B) 1971/ 78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 154** Brief Bundespräsident von Steiger an die Bundesanwaltschaft vom 3.6.1948 und Aktennotiz Hess (BAW) vom 10.6.1948, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 155** Bericht vom 14.2.45, BAR, E 27/10 206 ohne Paginierung.
- 156** Dies hatte Messen-Jaschin dem Staatssekretär Neumann in Görings Vierjahresbehörde berichtet, Caviezel-Bericht, S. 4, BAR, E 4301-1992/134, Az. C.26.10, ohne Paginierung.
- 157** Ebd.
- 158** Diels traf am selben Tag auch Hans Bernd Gisevius im selben Hotel. Nachrichtendienst des Polizeikorps des Kantons Zürich an das Polizeikommando vom 15.1.1944 (nach Telefonbericht Balsiger), BAR, E 4320 (B) 1973/17, Bd. 46, ohne Paginierung.
- 159** Brief Bircher an Pabst vom 23.10.1944 («beantwortet 27.10.»), Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6 ohne Paginierung. Der Brief findet sich im Nachlass Bircher in Solothurn nicht.
- 160** Brief Pabst an Bircher, vom 9.2.1948 und vom 13.2.1945, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 161** Brief Pabst an Bircher vom 26.7.1946, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn. Thomas starb am 29.12.1945 in einem ehemaligen Offizierserholungsheim in Falkenstein im Taunus (Birkenfeld, Der Verfasser, S. 5), laut Pabst an Knochentuberkulose. Er war am 11.10.1944 von der Gestapo wegen Verdacht auf Beteiligung an der Militäropposition verhaftet worden. Ende April nahmen ihn amerikanische Truppen in Tirol in Gewahrsam. In diesem Gewahrsam verfasste er diverse Rechtfertigungsschriften. Eine davon (Gedanken und Ereignisse, Falkenstein 1945, S. 1-17) findet sich im Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/6, ohne Paginierung.

- 162** Zitiert nach Heinz Höhne, *Canaris. Patriot im Zwielficht*, München 1976, S. 569.
- 163** Brief Pabst an Bircher vom 13.2.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 164** Brief Pabst an Bircher vom 20.2.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 165** Brief Pabst an Bircher vom 30.1.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 166** Schon 1947 hat sich der alte Besitzer Fritz Mandl bei Pabst gemeldet und sich nach der Fabrik erkundigt. «Es ist möglich, dass die Waffenfabrik Solothurn das hiesige Kriegsministerium interessiert», schrieb er als Frederico Mandel aus Buenos Aires, Brief Mandl an Pabst vom 16.5.1947, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/38, ohne Paginierung.
- 167** Abschrift Brief Pabst an Evangelidis vom 28.8.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 168** Brief Pabst an Schweizer Bundesanwaltschaft vom 6.4.1946, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 169** Briefe von Pabst an Bircher vom 23.7.1948, 27.7.1948, 9.8.1948, 7.10.1948, sowie Aktennotiz Pabst vom 3.8.1948, Brief Pabst an Arx vom 26.8.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn. Zu Arx siehe Bill, *Waffenfabrik*, S. 31, 48, 53, 58.
- 170** Dieter Ertel berichtete, dass er als junger Flakhelfer an solchen Geschützen Dienst tun musste, Interview mit Dieter Ertel 2007.
- 171** Abschrift Brief Arx und Obrecht an Pabst vom 27.8.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 172** Abschrift Brief Pabst an Arx vom 21.10.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 173** Abschrift Brief Pabst an Arx vom 15.11.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn. Siehe auch Bill, *Waffenfabrik*, S. 92f.
- 174** Brief Pabst an Bircher vom 15.8.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 175** Brief Pabst an Bircher vom 30.12.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 176** Brief Pabst an Bircher vom 5.3.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 177** Brief Pabst an Bircher vom 14.9.1948, S. 1, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 178** Ebd., S.2.
- 179** Brief Pabst an Bircher vom 7.10.1948, S. 1, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 180** Ebd., S. 2. Vielleicht spielte auch eine Rolle, dass Wirth ein Gegner von Adenauers Westseparation und eine seiner Organisationen von der gerade entstehenden SED finanziert war.
- 181** Brief Pabst an Bircher vom 21.10.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 182** Brief Pabst an Bircher vom 14.12.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 183** Er habe Gisevius im Hotel Eden (sic!) in Zürich kennengelernt. General Oster hatte ihn gebeten, mit Gisevius anlässlich seiner Geschäftsreise Kontakt aufzunehmen. Aussage Pabst vor dem Untersuchungsrichter Major Fürst vom 13.5.1947, BAR, E 27/10064, ohne Paginierung.
- 184** Undatierter Lebenslauf (vmtl. 1948 oder 1949) im Briefwechsel Bircher-Pabst, Nachlass Bircher, Zentralarchiv Solothurn. Ähnlich in einem Lebenslauf vom 27.12.1946 («Kurze Zusammenfassung meiner Tätigkeit seit 1918»), S. 4, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/4, ohne Paginierung.
- 185** Brief Gisevius an Pabst vom 5.1.1946, Nachlass Gisevius, Archiv für Zeitgeschichte der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich I 4.6-10. Für die Vermutung von Doris Kachulle, Pabst habe vielleicht im Auftrag Himmlers Fühlung mit Dulles auf-

- genommen, fand sich kein Beleg. Doris Kachulle Dienste III, Exzerpt-Sammlung im elektronischen Nachlass. Nachlass Kachulle, SfS-Archiv.
- 186** Horst Zimmermann, Schweiz und Grossdeutschland. Das Verhältnis zwischen der Eidgenossenschaft, Österreich und Deutschland 1933-1945, München 1980, S. 461
- 187** «Ich habe nach meiner Rückkehr aus Paris die Verbindung mit den von Ihnen genannten Herren angeknüpft, insbesondere auch mit Dr. G.» Dafür kommt nur Gisevius in Frage. Brief Pabst an Bircher vom 14.5.1941, Zentralarchiv Solothurn, Nachlass Bircher. Gisevius war es auch gewesen, der Pabst (entgegen Canaris) angewiesen hatte, Militärattaché Burckhardt über die Kopieraktion der Gestapo zu unterrichten. Aussagen von Burckhardt, Pabst und Gisevius (alle am 13.5.1947 vor Major Fürst). Burckhardt gab wiederum an, Pabst habe sich deswegen nie in Lebensgefahr begeben. Brief Burckhardt an Major Bracher vom 4.9.1945, alles: BAR, E 27/10064, ohne Paginierung.
- 188** Brief Kranzbühler an Pabst vom 31.3.1948, BA-MA, Nachlass Pabst, N 620/48, ohne Paginierung.
- 189** Brief Pabst an Kranzbühler vom 12.4.1948, ebd.
- 190** Sie wurden allerdings schon nach wenigen Jahren amnestiert. Siehe auch: Der Spiegel, Nr. 1 vom 4.1.1947 und Nr. 10 vom 8.3.1947 (online abrufbar); Sabrow, Verdrängte Verschwörung, S. 78.
- 191** Brief Pabst an Bircher vom 26.7.1946, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 192** Brief Kranzbühler an Pabst vom 19.4.1948, BA-MA, Nachlass Pabst, N 620/48, ohne Paginierung.
- 193** Brief/Weihnachtskarten Pabst an Bircher vom 26.11.1949 und 27.12.1949, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 194** Brief Pabst an Bircher vom 13.1.1949, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn
- 195** Ebd.
- 196** Folgendes nach Susanne Meinel/Dieter Krüger, Der Politische Weg von Friedrich Wilhelm Heinz. Vom Freikorpskämpfer zum Leiter des Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 42, H1, 1994, S. 39-69, hier S. 55 ff.
- 197** Benannt nach ihrem Leiter Theodor Blank (Mitbegründer der CDU).
- 198** Ebd., S. 57.
- 199** Ebd.
- 200** US Army Intelligent and Security Command (ISC), Vermerk vom 25.2.1953, File Waldemar Pabst, Bl. 37, zitiert nach Meinel, Heinz, S. 58. Meinel kommt allerdings nicht umhin, in diesem Zusammenhang die ideologische Erzählung vom altkonservativen «Hitler-Gegner» Pabst (ohne Beleg) zu kolportieren.
- 201** ISC, Agent Report, vom 23.2.1951, File Waldemar Pabst, Bl. 197, zitiert nach Meinel, Heinz, S. 58.
- 202** Siehe die Pabstbriefe an Bircher vom 13.1., 4.2., 29.6., 12.7., 8.11., 26.11., 27.12.1949 und 27.3., 29.3., 15.4., 1.9., 11.9., 20.9., 27.9., 5.11., 24.11., 4.12.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 203** Brief Pabst aus Deutschland an Bircher vom 26.11.1949, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 204** Dies hängt wohl damit zusammen, dass beide Kontakt zur sogenannten Eisernen Division und zu Major Bischoff hatten. So nennt die Münchner Post am 6.4.1920 einen Kontaktmann Pabsts Berthold, obwohl es sich hier wohl um Berchtold handelt. Falsch auch bei Könnemann/Schulze, 2002, Dokument 317, S. 454ff.
- 205** Abhörprotokoll (d. i. Verhörprotokoll) Pabst der Schweizer Bundesanwaltschaft

- (BAW), Locarno, 12.12.1944, S.1, BAR, E 4320 (B) 1971/78, Bd. 94, Dossier C.2.5868, ohne Paginierung.
- 206** Brief Pabst an Bircher vom 20.9.1949, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn. Um die Verwirrung perfekt zu machen, kann es sich damit nicht um Joseph Berchtold handeln, der auch schon früh in der Freikorps- und Nationalen Bewegung Bayerns vornehmlich als SA-Führer und Leibwächter Adolf Hitlers tätig war und es später zum ersten Reichsführer SS brachte (aber bald abgelöst wurde). Joseph Berchtold flüchtete jedoch nach dem Hitler/Ludendorff-Putsch im November 1923 nach Tirol, vermutlich zu Pabst.
- 207** Abschriften der Briefe von Berchtold/Mayer an Pabst vom 27.7.1948 und 7.8.1948, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 208** Brief Fricke an Walter Lohmeyer, zitiert nach Polizeikorps des Kanton Zürichs an den Leiter des Nachrichtendienstes Zürich, betrifft: Postkontrolle gegen Strasser-Schütz, Gertrud vom 18.10.1950, S. 9, BAR, E 4320 (B) 1970/25. Az. 2 (C.2.102).
- 209** Brief Pabst an Fricke, zitiert nach Polizeikorps des Kanton Zürichs an den Leiter des Nachrichtendienstes Zürich, betrifft: Postkontrolle gegen Strasser-Schütz, Gertrud vom 30.11.1950, S. 1, BAR, E 4320 (B) 1970/25. Az. 2 (C.2.102). Die Schwarze Front war der dilettantische Versuch einer faschistischen Untergrundorganisation gegen Hitler in Prag ab 1933, die aber an Streitereien sowie der Unfähigkeit und Eitelkeit Strassers kläglich scheiterte.
- 210** Abschrift der Kantonspolizei Zürichs (Nachrichtendienst) des Exposé «Vorschlag zur Gründung einer Antikomintern» (von Pabst), vom 30.11.1950, S. 2-7, Hier S. 4, BAR, E 4320 (B) 1970/25. Az. 2 (C.2.102).
- 211** Am 16.4.1948 berichtete dies die Stuttgarter KPD-Zeitung Unsere Stimme. «Die Leute haben etwas gerochen», schrieb Hahn daraufhin am 27.4.1948 an Bircher, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 212** Ebd., S.6.
- 213** Brief Strasser an Fricke, zitiert nach Polizeikorps des Kanton Zürichs an den Leiter des Nachrichtendienstes Zürich, betrifft: Postkontrolle gegen Strasser-Schütz, Gertrud vom 11.12.1950, S. 3, BAR, E 4320 (B) 1970/25. Az. 2 (C.2.102).
- 214** Ausführlich zum FWH-Dienst siehe Meinl, Heinz, S. 55ff. und zu Heinz: Meinl, Nazis gegen Hitler.
- 215** Aktennotiz Hess (BAW) vom 5.12.1950, BAR, E 4320 (B) 1970/25, Az. C. 2.5868/He + C.2. 102/He, ohne Paginierung.
- 216** Brief Pabst an Bircher vom 2.2.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 217** Meinl, Heinz, S. 62.
- 218** Schon am 3.11.1950 berichtete Pabst an Bircher, dass Heinz um «die Behauptung seiner Position» kämpfe, «die durch die Entlassung seines Chefs, des Grafen Schwerin, gefährdet ist». Brief Pabst an Bircher, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 219** Meinl, Heinz, S. 60.
- 220** Brief Pabst an Bircher vom 27.11.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn. Hahn starb 1952.
- 221** Brief Pabst an Bircher vom 21.11.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 222** Brief Fremdenpolizei an Pabst vom 10.6.1953, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/4 ohne Paginierung.

Kapitel XI

- 1 Brief Pabst an de Fries vom 28.12.48, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/38, ohne Paginierung.
- 2 Brief de Fries an Pabst vom 6.1.49, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/38, ohne Paginierung.
- 3 Brief Pabst an Spiecker vom 19.8.1949, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/11, ohne Paginierung.
- 4 Brief Pabst an Adenauer vom 1.6.1949, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/11, ohne Paginierung.
- 5 Osters Stern fiel auch merklich. Er wurde schliesslich Militärattaché in Spanien und veranlasste 1962 in der sogenannten Spiegelaffäre, nach einem Anruf von Franz-Josef Strauss, die Verhaftung des im Spanienurlaub befindlichen Spiegel-Redakteurs Conrad Ahlers.
- 6 Abschrift Brief Mandel an Pabst vom 30.10.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 7 Brief Pabst an Bircher vom 3.11.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 8 Brief Pabst an Bircher vom 13.7.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 9 Brief Pabst an Bircher vom 13.8.1950 und 3.11.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn. Pabst versuchte dazu auch vorher Oberländer zu erreichen und tat das wohl auch über seinen Freund Paul Schaufelberger.
- 10 Brief Pabst an Bircher vom 2.4.1952, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 11 Brief Pabst an Bircher vom 18.11.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 12 Briefe Pabst an Bircher vom 6.10., 18.11. und 21.11.1950, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 13 An die Gewehre! Zur Remilitarisierung Deutschlands. Aufruf von Otto Strasser, als Beilage eines Briefes von Fricke an Pabst vom 8.11.1950. Kopie des Polizeikorps des Kantons Zürich an den Leiter des Nachrichtendienstes Zürich, betrifft: Postkontrolle gegen Strasser-Schütz, Gertrud, BAR, E 4320 (B) 1970/25. Az. 2 (C.2.102). Eine weitere Kopie des Aufrufs befindet sich auch im Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.
- 14 Auszug Brief «von mir [Pabst] an einen deutschen Politiker [Otto Strasser]» vom 10.11.1950, ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Brief Pabst an Grabowsky vom 27.4.1954, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/39, ohne Paginierung. Grabowsky hatte ebenfalls eine exorbitante Karriere hinter sich. Nach GKSD, Nationaler Vereinigung und dem Montagsblatt von Kapitän Ehrhardt landete er 1938 als Jude im KZ Oranienburg, wo ihn nach eigenen Angaben Canaris herausholte. In Dänemark arbeitete er als Agent für die Abwehr und logierte im besetzten Paris in den Luxus-hotels Majestic und Deux Mondes der Nazis. «Es sei höchst unwahrscheinlich», meinten die ihn nach dem Krieg Verhörenden, «dass Grabowsky eineinhalb Jahre im Hotel Majestic gewohnt hat, ohne irgendwelche Aufträge zu erledigen». Aktennotiz Fall Grabowsky undatiert (vmtl. 1945) auf Deutsch aus Frankreich, BA-SAPMO, RY 61 V 232/70.
- 17 Brief Pabst an Schiele, Rheinmetall-Borsig AG vom 7.8.1949, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/11, ohne Paginierung.
- 18 Brief Schiele, Rheinmetall-Borsig AG 10.11.49, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/11, ohne Paginierung.
- 19 Brief Pabst an Bircher vom 22.12.1951, siehe auch Brief vom 2.4.1952, Nachlass Bircher, Zentralbibliothek Solothurn.

- 20** Spezialbericht (streng vertraulich) der Detektei W. Schimmelpeng an den Direktor der Rheinmetall-Borsig Köttgen von 4.6.1952, S. 1-4, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3, Rheinmetall-Borsig AG, Vorgang Horst-Pabst 1952,
- 21** Brief Witten, Vorstandsvorsitzender an Köttgen, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 22** Brief Horst, West-Handels-Kontor an Witten vom 19.4.1952, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 23** Hubert Hundt, Von der erzwungenen Konversion zur Rekonversion. Zur Unternehmenspolitik von Rheinmetall nach dem Zweiten Weltkrieg, Magisterarbeit, Bochum 1995, S.75.
- 24** Brief Köttgen an Heidt vom 19.4.1952, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 25** Brief Heidt an Köttgen vom 2.5.1952, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 26** Brief Westrick an Köttgen vom 25.6.1952, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 27** Brief Köttgen an Westrick vom 28.6.1952, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 28** Brief Pabst an Köttgen vom 21.7.1952, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 29** Brief Pabst an Köttgen vom 7.9.1952, Rheinmetall AG, Konzernarchiv, B 304.3.
- 30** Klein war auch in die Affäre um den Schützenpanzer HS 30 der Firma Hispano Suiza verwickelt, genauso wie Pabsts Freund Schaufelberger. Eine Analyse dieses Falles kann hier nicht geleistet werden.
- 31** Brief Pabst an Winschuh, 25.10.1955. Kopie aus Ba-Ko im Nachlass Kachulle, SfS-Archiv.
- 32** Bestätigung der angeblichen «Hitlergegnerschaft» Pabsts durch Schaufelberger vom 24.3. 1956, Nachlass Pabst, BA-MA 620/13, ohne Paginierung. «Im Gegensatz zu vielen anderen Hitlergegnern, denen ich i.d. Schweiz begegnet bin, wusste Herr Direktor Pabst aber würdig und sauber zu unterscheiden zwischen Hitlergegnerschaft und nationaler Haltung.»
- 33** Der Spiegel 27/1961 vom 28.6.1961, S. 37.
- 34** Im Nachlass Pabsts im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg gibt es dazu mehrere Mappen: BA-MA, N620/40 und 41, ohne Paginierung.
- 35** Brief Pabst an Rühle vom 12.8.1964, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/13, ohne Paginierung.
- 36** Brief Pabst an Knigge vom 2.8.1965, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 37** Mit dem grossen Raketen-Bau ehemaliger Peenemünder Spezialisten für Nasser hatte Pabst aber offensichtlich nichts zu tun.
- 38** Brief Pabst an Knigge vom 2.8.1965, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 39** Brief Pabst an Behrens vom 23.2.1966, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/37, ohne Paginierung.
- 40** Brief Pabst an von Beschwitz vom 1.7.1966, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/34, ohne Paginierung.
- 41** In einem Brief an seinen Anwalt Eberhart Roethe äusserte Pabst dazu, er habe deswegen einigen Stunk mit dem Innenministerium, Brief Pabst an Roethe vom 29.6.1965, Nachlass Pabst, N 620/40, ohne Paginierung.
- 42** Brief Heinz an Pabst vom 11.3.1966, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/34, ohne Paginierung.
- 43** Brief Pabst an Knigge vom 18.1.1966, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 44** Entwurf von Pabst vom August 1964, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.

- 45** Brief Pabst an Guan vom 28.9.1964, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 46** Brief Pabst an Steinrück vom 28.10.64, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 47** Brief Pabst an Steinrück vom 28.10.1964, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 48** Brief Chi Tsun «Vertraulich» an Pabst vom 2.2.1965, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 49** Kopie Brief Steinrück an Carmel Office in New York 5th Ave. vom 4.2.1965, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 50** Ebd.
- 51** Brief Steinrück an Pabst vom 10.3.1970, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 52** Brief Schaufelberger an Franziska Pabst vom 28.8.1970, BA-MA, N 620/41, ohne Paginierung.
- 53** Es wurden in diesem Abschnitt hauptsächlich neuere Erkenntnisse aus dem Archiv der BStU verwertet.
- 53** Jogiches, Rote Fahne vom 12.2.1919 (teilweise abgedruckt bei Hannover, Mord, S. 55).
- 54** Brief Noske an Seipel vom 18.10.1928, Nachlass Noske, BA-SAPMO, NY 4056/7, Bl. 11-13.
- 56** Vgl. «Das Tagebuch», 9. Jg., 1. Halbjahr 1928, S. 471-473; «Berliner Tageblatt» vom 20.4.1929. Josef Bornstein, Mit Reichsanwalt Joms vor Gericht, in: «Das Tagebuch», 10. Jg. 1. Halbjahr 1929, S. 676; LAB, Rep. 58, Nr. 59, Bd. 2, Bl. 110ff.; «Leipziger Volkszeitung» vom 14.2.1930. Siehe auch: Dokumentation SDR, S. 1168, sowie «Berliner Tageblatt», vom 8./9./25.7.1930; «Vorwärts» vom 8.7.1930; «Montag Morgen» vom 14.7.1930; Hannover, Mord, S. 169; BA-MA, PH 8V/Bd. 24, Urteil S. 211; Dr. Wenzel, Dokumentation SDR, S. 1169; Urteil LG Stuttgart, S. 107, Dokumentation SDR S. 1051. Die Urteile der drei Joms-Prozesse und weiteres Material sind enthalten in: LAB, Rep. 58, Nr. 59, 7 Bde., siehe auch BA-MA, PH 8V/Bd. 24. Aufschlussreich sind auch die Zeitungsausschnittsammlungen des Reichsgerichts vom Februar bis Juli 1930, Gen. Akten II147 b, BA-Berlin und des «Stahlhelm», BA-Berlin, 61 Sta 1, Nr. 2040. Fotos aus dem Gerichtssaal des zweiten Joms-Prozesses, «Blick in die Welt» vom 8.2.1930, in: BA-SAPMO, NY 4001/19, Bl. 117f. Eine sehr gute Einführung ist die Sammlung in: Hannover, Mord, S. 133-178.
- 57** Brief Generalstaatsanwalt an den preussischen Justizminister vom 30.6.1928, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 17, Bl. 130.
- 58** Brief Reichsjustizminister Koch-Weser an den preussischen Justizminister vom 28.8.1928, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 17, Bl. 131 – 133.
- 59** Brief Rote Fahne an das Preussische Justizministerium und an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II vom 27.4.1929, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 17, Bl. 152f.
- 60** 26. Sitzung des Reichstags vom 14.2.1931, Ausschnitt in: BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 31, Bl. 239.
- 61** Thaer, Generalstabsdienst, S. 286f. Ähnlich S. 285.
- 62** Paul Levi, Der Verdacht Pabst, AZ, Wien, Nr. 136 vom 17.5.1929, S. If.
- 63** Strafanzeige vom 24.11.1929, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 29, Bl. 167.
- 64** Begründung der Verfahrenseinstellung vom 20.2.1930, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 31, Bl.188-191.
- 65** Die Welt am Montag, Nr. 12, vom 24.3.1930, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 31, Bl. 184.

- 66** Begründung der Verfahrenseinstellung vom 24.6.1930, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 31, Bl. 197.
- 67** Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HStA), Spruchkammerakten Heinrich Stiege, Abt. 520 F/A 409-499.
- 68** Persönliche Auskunft von Günther Nollau am 13.12.1989. Wilhelm Pieck war von 1949 bis 1960 Staatspräsident der DDR.
- 69** Erich Wollenberg berichtete 1951 von einer Untersuchung, die Hans Kippenberger im Auftrag von Ernst Thälmann 1931 gegen Pieck eingeleitet habe. Erich Wollenberg: Der Apparat. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn ca. 1951, S. 17, Anm. 3.
- 70** Persönliche Mitteilung Nollau, siehe auch Nollaus Aussage vor dem LG Stuttgart 1969, in: Dokumentation SDR, S. 843ff., sowie Der Spiegel, Nr. 1/1970.
- 71** Neues Deutschland vom 17.1.1970, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 2, Bl. 109.
- 72** Der Stern, Nr. 47 vom 16.1.1961.
- 73** Das Deutsche Wort, Nr. 1 vom 5.1.1962.
- 74** Memorandum vmtl. von Kaul; Brief Kaul an Rehahn (ZK der SED) vom 20.3.1962, Rehahn an Kaul vom 23.3.1962 und Vollmacht Sonja Liebknecht für Kaul und Anzeige Kaul vom 2.4.1962, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 1, Bl. 117-133.
- 75** Brief Rehahn an Kaul vom 2.4.1962, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 1, Bl. 134.
- 76** Interview Pabst, in: «Ich liess Rosa Luxemburg richten», Der Spiegel, 18.4.1962, 16 (1962), S. 38-44. Online: <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=45139766> (20.9.2008).
- 78** Zur Diskussion, ob Pieck ein Geheimnisverräter war, siehe Gietinger, Leiche, S. 88ff.
- 79** Telefonische Mitteilung von Martin Virchow, 1991.
- 79** Das MfS, Erich Mielkes Geheimdienst, sammelte erst 1967 gezielt Akten über «Nazi- und Kriegsverbrecher, aktive Faschisten und faschistische Agenturen», Mielke in einem Befehl vom 23.12.1967, BStU, Archiv der Zentralstelle 9973, Bl. 4ff.
- 80** Ermittlungen gegen Pabst, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 3, Bl. 130, Bl. 134.
- 81** Ebd., Bl. 130.
- 82** Brief Kaul an Stadler, ZK der SED vom 16.7.1962 und Brief der Staatsanwaltschaft München beim Landgericht I an Kaul vom 10.7.1962, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 11, Bl. 142f. und 141.
- 83** Hierzu Gietinger, Leiche, S. 129.
- 84** Brief Pabst an Pflugk-Hartung vom 14.7.1962, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/36, ohne Paginierung. Pflugk-Hartung hatte nach seiner Flucht nach Schweden Verbindung zu faschistischen Bewegungen dort, wurde wegen Waffenschmuggel 1931 nach Norwegen ausgewiesen und war dann wie Grabowsky in Dänemark in der Auslandsspionage tätig, bis ihn Ernst Wollweber 1938 hochgehen lies. Pflugk wurde im Januar 1938 verhaftet und ausgewiesen. 1942 war er im Nachrichtendienst der Kriegsmarine beschäftigt und brachte es schliesslich zum Kommandanten des Hafens Bordeaux, wo man ihn 1946 als angeblichen Werwolf verhaftete. In einem Kriegsgefangenenlager der Engländer begegnete er zufällig Peter Netti, dem Biografen Rosa Luxemburgs. Pflugk wurde nach den USA überführt, kehrte bald wieder zurück und bot seine Dienste einem amerikanischen Geheimdienst an. Ab 1950 arbeitete er als Kaufmann in Hamburg. BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 7, Bl. 28ff., Bd. 29, Bl. 182; Auszug aus dem Bericht eines GM vom 6.2.1950, übersetzt aus dem Russischen, ebd., Bl.197-199. Jan von Flocken/Michael F. Scholz, Ernst Wollweber. Saboteur Minister Unperson; Berlin 1994, S. 75f.
- 85** Der Tagesspiegel, Berliner Morgenpost, die tageszeitung vom 25.10.2008. Der Staatsan-

- walt forderte sogar sechs Monate Gefängnis. Allerdings kaprizierte sich Richterin Silke Ploner darauf, dass es eher Totschlag als Mord gewesen sei.
- 86** Die Gedächtnisprotokolle sind dokumentiert bei Gietinger, Leiche, S. 136-147.
- 87** Gietinger, Leiche, S. 136ff.
- 88** Ebd., S. 144
- 89** Mitteilung Dieter Ertel von 1989.
- 90** Brief Kranzbühler an den Verfasser vom 10.11.1989, S. 3.
- 91** Das Interview mit Otto Kranzbühler fand am 8.1.1990 in seinem Haus in Tegernsee statt und wurde von Martin Choroba und dem Verfasser geführt. Es existiert eine Tonbandaufzeichnung.
- 92** Gietinger, Nachträge, in: IWK, H 3 (1992), S. 319-373.
- 93** Protokoll der Zeugenaussage Kranzbühlers vor dem Landgericht Stuttgart vom 12. Dezember 1969, in: Dokumentation SDR, S. 842f und 845f.
- 94** Gedächtnisnotiz Kranzbühler vom 20. Dezember 1968, Nachlass Pabst (!), N 620/46 ohne Paginierung. Ähnlich: Brief Kranzbühler an den Verfasser vom 10.11.1989, S. 1.
- 95** Eidesstattliche Erklärung H. W. Souchon von 6.12.1968, in: Dokumentation SDR, S. 448f.
- 96** Dass Pabst genau deswegen unterschrieb, schloss auch Kranzbühler in seiner Aussage vor dem Stuttgarter Landgericht am 12. Dezember 1969 nicht aus, Dokumentation SDR, S. 846.
- 97** Eidesstattliche Erklärung Pabst von 17.12.1968, in: Dokumentation SDR, S. 498.
- 98** Zitate aus bislang unveröffentlichten Schriftstücken Pabsts, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/21, Handschrift Pabst, mit Unterschrift auf Pabsts Briefpapier mit Luzerner Anschrift. Gerichtet an seinen Anwalt Dr. Max Bürger von Anfang Januar 1969; BA-MA, N 620/46, Entwurf eines Briefes an Dieter Ertel (Januar 1969), Handschrift Pabst, überschrieben mit «Material»; BA-MA, N 620/21, Briefentwurf an Ertel von 9.1.1969, geschrieben mit Schreibmaschine, von Hand fortgesetzt und dann abgebrochen. Im tatsächlich abgeschickten Brief hat Pabst diesen Passus weggelassen. Siehe Dokumentation SDR, S. 195f.
- 99** Haftbefehl des Stadtbezirksgerichtes Berlin Mitte, Richter Völlger, vom 22.1.1969, BStU, MfS, HA IX/11, AS 6/69, Bd. 4, Bl. 16.
- 100** Brief von Ertel an Pabst vom 2.1.1969 in: BA-MA, N 620/46. Siehe auch die handschriftlichen Randnotizen Pabsts zu der eidesstattlichen Erklärung Ertel von 19.12.1968 ebd.
- 101** Urteil LG Stuttgart vom 12.2.1970 S. 135, in: Dokumentation SDR, S.1079.
- 102** Urteil LG, S. 118, in: Dokumentation SDR, S. 1062.
- 103** Nach den heutigen Erkenntnissen gibt es weder am Mordkomplott unter Pabsts Führung noch an der Beteiligung Souchons Zweifel – und zwar selbst dann, wenn man die Aussagen Pabsts nicht berücksichtigt. Siehe Gietinger, Leiche, S. 102ff.
- 104** Kachulle, Pabst, Dokument III, S. 129.

Dokumente

- 1 Hektografiertes Blatt mit der Unterschrift Pabsts, Nachlass Luetgebrune, BA-Ko, N 1150/63. Der Befehl war eine Verschärfung des Pabst/Noske-Befehls vom 9.3.1919. Siehe Kapitel IV.5.
- 2 Abschrift, GKSK, la Nr. 2948, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/3, Bl. 5-7. Der Befehl war mit Noske abgesprochen. Siehe Kapitel V.I.
- 3 Hektografiertes Blatt, fast nicht mehr leserlich, ohne Unterschrift, Nachlass Pabst, BA-SAPMO, NY 4035/2, Bl. 17. Siehe Kapitel V.I.
- 4 Auszug aus einem Schreiben Pabsts an einen nicht Genannten vom 26.6.1969. Abschrift auf Durchschlagpapier, ohne Unterschrift. Unterstreichungen im Original, Nachlass Pabst, BA-MA, N 620/21, ohne Paginierung. Siehe Kapitel IV.3 und XI.3.
- 5 Schreiben Otto Kranzbühlers an den Autor vom 12.1.1993. Siehe Kapitel IV.3 und XI.3.

Glossar

Faschismus

Es wird die Definition von Karl Heinz Roth verwendet: Faschismus ist jene gegenrevolutionäre Bewegung innerhalb der herrschenden Klassen, der Mittelschichten und der proletarischen Randgruppen, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs (in der Zeit von 1918 bis 1923) in den meisten europäischen Ländern gegen die sozialen Massenaufstände der Arbeiter und Arbeiterinnen, aber auch der kleinen Bauern und einfachen Soldaten gerichtet war, sich in der Weltwirtschaftskrise (1932 bis 1938) verbreiterte, im Verlauf dieser beiden Entwicklungsphasen teilweise die politische Macht eroberte und danach einen in seiner Qualität neuartigen Vernichtungs- und Raubkrieg nach innen und aussen in Gang brachte. Beim Faschismus ist somit zunächst einmal zwischen einer Bewegungsphase, einer Systemphase und einer Kriegsphase zu unterscheiden. Diese Definition umfasst nicht die aussereuropäischen Faschismen.

Konterrevolution

Synonym Gegenrevolution. Bewegung innerhalb der herrschenden Klassen, der Mittelschichten, der Intelligenz und der proletarischen Randgruppen, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs (in der Zeit von 1918 bis 1923) in den meisten europäischen Ländern gegen die sozialen Massenaufstände der Arbeiter und Arbeiterinnen entstand. Ihr Kristallisationspunkt ist das Augusterlebnis 1914, in ihrem Visier stehen die Ideale der Französischen Revolution, die sie «zurück in die Zukunft» schon als bolschewistisch interpretieren.

Molekulare Masse

Demonstrierende «wogende» Massen auf der Strasse, die Massen, die streiken. Eine im Kern proletarische Masse, die aber in einer revolutionären Situation blitzartig andere Schichten erfasst, ja «sogar an die eisernen Tore der Militärcasernen pocht. Es ist dies ein riesenhaftes, buntes Bild» (Luxemburg). Diese Masse wird meist als führerlos bzw. als sich selbst führend (Luxemburg) bezeichnet. Siehe Gilles Deleuze, Felix Guattari, *Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie*, Frankfurt 1979, S. 369ff.

Molare Masse

Deren Gegenmasse ist das Heer, das Militär, die Truppe, die marschierende Einheit z.B. durchs Brandenburger Tor, aber auch die Kaderpartei. Sie kommt nicht ohne Führer aus und kann alle Schichten erfassen. Dem entspricht Spenglers Idee von «Preussentum und Sozialismus». Spengler interpretierte den Begriff Sozialismus antimarxistisch, Sozialismus war für ihn das Synonym für den «faustischen Wille(n) zur Macht», der in der Lage ist, «das Gewimmel der Menschheit zu einem Ganzen zu schweissen».

Novemberrevolution

Der soziale Massenaufstand der Arbeiter und Arbeiterinnen, aber auch der kleinen Bauern und einfachen Soldaten vom November 1918 bis Mai 1919 als Reaktion auf den Ersten Weltkrieg.

Völkische SPD

Es sind dies jene Funktionsträger in den Gewerkschaften und in der SPD, die mit Beginn des Jahrhunderts mehr und mehr die Macht in der Partei eroberten und spätestens seit dem Tod August Bebels auf einen Krieg im Verbund mit den Herrschenden des Kaiserreichs zusteuereten. Ideologisch ist diesen Männern eines gemein: die Behauptung, dass Nationalismus und die Interessen der Arbeiterklasse übereinstimmten. Sozialismus definieren sie als «Ordnung auf höchster Basis» und Arbeit als «Religion des Sozialismus» (Ebert). Schon früh wird der Begriff der «Volksgemeinschaft», die «höher ist als alle Parteien» (David), bei ihnen zentral.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur deutschen und auswärtigen Politik
AKF	Antikominform
APA	Außenpolitisches Amt der NSDAP
AZ	Arbeiterzeitung Wien
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg
BA-Ko	Bundesarchiv Koblenz
BA-Berlin	Bundesarchiv Berlin
BA-SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv Bern
BAW	Bundesanwaltschaft Bern
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DPA	Deutsche Presseagentur
DSB	Deutscher Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum
DSTB	Deutschwölkischer Schutz- und Trutzbund
DVP	Deutsche Volkspartei
EKE	Eidgenössisches Kriegs- und Ernährungsamt
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EK	Eisernes Kreuz
ENO	Eisenbahn Nothilfe
FWH-Dienst	Friedrich-Wilhelm-Heinz Nachrichtendienst
GBAS	Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte
GKSD	Garde-Kavallerie-Schützen-Division
GKSK	Garde-Kavallerie-Schützen-Korps
GSF	Gesellschaft zum Studium des Faschismus
GW	Gesammelte Werke
HA	Hauptabteilung
HLKO	Haager Landkriegsordnung
HS	Hispano-Suiza
HStA	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
IMK	Interalliierte Militärkommission

IFZ	Institut für Zeitgeschichte München
IMG	Internationaler Militärgerichtshof
ISC	US Army Intelligent and Security Command
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
KGRNS	Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KTB	Kriegstagebuch
LAB	Landesarchiv Berlin
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
MSPD	Mehrheitssozialdemokraten (1917–1920)
MEW	Marx-Engels-Werke
NK	Nationaler Klub
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS	Nationalsozialistisch
NSKD	Nationalsozialistische Kampfbewegung Deutschlands
NV	Nationale Vereinigung
OB	Oberbürgermeister
OC	Organisation Consul
OSS	Office of Strategic Services
Orgesch	Organisation Escherich
OHL	Oberste Heeresleitung
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Orka	Organisation Kanzler
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv
RA	Rechtsanwalt
RDVB	Regierung der Volksbeauftragten
Resch	Republikanischer Schutzbund
RK	Reichskanzlei
RM	Reichsmark
RWM	Reichswehrministerium
RS	Rückseite
SD	Sicherheitsdienst der SS
SDR	Süddeutscher Rundfunk (jetzt: SWR)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sfindex	Société financière d'Expansion commerciale et industrielle S.A.
SfS	Stiftung Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts Bremen
SIPO	Sicherheitspolizei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Spaltung 1917–1920 in MSPD und USPD)
SSV	Selbstschutzverbände
SWR	Südwestrundfunk
TA	Technische Abteilung
TN	Technische Nothilfe
TLA	Tiroler Landesarchiv
USPD	Unabhängige Sozialdemokraten (1917–1920/22)
UFA	Universum-Film AG

Ufidex	Union Financière d'Expansion Commerciale S.A.
VDNV	Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung
VMD	Volksmarinedivision
WAKO	Waffenstillstandskommission
WI	Weißer Internationale
Wi-Rü-Amt	Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt
W Wi Fü	Wehrwirtschaftsführer
WTB	Wolffs Telegrafien Büro
WUA	Das Werk des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des deutschen Reichstages
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

Quellenverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Koblenz (BA-Ko)

Nachlass Oberst Bauer, N 1022/1e, 22,27,28,29,30,30a, 30b, 32,69,74,77,79, 80, 83, 84,86
Nachlass Theodor Heuss, N 1221 251 (O – Pe)
Nachlass Luetgebrune, N 1150/24-63
Nachlass Pünder, N 1005/160
Nachlass Renzetti, N 1235/3-6
Nachlass Wirth, N 1342/30
R 43 I / 2725, Bd: 7 (Jan. 1923 – Dez. 1930)
R 43 12676

Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg (BA-MA)

Nachlass Pabst, N 620/1 – 57
Nachlass Förster N 121
Nachlass Groener, N 46/25
Nachlass Schleicher, N 42/11,12, PH 8V/Bd. 1-25:
Akten der Voruntersuchung, Bd. 1-4 und Bd. 11
Wortprotokoll der Hauptverhandlung vom 8.-14.5.1919, Bd. 5, Bd. 1217
Nachtragsbände zur Auffindung der Leiche Rosa Luxemburgs, Bd. 6-7
Reichswehrbrigade III, Bd. 8
Strafvollstreckungsakten gegen Runge (1920/1928), Bd. 9
Staatsanwaltschaft beim Landgericht II Berlin (1920 1931), Bd. 10,23,25
Akten betreffs der Verfolgung des Oberleutnant Vogel, Bd. 19-22
RW 5/Abwehr
RW 19/164, KTB Wi-Rü-Amt
RW 19/171
RM 122/116
RH 18/v. 411, Denkschrift Metternich
Msg 3-101/1, Bensberger Kadetten
RM 122/116, Wie die 3. Marinebrigade Loewenfeld entstand

Bundesarchiv Berlin (BA-Berlin)

Reichspostministerium 47.01, Nr.4818
Nachlass Heine, Nr. 144
Mikrofilm Reichskanzlei 19190
RK, Nr. 2494/14, Akten der Reichskanzlei betreffend Aufklärung der Umstände unter denen Dr. Karl Liebknecht starb

RK, Nr. 2494/15,
RK, Nr. 3720, Reichsjustizamt. Akten betreffend die militärgerichtliche Untersuchung des Hergangs bei der Tötung des Karl Liebknecht und der Rosa Luxemburg – Strafverfahren gegen Runge und Genossen
Nr. 27402/1, Auswärtiges Amt, Akten betreffend die strafrechtliche Verfolgung des Oberleutnant Vogel
Sta 3,61 Sta 1, Stahlhelm, Nr. 74 u. 280
15.0 7, Film 67 229 Akten betr. Schweiz, Nov. 20 – Okt. 23, Heft 1
Reichskanzlei Nr. 2508/5
R 601/617
R 43 1/2212
R 431, Reichskanzlei 2725

Bundesarchiv Stiftung Parteien (BA-SAPMO)

Nachlass Waldemar Pabst, NY 4035/1-10
Nachlass Gustav Noske, NY 4056/3,7
Material zum Kapp-Putsch, R 8005/491 (alt: V 282/1)
Reichslandbund Pressearchiv, R 8034 III 342 (alt: 61 Re 1)
RY 61 V 232/70

Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes (AA) Berlin

Nachlass Stresemann, Bd. 11,17,19,20,24,27,28,31,36
Akten Politik Österreich, 1929-1931, Akten betreffend Heimwehrorganisation in Österreich, K 73342ff

Landesarchiv Berlin (LAB)

Rep. 58, Nr. 408-410,433,2072,
Rep. 58, Nr. 75, Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft gegen Krull (1921/22)
Rep. 58, Nr. 464, Akten des Landgerichts II, Berlin in der Strafsache gegen Hermann W. Souchon (1921-1932)
Rep. 58, Nr. 59, Akten zu den drei Joms-Prozessen (1928-1931)

Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts Bremen (SfS-Archiv)

Nachlass Doris Kachulle:
Handapparat Pabst 1-40
Exzerptsammlung

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München

ZS 1477, Pabst an Krausnick

Historisches Archiv der Stadt Köln

Best. 1010 Bayer, Personenkartei und/betr. Steiner: ZA-Sig Bayer

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS)
HA IX/11 AS 6/69, Bd. 1 – 32, Ermittlungsakten, Pabst, Souchon et al. Enthält bislang un-

bekannte Akten des Reichsgerichts. Rückgabe aus Moskauer Archiven an das MfS sowie russische Ermittlungen zu Pabst, Vogel und Pflugk-Harttung.

MfS HA IX/11, FV 8/69, Bd. 4

HA IX/11 SV 1/81, Bd. 244

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Abteilung IV, Kriegsarchiv, Einwohnerwehren/Orgesch, A4/BUR/B26/A2

Staatsarchiv München

Staatsanwaltschaft München I, Prozess- und Schwurgericht, 3082/1-VI

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD)

Nachlasssplitter Noske

Nachlass Emil Barth

Nachlass Carl Severing

Nachlass Otto Braun

Landesarchiv Tirol (TLA)

Repertorium B 620a

Landesleitung des Selbstschutzverbandes Tirol (SSV):

Sammelakt 1/1 1920-1922

Sammelakt 1/6 1921

Selbstschutzverbände (SSV) II/1 (1923)

Selbstschutzverbände (SSV) IV/4 Oberland (1925)

Selbstschutzverbände (SSV) VI/15 Italien (1927)

Selbstschutzverbände (SSV) VII 1 Organisation (1927)

Selbstschutzverbände (SSV) VII/4 Mobilisierung (1927)

Selbstschutzverbände (SSV) VII/1, (1928)

Selbstschutzverbände (SSV) VII/7 Finanzen (1928)

Selbstschutzverbände (SSV) XI/1

Selbstschutzverbände (SSV) XIII/17

Sammelakt Heimwehr St. Z. 303/1932

Präsidialakten des Tiroler Landesarchivs in Innsbruck:

Präs. 1933, ZI. 2992/XII/57 (Fasz. 588),

Band I 1922-1925, Band II 1926, Band III, 1927-1928

Amt Tiroler Landesregierung Präsidium ZI. 1123 (XII/66)

Amt Tiroler Landesregierung Präsidium ZI. 2036 (XII/66) – 1930

Amt Tiroler Landesregierung Präsidium ZI. 127 (1/6) – 1930

Tiroler Landesmuseum Innsbruck

Zeitungssammlung

Schweizerisches Bundesarchiv Bern (BAR)

E27 1000/721 Dossier 14500 Internierung

E2100 (D) 1000/1553 Bd. 266 Asyl

E2100 (E) 1967/113 Bd. 76 Auslieferung

E4001 (c) 1000/783 Bd. 288 Asyl

E4301 1992/36 Einreise

E4301 1992/134 Messen, Pabst

E4320 (B) 1970/25 Bd. 2 Strasser, Fricke
E4320 (B) 1971/78 Bd. 94 Dossier Pabst
E4320 (B) 1992/132 Dubois, Ulrich
E7160-07 1968/54 Sfindex
E7160-07 (-) 1968/54 Bd. 821 Haage, Messen, Pabst

Zentralbibliothek Solothurn

Nachlass Eugen Bircher

Österreichisches Staatsarchiv Wien (ÖStA)

NPA, Bundeskanzleramt 20 8906 – 6/30.

NPA 416, Personalia Pabst

Archiv des Südwestrundfunks (SWR, früher SDR) Stuttgart

Dokumentation der Vor- und Nachgeschichte des Verfahrens Souchon
gegen SDR/Bausch/Ertel (1966-1975)

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HStA)

Abt. 520 F/A 409-499, Spruchkammerakten Heinrich Stiege (1946-1949)

Hessisches Staatsarchiv Marburg

Rep. 150, Nr. 1964, Denkschrift Pabst zur Neuorganisation der Preussischen Polizei

Rheinmetall AG Konzernarchiv

B 304.2

B 304.3

B 330.10

Interviews, Mitteilungen

Dieter Ertel 1989,2007

Günther Nollau 1989

Otto Kranzbühler 1990

Dr. Egbert Wenzel 1989-1993

Dr. Karch, 1990

Dr. Fröhlich 1990

Dr. Johannes Erger, 1991

Gedruckte Quellen

Akten des Reichstages (AdR), Die verseh. Kabinette. Hinweis: die AdR sind inzwischen
online abrufbar, <http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933> (20.9.2008)

Akten der Reichskanzlei (AdR), Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919,
bearb. von Hagen Schulze, Boppard 1971.

Akten der Reichskanzlei (AdR), Das Kabinett Bauer, 21. Juni 1919 – 27. März 1920, bearb.
von Anton Golecki, Boppard 1980.

- Akten der Reichkanzlei (AdR) Das Kabinett Fehrenbach. 25. Juni bis 4. Mai 1921, bearb. von Peter Wulf, Bd. 1.
- Karl-Ludwig Ay, (Hrsg.) Appelle einer Revolution, München 1968.
- Lothar Berthold/Helmut Neef, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution, Berlin (Ost) 1978.
- Christoph Butterwege/Heinz-Gerd Hofschien, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation. Heilbronn 1984.
- Die Berliner Putsche. Standrecht und Belagerungszustand. Die Beratung der Verfassunggebenden preussischen Landesversammlung über den Antrag des Abgeordneten Adolf Hoffmann und Genossen auf Aufhebung des Standrechtes und des Belagerungszustandes; Verhandlungen vom 14., 15., 17. und 19. März 1919, Berlin 1919.
- Ernst Deuerling (Hrsg.), Der Hitler-Putsch, Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 9), Stuttgart 1962.
- Tankred Dorst (Hrsg.), Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar, Frankfurt/Main 1983.
- Friedrich Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, 2 Bde., Dresden 1926.
- Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna (Hrsg.), Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19, 3 Bde., Berlin 1993, 1997, 2002.
- Fritz Ernst, Aus dem Nachlass des Generals Walther Reinhardt, Stuttgart 1958.
- Lothar Gruchmann/Reinhard Weber (Hrsg.), Der Hitler-Prozess. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I, 4 Bde., München 1997-1999.
- Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm von Karl Kautsky und Bruno Schoenlank, Berlin 1892, S. 18-27, abgedruckt in Peter Friedemann (Hrsg.), Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1917, Bd. 1, Frankfurt/M, 1978, S. 105-119.
- Elisabeth Hannover-Drück, Heinrich Hannover (Hrsg.), Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt/Main 1967.
- Hans Herzfeld, Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege. Leipzig 1928, S. 196-408, Zeugenaussagen im Dolchstoßprozess.
- Leonidas E. Hill (Hrsg.), Weizsäcker-Papiere. 1900-1932, Berlin 1982.
- Heinz Hürten/Georg Meyer (Hrsg.), Adjutant im preussischen Kriegsministerium. Juni 1918 – Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmann Böhm, Stuttgart 1977.
- Heinz Hürten (Hrsg.), Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920, Düsseldorf 1977.
- Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975.
- Kerekes (Hrsg.), Akten zu den geheimen Verbindungen zwischen der Bethlen-Regierung und der österreichischen Heimwehrbewegung, Acta Historica, XI, Budapest 1965.
- Erwin Könnemann/Gerhard Schulze (Hrsg.), Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002.
- Georg Ledebour, Der Ledebour-Prozess. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919.
- Paul Levi, Der Joms-Prozess. Rede des Verteidigers Paul Levi, Berlin 1929.

- Erich Matthias/Susanne Miller (Hrsg.), Regierung der Volksbeauftragten (RDVB), 2. Bde. Düsseldorf 1969.
- Susanne Miller/Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Die Deutsche Revolution 1918/1919. Dokumente. Frankfurt 1983.
- Mitteilungen des GKSK, hrsg. vom Korps-Vertrauensrate, 1. Jg., Nr. 2 und Nr. 6. (Nr. 1 und Nr. 3-5 verschollen)
- Gerhard Oberkofler, Der 15. Juli 1927 in Tirol. Regionale Bürokratie und Arbeiterbewegung, Wien 1982.
- Harry Pross (Hrsg.), Die Zerstörung deutscher Politik. Dokumente 1871-1933, Frankfurt 1959.
- Protokoll Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, Berlin 1919.
- Gerhard Schmölze (Hrsg.), Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1969.
- Otto-Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1923, Hannover/Frankfurt/Main 1955.
- Kurt Schützle, Der «Kriegsrat» am 19. Juni 1919, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, H 5, 1966.
- Schultheiss Europäischer Geschichtskalender (EGK), Jg. 1918-1920
- Verfassungsgrundlagen und Hochverratsbeiträge zur Geschichte des neuen Deutschland nach stenographischen Verhandlungsberichten und amtlichen Urkunden des Jagow-Prozesses, bearb. von Karl Brammer, Berlin 1922.
- Hermann Weber (Hrsg.), Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, Berlin 1993.
- Das Werk des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des deutschen Reichstages 1919-1926.4. Reihe, Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Hrsg. von Albrecht Phillipp, Berlin 1928.
- Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik, 19.12.1918-8.4.1919. Vom 1. zum 2. Rätekongress / bearb. von Eberhard Kolb unter Mitw. von Reinhard Rürup, Leiden 1968.
- Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920. Bearb. von Heinz Hürten, Düsseldorf 1977.

Literaturverzeichnis

(Es wurde nur die zitierte Literatur aufgenommen)

- Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/Main 2004.
- Holger Afflerbach, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994.
- Niels H. M. Albrecht, Die Macht einer Verleumdungskampagne. Antidemokratische Agitationen der Presse und Justiz gegen die Weimarer Republik und ihren ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert vom «Badebild» bis zum Magdeburger Prozess, Bremen 2002.
- Das Alte Heer (anonym, «von einem Stabsoffizier»), Berlin 1920.
- Klaus-Jochen Arnold, Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im «Unternehmen Barbarossa», Berlin 2004.
- Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart 1927.
- Emil Barth, Werkstatt der Revolution, Berlin 1919.
- Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, Wien/München 1966.
- Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt/Main 1979¹¹.
- Martin Bernd (Hrsg.), Die deutsche Beraterschaft in China 1927-1938. Militär, Wirtschaft, Aussenpolitik, Düsseldorf 1981.
- Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Bonn 1998.
- Hans-Joachim Bieber, Bürgertum in der Revolution, Hamburg 1992.
- Hans Beyer, Die Revolution in Bayern 1918-1919, Berlin (Ost) 1988.
- Ramon Bill, Waffenfabrik Solothurn. Schweizerische Präzision im Dienste der deutschen Rüstungsindustrie. In: Schriftenreihe des Kantonalen Museums Altes Zeughaus Solothurn, H 14. Solothurn 2002.
- Friedrich Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906-1920, Bonn 1981.
- Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983.
- Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1971.
- Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Hildesheim 1979.
- Wilhelm Breucker, Die Tragik Ludendorffs. Eine kritische Studie auf Grund persönlicher Erinnerungen an den General und seine Zeit, Stollhamm 1953.
- Gert Buchheit, Franz von Papen – Eine politische Biographie, Breslau 1933.
- Johannes Buder, Die Reorganisation der preussischen Polizei 1918-1923, Frankfurt/Main 1986.
- Cains [d.i. Paul Levi], Generalstreik und Noske-Blutbad in Berlin, o.O. o.J. [Berlin 1919].
- Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1978.
- Francis L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918-1919, Köln 1973.
- James Cavallie, Ludendorff und Kapp. Aus dem Leben zweier Verlierer, Frankfurt/Main 1995.

- Eckart Conze, «Titane der modernen Wirtschaft», in: Peter Danylow/ Ulrich S. Soénius (Hrsg.), *Otto Wolff – Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik*, München 2005.
- Ulrich Czisnik, Gustav Noske. Ein sozialdemokratischer Staatsmann, Göttingen 1969 (Persönlichkeit und Geschichte; Bd. 53).
- Dirk Dähnhardt, *Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19*, Neumünster 1978.
- Dittmar Dahlmann, *Das Unternehmen Otto Wolff*, in: Peter Danylow/Ulrich S. Soénius (Hrsg.), *Otto Wolff – Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik*, München 2005.
- Georg Denzler/Volker Fabricius, *Christen und Nationalsozialisten*, Frankfurt/Main 1993.
- Carl Dirks/Karl-Heinz Janssen, *Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht*, Berlin 1999.
- Wilhelm Dittmann, *Erinnerungen*, 3 Bde., Frankfurt/New York 1995.
- Edwin Erich Dwinger, *Auf halbem Wege*, Jena 1939.
- Friedrich Engels, *Herm Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)*, Berlin (Ost), 1975¹⁸ (zuerst London 1878).
- Friedrich Engels, *Preussische Franktireurs*, in: Karl Marx und Friedrich Engels, MEW, Bd. 17, Berlin (Ost) 1983.
- Johannes Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20*, Düsseldorf 1967.
- Paul Erker, *Industrie-Eliten in der NS-Zeit*, Passau 1993.
- Anton Fischer, *Die Revolutionskommandantur Berlin*, Berlin o. J. [1922].
- Jan von Flocken Michael F. Scholz, Ernst Wollweber. *Saboteur Minister Unperson*; Berlin 1994.
- Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (Hrsg.), *Die Wirren in der Hauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918-1920*, Berlin 1940 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps; Bd. 6).
- Manfred Franke, Albert Leo Schlageter. *Der erste Soldat des Dritten Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden*, Köln 1980.
- Friedrich Freska, *Kapitän Ehrhardt Abenteuer und Schicksale*. Berlin 1924.
- Dieter Fricke, *Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland*, Bd. 1, Leipzig 1970.
- Paul Frölich, *10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg*, Berlin 1924.
- I. *Tage Militärdiktatur. Dokumente zur Gegenrevolution*, bearb. von Karl Brammer, Berlin 1920.
- Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weissrussland 1941 bis 1944*. Hamburg 1999.
- Klaus Gietinger, *Eine Leiche im Landwehrkanal – die Ermordung der Rosa L.*, Berlin 1995.
- Klaus Gietinger/Karl Heinz Roth, *Die Massaker der deutschen Gegenrevolution*, in: *Sozialgeschichte*, 3 (2007), S. 83-102.
- Klaus Gietinger, *Nachträge, betreffend Aufklärung der Umstände, unter denen Frau Dr. Rosa Luxemburg den Tod gefunden hat*, in: *IWK*, 3 (1992), S. 319-373.
- Christian Geinitz, *Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft, das Augusterlebnis in Freiburg. Eine Studie zum Kriegsbeginn 1914*, Freiburg 1998.
- Harold J. Gordon, *Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926*, Frankfurt/Main 1959.
- Kurt Gossweiler, *Die Strasser-Legende*, Berlin 1994.
- Otto Gritschneder, *Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H.*, München 1990.
- Otto Gritschneder, *Der Hitler-Prozess und sein Richter Georg Neithardt. Skandalurteil von 1924 ebnet Hitler den Weg*, München 2001.

- Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen, hrsg. von Friedrich Hiller von Gaertingen, Göttingen 1957.
- Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Berlin (West) 1974.
- Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1976.
- Emil Julius Gumbel, Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918-1924, Heidelberg 1979 (zuerst Wien 1924).
- Emil Julius Gumbel, Vier Jahre politischer Mord und Denkschrift des Reichsjustizministers zu «Vier Jahre politischer Mord», Heidelberg 1980.
- Ekkehart P. Guth, Der Loyalitätskonflikt des deutschen Offizierskorps in der deutschen Revolution 1918-20, Frankfurt/Main 1983.
- Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen, Stuttgart/München 2000.
- Sebastian Haffner/Stephan Hermlin/Kurt Tucholsky u.a. (Hrsg.), Zwecklegenden. Die SPD und das Scheitern der Arbeiterbewegung, Berlin 1996.
- Werner Hahlweg, Lenins Reise durch Deutschland im April 1917, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H 4, 1957, S. 307-333.
- Gerd Hankel, Die Leipziger Prozesse – Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003.
- Hermann Heidegger, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1956.
- Ernst Heilmann, Die Noskegardien, Berlin 1920.
- Heinrich Heine, Deutschland – Ein Wintermärchen, in: Sämtliche Werke, Bd. 13, Amsterdam 1856.
- Holger Heinrich Herwig, Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1977.
- Daniel Heller, Eugen Bircher. Arzt Militär Politiker, Zürich 1990².
- Friedrich Paul Heller/Anton Maegerle, Thule. Vom völkischen Okkultismus bis zur neuen Rechten, Stuttgart 1998².
- K.P. Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.
- Heinrich Hillmayr, Roter und weisser Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, München 1974.
- Friedrich Hitzer, Anton Graf Arco. Das Attentat auf Kurt Eisner und die Schüsse im Landtag, München 1988.
- Friedrich Hitzer, Der Mord im Hofbräuhaus, Unbekanntes und Vergessenes aus der Bayerischen Räterepublik, Frankfurt/Main 1981.
- Wilhelm Hoegner, Die Verratene Republik. Deutsche Geschichte 1919-1933, München 1979².
- Heinz Höhne, Canaris. Patriot im Zwielflicht, München 1976.
- Ulrike Claudia Hoffmann: «Verräter verfallen der Feme!», Köln/Weimar/Wien 2000.
- Karl Hoffrogge, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.
- John Home und Alan Kramer, Deutsche Kriegsgreuel 1914 – Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004.
- Günter Hortschansky u.a. (Hrsg.), Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1978.

- Ernst-Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Weltkrieg, Revolution und Reichsemerung. 1914-1919, Bd. 5, Stuttgart 1992.
- Heinz Hürten, Der Kapp-Putsch als Wende. Über Rahmenbedingungen der Weimarer Republik seit dem Frühjahr 1920, Opladen 1989.
- Peter Hug, Schweizer Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus. Unternnehmensstrategien – Marktentwicklung – politische Überwachung, Bd. 11 der Publikationen der Unabhängigen Expertenkommission, Zürich 2002.
- Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt/Main 1970 (zuerst Berlin 1929).
- Hans Ulrich Jost, Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900, Zürich 1992.
- Ernst Jünger, Vorwort, in: Ernst Jünger (Hrsg.), Der Kampf um das Reich, Essen 1929.
- Otmär Jung, «Da gelten Paragraphen nichts, sondern da gilt lediglich der Erfolg...». Noskes Erschießungsbefehl während des Märzaufstandes in Berlin. Rechtshistorisch betrachtet, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1 (1989), S. 56-69.
- Doris Kachulle (Hrsg.), Die Pöhlands im Krieg, Briefe einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie aus dem Ersten Weltkrieg, Neuausgabe mit einer Einleitung von Rolf Becker und Karl Heinz Roth sowie einem Nachwort von Jörg Wollenberg, Köln 2006.
- Doris Kachulle, Waldemar Pabst und die Gegenrevolution. Vorträge, Aufsätze aus dem Nachlass. Herausgegeben von Karl Heinz Roth. Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, H5, Berlin 2007.
- Paul Kässner, Zur Geschichte der Deckoffizierbewegung des Deckoffizierbundes und des Bundes der Deckoffiziere, Altona o. J. [1932].
- Karl und Rosa, Erinnerungen. Zum 100. Geburtstag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Berlin (Ost) 1971.
- Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Stuttgart 1948.
- Diethart Kerbs (Hrsg.), Revolution und Fotografie. Berlin 1918/19, Berlin 1989.
- Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966.
- Hans von Kessel, Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918-1920, Berlin 1933.
- Harry Graf Kessler, Tagebücher. 1918-1937, hrsg. von Wolfgang Pfeifer-Belli, Frankfurt/Main 1961.
- Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918, 1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt/Main 1985.
- Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918-1919, Göttingen 1975.
- Gerd Koenen, Der Russlandkomplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005.
- Gerd Koenen, Rom oder Moskau. Deutschland, der Westen und die Revolutionierung Russlands 1914-1924, o. O. [Tübingen] 2003.
- Erwin Könnemann/Hans-Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch, Berlin (Ost) 1972.
- Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfrei willigenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971.
- Erwin Könnemann, Der Truppeneinmarsch am 10.12.1918 in Berlin. Neue Dokumente zur Novemberrevolution, in: ZfG, 12 (1968), S. 1592-1609.

- Erwin Könnemann, Vom Pabst-Putsch im Juli 1919 zum Kapp-Putsch im März 1920. Zur Genesis militärischer Staatsstreiche, in: *Revue Internationale d'Histoire Militaire*, Nr. 71, Kommission für Militärgeschichte, Potsdam 1989.
- Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919*, Frankfurt/Main 1978²
- Klaus Kreimeier, *Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns*, Frankfurt/Main 2002.
- Gabriele Krüger, *Die Brigade Ehrhardt*. Hamburg 1971.
- Wolfgang Kruse, *Kriegswirtschaft und Gesellschafts vision*, in: Hans Wilderotter, *Die Extreme berühren sich. Walter Rathenau 1867-1922*. Berlin o. J. [1992].
- Peter Kuckuk, *Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte 1918 bis zum Kapp-Putsch im März. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Richtungskämpfen innerhalb der KPD 1920*, Hamburg 1970.
- Peter Kuckuk, *Bremen in der Deutschen Revolution 1918-1919. Revolution, Räterepublik, Restauration*, Bremen 1986.
- Susanne Kuss, *Deutsche Soldaten während des Boxeraufstandes in China, Elemente und Ursprünge des Vernichtungskrieges*, in: Susanne Kuss/Bernd Martin (Hrsg.), *Das deutsche Reich und der Boxeraufstand*, München 2002.
- Martin Kutz, *Realitätsflucht – Krieg – Kriegsverbrechen, Soziokulturelle Aspekte der Radikalisierung des Krieges und der Implementierung des Kriegsverbrechens in die deutsche Kriegsführung*, in: Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschaer (Hrsg.), *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 2001.
- Annelies Laschitzka, *Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie*, Berlin 2007.
- W.I. Lenin, *Werke (LW)*, Bd. 27, Berlin (Ost) 1960.
- Peter Lessmann, *Die preussische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Strassenkampf*, Düsseldorf 1989.
- Richard Lewinson, *Das Geld in der Politik*, Berlin 1930.
- Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 1, September 1900 bis Februar 1907, Berlin (Ost) 1958.
- Marcel van der Linden/Gottfried Mergner (Hrsg.), *Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Interdisziplinäre Studien*, Berlin 1991.
- Andreas Linhardt, *Die Technische Nothilfe in der Weimarer Republik*, Norderstedt 2006.
- Karsten Linne/Thomas Wohlleben (Hrsg.), *Patient Geschichte*, Frankfurt/Main 1993.
- Verena Lösch, *Die Geschichte der Tiroler Heimatwehr. Von ihren Anfängen bis zum Komeuburger Eid (1920-1930)*, ungedruckte Dissertation, Innsbruck 1986.
- Ottokar Luban, *Demokratische Sozialistin oder «blutige Rosa»? Rosa Luxemburg und die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)*, 2 (1999), S. 176-207.
- Ottokar Luban, *Die Novemberrevolution 1918 in Berlin – Tatsachen wider das gängige Geschichtsbild*, Manuskript, erscheint in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, H 1, 2009.
- Erhard Lucas: *Märzrevolution 1920*, 3 Bde., Frankfurt/Main 1970, 1974, 1978.
- Margarete Ludendorff, *Als ich Ludendorffs Frau war*, München 1920.
- Walther von Lüttwitz, *Im Kampf gegen die Novemberrevolution*, Berlin 1934.
- Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke (GW)*, Bd. 3 und 4, Berlin (Ost) 1973, 1974.
- Georg Maercker, *Unsere Schutztruppe in Ostafrika*, Berlin 1893.
- Georg Maercker, *Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution*, Leipzig 1921.

- Rudolf Mann, Mit Ehrhardt durch Deutschland, Erinnerungen eines Mitkämpfers von der 2. Marinebrigade, Toppenstedt 2004, (zuerst Berlin 1921).
- Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 17, Berlin (Ost) 1983.
- Karl Marx/Friedrich Engels, MEW, Bd. 23, Berlin (Ost) 1975.
- Erich Matthias, Die Sozialdemokratie und der Osten 1914-1945. Eine Übersicht, Tübingen 1954.
- Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt/Bonn 1965.
- Dieter Mechlinski, Der Geheime Regierungsrat Ottmar E. Strauss, Königs winter 2008⁵.
- Susanne Meinl, Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000.
- Susanne Meinl/Dieter Krüger, Der Politische Weg von Friedrich Wilhelm Heinz. Vom Freikorpskämpfer zum Leiter des Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 42, H1, 1994.
- Manfred Messerschmidt, Militärische Eliten in Deutschland und Frankreich seit 1870. Ein Vergleich, in: Manfred Messerschmidt, Militarismus, Vernichtungskrieg, Geschichts-politik. Zur deutschen Militär- und Rechtsgeschichte, Paderborn/München/Wien/Zürich 2006.
- Manfred Messerschmidt, Völkerrecht und «Kriegsnotwendigkeit» in der deutschen militärischen Tradition seit den Einigungskriegen, in: German Studies Review, 6 (1983), S. 239 f.
- Messerschmidt, Vorwärtsverteidigung – Die «Denkschrift der Generäle» für den Nürnberger Gerichtshof, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995, S. 531-550.
- Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.
- Susanne Miller, Die Bürde der Macht, Düsseldorf 1978.
- Thomas Morlang, Deutsch-Ostafrika, in: Thoralf Klein/Frank Schumacher (Hrsg.), Kolonialkriege. Militärische Gewalt im Zeichen des Imperialismus, Hamburg 2006, S. 96.
- Werner E. Mosse/Hans Pohl, Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1992 (Zeitschrift für Untermehmengeschichte. Beiheft; 64).
- Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Berlin 2006.
- Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert, Heidelberg 1999.
- Michael Mueller, Canaris. Hitlers Abwehrchef, Berlin 2006.
- Hermann Müller-Franken, Die Novemberrevolution, Berlin 1928.
- Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, Berlin (West) 1979 (zuerst Berlin 1925).
- Ders., Vom Kaiserreich zur Republik, Bd. 2, Die Novemberrevolution, Wien 1925.
- Ders., Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin (West) 1974 (zuerst Berlin 1925).
- Rolf-Dieter Müller, Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeuterkrieg, S. 188, in: Horst Boog, Jürgen Förster, Joachim Hoffmann, Ernst Klink, Rolf-Dieter Müller, Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt am Main 1991.
- Friedrich Naumann, Das Blaue Buch von Vaterland und Freiheit. Auszüge aus seinen Werken, Königstein im Taunus/Leipzig 1913.
- Oskar Negt/Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/Main 1978⁶ (zuerst 1972).
- Martin Niemöller, Vom U-Boot zur Kanzel, Berlin 1934.

- Gustav Noske, Die Abwehr des Bolschewismus, in: Hermann Müller (Hrsg.), Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928, Berlin 1928.
- Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach/M. 1947.
- Gustav Noske/Adolph Koester, Kriegsfahrten durch Belgien und Nordfrankreich 1914, Berlin o.J. [1915].
- Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920.
- Karl Nuss, Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik – Zur politischen Rolle der Reichswehr, Berlin (Ost) 1977.
- Horst G.W. Nusser, Konservative Wehrverbände in Bayern, Preussen und Österreich 1918-1933, München 1973.
- Gerhardt Oberkofler, Der Eintritt des Heimatblocks in das Kabinett Dollfuss I. Zeitgeschichte 9, 1981/82.
- Walther Obkircher (Hrsg.), General Erich von Gündell. Aus seinen Tagebüchern, Deutsche Expedition nach China 1900-1901. 2. Haager Friedenskonferenz 1907. Weltkrieg 1914-1918 und Zwischenzeiten, Hamburg 1939.
- Walter Oehme, Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19, Berlin (Ost) 1958.
- Friedrich W. von Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918-1923, München 1936.
- Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Berlin (West) 1976.
- Waldemar Pabst, Das Kapp-Unternehmen, in: Wulf Bley (Hrsg.), Revolutionen der Weltgeschichte, München 1933.
- Waldemar Pabst, «Spartakus», in: Kurt Hötzel (Hrsg.), Deutscher Auf stand, Stuttgart 1934, S.29ff.
- Waldemar Pabst, «Spartakus», in: Wulf Bley (Hrsg.), Revolutionen der Weltgeschichte, München 1933, S. 750-762.
- Bruce F. Pauley, Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918 – 1934, Wien 1972.
- Günter Paulus, Die soziale Struktur der Freikorps in der Novemberrevolution, in, ZfG, 3 (1955), S. 685-704.
- Roland Peter, General der Infanterie Georg Thomas, S. 248-257, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 1, Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998.
- Klaus Dieter Pett (Hrsg.)/Hans J. Reichardt (Bearb.): Kapp-Putsch und Generalstreik März 1920 in Berlin. Tage der Torheit, Tage der Not. Eine Ausstellung des Landesarchivs Berlin, 26.3.-31.10.1990, Berlin 1990.
- Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978.
- Harry Pross (Hrsg.), Die Zerstörung deutscher Politik. Dokumente 1871-1933, Frankfurt 1959.
- Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollem und Hitler, München 2007.
- Werner Raase, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1914-1917 und 1917-1919, Berlin (Ost) o. J. [1969].
- Karl Radek, Kleine Erinnerungen, in: Otto-Ernst Schüddekopf, Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, Hannover 1962, S. 137.

- Gerhard W. Rakenius, Wilhelm Groener als erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard/Rhein 1977.
- Ludger Rape, Die österreichische Heimwehr und ihre Beziehungen zur bayerischen Rechten zwischen 1920 und 1923, Wien 1968.
- Jan Philipp Reemtsma, Die Idee des Vernichtungskrieges. Clausewitz – Ludendorff – Hitler, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995, S. 381ff.
- Wilhelm Reinhard, 1918/19. Die Wehen der Republik, Berlin 1933.
- Wilhelm Reinhard, Belagerungszustand in Moabit, in: Hans Roden (Hrsg.), Deutsche Soldaten – Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht, Leipzig 1935.
- J.T. Trebitsch-Lincoln, Der grösste Abenteurer des XX. Jahrhunderts!?, Leipzig/Zürich/Wien 1931.
- Georg Franz-Willing: Krisenjahr der Hitlerbewegung, Preussisch Oldendorf 1975.
- Karl Retzlaw, Spartakus. Aufstieg und Niedergang, Frankfurt/Main 1985⁵.
- Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974.
- Karl Ludwig Rintelen, Ein undemokratischer Demokrat, Gustav Bauer. Gewerkschaftsführer – Freund Friedrich Eberts – Reichskanzler. Eine politische Biografie, Frankfurt 1993.
- Jürgen Rojahn, Einleitung, in: Wilhelm Dittmann, Erinnerungen, Bd. 3, Frankfurt/New York 1995, S. 132ff.
- Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt 1973 (zuerst 1928).
- Robert Rosentreter, Blaujacken im Novembersturm. Rote Matrosen 1918/1919, Berlin (Ost) 1988.
- Sabine Ross, Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus, Köln 1999.
- Karl Heinz Roth: Franz von Papen und der Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), H 7, S. 589-625.
- Rudolf Rotheit, Das Berliner Schloss im Zeichen der Novemberrevolution, Berlin 1932.
- Martin Sabrow, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt/Main 1999.
- Ernst von Salomon, Die Geächteten, Gütersloh 1930.
- Ernst von Salomon, Die Kadetten, Hamburg 1957 (zuerst Berlin 1933).
- Winfried B. Scharlau/Zbynek A. Zeman, Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964.
- Manfred Scharrer, Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat. SPD und Gewerkschaft nach dem Sozialistengesetz, Berlin (West) 1976.
- Manfred Scharrer, Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1985.
- Manfred Scharrer, «Freiheit ist immer...». Die Legende von Rosa & Karl, Berlin 2002.
- Wolfgang Sauer, Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über die Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht, Berlin (West) 1957.
- Philipp Scheidemann, Der Zusammenbruch, Berlin 1921.
- Bodo Scheurig, Henning von Tresckow. Ein Preusse gegen Hitler, Frankfurt/Main 1997 (zuerst, 1987).
- Ernst-Heinrich Schmidt, Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981.
- Carl Schmitt, Diktatur und Belagerungszustand. Eine staatsrechtliche Studie, in: ZStrW, 38 (1917), S. 138-161.
- Peter Schöller, Der Fall Löwen und das Weissbuch. Eine kritische Untersuchung der deut-

- schen Dokumentation über die Vorgänge in Löwen vom 25. bis 28. August 1914, Köln/Graz 1958.
- Rudolf Schrickler, Rotmord über München, Berlin 1934.
- Jörn Schüttrumpf (Hrsg.), Rosa Luxemburg oder der Preis der Freiheit, Berlin 2006.
- Hagen Schulze, Freikorps und Republik, Boppard 1969.
- Karl-Dietrich Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, Stuttgart 1971.
- Karl Schweizer, Die Revolutions- und Rätebewegung in Lindau/Bodensee vom November 1918 bis Juni 1919.
- Anton Seligmann, Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919, Grafenau 1989.
- Carl Severing, Mein Lebensweg, 2 Bde., Köln 1950.
- Carl Severing, 1919/1920 im Wetter und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bielefeld 1927.
- Robert Sigel, Die Lentsch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im 1. WK, Berlin (West) 1976.
- Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1992³.
- Uwe Soukup, Wie starb Benno Ohnesorg?, Berlin 2007.
- Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Republik, Offenbach 1947.
- Ernst Rüdiger Starhemberg, Memoiren, Wien 1971.
- Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks, Köln/Berlin 1970.
- Dirk Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1919-1934, in: H.-G. Backhaus, Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 6, Frankfurt 1986.
- Ernst Stenzel, Die Kriegsführung des deutschen Imperialismus und das Völkerrecht, Berlin (Ost) 1973.
- Franz von Stephani, Freikorps Potsdam. Der Sturm auf das Vorwärtsgebäude, in: Hans Roden (Hrsg.), Deutsche Soldaten. Von Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht, unter Mitarbeit der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und des Schlageter-Gedächtnis-Museums e.V., Leipzig 1935.
- Michael Stöcker, Augusterlebnis 1914 in Darmstadt. Legende und Wirklichkeit, Darmstadt 1994.
- Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Bonn 1991.
- Albrecht von Thaer, Generalstabsdienst an der Front in der OHL. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen. 1915-1919, hrsg. von Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958.
- Klaus Theweleit, Männerphantasien, 2 Bde, Frankfurt/Main 1978.
- Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45), hrsg. von Wolfgang Birkenfeld, Boppard am Rhein 1966.
- Bruno Thoss, Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der europäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitlerputsch, München 1978.
- Helmut Trotnow, Karl Liebknecht. Eine politische Biographie, Köln 1982².
- Johannes Tuchel, Am Grossen Wannsee 56-58. Von der Villa Minoux zum Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 1992.
- Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke (GW), 10 Bde., Hamburg 1995.
- Volker Ullrich, Die Hamburger Arbeiterbewegung am Vorabend des ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, 2 Teile, Hamburg 1976.
- Volker Ullrich, Die nervöse Grossmacht, 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs. Frankfurt 1999.

- Volker Ullrich, *Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893-1945*, München 2000.
- Volker Ullrich, *Ex Oriente Lux. Die Hamburger Linksradikalen im Ersten Weltkrieg*, in: Karsten Linne/Thomas Wohlleben (Hrsg.), *Patient Geschichte*, Frankfurt/Main 1993.
- Volker Ullrich, *Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, Bremen 1999.
- E. O. Volkmann, *Revolution über Deutschland*, Oldenburg 1930.
- Robert G. L. Waite, *Vanguard of Nazism, The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918-23*, Cambridge 1952.
- Gudula Walterskirchen, Engelbert Dollfuss. *Arbeitermörder oder Heldenkanzler*, Wien 2004.
- Bernard Wasserstein, *The Secret Lives of Trebitsch Lincoln*, London 1988.
- Hans Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914-1949*, München 2003.
- Wolfram Wette, *Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden*, Frankfurt/Main 2005²
- Wolfram Wette, *Gustav Noske. Eine politische Biographie*, Düsseldorf 1987.
- Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 2001.
- Franz Uhle-Wettler, *Erich Ludendorff in seiner Zeit. Soldat – Strategie – Revolutionär. Eine Neubewertung*, Berg 1995.
- Manfred Wichmann, «Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus». *Ein politisches Netzwerk konservativ-antidemokratischer Eliten in Deutschland 1931-1933*, Berlin 2001.
- Manfred Wichmann, *Gesellschaft zum Studium des Faschismus. Antidemokratisches Netzwerk zwischen Rechtskonservatismus und Nationalsozialismus*. In: *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung*, H 31/32, Berlin 2008, S. 72-104.
- Gerhard Wiechmann, *Freikorps Lützow 1813 – Mythos und Realität*, in: *Militärgeschichte 1* (2002), S. 4-9.
- Leopold von Wiese, *Kadettenjahre, Ebenhausen 1978* (zuerst: *Kindheit. Erinnerungen aus meinen Kadettenjahren*, Hannover 1924).
- Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007.
- Hermann Wilhelm, *Dichter Denker Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921*, Berlin (West) 1989.
- Walter Wiltschegg, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?*, Wien 1985.
- Peter-Christian Witt, *Friedrich Ebert. Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident*, Bonn 1987.
- Heinz Wohlgemuth, *Karl Liebknecht. Eine Biographie*, Berlin (Ost) 1975.
- Erich Wollenberg: *Der Apparat*. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn ca. 1951.
- Kurt Wrobel, *Die Volksmarinedivision (VMD)*, Berlin 1957.
- Kurt Wrobel, *Der Sieg der Arbeiter und Matrosen im Dezember 1918 in Berlin. Berliner Arbeiterveteranen berichten über ihren Kampf in der Novemberrevolution*, Berlin (Ost) 1958.
- Horst Zimmermann, *Schweiz und Grossdeutschland. Das Verhältnis zwischen der Eidgenossenschaft, Österreich und Deutschland 1933-1945*, München 1980.

Bildnachweis

Pabst als Leutnant, S. 23 (Michael Heinz, Las Vegas)
Hinterhalt, S. 26 (Privatarchiv Gietinger)
Pabst als Hauptmann, S. 28 (Gietinger)
Noske, S. 39 (Gietinger)
Helma Pabst, S. 44 (Bundesarchiv Berlin, SAPMO, NY 4035/1)
Pabst bei Hindenburg, S. 48 (Michael Heinz, Las Vegas)
SPD bei OHL, S. 57 (Gietinger)
Die Volksbeauftragten, S. 59 (Gietinger)
Massen vor Brandenburger Tor, S. 59 (Landesbildstelle Berlin)
Ebert, S. 62 (Gietinger)
Groener, S. 62 (Gietinger)
Mündung zur Erde, S. 66 (Bundesarchiv Koblenz)
Pabst reitet durchs Brandenburger Tor, S. 77 (Gietinger)
Ebert jubelt, S. 80 (Bundesarchiv Berlin)
Volksmarinedivision, S. 83 (Agentur für Bilder der Zeitgeschichte (ABS),
Diethart Kerbs, Berlin)
MG im Schloss, S. 100 (Gietinger)
Ebert und Noske, S. 104 (Bundesarchiv Berlin)
Stunde der Abrechnung, S. 115 (Bundesarchiv Berlin)
Luxemburg, S. 121 (Gietinger)
Liebknecht, S. 121 (Gietinger)
Eden-Hotel, S. 123 (ABS, Diethart Kerbs, Berlin)
Telefon Reichskanzlei, S. 125 (Gietinger)
Canaris U-Boot, S. 134 (Gietinger)
Freikorps mit Panzer, S. 144 (Gietinger)
Abführung Gefangener, S. 148 (Bundesarchiv Berlin)
Erschossene, S. 148 (Gietinger)
Reinhard im Dienstwagen, S. 151 (Bundesarchiv Koblenz)
Reinhard und Kessel, S. 152 (Bundesarchiv Berlin)
GKSD vor München, S. 160 (Gietinger)
Technische Nothilfe beim Kohlefassen, S. 171 (Süddt. Verlag, Bilderdienst)
Lüttwitz und Noske, S. 178 (Bundesarchiv Koblenz)
Ludendorff, S. 195 (Gietinger)
Kapp, S. 197 (Gietinger)
Trebtsch-Lincoln, S. 198 (Gietinger)
Ehrhardt im Dienstwagen, S. 211 (Süddt. Verlag, Bilderdienst)
Hakenkreuze verteilen Flugblätter, S. 215 (Süddt. Verlag, Bilderdienst)
Major Pabst, S. 217 (Gietinger)
Ottmar Strauss, S. 221 (Gietinger)
Escherich vor Menschenmenge, S. 232 (Bundesarchiv Koblenz)
Wilhelm IL, Bauer, Hindenburg, S. 241 (Ullstein Bilderdienst)

Pabst in Heimwehruniform, S. 243 (Bundesarchiv Koblenz)
Stresemann, S. 258 (Bundesarchiv Koblenz)
Prälat Seipel, S. 268 (Ullstein Bilderdienst)
Pabsts Rückkehr am Brenner, S. 280 (Bundesarchiv Koblenz)
Waffenfabrik Solothurn, S. 290 (Gietinger)
Renzetti, S. 293 (Ullstein Bilderdienst)
Pabst zw. Starhemberg und Lüttwitz in Tempelhof, S. 302 (Ullstein Bilderdienst)
Hedy Lamarr, S. 310 (Gietinger)
Messen-Jaschin, S. 315 (Gietinger)
Messens Angebotserhöhung, S. 318 (Schweizer Bundesarchiv (BAR))
General Thomas, S. 319 (Gietinger)
Bescheinigung Thomas für Messen, S. 323 (Schweizer Bundesarchiv (BAR))
Einreiseantrag Pabst/Pabst, S. 329 (Schweizer Bundesarchiv (BAR))
Bircher, S. 330 (Gietinger)
Pabst und Sekretärin, S. 340 (Gietinger)
Pabst auf Liste der Franzosen, S. 342 (Schweizer Bundesarchiv (BAR))
Balsiger, S. 343 (Gietinger)
Fingerabdrücke Pabst, S. 344 (Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg)
Postkarte Bundeshaus, S. 351 (Zentralbibliothek Solothurn (CH))
Passfoto Pabst, S. 356 (Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg)
Achim Oster, S. 357 (Ullstein Bilderdienst)
Otto Strasser, S. 358 (Gietinger)
Pabst beim Spiegelinterview, S. 372 (Der Spiegel, H 16/1962)
Waldheim und Eckardt, S. 374 (Gietinger)
Foto aus Fernsehspiel, S. 377 (Archiv Süddeutscher Rundfunk, SDR, jetzt Südwestrundfunk, SWR, Stuttgart)
Souchon vor Gericht, S. 378 (Der Stern, H 8/1969)

Danksagung

Mein Dank gilt vor allen Dingen Karl Heinz Roth, der diese Arbeit mit all seiner Kraft und all seinem Charisma unterstützt hat und ein nie müde werdender Ratgeber war. Ich danke auch Barbara Heller, der Nachlass-Verwalterin von Doris Kachulle, für ihre Hilfe. Doris Kachulle, der leider früh Verstorbenen, habe ich eine grosse Zahl von Hinweisen und Fingerzeigen in ihren umfangreichen, nicht immer leicht zu entziffernden Exzerpten zu verdanken. So waren die weit verstreuten Quellen leichter auffindbar.

Massgeblich gestützt haben mich Rolf Becker, Karin und Heiner Becker, Angelika Ebbinghaus und Erika Poth.

Grosse Unterstützung fand ich vom Doris-Kachulle-Recherche-Fonds und der Stiftung Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Bremen (SfS). Nicht zuletzt von Hanno Jochemich, der das Register erstellte und der die Literaturliste gegenprüfte, sowie von den Mitarbeitern des SfS, Thomas Bindi und Jan Dietrich.

Eine besondere Hilfe waren mir ausserdem die Arbeiten von Manfred Wichmann über die Gesellschaft zum Studium des Faschismus (GSF) und Verena Löschs über die Tiroler Heimatwehr, die mir ebenfalls den Weg zu Quellen auf gezeigt haben.

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Archiven der drei Länder, in denen Pabsts Spuren zu verfolgen waren, für ihre Unterstützung. Insbesondere Frau Grit Ulrich vom Bundesarchiv Berlin (SAPMO), Frau Manuela Lange vom Bundesarchiv Koblenz, Frau Verena Bider und Herm Christian Muheim von der Zentralbibliothek Solothurn, Frau Ruth Stalder vom Schweizerischen Bundesarchiv in Bern und Herm Rainer Eiselt vom «Stasi-Archiv» (BStU) in Berlin. Bei meiner Quellensuche geholfen haben mir auch Herr Dr. Wilfried Beimrohr und Herr Peter Santer vom Landesarchiv Tirol (Innsbruck). Liebenswert unterstützt haben mich ausserdem Otmar Rützler und Roswitha Leichter (beide Innsbruck). Für Tipps aus der Schweiz danke ich: Raul Lautenschütz, Jürg Schoch und Hannsjürg Zumstein, aus Berlin: Uwe Soukup, Annelies Laschitzka, Ottokar Luban sowie aus Hamburg den Leiter/Mitarbeitern des Verlages Edition Nautilus Hanna Mittelstädt, Lutz Schulenburg, Katharina Picandet und Klaus Voss.

Personenregister

- Abel, Franz 477
Adenauer, Konrad 203, 351, 352, 355, 357, 359, 371, 494, 497
Ahlers, Conrad 357, 497
Alberti, Albrecht 303
Alfons, König 356
Amerongen, Otto-Wolff von 309
Ankermann, Paul 247
Apor, Gabor 301, 477
Arco-Valley, Anton Graf von 160
Arens, Walther 169, 206, 207, 209, 212, 450, 451
Arnold, Eduard 176
Arnold, Paul 452
Arx, Werner von 347, 494
- Baake, Kurt 71, 101, 105, 415
Backe, Herbert 320, 324
Baden, Max von 58, 412
Balsiger, Werner 326, 327, 333, 335, 338, 340, 342, 343, 347, 348, 354, 355, 487, 490, 492, 493
Barth, Emil 58, 66, 67, 68, 69, 72, 75, 76, 77, 84, 88, 95, 97, 99, 100, 102, 180, 229, 413, 414, 417, 421, 423
Bauer, Gustav (MSPD) 35, 36, 52, 53, 54, 55, 56, 103, 104, 139, 166, 187, 188, 196, 200, 214, 215, 223, 225, 229, 274, 381, 411, 418, 445, 447, 457
Bauer, Max (Oberst) 7, 84, 166, 190, 191, 192, 197, 198, 202, 205, 208, 212, 216, 218, 220, 222, 236, 237, 238, 240, 241, 242, 244, 245, 248, 256, 258, 259, 260, 277, 283, 286, 291, 294, 309, 365, 383, 422, 440, 447, 448, 451, 453, 455, 456, 460, 461, 462, 463, 466, 467, 468, 476
Bauer, Ernst (Sohn von Max) 448, 467
Bebel, August 33, 36, 98, 120, 228, 405
Becker, Friedrich Wilhelm von 18
Becker, Otto 309
Behrens, Ernst 363, 399, 498
Below, Otto von 190, 191, 450
Benrath, Martin 377
Berchtold (Leutnant) (alias Mayer oder Meyer) 201, 352, 353, 448, 495, 496
Berchtold, Joseph, 496
Berger, Julius 194, 203, 207, 208, 209, 210, 219, 220, 244, 262, 319, 341, 444, 447, 451, 455
Bergmann, Walter von 218, 352
Bernstein, Eduard 50, 53, 54, 113, 253, 409, 411, 424
Bernuth, Robert von 216
Berthold, Rudolf (Hauptmann) (mit Berchtold oft verwechselt) 352, 448, 495
- Bethlen, Istvan 266, 268
Bethmann-Hollweg, Theobald von 37, 53, 406
Bibow, Erich von 159, 437
Bircher, Eugen 14, 239, 285, 292, 294, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 340, 341, 346, 347, 348, 349, 351, 352, 355, 357, 359, 461, 473, 475, 480, 486, 487, 488, 489, 490, 492, 493, 494, 495, 496, 497
Bischoff, Josef 448, 495
Bismarck, Otto von 31, 53, 282
Blank, Theodor 351, 355, 360, 362, 363, 495
Böckmann, Herbert von 300
Bodosakis(-Athanasiaades), Prodromos 347, 348
Böhm, Gustav 77, 86, 105, 111, 414, 415, 417
Bongard (Intendanturrat) 97
Borchart, Richard 147
Bormann, Martin 260
Bornstein, Josef 368, 499
Borries (Leutnant von) 448
Bose, Ullrich von 69, 482
Bosel, Sigmund 249
Brakel, Max Ferdinand von 299
Braun, Otto 60, 412, 459, 466
Bredereck, Paul 431
Breitscheid, Rudolf 113, 172, 263
Breuer, Robert 122, 426
Brinkmann (Hauptmann) 211
Brossart, Ernst 149
Buber, Martin 261
Bührle, Emil 314, 344, 347, 348, 353, 358
Bundsmann, Ernst 246
Bundsmann (Frau Hofrat) 246
Burckhardt, Peter 336, 340, 341, 347, 348, 495
- Caden, Gert 300, 478
Canaris, Wilhelm 14, 87, 105, 113, 130, 133, 134, 203, 207, 213, 218, 292, 312, 313, 330, 331, 333, 334, 337, 338, 341, 347, 349, 352, 378, 382, 424, 430, 431, 481, 491, 495, 497
Canetti, Elias 139
Carsten, Francis L. 73, 272
Caviezel, Eugen 326, 482, 483, 485, 486, 487, 493
Celesia 303
Choroba, Martin 501
Clausewitz, Carl von 30, 404
Cochenhausen, Friedrich von 300
Cohn, Oskar 54, 131, 410
Comeli, Emil Hubert 45
Comeli, Maria Margarethe Franziska Wilhelmina (Helma) 44, 45, 138, 255, 328, 329, 335, 488

Crispian, Arthur 335, 490
 Cunow, Heinrich 53, 55, 86
 Curtius, Ernst 17
 Czelechowski, Edmund R. 268
 Cziznik, Ulrich 68, 414

Dahn, Felix 295, 475
 Dassel, Johannes von 216
 Däumig, Ernst 54
 Davans, Julius Ritter und Edler von 218
 David, Eduard 36, 52, 53, 56, 60, 139, 153, 200, 205,
 214, 223, 225, 228, 274, 381
 Deichmann, Karl 141
 Denikin, Anton Iwanowitsch 203
 Dhom (Dr.) 234, 458
 Diakow, Jaromier 266
 Diels, Rudolf 346, 493
 Diess, Karl-Walter 377
 Dimanow 365
 Dirks, Carl 289
 Dittmann, Wilhelm 58, 72, 77, 101, 113, 188, 413, 424,
 445
 Doehner, Walter 358, 484, 485, 491
 Dollfuss, Engelbert 302, 303, 305, 306, 478, 479
 Dönitz, Karl 124, 375
 Dornier, Claude 319
 Dörpinghaus, Bruno 360, 362
 Dorrenbach, Heinrich 75, 93, 94, 97, 108, 110, 112,
 130, 143, 164, 183, 426
 Doyé, Georg 169, 207, 439
 Drexler, Ludwig 235
 Dubois, René 326, 482, 484
 Duesterberg, Theodor 264, 299, 301
 Duisberg, Carl 197
 Dulles, Allan 339, 340, 349, 494
 Dunker, Käte 110
 Dunker, Hermann 110
 Dwinger, Edwin Erich 455

Ebert, Friedrich 34, 36, 50, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 61,
 62, 63, 67, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80,
 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 89, 91, 92, 93, 94, 95, 96,
 97, 98, 99, 100, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108,
 109, 110, 111, 112, 113, 114, 116, 119, 122, 128,
 133, 135, 137, 139, 142, 143, 155, 158, 163, 167,
 173, 181, 184, 185, 187, 188, 192, 196, 200, 207,
 208, 210, 212, 213, 214, 215, 217, 218, 223, 224,
 225, 226, 227, 228, 229, 230, 248, 260, 274, 277,
 298, 299, 306, 374, 381, 382, 394, 411, 412, 413,
 415, 416, 417, 418, 420, 421, 456, 457
 Eckardt, Felix von 371, 374
 Eckart, Dietrich 157, 371
 Egelhofer, Rudolf 161, 163
 Ehard, Hans 464, 477
 Ehrhardt, Hermann 7, 14, 144, 184, 187, 198, 207,
 211, 212, 213, 214, 215, 216, 218, 220, 222, 244,
 245, 248, 250, 254, 265, 286, 289, 291, 298, 299,
 314, 452, 454, 456, 458, 469, 475, 497
 Eiben-Breslau (Polizeiinspektor) 169
 Eibuschitz, Otto 278
 Eichhorn, Emil 75, 99, 107, 108, 111

Eisenschmidt, Rudolf 18, 22, 24, 400
 Eisner, Kurt 156, 157, 183
 Eltze, Hans 7, 290, 309, 310, 480
 Epp, Franz Ritter von 158, 238, 299, 313, 460, 473
 Eppler, Erhard 15
 Erger, Johannes 192, 208, 213, 214, 408, 446, 450,
 453, 454, 455
 Erler, Fritz 355
 Ernst, Eugen 108, 143, 174, 192, 209, 218
 Ertel, Dieter 13, 66, 96, 136, 300, 375, 376, 377, 378,
 399, 421, 426, 428, 434, 454, 494, 501
 Erzberger, Matthias 85, 131, 138, 244, 245, 246, 247,
 250, 265, 270, 339, 350, 374
 Escherich, Georg 222, 232, 233, 234, 235, 236, 238,
 251, 264, 286, 383, 461, 469
 Estorff, Ludwig von 216

Falkenhayn, Erich von 42, 408
 Faulhaber, Michael 157
 Fehrmann, Karl 197, 447, 456
 Feisst, Ernst 326, 328, 331, 334, 336, 339, 340, 349
 Fernbach, Wolfgang 117, 118
 Fey, Emil 304
 Fiehler, Karl 157
 Fieseler, Gerhard 319
 Fischer, Anton 74, 86, 96, 97, 101, 107, 121, 433,
 447
 Fischer, Hermann 245, 246, 247
 Fischer, Otto Christian 299
 Flick, Franz 428
 Flick, Friedrich 319
 Flor, Fritz 303, 479
 Foboes 209
 Förster, Wolfgang 314
 Franck, James 171
 Frank, Hans 157, 285, 299
 Franke, Manfred 482
 Franz, Georg 399, 427, 431, 432
 Frauenfeld, Alfred 304
 Frey, Gerhard 371, 374
 Frick, Wilhelm 222, 248, 250, 258, 260
 Fricke, Bruno 353, 354, 358, 496, 497
 Friedrich II. 49, 81
 Friedrich, Kurt 147
 Friedrich, Clemens 126
 Friedrich, Victoria (Kaiserin), 17
 Fries, de 356
 Fritsch, Werner von 300
 Frölich, Paul 52, 107, 410, 411
 Frölicher, Hans 330, 331, 340
 Funk, Walter 299

Galuska, Hans 147
 Gayl, Wilhelm Moritz Egon von 473, 477
 Geek, Oskar 52
 Gehlen, Reinhard 355, 366
 Gentner (Hauptmann) 144, 149
 George, Heinrich 52
 Gerber 358
 Gerlach, Christian 320, 484
 Gersdorff, Rudolf-Christoph Freiherr von 402
 Gessler, Otto 132, 134, 214, 431

Gilsa, Erich von 138, 171, 453
 Gisevius, Hans Bernd 349, 484, 485, 493, 494, 495
 Glass, Heinrich 157
 Glauer, Rudolf 157
 Globke, Hans 355
 Gneisenau, August Neidhardt von 30, 39, 403
 Goebbels, Joseph 52, 155, 286, 298, 304
 Göhre, Paul, 81, 111, 415
 Goltz, Rüdiger von der 201, 203
 Gömbös, Gyula 237, 244, 460, 472
 Göring, Hermann 14, 247, 248, 249, 250, 260, 287, 292, 299, 305, 306, 312, 318, 319, 320, 322, 328, 337, 346, 347, 350, 384, 463, 464, 473, 474, 486, 493
 Grabowsky, Fritz 13, 14, 68, 69, 85, 87, 108, 120, 132, 134, 145, 197, 202, 208, 286, 359, 399, 430, 439, 452, 497, 500
 Grandi, Dino 266, 268, 269
 Groddeck, Wilhelm von 216
 Groener, Wilhelm 47, 51, 56, 57, 61, 62, 70, 71, 72, 73, 74, 76, 81, 82, 89, 94, 95, 96, 97, 98, 102, 104, 105, 106, 114, 128, 134, 165, 182, 185, 190, 191, 192, 193, 204, 276, 288, 289, 412, 413, 415, 416, 417, 419, 421, 422, 443, 444, 446, 449, 474, 475
 Grumbusch, Karl 117
 Grundherr, Alexander von 291
 Grzesinski, Albert 227
 Guan 266, 267, 499
 Gumbel, Emil Julius 125, 148, 163, 333, 335
 Gündell, Erich von 42, 44, 408
 Guth, Ekkehart P. 61, 73, 81
 Guth, Karl 361
 Guttman, Simon 110, 423

 Haage, Alexander 315, 316, 317, 327, 330, 482, 486, 487
 Haage, Eugenie 316, 317, 482, 483,
 Haas, Otto 217
 Haase, Hugo 36, 53, 54, 58, 71, 72, 74, 75, 77, 94, 95, 101, 102, 116, 188, 411, 413, 416, 422, 431, 445, 457
 Haber, Fritz 171
 Haefen, Hans von 72, 73, 415
 Haenisch, Konrad 36, 53, 86, 113, 424
 Hagemann (Major) 452
 Hagemann (Staatsanwalt) 426
 Hagenberg, Gustav 216
 Hahn, Otto 171
 Hahn, Paul 343, 348, 349, 351, 352, 354, 355, 385, 496
 Halkett (Baron von) 222
 Hamburger, Bruno 111
 Hammerstein, Helga 300
 Hammerstein(-Equord), Kurt von 190, 193, 205, 206, 300
 Hanfstaengl, Ernst («Putzi») 249
 Hankel, Gerd 28, 29, 81, 403, 404, 425, 449
 Hannover, Heinrich 153, 374
 Hanno ver-Drück, Elisabeth 153, 374
 Harbou, Bodo von 72, 74, 76, 98, 102, 415, 416
 Harbou, Thea von 125
 Harden, Maximilian 172, 247, 250
 Hartmann, Julius von 31
 Hasse (Oberstleutnant) 42

 Hauenschild, Heinz Oscar 313
 Haushofer, Karl 157
 Havenstein, Rudolf 218
 Hedemann (Major von) 29
 Heidt, Robert H. 360, 361, 474, 485, 486, 498
 Heilmann, Ernst 39, 50, 53, 55, 86, 91, 117, 120, 177, 410
 Heim, Georg 223, 234
 Heine, Wolfgang 35, 36, 39, 86, 104, 105, 130, 139, 143, 146, 154, 155, 168, 169, 173, 174, 185, 192, 204, 207, 209, 218, 219, 223, 224, 225, 306, 381, 426, 430, 433, 434, 440, 441
 Heine, Heinrich 21, 409
 Heinemann, Gustav 172, 378
 Heinkel, Ernst 319
 Heinrich, Walter 243, 269
 Heinz, Friedrich Wilhelm (F.W.) 8,14, 203, 286, 299, 313, 314, 349, 350, 351, 352, 354, 355, 362, 365, 385, 496, 498
 Helfferich, Karl 197
 Henk, Fritz 86, 110
 Hergt, Oscar 201, 244, 259
 Herlach, Fritz 362
 Hertz, Gustav 171
 Herzfeld, Joseph 54, 411, 412, 413, 415, 421, 422
 Hess, Rudolf 157, 158, 248, 313, 332, 333, 334, 338, 340, 343, 354
 Heusinger, Adolf 355
 Heuss, Theodor 203
 Heydrich, Reinhard 288, 312, 313, 474, 481
 Heyne (Oberleutnant der Reserve) 75, 414
 Hilferding, Rudolf 54
 Himmler, Heinrich 14, 158, 248, 312, 436, 489, 494
 Hindenburg, Paul von 44, 48, 51, 56, 63, 72, 73, 74, 77, 91, 94, 182, 196, 204, 213, 241, 256, 260, 298, 311, 408, 413, 415, 418, 419, 453
 Hindorf, Walter 160
 Hitler, Adolf 7, 8, 10, 11, 14, 21, 43, 60, 73, 117, 129, 133, 152, 153, 154, 157, 158, 159, 164, 167, 170, 175, 196, 197, 199, 213, 217, 220, 222, 225, 230, 242, 243, 244, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 259, 260, 266, 272, 274, 276, 277, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 292, 294, 296, 298, 300, 301, 305, 306, 308, 309, 311, 312, 313, 314, 321, 322, 334, 335, 336, 337, 340, 346, 352, 359, 371, 382, 383, 384, 416, 435, 440, 442, 455, 457, 463, 464, 468, 473, 475, 477, 485, 489, 495, 496, 498
 Hoegner, Wilhelm 60, 412, 464
 Hoffmann, Elisabeth 340
 Hofmann, Heinrich von 150, 157, 158, 217, 224, 429, 444, 446, 452
 Hölz, Max 260
 Holl (Stahlhelmführer) 464, 477, 481
 Holzmann, Philipp 315
 Home, John 28, 155, 402
 Horst, Hans 359, 360, 361, 362
 Horthy, Miklós 237, 283
 Höss, Rudolf 260
 Huber, Ernst Rudolf 61, 145, 163, 424
 Huber, Johannes 332
 Hueber, Franz 305

Hugenberg, Alfred 7, 197, 268, 273, 288, 301, 305, 306
 Hülsen, Bernhard von 216, 454
 Hülsen, Walter von 216
 Hürten, Heinz 217, 424, 432, 454
 Husborg, Frederick 132
 Hüttenberger, Franz 256, 458, 466

 Ilsemann, Iwan von 336, 339
 Ingrim, Franz Robert 19, 401
 Isenschmidt, Josef, 348

 Jakoncig, Guido 302, 303, 478
 Janschkow, Hermann 375
 Janssen, Karl-Heinz 289
 Jens, Walter 13
 Jodl (Generaloberst) 485
 Jogiches, Leo 112, 114, 129, 130, 143, 164, 183, 367, 426, 428, 434, 499
 John, Otto 355
 Johst, Hanns 482
 Jordan, Richard 139
 Joms, Paul 129, 130, 131, 205, 333, 368, 369, 378, 427, 428
 Jung, Otmar 154, 155, 159, 163
 Jünger, Ernst 41, 65, 116, 118, 165, 414, 457
 Juretic, August 347

 Kachulle, Doris 8, 9, 97, 169, 291, 320, 440, 449, 467, 468, 484, 489
 Kaden (Generalleutnant) 478
 Kahr, Gustav Ritter von 163, 175, 217, 222, 224, 232, 238, 248, 249, 272, 312, 463
 Kaiser Friedrich III. 400
 Kaiser Wilhelm I. 22
 Kaiser Wilhelm II. 32, 37, 51, 56, 58, 74, 76, 77, 98, 111, 122, 165, 184, 439
 Kai-shek, Chiang 248, 277, 291, 309, 310, 365, 366
 Kanya, Kalman 301
 Kanzler, Rudolf 233, 235, 238
 Kapp, Wolfgang 132, 190, 196, 197, 198, 200, 202, 206, 208, 209, 212, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 223, 226, 446, 447, 448, 452, 453, 455, 457
 Karlewski, Erich 291
 Karmel, Franz 479
 Karrer, Otto 379
 Kaul, Karl Friedrich 371, 374, 500
 Kautsky, Karl 50, 53, 54, 113, 405
 Keil, Wilhelm 36, 60, 411, 412
 Keiser, Richard von 32
 Kempf, Werner 453, 454
 Kempner, Robert 220
 Kerekes, Lajos 237
 Kern, Erwin 245, 246, 248,
 Kessel, Eugen von 86, 149, 150, 151, 152, 169, 215
 Kessel, Hans von 86, 152, 169, 216
 Kessler, Harry Graf 90, 107, 108, 109, 113, 119, 145, 149, 151, 154, 155, 184, 209
 Kibedi, Georg 352
 Kiesinger, Kurt Georg 365
 Killinger, Manfred 79, 206, 244, 245,
 Klawunde, Albert 118, 425
 Klein, Hans 338, 339, 340, 346, 362
 Kluge, Ulrich 61, 68, 73, 81, 417
 Knigge, Odal Freiherr von 263, 264, 498
 Knobelsdorf, Schmidt von 42
 Knilling, Eugen von 249
 Koch-Weser, Erich 368, 499
 Koenen, Gerd 85, 409, 418, 473
 Koester, Adolph 40, 41, 406, 407
 Könnemann, Erwin 73, 81, 173, 446, 454
 Körner, Günther 14, 446, 453, 458, 459, 460, 461, 462, 464,
 Kottig(-Pabst), Franziska 328, 333
 Kowa, Victor de 371
 Kramer, Alan 28, 155, 402
 Kranzbühler, Otto 124, 136, 349, 350, 375, 376, 427, 432, 495, 501, 502
 Kreidl 252
 Kriebel, Hermann 233, 247
 Krohn, Friedrich 157
 Krukenberg, Gustav 299
 Krull, Ernst 244, 375, 463
 Krupp, Alfred von Bohlen und Halbach 124, 288, 319, 349, 350, 375
 Krupp, Gustav 49, 288, 319
 Krupp, Max 423
 Küchenmeister, Franz 246, 463, 473
 Küchenmeister, Johannes 247, 463, 473
 Kuckuk, Peter 140, 141, 432
 Kun, Bela 237
 Küntzel (Freikorpsführer) 140
 Kurras, Karl-Heinz 13
 Kurtzig (Kriegsgerichtsrat) 128, 429
 Kuss, Susanne 164, 439
 Kuttner, Erich 110, 453

 Lamarr, Hedy (d.i. Hedy Kiesler) 310
 Landsberg, Otto 55, 58, 94, 95, 98, 102, 103, 113, 129, 139, 153, 229, 369, 421, 429
 Lang, Fritz 125,
 Lange (d.i. Erich Ludendorff) 200
 Lassalle, Ferdinand 98
 Ledebour, Georg 101, 110, 111, 122, 195, 335
 Legien, Carl 36, 52, 54, 55, 56, 139, 223, 381, 410
 Lemonius, Friedrich Wilhelm Ludwig 17
 Lemonius, Marianne 17
 Lenin, Wladimir Iljitsch 46, 47, 55, 85, 86, 89, 95, 109, 124, 155, 165, 166, 229, 342, 353, 404
 Lensch, Paul 53, 86
 Lequis, Arnold 67, 72, 75, 76, 77, 78, 87, 89, 97, 98, 101, 102, 104, 106, 140
 Lerchenfeld Hugo Graf von 256, 466, 468, 470
 Lessing, Julius 17
 Lettow-Vorbeck, Paul von 144, 176, 216
 Levetzow, Magnus von 216
 Levi, Paul (d.i. Cains) 108, 109, 112, 114, 147, 333, 335, 368, 369, 427
 Levin, Hugo 149
 Leviné, Ernst 158, 163, 183, 438
 Lewinsohn, Ludwig 92
 Lichtschlag, Otto 201, 217, 221

Liebknecht, Karl 8, 13, 34, 37, 41, 54, 55, 74, 75, 76, 84, 86, 93, 102, 103, 104, 108, 109, 110, 111, 112, 114, 116, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 132, 134, 136, 137, 138, 139, 150, 153, 155, 160, 164, 172, 173, 183, 187, 194, 195, 196, 198, 203, 245, 246, 260, 292, 294, 332, 334, 335, 338, 339, 340, 349, 350, 367, 369, 370, 371, 372, 374, 377, 378, 381, 385, 399, 411, 420, 426, 431, 432, 441, 442, 447
 Liebknecht, Robert 407
 Liebknecht, Sonja 500
 Liebknecht, Sophie 371, 407, 411
 Liebknecht, Theodor 429
 Liebknecht, Wilhelm 98, 110,
 Liepmann, Rudolf 126, 130, 134, 429
 Lilie, Graf Vetter von der (d.i. Waldemar Pabst) 236
 Lilienstem, Rühle von 124, 363
 Lindener-Wildau, Hans-Erdmann von 201, 202, 447, 449, 467, 468
 Lindemann (Leutnant, d.i. Wilhelm Canaris) 133
 Lindner, Bruno 121, 426
 Linhardt, Andreas 172, 440
 Linnenbrügger, Fritz 160
 Löbe, Paul 35
 Loesch (Schutzbundvorsitzender) 262, 263, 468, 469
 Loeschebrand (Freikorpsführer) 144
 Loewenfeld, Wilfried von 87, 144, 176, 187, 205, 206, 221, 313
 Lojewski, Max von 139
 Lösche, Peter 177
 Lossberg, Friedrich Karl von 190, 191, 217
 Lossow, Otto Ritter von 163, 222, 224, 248, 249, 442, 463, 464, 477
 Löwenstein, Hans von und zu 299
 Löwenstein, Siegfried 210, 448, 452, 453
 Luban, Ottokar 108, 109, 110, 111, 112, 424
 Lübke, Heinrich 370
 Ludendorff, Erich 7, 14, 21, 47, 48, 50, 55, 56, 84, 85, 90, 166, 169, 175, 190, 191, 195, 196, 197, 198, 200, 201, 202, 203, 204, 210, 211, 212, 213, 215, 218, 222, 233, 234, 237, 238, 240, 241, 246, 248, 249, 250, 251, 252, 256, 265, 283, 286, 310, 383, 452, 453, 463, 464, 477, 480
 Luetgebrune, Walter 150, 153, 435, 464, 477
 Lummitzsch, Otto 170, 171, 172, 178, 179, 180, 422, 440, 441, 450, 484
 Lüttwitz, Walter von 7, 14, 27, 87, 88, 113, 124, 127, 128, 131, 133, 136, 140, 143, 144, 151, 162, 177, 178, 181, 184, 185, 190, 191, 192, 193, 202, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 222, 258, 259, 302, 304, 382, 393, 431, 444, 446, 447, 450, 454
 Luxemburg, Rosa 8, 9, 11, 13, 27, 33, 34, 35, 38, 46, 50, 53, 54, 71, 74, 78, 84, 86, 93, 102, 103, 104, 109, 112, 114, 116, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 132, 134, 136, 138, 139, 150, 153, 155, 160, 164, 173, 183, 187, 194, 195, 196, 203, 207, 230, 245, 246, 247, 260, 292, 294, 316, 324, 332, 334, 335, 338, 339, 340, 349, 350, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 374, 375, 376, 377, 378, 381, 385, 394, 399, 419, 420, 426, 431, 432, 441, 442, 457, 463, 500
 Machatý, Gustav 310
 Maercker, Georg 89, 156, 185, 190, 191, 192, 193, 213, 216, 217, 219, 439, 446
 Malcom, Sir Neill 185
 Mandl, Fritz 288, 290, 301, 309, 310, 357, 358, 494
 Marcusson, Siegfried 121
 Maretzky, Oskar 201, 202, 209, 219, 258
 Marinetti, Filippo Tommaso 298, 301
 Marloh, Otto 149, 150, 151, 152, 194, 426, 434, 435
 Marx, Karl 401, 404
 Marx, Salomon 86, 90, 91, 120, 123, 173, 419, 451
 Matschek 348
 Mayer, Major 279
 Mayer (d.i. Berchtold) 352, 496
 Mayr, Karl 220, 455
 Meinl, Susanne 286, 351, 495
 Meisinger, Josef A. 312
 Mende, Erich 365
 Merks, Hermann 139,
 Messen-Jaschin, Gregori (d.i. Messen, Joachim) 315, 316, 317, 318, 323, 324, 325, 326, 328, 330, 333, 334, 340, 346, 349, 480, 482, 483, 486, 488, 490, 492, 493
 Messerschmidt, Manfred 19
 Messerschmitt, Wilhelm 319
 Metzger, Theo 13
 Meyer, Ernst 54
 Michelsen, Andreas 216
 Mielke, Erich 500
 Milkert (Arbeiterrat) 139
 Minoux, Friedrich 7, 91, 123, 201, 248, 288, 299, 420, 457, 463, 477
 Moering, Wilhelm 121
 Möhl, Arnold Ritter von 159, 217, 224, 238
 Möller, Walter 117
 Moltke, Helmuth Karl Bernhard von 31, 404
 Moltke, Helmuth von 42
 Morale, Eugenio 271
 Mühlhausen, Walter 50, 54, 72, 73, 137, 227, 425, 431, 443, 456
 Müller, David 214, 215
 Müller, Hermann 132, 139, 256, 257
 Müller, Paul 221
 Müller (Dr., Rechtsberater) 245
 Müller, Richard 110, 406, 411, 429, 440
 Müller, Rolf-Dieter 320
 Mussolini, Benito 14, 241, 243, 249, 263, 266, 268, 269, 270, 271, 274, 277, 279, 282, 291, 293, 296, 298, 306, 312, 460, 472, 475
 Muth, Walter 345, 346
 Napoleon I. Bonaparte 30, 90, 190, 380, 404
 Naumann, Friedrich 81, 415
 Nebe, Arthur 331, 349
 Neumann, Erich 486, 493
 Neurath, Alexander Constantin von (Konsul) 326, 487
 Neurath, Konstantin Freiherr von (Aussenminister) 304, 479,

Nicolai, Walter 85
 Niekisch, Ernst 165
 Niemoeller, Martin 123, 170
 Nollau, Günther 370, 371, 427, 428, 500
 Noske, Gustav 10, 14, 33-41, 53, 56, 61, 67, 68, 69, 76, 82, 85-89, 91, 104-107, 110, 113, 114, 116-120, 124, 125, 128, 131-147, 149-159, 162, 163, 164, 167, 168, 169, 170-196, 199, 200, 203, 204, 206-210, 212-218, 221, 223-227, 229, 230, 234, 280, 299, 306, 332, 334, 343, 367, 368, 369, 372, 376, 380, 381, 382, 410, 414, 417, 420, 422, 424, 426, 427, 430, 431, 432, 433, 436, 437, 438, 440-447, 449-451, 453, 454, 457, 473, 483, 499, 502
 Nusser, Horst G.W. 264

 Oberländer, Theodor 352, 497
 Obwurzer, Herbert von 236
 Oehme, Walter 101, 286, 422, 429, 474
 Oertzen, Friedrich W. von 97, 120, 299, 312, 411, 420, 426, 428, 444, 445
 Ohnesorg, Benno 13
 Oldershausen, Martin von 206, 207, 212, 213, 214
 Ortman (Staatsanwalt) 118, 121
 Ortner 251, 252, 253
 Oster, Achim 349, 351, 349, 352, 355, 357, 385, 497
 Oster, Hans 331, 347, 349, 362, 494
 Oster, Heinrich 449
 Oven, Ernst von 158, 159, 162, 192, 207, 208, 212, 214, 216, 451, 454

 Pabst, Arthur 17, 18, 400, 405, 411
 Pabst, Charlotte 18
 Pabst, Ernst Julius Waldemar
 Pabst, Franziska 13, 18, 23, 400, 401, 402, 403, 408, 458, 489, 499
 Pabst, Heinz 18, 21, 400, 492
 Pabst, Helma (d.i. Helma Comeli) 44, 45, 138, 255, 328, 329, 335, 488
 Pabst, Julius 17, 380
 Papen, Franz von 8, 14, 21, 167, 284, 287, 299, 300, 304, 310, 312, 365, 401, 420
 Parvus-Helphand, Alexander 85, 418
 Penther (Leutnant) 149
 Pereira 364, 365
 Pemet, Heinz 197, 248
 Peters, Carl 231, 458
 Peters, Walter oder Julius (d.i. Waldemar Pabst)
 Peters, Helene (d.i. Helma Pabst) 255
 Peters oder Peters-Pabst, (d. i. Waldemar Pabst) 236, 249, 251, 252, 346, 459, 468
 Petri, Waldemar 126, 428
 Pfenner (Major) 253
 Pflugk-Harttung, Heinz von 78, 87, 105, 122, 123, 126, 131, 134, 138, 205, 277, 374, 427, 431, 448, 472, 475, 500
 Pflugk-Harttung, Horst von 87, 105, 122, 126, 128, 131, 134, 195, 196, 198, 292
 Pfordten, Theodor von der 73, 416
 Pfrimer, Walter 14, 266, 272, 274, 278, 302
 Pichel (Heimwehrführer) 272
 Pirschei, Johanna 424

 Pieck, Wilhelm 108, 109, 110, 112, 114, 368, 370, 372, 500
 Piontek (Arbeiter) 148
 Pittinger, Otto 237, 238, 240, 244, 245, 249, 283
 Plappert, Werner 338, 491
 Poelzig, Georg 162
 Pöhner, Ernst 157, 217, 222, 223, 224, 245, 248, 456, 460
 Porsche, Ferdinand 319
 Prantl, Josef 256, 458, 466
 Prüfert, Erich 162
 Pyta, Wolfram 72, 73, 415, 419, 458

 Quandt, Günther 299

 Radek, Karl 114, 120, 122, 130, 424, 430, 482
 Rakenius, Gerhard W. 72, 73, 415
 Ramek, Rudolf 243
 Rathenau, Walther 47, 90, 167, 245, 246, 247, 250, 265, 270, 374, 418
 Rauscher, Ulrich 122, 127, 215, 431
 Rechberg, Arnold 85, 197, 450, 452
 Redhammer, Hans 264, 469
 Reemtsma, Jan Philipp 30, 404
 Rehaus, Ame 371
 Reibel (Kriminalkommissar) 312, 332, 481
 Reinhard, Wilhelm (Freikorpsführer) 86, 101, 110, 114, 117, 130, 149, 150, 151, 152, 419, 424, 426, 434
 Reinhardt, Walther (Kriegsminister) 142, 181, 192, 193, 207, 213, 434, 453
 Remarque, Erich Maria 314
 Renn, Ludwig 314
 Renzetti, Giuseppe 293, 297, 298, 300, 476
 Renzetti, Susanne 298
 Retzlau, Karl 117, 425
 Reupke, Hans 299
 Reuter, Ernst 215
 Riehl, Hans 243
 Riezler, Kurt 85
 Rinck von Baldenstein, Werner 300
 Rintelen, Karl Ludwig 104, 405, 456, 457
 Rintelen, Anton (Minister in Tirol) 465, 478
 Ritgen, Ulrich von 124, 126, 134
 Roden, Emmo von 107, 144, 176, 419, 425
 Röhm, Ernst 8, 152, 157, 158, 164, 167, 175, 201, 220, 233, 248, 259, 285, 297, 310, 311, 312, 313, 408, 437, 442, 463, 464, 477, 481
 Rohr (Nationalrat) 344
 Röhr, Bruno 107
 Roethe, Eberhart 498
 Rohrscheidt (Major) 211, 452
 Rommel, Erwin 157
 Rosen, Friedrich 132, 430
 Rosenberg, Alfred (NSDAP, APA) 317, 325
 Rosenberg, Arthur (KPD), 36, 119, 133, 157, 405
 Roseneck, Nickisch von 68
 Roth, Hermann 434
 Roth, Karl Heinz 11, 91, 228, 401
 Rotheit, Rudolf 419, 423
 Rothmund, Heinrich 328, 331, 332, 335, 340, 347, 348, 488, 489, 490

Rotschild, Louis 272
 Rump (Pfarrer) 150
 Runge, Otto Wilhelm 126, 127, 129, 130, 150, 375, 420, 428, 429, 430, 442
 Rupprecht von Bayern (Kronprinz) 352
 Rusch, Oskar 128, 129
 Ryan (Colonel) 191

Sabrow, Martin 247, 462, 463, 495
 Sachsen-Coburg und Gotha, Eduard von 292, 297, 298, 299, 300, 312
 Salier (Generalkonsul in Innsbruck) 256, 261, 472, 473
 Salm-Horstmar, Otto II. zu 90
 Salomon, Berthold-Jacob 369
 Salomon, Ernst von 20, 247, 313, 314
 Sauerbruch, Ferdinand 335, 437, 491
 Schacht, Hjalmar 299
 Scharer, Manfred 36, 109, 405, 424
 Schaufelberger, Paul 363, 365, 366, 367, 497, 498, 499
 Schaumann (Schweizer Verrechnungsstelle) 327, 483
 Schauwecker, Franz 299, 315
 Scheibe, Albert 205
 Scheidemann, Philipp 36, 50, 52, 54, 55, 56, 58, 60, 61, 77, 85, 86, 94, 98, 99, 102, 103, 109, 110, 111, 112, 113, 118, 133, 137, 139, 181, 182, 195, 196, 229, 411, 413, 418, 421, 422, 423, 424, 431
 Schoeler, Roderich von 217
 Scheubner-Richter, Max Erwin 198, 248, 249
 Scheüch, Heinrich 69, 70, 74, 75, 77, 78, 79, 86, 105, 165, 415
 Schiebel, Artur 266
 Schiffer, Eugen 14, 131, 146, 192, 219, 220, 226, 250, 258, 259, 430, 434, 455, 467
 Schillings, Max von 299
 Schlabrendorff, Fabian von 484, 492
 Schlageter, Albert Leo 313, 314
 Schleicher, Kurt von 71, 80, 81, 89, 95, 96, 103, 104, 105, 127, 190, 193, 299, 312, 417, 451
 Schmelz, Hans 372
 Schmettow, Eberhard Graf von 216
 Schmidt, F. W. 299
 Schmidt (Hauptmann) 171
 Schmidt, Hermann 368
 Schmitt, Carl 146
 Schnitzler, Karl 198, 208, 449, 452, 454, 455
 Schober, Johann 254, 266, 267, 270, 271, 272, 274, 275, 276, 277, 278, 470, 471
 Schöttler, Arthur 117
 Schreiner, Ottmar 399
 Schulz, Heinrich 244, 350, 374
 Schulze, Bruno 124, 126
 Schulze, Hagen 87, 192, 431, 438, 446
 Schulze-Gaevernich, Gero von (d.i. Gävernich, Gero von) 339, 492
 Schumy, Vinzenz 274, 275, 277, 278, 470
 Schürff, Hans 276
 Schuschnigg, Kurt 478
 Schütte, Richard 22,
 Schwartzkopf (Oberst) 235
 Schweinitzhaupt, Franz 235, 276, 279, 472, 479

Schwerin, Gerhard 351, 496
 Seeckt, Hans von 190, 191, 193, 204, 205, 206, 208, 214, 216, 220, 226, 248, 264, 288, 289, 299, 309, 338, 362, 454, 463, 475, 477
 Seewald, Heinrich 399, 431
 Seipel, Ignaz 105, 135, 238, 241, 254, 266, 267, 268, 273, 303, 367, 383, 422, 447, 499
 Seisser, Hans Ritter von 163, 222, 224, 248, 249, 442, 464, 477
 Seitz, Karl 275
 Selchow, Bogislaw von 227, 425
 Seldte, Franz 174, 264, 265, 268, 299, 431, 469
 Semsey, Andor 303
 Severing, Carl 34, 36, 60, 94, 139, 175, 218, 221, 262, 263, 381, 405, 468, 469
 Sicherer, Leopold von 290
 Sklarz, Georg 85, 86, 110, 418, 426
 Sklarz, Heinrich 86, 110, 172, 426
 Sklarz, Waldemar 85, 86, 110, 426
 Sogemeyer, Martin 299
 Souchon, Hermann Wilhelm 124, 126, 127, 132, 134, 292, 371, 376, 377, 378, 379, 394, 427, 428, 429, 477, 501
 Soukup, Uwe 399
 Spahn, Martin 299
 Spann, Othmar 242, 243, 269, 274, 314, 462, 478
 Spatz (Kriegsgerichtsrat) 131, 132
 Spengler, Oswald 165, 167
 Spiecker, Karl 286, 497
 Stachow (Oberst) 216
 Stadelmann (Dr.) 348
 Stadthagen, Arthur 54, 411
 Stadtlter, Eduard 91, 165, 167, 299, 314
 Stalin, Josef 353
 Stampfer, Friedrich 55, 443
 Stampfli, Walther 328, 331
 Starhemberg, Ernst Rüdiger 14, 274, 275, 278, 279, 282, 283, 286, 287, 290, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 478, 479
 Steidle, Richard 14, 231, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 241, 242, 243, 249, 252, 253, 254, 259, 260, 261, 264, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 274, 275, 278, 279, 280, 281, 282, 301, 448, 459, 460, 462, 463, 467, 468, 469, 470, 472, 479
 Steiger, Edmund von 332, 333, 334, 336, 337, 338, 341, 342, 346, 488, 489, 490, 491, 492, 493
 Steiner, Julius 18, 399
 Steinrücke, Christian 365, 366, 367, 499
 Stennes, Walter 216, 286, 310, 312, 454, 474
 Stephani, Franz von 117, 118, 425
 Stiege, Heinrich 124, 126, 134, 369, 490
 Stinnes, Hugo 7, 14, 85, 90, 91, 123, 197, 248, 288, 299
 Stockhausen, Max von 190, 451
 Stolzmann, Paulus von 227
 Strasser, Gregor 286, 303, 312
 Strasser, Otto 286, 312, 353, 354, 358, 359, 474, 496
 Strasser-Schütz, Gertrud, 496
 Strauss, Franz Josef 355, 357, 363, 497
 Strauss, Ottmar 7, 220, 221, 262, 288, 294, 308, 309, 367, 451, 455, 480

Streeruwitz, Ernst von 268, 269, 270
 Streit, Christian 320
 Stresemann, Gustav 10, 14, 45, 192, 201, 202, 209, 210, 219, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 289, 308, 341, 384, 467, 468, 469
 Ströbel, Heinrich 54
 Striibel, Gustav 399, 426
 Struve, Hugo 128, 129, 429
 Stubbendorf 201, 452
 Studer (Nationalrat) 348
 Stumpf, Franz 223, 234, 236, 249, 253, 254, 257, 277, 460, 464, 466, 467
 Südekum, Albert 56, 139, 169, 218, 381, 406
 Suppe, Gustav 86, 107, 110

 Tamschick, Ernst 130, 426
 Tessmar, Georg 29, 288, 474, 481, 485
 Thaer, Albrecht von 89, 137
 Thalheim, Hans 209, 452
 Thomas, Georg 14, 288, 310, 319, 484, 485
 Thoss, Bruno 197, 237
 Thyssen, Fritz 299
 Tillessen, Karl 247
 Tillessen, Heinrich 244, 247, 350, 374
 Toller, Ernst 158, 161
 Traub, Gottfried 197, 218, 479
 Trautmann (Oberstaatsanwalt) 369
 Trebitsch-Lincoln, Ignaz 198, 202, 237, 448, 455, 456, 460
 Tresckow, Henning von 117, 331, 402
 Trotha, Adolf von 202, 205, 208, 213, 216
 Trotzki, Leo 46, 120, 165, 166, 248
 Tsun, Chi 365, 499
 Tucholsky, Kurt 20, 46, 168
 Tust (Dr.) 222

 Uhle-Wettler, Franz 21, 40
 Untucht, Friedrich Carl 220

 Vaugoin, Carl 266, 269, 270, 271, 272, 277, 278, 469, 478
 Virchow, Martin 372, 500
 Vogel, Kurt 127, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 137, 173, 203, 207, 244, 370, 375, 393, 430, 431, 439
 Vogt, Friedrich 218, 445,
 Voithenburg (Freifrau von) 261
 Voithenburg, Voith von 236, 261
 Gräfe, von 201

 Wäger, Hermann 128, 430
 Wagner, Eduard 331
 Waldheim, Kurt 374
 Walther, Rudolf P. 250, 472

 Wangenheim, Konrad Freiherr von 216
 Waninger, Carl 362
 Wasserbäck, Erwin 263, 456, 463, 469, 456
 Watter, Oskar von 217, 221, 460
 Weber, Gottlieb 151
 Weber, Hermann 127, 428
 Weber (Schweizer Verrechnungsstelle) 483, 487
 Wechmar, Albert von 127
 Wegmann, Paul 128, 129, 418, 428
 Wehler, Hans Ulrich 61
 Weismann, Robert 121, 150, 210, 244, 452
 Weizsäcker, Ernst von 126, 428
 Weizsäcker, Richard von 126
 Wellems, Hugo 365
 Wels, Otto 74, 82, 83, 86, 92, 96, 97, 98, 99, 101, 106, 215, 421
 Wenger, Max 315, 483, 486
 Werner, Otto 147
 Wessig, Max 310, 311
 Westarp, Kuno von 118, 197, 201, 425, 449, 450, 451
 Westrick, Ludger 361, 498
 Wette, Wolfram 39, 53, 61, 119, 140, 141, 146, 153, 182, 184, 194, 227, 314, 407, 425, 427, 432, 438, 443, 446, 456
 Wichmann, Manfred 296, 299, 476, 477, 478
 Wick, K. (Nationalrat) 341
 Wiczorek, Paul 83
 Wiese, Leopold von 20, 21, 301
 Wilk, Gerhard 369
 Wilke, Hermann 425
 Winnig, August 209, 218, 314, 457
 Winschuh, Josef 498
 Wirth, Joseph, 167, 246, 339, 347, 352, 374, 491, 492, 494
 Wissell, Rudolf 113
 Witten, P. (Aufsichtsratsvorsitzender, Rheinmetall AG) 360, 498
 Wolff, Otto 288, 308, 309, 313, 315,
 Wolff-Metternich, Hermann 82, 418, 480, 482
 Wossidlo (Kapitän zur See) 216
 Wright, Jonathan 265
 Wulle 201
 Wurm, Emanuel 411

 Zacher, Adrian 235
 Zetkin, Clara 54
 Zimmerl (Landtagspräsident Tirol) 275
 Zimmermann, Friedrich 367
 Zoller, Mimi (d. i. Waldemar Pabst) 236, 459
 Zubronik (Raketenerfinder) 363
 Zumbroich (Staatsanwalt) 121, 150
 Zumstein, Hansjürg 341, 485
 Zwerenz, Gerhard 370, 371, 372

Inhalt

Vorwort	
von Karl Heinz Roth	5
Einleitung	
«Wenn ich das Maul auftun würde!»	13
II. Kindheit	
1. Der Hang zur Eigenwilligkeit	17
2. Kadett	19
III. Der Erste Weltkrieg und Pabsts künftige Partner (1914-1918)	
1. Not kennt kein Gebot	25
2. Die Erfindung des Freischärlers	29
3. Die Geburt der völkischen SPD	32
4. Zwei Geistesverwandte im Feindesland	37
5. Befehlsrebell in schönster Zeit	41
6. Die Weisse Garde	47
7. Die Rote Garde – SPD-Führung und preussischer Militarismus	52
IV. Revolution im November – Konterrevolution im Winter (1918)	
1. Der Hass der völkischen SPD auf die revolutionären Massen	58
2. Grundsätzliches – Das Bündnis der Gleichgesinnten	61
3. Der Weg zurück	63
4. Das Bündnis Phase 1: Die OHL plant den Bürgerkrieg mit Wissen Eberts	70
5. Pabst reitet	78
6. Gruppenbildungen. Der militärische Feind: die Volksmarinedivision	82
7. Das Bündnis Phase 2: Aufbau konterrevolutionärer Freikorps – Abwehr der Demokratie im Militär	87
8. Das Bündnis Phase 3: Matrosen totmachen und die USPD loswerden	96
9. Das Bündnis Phase 4: «Schiessen auf jeden, der der Truppe vor die Flinte kommt!»	103
10. Der Januaraufstand und das Duo Pabst/Noske – «Nie hat so viel für die Menschheit auf dem Spiel gestanden!»	106

V. Die Geburt des deutschen Faschismus aus der Ermordung der Revolution (1919)	
1. Die Liquidierung des Aufstandes	117
2. Ideologische Vorarbeit: Die Erfindung des jüdischen Bolschewismus	119
3. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Die Tat und die Täter – Pabst befiehlt, Noske billigt es	120
4. Zwischenspiel: Der getreueste Kamerad und grösste Vorbilder	138
5. Kalkulierte Massaker – erste Ergebnisse	139
6. Pabsts politische Haltung auf dem Höhepunkt seiner Macht	165
7. Auf dem Weg zu einer durchmilitarisierten Gesellschaft. Die Geburt der Sicherheitspolizei (SIPO)	167
8. Auf dem Höhepunkt der Macht	175
VI. Die Rechnung wird präsentiert (1919/1920)	
1. Der erste Putschversuch	177
2. Die Nationale Vereinigung – Zentrum der Konterrevolution	194
3. Der Kapp-Putsch	204
4. Flucht	220
5. Folgen des Kapp-Putsches	223
VII. Ähnlichkeiten und Unterschiede: Völkische SPD und Faschismus	228
VIII. Unser Mann in Tirol (1920-1931)	
1. Die Heimatwehr	231
2. Pabst und die Tiroler Heimatwehr	234
3. «Ich müsste auch ein ganz besonderes Schwein sein» – Weitere Morde und der Hitler-Ludendorff-Putsch	244
4. Der Aufstieg	253
5. Deutscher, Österreicher, Pensionist	255
6. Die Stresemann-Connection – Geheimagent des Aussenministers	257
7. Pabsts Kontakte zur internationalen Konterrevolution	264
8. Heimwehr und Faschismus – Die Achse Budapest-Innsbruck-Rom	266
9. Pabsts Abschaffung	275
10. «Heil Pabst!» – Triumphale Rückkehr nach Innsbruck	279
11. Pabsts Ziele	283
VIII. Versuch einer faschistischen Internationale (1931-1933)	
1. Hitlers Angebot	285
2. Rheinmetall I	288
3. Die Weisse Internationale	292
4. Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus	297
5. Pabst und das Ende der österreichischen Demokratie	301

IX. Kriegsvorbereitung und Krieg (1933-1941)	
1. Rheinmetall II – Aufstieg als Rüstungsmanager	308
2. Die Nacht der langen Messer	311
3. Ausflug in die Geschichtsschreibung	313
4. Rheinmetall III – Wehrwirtschaftsführer an der Seite von General Thomas	314
X. In der Schweiz (1941-1955)	
1. Agent des OKW – Auslandshandel GmbH und Sfindex	322
2. Verfolgter des Naziregimes?	332
3. Verfolgter der Kommunisten?	338
4. Ein «Verlorener» macht Geschäfte und Politik	345
5. Alte Kameraden und alte Pläne	351
XI. Wieder in (West-)Deutschland (1951-1970)	
1. «Her mit den Waffen!»	356
2. Vergangenheit, die nicht vergeht	367
3. Die Affäre Ertel/Souchon	375
4. Tod	378
XII. Fazit	380
ANHANG	
Dokumente	389
Anmerkungen	399
Glossar	503
Abkürzungsverzeichnis	505
Quellenverzeichnis	509
Literaturverzeichnis	515
Bildnachweis	525
Danksagung	527
Personenregister	529

Aus unserem Programm

Franz Jung

DER WEG NACH UNTEN

Aufzeichnungen aus einer großen Zeit

Autobiographie

Broschiert • 442 Seiten • ISBN 978-3-89401-350-9

Diese Autobiografie ist eine der großen deutschen

Selbstdarstellungen des 20. Jahrhunderts, auch eine der schonungslosesten.

Franz Jung gilt als eine der verwegenen Persönlichkeiten der deutschen Literatur, eine der widersprüchlichsten, begabtesten, außergewöhnlichsten. Diese »deutsche Chronik« beschreibt die großen Umwälzungen des vergangenen Jahrhunderts unerbittlich und analysiert sie mit scharfem Blick.

Egon Günther

BAYERISCHE ENZIANE. Ein Heimatbuch

Mit einem Nachwort von Thomas Meinecke

Originalveröffentlichung • Gebunden • 256 S. • 40 S-W-Abb. • ISBN 978-3-89401-469-8

»Dass Bayern nicht nur für Reaktion steht, sondern auch eine freiheitliche Tradition besitzt, das ruft dieses ungewöhnliche Heimatbuch in Erinnerung. Es erzählt Geschichten von Menschen, die sich der Obrigkeit widersetzen, die beharrlich an humanen, sozialen Utopien festhielten und sich dadurch oft den erbitterten Hass der Ordnungsfanatiker zuzogen.« *Volker Ullrich, Die Zeit*

Alice Cherki

FRANTZ FANON

Ein Porträt

Mit einem Vorwort von Lothar Baier

Deutsche Erstausgabe • Geb. mit Schutzumschlag • 352 Seiten • ISBN 978-3-89401-388-2

Frantz Fanon, schwarzer Psychiater, Revolutionär und Schriftsteller, schrieb mit der Leidenschaft eines Betroffenen über das bis heute brennende Problem des Rassismus. Alice Cherki, algerische Psychiaterin, schildert Leben und Werk ihres Kollegen. Sie zeigt Fanon als Wegbereiter für ein Verständnis der Gewalt der Ausgegrenzten und Unterdrückten.

Victor Serge

ERINNERUNGEN EINES

REVOLUTIONÄRS • Autobiografie

Gebunden mit Schutzumschlag • 464 Seiten • ISBN 978-3-89401-192-5

Am Beispiel seines eigenen abenteuerlichen Lebensweges (1890–1947) vermittelt der Autor ein authentisches Bild von der sozialen Gärung in Europa. Er schreibt vom Aufbruch zu einer neuen Gesellschaft, über Absichten, Irrtümer, Lügen und Legenden. Seine Erinnerungen reflektieren ein halbes Jahrhundert Kampf- und Sozialgeschichte.

www.edition-nautilus.de

A u s u n s e r e m P r o g r a m m

Horst Stowasser

ANARCHIE! Idee – Geschichte – Perspektiven

Originalausgabe • Großformatige Broschur • 512 Seiten
mit über 100 Fotos illustriert • ISBN 978-3-89401-537-4

»Anarchie ist machbar, Herr Nachbar!« Wer erinnerte sich nicht dieses schönen Spruchs aus dem Schatzkästlein der 68er-Poesie. Doch die Geschichte des Anarchismus ist, Bakunin sei's geklagt, viel zu wenig bekannt. Deshalb greife, wer immer sich darüber informieren möchte, sogleich zu der großartigen Einführung von Horst Stowasser.«

Volker Ullrich, Die Zeit

Abel Paz

DURRUTI

Leben und Tode des spanischen Anarchisten

Sonderausgabe • Aus dem Spanischen übersetzt von Luis Bredlow
Großformatige Broschur • 736 S. • 166 S-W-Fotos • ISBN 978-3-89401-411-7

Eine der legendärsten Gestalten des 20. Jahrhunderts ist Buenaventura Durruti. Die Lebensgeschichte dieses *El Cid* des Anarchismus dokumentiert über seinen persönlichen Werdegang hinaus die wichtigen Ideen und sozialen Bewegungen einer ganzen Epoche. Der Zeitzeuge Abel Paz hat sie in einer monumentalen und ihrerseits legendären Biographie gebändigt, die einem großen Abenteuerroman in nichts nachsteht –
»... ein sympathisches und vor allem notwendiges Buch.«

Frankfurter Rundschau

Christoph Twickel

HUGO CHAVEZ. Eine Biografie

Deutsche Erstausgabe • Broschur • 352 Seiten • ISBN 978-3-89401-493-3

»Wie der Sohn eines Dorfschullehrers zum wichtigsten Mann der neuen latein-amerikanischen Linken aufstieg, erzählt Christoph Twickel in seiner spannenden, akribisch recherchierten Biografie.« *Stern*

»Twickel beschreibt mit einem Detailwissen, das bislang in Buchform auch auf Spanisch so nicht vorliegt.« *die tageszeitung*

Paco Ignacio Taibo II

CHE. DIE BIOGRAPHIE DES ERNESTO GUEVARA

Deutsche Erstausgabe • Broschur • Großformat
66 S-W-Fotos • 740 Seiten • ISBN 978-3-89401-392-9

»Taibos Biographie ist mit heißem Herzen geschrieben, voller Sympathie für die kubanische Revolution und ihre Protagonisten, ohne dass der Autor in den Fehler verfällt, den zahlreichen offiziellen Hagiographien eine weitere hinzuzufügen.«

Elke Schubert, Die Zeit

w w w . e d i t i o n - n a u t i l u s . d e